





Ex Libris

LIBRARY

Franciscan Friary

26th and K Sts.  
Sacramento, Calif.

No. 2790

Class R-1

Date 8-19-'23











# Weltgeschichte

von

Prof. Dr. Joh. Bapt. v. Weiß,

k. k. Hofrat, Mitglied des österr. Herrenhauses, Ritter des Ordens der Eisernen  
Krone, Besitzer des k. k. Ehrenzeichens für Kunst und Wissenschaft

fortgesetzt von

Dr. Richard Kralik.

---

XXVII. Band.

Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit.  
1900 bis 1913.



Graz und Wien 1922.

Verlagsgesellschaft „Syria“.

Zweigverlagsanstalt: Wien I, Dominikanerbastei 4.



# Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit

von 1815 bis zur Gegenwart.

Von

Dr. Richard Kralik.

Fünfter Band.

1900 bis 1913. Edward VII. Pius X. Russisch-Japanischer Krieg. Modernismus. Jungtürkenthum. Bosnische Krise. Italien in Tripolis. Die beiden Balkankriege und andere Vorspiele des Weltkriegs.



Graz und Wien 1922.

Verlagsbuchhandlung „Styria“.

Bezugsniederlassung: Wien I, Dominikanerbastei 4.

---

Das Recht eines Auszuges oder einer Übersetzung des ganzen  
Werkes oder einzelner Teile wird vorbehalten.

---



## Vorwort.

Dieser fünfte Band der „Allgemeinen Geschichte der Neuesten Zeit“, der von 1900 bis 1913 geht, zeigt, wie alles unaufhaltsam dem Weltkrieg zudrängt, den der sechste Band schildern wird. Auch dieser ist bereits im Druck. Die eingehende Betrachtung der Jahre vor dem Weltkrieg beweist, daß die Mittelmächte immer mehr der Umkreisung der Außenmächte ausgesetzt waren und daß also eine Katastrophe unausweichlich war. Es hilft nichts, dafür Fehler der Diplomatie oder der Kriegsrüstung verantwortlich zu machen. Fehler werden überall gemacht. Auch hilft es nicht, die Zermürbung des deutschen Geistes durch eine falsche Literatur und Kultur zu beklagen, denn dieselbe geistige Krisis hatte sich auch der Außenvölker bemächtigt. Wohl aber kann man sagen, daß eine bessere geistige Rüstung der Innenreiche, eine idealistischere Kultur die deutsche Sache denn doch vor dem Zusammenbruch bewahrt hätte. Ich habe dies und andere Ursachen des „Zusammenbruchs“ in einer Frankfurter zeitgemäßen Broschüre 1922 eingehender behandelt. Ich glaube, daß eine solche Art der Behandlung kulturhistorischer Probleme unserer Zeit das Beste dazu beitragen kann, einen Wiederaufbau unserer Sache einzuleiten. Wenn ich und meine Freunde schon vor dem Weltkrieg, leider vergebens, für höhere, rettende Standpunkte eingetreten sind, so werden wir dies jetzt um so mehr nach Kräften und mit Gottes Hilfe fortsetzen. Über meine programmatischen Bemühungen auf diesem Gebiet mag meine jetzt erscheinende Selbstbiographie „Tage und Werke“ (Vogelsang-Verlag, Wien) orientieren. Sie enthält manches von allgemeinerer Bedeutung und schließt sich so meiner Geschichte der Neuesten Zeit ergänzend an.

Mai 1922.





# Inhaltsverzeichnis.

	Seite
<b>Weltpolitik 1900—1903</b> . . . . .	<b>1—216</b>
Das Jahr 1900 . . . . .	1—60
Der Bokerkrieg in China . . . . .	1
Der Burenkrieg in Südafrika . . . . .	7
England . . . . .	10
Nordamerika und der Imperialismus . . . . .	11
Rußland und die Ruthenen . . . . .	12
Frankreich und die Pariser Weltausstellung . . . . .	13
Der französische Klostersturm . . . . .	15
Krieger in Europa . . . . .	16
Reden des Deutschen Kaisers . . . . .	17
Kaiser Franz Josef in Berlin . . . . .	20
Prinz Ludwig von Bayern und die minderen Brüder . . . . .	21
Wechsel im Reichskanzleramt: Graf Bülow, der vierte Kanzler . . . . .	24
Interessenpolitik . . . . .	27
Der Heinze . . . . .	29
Die Saalburg . . . . .	34
Harnacks „Wesen des Christentums“ . . . . .	38
Deutsche Kultur . . . . .	39
Neuromantik . . . . .	41
Zeppelin . . . . .	44
Minister Koerber und die österreichische Regeneration . . . . .	45
Deutsche Gemeinbürgschaft . . . . .	49
Erzherzog Franz Ferdinand und Gräfin Sophie Chotek . . . . .	50
Nationale Autonomie . . . . .	51
Er mordung König Humberts durch einen Anarchisten . . . . .	54
Nobelpfiftung . . . . .	59
König Alexander von Serbien und Draga Maschin . . . . .	59
<b>Das Jahr 1901</b> . . . . .	<b>60—101</b>
Fortdauer des Burenkriegs . . . . .	60
Tod der Königin Viktoria . . . . .	60
König Edward VII. . . . .	60
Die Mandchurische Frage . . . . .	64
Der chinesische Sühneprinz in Berlin . . . . .	68
Mommsen über Voraussetzungslosigkeit . . . . .	70
Der Fall Spahn . . . . .	71
Der Fall Breschen . . . . .	73
Kaiserreden . . . . .	75
Franz X. Kraus † . . . . .	79
Duellunwesen . . . . .	80
„Rückständigkeit“ . . . . .	80
Neue Kunst und große Kunst . . . . .	83
Überbrettel . . . . .	83
Klostersturm in Frankreich . . . . .	91
Italienisches Geschwader in Toulon („Extratour“) . . . . .	92
Der Zar in Frankreich . . . . .	92
Die christliche Demokratie . . . . .	95
Der liberale Katholizismus . . . . .	95

	Seite
Vermählung der Königin Wilhelmine von Holland . . . . .	97
Die ostibirische Bahn . . . . .	98
Tolstoi erkommuniziert . . . . .	98
Mac Kinley ermordet . . . . .	101
Präsident Roosevelt . . . . .	101
Die Trusts . . . . .	101
Das Jahr 1902 . . . . .	102—156
Ausgang des Burenkrieges . . . . .	102
Englischer Imperialismus . . . . .	104
Englisch-japanisches Bündnis . . . . .	105
Bülow über die italienische Extratour . . . . .	106
Prinz Heinrich in Amerika . . . . .	108
Erneuerung des Dreibunds . . . . .	110
Polenfrage . . . . .	112
Religiöse Fragen . . . . .	115
Papstjubiläum . . . . .	116
Die Marienburger und Aachener Rede des Kaisers Wilhelm . . . . .	117
Reformkatholizismus . . . . .	120
Fall Ehrhard, Spahn, Kraus . . . . .	120
Fall Karl May . . . . .	121
Bischof v. Keppler über die Reformlust . . . . .	125
Babel und Bibel . . . . .	126
Fall Krupp . . . . .	127
Kaiser Wilhelm über die Kunst . . . . .	128
Die Sprachenfrage in Österreich; konfessionelle und nationale Verschiebungen . . . . .	135
Italiens Schwanken . . . . .	141
Die christliche Demokratie . . . . .	142
R. Murri . . . . .	143
Der französische Klostersturm . . . . .	146
Rußland in der Mandchurei . . . . .	148
Zuckerkonvention . . . . .	151
Bagdadbahn . . . . .	152
Unruhen in Makedonien . . . . .	152
Roosevelt über Monroedoktrin und Trusts . . . . .	153
Venezuela . . . . .	154
Die amerikanische Gefahr . . . . .	154
Die Weltsprachen . . . . .	155
Das Jahr 1903 . . . . .	156—216
Politische Spannungen . . . . .	156
Venezuelafrage . . . . .	156
Mazedonische Frage . . . . .	158
Der neue Dreibund . . . . .	158
Die Marokkofrage . . . . .	161
Die Bagdadbahn . . . . .	161
Johnston . . . . .	161
König Edwards Eintreisungsreisen . . . . .	161
Die mandchurische Frage . . . . .	162
Kaiser Wilhelm bei Papst Leo . . . . .	163
Deutscher Zollstreit mit Kanada . . . . .	163
Der serbische Königsmord . . . . .	165
König Peter Karageorgievic . . . . .	166
„Entente cordiale“ zwischen England und Frankreich . . . . .	168
Tod des Papstes, Konklave, Peto, Pius X. . . . .	168
„Alles erneuern in Christus“ . . . . .	171
Mürzberger Konvention zwischen Österreich und Rußland . . . . .	173
Wahlsieg der Sozialdemokraten im Deutschen Reich; Revisionisten . . . . .	177
Reaktion . . . . .	179
„Babel und Bibel“ . . . . .	184
Bekentnis Kaiser Wilhelms . . . . .	184
Kaiserreden über seine Eltern, über das Volkslied . . . . .	189
Reformkleidung . . . . .	197



Kämpfe in Österreich für das einheitliche Heer: Armeebefehl von Chlopyn	Seite 199
Tschechisches Staatsrecht	202
Französischer Klostersturm	208
„Weltherrschaft des deutschen Geistes“	210
Korea	214
Losreißung Panamas von Kolumbia	214

## Der Russisch-Japanische Krieg 1904—1905 . . . . . 217—309

Das Jahr 1904	217—264
Der Streit um Korea und um Port Arthur	218
Die russische Flotte an der Doggerbank	222
England in Tibet	224
Die „Entente cordiale“ zwischen England und Frankreich	225
Aufstand der Hereros in Deutsch-Südwest-Afrika	229
Kaiser Wilhelms Mittelmeerreise	229
Kaiserreden	230
Gesuitengesetz	232
Der „Evangelische Staat“	233
„Vom Rhein zum Yalu“	241
Österreichs Entente mit Rußland auf dem Balkan	248
Die italienische Rechtsfakultät in Innsbruck	250
Frankreichs Kampf gegen die Kongregationen	255
Marokko	257
Das Veto	258
Bagdadbahn	261
Panama	262
Roosevelt wieder Präsident	262
Die Weltsprache	264

## Das Jahr 1905 . . . . . 265—309

Ausgang des Russisch-Japanischen Krieges	265
Russische Unruhen, Verfassung, Duma	268
Friedensschluß zu Portsmouth in Amerika	268
Fortgang der russischen Revolution	270
Die Marokkofrage	271
Kaiser Wilhelm in Tanger	273
Kriegsgerüchte	274
Vorbereitung zur Marokkokonferenz	275
Berggesetznovelle	279
Toleranzantrag	279
Der „Hausknecht“	281
Schillerfeier	282
Restauration des gregorianischen Choralis	285
Denifle †	287
Alexander Baumgartner	287
Der Berliner Dom und das Coligny-Denkmal	289
Gautsch und Tisza; das allgemeine Wahlrecht für Österreich-Ungarn beraten	294
„Judaomagnaren“	296
Österreichischer Katholikentag	298
Fogazzaro	301
Keltische Renaissance	304
Auflösung der Union zwischen Schweden und Norwegen	305
König Haakon	306
Makedonische Unruhen	306
Roosevelts zweite Amtsperiode	307
Die gelbe Gefahr	309

## Marokkanische Wirren 1906—1907 . . . . . 310—413

Das Jahr 1906	310—364
Marokkokonferenz in Algeciras	310
Der „brillante Sekundant“	313
Besuwausbruch	313

Abafrage . . . . .	315
Allianzen und Ententen . . . . .	316
Aehrenthal . . . . .	321
Die russische Reichsduma; Unruhen in Rußland . . . . .	322
Bandenkämpfe in Makedonien . . . . .	326
„Dreadnought“ . . . . .	327
Invasionsfurcht in England . . . . .	329
Ausführung des französischen Kirchengesetzes . . . . .	329
Austreibung Montagninis . . . . .	333
Fogazzaros „Heiliger“ verurteilt . . . . .	337
„Aus dem Turm heraus“ . . . . .	343
Hermann Schell † . . . . .	344
Die Denkwürdigkeiten Hohenlohes . . . . .	346
Braunschweigische Regentschaftsfrage . . . . .	347
Denkmälerfucht . . . . .	353
Gautsch, Hohenlohe, Beck: das allgemeine Wahlrecht in Österreich . . . . .	356
Heirat und Bombenattentat in Spanien . . . . .	361
Simplontunnel . . . . .	461
Neubefestigungen in Belgien . . . . .	462
Roosevelt . . . . .	463
Panamerikanischer Kongreß . . . . .	463

Das Jahr 1907 . . . . .	365—413
Deutschland und England . . . . .	365
Flottenrüstungen . . . . .	366
Marokko . . . . .	367
Bandenkämpfe in Makedonien . . . . .	369
Verlängerung des Dreibunds . . . . .	369
Zwischenfall von Casablanca . . . . .	370
Zweite internationale Friedenskonferenz im Haag . . . . .	371
Papst Pius X. gegen den Modernismus; Brief an Commer; Kulturbund; Syllabus; Enzyklika „Pascendi“; Motu proprio . . . . .	372
Bülows Blockpolitik nach den Neuwahlen . . . . .	382
Die Hardenprozesse . . . . .	388
Enteignungsgeiz und Ostmarkenpolitik . . . . .	392
Allgemeines Wahlrecht in Österreich . . . . .	399
Sechster österreichischer Katholikentag und die Universitäten . . . . .	403
Die dritte Duma . . . . .	409
Serbisches Attentat auf Montenegro . . . . .	410
Überkapitalisierung in Amerika . . . . .	412

## Die bosnische Krise 1908—1909 . . . . . 414—518

Das Jahr 1908 . . . . .	414—466
Marokko; Muley Hafid . . . . .	414
Die Sandschatbahn . . . . .	415
Die Donau—Adriabahn oder Transbalkanbahn . . . . .	416
Brief Kaiser Wilhelms an Admiral Tweedmouth . . . . .	416
Bagdadbahn . . . . .	418
Verträge über Nordsee und Ostsee . . . . .	419
Jubiläum Kaiser Franz Josefs . . . . .	419
Englisch-russische Zusammenkunft in Reval . . . . .	421
Jungtürkische Revolution; Türkische Konstitution . . . . .	421
Interparlamentarische Konferenz . . . . .	424
Unabhängiges Königreich Bulgarien . . . . .	425
Annexion von Bosnien und Herzegowina . . . . .	425
Türkischer Boykott . . . . .	429
Das Programm Kaiser Wilhelms im „Daily Telegraph“ . . . . .	430
Die Bülow-Revolution . . . . .	431
Großserbische Agitation . . . . .	438
Prozeß Gulenburg . . . . .	442
Die Modernismus-Bewegung . . . . .	444
Zeppelin . . . . .	455



	Seite
Die Wärmundtsache in Österreich . . . . .	456
Beck und Wienerth . . . . .	457
Er mordung des Königs von Portugal . . . . .	461
Russische Reaktion . . . . .	463
Tolstoi . . . . .	463
Präsident Taft . . . . .	465
Thronwechsel in China . . . . .	466
 Das Jahr 1909 . . . . .	 467—518
Österreichisch-türkische Verhandlungen; Einigungsprotokoll . . . . .	467
Großserbische Bewegung . . . . .	469
Deutsch-französisches Abkommen über Marokko . . . . .	470
„Nibelungentreue“ . . . . .	472
Flotteneifer sucht . . . . .	474
Die Annexion erledigt . . . . .	475
Revolutionärer Herrscherwechsel in der Türkei . . . . .	476
Schiedsgericht über Casablanca . . . . .	478
Deutsche Reichsfinanzreform; Sturz Bülow's . . . . .	478
Zerfall des Bülow-Blocks . . . . .	480
Bethmann Hollweg Reichskanzler . . . . .	481
Schwarzblauer Block . . . . .	481
Der Friedungsprozeß . . . . .	487
Der Ferrerrummel . . . . .	489
Neuer Hardenprozeß . . . . .	490
Die Revisionisten . . . . .	492
Osterdiensttagkonferenz . . . . .	493
Ist das Zentrum konfessionell? . . . . .	494
Zionisten . . . . .	496
Die katholische Literaturbewegung . . . . .	499
Zeppelin . . . . .	504
Minister Weizsäcker . . . . .	505
Neue Enzyklika gegen den Modernismus . . . . .	510
Royalisten in Frankreich . . . . .	510
Thronwechsel in Belgien . . . . .	514
Balkanstaatenbund? . . . . .	515
Kretische Frage . . . . .	515
Bagdadbahn . . . . .	516
Jungägypten . . . . .	516
Juanschifai . . . . .	517
Präsident Taft und die Deutsch-Amerikaner . . . . .	518
Antitrufbewegung . . . . .	518

## Vorspiele des Weltkrieges 1910—1911 . . . . . 519—641

Das Jahr 1910 . . . . .	519—584
Der Kaisergedanke Mitteleuropas . . . . .	519
Kretische Frage . . . . .	520
Vorspiele des Balkanbunds und des Duells England-Deutschland . . . . .	521
Mesopotamische Fragen . . . . .	523
Tod König Edwards VII. . . . .	524
König Georg V. . . . .	524
Wirrkopf Iswolski . . . . .	527
Die Borromäus-Enzyklika . . . . .	527
Der Modernisteneid . . . . .	535
Prinz Max von Sachsen . . . . .	536
Neoslawismus . . . . .	538
Der Zar in Potsdam . . . . .	538
Der Zwischenfall von Agadir . . . . .	539
Panslawismus . . . . .	540
Wahlrechtskämpfe in Preußen . . . . .	541
Kaiser Wilhelm in Beuron und Marienburg; Prinz Ludwig in Mötting . . . . .	545
Die Welsen . . . . .	547
Toleranzantrag . . . . .	549

	Seite
Konfessionalität . . . . .	550
Martin Spahn als Zentrumsmann . . . . .	551
Zionisten . . . . .	551
Noeren . . . . .	552
Roosevelt in Europa . . . . .	555
Reformkatholizismus, Modernismus, Literaturstreit . . . . .	557
Die Kardinäle Ropp und Fischer . . . . .	561
Quegers Tod . . . . .	566
Das englische Oberhaus . . . . .	574
Die Suffragetten . . . . .	575
Portugal Republik . . . . .	575
Ägyptischer, indischer und persischer Nationalismus . . . . .	580
Die Südafrikanische Union . . . . .	580
Vorparlament in China . . . . .	582
Demokraten in Amerika . . . . .	583
<b>Das Jahr 1911 . . . . .</b>	<b>585—641</b>
Tripolis und Marokko . . . . .	585
Kuweit . . . . .	587
Schiedsgerichtsverträge . . . . .	588
Die Franzosen in Fez . . . . .	589
Der „Panther“ in Agadir . . . . .	589
Kriegsgefahr . . . . .	592
Cartwright . . . . .	592
Der Marokkovertrag und das Kongoabkommen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich . . . . .	595
Krieg Italiens gegen die Türkei, Besetzung von Tripolis . . . . .	602
Antimodernisteneid . . . . .	606
Röbler Richtung . . . . .	609
Fatho und Traub . . . . .	609
Bischof Korum . . . . .	611
Die neue elsäß-lothringische Verfassung . . . . .	615
Kaiser Wilhelm und die Religion, die Beuroner . . . . .	617
Der Papst an den Gralbund . . . . .	621
Die Ministerien Bienerth, Gautsch und Stürgkh in Österreich . . . . .	622
Ende des „Vaterland“ . . . . .	625
Reform des Oberhauses in England . . . . .	631
Englische Reichskonferenz ohne Zollverein . . . . .	632
Aufstand in Albanien . . . . .	635
Ägyptischer Nationalismus . . . . .	637
Morgan Shuster in Persien . . . . .	637
Zuanschikai und Sunjatsen in China . . . . .	638
Japan in Mexiko . . . . .	638
Internationale Kongresse . . . . .	641
<b>Die beiden Balkankriege 1912—1913 . . . . .</b>	<b>642—782</b>
<b>Das Jahr 1912 . . . . .</b>	<b>642—704</b>
Italien in Tripolis . . . . .	642
Sunjatsen und Zuanschikai in China . . . . .	643
Aufstand in Albanien . . . . .	644
Kreta . . . . .	644
Balkanbund . . . . .	644
China Republik . . . . .	644
Die deutsche Flotte „Luxus“ . . . . .	645
Aehrenthal † . . . . .	646
Berchtold . . . . .	646
Japan und Mexiko . . . . .	649
Kaiserzusammenkunft in Baltischport . . . . .	653
Herrscherwechsel in Japan . . . . .	653
Poincaré in Rußland . . . . .	654
Albanische Frage . . . . .	654
Buchlau . . . . .	656



	Seite
Ausbruch des ersten Balkankriegs	658
Friede von Lausanne zwischen Italien und der Türkei	659
Erneuerung des Dreibunds	663
Friedensverhandlungen und Botschafterkonferenzen zu London	664
Das russisch-chinesische Mongolei-Protokoll	664
Jesuitengesetz	665
Traub	666
Roeren	666
Die katholischen Arbeitervereine	666
Reichstagswahlen; Siege der Sozialdemokratie	672
Der Mittelstand	673
Duellfrage	675
Kaiserworte in Straßburg	676
Welfen und Hohenzollern	677
Regentenwechsel in Bayern	679
Bürgermeisterwechsel in Wien: Weiskirchner	688
Eucharistischer Kongreß in Wien	688
Homerule für Irland	693
Titanic-Katastrophe	694
Thronwechsel in Luxemburg: Maria Adelhaid	696
Thronwechsel in Dänemark: Christian X.	697
Die vierte Duma	698
Völker des Baltans	698
Wilson Präsident	701
<b>Das Jahr 1913</b>	<b>704—782</b>
Londoner Friedensverhandlungen und Botschafterkonferenzen	704
Die Schöpfung Albaniens	707
Der Balkan den Balkanvölkern	709
Er mordung König Georgs von Griechenland; König Konstantin XII.	711
Der Flottenfeiertag	712
Die dreijährige Dienstzeit in Frankreich	712
Wehrgesetz und Vermögensabgabe im Deutschen Reich	714
Vermählung des welfischen Erben mit der Hohenzollernprinzessin; die Welfen in Braunschweig	717
Londoner Friede	720
Poincarés Reisen	722
Zweiter Balkankrieg und Butarester Friede	723
Der Haager Friedenspalast	727
Deutsche Militärmission in der Türkei	736
Die Jahrhundertfeier der Befreiungskriege	751
Der Zentrumsstreit	755
Homerule und Ulster-Frage	770
Euffragetten	772
Juanschitai	778
Die mongolische Frage	778
Wilsons Programm	781
<b>Alphabetisches Register</b>	<b>783—849</b>





# Weltpolitik 1900—1903.

## Das Jahr 1900.

Der Boxerkrieg in China. Der Burenkrieg in Südafrika. England. Nordamerika und der Imperialismus. Rußland und die Ruthenen. Frankreich und die Pariser Weltausstellung. Der französische Klostersturm. Krieger in Europa. Neben des Deutschen Kaisers. Kaiser Franz Josef in Berlin. Prinz Ludwig von Bayern und die Minderen Brüder. Wechsel im Reichskanzleramt: Graf Bülow, der vierte Kanzler. Interessenpolitik. Der Heinze. Die Saalburg. Harnacks „Wesen des Christentums“. Deutsche Kultur. Neuromantik. Zeppelin. Minister Koerber und die österreichische Regeneration. Deutsche Gemeinbürgerschaft. Erzherzog Franz Ferdinand und Gräfin Sophie Chotek. Nationale Autonomie. Ermordung König Humberts durch einen Anarchisten. Nobelftiftung. König Alexander von Serbien und Draga Maschin.

Wir beginnen diesen fünften Band der Geschichte der Neuesten Zeit mit dem Jahr 1900, nicht deshalb, weil man fälschlich mit dem 1. Januar 1900 das neue 20. Jahrhundert begann, sondern weil mit dem Weltkrieg gegen China eine ganz neue Periode der Weltpolitik eingeleitet wurde, die ganz folgerichtig zu dem Endziel unserer Darstellung, nämlich zum Weltkrieg von 1914—1918 führte. Außer dem Chinesischen Krieg wird auch die Fortführung des Burenkriegs als weltgeschichtliches Moment in den Vordergrund zu stellen sein.

Welt-  
politik.

Die Sekte der sogenannten Boxer hatte in China schon im Jahr 1899 ihr Unwesen getrieben. Da hatte ein Räuberhauptmann Tschung-Teng im Mai eine Bande um sich gesammelt, die er „Roter Lampenschirm“ oder „Schleier der goldenen Glocke“ oder „Hand aus Eisenstoffs“ oder „Sekte des großen Messers“ nannte, dann auch, um sich gegen die Verfolgungen durch die Regierung zu decken, „Faust des Patriotismus und des Friedens“. Seinen Patriotismus betätigte der geheime Bund durch entschiedene Fremdenfeindschaft, besonders Feindschaft gegen das Christentum und die christlichen Missionen. Er stachelte immer mehr den religiösen Fanatismus auf, beredete die Leute, daß er seine Anhänger durch Zauberspruch und Kugelfest machen könne. Die Bande ließ zuerst ihre Wut an den katholischen Christen aus, die sie zumeist haßte, dann kamen aber auch die weniger gefährlich scheinenden protestantischen Christen daran. Als sich

Boxer.

ihrer der amerikanische Konsul annahm, mußte der Statthalter Yu von Schantung gegen die Boxer vorgehen. Diese verschwanden für eine Weile im September 1899, sammelten sich aber wieder im Oktober, und ihr Führer erließ eine offene Proklamation für die Mandschu-Dynastie und gegen die Fremden. Es fanden einige Zusammenstöße mit Regierungstruppen statt, wobei sich diese und die Regierungsvertreter sehr zweideutig verhielten. So konnten sich die Boxerbanden anfangs 1900 sogar in Peking festsetzen und dort und in der Umgebung Christen ermorden. Die Regierung duldete offenbar aus gleichem Fremdenhaß dies Treiben. Bischof Anzer. Anzer, der Apostolische Vikar von Südschantung, kam im Februar aus China nach Rom, Wien und Berlin, um über die Unruhen und Christenverfolgungen zu berichten und um Hilfe für die Missionen zu bitten. Er wurde von Kaiser Wilhelm empfangen. Vergebens forderten im April die Gesandten des Deutschen Reiches, Englands, Amerikas und Frankreichs ein schärferes Vorgehen der chinesischen Regierung und drohten mit einer militärischen Invasion. Die europäischen Mächte sandten denn auch im Mai stärkere Schutztruppen für die Gesandtschaften nach Peking. Aber am 4. Juni wurde durch die Boxer die Bahnverbindung zwischen Peking und Tientsin und damit die Verbindung mit dem Meer unterbrochen. Am 12. Juni wurde der Kanzler der japanischen Gesandtschaft in Peking von Soldaten der Leibgarde der Kaiserin, am 18. wurde gar der deutsche Gesandte Ketteler. v. Ketteler, als er sich nach dem Tsungli-Yamen begab, um da Vorstellungen zu machen, auf der Straße von einem chinesischen Soldaten ermordet.

Indes versuchte der englische Admiral Seymour vergebens mit 2000 Mann gegen Peking vorzudringen. Er fand den Weg durch eine Übermacht von Boxern und chinesischen Soldaten versperrt und mußte in Tientsin halten, mit der Hoffnung, von den erwarteten stärkeren Kräften entsetzt zu werden; er hatte unter sich außer Engländern auch Amerikaner, Franzosen, Deutsche, Österreicher, Russen, Italiener und Japaner. Es gelang auch den fremden Schiffen am 17. Juni, die Takuforts zu entwaffnen, worauf sie durch die Schiffsmannschaft erstürmt wurden.

Am größten war die Aufregung über das Geschehene im Deutschen Reich, denn nicht nur der Gesandte war ermordet, auch die Missionen hatten am meisten zu leiden. Noch im Juni gingen Freiwillige nach China. Als am 2. Juli die offizielle Bestätigung des Mordes eintraf, erließ Kaiser Wilhelm sofort den Befehl, daß sich eine Division des Geschwaders mit Beschleunigung zur Fahrt bereitmache. Er besichtigte die zur Einschiffung bereiten Truppenteile in Wilhelmshaven und hielt an sie folgende Ansprache: „Mitten in den tiefsten Frieden hinein, für mich leider nicht unerwartet, ist die Brandfackel des Krieges geschleudert worden. Ein Verbrechen, unerhört in seiner Frechheit, schaudererregend durch seine Grausamkeit, hat meinen bewährten Vertreter getroffen und dahingerafft. Die



Gesandten anderer Mächte schweben in Lebensgefahr, mit ihnen die Kameraden, die zu ihrem Schutz entsandt waren. Die deutsche Fahne ist beleidigt und dem Deutschen Reiche Hohn gesprochen worden. Das verlangt exemplarische Bestrafung und Rache . . . Ihr werdet einem Feinde gegenüberstehen, der nicht minder todesmutig ist, wie ihr. Von europäischen Offizieren ausgebildet, haben die Chinesen die europäischen Waffen brauchen gelernt . . . So sende ich euch nun hinaus, um das Unrecht zu rächen, und ich werde nicht eher ruhen, als bis die deutschen Fahnen, vereint mit denen der andern Mächte, siegreich über den chinesischen wehen . . . Ihr habt gute Kameradschaft zu halten mit allen Truppen, mit denen ihr dort zusammenkommt. Russen, Engländer, Franzosen, wer es auch sei, sie fechten alle für die eine Sache, für die Zivilisation. Wir denken auch an unsere Religion und den Schutz der Brüder, welche mit ihrem Leben für ihren Heiland eingetreten sind . . . Zieht hinaus mit dem alten brandenburgischen Fahnenpruch: 'Vertrau' auf Gott, dich tapfer wehr', daraus besteht dein' ganze Ehr'. Denn wer's auf Gott herzhastig wagt, wird nimmer aus der Welt gejagt!' — Meine Gebete werden euch nicht verlassen . . ."

Am Tage darauf taufte der Kaiser ein neues Linien Schiff auf den Namen „Wittelsbach“ und sagte zu Prinz Ruprecht von Bayern: Bayern „Wie einst Wittelsbacher und Hohenzollern Seite an Seite für das Wohl des Reiches kämpften, so wird es auch in Zukunft geschehen. Wir hatten in diesen Tagen Gelegenheit, Zeuge historischer Augenblicke zu sein, die einen Markstein in der Geschichte unsres Volkes bedeuten. Wir konnten uns überzeugen, wie mächtig der Wellenschlag des Ozeans an unsres Volkes Tore pocht und es zwingt, als großes Volk seinen Platz in der Welt zu behaupten, mit einem Wort: zur Weltpolitik. Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe; aber der Ozean beweist auch, daß auf ihm Ozean. und in der Ferne jenseits von ihm ohne Deutschland, ohne den Deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf. Ich bin nicht der Meinung, daß unser deutsches Volk vor dreißig Jahren unter der Führung seiner Fürsten gesiegt und geblutet hat, um sich bei großen auswärtigen Entscheidungen beiseiteschieben zu lassen . . .“

Bald darauf (6. Juli) richtete Kaiser Wilhelm an die betreffenden Behörden in China das Telegramm: „Ich verpflichte mich auf mein kaiserliches Wort, für jeden der zur Zeit in Peking eingeschlossenen Fremden jeder Nationalität, welcher lebend einer kaiserlich deutschen oder sonstigen fremden Behörde übergeben wird, demjenigen, der die Auslieferung herbeiführt, tausend Taels (6000 Mark) auszuzahlen.“ Das wurde allerdings durch die Art der Befreiung hinfällig.

Graf Bülow als Staatssekretär des Auswärtigen richtete am 11. Juli Bülow. ein Rundschreiben über die chinesische Frage an die deutschen Bundesregierungen. Er gab eine Übersicht über die Entwicklung der Boyerbewegung, er zeigte die unheilvolle Wirkung des offenbaren Mangels an gutem Willen

und der Lässigkeit der Pekinger Zentralregierung; die fremdenfeindliche Partei gewann im Räte der Kaiserin-Witwe mehr und mehr die Oberhand; der fremdenfeindlichste Prinz Tuan wurde zum Mitglied des Tsungli-Yamen ernannt. Bülow schloß: „Unsere militärischen Maßnahmen sollen uns in den Stand setzen, an der von allen Mächten für notwendig erachteten militärischen Aktion in China in einer der politischen Bedeutung Deutschlands entsprechenden Weise teilzunehmen. Durch die Vorgänge in China sind das erfolgreiche deutsche Missionswerk, der blühende deutsche Handel und die in Schantung im Entstehen begriffenen großen deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen gleichmäßig bedroht. Diese idealen und materiellen Interessen müssen wir mit allem Nachdruck schützen . . . Wir wünschen keine Aufteilung Chinas, wir erstreben keine Sondervorteile.“

Die sozialdemokratische Presse („Vorwärts“) bekämpfte diese Ausführungen; der chinesische Volksaufstand sei zurückzuführen auf die Politik der „gepanzten Faust“, die Kaiser Wilhelm vor einigen Jahren in seiner Kieler Rede proklamierte. Auch die Besitzergreifung Kiautschaus habe das Volk Chinas erregt, und die erst darauffolgenden Annexionen durch Rußland und England. Die Vorer hätten einfach mit ihrer gepanzerten Faust geantwortet. Man habe kein Recht, die Chinesen von ihrem alten Glauben abtrünnig zu machen und sie zu Anhängern einer Religion zu befehlen, deren Worte in einem so schreienden Widerspruch stehen zu den Taten der christlichen Mächte. Die Chinesen verdienen dieselbe Sympathie wie die Burenrepubliken. Sollen wir ihnen unseren Schneidigkeitskult aufzwingen?

Während die chinesische Regierung das herannahende Unheil durch Schreiben an die verschiedenen Mächte abzulenken suchte, hielt Kaiser Wilhelm am 27. Juli in Bremerhafen folgende Ansprache an die nach Ostasien aufbrechenden Truppen: „Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen sind . . . Die Aufgaben, welche das alte Römische Reich Deutscher Nation nicht hat lösen können, ist das neue Deutsche Reich in der Lage zu lösen. Das Mittel, das ihm dies ermöglicht, ist unser Heer . . . Eine große Aufgabe harret euer. Ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben der Heiligkeit des Gesandten und den Pflichten des Gastrechtes Hohn gesprochen. Es ist das um so empörender, als dieses Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre uralte Kultur stolz ist. Bewährt die alte preußische Tüchtigkeit! Zeigt euch als Christen, im freudigen Ertragen von Leiden! Gebt in Manneszucht und Disziplin aller Welt ein Beispiel! Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten und grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge

der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen! Der Segen Gottes sei mit euch! Öffnet der Kultur den Weg ein für allemal!"

Diese Rede wurde im In- und Ausland viel besprochen. Zur Erklärung sagte der „Frankfurter General-Anzeiger“: „Vergleichen tun Russen und Engländer, sagen es aber nicht. Den Deutschen mußte man es sagen, wegen der Gefahr falscher Humanität. Die Worte des Kaisers bewahren die Soldaten vor heimtückischer Vergeltung unangebrachten Vertrauens.“ Auch der „Daily Telegraph“ schrieb: „Die Ansprache des Kaisers wird wahrscheinlich einen heilsameren Einfluß auf die Chinesen haben als mildere Erklärungen von anderer Seite. Baron v. Ketteler ist ermordet worden, die Gesandtschaften aller Mächte sind zerstört oder angegriffen und belagert worden, selbst ihre Rettung könnte nur als ein merkwürdiger Zufall betrachtet werden, da eine große Anzahl der europäischen Schutzmannschaften bei der Verteidigung umgekommen ist. Diese Dinge bedeuten die verräterischste Verletzung des Völkerrechts in der Geschichte der Welt. Wenn hiefür keine dem Gedächtnisse Asiens sich einprägende Strafe gefordert würde, so würde das Leben der Europäer in China künftig keinen Heller wert sein. Der Befehl des Kaisers ist eine Formel, die die Asiaten verstehen; geeignet, durch das fast undurchbringliche Gewebe von Heuchelei und Sophisterei hindurch auf die Chinesen Eindruck zu machen.“ Der französische Präsident hielt auch an die in Marseille sich einschiffenden Truppen eine energische Ansprache.

Ebenso wandte sich nochmals Kaiser Wilhelm an abreisende Offiziere: „Sie gehen ernstesten Sachen entgegen. Ich beabsichtigte vor vier Jahren, der Welt durch meine Zeichnung (Völker Europas, wahr! eure heiligsten Güter!), da sich die Worte zu leicht verwischen, einen Fingerzeig zu geben; aber meine Warnungen blieben unbeachtet. Die Verhältnisse haben ihren Grund in der Unterschätzung des Gegners . . . Ruhen Sie nicht eher, als bis der Gegner, zu Boden geschmettert, auf den Knien um Gnade fleht . . . Einer Aufteilung des weiten chinesischen Reiches werde ich mich auf das entschiedenste widersetzen; das würde zu anderseitigen Verwicklungen Anlaß geben. Der Chinese ist an eine zentrale Regierung gewöhnt; so ist es uns und unserem Handel am günstigsten . . . Der Chinese ist ein guter Soldat, ein gleichwertiger Gegner. Aber vergessen Sie auch seine Hinterlist nicht! Behandeln Sie ihn gut, denn er ist um den Finger zu wickeln; aber er hat auch ein viel zu ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl, um scheinbar ungerechte Schläge und schlechte Behandlung zu ertragen. Vor allem warne ich vor Zersplitterung der Kräfte; dem Admiral Seymour würde es nicht so ergangen sein, wenn er nicht mit 2000 Mann gegen eine Millionenstadt vorgegangen wäre. Eins können wir von den Engländern lernen: machen Sie mit Ihren Leuten recht viele Lauffspiele, damit sie nicht mit erschlaftem Körper nach dem guten Essen und der geringen Bewegung plötzlich in die großen Anstrengungen hinein-



kommen. Im Verkehr mit andern Nationen fallen alle politischen Gefühle weg. Ob Engländer, Russe, Franzose, Japaner, wir kämpfen alle gegen denselben Feind zur Aufrechthaltung der Zivilisation; wir besonders für unsere Religion."

Waldersee.

Im Einvernehmen mit den andern Mächten wurde Graf Waldersee zum Oberkommandierenden in China ernannt. Der Kaiser sprach ihm am 18. August beim Abschied den Glückwunsch aus, daß er ihn als Führer der vereinigten Truppen der zivilisierten Welt begrüßen dürfe. „Von hoher Bedeutung ist es, daß Ihre Ernennung zum Ausgangspunkt hat die Anregung und den Wunsch Sr. Majestät des Kaisers aller Reußen, des mächtigen Herrschers, der weit bis in die asiatischen Lande hinein seine Macht fühlen läßt. Es zeigt sich wiederum, wie eng verbunden die alten Waffentraditionen der beiden Kaiserreiche sind . . . Es wird darin eine einheitliche Anerkennung für unser ganzes militärisches Wirken ausgesprochen, für das militärische System, für die Ausbildung und Führerschaft unserer Generale und Offiziere . . . Im Interesse unseres Volkes wünsche ich, daß unsere gemeinsame Expedition eine feste Bürgschaft gegenseitigen Friedens für die europäischen Mächte werden möge, wie dies Se. Majestät der Kaiser von Rußland im vorigen Jahr auf anderem Gebiete verursacht hat. Was uns im Frieden nicht hat beschieden sein können, das ist vielleicht nunmehr mit den Waffen in der Hand zu erreichen.“ Waldersee reiste über München nach Genua, um sich dort einzuschiffen. Sein pomphaftes Auftreten gab Anlaß zu mancher Kritik, besonders im Gegensatz zu der schlichten Größe Moltkes.

Peking.

Waldersee kam auch zu spät. Die verbündeten Befreiungstruppen stürmten schon am 5. August die chinesischen Verschanzungen bei Peitsang und zogen am 15. August in Peking ein. Die wilden Gerüchte von der Niedermetzlung der in den Gesandtschaften belagerten Männer und Frauen und der um die Kirche verschanzten Christen erwiesen sich als falsch. Es ist überhaupt eine der merkwürdigsten Tatsachen, daß die Volkspheantasie fast durchaus Gerüchte, Sagen und Vorstellungen bildet, die der geschichtlichen Wirklichkeit widersprechen, aber freilich auch nicht ohne tieferen Sinn sind. Gerade diese Sagen über Peking sind typisch für alle historische Sagenbildung; sie konnten sich nämlich nur bilden in der Zeit, da keine authentischen Nachrichten aus Peking möglich waren. Die Volkspheantasie mußte unwillkürlich diese Leere ausfüllen. Der Geschichtschreiber lernt aber daraus, daß sich Sagen nur gleichzeitig bilden, und zwar in der Zeit, die zwischen dem Gerücht und der geschichtlichen Bestätigung oder Nichtbestätigung desselben abläuft. So sind die Sagen über Attila, über Theoderich den Großen, über Karl den Großen, über die Kreuzzugshelden noch bei Lebzeiten jener Männer oder unmittelbar nach ihrem Tode entstanden, ebenso wie die Sagen über Alexander den Großen und ältere. Spätere Generationen hatten gar nicht mehr die Veranlassung, ihre Pheantasie dadurch aufregen zu lassen.

Erst am 27. September übernahm Generalfeldmarschall Graf Waldersee den Oberbefehl über die Truppen in Petschili und zog am 17. Oktober in Peking ein. Die Kaiserin-Witwe und der Kaiser waren aus Peking entflohen. Li-Hung-Tschang erhielt die Vollmacht, mit den Verbündeten zu unterhandeln. Prinz Tuan und andere Fremdenfeinde wurden ihrer Ämter entsetzt. Aber noch immer fanden in den Provinzen Unruhen, Aufstände, Verfolgungen europäischer Missionäre und eingeborner Christen statt. Im November einigten sich die Vertreter der Mächte über die den Chinesen vorzulegenden Friedensbedingungen: Nach Berlin war eine Sühnemission unter Führung eines Prinzen zu entsenden, um sich wegen der Ermordung des Gesandten Ketteler zu entschuldigen; diesem sollte auf dem Schauplatz des Mordes ein entsprechendes Denkmal gesetzt werden mit lateinischer, deutscher und chinesischer Inschrift. Die Schuldigen sollten mit dem Tode bestraft werden. Die Boxersekte sei bei Todesstrafe zu unterdrücken. Auf den profanierten Begräbnisstätten sollen Sühnedenkmäler errichtet werden. Das Tsungli-Yamen soll reformiert werden. China muß für allen Schaden entsprechende Entschädigung leisten. Die Waffeneinfuhr wird verboten. Jede Macht erhält das Recht, für ihre Gesandtschaft eine dauernde Schutzwache zu halten. Im Gesandtschaftsviertel dürfen keine Chinesen wohnen; es wird in Verteidigungszustand gesetzt. Die Befestigungen von Taku (am Meer) werden geschleift. Einzelne Punkte zwischen Peking und dem Meer werden von den Mächten militärisch besetzt, um jederzeit die ungehinderten Verbindungen zu sichern. Die provisorische Regierung der fremden Mächte beschloß ferner die Schleifung der Befestigungen von Tientjin. Eine Note der Mächte vom Dezember formulierte noch bestimmter die Forderungen der Sühne. So sollten auch die Staatsprüfungen in den Städten, in denen Fremde ermordet oder grausam behandelt wurden, auf fünf Jahre unterbleiben. Noch vor Ende des Jahres wurde der Mörder des Freiherrn v. Ketteler in Peking hingerichtet.

Das Panorama von Tsingtau nach der Zeichnung eines chinesischen Malers gibt die „Illustrierte Zeitung“, 8. Februar (Chinesische Kriegsbilderbogen: Ill. Ztg., 18. Okt.).

Man sprach von der „künftigen Herrschaft des weißen Mannes in Ostasien“ (Allg. Ztg., 192).

Durch die große chinesische Frage und den Boxerkrieg war der Burenkrieg und die afrikanische Frage etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Dort im Burenland wogte der Kampf zu Beginn des Jahres noch unentschieden hin und her. Der Versuch des englischen Generals Buller, den Spionstrop zu erstürmen und den Tugela zu überschreiten, wurde im Januar und Februar zweimal abgewiesen. Der Erfolg neigte

Unter-  
hand-  
lungen

Buren-  
krieg.

sich aber auf Seite der Engländer, als Lord Roberts mit Lord Kitchener ankam und die Führung übernahm. General Cronje mußte sich bei Paardeberg ergeben, Buller zog im März in Ladysmith ein. Ein Friedensgesuch der Präsidenten Krüger und Steijn wurde von Lord Salisbury abgelehnt; er forderte unbedingte Unterwerfung. Bald besetzte Roberts Bloemfontein. Auch der Aufstand der Buren in der Kapkolonie wurde allmählich unterdrückt. Der Burengeneral Joubert starb am 27. März in Pretoria, und Botha trat an seine Stelle.

Indessen blieb die englische Regierung auch im Heimatland nicht ungetadelt, weil sie den Krieg durch ihre Schroffheit hervorgerufen und mit ungenügenden Vorbereitungen begonnen habe. Die englische Sozialdemokratie erklärte: Unser Feind ist nicht Transvaal, sondern die englische Aristokratie. Die Einstellung von Freiwilligen ist der erste Schritt zur allgemeinen Wehrpflicht. Der Premierminister Lord Salisbury verteidigte sich: „Der Fehler lag in der Konvention von 1881 und 1884, durch die mitten in unser Land eine uns bitter feindliche Burenbevölkerung gesetzt wurde, der es ein leichtes war, Waffen einzuführen. Ich glaube nicht an die Vollkommenheit der britischen Einrichtungen für den Kriegsfall. Es ist klar, daß etwas in der Maschinerie nicht in Ordnung ist. Die Kriegswissenschaft ist auf dem Festland mit einer Gründlichkeit studiert worden, wie keine andere Wissenschaft. Wir sind von fünf großen Militärmächten umgeben. Ich glaube nicht, daß die britische Verfassung eine gute Kampfmaschine sei. Sie ist gut für den Frieden, aber für den Krieg müssen wir vielleicht an eine Änderung denken. Die jetzige Lage ist die schlimmste, in der wir uns je befunden haben.“ Das war im Januar gesagt. Aber es kam noch die furchtbare Hungersnot in Indien dazu, die ungeheure Anforderungen an den Staatsfiskus stellte. Und im Februar erregten die russischen Truppenverschiebungen in Zentralasien große Besorgnisse, wegen eines möglichen Angriffes auf Afghanistan. Chamberlain wurde heftig eines unlauteren Vorgehens beschuldigt, besonders wegen Begünstigung des Jamesonschen Zuges. Am gefährlichsten aber wurde die Agitation der Iren gegen England und die englischen Grundbesitzer in Irland. Die Regierung unterdrückte in ganz England die früher so viel gerühmte Redefreiheit und die Versammlungsfreiheit, oder ließ sie durch die geduldete Pöbelherrschaft, durch den gewalttätigen, unbuldsamen „Jingoismus“ des rohen Mob unterdrücken.

Vergeblich bot Mac Kinley, der Präsident der amerikanischen Union, seine Dienste an zur Herbeiführung einer Verständigung mit den Buren. Salisbury wies jede Vermittlung einer fremden Macht ab. Die Buren stießen im April wieder vor und verfügten die Ausweisung der Roberts. Engländer aus ihrem Gebiet. Aber im Mai gelang es dem Lord Roberts, Johannesburg zu besetzen. Die Engländer proklamierten die Vereinigung des Oranjesfreistaats mit ihrem Gebiet; er sollte fortan Orange-River-Colony heißen. Im Juni rückte Roberts in Pretoria ein und zwang den Präsidenten Krüger, sich nach Watervalboven zurückzuziehen. Vergebens führten die Burenführer de Wet, Olivier, Delarey und Prinsloo



einen Vandenkrieg mit Hilfe der Bevölkerung. Prinsloo wurde Ende Juli gefangen.

Nach der Eroberung Pretorias atmete man in London etwas auf und dachte schon daran, die bald in Südafrika frei werdende Armee gegen Rußland in Zentralasien zu verwenden. So schrieb die „Morning Post“ im Juni: „Die Augen der europäischen Großmächte sind jetzt auf Asien gerichtet; sie halten es für ihre Pflicht, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Großbritannien hat diese Aufgabe für Indien übernommen, Rußland für Nordasien. Der Handel Englands ist seit einer Generation in China leitend; nun hat aber Rußland entdeckt, daß es auch eine Mission in China habe, und zwar die, erst zu protegieren, dann zu annektieren und endlich die Engländer zu vertreiben. Rußland irrt aber, wenn es glaubt, England habe seine Hände nicht frei. England kann auf Japan rechnen, die britische Flotte ist in der Lage, die russische zu vernichten und dabei noch die französische in Schach zu halten. Großbritannien hat jetzt zwei Wege offen, entweder festzustehen oder davonzulaufen; bisher hat man zum letztern geneigt, jetzt aber ist der Augenblick gekommen, zu überlegen, ob es nicht besser sei, festzustehen.“

Im Unterhaus klagten die Liberalen über die Leiden, denen Verwundete und Kranke in Südafrika infolge der Unzulänglichkeit der Einrichtungen ausgesetzt seien. Auch wurden scharfe Angriffe gegen englische Offiziere laut, die sich als Gefangene nicht „gentlemanlike“ betragen hätten. Der Kolonialminister Chamberlain wurde wegen seiner Beteiligung an Armeelieferungen angegriffen und es kam darüber zu einer lebhaften Debatte im Unterhaus.

Indessen gelang es dem Lord Roberts durch scharfe Maßregeln gegen die „Burghers“ diese einzuschüchtern. Er drängte die Buren bei Dalmamutha zurück (27. August) und zwang so Krüger und Steijn, nach Nelspruit zu fliehen. Am 3. September erklärte er durch eine Proklamation die Südafrikanische Republik für annektiert. Krüger reiste über Krüger. das portugiesische Küstengebiet auf einem niederländischen Kreuzer nach Europa und wurde besonders in Frankreich mit Begeisterung aufgenommen. Roberts verkündete in einer Proklamation vom 14. September: „Präsident Krüger hat die portugiesische Grenze überschritten und damit formell auf die Präsidentschaft verzichtet. Sein Verlassen der Burensache sollte den Burghers klar machen, daß es nutzlos ist, den Kampf länger fortzusetzen. 15.000 ihrer Landsleute sind kriegsgefangen. Es kann ihnen von keiner Großmacht eine Intervention kommen. Der Krieg ist in unregelmäßige, unverantwortliche Operationen ausgeartet. Ich werde jedes Mittel anwenden, dem ein Ende zu machen.“ Aber dieser Vandenkrieg wurde noch lebhaft fortgeführt, besonders von de Wet, der Anfang Dezember sogar in die Kapkolonie einbrach. Um diese Zeit wurde allerdings Lord Roberts des Krieges müde, er legte den Oberbefehl nieder und reiste nach England. Lord Ritche- Ritche-  
ner. ner trat an seine Stelle. Die zahlreichen Afrikaner (Buren) der Kapkolonie kritisierten in einer Versammlung am 7. Dezember

sehr scharf die an den Buren begangenen Grausamkeiten und die feindselige Politik der englischen Regierung; daraufhin brach auch in der Kapkolonie wieder ein Aufstand aus, der mit Standrecht und Konzentrationslagern bekämpft wurde. So blieb denn die Lage zu Ende des Jahres noch völlig ungeklärt. Lord Salisbury rühmte sich nur, daß der Transport von 200.000 bis 300.000 Mann über den Weg von 6000 Meilen ein Haupterfolg sei. Der Verlust betrug bis Ende Oktober bereits über 48.000 Mann.

Verstimmt war man in London, daß der Schah von Persien, der in Paris war, nicht dahinsam; man vermutete geheime Abmachungen mit Rußland. Auch das Vorgehen Rußlands in Korea erregte Mißtrauen.

**Buren-**  
**lieb.** Das offizielle Volkslied der Buren, auf Veranlassung des Präsidenten Burgers 1875 von Katharina Felicia van Rees gedichtet und betont, lautet in deutscher Übersetzung: „Kennst du das Volk voll Heldenmut, verachtet als ein Knecht? Es hat geopfert Gut und Blut für Freiheit und für Recht... Transvaalen, laßt das Festlied schallen! Wo treu ihr hieltet stand, wo eure Jubelschüsse knallen, da ist das Vaterland...“ (Zll. Ztg., 1. Febr.). — Englische Dichterstimmen beklagten es, daß das Blut wackerer englischer Soldaten für die „Herde kosmopolitischer Geldschacherer“ in Johannesburg dahingeopfert werde. Professor Alexander Tille an der Universität Glasgow kam als Deutscher durch seine offenbaren Sympathien für die Buren in Widerspruch mit den englischen Gefühlen und verließ infolgedessen die Insel. Er hatte außer andern Arbeiten eine englische Ausgabe der Werke Nietzsches veranstaltet.

Gustaf J. Steffens Buch „England als Weltmacht und Kulturstaat“ wurde aus dem Schwedischen von Regher übersetzt.

**Spencer.** Der englische Philosoph Herbert Spencer wurde zu seinem achtzigsten Geburtstag zumeist von den Anhängern Darwins begrüßt, da er zum erstenmal in umfassender Weise die Konsequenzen der Darwinischen Theorie für das Gebiet der Ethik gezogen hatte, freilich ganz unabhängig von Darwin; besonders in der Soziologie, die er ganz auf die Biologie begründete. Als Wurzel jeder Religion betrachtete er den Ahnenkult. Aber nicht der Sozialismus, nicht der Staat als Zwangsanstalt, sondern ein extremer Individualismus, die größte politische Freiheit des Individuums war ihm das Ziel der Geschichte. Darin ist er Vorgänger Nietzsches, nur fehlt ihm jeder Schwung, jeder kulturgeschichtliche Sinn; er bleibt zumeist ledern.

Die englischen Katholiken protestierten durch den Herzog von Norfolk gegen den Ton des „Osservatore Romano“ und dessen Parteinahme gegen England. Kardinal Rampolla erklärte, die Kurie sei nur für die offiziellen Verlautbarungen und Informationen verantwortlich.

In London wurden Versuche mit dem „Telautograph“ gemacht, nämlich mit der telegraphischen Übermittlung von Autographen.

**Ruskin.** John Ruskins Tod raubte der Welt einen ganzen Menschen, eine eigenste Persönlichkeit, wie sie England allensfalls noch an seinem Freunde Carlyle besessen hatte. Er war ein Kritiker der Kunst und des sozialen Lebens von schöpferischer Bedeutung. 1819 als Sohn eines reichen Weinhändlers geboren, gab er sein großes Vermögen fast ganz für Kunstschulen, milde

Stiftungen und hilfsbedürftige Freunde her, unterstützte die Bestrebungen der präraffaelitischen Schule von Rossetti, Hunt und Millais (1850), vereinigte Konservatismus mit Sozialpolitik, brachte Studenten und Arbeiter einander näher, hatte vielleicht praktisch mit seinen Utopien wenig Erfolg, wird aber immer ein idealer Führer der künftigen Geschlechter bleiben. — Über die englischen Präraffaeliten schrieb Rud. Kassner: „Die Mystik, die Künstler und das Leben. Über englische Dichter und Maler im 19. Jahrhundert. Afforde.“ Er begann mit W. Blake und Shelley und ging zu Carlyle und Ruskin über.

In Kanada war man empört über das Vorgehen Englands im Süd-afrikanischen Krieg und die Gewissenlosigkeit Chamberlains, über seinen Bruch der kanadischen Konstitution. Kanada hatte niemals ein offizielles Angebot von Truppen gemacht, aber Chamberlain telegraphierte unverschämterweise, daß er die „Offerte“ annehme, und gab sofort Anordnungen über Ausrüstung und Absendung; das sei perfid und eine schwere Beleidigung, die Kanada als selbständige Kolonie nie vergessen werde. Eine Burendeputation wurde in Washington sehr gefeiert und vom Präsidenten Mac Kinley empfangen (16. Mai). Allerdings wollte er nicht aus seiner Neutralität herausgehen.

Die Hauptfrage Mac Kinleys war seine Wiederwahl. Seine „republikanische Partei“ verurteilte angeblich die Syndikate und den Warenwucher, war gegen die Einwanderung der Fremden, die den Inländern nur Konkurrenz machten, aber für transozeanische Kanäle im Eigentum und Schutz der Union. Dagegen warf das Programm (die „Plattform“) der „demokratischen“ Partei Mac Kinley dessen Imperialismus vor, der zum Despotismus führe; seine Politik auf Kuba und den Philippinen sei zu tadeln. Auch da war man gegen die Trusts, für den Nikaraguanal, für die Buren, und gegen England. Aber der demokratische Kandidat Bryan erlag bei der Wahl gegen Mac Kinley. Dieser verdankte seine Wahl unter anderm auch der Bewerbung um die Sympathie der Deutschen, deren Einfluß nicht gering war. Er machte sofort Stimmung für die Erhöhung der Armee. Außerdem betrieb er das Projekt des Nikaraguanals, wozu er von Nikaragua die erforderlichen Privilegien erhielt. Man hielt diese Strecke für leichter durchführbar als die über die Panama-Enge und rechnete auf die Fertigstellung in zehn Jahren. Darüber erfolgte auch ein Vertrag mit England.

Die Einwanderung nach Newyork betrug 1899 341.700 Köpfe, fast 100.000 mehr als im Vorjahre. Italien stellte rund 100.000 Auswanderer, davon 82.000 aus Südtalien, 17.000 aus Norditalien, die Juden zählten 44.520 Auswanderer, die Polen 37.000, die Slowaken 25.400, die Iren 25.200, die Deutschen 23.382 (gegen 21.210 im Vorjahr), die Ungarn über 10.000, die Litauer 9170, Kroaten und Slawonier 8900, Finnländer 6783, Engländer 4346, Griechen 3734, Ruthenen 2653, Böhmen und Mähren 2328, Franzosen 1956. Die Volkszahl der Union betrug 76.000.000, gegen 1890 eine Zunahme von 13.000.000.

Die amerikanische Union und Japan kamen durch das gemeinsame Vorgehen mit den europäischen Mächten Chinas in das Konzert der Großmächte.



Großmächte. Dies System der Großmächte beruhte auf dem Wiener Kongreß von 1815 und dem Nachener Kongreß von 1818, wodurch die europäische Pentarchie als Areal festgelegt wurde: Österreich, Preußen, Rußland, England, Frankreich. Durch den Pariser Frieden von 1856 wurde auch Sardinien (Italien) und die Türkei in diesen Kreis aufgenommen; das waren also sieben „Vertragsmächte“. Diese sieben Mächte bildeten auch den Areal auf dem Berliner Kongreß. Nun traten 1900 die Vereinigten Staaten, Japan und wohl auch China in diesen Kreis der zehn Mächte. In diesem Augenblick (1921) sind diese weltpolitischen Verhältnisse in Verwirrung.

Die Bedeutung des nordamerikanischen Imperialismus fand in Europa volles Verständnis. Es war damit der Alten Welt ein neuer, an technischer Entwicklung ebenbürtiger, an Tatendrang, Ehrgeiz, Kraftbewußtsein und Rücksichtslosigkeit überlegener Mitbewerber aufgetreten, mit dem jene nunmehr in allen großen Fragen zu rechnen haben werde (Allg. Ztg., 152). — William Lloyd Garrison trat in antiimperialistischen Reden und Gedichten gegen den Mac-Kinleyismus auf (Allg. Ztg., 43).

James Fullerton schrieb über das Land der Kontraste (Amerika).

Eine Weltmissionskonferenz wurde in Newyork vom 21. April bis 1. Mai abgehalten.

Das von Ernst Herter für Düsseldorf geschaffene und dann in Newyork in der Vorstadt Morrisonia aufgestellte Heine-Denkmal, ein Lorelei-Brunnen, wurde nachts am 29. Januar verstümmelt (All. Ztg., 22. Febr.).

Die Amerikaner begannen eine Art Wettrennen nach dem Affenmenschen. Vandersbilt stattete einen jungen Gelehrten aus, ihn in Java zu suchen, während Haeckel mit demselben Ziel von Europa aufbrach.

Mexiko zählte  $12\frac{1}{2}$  Millionen Einwohner, davon 10 Millionen Analphabeten, entsprechend der Zahl der rein indianischen Rasse. — In Mexiko wurde der alte Tempel Quizilopochtli ausgegraben.

Australien schloß sich zu einem einheitlichen bundesmäßigen Gemeinwesen zusammen unter britischer Krone und Flagge.

Stuß-  
land.

Rußland stand den chinesischen Wirren zunächst; aber der Versuch, die anderen Mächte ganz hinauszumanövrieren, mißlang. Die Gelegenheit, sich in der Mandschurei festzusetzen, wurde nicht versäumt; aber während Rußland die Mandschurei unter militärische Verwaltung stellte, protestierte die Regierung gegen die Behauptung der ausländischen Presse, daß man die Mandschurei annektieren wolle. Sehr übel nahm Rußland das Abkommen des Deutschen Reiches mit England über die Dinge in China auf; Deutschland werde die Verbindung mit dem unzuverlässigen England noch zu bereuen haben.

Für England bedrohlich erschien die Annäherung des Dalei Lama von Tibet an Rußland zum Schutz gegen englische Machenschaften; ebenso die Ankunft des Schahs von Persien in Petersburg und das Vorgehen

der Russen in Afghanistan. Gegen Deutschland waren Rußlands Bemühungen um Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien gerichtet. Mit dem Emir von Buchara schloß Rußland einen Vertrag über Ansiedlungen am Oberlauf des Amu Darja, mit Persien einen Anleihevertrag.

Den Juden in Rußland wurde verboten, sich an der deutschen und österreichischen Grenze niederzulassen, des Schmuggels wegen. — Man klagte über Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage und der Sittlichkeit unter den Bauern. — Die finnischen Postmarken wurden durch russische ersetzt; die russische Sprache sollte allgemein in Finnland eingeführt werden. — Die Deportation nach Sibirien wurde teilweise aufgehoben.

Tolstoi's „Auferstehung“ predigte die Rückkehr zur unentstellten Lehre Jesu, wie sie eben der Dichter gleich allen Sektierern der Kirchengeschichte auffaßte. — Tolstoi's neues Buch „Sklaventum unserer Zeit“ negierte die Strafe, den Zwang, auf Grund des Evangeliums: „So dir jemand einen Streich gibt auf die rechte Backe, dem reiche die andere auch dar.“ Tolstoi übersah den eigentlichen Sinn dieser Lehre, den Gegner durch eine starke Demonstration zu entwaffnen und zu bekehren, zu überwinden. — Des Fürsten B. Krapotkin „Memoiren eines Revolutionärs“ wurden von Max Pangwitz übersetzt. Der Fürst war Anarchist und Führer der internationalen Anarchistenbewegung.

In Rußland versuchte sich Danilewski mit einem lenkbaren Luftschiff (All. Ztg., 26. April).

Roman Sembratowycz schilderte die Ruthenen (Ukrainer) als „slawisches Opfer des Panlawismus“ (Allg. Ztg., 256). Die Moskowiter haben den Ruthenen den Russennamen, die Selbständigkeit, die Kultur, die Sprache, die Literatur gestohlen und geraubt. Wie vergeblich aber dies despotische Unterdrückungssystem war, haben wir im Weltkrieg erfahren, der der Ukraine wieder die alte Selbständigkeit und Würde zurückgab.

Von weltpolitischer Bedeutung war die Pariser Weltausstellung. Der sozialistische Handelsminister Millerand sagte bei der Eröffnung, 14. April: „Die Maschine wurde die Beherrscherin des Erdballs, sie ersetzt Arbeiter und vervielfacht die Beziehungen der Völker. Selbst der Tod weicht vor dem siegreich vorrückenden Menschengeniste zurück. Die Medizin schreitet vor, dank dem Genie eines Pasteur. Die Wissenschaft gibt dem Menschen jenes große Geheimnis der Solidarität der Staaten und der Menschheit. Davon zeugen die Einrichtungen zur Vorsoorge für Krankheit und Alter, die Affoziationen, die Syndikate. Die Solidarität mildert die verletzenden Ungleichheiten der Menschen, die sich aus der Natur der Dinge und der Gesellschaftsordnung ergeben. Die Interessen, Ideen und Gefühle der Menschen kennen keine Grenzen, sie durchkreuzen sich überall auf dem Erdball. Eine neue Aera wird durch die vornehme Initiative bei der Haager Konferenz bezeichnet. So wird der Tag kommen, da die Welt erkennt, daß der Friede und die ruhmreichen Kämpfe der

Frankreich.  
Weltausstellung.

Solidarität.

Arbeit fruchtbarer sind als die Rivalitäten. Aus der Arbeit ersteht das Ideal, der vollkommene Einklang der Mächte der Gerechtigkeit und Güte.“ Darauf sagte Präsident Loubet: „Unser Ehrgeiz geht höher hinaus über den Glanz vorübergehender Feste. Frankreich will in besonderem Maße beitragen zur Anbahnung der Eintracht zwischen den Völkern. Es hat das Bewußtsein, für das Wohl der Welt zu wirken, an der Grenze des rühmlichen Jahrhunderts, dessen Sieg über Irrtum und Haß leider unvollkommen war. Deshalb nehmen hier die volkswirtschaftlichen Einrichtungen den größten Platz ein. So sehr das Genie die Materie beherrscht, so sehr tritt es zurück hinter der Gerechtigkeit und Güte. Die höchste Form des Schönen ist verwirklicht, wenn die Intelligenzen, indem sie ihre verschiedenen Kräfte vereinigen, von dem gemeinsamen Motor des Solidaritätsgefühls beseelt sind. Alle Regierungen huldigen diesem obersten Gesetz; das ist das bedeutendste Ergebnis dieses großen Wettstreits der Völker . . . Dieses Werk der Harmonie, des Friedens und des Fortschrittes wird nicht vergeblich sein. Dieses friedliche Zusammentreffen der Regierungen der Welt wird nicht unfruchtbar bleiben. Das 20. Jahrhundert wird ein wenig mehr Brüderlichkeit leuchten sehen über weniger Nöte aller Art.“

Allerdings fanden bald darauf in der Kammer Debatten über Arbeiterunruhen statt, und dabei ereignete sich das Sonderbare, daß die Sozialisten oder Kollektivist, samt dem kollektivistischen Minister Millerand ihre Stimmen für einen Beschluß abgaben, der besagte, daß die Kammer die kollektivistischen Doktrinen verwirft, durch die man die Arbeiter verführt. — Im Juni trat ein internationaler Kongreß für soziale Arbeiterversicherung zusammen und es wurde beschlossen, daß er alle drei Jahre tagen solle. — Als Präsident Loubet am 18. August die den Ausstellern verliehenen Preise verteilte, sagte er: „Die Ausstellung von 1900 wird der Solidarität eine neue kraftvolle Ausdehnung verleihen. Zahlreiche Kongresse, auf welchen über die Probleme der moralischen und materiellen Besserung der Gesellschaft beraten wurde, gestatten es, festzustellen, daß alle Völker zum Ideal der Gerechtigkeit und Solidarität hindrängen, zum sozialen Fortschritt. Die Solidarität wird in der Zukunft den Triumph der Gewalt vergänglicher machen, sie wird zu einer freundschaftlichen Regelung internationaler Konflikte und zur Befestigung des Friedens führen. Sie wird nicht alle Übel und Mängel beseitigen, welche schlechte Leidenschaften zutage fördern können, aber sie wird gestatten, aus nächster Nähe das Ziel ins Auge zu fassen, auf welches alle edel denkenden Herzen zusteuern: Herabminderung des Elends und Verwirklichung der Brüderlichkeit.“ Die Ausstellung schloß am 12. November mit einem Defizit von drei Millionen.



Auf der Ausstellung feierte der impressionistische Maler Manet seine posthume Triumphe; ebenso Camille Pissarro, Claude Monet und Sisley. Bei all dem erinnerte man an die Frage des Königs Humbert in einer Ausstellung: „Was geschieht nun wohl mit all der Leinwand?“ — Im Vergnügungsviertel gab es auch ein verkehrt stehendes Haus (Ill. Btg., 7. Mai). — Gleichzeitig war auch eine sozialpolitische Ausstellung. — Sehr anschaulich gibt die „Illustrierte Zeitung“, 12. April, die „Nationalitätenhäuser“ der Ausstellung. — Wenn man die Proben des damals modernen deutschen Kunstgewerbes auf der Pariser Ausstellung heute betrachtet (Ill. Btg., 2. August), so staunt man über das völlig unmodern, ja poselhaft Gewordene dieser Versuche. — Zum Weltausstellungsende meinte Georg v. Mayr (Allg. Btg., 272): „Wir sind sehr viel reicher an Gütern des Lebens geworden, wir haben zugleich gelernt, der Arbeit steigende Fürsorge zuzuwenden; der Weg der Entwicklung führt nicht zur Verelendung, sondern von ihr hinweg.“

Ein internationaler Sozialistenkongreß in Paris, 23. bis 27. September, bejahte die Frage, ob ein Sozialdemokrat in ein bürgerliches Ministerium eintreten könne. — Im Jahr 1899 hatten 740 Ausstände stattgefunden, an denen sich 176.826 Arbeiter beteiligten; 3.550.734 Arbeitstage waren verlorengegangen. — Millerand legte der Kammer ein Gesetz über obligatorische Schiedsgerichte in Arbeiterfachen vor. — Im Senat legte Piot einen Antrag gegen die Entvölkerung Frankreichs vor; man müsse die Leute, die Kinder haben könnten und keine haben, stark besteuern.

Loubet enthüllte in Lyon ein Denkmal Carnots, wozu der Zar eine Begrüßung telegraphierte. Der Akademiker Alb. Bandal kritisierte die russisch-französische Allianz, die unfruchtbar bleibe, weil Rußland im Orient andere Interessen als Frankreich habe und wünsche, daß Elsaß-Lothringen deutsch bleibe.

Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau begann den französischen Kulturkampf gegen die Kongregationen. Zu diesem Zweck suchte er die Bischöfe und den Weltklerus gegen sie aufzuheben. Er sagte bei einem Bankett in Toulouse, 28. Oktober, man müsse der Gefahr begegnen, die daraus erwachse, daß in einer demokratischen Gesellschaft immer mehr eine Vereinigung sich entwickle, die darauf ausgehe, unter der Marke einer religiösen Einrichtung in den Staat eine politische Körperschaft einzuführen, welche bezweckt, völlige Unabhängigkeit zu erlangen und alle Autorität an sich zu reißen. Diese Kongregationen dringen in das Unterrichtswesen ein, sie „haben sogar die Kühnheit, sich über die Anordnungen der Würdenträger der Kirche hinwegzusetzen, welche sich nicht zu ihren Vasallen machen wollen. Den Kongregationen ist es zuzuschreiben, wenn die Jugend in zwei Teile zersprengt wird, die nebeneinander aufwachsen, ohne sich zu kennen, bis sie sich eines Tages so unähnlich wiederfinden, daß sie Gefahr laufen, sich gegenseitig nicht mehr zu verstehen. Das sind die Folgen, wenn sich im Staate eine rivalisierende Macht aufrichtet.“ Bereits begannen die Ausweisungen. Die Trinitarier von Faucon in der Provence fanden ein neues Heim in Wien.

Als in der Artillerieschule zu Fontainebleau ein jüdischer Hauptmann Coblenz zum Lehrer ernannt wurde, widersezten sich die andern Offiziere. In der Offiziersschule zu St. Cyr wurden 22 Lehrer, die in Klosterschulen erzogen waren, durch andere ersetzt. Das wurde als Attentat der Freimaurer auf die Tüchtigkeit der Armee bezeichnet.

Auf Befehl des Papstes schieden P. Bailly und die übrigen Mönche des Assumptionistenordens aus der Redaktion der „Croix“ und wurden durch Laien ersetzt.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau untersagte am 5. April den Bischöfen, daß für Missionen und Predigten Geistliche von nicht genehmigten Orden verwendet werden, weil dies Anlaß zu Ruhestörungen geben könnte.

Bellétan kritisierte als Berichterstatter der Budgetkommission in der Kammer die französische Militärverwaltung; sie gebe zuviel aus im Verhältnis zum Erreichten. Man bleibe bei einem Festungssystem, das schon Vauban als überlebt bezeichnete. Dreiviertel der Festungen erwarten den Feind an einer Stelle, wo er niemals hinkommt. Das Dienermessen ist immens. 3500 Mann sind da, um Offiziere auszubürsten. Die höheren Offiziere brauchen Leute, die Papier zusammenkleben und Hühnerställe bauen. Anlässlich der Rekruteneinstellung wurde das Sinken der Geburten viel behandelt. 1895 waren 425.889 männliche Kinder geboren gegen 479.527 im Jahre 1878. Das Deutsche Reich hatte 1893 eine Geburtenziffer (Knaben und Mädchen) von 1,928.270, im Jahre 1897 gar 1,991.126.

Präsident Loubet enthüllte noch ein von Amerikanern gestiftetes Denkmal Lafayette's in Paris und wies auf die traditionelle Freundschaft der beiden Republiken hin.

Krüger.

Präsident Krüger, in Marseille am 22. November glänzend empfangen, hielt eine Dankrede: „Ich habe Trauer angelegt wegen des Unglücks, das mein Land getroffen hat. Ich bin nicht hiehergekommen, um Festlichkeiten beizuwohnen, aber ich weiß, Ihr Beifall entspringt dem Mitgefühl für die Sache der Freiheit. Ich bin stolz, so von freien Männern empfangen zu werden. Der Krieg, den man gegen uns in zwei Republiken führt, ging bis zu den äußersten Grenzen der Barbarei. Ich habe oft gegen Wilde kämpfen müssen, aber diese Barbaren sind schlimmer; sie haben die Kassen gegen uns bewaffnet. Sie stecken unsere Gehöfte in Brand, jagen unsere Frauen und Kinder fort und überlassen sie ihrem Schicksal. Aber wir haben ein großes Vertrauen zum ewigen Gott. Unsere Sache ist gerecht, und wenn menschliche Gerechtigkeit uns nicht zuteil werden sollte, so wird uns doch der Herr der Völker, bei dem die Zukunft steht, nicht verlassen.“

Frankreich plante die Transsaharabahn, um eine ähnliche Demütigung wie die von Faschoda unmöglich zu machen (Allg. Ztg., 257).

Bei Paris starb Etienne Lenoir, der Erfinder des Automobils und des Gasmotors, 78 Jahre alt.

Um zum Bau von lenkbaren Luftschiffen anzuregen, setzte ein gewisser Heinrich Deutsch v. d. Meurthe einen Preis von 100.000 Frank aus, den der Pariser Aeroklub zu vergeben habe für Zurücklegung einer be-

Luft-  
schiffe.

stimmten Strecke, Umschiffung des Eiffelturms und Landung am Aufstiegsort. De Santos-Dumont arbeitete an einem neuen Modell (Ill. Ztg., 13. Sept.), nachdem er bei einem Versuch am 20. September 1898 wenig Glück hatte.

Auf dem Pariser Friedhof „Père-Lachaise“ erregte der Bildhauer Bartholomé durch seinen „Triumph des Todes“ großes Aufsehen. Man erblickte darauf viele in ihrer Ausgezogenheit hoffnungslos niedergedrückte Menschen (Ill. Ztg., 25. Jan.).

Im römischen Amphitheater zu Orange, dem „französischen Vaireuth“, fanden Vorstellungen durch die provenzalischen Félibres statt, schon seit 1869. Aber außer der Volkskunst kam auch die antike Tragödie zum Wort (Ill. Ztg., 9. Aug.).

In einem Aufsatz von Minus in der „Allgemeinen Zeitung“ (67) über Napoleons I. Verhältnis zur Architektur wird dessen treffendes Wort zitiert, das er zu einem Architekten sprach: „Das Wahre ist immer schön.“

Ed. Rod schilderte in einem Roman „Au milieu du chemin“ die Verheerung, die ein Autor mit gewagten Thesen oder glühender Grotif anrichten kann; dies bewegt den erschütterten Helden in sich zu gehen. — In Edm. Rostands neuem Versdrama „Der junge Adler“ (L'Aiglon) spielte Sarah Bernhardt den Herzog von Reichstadt. — Die Herausgabe der Tagebücher und Briefe Victor Hugos wurde fortgesetzt. — In Paris machte die Chiromantiu de Thèbes durch ihre Wahrsagerei großes Aufsehen.

über das neue Schlagwort von der „Weltpolitik“ äußerte sich Paul Dehn (Ill. Ztg., 22. Febr.): „Im Hintergrund zeigt sich das Ringen Großbritanniens und des russischen Reiches um die Weltherrschaft zunächst in Asien. In diese Konkurrenz wird das Deutsche Reich nicht eintreten... An sich ist die Weltpolitik nicht kriegerisch. Da es sich um überseeische Interessen handelt, wird man zu friedlicher Verständigung gelangen. Der Eintritt Deutschlands in die Weltpolitik mit der Tendenz, die Verteilung wie die Verwendung der Macht auf die Grundlage von Gerechtigkeit und Billigkeit zu stellen, ist geeignet, den friedlicheren Charakter der Weltpolitik noch erkennbarer hervortreten zu lassen.“ — Auch die Schlagworte „Weltliteratur“ und „Heimatkunst“ plakten aneinander (Allg. Ztg., 258): Revue Européenne, Cosmopolis, Revue Franco-Allemande, America-Germania, Internationale Literaturberichte — dagegen: Thürmer, Heimat, Rheinlande, und: Lateinische Renässanz, Romanische Schule, Lateinischer Genius, Gallischer Geist. Die Nationalisten, die Intellektuelle! In Amerika und in Frankreich wurde „Vergleichende Literaturwissenschaft“ üblich.

Indem wir uns dem Deutschen Reich zuwenden, müssen wir uns gegen unsere Überzeugung in die am 1. Januar 1900 offiziell gefeierte Jahrhundertwende fügen. Kaiser Wilhelm hielt im Zeughaus eine Rede und warf einen Rückblick auf das Jahrhundert, an dessen Beginn nach „sieben Jahren schwerster Knechtschaft“ der „hehrste Gedanke“ der all-

Deutsches  
Reich,  
Welt-  
politik.



gemeinen Dienstpflicht geboren wurde. „An Ihnen ist es nun, auch im neuen Jahrhundert die alten Eigenschaften zu bewahren, durch welche unsere Vorfahren die Armee groß gemacht haben: Einfachheit und Anspruchslosigkeit im Leben, unbedingte Hingabe an den königlichen Dienst, volles Einsetzen aller Kräfte in rastloser Arbeit. Wie mein Großvater für sein Landheer, so werde ich für meine Marine das Werk der Reorganisation durchführen, damit durch sie das Reich im Auslande den noch nicht erreichten Platz erringe.“ Gleichzeitig besagte ein Erlass an das Heer: „Hadernd und entfremdet gingen die deutschen Stämme nebeneinander her; Deutschland blieb gering im Rate der Völker. Endlich ließ Gott ihm Männer erstehen, die das auf blutgetränkten Schlachtfeldern begonnene Einigungswerk zur Vollendung führten . . .“ Auch die Herrscher von Bayern und Sachsen richteten säkulare Erlässe an das Heer. Bei einer Jahrhundertfeier der Technischen Hochschule wurde das Wort des Kaisers zitiert: „Ich wollte die technischen Hochschulen in den Vordergrund bringen; denn sie haben große soziale Aufgaben zu lösen. Die bisherigen Richtungen haben versagt. Die Sozialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich austoben.“ Dazu schrieb die „Kreuzzeitung“: „Wenn die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung wäre wie die englische Chartistenbewegung in den vierziger Jahren, so könnte man sie austoben lassen. Leider aber vermögen wir diese Ansicht nicht zu teilen.“ Ich aber teile sie. Kaiser Wilhelm war berechtigt, so zu sprechen seit dem Mißerfolg des kommunistischen Manifestes 1848, seit dem Mißerfolg des Kommunistentaufstandes 1871, seit dem nicht eingetroffenen, von Engels prophezeiten Kladderadatsch, seit Bernsteins Zugeständnis der falschen theoretischen Grundlage des Marxismus, wie wir zum Schluß des vierten Bandes Seite 1145 ausgeführt haben. Die Sozialdemokratie gehörte nicht mehr ins 20. Jahrhundert, sie war eine Blüte des Vormärz, sie wurde nur als abgelegte Mode noch weiter von rückständigen Geistern getragen. Der Weltkrieg hat die Unfähigkeit des Kollektivismus bewiesen. Die Parteioorganisation ist als auf dem Hass beruhend geradezu der Widerspruch alles sozialen Geistes, als Klassenbewußt der Widerspruch einer Demokratie, die doch nicht nur eine Klasse, sondern das ganze Volk umfassen mußte. Der Erfolg der Partei ist zum größten Teil der Feigheit der Besitzenden und der Regierenden, dem Mitlaufen aller verärgerten Mörgler und Schimpfer zu danken, die die hübsche Freude haben, den Staat und die Autoritäten zu ärgern. Die Theorie ist dilettantischer Utopismus, im Wesen nicht verschieden von der Erwartung, daß im Zeitalter des Kommunismus das Meer statt Salzwasser Limonade sein wird. Dilettantisch ist das Unternehmen, durch eine Doktrin das Rezept zur Heilung aller sozialen Schäden zu erhalten.

Sozial-  
demo-  
kratie.

Die wirkliche Reform des sozialen Lebens nach der wahren Lehre der Philosophie und der Kirche besteht in der ständigen Organisation der ganzen Mannigfaltigkeit der Stände, Klassen, Organe, Gewerbe, Kulturzweige und in der Ergänzung des Prinzips der Gerechtigkeit (nach römischem Recht), durch das Prinzip der Billigkeit, der Rücksichtnahme für den Schwachen (nach christlichem und deutschem Recht).

Im Reichstag wurde die englandsfreundliche Politik der Regierung getadelt. Auch sonst wurde es geradezu als Verletzung der Neutralität bezeichnet, daß die reichsdeutsche Firma Krupp in Essen Stahlgranaten an England gegen die Buren liefere; worauf die Firma (gemäß der Nordd. Allg. Ztg.) „ersucht“ wurde, eine etwa beabsichtigte Absendung von Waffen, Geschützen, Munition oder anderweitigem Kriegsmaterial an eine der kriegsführenden Parteien einzustellen. Diese eingestellte Lieferung von Kriegsmaterial wurde bekanntlich im Weltkrieg von Wilson als Vorwand benützt, um die amerikanischen Lieferungen an England und Frankreich aufrechtzuhalten. Der wesentliche Unterschied aber bestand darin, daß die Lieferungen aus dem Deutschen Reich (und aus Österreich) 1900 die gewöhnliche Ausfuhr nicht überstiegen, daß sie auf den Gang des Krieges ohne Einfluß waren und daß sie schließlich von den Regierungen verhindert wurden, während Amerika im Weltkrieg durch seine Lieferungen ganz allein und ausschlaggebend in türkischer Weise in die kriegerische Entscheidung eingriff und den Frieden verhinderte.

Kriegs-  
liefe-  
rungen.

Nachdem Ende Januar dem Reichstag eine neue Flottenvorlage zugeing, versuchten vergebens die Professoren Delbrück, Schmoller, Sering und Wagner die sozialdemokratischen Abgeordneten Auer, Bebel, Heine und Schippel zu einer öffentlichen Diskussion über die Flottenfrage herauszufordern. Man warf nun mit Recht den Sozialdemokraten vor, sie scheuten den Kampf und seien ihrer Genossen nicht sicher, die sie darum absichtlich in Unkenntnis erhalten wollten. Darauf beriefen die Sozialdemokraten neunzehn Versammlungen in Berlin für den 7. Februar ein; dabei traten überall Professoren als Gegenredner auf, die freilich überstimmt wurden; aber immerhin war ihr Auftreten nicht ohne Wirkung.

Im Reichstag sprach Richter gegen die neue Flottenvorlage. Man möge nicht den englischen Imperialismus nachmachen. Kaiser Friedrich habe ausdrücklich davor gewarnt als vor etwas Undeutschem. Man habe für fünfzig Jahre Kolonien genug; die Alldeutschen dächten freilich an Marokko, Kleinasien, Brasilien, und ebenso die Flottenprofessoren. Die Sozialisten tadelten die Regierung, daß sie sich den Zielen der Haager Friedenskonferenz gegenüber ablehnend verhalten habe. Bülow entgegnete: Wir können uns nicht einem Schiedsspruch unterwerfen, der unsere staatlichen Interessen berührt. Deshalb ist ein obligates Schiedsgericht für uns unannehmbar. Auch das Ersuchen der beiden südafrikanischen Republiken um freundschaftliche Vermittlung zur Herstellung des Friedens wurde im März von der deutschen Reichsregierung abgelehnt, da man keine eigenen wichtigen Interessen in Südafrika wahrzunehmen habe.

Imperia-  
lismus.

Eine von manchen getadelte und als überflüssig bezeichnete englandfreundliche Kundgebung war die Beisteuer Berliner Finanzkreise von über 500.000 Mark zur Unterstützung der Hungerleidenden in Indien (April). Darüber telegraphierte auch Kaiser Wilhelm an den Vizekönig von Indien: „Möge Indien darin das Gefühl von Sympathie erblicken, das aus der Tatsache herrührt, daß Blut dicker ist als Wasser.“ Der Kaiser spielte damit auf die Blutsverwandtschaft der Deutschen und Angelsachsen an.

Franz  
Josef.

Wichtiger war der Freundschaftsbesuch des Kaisers Franz Josef zur Feier der Großjährigkeitserklärung des deutschen Kronprinzen. Kaiser Wilhelm teilte dem Oberbürgermeister von Berlin den bevorstehenden Besuch schon einige Wochen vorher mit, „damit meine Berliner frühzeitig in der Lage seien, die Stadt würdig zu schmücken zum Willkommen für meinen verehrten, treuen Verbündeten.“ Bei der Festtafel am 4. Mai dankte Kaiser Wilhelm für den „gnädigen erneuten Besuch . . . Worte müssen verstummen, wo der Pulsschlag eines ganzen Volkes sich fühlbar macht. Mein Volk sieht in Eurer Majestät den großen und weisen Herrscher, den treuen Freund und Bundesgenossen meines Großvaters, meines Vaters und meiner selbst, und nun sind Eure Majestät erschienen, um der vierten Generation die unschätzbare Gabe der Liebe und Freundschaft anzutragen. Fürwahr das herrlichste Kleinod, welches heute unter allen Geschenken meinem Sohn mitgegeben werden kann. Zugleich aber haben Eure Majestät durch Ihren Besuch der Welt offenbart, wie fest und sicher der Bund besteht, den Eure Majestät dereinst mit meinem Großvater und dem Herrscher des schönen südlichen Landes Italien abgeschlossen haben. Wahrlich, dieser Bund ist nicht nur eine Übereinkunft der Gedanken der Fürsten, sondern, je mehr und mehr er bestanden hat, hat er sich tief eingelebt in die Überzeugung der Völker; und wenn erst die Herzen der Völker zusammenschlagen, dann kann sie nichts mehr auseinanderreißen. Gemeinsame Interessen, gemeinsame Gefühle, gemeinsam getragenes Freud' und Leid verbinden unsre drei Völker heute über zwanzig Jahre, und obwohl oft verkannt und mit Hohn und Kritik übergoßen, ist es den drei Völkern gelungen, bisher den Frieden zu bewahren und als ein Hort des Friedens in aller Welt angesehen zu werden. So beugt sich denn auch heute mein Volk dem Weisesten und Ältesten des Bundes . . .“ Kaiser Franz Josef antwortete: „Die unverbrüchliche Freundschaft, die uns vereint, bildet auch ein kostbares Gut unserer Reiche und Völker. Erweitert durch die Mithilfe unsres verehrten Freundes und Verbündeten, des Königs von Italien, bedeutet sie für Europa ein Bollwerk des Friedens. Um die Pflege dieses segensreichen Werkes, welches ich mit Ihrem ruhmreichen Großvater zu begründen so glücklich war, haben sich Eure Majestät als mannhafter Hüter eines für alle Teile gleich kostbaren Erbteils unvergängliche Verdienste erworben . . .“ Und am



6. Mai beim Fest der Mündigkeitserklärung des Kronprinzen in Gegenwart vieler Fürstlichkeiten aller deutschen und europäischen Höfe sagte wieder Kaiser Wilhelm: „Eurer Majestäten Erscheinen und die Entsendung so vieler Bettern seitens der europäischen Suveräne haben aus einem einfachen Familienfest einen welthistorischen Moment erster Größe geschaffen. Ich glaube daraus schließen zu dürfen, daß durch diese gemeinsame Feier alle Staaten Europas anerkennen, daß das Deutsche Reich und Preußen vermöge der Politik, die wir geführt haben, imstand ist, mit jedermann in gutem Frieden und in Freundschaft zu leben. Ich möchte aber auch fernerhin darin den Ausdruck finden der gemeinsamen Bande, die alle Herrscherhäuser Europas umschlingen und die auf derselben Grundlage beruhen, auf der unser Haus aufgebaut ist, auf der Tradition . . . Dieses Bewußtsein einer von Gott gestellten Aufgabe erfüllt einen jeden der Monarchen und Fürsten ebenso wie uns . . .“ Kaiser Franz Josef antwortete: „Ich bin hoch erfreut, den Kronprinzen, mein liebes Patenkind, beim Eintritt in das öffentliche Leben hier begrüßen zu können, und sehe hierin ein glückliches Vorzeichen dafür, daß die Einigkeit und Treue der Vorfahren nachleben wird in den kommenden Geschlechtern . . .“

Während Kaiser Franz Josef in Berlin weilte, wurde in der Siegesallee das Denkmal Kaiser Sigismunds enthüllt, der nicht nur Brandenburgischer Kurfürst, sondern auch vor allem König von Böhmen und Ungarn war, also ein Vorgänger sowohl der hohenzollernschen wie der habsburgischen Dynastie. Kaiser Franz Josef ließ sich bei der Enthüllung durch seinen Botschafter vertreten.

Das Verhältnis Bayerns zum Deutschen Reich war schon in der Frage des Hissens von Flaggen an Kaisers Geburtstag zur Sprache gekommen. Manche Bayern erklärten, das widerspreche dem „bayrischen Bewußtsein“. Es fiel auch die Rede auf, die Prinz Ludwig von Bayern am 19. Mai zu Straubing auf der Hauptversammlung des „Vereins für Hebung der Fluß- und Kanalschifffahrt in Bayern“ hielt; er sagte: „Es wird uns Bayern vielfach vorgeworfen, daß wir die Vorteile, die wir vom Deutschen Reiche haben, nicht genug zu würdigen wissen. Vor allem verwahre ich Bayern vor dem Vorwurfe, daß es eine Gnade sei, daß wir zum Reiche gehören. Denn das Deutsche Reich ist ebensogut mit bayerischem Blute zusammengeschweißt worden, wie mit dem Blute irgendeines andern deutschen Stammes, und insolgedessen wollen wir nicht als mindere Brüder, sondern als volle Brüder angesehen werden. Und wie wir für das ganze Deutsche Reich einstehen, so verlangen wir auch, daß das Deutsche Reich unsere bayrischen Interessen ebenso wahre, wie die Interessen von denen an den großen Strömen, die in die Nord- und Ostsee sich ergießen, gewahrt werden. Wenn das ist, so werden wir nicht nur

im speziell bayerischen Interesse, wir werden im Interesse des ganzen Deutschen Reiches handeln." Wir haben schon gesagt, daß bald darauf der Kaiser ein Linienschiff „Wittelsbach“ taufen ließ, aber Prinz Ludwig kam am 27. Mai in Nördlingen bei der Wanderversammlung bayrischer Landwirte wieder auf die Sache zu sprechen. „Überall sind falsche Ansichten vertreten über die Reichsverfassung. Die Reichsverfassung beruht auf den Verträgen, die nach einem siegreichen Kriege der damalige Norddeutsche Bund mit den verbündeten und mitsiegreichen süddeutschen Staaten abgeschlossen hat.“ Im Auslande sah man dies mit Unrecht als ein Zeichen für das Sinken des Reichsgedankens an. Es war lediglich eine Feststellung des bündischen Charakters des Reichs.

Im Juni wurde das Flottengesetz angenommen. Vorher griff noch Bebel das Zentrum an, weil es seine Politik geändert habe. Er selbst hielt die Flotte für nutzlos, denn Grund zur Spannung mit England liege nicht vor. Eine Konkurrenz mit dem Ausland sei nicht möglich, denn für jedes deutsche Linienschiff würden England und die übrigen Nationen zwei und drei Schiffe bauen. Reichskanzler Hohenlohe sprach noch dafür: „Es gab ja eine Zeit, wo der Gedanke einer deutschen Flotte noch fern lag; es war die Zeit des Bundestages; damals lebten wir still und harmlos. Allein dem deutschen Volke genügte dies nicht. Es handelt sich heute nicht mehr um einzelne Schiffe, sondern um unsere Existenz als handeltreibendes Volk. Das Reich darf nicht abhängig sein von dem guten Willen anderer Nationen.“

Eine vielbesprochene Rede hielt Kaiser Wilhelm am 12. Juni zu Gisleben, als die Mansfelder Gewerkschaft das 700jährige Bestehen des Mansfelder Bergbaus feierte und ihm ein Ehrenturn geboten wurde aus einem Becher, den König Gustav I. von Schweden Luther geschenkt hatte; er sagte: „Ich wüßte keine bessere Devise als die des Grafen Mansfeld: Dennoch! Je höher die Schwierigkeiten, desto fester das Ziel ins Auge gefaßt. Derjenige, der mir dies großartige Beispiel gab, ist der Reformator, dessen Pokal ich hier in Händen halte. So können auch wir auf unsere evangelische Sache dieselbe Devise anwenden . . . in dankbarer Ergebenheit an ihn, der uns diesen Hauerohn gab, welcher uns die evangelische Wahrheit brachte und finden ließ . . .“ Darüber war große Freude in protestantischen Kreisen. So telegraphierte die 54. Jahresversammlung des brandenburgischen Hauptvereines der Gustav-Adolf-Stiftung an den Kaiser: „Unter dem Eindruck der erhebenden Worte, mit denen Eure Majestät an der Geburtsstätte Luthers das Andenken des Reformators und mit ihm das Gustav Adolfs, als des Retters der evangelischen Sache in schwerer Zeit, geehrt haben, bringt die in Pritzwalk tagende Versammlung ihre Huldigung dar. Das Dennoch soll auch für uns Lösungswort und Mahnung zum Ausharren in evangelischer Treue werden.“ — Aber die katholische und Zentrumspresse protestierte gegen die Feier Gustav Adolfs des Mordbrenners („Germania“). Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb: „Wenn der Kaiser die Ansicht geäußert hat, daß Luther uns erst die evangelische Wahrheit bringen mußte, so sind wir anderer Meinung; das ist 800 Jahre vorher und noch früher durch den hl. Bonifazius und seine Vorgänger geschehen . . . Man muß bedauern, daß die Veranstalter

dieser rein weltlichen Feier derselben eine ausgesprochen konfessionelle Färbung gegeben haben. Die Gründer der Mansfelder Gewerkschaft, deren Jubiläum gefeiert wurde, sind katholisch gewesen . . . Wichtiger ist die Frage, ob der deutsche Kaiser den schwedischen Eroberer als Märtyrer der 'evangelischen' Sache gefeiert hat. Nicht bloß der katholische Volksteil Deutschlands steht auf anderm Standpunkt. Beim Gustav-Adolf-Jubiläum haben wir eine Menge protestantischer Zeugen aus alter und neuer Zeit benannt, welche die Einmischung Gustav Adolfs in die deutschen Angelegenheiten, eines der dunkelsten Blätter der Geschichte, auf ganz andere als religiöse Motive zurückführen. Auch Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg, Gustav Adolfs Schwager, dem dieser zärtliche Verwandte mitten im Frieden den Hafen von Pillau weggekapert hatte, war von der evangelischen Mission des Schweden so wenig überzeugt, daß er erst durch die vor Berlin aufgefahrenen schwedischen Kanonen eines andern belehrt wurde. Welch unsägliches Elend die ehr- und landsüchtige schwedische Einmischung über Deutschland gebracht hat, ist bekannt. Wenn wirklich der deutsche Kaiser den Bannerträger dieser Politik ohne jeden sachlichen Anlaß in solchen Ausdrücken gefeiert hat, wie die Berliner Blätter berichten, so müßten wir nach dem Ausdruck des Prinzen Ludwig „mindere Brüder“ sein, um nicht dagegen gemessenen, aber nachdrücklichen Einspruch zu erheben.“

Nachdem der Kaiser am 16. Juni zu Lübeck unter großer Feierlichkeit den Elbe-Trave-Kanal eröffnete, enthüllte er am 20. Juni zu Kiel als Erinnerungszeichen für die Marine ein Denkmal, Christus mit einer ihm zu Füßen liegenden Frau, von Eberlein, vor der simultanen Marinegarnisonskirche. Am auffallendsten daran ist das höchst naturalistische Holz des Kreuzes. Die Frau betet für ihr nacktes sterbendes Knäblein (M. Btg., 28. Juni).

An die Hafenarbeiter in Bremerhaven hielt der Kaiser bei Gelegenheit einer Verteilung von Auszeichnungen eine Ansprache, darin er sie lobte, daß sie nicht dem schlechten Beispiel der durch die vaterlandslosen Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seien, sondern mit dem Patriotismus des deutschen Arbeiters mader mitarbeiteten für die Schlagfertigkeit der braven Armee. In der Rede bei der Enthüllung des Denkmals des Großen Kurfürsten auf dem Sparenberge zu Viefelfeld, 6. August, rühmte der Kaiser den Begründer der staatlichen Größe Preußens: „Aus dem von ihm begründeten Staate hat sich das Königreich Preußen entwickelt und durch Preußen ist das Deutsche Reich zusammengeführt und -geschweißt worden. Der große Kaiser, des großen Ahnen großer Nachfolger, hat das ausgeführt, was der andere sich gedacht. Nun ziehen die deutschen Heere unter der schwarzweißroten Fahne hinaus, um zu zeigen, daß der Arm des Deutschen Kaisers auch bis in die entferntesten Teile der Welt reicht.“

Auf dem Parteitag der Sozialdemokratie zu Mainz, 17. bis 21. September, wurden wieder Zweckmäßigkeitsgründe gegen die starre Marxistische Doktrin vorgebracht. So wurde eine europäische Zollunion gegen England besprochen. Bebel sprach sich für eine Übernahme aller Eisenbahnen durch das Reich aus, um eine Verpreußung zu verhüten. Aber Vollmar meinte, gerade die Verkehrscentralisation würde den ärgsten Feind der Sozialdemokratie, die „reichspreußische“ Gewalt, ver-

Sozial-  
demo-  
kratie.



stärken; man müsse daher die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft befördern. Der Abschluß von Wahlbündnissen mit bürgerlichen Parteien wurde gestattet. Heftige Angriffe erfolgten gegen die „Weltpolitik“, besonders in der chinesischen Frage. — Um so entschiedener sprach sich Friedrich Naumann auf dem Vertretertag der nationalsozialen Partei (1. Oktober zu Leipzig) für die kaiserliche Weltpolitik aus. Ebenso Stöcker auf dem Parteitag der Christlichsozialen zu Weklar, 8. Oktober.

Als die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und England über die Politik in China bekannt wurde, Mitte Oktober, meinten die „Hamburger Nachrichten“: England ist ein unzuverlässiger Bundesgenosse. Was ist uns China? Wir haben dort nur Handelsinteressen. Die Engländer sind unsere größten Konkurrenten. Wozu müssen wir den Besitzstand Chinas garantieren? Im Fall eines Konflikts haben wir nur Schaden, England, wie immer, nur Vorteile. Aber viele Handelsinteressenten, so der Norddeutsche Lloyd, die Bremer Handelskammer, die Hamburger Reeder, die Hamburg-Amerika-Linie äußerten sich sehr befriedigt über das Abkommen.

Kurz nachdem der greise Reichskanzler Fürst Hohenlohe von den bewilligten Krediten 80 Millionen in den Vereinigten Staaten begeben hatte, zum Befremden aller Deutschen, nahm er seine Entlassung und an seine Stelle trat 18. Oktober Graf v. Bülow, der schon seit längerer Zeit die Geschäfte geführt hatte. Man erwartete von Bülow, daß er ebenso sehr oder noch mehr als Hohenlohe den Überlieferungen der Bismarckschen Staatskunst Geltung verschaffen werde, die unter Caprivi außer acht gelassen worden waren. Auch erwartete man vom vierten Kanzler, daß er die innere Politik des Reiches mit der des preussischen Staates durch tatkräftiges Eingreifen in eine größere Übereinstimmung setzen werde, als dies in den letzten Jahren zu verzeichnen war. Auch die „Frau Reichskanzler“, die geborene Prinzessin von Camporeale, die Stieftochter Minghettis, wurde in den Zeitungen als liebenswürdige Italienerin begrüßt; daß sie in erster Ehe dem Grafen Dönhoff zwei Kinder geboren, wurde zumeist verschwiegen, da diese Ehe nach katholischem Recht als ungültig galt.

Man hoffte, „daß der neue Reichskanzler eine starke und geschickte Hand darin zeigen wird, daß er die Netze, die die englische Politik über uns werfen möchte, zu zerreißen versteht. England hat bisher im Laufe der Weltgeschichte alle betrogen, die sich von ihm durch einen Vertrag binden ließen. Um so lohnender wäre die Aufgabe, jetzt zum erstenmal zu zeigen, daß wir trotzdem Herren der Situation sind.“ Andere zweifelten an der Fähigkeit Bülows zu dieser Aufgabe. Der „Vorwärts“ schrieb: „Dem mühselig beschwichtigenden Greise folgt der schmiegsame junge Mann, der mit der Gabe dürftiger Gemeinpläßigkeit an die größten Probleme der Geschichte herantritt und das Reich immer weiter in die Ode einer unfruchtbaren und aussichtslosen Allermweltpolitik treibt.“ Der „Vorwärts“ und andere Blätter dieser Art veröffentlichten viele Briefe deutscher Soldaten aus China

unter dem Titel „Hunnenbriefe“ mit Bezug auf die Kaiserrede vom 27. Juli (S. 4). Es wurde darin viel von angeblichen Grausamkeiten erzählt. Hunnen-  
briefe.

Der Kaiser aber eröffnete den Reichstag am 14. November mit folgender Thronrede: „Die Ereignisse im fernen Osten haben unter allen gesitteten Völkern tiefe Erregung hervorgerufen. Fanatischer Haß und finsterner Aberglaube, angestachelt von gewissenlosen Ratgebern des Peking Hofes, hatten mißleitete Massen des chinesischen Volkes zu Greuelthaten getrieben gegen die friedlich unter ihnen weilenden Vorposten abendländischer Zivilisation und christlicher Kultur. Bei dem mutig unternommenen Versuche, die aufziehende Gefahr zu beschwören, starb mein Gesandter von meuchlerischer Hand. Die Fremden in der Hauptstadt sahen sich an Leib und Leben bedroht. Aber die Schreckensherrschaft einte, was sonst getrennt. Alle Nationen, gegen die sich der unerhörte Angriff richtete, schlossen sich eng zusammen, und einmütig kämpften Schulter an Schulter ihre Söhne. Und wie die Feldzeichen draußen gemeinsam wehen, so zeigen sich die Regierungen in ihren Beratungen von dem einstimmigen Wunsche beseelt, möglichst bald wieder geordnete Zustände herbeizuführen und nach Bestrafung der Hauptschuldigen der Wiederkehr solcher Störung des Weltfriedens für die Zukunft vorzubeugen.“ Ferner sagte der Kaiser: „Auf der Weltausstellung zu Paris, wo das Nachbarland dem friedlichen Wettstreite der Völker eine gastliche Stätte bereitet hatte, ist dem deutschen Fleiße und deutscher Kunstfertigkeit reiche Anerkennung zuteil geworden . . .“ Reichs-  
tag.

Der neue Reichskanzler Graf Bülow verteidigte am 19. November im Reichstag die Chinapolitik des Reiches: „Man hat die Wirren in China auf unsere Festsetzung in Kiautschou zurückgeführt. Aber dem sind ganz andere Dinge vorausgegangen: die Abtretung von Hongkong, Tongking, Anam, Birma, Formosa, Port Arthur, Weihaiwei usw. Lange vorher hat es Fremdenverfolgungen und Revolutionen in China gegeben. Wir sind erst nach Kiautschou gegangen, nachdem wir uns überzeugt hatten, daß unsere Zurückhaltung als falsche Bescheidenheit aufgefaßt wurde, und als wir uns überzeugen mußten, daß ohne uns an eine Aufteilung in Interessensphären gegangen werden solle. Dabei kamen für uns noch in Frage die deutschen Missionen . . . Unsere Position in China beruht nicht auf gewaltsamen Eroberungen, sondern auf einem völkerrechtlichen Vertrage. Wir stehen in China nicht als Eindringlinge, sondern als Besitzer einer mit der chinesischen Regierung vereinbarten Konzession . . . Darum befinden wir uns gegenüber China im Stande legitimer Abwehr und Notwehr. Die chinesische Zentralregierung hat die Boxerbewegung mindestens durch die Schuld einer jämmerlichen Verwaltung um sich greifen lassen. Sie hat gegenüber den Vorstellungen der Gesandten eine zweideutige Haltung eingenommen, durch Winkelzüge, Ausflüchte, offenbare Unwahrheiten den Sachverhalt zu verdunkeln gesucht . . . Der Sturm, der jetzt in China tobt, richtet sich gegen alle gesitteten Völker, Gesandte, Konsuln, Missionäre, Arbeiter, alle Fremden. Die europäische Zivilisation, der sich auch die intelligente, zukunftsreiche japanische Nation angeschlossen hat, stand der Barbarei der Boxerbewegung gegenüber . . .“ Bülow.

Wir wollen in China keine Politik der Abenteuer, aber wir wollen unsere Interessen, unsere Rechte behaupten. Wir wünschen Sühne für die begangenen Untaten. Wir akzeptieren jede Regierung in China, die dazu bereit ist. Wir wollen niemand übervorteilen und uns von niemanden übervorteilen lassen. Deutschland hat kein Interesse an einer Aufteilung. Wir glauben auch gar nicht, daß China schon dem Untergange geweiht ist. Unser Interesse ist, daß China sich in die Neuordnung der Dinge durch friedliche Aufnahme der europäischen Kultur hineinlebt, und wir wollen Zeit gewinnen, unsere Position in China auszubauen. Wir fahren am besten, wenn China seine Verwaltung in eigener Hand behält. Wir haben in Kiautschou einen Stützpunkt für unsere Schifffahrt, unsere Marine, wir haben in Schantung ein Feld für kommerzielle und industrielle Tätigkeit. Lange zuvor hatten sich deutsche Kaufleute niedergelassen in Schanghai, am Golf von Petchili usw. Das war das Motiv des deutsch-englischen Abkommens vom 16. Oktober. Es ist auch unsere Absicht, uns auf dem Boden des Vertrages vom 6. März 1898 zu halten und nicht darüber hinauszugehen. . . Wir werden auch über die Grenzen unserer wohlermöglichen Leistungsfähigkeit nicht hinausgehen und uns nicht entfernen von der Grundlage, auf der das neue Deutsche Reich aufgebaut worden ist. Wir werden die verbündeten Mächte nach wie vor unterstützen, aber dabei unsere zentrale Stellung in Europa nicht vergessen. Die Sicherheit der Heimat kommt für uns in erster Linie in Betracht. Wir denken nicht daran, die Sonderinteressen einer anderen Macht zu unterstützen, die Vorsehung auf Erden spielen zu wollen. . . " Lieber vom Zentrum tadelte die Nichtberufung des Reichstages während der chinesischen Krisis; das sei eine Verfassungsverletzung und erschwere die Erteilung der Indemnität. Wie sei die Bildung einer ostasiatischen Armee mit dem Verfassungsleben vereinbar? Die pomphaste Reise Waldersees habe unangenehm berührt, ebenso die Aufforderung, keinen Pardon zu geben und der kaiserliche Ausspruch, daß ohne Deutschland in der Welt nichts mehr geschehen dürfe. Eine solche Weltpolitik wünsche der Reichstag nicht. — Bebel tadelte das provokatorische Auftreten der Missionäre, wie Bischof Anzer. Wie würde es einem chinesischen Missionär ergehen, der in eine katholische Kirche in Oberbayern eindringen und dort die Lehren des Konfuzius vortragen wollte? Deutsche Soldaten haben von der Mauer der Gesandtschaft ohne jede Provokation in friedlich zusammensitzende Chinesen hineingeschossen und einige niedergeknallt. Wenn das die Chinesen in Berlin täten! Herr v. Ketteler sei für solche Völkerrechtsverletzungen verantwortlich. Grausamkeiten sind in diesem Kriege vorgekommen, wie selbst bei den Hunnen nicht, bei den Vandalen nicht, bei Dschingischan und Tamerlan nicht, selbst bei dem von den Protestanten so verlästerten Tilly nicht. Er zitierte dafür eine Anzahl „Hunnenbriefe“. Kriegsminister v. Goßler bezweifelte deren Echtheit; man möge die Originale dem Hause vorlegen. — Bülow verteidigte die katholischen Missionäre:

Weltpolitik.

Anzer.

„Ich rechne es dem Bischof Anzer hoch an, daß er vor Jahren seine Mission unter deutschen Schutz gestellt hat. Wir werden seine Mission auch ferner schützen. Wir betrachten, wie im Orient auch in China, die Ausübung unseres Protektorats über die katholische Mission für eine Ehrenpflicht, der wir uns nicht entziehen können.“ Für die Reden des Kaisers übernahm Bülow die volle moralische Verantwortung. „Die Rede des Kaisers in Bremerhaven wurde gehalten in einem Augenblick, wo allgemein angenommen werden



mußte, daß alle in Peking eingeschlossenen Europäer eines martervollen Todes gestorben seien. Der Kaiser sprach als Soldat, nicht als Diplomat. Die Hauptsache war, daß unsere Leute mußten, gegen wen sie geschickt wurden. In der Rede in Wilhelmshaven hat der Kaiser die Ziele unserer Politik dahin gekennzeichnet, daß wir uns die Ebenbürtigkeit mit andern Mächten und das Recht, mitzusprechen in der Welt, nicht rauben lassen. Es hat eine Zeit gegeben, wo Deutschland das Recht auf Einmischung bestritten wurde, wo Deutschland als geographischer Begriff galt und wo man uns den Großmachtsitzel austreiben wollte. Seitdem sind wir eine Großmacht geworden und hoffen es mit Gottes Hilfe zu bleiben. Wir werden uns das Recht auf eine besonnene Weltpolitik weder ausreden noch verkümmern lassen." — Es war freilich ein historischer Irrtum Bülow's, zu meinen, Deutschland sei vor 1871 keine Großmacht, keine Weltmacht gewesen. Es war vielmehr im Areopag der Großmächte, in der Pentarchie, seit 1815 bis 1866 durch zwei Großmächte, Oesterreich und Preußen, vertreten, dominierte auf allen Kongressen und intervenierte bei allen großen weltpolitischen Handlungen. Deutschlands Stellung war damals weniger angezweifelt, sie war sicherer als je.

Als der Expräsident Krüger aus Paris nach Köln kam, wurde er da von der Menge begeistert begrüßt. Aber der deutsche Gesandte in Luxemburg v. Tschirschki teilte ihm mit, der Kaiser werde ihn nicht empfangen können. So reiste denn Krüger statt nach Berlin gleich nach Holland, nach dem Haag ab (2. bis 5. Dez.). Viele Deutsche tadelten die Regierung wegen ihrer zu großen Konnivenz gegen England. Krüger erhielt viele Adressen.

Die Sache wurde auch bald darauf im Reichstag besprochen (10. bis 13. Dez.) und Bülow äußerte sich darüber folgendermaßen: „Wir beklagten den Ausbruch des Südafrikanischen Krieges auch deshalb, weil gewichtige deutsche Interessen in Frage gestellt wurden. Deutsche haben dort Fabriken, Banken; es ist ein Kapital von Hunderten von Millionen dort investiert. Der Handelsverkehr ist sehr lebhaft. . . Schon im Mai 1899 haben wir im Verein mit der niederländischen Regierung dem Präsidenten Krüger zur Mäßigung geraten. Die deutsche Regierung sei überzeugt, daß jeder Krieg mit England in diesem Augenblick kritisch und sehr gefährlich für die Republikan sein werde. Nachdem der Krieg ausgebrochen war, konnten wir im Hinblick auf die Weltlage nur Neutralität beobachten, bei aller Sympathie mit dem heldenhaften Burenvolk, denn die Politik eines großen Landes darf nicht von Eingebungen des Gefühls beherrscht, sondern lediglich geleitet werden im Hinblick auf das nüchterne, wohlermogene Interesse des Landes. Eine Intervention war ausgeschlossen; sie würde zu einer diplomatischen Niederlage und vielleicht zum bewaffneten Konflikt geführt haben. . . Würde nun der Empfang des Präsidenten Krüger durch den Kaiser ihm oder uns etwas genützt haben? Nein! Was haben ihm die Pariser Ovationen genützt? . . . Unsere internationalen Beziehungen wären beeinträchtigt worden. . . Früher wurden Kriege wohl hervorgerufen durch Ränke der Kabinette, heute können Verwicklungen durch Volksleidenschaften, durch Erregung der öffentlichen Meinung herbeigeführt werden. . . Wollten wir aus Gefühlsrückichten überall unsere Fänge einlegen, so wäre das ein politischer Fehler, eine Dummheit, für welche ich eine Verantwortung nicht übernehmen könnte. . . Bei allem Respekt vor der deutschen Volksseele und deren Empfinden

Stimmungen. dürfen wir uns nicht von den Stimmungen deutscher Volkskreise leiten lassen, sondern allein von den Interessen der Nation.“ — (Die Richtigkeit dieser Maxime ist, so selbstverständlich oder banal sie erscheinen mag, doch recht zweifelhaft.)

Bebel kritisierte diese Politik, Transvaal sei treulos im Stiche gelassen worden. Eine Amsterdamer Zeitung habe mit Recht geschrieben: „Die Deutschen fürchten nur Gott und ihre Großmutter.“ Im übrigen meinte er, die bürgerliche Gesellschaft sei mit ihrem Latein zu Ende; es ist ihre Götterdämmerung eingetreten; sie arbeiten nur für uns. — Auch der National-liberale Haffs sagte, er müsse leider in der Beurteilung der auswärtigen Politik mit Bebel übereinstimmen; sie entspreche nicht der Volksstimmung und setze Deutschlands Ansehen im Ausland herab. Und „das deutsche Volk ist nicht nur innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches angesiedelt, sondern auch außerhalb dieser Grenzen; die Niederländer gehören zum deutschen Stamm. Die englischen Brutalitäten gegen Deutsche in Südafrika waren empörend und unerträglich; die Engländer glaubten, den Deutschen alles bieten zu dürfen, denn es hieß: „Only a German.“

Bülow machte sich über das „schöne Pathos“ Haffs lustig; er wolle nur nüchtern reden. Für den Kaiser seien nicht verwandtschaftliche, sondern lediglich nationale Gesichtspunkte maßgebend, „und wenn es anders wäre, so würde ich nicht einen Tag länger Minister bleiben“. Das Abkommen mit England enthalte auch nichts darauf Bezügliches. Unsere neutrale Haltung ging nur hervor aus unserm „wohlverstandenen Interesse, aus der Gesamtlage der europäischen Verhältnisse . . . Ich denke nicht daran, das Telegramm des Kaisers an Krüger zu verleugnen, durch welches er seiner Sympathie für das völkerrechtlich Korrekte Ausdruck gegeben hat (Bd. 4, 1896). Aber jenes Telegramm konnte nicht unsere Politik für alle Fälle und Zeiten festlegen; um so weniger, als sich die Verhältnisse seitdem geändert haben. Dies Telegramm hat jedenfalls das Verdienst gehabt, die Situation für uns aufzuklären. Seine Aufnahme ließ keinen Zweifel darüber, daß wir im Fall eines Konfliktes mit England in Afrika einzig und allein auf unsere eigenen Kräfte angewiesen waren (?). Daraus haben wir unsere Schlüsse gezogen . . . Ich habe immer wieder gehört und gelesen, daß das Recht auf Seite der Buren stünde. Ich scheue mich nicht, offen zu sagen, daß das für uns nicht das Entscheidende sein kann. Wir können bei Streitigkeiten zwischen fremden Völkern nicht fragen, wo Recht und Unrecht liegt. Der Politiker ist kein Richter. Er hat lediglich die Interessen und Rechte seines Landes zu wahren. Vom Standpunkt der reinen Moralphilosophie aus kann ich unmöglich auswärtige Politik treiben, das hat auch Fürst Bismarck nicht getan, und vom Standpunkt einer Bierbankpolitik auch nicht. Ich achte den Idealismus, der im Abgeordneten Haffs steckt, das ist ein schönes Erbteil des deutschen Volkes, und ich will ihn auch erhalten. Aber die Kreise unserer auswärtigen Politik darf dieser Idealismus nicht stören . . .“ — Es muß leider gesagt werden, daß diese Programmrede Bülows sehr niederdrückend wirkte; sie widersprach ganz dem deutschen Wesen.

Als eine Anzahl deutscher Soldaten, aus China zurückkehrend, am 16. Dezember festlich in Berlin einzogen, begrüßte sie der Kaiser mit den

Worten: „Ihr habt euren Fahneid gehalten. Der Herr der Heerscharen hat euch geführt, beschützt und wieder glücklich in die Heimat zurückkehren lassen. . . Darin soll niemand mehr im Zweifel sein, daß da, wo ich meine blauen Jungen hinsetze, sich niemand darüber setzt.“ Schon vorher hatte der Kaiser in Kiel (23. Nov.) erwähnt, daß in China ein neues Kommando zuerst aus dem Munde eines fremden Heerführers erschallte: „Germans to the front!“

Wir haben nun noch manches aus dem inneren Leben des Deutschen Reiches nachzutragen. Durch viele Reichstagsdebatten schleppten sich die Beratungen über einen Gesetzentwurf zur Bestrafung mancher Erscheinungen skandalöser Unsitlichkeit: Der Heinze genannt, nach dem 1892 stattgehabten Prozeß über die Zuhälterfamilie Heinze. Es fielen sehr verschiedene Verhältnisse in den Bereich des Gesetzes; außer dem Arbeitgeberparagraphe erregte besonders der Kunstparagraph die verschiedensten Meinungen. Es handelte sich um Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche das Schamgefühl gröblich verletzen, die entweder verkauft, ausgestellt oder angeschlagen werden. Ein Abgeordneter polemisierte dagegen, weil dadurch unsterbliche Kunstwerke betroffen würden; hätten doch Schutzleute schon Böcklins „Spiel der Wellen“ aus den Schaufenstern entfernen lassen. Roeren vom Zentrum wies mit Recht darauf hin, daß schamlose Ausstellungen in jedem Fall die Jugend gefährden. (Ich möchte hinzufügen, bei meisterhafter Ausführung noch mehr als bei stümperhafter.) Das müsse eine eigenartige Art von Kunst sein, die hier auf Berücksichtigung Anspruch glaubt erheben zu können. Er erinnerte an die unsittlichen Ansichtskarten. (Auch hier möchte ich hinzufügen, daß die gewagte Phantasie eines Künstlers ersten Ranges, die er an einen Liebhaber verkauft, für die öffentliche Moral nicht so gefährlich ist, wie unsere heutige Kunstpflege, wo solche Bilder, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, geschmackloserweise und schamloserweise in Museen ausgestellt und auf Ansichtskarten zu hunderttausend Exemplaren verbreitet werden. Nach der richtigen Ästhetik ist das Schöne nur der Abglanz des Wahren und Rechten, oder anders ausgedrückt: das Wahre, Gute und Schöne ist eine und dieselbe Sache dem Wesen nach, nur in verschiedener Stellung zum Intellekt, zum Willen und zur Anschauung [Ästhetik]. Das Unsittliche kann durch die künstlerischste Behandlung nicht schöner werden, sondern es bleibt häßlich. Sobald der Künstler etwas Unsittliches schafft, fällt er als Handelnder unter das Gesetz der Moral, er wird Verbrecher, wenn er auch noch so geschickt frevelt.) Der Sozialdemokrat Heine sagte daher durchaus unsachlich: das Gesetz richte sich gegen das Unbefleide, Ungeschminkte, Wahre in der Kunst, gegen das Nackte, Geschlechtliche; aber alles das sei dem Reinen rein, dem Schwein sei alles das Schweinerei.

Der  
Heinze.



„Es gibt Leute, die sich schämen, weil sie nackt in ihren Kleidern stecken.“ (Ich habe solche Leute noch nicht kennengelernt; wohl aber denke ich, daß selbst ein Sozialdemokrat in Berlin nicht gerne nackt auf den Gassen spazieren gehen wird, aus dem einfachen Grund, weil er sich denn doch schämt und weil die völlige Nacktheit vom naiven Gefühl als unschön und als lächerlich empfunden wird. Das Nackte in der Kunst ist bezeichnend für eine kindliche, archaische Urkunst, für das Unvermögen, bekleidete Menschen zu schaffen, und für die Kunst der defakenten Zeiten; es ist immer eine Verirrung oder ein virtuoses Artistentum.) Der Freisinnige Müller-Meiningen übertrieb, indem er sagte, die Dramen Schillers und Shakespeares fielen unter die Lex Heinze. Das ist nicht wahr; wohl aber ist zuzugeben, daß der größte Teil des modernen Theater- und Literaturbetriebs, besonders seit dem Aufkommen des „Naturalismus“ um 1885 teils aus krankhafter Sucht, teils aus Geschäftsspekulation nur auf Erregung unkünstlerischer Sinnlichkeit ausgeht. Mit Recht sagte Roeren: „Die Furcht, daß die deutsche Klassizität von diesem Paragraphen getroffen werden könnte, stellt dieser ein schlechtes (und ungerechtes) Zeugnis aus. Aber, sind Stücke da, die das Schamgefühl gröblich verletzen und dadurch Argernis erregen, dann mögen sie ausgemerzt werden, sie seien klassisch oder nicht.“ Das war im Februar.

Anfangs März veranstalteten Künstler und Schriftsteller in Berlin, München und andern Städten Protestversammlungen gegen das Gesetz. An der Spitze dieser Bewegung standen Th. Mommsen, Paul Heyse, Wilkenbruch, Sudermann, Eberlein, Vegas, Liebermann, Lenbach. Viele literarische und künstlerische Vereinigungen, auch die preussische Akademie der Künste, reichten Vorstellungen gegen die neuen Strafbestimmungen ein. In München bildete sich ein „Goethe-Bund“ zum Schutze freier Kunst und Wissenschaft, wohl der verständnisloseste Mißbrauch eines großen Namens zu kunstfeindlichen Zwecken. Denn wenn ein großer Künstler hie und da von der reinen Linie hoher Schönheit und Güte spielerisch oder leichtsinnig abirren und etwas moralisch Gewagtes skizzieren mag, zum Versuch, wie weit wohl die Grenzen des Schönen zu stecken seien, so darf man ihm doch nicht zumuten, daß er dergleichen Extravaganzen als ästhetischen Grundsatz verkünden wollte, daß alles erlaubt sei, was die Künstlerlaune auch in unbewachten Augenblicken schafft. Ja die Ästhetik ist darin noch strenger als die Moral. Vieles, was moralisch erlaubt, ja Pflicht ist, zum Beispiel in der Ehe, wird man schon aus Gründen des Geschmacks, des Takts und der feineren Sitte nicht zum Gegenstand öffentlicher Schaustellung machen dürfen. Wir wissen, daß Goethe selber sehr streng war und empört wurde, wenn man gewisse Stellen der Bibel jungen Leuten zum Lesen gab. — Bei der dritten Beratung der Novelle im Reichstag (13. bis 17. März) unterschied Roeren sehr richtig zwischen Kunst und schmutziger Gemeinheit; er meinte, es zeuge nicht von einem hohen Begriff der Kunst und Literatur, wenn man behaupten wolle, Kunst und Wissenschaft könnten sich irgendwie beengt fühlen durch die Paragraphen gegen Zuchtlosigkeit und Gemeinheit.

Goethe-  
bund.

Kunst  
und  
Moral.

Und Gröber stellte fest, auch die Kunst müsse sich den Gesetzen der Moral fügen. Wohin kommen wir, wenn für die Kunst die Gesetze der Moral nicht mehr gelten sollen, wenn Künstler und Vertreter der Wissenschaft erklären dürften, sie hätten mit der Moral nichts zu tun? Dann bliebe die gemeine Moral nur übrig für den großen Haufen, dann macht sich jeder seine eigene Herrenmoral, dann ist die Gesellschaft reif zum Untergang. Dagegen wetterte Bebel gegen die seit zehn Jahren herrschende Reaktion auf allen Gebieten; in der Reihe ihrer Maßregeln bilde diese Vorlage einen weiteren Ring zur Knebelung der Freiheit des Volkes. Er sprach von den polizeilich geduldeten Bordellen. — Der Sozialdemokrat Vollmar meinte: „Die Freunde des Gesetzes haben sich in Schilderungen der Verrohung und Entsittlichung unseres Zeitalters ergangen, als wenn wir uns in einem Sodom und Gomorrha befänden. Solche Klagen haben aber die Moralisten zu jeder Zeit erhoben. Das griesgrämige Alter blickt mit einem gewissen Bedauern auf die zurückgelegte Jugend zurück und klagt über Verschlechterung der Welt. Die Tendenz geht dahin, alles auf den Standpunkt der Mädchenpensionate, der Schuljugend zu nivellieren. Die alte katholische Kirche war vorurteilslos genug gegen die antike Kunst, sie fühlte sich dadurch in ihrer Sittenreinheit nicht bedroht; die Scheu vor der Nacktheit ist erst aufgetreten, als die Kunst unvermögend geworden war, das von der Natur Geschaffene richtig wiederzugeben. Als die Kunst wieder erwachte — und die Päpste haben an der Renässanz den hervorragendsten Anteil —, da erstand auch die Kunst der Darstellung des Nackten wieder zu höchster Blüte. Am Orte des Hauptes der Christenheit ist man damals nicht prüde gewesen. Der von den Katholiken verehrte Overbeck hat die Venus von Melos als ein Kunstwerk gefeiert, dem jede sinnliche Wirkung fern liege.“ (Es ist richtig, daß die klassische Kunst der Griechen und Michelangelos das Nackte so stilisierte, gewissermaßen mit einer ästhetischen Oberhaut umgab, daß es kaum mehr als nackt, als ausgezogen wirkt, ebensowenig wie ein stilisierter Kreuzifixus. Richtig ist auch, daß das Ästhetische und Moralische begrifflich auseinandergehalten werden kann, niemals aber praktisch, als Tat, als Handlung.) — Prinz Hohenlohe sprach sich gegen das Gesetz aus, weil es den Sozialdemokraten neue Anhänger aus den Reihen der Künstler und Gelehrten zuführen müsse. (Das ist richtig, beweist aber nur, daß die Sozialdemokratie der allgemeinen Hafen für alle wilden, negativen Bestrebungen ist, keine positive, fruchtbare Partei.) Schließlich wurde die Annahme des Gesetzes durch die dazu bereite Mehrheit unmöglich gemacht durch eine systematische Obstruktion der Freisinnigen und Sozialdemokraten. Nachträglich (19. Mai) erließen noch mehrere Professoren des Strafrechts eine Erklärung gegen die Lex Heinze, wegen der „Unbestimmtheit der Begriffe“. Am 22. Mai nahm der Reichstag ein Kompromiß an, wonach aus dem Gesetz die von der obstruierenden Minorität beanstandeten Sätze und Paragraphen einfach fallen gelassen wurden. Damit endete eine für die kulturgeschichtliche Erkenntnis der Zeit ungemein wichtige Erörterung. Sie beleuchtete grell den geistigen Zustand der Gesellschaft, die ein Verständnis für echte, klassische, nationale, erzieherische Kunst verloren hatte und die Lehren der Griechen und aller klassischen Zeiten völlig mißverstand trotz aller kunstgeschichtlichen Einzelkenntnisse.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte betonte die Wichtigkeit des inländischen Marktes. Dem Bund gehörten 200.000 Mit-

glieder an aus dem Großgrundbesitz, Mittelbesitz, Kleinbesitz, Handwerker- und Gewerbestand. 24 Wanderredner waren in 5379 Versammlungen tätig gewesen.

Als dem sozialdemokratischen Privatdozenten an der Berliner Universität Dr. Arons diese Eigenschaft entzogen wurde, schrieb die „Kölnische Volkszeitung“: „Den kleinen Arons hängt man, und große wissenschaftliche Gegner des Christentums, welche unter dem Schutze staatlicher Anstellung fortgesetzt die Grundlagen unserer christlichen Gesellschaftsordnung untergraben, läßt man laufen.“

Das „Deutsche Protestantenblatt“ protestierte gegen die Absetzung des allzu liberalen protestantischen Pastors Weingart als gegen eine Verleugnung des Geistes Christi und einen Abfall von der Reformation. Über den Fall Weingart interpellierte Virchow im preussischen Abgeordnetenhaus den Minister; der nationalliberale Hackenberg sagte darüber: „Die Entwicklung der evangelischen Kirche besteht in der stetigen Lehrentwicklung; die evangelische Kirche ist stark genug, verschiedene Ansichten der Theologen zu ertragen, sie muß ihren Dienern gestatten, zu fragen und zu forschen, darum muß sie ihnen auch gestatten, zu irren.“

Am 13. März wurde zu Königs in Westpreußen die zerstückelte Leiche des Gymnasiasten Ernst Winter aufgefunden; es verbreitete sich die Meinung, er sei von jüdischen Schächtern zu rituellen Zwecken geschlachtet worden. Es kam in der Folge zu wiederholten Angriffen auf die Juden und zu größeren Unruhen, bei denen Militär einschreiten mußte. Die öffentliche Meinung war durch die daraus erfolgenden Prozesse höchst erregt. Ich habe bereits an früherer Stelle gezeigt, daß diese „Ritualmorde“ nicht auf offiziellem Ritus, sondern auf jüdischem Aberglauben beruhen.

Die badische Kammer lehnte am 10. März den Zentrumsantrag auf unbeschränkte Zulassung der Klöster und Orden ab.

Zur Feier des zweihundertjährigen Bestehens der Berliner Akademie der Wissenschaften (19. März) wies der Kaiser auf die schon im Stiftungsbrief von 1700 betonte Förderung der deutschen Sprachforschung hin; er sagte ferner: „Die Wissenschaft hat es stets verschmäht, in das Gewühl der politischen Leidenschaften hinabzusteigen, und ihre oberste Pflicht vielmehr in der interesselosen Pflege der Wissenschaft erblickt. So dient sie dem gottgewollten Ziele alles Wissens, die Menschheit tiefer in die Erkenntnis der göttlichen Wahrheit einzuführen. Wie die Naturwissenschaften den Urgrund alles Seins zu erforschen trachten, so bleibt (nach Goethe) das eigentliche, einzige und tiefste Thema der Welt- und Menschengeschichte, dem alle übrigen untergeordnet sind, der Konflikt des Unglaubens und Glaubens, die Betätigung Gottes am Menschengeschlecht. So bewährt sich, wie es Leibniz wollte, daß durch die Wissenschaften die Ehre Gottes und das Beste des ganzen menschlichen Geschlechts beständig befördert wird. Daß dies allzeit geschehe, dazu walle der Segen des Höchsten über Ihnen auch im neuen Jahrhundert!“



Die Meißener Kirchenkonferenz (18. Mai) schlug den Zusammenschluß der deutschen evangelischen Landeskirchen vor; dabei sollte der Bekenntnisstand und die Selbständigkeit der Landeskirchen gewährleistet werden. Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses sei begründet in der wachsenden Machtentfaltung der römischen Kirche, die auf deutschem Boden für alle Gebiete des öffentlichen Lebens eine wirksame Vertretung hat, im Anwachsen des Sektenwesens, in der Lage der deutschen Kolonien, in der außereuropäischen Diaspora. Abzuweisen sei aber der Gedanke einer einheitlichen deutschen Nationalkirche, Reichskirche, Reichssynode.

Es fanden Verhandlungen zwischen der reichsdeutschen Regierung und dem Vatikan statt über die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg; man sagte, es handle sich dabei um „Ausrottung des welschen Geistes“ im Straßburger Seminar. Die Zentrumspreffe befürwortete den Plan, während der elsässische Klerus dagegen war.

Straßburg.

Eine andere Erörterung entspann sich auf dem Gebiete der christlichen Gewerkschaften. Erzbischof Hörber von Freiburg erließ, anknüpfend an eine Rundgebung der letzten Fuldaer Bischofskonferenz Mitte Oktober ein Rundschreiben, worin es hieß: Die Gewerkschaftsbewegung hat zwar anfangs durch ihr als „christlich“ bezeichnetes Ziel auch bei katholischen und geistlichen Arbeiterfreunden Eindruck gemacht und Hoffnungen erweckt. Allein bald hat es sich gezeigt, daß das Wort „christlich“ hier nur ein leerer Schall und Aushängeschild ist, und daß die Bewegung mit unausbleiblicher Konsequenz nur der Sozialdemokratie zugute kommen kann. Der Beifall der sozialdemokratischen Presse läßt hierüber keinen Zweifel übrig. Anders faßten das Verhältnis die katholischen Mitglieder des Zentralvorstandes des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter in Essen sowie die „Kölnische Volkszeitung“ auf.

Gewerkschaften.

Der Parteitag der polnischen Sozialdemokratie in Posen am 16. April verwarf den Antrag, der nationalen Propaganda zu entsagen und auf internationalen Boden zu treten. — Die ländliche Arbeiternot und der Kontraktbruch ländlicher Arbeiter beschäftigten das preußische Abgeordnetenhaus am 16. Mai. — Bei einem Streik der Straßenbahner zu Berlin am 19. und 20. Mai kam es zu Tumulten, die aber von Unbeteiligten ausgingen. — Bei der Wanderausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zu Posen, 7. Juni, sagte Finanzminister v. Miquel: „Die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung ging von der Ansicht aus, daß der freie Bauer sich ohne Staatshilfe selber helfen könne. Eine lange Erfahrung hat uns aber gelehrt, daß zu der Selbsthilfe auch die Staatshilfe kommen muß.“ — W. Liebknecht, Redaktor des „Vorwärts“, starb 74 Jahre alt. — Als die Seker der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“ streikten (Ende November), erregte dieser Vorfall den Hohn der bürgerlichen Blätter.

Der deutsche Gymnasialverein, an dessen Tagung (5. Juni) 250 Schullehrer teilnahmen, faßte eine Resolution gegen die Verallgemeinerung des Lehrplanes des Reformgymnasiums und gegen Einführung eines gemeinsamen lateinlosen Unterbaues für höhere Schulen. — Ein königlicher Erlaß für Preußen vom 1. Dezember über die Reform der höheren Schulen verfügte: eingehendere Kenntnis der so wichtig gewordenen englischen Sprache, ausgiebigere Pflege der Erdkunde, Beseitigung unnützer Formalien für den griechischen Unterricht; neben der ästhetischen Auffassung soll auch der Zu-

sammenhang der antiken mit der modernen Kultur zu seinem Rechte kommen; Gewandtheit im Sprechen der neueren Sprachen, eingehendere Behandlung der Geschichte des 19. Jahrhunderts, mehr Anschauung und Experiment, häufigere Exkursionen im naturwissenschaftlichen Unterricht, bei Physik und Chemie Berücksichtigung der technischen Seite; skizzierendes Zeichnen, körperliche Übungen.

Der Reichstag subventionierte die Postdampferverbindung mit Afrika. Man wünschte den Bau eines Kanals Berlin—Stettin. Anlässlich der Fertigstellung des deutsch-amerikanischen Kabels tauschten Kaiser Wilhelm und Präsident Mac Kinley Begrüßungstelegramme aus.

Der Prinzregent von Bayern eröffnete am 29. September das großartige neue Bayerische Nationalmuseum zu München.

Kaiser Wilhelm legte am 11. Oktober auf der Stätte des alten Römerkastells Saalburg in Nassau den Grundstein zum Reichs-Limes-Museum mit den Worten: „Möge es dem deutschen Vaterlande beschieden sein, in zukünftigen Zeiten durch einheitliches Zusammenwirken der Fürsten und Völker, ihrer Heere und ihrer Bürger so gewaltig, so fest geeint und so maßgebend zu werden, wie es einst das römische Weltreich war, damit es auch in Zukunft dereinst heißen möge wie in alter Zeit: Civis Romanus sum! Nunmehr: Ich bin ein deutscher Bürger!“

Der Prozeß Sternberg über Sittlichkeitsverbrechen schloß am 21. Dezember nach neununddreißigtägiger Verhandlung; er belastete mehrere Berliner Kriminalbeamte und rief Erörterungen über die Reform der Kriminalpolizei hervor.

Man begann, an der Berechtigung des allgemeinen Wahlrechts zu zweifeln, so Unold in der „Allgemeinen Zeitung“, 103, mit Berufung auf Schillers „Demetrius“: „Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen! Der Staat muß untergehen, früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.“

Adolf Wagner schilderte die Entwicklung Deutschlands „vom Territorialstaat zur Weltmacht“ (Allg. Ztg., 24 f.). Er prophezeite im 20. Jahrhundert das neue Deutsche Reich als Kristallisationskern eines neuen mittel- und westeuropäischen, nicht auf Gewalt, sondern auf freiwilliger Annäherung im eigensten Interesse aller, auf wirtschaftlicher Verbindung und Verbündung beruhenden Zusammenschlusses der Völker und Staaten, des Kerns der zivilisierten Welt, zum Gegengewicht gegen die wirtschaftlichen und politischen großen Weltmächte, ein Wiederaufleben karolingischer Gedanken, Verhältnisse, Zielpunkte nach modernen Bedürfnissen, nicht phantastischer, als der Traum eines Deutschen, welcher etwa um 1807 von den Zuständen am Schluß des Jahrhunderts vorahnend geträumt hätte (Rede am 27. Januar).

Wilamowitz-Möllendorf nannte in der Festrede an der Berliner Universität das 19. Jahrhundert ein deutsches. Siemens nannte es das naturwissenschaftliche.

Ein Ungenannter schrieb einen Preis von 30.000 Mark aus für eine Schrift „Was lernen wir aus den Prinzipien der Deszendenztheorie in bezug auf die innerpolitische Entwicklung und Gesetzgebung der Staaten?“ (Allg. Ztg., 15).

Heinrich Driesmans schrieb über „Das Keltentum in der europäischen Blutmischung. Eine Kulturgeschichte der Rasseninsinfkte.“ Er sah in der modernen Kulturentwicklung einen Sklavenaufstand der keltischen Grundbevölkerung gegen die Weltanschauung und Lebensführung der germanischen Herrenvölker.

Auch Ernst Scherenberg begrüßte im ersten Heft der „Illustrierten Zeitung“ die (falsche) „Jahrhundertswende“: „In unendlichem Zuge rollen die Wogen im Meere des Ewiggen, und jede Woge nennen wir Sterblichen ein Jahrhundert . . . Woge der Zukunft, wir grüßen dich . . . trag' auch du sieghaft vorwärts das Schiff der Deutschen . . . auf allen Meeren der Welt!“ Dasselbe Heft zeigt eine Gruppe des neuen Jahrhunderts von G. Gerlein. Ein Karton von Gyps zeigt als Aufgabe des neuen Jahrhunderts „Es werde Licht“.

M. v. Gyth hielt einen Vortrag zu München (22. März) über die Hindernisse der deutschen Binnenschiffahrtsbewegung (Allg. Ztg., 83).

Alexander v. Peez schilderte in der „Allgemeinen Zeitung“, 63, wie Süddeutschland seinen Anteil am Welthandel verlor.

Die internationale Vereinigung der Akademien, angeregt von Berlin, wurde auf einer Konferenz zu Wiesbaden beschlossen.

Die „Volkshochschulbewegung in Deutschland“ nahm einen immer größeren Umfang an (Allg. Ztg., 108).

Mit dem September trat für das Reich der Postgiroverkehr ins Leben.

Franz K. Kraus schrieb wieder einmal zur Abwechslung als „Gerontius“ in der „Allgemeinen Zeitung“, 2. Januar, über „Religiöse Bewegungen in England“ und die liberalisierende Richtung des P. George Tyrell. Schön ist ein von ihm zitiertes Wort Newman's: „Selbst angenommen, daß in Lehre und Praxis Änderungen eingetreten seien, das Ethos der katholischen Kirche ist, was es in alten Zeiten war, zur Zeit der Apostel wie 1800.“ Ausführlich erging sich Kraus über das Anno Santo und die christliche Ara (Allg. Ztg., 1. Febr., 1. März, 2. April, 1. Mai, 1. Juni, 1. Juli). Dann schrieb er wieder als Gerontius über „Religiöse Bewegungen in England“ (Aug.), über den liberalen Katholizismus und konstatierte eine kirchliche „distress“, die alle ernstesten Gemüter erfüllte. Es folgt eine eingehende Besprechung des Buches von L. Pastor über August Reichensperger (1. Sept.). „Ich habe ihn stets als einen der letzten Romantiker aufgefaßt und ich hatte als junger Mann nichts dagegen, wenn man mich selbst mit solchem Titel versah oder verrief. Nun freilich ist dann mit den Jahren ein starkes Stück nüchterner Kritik über mich hereingezogen, und während A. Reichensperger bis zuletzt ein Romantiker blieb, hat ihr eifriger Hauch mir gar vieles von den zureulichen Einbildungen der Jugendzeit unbarmherzig weggestohlen.“ Er betont Reichenspergers Preußenhaß (1. Okt.). Offenbar von Kraus ist auch der anonyme Artikel vom 2. November f. „Von päpstlicher Diplomatie und Erziehung der Nuntien“ und der vom 1. Dezember f. „Wie Reiche zugrunde gehen“, worin er nach Besprechung der kleineren italienischen Staaten die Kurie geradezu anklagt, schuld am Verfall und an der Auflösung Oesterreichs zu sein.

Franz  
Kraus.



In den „Historisch-politischen Blättern“ behandelte R. v. Nostiz-Rieneck die Modeworte „Weltanschauung“ und „Kultur“, besonders die moderne Forderung, die Weltanschauung müsse „demokratisch-sozial“ sein. Sehr eingehend stellte Ansgar Böllmann „Kreuz- und Querzüge durch die neuere katholische Poesie“ an, welche damals wirklich in der Blüte aller Hoffnungen schwelgte, aber bald durch die Inferioritätsangst ungünstig beeinflusst wurde. Dabei kommt Ab. Hüttemanns Buch „Katholische Dichter des 19. Jahrhunderts“ in Betracht, das „Verikon der katholischen deutschen Dichter vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart“ von Fr. Wienstein, die bis in den 14. Jahrgang gediehene Zeitschrift „Dichterstimmen“ von Leo Tepe van Heemstede. Besonders wird Fr. W. Grimme hervorgehoben; sehr lehrreich sind die Ausführungen über die periodische katholische Literatur, über die Lyriker Eichert, Herbert und Kreiten. — Es wird das französische Buch des Paul Thureau Dangin von der Akademie über die katholische Renässanz in England unter Newman und über die Oxford-Bewegung besprochen; ferner das „Kaiser-Jubiläums-Dichterbuch. Fünfzig Jahre österreichische Literatur“ von H. M. Truxa. — Calderons dreihundertster Geburtstag wird nicht vergessen. — Es wird referiert über das apologetische Institut zu Freiburg in der Schweiz, über die Los-von-Rom-Bewegung in Österreich als politische Demonstration, abgesehen auf Zerstörung der Monarchie, über die „Enzyklopädie der theologischen Wissenschaften“ von Cornelius Krieg, über die neue Auflage von Pastors Papstgeschichte, über „unser Verhältnis zu Goethe“, über den „nationalen Gedanken im Lichte des Christentums“ nach Haidegger, über das Jesuitengesetz, über die neueste Literatur über Savonarola, über England und Südafrika, über das Jubiläum der Nationalkirche S. Maria dell' Anima in Rom (1399—1899), über den dritten Band der Ketteler-Biographie, über Pazmanys Gesammelte Werke, über das Gutenberg-Jubiläum, über die katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, über die unierten Rumänen und die Katholiken-Autonomie in Ungarn, über die „Denkmäler der Tonkunst in Österreich“, über Weltausstellung und Politik in Frankreich, über die von der österreichischen Leogeseellschaft herausgegebenen klassischen Andachtsbilder, über den „Vater der Mystik“ (den sogenannten Dionysius Areopagita) im Lichte des Neuplatonismus, über Irland im letzten Jahrhundert, dieses Land, das zu Indien sowohl im Gegensatz wie in bedeutungsvoller Beziehung England gegenübersteht, über die neue mehrbändige Kunstlehre der beiden Jesuiten Gietmann und Sörensen, über den Anteil Frankreichs und Deutschlands am katholischen Missionswerk (nach Kannengieser), über die altdeutschen Passionsspiele (von Joh. Ranftl), über „England und den Imperialismus“ nach dem französischen Buch von Victor Bérard, über den „Nationalismus in der katholischen Bewegung Ungarns“, über die Frage des jüdischen Ritualmordes (mit Aufzählung vieler Fälle, die zu dieser Frage gehören), über die kirchliche Diplomatie nach Ab. Giobbio, über Graf Theodor Scherer-Boccard (1816—1885) nach dem Buch von Joh. Georg Mayer, als Beitrag zur katholischen Bewegung in der Schweiz. — Der 126. Band der „Historisch-politischen Blätter“ berichtet über die englische Staatskirche (und den Ritualismus), über Ab. Ruhnks „Allgemeine Kunstgeschichte“, über Selma Lagerlöfs „Wunder des Antichrists“, über die Pariser Weltausstellung, über Deutschlands Eintritt zur „Weltpolitik“, über Pastors Neubearbeitung

der deutschen Geschichte Janssens, über den „Altar im lutherischen Landeskirchentum“, über Louis Veuillot († 1883) nach dessen Biographie von seinem Bruder, über den Fortgang der Loz-von-Rom-Bewegung in Österreich, über Fr. W. Weber nach der neuen Biographie von Jul. Schwering. Sehr bemerkenswert ist der Aufsatz über den „Sozialismus als Mäcen der modernen Kunst“. Ebenso der Aufsatz über „Theaterreform“ von A(lois) B(ichler), S. 453 ff. Er geht von der Ansicht Cl. Brentanos aus, „daß die Bühne einst etwas konnte, wovon sie keinen Begriff mehr hat“; er stellt aber fest, daß selbst der katholischen Kritik unser eigenstes Eigentum fremd geworden ist; das zeigt das Urteil Kreitens, der in der Besprechung des „Mysteriums von der Geburt des Heilands“ von dem „eigentümlich schönen und fremdartigen Werke Kralitz“ spricht („Stimmen aus Maria-Laach“, 46. Bd., S. 451). Als Rufer in der Wüste werden außer mir noch Molitor (Das Theater) und A. Stara (Die Dramaturgie) erwähnt. In Wien bestche bereits eine „christliche Volksbühne“. — Eine Besprechung erfährt „das 19. Jahrhundert in Bildnissen“, „Fr. A. Staudenmaier als Historiker“, die „Passionsspiele auf dem Jesuiten- und Ordens-theater“, zwei Bücher von A. G. Schönbach. Es folgt ein Besuch in Oberammergau, eine Betrachtung über Waldeck-Rousseaus Feldzug gegen die Assumptionisten und andere Orden Frankreichs, eine Besprechung von des Exjesuiten Paul v. Hoensbroechs Buch über das Papsttum. A. Böllmann setzt seine „Kreuz- und Querzüge durch die neuere katholische Poesie“ fort („Helle-Dank“; „Das gute Recht der Volkspoesie“ mit Bezug auf Bruhier). Es heißt vom tiefen Stand der modernen Kunst, sie sei zur Marktware herabgesunken.

Auf dem jüngsten internationalen Kongreß katholischer Gelehrten am 24. September in München sprach unter anderen Freiherr v. Hertling über die Beziehungen der griechischen Philosophie zum Christentum. — Die „Allgemeine Zeitung“, 227, betrachtete Professor Willmann (Prag) als den eigentlichen theoretischen Stimmführer des internationalen Kongresses der katholischen Gelehrten, mit seinem Vortrag über „die katholische Wahrheit als Schlüssel zur Geschichte der Philosophie“ und seinem durchgeführten Grundsatz: „Grabet tiefer, und ihr stoßet überall auf katholischen Boden.“ Die Einwendungen dagegen waren nichts sagend.

König Albert von Sachsen verfügte, daß für die Kirchenfeiern in der katholischen Hofkirche nur katholische Kadetten als Pagen, nur katholische Offiziere und Mannschaften zu allem übrigen Dienst befohlen werden sollten; damit war die Kniebeugungsfrage in einer für die Protestanten befriedigenden Weise gelöst.

Der Hauptgegner des „ultramontanen“ Historikers Johannes Janssen, Lizenziat Mücke, gab eine Zeitschrift „Anti-Janssen“ heraus und versuchte darin die „kritische Entschleierung der esoterischen Ordensmysterien des Jesuitismus“ zu geben.

Zu Blankenburg i. Th. trat Ende August die „Evangelische Allianz“ zusammen, eine organisationslose internationale Vereinigung von evangelischen Christen aller Richtungen und Nationen: Amerikaner, Armenier, Afrikaner, Indier, Russen, Engländer, Spanier, Schweden, Norweger, Schweizer, Holländer u. a. — Zu den Verhandlungen des Evangelischen Bundes in Halberstadt (1. Okt.) brachte Prediger Kappus aus Würzzuschlag Grüße von Peter Rosegger. Professor Sell sprach über Verlust und Gewinn des

Evangelisches.

Protestantismus an der Jahrhundertwende. Dabei spielte die Los-von-Rom-Bewegung in Österreich eine zweideutige Rolle.

Bei der 53. Hauptversammlung des Gustav-Adolfs-Vereines, 11. September, Königsberg, gab Dr. Panf ein Bild von der Lage an der Wende des Jahrhunderts als Zeugnis für „die dem Protestantismus innewohnende wachsende Kraft“. — Auf der 5. Hauptversammlung der freien kirchlichsozialen Konferenz in Erfurt sprach sich Stöcker für eine durchgreifende Reform der Konfirmationspraxis aus. — Die Berliner Brüdergemeinde feierte den 200. Geburtstag des Grafen Ludwig v. Zinzendorf. Die ganzen Herrnhuter Gemeinden zählten 7780 Mitglieder gegen 7860 im Jahre 1800. — Der Verein für Einrichtung deutsch-evangelischer Gottesdienste in Kurorten wirkte in Gardone und auf Capri.

Nach protestantischen Zählungen waren 1880—1897 mehr als 40.000 Katholiken zur preussisch-evangelischen Landeskirche übergetreten, umgekehrt nur 4400. Diese steigenden Übertritte, besonders in Schlessien, waren eine Folge zielbewusster Regierungsmaßregeln.

In Dresden-Striesen wurde ein neues großes Freimaurerinstitut erbaut, eine Lehr- und Erziehungsanstalt für Knaben (Zll. Ztg., 22. November). Das Institut bestand schon 125 Jahre.

Garnack.

Adolf Garnack's Vorlesungen über „Das Wesen des Christentums“ betrachteten dieses nicht als eine positive Religion, sondern als die Religion selbst, die Lehre vom Vater unser aller; nur der Vater, nicht der Sohn gehöre in das Evangelium Jesu. Dieser (kaum mehr christlichen) Einseitigkeit steht die historische Tatsache gegenüber, daß das Hauptwerk Jesu die Gründung einer autoritativen wohlorganisierten Apostelkirche war, als heilsichernde Gemeinschaft, gegründet auf dem Felsen Petri.

Mit Leidenschaftlichkeit bekämpfte Walter Goetz in der „Allgemeinen Zeitung“, 111, die ultramontane Geschichtschreibung, wie sie sich im 19. Jahrhundert entwickelte, sogar bei Protestanten (wie Böhmer und Karl Menzel); er leugnete aber, daß die geistige Bewegung des deutschen Volks im ganzen davon berührt worden sei; sie sei ihren eigenen Weg gegangen. Es liege im Wesen dieser ultramontanen Geschichtsforschung, daß sie schulbildend, die starken Geister dauernd fesselnd nicht wirken kann; nur die unselbständigen, trotz aller

Janßen.

Fruchtbarkeit unproduktiven vermögen dauernd zu ihr zu stehen. Janßen habe kaum Schule gemacht. Abfall in den eigenen Reihen und Einschlupflosigkeit im wissenschaftlichen Leben, das sei das Kennzeichen der Observanten dieser Richtung. Sie arbeiten nur „pour le roi de Prusse“. Die tieferen Geister treiben sie planmäßig aus dem eigenen Lager hinaus. Siehe die Streitschrift Michaels über Döllinger, die Pastor unbedingt gelobt hat. All das ist aus ohnmächtigem Zorn über Pastors große Erfolge und dessen Anerkennung durch einen Kritiker der „Allgemeinen Zeitung“ gegeistert; zuletzt erinnert sich der Referent aber doch des „Spectator“ und gibt zu, daß der geborne Katholik, wenn er nur nicht ultramontan ist, dem Protestanten fast immer überlegen sein wird im tieferen, feinsühlenderen Verstehen der Vergangenheit, zum Beispiel in der Danteforschung.

Kant.

Rud. Eucken zeigte die Stellung des Papstes zur kantischen Philosophie im Schreiben an den französischen Klerus vom 8. September 1899. Leo warnt die Franzosen, diese täuschende und gefährliche Philosophie aus



der Fremde einzuführen; allerdings wird Kant nicht mit Namen genannt, sondern nur einige aus ihm abgezogenen Grundsätze des Subjektivismus, des Skeptizismus und Protestantismus. Ich halte denn doch diese Verschweigung eines bestimmten Namens für bemerkenswert und bin geneigt, Kant vom Kantianismus zu trennen; ich sehe in Kants praktischer Vernunftkritik und Freiheitslehre eine radikale Absage an das „servum arbitrium“ Luthers und eine Vorstufe der katholisierenden Romantik, wie ich das anderwärts dargetan habe. Die Kantianer mißverstehen Kant. (Allg. Ztg., 255.)

Artur Drews feierte den am 17. Februar 1600 verbrannten Giordano Bruno (Allg. Ztg., 40), den Gegner der Dreifaltigkeitslehre, und schloß: „Möge die Erinnerung an den Scheiterhaufen G. Brunos uns den Weg erhellen, um uns aus der Nacht des Mittelalters, in der wir alle noch mehr oder minder umhertappen, in den Morgen einer neuen Zeit und eines neuen Idealismus zu führen!“

Von Hugo Wincklers „Geschichte Israels“ erschien der zweite Band (der 1. Bd. 1895); er übertrieb das „mythologische Element in der antiken Geschichtsschreibung“ (Allg. Ztg., 224). — Über die Bibelübersetzungen von Luther, Emser und Eck schrieb B. Lindmeyer (Allg. Ztg., 10). — Auf der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung zu Köln im Mai ertönte das Lösungswort: „Die Kirche den Theologen, die Schule den Pädagogen.“

Marie v. Bunsen schilderte das Leben ihres Vaters Georg v. Bunsen als „Charakterbild aus dem Lager der Besiegten“.

Otto v. Leizner gab Betrachtungen aus deutscher Weltanschauung: „überflüssige Herzensergießungen eines Ungläubigen“.

Max Lorenz schrieb über „die Literatur am Jahrhundert-Ende“ und sah das Wesen der modernen Seele in einer Gebrochenheit, Zwiespältigkeit, Disharmonie zwischen Innenleben und Außenwelt, einem Mißverhältnis zwischen Sehnsuchtsfülle und Erfüllungsmöglichkeit, Wollen und Können.

Die Allgemeine Deutsche Biographie kam mit dem 45. Band zum vorläufigen Abschluß. Wir wiederholen unser Bedauern über die fast durchgehende antikatholische Tendenzmacherei, das absprechende Räsonnieren, die leitartikelfhafte Behandlung, das Fehlen von positiven Daten, wie diese doch in einem solchen Handbuch die Hauptsache sein sollten, das kein „deutscher Plutarch“, sondern ein brauchbares Nachschlagewerk sein muß.

Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin wurden von seinem Sohne Herbert herausgegeben.

Paul Hensel schilderte Th. Carlyle in Frommanns Klassikern der Philosophie.

G. Jahn wies den bayerischen Herzog Heinrich aus Pilgrims Zeit im Nibelungenliede nach, im Gelpfrat. Diese Szene müsse zwischen 974 und 985 eingeschoben worden sein (Allg. Ztg., 234).

Hans v. Kroßigk gab das Leben des Generalfeldmarschalls v. Steinmeyer nach den Familienpapieren. Steinmeyer hatte den Spruch: „In des Lebens allertrübsten Stunden lindert Tätigkeit des Herzens Wunden.“ — G. v. Poschinger gab die Denkwürdigkeiten des Ministers Otto Freiherrn v. Manteuffel heraus. — Alfred Dove gab den Briefwechsel G. Frentags mit Treitschke heraus. — Es

Giordano  
Bruno.

erschienen Biszts Briefe an die Fürstin Sagn-Wittgenstein, herausgegeben von La Mara. — J. Freudenthal schrieb die „Lebensgeschichte Spinozas“. — M. Caselmann behandelte „R. Gutzkows Stellung zu den religiös-ethischen Problemen seiner Zeit“.

Ernst Schulze konnte in der „Allgemeinen Zeitung“, 216, von der „Furcht vor der Schulbildung“ als von einem Zeichen der Zeit sprechen; er ging auf die Schrift von J. Lukas aus dem Jahre 1878 „Der Schulmeister von Sadowna“ zurück, der der Schule alle Mißstände der Welt aufbürdete.

Die Brüder Heinrich Hart und Julius Hart ließen als erstes Heft einer Reihe von Flugschriften („Das Reich der Erfüllung“) die Broschüre erscheinen: „Vom höchsten Wissen, vom Leben im Licht. Ein vorläufig Wort an die Wenigen und an Alle.“ Sie erstrebten eine neue Gemeinschaft, eine „Geistesbauernkolonie“.

Fr. Naumann trug seine sozialen Ansichten vor in dem Buch „Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik“. — Georg Adler schrieb die „Geschichte des Sozialismus und Kommunismus von Plato bis zur Gegenwart“.

Richard M. Meyer schilderte „die deutsche Literatur des 19. Jahrhunderts“ als Teil einer Gesamtgeschichte des 19. Jahrhunderts, die unter der Leitung von Paul Schenker erschien.

Ludwig Stein gab den Versuch einer Kulturphilosophie „An der Wende des Jahrhunderts“. Er sah die Tendenz der geschichtlichen Entwicklung im Kampf um die Individualität und betrachtete das Mittelalter als ein großes Gefängnis der Individualität.

Der vierte Band von Helmolts Weltgeschichte trug den Titel „Die Randländer des Mittelmeeres“ und wurde eingeleitet durch eine Arbeit des verstorbenen Grafen Wilczek „Der innere geschichtliche Zusammenhang der Mittelmeervölker“. — Sigmund Riezlers „Geschichte Bayerns“ wurde fortgesetzt. — Alb. Pfister schilderte „Das deutsche Vaterland im 19. Jahrhundert“.

Ein bedenkliches Zeichen zur Sittengeschichte der Zeit war das „Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen“, das im zweiten Jahrgang erschien. Es bestand in Berlin seit 1897 ein „wissenschaftlich-humanitäres Komitee“ mit der Aufgabe, zu erforschen, wie weit das konträrgelechtliche Empfinden Naturerscheinung sei oder nicht. — Die Medizin behandelte „das Licht als Heilmittel“ (Allg. Ztg., 138). — Über die neuesten Studien zur Naturgeschichte des Aethers heißt es „Allgemeine Zeitung“, 87: „Wir hätten dann, wenn wir vom Rätsel der Gravitation absehen, eine einzige Substanz, ununterbrochen und allen Raum erfüllend, die als Licht Schwingungen vollführt, die in positive und negative Elektrizität sich spalten kann, als Wirbel die Materie bildet und durch Kontinuität jede Wirkung, deren die Materie fähig ist, weiter trägt.“ — H. Kroell schilderte ganz materialistisch den „Aufbau der menschlichen Seele“. — Von G. Th. Fechners „Nanna oder Über das Seelenleben der Pflanzen“ erschien nach fünfzig Jahren eine zweite Auflage von Kurd Laswik. — H. Kroell vereinigte monistisch Kraft und Stoff im Begriff „Kraftstoff“ (Allg. Ztg., 266).

Pietschmann arbeitete am großen Wörterbuch der ägyptischen Sprache.

Rob. F. Arnold schrieb die „Geschichte der deutschen Polenliteratur“.

Ernst Haeckel hatte 1899 „Die Welträtsel“ als gelöst erklärt; dagegen wandte sich Professor Max Seiling (Allg. Ztg., 58).

Heinrich Meyer schrieb begeistert für Mädchengymnasien (Allg. Ztg., 31).

Dunger schrieb „Wider die Engländerei in der deutschen Sprache“. — Die deutsche Rechtschreibung beschäftigte die Gemüter und erregte besonders die Druckereien. W. Victor gab ein „Deutsches Lesebuch in Lautschrift“. — Von Friedrich Seilers Buch „Die Entwicklung der deutschen Kultur im Spiegel des deutschen Lehnwortes“ erschien der zweite Band (der 1. Teil 1895). — Es wurde die Übung immer allgemeiner, neue Wörter aus den Anfangsbuchstaben einer komplizierten Wörtergruppe zu bilden, besonders bei Firmen, Verkehrsgesellschaften, ferner aus dem Griechisch-Lateinischen (Allg. Ztg., 78). Gleichzeitig wird gefragt, warum man nicht telephonen, telegraphen spricht.

Ausgezeichnet war das neue griechische Lesebuch für die preussischen Gymnasien von Wilamowitz-Möllendorff angelegt; es umfaßte Fabeln, Romane, Geschichtsbilder, Politik, Naturkunde, Mathematik, Physik, Technik, Medizin, Philosophie, Altchristliches, Ästhetik, Grammatik, Brieffstellerei.

Beim 350jährigen Stiftungsfest der Fürstenschule in Grimma führten die Schüler den „Ödipus auf Kolonos“ in der Ursprache auf mit der Musik von Mendelssohn.

Adolf Bartels Buch „Die deutsche Dichtung der Gegenwart“, „Die Alten und die Jungen“ wirkte in dritter Auflage. — In der neuen Zeitschrift „Heimat“ für Heimatkunst und Heimatkultur traten hervor Fritz Lienhard, H. Söhren, Adolf Bartels.

Korbinian Ettmayr schilderte „Das Oberammergauer Passionspiel auf Grund des offiziellen Gesamttextes in seinen Vorbildern und Handlungen“. — Man erinnerte daran, daß sich bereits Goethe 1830 für das Passionspiel von Oberammergau interessierte, über das ihm Sulpiz Boisserée berichtete (Allg. Ztg., 175). Dieser wichtige, ausführliche Bericht wird mitgeteilt. — Die neue Ausstattung des Oberammergauer Passionsspiels fiel aus dem traditionellen Rahmen etwas heraus. Das Bild des Moses von Michelangelo auf dem Vorhang und anderes wirkte nicht mehr naiv (Allg. Ztg.).

Ober-  
ammer-  
gau.

In den letzten Augusttagen 1900 senkte eine kleine Gemeinde ohne religiöse Zeremonie den toten Dichterphilosophen Nietzsche auf dem Kirchhof seines Geburtsortes Röcken ins Grab, und Curt Breyfig rief ihm das freche Wort nach: „Noch kein einziger Denker hat so großen Anspruch auf Feldherrn- und Herrscherrecht erhoben wie Nietzsche. Nur die großen Erzieher unseres Geschlechtes, von denen die Religionsgeschichte erzählt, nur Buddha, Zarathustra und Jesus haben gleich Großes gewollt und erreicht.“

Nietzsche.

Daß man im Zeichen einer Neuromantik stand, bewiesen, außer Märchendramen und Märchenopern, Neuausgaben der alten Romantiker, auch die lyrische Anthologie deutscher Romantik „Die blaue Blume“, herausgegeben und eingeleitet von Oppeln-Bronikowski und Ludw. Jakobowski. Bezeichnend ist auch die Besprechung von J. Hofmiller in der „Allgemeinen Zeitung“, 124. — Gegenüber der Irrlehre „L'art pour l'art“ begann man wieder „die moralische Wirkung der Künste“ zu betonen (Allg. Ztg., 144) gemäß Lessings Grundsatz in der Dramaturgie: „Bessern sollen uns alle Gattungen der Poesie; es ist kläglich, wenn man dies erst beweisen muß; noch kläglich ist es, wenn es Dichter gibt, die selbst daran zweifeln.“ — Ricarda Huch „Blütezeit der Romantik“ (1894) war ein bedeutsames Zeichen der neuromantischen Strömung.

Neu-  
roman-  
tit.



Bühne.

Für das Münchener Prinz-Regenten-Theater wurde Schillers „Jungfrau“ mit vereinfachter Szene zur Aufführung vorgeschlagen von Paul Marfop (Allg. Ztg., 114). Dies erste wirklich deutsche Schauspielhaus verpflichtete zu einer völligen Umkehr im Streben nach albernem dekorativer Spiegelscheiterei. — Eugen Holzner empfahl mit Recht „zyklische Bühnenaufführungen“ (Allg. Ztg., 157). — Im königlichen Hoftheater zu Berlin brachten es Schillers „Semele“ und „Turandot“ nur zu einem Achtungserfolg. Die Sezessionsbühne führte Maeterlincks „Tod des Tintagiles“ und den „Tor und der Tod“ von Hugo v. Hoffmannsthal auf. — Der Münchener Magistrat erwog den volkserzieherischen Wert des Puppenspiels, wie es der greise Jugendfreund „Papa Josef Schmid“ seit über vierzig Jahren ausübte, und erbaute dem Kasperl ein eigenes steinernes Haus, das erste regelrechte ständige Theater in Deutschland (All. Ztg., 1. Nov.). Die Tradition ging auf den Generalmajor v. Heydek, auf Pucci und Kobell zurück. — Der deutschen Bühne gereichten weder der „Rosenmontag“ von D. E. Hartleben noch Sudermanns „Johannisfeuer“ zu besonderer Ehre. Man versuchte es wieder einmal in Wien mit Grabbes „Napoleon“. — Im Münchener Hoftheater wirkte die erste Aufführung von Gerhart Hauptmanns neuem Possenspiel „Schluck und Jau“ abstoßend. — Das Lustspiel „Flachsmann als Erzieher“ von Otto Ernst entsprach dem Philister der Zeit. — Die schlesische Gesellschaft für Volkskunde in Breslau veranstaltete die Aufführung volkstümlicher schlesischer Weihnachtsspiele (All. Ztg., 20. Dez.).

Wolfgang Kirchbach charakterisierte Ibsen als den Dichter des „Abfurden“ (Allg. Ztg., 162).

Im Münchener Hoftheater wurde die Legende „Buddha“ von Ferd. v. Hornstein mit Musik von Rob. v. Hornstein aufgeführt. — In Berlin wurde Eugen d'Alberts neue Oper „Rain“, Dichtung von H. Vult Haupt, gegeben.

Sehje.

Paul Heyjes siebzigster Geburtstag wurde gefeiert. „Außer Goethe (hieß es) hat wohl kein anderer deutscher Dichter viele Jahrzehntelang einen so hervorragenden Platz auf dem deutschen Parnas eingenommen.“ Dieses Phänomen hat mich und viele andere zur entschiedensten Gegnerschaft gegen diese undeutsche und unechte Kunst bewogen. — Zum siebzigsten Geburtstag Paul Heyjes widmeten ihm österreichische Verehrer ein von Rud. Marschall in Silber getriebenes Bildnis in Relief.

Man feierte den siebzigsten Geburtstag Albert Traegers, der 1870 gesungen hatte: „Wer jetzt ein Schwert kann schwingen, den duldet's nicht zu Haus, die Freiheit zu erringen, gilt es im letzten Strauß. Und mit den Feinden fliehen soll alles, was uns trennt, daß aus der Schlacht wir ziehen ins deutsche Parlament.“

Es erschienen die Tagebücher des Grafen August v. Platen, aus der Handschrift des Dichters, zweiter Band (der erste Band 1897). — In dem poetischen Tagebuch des Vulpinus (Th. Renaub) steht unter anderm der Spruch: „Zu Herrn Zola fahren gläubige Scholaren, und wie Küchlein pipsen glücklich um Herrn Ibsen fromme Jüngerscharen. So ist's oft gewesen, seit die Deutschen lesen: mehr als der gesunde Baum im eignen Grunde gilt der fremde Besen.“ Oder: „Erblich belastet, wer ist es nicht? Aber bedenkt, was es schadet, wenn man unfromm darüber vergißt, daß wir auch erblich begnadet!“ Nietzsche heißt ihm „ein Übermensch mit einer Unterseele“ (Allg. Ztg., 212).

Richard Hamel sang vom „Zauber der Ehe“.

Einen echten großen deutschen Meister verlor die Kunst an Wilhelm Leibl. Zu seinen drei betenden Frauen in der Kirche könnte man die tiefsten Betrachtungen schreiben. — D. J. Bierbaum schrieb in den „Künstlermonographien“ über Franz Stuck. Als erfreulichstes Werk des Malers Franz Stuck erscheint seine Villa in München im Außern wie in der innern Ausschmückung (Ill. Ztg., 27. Dez.). — Die Gutenberghalle im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig wurde mit den sonderlichen Wandgemälden von Sascha Schneider ausgeschmückt; sie wollten Balbers Triumphe darstellen (Ill. Ztg., 8. Nov.). — Die Herkomer-Ausstellung in Berlin konnte den vielseitigen Künstler nur von einzelnen Seiten zeigen. — Henry Thode gab die Gemälde von Hans Thoma heraus. — Es mehrten sich die „Künstlerischen Ansichtsposifarten“ (Allg. Ztg., 142).

Wilhelm  
Leibl.

Zum Tode des längst geisteskranken Nietzsche brachte die „Illustrierte Zeitung“ die gute Plakette von Curt Stoeving (30. Aug.). — R. Seffner entwarf einen jungen Goethe für Leipzig (Ill. Ztg., 25. Okt.). — Wenig erfreulich war Eberleins Gruppe: Friedrich der Große stirbt in den Armen seines Ministers Herzberg (Ill. Ztg., 1. Nov.). — Peter Breuers Bismarck für Breslau zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 1. November. — Phantasievoller als gewöhnlich ist das von Otto Lessing modellierte Denkmal Kaiser Wilhelms I. in Hildesheim (Ill. Ztg., 8. Nov.). Der Bismarck von Friedrich Reusch in Siegen steht an einem Gichtstamm auf rohen Felsblöcken (ebenda). Das Denkmal Kaiser Wilhelms I. in Holtenau zeigt am Sockel zwei altgermanische Krieger (Ill. Ztg., 5. Juli). — Ein Bismarckdenkmal mit einem Berserker modellierte Hundrieser für Mannheim (Ill. Ztg., 12. April). — Das Bismarckdenkmal in Barmen von Hugo Federer zeigte als Sockelfigur eine weibliche Allegorie (Ill. Ztg., 3. Mai). Zwei neue Bismarckdenkmäler, eines für Annaberg i. S. von Max Meißner, eines für Zittau von Paul Gottfried Hüttig, zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 20. September. Ebenso das für Tilsit von Eberlein geschaffene Denkmal der Königin Luise. — Über das Gewöhnliche heraus hebt sich das Denkmal des bayrischen Generals L. v. d. Tann, modelliert von Friedr. Pfannschmidt. — Das Lutherdenkmal für Hannover von Dopmeyer zeigt großes Pathos (Ill. Ztg., 15. Nov.). — Die vier preisgekrönten Entwürfe zum Denkmal des jungen Goethe für Strassburg gibt die „Illustrierte Zeitung“ 27. September. — Einen Moltke für Reichenbach i. B. modellierte Jos. Drischler. — Johannes Hartmann modellierte das stimmungsvolle und klassisch einfache Denkmal des sitzenden Robert Schumann für Zwickau (Ill. Ztg., 29. Nov.). — Zu den Gutenberg-Denkmalen stellte sich rühmlich das von Hans Bitterlich für Wien (Ill. Ztg., 21. Juni). Bei den Gutenbergfesten zitierte man den Spruch Fischarts: „Gelobet sei der löblich Fund der edlen Druckerei . . . Hätt' Welschland diesen Fund ergründ't, seines Ruhmens wär' kein End'; nun hat's euch Deutschen Gott gegünnt, deshalb ihn wohl anwend't!“ Es lebten noch Nachkommen des Erfinders.

Denk-  
mäler.

Bei der Gutenbergfeier zu Mainz wurde auch eine Weinpresse im historischen Festzug mitgeführt mit der Inschrift: „Die älteste Presse, das glaub' mir jeder; die Druckerpresse kam viel später!“

In Barmen wurde ein Denkmal für den Dichter Emil Nittershaus von Fritz Schaper enthüllt (Ill. Ztg., 21. Juni). — A. Rindl modellierte

den Schmied von Rochel für Rochel (All. Ztg., 21. Juni). Köln erhielt einen Einzelmännchenbrunnen. Sehr gelungen ist die Gruppe der „Bremer Stadtmusikanten“ von Heinrich Möller (All. Ztg., 8. März). Paul Türpe modellierte den modern-urigen Stuhlmannbrunnen in Altona (All. Ztg., 14. Juni). W. Bolte entwarf ein Denkmal zur Erinnerung an den Abschluß des Westfälischen Friedens zu Münster (All. Ztg., 14. Juni). In Jena wurde eine Büste des Kirchenhistorikers Karl Hase von R. Seffner aufgestellt (All. Ztg., 23. Aug.).

Zur Einweihung des Münchener Künstlerhauses begrüßte der Architekt Seidl den Prinzregenten mit dem Spruch: „Mit Günst! Nach unserer Väter Brauch nah'n wir vom Bau uns heute auch, da unser Werk zu dieser Frist vom Keller zum Dach vollendet ist, und wollen es in Treuen wagen, den ersten Trunk dir anzutragen. Es mögen des Regenten Lippen weihen den Ehrentrunk auf dieses Baus Gedeihen!“

Das neue Künstlerhaus in Leipzig nach dem Entwurf von Fritz Drechsler schwebte in den damals vorübergehend modernen krummen Linien (All. Ztg., 25. Oktober). — Sehr erfreulich zeigte sich der neue Künstlerhausbau in München (All. Ztg., 15. Febr.). — In gut nachempfundenem Barockstil erstand das von Emil Hagberg entworfene Deutsche Buchgewerbehaus in Leipzig. — Fessler und Hellmer bauten das neue Deutsche Schauspielhaus in Hamburg (All. Ztg., 6. Sept.). — Sonst ist von hervorragenden Bauten zu nennen das Rathaus in Elberfeld und die dortige Stadthalle, ferner die Ruhmeshalle in Barmen (All. Ztg., 11. Okt.).

Alex. v. Peez nannte das 20. Jahrhundert das der Villen und Landhäuser. — Noch nicht ganz sicher war sich der neue Stil in der Einrichtung der Wohnzimmer (All. Ztg., 15. Febr.).

Eine kritische Studie von Otto Piper fragte: „Soll die Hohenkönigsburg neu aufgebaut werden?“ und verneinte diese Frage. — In der Kaisergruft des Doms zu Speier wurden Nachgrabungen veranstaltet. — Bilder von der Saalburg: „Illustrierte Zeitung“, 18. Oktober. Andere Rekonstruktionen am römischen Limes: „Illustrierte Zeitung“, 31. Mai. — Friedr. Adler versuchte eine „Wiederherstellung des Mausoleums von Halikarnas“ (Allg. Ztg., 33).

Zeppelin.

Bilder des ersten Aufstiegs des Zeppelinschen Luftschiffs bei Manzell am Bodensee 2. Juli zeigt die „Illustrierte Zeitung“, 12. Juli. Kleine Unfälle nötigten zur vorzeitigen Landung und veranlaßten einige Verbesserungen. Die neueste Konstruktion des Zeppelinschen Luftschiffs zeigt die „Illustrierte Zeitung“, 18. Oktober. Gelingene Versuche erfolgten am 17. und 21. Oktober. Raimund Nimsführ sah die unmittelbar bevorstehende Lösung des Flugproblems durch den Drachensflieger voraus (Allg. Ztg., 88).

Dracht-  
lose  
Tele-  
graphie.

In Helgoland wurden im September Versuche mit dem Braunschens System drahtloser Telegraphie vorgenommen und eine fehlerfreie Verständigung mit Cuxhaven, also auf 62 Kilometer hergestellt. Braun war Professor in Straßburg. — Gottlieb Daimler starb, der Erfinder des ersten Gasmotors für Automobile (um 1872—1882) und des ersten brauchbaren Petroleum-motowagens (1885). Der Motowagen trat immer mehr in den Dienst besonderer Verkehrsinteressen (Allg. Ztg., 69).

Daß man schon damals Schützengräben, auch mit Balken und Erde gedeckte Unterstände, kannte, zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 3. Mai.



Eudw. Karell zeigte (Allg. Ztg., 267), daß sich in den europäischen Nationaltrachten das tropische Prinzip bei der Frau, das arktische beim Mann geltend macht.

Der Berliner Sandalenverein machte bei Schnee und Regen demonstrative Spaziergänge, die Orthodoxesten auch völlig barfußig, durch die belebtesten Straßen. Ein Witzbold bemerkte, die Menschen seien in ihren Nerven bereits so weit herabgekommen, daß ihnen nichts anderes mehr übrig bleibe, als naturgemäß zu leben.

Man kann für Österreich den 18. Jänner, an dem das neue Öster-  
reich. Ministerium Dr. v. Koerber die Geschäfte übernahm, als Beginn einer neuen Periode der Regeneration betrachten, nicht gerade wegen des Verdienstes einzelner Minister, aber weil nach einer längeren Phase der Verdunkelung des österreichischen Staatsgedankens dessen Wiedergeburt sich von verschiedenen Seiten ankündigte. Obwohl die meisten Probleme noch lange ungelöst blieben, so war es doch, als wenn das Staatsschiff nach den Stürmen des Jahres 1866 und der Folgezeit zum erstenmal wieder einen geraden Kurs einschläge. Das Hauptverdienst daran ist zweifellos der Konsolidierung der christlichsozialen Partei durch die geniale Initiative Luegers zuzuschreiben. Sein Geist machte sich überall geltend, auch bei seinen Gegnern oder Neidern. — An die Seite Koerbers, der mit dem Präsidium auch das Interne übernahm, trat Welfersheimb (Landesverteidigung), Wittel (Eisenbahn), Boehm-Bawerk (Finanz), Spens-Booden (Justiz), Hartel (Kultus), Call (Handel), Giovanelli (Ackerbau), Bientak (Pole), Rezek (Tscheche). Koerber lud sofort die deutschen und tschechischen Parteien zu Verständigungskonferenzen ein. Die Obmännerkonferenz der deutschen Parteien billigte die Absicht der Verständigung. Nur die Deutschnationalen lehnten eine Beteiligung ab. Die Christlichsozialen forderten außer der sprachlichen Verständigung zur Wiederherstellung der Arbeitstätigkeit des Parlaments die baldige Beratung wirtschaftlicher Reformen. Von den Jungtschechen lehnte nur die radikale Fraktion die Verständigung ab. Die Konferenzen begannen also schon am 5. Februar zu Wien. Koerber hob die Dringlichkeit der Friedensstiftung hervor, damit das altehrwürdige Reich nicht weiter durch den nationalen Kampf zerklüftet und dessen wirtschaftliches Gedeihen schwer geschädigt werde. Aus allen Lagern der so tüchtigen, so reich begabten Bevölkerung ergeht der sehnstüchtige Wunsch nach Ruhe und Frieden. Die Schwierigkeiten seien nicht so groß, daß sie nicht überwunden werden könnten, wenn man sie frei von Leidenschaften auf ihren sachlichen Kern zurückführe. Man müsse endlich die ganze Machtjülle des Staates in den Dienst der Kultur und der Volkswirtschaft stellen.

Indessen blieb die Erregung in Böhmen andauernd wegen Aufhebung der Sprachenverordnungen; die tschechischen Bezirksvertretungen in 57 Städten und über 100 Gemeinden traten in Obstruktion durch Einstellung der Arbeiten in ihrem Wirkungskreis. Äußerungen des Kaisers wurden bekannt, der fest auf der deutschen Dienstsprache im Heere bestand, denn „diese ist in der Armee deutsch“.

Im Abgeordnetenhaus legte Koerber am 22. Februar sein Programm dar; es umfaßte ebenso sehr die Lösung der nationalen Frage wie die wirtschaftlichen Probleme. Auch bezüglich der Ausstände in den Kohlenrevieren Böhmens, Mährens und Schlesiens wollte die Regierung zwischen den Interessen der Produktion und den Bestrebungen der Arbeiterschaft nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Kürzung der Arbeitszeit vermitteln.

Nach stürmischen Sitzungen genehmigte der niederösterreichische Landtag am 24. Februar die Reform der Wiener Gemeindewahlordnung. Sie geschah zur Befriedigung der Christlichsozialen, aber zum Mißfallen der Sozialdemokraten, die mit Straßenkundgebungen zu wirken versuchten. Bei den nächsten Gemeinderatswahlen in Wien errangen die Christlichsozialen 131, die Liberalen 21, die Sozialdemokraten 2 Sitze.

Als der Deutschnationale Wolf über Lieferungen von Kriegsmaterial an England interpellierte, erwiderte Koerber, die Neutralität stelle sich wohl als Rechtsverhältnis für die Staaten dar, aber nicht für die einzelnen Angehörigen eines neutralen Staates. Der neutrale Staat müsse sich jeder Begünstigung einer kriegsführenden Partei enthalten, habe aber keinen Einfluß auf Handelsgeschäfte seiner Angehörigen zu nehmen. Die Pferdehändler benützen die günstige Erwerbsgelegenheit für einen wie den andern kriegsführenden Teil. Die Regierung könnte nicht durch ein Pferdeausfuhrverbot einen ganzen Handelszweig lahmlegen. Ein solches Verbot wurde von keinem neutralen Staat erlassen, auch nicht während des Griechisch-Türkischen Krieges.

Masaryk.

Professor Masaryk in Prag bildete Anfang April eine neue „Tschechische Volkspartei“, die auf Grund völliger Gleichberechtigung beider Nationalitäten Böhmens eine Verständigung anstrebte; sie sprach sich für Abgrenzung der Bezirke nach der Nationalität aus und verlangte die Einführung des obligatorischen Unterrichts der deutschen Sprache an den tschechischen Mittelschulen. Dagegen hielt der Tscheche Pacak im Landtag die Einheit des Landes fest; es dürfe nicht in ein deutsches und tschechisches Sprachgebiet getrennt werden. Wenn jeder Gerichtsbeamte tschechisch könne, wäre die ganze Frage sofort gelöst. Ein Ausweg wäre ein fünfzehnjähriges Provisorium. Nach Gegenreden Wolfs kam es zu Lärmereien, Räumung der Galerien und Schließung der Sitzung.

Nach Schönerers „Unverfälschten Deutschen Worten“ (gegen Bernerstorfer, des früheren Schönerianers „Deutsche Worte“) hatte die Los-von-Rom-Bewegung schon 10.000 Übertritte zu verzeichnen, 5519 in Böhmen, 2134 in Niederösterreich, 1398 in Steiermark.

Die Regierung legte dem Abgeordnetenhaus am 8. Mai die Gesetzesentwürfe vor, betreffend die Sprachenverhältnisse. Für Böhmen wurden einsprachig-tschechische, einsprachig-deutsche und gemischtsprachige Gebiete unterschieden. Als gemischtsprachige seien die anzusehen, in denen die Minderheit zwanzig Prozent der Bezirksbevölkerung erreicht. Die Abgrenzungsrevision erfolgt nach jeder zweiten Volkszählung. In gemischtsprachigen Bezirken wird die Dienstsprache paritätisch durchgeführt. Die Geltung der militärischen Dienstverkehrssprache (deutsch) bleibt unberührt. Von 233 Gerichtsbezirken sollten 94 als einsprachig-deutsch, 133 als einsprachig tschechisch und 6 als gemischtsprachig gelten. Einige seien neu zu errichten. Von 103 Bezirkshauptmannschaften wären 41 deutsch, 58 tschechisch, 4 gemischt, einige neu zu schaffen. Von den 14 Kreisen sind 5 deutsch, 7 tschechisch, 2 gemischt (Budweis, Pilsen) usw. Die Tschechen waren damit unzufrieden und kündigten die Obstruktion an.

Als in den Delegationen 25. Mai der Tscheche Raftan gegen die Reise des Kaisers nach Berlin polemisierte, da sie das Ansehen Österreichs schwächen müsse, weil Berlin dadurch als der Mittelpunkt der europäischen Politik erscheine, erwiderte Graf Goluchowski als Minister des Auswärtigen, die Berliner Kaiserbegegnung sollte den einen zur Beruhigung, den andern zur Belehrung dienen. Auch Italien sei ein vollwertiger Faktor des Dreibunds und werde gewiß seinen Verpflichtungen nachkommen. Wenn Italien nicht dem Dreibund angehörte, müßte es einer andern Kombination beitreten und nicht geringere Opfer für seine Sicherheit bringen.

Die Obstruktion des Abgeordnetenhauses war unüberwindlich. Roerber beklagte sich darüber am 7. Juni: Die Regierung erblicke ihre Aufgabe darin, allen Völkern Österreichs Gerechtigkeit zu bringen und deren Fortentwicklung zu fördern. Der Sprachengesetzesentwurf sei ein Feld, auf dem sich die Parteien zusammenfinden könnten. Die Grundsätze der Vorlage seien bisher unangefochten gewesen. Wenn dieser erste Teil des Regierungsprogramms infolge der Obstruktion unerledigt bleibt, so sind der Regierung die Hände auch beim zweiten Programmpunkt, der Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte der Bevölkerung, gebunden. Die beantragten Investitionen seien noch nicht bewilligt. Auch jetzt hoffe er, daß der nationale Streit aufhören werde und daß seine Fluten den Staat nicht überschwemmen. Doch sei es die letzte Stunde der Hoffnung für die Regierung. Es frage sich nun, auf welcher Seite das Recht sei, ob auf Seiten des Staats, des Gesetzes und der Ordnung oder auf Seite der zur Regel gewordenen Unordnung. „Ich appelliere mit dem ganzen Nachdruck meines Amtes an das Haus, daß es Gesetz und Ordnung im Staat und dessen Interessen voranstellen möge, um, solange es noch Zeit ist, unsere öffentlichen Einrichtungen unversehrt zu bewahren.“ Da aber die Obstruktion durch Värmen fortgesetzt wurde, erklärte Roerber, nachdem er dem Kaiser Bericht erstattet hatte, kurz nach Mitternacht 8. Juni den Reichsrat für geschlossen. Infolgedessen mußte die Quote der gemeinsamen Auslagen mit Ungarn durch kaiserliche Bestimmung (18. Juni) festgesetzt werden.

Sprachenfrage.

Dreibund.



Zi-  
chen.

Ein großer tschechischer Volkstag zu Mönchengrätz 24. Juni proklamierte unbedingten Kampf gegen die Koerber'schen Sprachengesetze und verurteilte ebenso die Bestrebungen der tschechischen Volkspartei wie die der Sozialdemokraten. Eine Denkschrift des Jungtschechenklubs gelangte zu folgendem Schluß: Der Entwurf ist unannehmbar, weil er eine Verletzung des staatsgrundgesetzlichen Rechtes ist, wonach das seit alter Zeit bestehende Recht beider Landessprachen gewährleistet ist. Aber auch die deutsche Fortschrittspartei und deutsche Volkspartei in Mähren wies die Entwürfe ab, weil danach der Gebrauch der Sprache im internen Dienst von der nationalen Zusammensetzung des Beamtenkörpers abhängt und vom Gepräge der jeweiligen Regierungen. Eine selbst nur teilweise Durchbrechung des Prinzips der internen deutschen Amtssprache wäre für die nationale Existenz der Deutschen Mährens mit ernstesten Nachteilen verbunden.

Es blieb der Regierung nichts anderes übrig, als die Auflösung des Abgeordnetenhauses 7. September. Die offizielle „Wiener Zeitung“ schrieb dazu: „Seit drei Jahren entbehrt der Staatshaushalt der verfassungsmäßigen Festsetzung und Kontrolle, sind die meisten Vorlagen der Regierung, namentlich das umfassende wirtschaftliche Programm unerledigt geblieben. Alle Wünsche der Bevölkerung, die sich auf Hebung des Wohlstandes und der Steuerkraft beziehen, müssen zurückstehen vor der einzigen, durchaus nicht den ganzen Staat berührenden Frage der Regelung der Amtssprache in einigen Reichsgebieten. Die großen Erfolge der Weltindustrie und des Welthandels fallen andern Reichen zu . . . Sonst waren alle Kräfte lahmgelegt, weil die Gesetzgebung für sie nicht vorsorgt und die Verwaltung die Mittel nicht bereitstellen kann. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauern, Handwerker und Arbeiter leiden. Das ist kein haltbarer Zustand. Das Bestreben der Regierung, ihr wohlwollendes Entgegenkommen, sind erfolglos geblieben. Die Regierung legt den Wählerschaften nahe, bei den Neuwahlen ihre wirtschaftlichen Interessen entschlossen wahrzunehmen; sie werden damit die Erstarfung des Staates fördern und dessen Fähigkeit erhöhen, die Bevölkerung auf dem Weg allseitiger Entwicklung wirkungsvoll zu unterstützen. Die Regierung hat mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses, das keine positive Arbeit leistete, dem konstitutionellen Grundsatz Rechnung getragen. Die Wählerschaften werden entscheiden, ob das unschätzbare Gut, welches in der Kontinuität der verfassungsmäßigen Einrichtungen gelegen ist, dadurch um seinen ganzen Wert gebracht werden soll, daß diese immer von neuem jede praktische Wirksamkeit versagen.“

Neu-  
wahlen.

Die Aufrufe der Parteien zu den Neuwahlen bestanden freilich auf dem nationalen Thema. Die „Deutsche Volkspartei“ sagte: Beim Sprachenkampf handle es sich nicht nur um die Regelung der Amtssprache für einzelne Teile des Staates, sondern um die für den Bestand der Monarchie entscheidende Frage, ob Österreich getreu der geschichtlichen Entwicklung des Staates unter deutscher Führung und unter Vorherrschaft der deutschen Sprache als Staatssprache sein und bleiben solle, oder ob man auf dem Umwege der föderalistischen Experimente zur vollständigen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Ungarn, zur klerikalfeudalen Herrschaft, zum böhmischen Staatsrecht und damit zur Zer-

trümmerung des Reiches gelangen solle. Das deutsche Volk müsse beweisen, daß es derartige Bestrebungen aus eigener nationaler Kraft zunichte machen werde. Dabei halte die Partei an ihren wirtschaftlichen und sozialreformatorischen Forderungen fest. — Die jungtschechische Partei erklärte: Das böhmische (tschechische) Volk wird niemals auf die besondere staatsrechtliche Stellung der Länder der böhmischen Krone verzichten; es wird niemals ablassen von seinen Ansprüchen auf Umwandlung des bürokratischen Zentralismus in eine wahrhafte Selbstverwaltung, auf die Durchführung des gleichen Rechts der tschechischen Sprache auf allen Gebieten des Staatslebens und auf Anerkennung vollkommener bürgerlichen Freiheit. — Der Aufruf der Christlichsozialen verurteilte die Obstruktion, die den Tod der jetzigen Verfassung herbeiführen werde. Die destruktiven Elemente hoffen am Grabe Österreichs ihr Banner aufzupflanzen, so die Radikalnationalen, die Sozialdemokraten und deren jüdische Führer. Die Partei verlangte Verstaatlichung des Bank- und Geldwesens und der Kohलगewinnung; sie werde an der deutschen Gemeinbürgerschaft festhalten und für eine gesetzliche Festlegung der deutschen Vermittlungssprache eintreten. Ihre Parole sei: gut deutsch, gut christlich, gut österreichisch. — Die Deutschnationalen riefen dagegen: „Los von Ungarn, los von Galizien, los von Juda und los von Rom!“ Sie verlangten „ein selbstständiges Vertretungsgebiet der ehemals zum Deutschen Bund gehörigen Provinzen und einen über ein völkerrechtliches Bündnis hinausreichenden Anschluß an das Deutschreich“. — Die Katholische Volkspartei erklärte sich gegen das böhmische Staatsrecht, für die deutsche Vermittlungssprache in ihrem faktischen Bestande, sie wolle keine aggressive Haltung gegen die Organisation der deutschen Gemeinbürgerschaft einnehmen, sie war für das Zusammengehen mit dem Polenklub. — Die Sozialdemokraten erklärten: „Das arbeitende Volk aller Zungen hat keine Lust, an dem Bahnwiz und dem Egoismus der Herrschenden zugrunde zu gehen. Es gilt, entschlossen das alte ausgelebte Österreich zu begraben und einen neuen Bau aufzurichten. Die Sozialdemokratie allein hat als Antwort auf die nationalen Fragen: Nationale Autonomie und ehrliche Demokratie. Allgemeines, direktes, gleiches Wahlrecht, nationale Selbstständigkeit, freies Bündnis aller Völker, Kampf gegen Ausbeutung, Knechtschaft und Volksverdummung.“

Als auch im ungarischen Abgeordnetenhaus Ugron gegen den <sup>Ungarn.</sup> Dreibund sprach (14. Dez.), da Österreich-Ungarn in ihm eine niedrige Stellung einnehme und wirtschaftlich von Deutschland ausgenutzt werde, erwiderte Ministerpräsident Szell: „Innerhalb des Dreibundes besteht eine vollständige Parität in dem Sinne, daß jeder Bundesgenosse so viel Geltung besitzt, als er Macht in die Waagschale wirft. Die Interessen

beider Reiche haben das Bündnis geknüpft, die Gefühle der Völker haben es besiegelt. Jede andere Kombination würde die Stellung der Monarchie in Europa vermindern. Es ist freilich bedauerlich, daß Deutschland seine Wirtschaftspolitik von seiner allgemeinen Politik abzuondern pflegt, nicht bloß uns, auch andern Mächten gegenüber. Allein das kann die große Bedeutung der Allianz nicht in Frage stellen."

Am letzten Tage des Jahres erschienen die kaiserlichen Verordnungen auf Grund des § 14 über das Budgetprovisorium und die Aufnahme einer schwebenden Schuld von fünfzig Millionen für den Bedarfsfall.

Ein weltbewegendes Ereignis war die Vermählung des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand mit der Gräfin Sophie Chotek. Gräfin Chotek war am 1. März 1868 geboren und zählte also 32 Jahre; sie war Hofdame der Gemahlin des Erzherzogs Friedrich gewesen. Franz Ferdinand war am 18. Dezember 1863 geboren. Da die Ehe nicht ebenbürtig war, mußte der Erzherzog eidlich versprechen, für seine Kinder aus dieser Ehe auf die Nachfolge zu verzichten. Das geschah in feierlicher Weise am 28. Juni. Der Kaiser betonte dabei in einer Ansprache an die Mitglieder des Kaiserhauses, die Geheimen Räte und Minister die große Wichtigkeit dieser Erklärung für das Erzhaus und die Monarchie. Um seinem Neffen einen neuen Beweis seiner besonderen Liebe zu geben, habe er seine Zustimmung zur Ehe gegeben. „Gräfin Sophie Chotek stammt zwar aus edlem Geschlecht, aber ihre Familie gehört nicht zu jenen (ehemals souveränen), welche nach der Gewöhnung unseres Hauses als ebenbürtig angesehen werden können.“ Darum „ist die Ehe als eine morganatische anzusehen und können daher die aus dieser Ehe mit Gottes Segen stammenden Kinder nicht die Rechte von Mitgliedern des Erzhauses teilen. Der Erzherzog wird daher, um dies für alle Zukunft sicherzustellen, einen Eid des Sinnes ablegen, daß er all dies vollständig anerkenne“. Der Eid lautete: „Ich, Franz Ferdinand, von Gottes Gnaden Erzherzog von Österreich, schwöre zu Gott dem Allmächtigen, daß ich die Hausgesetze überhaupt und aus Anlaß der mit Sophie Gräfin Chotek abzuschließenden Ehe insbesondere vollkommen anerkenne, ferner, daß ich die mir vorgelesene Eideseinleitung in allem und jedem mit allen Klauseln annehme, und anerkenne daher, daß ich die Ehe mit Sophie Gräfin Chotek als eine morganatische Ehe ansehe, daß ich die Kinder, welche mit Gottes Segen aus derselben hervorgehen werden, als nicht ebenbürtige und auch nach der Pragmatischen Sanktion als nicht berechtigt zur Thronfolge in Österreich wie auch in Ungarn ansehe.“ Die Hochzeit fand am 1. Juli statt, nachdem Gräfin Chotek vorher zur Fürstin von Hohenberg erhoben wurde. Da über die Rechtsgültigkeit des Vorgangs in Ungarn Zweifel entstanden, legte man dem ungarischen Abgeordnetenhaus ein Gesetz vor, das den morganatischen Charakter der Ehe anerkennt und die Kinder von der Thronfolge ausschließt. Die Opposition bekämpfte das Gesetz, weil die ungarische Verfassung die morganatische Ehe nicht kenne, in Ungarn seien also die Kinder aus dieser Ehe erbberichtigt. Ministerpräsident Szell erklärte dagegen (19. Okt.), die morganatische Ehe sei ein in ganz Europa anerkanntes Rechtsinstitut. Die Kinder dieser Ehe seien keine Erzherzoge, nur Erzherzoge aber seien im Sinne der Pragmatischen Sanktion thronfolgeberechtigt. Der Vorgang werde hiemit dem Reichstag zur Kenntnis

Franz  
Ferdinand.



gebracht, damit die Erklärung des Erzherzogs in die Gesetzsammlung aufgenommen werden könne. Das geschah denn auch am 9. November. Trotzdem gab es bis zum tragischen Tod des Erzherzogs und seiner Gemahlin törichte Leute, die glaubten, der Erzherzog werde, wenn er auf den Thron gelange, sich vom Papste seines Eides entbinden lassen und seine Kinder als erbberechtigt erklären. Daran war aber gar nicht zu denken; wohl aber war es möglich, daß dieselben urteilslosen Elemente die morganatische Ehe zum Anlaß gefährlicher Machenschaften benutzen konnten. Darum muß allerdings gesagt werden, daß diese Ehe unabsehbare Gefahren für Österreich und für die ganze Welt in sich barg, weil sie die traditionelle monarchische Rechtsordnung in Frage stellte und Anlaß von großen Konflikten werden konnte. All das war freilich durch die unerwartete Fügung Gottes erleidigt, der das edle Paar in erschütternder Weise zusammen aus diesem Schauplatz der Weltgeschichte hinwegberief. Aber auch das war ein tragisches Vorspiel des Weltkriegs.

Im selben Jahre schied die frühere Kronprinzessin Stephanie, die Gemahlin des unglücklichen Kronprinzen Rudolf, durch ihre Vermählung mit einem Grafen Loupuy aus der Familie des Erzhauses aus (22. März). Sie wurde Gräfin und nichts weiter.

In Ungarn erregten unerlaubte Geschäfte, die der Unabhängigkeitsmann Ugron mit dem Militärkassus getrieben haben sollte, Aufsehen und gaben Anlaß zu Duellen. Auch Banffy wurde mit hineingezogen.

Eine kaiserliche Verordnung vom 14. September verfügte, daß Frauen an zisleithanischen Universitäten Medizin studieren und den Doktorgrad erlangen konnten; auch zum pharmazeutischen Beruf wurden sie zugelassen.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zu Graz (3. bis 7. Sept.) agitierte für das allgemeine Wahlrecht, für die staatliche Alters- und Invalidenversicherung usw. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Bollmar sprach dabei über den Patriotismus und wies den der Sozialdemokratie gemachten Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zurück; nur ganz Dumme und Niederträchtige könnten ihn erheben. „Nationalität und Internationalität ergänzen sich; aber wir wollen nichts wissen von der fragenhaften Karikatur des Chauvinismus, der, um das eigene Volk groß erscheinen zu lassen, andere Nationen verachtet und bekämpft. Es gibt Leute, die da glauben, deutsch sein heißt, das größte Maul haben. In der Liebe zum eignen Volkstum, zum Gemeinwesen, dem man angehört, kann uns keine Partei, keine Volkschicht übertreffen.“

Sozial-  
demo-  
kratie.

Als die ungarische Regierung an Stelle der deutschen Ortsnamen in Siebenbürgen magnarische einführen wollte, widersetzten sich die Ortsbehörden.

Österreich trat dem deutsch-englischen Vertrag über China bei (24. Okt.).

In Innsbruck fand am 11. November zum erstenmal eine Luther- und Reformationsfeier statt, an der sich demonstrativ die deutschnationalen Studentenverbindungen beteiligten.

Rud. Springer schrieb in der „Allgemeinen Zeitung“, 210, über „die Idee der nationalen Autonomie in Österreich“. Er hat diesem Thema manche Schriften gewidmet, auch unter seinem wahren Namen Renner. Er zitiert die entsprechenden Anträge von Palacky und Rautschitsch im Kremsierer Reichstag 1849, das offizielle Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratie, die Schrift von Synopticus, die Broschüre Steinwenders „Parla-

Natio-  
nale  
Auto-  
nomie.

mentsdämmerung“, Hronz gleiche Ansichten, Baron Dffermanns „Bedingungen des Konstitutionalismus in Österreich“, Professor v. Scalas Vorschlag für einen deutschen Generallandtag (in der „Zukunft“). All diesen ist gemein der Grundgedanke, daß alle Angehörigen einer Nationalität ohne Rücksicht auf historische Kronlandsgrenzen eine gemeinsame Vertretung, einen Nationalrat wählen sollen, eine genossenschaftliche Organisation, Personenverbände, nicht Gebietsverbände, nach einem inneren Völkerrecht. — Die volle Lösung scheint uns das doch nicht zu sein, da sie allzusehr die Geographie und Geschichte vernachlässigt mit ihren wesentlichen, auch wirtschaftspolitisch wichtigen Grundlagen aller staatlichen Gliederung.

Neumann.

Infolge der Unruhen auf der Wiener Universität legte Professor W. Neumann das Rektorat nieder. Die deutschnationalen Studenten fügten sich endlich dem erlassenen Farbenverbot, verlangten aber, daß den „klerikalen“ Verbindungen verboten werde, bei Aufzügen an der Universität Waffen zu tragen, da sie sich durch ihre Ansichten über den Zweikampf dieses Rechtes selbst begeben hätten. Welche Torheit! Als ob der Staat seine Krieger nur deshalb bewaffne, um sich zu duellieren!

Für Österreich-Ungarn galt vom 1. Januar 1900 an die Kronenwährung.

Bei der Feier der neunhundertsten Jahreswende der Einführung des Christentums in Ungarn nahmen die Katholiken ausschließlich das Recht der Regelung in Anspruch. Die Protestanten begingen das Jubelfest am letzten Tage des Jahres. Wie sie sich damit absanden, daß das Christentum direkt von Rom, vom Papst nach Ungarn gekommen war, war ihre Sache.

Der Katholikentag zu Budapest setzte sich die Schaffung eines autonomen Statuts der katholischen Kirche Ungarns zum Ziel.

In Österreich fanden die ausgetriebenen französischen Eucharistiner (Bozen), die italienischen Olivetaner (Kärnten) und die Trinitarier (Wien) gastfreundliche Aufnahme.

Der altkatholische tschechische Geistliche Dr. Jschka suchte den Altkatholizismus durch Anlehnung an den alten Guckultus zu nationalisieren.

In Würzburg wurde am 18. November die mit Roseggers Beihilfe erbaute protestantische Kirche vollendet und durch zwölf Übertritte vom katholischen zum protestantischen Glauben demonstrativ eingeweiht.

Österreichische Bauten.

Ein kostbares Juwel war die von P. Vigaglia (Venedig) in kostbarstem Material erbaute Marienkirche in Eichwald bei Teplitz (M. Btg., 6. Dez.). Der Stifter war Fürst Carlos Clary und Aldringen. Es war eine Verschmelzung von gotischem und italienischem Stil. — Hervorragend war der Bau der St.-Antons-Kirche zu Wien von Franz v. Neumann. Die einheitliche figurale Ausschmückung war den Malern Wörndle und Schönbrunner übertragen, die mit Recht auf den wirkungsvollen altravennatischen Stil zurückgriffen (M. Btg., 19. April). — Zu Wien wurde am 10. Juni die Grundsteinlegung der Kaiserjubiläumskirche an der Donau in Anwesenheit des Kaisers vollzogen. Der Plan des romanischen Baus war von Lunz. Leider blieb das viel monumentalere Projekt des Beuroners Desiderius Lenz unbenützt. Ich verwahre ein Abbild davon.

Das am 15. Dezember zu Wien enthüllte Goethedenkmal von Edmund Hellmer wurde sofort als klassisch in seiner antiken Einfachheit anerkannt (M. Btg., 20. Dez.). — Eine Festschrift zur Errichtung des Wiener Goethe-

denkmal wurde Mitstrebbenden und Freunden dargebracht vom Wiener Goetheverein. — Gustav Klimts Gemälde „Die Philosophie“ für die Wiener Universität wurde zurückgewiesen. Es stellt die Philosophie dar, wie sie nicht ist, wie aber ein Ungebildeter sie sich vorstellt (Allg. Ztg., 28. Juni). — Hans Brandstetter modellierte das Denkmal des Dichters K. Gottfr. v. Leitner in Graz (Allg. Ztg., 29. Nov.). — J. Kassins schöne Gruppe „Nächstenliebe“ für das Elisabethspital zu Wien zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 22. Februar. — Als der Maler Munkaczyn starb, anerkannte die Kritik weniger seine historischen als die Genrebilder aus dem ungarischen Leben.

Auch die Wiener Hofbibliothek veranstaltete eine Gutenbergausstellung.

Einen Beitrag zur Wiener Theatergeschichte bildete das Buch „Ludwig Cabillon“ seiner Tochter Helene Bettelheim-Cabillon.

Bitte=  
ratur.

Man feierte den siebenzigsten Geburtstag der Dichterin Marie v. Ebner-Eschenbach. Paul Henze widmete ihr ein Gedicht (Allg. Ztg., 208). Die Universität Wien verlieh ihr das Ehrendoktorat, dessen schlichteste und schönste Begründung ihre eigenen Verse waren: „Was noch so fein Philosophie gesponnen, das bringt die Poesie ans Licht der Sonnen.“ — Moritz Necker schilderte „Marie v. Ebner-Eschenbach nach ihren Werken“.

P. Rosegger feierte das fünfundzwanzigjährige Jubiläum seines „Heimgartens“ mit dem Gedicht: „Seit einst im Steirerland schlicht dieses Blatt entstand, liegen, wie immer, die Geister im Streit, und dieser Garten hier war teils ein Kampfbrevier, teils ein Idyll auch in stürmischer Zeit.“

Jos. Alex. Freiherrn v. Helferts achtzigster Geburtstag gab Anlaß zu politischen Rückblicken ins Jahr 1848 und die unmittelbar darauffolgende Zeit, in der der noch junge Mann das Unterrichtsministerium leitete zum Teil an der Seite des Grafen Leo Thun.

Ungemein lebendig beschrieb Karl Baron Torrefani die Werde- und Lehrjahre eines österreichischen Offiziers „Von der Wasser- bis zur Feuertaufe“. Die „Phantasien eines Realisten“ von Lynkeus (Popper) erschienen in zweiter Auflage. Es war Heinescher Geist. Th. Herzl schrieb „Philosophische Erzählungen.“

A. Schlosfar gab den Briefwechsel zwischen Erzherzog Johann und Graf Prokeš-Osten heraus, und N. Lenau's Briefe an Emilie v. Reinbeck. Helene Richter gab das interessante Charakterbild des englischen Romantikers Chatterton. — Aug. Fournier schrieb über den „Kongreß von Chatillon, die Politik im Kriege von 1814“. — Mit Unterstützung der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen gab Herm. Bachmann die Zeitschrift „Deutsche Arbeit“ heraus. — Es erschien das reichillustrierte Lieferungswerk von Oskar v. Krücken „Budapest in Wort und Bild“. — J. C. Poesitions „Lehrbuch der norwegischen Sprache“ wurde immer mehr als beste Leistung dieser Art anerkannt. — Die Gründe für die Unrechtheit der Königinhofer Handschrift wurden von den tschechischen Gelehrten Machal und Dolanský verstärkt (Allg. Ztg., 7). — Neues zur Fabel von dem geweihten Hut und Degen Dams brachte Th. Bitterauf in der „Allgemeinen Zeitung“, 209. — Sigm. Freud erregte Aufsehen durch seine höchst einseitige Schrift „Die Traumdeutung“. — Von neuen Forschungen über das Geschlecht Attilas berichtet die „Allgemeine Zeitung“, 177. — In Wien arbeitete ein Archivphonograph für das „Phonogrammarchiv“. — In Wien wurde die Bibliothek des verstorbenen Kaisers Pedro von Brasilien versteigert.



Osterreich verlor in dem Makedonier Nikolaus Dumba einen Mäzen von ganz einziger Bedeutung, einen wahrhaft „königlichen Kaufmann“.

Es war die Zeit, da das Wetterschießen vorübergehend wissenschaftliche Mode war. Aber die Götter der Atmosphäre behielten die Oberhand über die Meteorologie.

Italien. Ermordung des Königs Humbert von Italien. Er wurde von drei  
Humbert †. Revolverkugeln des Angelo Bresci zu Monza getroffen (29. Juli). Ein  
Manifest des Ministeriums vom 31. Juli erklärte: „Die Italiener werden  
Viktor Emanuel III. durch die Tat beweisen, daß die Institutionen des Landes nicht sterben.“  
Der Thronfolger Viktor Emanuel III. sagte in einer Proklamation vom 3. August: „Es war der Ruhm meines Großvaters, Italien seine Einheit und Unabhängigkeit gegeben zu haben; es war der Ruhm meines Vaters, über die Erhaltung desselben mit Eifer gewacht zu haben; möge Gott und die Liebe meines Volkes mich stärken, damit ich meine Fürsorge dem Schutze der Freiheit und der Verteidigung der Monarchie widmen kann, welche durch unlösliche Bande vereinigt sind . . . Diese Gemeinschaft der Gedanken und Empfindungen drückt sich aus im erhabenen Namen des unantastbaren Rom (Roma intangibile), des Sinnbildes der Größe und des Unterpfandes des unversehrten Bestandes Italiens. Dies ist mein Glaube, mein Streben als Bürger und König.“ Dieser unnötige Ausfall gegen die Rechte des Papsttums war ein großes Ärgernis für alle Katholiken und lenkte die Gedanken aller Welt auf das Verbrechen, dem Italien seine äußerliche Einheit verdankte. Und das in einem Augenblick, der eher zur Selbstbeschau und zur Gewissensforschung aufforderte. Am 11. August leistete der junge König den Eid, die Verfassung zu achten, jedem sein volles und genaues Recht werden zu lassen (nur nicht dem Papst) und nur das Interesse, das Gedeihen und die Ehre der Nation anstreben zu wollen. Er hat freilich durch den schmachvollen Vertragsbruch im Weltkrieg auch diesen Eid gebrochen und das Interesse, das Gedeihen und die Ehre der Nation für immer vernichtet. In der Thronrede vom 11. August wies der neue König auf die Mitarbeit seiner erlauchten Gemahlin hin, „die, gleichfalls einem starken Stamm entsprossen (Montenegro), ihr ganzes Leben dem Vaterlande ihrer Wahl weihen wird . . . Italien ist immer ein wirksamer Faktor der Eintracht gewesen für gemeinsame Ziele zur Erhaltung des Friedens . . . Wir bedürfen aber auch des inneren Friedens . . . das Gefühl der Zusammengehörigkeit der großen italienischen Familie . . . In der Liebe zur Religion und zum Vaterland auferzogen, rufe ich Gott zum Zeugen meines Versprechens an . . .“ Der Mörder Bresci wurde zu lebenslänglichem Kerker verurteilt; es wurde festgestellt, daß ein anarchistisches Komplott bestand.

Besonders teilnehmend äußerte sich Kaiser Wilhelm in einem Telegramm an die Königin-Witwe Margherita: „Ritterlich, gütig, tapfer und treu fiel König Humbert als Opfer jener teuflischen Bestrebungen, welche göttliche und menschliche Ordnung zu zerstören trachten.“ Die reichsdeutschen Zeitungen schrieben: „Die Kultur des christlichen Europas muß ihr Haupt verhüllen, wenn dies anarchistische Treiben sich fortsetzen darf. In einem Augenblick, wo sie auszieht, fremde Barbarei (China) zu überwinden, zeigt sie uns in ihrer eigenen Mitte Menschen, die an verbrecherischer Feigheit und Grausamkeit fast unter die chinesischen Mördersekten sinken.“ — „Wann werden die Staaten Europas sich aufraffen und dieser allgemeinen Gefahr mit gemeinsamer Abwehr begegnen?“ — „Man verhehlt sich nicht, daß nach den bisherigen Mordanschlägen der Caserio, Lucheni und Bresci jeden Augenblick ein neues Attentat ihrer Genossen erwartet werden kann.“ — Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb: „Italien ist schwer krank, dank jenen Leuten, die ihm immer vorgeredet haben, seine Einigkeit sei seine Gefundung, und die hinter dieser spanischen Wand ihre Geschäfte besorgten. Die Versöhnung mit der Kirche ist . . . eine Grundbedingung der Heilung.“ — Das „Deutsche Adelsblatt“ sagte: „Wir werden aus der Sackgasse nicht eher herauskommen, als bis wir vorbehaltlos die Brunnen verschütten, die den subversiven Tendenzen die besuchenden Wasser zuführen. Wo liegen deren Quellen? Von den Höhen der Wissenschaft, ja selbst von der Kanzel träufelt das Gift der Glaubens- und Autoritätslosigkeit hernieder. Könige, Fürsten und Herren wurden in ihrem Spiel mit dem Feuer der von den Enzyklopädisten inaugurierten akademischen Revolution zu Pionieren der praktischen Varianten.“ — Der sozialdemokratische „Vorwärts“ lehnte den Anarchismus entschieden ab: „Die monarchistische Begeisterung, die in jeder Handlung eines Fürsten eine wundervolle Offenbarung sieht, und der Monarchenmord ist im Grund derselben mystischen Anschauung über die Allmacht fürstlichen Gottesgnadentums erwachsen. Ovationen und Attentate sind entgegengesetzte Erscheinungen desselben Irrglaubens, der von den Wortführern der herrschenden Gesellschaft gesellschaftlich genährt wird. Wie immer man auch die Motive des beklagenswerten Verbrechens wählen mag, König Humbert ward ein Opfer jener finsternen Mächte des Elends, des Unglaubens, der Unwissenheit, der Gewalttätigkeit, die von den führenden Klassen unablässig geschützt und gestärkt werden, deren Ausrottung aber die weltgeschichtliche Mission der internationalen Sozialdemokratie ist.“

Kaiser  
Wilhelm.

An-  
archis-  
mus.

Durch das Zusammenwirken der Polizeiorgane der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands, Frankreichs und der Schweiz gelang es der Justizbehörde von Mailand, in das Komplott der Anarchisten Licht zu bringen. Anstifter des Königsmordes waren die beiden „Anarchisten der Tat“ Malatesta und Ciancabilla. Enrico Malatesta gründete anfangs der neunziger Jahre im Verein mit Cipriani die Anarchistenvereine in Rom, die schwarze Fahnen als Erkennungszeichen führten. 1897 verhaftet und verurteilt, entkam er, durch reiche Geldmittel der englischen Internationale unterstützt, mit zwei andern Genossen, Episani und Bisoli, im April 1899 und reiste über Malta und Paris nach Amerika, wo er in Patterson die anarchistische Zeitung „La questione sociale“ herausgab. Juli 1900 siedelte Malatesta nach London über, um den Ereignissen im „verfaulten Europa“ näher zu sein. Sein Genosse Ciancabilla gründete in West-Hoboken die „Morgenröte“. Er stattete

An-  
archisten.

den vor kurzem nach Amerika ausgewanderten Seidenweber Gaetano Bresci aus, und dieser schiffte sich am 10. Juni in Newyork mit dem Trentiner Lanner, mit Quintavalle und einem namenlosen „Schweiger“ ein, von den Anarchisten in Newyork, Brooklyn und Hoboken als Befreier Europas laut gefeiert und in hellen Häusen mit Hochrufen auf die internationale Anarchie an Bord begleitet. In Havre wurden die vier von den anarchistischen Häuptern Nordfrankreichs festlich empfangen, Bresci erhielt 8000 Franken eingehändigt. Seine Reise über Paris, Lyon, Marseille glich einem Triumphzug. Bresci legte in den Kreisen der „Auserwählten und Eingeweihten“ staunenswerte Proben als Revolverkünstler an den Tag. Bresci, der im Golde schwamm, stets erster oder zweiter Klasse fuhr, in den teuersten Gasthöfen einkehrte und gleichwohl offen mit dem anarchistischen Gesindel verkehrte, mußte überall das größte Aufsehen erregen. In jeder Stadt hatte er ein anderes Mädchen; alle seine Geliebten waren einig in der Schilderung seiner exzessiven Sinnlichkeit. Durch dies tolle Lasterleben erschlaft, suchte Bresci den Tag zur Erfüllung seiner Mission möglichst hinauszuschieben. In Prato wurde er durch ein Telegramm gemahnt. Die Ausführung des Mordes wurde am 22. bis 24. Juli in Turin unter den versammelten Häuptern der Anarchisten beraten und jedem seine Rolle zugeteilt. Eine Gruppe von zwölf bis zwanzig Leuten hatte offenbar die Aufgabe, im Augenblick des Attentats den königlichen Wagen zu umgeben und die Schutzleute beiseite zu drängen. Als die fünf Schüsse fielen, schrien sie ohrenzerreißend: „Evviva il re!“ Dann suchten sie Bresci aus den Händen der jungen Turner und der Feuermehr zu befreien. In der Nähe wartete einer, mit Arbeiterfittel und Mütze für den fliehenden Bresci, der bei der Tat einen eleganten dunklen Anzug und einen weithin leuchtenden weißen Filzhut mit breiter Krempe trug. Es war alles so gut vorbereitet und die Anarchisten schlugen sich so tapfer, daß es bei dem Mangel an Sicherheitsvorkehrungen geradezu ein Wunder war, wie Bresci doch gefaßt wurde. Als er das Mailänder Zellengefängnis betrat, stieß er den Fluch aus: „Die Hunde! Im letzten Augenblick, da alles gelungen, haben sie mich nicht herausgehauen“ (Franz Lipp in der „Illustrierten Zeitung“, 16. August). Die Polizei verhaftete 2500 des Anarchismus verdächtige Personen.

Ein Anarchist versuchte (am 2. Aug.) ohne Erfolg einen Mordanschlag auf den in Paris anwesenden Schah von Persien; es war diesmal ein Franzose Fr. Salson; die Verschwörung ging aber von Italien aus und hing mit dem Morde König Humberts zusammen.

Die erste Regierungshandlung des neuen Königs war der wenig ehrenvolle Friedensschluß mit Aebessinien und die Auszahlung von drei Millionen Lire an Menelik (Sept.).

In Rom tagte vom 18. bis 22. Februar ein antiklerikaler Studentenkongreß im Anschluß an die Gedächtnisfeier des Todestages Giordano Brunos. Dabei kam es zu Gegensätzen der republikanisch und monarchisch Gesinnten.

Ein königliches Dekret sperrte dem Bischof von Andria wegen unehrerbietigen Verhaltens beim Begräbnis König Humberts den Gehalt (7. Sept.). Der dreißigste Jahrestag der Einnahme Roms (20. Sept.) wurde festlich begangen unter Demonstrationen gegen den Vatikan. Dem Anarchismus gegenüber erwies sich aber die Regierung unfähig und ratlos.



Der Prozeß gegen die Maffia brachte skandalöse Zustände an den Tag. Ministern konnte die Verbindung mit der Verbrechergesellschaft vorgeworfen werden, so General Mirri und Crispi.

Die Gerüchte, der Papst habe für König Humbert eine Messe appliziert, er habe der Witwe kondoliert oder kondolieren lassen, er habe ein seltsames Gebet der Königin Margherita approbiert, wurden dementiert. Ebenso die Meinung, der Papst habe den König Humbert nicht für exkommuniziert gehalten. Aber da er nicht namentlich exkommuniziert war, sondern nur im allgemeinen, so konnte, um größere Übel zu verhüten, ein kirchliches Begräbniß toleriert werden; zu diesem Zweck hatte die italienische Regierung auch einen gewaltigen Druck ausgeübt. Man widersezte sich eben kirchlicherseits der Sache nicht. Dazu kam die Rücksicht auf das abscheuliche Verbrechen, gegen das man protestieren wollte und die Persönlichkeit des Verstorbenen, der besonders in der letzten Zeit seines Lebens unzweifelhafte Zeichen religiösen Gefühles gegeben habe und sogar darauf bedacht war, sich in diesem heiligen Jahr durch die Sakramente mit Gott zu versöhnen. So schrieb der „Osservatore Romano“ am 18. August und setzte hinzu: „Dies vorausgesetzt, darf man annehmen, daß der König in den letzten Augenblicken seines Lebens die unendliche Barmherzigkeit Gottes angerufen hat und daß er, wenn ihm Zeit geblieben wäre, nicht gezögert hätte, sich mit ihm zu versöhnen.“ Mehrere Geistliche wurden aber wegen ihres allzu entgegenkommenden Verhaltens beim Begräbniß gemäßigelt. — In einer Ansprache am 17. Dezember hielt der Papst nicht zurück mit seiner Verurteilung der feindseligen Verfügungen, Äußerungen und Gesetze der italienischen Regierung. Er hielt das Recht seiner legitimen weltlichen Herrschaft und den Protest gegen die Veraubung aufrecht. Das Recht des Papsttums bleibe ungeschmälert und „unantastbar“, es könne weder durch Verjährung noch durch den Wechsel in der Person des Regenten unterdrückt und beeinträchtigt werden.

In seiner Enzyklika „De Redemptore“ vom 1. November sprach Papst Leo seine Freude darüber aus, daß die Katholiken aus der ganzen Welt anläßlich des heiligen Jahres nach Rom pilgern; das beweise, daß die Völker sich Christo wieder zuwenden. Die menschliche Gesellschaft könne nur so reformiert werden, sie müsse das göttliche Gesetz befolgen, die Auslehnungen gegen die bestehenden Gewalten, die Streitigkeiten zwischen den Völkern meiden; alle müssen sich brüderlich untereinander lieben und in heiligem Frieden ihren Oberen gehorchen. Die Entfremdung von Gott führt zu vielen Verirrungen, und auch gerade jetzt wieder sind die Völker durch Befürchtungen und Beängstigungen mehr als je gedrückt. — Der Papst schloß das heilige Jahr am 24. Dezember mit der Schließung des heiligen Tores der Peterskirche. Für die Katholiken außerhalb Roms wurde es um sechs Monate verlängert. Papst Leo hatte das heilige Jahr am 24. Dezember 1899 eröffnet, es dauerte bis 24. Dezember 1900 und galt selbstverständlich und richtig nicht als Anfang, sondern als Abschlußjahr eines Jahrhunderts.

Am 24. Mai erfolgte die Heiligsprechung der beiden Seligen: Johann B. de la Salle und Rita da Cascia.

Das römische Campagnaelend schilderte A. Celli (Allg. Ztg., 268).

Das reichillustrierte Prachtwerk „Die Madonna“ von Adolfo Venturi erschien in deutscher Bearbeitung von Th. Schreiber. — Die „Geschichte des Spiritismus“ von C. Baudi v. Vesme, aus dem Italienischen übersetzt von Feilgenhauer, brachte ungeheures Material.

Dem Grafen Carlo Nicolis di Robilant wurde in Turin ein Denkmal enthüllt (Allg. Ztg., 155). Dabei wurde die Entstehung des Dreibundvertrags erörtert.

Spanien.

In Spanien machte sich wieder der Karlismus mehr geltend. Die Regierung schritt zu scharfen Gegenmaßnahmen vor. Dazu kamen in Barcelona die separatistischen Bewegungen der Katalonier.

Ein iberisch-amerikanischer Kongreß trat am 10. November in Madrid zusammen. Außer Spanien waren dabei vertreten: Mexiko, Peru, Ecuador, Nicaragua, Costarica, Honduras, Uruguay, Chile, Argentinien. Der vorsitzende spanische Minister des Äußern betonte die Notwendigkeit, daß sich die lateinischen Völker zusammenschließen, um den Bestrebungen der Vereinigten Staaten entgegenzutreten, die den amerikanischen Handel monopolisieren wollten.

Der französische Ingenieur Berlier, unterstützt von deutschen Fachgenossen, unterbreitete den Regierungen von Spanien und Marokko den Plan eines unterseeischen Tunnels von der Südspitze Spaniens nahe bei Algeciras-Gibraltar nach Tanger, 41 Kilometer lang, wovon 32 Kilometer unterhalb des Meeresgrundes verlaufen würden.

Nach zehnjähriger, mit „rastloser Hast“ betriebenen Untersuchung gelangt das Berner Schiedsgericht in der Frage der Delagoabai zu einer Entscheidung.

Auch in Brüssel geschah durch den Anarchisten Sipido ein Mordversuch auf den dort anwesenden Prinzen von Wales (4. April). Wichtiger waren die niederschmetternden Veröffentlichungen der „Independance Belge“ über Chamberlain und den Jameson-Putsch 1895. Es wurde bewiesen, daß viele Fälschungen stattfanden und daß Chamberlain mit Cecil Rhodes und Alfred Beit an einer Reihe schmutziger Finanzgeschäfte beteiligt war. Auch vor Bestechung der Richter und Vernichtung von Akten soll er sich nicht gescheut haben. — Der König der Belgier schenkte mehrere seiner Schlösser und Güter dem Staat. — Wegen unmenschlicher Greuel im Kongostaat wurden zehn Kaufleute als Massenmörder angeklagt. — Über die Armeesprache entstanden Zwistigkeiten zwischen französischen und flämischen Militärs. — Als die belgische Regierung auch ein Freiwilligenkorps nach China senden wollte, wurde ihr von den Großmächten bedeutet, daß derlei Weltpolitik die Mittel- und Kleinstaaten gar nichts angehe,

Lagerlöf.

Selma Lagerlöf ließ die Quintessenz ihres Romans „Wunder des Antichrist“ durch den Papst aussprechen: „Niemand kann die Menschen von ihren Leiden befreien, aber dem soll viel vergeben werden, der in ihnen neuen Mut erzeugt, sie zu tragen!“ — Das seltsam schöne Buch von Selma

Lagerlöf „Gösta Berling“ fand in deutscher Übersetzung Aufnahme in Reclams Universalbibliothek.

Ibsens dramatischer Epilog „Wenn wir Toten erwachen“ erregte sehr geteilte Wirkungen. Uns erscheint das Werk als eine freimütige Selbstanklage, Selbsterkenntnis und Selbstverurteilung. — Mit Recht wurde das Selbstgericht Ibsens mit dem G. Hauptmanns in der „Versunkenen Glocke“ zusammengestellt (Allg. Ztg., 9).

Die mit 40 Millionen arbeitende Nobelstiftung trat nach jahrelanger Vorbereitung in Wirksamkeit zu Stockholm.

W. Spohr gab eine Auswahl aus den Werken des Holländers Multatuli. Er übersetzte auch Multatulis „Max Havelaar“ und „Liebesbriefe“.

Im Haag wurde eine Faksimileausgabe der Briefe Spinozas geplant.

Das Franz-Hals-Denkmal in Haarlem, zeigt den Maler auf schwindelnd hohem Sockel mit Pinsel und Palette; man möchte ihn einladen, sich einmal auszuruhen (All. Ztg., 28. Juni).

Wilhelmine, Königin der Niederlande verlobte sich mit Herzog Heinrich von Mecklenburg-Schwerin am 16. Oktober. Es versteht sich, daß das Unglück der Buren die Niederländer besonders betraf, denn die Buren waren ja ihre eigenen Landsleute. Krüger wurde in Amsterdam begeistert vom Volk, im Haag von der Königin empfangen. Es wurde eine Medaille darauf geprägt.

Trotz der Haager Friedenskonferenz, die am 4. September abgeschlossen wurde, hielt es Schweden für notwendig, mehr als bisher seine Militärmacht zu Land und Wasser zu verstärken. Der Unionskonflikt zwischen Schweden und Norwegen wurde immer schärfer.

In Rumänien bildete Peter Carp ein konservatives Ministerium. Infolge der Ermordung eines rumänischen Professors durch einen Bulgaren in Bukarest kam es zu diplomatischen Verwicklungen und Rüstungen. Die rumänische Regierung richtete eine Beschwerde an die Pforte wegen des bulgarisch-makedonischen Komitees in Sofia und an die Großmächte wegen der bulgarischen Rüstungen. Dies Komitee soll die Ermordung der Könige von Rumänien und Serbien geplant haben, um sich während der hiedurch entstehenden Verwirrung auf Makedonien zu werfen.

Andererseits ging die Spannung zwischen Serbien und Montenegro bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Der junge König Alexander vermählte sich mit Frau Draga Maschin, der Witwe eines Ingenieurs, einer ehemaligen Hofdame seiner Mutter (5. Aug.).

Fr. W. Foerster, der Sekretär des ethischen Bundes, besprach in einer Vortragsreihe zu Zürich „Die Kulturfragen der Gegenwart vom ethischen Standpunkt“. Er sah ein neues Bewußtsein menschlicher Solidarität zum Durchbruch kommen.

Adolf Frey schrieb die Biographie des Schweizers Conrad Ferdinand Meyer.

Den für Konstantinopel bestimmten Kaiser-Wilhelm-Brunnen zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 26. Juli.

Kaiser Wilhelm widmete auch einen monumentalen Kranz in vergoldeter Bronze für das Grab des Sultans Saladin in Damaskus nach der Zeichnung Döplers d. J., der sich bemühte, „modern“ zu sein (All. Ztg., 6. Sept.).



Jerusalem.

Die Feier der Grundsteinlegung zur Marienkirche auf dem Berge Sion (Dormition) zu Jerusalem wurde am 7. Oktober begangen. Die Kirche „Mariä Hingang“ sollte nach den Plänen Renards in Köln ausgeführt werden.

Es wurde als Zeichen des erstarkenden islamischen Gedankens angesehen, daß Rabah, der Beherrscher von Wadai im Sudan, seine Aufnahme in den türkischen Untertanenverband nachsuchte. In Albanien machte sich aber eine autonomistische Strömung geltend. In Ägypten war eine starke Spannung zwischen dem ägyptischen Heer und den anmaßenden englischen Offizieren zu bemerken.

Eine Karte der konzeSSIONierten deutschen Bagdadbahn gibt die „Illustrierte Zeitung“ 4. Januar.

Artur Evans veranstaltete wichtige Ausgrabungen in Knossos auf Kreta (Allg. Ztg., 143). Sie brachten überraschende Funde zur mykenischen Kultur.

Über die frühesten Beziehungen Ägyptens zu Europa nach den Forschungen von Flinders Petrie in London orientiert „Allgemeine Zeitung“, 58.

China.

Friedrich Hirth berichtete über Entstehung und Ursprungslegenden der Malerei in China (Allg. Ztg., 117); die Malerei sei die Zwillingsschwester der Schreibkunst, uralt, aber der eigentliche Beginn der chinesischen Kunst datiert vom Einbruch der hellenistischen Einflüsse besonders unter Kaiser Wuti (140—86 v. Chr.); vor allem wirkten die griechischen Metallspiegel umbildend.

## Das Jahr 1901.

Fortdauer des Burenkriegs. Tod der Königin Viktoria. König Edward VII. Die Mandchurische Frage. Der chinesische Sühneprinz in Berlin. Mommsen über Voransetzungslosigkeit. Der Fall Spahn. Der Fall Breschen. Kaiserreden. Franz X. Kraus †. Duellunwesen. „Rückständigkeit.“ Neue Kunst und große Kunst. Überbrettel. Klostersturm in Frankreich. Italienisches Geschwader in Toulon („Etrattour“). Der Bar in Frankreich. Die christliche Demokratie. Der liberale Katholizismus. Vermählung der Königin Wilhelmine von Holland. Die ostsibirische Bahn. Tolstoi exkommuniziert. Mac Kinley ermordet. Präsident Roosevelt. Die Trusts.

Burenkrieg.

Noch immer bildet der langwierige Burenkrieg den wichtigsten Gegenstand der weltgeschichtlichen Betrachtung. Wir sehen England fast bis zur Erschöpfung ungeheure Anstrengungen machen, einer kleinen Bauernrepublik Herr zu werden. Das so mächtig scheinende Weltreich erwies sich da als sehr krisenhaft. Ein geringer Stoß von außen hätte damals genügt, es zusammenbrechen zu lassen; aber die Zeit war noch nicht reif dazu.

Während Lord Ritchener mit unbarmherziger Strenge eine Ausrottungstaktik gegen das Volk der Buren durchführte, starb die alte Königin Viktoria am 21. Januar. Ihr Sohn, bisher Albert genannt, übernahm die Regierung als Edward VII. mit folgender an den Geheimen Rat gerichteten Begründung vom 23. Januar: „Indem ich jetzt die mir zufallende schwere Aufgabe übernehme, bin ich fest entschlossen,

Edward VII.

ein konstitutioneller Herrscher im strengsten Sinne des Wortes zu sein und bis zum letzten Atemzuge für das Wohl und die Fortentwicklung meines Volkes tätig zu sein. Ich habe beschlossen, den Namen Edward anzunehmen, welcher bereits von sechs meiner Vorgänger getragen wurde. Hierbei unterschätze ich nicht den Namen Albert, den ich von meinem betrauten großen, weisen Vater geerbt habe, der, wie ich glaube, mit allgemeiner Zustimmung unter dem Namen Albert der Gute bekannt ist und dessen Name, wie ich wünsche, allein dastehen soll." Es war bei ihm wohl eher der Beweggrund maßgebend, das Andenken an die nicht populäre deutsche Herkunft der koburgischen Dynastie zu verwischen. Kaiser Wilhelm war an das Sterbelager seiner Großmutter geeilt und hatte vom 20. Januar bis 5. Februar in London an der britischen Trauer teilgenommen; die offizielle Presse sah darin eine Annäherung beider Völker.

König Edward richtete am Tag der Beisetzung, 4. Februar, eine Botschaft an „Mein Volk über See“; er eröffnete am 14. Februar das Parlament mit der Bemerkung: „Der Krieg in Südafrika ist noch nicht beendet, aber die Hauptstädte und die hauptsächlichsten Verbindungslinien sind in meinem Besitz. Ich bedaure sehr den Verlust an Menschenleben und die Geldopfer, die der nutzlose Guerillakrieg mit sich bringt, welchen die Buren in den beiden ehemaligen Republiken fortführen. Eine baldige Unterwerfung ist in ihrem eigenen Interesse sehr zu wünschen, da es mir, solange dieselbe nicht erfolgt, unmöglich ist, in jenen Kolonien Institutionen einzufügen, die allen Weißen gleiche Rechte und der eingeborenen Bevölkerung Schutz und Gerechtigkeit sichern werden.“ Von der Unterwerfung Chinas sagte er, sie sei vor allem den indischen Truppen und der Seemacht zu danken. — Des neuen Königs imperialistische Tendenzen waren bekannt, seit er 1886 Präsident der Kolonialausstellung war. Die Königin Alexandra war eine Dänin.

Die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt war voll der Empörung über die Grausamkeit der englischen Kriegsführung, über die Konzentrationslager, die Aushungerung, die Mißhandlung und Tötung von Wehrlosen, Frauen und Kindern. Auch die Opposition im englischen Parlament äußerte sich sehr unzufrieden mit der Kriegsführung. Minister Salisbury tröstete, auch der nordamerikanische Sezessionskrieg habe vier Jahre gedauert. Allerdings waren die mitgeteilten Zahlen über die Kosten des Krieges und die Verluste enorm. Anfragen wegen der Konzentrationslager und der Behandlung der Frauen wurden beschönigend beantwortet. Der Kriegsminister sah sich wohl genötigt, einen Entwurf zur Neuorganisation der unzulänglichen Armee vorzulegen. Er meinte, man müsse auch mit der Gefahr einer Invasion rechnen. Es seien Mängel offenbar geworden, die Kolonien müßten mehr Beihilfe leisten. Auch das Marinebudget wurde

erhöht. Der Ankläger der Familie Chamberlains wegen Beteiligung an den Lieferungen für den südafrikanischen Krieg wurde zwar verurteilt, aber zu einer so geringfügigen Geldsumme, daß es mehr wie eine moralische Verurteilung des Kolonialministers Chamberlain erschien.

Auch die in Afrika kämpfenden Offiziere waren des Krieges überdrüssig; es hieß in einem Brief, die einzig gute Organisation sei die der Zensur, die nur gute Meldungen durchlasse.

Auf dem anglikanischen Kirchenkongreß im Oktober gestand der Präsident Wilberforce, der Krieg werde wohl in England alle Stände und Parteien einander näherbringen, aber er sei doch eine Strafe für Englands Fehler. Diese Streiche öffnen ihm die Augen, und es erkennt die wunderbare Macht Gottes. Chamberlain gestand zu, man habe sich bezüglich der Dauer des Krieges geirrt, man müsse die Zähigkeit der Buren bewundern, aber ihnen gleiche Entschlossenheit entgegensetzen. Wenn andere Nationen Englands Barbarei und Grausamkeit verurteilen, so mögen sie bedenken, was sie selbst in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, in Tonking und im Krieg von 1870 taten. Darüber war man mit Recht in Deutschland entrüstet. Chamberlain entschuldigte sich, er sei mißverstanden worden und habe niemand beleidigen wollen.

Salisbury gratulierte sich auf dem Lordmayorsbankett am 9. November, daß bei all dem der Weltfriede so wenig gestört wurde und daß England bei den Großmächten so freundliche Gesinnung und so korrekte Haltung gefunden habe. Man solle bedenken, daß die Art der Kriegführung, wie sie England jetzt durchmache, ganz neu sei; früher habe man nur geschlossene Schlachten geschlagen und den Frieden erzwungen, nachdem die Hauptstadt genommen war. Das sei jetzt anders, dürfe aber nicht nervös machen.

Lord Rosebery, Führer der Liberalen, sagte in einer Rede im Dezember: In der ganzen Geschichte Englands finde sich kein Beispiel zu dem Groll und Übelwollen, mit dem England fast einmütig von den Völkern Europas betrachtet wird. Das sei besorgniserregend und gefährlich.

Irland.

Die Schwierigkeiten mit Irland hielten an. Um die irischen Mitglieder des Parlaments zu knebeln, wurde eine strengere Geschäftsordnung beschlossen. Der pankeltische Kongreß in Dublin (Mitte August) wurde von der englischen Presse verspottet. Dafür wählten die Iren im November den Nationalisten Lynch, der ein Burenkorps gegen die Engländer kommandiert hatte. Der „pankeltische Kongreß“ bezweckte hauptsächlich die Pflege der fünf gälischen Dialekte: Irisch, Wallisich, Schottisch, Insel Man, Bretonisch. Seit 1870 ging das Gälische zurück infolge der Schulgesetze. Damals sprach über eine Million gälisch, 1891 nur 900.000; nun sollte eine neue Tätigkeit zur Erhaltung der Sprache einsetzen. Über das Wiederaufleben der irisch-gälischen Literatur schreibt die „Allgemeine Zeitung“, 133.

Gegen die Krönungsformel, die für die Katholiken beleidigend war, wurde protestiert. Auch das Oberhaus erklärte es für wünschenswert, wenn diese beleidigenden Ausdrücke entfernt würden.



In Malta entstanden Unruhen, weil die englische Regierung die italienische Sprache unterdrücken wollte. Die Kunde, man wolle Gibraltar durch ein weiteres Stück Land von Spanien erweitern, gab auch Anlaß zu gerechter Empörung. Gegen Ende des Jahres wurde die Themse und die Südküste gegen eine etwaige Invasion besser geschützt.

Zu Ehren König Alfreds des Großen († 901) beging man am 18. September die Tausendjahrfeier. König Alfred war freilich kein Protestant gewesen.

Der Burenkrieg blieb bis zum Ende des Jahres völlig unentschieden. Während der Burenkommandant Krieger in Gefangenschaft geriet, überfiel Dewet ein englisches Lager bei Tweefontein, und so zog sich die Sache noch in das nächste Jahr hinüber.

Olando Malagoli widmete dem „Dichter des Imperialismus“ Rudyard Kipling eine Kritik, indem er in seinem Buch „Imperialismus“ diesen auf den herrschenden Materialismus, die Börsenspekulation und den Goldgier zurückführte (Allg. Ztg., 74).

Über die Hypothese Lord Kelvins (W. Thomson) vom Äther und der Materie, „von der einen Substanz, die homogen, kontinuierlich und von einfacher Struktur den ganzen Weltenraum durchzieht, die als Licht Schwingungen vollführt, die sich in positive und negative Elektrizität spalten läßt und die, als Wirbel rotierend, dauernd vom übrigen Medium als sogenannte Materie unterschieden ist“, schreibt F. Ebner (Allg. Ztg., 289): „Diese Hypothese wird einer der genialsten Versuche bleiben, auf dem Boden der mechanischen Weltanschauung selbst den letzten fundamentalen Gegensatz zwischen Masse und Bewegung, Trägheit und Energie aufzuheben und eine einheitliche Vorstellung vom Weltganzen zu geben.“

Als Wesen des Zeitgeists im 19. Jahrhundert sah Wilfrid Ward in der „Edinburgh Review“ eine neue Synthese an, anknüpfend an die Synthese des Mittelalters, deren Auflösung durch Reformation und Aufklärung erfolgt war (Allg. Ztg., 216).

Michael Mac Carthy schilderte fünf Jahre in Irland, 1895—1900, und suchte als Katholik die englische Regierung zu verteidigen.

Über den gewaltigen Umfang des Bibeldrucks in der „Oxford University Press“ berichtete die „Allgemeine Zeitung“, 260; es erschien jährlich über eine Million Bibeln.

Wie der Reverend W. Carlile alle Mittel anwandte, seine Kirche zu füllen, erzählt die „Illustrierte Zeitung“ 28. Februar.

Ch. W. Hecethorns „Geschichte der geheimen Gesellschaften, Geheimbünde und Geheimlehren“ erschien in deutscher Übersetzung von L. Ratscher.

Sidney Lees Shakespeares-Biographie erschien in deutscher Übersetzung von R. Wülker. Für diese Arbeit galt Goethes Wort: „Alle pragmatische biographische Charakteristik muß sich vor dem naiven Detail eines bedeutenden Lebens verkröchen.“ Das gilt auch für die Weltgeschichte, wie ich hier durchgehendes zu zeigen suche.

Samuel Butler schrieb ein kurioses Buch, worin er Naufikaa als die Autorin der Odyssee nachweisen wollte (London 1897).

Die „Salome“ von Oskar Wilde suchte sich auch in Deutschland einzubürgern.

A. de Burg gab ein Buch heraus über die Kaiserin Elisabeth; es erschien eine deutsche Übersetzung des englischen Originals.

Nach englischem Vorgang wurde „Künstlerischer Wandschmuck für Schule und Haus“ gepflegt (Allg. Ztg., 253). Die „Illustrierte Zeitung“ gibt das schöne Gemälde „Der Wettlauf der Stunden“ von Walter Crane (10. Jan.). In London starb die liebenswürdige Zeichnerin von Bilderbüchern Kate Greenaway, einst von J. Ruskin in die Öffentlichkeit eingeführt.

Deut-  
sches  
Reich.

Der Regierungsantritt Edwards VII. war entscheidend für die von nun an feindselige Haltung Englands gegen das Deutsche Reich. Hier fühlte man ganz klar, daß durch den Tod der Königin Viktoria die Hauptschranke gegen den feindseligen Willen Englands gefallen war. Als daher der neue König seine Schwester, die Kaiserin Friedrich, in Cronberg besuchte (25. Febr.) und auch mit seinem Neffen, dem Kaiser Wilhelm, in Frankfurt zusammentraf, kam es in der Presse zu lebhaften Erörterungen über diese Verhältnisse, was die Spannung nur verstärkte. Man fürchtete im Deutschen Reich, König Edward wolle auf seinen Neffen ungebührlichen Einfluß ausüben, dadurch den Kontinent beherrschen, oder im Falle des Widerstandes den mitteleuropäischen Bund durch Intrigen sprengen.

Die Unklarheit der Verhältnisse im äußersten Osten machte übrigens alle Großmächte vorsichtig und verhinderte entscheidende Schritte gegen den Weltfrieden. Rußland wollte sich durch einen Vertrag mit China das Protektorat über die Mandschurei sichern. Japan betrachtete diese Bestrebungen, die sich auch auf Korea erstreckten, mit großem Mißtrauen, und auch die andern Mächte protestierten dagegen, daß China mit irgendeiner Macht isolierte Verhandlungen wegen eines Gebietsteiles pflege. Daraufhin lehnte China die Unterzeichnung eines Mandschureivertrags mit Rußland ab, und Rußland bestand nicht darauf, wenigstens formell; indessen behielt es sich die Besetzung der Mandschurei vor, bis die Unruhen aufgehört hätten. Daraus sollte später der Krieg mit Japan entstehen. Diese Unruhen und Boxerbewegungen flammten immer wieder auf. Christen wurden niedergemetzelt. Aber die chinesische Regierung gab in allen Punkten den Forderungen der Mächte nach. Ein Protokoll vom 20. August bestimmte die Sühnegesandtschaft des Prinzen Tschun an den Deutschen Kaiser, die Errichtung eines Denkmals für Freiherrn v. Ketteler an der Stelle des Mordes, die strafweise Unterbrechung der offiziellen Prüfungen in den schuldigen Städten, Sühnedenkmal für entweihte Kirchhöfe der Ausländer, Verbot der Waffeneinfuhr, eine große Entschädigungssumme, Privilegien für das Peking Gesandtschaftsviertel, Schleifung der Forts zwischen Peking und der See, Besetzung dieser Punkte durch die Mächte, Verbot von fremdenfeindlichen Gesellschaften u. dgl.

Prinz Ludwig von Bayern sagte in einer Rede am 26. Januar: „Mögen durch diesen Krieg die Chinesen, dieses uralte Kulturvolk, das durch lange Mißregierung in die Barbarei zurückgefallen ist, dahin kommen, wo Japan angelangt ist. Mögen sich die Chinesen ebenso, wie es Japan in der letzten Zeit getan hat, dem Christentum zuwenden. Man kann sagen, was man will: das Christentum und das Gebot der Nächstenliebe, das keinen Unterschied zwischen weißen, schwarzen, gelben, roten Menschen kennt, hat die Völker siegreich werden lassen, während diejenigen Völker, die von diesen sittlichen Geboten abwichen, vom Erdboden verschwunden oder zurückgegangen sind, ein warnendes Beispiel für alle Zeiten und Völker.“

Dagegen meinte der Sozialdemokrat Bebel im Reichstag, es sei kein Zweifel, daß ein ganz wesentlicher Teil der Konflikte durch das Verhalten der Missionäre der verschiedenen christlichen Religionsgemeinschaften provoziert worden ist. „Es ist auch festgestellt, daß vielfach unter den chinesischen Christen Leute sich befinden, die nur aus materiellen Rücksichten Christen geworden sind, darunter viel zweifelhaftes Gesindel, welches darauf rechnet, daß sie von der Autorität der christlichen Missionäre unter allen Umständen geschützt werden, auch wenn sie Verbrechen begangen haben . . . Heute wissen wir, daß die Kultur Chinas von uns weit unterschätzt worden ist, daß sie über der deutschen steht, daß auch die Chinesen ihre Rechtsanschauungen haben, die durch die Missionäre so verletzt worden sind, daß hochgradige Erbitterung die notwendige Folge dieser Verletzung sein mußte . . . Der katholische Bischof Anzer hat ebenfalls ein gut Teil zu den Wirren beigetragen, er hat sein Amt für politische Agitationen gemißbraucht. Daß sie für die christliche Religion wirken wollen, dagegen haben wir gar nichts; sie mögen für ihren Glauben als Märtyrer sterben, aber der Staat hat keine Verpflichtung und kein Recht, für die Herren mit seiner Autorität einzutreten.“

Bebel.

Als der Zentrumsabgeordnete Schädler am 5. März von den Beklemmungen seit dem Nichtempfang Krügers, seit dem langen Aufenthalt des Kaisers in England sprach, erwiederte Bülow: „Wenn der Kaiser durch seinen Aufenthalt in England die Bahn freigemacht hat für die Fortsetzung eines guten Verhältnisses, so ist das für beide Länder und für den Weltfrieden nur nützlich.“

Bebel kritisierte am 11. März auch die Verwaltung Ostafrikas, dessen Handel seit 1889 heruntergegangen sei, dabei aber einen unverhältnismäßig hohen Reichszuschuß erfordert habe. Die Aufstände infolge der Steuern haben schon Tausende von Menschenleben gekostet; bei einer einzigen Strafexpedition wurden 19 Häuptlinge hingerichtet; es scheint, daß der Sklavenhandel geduldet wird. — Dem wurde vom Kolonialdirektor Stübel widersprochen. — Neuerlich bemerkte Bebel am 15. März, der Ausgang der chinesischen Expedition habe das Mißtrauen gegen die „Weltpolitik“ verstärkt. „Wenn die Herren unter Weltpolitik die Tendenz verstehen, uns in Dinge zu mischen, die uns nichts angehen, dann bin ich der allerentschiedenste Gegner einer solchen Weltpolitik. Daß wir aber große überseeische Interessen erworben haben, das ist eine Tatsache, von der wir als

Welt-politik.



verständige Leute nicht abstrahieren können, und diese Interessen müssen wir fördern und entwickeln. In diesem Sinne habe ich vor drei Jahren gesagt, daß wir auch unsern Platz an der Sonne haben wollen." Kriegsminister Gopler verlas ein Telegramm des Grafen Waldersee, wonach die „Sonnenbriefe" phantasievolle Übertreibung seien.

Offizielle Pressstimmen stellten sich günstig zu den Bestrebungen Rußlands in der Mandchurei. Gegenüber intriganten Stimmen wurde festgestellt, daß der Dreibundvertrag allen Verbündeten, also auch Italien volle Freiheit über die Höhe der Streitkräfte lasse, also keine Opfer auferlege.

Auffallend waren einige pessimistisch klingende Sätze in einer Kaiserrede vom 28. März, die an die Revolution von 1848 anspielten und die Bedeutung der neuen Kaserne in der Nähe des Schlosses für einen solchen Fall hervorhoben. Der konservative „Reichsbote" bemerkte dazu: „Der größte Feind der Autorität ist ihre Überspannung . . . Der Fürst soll der oberste Träger der Autorität sein, und er ist es desto mehr, je mehr er selbst die von ihm delegierte Autorität seiner Räte und Behörden respektiert und seinem Volke auch in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangeht."

Man empfahl am 24. April die Garantie einer Eisenbahn von Dar-es-Salam nach Mrogoro.

Als der französische General Bonnal mit seinem Adjutanten an einem Frühstück im Kasino des 2. Garderegiments teilnahm, erinnerte der Kaiser in einem Trinkspruch auf die französische Armee, es sei dies das erste Mal, ebenso wie deutsche und französische Truppen zum erstenmal Schulter an Schulter gegen einen gemeinsamen Feind in guter Kameradschaft gekämpft haben.

Bei einem Besuch der jungen Königin der Niederlande Wilhelmine mit dem Prinzen Heinrich in Potsdam betonte Kaiser Wilhelm die Dankeschuld, die das Haus Brandenburg-Hohenzollern dem Haus Oranien schulde.

Von großer Bedeutung erschien es, daß der Kaiser am 16. Juni bei der Enthüllung des kolossalen Bismarckdenkmals vor dem Reichstagsgebäude in Berlin kein Wort öffentlich sprach und daß den ausgerückten Truppen nicht große, sondern kleine Uniform befohlen wurde. Graf Bülow hielt die Festrede, „frei von jeder Schmeichelei, jeder Übertreibung, ohne Vertuschung der Schwächen und Irrtümer, von denen auch der größte Sterbliche nicht frei ist". „Fürst Bismarck war nicht wie Moltke der still im reinen Äther unpersönlicher Betrachtung kreisende Aar, er war eine Löwennatur, er stand im Staub des Kampfes. Und Kampf bringt Gegnerschaft, Verkenennung, Feindschaft, Haß. Der Haß aber ist, wie Perikles gesagt hat, von kurzer Dauer, unvergänglich ist der Ruhm . . . Bismarck hat vollendet, was seit Jahrhunderten das Sehnen unseres Volkes und das Streben unserer edelsten Geister gewesen, was Ottonen und Salier und Hohenstaufen vergeblich angestrebt, was den 1813 Kämpfenden als damals nicht erreichter Siegespreis vorschwebte und wofür eine lange Reihe von Märtyrern der deutschen Idee gekämpft und gelitten hatten. Er ist Bahnbrecher

der neuen Zeit . . . nicht als ob es Pflicht wäre, alles zu billigen, was er gesagt und getan hat — nur Toren oder Fanatiker werden behaupten, daß Bismarck niemals geirrt habe . . . Starre Dogmen gibt es weder im politischen noch im wirtschaftlichen Leben . . . Was uns Bismarck gelehrt hat, ist, daß nur das wirkliche und dauernde Interesse der Volksgemeinschaft die Richtung einer vernünftigen und sittlich berechtigten Politik sein darf. Was uns sein Leben zeigt, ist, daß ein Mensch ein Schiff lenken kann, das auf dem Strome fährt, aber nicht den Strom selbst . . . Keine Partei kann Bismarck für sich allein mit Beschlag belegen. Er gehört der ganzen Nation. Er ist auf politischem Gebiete für uns geworden, was Goethe auf dem Gebiet der Kunst und Literatur für uns gewesen. Auch er hat, wie Schiller von Goethe sagte, die Schlange erdrückt, die unsern Genius umschnürte. Goethe hat uns auf dem Gebiet der Bildung geeinigt, Bismarck uns politisch Denken und Handeln gelehrt . . . Dort vor uns liegt die Siegesallee; wenn diese Straße von den Askaniern und Nürnberger Burggrafen bis zum großen deutschen Kaiser führt, so verdanken wir dies dem Genie dieses Mannes . . . So möge des großen Mannes Name als Feuerfäule vor unserem Volk herziehen! . . ." — Der Kaiser legte einen Kranz nieder, beglückwünschte den Bildhauer Begas, und reichte dem Kanzler die Hand, sprach auch mit dem Fürsten Herbert Bismarck. Es waren etwa 200 Mitglieder des Reichtags erschienen (also etwa die Hälfte). Des Kaisers Vorbeerfranz zeigte auf den Schleifen die Inschrift: „Des großen Kaisers großem Diener.“ Der Schülerchor sang nach der preußischen Nationalhymne das „Deutschland, Deutschland über alles“ (Ill. Btg., 20. u. 27. Juni).

Zum Bürgermeister von Hamburg sagte der Kaiser am 18. Juni: „Je mehr Deutsche auf das Wasser hinauskommen, desto besser. Denn, hat der Deutsche erst einmal gelernt, seinen Blick auf das Weite, Große zu richten, so verschwindet das Kleinliche . . . Wir müssen dort einsetzen, wo in alter Zeit die Hanja hat aufhören müssen, weil die belebende Kraft des Kaisertums fehlte.“ Ähnlich äußerte er sich bei der Enthüllung eines Denkmals für den Großen Kurfürsten in Kiel, 20. Juni.

König Edward von England traf wieder im August mit dem deutschen Kaiser zusammen zur Beisezung der Kaiserin Friedrich.

Als Graf Waldersee im August von China zurückkehrte, sagte er bei der Begrüßung in Hannover: „Andere Namen sind verblaßt; der deutsche Name ist hochgegangen.“ Man nahm ihm das übel und unterschob ihm die Absicht, Reichskanzler werden zu wollen. Darauf wurden jene Sätze dementiert.

Beim Tode Crispis rühmte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Crispi. den eifrigen „Förderer des mitteleuropäischen Friedensbundes“. Dagegen schrieb die „Kölnische Volkszeitung“: „Das Papsttum und die katholische Kirche haben an Crispi einen ihrer schlimmsten Feinde gehabt. Unter dem heuchlerischen Vorgeben, der klerikalen Herrschaft entgegenzutreten, betrieb

Crispi eine kirchenfeindliche Tyrannei ärgster Sorte, indem er den Ruhm eines Kulturkämpfers suchte. Dazu gehörte die Veraubung der Kirche und kirchlichen Anstalten, um gewissen Leuten die Taschen zu füllen. Crispi blieb nicht unberührt von den Finanzskandalen, während er auf dem Gebiete der Ehe sich den Namen Trigamo, Dreieibermann, erwarb. Dieser alte Revolutionär wütete, als er das Heft in Händen hatte, mit Zwangsgefahren gegen seine Gefinnungsgenossen . . . Denn das geeinigte Italien ist ein Reich von Revolutions Gnaden.“

Sühne-  
prinz. Nach einiger Verzögerung kam der chinesische „Sühneprinz“ Tschun nach Potsdam zur offiziellen Entschuldigungsvisite. Er erklärte, der Kaiser von China sei an allem unschuldig, dennoch übernehme er nach dem seit Jahrtausenden bestehenden Gebrauch die Schuld auf seine eigene geheiligte Person. Kaiser Wilhelms Antwort war eine strenge Mahnung. Es wurde viel besprochen, daß alte astronomische Instrumente der Peking Sternwarte als Kriegsbeute weggeführt und nach Potsdam gebracht worden waren; kurioserweise stellte es sich heraus, daß diese Instrumente von den Jesuiten stammten, die in früherer Zeit am Peking Hofe wirkten. Man wollte nun alles zurückgeben; China verzichtete aber darauf, da es zu umständlich war.

Bar. Mit dem Zaren kam Kaiser Wilhelm im September auf der Reede von Hela zusammen. Daraufhin äußerte sich der Kaiser am 14. September zu Danzig: „Ich komme von einer hochbedeutsamen Begegnung mit meinem Freunde, dem Kaiser von Rußland, welche zu unserer beider Zufriedenheit verlaufen ist und durch welche wieder die Überzeugung befestigt wird, daß für lange Zeiten der Friede Europas erhalten bleiben wird.“ Auch am 23. September hielt Kaiser Wilhelm im Grenzstädtchen Wyssotyten eine Rede auf den Zaren, der den Abgebrannten durch den Kaiser 5000 Rubel senden ließ.

Es wurde im November bekannt, daß England den in Südafrika geschädigten deutschen Reichsangehörigen 30.000 Pfund Sterling bewillige.

Gegen Ende des Jahres wurde gesagt, daß die militärischen Behörden der Vereinigten Staaten einen Krieg mit Deutschland früher oder später für unvermeidlich hielten. Dem wurde aber durch den Botschafter White widersprochen: Präsident Roosevelt sei ein persönlicher Freund deutschen Wesens, habe in Deutschland studiert, lese und liebe deutsche Literatur, achte den Kaiser. Den Anlaß zu jenen Gerüchten gab die Besorgnis, das Deutsche Reich wolle in Venezuela eingreifen.

Reli-  
giöses. Indem wir auf die inneren Verhältnisse des Deutschen Reichs übergehen, beginnen wir mit den religiösen Fragen. Der Zentrumsabgeordnete Dautzenberg klagte (2. März) im preussischen Abgeordnetenhaus über allzu geringes Entgegenkommen des Kultusministers. Es fehle der katholischen Kirche die notwendige Religionsfreiheit. Der Staat mische sich unbefugt in die Ausbildung und Anstellung des Klerus ein, am



drückendsten sei die Gesetzgebung über die Orden. Porsch wies auf die Widersprüche hin, die immer wieder in der Behandlung der Altkatholiken zutage treten.

Großes Aufsehen erregte eine Schrift des Stettiner Schriftstellers R. Graßmann über die Lehren des hl. Alfons von Liguori, besonders dessen Sittenlehre. Das Nürnberger Landgericht erkannte auf Vernichtung aller Exemplare dieser Schmähschrift.

Kaiser Wilhelm besuchte wieder am 25. April die Abtei Maria-Laach und sagte zum Abt, es sei ihm eine große Freude, den Orden zu sehen, der nach seiner Tradition die Kunst wahre und sie im Sinne der alten Überlieferung auszubilden befähigt sei. Darum habe er der restaurierten Kirche den Hochaltar geschenkt in Erinnerung der Verdienste der Benediktiner um Kunst und Wissenschaft. „Überall, wo Männer sich zusammentun, um die Religion zu pflegen und auch hinauszutragen in die Völker, werden sie meines Schutzes sicher sein.“ — Zum neuen Abt in Maria-Laach wurde vom Kapitel der dreißigjährige P. Fidelis (Freiherr v. Stözingen) gewählt.

Die sächsische Landesynode forderte allerdings am 2. Mai einstimmig zur Unterstützung der Los-von-Rom-Bewegung auf.

Der Toleranzantrag des Zentrums wurde von einer Kommission des Reichstags beraten (10. Mai).

In Bayern entstand ein Zwiespalt zwischen Regierung und Episkopat wegen Anstellung von katholischen Lehrern, die in gemischter Ehe mit protestantischer Kindererziehung lebten.

Der Kaiser besuchte auch am 8. Juni das protestantische Stift Heiligen-grabe in der Priegnitz und überreichte der „Abtissin“ einen Hirtenstab „mütterlicher Liebe, um den sich in willigem Gehorsam alle Schwestern scharen zum Werk der Jugenderziehung und Liebesarbeit. Möge er den Mosesstab festen Glaubens bedeuten, der aus dem Felsen der Ewigkeit Wasser des Lebens schlägt. Möge er den Pilgerstab freudiger Hoffnung darstellen, mit dem wir auch im finsternen Tale dem guten Hirten nachwandeln unter dem Bekenntnis: Du bist bei mir, dein Stecken und Stab tröstet mich!“ Die neue Verfassung dieses nun protestantischen adeligen Fräulein-Stiftes stammte von König Friedrich Wilhelm I. und seinen Nachfolgern. Friedrich Wilhelm IV. ließ die Kapelle wieder herrichten und begründete die mit dem Stift verbundene Erziehungsanstalt. Das Kloster war 1289 von Markgraf Otto von Brandenburg für Zisterzienserinnen gegründet worden. O tempora!

Im Juni erfolgte eine Verfügung des preussischen Kultusministers über die Schonung des religiösen Gefühls der konfessionellen Minderheit in der Schule. Der deutsche Kriegerbund faßte Beschlüsse gegen Bildung von Kriegervereinen auf konfessioneller Grundlage.

Die 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Osnabrück (26. bis 29. Aug.) erhob nach wie vor Einspruch gegen die unerträgliche Lage des Heiligen Stuhles in Rom seit 1870. Dr. Bachem begründete den Antrag auf Wiederherstellung der territorialen Unabhängigkeit des Papstes. Man wies auf das Rundschreiben Leos vom 5. August 1898 hin, darin es hieß: „Die italienischen Katholiken, eben

weil sie Katholiken sind, können nicht das Verlangen aufgeben, daß ihrem höchsten Oberhaupte die notwendige Unabhängigkeit und die wahre und wirkliche Freiheit ganz und voll wiedergegeben werde, welche die unerlässliche Bedingung von Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche ist." Die Versammlung erkannte „in der Stellung und Aufgabe des Papsttums einen besonders wichtigen Faktor zur Sicherung des Friedens unter den christlichen Völkern und hält den Heiligen Stuhl in erster Linie für geeignet, als Schiedsrichter bei den Interessenstreiten der Völker und Staaten zu wirken, wie es derselbe im Laufe der Weltgeschichte so oft erfolgreich getan hat". Trimborn berührte den „neuen Kulturkampf“, die Agitation nach Art der Los-von-Rom-Bewegung. Die Einigkeit der Katholiken dürfe dieser Gefahr gegenüber nicht ins Schwanken geraten. Schädler mahnte die Katholiken, sich von nichtkatholischer Seite nicht auf wissenschaftlichem und literarischem Gebiet überholen zu lassen. Gröber berührte Graßmanns Liguori-Schrift, die Evangelisationsgesellschaft. Er protestierte gegen die Behauptung, daß die Bildung der Katholiken rückständig sei. Es gibt Leute, die sogar sagen: die Maschine ist protestantisch. „Worauf beruht denn unsere Kultur? Wer hat den neuen Weltteil entdeckt? Wer den Seeweg nach Indien? Wer hat die Buchdruckerkunst erfunden? Wer das Pulver? . . . Wir Katholiken hatten das Evangelium schon vor dem Evangelischen Bund, 1600 Jahre früher. Er möge seine Bibeln zunächst bei den Professoren der deutschen Hochschulen unterbringen. Es wäre dort ein reiches Feld für Evangelisation ungläubiger Protestanten. Welches Evangelium will man uns geben: das von Luther, Calvin, Haackel, Harnack?“ — Schädler sagte: „Wir wollen Lehrer der Wahrheit an den Universitäten, nicht Hypothesenmänner; christliche Mediziner, die im Kranken kein Versuchskaninchen sehen, sondern auch der unsterblichen Seele gedenken; christliche Künstler, die nicht die nackten Ideale unserer Heiße-Männer verfolgen . . . Es beginnt der wahre Kulturkampf des katholischen Volkes: der Kampf für die Wissenschaft. Die rohe Gewalt haben wir abgewehrt; jetzt will man uns mit dem Rezept Julians des Apostaten niederzwingen.“

In den evangelischen Kirchen zu Osnabrück wurde ein Protest gegen den Katholikentag verlesen: „Wir wissen von keinem Evangelium Luthers, Calvins, bekennen uns vielmehr einmütig zu dem einen Evangelium Jesu Christi, das durch Gottes Gnade von den Reformatoren der Christenheit wieder geschenkt worden ist.“

Es folgte weiters noch ein Streit um den Konfessionalismus in der Wissenschaft wegen der Ernennung Martin Spahns an der Universität Straßburg. Darüber schrieb Theodor Mommsen: „Es geht durch die deutschen Universitätskreise das Gefühl der Degradierung. Unser Lebens-

nerv ist die voraussetzungslose Forschung... Abgesehen von den theologischen Fakultäten ist der Konfessionalismus der Todfeind des Universitätswesens.“ Mommsen erhielt viele Zustimmungsadressen; aber die katholische und konservative Presse griff Mommsens Meinung scharf an; der Historiker und Philosoph könne nicht voraussetzungslos sein, habe vielmehr eine bestimmte Weltanschauung zu vertreten.

Für die Geschichtsprofessur an der Universität Straßburg wurden nämlich zwei Lehrstühle errichtet und der eine mit dem protestantischen Friedr. Meinel, der andere mit dem katholischen Martin Spahn (bisher in Bonn) besetzt. Gegen die Errichtung einer spezifisch katholischen Geschichtsprofessur nahmen die Professoren der philosophischen Fakultät Stellung; sie richteten ein Gesuch an den Kaiser, worin sie sich gegen die Ernennung Spahns aussprachen; sie befürchteten, daß der Charakter der Straßburger Hochschule, die bisher, wie die andern deutschen Hochschulen, ein interkonfessionelles, streng wissenschaftliches<sup>1)</sup> Gepräge zeigte, dadurch verändert werde. Auch sahen sie darin einen ersten Schritt, den allgemein deutschen Charakter der Universität zu gefährden und an ihr eine elsässisch-partikularistische Anschauung ultramontaner Färbung aufkommen zu lassen. — Welche Angst der in der Macht sitzenden Majorität vor der Wahrheit, vor ihrer siegreichen Gewalt, wenn man ihr auch nur einen Wortführer gegen hundert Vertreter der Verneinung zubillige! — Martin Spahn, 26 Jahre alt, war ein Sohn des Zentrumsführers. Um den „Fall Spahn“ entbrannte ein ungewöhnlich heftiger Streit. Gegen Spahn wurde freilich auch die verblüffende Nachricht ausgespielt, er habe sich vor drei Jahren mit dem abgefallenen Exjesuiten Hoensbroech, als dieser Leiter der „Täglichen Rundschau“ war, in Verbindung gesetzt und ihm brieflich Anerkennung und Sympathie ausgesprochen; denn das Ultramontane im Katholizismus sei ein Übel, das die katholische Religion und die katholische Wissenschaft belaste. Daraus erwuchsen dem jungen Professor auch von katholischer Seite scharfe Angriffe. Aber Kaiser Wilhelm griff selber ein durch ein Telegramm vom 16. Oktober an den Statthalter in Elsaß-Lothringen Fürsten Hohenlohe: „Patent für Dr. Spahn von mir heute vollzogen. Er wird gewiß eine vortreffliche Lehrkraft für die Universität werden. Freue mich, einen langgehegten Wunsch meiner Elsaß-Lothringer haben erfüllen zu können und ihnen sowohl wie meinen katholischen Untertanen überhaupt bewiesen zu haben, daß anerkannte wissenschaftliche Tüchtigkeit auf der Basis von Vaterlandsliebe und Treue zum Reich immer zu Nutz und Frommen des Vaterlandes von mir verwendet wird.“ Daraus schloß man, daß es sich vor allem um einen Akt der Politik handle. Spahn war in Innsbruck Schüler Pastors gewesen; von ihm angeregt, hatte er die Biographie des Gegenreformators Cochläus verfaßt, ferner eine Monographie über den nazarenischen Maler Philipp Veit. Dann hatte er Akten und Urkunden zur Geschichte des Großen Kurfürsten herausgegeben. Gegen Ende des Jahres erschien sein „Großer Kurfürst“ in der Sammlung „Weltgeschichte in Charakterbildern“. Der Haupttitel des Buches lautete: „Die Wiedergeburt Deutschlands im 17. Jahrhundert“. Der Kritiker der „Allgemeinen Zeitung“ (19. Dez.) anerkennt die „vollkommene

1) Soll heißen: tendenziös antikatholisches.



Unbefangenheit“ des Autors auf konfessionellem Boden. Von katholischer Seite (Hist.-pol. Blätter, 130, 385) fand man die Darstellung nicht ganz gerecht für alles Katholische, weniger katholisch als die Haltung protestantischer Historiker, z. B. Hermann Schillers. Darum schließt der katholische Referent: „Geht hin und lernet von solchen Protestanten, katholische Gelehrte!“

Evan-  
gelischer  
Bund.

In der 14. Generalversammlung des Evangelischen Bundes zu Breslau (8. Okt.) sprach Pastor Scheffen über „Gefährdung und Fortschritt des deutschen Protestantismus in den Ostmarken“ und die polnische Gefahr. Witte sprach über die „Kampfesaufgabe des Evangelischen Bundes und die christliche Liebespflicht. Eine Resolution rief das deutsche evangelische Volk zu wachsender Opferfreudigkeit auf, angesichts der „evangelischen Bewegung“ in Österreich. Es wurden folgende Angaben über die Konfessionen gemacht, die zeigten, wie mit dem Polonismus auch der Katholizismus von Osten vordringe. In Westpreußen gab es 1861 590.000 Evangelische und 560.000 Katholiken, 1895 aber 700.000 Evangelische und 760.000 Katholiken; in Posen 1861 490.000 Evangelische und 920.000 Katholiken, 1895 aber 560.000 Evangelische und 1.230.000 Katholiken. In Schlesien nahmen in demselben Zeitraume die Evangelischen um 300.000, die Katholiken um 710.000 zu, so daß dort 400.000 mehr Katholiken waren, während die Konfessionen sich früher ziemlich gleich standen. Einige Einbußen erlitt die katholische Kirche durch die Mischehen und durch Übertritte.

Am 26. Dezember sprach der Kaiser in Gotha über die Einigung der evangelischen Landeskirchen: das sei ein hohes Ziel seines Lebens. Diese Rede wurde viel besprochen.

Die Frage, ob theologische Universitätsfakultäten oder bischöfliche Seminare, wurde zwischen den Professoren Paul Schanz, Heiner und Holzammer erörtert.

Der sächsische Landesverein des Evangelischen Bundes in Döbeln sprach sich gegen den Toleranzantrag des Zentrums aus; man hegte die vertrauensvolle und zuversichtliche Erwartung, daß die sächsische Staatsregierung allen Versuchen, die aus der Reformation erwachsene Kirchenhoheit der Einzelstaaten durch die Reichsgesetzgebung zu schmälern oder zu beseitigen, mit allem Nachdruck entgegentreten werde.

Der neuen Auflage der 1879 herausgegebenen Agende für die evangelisch-lutherische Kirche in Bayern wurde nach der Fürbitte für König und Prinzregenten der Zusatz eingefügt: „Schütze auch den Deutschen Kaiser und behüte in Gnaden das Deutsche Reich.“

Gegen Harnacks „Wesen des Christentums“ nahmen bayrische Diözesansynoden Stellung vom konservativen protestantischen Standpunkt aus.

Die Geistlichen der evangelischen Landeskirche Sachsens wurden vom obligaten Gebrauch der Lutherschen Bibelübersetzung (die vielfach unrichtig war) entbunden.

Den katholischen Theologen in Breslau wurde der Besuch der kunsthistorischen Vorlesungen von Professor Richard Muther verboten.

Der liberale Prediger Alberti in Berlin erregte schweres Argernis dadurch, „daß er die Frage nach den Widersprüchen in der Heiligen Schrift angeschnitten hatte, ohne den Versuch einer Lösung“. Er wurde mit einem

durch eine Verwarnung verschärften Verweis vom Königlichen Konsistorium bestraft (M. Btg., 17. Jan.).

Mit der konfessionellen Frage hing die polnische zusammen. Die Polen tadelten die Polenpolitik der Regierung. Die Schule werde zur Folterkammer. Die Verfassungsurkunde werde mißachtet. Das letzte Ziel der Bedrückung sei die Protestantisierung der polnischen Bevölkerung. Die Regierung entschuldigte sich mit der noch ärgeren Behandlung der Italiener in Frankreich u. dgl. Eine besondere Schwierigkeit machten der Post die polnischen Briefadressen; die mußten erst übersetzt werden, was großen Zeitverlust bedeutete. Bache m verlangte, die Regierung solle die extremen Hakatisten abschütteln. Ein anderer Zentrumsabgeordneter führte das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen in Oberschlesien auf das Fehlen polnischen Religionsunterrichts zurück. Polnische Gymnasiasten wurden wegen Teilnahme an geheimen Verbindungen angeklagt und von den Prüfungen ausgeschlossen. — Es erschien die nationalpolnische Agitationschrift: „Eine Nation, ein Gedanke“; darin hieß es: „Die Zugehörigkeit der Polen zu den Teilungsmächten bildet für sie nur eine äußerliche, rein formelle Sache; der Inhalt ihres Daseins ist die Zugehörigkeit zur polnischen Nation. Die Polen glauben an deren politische Auferstehung. Das ist ihr Leitstern, ihr einziger Gedanke.“ — Im November entstand ein großer Prozeß, weil in der posenischen Stadt Wreschen die Kinder sich weigerten, im Religionsunterricht deutsch zu antworten. Sie wurden deshalb körperlich gezüchtigt. Darauf stellten die Eltern die Lehrer zur Rede, belagerten die Schule und wurden wegen Landfriedensbruch zu schweren Strafen verurteilt, bis zu zweieinhalb Jahren. Man sammelte für sie und binnen kurzem kamen über 100.000 Mark zusammen. Der Zentrumsabgeordnete Roeren tadelte das harte Urteil und die erbitternde Unterdrückungspolitik. Man lasse doch auch den protestantischen Masuren ihre Muttersprache, nur den katholischen Polen verweigere man sie. Es handle sich also dabei mehr um konfessionelle als nationale Fragen. Der Sozialdemokrat Ledebour verurteilte auch die Kinderfolterung, sah aber nur im Sieg des Proletariats die Erlösung des polnischen Volkes. — Auch den polnischen Vereinen in Westfalen wurde vorgeschrieben, sich in öffentlichen Versammlungen der deutschen Sprache zu bedienen.

Indem wir zur sozialen Bewegung übergehen, berichten wir zuerst die Begründung der „Deutschen Gesellschaft für soziale Reform“, die zu Berlin am 7. Januar erfolgte, ausgehend von den Staatssozialisten Basser-  
mann, Köfise, Hize, Schmoller, Ad. Wagner, Brentano, Rosin, Böhmert, mit dem Ziel, gemeinsame internationale Grundsätze für Arbeiterschutz zu erreichen.

Graf Bülow stellte ein wirtschaftliches Programm am 9. Januar im Abgeordnetenhaus auf: die Versöhnung der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen in einem möglichst gerechten Ausgleich. Denn

wenn ein Glied des sozialen Körpers leidet, leiden alle andern mit: Landwirtschaft, Handel, Industrie. Diejenigen sind zu stützen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können. In diesem Sinne soll auch das Programm der Kanalbauten, eines zusammenhängenden Wasserstraßennetzes zwischen dem Osten und Westen ausgearbeitet werden. Diese Kanalvorlage vom 12. Januar hatte auch strategische Zwecke.

Biel besprochen wurde eine angebliche Äußerung des Kaisers: Es käme darauf an, den Arbeitern die Überzeugung zu verschaffen, daß sie ein gleichberechtigter Stand seien und allseitig als solcher anerkannt würden; nur dann könne es gelingen, sie der Sozialdemokratie zu entfremden.

Das Attentat eines Irzsinnigen auf den Kaiser in Bremen am 6. März gab Anlaß zu dessen Äußerung gegenüber dem Präsidium des Abgeordnetenhauses: „Wir alle können uns da von einer Mitschuld nicht freisprechen, daß wir nicht genug getan haben, zum Beispiel in der Presse, daß die Autorität gewahrt bleibe.“ Darüber kam es zu Debatten.

Wichtiger war ein Antrag im preußischen Abgeordnetenhaus (26. April) zur Beförderung der inneren Kolonisation.

Der evangelisch-soziale Kongreß tagte am 28. Mai in Braunschweig. Auf dem Verbandstag der evangelischen Arbeitervereine zu Speier 29. Mai kam es zu einer Spaltung infolge eines Antrags des nationalsozialen Pfarrers Friedrich Naumann.

Das Attentat gegen Mac Kinsley gab auch in Deutschland Anlaß zu neuen Vorschlägen wegen Bekämpfung der Anarchisten. Die einen rieten zu internationalem Vorgehen, andere sahen im modernen Zeitgeist die Ursache des Übels. „Es ist Zeit (hieß es), unsere naturalistische Bildung zu revidieren, die keine Autorität kennt, außer die ihrer Professoren.“ Und eine andere Stimme: „Solche Burschen, welche lehren, daß es keinen Gott gibt, daß der Mensch vom Affen stammt, sollte man um einen Kopf kürzer machen, mögen es nun Universitätsprofessoren oder andere Schulmeister sein. Aber statt dessen gibt man ihnen hohe Gehalte. Die Fürsten bezahlen und züchten so ihre Mörder. Die Anarchisten sind Liberale erster Klasse, die Sozi zweiter Klasse, die Leser der ‚Neuesten Nachrichten‘ dritter Klasse. Der Liberalismus macht heute einen Hoffchranz und ist morgen Königsmörder, je nach Bedarf.“

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Lübeck am 22. September wurde die schriftstellerische Tätigkeit des Revisionisten Bernstein kritisiert und als unsocialdemokratisch beklagt. Eduard Bernstein verteidigte sich: Die Sozialdemokratie als die wissenschaftlichste Partei der Welt dürfe vor theoretischen Erörterungen keine Furcht haben. Auf Bebels Antrag ging folgende Resolution durch: „Der Parteitag anerkennt die Notwendigkeit der Selbstkritik über die geistige Fortentwicklung unserer Partei. Aber die durchaus einseitige Art, wie der Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Träger, hat ihn in eine zweideutige Position gebracht und die Mißstimmung eines großen



Teils der Parteigenossen erregt. In der Erwartung, daß der Genosse sich dieser Erkenntnis nicht verschließt und danach handelt, geht der Parteitag zur Tagesordnung über.“ Bernstein wandte ein, die Resolution beruhe auf falschen Voraussetzungen und tue ihm unrecht; doch wolle er das Votum der Mehrheit mit Achtung und Beachtung entgegennehmen. — Fischer und Heine kritisierten den rüden Ton mancher Genossen als Erbteil ihrer jüdisch-polnischen Rasse. Aber das wurde als Antisemitismus abgewiesen. — Vollmar kritisierte in einer Münchener Versammlung 14. Oktober den groben Ton auf dem Lübecker Parteitag. Das seien Rehergerichte; das Urteil über Bernstein sei ungerecht. Die Sozialdemokratie dürfe nicht am Dogma haften, da sie doch alles kritisiere. Bebel entschuldigte im „Vorwärts“ den Parteitag, er sei kein Damenkränzchen mit perversen Anstandsneigungen; nicht auf den Ton, sondern auf die Gesinnung komme es an.

Der Jahrestag des zweihundertjährigen Bestehens des preußischen Königtums wurde am 18. Januar gefeiert. Dabei wurde in Berlin das Festspiel „Hohenzollern“ von Axel Delmar aufgeführt (All. Ztg., 10. Jan.). Sonst wurde zur Feier auch das allegorische Festspiel „Adlerflug“ von Josef Lauf und das „Testament des Großen Kurfürsten“ von G. v. Puttk. aufgeführt. — Die Verleihung der Königswürde war von Kaiser Leopold I. ausgegangen mit folgendem Schreiben: „Da der Kurfürst dem Kaiser vorstellen lassen, daß er aus verschiedenen Gründen die Absicht habe, seinem Hause den königlichen Titel zu erwerben, und den Kaiser gebeten, ihm dazu behilflich zu sein, indem er wohl erkenne, daß er sich nach dem Beispiel anderer suveräner Könige deshalb vornehmlich an den Kaiser als höchstes Oberhaupt der Christenheit zu wenden habe, auch nicht gemeint sei, ohne dessen Approbation sich solchen Titel zu arrogieren und zur Krönung zu schreiten, so habe der Kaiser in Betracht des uralten Glanzes und Ansehens des Kurhauses Brandenburg und wegen der von dem jetzigen Kurfürsten dem gemeinen Wesen bisher geleisteten großen Dienste resolvieret, eine solche wohlverdiente Dignität dem Kurfürsten beizulegen, erkläre auch aus kaiserlicher Macht und Machtvollkommenheit . . ., daß er, der Kaiser, ihn für einen König in Preußen erkennen wolle . . ., alles jedoch, wie der Kurfürst sich bereits gegen den König von Polen verpflichtet, ohne Präjudiz für diese Krone sowie für das Reich.“ — Bei der Krönung in Königsberg wurde die Salbung durch zwei „Bischöfe“, einen reformierten und einen lutherischen, vollzogen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Schwarze Adlerorden gestiftet. Die Kronkrone zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 17. Januar. Dabei erfahren wir, daß Kroninsignien des neuen Deutschen Kaisertums noch nicht existierten, nur Entwürfe und ein Modell waren vorhanden.

Preußisches  
König-  
tum.

Als der Kronprinz am 24. April in der juristischen Fakultät der Bonner Universität immatrikuliert wurde, hielt der Kaiser auf einem Festkommers eine Rede, in der er unter anderem sagte: „Blicken wir umher im sonnigen Rheinland! Warum sank das Deutsche Reich dahin? Weil es nicht auf streng nationaler Basis begründet war. Der

Römisches  
Deutsches  
Reich.

Universalgedanke des alten Römischen Reichs Deutscher Nation ließ die Entwicklung im deutschnationalen Sinne nicht zu. Das Wesen der Nation ist die Abgrenzung nach außen, die Persönlichkeit eines Volkes, seiner Rasseigentümlichkeit entsprechend. So mußte Barbarossas Glanz erbleichen und des alten Reiches Bestand zerfallen, weil es durch seinen Universalismus am Kristallisationsprozeß zur Nation im ganzen gehindert ward. Es kristallisierten sich kleinere Kerne in Form starker Fürstentümer und gaben den Grundstock für das neue Staatesgebilde ab. Aber dadurch mußten sie und ihre Oberhäupter leider in Konflikt mit dem dem Universalismus dienenden Kaiser und Reich gelangen und ging der innere Friede dem stets schwächer werdenden Reiche verloren. Die Fürsten neideten dem Kaiser ihre Macht, wie einst dem Arminius (propter invidiam). Der Adel neidete die Städte, der Bauer den Adel. Nun, was damals nicht gelang, Gott gab es Einem zu vollbringen: Kaiser Wilhelm I. vollbrachte es im Verein mit seinen treuen Dienern . . . Die Zukunft erwartet Sie und wird Ihre Kräfte gebrauchen, aber nicht, um sie in kosmopolitischen Träumereien zu verschwenden oder sie in den Dienst einseitiger Parteitendenzen zu stellen, sondern um die Festigkeit des nationalen Gedankens und um unsere Ideale zu pflegen. Gewaltig sind die Geistesheroen, welche der Stamm der Germanen durch Gottes Gnade hat hervorbringen dürfen, von Bonifazius und Walter von der Vogelweide bis auf Goethe und Schiller. Sie wirkten universal und waren doch streng in sich abgeschlossene Germanen, das heißt Persönlichkeiten, Männer. Die brauchen wir auch heute mehr als je. Wer soll ihnen dazu verhelfen? Nur Einer, dessen Namen wir alle tragen, der unsere Sünden ausgetilgt, der uns vorgelebt und vorgearbeitet hat: unser Heiland und Herr. Die Liebe zu Vater und Mutter und zum Vaterlande wurzelt in der Liebe zu ihm . . ." Ein etwas überraschender Übergang!

Sieges-  
allee.

Ebenso programmatisch äußerte sich der Kaiser über die moderne Kunst, als am 18. Dezember das letzte Denkmal der Siegesallee enthüllt wurde, zugleich mit der Eröffnung des Pergamonmuseums: „Das Gesetz der Schönheit, Harmonie, Ästhetik ist durch die Alten in einer überwältigenden Weise zum Ausdruck gebracht worden . . . Noch ist auch unsere Bildhauerei zum größten Teil rein geblieben von den sogenannten modernen Richtungen und Strömungen, noch steht sie hoch und hehr da. Erhalten Sie sie so, lassen Sie sich nicht durch allerlei Windlehren dazu verleiten, diese großen Grundsätze aufzugeben, auf denen sie aufgebaut ist! Eine Kunst, die sich über die bezeichneten Gesetze und Schranken hinwegsetzt, ist keine Kunst mehr, sie ist Fabrikarbeit, ist Gewerbe. Mit dem mißbrauchten Wort Freiheit verfällt man in Grenzlosigkeit und Selbstüberhebung. Wer sich vom Gesetz der Schönheit

loslöst und in einer besonderen Richtung und bestimmten Lösung der mehr technischen Aufgaben die Hauptsache erblickt, der versündigt sich an den Urquellen der Kunst. Die Kunst soll erzieherisch auf das Volk einwirken. Sie soll auch den unteren Ständen nach harter Mühe und Arbeit die Möglichkeit geben, sich an den Idealen wieder aufzurichten. Uns, dem deutschen Volke, sind die großen Ideale zu dauernden Gütern geworden, während sie den anderen Völkern mehr oder weniger verlorengegangen sind. Wenn die Kunst, wie es jetzt vielfach geschieht, weiter nichts tut, als das Elend noch scheußlicher hinzustellen, als es schon ist, dann versündigt sie sich damit am deutschen Volke. Die Pflege der Ideale ist die größte Kulturarbeit, und wenn wir hierin den anderen Völkern ein Muster sein und bleiben wollen, so muß das ganze Volk daran mitarbeiten.“

An den Grafen Zeppelin schrieb der Kaiser am 7. Januar mit einer Ordensauszeichnung: „Die Vorzüge Ihres Luftschiffsystems: Teilung des langgestreckten Ballons in Kammern, gleichmäßige Verteilung der Last durch zwei getrennt arbeitende Maschinen, ein in vertikaler Richtung zum erstenmal erfolgreich tätiges Steuer, haben Ihrem Luftschiff die bisher größte Geschwindigkeit und Steuerbarkeit verliehen.“ Er stellte ihm zu weiteren Versuchen die Luftschifferabteilung zur Verfügung.

Be-  
be-  
lin.

Bei den Debatten im Reichstag über die Theaterzensur (30. Jan.) waren die Ansichten geteilt. Das Zentrum (Roeren) fand die Zensur viel zu milde.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde am 31. Januar debattiert über die Anstellung der Juden im Justizdienst. In Berlin waren unter 851 Rechtsanwälten 526 jüdische, unter 176 Notaren 65 jüdische. Dabei betrug der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung noch nicht  $5\frac{1}{2}$  Prozent. Der Justizminister sagte, er könne nicht noch mehr jüdische Notare anstellen, er müsse mit der Tatsache rechnen, daß die christliche Bevölkerung solchen nicht ihre vertraulichen Angelegenheiten anvertrauen will. Ebenso stehe es mit den Richtern. „Ich erkenne an, daß nach dem Gesetz die Juden gleichberechtigt sind und daß ihnen alle öffentlichen Ämter zugänglich sind, aber ich erkenne nicht an, daß jeder, der eine Prüfung abgelegt hat, nun ein Recht hat, angestellt zu werden.“ Bei dieser Gelegenheit wurde auch der unaufgeklärte Königer Mord (1900) berührt.

Juden.

Im preußischen Herrenhaus klagte man am 29. März über die Vorrechte der Juristen, ihre Herrsch- und Machtbestrebungen. Ihre künstliche Macht ruhe auf dem Gymnasialmonopol; sie haben einen Wall von Vorurteilen und Vorrechten aufgetürmt. Die Rechtsprechung komme mit dem Rechtsbewußtsein im Volk in Widerspruch, da die Rechtspraxis eine Kunst der Kunst wird, unzugänglich dem gesunden Menschenverstande. Die Juristen hindern die Erweiterung der Bildungsgrenzen.

Juristen.

Auf den Technischen Hochschulen machte sich eine Bewegung geltend, die die Zulassung von Ausländern einschränken wollte, besonders von solchen geringerer Vorbildung.



Vertreter des Reiches, der Bundesstaaten und der österreichischen Regierung berieten am 17. Juni zu Berlin über eine einheitliche deutsche Rechtschreibung.

Der Tod des zweiundachtzigjährigen früheren Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe machte wenig Aufsehen.

Im Juli wurde eine Südpolarexpedition vom Kaiser bestellt.

Württemberg nahm die gemeinsamen Postwertzeichen an.

Duelle.

Aber das rechtswidrige Duellunwesen erfolgte am 15. Januar im Reichstag eine Interpellation des Zentrumsmitgliedes Trimborn. Eine stärkere Agitation dagegen setzte im Oktober ein auf Veranlassung des Fürsten Löwenstein. Neue Beschwerden gegen diesen Hohn auf das Rechtswesen erhoben sich im November im Reichstag infolge eines tragischen Duellfalls.

Zum achtzigsten Geburtstag des Prinzregenten hielt S. Riezler die Festrede über „Ebbe und Flut deutscher Gesinnung in Bayern“.

In München fand am 2. Februar die achte Generalversammlung des internationalen Vereins Kneipp'scher Ärzte statt.

Der Deutsche Bismarck-Bund (Goslar 13. Okt.) hatte den Zweck, das Andenken an den Fürsten zu erhalten und zu feiern.

Arthur Dix zeigte „Deutschland auf den Hochstraßen des Weltwirtschaftsverkehrs“. — Die „deutsche Wasserstraßenpolitik“ wird durch eine Karte und eine Darlegung von Paul Dehn in der „Illustrierten Zeitung“ 18. April veranschaulicht.

B. Molten teilt (Allg. Ztg., 10 u. 11) den damals allgemeinen Irrtum, im neuen Jahrhundert würden die stärksten Mächte Rußland und die Nordamerikanische Republik sein; von ihrem Verhalten wird das Schicksal des britischen Reichsgebäudes abhängen. Ferner meinte er: „Es ist nicht anzunehmen, daß Kriege zwischen den großen europäischen Mächten das neue Jahrhundert erfüllen.“ Das Prophezeien wäre eine schöne Sache, wenn sich die Wirklichkeit darnach hielte.

Joh. Müller.

Dr. Johannes Müller hielt seit einigen Jahren Vorträge in deutschen Städten über Weltanschauung und Lebensführung. Er kämpfte für eine gesunde Kultur des Geistes gegen modernes Vegetieren oder zügelloses Sichausleben. Er begründete 1897 die „Blätter des persönlichen Lebens“. Über die „Kulturaufgaben der neuen Zeit“ schrieb er in der „Illustrierten Zeitung“ 3. und 17. Januar.

Joh. Müller.

Joh. Müller wurde mit seiner „Renaissance“ als Geisteserbe des „ermordeten“ Prof. Schell angesehen. In gleichem Sinn gab Bumüller in Augsburg die „Freien deutschen Blätter“ heraus. Die „Allgemeine Zeitung“ hoffte (117), es werde „ein Plan gemacht werden, wie die bis jetzt noch getrennt marschierenden geistigen Führer einer freieren Richtung sich miteinander vereinigen, um gemeinsam, zielbewußt und mit gegenseitiger Hilfe sich auf die kommende Prüfungs- und wahrscheinlich auch Läuterungszeit vorzubereiten“. Unter Läuterung verstand die „Allgemeine Zeitung“ wohl größeren Radikalismus.

Franz F. Kraus.

Franz F. Kraus schrieb in der „Allgemeinen Zeitung“ unter dem Pseudonym „Xenos“ noch „Centenarbetrachtungen“ (2. Jan.) über Kardinal Vaughan, über Montalembert, über den Besitz der Kongregationen, über die Zunahme der katholischen Kirche besonders in England und Nordamerika, alles sehr lesenswert; aber wir wollen unsere Leser hier nicht mit Zahlen

plagen. Weniger hoffnungsvoll sieht Kraus die Entwicklung des innern religiösen Lebens an (4. Febr.). Er drückt dem Professor Harnack für seine Anschauungen über das Verhältnis von Religion und Politik „herzlich die Hand“. Dem Danteforscher Scartazzini widmet er einen Nachruf (15. Febr.) trotz dessen links stehenden Ansichten. Die Centenarbetrachtungen werden am 1. März fortgesetzt, wobei Sabatier neben Harnack gestellt wird. Kraus zitiert Sabatiers Wort: „Die konfessionellen Schranken werden nicht zu verschwinden nötig haben, so wenig wie die Idee des Vaterlandes oder der Familie: aber ich meine, daß dieselben niedriger werden und nur den Wert behalten, der ihnen zukommt, einen relativen Wert, und daß wir, über sie hinweg, schon das ewige Reich Gottes erblicken können, das sich, wie ein azurner Himmel, über alle Berge und Täler breitet. Dieser Augenblick naht.“ Weiter bespricht Kraus die Oxford Bewegung (1. April) und den Positivismus Herbert Spencers. Durch dessen Agnostizismus habe die von 1830 bis 1870 aufsteigende religiöse Bewegung einer „Desintegration“ Platz gemacht. In den Centenarbetrachtungen vom 1. Mai beschäftigt sich Kraus mit Lagarde. — Die neuen „Essays“ von F. A. Kraus werden in Nr. 108 besprochen mit Hervorhebung seines religiösen Katholizismus gegenüber dem politischen Katholizismus. — Als „Gerontius“ berichtet Kraus Anfang Juni über neue „Religiöse Bewegungen in England und Amerika“, über Irland, über den „liberalen Katholizismus“ in England, den das Pastoral-schreiben des Kardinalerzbischofs von Westminster Vaughan und seiner fünfzehn Komprovinzialbischöfe verdammt, wofür er vom Papst belobt wurde. Kraus schließt sehr skeptisch. Er gibt am 1. Juli einen Beitrag zur Centenarfeier für B. Gioberti, kommt in der Fortsetzung (1. Aug.) auch auf Rosmini zu sprechen, behandelt (2. Sept.) die „Rosminianischen Bewegungen in Italien“, am 1. Oktober und 2. November den Minister Pellegrino Rossi, ermordet 1848. In der Nummer vom 6. Dezember gab Kraus eine Erklärung gegen Dr. Jos. Müller, den Herausgeber der „Renaissance“. Dieser hatte Prospekte ausgesendet, in denen er verkündigte, das katholische Deutschland, so weit es auf der Höhe der Zeit stehe, huldige seiner Richtung, so Schell, Funk, Kraus, Koch, Knöpfler, Hansjakob, Spirago. Dem widersprach nun Kraus entschieden. J. Müllers Antwort erfolgte am 9. Dezember; er hielt daran fest, daß sich „der Katholizismus gegenwärtig in zwei Gruppen teile: erstens in die Anhänger der alten Schule, vertreten wissenschaftlich durch die Scholastik und Kurialistik, politisch durch das Zentrum; zweitens in die Freunde einer Reform nach der theoretischen wie praktischen Seite“ und er habe das Recht gehabt, Kraus der zweiten Gruppe zuzuzählen, die Müller den „Reformkatholizismus“ nenne. Bald darauf, 30. Dezember, erfolgte die Nachricht von dem tags zuvor erfolgten Hinscheiden des „religiösen Katholiken“ Kraus. Die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ berichtete, er habe ihr noch einen Artikel über das neue Buch von Albert Ehrhard in Aussicht gestellt, worin eine neuerliche Auseinandersetzung gegen den Ultramontanismus zu erwarten war. Der sympathische Nachruf, den ihm die gegen alles kirchlich Katholische feindselig und vorurteilsvoll gesinnte „Allgemeine Zeitung“ hier und in der Nummer vom 2. Januar 1902 widmet, ist eine fatale Charakterisierung des gelehrten und geistvollen katholischen Priesters, der durch seine Anonymität selber bewies, welcher Zwiespalt durch sein Wesen ging.

Hist.-pol.  
Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter“ geben eine Bilanz des 19. Jahrhunderts vom katholischen Standpunkt aus, besprechen die Antiduellbewegung in Österreich und die Broschüre von S. Freiherrn v. Bischoffshausen über den „Fall Tacoli-Ledochowski“. (Erst Kaiser Karl I. hat das Duell in der Armee verboten; der frühere Zustand, daß den Offizieren geradezu das geboten wird, was das Militärstrafgesetz bestraft, war eine solche Erschütterung der Rechtsgrundlagen des Staates, daß daneben das Vorgehen der Anarchisten verzeiglich erschien.) Es wird ferner die Los-von-Rom-Bewegung in Österreich, der Toleranzantrag des Zentrums besprochen, der Imperialismus in den Vereinigten Staaten Amerikas, Baumgartners Geschichte der Weltliteratur, die Lage der Katholiken in den Vereinigten Staaten, der Unfug des P. v. Hoensbroech, die Choralfrage, die Frauenfrage, die neue Verfolgung in Frankreich, „die göttliche Weltordnung und religionslose Sittlichkeit“, die „teleologisch und praktisch-politische Tendenz der preußischen Geschichtschreibung“ (Hans Bruh). Es wird bedauert, daß die deutschen Katholiken dem schönen Jahrhundertwerk von Pöchenard nicht auch eines an die Seite gestellt haben, das den einseitigen Anschauungen Theobald Zieglers („Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts“) entgegengetreten wäre. Dafür entschädigt freilich des Bischofs Heinrich Brück „Geschichte der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert“, dessen vierter Band eben erschien, die Zeit vom Vatikanischen Konzil bis zum Ausgang des Kulturkampfes umfassend. Zwischen R. Stölzle und R. Förster entspann sich ein Geplänkel über den Wert der heidnischen Klassiker. Die Frage des englischen Krönungsseides wird erörtert, der eine Beleidigung sei für elf Millionen Katholiken des Reiches. H. Grubers neueste Schrift über die Freimaurerei wird besprochen, ferner „Der moderne Unglaube in den unteren Ständen“. Ansgar Böllmann kritisiert die Anschauungen Roseggers. Herausgehoben wird die französische Schrift von Max Turmann über die Entwicklung des sozialen Katholizismus seit der Enzyklika „Rerum Novarum“ 1891 (Paris 1900). Es folgt ein eingehender Bericht über den katholischen Gelehrtenkongreß in München. Über den Ritualmord werden die Ansichten Fr. Franks denen Rohlings entgegengestellt. Der allzu großen Karl-May-Schwärmerei wird ein Dämpfer aufgesetzt. — Im 128. Band wird der moderne Imperialismus auf Cromwell zurückgeführt. Ansgar Böllmann schreibt über „katholische Landschaftsdichtung“. Die Frage: „Wovon leben unsere Missionen?“ erhält eine eingehende Beantwortung. Alois Pichler bespricht mein „Deutsches Götter- und Heldenbuch“ unter dem Titel „Nationale Dichtung“ (379). Die „Christlich-demokratische Bewegung in Italien“ wird definiert nach der Enzyklika vom 26. Januar. Henryk Sienkiewicz erfährt eingehende Würdigung durch Joh. Ranftl. Die Erörterungen über den englischen Krönungsseid werden fortgeführt. Ein ausführlicher Bericht über den österreichischen Klerustag schließt mit dem Wort: „Mut, Makrothymia: hierin liegt alles, was der österreichische Klerus, der niedere wie der hohe, der Säkular: wie der Regularklerus braucht: keine Selbstunter-schätzung, sondern Mut, Opfermut, mutvolle Ausdauer — Makrothymia.“ Zum „Kapitel der Rückständigkeit“ heißt es sehr treffend (678): „Die protestantische Lebensauffassung, welcher die Blüte dieser Länder zugeschrieben wird, hat die Engländer und Nordamerikaner bei all ihren Gewalttaten, Grausamkeiten und Rechtsverletzungen nicht gehindert, vielmehr

Rück-  
ständig-  
keit.



die unbarmherzigste Selbstsucht bei ihnen zur Herrschaft gebracht. Der eigene Vorteil ist alleiniges, oberstes Gesetz. Wenn das Emporkommen, Reichwerden der Beweis der Überlegenheit ist, dann stehen die Protestanten weit gegen die Juden zurück. Letztere spielen dazu auch in geistiger Hinsicht eine überlegene Rolle. Sie zählen verhältnismäßig viel mehr Gelehrte und Denker als die Protestanten. Sie besitzen viele Schriftsteller und Dichter, beherrschen vielfach die Bühne. In Berlin sind drei Viertel aller Rechtsanwälte Juden. Und erst in der Tagespresse! Da könnte doch noch etwas anderes im Spiele sein als die katholische Rückständigkeit, welche den lichtumflossenen Protestanten als dunkler Hintergrund dient. Warum legen ihre Widersacher nicht auch den Maßstab der Gewissenhaftigkeit, Sittsamkeit, Opferwilligkeit, Nächstenliebe, der christlichen Tugenden an die verschiedenen Völker und Völkerteile? Denn die bloßen weltlichen Erfolge sind doch nur ein Teil des Lebens der Einzelnen wie der Völker.“ — Es folgt ein Blick auf die achte internationale Kunstausstellung in München. Louis Veuillots Biographie wird besprochen. Weiters die Volksbücher der St.-Josefs-Bücherbruderschaft in Klagenfurt (gegründet 1894).

Die häßlichste Tendenz schlug der Jesuit Hoensbroech an in seinem Buch „Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit“, einer Ausgeburt blinder Wut. — Die „Allgemeine Zeitung“ konnte sich nicht genug tun in der Anpreisung der Kampfschriften des Jesuiten Hoensbroech und verstieg sich zu dem Ausruf: „Wer wird siegen, Rom oder der deutsche Mann? Wird Hoensbroech das bahnbrechende Beispiel werden für Kleinmütige, Unfreie und Abhängige?“ Aber er wurde nur das abschreckendste Beispiel.

Über „Friedrich den Großen und die Jesuiten“ schrieb der Superintendent Leopold Witte, indem er die Gleichgültigkeit des deistischen Königs gegen den höchst gefährlichen Orden tadelte.

Das Prachtwerk der Geogeseellschaft „Die katholische Kirche unserer Zeit und ihre Diener in Wort und Bild“ wurde abgeschlossen.

Der evangelische Geistliche Hermann Franke behandelte das Thema „Christentum und Darwinismus in ihrer Versöhnung“.

Die Theosophische Gesellschaft trat in Leipzig zusammen unter dem banalen Leitspruch: „Keine Religion ist höher als die Wahrheit!“

Die „Kant-Studien“ brachten einen Aufsatz von R. Guken: „Thomas von Aquino und Kant; ein Kampf zweier Welten.“

Arthur Pfungst schrieb die biographische Skizze eines „Deutschen Buddhisten“ (Theodor Schulze).

Es wurde eine „idealistische Wendung der deutschen Philosophie“ besprochen (Allg. Ztg., 173), ausgehend von R. Guken's „Einheit des Geisteslebens“ 1888 und Runo Fischers Buch über Hegel. R. Guken, einer der Bahnbrecher des philosophischen Idealismus, schrieb nun über den „Wahrheitsgehalt der Religion“.

Peter Gast und Artur Seidl gaben Nietzsche's Briefe heraus; sie trugen wenig bei zu dessen Verständnis.

Über Nietzsche sagt Wanda v. Bartels (Allg. Ztg., 5. Jan.): „Wenn ihr Nietzsche's Jünger sein wollt, so nehmt ihn als einen, der voll war von hochfliegenden Gedanken, als einen Musiker der Sprache, als einen Hasser alles Gemeinen. Aber er war kein Gesetzgeber.“ Alois Höfler schilderte die Wandlung des ersten in den zweiten Nietzsche (Allg. Ztg., 176 u. 177).

Max Schneidewin kritisierte den durch Giordano Bruno aufgebrauchten und übertriebenen Gedanken von der Unendlichkeit der Welt; sie kommt gegenüber der Idealität der Begriffe von Raum und Zeit gar nicht in Betracht. Sehr beachtenswert sind seine Ausführungen über „Die Erde als Pointe unseres Sonnensystems“ (Allg. Ztg., 33).

Rob. Pöhlmann kritisierte das „technische Jahrhundert“ (Allg. Ztg., 258).

Dem Kollektivismus stellte Ernst Mayer das Wort Schillers entgegen:

„Etwas muß er sein eigen nennen, oder der Mensch wird sengen und brennen.“

Bücher, Fricker, Funk, v. Mandry, v. Mayr, Rachel vereinigten sich zu Schäfte. einer Festgabe für Alb. Schöffles siebzigsten Geburtstag.

Rätselhaft war es, daß der sonst so tief religiös gesinnte Gelehrte Max v. Pettenkofer in einem Anfall von Depression sich erschöß.

Bei Kirchheim in Mainz erschien noch weiter die „Weltgeschichte in Charakterbildern“.

Albrecht Wirths „Volkstum und Weltmacht in der Geschichte“ war ein hohes Lied der arischen Rasse im Sinne Gobineaus, Chamberlains und Brenfigs.

Die „Byzantinische Zeitschrift“ feierte ihr zehnjähriges Jubiläum (Allg. Ztg., 286).

Gemeinsprache. Hugo Schuchardt sprach sich für eine künstliche Gemeinsprache aus; andere aber meinten, man könne eine Sprache ebensowenig künstlich fabrizieren wie einen Menschen.

— Fritz Mauthner, der Humorist, behandelte das „Wesen der Sprache“ und die „Psychologie der Sprache und Sprache der Psychologie“ in dem dilettantischen Buch „Sprache und Psychologie“: „eine Fundgrube witziger Einfälle, aber alles eher denn eine wissenschaftliche Leistung“ (E. Holzner). — Th. Lindner schrieb als Einleitung zu einer Weltgeschichte seit der Völkerwanderung das Buch „Geschichtsphilosophie“. — H. Schurz schrieb die „Urgeschichte der Kultur“. — T. J. de Boer schrieb die „Geschichte der Philosophie im Islam“. — Arnold Fischer beschrieb „Die Entstehung des sozialen Problems“. — Th. Zell suchte in einem eigenen Buch den „Polyphem als Gorilla“ zu erklären. — Bernh. Beß betrachtete den „Jüdischen Hellenismus als Wegbereiter des Christentums“ (Allg. Ztg., 138).

Der verstorbene Herman Grimm, Sohn Wilhelm Grimms, hatte die Kunstgeschichte als „Geschichte der nationalen bildenden Phantasie“ aufgefaßt im Zusammenhang mit der Literatur. — Heinrich Pudor schrieb über die „Ästhetik des Sportes“ (Allg. Ztg., 267). — W. Pfizner schrieb über den „angeblichen Schönheitsfehler des Weibes“ und widerlegte Schopenhauers Kritik der weiblichen Proportionen vom anatomischen Standpunkt. — Interessant sind P. Holzhausens Mitteilungen über „Der Urgroßvater Jahrhundertfeier“ (Allg. Ztg., 59).

Paul Viman schrieb über „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung“. — Konr. Burdachs Biographie Walthers von der Vogelweide unterschätzte die biographische Bedeutung der Liebeslieder, besangen von moderner Auffassung des Phantasielirikers. — Eugen Reichel bemühte sich, Gottscheds Größe in großen Büchern zu beweisen („Gottsched-Denkmal“, „Gottsched der Deutsche“).

Fritz Vienhard schrieb in dem Buch „Neue Ideale“ über die Literaturjugend von heute. — Ed. v. Hartmann sammelte seine Aufsätze „Zur Zeitgeschichte“. — Ernst Wachler gab außer der „Deutschen Zeitschrift“ auch die „Deutsche Volksbühne“ heraus, eine Monatsschrift für Bühnenreform, sommerliche Bühnenspiele, Schöpfung eines nationalen Dramas.

Am ersten Sonntag des Mai fand das dritte Fest der von Joh. Fastenrath in Köln eingeführten Blumenspiele statt. — E. Heilborn schrieb die Biographie „Novalis, der Romantiker“ und gab dessen Schriften heraus. — Friedrich Vogt gab „Schlesische Weihnachtsspiele“ — Zum siebzigsten Geburtstag W. Raabes gab Hans v. Wolzogen die „Raabenweisheit“ heraus, eine Zusammenstellung aus den Werken des lebenswürdigen Dichters. — Es erschien J. B. v. Scheffels Gedebuch an Castell Toblino aus dem Jahre 1855. — Th. v. Sosnosky gab die Anthologie „Deutsche Lyrik des 19. Jahrhunderts“. — Von Fr. W. Webers „Dreizehnlinden“ erschien die hundertste Auflage (seit 1878).

Blumenspiele.

Große Verbreitung erhielt die Sammlung der Gedichte von Otto Julius Bierbaum „Irrgarten der Liebe“. Manches zeigte, daß er zu beschämender Selbsterkenntnis gekommen war; so wenn er in der Provence November 1900 also dichtet: „Hier ritten einst die tapfern Troubadours mit Schwert und Laute ihrer Liebe nach: Hier glühte einst das Glück der großen Kunst. In diesen Liedern war kein müder Ton, denn adelig war noch die Kunst des Lieds . . . Ach, wir reden viel von neuen Tönen und von neuer Kunst, und unsre Herzen sind so jämmerlich, daß uns die Knechte jener Troubadours verachten würden, sähen sie, wie wir schamlos entblößen, was so ekel ist . . . Wir wollen fürder nicht so üppig sein in großen Worten und Versprechungen von neuen Weisen einer neuen Kunst . . . Ehrfurcht halte uns im schönen Maße, und die edle Scham, des Künstlers Tugend, walte über uns!“ Ist das nicht eine herrliche Selbsterkenntnis? Ein heroisches Bekenntnis des eigenen Irrtums? Aber merkwürdigerweise begannen gerade da, als die „Modernen“ ihren Irrtum der ganzen Welt bekannten, einige Kritiker die katholischen Literaten eindringlich aufzufordern, „modern“, das heißt unmodern zu werden. Aus diesem Mißverständnis sollte in der Folge der sogenannte „katholische Literaturstreit“ hervorgehen.

Bierbaum.

Die Deutsche Literaturgesellschaft in Köln schrieb Preise aus für Romane, die das katholische Empfinden nicht verletzen und auf christlicher Weltanschauung beruhen. Preisrichter waren H. Eschelbach, J. Weiß, Franz Schnürer, Anton Lohr. Die Verlautbarung sollte in der „Literarischen Warte“ erfolgen.

Der moderne Schriftsteller Ernst v. Wolzogen gründete in Berlin am 18. Januar das „Überbrettl“ oder „Bunte Theater“ eigentlich ein Abklatsch des Pariser Kabarets ins Münchenerische verzogen. Neben Wolzogen beteiligten sich daran Detlev v. Liliencron, Bierbaum, Eyßler, Evers, Wedekind, Peter Schlemihl (Simplizissimus), H. Bahr, Chr. Morgenstern, Schnitzler, Richard Strauß und Oskar Strauß. Th. Herold schilderte die Zusammenhänge des deutschen Überbrettls mit den Kabarets des Pariser Montmartre (Allg. Ztg., 245 u. 246) und prägte den modernen Poeten das Wort Geibels ein: „Warum du wider alles Hoffen noch niemals mitten ins Schwarze getroffen? Weil du's nicht lassen konntest, beim Zielen immer ins Publikum zu schielen.“ Um diese Zeit war auch die ganze moderne deutsche Kunst wie verrückt in der Anbetung des neuen Variétésterns, der Madame Saharet, einer Kanadierin, die in ihrer Spezialität als Tänzerin die andern Meteore Guerrero, Dtero, Boie Fuller usw. übertraf.

überbrettl.



Richard Strauß' neue Oper „Feuersnot“, Text von Ernst v. Wolzogen, war eine freche Ausgeburt des „Überbrettls“. Richard Strauß hatte sich auch schon mit der Oper „Guntram“ versucht. — Sudermann gab das unerquickliche Drama „Es lebe das Leben!“. Seine „Ehre“ gefiel in Paris. — Paul Heyse's „Maria von Magdala“ schilderte Judas als eifersüchtigen Liebhaber. — Fritz Vienhard dramatisierte den „Münchhausen“. — Gerhart Hauptmanns „Michael Kramer“, „ein sentimentales Stück mit dürftiger Handlung“, hatte wenig Erfolg. — Das Lichtensteinfestspiel in Honau von Lorenz schloß sich an die Erzählung Hauffs an. — Anton de Wals Roman „Judas Ende“ (aus dem Anfang des Christentums in Rom) erschien in zweiter Auflage. — Bungerts Oper „Nausikaa“ aus dem Homerzyklus wurde in Dresden aufgeführt (Ill. Ztg., 28. März).

Baireuth.

In Baireuth feierte man das fünfundschwanzigjährige Jubiläum der Bühnenfestspiele. Am nächsten kamen dem Genius Wagners die Bilder von Hermann Hendrich (Ill. Ztg., 18. Juli).

Symbole.

Die „Versuche und Ergebnisse der Lehrervereinigung für die Pflege der künstlerischen Bildung in Hamburg“ gingen vom Kreis um Lichtwark aus. — Es war die Blütezeit des „modernen Stils“ in der bildenden Kunst dessen Prinzip es war, sich von der Tradition loszumachen. — Man sah die Gefahren einer gesunden Fortentwicklung der Kunst drohen, in der zunehmenden Unbildung und Anmaßung, in dem Experimentieren, dem Andresmachen wollen, statt das einfach Angemessene und wahrhaft Treffende zu finden (Allg. Ztg., 69). — Benno Rüttenauer berichtete über die neue Phase der „symbolischen Kunst“. — Rob. Mielke schrieb im Sinne seiner „Volkskunst“ das neue Buch „Der Einzelne und seine Kunst. Beiträge zu einer Ökonomie der Kunst“ gegen den kunstfeindlichen Industrialismus der Gegenwart, einig mit Ruskin, Morris, W. Crane, Lichtwark in der Schätzung der Hauskunst, der Heimatkunst und eines zielbewußten Dilettantismus. — Walter Cranes Bücher „Linie und Form“, „Decorative Kunst“, „Decorative Illustration des Buches“ wurden auch in Deutschland sehr geschätzt (Allg. Ztg., 49).

In Anlehnung an das Baireuther Vorbild entstand das neue Prinz-Regenten-Theater in München (Ill. Ztg., 13. Juni, 8. Aug., 29. Aug.). — Das neue städtische Museum in Altona war von Reinhardt und Süßenguth erbaut (Ill. Ztg., 17. Jan.). — H. Hendrich und B. Sehring bauten und schmückten die Walpurgishalle auf dem Herrentanzplatz im Harz (Ill. Ztg., 27. Juni, 25. Juli).

Heidelberg.

Cornelius Gurlitt und andere Führer der modernen Kunstbewegung entfalteten eine leidenschaftliche Agitation gegen die Fortführung der Restauration der Heidelberger Schlossruine und wollten deren romantischen Reiz gewahrt wissen. Ich als „Romantiker vom Fach“ sehe darin eine falsche Romantik. Es ist doch selbstverständlich, daß man ein zerstörtes Prachtgebäude wieder aufbauen muß, wenn man sich nicht selber mitschuldig machen will an der Barbarei der Zerstörer. Oder sollen wir den französischen Horden Lobeshymnen singen, weil sie uns das Heidelberger Schloß zur Ruine gemacht haben? Der Kampf um die Wiederherstellung des Heidelberger Schlosses entbrannte immer wieder aufs neue (Allg. Ztg., 7. Dez.). Professor F. Habel schrieb darüber (Allg. Ztg., 24. Dez.): „Das Heidelberger Schloß ist in Gefahr, aber nicht in Gefahr, restauriert, sondern durch Fahrlässigkeit vernichtet zu

werden und seinem Untergang entgegenzugehen.“ Über die geplante Wiederherstellung der Hofkönigsburg bei Schlettstadt gibt die „Illustrierte Zeitung“ 24. Januar Bilder.

Bilder von der Ausstellung der Künstlerkolonie zu Darmstadt zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 23. Mai. Auf der kunstgewerblichen Abteilung der Internationalen Kunstausstellung zu Dresden waren Frauenkleider nach Künstlerentwürfen zu sehen: einfach scheußlich (Ill. Ztg., 16. Mai und 26. Sept.). Das moderne Kunstgewerbe erstreckte sich auch auf Flügel und Pianino (Ill. Ztg., 17. Jan.).

Darm-  
stadt.

Ein Prachtwerk deutscher Buchkunst war die in der Reichsdruckerei hergestellte Ausgabe des Nibelungenlieds mit Buchschmuck von J. Sattler. Ebenso verdienstvoll war das Bestreben, eine zwischen Fraktur und Antiqua in der Mitte stehende Type zu schaffen (Bastardschrift). In dieser Schrift war zuerst der amtliche Katalog für die Pariser Weltausstellung in drei Sprachen gedruckt worden.

Das Mannheimer Krematorium siehe „Illustrierte Zeitung“ 7. März.

Entwürfe für einen Märchenbrunnen in Berlin, und für ein Denkmal des Strumpelpeter-Dichters Heinrich Hoffmann zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 10. Oktober. Der Märchenbrunnen entging nicht der Kritik des Kaisers. — Auf der Berliner Kunstausstellung hob sich die Gruppe „Der tote Abel“ von Ignaz Weirich hervor (Ill. Ztg., 23. Mai). Einen verdrießlichen Eindruck macht der Wotan in Bronze von Rud. Maisson (Ill. Ztg., 23. Mai). Das Problem ist meines Wissens nur von H. Natter gelöst worden.

Dents-  
mäler.

Friedrich der Weise erhielt als Gründer der Stadt Buchholz dort ein musterhaft gutes Denkmal, das Werk Schreitmüllers (Ill. Ztg., 1. Aug.). Ein Denkmal der Königin Luise für Magdeburg modellierte Joh. Göz (Ill. Ztg., 16. Mai). Fritz Schaper schuf ein Standbild der Königin Luise, mit ihrem zweiten Söhnchen Wilhelm I. auf dem Arm (Ill. Ztg., 21. März). Die Berliner Siegesallee mit ihren monumentalen Gruppen war vollendet, zweifellos ein Werk von großer Bedeutung (Ill. Ztg., 26. Dez.). An der Potsdamer Havelbrücke wurde ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal mit reicher plastischer Dekoration von Ernst Herter errichtet (Ill. Ztg., 21. März). Adolf Donndorf schuf ein tüchtiges, schlichtes Reiterdenkmal Kaiser Wilhelms I. für Stuttgart (Ill. Ztg., 5. Dez.). Dekorativ pompös ist das Denkmal für Kaiser Wilhelm zu Halle von Bruno Schmitz und F. W. Adams (Ill. Ztg., 29. Aug.). Harro Magnussen führte treffliche Statuen für die Ruhmeshalle in Görlitz aus (Ill. Ztg., 21. Nov.), frei von jeder Pose, nur „Dasein“. Das Reiterbild des Kaisers Friedrich für Breslau war von Adolf Brütt (Ill. Ztg., 24. Okt.). Ein schönes Reiterbild Kaiser Friedrich III. für Nordhausen modellierte E. Börmel (Ill. Ztg., 17. Okt.). Das neue Prinz-Regenten-Denkmal zu Nürnberg, eine Reiterfigur, war von Rümmer (Ill. Ztg., 21. März). Ein Bismarckstandbild von Joh. Schilling wurde am 31. März in Gotha enthüllt. Am 1. April wurden gleich zwei Bismarckdenkmäler enthüllt, zu Königsberg und zu Schwerin (Ill. Ztg., 18. April), jenes mit einem „Reptil“. Ein Bismarck-Nationaldenkmal wurde auf dem Knivsberg in Nordschleswig enthüllt (Ill. Ztg., 15. Aug.). Eine Bismarcksäule wurde im Riesengebirge errichtet (Ill. Ztg., 3. Okt.). Eine andere Bismarcksäule wurde auf der Afse (Braunschweig) errichtet (Ill. Ztg., 24. Okt.). Bedeutender

ist der Bismarckturm auf dem Ettersberg bei Weimar (Ill. Ztg., 7. Nov.). „Über allen Gipfeln ist Ruh“ . . . ?

Die Entwürfe zum Richard-Wagner-Denkmal für Berlin zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 20. Juni. Die zehn preisgekrönten Bildhauer wurden nun zu einem neuen engeren Wettbewerb aufgefordert, aus dem der zur Ausführung zu bestimmende Entwurf gewonnen werden sollte: die sicherste Methode, den Künstlern alle Lust zu nehmen. Die neuen preisgekrönten Entwürfe zum Denkmal für Richard Wagner in Berlin bringt die „Illustrierte Zeitung“ 14. November. Max Klinger schuf eine sehr sezeßionistische Sitz-Büste (Ill. Ztg., 5. Dez.). Ein schönes Denkmal für Theodor Körner von H. Gpler wurde zu Chemnitz enthüllt (Ill. Ztg., 17. Okt.). Scheffel erhielt in Säckingen ein Denkmal mit Trompeter, von J. Menges (Ill. Ztg., 10. Okt.). Sehr hübsch ist das Hölty-Denkmal für Hannover von R. Gundelach und D. Vür. Lambert Piedboeuf in Aachen schuf das Denkmal für Thomas a Kempis zu Kempen am Niederrhein (Ill. Ztg., 27. Juni). Originell ist Ed. Beyrers Quellenherme, ein Übergang von Herme in Standfigur (Ill. Ztg., 14. März). Ein hervorragendes Werk war der zu Sanssouci aufgestellte Bogenschütze von E. M. Geyger (Ill. Ztg., 22. Aug.). Zum achtzigsten Geburtstag Rud. Virchows bringt die „Illustrierte Zeitung“ 10. Oktober seine Büste von Hans Arnold.

Maferci.

Max Klingers „Urteil des Paris“ wurde der Modernen Galerie in Wien einverleibt (Ill. Ztg., 13. Juni). Der Zeichner Fidus stand mit seiner anmutigen Kunst ziemlich allein. Er hatte sich an die Theosophen angeschlossen und für die von Hübbe-Schleiden gegründete „Sphinx“ gezeichnet (Allg. Ztg., 144). Vielbewundert wurde Uhdes Triptychon „Die heilige Nacht“ mit den auf einem Dachbrett sitzenden rhachitischen Engeln.

Über „Dreifarbendruck und Photographie in natürlichen Farben“ berichtete W. Verdrow (Allg. Ztg., 256).

Prof. Brauns System der drahtlosen Telegraphie wurde der 73. Versammlung deutscher Naturforscher in seiner Anwendung auf einer Strecke von 65 Kilometer (Helgoland—Feuerschiff Elbe—Cuxhaven) vorgeführt. — Köln wurde durch seine Hafenanlagen immer mehr „Seestadt“. — Die elektrische Straßenbahn ohne Gleise, bloß mit Oberleitung, wurde eingeführt (Ill. Ztg., 28. Nov.). — Selbstfahrer (Automobile) wurden immer mehr als Lastfuhrwerke benützt. Im Oktober fand eine allgemeine Motormagen-Ausstellung in Leipzig statt. Ed. Berk schrieb die „Philosophie des Fahrrads“.

Über die Fahrversuche mit dem Suterschen Luftfahrzeug auf dem Bodensee bei Arbon siehe „Illustrierte Zeitung“ 25. April. Die Flugmaschine von J. Hofmann zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 7. März; das Flugrad Nemethy „Illustrierte Zeitung“ 6. Juni.

Öster-  
reich.

Die österreichische Thronrede vom 4. Februar betonte die Integrität Chinas, kündigte eine Reform des börsenmäßigen Terminhandels in landwirtschaftlichen Produkten an, die Organisierung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften. Die Erfolglosigkeit der letzten Reichsrats-tagungen wurde beklagt. „Ein Stillstand der Gesetzgebung wäre um so beklagenswerter, als soziale Reformen, wie die Alters- und Invaliditäts-



versicherung, des Reichsrates harren.“ Die Lösung der Sprachenfragen sei gleichfalls ein Akt der Gerechtigkeit. Die Einheitlichkeit der Sprache in bestimmten Verwaltungssphären müsse aber beibehalten werden.

Die Katholische Volkspartei verschmolz mit dem Zentrum zum „Zentrumsklub“ unter Rathreins Führung.

In der Angelegenheit der Ehe des Thronfolgers behielten sich die Tschechen (12. Februar) ihre eigene Entschließung vor. Minister Koerber mahnte das Haus, den seit vier Jahren nicht mehr erledigten Staatsvoranschlag zu beraten. Das Buch Graßmanns gegen die Beichtregeln des hl. Alfons von Viguori kam am 23. Februar zur Sprache. Als ein Tscheche am 28. Februar den Deutschböhmen vorwarf, sie schielten über die deutsche Grenze, erwiderte Stein: „Wir schielen nicht, wir schauen . . . Ich sage es laut, wir wollen zum Deutschen Reich . . . Es soll auch bei uns heißen: Pardon wird den Tschechen nicht gegeben . . . Sie wollen ja auch nach Rußland. Patrioten sind Sie auch nicht. Heute ist jeder dumm, der in Österreich Patriot ist.“ — Koerber erklärte am 2. März, er wolle die Obstruktion durch leidenschaftslose Beharrlichkeit zu überwinden suchen. Das gelang ihm auch durch Vorlagen, die dem allgemeinen Landeswohl dienten.

Es fiel auf, daß der Thronfolger Franz Ferdinand das Protektorat über den Katholischen Schulverein übernahm und dabei folgende Äußerung tat: „Schon lange habe ich mit großem Wohlgefallen die Wirksamkeit des Katholischen Schulvereins verfolgt, dessen patriotische und religiöse Tätigkeit ich anerkenne und gutheiße, namentlich in der Zeit der Los-von-Rom-Bewegung, die zugleich eine Los-von-Österreich-Bewegung ist und gar nicht genug bekämpft werden kann. Der Katholische Schulverein mag nur in diesem Sinne wie bisher fortarbeiten; er kann versichert sein, daß ich ihm nicht nur ein Protektor dem Namen nach bin, sondern es mit aller Tatkraft sein werde. Ich stehe dem Verein bei allen Fragen und Schwierigkeiten mit Rat und Tat zur Verfügung.“ Zum Schluß bemerkte er, man möge seine Worte nur allgemein bekanntmachen. Darüber erfolgte eine Interpellation der Deutschen Volkspartei im Abgeordnetenhaus. Koerber erklärte den Entschluß des Erzherzogs als einen rein persönlichen Akt, von dem die Regierung nicht Kenntnis hatte und der außer verfassungsmäßiger Verantwortung bleibe. Das Haus ging nicht auf Besprechung der Angelegenheit ein.

In den Delegationen gab Graf Goluchowski am 22. Mai ein Bild der auswärtigen Lage. Österreich-Ungarn habe nicht die Absicht, eine förmliche Kolonialpolitik in Ostasien anzubahnen. Auch auf dem Balkan strebe die Monarchie keine territorialen Vorteile auf Kosten anderer an, könne aber auch keine Anschläge gegen die bestehende politische Ord-

Franz  
Ferdin.  
hand.

nung oder Verschiebungen zugeben, wodurch deren Machtposition bedroht werde. Bedenklich sei die gegenwärtige, mit der makedonischen Frage zusammenhängende Agitation in Bulgarien, die Umtriebe des revolutionären Komitees u. dgl.

Los von  
Rom.

Über die Los-von-Rom-Bewegung sagte Koerber im Abgeordnetenhaus am 3. Juni infolge einer Interpellation des Abtes Treuinfels, es sei dabei von keiner wirklich tiefgreifenden, mit ernstlichen Gefahren verbundenen Religionsbewegung die Rede. „Ich halte es für ausgeschlossen, daß die katholische Kirche in Österreich irgendwie bedroht ist oder auch nur bedroht werden kann. Ihre Gewalt über die Herzen ist zu groß und die Sorge für sie ruht in so sicheren Händen, als daß irgendeine Agitation ihr nahekommen könnte. Wirkliche Ummwälzungen sind stets nur durch neue, der Gedankenwelt und Empfindungsweise des Volkes zujagende Ideen hervorgerufen worden, während es sich jetzt um die Befehrung zu einem in seinem Wesen und seinen Formen längst bekannten Glauben handelt, dem keine Leidenschaften mehr voraneilen.“ Diese Antwort befriedigte die Katholiken nicht. Seit 1899 waren 13.700 Katholiken zum Protestantismus übergetreten.

Als der Kaiser im Juni Böhmen bereiste, und zwar sowohl Prag wie Leitmeritz und Aussig, und den Wunsch nach nationaler Verständigung äußerte, fühlten sich die Deutschen doch etwas zurückgesetzt. Trotz des Wunsches des Statthalters steckten die Aussiger schwarz-rot-goldene Fahnen aus, um ihr Deutschtum zu bezeugen. Zur Aufklärung ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß schwarz-rot-gold die offiziellen Farben des Deutschen Bundes waren, mindestens von 1848 bis 1866. Sie wurden erst vom Frankfurter Bundespalast herabgeholt, als die Preußen 1866 dort einzogen. Sie sind also vielmehr antipreußisch als antiösterreichisch. Die Deutschen unter Führung Bolls verwarfen jeden Versuch, durch eine Landesteilung einen Ausgleich mit den Tschechen herbeizuführen, wie gemäßigtere Fraktionen vorschlugen. Koerber bestand darauf, daß zuerst die dringenderen wirtschaftlichen Fragen erledigt werden müßten. Der Kaiser äußerte sich am 18. November bei einer Audienz scharf über die Arbeitsunfähigkeit des Abgeordnetenhauses und regte die Änderung der Geschäftsordnung an, um Wandel zu schaffen. Auch Koerber beschwor am 9. Dezember den Patriotismus und Konstitutionalismus aller Parteien, sonst würde die Ungebuld der Bevölkerung die Regierung zwingen, das Interesse der Staatsnotwendigkeit über die Verfassung zu stellen. Aber noch wolle die Regierung alles tun, um eine solche Katastrophe zu vermeiden.

Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus kritisierte am 25. Januar Höllo den Parlamentarismus und das geltende Wahlrecht: die Verfassungsmäßigkeit sei eine Komödie, das Parlament nicht Ausdruck des Volkswillens, sondern ein durch Terrorismus, Fälschung und Bestechung erzielttes Produkt der Regierungsgewalt. Ein Gift des Verfassungslebens sei die Nukzbarmachung des Abgeordnetenmandats zu persönlichen Zwecken,

die Entstehung einer Abgeordnetenliste aus Personen, die nicht durch einen höheren und edleren Beruf zur Teilnahme am politischen Leben gedrängt werden, sondern der Macht wie des Vorteils willen, der sich ihnen bietet, skrupellos dienstbar sind, die Belohnung der politischen Glücksjäger mit Ehrenstellen, die Dienstbarkeit zahlreicher Abgeordneter gegenüber wirtschaftlichen Gruppen, Geldinstituten, Erwerbsgesellschaften. Ministerpräsident Szell anerkannte die Notwendigkeit von Reformen, verwarf aber das allgemeine Wahlrecht, das der magyarischen Hegemonie Gefahr bringen könne.

Auf eine Anfrage betonte der Kultusminister Blasics am 20. Februar die Notwendigkeit der Erlernung der deutschen Sprache. Der wissenschaftliche Geist Deutschlands übe einen großen Einfluß auch in Frankreich und England aus, und es wäre ein hoher Gewinn, wenn sich seine befruchtende Kraft auch im geistigen Leben Ungarns geltend mache.

Nach dem Inkompatibilitätsgesetz, das am 13. Mai vorgelegt wurde, durfte kein Abgeordneter ein Amt bekleiden, das von der Regierung irgendwie abhängt.

Szell beantwortete auch eine Anfrage Kossuths über die Erwerbung einer Niederlassung in Tientsin (18. Mai).

Das chauvinistische Gesetz, daß in den Vollsitzungen der Delegationen nur magyarisch gesprochen werden dürfe, mußte durch Ausschusssitzungen umgangen werden, da man von den gemeinsamen Ministern nicht die Kenntnis dieses Lokaldialekts verlangen konnte, sondern nur die Vertrautheit mit einer Kultur- und Weltsprache, wie es die deutsche ist.

Man klagte Gabriel Ugron, den Führer der magyarischen Katholiken, an, mit Frankreich gegen den Dreibund zu arbeiten, wohl mit Unrecht.

Die katholischen Studenten Ungarns suchten in den Hörsälen Kreuze anzubringen; die Regierung ließ sie wieder entfernen; es kam darüber zu Zusammenstößen.

Dr. Scheicher veranstaltete am 30. August einen österreichischen Klerustag. Er führte aus, daß der Katholizismus einer Reform bedürfe: Reformkatholizismus. Seine Freude als Weltpriester über die starke Zunahme von Klosterbrüdern und Klosterschwestern war gering; mancher Student nimmt das religiöse Gewand ohne innerlichen Beruf; daher gibt es viele Unzufriedenheit im priesterlichen Gewande; Geist und Begeisterung lassen zu wünschen übrig. Man übertreibt die Höhe des Kirchenvermögens; es ist zumeist unproduktiv, kostet mehr als es trägt, steht unter strenger staatlicher Kontrolle. Das Einkommen eines Weltgeistlichen stellt sich in Niederösterreich auf 950 Gulden. Auf jedes Ordensmitglied entfällt die jährliche Einnahme von 292 Gulden. Das Kriegsbudget in Österreich ist für anderthalb Jahre so groß wie das ganze Kirchenvermögen. Pfarrer Hartmann klagte darüber, daß auch der Klerus die christliche Presse zu Tode kritisiere. Das zuviele Kritisieren kommt vom zuwenig selbst Mitarbeiten.

Klerus-  
tag.



Der Tscheche Klossac und Schumeier stellten im Abgeordnetenhaus Anträge gegen die Zulassung ausländischer Kongregationen, die infolge des französischen Vereinsgesetzes einwanderten (19. Nov.).

Der Kaiser verfügte 14. April die Errichtung einer Galerie für moderne Kunst in Prag.

Eine Gesetzbvorlage über Wasserstraßen betraf den Donau=Oder-Kanal (26. April).

Die diplomatischen Beziehungen zu Mexiko, die seit der Erschießung des Kaisers Maximilian 1867 abgebrochen waren, wurden mit 9. September wieder angeknüpft.

Über den Neubau des k. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien berichtet die „Allgemeine Zeitung“, 250.

Wichtig war die staatsrechtliche Erörterung von Th. v. Dantscher über „Österreich und die bosnischen Bahnen“ als Beweis für die Staatspersönlichkeit des Gesamtstaats.

Da Bischof Strozsmayr von Djakovar seinen ungarischen Gläubigen ungarischen Gottesdienst nicht gestattete, traten 300 ungarische Katholiken bei Mitrovica zum Protestantismus über.

Aufsehen erregte der Übertritt des katholischen Religionslehrers Franz Mach in Saaz aus der Kirche und sein Beitritt zum Altkatholizismus.

F. G. Schultheiß berichtete in der „Allgemeinen Zeitung“, 20, über die Verfälschung der Sprachenstatistik in Ungarn.

Die Stadt Brixen beging ihre Jahrtausendfeier mit Festzug.

Museum  
Bindo-  
bonense.

In Wien wurde ein „Museum Bindobonense“ gegründet für die altrömischen Funde, die seit Jahren dem Wiener Schliemann Novalski de Bilia hier gelungen waren. Unter dem heutigen Wien liegen nämlich noch alle Fundamente des römischen Bindobona. Alle Straßenzüge sind dieselben.

Bei Besprechung der „Kulturpolitik“ von Rob. Schen (Wien) sagt die „Allgemeine Zeitung“ (138): „Man darf sich nicht wundern, wenn die Zahl derer wächst, welche den Wert des Parlamentarismus leugnen.“ Schen dachte sich eine organischere, selbstgewachsene Institution.

In den Mitteilungen des Kriegsarchivs schilderte Jacobenz „die Walachei unter kaiserlicher Verwaltung 1717—1739“. Erfolgreicher war Österreich in Bosnien, wie es auf der Pariser Ausstellung glänzend bewies.

Auf dem Kongreß gegen den Alkoholmißbrauch in Wien sprach A. Forel vom Standpunkt der bedingungslosen Gegner des Alkoholgenusses.

Die Kroaten feierten den vierhundertjährigen Bestand ihrer Literatur und deren Begründer Marco Marulic (Allg. Ztg., 249).

Littera-  
tur.

Eugen Guglia charakterisierte „Friedrich v. Geng“. — H. Friedjung, Wiener Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung“, gab „Benedek's nachgelassene Papiere“ heraus. — A. Rienast schrieb über „Die im preußischen Dienst (1866) formierte ungarische Legion Klapka“. F. R. Profsch (Wien) schrieb einen Mahnruf über „Die Notwendigkeit des Geschichtsstudiums in der Medizin“. Die wertvolle musikalische Autographensammlung Artaria in Wien ging in den Besitz der kön. Bibliothek zu Berlin über.

Wichtig waren die Untersuchungen Wolfgang Reichels über „Homerische Waffen“ (2. Aufl., Wien 1901). Die neuen Ausgrabungen zeigten die Zusammenhänge der Mykenischen mit der Hallstatt-Kultur (Allg. Ztg., 260).

Man gedachte des sechzigsten Geburtstags des Dichters Franz Reim (Allg. Ztg., 2. Jan.). Der Lustspieldichter C. Karlweis starb in Wien. Nestroys hundertster Geburtstag blieb nicht vergessen. A. Bettelheim beschrieb das Leben der Dichterin „Marie v. Ebner-Eschenbach“. Er wehrte sich gegen Erich Schmidt, der Bezeichnungen wie „die Ebner“ ganz abscheulich und auch unziemlich fand (Allg. Ztg., 282). Von Nagl-Zeidlers bahnbrechender „Deutschösterreichischer Literaturgeschichte“ begann der zweite Band. — Ich gab eine Bearbeitung des Hugo von Burdigaal (Hüon von Bordeaux) nach Gaston Paris (vgl. die Besprechung in der Allg. Ztg., 274). J. J. Ammann gab „Volkschauspiele aus dem Böhmerwalde“. Wolfgang v. Wurzbach gab ein Verzeichnis der Porträtlithographien J. Kriehubers heraus (an 2400 Nummern) mit Biographie des bedeutenden Meisters. L. Schiedermaier schrieb eine biographisch-kritische Würdigung des Komponisten Gustav Mahler.

Segantinis Zeitwort besagte: „Das Künstlerische beginnt dort, wo das Brutale, das Gezierte und das Banale endigen.“

Höchst anziehend ist das schlichte Denkmal der Kaiserin Elisabeth, das Ed. Hellmer für Salzburg schuf (All. Ztg., 25. Juli). Der Kaiserin und Königin Elisabeth wurde zu Gödöllö ein von J. Kona modelliertes Denkmal gewidmet (All. Ztg., 23. Mai). Die Gruppe des von Löwen gezogenen Wagens mit dem fetten Mark Anton von Alb. Strasser wurde, nachdem sie von der Pariser Weltausstellung zurückkam, vor dem Wiener Sezessionsgebäude aufgestellt. Man wußte nicht recht, was man mit dem sinnlosen Objekt anfangen sollte (All. Ztg., 31. Jan.). Vortrefflich ist das von Hans Rathausky für Linz geschaffene Adalbert-Stifter-Denkmal (All. Ztg., 23. Mai). Zu den erfreulichsten Denkmälern gehört das für Lanner und Strauß in Wien von Franz Seifert und Rob. Derley (All. Ztg., 18. April). Das Grabdenkmal für Johann Strauß d. J. wurde von Joh. Benk auf dem Wiener Zentralfriedhof ausgeführt (All. Ztg., 16. Mai). R. Schwerzfel bildete ein Schubertdenkmal für Teschen (All. Ztg., 6. Juni). Das „Gschnasfest“ der Wiener Künstler karikierte die Auswüchse der Moderne (All. Ztg., 7. März). Der Hochschneeberg bei Wien erhielt das schöne Elisabethkirchlein als bezeichnenden Schmuck. Georg Hauberrisser restaurierte Burg Busan bei Olmütz, Besitztum des Erzherzogs Eugen (All. Ztg., 12. Dez.). Zum Allegorienwert von Gerlach und Schenk lieferten die ersten Künstler Beiträge.

Das österreichische archäologische Institut veranstaltete Ausgrabungen in Ephesos (All. Ztg., 15. Aug.). Die österreichischen Forschungsreisenden Musil und Mielich erforschten das von ersterem entdeckte Schloß Amra im Steinigen Arabien mit seinen interessanten Malereien.

Das neue Lustfahrzeug, ein Automobil-Schlittenbot des Wiener Ingenieurs Wilhelm Krefß zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 14. Februar. Über das Lustschiff von Krefß berichtet auch die „Allgemeine Zeitung“, 234.

Frankreich überraschte die Welt durch das kulturkämpferische Vereinsgesetz, diesen vernichtenden Schlag gegen die katholischen Kongregationen, die Klöster und religiösen Genossenschaften, ihre Unterrichtsanstalten, in denen angeblich ein antirepublikanischer Geist gepflegt werde. Die Kammer genehmigte das Gesetz am 30. März mit 303 gegen 224 Stimmen, der Senat am 22. Juni mit 173 gegen 99 Stimmen.

Denkmäler.

Frankreich.

Der Papst erließ anfangs Juli ein Schreiben an die Oberen der Orden mit dem Ausdruck tiefster Trauer: „Wer an die Weltpriester oder Ordensleute Hand anlegt, verletzt den Augapfel der Kirche. Eingedenk unserer heiligen Pflichten, erheben wir laut Einsprache gegen diese Gesetze, die gegen das Naturrecht wie gegen die Satzungen des Evangeliums verstoßen und gegen die ununterbrochene Überlieferung.“ Auch Kardinal Gotte teilte am 10. Juli den Ordensoberen mit, daß der Heilige Stuhl alle Bestimmungen des Vereinsgesetzes mißbillige und verdamme, daß er aber, um das Verschwinden der Kongregationen zu verhindern, den nicht anerkannten Anstalten erlaube, um behördliche Genehmigung nachzusuchen, unter gewissen Bedingungen. Als am 3. Oktober die Frist ablief, die den Kongregationen zur Einreichung des Genehmigungsgefuches gestellt war, lagen 596 Gesuche vor, darunter 458 von bisher nicht genehmigten Kongregationen. — Der Budgetausschuß der Kammer wollte am 17. Oktober die Streichung des ganzen Kultusbudgets beantragen, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen; dem widersezte sich aber doch der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau: der Staat stehe sich besser mit dem Konkordat als bei der Unabhängigkeit der Kirche. Für Trennung der Kirche vom Staat sei nie eine Mehrheit vorhanden gewesen.

Toulon. Einerseits erwartete man infolge des Besuchs eines italienischen Geschwaders in Toulon eine Sprengung des Dreibunds, andererseits sah man im Besuch des Zaren bei dem Deutschen Kaiser in Mex (18. Mai) einen Beweis, daß Rußland nicht an die Unterstüzung der Revanche denke, und erklärte deshalb den Wert des Bündnisses für fraglich. Kriegsminister André hielt wohl am 28. Mai eine Revancherede. Verschiedene Gefühle löste der Zarenbesuch in Toulon aus. Das Zentralkomitee der sozialistisch-revolutionären Union erklärte: „Dieser kaiserliche Besuch ist durch Herrn Loubet veranlaßt worden, um der chauvinistischen und militaristischen Eitelkeit zu schmeicheln und sich vor ihrem Lande und vor Europa als die Brüder des höchsten Vertreters des Despotismus hinzustellen.“

Der Zarenbesuch. Das russische Zarenpaar kam am 18. September nach Dünkirchen. Präsident Loubet sagte: „Das ganze Land empfindet, daß der neue Besuch vornehmlich der Armee und der Marine gilt, die beide der Gegenstand unaufhörlicher Fürsorge sind.“ Der Zar drückte seine Freude aus, nach Frankreich „zu der befreundeten und verbündeten Nation“ zu kommen. In Reims sagte Loubet wieder am 19. September: „Frankreich und seine Vertreter sind bemüht, die Armee mit allem zu versehen, was ihre Stärke auf den höchsten Punkt bringen kann. Die Anwesenheit Eurer Majestät bei den Manövern bildet für sie eine hohe Belohnung und die stärkste Ermutigung.“ Der Zar erhob sein Glas auf den Ruhm



der französischen Armee. Loubet warf beim Abschiedessen am 21. September einen Blick zurück: „Vorbereitet und geschlossen von Ihrem erlauchten Vater Kaiser Alexander III. und dem Präsidenten Carnot, feierlich kundgegeben an Bord des „Bothuan“ durch Eure Majestät und den Präsidenten Faure, hatte das Bündnis Rußlands und Frankreichs Zeit, seinen Charakter zu bekräftigen und seine Früchte zu tragen. Wenn niemand an der wesentlich friedlichen Idee, aus welcher es hervorgegangen ist, zweifeln kann, so kann auch niemand verkennen, daß es mächtig beitrug zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes zwischen den europäischen Mächten, der notwendigen Bedingung des Friedens, der, um fruchtbringend zu sein, nicht unsicher bleiben konnte. Das Bündnis entwickelte sich mit den Jahren; und Fragen, die aufgetaucht sind, fanden es wachsam, entschlossen, seine eigenen Interessen und die allgemeinen Interessen der Welt versöhnend, fanden es ferner gemäßigt, weil es stark und im voraus für Lösungen gewonnen war, die ihm von der Gerechtigkeit und Menschlichkeit eingegeben wurden. Das Gute, was es gestiftet, ist das Unterpfang des Guten, was es noch stiften wird.“ — Der Zar antwortete in gleichem Sinne: „Die innige Vereinigung der beiden großen Mächte, die von friedlichsten Absichten beseelt sind, und die, obgleich sie ihren Rechten Achtung zu verschaffen wissen, nicht die Rechte von anderen irgendwie zu beeinträchtigen suchen, ist ein wertvolles Element der Beruhigung für die gesamte Menschheit.“ — Man war freilich etwas enttäuscht, daß der Zar diesmal nicht nach Paris kam. Die nationallistische „Autorité“ schrieb: „Ich habe den Mut, es zu sagen, das Russenbündnis nützt uns nicht nur nichts, kommt uns nicht nur furchtbar teuer zu stehen, sondern drückt und verurteilt uns zu ewigem Verzicht. Dieses Bündnis sollte uns nach unserer Meinung die verlorenen Provinzen wiedergeben; seine Wirkung ist im Gegenteil, daß es uns verbietet, jemals wieder an sie zu denken. Wenn dem aber so ist, dann hätten wir es gar nicht nötig, gegen Deutschland geschützt zu sein, das nur die Erhaltung des bestehenden Zustandes wünscht, und man hat das Recht, sich beklommenen Herzens zu fragen, ob das deutsche Bündnis, so lästerlich dies auch zunächst scheinen mag, für uns nicht vorteilhafter gewesen wäre. Um Deutschland zu sagen, daß wir auf Elsaß-Lothringen verzichten, dazu brauchen wir Rußland nicht.“ — Die Sozialisten sprangen gar respektlos mit dem Zaren um; der sozialistische Maire von Reims redete ihn nur mit „Sie“ an.

Ende Juni fand eine Automobilsfahrt Paris—Berlin statt in vierundzwanzig Stunden; die nationallistische Presse tadelte solche Annäherungsversuche.

Es gab einen Konflikt mit der Türkei wegen der französischen Schulen, Kirchen, Hospitäler, Waisenhäuser, Mhyle. Hier beharrte die französische

Regierung trotz ihres Kulturkampfes auf dem katholischen Protektorat. Die Türkei wurde durch eine Flottendemonstration vor Mytilene gefügig gemacht.

Die Spannung mit England war so groß, daß auch das die Franzosen deutschfreundlicher machte.

**Völkzählung.** Furchtbar waren die Ergebnisse der Volkszählung. Das französische Volk, 38,600.000 Seelen, war eher zurückgegangen. Die geringe Zunahme um 330.000 Seelen seit 1896 war nur der Fremdeneinwanderung zu danken. Man tröstete sich damit, daß dafür die Deutschen infolge ihres Kinderreichtums finanziell schlecht stünden. Immerhin beschloß der Senat am 22. November, eine Kommission sollte die Mittel beraten, um die Entvölkerung Frankreichs zu verhüten. Aus der wachsenden Kinderlosigkeit der Familien ergab sich der Eintritt des Staates als Erbe des französischen Volkes (Allg. Ztg., 15).

In der 54. Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins machte Pastor Bourrier aus Sévres Mitteilungen über die evangelische Bewegung in Frankreich, wo 500 Geistliche aus der katholischen Kirche ausgetreten seien. Auch der Verein für Konvertierte (vom Katholizismus zum Protestantismus übergetretene) Priester in Frankreich berichtete über die stetige Zunahme dieser Übertrittsbewegung.

**Missionen.** Die Benediktiner der Abtei von Solesmes verließen dieses Kloster am 17. September. Ihr Auszug wurde zu einer großen Kundgebung. — Die Zahl der französischen katholischen Missionäre übertraf die aller andern Missionen zusammengekommen, von 6106 Missionaren waren 4500 Franzosen, nämlich Priester; dazu kamen 10.000 Schwestern.

Santos-Dumont, ein junger Brasilianer, hatte mit seinem lenkbaren Luftschiff zu Paris einen hübschen Erfolg (All. Ztg., 31. Okt.). Allerdings schien sein Vorgehen gegenüber dem Zeppelins etwas dilettantisch.

Aug. Ehrhard schrieb als Franzose über das Theater in Österreich, über Grillparzer. Er war Professor an der Universität in Clermont-Ferrand. A. Boffert schrieb (französisch) eine Geschichte der deutschen Literatur (Paris 1901). Der Franzose Fr. Jilly schuf eine neue Weltsprache, das „Jsilien“, ein vereinfachtes Latein, „ein Greuel für jeden Lateiner“ (Allg. Ztg., 285).

Das nachgelassene Werk Stendhals „Lucien Leuwen“ wurde nun erst herausgegeben. Gobineaus († 1882) nachgelassene Alexander-Tragödie wurde auch erst jetzt von Schemann in Straßburg herausgegeben. L. Schemann vollendete seine vierbändige Übersetzung des „Versuchs über die Ungleichheit der Menschenrassen“ vom Grafen Gobineau. Die neueren Forschungen schienen die Vorexistenz einer niederen „finnischen“ Rasse in ganz Europa zu bestätigen.

**Plastik.** Bildervom Hundesfriedhof in Paris zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 27. Juni. Ab. Bartholomés Denkmal für den Friedhof Père Lachaise wurde im Abguß in Dresden ausgestellt (All. Ztg., 6. Juni) und überschwenglich gefeiert. Ich finde nur das Peinliche, Niederdrückende des Todes dargestellt, nicht das, was der Dichter meint: „Nenne mich erfüllte Sehnsucht, nenne mich den Ruf deiner Lieben, nenne mich die stille Abendfeier vor der Ruhe der Nacht, nenne mich das stille Erbleichen der Sterne, eh hervortritt ein schöner Tag: Menschen nennen mich den Tod.“ Es ist nur die nackte Trostlosigkeit. Constantin Meunier exzellierte durch seine Arbeitertypen (All. Ztg., 13. Juni). Der Tiermalerin Rosa Bonheur errichtete man in Fontainebleau ein Denkmal mit einem Stier und ihrem Reliefbildnis (All. Ztg., 6. Juni): nicht eben sehr geschmackvoll.

Papst Leo empfing am 9. Januar englische Pilger unter Führung des Herzogs von Norfolk; dabei wurde die Forderung nach Wiederherstellung der weltlichen Unabhängigkeit des Papsttums entschieden ausgesprochen zum Mißvergnügen der italienischen Presse.

Die Enzyklika vom 26. Januar über die „christliche Demokratie“ konstatierte deren Unterschied vom materiellen Sozialismus mit Gütergleichheit und Gütergemeinschaft und von der politischen Demokratie. Die christliche Demokratie bestehe wie die Kirche unter den verschiedensten politischen Regierungsformen fort, sie achte die gesetzliche Autorität. Das Spenden von Almosen sei nicht, wie die Sozialisten meinen, eine Beleidigung der Armen, sondern diene dazu, die Bande der christlichen Liebe in der menschlichen Gesellschaft enger zu gestalten. Alles sei zu fliehen, was einen aufrührerischen, revolutionären Charakter habe; man treibe praktisches Christentum, so werde der soziale Friede überall eintreten. Diese Enzyklika wurde allerdings, wie wir hören werden, mißverstanden.

Dagegen verurteilte der Papst in einem Schreiben an Kardinal Vaughan vom 17. Februar den „liberalen Katholizismus“ als <sup>liberaler</sup> Inbegriff falscher Meinungen, als <sup>Katholizismus</sup> Gefahr, die aus dem Rationalismus herkommt und er erinnerte die Gläubigen an den schuldigen Gehorsam gegen die bischöfliche Gewalt. — In einer Ansprache an die Kardinale, 2. März, tadelte Leo die bösen Sekten und das Vorgehen der französischen Regierung. Am 7. November richtete er an alle Engländer die Aufforderung, die katholische Religion zu studieren, um so zur Wiedervereinigung der Kirchen beizutragen.

Die durch ein päpstliches Breve verfügte Umwandlung des illyrischen Instituts San Girolamo in Rom in ein kroatisch-altslawisches Kollegium wurde zu einer längeren Streitsache. Es handelte sich um das Übergewicht des österreichischen oder kroatischen Einflusses.

Italienische Politiker erwogen eine Annäherung an Frankreich, <sup>Italien</sup> um so Tripolis schneller zu bekommen. Andererseits betrachtete man gerade das Vorgehen Frankreichs in Nordafrika mit Mißtrauen. In der Kammer verlangten am 15. Juni mehrere Deputierte, daß die italienische Regierung bei einer künftigen Aufteilung der Türkei Albanien besetze und nicht dulde, daß sich in der Adria ein zweites Biserta erhebe. Der Minister des Auswärtigen Prinetti suchte zu zeigen, daß innige Beziehungen zu Frankreich mit dem Dreibund nicht unvereinbar seien. Vom nordamerikanischen Konsul in Kairo wurden die Italiener in Massaua beschuldigt, den Sklavenhandel zu dulden oder zu betreiben. In Neapel kam eine große Korruption der städtischen Verwaltung zutage. Peinlich waren die Nachrichten über die in Amerika gelynchten Italiener.



Die italienischen Briefmarken und neuen Münzen nahmen zum Teil den savijschen Adler an, der dem preussischen ähnlich sieht (Zll. Btg., 5. Dez.). Mario Ruttelis Gruppen für den Rajadenbrunnen in Rom (an Stelle der stilvolleren Löwen) wurden als schamlos empfunden; andere sahen darin die Verkörperung überschäumender Daseinsfreude (Zll. Btg., 7. März).

Über die historischen Institute in Rom, das österreichische, das preussische und das der Görresgesellschaft, berichtet H. Finke in der „Allgemeinen Zeitung“, 190.

Marconi versuchte bereits, mit der drahtlosen Telegraphie über den Ozean von Cornwall nach Neufundland zu operieren.

Nach seinem vor fünf Jahren erschienenen Roman „Piccolo mondo antico“ gab A. Fogazzaro nun das Gegenstück „Piccolo mondo moderno“. Die liberale Kritik (Allg. Btg., 146) war enttäuscht über die „Rückkehr in den dogmatischen Formenkreis der katholischen Religion“, die „aufdringliche Tendenz“ in diesem Sinne, den mystischen Asketismus, und zog das Renaissancegefühl eines d'Annunzio dieser Richtung vor. Gabriel d'Annunzio (eigentlich Rapagnetto) ließ seine Verehrer in Wortgymnastik und einer widerlichen Mischung von Realismus, Ästhetizismus und Symbolik schwelgen. In einem Roman (Fuoco) brachte er seine Beziehungen zur Schauspielerin Duse in indiskretester Weise vor die Öffentlichkeit. — Edm. de Amicis gab seine Kindheits- und Schulerinnerungen.

Spanien.

Auch in Spanien schien sich ein Kulturkampf vorzubereiten. Man demonstrierte gegen die Jesuiten, forderte die Trennung der Kirche vom Staat. Auch die Weltpriester nahmen unter Führung des Kataloniers Pey Ordeix teil am Kampf gegen die Orden. In der Kammer wurden die Maßregeln beraten, um das Eindringen der aus Frankreich ausgewiesenen Kongregationen in Spanien zu verhindern. Von 700 Ordensgeistlichen, die die Grenze überschritten, blieben aber nur 52 in Spanien. Die Katalanen verlangten Trennung von der kastilischen Regierung.

Noch heftiger als in Spanien war der Klostersturm in Portugal. Alle Niederlassungen der Franziskaner, Benediktiner und Jesuiten wurden aufgelassen. In den Kolonien mußte man freilich glimpflicher umgehen. — Infolge der Verordnung über die religiösen Genossenschaften in Portugal verließen manche das Land; die Franziskaner und Jesuiten konstituierten sich als Laiengenossenschaften.

Schweiz.

Im Berner Nationalrat bezeichnete der Präsident die Hinschlachtung des freien Volks der Buren als das traurigste Ereignis der Zeit. Es wurden auch im Kantonsrat dagegen Beschlüsse gefaßt. Andererseits waren die Schweizer beunruhigt durch die deutschen Befestigungswerke gegenüber Basel. Der Kongreß der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz zu Basel 27. September beschloß die Herausgabe einer Sammlung der Arbeiterschutzgesetze aller Länder. Der bisher vermittelnde Grütliverein schloß sich ganz der sozialdemokratischen Partei an. Die Sozialisten protestierten gegen die Ausweisung der fremden Anarchisten.

Henry Dumant, der edle Anreger der Genfer Konvention, starb in einem Schweizer Armenhaus. Emily W. Kempin, der erste weibliche Privat-

dozent, starb in der Irrenanstalt Friedmatt-Basel. C. Hilty, der Verfasser des „Glück“, schrieb ein Büchlein „Für schlaflose Nächte“. Nach manchen Mißgeschicken des Lebens starb der phantasiereiche Maler Arnold Böcklin in der Fülle seines Ruhmes. Zu Altdorf wurde ein Tell-Festspiel nach Schiller aufgeführt (Ill. Ztg., 22. Aug.). Ein Schweizer Lustschiffprojekt zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 21. März.

Am größten war die Empörung über die englischen Greuel gegen die Buren bei den Holländern. Man wollte durch einen Boykott der englischen Schiffe eine Einstellung des Südafrikanischen Kriegs erzwingen; freilich vergeblich. Königin Wilhelmine hielt am 7. Februar Hochzeit mit Prinz Heinrich von Mecklenburg. Man plante die Trockenlegung der Zuidersee. Ein Kongreß zu Nimwegen beschloß (Ende Sept.), die deutsche Sprache auf Kosten der französischen zu fördern.

In Belgien wurden fortan alle Berichte über Gesetzesvorlagen in beiden Landessprachen (französisch und flämisch) abgefaßt. Eine Heeresreform schien sehr notwendig. Über die Neutralität Belgiens sagte am 7. Juni im Senat Favereau, der Minister des Auswärtigen: Die Garantie der Neutralität sei in einem Sondervertrag zwischen Belgien und den fünf Garantiemächten niedergelegt; die Absicht wäre gewesen, zu verhindern, daß Belgien andern europäischen Nationen als Kriegsschauplatz diene. Das Land müsse also jeden Einfall, von welcher Seite er auch komme, selbst zurückweisen und habe deshalb die Pflicht, sich mit der Möglichkeit eines Einfalls zu befassen. Wir wissen heute, daß die Spitze dieser Erörterung gegen das Deutsche Reich gerichtet war.

„Pelleas und Melisande“ von Maeterlinck wurde in London mit Musik von Gabr. Fauré aufgeführt.

Auf der zehnten Allgemeinen Lutherischen Konferenz in Lund sprach Bischof Rabergh aus Åbo in Finnland über das Thema: „Wie kann die Einheit der lutherischen Kirche besser als bisher zur Erscheinung und Betätigung gebracht werden?“

Björnson behandelte religiöse und sozialistische Probleme in dem Doppelschauspiel „Über unsere Kraft“ in peinlicher, fast absurder Weise.

Vorzüglich ist das Denkmal des Geigers Ole Bull für Bergen, ausgeführt von Stephan Sinding (Ill. Ztg., 30. Mai).

In Dänemark verbrüderten sich die Studenten mit den Arbeitern. Das russische und das englische Herrscherpaar kamen an den Hof nach Kopenhagen.

Von den vier großen Preisen der Nobelstiftung kamen drei auf das Deutsche Reich, einer nach Frankreich (Sully-Prudhomme). Norwegen schloß sich immer mehr von Schweden ab.

Die Stimmung in Rußland war sehr deutschfeindlich. Man beschuldigte die deutsche Politik als Anlaß der chinesischen Wirren und kritisierte Bülow's Rede über China und Rußland: Rußland schaffe mit

der ostsibirischen Bahn ein Werk von allgemeiner Nützlichkeit. Von den Touloner Festen erwartete man eine Zerbröckelung des Dreibunds, einen Abfall Italiens. So werde durch Hinzutritt Spaniens und der Slawen eine völlige Einkreisung des Zweibunds erfolgen.

Die russische Presse schrieb über das Vordringen der Deutschen in Russisch-Polen: „Sie haben die besten Güter, zahlreiche Fabriken, Mühlen und Sägemühlen inne, über 13.500 ländliche und städtische Besitzungen im Wert von 400 Millionen Rubel. Sie dirigieren den Großhandel und die Banken. In allen 19 Gouvernements westlich vom Dniepr zählt man doppelt soviel Deutsche als Russen. Ganz in der Stille sind Millionen von Deutschen, die sich auf ihr mächtiges Vaterland stützen und mit ihm fest verbunden sind, bei uns eingedrungen. Die russische Bevölkerung stirbt vor Hunger, das Elend treibt sie übers Meer, ganze Massen gehen dem russischen Reich als Kriegs- wie als Arbeitsmacht verloren: unterdessen machen sich die Deutschen bei uns breit, mästen sich hier, fühlen sich als Herren des Landes.“ Ebenso ärgerte man sich darüber, daß die deutschen Technischen Hochschulen den Ausländern sich immer mehr verschließen; dadurch werde der russischen Kultur ein ungeheurer Schade zugefügt zum Vorteil der deutschen Invasion.

Am 1. November meldete Finanzminister v. Witte dem Zaren telegraphisch die Vollendung der mandschurischen, der ostsibirischen Bahn. „Mit der Schienenlegung von Transbaikalien bis Wladimostok und Port Artur ist unser Unternehmen beendet, wenn auch noch nicht völlig. Bereits kann ein provisorischer Verkehr stattfinden. Ich hoffe, daß binnen zwei Jahren alle noch übrigen Arbeiten zu Ende geführt werden und die Bahn dem regelmäßigen Verkehr eröffnet wird.“

In Peterhof empfing der Zar am 6. Juli eine Gesandtschaft des Dalai-Lama von Tibet. Persien und den Persischen Golf wollte die russische Presse als russisches Interessengebiet angesehen wissen. Aus dem kaukasischen Gebiet verzogen sich viele Mohammedaner nach der Türkei.

Im Innern hatte Rußland mit den Sektierern, den Stundisten, mit unruhigen und aufrührerischen Studenten zu schaffen. In Odessa, Kiew und Charkow wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Regierung schloß alle deutschen Privatschulen in den Ostseeprovinzen. Finnland protestierte gegen das verfassungswidrige Wehrpflichtgesetz.

Die ganze gebildete Welt war erschüttert durch das Urteil des Tolstoi. Heiligen Synod vom 25. Februar, das den Grafen Leo Tolstoi aus der orthodoxen Kirche ausschloß: „In seinen literarischen Werken und in Briefen, die von ihm und seinen Schülern über die ganze Welt, besonders in unserm teuren Vaterland verbreitet wurden, lehrt er mit dem Eifer eines Fanatikers den Sturz aller Dogmen der orthodoxen Kirche und des Wesens des christlichen Glaubens selbst. Er verleugnet den persönlichen lebendigen Gott in Heiliger Dreifaltigkeit, den Schöpfer und Fürsorger des Weltalls, verleugnet Jesum Christum, den Gottmenschen, Heiland und Erlöser der Welt, der für uns Menschen und unsere Errettung



gelitten hat und der von den Toten auferstanden ist, er verleugnet die unbefleckte Empfängnis und die Jungfräulichkeit der Mutter Gottes, er anerkennt nicht das Leben nach dem Tode und die Vergeltung, verleugnet alle Sakramente der Kirche und die gnadenreiche Wirksamkeit des Heiligen Geistes in denselben, und, indem er die heiligen Gegenstände des Glaubens des orthodoxen Volkes schmäht, entfacht er sich nicht davor, über das größte der Sakramente, das heilige Abendmahl, zu spotten.“ — Gleich darauf erfolgte ein Attentat auf den Kultusminister und eines auf Bobje-donoſzew, den Oberprokurator des Heiligen Synod.

Über Leo Tolstoi und seine „ideal-anarchistische“ Weltanschauung sagt Leop. v. Schroeder in der „Allgemeinen Zeitung“ 142: „Es ist wohl keine Übertreibung, zu sagen, daß es gegenwärtig keinen Menschen gibt, auf den im gleichen Grade die Augen der Welt mit gespanntester Aufmerksamkeit gerichtet sind. Haben wir doch in Tolstoi den zweifellos größten, genialsten aller lebenden Dichter vor uns, den größten Realisten und den größten Idealisten in einer Person... Er ist zugleich der tiefste, energischste Denker der Gegenwart, der gewaltigste Moralist.“ Ich meine aber, er war ein Irreführer der Zeit und ein Totengräber des russischen Volkes durch seine von Schroeder so sehr gerühmte vorbuddhistische „Upanischaden-Philosophie“. Tolstois „Macht der Finsternis“, obwohl schon vierzehn Jahre alt, mag zu seiner Exkommunikation beigetragen haben; hier nahm er sich der bäuerlichen Sekte der Duchoborzen an.

Neben Tolstoi und Tschechow war der Name Maxim Gorkis in aller Munde, des Epikers des Bagabundenlebens. Er wurde immer mehr als Sprachrohr des russischen Zeitempfindens aufgefaßt. Gorki.

Die russische Regierung unterdrückte die Herausgabe einer kleinrussischen (ukrainisch-ruthenischen) Bibelübersetzung. Die britische Bibelgesellschaft nahm sich der Sache an.

Der ökumenische Patriarch Joachim III. in Konstantinopel richtete an die Oberhäupter aller orthodoxen Staatskirchen ein Rundschreiben zur Unterstützung der Friedenspolitik des Zaren. J. Novicow trat ein für „Die Föderation Europas“ (übersetzt von A. G. Fried); er wollte den Weg von der Anarchie seit Machiavelli zu einem geordneten Staatensystem bezeichnen.

Sophus Ruge schrieb über „Die transsibirische Bahn“.

Über die Geschichte der schwäbischen Ansiedlungen in Transkaukasien berichtet Hugo Grothe „Allgemeine Zeitung“, 152.

In Rußland konnten die Schüler der Gymnasien wählen zwischen Französisch und Deutsch. Etwa 70 Prozent wählten das Deutsche. In den Handelsschulen bestanden 95 das Examen in Deutsch, 17 in Französisch, 4 in Englisch.

Den neuen Königspalast in Belgrad zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 2. Mai.

Ernst Ziller, ein Schüler Hansens, baute die Nationalbibliothek in Athen (All. Ztg., 21. März).

Bruno Sauer versuchte aus spärlichen Ansatzspuren die Giebelfiguren des Theseustempels zu Athen wiederherzustellen (All. Ztg., 30. Mai).

Ru-  
mänien.

In Bukarest wurde ein Wochenblatt in russischer und französischer Sprache begründet, das für eine Balkanföderation unter russischem Protektorate Propaganda machte.

Serbien.

Serbien knüpfte die gestörten diplomatischen Beziehungen zu Montenegro wieder an. Das serbische Königspaar machte sich aber wenig beliebt durch die Absicht der Königin, die Thronfolge ihrem Bruder, dem Leutnant Lujewiza, zuzuschansen.

In Athen entstanden Unruhen wegen einer Bibelübersetzung in die Bulgärsprache, was als undogmatisch galt. Geistliche und Studenten verlangten die Exkommunikation der Übersetzer. Auch die Gebildeten wollten eine möglichst altklassische Literatursprache festhalten.

Türkei.

Die türkische Regierung ging sehr streng gegen die jungtürkische Bewegung vor, die ihren Hauptherd in Paris hatte. Vom türkischen Konflikt mit Frankreich war schon die Rede.

In Ägypten war die Nilregulierung zu Ende geführt. Man suchte aber trotz der neuen Dammanlagen den Tempel von Philae zu erhalten.

Ein neuer Mahdi, der tolle Mullah Abdullah Aschur, machte den Engländern im Sudan zu schaffen.

Im Dezember verriet ein russischer Kreuzer vor Koweit, daß Rußland offenbar für seine asiatischen Besitzungen einen Ausgang nach dem Persischen Golf erstrebe.

Über die ostafrikanische Zentralbahn schrieb Armin Seidl „Allgemeine Zeitung“, 60.

Ostasien.

In Peking wurde ein kaiserliches deutsches Postamt erbaut (M. Ztg., 14. Nov.).

Einen Aufsatz über chinesische Lyrik schloß D. Hauser mit Rückerts Wort: „Weltpoesie allein ist Weltversöhnung“ (Allg. Ztg., 107).

Max Müllers Bibliothek wurde nach Japan verkauft.

Albrecht Wirth schilderte „Ostasien in der Weltgeschichte“; er kam zum Schluß: „Die ostasiatische Kultur ist jünger als die europäische. China ist im Aufschwung, es kann nicht aufgeteilt werden. Es war nie abgeschlossen.“

Amerika.

Man stellte den Rückgang der schwarzen Rasse in Amerika fest: „In der Sklaverei vermehrt sich, in der Freiheit stirbt der Schwarze; seit ihrer Emanzipation sind ihrer fast die Hälfte, von vier Millionen etwa anderthalb, zugrunde gegangen.“

Das nordamerikanische Unterseeboot „Fulton“ erregte großes Aufsehen (M. Ztg., 4. Juli).

Es ergab sich, daß in den Vereinigten Staaten von 1885 bis 1900 nicht weniger als 2516 Personen, darunter 51 Weiber, gelyncht wurden: schöne Zustände!

W. George begründete bei Newyork eine „Junge Republik“, eine Erziehungsanstalt für verwahrloste Kinder mit Selbstregierung.

Das Werk des amerikanischen Forschers N. L. Garner über die Sprache der Affen wurde von W. Marshall ins Deutsche übersetzt. Garner arbeitete mit dem Phonographen.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Mac Kinley, wurde am 4. März zu Washington in sein Amt eingesetzt. Er sprach bei dieser Gelegenheit vom auswärtigen Handel, von internationalen Schiedsgerichten, von den neuen Schwierigkeiten im befreiten Kuba und auf den annektierten Philippinen. Es war ein philippinisches Fiasko. Es verlautete, daß die amerikanische Regierung Kohlenstationen in allen Weltteilen zu erwerben suche, um ihren Imperialismus zu befestigen. Auf der pan-amerikanischen Ausstellung zu Buffalo sprach Mac Kinley über die Wirtschaftspolitik so, als ob der Staat lediglich ein Handelsunternehmen sei. Er erlag noch dort im September einem anarchistischen Attentat. Der Mörder Czolgosz wurde durch Elektrizität hingerichtet.

Mac  
Kinley.

Mac Kinleys Nachfolger wurde der bisherige Vizepräsident Roosevelt. Er zog auch Leute der demokratischen Partei heran und kündigte eine energischere Bekämpfung der Korruption in der Beamtenschaft an. Die öffentliche Meinung wandte sich von dem verfrachten Plan des Panamakanals ab und der Nicaragua-Linie zu. Ein Vertrag mit England sicherte der amerikanischen Regierung den ausschließlichen Einfluß auf einen Isthmuskanal.

Roose-  
velt.

Roosevelts Botschaft an den Kongreß 2. Dezember rühmte den blühenden Wohlstand des Landes und erklärte auch, daß ein großer Teil der Feindschaft gegen die Trusts gänzlich ungerechtfertigt sei. Das Land sei den Männern zu großem Dank verpflichtet, welche den Handel des Landes geschaffen und seine Industrie entwickelt haben. Die Bedeutung der herrschenden Stellung, welche Amerika im internationalen Geschäftsverkehr der Welt erst seit kurzer Zeit einnehme, dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die amerikanische Arbeit muß geschützt werden. Es ist nötig, das Gesetz gegen die Chineseneinwanderung wieder in Kraft zu setzen und zu verschärfen. Auch Anarchisten müssen ferngehalten werden. Die Philippinos seien leider noch nicht reif zur Selbstregierung. Die Monroe-Lehre muß ein Hauptzug der auswärtigen Politik aller Nationen der beiden Amerika sein. Dazu muß eine starke Flotte geschaffen werden. — Präsident Roosevelt lehnte allerdings die Stiftung Carnegies ab: zehn Millionen Dollars zur Förderung des Unterrichtswesens, da daran die Sache des Stahltrust geknüpft war. — Auch die Kanalkommission empfahl den Bau des Nicaraguakanals und berechnete die Zeit des Baues auf acht Jahre. Kuba blieb unter der Oberhoheit der Union.

Der panamerikanische Kongreß trat im Oktober zu Mexiko zusammen. Bei Queretaro wurde eine Sühnkapelle für Kaiser Maximilian von Mexiko errichtet (All. Ztg., 21. März).

In Australien wurde der Beginn der Föderation und des Bundesparlaments gefeiert.

Japan war verstimmt wegen der Agitation in Kanada und Australien gegen die japanische Einwanderung.



## Das Jahr 1902.

Ausgang des Burenkrieges. Englischer Imperialismus. Englisch-japanisches Bündnis. Bülow über die italienische Extratour. Prinz Heinrich in Amerika. Erneuerung des Dreibunds. Polenfrage. Religiöse Fragen. Papstjubiläum. Die Marienburger und Nachener Rede des Kaisers Wilhelm. Reformkatholizismus. Fall Ehrhard, Spahn, Kraus. Fall Karl May. Bischof v. Keppler über die Reformlust. Babel und Bibel. Fall Krupp. Kaiser Wilhelm über die Kunst. Die Sprachenfrage in Österreich; konfessionelle und nationale Verschleibungen. Italiens Schwanken. Die christliche Demokratie. R. Murri. Der französische Klostersturm. Rußland in der Mandschurei. Zuckerkonvention. Bagdadbahn. Unruhen in Makedonien. Roosevelt über Monroedoktrin und Trusts. Venezuela. Die amerikanische Gefahr. Die Weltsprachen.

Buren-  
krieg.

Immer größer wurde die Empörung der ganzen Welt über die Grausamkeit der englischen Kriegsführung in Afrika. Die Praxis der Konzentrationslager bezweckte geradezu die Ausrottung des Burenvolkes. Vergebens suchte der Kolonialminister Chamberlain sich dagegen im Unterhaus am 20. Januar zu verteidigen. Militärisch waren die Buren unüberwindlich; ihre Kommanden durchzogen unaufhörlich das gesamte Gebiet der Kapkolonie, des Freistaats und Transvaals und hielten die englischen Truppen allerorten in Schach. Die Engländer hatten dagegen kein anderes Mittel als den systematischen Mord der Bevölkerung. Vergebens bot die niederländische Regierung ihre Vermittlung an; England wies sie zurück. General Ritchener suchte durch ein System von Blockhäusern die Streitkräfte der Buren allmählich zusammenzudrängen. Aber am 7. März wurde Lord Methuen von Delarey bei Tweebosch geschlagen und schwer verwundet gefangen; die Engländer verloren dabei 300 Mann. Die Buren gaben den Lord frei (13. März), und Ritchener erteilte daraufhin dem Burenführer Schalk-Burger freies Geleit durch die englischen Linien, um mit Steijn die Möglichkeit von Friedensvorschlägen zu besprechen. In der Tat wurde endlich am 31. Mai zu

Friede.

Pretoria der Friede von Ritchener, Milner und den Burendelegierten L. Botha und Schalk-Burger unterzeichnet. Diese beiden erließen aber gleichzeitig eine Erklärung, die eine Verurteilung Englands bedeutet. Es hieß darin: „Die Versammlung von Vertretern des Volkes beider Republiken der Südafrikanischen Republik (Transvaal) und des Oranje-Freistaates hat mit Bedauern von den Bedingungen Kenntnis genommen, die entweder unverändert angenommen oder abgelehnt werden müssen. Sie bedauert, daß man sich geweigert hat, mit den Republiken auf der Basis unserer Unabhängigkeit zu unterhandeln. Aber die von den englischen Militärbehörden eingeschlagene Kriegspolitik hat zu einer allgemeinen Verwüstung des Gebiets beider Republiken, zum Niederbrennen der Bohnsüße und Dörfer, zur Vernichtung aller Existenzmittel geführt.

Die Wegführung unserer gefangenen Familien hat einen unerhörten Zustand von Leiden und Krankheiten herbeigeführt, so daß in kurzer Zeit 20.000 unserer Lieben dort gestorben sind und die fürchterliche Aussicht besteht, daß bei Fortsetzung des Krieges unser gesamtes Geschlecht auf diese Weise aussterben kann. Die Kaffernstämme innerhalb und außerhalb unserer Grenzen sind bewaffnet, nehmen am Krieg gegen uns teil und haben durch ihre Greuelthaten einen unerträglichen Zustand geschaffen. Durch die Proklamationen der Feinde wurden die noch kämpfenden Bürger mit vollständigem Untergang und Verlust ihrer Habe bedroht. Durch die Kriegsumstände ist es uns seit langem unmöglich geworden, die vielen Tausende der von uns gemachten Kriegsgefangenen festzuhalten, so daß wir dem britischen Heere wenig Schaden zufügen konnten, während unsere gefangenen Bürger außer Landes gebracht wurden und von unserer ursprünglichen Streitmacht nur ein kleiner Teil übriggeblieben ist. Dieser Überrest kann in dem Zustand von Hungersnot und Entbehrung nicht mehr auf einen Sieg rechnen. Unter diesen Umständen sind wir gezwungen, die Bedingungen Englands anzunehmen. Kameraden, Brüder, Landsleute! Wir danken euch für euren Heldennut. Schickt euch in den Frieden. Möge Gott allen die Kraft geben, ihr Kreuz zu tragen. Wenn es auch kein Friede ist, wie wir ihn ersehnten, so laßt uns doch da verharren, wohin Gott uns geführt hat. Wir haben zweieinhalb Jahre lang den Kampf in einer Weise geführt, wie es die Geschichte bisher kaum kannte. Lasset uns nun die Hände reichen für einen andern großen Kampf, der vor uns liegt, für die geistige und soziale Wohlfahrt unseres Volkes. Lasset uns allen bitteren Gefühlen entsagen, lasset uns vergessen und vergeben, auf daß die tiefen Wunden heilen mögen."

Das Abkommen über die Unterwerfung der Buren wurde von der englischen Regierung am 2. Juni veröffentlicht. König Edward erließ eine Botschaft an das englische Volk „mit unendlicher Genugtuung“ über das Ende des gefährlichen Krieges, der das britische Weltreich in seinen Fugen krachen ließ und mehr dessen Schwäche als dessen Stärke zur Erscheinung brachte. Lord Ritzener erhielt als Dank für seine Leistung eine Dotation von 50.000 Pfund vom Parlament; dagegen protestierten nur die Fren. Das englische Bewußtsein hielt nun die Bahn zum schrankenlosen Imperialismus für freigegeben. Die unverhältnismäßig großen Verluste des englischen Heeres kamen nicht in Betracht.

Der Kolonialminister Chamberlain erklärte am 29. Juli im Unterhaus: „Eine schwierigere Aufgabe habe der Regierung nie vorgelegen, als die, Ordnung in das südafrikanische Chaos zu bringen, und dem Land eine Wohlfahrt zu geben, die sie früher niemals genossen habe. Man müsse eine neue Verwaltung einrichten, Gerichtshöfe einsetzen, einen großen Teil der Burenbevölkerung in die Heimat zurückführen, den geflüchteten englischen Ansiedlern ihr Heim wiedergeben, ein System der Besteuerung einführen. Man werde denen, die sich ergeben haben, die Treue halten. Die Buren selbst

Cham-  
berlain.

seien gegen die Übernahme von Ämtern durch Männer ihrer Rasse; sie hätten erklärt, Engländer zu bevorzugen. Aus dem Steuerertrag der Minen und Bergwerke könne man einen Teil der Kosten decken.

Die Buren. Im August kamen die Burengenerale Botha, Dewet und Delaroy nach England; sie wurden von der Bevölkerung sympathisch begrüßt, vom König empfangen. Die Burengenerale hielten es aber nach all dem für nötig, am 23. September an alle Kulturnationen folgenden Aufruf zu erlassen: „Es wird der Welt bekannt sein, wie die Buren gezwungen waren, die vorgelegten Friedensbedingungen anzunehmen. Wir wurden beauftragt, uns nach England zu begeben, um an erster Stelle unsere neue Regierung um Milderung des ungeheuren Elends zu ersuchen, das bei uns herrscht. Gelänge dies nicht, so sollten wir an die Humanität der gebildeten Welt appellieren. Dazu sind wir genötigt, da bis jetzt unsere Versuche bei der englischen Regierung fehlschlagen. Die uns schon während des Krieges zugegangenen Unterstützungen für unsere Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern sowie für die Gefangenen in allen Weltteilen haben viel dazu beigetragen, das harte Schicksal dieser armen Unglücklichen zu erleichtern. Das Volk beider Republiken hatte alles aufgeboten für seine Unabhängigkeit, und jetzt, nach vollendetem Kampfe, steht es vollständig ruiniert da. Über 30.000 Häuser der Buren, eine beträchtliche Anzahl Dörfer sind von den Engländern verbrannt oder zerstört worden; unsere Fruchtbäume sind gefällt, alle Landbaugeräte zerstückelt, Mühlen vernichtet, jedes Tier entführt oder getötet. Uns blieb nichts mehr übrig. Das Land ist eine Wüste; es hallt wider von den Wehklagen der Witwen und Waisen. Die Kinder sind ohne Erziehung. Der Schaden ist so unbeschreiblich groß, daß die kleine Summe, welche England den Friedensbedingungen gemäß verabreichen wird, selbst wenn sie verzehnfacht wäre, durchaus unzulänglich sein wird . . . L. Botha. Dewet. Delarey.“ Es versteht sich, daß die Engländer dergleichen ungerne hörten und mit Mißtrauen die weiteren Schritte der Buren in Europa und Amerika beobachteten.

Imperium. Im Bewußtsein der imperialistischen Politik Englands forderte Chamberlain schon am 11. Januar „eine Welt in Waffen“ heraus: „Es kann kaum ein Opfer zu groß erscheinen für das Ergebnis, daß wir uns zur Höhe des Imperiums erheben können, welches nicht an die Grenzen des Vereinigten Königreiches gebunden ist, sondern jeden Mann britischer Rasse in jedem Teile der Erdfugel umfaßt. Das ist der Imperialismus, um dessentwillen ich von jedem patriotischen Briten Unterstützung verlange.“ Frecher ist ein solcher Plan sonst nie ausgesprochen worden. Chamberlain stützte sich dabei auf „die Zuneigung und das Vertrauen unserer Verwandten jenseits der Meere“. Der Kampf der Buren und Briten um die Oberherrschaft in Südafrika stamme schon von früher her.

Edward. Die Thronrede des Königs Edward (16. Jan.) hob den Vertrag mit den Vereinigten Staaten über den interozeanischen Kanal hervor, als



Zeichen der Freundschaft mit den amerikanischen Vettern. Ein Dreieund England-Deutschland-Vereinigte Staaten wurde besprochen, aber schließlich wurde das Bündnis vom 30. Januar mit Japan über gemeinsames Vorgehen in Ostasien, besonders in Korea und China, maßgebend für die ganze folgende Politik bis in den Weltkrieg hinein. Dadurch zog England die junge japanische Macht noch stärker als bisher in das System der Großmächte, machte aber das Abkommen mit Deutschland über die Mandschurei wertlos. Die Rekrutierungsfrage wurde durch einen neuen Plan im Sinne des Imperialismus gelöst. Ein Vertrag mit Persien 22. März sicherte den dortigen Einfluß. Im Mai wurde an der Reform der Offiziersausbildung und am Ausbau der Marine gearbeitet. Der Kolonialminister unterhandelte mit den autonomen Kolonien im Juni wegen des engeren Zusammenhalts aller Teile des Reichs. Die Hinneigung Italiens zu Frankreich wurde trotz gegenteiliger Versicherungen als eine Verschiebung des bisherigen Gleichgewichts empfunden. Eine große Demonstration des Weltimperiums sollte die feierliche Krönung des Königs sein, die aber erst am 9. August abgehalten werden konnte, nachdem der erste Termin (26. Juni) wegen Erkrankung des Königs aufgeschoben werden mußte.

Neuerlich wurde im November beim Besuch des Deutschen Kaisers in England die Möglichkeit eines englisch-deutschen Bundes erwogen. In einem Rückblick auf dem Lordmajorsbankett sagte Minister Balfour am 10. November: „Es handelt sich um die Fortführung der Politik des europäischen Konzerts, das in der Vergangenheit ein großes Werkzeug für den Frieden war und dazu bestimmt ist, in der Zukunft eine noch größere Rolle für den Fortschritt und die Gesittung der Christenheit zu spielen, als während der jüngsten Jahre.“

Am stärksten offenbarte sich das Zusammengehen mit dem Deutschen Reich im Konflikt mit dem unruhigen Venezuela, trotz der Stimmungen in beiden Reichen und trotz der Monroe doktrin.

In Irland agitierte die nationale Liga gegen die Bezahlung des Irland-Pachtgeldes an die Landlords. Polizei mußte einschreiten. Die Liberalen traten für das irische Home Rule ein und bekämpften den Imperialismus der Regierung. Russell eiferte im Unterhaus gegen die Versuche, die irischen Forderungen mit Gewalt niederzuwerfen. England stehe vor einer Krise, die seine Grundfesten erschüttern. Es stehe in Irland eine neue Schreckensherrschaft in Aussicht. Man müsse sich endlich zu dem radikalen Mittel entschließen, die englischen Großgrundbesitzer durch den Staat zu entrichten und die irischen Pächter allmählich in Eigentümer zu verwandeln. Wie lang soll es dauern, daß die Iren armseliger als in Kaffernhütten wohnen und schlechter daran sind als die Armenhausbewohner Englands? Die Unruhen nahmen aber zu, so daß die Regierung im April neun irische

Grasschaften in Ausnahmezustand erklären mußte. Dagegen protestierte eine Massenversammlung in Dublin 14. September. Dabei kam es zu einem Zwist zwischen den Führern der irischen Liga und den Kirchenbehörden, da der Erzbischof dem Druck der Regierung nicht gut widerstehen konnte.

Eine Schulvorlage für konfessionelle Schulen wurde von den Liberalen bekämpft.

Sehr aufgeregt war man über den amerikanischen Schiffahrtstrust. Um zu verhindern, daß die Cunardlinie dem Trust beitrete, zahlte ihr die Regierung eine hohe jährliche Subvention. Dafür sollten die Schiffe im Kriegsfall der Regierung zur Verfügung stehen.

England baute Schiffskolosse nach einem neuen Typ mit 15.000 Tonnen.

Der Engländer Stanley Spencer erreichte mit seinem lenkbaren Luftschiff nur bescheidene Erfolge (All. Ztg., 2. Okt.).

Die Literatur zum Burenkrieg gibt die „Allgemeine Zeitung“ 251. — Der Burengeneral Christian R. de Wet schilderte seine Kriegserinnerungen „Der Kampf zwischen Bur und Brite“. Ebenso freimütig, wie er den Engländern keinen Vorwurf ersparte, urteilte er auch über seine eigenen Stammesgenossen, unter denen Unverstand, Disziplinlosigkeit, Untreue, Feigheit erschreckend verbreitet waren. Er brandmarkte die, die dem Feinde als Ratgeber und Führer dienten.

In England bildete sich ein romsfreier Franziskanerorden innerhalb oder neben der Staatskirche (Allg. Ztg., 1. Okt.).

In London wurde von den Zionisten eine jüdische Universität geplant.

Präraffaeliten.

W. Fred schrieb über die Präraffaeliten Englands, ausgehend von der weniger bekanntgewordenen, unter dem Nachklang der Romantiker Novalis und Wackenroder von Overbeck, Pfors, Ludw. Vogel u. a. 1809 zu Wien begründeten Lukas-Brüderschaft, deren Geschichte Howitt-Binder schilderte (Fr. Overbecks Leben, Freiburg 1886, 1, 77—114). — Walter Paters „Renaissance, Studien in Kunst und Poesie“, übersetzt von W. Schölermann, stellten sich Ruskin an die Seite. — Die Detektivromane von Conan Doyle standen in ihrer Blüte. — John Perry zeigte in der „Nature“, die notwendigste Erfindung wäre, dem Mißbrauch der Kohle zu steuern durch bessere, vollständigere Ausnützung um das Zehnfache.

Deutschland.

Der große Entscheidungskampf zwischen dem großbritannischen Imperialismus und dem Deutschen Reich hatte seine Vorspiele im Redegeplänkel Chamberlains und Bülow's. Dieser gab dem Engländer am 8. Januar im Reichstag eine Lektion über internationalen Anstand. „Aber laßt den Mann gewähren und regt euch nicht auf; er beißt auf Granit!“

Bülow.

sagte er mit den Worten des alten Fritz. Vom Dreibund sagte Bülow: „Er ist nicht eine Erwerbsgenossenschaft, sondern eine Versicherungsgesellschaft; nicht offensiv, sondern defensiv; nicht aggressiv, sondern friedlich. Er beruht nicht auf einer künstlichen Kombination. Er stellt historisch die Versöhnung dar zwischen den nationalen Errungenschaften aus den Kämpfen der sechziger und siebziger Jahre und den Prinzipien der Stabilität auf

der Basis der Wiener Verträge (1815). Der Dreibund verbindet die Vergangenheit mit der Gegenwart und sichert die Zukunft. Er schließt auch gute Beziehungen seiner Teilnehmer zu den andern Mächten nicht aus. Ich halte es nicht für richtig, wenn ein Teil der Presse anläßlich der französisch-italienischen Abmachungen Unruhe an den Tag gelegt hat. In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau einmal mit einem andern eine unschuldige Extratour tanzt. Hauptsache ist, daß sie ihm nicht durchgeht; sie wird ihm nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am besten hat.<sup>1)</sup> Der Dreibund legt seinen Teilnehmern keinerlei lästige Verpflichtungen auf; ... ohne den Dreibund würde dieser oder jener Teilnehmer in seiner Isolierung zu stärkeren militärischen Anstrengungen und Aufwendungen genötigt sein als jetzt, wo er Mitglied einer starken Gruppe ist. Die französisch-italienischen Abmachungen über gewisse Mittelmeerfragen gehen auch nicht gegen den Dreibund, sie liegen überhaupt nicht auf dem Dreibundgebiete ... 1879, als Bismarck mit Andrassy die Grundlage des Vertrages legte, trieben wir nur europäische Politik. Heute umspannt die Politik aller großen Mächte den ganzen Erdball. Ich glaube, daß es, seit es eine Geschichte gibt, wohl nie eine Zeit gegeben hat, wo gleichzeitig so viele mächtige Reiche existierten. Daraus entwickelte sich ein System der Gegengewichte, welches naturgemäß auch ohne besondere Verabredungen hinzielt auf die Erhaltung des Weltfriedens, denn es gibt keine Macht, die, wenn sie in Europa Krieg führen wollte nach der einen Seite, sich nicht sagen müßte: was geschieht aber inzwischen hinter meinem Rücken? ... Heute ist die Situation eine weniger gespannte. Es hat beruhigend gewirkt, daß Deutschland seit dreißig Jahren eine stetige Friedenspolitik getrieben hat. Vor dreißig Jahren war die Ansicht verbreitet, daß das Deutsche Reich eine kriegerische Politik treiben würde, ähnlich wie das Napoleonische Kaiserreich zweimal ... Jeder weiß, daß wir absolut friedlich sind. Dann erstrecken sich die Ziele der Weltpolitik auf Gegenden und Objekte, die weit entfernt von Deutschlands Grenzen liegen: Afrika, Persien, Ostasien. Wenn somit der Dreibund nicht mehr eine absolute Notwendigkeit ist, so bleibt er doch im höchsten Grade wertvoll als verstärkte Garantie für den Frieden und den Status quo ...“

Am 10. Januar nannte der Antisemit Liebermann v. Sonnenberg in Fortführung der Debatte Chamberlain den „verruchtesten Buben auf Gottes Erdboden“. Dafür wurde er zur Ordnung gerufen. Auch Bülow griff beschwichtigend ein, verbat sich auch die Art, wie der Redner innerösterreichische Verhältnisse besprach.

<sup>1)</sup> Dies Gleichniß war in jeder Beziehung nicht glücklich gewählt.



Als König Edward seinen Sohn, den Prinzen von Wales, zur Geburtstagsfeier Kaiser Wilhelms nach Berlin schickte (26. Jan.), sprach dieser vom „Imperium Britannicum, von dem auch gesagt werden kann, daß in seinen Grenzen die Sonne nicht untergeht“. Der Stadt Rom schenkte Kaiser Wilhelm am 27. Januar eine Goethestatue, jenes „Deutschen, der unser Volk immer auf Italien hingewiesen und damit dem deutschen Idealismus neue hohe Ziele gesteckt hat“. Das Standbild sei „ein dauerndes Wahrzeichen der Sympathien, die mich und Deutschland mit dem schönen Italien verbinden“. Der Bürgermeister von Rom dankte verbindlich.

Prinz  
Heinrich.

Die Reise des Prinzen Heinrich, des Bruders des Kaisers, nach den Vereinigten Staaten wurde durch einen Depeschenwechsel eingeleitet, in welchem der Kaiser der Freundschaft für Amerika Ausdruck gab. Der Prinz reiste am 15. Februar aus Bremerhaven ab. Die Reise gab zu weltpolitischen Kombinationen Anlaß. Darüber und über anderes äußerte sich auch Graf Bülow am 3. März im Reichstag: „Unsere Interessen in Ostasien sind, abgesehen vom Schutz der deutschen Missionäre, wirtschaftlicher Natur. Durch das englisch-japanische Abkommen wird das deutsch-englische vom 16. Oktober 1900 nicht berührt. Wir wollen auch in China keine Extrawurst, wir verlangen die gleichen Rationen wie die andern... Es ist das erstemal, daß ein hochbegabtes asiatisches Volk gleichberechtigt in Verbindung tritt mit einer europäischen Großmacht. Unsere Zeit steht im Zeichen der Weltpolitik. Gewiß hat Bismarck auch die Weltpolitik vorausgesehen, sogar eingeleitet. Wir stehen auf seinen Schultern... Wenn wir im vorigen Jahre der grassierenden China-müdigkeit nachgegeben hätten, so würden wir andern eine Möglichkeit geboten haben, sich dort auf unsere Kosten bequemer zu betten. Vom Standpunkt deutscher Zukunftsinteressen wäre das ein grober Fehler gewesen.“ Der Sozialist Gradnauer meinte, die Reise des Prinzen Heinrich werde trotz byzantinischer Verherrlichung die Beziehungen zu Nordamerika nicht bessern, weil das der Zolltarif unmöglich mache. Bülow erwiderte, es handle sich nur um Aufrechterhaltung der traditionellen guten Beziehungen zwischen beiden Mächten, wie sie seit den Tagen des großen Friedrich und des großen Washington bestehen. „Auch in einer fernsten Zukunft sieht mein Auge keinen Punkt, wo die politischen Wege des deutschen und des amerikanischen Volkes sich zu durchkreuzen brauchen.“ Hier hat sich Bülows prophetischer Blick nicht bewährt. Aber wer konnte Amerikas tückische Politik im Weltkrieg voraussehen?

Am 23. Februar wurde Prinz Heinrich von Preußen in Newyork, tags darauf in Washington vom Präsidenten Roosevelt empfangen. Am 25. vollzog in seiner Gegenwart die Tochter des Präsidenten die Taufe an der Yacht des Deutschen Kaisers „Meteor“. Beim folgenden Festmahl an Bord der „Hohenzollern“ sagte Roosevelt, der Schritt, den der Prinz unternommen, „müsse naturgemäß die beiden großen Nationen enger aneinander

knüpfen, deren Freundschaft so viel für die zukünftige Wohlfahrt der ganzen Welt bedeutet“. Die Presse, besonders die deutsche „Newyorker Staatszeitung“, gab dem Prinzen am 27. Februar ein Bankett. Der Prinz zitierte ein Wort des Kaisers, daß Preßleute in den Vereinigten Staaten beinahe mit kommandierenden Generalen rangieren. „Der Kaiser hat die jüngste rapide Entwicklung der Vereinigten Staaten aufs genaueste verfolgt; er ist sich sehr klar über die Tatsache, daß Ihre Nation eine rasch schreitende ist. Meine Sendung mag als Akt der Freundschaft angesehen werden, mit dem einzigen Wunsch, freundschaftliche Beziehungen zu fördern. Sollten Sie willens sein, eine ausgestreckte Hand zu ergreifen, so finden Sie eine solche jenseits des Atlantischen Ozeans.“ Zu den Deutschen, die ihm einen Fackelzug brachten, sagte der Prinz: „Aus Ihrem alten Vaterlande brachten Sie hier herüber ein gewisses Pflichtgefühl mit, das zweifellos in hohem Maße Ihnen geholfen hat, die Erfolge zu erringen, die Sie als Bürger dieses Landes erzielt haben.“ Dann machte der Prinz eine Reise nach St. Louis, Chicago, Niagara, Cambridge, Boston, Philadelphia. In Cambridge wurde er zum Ehrendoktor der Rechte der Harvard-Universität ernannt. Am 11. März reiste er von Newyork zurück.

Nach der Abreise des Prinzen am 11. März depeßierte der Kaiser an den Präsidenten: „Jetzt, da mein Bruder die gastlichen Gestade Amerikas verlassen hat, empfinde ich es als angenehme Pflicht, Ihnen auszusprechen, wie tief dankbar ich und das ganze deutsche Volk sind für den Glanz der Gastfreundschaft und die Herzlichkeit der Aufnahme, welche dem Prinzen von allen Klassen des amerikanischen Volkes bereitet wurde. Meine ausgestreckte Hand wurde von Ihnen mit festem, männlichem und freundschaftlichem Griff erfaßt. Möge der Himmel unsere Beziehungen mit Frieden und Wohlwollen zwischen den zwei großen Nationen segnen.“ Roosevelt antwortete dementsprechend. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ betonte gleichzeitig, der Besuch habe keinen bestimmten politischen Zweck gehabt. „In der Befräftigung überlieferter Freundschaftsgesinnung, der Erneuerung alten Vertrauens, der Bezeugung des lebendigen Verständnisses, das die Eigenart der Amerikaner für tüchtige Kulturarbeit gerade in dem Lande Europas findet, welches der großen Republik so viele mackere Bürger geschenkt hat, erkennen wir die Bedeutung der Mission des Prinzen.“ — Ein Nachspiel dieser Freundschaftsbezeugungen war ein Geschenk des Kaisers, das er am 14. Mai dem Präsidenten Roosevelt also ankündigte: „Ich stehe noch unter dem tiefen Eindruck, welchen der glänzende und herzliche Empfang meines Bruders durch die Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika auf mich gemacht hat. In den Reden, mit denen er begrüßt wurde, ward wiederholt der Tatsache Erwähnung getan, daß mein Ahne Friedrich der Große gegenüber der jungen amerikanischen Republik zur Zeit ihrer Entstehung immer eine freundliche Haltung bewahrt hat, indem er dadurch den Grundstein der guten Beziehungen legte, welche stets zwischen unseren beiden Ländern bestanden haben. Dem

 Kaiser  
Wilhelm.

mir von dem großen Könige gegebenen Beispiele will ich folgen. Ich beabsichtige, den Vereinigten Staaten eine Bronzestatue Friedrich des Großen zum Geschenk zu machen, die in Washington auf einem Platze zu errichten wäre, den sie freundlich auswählen wollen. Möge diese Gabe angesehen werden als dauerndes Zeichen der innigen Beziehungen, welche zwischen unseren beiden Nationen mit Erfolg gepflegt und entwickelt worden sind." Roosevelt antwortete verbindlich. Nicht alle Amerikaner waren aber als Republikaner von diesem Geschenk entzückt. Über das Geschenk des Deutschen Kaisers entschied Roosevelt, weil Friedrich der Große ein großer Feldherr gewesen, sei es am angemessensten, sein Standbild in der Nähe der neuen Kriegsschule aufzustellen. Es heißt, daß die Statue im Weltkrieg eingeschmolzen wurde, um den Kriegszwecken gegen das deutsche Volk zu dienen. Eine solche Roheit ist der damals allzu sehr überschätzten amerikanischen Kultur wohl zuzutrauen.

Die großen deutschen Reedereien, Hamburg-Amerika-Linie und Norddeutscher Lloyd schlossen Abkommen mit den amerikanischen Trusts und den englischen Schiffahrtsgesellschaften über die Abgrenzung ihrer Funktionen.

Dreibund.

Goluchowski.

Der Dreibund wurde am 28. Juni zu Berlin in unveränderter Form erneuert; Bülow, Graf Szögeny und Graf Lanza unterzeichneten den Vertrag. Darüber berichtete schon zuvor der österr.-ung. Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski am 7. Mai vor den Delegationen also: „Der Dreibund, dessen Gültigkeitsdauer<sup>1)</sup> im Mai 1903 abläuft, geht nunmehr der Erneuerung entgegen, nachdem die drei Kabinette formelle Zusicherungen hinsichtlich ihrer besten Absichten ausgetauscht haben, den zwischen ihnen bestehenden Allianzvertrag in seinem vollen Wert aufrechtzuerhalten. Auf der Grundlage sich gegenseitig deckender Interessen aufgebaut, jeder aggressiven Tendenz bar, wird der eminent konservative Bund der europäischen Zentralmächte auch weiter die hehren Friedensziele, denen er sein Entstehen verdankt, mit um so größerer Zuversicht verfolgen, als er nach den von berufener Seite wiederholt abgegebenen Erklärungen über die nicht minder friedfertigen Ziele des ihm gegenüberstehenden Zweibundes in dieser Gruppierung eine höchst wertvolle Ergänzung und Förderung seiner eigenen Aufgaben wohl erblicken darf. Diese parallel laufenden Aktionen haben bereits ihre Früchte getragen und werden sich gewiß auch in Zukunft gleich gut bewähren, zumal ihr Wesen nicht allein für jeden der Teilnehmer in der Sicherung des eigenen Besitzstandes, sondern auch in dem Bestreben kulminiert, die schädlichen Rückwirkungen von Ereignissen, die sich in anderen Gebieten abspielen würden, zu paralysieren, falls es überhaupt nicht gelänge, das Auftauchen derselben zu verhindern. Die Vorteile dieser internationalen Konstellationen werden noch

<sup>1)</sup> Nämlich mit Italien; der Zweibund der beiden Kaiserreiche war „ewig“.



dadurch prägnanter, daß sie nicht im mindesten spezielle Vereinbarungen zwischen einzelnen Mächten der verschiedenen Gruppen ausschließen über ihre spezifischen Interessen, die sie allein berühren und deren Regelung nicht nur in keinem Widerspruch mit den Prinzipien der Hauptgruppe steht, sondern im Gegenteil nur geeignet ist, die Garantien zu vermehren, mit denen man heute allseitig beflissen ist, das große Friedenswerk zu umgeben. Dies beweist das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Italien und Frankreich, als auch die Ausgestaltung unserer eigenen Beziehungen zu Rußland, zu der die Petersburger Vereinbarung vom Jahr 1897 geführt hat. Die seither in letztem Punkt eingetretene Wendung kann als eine der erfreulichsten Erscheinungen betrachtet werden, die in jüngster Zeit auf politischem Gebiet wahrzunehmen waren, weil damit Gefahren eingedämmt zu werden vermögen, die zur ständigen Beunruhigung gehören. Vom Augenblick an, wo autoritativ festgestellt werden konnte, daß weder wir noch Rußland selbstsüchtige Zwecke im nächsten Orient verfolgen, geschweige denn irgendeine Gebietserweiterung daselbst anstreben, mußte das Mißtrauen schwinden.“ Der Tscheche Kramarsch entgegnete, das Einvernehmen mit Rußland biete wohl die beste Friedensbürgschaft, aber die legitime Stellung Österreich-Ungarns sei durch die Ausführung eines faktischen Protektorats seitens Deutschlands in Konstantinopel und durch die nationalen Aspirationen Italiens am Ostgestade der Adria bedroht. Der Dreibund bedeute nach Bülow's Worten vom 8. Januar nur ein Sicherungsmittel für Preußens frühere Eroberungen, Österreich habe sich dazu hergegeben, alles zu ratifizieren, was die preußische Politik bisher systematisch gegen Österreich unternommen habe.

Über die Stellung des Deutschen Reiches sagte Kaiser Wilhelm in Emden 30. Juli bei Besichtigung des neuen Hafens: „Im Reich steht Emden. Preußen an erster Stelle; der König von Preußen hat wiederum das, was kein Deutscher Kaiser in der Lage war sich zu schaffen, die nötige Hausmacht. . . Ich glaube, daß bessere Tage für Sie im Anzug sind. Der Kanal ist gegraben, das Hinterland geöffnet, die Seeschiffe kommen herein.“

Zur Befräftigung des erneuten Dreibunds kam der König von Italien am 27. August nach Berlin und Potsdam. Der Kaiser begrüßte ihn als „den Sohn jenes ritterlichen Königs Umberto ohne Furcht und Tadel, der seine Freundschaft und Bundesstreue von meinen Vorgängern mit vollster Wärme auf mich übertrug. Willkommen sei Eurer Majestät zugerufen, als dem König des herrlichen, schönen Italiens, des Landes unserer Träume, des Jungbrunnens unserer Künstler und Dichter. Willkommen seien Eure Majestät uns als treuer Bundesgenosse nach Wiedererneuerung des uns mit unserm erhabenen Freunde Kaiser Franz Josef verknüpfenden Bündnisses, welches in alter Kraft fortbesteht und in das Sein unserer

Völker sich fest eingelebt hat, nachdem es Jahrzehnte hindurch Europa den Frieden gesichert hat und, so Gott will, noch für lange sichern wird." Der König antwortete italienisch.

Ein Besuch des Kronprinzen von Dänemark wurde als Zeichen der Besserung in den deutsch-dänischen Beziehungen betrachtet (27. Okt.).

**Buren.** Den Burengeneralen Botha, Dewet und Delarey, die im Oktober Berlin besuchten, wurden mit stürmischem Enthusiasmus auch 300.000 Mark als Ergebnis einer Sammlung übergeben. Der Kaiser war bereit, sie zu empfangen, wenn sie sich in Deutschland jeder antienglischen Agitation enthalten würden und sich durch Vermittlung des englischen Botschafters anmelden ließen. Dazu war General Dewet anfänglich geneigt, aber es erhoben sich bei den andern Generalen doch Bedenken, eine Audienz anzufuchen; sie wollten berufen sein und so verzichteten sie also alle drei. Die Regierung wurde deshalb in der Presse wegen ihrer zu weit gehenden Rücksicht auf England angegriffen.

**Polenfrage.** Die Polenfrage im preußischen Staat macht den Übergang von den auswärtigen zu den inneren Verhältnissen. Mit den Polen interpellierte auch das Zentrum wegen der Vorgänge in Breschen vom Vorjahr. Die Nationalliberalen klagten über den Rückgang des deutschen Elements im Osten (13. Jan.). Die Polen erklärten, der Kampf gegen ihr Volkstum sei verfassungswidrig. Bülow entschuldigte die Regierung, obwohl er zugab, daß gerade in diesem Fall, im Religionsunterrichte, die Anwendung körperlicher Strafen nicht wünschenswert erscheine. Aber der Religionsunterricht werde gemißbraucht, um deutsch-katholische Kinder zu polonisieren. „Es ist unsere Pflicht, die deutschen katholischen Minoritäten gegen die Polonisierung zu schützen. Man sucht auf polnischer Seite, die Begriffe polnisch mit katholisch und deutsch mit protestantisch zu identifizieren. Darin liegt eine Irreführung... Für mich als Ministerpräsidenten und Reichskanzler gibt es weder ein katholisches noch ein protestantisches, weder ein liberales noch ein konservatives Preußen oder Deutschland... Wenn es eine Lehre gibt aus der Geschichte der letzten vier Jahrhunderte, so ist es die, daß jeder Versuch der einen Konfession, die andere zu vernichten oder zu unterdrücken, nie zu einem Resultat geführt, wohl aber Schaden über das gemeinsame Vaterland gebracht hat. Mag sein, daß die Verschiedenheit der Konfessionen Deutschland in seinem innern Leben zum Segen gereicht hat, aber vom politischen Standpunkt ist sie eine Quelle großer Leiden gewesen... Deutschland kann nur eine Weltmacht werden, wenn wir keinen Riß aufkommen lassen im Gefüge unserer nationalen Geschlossenheit. Ich versichere Sie, daß mir jeder Gedanke einer Zurückdrängung, einer Zurücksetzung, einer Kränkung der katholischen Kirche auch in den ehemals polnischen Landesteilen fernliegt... In nationalen Fragen aber verstehe ich keinen Spaß... Wie liegen denn die

Verhältnisse? . . . Trotz der Tätigkeit der deutschen Ansiedlungskommission sind weit mehr Grundstücke aus deutschen Händen in die der Polen übergegangen als umgekehrt. Gegenüber dieser planmäßigen Agitation, der es nicht an den nötigen Mitteln fehlt und die die Wiederherstellung des nationalpolnischen Reiches wieder anstrebt, ist die deutsche Bevölkerung in große Schwierigkeiten geraten. Die Gesamtbevölkerung hat sich von 1890 bis 1900 um  $7\frac{3}{4}$  Prozent vermehrt; der Zuwachs der Polen betrug  $10\frac{1}{2}$  Prozent, der der Deutschen nur  $1\frac{3}{4}$  Prozent. Der Verlust der Deutschen an Grundbesitz betrug in derselben Zeit 1752 Grundstücke mit 159.097 Hektar, also ungefähr fünf Quadratmeilen. 1890 waren 98 Apotheken in deutschen, 27 in polnischen Händen; jetzt sind nur noch 85 deutsch und 45 polnisch. Ähnlich bei den Handwerkern. Die Boykottierung der deutschen Geschäfte verstärkt sich jedes Jahr . . . Grundlage einer zielbewußten Siedelungspolitik soll die Einsetzung deutscher Bauern in den Ostmarken sein, Festhaltung der dort vorhandenen Deutschen, Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes, Gründung von Fideikommissen und Majoraten, Hebung und Unterstützung der deutschen Handwerker und Kleingewerbetreibenden, Förderung des Fortbildungsschulwesens, Schaffung deutscher Vereine, Belegung der Städte mit deutschen Garnisonen (Breschen und Schrimm), Beteiligung der Beamten an der Gesellschaft, Errichtung des Museums und Bau der Bibliothek in Posen, landwirtschaftliche Anstalt in Bromberg . . . Wohin kein geistiges Leben führt, wo Kunst und Wissenschaft fehlen, da verkümmert der Deutsche. Wo der Deutsche aufblühen soll, da muß er seine Ideale pflegen . . . Unser Recht an diesen Provinzen ist ebenso geheiligt wie das anderer Völker an ihrem Besitzstande . . . Ohne Königsberg und Danzig (heißt es in einem polnischen Blatt) könnte das künftige Polenreich nicht bestehen; Polen muß außer Posen auch Schlesien wiedergewinnen. Diese Maßlosigkeit müssen wir bekämpfen." Fritzen vom Zentrum wandte ein, daß nur die Fehler der preussischen Schulpolitik den Polen zugute gekommen sind.

In den folgenden Wochen wurde vielfach die Frage besprochen, ob in Posen zur Förderung des Deutschtums eine Universität errichtet werden soll. Die polnische Presse war dafür, die deutsche mehr dagegen. Gegen die renitenten Breschener Kinder wurde durch Verweigerung des Entlassungszugnisses vorgegangen. Die polnische Presse forderte im April: Aufhebung der Regierungspatronate, aller Ausnahmegeetze, aller Beteiligung der Regierung bei der Wahl von Bischöfen und sonstigen kirchlichen Würdenträgern, Zurückgabe des eingezogenen Kirchen- und Klostervermögens, Wiederherstellung der geistlichen Schulaufsicht, völlige Gleichberechtigung der polnischen Sprache bei allen Behörden, Anstellung von gebornen Polen oder polnisch sprechenden Beamten. „Alle polnischen Landesteile, also Schlesien, Posen, Westpreußen, Masuren, Ermland müssen zu einem Ganzen unter der Verwaltung eines besonderen königlichen Statthalters mit einem besonderen Landtag vereinigt werden.“

Posen.



werden. Außerdem muß in Berlin ein besonderer Minister für polnische Angelegenheiten sein. . .“

Kolonisation.

Im Mai wurde dem preußischen Landtag ein Gesetz über die Stärkung des Deutschtums im Osten vorgelegt mit Anweisung großer Summen (eine Viertelmilliarde) zur inneren Kolonisation. Bülow empfahl das mit Bezug auf Bismarcks Vorgehen 1886; man solle sich nicht durch bisherige Fehler abschrecken lassen; die ganze Aktion brauche Jahrzehnte, um Früchte zu zeitigen. Das Zentrum verwarf die Vorlage als eine Ungerechtigkeit gegen die Polen, auch wegen konfessioneller Bedenken, da all das nur auf die Protestantisierung des Ostens hinausgehe. Auch der Freisinnige Richter erklärte das Gesetz als Ausnahmegesetz für verfassungswidrig, es werde nur die Ausdauer und Solidarität des Polentums stärken. Es sei ein fehlerhaftes und schädliches überdeutschtum. Die Viertelmilliarde werde in die Taschen der Polen fließen. Die konservative Presse sah voraus, daß dadurch die bisher staatsstreuen polnischen Elemente der nationalen Agitation zugeführt würden. Die Polen fragten: was ist das für eine Regierung, die mit einem Teil ihrer eigenen Untertanen auf dem offen eingestandenen Kriegsfuß lebt?

Bülow.

Bülow nahm am 12. Juni im preußischen Herrenhaus das Wort: „Die Entwicklung der preußischen Monarchie hat uns gezwungen, Teile fremder Nationalitäten in den Staatsverband aufzunehmen. Unsere Könige haben diesen anderssprachigen Elementen alle Wohltaten und Segnungen der deutschen Kultur erwiesen. Diese Elemente haben so eine Kultur erlangt, die ihnen früher unbekannt war und die sie aus eigener Kraft schwerlich erreicht hätten. Wir haben ihnen das volle Bürgerrecht eingeräumt . . . aber wir können ihnen keine Autonomie einräumen. Denn der preußische Staat ist ein Einheitsstaat, ein deutscher Staat, dessen Veruß darin besteht, überall das Deutschtum zu schützen und zu fördern. Zentrifugale Tendenzen lassen wir nicht zu; für föderative Gestaltungen ist bei uns kein Raum . . . Es ist unbestreitbar, daß die großpolnische Agitation die preußische Staatsidee, das deutsche Volkstum und die deutsche Sprache heftiger und bitterer als seit lange befehdet, daß sie die Wiederaufrichtung eines selbständigen polnischen Reiches unverhüllt als seit lange in den Vordergrund schiebt. Das ist es, was diese Frage zu einer wahren Schicksals- und Zukunftsfrage für die preußische Monarchie macht. Für den preußischen Staat bedeutet der Verlust dieser Provinzen (Oberschlesien, Posen, West- und Ostpreußen), deren Grenzen nur wenige Meilen von Berlin entfernt liegen, die Vernichtung seiner Macht, ja sogar den Verlust seines Namens. Preußen verlore den vierten Teil seiner Bevölkerung und würde zum Standpunkt und zur Benennung Brandenburg zurücksinken.“ Bülow berief sich auf den verstorbenen Miquel, der die Ansiedlung auch als gutes Geschäft erklärt habe. „Wir denken nicht daran, unsere polnischen Mitbürger aus ihrer Heimat zu vertreiben, ihnen ihre Sprache oder Religion zu rauben; aber wir können nicht dulden, daß unsre Kaufleute und Handwerker durch den polnischen Wettbewerb und Boykott vernichtet werden. Wir wollen nicht ruhig

mitansehen, daß durch einen planmäßigen Zuzug polnischer Elemente unser deutscher Bauer verdrängt und unter allerlei Schikanen zum Abzug gezwungen wird.“

Aber all das steigerte die Erbitterung der Polen derart, daß die polnischen Mitglieder des Posenschen Provinziallandtags am 7. Juni an den Oberpräsidenten ein Schreiben richteten, worin sie ihre Beteiligung an der Feier während der bevorstehenden Anwesenheit des Kaisers in Posen ablehnten. Das Kaiserpaar weilte vom 2. bis 4. September in Posen. Es wurden auch russische Gäste begrüßt, was auch eine Erklärung für die polenfeindliche, weil russenfreundliche Haltung der Regierung abgab. Als eine Freundlichkeit gegen Rußland erschien auch die Abrüstung der Stadt Posen als Festung. Der Kaiser sagte in einer Rede vom 4. September: „Ich beklage tief, daß sich ein Teil meiner Untertanen nichtdeutschen Stammes nur schwer in unsere Verhältnisse zu finden scheint. Der Grund dürfte in zwei Irrtümern zu suchen sein. Einmal in der Besorgnis vor der Antastung ihrer Konfession. Wer behauptet, daß meinen Untertanen katholischer Konfession Schwierigkeiten gemacht werden, macht sich einer Lüge schuldig . . . Er beleidigt den Nachfolger des großen Königs, der erklärt hat, ein jeder solle auf seine Fassung selig werden. Der zweite Irrtum ist der, daß die Stammeseigentümlichkeiten und Überlieferungen ausgelöscht werden sollen. Dem ist nicht so. Das Königreich Preußen setzt sich aus vielen Stämmen zusammen, welche stolz sind auf ihre frühere Geschichte und Eigenart. So soll es auch hier sein. Überlieferungen und Erinnerungen können ruhig bestehen; allein sie sind Geschichte, der Vergangenheit angehörig. Jetzt kenne ich hier nur Preußen . . .“ Kaiser Wilhelm enthüllte auch ein Denkmal seines Vaters Kaiser Friedrich. — Eine große Versammlung des Deutschen Ostmarkenvereins zu Danzig (13. Sept.) stellte sehr schroffe Forderungen auf, die nach der Meinung der Zentrumspreffe der Meinung des Kaisers widersprachen.

Wie man sieht, hingen die religiösen Fragen enger als je mit der polnischen Frage zusammen. Da kam denn auch wieder der „Fall Spahn“ aufs Tapet. Die Regierung erklärte im Reichstag (11. Jan.), der elsässische Landesausschuß habe seit langem die Anstellung von katholischen Professoren gewünscht; ein Drittel der Studenten sei katholisch, von 72 Professoren aber nur vier. Bachem vom Zentrum sagte, es gebe allerdings nur eine historische Wissenschaft, aber die Gesamtauffassung der Geschehnisse des allgemeinen Ganges der Weltgeschichte ist doch eine ganz andere, je nach dem Standpunkt des Verfassers, zum Beispiel in der Reformationsgeschichte, in der Geschichte des Mittelalters, des christlichen Altertums. Das bisherige System in Straßburg war das der grundsätzlichen Ausschließung aller Katholiken. Die historische Wissenschaft habe aber auf katholischer Seite die hervorragendsten Leistungen aufzuweisen, ebenso in Österreich und Frankreich.

Der  
Kaiser in  
Posen.

Fall  
Spahn.

**Jesuiten.** Auf eine Anfrage des Zentrums wegen Aufhebung des Jesuitengesetzes erklärte Staatssekretär Graf Posadowsky, es sei zu erwarten, daß die verbündeten Regierungen bald darüber schlüssig werden, da man von katholischer Seite meine, daß die Tätigkeit des Ordens zur Ergänzung und Unterstützung der Seelsorge nötig sei.

**Papstjubiläum.** Auch die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ feierte am 20. Februar das silberne Papstjubiläum: „In der langen Reihe der Päpste gibt es nur wenige Beispiele für eine zeitlich so ausgedehnte Verwaltung des obersten Hirtenamtes. Die Regierung Leos XIII. hat überdies auch nach ihrem Inhalt Anspruch auf einen glänzenden Platz in der Kirchengeschichte. Wie seit langem kein anderer seiner Vorgänger auf dem Stuhle Petri hat gerade das gegenwärtige Oberhaupt der katholischen Kirche die geschichtliche Idee des Papsttums verkörpert. Dieser Idee steht das neue Deutsche Reich, das nicht mehr im mittelalterlichen Sinne nach Weltherrschaft strebt, unbefangener gegenüber als das vergangene Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Kaiser und Papst haben seit Jahrzehnten ihr Interesse dabei gefunden, miteinander von Suverän zu Suverän in den Formen der völkerrechtlichen Kurtoisie zu verkehren, und der jetzige Träger der Tiara verdankt die nachhaltigsten Erfolge seines Pontifikats einer weisen Pflege der Beziehungen des Päpstlichen Stuhls zu der deutschen Großmacht. Das Entgegenkommen, das er hierin bei den Kaisern aus dem Hause Hohenzollern gefunden hat, ist dem internationalen Ansehen des Papsttums förderlich gewesen. Seine Majestät der Kaiser und König hegt auch persönlich für den ehrwürdigen Kirchenfürsten eine aufrichtige Sympathie, die über das Maß der herkömmlichen Höflichkeit hinausgeht.“

**Durant.** Eine religiöse Debatte entspann sich im preußischen Herrenhaus am 7. Mai. Freiherr v. Durant sagte: „Durch die Lehren mancher Professoren der Theologie ist die Religion aufs ernsteste bedroht. Wir stehen vor einer Revolution von oben. Daher die zahlreichen Selbstmorde. Der unumschränkte Subjektivismus ist der Feind des christlichen Glaubens. Die Vertreter solcher Lehren gehören nicht mehr zum Christentum, nicht mehr auf die Lehrstühle.“ Professor Loening (Halle) sagte dagegen: „Die katholische Kirche hat eine Lehrautorität, mit göttlicher Offenbarung ausgerüstet; eine solche Autorität kennt die evangelische Kirche nicht. Die freie Forschung ist das Recht, das wir uns erhalten müssen. Sonst wäre es der Tod der evangelisch-theologischen Wissenschaft in Deutschland. Die Bekenntnisse sind nur Menschenwerk. Ihre Aufgabe kann die Wissenschaft nur erfüllen im Kampf, Kampf ist das Leben, nur durch Kampf wird sie der Wahrheit nahekommen.“ Freiherr v. Durant entgegnete, er verstehe unter Christentum die Anerkennung der Göttlichkeit Jesu Christi. „Wo aber ein Zweifel nach dieser Richtung hin existiert, ist kein Christentum mehr.“ Generalsuperintendent Dryander konnte da nicht schweigen; auch er mußte sagen: „Die Reformation ist aus der Freiheit der Wissenschaft hervorgegangen; ohne sie würden wir die Reformation nicht



gehabt haben. Das sollten wir nicht vergessen.“ Das heißt: Die protestantische Wissenschaft darf sich selber wissenschaftlich aufheben.

Die Zentrumsabgeordneten erklärten in der bayrischen Abgeordneten-kammer am 2. Juni: „MommSENS Brief sei im ganzen Volk als eine Verleugnung des Christentums aufgefaßt worden. Und dem haben die Professoren zugestimmt. Da sei die Frage berechtigt, ob man das Geld des christlichen Volkes für solche Universitäten ausgeben solle. Die Forschung müsse ihre Grenzen haben, sonst könne auch ein Anarchist seine Lehre vom Katheder verkünden.“

Als am 5. Juni die Marienkirche in der Marienburg (prote-  
stantisch) eingeweiht wurde, fand auch ein Kapitel des Johanniterordens statt. Deputationen des katholisch gebliebenen Deutschherrenordens aus Österreich waren anwesend. Der Kaiser sagte beim Bankett: „Auf fremdem, heißem Boden zur Unterstützung notleidender deutscher Brüder gegründet, an der Seite des Ordens St. Johannis und der Tempelherren, war der Zweck des Deutschen Ordens, Jerusalem die Freiheit zu erstreiten und die Grabeskirche dem Kreuze zu erhalten. Doch diese Hoffnung trat nicht in Erfüllung. Ich meine, daß hier der Finger der Vorsehung zu erblicken ist. Dahin, an des Reiches Grenze, steckte die Vorsehung dem Orden die Aufgabe. Der Orden stellt die Blüte deutscher Leistungsfähigkeit dar. Die Marienburg war der Ausgangspunkt der Kultur. Jetzt ist es wieder so weit. Polnischer Übermut will dem Deutschtum zu nahe treten. Ich rufe alle Brüder des Ordens St. Johannis auf, deutsche Art und Sitte zu wahren.“ Prinz Albrecht begrüßte die Abgesandten des Deutschherrenordens aus Wien und Utrecht. Der Hoch- und Deutschmeister Erzherzog Eugen hatte sein Fernbleiben entschuldigt. Der Kaiser bemerkte noch: „Die Tendenzen der Orden sind dieselben gewesen wie das große herrliche Gesetz, das unser Erlöser der Menschheit gegeben hat. Das erhabene Gesetz der Bruderliebe vereint die Orden, welcher Konfession sie auch sein mögen, in dem großen Ziel, der leidenden Menschheit beizustehen und damit das Werk der Erlösung weiter zu fördern. So wie wir heute in der alten Marienkapelle unsere Knie gemeinsam gebeugt haben vor einem Allerhöchsten, so möge die gemeinsame Arbeit des Ordens gefördert werden zum Schutz alles dessen, was gut deutsch ist.“ Etwas stimmte in all dem nicht ganz: das Protestantische, das Nationalistische. Der Kaiser telegraphierte noch an König Edward und erinnerte daran, daß schon einmal englische Johanniter mit Heinrich Bolingbroke (Heinrich IV.) hier waren. An Erzherzog Eugen depeschierte er: „Möge die alte Marienburg in Zukunft ein Wallfahrtsort für jeden Deutschen werden, der an ihr sein Deutschtum neu beleben und stärken soll.“

Marienburg.

Deutschmeister.

Bedeutender noch war die Rede, die Kaiser Wilhelm am 19. Juni zu Aachen hielt: „Aachen ist die Wiege des deutschen Kaisertums. So

Der Kaiser in Aachen.

groß war die Figur Karls des Großen, dieses gewaltigen germanischen Fürsten, daß von Rom ihm die Würde eines alten römischen Cäsaren angetragen wurde und er ausersehen ward, die Erbschaft des Imperium Romanum anzutreten . . . Erst das Erscheinen der siegesfrohen Germanen mit ihrem reinen Gemüte war imstande, der Weltgeschichte den neuen Lauf zu weisen . . . Allein die Aufgabe, das Amt des römischen Kaisers mit der Würde eines germanischen Königs zu verbinden, war zu schwer. Was Karl vermochte, das versagte das Geschick seinen Nachfolgern, und unter der Sorge um das Weltimperium verloren die späteren Kaisergeschlechter das germanische Land aus dem Auge. Sie zogen gegen Süden. So mußte deutsches Volk verkommen . . . Nunmehr ist ein anderes Kaisertum entstanden; dem deutschen Volke ist sein Kaiser wieder geworden. Allein die Aufgaben sind andere: nach außen beschränkt auf die Grenzen unseres Landes, um uns von neuem innerlich vorzubereiten, so sehen wir, daß das Reich sich kräftigt. Das deutsche Heer gewährt Rückhalt dem Frieden Europas. Weithin geht der Flug unserer Wissenschaft und Forschung. Dies ist das Weltimperium, welches der germanische Geist anstrebt. Wollen wir unsern Aufgaben gerecht werden, dürfen wir nicht vergessen, daß das Reich wurzelt in Einfachheit, Gottesfurcht und den sittlichen Anschauungen unserer Vorfahren. So erwarte ich von Ihnen, daß Sie mir helfen, die Religion aufrecht zu erhalten. Das gilt für beide Konfessionen. Hier steht General von Loë; er ward von mir gesandt nach Rom zum Jubiläum des Heiligen Vaters. Der Heilige Vater freute sich, ihm sagen zu können, daß er stets hochgedacht habe von der Frömmigkeit der Deutschen. Das Land in Europa, wo noch Zucht, Ordnung und Disziplin herrsche, Respekt vor der Obrigkeit, Achtung vor der Kirche, und wo jeder Katholik ungestört und frei seinem Glauben leben könne, das sei das Deutsche Reich und das danke er dem Deutschen Kaiser. Dies berechtigt mich zum Ausspruch, daß unsere beiden Konfessionen nebeneinander das eine große Ziel im Auge behalten müssen, die Gottesfurcht und die Ehrfurcht vor der Religion zu erhalten und zu stärken. Wer sein Leben nicht auf die Basis der Religion stellt, der ist verloren. So will auch ich mein Gelöbniß aussprechen, daß ich das ganze Reich, das Volk, mein Heer, mich selbst und mein Haus unter das Kreuz stelle und unter den Schutz dessen, von dem der große Apostel Petrus gesagt hat: Es ist in keinem andern Heil." — Im Münster sagte der Kaiser auf die Ansprache des Prälaten Bellesheim: „Wenn alle Geistlichen Ihrer Konfession so denken wie Sie, dann ist es um die Zukunft des Vaterlandes wohl bestellt . . . Wir führen nun das Werk, das Kaiser Karl der Große angefangen, fort. Die Liebe zur Natur ist ein echt germanisches Erbe. Diese übertragen sie in ihre Kunst

zum Schmucke ihrer Gotteshäuser, von den dadurch entstandenen Vorbildern kann kein Deutscher sich losmachen. Für den Landesherrn wird ihr Schutz zur Pflicht."

In der Presse wurde die Rede des Kaisers so wiedergegeben, als habe der Papst gesagt, in Deutschland allein würde volle Duldung gegen Katholiken geübt. Dagegen stellte die katholische Presse fest, daß die Religionsfreiheit für Katholiken in Holland unbeschränkter sei als im Deutschen Reich. Der Papst konnte unmöglich das Jesuitengesetz, das Klostergesetz, die Behandlung der Katholiken in Sachsen loben. Auch Generaloberst v. Loë sagte am 29. Juni in Bonn beim Fest des Papstjubiläums, den Zusatz des Wortes „allein“ habe weder der Papst noch der Kaiser ausgesprochen.

Bei der Einweihung der wiederhergestellten Willibrordkirche in Wesel 21. Juni sagte der Kaiser: „Ich danke Gott, daß die Erinnerung an die große Zeit der Reformation in so würdiger Weise wiederhergestellt worden ist.“ (Der hl. Willibrord war ein papsttreuer Katholik, die Kirche wurde 1424, also lange vor der Reformation, begonnen.)

Wesel.

Über die Echtheit der Aachener Reliquien erhoben sich Kontroversen.

Infolge eines Konflikts machte das bayrische Zentrum Abstriche für Kunstzwecke am Kultusetat. Kaiser Wilhelm richtete darauf an den Prinzregenten aus S w i n e m ü n d e am 10. August ein Telegramm, darin er seiner Empörung Ausdruck gab über die schnöde Undankbarkeit gegen das Haus Wittelsbach; er bot ihm die gestrichene Summe für Kunstzwecke an. Der Prinzregent lehnte dankend ab. Die Zentrumsblätter tadelten dies Eingreifen des Kaisers in die innern bayrischen Verhältnisse. Darüber wird noch zu reden sein.

Bayern.

Zur Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Mannheim am 24. bis 28. August erschienen 20.000 katholische Arbeiter. Braig sprach gegen die Behauptung, daß katholischer Glaube und wissenschaftliche Forschung unvereinbar sei. Esser bekämpfte die Gegenüberstellung von „politischem Katholizismus“ und „religiösem Katholizismus“ (Kraus). „Die Religion ist nicht nur eine bloße spekulative Idee, sondern ein Sauerteig, der alles durchdringen soll. Diese Aufgabe kann sie nicht erfüllen durch schmerzliches Sichzurückziehen vom Schauplatz der Werbearbeit. Das Christentum ist nicht Weltverneinung, sondern Weltüberwindung. Soll der religiöse Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen, so werden die inneren Prinzipien sein politisches Verfahren leiten. Will man ihm das versagen, so muß man die Forderung stellen, der Mensch müsse religionslos sein, um sich an öffentlichen Angelegenheiten beteiligen zu können. Die Zurückweisung der Religion auf bloße Innerlichkeit führt hinüber zum sozialdemokratischen Satz: Religion ist Privatsache.“

Katholikentag in Mannheim.

Der Zentrumsabgeordnete Schädler besprach noch am 21. September in einer Versammlung die Sache mit dem Abstrich von 100.000 Mark an

Schädler.



den bayerischen Kunstforderungen. „Ich weise die Einmischung des Präsidiums des Bundes, des Königs von Preußen, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt, zurück, und ich weiß mich darin einig mit meinen Parteikollegen im Reich. Auf diesem Weg wird Reichsverdrossenheit geschaffen. Alles, was uns Bayern bewegt von 1866 an, fängt aufs neue an, die bayerischen Gemüter in Wallung zu bringen. Mißtrauen wird gesät. Man wird es nicht los, wenn man uns sagt, wir seien Reichsnörgler und sollen den Staub von unsern Füßen schütteln. Wäre so etwas möglich in sonst geordneten Verhältnissen? Allerdings wenn der Kanzler in Norderny badet, wird es schwer werden, ihn dieses Bad austrinken zu lassen. Schwachheit und Schlappheit auf allen Seiten!“

Die katholische Presse griff die in München erscheinende Zeitschrift „Wartburg“ an, weil sie die Los-von-Rom-Bewegung ins katholische Bayern tragen wollte.

Ein Hirtenbrief der bayerischen Bischöfe (Ende Mai) verurteilte den Reformkatholizismus als den gefährlichsten Feind der katholischen Kirche. Der Ausdruck stammte von Josef Müller, dem Herausgeber der „Renaissance“. Eine Gesellschaft von noch fortschrittlicher gesinnten Katholiken scharte sich im Oktober um Franz Klagen, den Herausgeber des „Zwanzigsten Jahrhunderts“, mit dem Ziel, Katholizismus und moderne Kultur zu versöhnen.

Die Akademie Münster wurde durch Errichtung einer juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultät zur Universität erhoben.

Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß zu Dortmund am 21. Mai referierte Harnack über die sittlich-soziale Bedeutung des heutigen Bildungsstrebens, Schubring über „Kunst und Volk“, Pohle über Ursachen und soziale Wirkungen der modernen Industrie- und Handelskrisen.

Eine Versammlung von Altkatholiken in Bonn am 5. August beschloß Verstärkung der Agitation durch Jünglingsvereine.

Auf dem christlichsozialen Parteitag zu Siegen am 30. September mahnte Stöcker, die Arbeiter zu sammeln, um sie nicht sozialdemokratisch werden zu lassen.

Kaiser Wilhelm sagte bei der Vereidigung der Rekruten zu Berlin am 4. November: „Vergeßt euren Gott nicht, denn durch den Segen des Allerhöchsten wird euch euer Dienst leicht und lernt ihr schwere Stunden überstehen. Schämt euch nicht des Gebetes, das euch einst eure Mutter gelehrt hat. Wer Gott vertraut, ist noch nie untergegangen. Seid euch selbst treu...!“

Die „Historisch-politischen Blätter“ schrieben zum Jahresbeginn über „Gözenmarkt und Gotteskirche“. Hugo Koch referierte sehr eingehend über Albert Ehrhards vielumstrittenes Buch „Der Katholizismus und das 20. Jahrhundert im Lichte der kirchlichen Entwicklung der Neuzeit“. Verschieden wurde die Art der Druckgenehmigung aufgefaßt, die der Bischof Keppler von Rottenburg diesem Buch erteilt hatte mit den Worten: „Wiewohl in manchen Punkten anderer Anschauung als der Verfasser, nehme ich doch keinen Anstand, dem Buche... die kirchliche Druckgenehmigung zu erteilen, da es mit dem Stempel hohen sittlichen Ernstes und warmer Liebe zur heiligen Kirche gezeichnet ist.“ (Wir werden noch hören, daß der Bischof in

einer Ansprache vom 1. Dezember sich sehr stark über die Richtung Ehrhards ergangen hat.) Ferner wird der Fall Lenz besprochen; Professor Max Lenz von Berlin hatte nämlich auf Einladung des Hamburger Goethebundes einen Vortrag gehalten: „Römischer Glaube und freie Forschung“, mit Bezug auf den Fall Spahn. J. Ranftl stellt den steirischen Lyriker D. Kernstock („Aus dem Zwingergrätzlein“) vor. „Der Fall Lehmann“ gehört auch in den Gelehrtenstreit über Voraussetzungslosigkeit. Franz Meffert bezieht den Sozialismus als den Bankerott der „modernen“ Wissenschaft (129, 213). Die antikatbolische Wut des Heidelberger Professors Kirchenheim wird zur Kenntnis genommen (246); dieser wagte es, in der „Deutschen evangelischen Kirchenzeitung“ folgende Mahnung an den Deutschen Kaiser zu richten: „Der Deutsche ist mehr Protestant wie kirchlich; darum die Feindschaft gegen Rom und alles römische Wesen. Dem muß Rechnung getragen werden. Tun unsere Fürsten das nicht, so ist ihre Stellung in der Kirche gänzlich dahin . . . Morgens eine evangelische Kirche einweihen und ein protestantisches Zeugnis ablegen, und nachmittags den krassen Aberglauben der Papisten durch eine großartige Schenkung unterstützen, wie es am 31. Oktober 1898 geschah . . ., oder in bezug auf China den Einflüsterungen der vaterlandslosen Gesellen wie Anzer das Ohr leihen, oder Windthorst einen Kranz spenden: das alles mag politisch sein, ein Summus Episcopus darf das nicht, er verletzt dadurch das sittliche Gefühl seiner treuesten Untertanen . . . Wir möchten Sr. Majestät dem Kaiser die Lektüre des von seiner erlauchten Mutter übersetzten Buches von Minghetti *Stato e chiesa* ans Herz legen.“ — Es folgt (S. 264) eine Erörterung über die angebliche „Superiorität“ des Protestantismus. Dessen Wesen wird in der negativen Richtlinie gefunden: „Macht, was ihr wollt, wenn ihr nur nicht katholisch werdet!“ Die ganze Artikelserie ist sehr lesenswert. — Das Buch über Cavour von Franz K. Kraus erfährt eine eingehende Kritik von Bellesheim. Er faßt sie zusammen in die Worte: „Sie Kraus-Cavour! Sie Leo XIII.“ Denn in der Tat schließt sich hier Kraus völlig dem rücksichtslosen Gegner des realen Papsttums an und teilt dessen politische und nationalistische Irrtümer in beklagenswerter Weise. — Das Wanderleben eines englischen katholischen Schulmanns, Thomas Arnold, wird besprochen. — Es wird erinnert (354), daß schon 1882 Alfons Thun in Schmollers Jahrbuch die tiefere Auffassung der katholischen Sozialpolitik anerkannte, weil sie eine ethische Grundlage habe. Und neuerlich gestand Werner Sombart: „Am einheitlichsten und klarsten ist der Standpunkt der Katholisch-Sozialen. Sie nehmen nämlich ihren Ausgangspunkt von einem unwandelbaren Naturrecht.“ Allerdings gleitet er sofort von diesem Zugeständnis herab. — Der objektive Standpunkt des Protestanten Hermann Schiller in seiner Weltgeschichte (3. Bd., Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit) wird gewürdigt. Ferner Alb. Ruhnss „Allgemeine Kunstgeschichte“, die Neubearbeitung von Diels Friedrich Spee durch B. Duhr, die kleine F. K. Kraus-Biographie von K. Braig, das Bild eines agitatorischen Kirchenpolitikers, der gegen alle Kirchenpolitik und politische Religiosität agitierte. Der englische Historiker Samuel Rawson Gardiner erhält einen Nachruf. — Hermann Cardauns behandelte „Herrn Karl May von der anderen Seite“. May, der meisterhafte, verdienstvolle Erzähler wurde bis dahin in katholischen Kreisen einseitig überschätzt, nun aber auf einmal als größter Verbrecher, als ein literarischer

Katholisch-  
sozial.

Karl  
May.

Schwindler, als ein nichtiger Kerl behandelt. R. May hat sich freilich selbst durch die Art seiner Verteidigung nicht genützt, denn er ist ein besserer Dichter als Advokat gewesen. Es ist seine Tragik, daß er gerade in der Zeit, da er sich zu höherem Aufschwung rüstete, einer allgemeinen Verfolgung erlag. Ich zweifle nicht, daß seine hohen, originellen Qualitäten als Künstler und ringender Mensch noch der gerechteren Nachwelt sich offenbaren werden. Er vertritt die Romantik wie ein moderner Ariost. — Die Biographie des Bischofs R. S. Jägerle von Seckau († 1848) von B. Senzer wird besprochen. — F. Walter bespricht die beiden großen staatswissenschaftlichen Handwörterbücher. — Willkommen waren zwei Schriften: gegen Hoensbroech die von dem Nichtkatholiken Viktor Raumann-Pilatus „Was ist Wahrheit?“ und die des katholischen Naturforschers J. M. Perntner gegen Mommsen: „Voraussetzungslose Forschung, freie Wissenschaft und Katholizismus.“ Auch H. St. Chamberlain hatte in der Wiener „Fackel“ über den „voraussetzungslosen Mommsen“ geschrieben, allerdings auch in gegnerischem Sinn über „katholische Universitäten“. Bei aller Sympathie und Achtung vor dem Katholizismus hatte er doch verlangt, dieser solle erlauben, daß man seine Dogmen symbolisch nehmen dürfe. Ich habe ihm darauf brieflich bemerkt, nach katholischer Auffassung sei das übernatürliche „Symbol“ kein bloß ästhetisches Gleichnis oder Bild, sondern das Urbild, von dem alles Natürliche und Geschöpfliche das Abbild ist. Es versteht sich, daß er sich davon nicht überzeugen ließ, wenn er auch diese Anschauung geistreich fand. — Onno Klopp fragte: Was ist Reformation? Und antwortete: Landeskirchentümer. — Die Biographie Montalemberts von R. P. Decanuet wird besprochen. Ferner Bardenheuers Geschichte der altkirchlichen Literatur. — J. v. Mysielski betrachtet „Die Lage in den Ostmarken (Preußens) in polnischer Beleuchtung“. — H. Grisar, S. J., bespricht wieder Ehrhards „Katholizismus“ und sieht sich zu einigen freundschaftlichen Rügen genötigt, welche die ganze Methode und Manier betreffen. Er tadelt den eigentümlichen Optimismus gegenüber der „modernen“ Kultur, mit der man sich versöhnen soll und den übertriebenen Pessimismus im Anblick der heutigen katholischen Zustände. Befremdlich sei Ehrhards Kälte gegenüber dem Pontifikate Pius' IX., dem Bekämpfer des Liberalismus durch den Syllabus von 1864. Grisar empfiehlt „ein bißchen katholisches Selbstgefühl und hohe Achtung vor den eigenen Traditionen“. Ehrhard lasse auf Kosten des „Mittelalters“ die nachteiligen Seiten des modernen Kulturlebens allzusehr zurücktreten, er beschränke die Kirche zu sehr auf das „religiöse“ Gebiet, er übersehe den modernen Materialismus, überschätze den Nationalismus als neuen Kulturfaktor, ebenso den Individualismus und Subjektivismus. „Mit einem Worte — ohne meinen Freund beleidigen zu wollen — es ist zuviel Kautschuk in diesem Buche und zuwenig Deutlichkeit und Entschiedenheit, wie sie doch unsere unklare, gärende Zeit vor allem braucht. . . Das Buch ist durch seine schillernde Art leider geeignet, bei manchen, welche in unverständener Weise Modernisierung des kirchlichen Lebens fordern, die Begriffe noch mehr zu verwirren und die Verstimmung noch mehr zu verbittern.“ Grisar widmet noch ein Nachwort der Verteidigungsschrift Ehrhards „Liberaler Katholizismus?“ Aber er verzichtet auf ein Eingehen auf diese „öde Zusammenstellung von Streitgängen“ mit Rösler, Braun, Schrörs, Einig, Blöcker, Fuchs, Hiptmair, Hofmann. Ehrhard hatte geschlossen: „Ich verurteile den liberalen Katho-

Chamberlain.

Ehrhard.



lizismus so, wie ihn die katholische Kirche verurteilt"; sprach aber dann freilich von einer „theologischen Richtung“, an der er immer mit Zähigkeit festhalten werde: er bezeichnete sie als „die gemäßigt fortschrittliche im besten Sinne des Wortes und im Gegensatz zur extrem-konservativen“. Grisar bemerkt richtig, daß mit dergleichen Namen nicht viel erreicht sei. — Weiters wird der vierte Band von Alex. Baumgartners Weltliteratur („Die lateinische und christliche Literatur der christlichen Völker“) besprochen; zweifellos der wertvollste Teil des schönen Ganzen. Ferner das Leben der Julie v. Massow geb. v. Behr, ein Konvertitenbild (1824—1901), dargestellt von Schwester Maria Bernardina, Kapuzinerin zu Mainz. Sie hieß die „Psalmenbundmutter“, denn das Leben in und mit den Psalmen war die Seele dieser edlen Frau von Jugend an. Der häßliche Kulturkampf drängte sie mehr und mehr auf Seite der Katholiken. Ludwig v. Gerlachs Reden erleuchteten sie darin. Aus ihrem Kreis ging die irenische Monatschrift „Ut omnes unum“ hervor. 1885 führte sie den lange vorbereiteten und beschlossenen Übertritt aus. Seit 1882 gab sie den Psalmenbundkalender heraus, auch mit dem Zweck der Wiedervereinigung. Über ihre Bestrebungen berichtete ihr „Reunionsglöcklein“ 1891. Seit 1896 gab sie unter dem Protektorat der Prinzessin Maria de la Paz die Monatschrift „Friedensblätter“ heraus. — Wichtig sind die Erörterungen über Kunst mit Beziehung auf Kapitalismus, Proletariat, soziale Bewegung nach Leo Berg, Fr. Möhl und H. v. d. Palten.

Im 130. Band der „Historisch-politischen Blätter“ wird das Buch von M. Lair über den deutschen Imperialismus (Paris 1902) besprochen. — Noch einmal kommt das Turiner Leichentuch Christi zur kritischen Erörterung. Paul Bignon gab seine Forschungen darüber in einem illustrierten Werk. — W. Loffen bespricht noch den Fall Spahn; A. Bellesheim das irenische Buch des Anglikaners Spencer Jones über England und den Heiligen Stuhl; Hans Rost die Selbstmordstatistik in Beziehung zur Konfession; Bellesheim schreibt über einige verschollene Verteidiger der katholischen Kirche in Schottland. — Franziß bespricht Martin Spahns Buch „Der Große Kurfürst“, wovon bereits beim Vorjahr die Rede war. — Zwei österreichische Lehrertage, der von St. Pölten und der von Troppau, werden besprochen. Grupp berichtet über „Gemeindefozialismus“ im Anschluß an Adolf Damaschkes „Aufgaben der Gemeindepolitik“. — Der von Lorenz Krapp herausgegebene Musenalmanach der katholischen Studentenschaft vereinigte achtzehn Musenjünger; er war Muth-Veremundus gewidmet. — L. Pastor bespricht das Prachtwerk „Die Sixtinische Kapelle“ von Ernst Steinmann. — Nach M. Erzberger wird die Säkularisation in Württemberg 1802—1810 geschildert. — Die Zauberworte des Tages waren „Kultur“ und „Imperialismus“. — Ein wichtiges Kapitel ist das über „Die modernen Juden und die soziale Frage“ (743). Die Juden haben sich seit der Dreyfus-Affäre und dem Bündnis mit Rußland auch in Frankreich alle Sympathien verschertzt. Die Hauptbollwerke des Judentums, England und die Vereinigten Staaten, begannen auch bedenklich zu werden (White „The modern Jew“. London 1899). In den Mittelschulen Österreichs waren nur 22 Prozent Christen, 77 Prozent Juden; von 280 Universitätsprofessoren waren 30 Prozent Juden, von 660 Advokaten waren 350 Juden (im Jahr 1887). Unter den erwähnten Mitgliedern der Stockbörse waren 883 Juden und nur

Psalmen-  
bund.

Juden.

116 Christen. — Grupp behandelt das Thema „Ständebildung und Auslese“ nach Kindermann („Zwang und Freiheit“), Otto Ammon („Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen“: Vererbungslehre, Bürokratie), R. Jentsch („Sozialauslese“), Mannheimer („Die Bildungsfrage als soziales Problem“). — Es folgt ein Bericht über die Landtagswahlen in Österreich und die christlichsoziale Partei. — Warnend heißt es Seite 883: „Das Römische Reich ist verarmt und hat sich entvölkert, weil es keine gleichberechtigten Völker neben sich duldet“ (Grupp).

Ehrhard.

Die „Allgemeine Zeitung“ (1. Febr.) besprach den durch Ehrhards Buch erregten „Kulturkampf im Schoße des deutschen Katholizismus“: „Seit Gioberti sein bändereiches Werk über die Jesuiten schrieb, hat die extreme Richtung des Katholizismus keinen so gefährlichen Angriff zu verzeichnen gehabt.“ Zitiert wird auch das Wort P. Rösler's im Wiener „Vaterland“: Das Buch sei „die feinste . . . bedeutendste Parteischrift, die der liberale Katholizismus seit seiner Niederlage durch das Vaticanum in deutscher Sprache hervorgebracht hat“. Ein anderer Kritiker der „Allgemeinen Zeitung“ (6. Febr.) sagte einen Abfall von der katholischen Kirche für das nächste Jahrzehnt voraus, gegen den die Los-von-Rom-Bewegung nur einen kleinen Verlust bedeute.

Gegen Ehrhard schrieben auch Dompfarrer Braun in Würzburg und die Linzer Theologen. Ein „Catholicus“ in der „Allgemeinen Zeitung“ (17. März) freute sich über „Die Krisis im Katholizismus“: Schell, Jos. Müller, Ehrhard, und weissagte einen allgemeinen Abfall.

Allgemeine  
Zeitung.

Über die „christliche Demokratie“ schrieb in der „Allgemeinen Zeitung“ (1. März) ein „Vigilius“. Die Hauptorgane der christlich-demokratischen Partei waren die „Cultura sociale“ des Abbate Romolo Murri, „Il Domani d'Italia“ und „Osservatore Cattolico“ des Don Davide Albertario in Mailand, während die „konservativ-klerikale“ Partei im „Osservatore Romano“, in der „Voce della Verità“ und besonders in der „Unità Cattolica“ ihre Stützen hatte. „Vigilius“ schrieb am 1. April in der „Allgemeinen Zeitung“ über den „sozialen Ultramontanismus“ und dessen Gefahr für Staat und Kirche. Er wiederholt die Worte der „Allgemeinen Zeitung“ vom Jahr 1871 anlässlich der Kaiserkrönung: „Der blühendste, aufgeklärteste, heiterste Teil Deutschlands, Rheinland und Westfalen, schießt vierzig ultramontane Abgeordnete in die Landesvertretung. Wahrlich, eine verlorene große Schlacht an der Voire wäre ein geringeres Unglück für die Nation als diese Niederlage. So wächst die Verschwörung gegen Staat und Kultur . . .“ Man sieht, die Gegner der Kirche waren seit dreißig Jahren gleich verbohrt geblieben. — Am 1. Mai handelt „Vigilius“ vom „staatsstreuen Ultramontanismus“ in ironischer Weise: „Ein ultramontaner Beamter ist stets eine Gefahr für den Staat.“ — „Pellegrino“, auch ein wiedererschienener Fr. K. Kraus, schrieb am 2. Juni über die Reformbewegung im französischen Katholizismus mit unmäßiger Bewunderung der nationalen Selbständigkeit der Franzosen gegenüber Rom. — „Catholicus“ schreibt am 1. Juli über „Politischen und religiösen Katholizismus“, ein Gleichgesinnter (P.) am 1. August über den Jesuitismus, seine Gefährlichkeit und Bekämpfung, den wissenschaftlichen und politischen Geschäftskatholizismus; der Gymnasialprofessor Engelhardt schreibt am 1. September über den romfreien Katholiken Franz v. Baader als angeblichen Vorläufer von Fr. K. Kraus, Schell, Hertling, Ehrhard, Wahr-

mund (S. 422). Am 1. Oktober schreibt ein „Germanicus“ wieder „über politischen und religiösen Katholizismus“ gegen Esser. Der „Pellegrino“ schreibt 3. November über den Kampf um die Schule in Frankreich. Am 1. Dezember behandelt ein „voraussetzungsloser Katholik“ „Die Voraussetzungslosigkeit katholischer Forscher“ und deren Bedrohung durch die Jesuiten. Am 31. Dezember wird die „Rottenburger Bischofsrede kritisch beleuchtet von einem (ungenannten) katholischen Theologen“. Bischof Keppler hatte nämlich am 1. Dezember ganz eindeutig gegen die Reformstüchtigen gesprochen, besonders gegen Jos. Müller, Ehrhard und Schell; ihre Auffassung sei nur zu oft eine schülerhafte, mechanische, es fehle ihnen das feinere Urteil, die innerliche Durchbildung, der Sinn fürs Geschichtliche, Seelische, Gotterfüllte, sie zeigen Mangel an politischem Sinn, treiben kurzfristige, einsichtslose Politik, liebloses Kritifizieren und Gezänke, sind Staubengelehrte und Liberale, unklare Köpfe, verblendete, hochmütige Bildungstüchtige, in Bildung vernarrt, ihr religiöser Katholizismus ist sadenscheinig, sie verführen zweideutige Phrasen, pharisaisches Gesunkener falscher Reformerei, ihr Tun sei Unverstand oder Verrat, ihre Religion „Margarinekatholizismus“, sie selbst „Reformsimpel“. Der Anonymus repliziert geärgert. Die scharfen Worte des Bischofs sind hervorgerufen durch die Versuche der Reformkatholiken, ihn für sich in Anspruch zu nehmen; er hielt es darum für um so notwendiger, über seinen Standpunkt keinen Zweifel zu lassen.

R. Braig gab im Namen der theologischen Fakultät an der Universität Freiburg i. Br. eine Schrift „Zur Erinnerung an Franz X. Kraus“ heraus.

In den „Historisch-politischen Blättern“ (130, 723) wurde ausgerechnet, wieviel die Kirche seit dem Westfälischen Frieden, besonders aber seit 1815 bis 1870, an den Protestantismus verloren habe, wohl eine Million Seelen. Die stärkere Mehrung der Protestanten dauerte von 1871 bis 1890 fort; sie stiegen von 25,500.000 auf 31,000.000, die Katholiken von 14,800.000 auf 17,600.000. Dagegen standen 1900 schon 20,300.000 Katholiken gegen 35,200.000 Protestanten. „Das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts war eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwunges, bei welchem die Wirkungen der staatlichen Vorliebe für die Protestanten weniger ins Gewicht fielen. Die Zahl der aus den 32 „evangelischen Landeskirchen ausgetretenen Sektierer“ stieg von 1871 auf 1900 von 82.000 auf 203.000. Am Schluß des Mahnrufes heißt es (S. 910): „Angeichts der 32 Landeskirchen, die nur in der Befindung der Kirche einig sind, bilden wir (Katholiken) die zahlreichste religiöse Gemeinschaft im neuen Reich. Sorgen wir dafür, daß unser Gewicht nie in der Waagschale fehlt.“

Beherzigenswert ist der Aufsatz „Reformbedürftiges im katholischen Religionsunterricht auf den Gymnasien“ (Allg. Ztg., 14. Nov.): Biblische Texte, Hymnen, Liturgien, Kirchenväter, Symbole, Mystik, Legenden, Märtyrerakten, Enzykliken, Benediktinerregel, Exerzitien des hl. Ignatius usw. — J. Perkmann schrieb „Zur Pflege des religiösen Interesses an den höheren Schulen“ über den eigentlichen Religionsunterricht hinaus. — In der bayerischen Kammer wurde vorgeschlagen, die heidnischen Autoren durch Christliche zu ersetzen (Allg. Ztg., 26. Aug.). — Wolfgang Kirchbach schlug in seiner „Deutschen Domsfahrt“ (Allg. Ztg., 19. Juli) sehr katholischere Töne an: man unterschätze bei den Protestanten die Macht, den Reichtum, aber auch die Gefahr des katholischen Lebens. — Die Reliquien von Cornelimünster

Kon-  
fessionen.



bei Aachen, die alle sieben Jahre gezeigt wurden, bringt in Abbildung die „Illustrierte Zeitung“ 24. Juli. — Über die Springprozession zu Echternach berichtet die „Allgemeine Zeitung“ 2. August mit Anerkennung der feierlichen, andächtigen, rührend frommen Wirkung.

Sepp und Hannebergs „Leben Jesu“ erschien in vierter Auflage in fünf Bänden. Sepp wollte, obwohl Altkatholik, sich nicht von der Gemeinschaft der Kirche getrennt haben. Er setzte 5000 Mark als Prämie aus für den, der ihm einen dogmatischen Fehler nachweise. — Es erhob sich ein gelehrter Streit, ob die Synagoge oder der römische Landpfleger die Schuld an der Verurteilung Jesu hatten (Allg. Ztg., 229); auch Mommsen äußerte sich dazu in ersterem Sinne. Ad. Harnack behandelte „Die Mission und Ausbreitung des Christentums in den ersten drei Jahrhunderten“.

Man erinnerte daran, daß vor hundert Jahren (1802) der Deutsche G. Fr. Grotefend zuerst einige Zeichen der persischen Keilschrift entziffert hatte. Darauf kam Chr. Lassen, H. Rawlinson, J. Oppert, Eb. Schrader. Professor Ed. König beklagte die „Disharmonische Jubiläumsfeier“ von Delitzsch, der in seinem Vortrag „Babel und Bibel“ dem biblischen Charakter ganz ungerecht wurde (Allg. Ztg., 243).

A. W. Ziegler schrieb „Die Versöhnung mit Gott, Bekenntnisse und Erkenntniswege“. — W. Soltau schrieb über „Ursprüngliches Christentum in seiner Bedeutung für die Gegenwart“. — Zur vierhundertjährigen Jubelfeier der Universität Halle-Wittenberg erinnerte man sich des alten Spruchs aus dem 16. Jahrhundert: „Denn aus derselb kam Gottes Wort und tat groß Ding an manchem Ort; das päpstlich Reich stürzt es nieder und bracht rechten Glauben wieder“ — was allerdings nicht ganz stimmte.

Der Reichstag verbot durch ein Gesetz Herstellung und Verkauf von künstlichem Süßstoff.

Den Niedergang der Reichsfinanzen und die wirtschaftliche Depression schrieb man der industriellen Überproduktion zu. Die Sozialisten interpellierten im Reichstag am 17. Januar, wie die Regierung der wirtschaftlichen Krisis, die sich in zahlreichen Arbeiterentlassungen äußere, entgegenwirken wolle. Auch der „Bund der Landwirte“ griff die Reichsregierung an (10. Febr.); der Bund zählte schon 250.000 Mitglieder. Das Zentrum tabelte den staatlichen Ankauf von Bergwerken; dies sei nur ein weiteres Hinabgleiten auf der schiefen Ebene zum sozialistischen Staat; hiedurch würden wieder mehr Personen vom Staat abhängig und in den Wahlen beeinflusst. Dagegen forderte der internationale Bergarbeiterkongreß zu Düsseldorf am 22. Mai die Verstaatlichung aller Bergwerke.

Sozialis-  
mus.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu München am 15. September verlangten die polnischen und französisch sprechenden Genossen besondere Parteiorgane in ihrer Sprache; das war aber bei den Finanzen der Partei unmöglich, da die Parteipresse immer mehr zurückging. Man klagte, daß die Parteikasse so viel für unbesonnene Zeitungsgründungen in Anspruch genommen werde. Über die „Revision“ des Parteiprogramms entspann sich ein heftiger Streit zwischen Bernstein, Heine, David, Hoffmann, Bebel und Rautsky, besonders über die parteioffizielle „Neue Zeit“ und Bernsteins „Sozialistische Monatshefte“. Der

Zolltarif wurde als Auswucherung des Volkes bekämpft und Obstruktion angekündigt. Bebel kritisierte die schlechte Finanzwirtschaft des Reichs. „Man fängt allmählich an, eine Art Respekt vor Bismarck zu bekommen, denn so was wäre unter ihm nicht möglich gewesen. Das sind eben die modernen Zeiten, modern wie in Rom zur Zeit der Cäsaren.“ Bebel fand auch die Kavalleriemänöver lächerlich. Im Ernstfall wäre keiner mit dem Leben davongekommen; es wäre ein Debakel erfolgt, dagegen Sedan ein Kinderspiel war. Man verlangte ferner einen energischen Kampf gegen das Zentrum und die katholische Kirche; erst müsse die Grundlage des Glaubens erschüttert werden, ehe die katholischen Arbeiter gewonnen werden könnten. Dagegen warnte Vollmar: ein Kampf gegen die Religion werde nur das Zentrum stärken. Es wurde schließlich proklamiert: Alkohol sei Privatsache.

Trotz einer erbitterten, den ganzen Parlamentarismus erschütternden Obstruktion wurde schließlich der Zolltarif nach der neunzehnstündigen Sitzung vom 14. Dezember angenommen. Der Sozialist Antrick hatte eine acht Stunden lange Rede dagegen gehalten. Dabei wurden die kindischsten Mittel zur Ausdehnung der Reden, zum Beispiel von Heine angewandt.

Der „Vorwärts“ hatte die verleumderische Anklage gegen Friedr. Alfr. Krupp vorgebracht, er habe sich auf seiner Besitzung in Capri arge Unsitlichkeiten zu Schulden kommen lassen und sei deshalb aus Italien ausgewiesen worden. Diese Behauptung wurde von der italienischen Regierung als Lüge bezeichnet. Krupp klagte den „Vorwärts“, regte sich aber so sehr auf, daß er, erst 48 Jahre alt, einem Schlaganfall erlag (22. Nov.). Der „Vorwärts“ suchte sich heuchlerisch zu entschuldigen. Der Kaiser ehrte den Verstorbenen durch Teilnahme an der Begräbnisfeier in Essen. In einer Ansprache an die dortigen Arbeiter bezeichnete er sich als Freund des Krupp'schen Hauses. Er halte es für seine Pflicht, den Schild des Deutschen Kaisers über dem Andenken des Verstorbenen zu halten. „Seine feinfühligste, empfindsame Natur ist ein Opfer seiner unantastbaren Integrität geworden. Eine Tat ist in deutschen Landen geschehen, so niederträchtig und gemein, daß sie aller Herzen erbeben gemacht und jedem deutschen Patrioten die Schamröte über die Wangen treiben mußte über die unserm Volk angetane Schmach. Diese Tat ist weiter nichts als ein Mord, aus dem sichern Versteck eines Redaktionsbüros. Diese Schandtat an unserm Freunde begingen Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind . . . Ihr Krupp'schen Arbeiter habt immer treu zu eurem Arbeitgeber gehalten. Ich vertraue darauf, daß weiterhin eine Gemeinschaft zu den Urhebern der schändlichen Tat für brave, ehrliebende deutsche Arbeiter ausgeschlossen ist.“ Aus vielen Werken liefen Rundgebungen der Arbeiter an den Kaiser ein. Zu einer Abordnung von Arbeitern in Breslau sagte der Kaiser am 5. Dezember: „Euer Stand ist stets Gegenstand meines eingehenden Interesses und meiner Fürsorge gewesen. Mit Stolz konnte ich im Auslande beobachten, wie der deutsche Arbeiter vor allen andern angesehen wird. Durch die Botschaft des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt, durch die für die Arbeiter eine

gesicherte Existenzbedingung geschaffen wurde. Unser Deutschland ist das einzige Land, in welchem diese Gesetzgebung bereits entwickelt ist . . . Jahrelang habt ihr euch durch die Agitatoren der Sozialisten im Wahn erhalten lassen . . . Statt euch objektiv zu vertreten, haben sie euch aufzuheben gesucht gegen eure Arbeitgeber, die andern Stände, gegen Thron und Altar, haben euch ausgebeutet, terrorisiert, geknechtet, um ihre Macht zu stärken. Und wozu wurde diese Macht gebraucht? Nicht zur Förderung eures Wohles, sondern um Haß zu säen zwischen den Klassen und zur Austreuung feiger Verleumdungen. Mit solchen Menschen dürft ihr nichts mehr zu tun haben. Sendet uns eure Kameraden aus eurer Mitte, den Mann aus der Werkstatt, der euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung. Mit solchen Vertretern werden wir gern zusammenarbeiten, da sie fest sitzen werden auf dem Schrifwort: Fürchtet Gott, habt die Brüder lieb, ehret den König!"

R. Diehl fragte: „In welchem Sinne ist die deutsche Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei?“ (Allg. Ztg., 12. Dez.). Er betonte deren evolutionistischen Charakter. — Rich. Ehrenberg schrieb über „Große Vermögen, ihre Entstehung und Bedeutung“ indem er die Fugger, Rothschild und Krupp zum Beispiel nahm. — Vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtete Vily Braun „Die Frauenfrage, ihre geschichtliche Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite“.

Eine programmatische Rede hielt Kaiser Wilhelm bei der Görlitz. Einweihung der Görlitzer Gedenhalle, 28. November: „Mir will es scheinen, als ob die jetzige Generation der Verpflichtung, durch Arbeit fortzuführen, was uns durch die Arbeit unserer Väter überkommen ist, nicht vollkommen entsprechen wollte. Unser Volk in seinen verschiedenen Klassen und Ständen ist für diese Aufgaben unempfindlicher geworden. Die großen Fragen werden nicht verstanden. Ich hoffe aber, daß . . . das Gefühl für den kategorischen Imperativ der Pflicht wieder wach werde . . . Unsere Zeit verlangt ein Geschlecht, das sie versteht. Das neue Jahrhundert wird beherrscht durch die Wissenschaft, inbegriffen die Technik, und nicht, wie das vorige, durch die Philosophie. Dem müssen wir entsprechen. Groß ist der Deutsche in seiner wissenschaftlichen Forschung, in seiner Organisation und Disziplinfähigkeit. Möge ein Geschlecht heranwachsen, das Individuen entwickelt, die sich unterordnen zum Wohle des Ganzen, des Volkes, des Vaterlandes. Hier auf Schlesiens Boden ziemt es sich, an den großen König zu erinnern, der diesen Edelstein seiner Krone eingefügt hat. Was er im Auge hatte, wollen wir weiter bilden: Freiheit für das Denken, Freiheit in der Weiterbildung der Religion, Freiheit für unsere wissenschaftliche Forschung.“ Das Wort von der Weiterbildung der Religion schien im Widerspruch zu der Aachener Kaiserrede zu stehen und auf Harnack'schen Einfluß zurückzugehen. Darum wurde die Stelle später gemildert wiedergegeben.

Kunst. Über die Kunst sprach sich der Kaiser im Berliner Kunstgewerbemuseum am 25. Januar aus: „Aus dem idealen Sinn meiner Eltern



entsprossen, muß diese Anstalt auch in ihrem Sinne geleitet werden. Was die schweren Prüfungsjahre im letzten Jahrhundert zerstört hatten, das sollte diese Anstalt wieder in das Volk hineintragen. Die künstlerische Form soll sich wieder anlehnen an das bewährte Schöne, das aus früheren Jahrhunderten überliefert ist. Was der Mensch einmal schön geschaffen hat, das bleibt für alle Jahrtausende schön. Wir, die wir nachfolgen, haben nur das Schöne festzuhalten und unsern Lebensbedürfnissen anzupassen. . . Ich spreche den Wunsch aus, daß von diesem Haus Segen in Fülle über unser Volk strömen möge, damit jetzt, wo wir wieder so weit gelangt sind, daß unser Volk mehr für die Kunst zu tun vermag, wir auch wieder auf die Stufe uns erheben, auf der unsere Väter vor Jahrhunderten standen."

In Düsseldorf sprach der Kaiser am 15. August von der Zukunft des neuen großen Hafenbaus.

In Homburg charakterisierte er bei der Enthüllung eines Denkmals seiner Mutter (19. Aug.) diese als „stolz auf ihre Abstammung, bemüht deren Jugendeindrücke in ihrer zweiten, deutschen Heimat zur Geltung zu bringen, zielbewußte Förderin des Schönen in der Kunst, der wissenschaftlichen Forschung, der weiblichen Bildung, der weiblichen Krankenpflege". In Fehrbellin enthüllte der Kaiser am 18. Oktober ein Denkmal des Großen Kurfürsten.

Am 2. November weihte er die neuen Hochschulen für bildende Künste und Musik in Charlottenburg ein; dabei sagte er: „Wie ich es als eine der vornehmsten Pflichten des Herrschers ansehe, die den Menschen veredelnde Kunst zu fördern und auf deren gesunde Entwicklung sein Augenmerk zu richten, so richte ich auch jetzt an Lehrer wie Schüler die ernste Mahnung, in enger Anlehnung an die unerreichten klassischen Vorbilder und in treuer Nachfolge der zahlreichen großen Meister aller späteren Jahrhunderte, die Ideale der Kunst in den durch die Überlieferung und die unwandelbaren Gesetze der Schönheit, Harmonie und Ästhetik gewiesenen Bahnen zu hüten und zu pflegen. Seien Sie sich allzeit der großen Kulturmission bewußt, die die von Gott begnadeten Jünger und Träger der Kunst zu erfüllen haben: durch ihre Arbeit das Volk in allen seinen Schichten aus dem Getriebe des alltäglichen Lebens zu den Höhen der Kunst zu erheben und das den germanischen Stämmen besonders eigene Schönheitsgefühl und den Sinn für das Edle zu hegen und zu stärken."

Char-  
lotten-  
burg.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurden gesetzliche Mittel gegen Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden durch Reklame beraten.

Das Erbrecht des Herzogs von Cumberland in Braunschweig blieb Gegenstand der Erörterung.

König Albert von Sachsen starb 74 Jahre alt am 19. Juni, „ebenbürtig den berühmtesten Führern des großen Krieges", „der Letzte der Heerführer an der Spitze der deutschen Armeen", „der Held von St. Privat, der Führer der Maas-Armee". Ihm folgte sein Bruder König

König  
Albert.

Georg. Gegen Ende des Jahres verließ die sächsische Kronprinzessin, geborne Erzherzogin von Toskana, ihren Gatten und floh nach der Schweiz. Ihr Geisteszustand war offenbar nicht normal.

Denk-  
mäler.

Gegen die Wahllosigkeit in der Errichtung von Denkmälern schrieb Ernst Schulze (Allg. Ztg., 116). Er zitierte das Gedicht: „Unter den herrlichen Linden, beim plätschernden Brunnen am Tor, hat einst ein Dichter eronnen der duftigsten Lieder Flor. Beim Tor am plätschernden Brunnen steht heut sein Standbild herab, nur hieb man, Platz zu sparen, die herrlichen Linden ab.“ Und das andere von W. Busch: „Schon darum ist es lob- und preislich, daß jeder, der . . . vom Bahnhof kommt, in der ihm unbekannten Stadt gleich den bekannten Schiller hat.“ Noch ärger ist das Verdußensfachen der Bismarcks, Kaiser Wilhelms, Viktor Emanuels, Garibaldis usw. — Über Städtebau und gegen die schnurgeraden Straßen sprach Corn. Gurlitt (Allg. Ztg., 261). — Einen Überblick über die moderne Bewegung gab das Buch von R. Graul „Die Krisis im Kunstgewerbe. Studien über die Wege und Ziele der modernen Richtung.“ Die Kapitulation der historischen Stile war vorüber. Seit sechs bis sieben Jahren entwickelte sich in bewußtem Gegensatz zu allen historischen Stilarten ein neuer Formenschatz mit modernen Bildungen. — Vom neuen deutschen Kunstgewerbe galt nach Alfred Lehmann (Allg. Ztg., 15. Mai) das gerechte Wort: „Billig und gut“; nicht wie einst: billig und schlecht. — W. vom Brieke schlug die Reformbühne, die Reliefbühne vor (Allg. Ztg., 14. März).

Neuer  
Kunststil

Lederer.

Der Entwurf von Hugo Lederer und Emil Schaudt für das Bismarckdenkmal in Hamburg wurde mit dem ersten Preis gekrönt. Auf breitem Sockel steht Bismarck als kolossaler ritterlicher Roland (Zll. Ztg., 16. Jan.). Das Preisgericht urteilte: „Diese Darstellung Bismarcks als rechenhafter Rolandsriese auf wuchtigem, wirkungsvoll abgestuftem Unterbau gewann dem Entwurfe die einstimmige Zuerkennung des Preises. Jene Auffassung verkörpert in treffender Weise die sich im Volksbewußtsein allmählich vollziehende Steigerung der Gestalt Bismarcks ins Heldenhafte. Die Schwierigkeiten, welche die Tracht unserer Zeit in einem Kolossalbilde bereiten, sind hier durch mittelalterliche Rüstung vermieden.“ Hugo Lederer (ein geborner Österreicher) erklärte: „Bismarck kann unmöglich als Soldat, Diplomat oder als der alte Herr von Friedrichsruh aufgefaßt werden. Die Verkörperung des Geistes einer großen Epoche, lebte er im Volk als eiserner Kanzler.“ Die Figur sollte 15 Meter hoch werden, das ganze Denkmal 25 Meter. Das Haupt war entblößt, über die schwere Rüstung fiel in strengen Falten der Mantel herab. Die Hände ruhten auf dem Knäuel eines breiten Schwertes; unten zu seinen Füßen saßen zwei stilisierte Adler rechts und links.

Max Klingers Beethoven-Statue bildete neben seinem Christus im Olymp den Doppelgipfel seines Schaffens (Zll. Ztg., 17. April u. 19. Juni). Die Einwendungen der Kritik waren verständnislos. — Das kolossale Denkmal für Kaiser Wilhelm auf Hohensyburg mit reicher gotischer Architektur war von Hubert Stier (Zll. Ztg., 26. Juni). — Der Kaiser war bei der Enthüllung des Denkmals König Friedrichs I. zu Mörs (Niederrhein) am 20. Juni gegenwärtig. Die Grafschaft feierte das Jubiläum der zweihundertjährigen Zugehörigkeit zu Preußen. Der Kaiser nahm einen Willkommensbecher

mit den Worten: „Der Graf von Mörs trinkt auf seine Grafschaft!“ (Zll. Ztg., 3. Juli). — Das erste Standbild Kaiser Wilhelms II. bildete Karl Begas für die Ruhmeshalle zu Barmen, ein vorzügliches Werk (Zll. Ztg., 3. Juli). Reinhold Begas schuf den Sarkophag mit der liegenden Gestalt der Kaiserin Friedrich für die Friedenskirche zu Potsdam (Zll. Ztg., 6. März). Uphues modellierte die Statue des Kaiser-Friedrich-Denkmals für Cronberg (Zll. Ztg., 28. Aug.). Willibald Böttcher bildete ein gutes Bismarck-Standbild für Goslar, Jos. Uphues einen Moltke für Mannheim (Zll. Ztg., 23. Okt.). In Herford wurde dem Großen Kurfürsten ein Denkmal (von H. Wesing) enthüllt (Zll. Ztg., 25. Sept.).

Bilder der Oberlausitzer Ruhmeshalle in Görlitz von Hugo Behr bietet die „Illustrierte Zeitung“ 27. November. R. Schtermeyer bildete das Denkmal des Joh. Bugenhagen für Braunschweig (Zll. Ztg., 27. Nov.). Josef Uphues modellierte die Büste der Kaiserin Friedrich für Homburg (Zll. Ztg., 13. Febr.). Donndorf schuf eine Bismarckbüste für Warzin (Zll. Ztg., 7. Aug.). Das Denkmal für Freiherrn v. Schorlemer-Mst wurde vor dem Ständehaus in Münster enthüllt (Zll. Ztg., 27. März), ein würdiges Werk von Bernard Heising. Raiffeisen erhielt ein Standbild in Heddesdorf bei Neuwied, Gutz-Mutz eines in Quedlinburg (Zll. Ztg., 17. Juli). Das von Kaiser Wilhelm für Rom bestimmte Goethedenkmal von G. Eberlein zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 3. April. — Die letzte Modellskizze des Richard-Wagner-Denkmal für Berlin von G. Eberlein zeigte die „Illustrierte Zeitung“ 23. Januar. Sie ist ziemlich langweilig ausgefallen. Hermann Hahn entwarf ein Sitzdenkmal für Weimar (Zll. Ztg., 3. April). Max Klinger schuf eine Nietzsche-Büste (Zll. Ztg., 30. Okt.). Peter Henlein, der Erfinder der Taschenuhren, der „Nürnberger Eier“, bekam ein Denkmal in Nürnberg (29. Mai). Der in Peking gemordete Freiherr v. Ketteler erhielt ein schönes Denkmal in Münster von Herm. Hidding (Zll. Ztg., 5. Juni).

W. Engelhards Odin-Statue (sitzend, mit zwei Raben und zwei gemüthlichen Wölfen) wurde in Hannover aufgestellt (Zll. Ztg., 1. Mai). Ähnlich wie die Walpurgishalle im Harz sollte sich im Riesengebirg die „Rübezahlbürg“ erheben, ausgemalt von H. Hendrich. Rübezahl sollte als Wodan aufgefaßt werden. Otto Lessing entwarf den Rolandsbrunnen in Berlin (Zll. Ztg., 28. Aug.). Ein schönes Brunnendenkmal für Rempten schuf Georg Wrba (Zll. Ztg., 5. Juni). Die Bismarck-(Feuer-)Säule für Hannover: Zll. Ztg., 10. April. Eine Skizze des im Bau begriffenen Völkerschlachtdenkmal von Bruno Schmiz bietet die „Illustrierte Zeitung“ 23. Oktober. Das Exlibris-Wesen stand in der Blüte.

Ebenso wie um die Heidelberger Schloßruine erhob sich ein Kampf um die Restauration und den Ausbau des Meißener Doms (Zll. Ztg., 6. Febr.). Professor Dehio schrieb eine Broschüre „Was wird aus dem Heidelberger Schloß werden?“

Auch im Ramerungebiet mußte sich ein Bismarckturm erheben (Zll. Ztg., 2. Jan.).

Das Burschenschaftsdenkmal wurde bei Eisenach enthüllt (Zll. Ztg., 1. Mai u. 29. Mai).

Auf dem Friedhof zu Mannheim erhob sich ein Kolumbarium für Aschenurnen (Zll. Ztg., 7. Aug.). Auch in Wiesbaden wurde eine städtische Urnenhalle erbaut (Zll. Ztg., 30. Okt.).

Bilbenbe  
stunt.



Thoma.

Hans Thoma bot sein Bestes in den Wandbildern der Peterskirche zu Heidelberg (All. Ztg., 11. Dez.). Das stärkste und wahrste Bild von Ed. v. Gebhardt ist das Ringen Jakobs mit dem Engel „Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn“ (1. Mos. 32, 26) (All. Ztg., 1. Mai). Die „Illustrirte Zeitung“ bietet eine schöne Leibl-Nummer (2. Jan. 1902). Hermann Hendrich illustrierte sehr eigentümlich das „Märchen“ von Goethe (All. Ztg., 4. Dez.).

Schulze-Naumburg kämpfte für Reform der Frauenkleidung und Abschaffung des Korsetts.

U. Rirschmann schrieb eine Rechtfertigung der deutschen Schrift (All. Ztg., 26. Sept.).

Virchow.

Auf Rud. Virchows Tod brachte die „Münchener Medizinische Wochenschrift“ folgendes lateinische Carmen: „Summo cum ingenio morbos illustravit; explorando mortuos vivos adjuvavit. Vitae persecutus est intima arcana et ubique somnia dissipavit vana. ‚Omnis‘ dixit ‚cellula e cellula exorta‘; tum doctrinae lucidae patefacta porta . . .“ — Die deutschen Ärzte protestierten gegen den Lehrauftrag für Geschichte der Medizin an der Universität Berlin an Professor Ernst Schweninger (den ehemaligen Leibarzt Bismarcks), aber ohne Erfolg.

Weltgeschichte.

Professor A. Stauffer sagte über „eine natürliche Gliederung der Weltgeschichte und den Horizont der Kulturmenschheit“ (All. Ztg., 14): „Von diesem Lebensgrunde einer Seelenbildung aus, in der alle göttlichen Kräfte des Wahren, Guten und Schönen, und des Religiösen zuletzt, als einer Zusammenfassung aller in idealer Richtung, zu ihrem Rechte gelangen und sich gegenseitig immer wieder förderten und klärten, ist wie die Wiedergeburt des deutschen Volkes, so auch die Begründung des Deutschen Reiches, der deutschen Macht und Einheit erst möglich geworden, und von diesem Lebensgrunde aus muß und kann sie auch allein erhalten und fortgebildet werden.“ — Nob. Böhlmann betonte den Parallelismus der antiken und christlichen Geschichte nach R. Bressig (All. Ztg., 26. März). — Alfred Stern schrieb die Geschichte Europas seit 1815 bis 1871; in künstlicher Anordnung. A. Dove (All. Ztg., 290) vermischte das „Pathos des historischen Sinns“. — E. B. Evans schrieb über „Deutsch-amerikanische Beziehungen“ (All. Ztg., 12. März). Er stellte die deutschen Unionskriege (1864—1871) an die Seite des amerikanischen Sezessionskrieges (1861—1865) und hob die vielfältigen, unverbrüchlichen geistigen Bande beider Völker hervor. All das erwies sich im Weltkrieg als Täuschung. — Heinrich Driesmans schrieb in matriarchalischer Tendenz die „Kulturgeschichte der Rasseninstinkte“. — R. Lamprecht gab zu seiner Deutschen Geschichte einen Ergänzungsband über Tonkunst, bildende Kunst, Dichtung, Weltanschauung der jüngsten deutschen Vergangenheit. Einigen Schiefheiten des Werturteils über die Moderne bin ich entgegengetreten in meinen „Neuen Kulturstudien“ Nr. 28. — R. Th. Heigel stellte wieder die Falschheit des durch Friedrich den Großen erfundenen päpstlichen Breves über den angeblichen geweihten Degen des Marshalls Daun fest, und zeigte, daß solche Gaben nur in Kriegen gegen die Ungläubigen überreicht wurden (All. Ztg., 237). — Max Lehmann schilderte das „Leben des Freiherrn vom Stein“.

Ottokar Lorenz hob in seinem Werk „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches 1866—1871“ gegenüber dem allzusehr überschätzten

Bismarck die Verdienste des Kaisers mehr hervor. Er benützte intime Quellen (Herzog Ernst von Koburg). — Von H. Sybels „Begründung des Deutschen Reiches“ erschien eine Volksausgabe. Bismarck hatte seinerzeit dem Autor die Archive geöffnet, Caprivi sie verschlossen. — Über „Rettungen“ zur preussischen Geschichte schrieb Hans Prutz (Allg. Ztg., 13. Nov.). — D. v. Bölderndorff gab Erinnerungen an den Reichskanzler Hohenlohe (Allg. Ztg., 23. Juni ff.). — Es erschienen, herausgegeben von A. D. Klaußmann, die „Kaiserreden. Reden und Erlasse, Briefe und Telegramme Wilhelms II. Ein Charakterbild des Deutschen Kaisers“.

Ed. v. Mayer erging sich über die „Kulturfeindlichkeit des Weltbürgertums“ (Allg. Ztg., 7. Febr.), des Judentums, des Kommunismus, der schwarzen, roten, goldenen Internationale. — R. H. Strobl schrieb über den „Buddhismus und die neue Kunst“, über „Die Weltanschauung der Moderne“.

Von R. Stord's „Deutscher Literaturgeschichte“ erschien die zweite Auflage. — G. Vinz schrieb über „Deutsche Besucher in Shakespeares London“ (Allg. Ztg., 23. Aug.). — „Der illustrierte Sachsenspiegel“ erschien in Faksimile-Ausgabe nach der Dresdener Bilderhandschrift. — August Sauer gab „Die deutschen Säkulardichtungen an der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts“ heraus. — Eugen Reichel gab neuerlich ein „Kleines Gottsched-Wörterbuch“.

Ricarda Huch schrieb (1901) über „Die Blütezeit der Romantik“; Novalis war durch Ernst Heilborn wiedererweckt worden. Franz Schulz lenkte die Aufmerksamkeit auf Jos. Görres (Palaestra). So breitete sich die neue Wertung der Romantik aus. — H. H. Houben schrieb zum Gedächtnis Rudolf Wienbargs, eines Verschollenen vom Jungen Deutschland (Allg. Ztg., 29. Dez.). — Christian Beket behandelte „Die Blütezeit der politischen Lyrik von 1840 bis 1850“. — W. Nestle schrieb etwas zu einseitig von Euripides als dem Dichter der griechischen Aufklärung.

Max Friedlaender gab ein Buch über „Das deutsche Lied im 18. Jahrhundert“. — C. Borek'sch schrieb über „Unsere Soldatenlieder“ (Allg. Ztg., 27. März).

Hans Gerhard Gräf sammelte die Äußerungen von „Goethe über seine Dichtungen“. — In der philosophischen Bibliothek, Band 103, gab Eugen Kühnemann Schillers philosophische Schriften und Gedichte heraus — eine Erneuerung der idealistischen Weltanschauung. Auch von Schillers großem politischen Gedichtentwurf „Deutsche Größe“ (zum Luneviller Frieden) war viel die Rede. Ich habe eine Zusammenfassung des Stoffes versucht in meinen „Kulturarbeiten“ Nr. 17. — D. E. Hartleben gab das „Goethebrevier“ heraus, Goethes Leben in seinen Gedichten. — Th. v. Soznosky betrachtete die Sezessionslyrik (Allg. Ztg., 41).

Über den „Kern der Wagnerfrage“, „Museumskunst oder Bühne der Lebenden“ schrieb auch Hans Pfitzner (Allg. Ztg., 13. Mai): „Wollen Sie, so haben Sie eine deutsche Kunst! So sprach vor fast dreißig Jahren der Größte unserer Zeit zu den Deutschen. Ihre Antwort war: Nein, wir wollen nicht! — und sie mästeten Leoncavallo mit Lantienen.“

W. Bode gab „Goethes Ästhetik“. Jonas Cohn legte seiner „Allgemeinen Ästhetik“ den Spielbegriff zugrunde. Zeus spielt nach Heraklit im Kosmos gleichsam mit sich selbst. — James Wolff schrieb über Leonardo da Vinci als Ästhetiker (Straßburg 1901). — Über die Illusions-Ästhetik handelte Rich. Streiter (Allg. Ztg., 10. Juni) nach Konrad Vanges „Wesen

Ro-  
mantik.

Schiller.

Wagner-  
frage.

der Kunst", wonach die bewußte Selbsttäuschung der Kern des künstlerischen Genusses sein sollte. — R. E. Franzos veranstaltete in der „Deutschen Dichtung“ eine Rundfrage über die Gründung einer „Deutschen Akademie“.

Fritz Lienhardts „Wasgau-Fahrten“ erschienen in dritter Auflage.

Die Lehrervereinigung zur Pflege der künstlerischen Bildung in Hamburg gab eine Auswahl der Kriegsnovellen und eine andere der Gedichte Detlevs v. Biliencron heraus.

Frenssen.

Gustav Frenssen tauchte mit seinem „Jörn Uhl“ als neues Gestirn auf, wiederholte sich aber in den folgenden Romanen und erregte endlich durch die epische Behandlung Bismarcks 1914 eine Abkehr von seinem Naturalismus. — Wildenbruch griff mit seinem Drama „König Laurin“ in die Zeit der Ostgoten zurück, ohne erhebende Wirkungen. Gerhart Hauptmanns Stück „Der arme Heinrich“ war auch ein romantischer Versuch ohne volles Gelingen. Martin Greif gab „Neue Lieder und Mären“. — W. v. Scholz gab „Strophen Christian Günthers“ heraus. — Wilbrandts „Meister von Palmyra“ galt als sein Meisterwerk; es war ein mystisches Drama, ohne rechte Befriedigung.

Die Königin-Witwe Carola von Sachsen gab die „Dichtungen des Königs Johann von Sachsen“ heraus, zu wohlthätigen Zwecken. — Alf. Steinberger dichtete die „Longobarden-Brant“. — Dem Geschmack der Zeit entsprach das Schauspiel „Alt-Heidelberg“ von W. Meyer-Förster.

Hoensbroech.

Der Exjesuit Graf v. Hoensbroech gab die Monatschrift „Deutschland“ heraus, unter ständiger Mitarbeit von Ed. v. Hartmann, Th. Lipps, B. Eickmann, D. Pfeleiderer, Ferd. Tönnies. — Die Halbmonatschrift „Der Stürmer“ für das jüngste Elsaß ging nach sechs Monaten ein.

Niebsche.

Über Hegels Wiedererweckung durch Runo Fischer schrieb Hugo Falkenheim (Allg. Ztg., 12. April). — Hans Bahlinger schilderte „Niebsche als Philosoph“: „Schopenhauersche Willenslehre, aber mit positivem Vorzeichen versehen unter dem Einfluß des Darwinismus und seiner Lehre vom Kampf ums Dasein.“ A. Pfannkuche („Niebsche als Prophet“, Allg. Ztg., 29. Juli) meinte: „Der Niebschesche Glaube ist ein verkümmelter, ein noch nicht voll zur Entfaltung gekommener christlicher Glaube. Seine Prophetie führt bis an die Pforte des Christentums. Er hat sein Ziel nicht erreicht. Er hat sich verblutet im Kampf um Gott und sein eigenes Ich. Er gehört uns, den Christen.“ — P. J. Möbius schrieb „Über das Pathologische bei Niebsche“. — R. Eugen Neumann übersetzte die Reden Gotamo Buddhas.

Udalrich Kramar behandelte „Die Hypothese der Seele, ihre Begründung und metaphysische Bedeutung“. — Aug. Weismann hielt „Vorträge über Deszendenztheorie“ mit der Annahme der potentiellen Unsterblichkeit der Einzelzellen im Gegensatz zum Tod der höheren Lebewesen. — Aug. Pauly schrieb über „Wahres und Falsches an Darwins Lehre“ (Allg. Ztg., 22. März): die Zuchtwahllehre sei unbrauchbar; der Organismus steht nicht unter dem Spiel des Zufalls, sondern unter dem Gesetz der Zweckmäßigkeit. — Die „Allgemeine Zeitung“ verkündete den Jesuitenpater Wasmann triumphierend als Anhänger der Abstammungslehre (136). — Als populärer Darwinist arbeitete W. Bölsche.

Rathenau.

Walter Rathenau vereinigte seine Artikel unter dem Titel „Impressionen“ mit großem Aufsehen: „Ein Jude, der sich in judenfeindlichen Äußerungen ergeht, ein Geschäftsmann, der das Geldverdienen im kauf-



männlichen Beruf als nebensächlich bezeichnet, ein moderner Kulturmensch, der gegenüber der reinen Wissenschaft dem Glauben das Wort redet . . ."

Paul Rohrbach betrachtete in seinem Buch „Im Lande Jahwehs und Jesu“ das Gottesreich Christi als ein rein diesseitiges.

Gustav Zieler gab Tagebuchblätter „Unter der Papag-Flagge“ (Hamburg-Amerika-Paketschiff-Aktien-Gesellschaft).

Über die neue Rechtschreibung schrieb D. Brenner (Allg. Ztg., 11. Febr.).

Ein Aufruf der Deutschen Dichter=Gedächtnis=Stiftung, unterstützt von Graf Bülow und W. v. Hartel, dem österreichischen Unterrichtsminister, ging von Rossetters Gedanken aus: „Wenn das Kapital, das für ein Dichterdenkmal aufgebracht worden, auf Zinsen angelegt würde und aus denselben jährlich Hunderte von Werken des Dichters angeschafft und richtig verteilt werden möchten, es wäre unvergleichlich zweckmäßiger, es wäre ein wahrhaft lebendiges Denkmal!“ Als Victor Hugo 1885 starb, wurde eine Auswahl aus seinen Werken in einem Bändchen von 252 Seiten als „Edition du Monument“ um einen Franc herausgegeben.

Über die Comenius-Gesellschaft schrieb G. Wittmer in der „Allgemeinen Zeitung“ 8. Oktober.

Deutschlands älteste Akademie, ja die älteste Akademie der Welt, die „kaiserliche Leopoldinisch-Carolinische deutsche Akademie der Naturforscher“ in Halle beging die Feier ihres zweihundertundfünfzigjährigen Bestehens. Sie war von Kaiser Leopold I. und Karl VII. mit besonderen Privilegien ausgestattet worden.

Das Germanische Museum in Nürnberg feierte sein Halbjahrhundertjubiläum. — Das neue Schillermuseum in Marbach am Neckar war vollendet (All. Ztg., 25. Dez.).

Die Stadt Ravensburg feierte ihr Jahrtausendfest durch einen historischen Festzug (All. Ztg., 14. Aug.).

J. G. Galle, der am 23. September 1846 den Planeten Neptun entdeckt hatte, beging seinen neunzigsten Geburtstag.

Die Graphologie wurde wieder Mode (All. Ztg., 13. Febr.).

Auf der Werft des „Bulkan“ in Bredow bei Stettin erstand der größte Dampfer der Welt „Kaiser Wilhelm II.“ (All. Ztg., 14. Aug.). — Ein englisches und das erste deutsche Unterseeboot gibt im Bild die „Illustrierte Zeitung“ 11. September. — H. Krieger besprach die Resultate der elektrischen Schnellbahnfahrten auf der Militärbahn von Marienfelde bis Zossen (Allg. Ztg., 5. Dez.).

Über die neuesten Fortschritte in der praktischen Fliegekunst berichtete Raimund Rimsführ (Allg. Ztg., 30. Dez.). — Man sprach von „Elektrokultur“ in der Landwirtschaft. — Auf dem Licht-Luft-Sportplatz in Berlin tummelten sich im Schnee die Männer in Badehosen (All. Ztg., 13. März).

Man klagte über die zunehmende Häufigkeit der Ehescheidungen (All. Ztg., 2. Jan.).

In Österreich wie in Ungarn spielten die Sprachenfragen eine übermäßige Rolle. Magyarische Studenten demonstrierten in Pest gegen deutsche Aufführungen. Im ungarischen Abgeordnetenhaus gab der Siebenbürger Sachse Lindner wohl zu, daß das magyarische Element zur

Dichter=  
Gedächtnis=  
Stiftung.

Öster-  
reich.

politischen Führung geschichtlich berufen sei, aber nicht zur unbedingten Herrschaft, zur einfachen Suprematie über die andern Nationalitäten (29. Jan.). Darüber erhob sich ein solcher Sturm und Widerspruch, daß Lindner am folgenden Tag seine Worte wesentlich abschwächte und die Suprematie der ungarischen Nation nicht mehr in Zweifel zog. So gut verstanden es die Magyaren, jeden andern einzuschüchtern. Tapferer war der Redaktor der „Großkiskindauer Zeitung“, der die Magyarisierung der Volksschulen angriff, wegen Aufreizung angeklagt, von den Geschwornen aber freigesprochen wurde, die damit die Vergewaltigung der nichtmagyarischen Nationalitäten bestätigten.

Es wurde im ungarischen Abgeordnetenhaus unangenehm vermerkt, daß der Thronfolger Franz Ferdinand zu seiner Reise nach Petersburg den Grafen Joh. Bichy mitnehmen wollte, den Präsidenten der katholischen Volkspartei, also den Führer einer oppositionellen Fraktion.

Koerber. Da man dem österreichischen Ministerpräsidenten Koerber die Absicht eines Staatsstreichs zumutete, sagte er am 24. Februar im Wiener Abgeordnetenhaus: er habe nur darauf hingewiesen, daß, wenn das Parlament nicht mehr den Schutz seiner Völker versehen wollte, der Staat das Recht zu existieren auch gegenüber dem Parlamente zu Hilfe rufen müßte. Das Haus möge sich also aus seiner Krise emporringen, seine fruchtbare Tätigkeit fürderhin nicht mehr zweifelhaft lassen. Das Parlament habe es allzeit in der Hand, die Anwendung eines außerordentlichen Mittels hintanzuhalten. Dann würde auch diese „Beamtenregierung“ gern zurücktreten, sobald andere Männer rascher und sicherer die Volksvertretung zu ihren pflichtgemäßen Arbeiten dauernd zurückzuführen vermögen. Der Staat habe für alle Nationalitäten nur die gleiche Gerechtigkeit. Die Regierung wolle nur Konflikte verhüten, die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen erreichen. Eine starke Monarchie und ein gerechtes Österreich seien die Bürgschaften für eine friedliche Auseinandersetzung der Nationalitäten.

Die Katholiken des Zentrums protestierten durch Rathrein (26. Febr.) gegen den Vorwurf der Alldeutschen, als ob sie zu geringe Sympathien für Deutschland und das Deutschtum hätten. „Sympathisch begrüßen wir den Deutschen Kaiser, den Bundesgenossen Österreichs. Aber uns Deutschen in Österreich hat die Geschichte unsere Stellung angewiesen an der Seite des Thrones der Habsburger.“

Wieder kam der ungarische Ministerpräsident Szeil am 27. Februar auf Lindners sanfte Vorstellungen zurück; er behauptete einfach: „Eine Nationalitätenfrage gibt es in Ungarn nicht, da wir nur eine einheitliche politische Nation kennen. (Er vergaß zum mindesten die autonomen Kroaten.) Darum kann ich es nicht billigen, wenn Lindner von der Hegemonie des magyarischen Stammes spricht. Das führt zum Föderalis-

mus. Ich schätze das tüchtige Sachsenvolt, daß es während seiner siebenhundertjährigen Ansässigkeit in Ungarn seinen angestammten Sitten, seiner Sprache und Kultur treu blieb. Das beweist, daß der ungarische Staat in allen Wechselfällen der Geschichte seine schirmende Hand über das Sachsenvolt gebreitet hat." (Mein, das beweist, daß es erst seit einem halben Jahrhundert einen magyarischen Chauvinismus mit Unterdrückungstendenzen gab.)

Triester Unruhen im Februar erwiesen sich als Anzettlungen von Anarchisten.

Die deutsche Sprache wurde als Lehrgegenstand in den Pester Elementarschulen abgeschafft und nur in den Bürger- und Mittelschulen noch aufrecht erhalten: ein törichte Kulturkampf zum eigenen Schaden.

Schönerer strebte mit seiner alldeutschen Partei die Befestigung des bundesrechtlichen Verhältnisses mit dem Deutschen Reich an und schloß eine Rede am 18. März mit dem Ruf: „Hoch und Heil den Hohenzollern!“ Der Schatta von der Deutschen Volkspartei erläuterte das dahin, daß neben Deutschland ein Österreich mit deutscher Staatsprache bestehen müsse, beide zusammen geführt von ihren glorreichen Herrscherhäusern; das sei für jeden Deutschnationalgesinnten das einzig Erstrebenswerte. Ein solcher Bund der Deutschen in Europa würde für die Welt ein Hort des Friedens, der Arbeit, des Fortschritts und ein Erfolg sein, wie wir ihn schöner nicht denken können. Auch Funke von der Deutschen Fortschrittspartei sagte: „Wir sind deutsch und im Geiste verbündet mit unsern Brüdern im Reich; deshalb können wir trotzdem treue Österreicher bleiben.“ — Die Frage wegen der slowenischen Parallelklassen am Gymnasium in Gili blieb noch unerledigt.

Schönerer.

Am 8. April erfolgte der Besuch des deutschen Reichskanzlers Graf Bülow in Wien, im Zusammenhang mit der Erneuerung des Dreibunds.

Im Mai ärgerten sich wieder die Ungarn darüber, daß Erzherzog Franz Ferdinand bei seinen Reisen nach London und Madrid von je einem deutschen, ungarischen, polnischen und tschechischen Aristokraten begleitet sei, weil hiedurch Ungarn als österreichische Provinz „erscheine“. Immer nur Schein! — Der gemeinsame Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski sagte in den Delegationen am 7. Mai über derlei, die Monarchie müsse in vollständiger Übereinstimmung zwischen beiden Teilen dem Ausland gegenüber als geschlossenes und somit kräftiges Ganzes auftreten und sich nicht etwa durch mangelhafte Bestellung des eigenen Haushaltes in Nachteil versetzen. Es müssen von jeder Seite einige Opfer gebracht werden, man müsse einen vertraglosen Zustand vermeiden, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den politischen in Einklang bringen. Die Begleitung des Erzherzogs sei eine reine Hoffache ohne staatsrechtliche Bedeutung.



Der Tscheche Kramarsch bezeichnete in den Delegationen (27. Mai) die Los-von-Rom-Bewegung nicht als eine religiöse, sondern als nationale und politische mit dem Endzweck, Österreich zum deutschen Bundesstaat zu machen. Dazu sei die Bewegung aus Deutschland importiert. Goluchowski erwiderte, er habe keinen Anlaß, gegen diese Bewegung vorzugehen; das seien private Angelegenheiten. Aber auch in der ungarischen Delegation wurde die alldeutsche Bewegung als Landesverrat bezeichnet, wenn auch die deutsche Regierung der Bewegung ganz fernstehe. Gegen die preußische Polenpolitik und die Marienburger Rede Kaiser Wilhelms wurden allerdings scharfe Worte laut. Zu Lemberg fand als Protest dagegen am 13. Juli eine große nationale Feier statt zur Erinnerung an die Befreiung des Deutschen Ordens durch Polen und Litauen im Jahre 1410 bei Tannenberg.

Da Koerber den Tschechen gegenüber Versprechungen und Drohungen anwandte, verzichteten sie im Juni auf die Obstruktion. Koerber legte einer gemischten Konferenz am 14. Oktober den Entwurf einer Regelung der Sprachenfrage vor. Er empfahl beiden Nationen dringend eine Verständigung in einer neuen Diskussion vom 11. November, da Österreich kein nationaler Staat sein könne; aber der Tschechenklub verwarf den Vorschlag am 15. November, da er auch noch die deutsche Staatssprache festlegen wollte, und kündete gegen die bestehende Regierung „den schärfsten Kampf mit allen im Wiener Parlament üblichen Mitteln“ an. Die deutsch-böhmischen Abgeordneten, mit Ausnahme der Alldeutschen, waren aber zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit. Der alldeutsche Führer Wolf erschwerte sich seine Führerrolle durch einen Ehebruchs- oder Ehrenbeleidigungsprozeß (5. Dez.). Die deutschen Parteien der gemäßigteren Richtung einigten sich auf folgendes Programm (5. Dez.): „Böhmen zählt sechs Millionen Einwohner, davon über 37 Prozent Deutsche. Es ist der größte Verwaltungsbezirk in Mittel- und Westeuropa. Darum empfiehlt sich eine Zerlegung in Kreise, die möglichst sprachlich abzugrenzen sind. So ergeben sich zehn Kreise und Kreisregierungen.“ Die Deutschen machten gegenüber ihrem Pfingstprogramm von 1899 das Zugeständnis, daß Eingaben in beiden Sprachen bei jedem Amt des Königreichs angenommen werden können. Aber die Tschechen waren auch damit nicht befriedigt.

Etwas besser geriet der Ausgleich mit Ungarn. Da die Quotenverhandlungen zu keinem Ergebnis führten, bestimmte der Kaiser, wie es sein Recht war, daß Zisleithanien  $66\frac{4}{49}$  und Transleithanien  $33\frac{3}{49}$  zum gemeinsamen Staatshaushalt beizutragen haben. Der österreichisch-ungarische Ausgleich wurde noch am 31. Dezember in später Abendstunde von Koerber und Szell in Wien unterzeichnet.

Für Zisleithanien verfügte eine kaiserliche Verordnung vom 31. Dezember ein sechsmonatiges Budgetprovisorium.

In Agram gerieten Kroaten und Serben übereinander.

Eine Grenzstreitfrage zwischen Galizien und Ungarn wurde in Graz zugunsten Galiziens entschieden.

Man betrachtete mit Mißtrauen die Bestrebungen Italiens, in Nordalbanien Einfluß zu gewinnen.

Der frühere Minister Graf Belcredi starb am 2. Dezember in Gmunden, 79 Jahre alt. Ich habe seinen Nachlaß für den dritten Band dieser Geschichte benutzen können.

Die Wiener „Evangelische Kirchenzeitung“ schätzte die Zahl der zur evangelischen Kirche übergetretenen Katholiken auf nahezu 19.000, wozu noch etwa 800 kamen, die altkatholisch wurden.

Über die Frage einer italienischen Universität in Österreich wurden verschiedene Stimmen laut (Allg. Ztg., 40 u. 75).

Rudolf Springer (eigentlich Renner) schrieb das Buch: „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat. I. Das nationale Problem als Verfassungs- und Verwaltungsfrage.“

Gegen die nicht ganz unpersönliche Behauptung des Dozenten Ludo M. Hartmann (in der Nation 26. Juli) vom „Niedergang der deutsch-österreichischen Universitäten“ erhob sich Protest (Allg. Ztg., 15. u. 26. Sept.).

Über die konfessionellen und nationalen Verschiebungen in Österreich nach den neuesten statistischen Arbeiten wurde bekannt, daß sich dieselben in sehr engen Grenzen hielten. Die Römischkatholischen gingen prozentuell von 80 auf 79 zurück, dafür gewannen alle andern Konfessionen unbedeutend mit Ausnahme der auch zurückgehenden Helvetier. Die Bewegung hatte mannigfaltige, nicht konfessionelle Ursachen. Die Prozentzahl der Katholiken war in Niederösterreich 92, in Oberösterreich 97, in Salzburg 99, in Steiermark 98, in Kärntner 94, in Krain 95, Küstenland 98, Tirol und Vorarlberg 99, Böhmen fast 96, Mähren 95, Schlesien 84, Galizien 45, Bukowina, Dalmatien 83. In den fünf letzteren Kronländern hob sich der Prozentsatz der Römischkatholiken, trotz oder vielmehr gerade wegen der teilweisen Minorität. Auch das prozentuelle Verhältnis der verschiedenen österreichischen Nationen zueinander hatte sich in den letzten Jahrzehnten nicht bedeutend verschoben. Im allgemeinen war das Deutsche seit 1880 von 36·75 Prozent auf 35·78 Prozent zurückgegangen, aber auch das Tschechische, das Slowenische, das Italienische; am meisten gewonnen hatte das Polnische und Ruthenische, weil sich eben unkultivierte Völker stärker vermehren trotz Mangels an Hygiene. Sonderbarerweise waren die Deutschen in Böhmen trotz der slawischen Majorität von 37·17 auf 37·26 Prozent gestiegen, während sie zum Beispiel in Niederösterreich von 96·8 auf 95 Prozent zurückgingen, trotz der erddeutschen Verwaltung, Wien sank seit 1890 von 94·4 auf 92·6 Prozent Deutsche. Darüber berichtete Professor Rauchberg in der „Deutschen Arbeit“ (Prag 1902) und K. Hilgenreiner in den „Historisch-politischen Blättern“, 130, 707.

Die Protestanten und Freidenker wunderten sich, daß Roßegger, der „gemütvollste Gottsucher“, trotz seiner Sympathien für den steirischen Prote-

Konfessionen.

Nationen.

Roßegger.

stantismus sich doch von der „farben- und formenreichen Marienkirche“ nicht trennen wollte. P. Rosegger stellte sein Verhältnis zum „Loz von Rom“ dar im Büchlein „Mein Himmelreich“. Er wollte sich nicht vom Katholizismus seiner Kindheit und seines Landes trennen, wünschte aber eine Reform. Darüber berichtete Masaryk in der „Allgemeinen Zeitung“, 13.

„Meinrad Helmspergers denkwürdiges Jahr“, eine Erzählung von Enrica v. Handel-Mazzetti, schon 1900 erschienen, machte erst jetzt ihren Weg in der literarischen Welt. Ich halte dieses Jugendwerk der berühmten Erzählerin auch heute noch für ihr Stärkstes. — Th. Herzl schrieb den Zionistenroman „Altneuland“, eine Weiterführung seines „Judenstaats“ (1892) auf dem Boden Palästinas. — Zu Franz Stelzhamers hundertstem Geburtstag wurden seine mundartlichen Dichtungen in der Ausgabe von Hanrieder und Weizenböck besprochen (Allg. Ztg., 287). — Moriz Neeber übersehte und bearbeitete das französische Werk Ehrhards über Grillparzer. — H. Greinz gab die Gedichte von Gilm neu heraus.

Saar. Ferd. v. Saars siebzigster Geburtstag wurde würdig gefeiert. Er wurde ins Herrenhaus berufen, seit Grillparzer, Anton Auerperg (Grün) und Münch-Bellinghausen (Halm) wieder ein deutscher Dichter. — Ferd. v. Saars „Hermann und Dorothea“ spielte mit Beziehung auf Goethe und in gleichen Hexametern in Mähren.

Ed. Castle gab „Nikolaus Lenau“ zur Jahrhundertfeier seiner Geburt; damit setzte eine sehr berechtigte Lenau-Renaissance ein.

Karl Hans Strobl gab mit seiner „Baclarbude“ einen realistischen österreichischen Zeitroman, ein Stück „Provinzkunst“.

Die „Allgemeine Zeitung“ bespricht den zweiten Band meines „Deutschen Götter- und Heldenbuchs“, die Wilzen- und Welsungen-sage enthaltend, ebenso meine „Goldene Legende“ (6. Dez.).

R. Schönherr's „Sonnwendtag“ war ein Tendenzstück gegen den Kirchenglauben.

Alex. v. Peez schildert Österreich als altes Neuland deutschen Volkstums im Buch: „Erlebt — Erwandert. III. Blicke auf die Entstehung der Ostmark und Karl der Große als Neubegründer des deutschen Volkstums.“ — Ed. Jetzke gab „Bilder aus der Ostmark, ein Wiener Wanderbuch“, mit Illustrationen. — Herm. Gl. Rosel gab ein „Deutsch-österreichisches Künstler- und Schriftstellerlexikon“ heraus.

R. Wotke schrieb über den Erzbischof „B. E. Milde als Pädagoge und sein Verhältnis zu den geistigen Strömungen seiner Zeit“. — Franz Strunz schrieb über „Theophrastus Paracelsus als Persönlichkeit“ nach Sudhoff und E. Schubert (Allg. Ztg., 145). — R. Th. Heigel rühmte den Neubau und die Einrichtung des Wiener Staatsarchivs (Allg. Ztg., 4. Jan.).

Staatsarchiv. Der neue großartige Parlamentspalast in Pest, erbaut von Emmerich Steindl im gotischen Stil, wurde nach siebzehnjähriger Bauzeit seiner Bestimmung übergeben (All. Ztg., 23. Okt.). — Der neue Minervabrunnen wurde vor dem Wiener Parlament aufgestellt. Ich besitze als Geschenk des Künstlers R. Kundmann die Originalmodelle der Pallasfigur und der Nike.

Franz v. Neumann erbaute das imponierende Rathaus zu Reichenberg in Böhmen (All. Ztg., 14. Aug.).

Riefen- tor. Neuerlich entstand ein künstlerischer Streit über die geplante Restauration des Riefentors am Wiener Stephansdom. Die Modernen waren da-



gegen. Die Restauration wird aber ebenso gewiß noch einmal erfolgen, wie die der Heidelberger Schloßruine.

Joh. Fadrusz schuf ein großes König-Matthias-Denkmal für Klausenburg (All. Ztg., 23. Okt.). Ein riesenhaftes Rostuthmausoleum von Gerster und Strobl sollte für Pest ausgeführt werden (All. Ztg., 17. April). Einen schönen polychromen Kaiserin-Elisabeth-Stein führte der Bildhauer Robert Weigl aus (All. Ztg., 31. Juli). Anton Brenel schuf das tüchtige Kaiser-Josef-Denkmal für Reutitschein (All. Ztg., 29. Mai). Alfons Canciani, Mitglied der Wiener Sezession, schuf seinen Dante auf dem Felsen (All. Ztg., 9. Okt.). C. Millöcker, der Operettenkomponist, erhielt ein Denkmal auf seinem Ehrengrab in Wien. Die preisgekrönten Entwürfe für ein Elisabethdenkmal in Budapest zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 27. Februar.

P. Hartmann v. Au der Bahn-Hochbrunn, ein geborner Tiroler Franziskaner, schuf in der Art von Perosi das Oratorium St. Franciscus; es wurde am 17. Februar in Wien aufgeführt.

R. Schwerzel versuchte eine Rekonstruktion der beiden Parthenongiebel (All. Ztg., 24. April). Philipp Schumacher illustrierte „Das Leben Jesu“ von Jos. Schlecht, als Nachempfänger der Nazarener. Erfreulich war die Art, in der „Gerlachs Jugendbücherei“ einen modernen Stil auf Grund volkstümlicher Tradition anwandte (All. Ztg., 29. Mai). Neuartige Gläser von Lobmeyr in Wien zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 6. November.

Zwischen Riegl und Strzygowski entspann sich ein literarischer Streit über das Verhältnis des Hellenismus zum Orientalismus. Letzterer betonte die starke Einwirkung des Orients, während ich mit Riegl das Beharren des Hellenismus als das kulturgeschichtlich Wesentlichere ansehe (Allg. Ztg., 40). Alois Riegl („Spättrömisch oder orientalisches“, Allg. Ztg., 23. April) sah in der spätantiken Kunst nicht einen Verfall, sondern einen Fortschritt in universaler Entwicklung.

Das österreichische Ministerium für Kultus und Unterricht gab ein Prachtwerk über Segantinis Leben und Werk heraus, Text von Franz Servaes. Erzherzog Leopold Salvator unternahm eine wissenschaftliche Ballonfahrt über die Alpen (All. Ztg., 1. u. 8. Mai).

Thomas Behofer, der gelehrte Dominikaner, starb im 31. Jahr zu Wien.

In Wien starb der Erfinder der Korrespondenzkarte, Emanuel Herrmann. 1869 wurde die Postkarte in Österreich, 1871 im Deutschen Reich eingeführt (All. Ztg., 24. Juli).

Daß sich Italien immer mehr Frankreich zuneigte, wurde immer klarer; es geschah, um sich Tripolis zu versichern. Dagegen konnte das Geschenk eines Goethedenkmals durch den Deutschen Kaiser nicht aufkommen. Die Thronrede vom 20. Februar betonte allerdings die Treue gegenüber den alten Bündnissen. Auch der Minister des Auswärtigen Prinetti erklärte neuerlich am 15. März in der Kammer, „daß die so glücklich wiederhergestellten guten Beziehungen zu Frankreich die alte traditionelle Freundschaft zwischen England und Italien in keiner Weise beeinträchtigt haben. Prinetti kam am 27. März mit Bülow zu Venedig zusammen.

Alba-  
nien.

Am 22. Mai erhob sich allerdings in der Kammer die Frage, wie es denn mit Albanien stehe, auf das Italiens Interesse bestehen müsse; jede Ausdehnung Österreichs längs der Balkanküste nach dem Adriatischen Meere zu oder gegen Salonik würde das Gleichgewicht erheblich stören. Es fragte sich auch, ob England sich jedes Anspruchs auf Tripolis begeben würde. Prinetti gab zufriedenstellende Aufklärungen. Der Dreibund enthalte nichts Aggressives gegen Frankreich, und sei kein Hindernis für die herzlichen Beziehungen zu Italiens lateinischem Schwestervolk.

Sozialist.

Mit der Türkei wurde ein Abkommen geschlossen gegen die Seeräuberei im Roten Meer; mit England wegen Bekämpfung des Mullah im Sudan. Streiks und soziale Unruhen bezeugten die Gärung in Arbeiterkreisen. Ein katholischer Gewerkschaftskongress in Mailand am 26. Januar beschloß die Gründung eines katholischen Gewerkschaftsverbandes für Italien. Auf dem Kongress der sozialistischen Partei Italiens zu Imola am 6. September siegten die Gemäßigten oder Reformisten mit ihrem Zentralorgan „Avanti“. Es wurde folgende Kompromißresolution angenommen: „Das Endziel des Sozialismus ist die Befreiung der Menschheit von der kapitalistischen Ausbeutung durch das Mittel des Kollektivismus. Der Weg zur Emanzipation ist der von dem Klassenbewußten Proletariat geführte Klassenkampf gegen die wirtschaftliche und politische Organisation der Klasse der Monopolisten und Besitzer der Produktionsmittel. Da alle Reformen, welche die ökonomische, politische und moralische Hebung des Proletariats bezwecken, gleichzeitig zur Erreichung der sozialen Revolution beitragen, so erklärt der Kongress die Existenz zweier verschiedener Tendenzen als wohl vereinbar. Der Kongress stellt fest, daß die Aktion der Partei reformistisch ist, weil revolutionär, und revolutionär, weil reformistisch, oder auch die einfache sozialistische Parteitaktik. Die Resolution erkennt ferner an, daß die Kammerfraktion in ihren Entschlüssen selbständig ist, daß sie sich indes in Fühlung mit den Anschauungen und Wünschen der großen Masse des Proletariats halten muß.“ Die sozialistische Kammerfraktion war gemäßigt und ministeriell.

Mafia.

Der frühere Abgeordnete Palizzolo, ein Führer der sizilischen Mafia, wurde in Bologna wegen Mordes zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt (30. Juli). Der Prozeß spielte seit Dezember 1899.

Am 14. Juli stürzte der Glockenturm von San Marco zu Venedig ein. Man beschloß, ihn wieder aufzubauen.

Es wurden Versuche gemacht, die katholische Bewegung in Italien besser zu organisieren. Das geschah durch ein Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Rampolla vom 27. Januar.

Christ-  
liche  
Demo-  
kratie.

Die Worte des Papstes über die „christliche Demokratie“ waren wohl sehr mißverstanden worden, weshalb Kardinalvikar Respighi

im „Osservatore Romano“ am 23. September eine Rundgebung veröffentlichte, die besagte: „Manche christliche Demokraten haben in Schrift und Wort gefährliche Theorien und Richtungen weiterverbreitet, obwohl die kirchliche Behörde sie mehrmals väterlich ermahnt hat. Eine in der Republik San Marino am 24. August gehaltene Rede von Romolo Murri über Freiheit und Christentum (veröffentlicht in der christlich-demokratischen Zeitung *Il Domani d'Italia* vom 31. August) hat hauptsächlich das Vaterherz des Heiligen Vaters betrübt. Mehrere Bischöfe, die sich über die hervorgerufene böse Wirkung dieser Rede beunruhigt fühlten, haben es für nötig gehalten, bei Sr. Heiligkeit Vorstellungen zu machen. Nach genau angestellter Prüfung ist besagte Rede als verwerflich und für die Zensur reif erachtet worden. Überdies ist es beklagenswert zu sehen, daß verschiedene auf derselben Grundlage beruhende Veröffentlichungen ihre Inspiration von dem gleichen Autor empfangen. Dagegen verdient das vollste Vertrauen die Gruppe der Kongreßarbeit (*Opera dei congressi*), da sie treulich den päpstlichen Weisungen nachkommt.“

Der Papst empfing am 6. März die Sondermissionen der Suveräne, die ihn zu seinem Jubiläum beglückwünschten und beschenkten. Am meisten schien er sich über ein Glückwunschschreiben des nordamerikanischen Episkopats zu freuen und über das Gedeihen des Katholizismus in diesem Land. Er antwortete: „Man muß eurer Klugheit das Zeugnis ausstellen, daß ihr in genauer Kenntnis des Charakters der dortigen Bevölkerung so weise vorgegangen seid, daß ihr alle Arten von katholischen Einrichtungen in Anpassung an die Bedürfnisse und Geistesrichtung emporzubringen in der Lage waret. Hierin verdient das größte Lob, daß ihr stets die Verbindung eurer Kirchen mit dieser Hauptkirche und dem Stellvertreter Christi auf Erden sorgsam pfleget. So kommt es, daß, während Umsturz und Verfall bei fast allen Völkern, die seit Jahrhunderten die katholische Religion besitzen, Trauer einflößen, der jugendlich blühende Zustand eurer Kirchen das Gemüt erhebt. Allerdings genießt ihr von Seiten der Staatsregierung keinerlei gesetzliche Begünstigung; doch gebührt den Lenkern des Staates die Anerkennung, daß ihr in keiner Weise in Genuß einer gerechten Freiheit gestört seid... Ihr habt auch für die Andersgläubigen, um sie zu bekehren, dadurch gesorgt, daß ihr gelehrte Männer aus der Geistlichkeit bestimmtet, welche die verschiedenen Gegenden durchziehen und entweder in den Kirchen oder in andern Gebäuden öffentlich in einer Art vertraulichen Gesprächs zu den Versammelten sprechen und die aufgeworfenen Schwierigkeiten lösen. Das ist eine vortreffliche Einrichtung, die bereits reichliche Früchte getragen. Auch das unglückliche Los der Neger und Indianer hat eure Liebe nicht vergessen...“

Der Papst setzte eine Kommission von vier Kardinälen ein, um das



Vorgehen bei dem Werke der Erhaltung des Glaubens gegenüber der protestantischen Propaganda in Rom zu leiten.

Mit der deutschen Regierung schloß der Papst ein Abkommen über Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg (5. Dez.). Dabei sollte das bischöfliche Seminar fortbestehen.

Die Bestrebungen zur Einführung der Ehescheidung erklärte der Papst als Erschütterung der christlichen Ordnung und Rückbildung zum Naturalismus und Heidentum. Der demokratische Gedanke sei aus dem Christentum geboren; die wahre christliche Demokratie müsse der sozialistischen, gottlosen Bewegung den Platz streitig machen (23. Dez.).

Kaiser Franz Josef schenkte dem Papst zum Jubiläum die von Rudolf Marschall in Gold ausgeführte Gruppe des Guten Hirten (Jll. Ztg., 25. Dez.). Die Stadt Wien schenkte eine goldene Medaille des Papstes von Marschall (ebenda).

Über das vielgenannte Turiner Leichentuch Christi handelt die „Allgemeine Zeitung“ 10. Mai nach Ulysse Chevalier; es sei nichts anderes als eine Malerei aus dem 14. Jahrhundert. Jos. Wilpert vollendete sein großes Werk „Das unterirdische christliche Rom“.

Benedetto Croce behandelte die „Ästhetik als Wissenschaft des Ausdrucks und allgemeine Linguistik“ (Milano 1902). Darüber R. Voßler in der „Allgemeinen Zeitung“ 10. September.

Gabriel d'Annunzio gab mit seiner „Toten Stadt“ eine schwüle Stimmungstudie mit Versetzung mykenischer Tragik in die Gegenwart.

Sehr malerisch mit den Sockelgruppen ist das von Dav. Calandra modellierte Denkmal des Prinzen Amadeus von Savoyen, Herzogs von Aosta, in Turin (Jll. Ztg., 29. Mai).

Mafia.

Über die „Mafia“ orientierte eingehend Alex. Rumpelt in der „Allgemeinen Zeitung“ 13. März, nach dem Buche von A. Cutrera „La Mafia e i Masiosi“, Palermo 1900.

Marconi vervollkommnete seine drahtlose Telegraphie.

Zur Austrocknung der Pontinischen Sümpfe nach dem Projekt des preußischen Majors v. Donat trat deutscherseits ein Pontinisches Syndikat zusammen (Jll. Ztg., 28. Aug.).

Frankreich.

Sehr verbindliche Neujahrsgrüße tauschten Zar Nikolaus und Präsident Emil Loubet aus, desgleichen die beiden Kriegsminister. Der Minister des Außern Delcassé sprach sich ziemlich deutlich über das italienisch-französische Abkommen wegen Tripolitanien aus. Er riet auch Italien, sich wegen seiner Bestrebungen auf dem Balkan an Rußland anzulehnen. Dies allerdings nur gesprächsweise. In der französischen Kammer wurde Frankreichs Interesse an Marokko scharf betont. Im Februar erregte die Nachricht von der Besetzung der Oase Figit, südlich Marokko, großen Jubel. Loubet folgte der Einladung des Zaren zu einem Besuch in Petersburg. Etwas enttäuscht war man doch darüber, daß Italien trotz seines neuen Kurses den Dreibund wieder erneuerte. Delcassé erwiderte eine Anfrage darüber in der Kammer am 3. Juli: „Niemand kann die Annäherung haben, die Interessen Italiens besser zu

Marokko.

kennen als Italien selbst. Aber ebenso wird niemand überrascht sein, daß, als uns die bevorstehende Erneuerung des Dreihundes angekündigt wurde, wir uns mit der Frage beschäftigten, in welchem Maße dieser diplomatische Akt mit den zur selben Zeit wieder angeknüpften Freundschafts- und Interessenbeziehungen zwischen Frankreich und Italien im Einklange stehen könnte. Die italienische Regierung sorgte selbst dafür, die Lage aufzuklären und die Gewißheit zu geben, daß die Politik Italiens infolge seiner Bündnisse weder direkt noch indirekt gegen Frankreich gerichtet sei, daß sie in keinem Fall eine Drohung für uns bedeute, daß endlich Italien in keiner Form ein Gehilfe eines Angriffes gegen unser Land werden könne." Das heißt, die italienische Regierung hatte überhaupt keine Politik.

Mit allen Friedensversicherungen stimmte nicht die Revancherede des Kriegsministers André am 15. August zu Villefranche bei Einweihung eines Kriegerdenkmals; er sagte: „Wir wollen unsere Niederlage nicht verherrlichen, wir kennen und tragen noch heut ihre Folgen. Der Soldat, den das Denkmal darstellt, ist der Soldat der Zukunft, der Frankreich seine Größe wiedergeben wird. Er wird der Rächer Frankreichs sein; diesem Rächer bewahren wir unsre Palmen auf.“ Ähnlich waren die Reden des Marineministers Pelletan am 12. und 15. September. Er hob in Ajaccio die Lage Korsikas hervor, die Italien mitten ins Herz ziele und eine Bürgschaft für die Sicherheit Frankreichs sei. In Biserta sagte er, „es sei das der Mittelpunkt der Verteidigung Biserta. Frankreichs am Südgüste des Mittelmeers, es werde ein neues Karthago sein. Frankreich wolle aus dem Mittelmeer kein französisches Binnengewässer machen; aber ein Teil des Mittelmeeres sei französisch und müsse es bleiben. Mit Biserta, Korsika und Toulon vermöge Frankreich die Tür zwischen den Mittelmeerhäfen offenzuhalten trotz Malta und Gibraltar. Er wünsche keinen Konflikt mit Italien oder England, aber man müsse sich vorbereiten, da man nicht wisse, was andere tun werden. Heute gebe es in der zivilisierten Welt keine Sicherheit mehr. Am Ende des 19. Jahrhunderts, nach der Niederwerfung Frankreichs durch die Barbarei Germaniens habe man den Rückfall in das Gewaltrecht erlebt, und die ganze Welt schien vom Grundsatz beherrscht zu sein, daß Gewalt vor Recht gehe. Wir müssen alle Anstrengungen darauf richten, das Genie Frankreichs als die Quelle der Gerechtigkeit und des Lichtes intakt zu erhalten.“ Der Ministerpräsident Combes suchte in einer Rede vom 20. September den ungünstigen Eindruck all dieser Reden abzuschwächen.

Mit Siam wurde ein vorteilhafter Vertrag abgeschlossen, 8. Oktober. Präsident Loubet empfing die Burengenerale Botha, Dewet und Delarey am 13. Oktober. Zum hundertsten Geburtstag Viktor Hugos schickten von fremden Nationen allein die Tschechen eine Deputation nach Paris.

Kultur-  
kampf.

Ministerpräsident Combes nahm den Kampf gegen die Kongregationen mit aller Schärfe auf. Er sagte am 10. Juni in der Kammer: „Wir werden nicht dulden, daß ein Teil des Klerus versucht, die Kirche mit den religiösen Kongregationen zu identifizieren. Das Vereinsgesetz tritt jetzt in die Periode seiner Ausführung durch die Verwaltung. Wir werden gleichzeitig die Abschaffung des Unterrichtsgesetzes von 1850 vorschlagen, damit der Staat die Stelle wieder einnehme, die er niemals hätte aufgeben sollen.“ Durch ein Dekret vom 27. Juni wurden 135 Kongregationschulen geschlossen, zum Teil unter Aufbietung von Polizei und Militär, da die Bevölkerung sich für die geistlichen Lehrer und Lehrerinnen erklärte. Ein neuer Erlaß des Ministers Combes vom 10. Juli richtete sich gegen die Kongregationsniederlassungen, die keine Genehmigung nachgesucht hatten. Eine Interpellation darüber entfesselte große Stürme in der Kammer. Der Erzbischof von Paris mit andern Bischöfen protestierte in einem offenen Schreiben an Loubet gegen all dies. Von anderer Seite wurde der Gedanke erwogen, die Regierung durch Steuerverweigerung zur Aufhebung des Kongregationsgesetzes zu zwingen. Der Oberstleutnant Saint-Rémy weigerte sich, dem Präfekten eine Truppe zur Schließung einer Nonnenschule zur Verfügung zu stellen, weil ihm das sein Gewissen verbiete. Ebenso der Major Le-Roy-Ladurie; beide wurden bestraft. Die Regierung blieb unbelehrt. Nichts half, auch ein Protest des Episkopats vom 9. Oktober gegen diese Verletzung des Konkordats und die Vernichtung der „moralischen Einheit“ Frankreichs. Um so freundlicher bewies sich Loubet gegenüber dem protestantischen (reformierten) Konsistorium. Auch die Deputiertenkammer billigte mit 323 gegen 233 Stimmen, der Senat mit 163 gegen 90 Stimmen die Politik der Regierung gegen die Kongregationen. Predigt und Religionsunterricht in bretonischer Sprache wurde durch einen Erlaß verboten, der in der Bretagne auf heftigen Widerstand stieß. Schließlich wurden nur einige wenige Kongregationen anerkannt (Barmherzige Brüder, Trappisten, afrikanische Missionen, Weiße Väter u. dgl.).

Es wurde die zweijährige Dienstzeit für alle ohne Ausnahme empfohlen. Man sorgte für die politische Überwachung der Beamten.

Man plante den „Kanal der beiden Meere“, der den Atlantischen Ozean (Bordeaux) mit dem Mittelmeer (Narbonne) verbinden sollte, selbstverständlich mit Schleusen.

Die „Kantstudien“ berichteten von der kantischen Bewegung im französischen Katholizismus der Gegenwart.

Als ein „wissenschaftliches Programm des modernen Katholizismus“ betrachtete R. Guéhen die Schrift des Erzbischofs Mignot von Albi „La methode de la théologie“ (Allg. Ztg., 21. Febr.).

Marguerite Durand stand mit der Zeitung „La Fronde“ an der Spitze der Frauenbewegung Frankreichs.



Emil Zola verunglückte, 62 Jahre alt, nachdem er über hundert Bände geschrieben und sich fast überlebt hatte, echt naturalistisch durch Erstickung an Kohlendgasen eines schadhafteu Kamins. Dem Leichenzug Zolas folgte nicht nur seine kinderlose Gattin, sondern auch seine beiden Kinder, dreizehnjährig und elfjährig, mit ihrer Mutter, der Arbeiterin Kosjereau. Zola hatte es sich seit dem Drenfusprozeß mit den Nationalisten und seit seiner letzten romantisierenden Wendung mit den konsequenten Naturalisten verdorben. Er wurde mehr im Ausland als in Frankreich gelesen, für das er bereits längst ein überwundener Standpunkt war. — Es erschien noch der dritte Band von Zolas „Vier Evangelien“ mit dem Titel „Wahrheit“.

Paul Verlaine war bei deutschen Übersetzungsvirtuosen sehr in der Mode (Allg. Ztg., 52).

Die Pariser Bibliophilengesellschaft gab in Faksimile den Gottesstaat des hl. Augustinus mit den alten Illustrationen heraus.

L. E. Barrias modellierte ein höchst bewegtes Denkmal Viktor Hugos für Paris (All. Ztg., 20. Febr.); der Dichter, auf einer Insellippe sitzend, wird von vier Musen umschwebt. — In der modernen Art der Plaketten erzellierte Alex. Charpentier (All. Ztg., 19. Juni). — Höchst bezeichnend für die Sittengeschichte ist die Lithographie von Alex. Lunois „Eine Volksversammlung“ (All. Ztg., 22. Mai).

Wagners „Siegfried“ wurde in Paris aufgeführt. Sarah Bernhardt spielte in Deutschland den Hamlet, den Herzog von Reichstadt (Kostand), die Tosca, die Phädra usw. Die Tänzerin Isidora Duncan, eine Amerikanerin, tanzte nach klassischer Musik in präraffaelitischem Stil. Coquelin spielte Kostands Cyrano de Bergerac in Berlin.

Santos-Dumont operierte mit seinem lenkbaren Ballon in Montecarlo (All. Ztg., 13. Febr.).

Trotz der freundlichen Versuche Kaiser Wilhelms, den Zaren Nikolaus auch durch einen Besuch günstig zu stimmen (Reval, 6. bis 8. August), besserte sich doch nicht die Stimmung Rußlands gegen die Mittelmächte. Man betrachtete dort die Erteilung der Konzession für die Bagdadbahn als Beginn der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Türkei durch Deutschland. Über die preußische Polenpolitik schrieb ein russisches Blatt: „Seit dem Kindermorde des Herodes sind zwanzig Jahrhunderte hingegangen. Die Zivilisation hat sich zum Zenith erhoben, aber auf die barbarischen Rasseigenschaften der Germanen hat sie so wenig gewirkt, daß ihre Gewalttaten noch weit ärger sind als die des Herodes. Durch ihre draconischen Geseze bringt die deutsche Regierung 2000 bis 3000 polnische Kinder um, tötet die Seele der heranwachsenden Generation, entfremdet die Kinder den Müttern, sucht sie zu sittlichen Kretins zu machen, sie werden unpersönliche, gefühllose Wesen, die alles Deutsche hassen und ihre polnische Muttersprache nicht kennen. Selbst die Türken erröten vor Scham, wenn man sie an ihre Janitscharenregimenter erinnert, die aus gewaltsam geraubten Christenkindern gebildet wurden. Der einzige Trost

Polen ist die entrüstete Stimme Rußlands.“ — Aber auch den Polen in Rußland erging es nicht besser. Es kam in Wilna und andern Städten zu Unruhen, da die Schüler den Religionsunterricht in polnischer statt in russischer Sprache verlangten. Mehrere Gymnasien wurden geschlossen, weil die Schüler sich weigerten, die russische Hymne „Gott sei des Zaren Schutz“ zu singen. Der Bischof von Kalisch wurde deshalb abgesetzt. Der Gouverneur von Wilna, General Bahl, wurde durch Revolvergeschüsse verwundet.

Romites.

Der „Regierungsbote“ äußerte sich am 13. Dezember sehr ernst über die Lage am Balkan: „Die steigende Unzufriedenheit der Untertanen des Sultans unter dem Einfluß verschiedener Komitees ist geeignet, einen allgemeinen Aufstand hervorzurufen. Rußland muß für das Schicksal der verwandten Stämme besorgt sein. Die Regierung verurteilt jeden Versuch der slawischen Stämme auf gewalttätige Änderung der durch internationale Vereinbarungen garantierten Lage der Balkanhalbinsel. Sie rät daher auch der serbischen und bulgarischen Regierung, im eigenen Interesse die gefährliche Agitation zu verhindern und sie rechnet darauf, daß die slawischen Stämme, welche ihre Freiheit und Selbständigkeit den uneigenützigen Opfern Rußlands verdanken, ihren Weisungen folgen werden. Die österreichisch-ungarische Regierung hat sich den Schritten Rußlands angeschlossen, bei der Pforte auf die Einführung von Reformen in Makedonien zu dringen. Dies gemeinsame Vorgehen der beiden zunächst interessierten Staaten beruht auf den Abmachungen von 1897 zur Wahrung der Ordnung, Ruhe und des Friedens.“ — Eine andere offizielle Erklärung vom 19. Dezember beschäftigte sich mit der asiatischen Politik Rußlands, besonders der Mandschurei gegenüber. Nachdem England und Japan ein Bündnis schlossen, wollten auch Rußland und Frankreich ein enges Zusammengehen in Ostasien bekunden. — Eine Reise des Ministers des Auswärtigen Graf Lambsdorff nach Belgrad, Sofia und Wien (22. Dezember) hatte den Zweck, den Frieden in Makedonien zu sichern und die herausfordernde Tätigkeit der Komitees zu verhindern.

Außer dem Präsidenten Loubet und dem Kaiser Wilhelm besuchte auch der König von Italien mit seinem Minister des Auswärtigen den Petersburger Hof (13. Juli). Ebenso der Fürst von Bulgarien.

Mandschurei.

Der Vertrag Rußlands mit China über die Mandschurei wurde am 8. April abgeschlossen. So günstig er für Rußland erschien, so wurde er doch der Anlaß zum katastrophalen Krieg mit Japan und in den weiteren Folgen zum völligen Zusammenbruch des russischen Zarenreiches im Weltkrieg.

Mit dem Emir von Buchara stellte sich der Zar äußerst freundlich.

Die freundschaftlichen Beziehungen mit Frankreich erlitten eine Trübung durch die Behauptung französischer Blätter, daß Rußland das französische Bündnis zur systematischen Blünderung der französischen Rentner benutze. Dem wurde natürlich offiziell widersprochen: die finanzielle Lage Rußlands sei bei seiner friedlichen Politik unerschütterlich und schloße jede Gefahr für die französischen Kapitalien in Rußland aus. Als Professor Mitrosanoff ein Jahr vor dem Weltkrieg in Wien war, rühmte er sich als Russe mir gegenüber, die ungeheuren Anleihen Rußlands im Ausland garantierten den Bestand des Reichs, da die Mächte es schon deshalb erhalten müßten, um nicht die ihm geliehenen Kapitalien zu verlieren.

Im Innern Rußlands, besonders im Süden, brachen Bauernunruhen aus. Der Minister des Innern Sjipjagin wurde von einem relegierten Studenten ermordet (15. Apr.). Der Gouverneur von Charkow Fürst Obolensky wurde durch ein Attentat verwundet (11. Aug.), nachdem ihm ein Todesurteil von Seite der „Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei“ zugestellt worden war. Arbeiterunruhen erfolgten in Rostow.

Eine Expedition unternahm die wissenschaftliche Erforschung des neu erschlossenen Landes an der Murmanküste, wo die neue Hafenstadt Alexandrowsk erstand. Murman = Normannen. — Die „Illustrierte Zeitung“ bringt Bilder von der transsibirischen Bahn (15. Mai usw.). — Auf dem Schipka-Balkanpaß wurde eine russische Gedankkirche eingeweiht.

Mur-  
man-  
küste.

Die polnische Moderne gab die Monatschrift „Chimera“ in Warschau heraus. S. v. Siemiradzki starb, der Schöpfer von Sensationsbildern „Die lebenden Jackeln Neros“ usw. (Ill. Ztg., 11. Sept.). S. v. Samson-Himmelfstjerna schrieb einen „Anti-Tolstoi“ als Warnruf. — Wagners „Siegfried“ wurde in Petersburg in russischer Sprache aufgeführt.

Die bulgarische Regierung suchte sich gegenüber den gemeinsamen Vorstellungen der Vertreter Österreichs und Rußlands wegen der makedonischen Bewegung und der Komitees zu rechtfertigen. Am Schipkapass wurden zur Erinnerung an die Kämpfe vor fünfundzwanzig Jahren große militärische Feierlichkeiten veranstaltet, an denen der Fürst und der russische Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch teilnahmen. Die Thronrede in der Sobranje (28. Okt.) berief sich auf die wohlwollende Gesinnung des Zaren.

Bul-  
garien.

Auch in Bukarest wurde am 22. Mai der fünfundzwanzigste Jahrestag der rumänischen Unabhängigkeit gefeiert und am 11. Dezember der fünfundzwanzigste Jahrestag der Einnahme von Plewna. Feierlich wurde am 19. Oktober der Donaukanal zwischen Tultscha und Sulina eröffnet.

Ru-  
mänien.

In Serbien versuchte ein Anhänger des Prätendenten Karageorgewitsch, Rade Mlawantitsch, einen Putsch in Schabaz, wurde aber dabei erschossen.

Spanien betrachtete mit Mißtrauen die Versuche Frankreichs und Spaniens. Englands, in Marokko ihren Einfluß auszudehnen; denn Spanien sei seit Jahrhunderten in Marokko zumeist interessiert durch seine Niederlassungen. — Katalonien war immer unruhig. An der Universität zu



Barcelona brachen im November Unruhen aus, weil ein Erlaß der Regierung den Unterricht in der spanischen (kastilischen) Sprache obligatorisch machen wollte. Die Katalanen waren aber auf ihre eigene, mit dem Provenzalischen fast identische Sprache und Literatur sehr eifersüchtig. Das Dekret wurde am 17. Dezember wieder aufgehoben. — Der junge König Alfons XIII. übernahm am 17. Mai die selbständige Regierung. Die Munizipalitäten von Barcelona und andern Städten verweigerten die Teilnahme an den Festlichkeiten. — Über kirchliche Fragen fanden Verhandlungen mit dem Vatikan statt.

Über den spanischen Dichter Pedro Antonio de Marcon († 1891) berichtet Keller-Jordan in der „Allgemeinen Zeitung“ 3. Oktober, auch über seine „Bekehrung“.

In Portugal fehlte es nicht an Unruhen, die zum Teil einen antikerikalen Charakter annahmen. Die englischen, deutschen und französischen Staatsgläubiger sorgten für ihre größere Sicherheit.

Schweiz.

Der Schweizer Bundesrat wies elf Kongregationen in St. Gallen, Waadt und Wallis aus. Eine große Erregung entstand in der französischen Schweiz durch eine Rede, die Professor Better, Rektor der Universität Bern, bei der Fünfzigjahrfeier des germanischen Nationalmuseums in Nürnberg (16. Juni) gehalten hatte; er sagte: „Unsere kleinen Eigenheiten und Eigentümlichkeiten gehören der deutschen Kunst- und Kulturgeschichte an. Das Schweizerische Alpenhaus, das Schweizer Schloß gehört in den Kreis der deutschen Kultur so gut wie das fränkische Bauernhaus und die Burg von Nürnberg. Dieser Zugehörigkeit zu Deutschland wollen wir uns freuen. Die Schweiz ist in geistiger Beziehung eine deutsche Provinz, allerdings mit bedeutenden Reservatrechten. Wir freuen uns heute und hier in Nürnberg, daß wir deutsche Schweizer nicht, wie ein Teil des niederdeutschen Stammes, mit der politischen Abtrennung vom Reich auch die sprachliche und kulturelle vollzogen haben; wir freuen uns, daß wir uns geistig hier als Deutsche unter Deutschen, als Landsleute Goethes und Schillers fühlen können. Sind wir auch politisch abgetrennt von den deutschen Stämmen, von der deutschen kulturellen Entwicklung trennt uns nichts. Wenn Gottfried Keller sagte, daß man Schweizer sein darf und Deutscher sein muß, so sagen wir: als Schweizer sind und bleiben wir Deutsche.“

Die Schweiz hielt es für angezeigt, den Gotthard gegen Italien zu besfestigen.

Ant. Chiattone schuf das Denkmal der Kaiserin Elisabeth für Montreux am Genfersee. Man errichtete dem Dichter des „Eckhard“ B. Scheffel beim Wildkirchlein am Säntis einen Denkstein (Ill. Ztg., 3. Juli).

In Luzern erstand ein Friedensmuseum (Ill. Ztg., 10. Juli), Bloch. gegründet von dem eben verstorbenen russischen Staatsrat Joh. v. Bloch.

Bei der Einweihung berichtete Fr. Passy, daß im 19. Jahrhundert 177 Streitsfälle durch Schiedsgerichte erledigt wurden, am meisten in den beiden letzten Jahrzehnten.

Eine internationale Zuckersteuerverkonvention wurde am 5. März in Brüssel unterzeichnet. Beteiligt waren: das Hauptverbrauchsland für Zucker: Großbritannien, die Zuckerexportländer: Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, Niederlande. Der Konvention schlossen sich mit Vorbehalten Italien, Spanien und Schweden an, welche Zucker zwar produzierten, aber nicht ausführten. Rußland blieb fern und protestierte. Die Prämien für Erzeugung und Ausfuhr wurden abgeschafft, Preistreibereien durch Kartelle und Syndikate möglichst verhindert.

Zucker-  
steuer-  
konven-  
tion.

Alle Spielhäuser in Belgien wurden aufgehoben. Der belgische Sozialistenkongreß in Brüssel (30. März) verlangte allgemeines Stimmrecht mit Proporz (Minderheitsvertretung). In Courtrai fanden am 20. bis 25. August zwei Kongresse über die Erhaltung der niederdeutschen Sprache statt. Der „flämische Landtag“ befaßte sich mit den Verhältnissen im Land, der „niederdeutsche Kongreß“ war von 900 Delegierten Belgiens, Hollands, der holländischen Kolonien und der bisherigen Burenstaaten beschickt. Die Burenvertreter Louw und Reitz versicherten, daß die Buren im Kampfe für ihre Nationalität und Sprache ausharren werden; dem dreijährigen Waffengang in Südafrika werde ein unblutiger, aber nicht minder hartnäckiger nationaler Kampf nachfolgen.

Belgien.

Des Belgiers Maurice Maeterlincs „Monna Vanna“ wurde zur theatralischen Sensation. Ich habe das Stück nicht bis zu Ende angehört.

In den Niederlanden wurden selbstverständlich die Burengenerale begeistert empfangen. Ministerpräsident Ruiper erklärte die Falschheit aller Gerüchte über den Anschluß Hollands an den Dreibund und die Abtretung einer Kohlenstation an das Deutsche Reich. Seine Reise im April nach Berlin, Wien und Rom habe ausschließlich wirtschaftlichen Fragen gegolten, insbesondere der Postunion.

Nieder-  
lande.

Das dänische Landsting lehnte die geplante Abtretung der Antillen an die Vereinigten Staaten ab. Das Folkething hatte die Vorlage schon angenommen.

Man bemühte sich, die Neutralität der drei nordischen Staaten festzulegen. Man sprach auch von einem geheimen schwedisch-deutschen Bündnis oder einer skandinavisch-deutschen Koalition. König Oskar fielte am 14. Oktober den Schiedsspruch in der Samoa-Angelegenheit.

Es erschien die deutsche Gesamtausgabe der Werke Ibsens, herausgegeben von Brandes, Elias und Schlenther.

Björnsöns, des Siebzigjährigen, neue dramatische Arbeiten befremdeten durch pathologischen Dekadentismus („Auf Storchöve“).

Über Selma Lagerlöf berichtete sehr eingehend Lorenz Krapp in der „Allgemeinen Zeitung“ 5. März.

Es wurde die vollkommene Restauration des Apollotempels in Phigalia in Arkadien betrieben, erbaut von Iktinos, dem Erbauer des Parthenon. Auch

Griechen-  
land.

der Parthenon wurde sehr radikal restauriert, nicht ohne Protest der Archäologen.

Für Griechenland verbot der Minister des Innern die Einführung aller Evangelienübersetzungen ins Neugriechische.

Ein Irade des Sultans vom 16. Januar genehmigte die Konzession zum Bau der Bagdadbahn auf neunundneunzig Jahre; ebenso für das bereits bestehende Rez Haidar-Pascha (am Marmarameer)—Angora, und Efsischehier—Konia. Die Bagdadlinie sollte von Konia über Bagdad gehen und am Persischen Golf an einem noch später mit der Pforte gemeinsam festzusetzenden Punkt endigen. Die türkische Regierung subventionierte die Bahn.

W. v. Preffel, der eigentliche Anreger der Bagdadbahn, schrieb (französisch) über die „Eisenbahnen in der asiatischen Türkei“ (Zürich 1902). Hugo Grothe schrieb „Zur Literatur über die Bagdadbahn“ (Allg. Ztg., 121). Paul Dehn sah mit Recht einen weltpolitischen Entscheidungspunkt am Persischen Meerbusen, bei Kuweit (All. Ztg., 9. Jan.). Herm. Wagner suchte aber die Legende von der großen Zukunft der babylonischen Kornkammer zu widerlegen (Allg. Ztg., 30. April); er hielt das für eine große Überschätzung.

Die Unruhen in Makedonien wurden immer stärker. Bulgarische und griechische Banden brandschatzten die Provinz. Ibrahim Pascha säuberte Mitte Oktober mit 25 Bataillonen unter hartnäckigen Kämpfen den Sandschak Serres von den Banden. — Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch besuchte den Sultan, um ihn zu beruhigen. Anfang Dezember veröffentlichte die Pforte eine Reihe von Maßregeln zur Verbesserung der Verwaltung in den europäischen Provinzen.

Russischen Torpedobooten gestattete der Sultan ausnahmsweise die Durchfahrt durch die Dardanellen.

Der armenische Patriarch protestierte dagegen, daß die Pforte den Geschichtsunterricht in armenischer Sprache an den armenischen Schulen verbot, und auch dagegen, daß viele Armenier durch Regierungsschikanen zum Glaubenswechsel gezwungen würden.

Die Franzosen gruben systematischer im Fayum nach Papyrusüberresten.

Man fand neue Viederfragmente der „Sappho“ (Allg. Ztg., 3).

Alle Welt interessierte sich für das aufgefundenene Gesetzbuch des altbabylonischen Königs Hammurabi, in der Bibel Amraphel genannt (Zeitgenosse Abrahams) (Allg. Ztg., 254).

Über die Wiederentdeckung des punischen Karthago schrieb Alb. Mayr (Allg. Ztg., 9. Juni).

Der englischen Gewaltdrohung weichend, mußte die Pforte ein zwischen Aden und Yemen gelegenes Gebiet räumen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten betrachtete das Abkommen zwischen Rußland und China über die Mandschurei mit ernstester Besorgnis; es werde damit für Rußland ein Monopol geschaffen, wodurch die Rechte anderer Nationen geschädigt werden. Das Abkommen beeinträchtige die Souveränitätsrechte Chinas und vermindere dessen Fähig-



keit, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. All das sei gegen die „Politik der offenen Tür“ für alle Nationen. — Mit England vertrat sich die Union über den Isthmuskanal. Man war sich noch nicht klar, ob man dem Kanal von Panama oder dem von Nicaragua den Vorzug geben sollte. Mit Italien verhandelte sie wegen der gelynchten Italiener. — Gegenüber den Buren verhielt sich Roosevelt völlig ablehnend. Zum persönlichen Schutz des Präsidenten gegen Anarchistenattentate sollte ein Anarchistengesetz dienen. — Die Grausamkeiten auf den Philippinen führten endlich zur kriegsgerichtlichen Verurteilung und Pensionierung des Generals Smith. — Die Einwanderung wurde aufs neue sehr erschwert.

Roosevelt definierte am 1. September die Monroe doktrin; sie bedeute: „daß wir als die größte Macht dieses Kontinents dem Grundsatz treu bleiben, daß dieser Kontinent von keiner europäischen Macht als Gegenstand der politischen Kolonisation betrachtet werden darf. Dazu brauchen wir eine starke Marine.“ — In seiner Botschaft an den Kongreß vom 2. Dezember sagte der Präsident: „Die letzten vier Jahre haben uns einen Platz unter den großen Mächten angewiesen. Der gegenwärtige hohe Stand materieller Wohlfahrt ist die Folge der über ein Jahrhundert währenden Entfaltung wirtschaftlicher Kräfte, unserer Gesetze, unserer beständigen Politik, der hohen Eigenschaften unserer Bürger. Aber auch vieles Üble ist groß geworden. Die Trusts müssen der nationalen Aufsicht unterworfen werden; sie selbst sollen nicht vernichtet werden, denn sie sind eine unvermeidliche Entwicklungsform des modernen Industrialismus. Monopole sind ungerecht, schädigen oder verhindern den freien Wettbewerb. Wenn ein Gesetz dies nicht leisten könnte, so sollte man auch vor der Abänderung der Verfassung nicht zurückschrecken . . . Das Volk stimmt dem Grundsatz des Schutzzolls zu, unter dem sich das große Gedeihen des Landes entfaltet hat . . . Unsere Zeit ist eine Zeit der Föderationen. Kapitalistische wie Arbeiterföderationen können Gutes wie übles stiften. Bekämpft soll nur das üble werden. Im Interessenkampf muß sich das Interesse eines jeden dem allgemeinen Wohle unterordnen . . . Wenn möglich sollen an Stelle des Krieges Schiedsgerichte treten. Der Schiedsgerichtshof im Haag ist ein gutes Omen; besser wäre noch ein permanentes Tribunal . . .“

Roosevelt.

Staatssekretär Hay forderte im September die europäischen Großmächte auf, gegen Rumänien auf Grund des Berliner Vertrags 1878 einzuschreiten, um eine bessere Lage der rumänischen Juden herbeizuführen.

Beim Ausbruch des Mont Pelee auf Martinique kamen 40.000 Menschen um.

Der Präsident der Republik Kuba, Palma, übernahm die Regierung am 20. Mai, freilich unter amerikanischer Protektion.

Der König von England fungierte als Schiedsrichter zwischen Chile und Argentinien (25. Nov.).

Gegen Venezuela unterstützten England, Deutschland und Italien ihre Schadenersatzforderungen durch eine Blockade. Darüber werden wir noch berichten. Über die Streitsache wurde das Haager Schiedsgericht angerufen, nachdem Roosevelt abgelehnt hatte.

Über die deutsche Bewegung in den Vereinigten Staaten berichtet M. Wilhelm (Neuyork) in der „Allgemeinen Zeitung“, 172. Am Deutschen Tag, 6. Oktober 1901, wurde dort der „Deutsch-amerikanische Nationalbund der Vereinigten Staaten“ geschlossen.

Deutsch-  
Amerika.

Die Katholiken planten für Neuyork eine neue Sophienkirche, großartiger als die zu Konstantinopel, umfangreicher als die Peterskirche zu Rom, für 70.000 Menschen, während St. Peter nur 50.000 fassen konnte. Die Pläne stammten von Pater J. Bouillon in Ottawa (Kanada). Es sollte das größte Wunder der Welt werden. Die „Illustrierte Zeitung“ 20. November gibt eine Ansicht.

Man sprach von der amerikanischen Gefahr, seit Ch. M. Schwab, der Präsident der Stahlkorporation in Amerika, über die industrielle Zukunft des europäischen Kontinents abgeurteilt hatte (Allg. Ztg., 8. März). Auch P. Dehn schrieb über „die nordamerikanische Gefahr“, den Gedanken von Allamerika, die Weltherrschaft Nordamerikas, die Trustbestrebungen und die Notwendigkeit ihrer Abwehr (Ill. Ztg., 16. Jan.).

Stead.

Der englische Friedensmann W. F. Stead schrieb über die „Amerikanisierung der Welt“ und empfahl den Engländern, sich die Großmachtsstellung zu sichern durch politische und soziale Verschmelzung mit dem Tochterland in Amerika, das jetzt viel mächtiger und unverwundbarer sei als das Mutterland; sonst würde England nach zwei Generationen auf die Stellung Hollands oder Spaniens herabgedrückt werden. Das Heranwachsen Amerikas zur größten Weltmacht sei die bedeutendste Erscheinung der Zeit. Es sei einig, England könne sich nicht einmal mit Irland verbinden.

Auch die nordamerikanische Kriegsmarine stellte einen neuen großen Linienstyp auf.

Edison.

Edison, der berühmte Erfinder, meinte, daß in dreißig Jahren die Elektrizität sowohl alle Dampflokomotiven wie alle Pferdewagen ersetzt haben werde. Dagegen sagte er der Luftschifffahrt in praktischer Beziehung keine Zukunft voraus. Ein neuer Phonograph Edisons wurde angekündigt.

Girth.

Der deutsche Sinologe Friedrich Girth wurde unter glänzenden Bedingungen an die Columbia-Universität in Neuyork berufen, wo ein Lehrstuhl für chinesische Sprache mit über 200.000 Dollar gestiftet worden war.

Das merkwürdigste Gebäude der Welt war das turmartige Flatironhaus in Neuyork (Ill. Ztg., 5. Juni).

Der von der Amerikanerin Mary Baker Glover Eddy begründete Scientismus wurde in Deutschland durch die Zeitschrift „Deutsches Monatsheft der christlich wissenschaftlichen oder metaphysischen Heilmethode“ vertreten, als „offizielles Organ der ersten Kirche Christi der Scientisten in

Deutschland". Das Hauptwerk der Frau Eddy über die „Christian Science“ erschien 1875.

In Neusüdwales nahmen beide Kammern eine Vorlage an, die den Frauen das Stimmrecht gewährte. In einzelnen Kolonien machte sich eine Agitation gegen den australischen Kolonialbund geltend, weil seine Organisation schwerfällig und teuer sei.

Cecil Rhodes, der eigentliche Anstifter der südafrikanischen Wirren, der am 26. März, 49 Jahre alt, in Kapstadt gestorben war, errichtete testamentarisch eine große Anzahl Stipendien für Studenten aus den Kolonien, Amerika und Deutschland in Oxford, mit dem Hinweis darauf, daß der Deutsche Kaiser den englischen Sprachunterricht obligatorisch gemacht habe. Rhodes erklärte, das gute Einvernehmen zwischen England, Deutschland und Amerika werde den Weltfrieden sichern, die Beziehungen durch Erziehung bildeten das festeste Band. In der deutschen Presse wurden aber Bedenken geltend gemacht; all das sei nur dazu bestimmt, die englische Rasse zur Weltherrschaft zu bringen.

Der Aufstand in Marokko brachte den dortigen Sultan in größte Bedrängnis; er mußte sich nach Fez zurückziehen.

In Peking installierte sich wieder seit 7. Januar die chinesische Regierung. Die Kaiserin und der Kaiser empfingen die fremden Gesandten. Die Kaiserin erließ ein Edikt, das das Verbot der Mischehen zwischen Mandschus und Chinesen aufhob und den Chinesinnen die Abschaffung des Bindens der Füße empfahl.

Der Jahresbericht des Bischofs Anzer aus Südschantung stellte fest, daß nun wohl Ruhe herrsche, der Fremdenhaß aber fortbauere, das Gefühl der Unsicherheit allgemein sei. Der Bischof gründete eine höhere deutsche Schule für gebildete Chinesen in Jontschufu und weihte dort eine Südnkirche ein.

Die Ausstellung chinesischer Gegenstände von J. Heger in Leipzig zeigte zum erstenmal, daß seit über zwei Jahrtausenden die ostasiatische Entwicklung der europäischen ganz parallel geht, daß sie infolge ununterbrochener Wechselwirkung eine ganz ähnliche Stilentwicklung durchgemacht hat wie das Abendland vom Hellenismus und der Gotik bis zum Rokoko usw.

Die japanische Schauspielerin Sada Yacco gab mit ihrer Truppe Gastspiele in Europa.

H. v. Samson-Himmelfjärna behandelte „die gelbe Gefahr als Moralproblem“.

Die chinesische Sprache wurde von 300 bis 400 Millionen Menschen gesprochen, das Englische von etwa 100 Millionen, das Deutsche von 69 (oder mit dem Niederdeutschen von 85) Millionen, das Russische von 67 Millionen, das Französische und Spanische von je 41 Millionen, das Italienische von 30, das Portugiesische von 13 Millionen. Mehr als die Hälfte aller Zeitungen der Welt war englisch. In den Vereinigten Staaten gab es Zeitungen in 24 verschiedenen Idiomen. Um das Jahr 1500 sprachen erst 4 Millionen englisch, nur 10 Millionen deutsch, nur 3 Mil-



lionen russisch (moskowitzisch), nur 10 Millionen französisch. Nach einer anderen Statistik sollte um 1902 Englisch von 116, Deutsch von 80, Russisch von 85, Französisch von 52, Italienisch von 54, Spanisch von 44 Millionen Menschen gesprochen werden. Noch unzuverlässiger waren die Vorausberechnungen für die Zukunft.

### Das Jahr 1903.

Politische Spannungen. Venezuelafrage. Mazedonische Frage. Der neue Dreibund. Die Marokkofrage. Die Bagdadbahn. Johnston. König Edwards Eintreisungsreisen. Die mandschurische Frage. Kaiser Wilhelm bei Papst Leo. Deutscher Zollstreit mit Kanada. Der serbische Königsmord. König Peter Karageorgiewic. „Entente cordiale“ zwischen England und Frankreich. Tod des Papstes, Konklave, Beto, Pius X. „Alles erneuern in Christus.“ Münzregler Konvention zwischen Österreich und Rußland. Wahlsieg der Sozialdemokraten im Deutschen Reich; Revisionisten. Reaktion. „Babel und Bibel.“ Bekenntnis Kaiser Wilhelms. Kaiserreden über seine Eltern, über das Volkslied. Reformkleidung. Kämpfe in Österreich für das einheitliche Heer: Armeebefehl von Chlopp. Tschechisches Staatsrecht. Französischer Klostersturm. „Weltherrschaft des deutschen Geistes.“ Korea. Losreißung Panamas von Kolumbia.

Die allgemeine Signatur des Jahres ist dadurch gekennzeichnet, daß ein Weltkrieg, der infolge der Balkanunruhen und der Verschärfung aller Gegensätze, besonders infolge des aufsteigenden Neides Englands und der imperialistischen Richtung Amerikas immer deutlicher zu drohen schien, noch durch die ostasiatischen Verhältnisse aufgehalten wurde und dem Waffengang zwischen Rußland und Japan den Vorgang ließ. Dies wollen wir zuerst von Monat zu Monat verfolgen.

Bülow. Über die Lage zu Beginn des Jahres orientiert die große Rede Bülows im deutschen Reichstag am 19. Januar: „Ich bin (wie Bollmar) davon durchdrungen, daß ruhige und friedliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gleichmäßig dem Wohle beider Länder entsprechen und daß es Fragen gibt, wo beide Hand in Hand gehen können. Ich werde aufs sorgsamste unsere Beziehungen zu unserm westlichen Nachbar pflegen, mit dem wir in der Vergangenheit den Degen gekreuzt haben, dessen glänzende Eigenschaften wir aber ebenso wenig verkennen, wie seine Verdienste um die Fortschritte der Zivilisation und seine Bedeutung als einer der stärksten Träger menschlicher Kultur. Was die Venezuela-Angelegenheit betrifft, so hat unsere in Gemeinsamkeit mit England und Italien eingenommene Haltung bisher dahin geführt, daß der Präsident von Venezuela die Forderungen der drei Mächte im Prinzip anerkannt hat. Die Mächte verständigten sich, das Schiedsamt in erster Linie dem Präsidenten Roosevelt zu übertragen. Dieser ist

aber der Ansicht gewesen, daß der Streit dem Schiedshof im Haag zu unterbreiten sei . . . Nichtsdestoweniger hat das Vorgehen Englands an der Seite Deutschlands in englischen Reden Anstoß erregt, und ein wildgewordener Poet von großem Talent hat sich sogar zu Injurien gegen uns verfliegen . . . Aber heute haben die Könige und Staatsmänner die Pflicht, Besonnenheit zu bewahren, wenn die Völker sich ihren Leidenschaften überlassen.“ — Richter tadelte die unrentable Kolonialpolitik (21. Jan.), Kröcher die Nachgiebigkeit der auswärtigen Politik. Aber Bülow meinte: „Chauvinismus und Vaterlandsliebe sind nicht identisch . . . Wir werden (in Ostasien) weder das Aschenbrödel noch den Renommisten spielen ohne unnötiges Maulhelbentum.“ Offiziös wurde in Abrede gestellt, daß Deutschland die französischen Rechte auf den Panamakanal erwerben wolle und dort eine Marinestation anstrebe, wie man in Amerika argwöhne.

Ungefähr um die gleiche Zeit (23. Jan.) sagte der Sozialist Jaurès Jaurès. in der französischen Kammer: „Es gibt auf internationalem Gebiete viele Dinge, die anfangs phantastisch zu sein schienen und dementsprechend behandelt wurden, jetzt aber anfangen, greifbare Gestalt anzunehmen. So beginnt der tatsächliche endgültige Friede in Europa möglich zu werden. Seit zweiunddreißig Jahren hat es keinen großen Krieg in Europa gegeben. Das ist das erstemal, daß man einen so langen Frieden genießt und wir hoffen, daß er noch lang andauern wird. Es gibt in Europa zwei große Bündnisgruppen, die beide den Frieden wünschen. Es besteht eine fortschreitende Tendenz zu einem friedlichen Bemühen auf beiden Seiten. Der Dreibund ist geschaffen ohne ausgesprochene offensive Tendenz gegen Frankreich; er ist nur dazu bestimmt, die für Frankreich schmerzlichen Ergebnisse des letzten Krieges unwiderruflich zu machen. Auch 1875 war Bismarck nicht entschlossen, den aggressiven Gedanken bis zum äußersten durchzuführen. Das Deutsche Reich sucht heute mit Frankreich friedliche, ja fast herzliche Beziehungen herzustellen. Italien, das den Dreibund erneuerte, hat erklären können, daß dieser Vertrag nichts Kriegerisches in sich fasse. Auch die französisch-russische Allianz ist ein Defensivbündnis, dazu bestimmt, den Frieden zu wahren. Man darf aber den Wert dieses Bündnisses nicht überschätzen. Die Nationalisten wollen es als eine Waffe; das geben wir nicht zu. Die französische Revolution wollte den allgemeinen Frieden. Heute haben wir ihn. Ich habe volles Vertrauen zu seiner Dauer. Allerdings befindet sich Frankreich in einer schmerzlichen Lage. Es hat eine Verstümmelung erlitten, welche eine Rechtsverletzung war. Wir werden den Triumph der Gewalt über das Recht niemals annehmen können, aber die Heilung und endgültige Lösung muß vom Frieden gebracht werden, der sich auf die gleichzeitige allgemeine Abrüstung stützt. Auf diese Weise werden die Elßaß-Lothringer ihr Vaterland wiederfinden. In früheren Kriegen hat Frankreich genügende Beispiele von ruhmvollem Heroismus geliefert, so daß wir ohne Bedauern das verabscheute Buch des Krieges schließen können.“

Somit wurde allerdings der französischen Kammer mit der zweijährigen Dienstzeit eine wesentliche Erhöhung der Heeresrüstung empfohlen.

Februar.

Im Februar legte der deutsche Reichskanzler dem Reichstag die auf die Venezuelafrage bezügliche Denkschrift vor. In Österreich nahm das zisleithanische Abgeordnetenhaus die Wehrvorlage an, wobei besonders die Polen ihren Wunsch nach einem starken und großen Österreich aus nationalen Gründen aussprachen, im Interesse der Erhaltung der Großmachtstellung des Reiches. Eine Abrüstung wäre sicher zu begrüßen, doch könne damit Österreich nicht vorangehen. — Im englischen Unterhaus meinte Unterstaatssekretär Cranborne, es liege kein Grund vor, weshalb die Interessen Englands und Rußlands in Zentralasien miteinander in Widerstreit geraten sollten; man wolle beiderseits die Unantastbarkeit Persiens wahren; allerdings sei zu befürchten, daß der russisch-persische Handelsvertrag den britischen Handel hemme. — Der französische Marineminister Pelletan erklärte sich gegen große Panzerschiffe und für leichtere und schnellere Einheiten. — Die russische Regierung veröffentlichte eine Mitteilung über die diplomatischen Schritte in der makedonischen Frage. Der russische und der österreichische Botschafter überreichten am 21. Februar der Pforte eine Note über die notwendigen Reformen in Makedonien, und die Pforte nahm dies Reformprojekt sofort an. Infolge des Druckes von russischer und österreichischer Seite löste die bulgarische Regierung löblicherweise mehrere revolutionäre Komitees auf und verhaftete deren Führer, stellte auch an der Grenze einen Militärkordon auf, um den Übergang bulgarischer Banden auf türkisches Gebiet zu verhindern. Drüben in Amerika betonte Präsident Roosevelt am 21. Februar bei der Grundsteinlegung zur Heereskriegsschule, daß die Weltmachtstellung der Vereinigten Staaten zur Aufstellung einer starken Macht zu Wasser und zu Lande verpflichtet. Ob aber die Union zu einer Weltmachtstellung verpflichtet war, blieb fraglich. Dort vor der Kriegsschule sollte das von Kaiser Wilhelm geschenkte Denkmal Friedrichs des Großen aufgestellt werden; die Aufstellung wurde aber einstweilen noch verschoben.

Makedonien.

März.

Kaiser Wilhelm schickte im März den Kronprinzen und dessen Bruder Citel Friedrich auf eine Orientreise: Ägypten, Palästina, Kleinasien, Konstantinopel; gewiß nicht ohne politische Absicht. Bülow berichtete am 19. März im Reichstag über die auswärtige Politik; die Venezuela-Angelegenheit sei auf gutem Wege. Es bestehen keine Absichten auf Landerwerb, obwohl der „New York Herald“ das Gerücht ausgestreut hat, Deutschland wolle zuerst Venezuela, dann Kolumbia, endlich Brasilien annektieren. Es handelt sich aber nur um Schadenersatz. Bülow kam dann zur Frage des Dreibunds: „Daß der Dreibund erneuert werden konnte, ist ein Beweis dafür, daß er nicht auf einer zufälligen, vorübergehenden oder künstlich herbeigeführten politischen Konstellation beruht, sondern auf dauernden und gleichmäßig vorhandenen Bedürfnissen und Interessen der drei beteiligten Länder. Der Dreibund ist von allen Allianzen die friedlichste, die stärkste, dauerhafteste, elastischste. Die Erneuerung ist nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen. Es gibt in Österreich wie in Italien auch Gegner des Dreibundes. Gegenüber den Quertreibereien aus diesen Kreisen heraus habe ich daran festgehalten, daß der Dreibund seinen

Dreibund.



bisherigen defensiven Charakter bewahren müsse. Wir halten an unsern Verpflichtungen mit deutscher Treue fest, wir haben auch jede Bürgschaft, daß unsere Verbündeten ebenso fest und treu zu uns stehen. Die Erneuerung sollte nicht mit zoll- und handelspolitischen Fragen verquickt werden . . . In französischen nationalistischen Blättern wurden schon Betrachtungen darüber angestellt, wie die Landkarte von Europa sich gestalten würde, wenn der Dreibund nicht zustande käme . . . Gewiß ist Deutschland stark genug, um sich im Notfall auch allein behaupten zu können; das schließt aber nicht aus, daß wir die Wohltaten des Dreibundes sehr wohl zu schätzen wissen.“ Dann sagte Bülow über den Orient: „Ich habe schon vor vier Jahren ausgesprochen, daß wir in Konstantinopel keinen ausschließlichen Einfluß anstreben. Es bleibt für uns ein Grundsatz, daß wir keine aktive Orientpolitik treiben und für niemand die Kastanien aus dem Feuer holen. Der russisch-österreichische Reformplan scheint mir glücklich. In Makedonien würde ein Fortwursteln ohne organische Reformen ebenso gefährlich sein, wie gewaltsame Abänderungsversuche.“ — Als der deutsche Gesandte in Washington, Speck v. Sternburg, angegriffen wurde wegen seiner Äußerungen, und weil er mit einer Amerikanerin verheiratet war, verteidigte ihn Bülow. Es bestehe zwar der Grundsatz, daß der Diplomat sich mit einer Ausländerin nicht verheiraten solle; auch Bismarck hat ihn betont, aber Ausnahmen zugelassen, besonders deshalb, weil die Verfassung eines Konsenses ungünstige Rückwirkungen auf die Beziehungen zum betreffenden Staat ausüben würde. (Aber gerade daraus ergibt sich die Ungehörigkeit, daß Diplomaten um den Konsens zur Verheiratung mit einer Ausländerin einkommen. Daß Bülow selber mit einer Italienerin verheiratet war, erwies sich auch nicht als günstig.) In bezug auf eine Interpellation des nationalliberalen Hassé über die Unterdrückung der Deutschen in Ungarn bemerkte Bülow: „Für unsere Reichsangehörigen müssen wir eintreten, wann und wo ihnen Unrecht geschieht; das haben wir in Venezuela gezeigt. Aber für unsere Volksgenossen, die von uns völkerrechtlich getrennt sind, können wir nicht diplomatisch intervenieren. Das ist ein Grundsatz, den Bismarck aufgestellt hat. Gerade weil wir wünschen müssen, daß das magyarische Volk im Rahmen der Monarchie eine möglichst gewichtige Stellung in der Welt einnimmt, deshalb wünschen wir, daß es sich nicht absperrt gegen die deutsche Kultur, daß es sich freundlich stellt gegen die deutschen Elemente, die diesem Reich immer treue und zuverlässige Bürger gewesen sind. Aber diesen Empfindungen dürfen wir keinen Ausdruck geben, der Mißtrauen erwecken kann.“ Bülow zitierte folgende Äußerungen Bismarcks von 1883: „Wir sehen gewiß mit Bedauern die Lage, in welche das deutsche Element in Ungarn gebracht wird, aber wir können uns

Ungarn-  
Deutsche.

desfelben dort ebensowenig annehmen, wie in den ruffifchen Ostfeeprovinzen; in den letzteren nicht, weil wir durch unsere Befürwortung die Sache nur verschlimmern würden; in Ungarn nicht, weil wir auf die Stärkung und Einheitlichkeit des ungarischen Reiches einen so hohen politischen Wert legen, daß unsere Gemütsbedürfnisse dagegen zurüdtreten müssen. (Bismarck widersprach auch der Ansicht Andrassys, das Deutsche Reich könne einmal gedrängt werden, seine Machtphäre über die deutschen Grenzen hinaus auch auf die österreichischen Deutschen auszudehnen.) Daß das Deutsche Reich und die Bevölkerung der Länder, welche ihm durch Nationalität und geschichtliche Erinnerungen verbunden sind, auch nach Auflösung des früheren Deutschen Bundes fortfahren, sich in wohlwollender Weise füreinander zu interessieren, ist natürlich . . . Auch wird man sich in Wien und Pest schwerlich der Ansicht verschließen, daß die Macht und die Einheit des Deutschen Reiches durch diese Verschmelzung mit den tatsächlich seit vierhundert Jahren (?) von uns getrennten österreichischen Erbländern eher verlieren als gewinnen würden . . . Haben die Deutschen in Ungarn oder Siebenbürgen Grund, sich zu beklagen, so können wir das bedauern, werden uns aber dadurch in unseren politischen Beziehungen zu der Regierung des Landes nicht irremachen lassen.“ Soweit Bismarck.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde am 3. März die Reise des Grafen Lamshedoff, des russischen Ministers des Auswärtigen, nach Wien und dessen Konferenz mit Graf Goluchowski über die makedonische Frage besprochen. Im Wiener Abgeordnetenhaus äußerte sich Schönerer (3. April) sehr verdrossen über Bülow's Stellung zu den Deutschen in Ungarn: Solche Worte müssen bei den Deutschen Österreichs, den alleinigen Stützen des Bundesverhältnisses mit Deutschland, Zweifel erwecken, ob dieses Bundesverhältnis den Interessen der Deutschen Österreichs noch entspricht. Wenn uns gesagt wird, daß wir niemals auf eine Unterstützung vom Deutschen Reiche rechnen können, daß dieses Bundesverhältnis nur zur Rückendeckung jener dient, die das Deutschtum in Österreich schädigen, so drängt sich die Frage auf, welchen Zweck es hat, sich für ein Bündnis einzusetzen, das deutschfeindliche Bestrebungen in der Monarchie fördert.“

In England äußerte sich Lord Roseberry (2. März) sehr unzufrieden darüber, daß in der venezolanischen Sache Deutschland 68.000 Pfund, England nur 5500 Pfund Sterling bekommen habe. Es stieg die Angst wegen Bedrohung des Reiches. Man legte eine neue Flottenstation am Firth of Forth an, die die ganze Nordsee beherrschen sollte. Balfour unterstützte die Forderung einer Heeresvermehrung durch die Annahme, England würde in Indien angegriffen werden. Nur so lange noch ein freundschaftliches Afghanistan zwischen Indien und der russischen Grenze bestehe, sei eine gewisse Sicherheit vorhanden. „Der Friede Indiens hängt davon ab, daß wir eine schlagfertige Armee und die Herrschaft zur See besitzen.“ Allerdings seien die Lasten für die Finanzen groß. Darum schlug Reid (17. März) internationale Verhandlungen zur Einschränkung der Flottenrüstungen vor. Aber die Regierung meinte, damit könne England am wenigsten vorangehen. Den Kolonien wurde vorgeworfen, daß

sie zu wenig für die Flotte leisteten. Auch in der französischen Kammer meinte der Nationalist Millevoye (10. März), die sozialistischen Ideen über Entwaffnung seien Träumereien. Das beste Unterpfand des Friedens sei stete Kriegsbereitschaft und das russische Bündnis. Rußland allein habe 1875 Deutschland daran gehindert, Frankreich den Garauß zu machen. Frankreichs Recht auf Elsaß-Lothringen sei unbestreitbar und nur kriegerisch zu lösen. Die Sozialisten verlangten Verwaltung von Makedonien unter Kontrolle einer europäischen Kommission. Man sprach auch davon, daß die Marokkofrage gemeinsam zwischen Frankreich, England und Spanien zu lösen sei. Die Meerenge von Gibraltar müsse neutral sein.

Während die neuen Verträge über Fortsetzung der Bagdadbahn bis Gergli am 6. März unterzeichnet wurden, lieferte die Pforte den Engländern am 9. März das Hinterland von Aden bis Kataba aus. Die Albanesen widersetzten sich den Reformplänen. — In der Mandchurei wurde im März die regelmäßige Bahnverbindung zwischen Port Arthur und der sibirischen Bahn eröffnet. Dagegen wurden die Vermessungen für Eisenbahnen in Nordpersien von den russischen Ingenieuren vorläufig eingestellt.

In der Londoner Finanzchronik vom 4. April 1903 sprach Harry Johnston zuerst ganz klar das große deutsche Programm der Zukunft aus: „Wäre ich ein Deutscher, würde ich in meinen Zukunftsträumen ein großes deutsch-österreichisch-türkisches Zukunftsreich vor mir sehen, etwa mit zwei Haupthäfen: Hamburg und Konstantinopel, mit Häfen an der Nord- und Ostsee, am Adriatischen und Ägäischen Meer, ein Reich, das seinen Einfluß durch Mittelasien und Mesopotamien bis nach Bagdad und darüber hinaus geltend machen könnte. Dieses zusammenhängende Imperium von der Mündung der Elbe bis zu der des Euphrat wäre gewiß ein Ziel, so stolz, wie es eine große Nation überhaupt nur anstreben kann.“ Die Besorgnis der Engländer vor einem solchen großen Plan entstammte wohl den Worten Kaiser Wilhelms II. vom 8. November 1898 in Damaskus, und es ist zweifellos, daß der Weltkrieg seitdem vorbereitet, eingeleitet und durchgeführt wurde, um diesen Gedanken zu verhindern. Paul Rohrbach übernahm noch im selben Jahr 1903 Johnstons Gedanken, aber nur im Sinn eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses. Und der Schwede Kjellen nannte später dies levantinische Programm den „wirklichen Königs- oder Kaisergedanken des neuen Deutschland“, die „Lösung der geopolitischen Heimatprobleme des Landes.“

John-  
ston.Rohr-  
bach.

Ende März begann König Edward jene Rundreisen, die den Zweck verfolgten, Deutschland allmählich einzukreisen, diesen Zweck aber nicht vollständig erreichten. Der König reiste zuerst nach Lissabon zu seinem Vasallen König Carlos und versicherte diesen, die altbewährte Allianz werde unvergänglich sein (2. bis 7. April). Sie kostete bald darauf der

Edward.



Dynastie den Thron. Vom 27. bis 29. April war Edward in Rom; er besuchte auch am letzten Tag den Papst. Vom 1. bis 4. Mai war er in Paris. Präsident Loubet dankte für „diese Rundgebung der herzlichen Beziehungen, die so glücklich zwischen beiden Ländern bestehen und sich noch enger knüpfen sollen für die Entwicklung so vieler gemeinsamer Interessen und für den Weltfrieden.“ Der König antwortete: „Ich kenne Paris seit meiner Kindheit; ich bin oft hierher gekommen und bewunderte stets die Schönheit dieser einzigen Stadt und den Geist der Bewohner. Ich freue mich über diese Gelegenheit, welche die Freundschaftsbande noch enger knüpfen und beitragen wird zur Annäherung der beiden Länder in gemeinsamen Interessen. Unser großer Wunsch ist, gemeinsam fortzuschreiten auf dem Wege der Zivilisation und des Friedens.“ — Die öffentliche Meinung Englands war am meisten erregt über die Bagdadbahn. Premierminister Balfour sagte am 23. April im Unterhaus: „Das Abkommen zwischen der Anatolischen Eisenbahngesellschaft und der türkischen Regierung läßt den ganzen Plan der Weiterführung der Bahn durch Kleinasien bis zum Persischen Meerbusen unter deutscher Kontrolle.“ England werde sich noch wegen der Beförderung der indischen Post und wegen der Endstation in Rom weit dafür interessieren müssen. Anlässlich des Besuches des Königs in Paris bemühten sich viele Handelskammern, den Gedanken eines Schiedsgerichtsvertrags zwischen England und Frankreich anzuregen, um so den Frieden und die Freundschaft zwischen beiden Staaten zu befestigen. Mit Sorge sah man der Notwendigkeit entgegen, die Ausgaben für die Flotte zu vermehren.

Die Verhältnisse in Ostasien erfuhren eine Verschärfung durch die April. Forderungen, welche am 5. April Rußland der chinesischen Regierung zustellte. Es wurde einleitend gesagt, Rußland und China seien seit mehr als zwei Jahrhunderten befreundete Mächte und besäßen eine gemeinsame Grenze von 3000 englischen Meilen. Fremder Einfluß würde die freundlichen Beziehungen stören, Rußland muß vor allem diesen Einfluß aus der Mandschurei fernhalten, wo es Menschen und Geld geopfert hat. Es hat zwar eigentlich das Recht, die Mandschurei als Eroberung zu behalten, will aber trotzdem die Provinzen Mufden und Kirin samt dem Hafen Niutschwang zurückgeben, aber nur unter folgenden Bedingungen: „Kein Teil dieses Gebiets darf an eine andere Macht übertragen werden. Die gegenwärtige Verwaltung der Mandschurei darf nicht gestört werden. . . Die russisch-chinesische Bank in Niutschwang wird weiter als Zollbank funktionieren. Alle Rechte russischer Untertanen in der Mandschurei bleiben bestehen. An der Bahnlinie müssen der Zollkommissar und der Zollarzt Russen sein. — Als diese Forderungen bekannt wurden, widersprachen Japan und England entschieden. Die russische Regierung

lenkte ein wenig ein, indem sie erklärte, sie plane nichts gegen die Integrität der Mandschurei; das Land stehe dem fremden Handel offen.

Eine besondere Bedeutung kam dem Besuch Kaiser Wilhelms in Rom zu (2. bis 5. Mai). Viktor Emanuel III. dankte dem Kaiser, „der in allen unsern Schicksalswandlungen Italien einen Beweis beständigen Interesses und herzlicher Sympathie geben wollte, ein Pfand der innigen Freundschaft, die ein festes Band schon seit drei Generationen ist zwischen unseren Familien, unseren Heeren und unsern Völkern“. Kaiser Wilhelm sah im herzlichen Empfang durch Stadt und Volk „die Befräftigung der Tatsache, daß das Bündnis unserer Häuser und Länder von dem italienischen Volk in voller Sympathie anerkannt und unverändert gepflegt wird.“ Mit dem König besuchte der Kaiser das Benediktinerkloster Monte Cassino, da er sich für die dort von P. Desiderius Lenz so unvergleichlich gepflegte heurionische Kunst, die er von Maria-Laach kannte, besonders interessierte. — Noch bedeutender war aber der Besuch, den der Kaiser am 2. Mai mit großem Gefolge bei dem greisen Papst Leo machte. Die Unterredung selbst war geheim. Der Papst empfing den Kaiser auf der Schwelle des Audienzimmers und ging ihm entgegen. Der Kaiser ergriff nach zwei Verbeugungen beide ihm dargebotene Hände des Papstes und beugte sich so tief, daß seine Stirn die Hände berührte. Nach einer Unterredung von 25 Minuten wurden die Prinzen durch den Kaiser dem Papst vorgestellt. Protestantische Blätter äußerten sich kritisch über die Formen dieser Zusammenkunft, „die, wie die Berührung der päpstlichen Hände durch die kaiserliche Stirn, bedenklich an das Halten der pontifikalischen Steigbügel durch die römischen Kaiser erinnern“ (Tägl. Rundschau). Französische Treibereien sprachen auch davon, die Art des Kaiserbesuches beim Papst habe in offiziellen italienischen Kreisen sehr peinlich berührt und die politische Wirkung der Reise zerstört. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ widersprach dem; vielmehr wurde durch die Einhaltung feierlicher Formen bei der Fahrt nach dem Vatikan vor den Augen der Welt bezeugt, wie wenig der Papst im Genuß der ihm zustehenden Rechte eines Suveräns beschränkt sei.

Die zunehmende Spannung zwischen England und Deutschland wurde durch eine Rede Chamberlains in Birmingham am 15. Mai ver-  
raten. Anlaß gab der Zollstreit Deutschlands mit Kanada, weil dies das Mutterland ausnehmend begünstigte; zur Vergeltung legte das Deutsche Reich höhere Zölle auf kanadische Waren. Chamberlain sagte: „Hier im vereinigten Königreich sind wir einige vierzig Millionen Seelen, außerhalb, in den Kolonien, sind es zehn Millionen Briten. Wie lange wird dies Verhältnis so fort dauern? Wenn diese zehn Millionen auch vierzig Millionen geworden sind, werden sie noch so fest mit uns

Mai.  
Kaiser  
Wilhelm  
in Rom.

vereint sein, oder unter eigener Flagge ihre eigenen Wege gehen? Es gilt die Frage des Reiches. Wir haben einen Krieg durchgeföhrt, an dem die Kolonien zumeist kein direktes Interesse hatten. Sie haben denn auch nicht genug für das britische Reich getan. Das Wenigste ist, daß sie uns Vorzugstarife anbieten. Aber Deutschland betrachtet Kanada als ein Land für sich, nicht als Teil des britischen Reichs; es sieht unser Abkommen mit Kanada nicht als unsere Familiensache an; es bestraft Kanada, indem es Zuschlagszölle auf dessen Waren erhebt. Damit will es die andern Kolonien abschrecken, uns dieselben Vorzugszölle zu gewähren. Das bringt uns in eine demütigende Lage, die mir nicht gefallen will.“ Gegen einen britischen Zollbund und die Preisgabe des Freihandels, um so die deutsche Zollpolitik zu bekämpfen, waren aber die Liberalen und auch ein Teil der Regierung. — Zwischen England und Rußland bestand ein Übereinkommen zur Aufrechterhaltung des Gebietes und der Unabhängigkeit Persiens.

Rußland verstärkte im Mai seine militärische Stellung in Ostasien, und zwar sowohl in Mutschwang wie in Port Arthur.

Als Kaiser Wilhelm am 29. Mai zu Döberitz das Andenken an Friedrich den Großen feierte, sagte er: „Der Deutsche ist oft so mutlos und melancholisch, oder, wenn es ihm zu gut geht, übermütig und überschwenglich. Da ist der einzige feste Pol die preußische Armee. Sie wird das Instrument bleiben, dessen ich bedarf, damit meine Politik, wenn nötig, Unterstützung findet.“ Ähnlich sagte er am 20. Juni in Hamburg bei der Enthüllung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmals: „In künftigen Jahrhunderten wird die Ehrfurcht gebietende Gestalt meines Großvaters ebenso von Sagen umwoben, so gewaltig dastehen wie einst die Gestalt Barbarossas . . . Der große Kaiser mit seinen großen Mithelfern hat die Basis gelegt; an uns ist der Ausbau. Auch uns steht eine große Zukunft bevor; wenn wir nur fest dazu entschlossen sind, sie dazu zu machen. Uns sind auch Aufgaben gestellt, mögen sie nun schwer oder leicht sein, wir haben sie anzufassen, so gut wir eben können, mit Darangabe unserer Kräfte. Möge das deutsche Volk seinen Idealen treu bleiben. Den Blick nach oben, das Knie gebeugt vor dem großen Alliierten, der noch nie die Deutschen verlassen hat. Hand aufs Herz, den Blick in die Weite gerichtet! Wie Hamburg in der Welt vorneweg geht, so wird unser Vaterland vorangehen auf der Bahn der Aufklärung, Erleuchtung, des praktischen Christentums, ein Segen für die Menschheit, ein Hort des Friedens, eine Bewunderung für alle Länder.“

Als ein amerikanisches Geschwader Kiel besuchte, sagte der Kaiser am  
 Juni. 26. Juni: „Ich bin glücklich, daß das Band der Freundschaft zwischen Deutsch-  
 Amerika. land und Amerika enger geknüpft wurde. Daß die der Harvard-Universität von mir zum Geschenk gemachten Abgüsse mittelalterlicher deutscher Architektur so freundliche Aufnahme gefunden haben, erfüllt mich mit Genugtuung. Ich hoffe, daß diese Nachbildungen aus unserer alten Kulturgeschichte viele junge amerikanische Studenten anspornen werden, nach Deutschland zu



kommen, um hier die Originale und das Volk zu studieren. Mein Wunsch geht dahin, daß unsere beiden Völker sich besser kennenlernen. Wir sind zu eng aneinander gewiesen durch gemeinsame Interessen. Rivalitäten werden immer vorhanden sein, aber die Kraft, die uns zusammenführt, ist zu stark, um die Entstehung eines Antagonismus zu erlauben. Es ist meine Überzeugung, daß die Hunderttausende von Deutschen, die in den Vereinigten Staaten leben, den Weg ebnen für unsere Beziehungen. Wir ergreifen gern die uns über den Ozean entgegengestreckte Hand im Gefühl, daß Blut dicker ist als Wasser.“ Es scheint aber, daß das Blut der Amerikaner zu wässerig war.

Nachdem Italien bereits mit Frankreich so gut stand, bemühte es sich auch um die Gunst Rußlands. Als aber vom Gegenbesuch des Zaren in Rom die Rede war, erklärte der Sozialist Morgari am 5. Juni in der Kammer: „Die Sozialisten erklären, daß sie bisher bei Besuchen ausländischer Souveräne keine Gegenkundgebungen veranstalteten, weil es sich um konstitutionelle Monarchen handelte. Anders verhält es sich mit dem Besuch des absoluten Zaren Nikolaus. Seit dieser Besuch angekündigt wurde, haben in Italien die Verhaftungen angeblich verdächtiger Personen begonnen.“ Er wurde unterbrochen; aber der „Avanti“ schrieb: „Das jüngst gewählte Geheimkomitee der Volksparteien, um S. M. Nikolaus II., Kaiser von Sibirien und anderer trostloser Gegenden, einen gebührenden Empfang zu bereiten, hat nachstehendes Programm aufgestellt: Verbreitung von Schriften, um das Volk aufzuklären, was der Zarismus sei. Vorträge in großen Städten. Verteilung der Zarenfluchtpfeife. Öffentliche Kundgebungen vor den russischen Konsulaten, längs der Bahnlinie und an den Orten, wo der Zar aussteigen wird.“ Daraufhin wurde der Zarenbesuch verschoben.

Eine schicksalsvolle Episode in dieser Zeit war die Ermordung des serbischen Königs paares im Juni und der Übergang der Regierung von der österreichisch gesinnten Dynastie Obrenovic auf die russisch gesinnte Dynastie Karageorgievic. Schon im April hatte König Alexander gewagte Experimente mit der Verfassung gemacht. Er hatte den Senat und die Skupschtina beschuldigt, unzweckmäßige Gesetze geschaffen zu haben, durch Entfachung der politischen Leidenschaften die Interessen des Vaterlands zu gefährden, seine Entwicklung zu hindern. Serbien bedürfe angesichts der gefährlichen Verhältnisse auf dem Balkan der Ordnung, der Eintracht und des Friedens. Der Staatsstreich vom 6. April begünstigte die liberale Partei zu ungunsten der Radikalen. Übler war es, daß sich König Alexander durch seine Heirat mit Draga Maschin um sein Ansehen gebracht hatte, daß er die Familie seiner Gemahlin begünstigte, daß er, wie es hieß, deren Bruder zum Thronfolger ernennen lassen wollte. Dennoch kam es nicht zu einer Revolution, wie die Radikalen dachten, sondern die Neuwahlen zur Skupschtina am 1. Juni ergaben ein völlig regierungsfreundliches Resultat. Das trieb offenbar die Verschwörer

Serbi-  
scher  
Königs-  
mord.

zum Entschluß, sich des Königspaares durch Ermordung zu entledigen. Es waren Offiziere der Belgrader Garnison, die am 11. Juni nachts in den Konak drangen und in barbarischster Weise ihr Mordwerk ausübten. Außerdem wurden auch die Brüder der Königin, der Ministerpräsident Zinzar Markovic, der Kriegsminister Pawlowic und mehrere Offiziere erschossen. Ein neues Ministerium unter Leitung von Jovan Awakumovic erließ folgenden Aufruf: „Verschiedene Zwistigkeiten am Hofe haben die Intervention der Armee und einen Konflikt hervorgerufen, in welchem König Alexander und Königin Draga den Tod fanden. Zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung haben sich Vertreter aller politischen Gruppen verständigt und eine provisorische Regierung gebildet. Die Nationalversammlung, die unter Geltung der Verfassung gewählt wurde, wird zur Wahl eines Souveräns schreiten. Die Ruhe im Lande ist nirgends gestört. Die Regierung wird sich so die Sympathie der europäischen Mächte sichern.“ Am 15. Juni trat denn auch die Nationalversammlung zusammen. Senat und Skupstina begrüßten, angeblich „mit Begeisterung“, die neue Lage der Dinge, billigten das Verhalten des Heeres und die Verfügung der Regierung, und wählten einstimmig den in Genf lebenden Prinzen Peter Karageorgievic zum König. Er nahm sofort die ihm telegraphisch mitgeteilte Wahl an. Den Teilnehmern an der Revolution wurde Straßlosigkeit gewährt.

Peter Karageorgievic wurde als Kronprinz 1846 zu Belgrad geboren, er hatte in Paris studiert, focht 1870 in der französischen Armee, befehligte 1876 während des bosnischen Aufstandes eine Freischarenabteilung. Er suchte sich nun in Belgrad populär zu machen, was seinem Vorgänger nicht gelungen war. — König Peter war mit Zorka, der ältesten Tochter des Fürsten Nikola von Montenegro, verheiratet gewesen. In sechsjähriger Ehe gebar sie ihm zu Cetinje drei Kinder, die nun neunzehnjährige Helene, den siebzehnjährigen Kronprinzen Georg und den sechzehnjährigen Alexander. Nach dem Tode ihrer Mutter kamen die Kinder an den Zarenhof nach Petersburg, wo ihre Tante, die Großfürstin Miliza, lebte.

König  
Peter.

Der neue König Peter erließ am 17. Juni folgende Proklamation, noch von Genf aus: „Die Gnade Gottes und der Wille des Volkes berufen mich auf den Thron meiner Vorfahren. Ich hoffe, daß die Mächte meine auf gesetzlichem Wege vollzogene Thronbesteigung anerkennen werden, um so mehr, da ich entschlossen bin, Serbien der Ruhe, Ordnung und Wohlfahrt zuzuführen . . . Ich übergebe alle persönlichen Vorkommnisse der letzten vierzig Jahre der Vergessenheit. Die Devise meiner Dynastie war immer: Für das heilige Kreuz und unsere teure Freiheit!“ Beim Einzug des Königs in Belgrad am 24. Juni begrüßte der Metropolit Innzenz den neuen Herrscher mit der Ansprache: „Selig ist, wer im Namen Gottes kommt. Die serbische Kirche öffnet ihre Arme, um dich

als ersten Sohn an ihre Brust zu schließen . . . Durch Gottes Fügung hat das serbische Volk den Enkel der Karageorgiewitsch auf den Thron berufen; denn Volkessstimme ist Gottesstimme. Als das serbische Volk unter fremdem Joch schmachtete, da hat ein Karageorgiewitsch ihm neue Kraft eingehaucht, sich aufzuraffen und das Vaterland zu befreien. Gegenwärtig, da das Volk wieder einer Aufrichtung bedarf, hat die Vorsehung abermals einen Karageorgiewitsch auf den Thron erhoben, der vom Wahlspruch seines Ahnen durchdrungen ist: Alles mit dem Volk zum Wohl des Volkes. Beten wir zu Gott, daß er den König und sein Haus segne, damit dieses eine feste Stütze werde für das serbische Volk.“ Der König erklärte neuerdings: „Ich überliedere die Vergangenheit der Vergangenheit und überlasse es der Geschichte, jeden nach seinen Taten zu richten. In der auswärtigen Politik werde ich mich von den traditionellen Bestrebungen des serbischen Volkes bestimmen lassen und zugleich die freundschaftlichen Beziehungen mit den benachbarten Völkern aufrechterhalten. Mein tapferes Heer, dem ich meine Anerkennung für seine bisherigen Dienste und seine Aufopferung für das Vaterland zolle, will ich auf die Stufe eines würdigen Hoffnungsankers des serbischen Volkes erheben.“ Das war die versteckte Kriegserklärung an Österreich und die Sanktion des Mordes. Peter ernannte denn auch alsbald den Oberst Mifitsch, den Führer der Königsmörder, zum Abteilungschef im Kriegsministerium. Eine Anzahl von ehrenhafteren Offizieren, die am Königsmorde nicht beteiligt waren, verlangte vergebens die Bestrafung der Mörder; sie wurden verhaftet und zu Gefängnis verurteilt.

Die russische Regierung hatte sich sofort beeilt, ihren Schützling Peter telegraphisch zu bestätigen; nur des Anstandes wegen wünschte sie, König Peter möge den Königsmord untersuchen und bestrafen lassen; denn es wäre doch gefährlich, eine von Militärs gewaltsam bewerkstelligte Staatsumwälzung ohne die erforderliche Sühne zu lassen. Zugleich sandte das glaubensverwandte Rußland zu Gott (heuchlerische) „Gebete um Ruhe für die Seele des vorzeitig umgekommenen Alexander und seiner Gemahlin, indem es den Segen des Allerhöchsten auf Peter I. herabrufte“. — Gegen Ende des Jahres teilten die Kabinette von Wien, Berlin, Petersburg, London und Konstantinopel der serbischen Regierung vertraulich mit, daß sie ihre Gesandten abberufen würden, wenn man nicht die Königsmörder aus ihren Stellungen bei Hof und in der Armee entferne. Dem französischen Gesandten, der sich diesem Schritt nicht angeschlossen, wurden Ovationen gebracht.

Im Wetttrüsten der Marinen behauptete sowohl England wie Deutschland, nur defensive Zwecke zu verfolgen. Im englischen Oberhaus wurde am 7. Juli die Degeneration des englischen Volkes besprochen. Der natürlich Volkszuwachs werde innerhalb 18 Jahren vollständig zum Stillstand gekommen sein, wenn der Rückgang in den Familien so weiter fortschreite. Diese Verhältnisse seien vom militärischen wie vom industriellen Standpunkt



bedenklich. Von drei jungen Leuten, die sich zum Militärdienst stellen, müsse einer als unbrauchbar zurückgewiesen werden. In einer Debatte vom 20. Juli wurde auf die Gefahren in Südafrika und Indien hingewiesen. Die Besatzungen seien ungenügend. Rußland als Nachbar Afghanistans sei eine starke Bedrohung Indiens. Immer peinlicher wurde die deutsch-kanadische Zollfrage empfunden. Um so wohlthuender erschien ein Besuch französischer Parlamentarier in London Ende Juli. Man erörterte in beiden Ländern sehr lebhaft die „Entente cordiale“ zwischen Frankreich und England, die durch Edwards Besuch in Paris und Loubets Besuch in London (6. bis 9. Juli) eingeleitet war. Das war der Anfang jener Entente, die den Weltkrieg veranlaßt hat und heute (1918) noch der eigentliche Parteiname für unsere Gegner ist.

Papst  
Leo †.

Die ganze gebildete Welt war vom Tode des greisen Papstes Leo XIII. ergriffen. Er hatte noch im Januar den vielumstrittenen Kirchenhistoriker Ehrhard empfangen, im Mai angeordnet, daß der fünfzigste Jahrestag der Verkündigung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria gefeiert werden sollte. Die letzten Äußerungen und Handlungen Kaiser Wilhelms hatten im Vatikan die Anschauung erregt, der Kaiser wolle als neuer Karl der Große zusammen mit dem Papst sich an die Spitze der christlichen Bewegung stellen, da die französische Republik trotz der franzosenfreundlichen Politik Rampollas versagt habe. Da starb Papst Leo am 20. Juli, eben als diese Gedanken im Flusse waren. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ widmete ihm sofort den ehrenden Nachruf: „Ein friedliebender Kirchenfürst, ein warmherziger Freund der Armen und Unterdrückten, ein feinsinniger Gelehrter ist mit Leo XIII. dahingegangen, dessen Name weit über den Kreis der katholischen Kirche mit dem Gefühl aufrichtiger Hochschätzung genannt wird. Unser Kaiser verehrte in dem Entschlafenen einen persönlichen Freund. Die wiederholten Besuche des Kaisers legten für das gute Verhältnis zwischen den beiden ein beredtes Zeugnis ab. Beim Antritt des Pontifikats ging Papst Leo der Ruf voraus, daß er bestrebt sein werde, ein Friedenspapst zu sein. Diesen Ruf hat er dem Deutschen Reich gegenüber in richtiger Erkenntnis der wahren Interessen sowohl der Kirche wie der Staatsgewalt gerechtfertigt. Unter seiner tätigen Mitwirkung gelang es, den Kulturkampf beizulegen und einen Modus vivendi zu finden, der sich bis heute bewährte. Schon vor achtzehn Jahren übertrug ihm das Vertrauen der deutschen Regierung das Amt des Schiedsrichters im Karolinenstreit mit Spanien. Wenn heute unter regem Anteil der katholischen Bevölkerung am Ausbau des Deutschen Reiches weiter gearbeitet werden kann, so ist dies nicht zum wenigstens der staatsmännischen Einsicht des Papstes Leo zu danken, der

auch nach Beilegung des Kulturkampfes wiederholt und noch in seinem letzten Lebensjahre ein offenes Verständniß für die staatlichen Bedürfnisse Deutschlands zeigte. Unter den vielen Päpsten, die in der deutschen Geschichte eine Rolle spielten, wird er eine der sympathischsten Erscheinungen bleiben." Der Kaiser telegraphierte selbst von seiner Nordlandsreise aus Molde in Norwegen an das Kardinalskollegium: „Ich werde dem erhabenen Greise, der mir ein persönlicher Freund war und dessen so außerordentliche Gaben des Herzens und Geistes ich noch bei meiner letzten Anwesenheit in Rom erst vor wenigen Wochen erneut bewundern mußte, ein treues Andenken bewahren." — Der Pariser „Figaro" behauptete, daß der Deutsche Kaiser nun seinen ganzen Einfluß aufwende, um einem ihm genehmen Kardinal bei der Papstwahl zum Siege zu verhelfen. Das wurde von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 30. Juli entschieden in Abrede gestellt, obwohl sich der „Figaro" auf eine Unterredung mit dem Kardinal Ropp in Rom berief. Die Pariser Blätter katholischer Richtung argwöhnten, Kaiser Wilhelm wolle so Frankreich mit der katholischen Kirche völlig entzweien. — Am 4. August ging aus dem Konklave der Kardinal Sarto, Patriarch von Venedig, als Papst hervor und nahm den Namen Pius X. an. Er stammte aus einer venezianischen Bauernfamilie zu Riese und wurde 1835 noch unter österreichischer Herrschaft geboren. Das Konklave war am 31. Juli zusammengetreten. Von 64 Kardinälen waren 62 anwesend. Obwohl alle Vorgänge bei der Wahl bei Strafe der Exkommunikation geheim waren, verlautete doch sehr bald, daß bei den ersten Wahlgängen Rampolla, der bisherige Staatssekretär, die meisten Stimmen auf sich vereinigt habe, so daß seine Wahl wahrscheinlich war, als im Namen der österreichischen Regierung ein österreichischer (polnischer) Kardinal das Recht der Exklusion gegen Rampolla geltend machte. Rampolla habe dagegen zwar im Namen der Freiheit der Kirche protestiert, aber die Annahme einer eventuellen Wahl doch abgelehnt. Daraufhin vereinigten sich 50 Stimmen auf Sarto. Die „Voce della Verità" beklagte sich darüber, daß das Veto in einer rauen, verwegenen und unhöflichen Form ausgeübt worden; es sei eine gesetzwidrige Einmischung, ein ungeheurer Angriff und eine Beleidigung gegen das Kardinalskollegium; Italien habe das Veto veranlaßt, nach andern Deutschland. Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt" (15. August) gab die Tatsache zu, daß die Monarchie von ihrem Veto recht Gebrauch gemacht habe. „Das österreichisch-ungarische Kabinett verfolgte dabei den Zweck, die Erwählung eines Kardinals von friedlichem und versöhnlichem Sinne herbeizuführen, und es darf ihr zur Genugtuung gereichen, daß aus der Urne ein Mann hervorgegangen ist, der überall beifällig begrüßt wurde. In Pius X. hat ein Mann den Päpstlichen Stuhl bestiegen, dessen maßvolles

Papst  
Pius X.Veto=  
recht.

und festes Wesen die Hoffnung eröffnet, daß nicht Reibungen auftreten und daß sich nicht politische Gesichtspunkte in den Vordergrund drängen, welche die Erfüllung der erhabenen Mission der Kirche beeinträchtigen. Im Interesse Österreich-Ungarns lag es, daß einer Wahl vorgebeugt wurde, die, wie manche Erfahrungen der letzten Zeit schließen ließen, Differenzen hätten mit sich bringen können, die gerade ein Verhältnis, wie es zwischen Kirche und Staat ist, nicht trüben sollen. Man braucht denn auch wohl kaum besonders hervorzuheben, daß das österreichisch-ungarische Kabinett nicht durch eine Anregung seitens irgendeiner andern Macht zu dem Schritte bewogen wurde, den es unternommen hat." Noch offener legte Graf Goluchowski als Minister des Äußern am 16. Dezember in der ungarischen Delegation diese Sache dar: „Das jüngste Konklave kam seiner Aufgabe in einer überaus glücklichen und ungeteilte Befriedigung erweckenden Weise nach. Die Ausübung des sogenannten Vetorechtes seitens Österreich-Ungarns war berechtigt; die Leugnung dieses Rechtes war ebenso unrichtig wie die Auffassung, daß seine Ausübung eine unbefugte Anmaßung oder unstatthafte Einmischung der weltlichen Macht in kirchliche Angelegenheiten bedeute. Das Veto beruht wohl auf keinem bestimmten Gesetz und ist von der Kirche niemals ausdrücklich anerkannt worden, hat sich aber doch im Lauf der Jahrhunderte zu einem Gewohnheitsrecht herausgebildet und ist tatsächlich zu wiederholten Malen von Trägern der habsburgischen Krone mit Frankreich und Spanien ausgeübt worden. Der mit der Exklusion betraute ist immer ein Kardinal, und von so hohen Kirchensürsten kann doch nicht angenommen werden, daß sie sich zu einer unkanonischen Handlung hergeben würden. Das heilige Kollegium hat auch als solches nie einen formellen Protest erhoben, eine angemeldete Ausschließung ist vielmehr stets berücksichtigt worden. Das gegenwärtige Veto hatte eher den Charakter eines Wunsches oder einer Warnung und konnte einen Einfluß auf die Gültigkeit der einmal getroffenen Wahl nicht ausüben; denn den Mächten, die es erheben, stehen heutzutage noch weniger als jemals materielle Mittel zur Verfügung, um ihm Geltung zu verschaffen, falls es dem Kardinalskollegium belieben sollte, von ihm keine Notiz zu nehmen. Ganz entschieden muß die Behauptung zurückgewiesen werden, als ob Österreich-Ungarn bei Ausübung des Vetorechtes als Repräsentant einer politischen Konstellation aufgetreten wäre. Eine Verhandlung oder selbst ein Gedankenaustausch über diesen Gegenstand hat niemals und mit niemandem stattgefunden. Wir haben in voller Entschließungsfreiheit gehandelt, ohne daß eine Anregung dazu von irgendwelcher Seite ausgegangen wäre.“ — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb am 5. August über Pius X.: „Der neue Papst wird in der deutschen Presse mit Sympathie begrüßt, auf die er nach seinem



durch Frömmigkeit, Reinheit, Wohltätigkeit, Milde ausgezeichneten Vorleben Anspruch hat. Eine Meinung über die politische Richtung des neugewählten Papstes zu äußern, wäre verfrüht. Der Nachfolger Leo's XIII. hegt wohl beim Antritt der Regierung keine Voreingenommenheit für oder gegen einzelne Mächte. Die Wahl ruft, soweit es sich übersehen läßt, in allen Ländern die Befriedigung der katholischen Welt hervor; sie ist mit der Genugtung erfüllt, daß nach dem Heimgang eines hervorragenden Papstes die Tiara von neuem einen ihrer so würdigen Träger gefunden hat."

Papst Pius X. veröffentlichte am 3. Oktober seine erste Enzyklika. Er habe unter Tränen und Gebeten seine Erwählung zu vermeiden gesucht, als Nachfolger eines so großen Papstes und angesichts der erschrecklichen Vorfälle in der bürgerlichen Gesellschaft, die, mehr als je von tiefer Unzufriedenheit erfüllt, dem Verderben zueile. Sein Programm sei das Ziel, alles zu Christus wieder zurückzuleiten, so daß Christus alles in allem sei. Seine Seele kenne keine Bestrebungen, die auf weltliche Ziele und Parteiwünsche zurückzuführen seien. Er wolle gegenüber der menschlichen Gesellschaft nur der Diener Gottes sein und dessen Willen ausführen. Er appellierte an die Mitarbeit der Bischöfe, er beklagte es, daß gegenwärtig überall gegen Gott angekämpft werde. Die Gesellschaft müsse an die Kirchenzucht erinnert, die Christen müssen belehrt werden. Es sollen immer mehr katholische Vereine erstehen als Vorbilder christlichen Lebens. Die Werke der Nächstenliebe müssen aufblühen, die Bornehmen und Reichen sollen gerecht und liebevoll gegen die Niederen sein, diese sollen mit Geduld ihr Los ertragen. Die Bürger sollen sich der Willkür enthalten, den Gesetzen gehorchen, die Obrigkeiten achten. Die von Christus eingesetzte Kirche soll völlige Unabhängigkeit von jeder äußern Herrschaft genießen: dadurch wird auch für das allgemeine Wohl und die Sicherheit der Völker gesorgt.

En-  
zyklika.

Der Papst ernannte im Oktober den Staatssekretär Merry del Val. Über die Lage der deutschen und französischen Katholiken äußerte sich Pius X. einem französischen Schriftsteller gegenüber also: „In Frankreich hat man eine gottesmörderische Politik eingeleitet; denn indem man die Gläubigen bedrängt, bekämpft man Christus. Die Kirche gehört keiner Partei an, keiner Staatsform. Auch in Republiken wie Nordamerika kann die Kirche Freiheit genießen. Der Kardinalerzbischof von Baltimore hat mir erzählt, wie zuvorkommend er vom protestantischen Präsidenten Roosevelt aufgenommen wurde. Die französischen Katholiken müssen das Los beneiden, das die Katholiken im protestantischen England und unter der Herrschaft des protestantischen Deutschen Kaisers gefunden haben.“

Bei Gelegenheit seines ersten Konsistoriums am 9. November sagte wieder Papst Pius X., sein Wahlspruch sei, alles in Christus zu erneuern (*instaurare omnia in Christo*), die Lehre der Wahrheit zu verkündigen. „Aber die katholische Wahrheit wird gehaßt und

verleumdet, als wenn sie der Freiheit und der Wissenschaft, dem Fortschritt des Menschengesistes zuwider wäre. Die Kirche ist nur eine Gegnerin der Zügellosigkeit im Denken und Handeln, dieser verderbten Freiheit, der nichts heilig ist. Die wahre und echte Freiheit wird aber von der Kirche nicht nur nicht beschränkt, sondern eifrig gefördert. Zwischen Glauben und Wissenschaft kann es keinen Streit geben, denn der Glaube fördert vielmehr das Wissen. Der Papst begrüßt als Hüter der katholischen Wahrheit die Erfindungen großer Geister, die wissenschaftlichen Entdeckungen, die Erweiterungen der Wissensgebiete, die ja alle zur Hebung des menschheitlichen Lebens dienen. Aber er weist die Überschreitungen des ewigen göttlichen Gesetzes durch die neuere Philosophie zurück, treu seinem apostolischen Amt. Das geschieht nicht zur Hemmung, sondern zur Rettung des menschlichen Fortschrittes. Darum muß auch der christliche Staat das größte Interesse daran haben, daß der Papst in der Leitung der Kirche frei sei, keiner Macht untertan. Das der Kirche in diesem Punkte zugesügte schwere Unrecht zu beklagen, zwingt uns unser Amt und unser Eid. Darin müssen wir denselben Weg gehen wie unsere Vorgänger. Man darf daran keinen Anstoß nehmen, daß wir uns um Politik kümmern, denn jeder billig Denkende muß einsehen, daß der Papst von seiner Lehramtlichen Tätigkeit auf dem Gebiete des Glaubens und der Sitten nicht die Fragen politischer Art trennen kann. Als Oberhaupt einer vollkommenen menschlichen Gesellschaft, wie es die Kirche ist, muß er den Wunsch haben, daß zwischen ihm und den Staatsoberhäuptern Beziehungen bestehen, welche die Sicherheit und Freiheit der Katholiken in allen Weltteilen verbürgen.“ — Am 18. Dezember veröffentlichte der „*Osservatore Romano*“ ein Motuproprio des Papstes, darin er sich über die Meinungsverschiedenheiten unter den katholischen Führern beklagte. Vor allem mahnte er die „christliche Demokratie“, sich auf die Grundsätze des Glaubens und der katholischen Moral zu stützen, ohne das unerschütterliche Recht des Privateigentums anzugreifen. Christliche Demokratie und katholische Presse müssen den Bischöfen gehorchen und auf ihren Rat hören, sonst werden sie verboten.

Um auf andere internationale, weltgeschichtliche Momente zurückzugreifen, sei erwähnt, daß König Edward von England vom 31. August bis 3. September in Wien weilte, um seine Einkreisungspolitik gegen das Deutsche Reich fortzusetzen, freilich ohne jeden Erfolg. Ich war damals auch vorübergehend mit dem bekannten Korrespondenten der „Times“ Mr. Stead zusammen, der mich besuchte, um bei uns Stimmung gegen Deutschland zu machen, was ihm aber nicht gelang. Dabei wurde die Erinnerung erneuert, daß schon vor Edward ein englischer König in Wien war, nämlich Richard Löwenherz, freilich als Gefangener; eine üble

Edward  
in Wien.

Vorbedeutung. Es folgte darauf der Besuch des Zaren Nikolaus in Wien (30. September bis 3. Oktober), wobei das enge Einvernehmen der beiden Reiche über die Balkanfrage auch in den folgenden Jagdtagen zu Mürzsteg zwischen den Ministern zur programmatischen Erörterung kam. Eine Folge dieser Mürzsteger Konvention war die identische Note, welche die beiden Regierungen am 5. Oktober nach Konstantinopel richteten, worin sie auf vollständige Durchführung der Reformen bestanden.

Mürz-  
steg.

Indessen waren aber die Augen Rußlands bereits mehr auf den ferneren und fernsten Orient gerichtet. Einerseits wurde eine regelmäßige Dampfschiffahrt zwischen Odessa und den Häfen des Persischen Golfes subventioniert. Andererseits begann die „Nowoje Wremja“ bereits im Juli Japan zu warnen, einen Krieg mit Rußland herauszufordern. Japan müsse auf seine aggressiven Pläne verzichten, auf seine Bestrebungen, sich auf dem Kontinent festzusetzen. Es habe allen Grund, sich Rußlands Freundschaft zu erhalten, denn nur dadurch sei es Europa nähergebracht worden, habe sich Märkte gesichert. Japan habe eine starke Defensivstellung auf seinen Inseln, aber eben deshalb keine Aussicht auf erfolgreiche Offensive; seine Truppen würden bei einer Landung ins Meer geworfen werden. Die Hoffnungen auf England seien trügerisch. England müsse Indien schützen; die Schwäche der englischen Landarmee habe sich im Burenkriege gezeigt, mit der Flotte allein kann man Rußland nicht besiegen. „Ein Krieg Japans gegen uns bedeutet seinen Selbstmord. An der Macht des russischen Riesen sind die Heeresmassen Napoleons zugrundegegangen, nach dieser Prüfung ist für Rußland nichts mehr schrecklich.“

Japan rüstete in aller Stille, während es der russischen Regierung vorschlug, sich über die beiderseitigen Sonderrechte in der Mandschurei und Korea zu vergleichen. Die Russen sollten am 8. Oktober vertragsmäßig die Mandschurei räumen, machten aber keine Anstalten dazu. Die Aufregung, die man darüber in Japan empfand, stieg noch, als man hörte, daß russische Unternehmer die Steinkohlenlager in der koreanischen Provinz Tschuan auszubeuten begannen. Am 11. Oktober hielt der russische Statthalter Alexejew in Port Arthur eine Parade über 70.000 Mann: am 29. besetzten die Russen Mukden. Es begannen gereizte Verhandlungen zwischen China und Rußland über die Räumung der Mandschurei. Ein neuer Stachel der Unzufriedenheit war es, daß sich Rußland nach Eröffnung des Handelshafens in Port Arthur am 24. November von nichtrussischen Schiffen die zwölffachen Abgaben zahlen ließ. In Tschumulpo auf Korea kam es zu Zusammenstößen zwischen Japanern und russischen Matrosen. Die nationale Aufregung in Japan drängte zum Krieg. Japanische Truppen landeten am 13. Dezember auf Korea, es erfolgten am 28. Dezember in Japan Notverordnungen über kriegerische

Oktober.

Dezember.



Vorbereitungen finanzieller und verkehrstechnischer Natur. So drängte alles dem kommenden furchtbaren Kriege zu.

Bei alldem konnte die Thronrede, mit der am 3. Dezember der Deutsche Reichstag eröffnet wurde, friedliche Töne anschlagen. Graf Bülow sagte im Namen des Kaisers: „Seine Majestät hat zu seiner Freude auch in diesem Jahr mit seinen hohen Verbündeten in Rom und in Wien und mit dem befreundeten Herrscher des russischen Reiches (4. November) in persönlichen Gedankenaustausch treten können. Dabei ist der Wunsch und die Hoffnung aufs neue befestigt worden, daß der Friede, das größte Gut für die Wohlfahrt der Völker, auch ferner vor gefährlichen Störungen bewahrt bleibe.“ Ebenso hoffnungsvoll sprach Graf Goluchowski am 16. Dezember zu Wien vor dem ungarischen Delegationsausschuß: „Durch die Erneuerung des Dreibundes wurden neuerdings die Verhältnisse konsolidiert, welche die Basis unserer Friedenspolitik bilden und seit bald einem Vierteljahrhundert dem europäischen Kontinent eine Ara ruhiger und erfolgreicher Entwicklung gesichert haben.“ Bedauert wurden nur die irredentistischen Mächenschaften, die aus dem verbündeten Italien stammten. „Freundschaftlich sind die Beziehungen zum russischen Reich, die sich allmählich vertiefen und von denen eine Vermehrung der Friedensgarantien erwartet werden darf. Die Hoffnungen, welche an die Petersburger Entente von 1897 geknüpft wurden, erscheinen heute vollauf gerechtfertigt. Als sich in den letzten Monaten des vorigen Jahres eine bedenkliche Gärung unter der christlichen Bevölkerung der europäischen Türkei herausstellte, kam es beim Wiener Besuch des Grafen Lambsdorff im Dezember 1902 zu mündlichem Gedankenaustausch über die zu ergreifenden Sanierungsmaßregeln. Es wurde die Notwendigkeit erkannt, die Beschlußfassung dem schwerfälligen Apparate des europäischen Konzerts zu entziehen und die Angelegenheit zu zweien in die Hand zu nehmen auf Grund eines von den Signatarmächten des Berliner Vertrages zu erwirkenden Mandates... Die revolutionären Komitees hatten ihre Zentralleitung auf bulgarischem Boden, wo ihnen die fürstliche Regierung eine fast sträfliche Toleranz zuteil werden ließ; sie nahmen zu immer toller, verbrecherischeren Streichen Zuflucht, um ähnliche Grausamkeiten auf türkischer Seite hervorzurufen, die in der Tat auch nicht ausblieben. Darunter hatte die unschuldige friedliebende Bevölkerung am härtesten zu leiden. In Konstantinopel, wo die Klugheit und der politische Scharfblick des Sultans durch die Annahme der kürzester Beschlüsse über die vielfachen gegen unsere Aktion gerichteten Intrigen den Sieg davongetragen haben, wird man hoffentlich immer mehr zur Einsicht kommen, daß wir nicht als Feinde, sondern als uneigennützig Freunde der Türkei auftreten, und daß es für sie nicht von Nutzen sein kann, unsere Aufgabe durch allerlei Quertreibereien zu erschweren.“ Das gilt auch von Bulgarien. Über „die jedem menschlichen Gefühl hohnsprechende Tragödie“ im Belgrader Konak sagte Goluchowski: „Dem neuen König liegt die Pflicht ob, das durch den fluchwürdigen Frevel tiefgeschädigte Ansehen Serbiens zu heben... Klug und besonnen verhielten sich all dem gegenüber Rumänien und Griechenland.“ Man habe den neuen König anerkannt, um Serbien nicht ganz der Anarchie zu übergeben.

Schieds-  
gerichte.

Eine Folge der neuen französisch-englischen Entente war der am 14. Oktober zu London geschlossene Schiedsgerichtsvertrag. Danach

wurden Streitigkeiten juridischer Art dem durch die Konvention vom 29. Juli 1899 errichteten ständigen Schiedsgerichtshof im Haag unterbreitet; „jedoch ist dabei vorausgesetzt, daß die betreffenden Streitfragen weder vitale Interessen noch die Unabhängigkeit oder die Ehre der beiden kontrahierenden Staaten berühren, noch die Interessen Dritter in Frage stellen.“

Zur selben Zeit wurden in Paris zwischen dem König von Italien und dem Präsidenten Loubet freundschaftliche Trinksprüche gewechselt. Loubet sagte: „Frankreich ist sich der Bedeutung dieses Besuches bewußt; es sieht darin eine glänzende Kundgebung des engen Einvernehmens, das zwischen den Regierungen Italiens und Frankreichs hergestellt ist und das in gleicher Weise den Gefühlen und den Interessen des italienischen wie des französischen Volkes entspricht.“ König Viktor Emanuel erwiderte: „Auch ich sehe in einem solchen Empfange mehr als eine Kundgebung der Höflichkeit. Mit Recht sieht Frankreich meine Gegenwart als ein natürliches Ergebnis des zwischen unsern beiden Ländern glücklich vollendeten Werkes der Annäherung an.“ Das war trotz friedlicher Phrasen die Erklärung des Abfalls vom Dreibund und die Auslieferung an die Entente.

Entente  
zwischen  
Frank-  
reich und  
Italien.

Über den bevorstehenden Russisch-Japanischen Krieg schrieb die Londoner „Morning Post“ am 21. Dezember: „Rußland setzt bei all dem mehr aufs Spiel als seine Stellung in der Mandschurei. Japan wird seine Existenz wagen, um die Russen nicht nach Korea hineinzulassen. Und Großbritannien ist der Verbündete Japans, wenn auch der Vertrag uns nur verpflichtet, sich einzumischen, wenn Rußland einen Verbündeten hat; aber England könnte nicht gelassen zusehen, wie Japan geschlagen wird; denn die Niederlage Japans würde das Ende des britischen Einflusses in Ostasien, das Ende des englischen Ansehens in der ganzen Welt bedeuten.“

\* \* \*

Nach dieser Übersicht über die internationalen Verhältnisse beginnen wir die Betrachtung der innerstaatlichen mit dem Deutschen Reich, und zwar zuerst mit den sozialen und ökonomischen Fragen. Die Reichs- und Staatsfinanzen standen nicht gut. Das nahm Dr. Schädlcr vom Zentrum im Reichstag zum Anlaß (19. Januar), die Swinemünder Depesche des Kaisers an den Prinzregenten (10. August 1902) zu rügen, weil sie dem föderalistischen Charakter des Reiches widersprach. „Nach Bismarck, nach der Verfassung, nach Staatsrechtslehrern wie Laband liegt die Souveränität im Reiche nicht beim Kaiser, sondern bei der Gesamtheit der verbündeten Regierungen. Der Kaiser ist der Präsident des Bundes. Zu seinen Rechten gehört nicht die Kontrolle über die innerpolitische Tätigkeit eines gesetzgebenden Körpers eines deutschen Bundesstaates.“ Bülow entgegnete:

Deutsches  
Reich.

„Dem Kaiser verbleibt auch über die Schranken der Verfassung hinaus ein weites Maß eigenen Aktionsrechtes und persönlicher Initiative. Wie jeder Staatsbürger darf auch der Kaiser vom Recht Gebrauch machen, seine Meinung zu äußern . . . Der ‚Reichs-Anzeiger‘ hat den Depeschenwechsel nicht veröffentlicht, weil es sich nur um eine persönliche Rundgebung handelte. Die föderative Grundlage des Reiches wird an keiner Stelle vergessen. Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß von allen Seiten unterlassen werden möge, was im Auslande Zweifel hervorrufen könnte an der Geschlossenheit der Nation, an ihrer Hingabe an die kaiserliche Idee, die dem deutschen Volke mehr ist als ein bloß formaler Begriff. Denn diese Kaiseridee repräsentiert mit den teuersten Erinnerungen des deutschen Volkes unser Ansehen nach außen, unsere Zukunft in der Welt.“ — Am 20. Januar widersprach Bülow den Ausführungen des Sozialdemokraten Vollmar, der dem Kaiser und der Monarchie eine antisoziale Tendenz imputieren wollte. „Diese Auffassung ist historisch wie psychologisch gleich unbegründet. Die Monarchie hat in Deutschland tatsächlich mehr für die arbeitenden Klassen getan, als bisher in irgendeinem andern Lande geschehen ist. Vor einigen Wochen befand sich in Berlin eine Deputation der englischen Friendly Societies, um unsere Versicherungsgesetzgebung zu studieren. Beim Abschied sagte deren Führer: Wenn die Namen eines Cäsar oder Napoleon längst verklungen sein werden, wird das deutsche Kaiservort vom 17. November 1881 ewig fortleben, das der große Kaiser kraftvoll in die Tat umgesetzt hat. Auch Millerand erklärte, er möchte für Frankreich einen ähnlichen Zustand schaffen, wie ihn Kaiser Wilhelm in Deutschland gefördert hat . . . Unser Kaiser ist davon durchdrungen, daß der Arbeiter gleichberechtigt sein soll mit den andern Ständen und Klassen . . . Ich kenne absolutistisch angelegte Parteiführer, aber absolutistische Fürsten und Minister sind mir in Deutschland nicht bekannt. Absolutismus ist keine deutsche Bezeichnung, es ist ein asiatisches Gewächs. Unsere Zustände könnten nur eine absolutistische Form annehmen infolge von revolutionären Umwälzungen . . . Das deutsche Volk will freilich keinen Schattenkaiser . . . Auch der Kaiser verträgt sehr gut den Widerspruch; er will keinen Reichskanzler, der nicht widersprechen könnte.“ Und am 21. Januar: „Wir wollen nicht vergessen, daß eine starke, ausgeprägte und begabte Individualität eines Fürsten für ein Volk von großem Vorteil ist. Auch diejenigen, die mit dem Gang unserer Politik nicht einverstanden sind, sollten nicht ungerecht sein für das tatkräftige Streben und redliche Wollen unseres Kaisers, für den großen Zug in seinem Wesen, für den freien, vorurteilslosen Sinn. Ich sage das ohne jeden Byzantinismus. An ihm ist nichts kleinlich, was Sie ihm auch vorwerfen mögen, ein Philister ist er nicht. Und das ist sehr viel wert im zwanzigsten Jahrhundert.“

Der Präsident des Reichstags Graf Ballegrem (Zentrum) wurde angegriffen, weil er sich einer Besprechung des Falles Krupp widersetzte. Er legte deshalb das Präsidium am 23. Januar nieder, wurde am 27. zum Mitglied des Herrenhauses ernannt und am 29. auch wieder zum Präsidenten des Reichstags gewählt.

Schädler bemerkte noch außerhalb des Reichstags in einer Münchener Delegiertentagung: „Wir anerkennen die edle Ritterlichkeit des Regenten, der den Mitverbündeten Verlegenheiten erspart, aber wir haben diese Ritter-



lichkeit nicht zu üben, wir stehen da als Vertreter der bayerischen Rechte gegen Angriffe, woher sie auch kommen mögen."

In Berlin wurde am 25. Februar nach dem Muster des Bundes der Landwirte ein Bund der Kaufleute gegründet, dem sogleich 200.000 Mitglieder beitraten.

Auf einer sächsischen sozialdemokratischen Landeskonferenz zu Mittweida Mitte März tadelte es ein Delegierter, daß man den Parteigenossen die Armut zu sehr einrede. Nun glauben sie es wirklich und wollen keine Beiträge zum Wahlfonds leisten.

Der Reichstag verbot den Phosphor zur Herstellung von Zündhölzern.

Im preußischen Abgeordnetenhaus (23. April) tadelte man die Bevorzugung von Adelligen und ehemaligen Korpsstudenten. Professor Schmoller tadelte im Herrenhaus (30. April) das Bummeln der Studenten; sie kommen nicht in die Vorlesungen und bekommen ihren Unterricht im dritten Jahr handwerksmäßig durch den Einpauser. Die Korpsburschen sieht man weder in Vorlesungen noch in Seminarien. Der Minister fragt seine Beamten nicht: Wo haben Sie studiert? sondern: In welchem Korps waren Sie? „Die höheren Klassen vom Staatsdienst auszuschließen, ist freilich immer falsch. Die französischen Zustände aus der Revolution von 1789 beruhten darauf, daß der Adel unter dem höheren Beamtenstande fehlte, daß das Frankreich des 18. Jahrhunderts nicht vom Adel regiert war . . . Man hat gesagt, es gebe in der Geschichte zwei große Organisationen, die mehr geleistet haben als alle andern: die römische Kirche und der deutsche Beamtenstand.“ Das Organ der Korps, die „Akademischen Monatshefte“, wies darauf hin, daß von 35 Regierungspräsidenten 21 ehemalige Korpsstudenten waren.

Im Juni gipfelte die Reichstagswahlbewegung. Das Ergebnis Wahlen nach den Stichwahlen des 26. Juni war: Zentrum 100 Mitglieder, Sozialdemokraten 82, Deutschkonservative 52, Nationalliberale 52 . . . 9 Antisemiten, 16 Polen, 5 Welfen, 9 Elässer, 2 Christlichsoziale, 1 Nationalsozialer, 1 Däne. Am meisten erstaunt war man über das Anwachsen der Sozialdemokraten. Der „Vorwärts“ jubelte: „Die Wahlen sind ein zerschmetternder Schlag für das ganze herrschende System. Es bereitet sich eine Weltwende der deutschen Politik vor. Deutschland wird zum Lande des Sozialismus, dem unüberwindlich vorwärtsdrängenden, dem Befreier und Erlöser. Der Sieg des deutschen Proletariats ist der Sieg der deutschen Kultur. Unser das Reich — unser die Welt!“ Die bürgerlichen Parteiblätter meinten, die Juden seien mit den freisinnigen Parteien unzufrieden geworden und hätten sich der Sozialdemokratie angeschlossen. Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb, die Sozialdemokratie ziehe die Unzufriedenen an wegen ihres festen Auftretens gegen die Regierung; wer sich in Deutschland über irgend etwas ärgert, der wählt sozialdemokratisch, um die Regierung oder Vorgesetzte zu ärgern. Die Sozialdemokratie verdankt ihre Erfolge nicht dem Prinzip, sondern dem Zulauf der Urteilslosigkeit zur rohesten Opposition. Am vollständigsten war der Wahlsieg der Sozialdemokraten in Sachsen. Ministerpräsident

v. Meßsch sagte darüber auf dem Gemeindefest zu Pirna: „Das Wahleresultat ist erschreckend. Es ist herbeigeführt durch eine zersetzende Agitation. Irreleitenden Agitatoren folgend hat ein großer Teil der Bevölkerung in einer Weise gewählt, die für alles öffentliche Leben gefährdend erscheinen muß. Es besteht ein chronischer Zustand der Unzufriedenheit, aus der heraus viele sich bewegen gefunden haben, regierungsfeindlich zu wählen. Familie, Haus und Kirche müssen auf ethischem Gebiete die sittlichen und kulturellen Grundlagen festigen.“ Zweifellos hatte auch die peinliche „Eheirung“ im sächsischen Königshaus die konservativen Kräfte geschwächt. Die Ehe des Kronprinzen mit Prinzessin Luise von Toskana wurde gelöst.

Im Juli tagte eine internationale Währungskonferenz in Berlin.

Der sozialdemokratische Sieg gab aber auch Anlaß zum Streit innerhalb der Partei. Der Revisionist Bernstein empfahl in den „Sozialistischen Monatsheften“, die Fraktion solle entsprechend ihrer Stärke eine Vertretung im Präsidium des Reichstags beanspruchen. Bebel und Mehring erklärten aber in der „Neuen Zeit“, das widerspreche allen Grundsätzen der Partei; der großartige Ausfall der Wahlen bedeute aber die Zustimmung der Wähler zur bisherigen Taktik. Auch die bürgerlichen Blätter waren geteilt; die Konservativen hielten es für unmöglich, daß der Reichstag als Organ der Verfassung sich von einer Partei vertreten lasse, die grundsätzlich die Vernichtung der geltenden Verfassung anstrebe, einige Liberale meinten aber, eine solche Wahl werde das Verantwortlichkeitsgefühl der Partei stärken, sie geneigter zu positiver Mitarbeit machen und den radikalen Flügel schwächen.

Der „Vorwärts“ streute im August das Märchen aus, vom Hofe sei die Errichtung eines Kaiserschlosses bei Spandau geplant, in das sich die kaiserliche Familie bei Unruhen zurückziehen könne. Die Redaktion wurde deshalb wegen Majestätsbeleidigung und grobem Unfug angeklagt und streng verurteilt.

Die Gegensätze innerhalb der Partei kamen auf dem Parteitag der Sozialdemokratie zu Dresden, 13. bis 19. September, zum Ausdruck. Man triumphtierte über die starke Zunahme der Parteipresse, aber tadelte die Mitarbeiterschaft Göhres und Bertholds an der „Zukunft“. Kautsky sagte, solches Literatengezänk sei die Folge des Überwiegens der Akademiker unter den Führern. Zubeil fürchtete, diese jungen Akademiker wollten die Sozialdemokratie von ihrem wahren Boden abdrängen und zu einer Reformpartei umwandeln. Am Ende schreiben diese jungen Akademiker noch gar Flugblätter, daß der Herrgott doch lebt und auch zum Wohl der Sozialdemokratie tätig ist. Bebel gab seinem Ekel Ausdruck über diese schmutzige Wäsche. Die „Zukunft“ beschimpfte die Sozialdemokratie, Maximilian Harden habe aus niedriger Spekulation dies Bismarckblatt begründet. Göhre fragte, warum Bebel ihn dann ungestört vier Jahre lang an der „Zukunft“ mitarbeiten ließ. Zur Präsidentenfrage sagte Bebel, die Fraktion werde zwar ihren Anspruch

auf die Stelle eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag geltend machen, aber keine höfischen Verpflichtungen übernehmen. „Der Ausfall der Wahlen hat bei allen bürgerlichen Parteien die Neigung zu reaktionären Maßregeln gestärkt. Es heißt jetzt: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo, immer rückwärts! Aber wir dürfen nicht bremsen, nicht haltmachen, sondern entsprechend der gewachsenen Zahl und Kraft müssen wir noch energischer, schärfer, rücksichtsloser vorgehen als bisher.“ Darum griff Bebel aufs schärfste die rechte Seite der Partei an, Vollmar und Heine, die eine Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft wollten und die Partei spalteten. Ein Revisionist war gar für Bewilligung des Reichsbudgets. Solche faule Elemente muß man dem Parteitag denunzieren. Das sind die schlimmsten Genossen, die immer sagen: Wir sind ja nicht gespalten, wir sind ganz einig. So Vollmar. München ist das Hauptquartier des Revisionismus, das Kapua der Sozialdemokratie. Keiner wandelt ungestraft unter Bierkrügen. Die Armee der Revisionisten ist zwar klein, aber durch die Wahlen gestärkt worden.“ Vollmar klagte dagegen Bebel an, er suche sich zum Diktator der Partei aufzuwerfen und jede freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. „Er sagt: Ich werde sagen, Ich werde nicht dulden, Ich werde den Kopf waschen, Ich werde abrechnen! Ich, Ich und immer Ich! Ist das nicht die Sprache des Diktators? So sprach der Lordprotektor Cromwell zum Parlament. Kautsky ist der Fanatiker der Theorie, er ist der parteigewordene Professor, der lieber die Welt zugrunde gehen läßt, als daß er von seinem schönen Lehrgebäude auch nur einen Spahn herausnehmen läßt. Die Einheitlichkeit der Partei heißt bei ihm die Alleinherrschaft seiner Ansicht.“ Darüber großer Lärm. Bebels Antrag über das Präsidium wurde angenommen. Außerdem folgende Resolutionen: „Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung der Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei wird, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt: 1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen



Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten; 2. daß die Sozialdemokratie einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann. Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.“ Auch die Revisionisten Bollmar und Heine stimmten für die Resolutionen, weil sie ihre Anschauungen durch sie nicht für getroffen erachteten.

Bei der Tagung des Vereins für Sozialpolitik (Kathedersozialisten) besprach man die wirtschaftliche Krisis seit 1900 (14. bis 16. Sept.).

Zu einer Abordnung der Staatswerftstättenarbeiter sprach Kaiser Wilhelm am 21. September in Danzig gelegentlich der Enthüllung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmals: „Dieser große Kaiser hat dem deutschen Volke die Einheit gebracht. Erst dadurch hat die gewaltige Entwicklung in Handel und Industrie so viele deutsche Arbeiter beschäftigen können. Die deutsche Arbeiterschaft sollte das höchste Interesse daran haben, dieses Deutsche Reich festgefügt zu erhalten. In der Armee lernt sie Schulung und Disziplin. Das gibt ihr die Möglichkeit, Siege zu erringen durch den hohen Stand der Ausbildung der deutschen Arbeiterschaft.“

In den folgenden Monaten wurde der Streit zwischen den beiden Richtungen in der Sozialdemokratie fortgesetzt. Mehring verteidigte sich in einer Broschüre. M. Gaden warf in der „Zukunft“ den Revisionisten vor, ihn nicht besser in Schutz genommen zu haben. Göhre legte sein Reichstagsmandat nieder. Man sah darin eine völlige Dahmlegung des äußerlichen Wahlsieges; man hatte sich gegenseitig aufs giftigste beleidigt. Vor allem mußte die Verhöhnung der Akademiker eine Warnung für die Studenten sein, die bisher bereit waren, sich der Sozialdemokratie impulsiv hinzugeben. Dem Geiste nach hatten doch die besonneneren Revisionisten gesiegt; sie konnten nicht umgebracht werden.

Bei einer Denkmalenthüllung in Küstrin am 24. Oktober rühmte der Kaiser die preußische Disziplin, die Unterordnung, den Gehorsam im Heer und Volk, im Königs- und Bürgerhaus: Respekt vor der Obrigkeit, Gehorsam gegen die Krone, gegen Eltern und Vater; daraus entspringt der Patriotismus, die Unterordnung des eigenen Ichs zum Wohl des Ganzen. Das ist es, was uns in dieser Zeit besonders not tut.

Der Kongreß der nichtsozialdemokratischen Arbeiter zu Frankfurt a. M. (25. Okt.) schickte an den Kaiser ein Huldigungstelegramm. Der „Vorwärts“

verhöhte natürlich diesen Kongreß: „Es ist nur eine Variation des Themas: die Arbeiter einzulullen und einzufangen, durch das Linsengericht der Bewilligung einiger sogenannter berechtigter Forderungen sie um das Erstgeburtsrecht ihrer völligen Befreiung zu betrügen. Es gibt aber keine isolierten berechtigten Forderungen, das ganze weite Gebiet des gesellschaftlich-politischen Daseins ist untrennbar und unteilbar. Das Proletariat ist an allen politischen und sozialen Fragen unmittelbar interessiert und so kann es nur als Klasse im Klassenkampf mit einem allumfassenden Programm erfolgreich kämpfen.“

Im neuen Reichstag prallten am 10. Dezember Bebel und Bülow hart zusammen. Bebel beklagte die riesige Schuldenlast des Reichs infolge der Flottenausgaben. Auf diese und viele andere Anklagen antwortete Bülow: „Es gibt eine Kritik, die mehr auf Agitationsstoff als auf die Sache bedacht ist. Das ist kennzeichnend für die Sozialdemokraten, immer den einzelnen Fall zu verallgemeinern, die Ausnahme zur Regel zu machen. Auf der einen Seite wirft mir Bebel vor, daß unsere ostasiatische Politik eine zu aktive, phantastische, abenteuerliche wäre, anderseits findet er, daß ich mich zu passiv in der Mandschurei verhalte. Die zügellose Art seiner Kritik gegen das befreundete Rußland entspricht nicht den Interessen des deutschen Volkes. Was die Aufnahme des Herrn Vanderbilt angeht, so hat dieser Herr die Deutschen, die Amerika vor zwei Jahren besuchten, in der entgegenkommendsten Weise aufgenommen. Über die Handelsverträge hat der Abgeordnete Bebel alles zusammengetragen, um die Stellung unserer Unterhändler zu erschweren, die der fremden zu stärken. Von einem Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung kann keine Rede sein. Wir werden versuchen, die Fragen der Arbeitszeit, der Arbeiterverfassung, der Frauen- und Kinderarbeit, der Lohnzahlungsmethode soweit zu lösen, als es möglich ist unter Aufrechterhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die Aufgaben für das nächste Jahrzehnt sind die Witwen- und Waisenversorgung, später die Arbeitslosenversicherung. Aber durch Forderungen, die nicht realisiert werden können, erschweren Sie nur die sozialpolitische Reform. Herr Bebel ist zudem ein Gegner der heutigen Verfassung, ein Gegner der Monarchie, ein Republikaner. Durch nichts werden die Bestrebungen zugunsten der Arbeiter mehr erschwert, nichts ist unlogischer. Die Geschichte beweist, daß es mit der Republik allein auch nicht getan ist. Es gibt keine Republik, wo so viel für die arbeitenden Klassen geschehen ist als im monarchischen Deutschland. Das ganze Ausland gibt es zu. In der Schweiz wurden zwar sozialpolitische Gesetze von der Bundesversammlung angenommen, sie fielen aber in der Volksabstimmung. In keinem Land ist der Widerstand gegen direkte Steuern stärker als im republikanischen Frankreich. Herr Bebel vergleicht unsere Zustände mit denen im sinkenden Rom. Ich versichere Sie, daß der Senat zur Zeit des Kaisers Tiberius ganz anders aussah wie dieses hohe Haus. Hätte

Reichs-  
tag.

Bülow.

dort jemand eine Rede gehalten, wie heute der Abgeordnete Bebel, es wäre ihm schlecht bekommen. Er hat auch vom Byzantinismus gesprochen. Aber es gibt auch einen Byzantinismus nach unten. Es gibt auch Volksschranzen, die immer dem untrüglichen Masseninstinkt schmeicheln. Das sind, wie unser großer Dichter sagt, die schlimmsten von allen. Wo herrscht weniger Freiheit als bei Ihnen? Keine Partei respektiert die Redefreiheit und Versammlungsfreiheit anderer Parteien weniger als die sozialdemokratische. Welche Tyrannei üben Sie auf den Bauplätzen, in den Werkstätten aus gegen den einzelnen Arbeiter, der sich der Sozialdemokratie nicht unterwerfen will? Sie reden immer über das finstre Mittelalter. Aber es hat niemals ein Konzil gegeben, wo eine solche Unduldsamkeit und Ketzerriecherei geherrscht hat als auf Ihrem letzten Parteitag. Keine Bulle ist so intolerant abgefaßt worden wie die Erklärung des Abgeordneten Bebel. Sie haben förmliche Exkommunikationen ausgeübt. Sie haben einen Index aufgestellt, in welchen Zeitungen geschrieben werden solle, in welchen nicht. Reden Sie uns nur nicht von Freiheit! Die Freiheit, die Sie meinen, ist die Willkür für Sie, der Terrorismus für die andern. „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein!“ In den achtziger Jahren sagte Bismarck, er sei über das Anwachsen der sozialistischen Abgeordneten gar nicht unglücklich; je größer ihre Zahl wird, desto mehr wird ihnen die Ehrenpflicht obliegen, mit positiven Plänen hervorzutreten. Bis her sind sie damit im Rückstand geblieben. Herr Bebel hat im Juni vorigen Jahres in Karlsruhe gesagt, daß der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft viel näher bevorstehe, als diese selbst glaube. Da ist es doch natürlich, daß wir wissen möchten, was uns bevorsteht. Daß Herr Bebel einen genauen Plan besitzt, muß ich nicht nur anstandshalber annehmen, sondern das hat er selbst auf einem der letzten Parteitage gesagt. Da erklärte er, in der Zeit der Aktion sei es zu spät für theoretische Diskussionen, der Plan des Zukunftsstaates müßte schon vorher genau ausgearbeitet sein. Sie besitzen also einen solchen Plan, den sollen Sie uns zeigen! Also sagen Sie uns doch statt fortgesetzter Klagen endlich in positiven Angaben, wie es aussehen soll in dem Paradies, in das Sie uns führen wollen! Ich habe mich seit Jahren bemüht, mich darüber zu informieren. Die Ausbeute war unendlich gering. In einem Aufsatz von Liebknecht hieß es: Verschwinden werden die Kasernen, denn wir haben keine Soldaten mehr; verschwinden werden die Zuchthäuser, denn die Gesellschaft wird sich ohne Verbrechen behelfen. Verschwinden werden die Justizpaläste, verschwinden werden schon aus Schönheitsrücksichten die Kirchen, diese entsetzlichen Bauungeheuer, durch die man beweisen will, daß außerhalb dieser Welt eine bessere über dem Sternenzelt ist. Verschwinden werden die Fabriken, die Bastillen der Arbeiter. Der Unter-



schied zwischen Stadt und Land wird aufhören . . . Ist es möglich, vom Zukunftsprogramm einer großen Partei, die alles Bestehende umstürzen will, ein nebelhafteres Bild zu entwerfen? Warum versprechen Sie nicht auch das Aufhören von Kopfweh und Zahnschmerzen, von Tod und Krankheit? Bei Kautsky habe ich gelesen, daß am Tage nach dem Siege der Sozialdemokratie die Grundeigentümer, die Großindustriellen, die Kapitalisten ihres Besitzes enteignet würden. Daß bei einem solchen Raubzug die Lage der Arbeiter sich dauernd bessern würde, dafür bleibt er den Beweis schuldig. Auch erfahren wir nichts darüber, wie bei der Herabsetzung der Arbeitszeit eine Verringerung der Produkte verhindert werden soll; wie dem Arbeiter auch nur der bescheidenste Rest von persönlicher Freiheit und eigener Initiative bleiben soll, welcher Maßstab der Verteilung gelten soll. Es ist der Sprung eines Blinden ins Dunkle, den man uns zumutet. Was Sie an Stelle des Bestehenden setzen wollen, das wissen Sie selbst nicht, darüber sind Sie sich selbst untereinander nicht einig. Es kommt auf die Schaffung eines riesigen Staatszuchthauses hinaus. Das wird aber niemals gelingen. Selbst wenn durch brutalste Gewalt, durch die Diktatur des Proletariats momentan der Besitz aller Menschen gleich gemacht würde, so würde es selbstverständlich morgen wieder arm und reich geben. Ihr Zukunftsstaat wäre nur möglich bei einem Mangel an Egoismus, wie er nie anzutreffen ist. Ihre Republik wäre wie die des Plato nur möglich bei Engeln. Bilden Sie sich nicht ein, solche Engel zu sein, wenn Sie immerfort an Mißtrauen und Haß, an alle schlechten menschlichen Eigenschaften appellieren. Wer den Egoismus ersetzen will durch eine angeblich höhere Form des Gemeinwesens, der muß selber duldsam sein. Aber statt Harmonie haben Sie in Dresden eine Raketophonie aufgeführt. Um die auswärtige Politik des Herrn Bebel zu realisieren, müßten wir eine viel stärkere Armee haben als heute. Er will ja überall intervenieren, in Finnland, Rumänien, sogar in der Mandchurei. Das größte Pech, das der Sozialdemokratie passieren könnte, wäre, wenn sie durch irgendein Wunder plötzlich an die Gewalt käme. Dann würden Sie Ihre ganze Impotenz in bengalischer Beleuchtung zeigen. Im Zerstören und Ruinieren würden Sie freilich groß sein. Aufzubauen ist schwer, einzureißen ist leicht. In der Ausführung des Herrn Bebel traten zwei Gesichtspunkte hervor: das Bestreben, die bestehende Staatsordnung umzustürzen, und dann Klagen über mangelndes Entgegenkommen des Staates gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung . . . Wir werden unser Haus zu verteidigen wissen. Alle Versuche, an die Stelle der organischen, gesetzmäßigen und verfassungsmäßigen Fortentwicklung die widerrechtliche und gewaltsame Revolution zu setzen, werden scheitern am gesunden Sinn des Volkes, das sich selbst aufgeben würde, wenn

es Ihnen folgen würde." Diese Rede wurde als großer moralischer Erfolg betrachtet.

Polen.

Peinlicher war die polnische Bewegung. Durch die erhebliche Verstärkung des Ostmarkenfonds schien wohl die deutsche Ansiedlung sehr gefördert; aber Erfolge waren nicht so bald zu erwarten. Man dachte, daß der Bau eines königlichen Residenzschlosses in Posen ebenso gut wirken werde, wie eine ähnliche Maßregel in Straßburg. Bald zeigte sich, daß die deutsche Volksschule das Polentum stärkte, denn sie machte die polnische Jugend zweisprachig und verschaffte ihr dadurch eine große Überlegenheit auf allen Gebieten der Industrie, des Handwerks, der Technik und sogar in den Beamtenbüros. Der Pole Glebocki sagte am 20. März im preussischen Abgeordnetenhaus: „Das Polentum wird trotz allem immer weiter wachsen. Die Geschichte der Polen unter preussischer Herrschaft ist eine Leidensgeschichte auf jedem Blatt. Die jetzige Mißwirtschaft ist weit schlimmer als die, an der der Deutsche Orden zugrunde gegangen ist.“ Allmählich entstanden auch Differenzen zwischen den Polen und dem Zentrum im Industriebezirk von Bochum wegen maßloser Ansprüche des polnischen Wahlkomitees. Eine Wahlversammlung des Zentrums in Oberschlesien wurde am 21. Juni von den Polen gesprengt, wobei es zu Ausschreitungen gegen die Polizei und Verurteilungen kam. Die Polen gingen auch bei den Landtagswahlen im Oktober selbständig und ohne Rücksicht auf das Zentrum vor. Am 4. November wurde in Posen die neue königliche Akademie eröffnet, mit der Aufgabe, „das deutsche Geistesleben in den Ostmarken durch ihre Lehrtätigkeit und ihre wissenschaftlichen Bestrebungen zu fördern.“ Da polnische Kleriker des Priesterseminars den Besuch der Akademie verweigerten, zwang sie der Erzbischof dazu durch Androhung von Strafen. Es entstanden Gerüchte, daß ein besonderes Ostmarkenministerium geplant sei.

Kon-  
fessionen.

Was die konfessionellen Angelegenheiten betraf, so wurde endlich, endlich in Mecklenburg durch Verordnung vom 5. Jänner „den Angehörigen der reformierten Kirche und der römisch-katholischen Kirche“ die öffentliche Religionsübung zugestanden.

Die Führer des fortschrittlichen Katholizismus, Professor H. Schell und Dr. Schnitzer, traten aus dem allzu radikal werdenden Komitee der Zeitschrift „Das 20. Jahrhundert“ aus (12. Jan.).

Gegen die radikalen Anschauungen des Professors Delijsch über „Babel und Bibel“ ließ Kaiser Wilhelm im Februar sein Glaubensbekenntnis in Briefform veröffentlichen: „Der Assyriologe Delijsch erkennt die Gottheit Christi nicht an, und daher soll das Alte Testament keine Offenbarung auf den Messias enthalten. Er hat manchem das Fundament des Glaubens erschüttert . . . Es ist für mich keinem Zweifel unterworfen, daß Gott sich immerdar offenbart. Gott offenbart sich bald in diesem oder jenem großen Weisen oder Priester oder König, sei es bei den Heiden, Juden oder Christen. Hammurabi war einer, Moses, Abraham, Homer, Karl der Große, Luther, Shakespeare, Goethe, Kant, Kaiser Wilhelm der Große. Wie oft hat mein Großvater betont, er sei nur ein Instrument in des Herrn Hand. Die zweite Art der Offenbarung, die mehr religiöse, ist die, welche zur Erscheinung des Herrn führt . . . bis der Messias,

der durch die Propheten und Psalmisten angezeigt wird, endlich erscheint. Gott erschien im Sohne selbst; Christus ist Gott, Gott in menschlicher Gestalt. Er erlöste uns, er feuert uns an, er lockt uns, ihm zu folgen; wir fühlen sein Feuer in uns brennen, sein Mitleid uns stärken, seine Unzufriedenheit uns vernichten, seine Fürsprache uns retten. Siegesgewiß, allein auf sein Wort bauend, gehen wir durch Arbeit, Hohn, Jammer, Elend und Tod, denn wir haben in ihm Gottes offenbartes Wort und er lügt niemals. Das Wort ist insbesondere für uns Evangelische alles durch Luther geworden . . . daher ist es meine Auffassung, daß unser guter Professor hinfürder die Religion zu behandeln vermeiden, dagegen was die Religion, Sitten der Babylonier in Beziehung zum Alten Testament bringt, ruhig schildern möge . . . Ich glaube an einen einigen Gott. Wir Menschen brauchen, um ihn zu lehren, eine Form, zumal für unsere Kinder. Diese Form ist bisher das Alte Testament in seiner jetzigen Überlieferung gewesen. Diese Form wird unter der Forschung und den Inschriften und Grabungen sich ändern; das schadet nichts; auch daß dadurch viel vom Nimbus des auserwählten Volks verlorengeht, schadet nichts. Der Kern und Inhalt bleibt immer derselbe: Gott und sein Wirken. Nie war Religion ein Ergebnis der Wissenschaft, sondern ein Ausfluß des Herzens und Seins des Menschen aus seinem Verkehr mit Gott." — Die Konservativen sahen in diesem Brief eine Verurteilung der liberalen Theologie, deren Führer Professor Harnack in den letzten Jahren viel am Hofe verkehrt hatte.

Die gänzliche Abschaffung des Jesuitengesetzes scheiterte am Widerstand der Bundesregierungen. Auch sonst sprachen sich liberale Versammlungen und der preußische Oberkirchenrat dagegen aus.

Als Bischof Korum von Trier am 15. Februar einen Erlaß gegen die konfessionslosen Schulen verkünden ließ, wurde Bülow im preußischen Abgeordnetenhaus interpelliert; er äußerte sich darüber am 2. März: „Der konfessionelle Zwiespalt, der durch das deutsche Volk geht, nötigt uns, uns ineinander zu schicken. Das ist nur möglich auf dem Boden der Tatsachen; denn Prinzipien sind unveröhnlich. Wir können uns nicht so verhalten, als wenn es nur Protestanten oder nur Katholiken in Deutschland gäbe, sondern es muß Gerechtigkeit geübt werden von beiden Seiten. Das hat leider der Bischof außer acht gelassen. Aus den Zeiten des Kulturkampfes sind noch unausgeglichene Inkongruenzen übriggeblieben. Soweit Mängel an der Trierer Schule vorhanden sind, ist es Pflicht des Staates, sie zu beseitigen; vor allem aber müssen wir erwarten, daß der Bischof sein Publikandum rückgängig macht.“ Kultminister Studt widersprach den Anklagen des Bischofs gegen die Trierer Schulen; der Unterricht werde nicht ausschließlich von evangelischen Lehrern erteilt und eine Zurücksetzung von Schülerinnen aus katholischen Schulen habe bei der Aufnahme zum Seminar nicht stattgefunden. Die Zentrumsabgeordneten verteidigten den Bischof; die Schuld treffe den Staat, denn er habe die Mißstände fünf und zwanzig Jahre lang bestehen lassen. Infolge entgegen-



kommender Erklärungen der Regierung nahm der Bischof am 9. März in Übereinstimmung mit dem Heiligen Vater seine Kanzelpublikation zurück.

Als der Kaiser am 11. März persönlich die Vereidigung des Erzbischofs Fischer von Köln entgegennahm, sagte dieser im Anschluß daran: „Ich verehere Eure Majestät in tiefster Seele als den erhabenen Herrscher, dem das Wohl aller Untertanen, auch der katholischen, am Herzen liegt. Ich verehere den tatkräftigen Fürsten, der in einer Zeit, wo vielfach Unglaube und Gottlosigkeit sich brüstet und an den Fundamenten des christlichen Volkslebens rüttelt, vor aller Welt kein Hehl macht aus seiner christlichen Überzeugung, vielmehr seinen demütigen Glauben an die Majestät Jesu Christi als des menschengewordenen Gottessohnes und Erlösers der Menschheit kundgegeben hat.“

In den Streitreden wegen Zulassung der Jesuiten erklärte es Professor Du Moulin-Géard als eine Schande des deutschen Volkes, daß in der Münchener Feldherrnhalle das Erzbild Tillys stehe. — Als Dasbach 2000 Gulden dem auszusahlen versprach, der den Nachweis bringe, daß der Grundsatz, der Zweck heiligt das Mittel, sich in jesuitischen Schriften finde, meldete sich der Exjesuit Hoensbroech.

Im preußischen Herrenhaus sprach Freiherr v. Durant gegen die moderne oder negative Theologie (3. April): „Ich begreife es nicht, wie man sagen kann, verschiedene Richtungen innerhalb der protestantischen Kirche seien notwendig. Die Theologieprofessoren sollten ihre Forschung mehr darauf richten, die Absichten Gottes zu ergründen, als seine Existenz anzuzweifeln. Die moderne Theologie bedeutet einen Abfall von Gott. Eine Kirche, die derartiges duldet, mußte ihrem Verfall entgegengehen.“ Kultusminister Studt lehnte jedes Eingreifen des Staates ab. Professor Schmoller meinte, Harnack bedeute für die moderne Zeit dasselbe, was die Reformatoren für das 16. Jahrhundert. Professor Löhnig sagte, Durant stehe auf dem Boden der katholischen Dogmatik. Aber Generalsuperintendent Dryander trat Durant bei, wenn er es auch für unmöglich erklärte, durch Verwaltungsmaximen etwas zu erreichen.

Bei der Einweihung des neuen Christusportals an der Kathedrale zu Metz war der Kaiser besonders aufmerksam gegen den katholischen Klerus (14. Mai).

Die Deutsche Evangelische Kirchenkonferenz zu Eisenach, 13. Juni, deren Bestimmung es war, „auf Grund des Bekenntnisses wichtige Fragen des kirchlichen Lebens zu besprechen und unbeschadet der Selbständigkeit jeder einzelnen Landeskirche ein Band ihres Zusammengehörens darzustellen“, beschloß die Anbahnung eines engeren Zusammenschlusses der evangelischen Landeskirchen.

Katholikentag.

Auf der 50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Köln, 24. bis 27. August, sprach Schädler über die Aufgaben der Katholiken. Der Liberalismus habe abgewirtschaftet, der Feind der Kirche

sei jetzt vor allem die Sozialdemokratie. „Wir haben Vertrauen zum Kaiser und zu den Fürsten, weniger zu den Ministern und den Geheimratsbüros.“ Erzbischof Fischer sagte: „Die Spaltung im Glauben ist das beklagenswerte Mißgeschick unseres Vaterlandes, sie ist eine Tatsache, die Gott zugelassen hat, die wir einstweilen nicht ändern können. Wir müssen uns gegenseitig schonen; wir müssen für die geistige Einheit des ganzen, weiten deutschen Vaterlandes beten.“

Aus Anlaß der Kaisermanöver sprach Kaiser Wilhelm zu Merseburg am 3. September von den nahen Türmen Wittenbergs, „wo der größte deutsche Mann für die ganze Welt die größte befreiende Tat getan hat und die Schläge seines Hammers aufweckend über die deutschen Gefilde schallen ließ. . .“ Und „so grüßt uns auch von fern her das goldene Kreuz der Wartburg, auf der eine der herrlichsten deutschen Frauen erblüht ist“ (die hl. Elisabeth). Die „Kölnische Volkszeitung“ lobt es, daß der Kaiser die Reformation pries, ohne die Empfindungen der Katholiken zu verletzen. Dagegen meinte der „Bayrische Kurier“: „Der Kaiser hat als Protestant zur Beruhigung für jene gesprochen, die da fürchten, er möge eines Tages dem Papst den Steigbügel halten.“ Im Grunde habe er aber doch nur Luther auf Kosten des Katholizismus verherrlicht.

Im September erfolgte die Errichtung der Straßburger katholisch-theologischen Fakultät.

Die fünfte preussische Generalsynode (15. Okt. bis 4. Nov.) beriet über die Besetzung der theologischen Professuren und die Kirchlichkeit der neu zu Berufenden gegenüber der „modernen Weltanschauung“. Ferner über den förderativen Zusammenschluß der deutschen evangelischen Landeskirchen in einem „Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß“. Die Generalsynode beklagte die Ärgernisse wegen der Kämpfe innerhalb der theologischen Wissenschaft, sie ersuchte die Regierung, Theologen nicht zu berufen, welche die Heilstaten Gottes und den Offenbarungsscharakter der Heiligen Schrift nicht anerkennen. Stöcker sagte, die Kirche stehe vor der Frage: Christentum oder Entwicklung? Ganz einstimmig war man nur gegen Aufhebung des Jesuitengesetzes und gegen die Toleranz im Sinne des Toleranzantrages des Zentrums.

Bei der Konfirmierung zweier Prinzen, 17. Oktober, sagte der Kaiser mit Bezug auf die Gegner der Geschichtlichkeit Jesu: „Christus ist die persönlichste Persönlichkeit gewesen, die je auf der Erde unter den Menschenkindern gewandelt ist. Sein Wort allein hat es fertiggebracht, Leute aller Rassen zu denselben Zielen zu begeistern, ihm gleich zu sein und ihr Leben für ihn zu lassen. Der Angelpunkt unseres menschlichen Lebens, das ist mir klarer geworden von Jahr zu Jahr, liegt allein in der Stellung, die man zu seinem Herrn und Heiland einnimmt. Der Herr lebt noch heute als ganze Persönlichkeit, die nicht ignoriert werden kann. Noch heute schreitet seine Lichtgestalt unter uns einher, tröstend, helfend, stärkend,

Jesus.

auch Widerspruch und Verfolgung erweckend. Die Menschheit hat sich neben dem Herrn den Himmel ausgeschmückt mit vielen herrlichen Gestalten und frommen Christen, die Heilige genannt werden und an die sie sich hilfesuchend wenden, aber das ist alles Nebensache; der einzige Helfer und Retter ist und bleibt der Heiland. Schafft und arbeitet ohne Unterlaß! Das ist der Kern des Christenlebens. Lest die Geheimnisse! Am schwersten wird der bestraft, der nichts tut, der sitzen bleibt, der die andern arbeiten läßt. Es möge jeder darnach trachten, auf seinem Gebiete das Beste zu leisten und eine Persönlichkeit zu werden nach dem Beispiel des Heilands. Trachtet, daß euer Werk den Mitmenschen zur Freude oder wenigstens zu Nutz und Frommen sein möge, wie unseres Herrn arbeitsreiches und tatenfrohes Leben. Dann werdet ihr brave deutsche Männer und tüchtige Prinzen meines Hauses werden und teilnehmen an der großen Arbeit, die uns allen beschieden ist."

In der bayrischen Abgeordnetenkammer klagte Schädler, der konfessionelle Friede werde durch die Agitation des Evangelischen Bundes getrübt, die katholische Abwehr aber werde durch die Polizei behindert. Die Unterscheidung zwischen religiösem und politischem Katholizismus sei Heuchelei. Der Staat solle den unsittlichen Darstellungen in Literatur und Kunst sowie dem Unglauben auf den Hochschulen entgegentreten.

In Sachsen traten viele Arbeiter aus der Landeskirche aus.

Theater.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde über die Theaterzensur debattiert. In einem Stück von Dreyer wurde dargestellt, wie vor längerer Zeit in einem Zweige des brandenburgischen Herrscherhauses versucht wird, in unsittlicher und ungesetzlicher Weise einen Nachfolger zu erzielen. In „Maria von Magdala“ von Heyse wurde der Tod Christi abhängig gemacht vom Willen einer Buhlerin, ob sie einen römischen Hauptmann zu sich nehmen will oder nicht.

Der Wahlvorgang für den Reichstag wurde durch eine neue Regelung vor jeder Beeinflussung möglichst geschützt (23. März). Die fakultative Feuerbestattung wurde im preussischen Abgeordnetenhaus verworfen.

In Bremen fand ein Kongreß gegen den Alkoholismus statt, 15. April.

An der internationalen Konferenz für Funkentelegraphie in Berlin beteiligten sich noch Österreich-Ungarn, England, Frankreich, Italien, Rußland, Spanien und die Vereinigten Staaten (4. Aug.).

Zu Mannheim tagte am 9. September ein Deutsch-Österreichisch-ungarischer Binnenschiffahrtkongreß.

Gesang.

Beim Wettstreit der Gesangsvereine zu Frankfurt a. M., am 3. bis 6. Juni, empfahl der Kaiser eine stärkere Pflege des Volksgesangs, des Volkslieds statt der schweren Chöre mit Tonmalerei und orchestermäßiger Instrumentation. Statt der Lyrik sollte mehr das Energische und Männliche vorwalten. Der Kaiser versprach eine Sammlung sämtlicher Volkslieder in Deutschland (auch Österreich und Schweiz). Ein vom Kabinettsrat Lucanus verlesenes Aktenstück tadelte noch die krankhafte, effektenhascherische Art der Kompositionen, forderte Zurückgehen zu natürlicher Einfachheit, zu gesundem Empfinden, zum Erkennen der wahren Zwecke der Kunst, Abweichen von



Unnatur und Künstelei. Das war die Ansicht der Preisrichter. Schließlich hoffte der Kaiser, das Volkslied werde den Patriotismus stärken und damit das allgemeine Band, das alle umschließen soll.

Bei der Enthüllung der Denkmäler seiner beiden Eltern, 18. Oktober, sagte der Kaiser: die Sympathie und Bewunderung für die stolzen, glänzenden Gestalten wird immer mit Mitleid vermischt sein und mehr den Leiden als den Taten gelten. „Diese Figuren repräsentieren mehr Ideen als Ereignisse. Sie wurden in der vollen Blüte von tödlicher Krankheit dahingerafft. Das Bewußtsein, daß eine neuere, reichere Zeit für Deutschland angebrochen sei, beherrschte die Gemüther, und dieses zum Herrschen berufene Paar stärker als alle andern. Kein zweites war so voll von Träumen, Gedanken und Plänen, keines so mutig im Verlassen des Alten und Ergreifen des Neuen, keines so erfüllt mit Hoffnung und Vertrauen auf die Zukunft. Unter den sterbenden, ringenden Zeitgenossen zeichneten sie beide in innigster geistiger Gemeinschaft sich aus durch ihren Eifer und Enthusiasmus für die neuen, höheren Ziele, für die freiere Entwicklung aller Kräfte, für die reichere Entfaltung des Volkslebens. Unter der idealistisch gestimmten Generation ragten sie beide in vollster Seelenharmonie hervor durch ihren hochfliegenden Idealismus, den einzuschränken die Wirklichkeit in ihrem kurzen Dasein keine Zeit gefunden. Darum beginnt dies Paar die neue Reihe der Kaiser, denen höhere Aufgaben gestellt sind, zu deren Lösung sie starken Idealismus nötig haben. Dies Paar wird seinen idealistischen Sinn auf alle Nachkommen vererben. Sie stehen hier als Repräsentanten der illusionsreichen Jugend des Deutschen Reiches und als Personifikation der Kulturbegierdung, welche die deutschen Kaiser als Führer des vornehmsten Kulturvolks der Erde beseelen soll. So werden diese Marmorbilder hier trotz ihres Märtyrerscheines zu einer glücklichen Vorbedeutung für die Zukunft des Reichs.“

Denk-  
mäler.

Die Ehe des sächsischen Kronprinzenpaares wurde wegen Ehebruchs der Gattin mit dem Sprachlehrer Giron dem Bande nach getrennt, 11. Februar. König Georg erließ darüber am 17. März eine Rundgebung an sein Volk. — Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin verlobte sich mit Prinzessin Alexandra, der Tochter des Herzogs von Cumberland.

In der Presse erfolgten Angriffe auf den deutschen Botschafter in Washington, weil er, der mit einer Amerikanerin verheiratet war, auch gesagt habe, Amerikas Interessen seien auch die seinen und er habe beiden Ländern zu dienen.

Das Südpolarerschiff „Gauß“ kehrte von der antarktischen Expedition zurück. Der Führer, Professor v. Drygalski, wurde vom Prinzen Heinrich und den Kieler Behörden am 25. November empfangen.

Der heute mit Recht so berühmte Paul v. Beneckendorff und v. Hindenburg wurde als Generalleutnant Befehlshaber des preussischen vierten

Armeekorps. Sein Bild aus dieser Zeit bringt die „Illustrierte Zeitung“ 5. Februar.

Die Burentaktik veranlaßte die europäischen Militärstaaten zu einer Revision ihrer Taktik (Allg. Ztg., 25. Aug.).

Die Schnellbahnversuche Marienfelde—Zossen erreichten 201 Kilometer in der Stunde.

Die Köln-Düsseldorfer Rhein-Dampfschiffahrts-Gesellschaft feierte ihr fünfzigjähriges Jubiläum.

Hist.-  
polit.  
Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter“ bezeichnen den Katholizismus als „Ausgleich aller Gegensätze“ (131, 14). Sie besprechen Grisars „Geschichte Roms und der Päpste im Mittelalter“. A. M. Weiß plant ein apologetisches Institut. Nach Werner Sombarts Buch über den modernen Kapitalismus ergibt sich dessen Entwicklung aus dem Protestantismus, der alle Hemmungen des Gelderwerbs aufhob. Bei Besprechung von Ottomar Lorenz' Buch über „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs“ wird bedauert, daß der österreichische Autor, der seine Befreiung aus einem schweren Strafprozeß der Nachsicht der Regierung verdankte, sich so ärgerlich über Österreich ausspricht. Ein Benediktiner widerlegt die Behauptung der „Renaissance“, daß die Orden an dem prozentualen Rückgang der Katholiken Schuld seien. Der katholische Presseverein für Bayern wird empfohlen. Das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland wird als Streit um die Weltherrschaft betrachtet. Eduard Mörike wird nach seinen beiden Biographen Harry Mayne und R. Fischer gewürdigt. „Religionsreformen und Reformreligionen der neuesten Zeit“ werden besprochen nach neuen Erscheinungen: Ulrich-Gutten-Bund, Giordano-Bruno-Bund, Heidenbund, Humanistische Gemeinde, Der Heide, Der Scherer, Der Luzifer, Der Hammer, Der Brand, Das freie Wort, Es werde Licht, Ethische Kultur, Der Eigene, Das Menschentum, Die freien Glocken, Nationalist Review, Agnostic Annual; Fischer, Die modernen Ersatzversuche für das ausgegebene Christentum (1903). Johann Ranftl referiert über den Kunsthistorischen Kongreß in Innsbruck. Nationale Kämpfe in Frankreich mit Bretonen und Flandern treten hervor, wobei vor Gericht Dolmetscher zugezogen werden mußten. Das Buch über „Christus“ von Hermann Schell in der Weltgeschichte in Charakterbildern erregt Befremden wegen der „pelagianischen“ Denkweise (316). Vor Auseinandercharakterisierung erkennt man seinen Jesus kaum mehr. — Als Ersatzreligion macht sich der Buddhismus breit und die Theosophie, seit G. P. Blavatskis „Secret Doctrine“, die marktschreierisch als die Bibel des kommenden Jahrhunderts angepriesen wurde. Der Okkultismus wird in der „Sphinx“ gepredigt, mit Hypnotismus, Suggestion, Spiritismus, Magnetismus, schwarzer und weißer Magie, Nekromantie, Divination, Wahrsagerei, Astrologie, Alchymie, Theurgie, Telepathie. Dafür arbeiteten R. Riefewetter und R. Du Prel. Das führt zum Dämonismus, Satanismus, zur Verherrlichung der Sünde wie in den Novellen der Miß Marie Corelli. Man greift zum Islam. Das Antichristentum tritt so offen hervor, daß in der nichtkatholischen Theologie die Schriften, die die Gottheit Christi leugnen, in der Mehrheit sind. „Es möchte schwer sein, heute noch in Deutschland zehn akatholische Theologen von Namen zu finden, die nicht offen Christus der Gottheit entkleiden“ (336). „Da war es keine so große Mannesstat, wenn der unselige Nießsche dem Herrn seinen Antichrist entgegenstellte und mit grimmigem Hohn auf die Wahr-

heit, dieses alte Weib, rief: Nichts ist wahr! Alles ist erlaubt. Gott ist tot. Das Böse ist des Menschen Kraft. Das Böse ist nötig zu des Übermenschen Besten.“ „Ein solches Antichristentum ist nicht einmal so ungeheuer wie die Abschiedspredigt des Dompredigers Moriz Schwalb in Bremen, in der er, auf einer christlichen Kanzel, sagte: An Christi Gottheit glaube ich nicht. Sollte es wirklich ein Jenseits geben und sollte ich dort einmal Jesu begegnen, so werde ich ihm ohne Verlegenheit ins Gesicht schauen, und wenn ich nicht das Glück haben sollte, von ihm wohlgefällig angeblickt zu werden, so würde ich nicht mich, sondern ihn bedauern.“ — Wichtig sind die Reiseeindrücke eines protestantischen Predigers über die Los-von-Rom-Bewegung in Österreich (343 ff.). — Ansgar Pöhlmann bespricht katholische Landschaftsdichtung (August Lieber, R. Stieber, Greif). „Solange wir solche Anschauungskünstler besitzen, Greif, Eichert, Witkop, Lieber, ist uns nicht unklar, wo wir Reform mancher Übelstände unserer Poesie finden können. Eine Revolution der Lyrik haben wir vorläufig noch nicht nötig.“ — Hans Rost bespricht die „Gesellschaft für soziale Reform“, der sich auch der Volksverein für das katholische Deutschland angliedert. — J. B. Seidenberger zieht Grundlinien idealer Weltanschauung aus Otto Willmanns Geschichte des Idealismus und seiner Didaktik zusammen. — Als Vertreter von Reformreligionen erscheinen nach Sabatier, Rofegger, Julius Baumann mit der realwissenschaftlichen Religion, Mrs. Eddy mit der Christian Science und dem Gesundbeten, die Verehrer des „Wesens des Christentum“, die Lichtfreunde, Freien Gemeinden, Freireligiösen Vereinigungen, Freiprotestanten, Freikatholiken, in Italien die vom Erzbarnabiten Savazzi, dem Hofkaplan Garibaldi, gegründete Freie italienische Kirche, in England das „Amateur-Christentum“, W. L. Steads „Civic Church“, das dogmenlose Evangelium Christi, die Freidenkerei, der Jupiterkult, Odinsdienst, Fiskult, H. Driesmanns mit seinem Geschlechtsdienst, den er im Buch „Plastische Kraft“ verkündet, und andere Propheten der „Sexualreligion“. Die Religionen der Diesseitigkeit oder des Kosmismus, des Säkularismus lehnen alle Jenseitigkeit ab; Deismus, Freimaurerei, natürliche Religion, Positivismus, Egoismus, Geniekult, Heroenverehrung, Herrenreligion (Meyer-Bensen), Altruismus (Herbert Spencer), Religion des literarischen Menschen (Richard Le Gallienne), Religion der Tagesansicht (Fechner), Optimismus (nach Bentham, Emerson, Duboc), Pessimismus, Evolutionismus, Progressismus (nach Condorcet, P. Veroux, Czobel), Absolute Religionsphilosophie von Krause, Relativismus (Comte), Religion des Geistes (Melchior Meyr und Ed. Hartmann), Materialismus (Haeckel usw.), Republik Gottes (Mulsford), Religion des Gewissens (Wernicke), der Autonomie, Gewissensfreiheit, Gewissenslosigkeit, des rechtschaffenen Handelns, der nützlichen Arbeit, der Freien Natur. Jean Finot begrüßt in seiner Revue das Jahr 1903 mit einer Religion des Mordmordes. Aber noch kommt dazu die Überreligion, die neue deutsche Reichsreligion, festzustellen durch Abstimmung der Professoren. Dann das allgemeine Religionsparlament in Chicago, das Einige Christentum von Egidy, worin die ethische Bewegung, das dogmenlose Christentum und der Antisemitismus verschmolzen werden. Endlich die Irreligion, die Guyau 1887 als die Religion der Zukunft ankündigte. — Aus den Gedichten des Königs Johann von Sachsen wird der Vers herausgehoben: „Der Tod ist leicht, seitdem ein Gott ihn litt und als ein Mensch der Kämpfe



letzten tritt.“ — Ansgar Pöhlmann spricht noch einmal über Rosegger, über den er vor kurzem eine Broschüre herausgab „Rosegger und sein Glaube“. Sowohl der Reformprotestantismus wie der Reformkatholizismus erfährt eingehende Kritik; die Ansichten von Schell, Josef Müller (Renaissance), Gautin, „Das 20. Jahrhundert“, werden eingehend besprochen. Ferner die Biographie Chateaubriands von Charlotte Lady Glennerhaffet (1903), das Lebensbild des Herzogs von Reichstadt von Ed. Wertheimer (1902). — Die Bedeutung des (katholischen) englischen Kollegs in Lissabon wird gewürdigt. Zum Reformkatholizismus gehört auch der „KonzeSSIONismus“. Der sogenannte „Amerikanismus“ spricht den passiven Tugenden der Demut, Geduld, Sanftmut den Wert für unsere Zeit ab und läßt nur die aktiven Tugenden, die persönliche Selbständigkeit, die kräftige Hervorhebung der eigenen Persönlichkeit gelten. Wir leben in der Luft des „Modernismus“, des „Säkularismus“ (815). — H. Grauer berichtet über Sardous Sensationsdrama „Dante“ (881).

Im Anschluß an König Edwards politische Reisen wird im 132. Band der „Historisch-politischen Blätter“ die europäische Bündnisfrage betrachtet. Die Tabelle über die Reichstagswahlen (S. 129) zeigt, daß die Zentrumsvertreter seit 1871 von 58 auf 100, die Sozialdemokraten von 1 auf 81 gestiegen sind, während Welsen (7—6) und Polen (14—16) ziemlich gleich blieben, die Elsässer etwas zurückgingen (von 15 auf 11); die Konservativen sanken von 92 auf 71, die Liberalen gar von 197 auf 84, seit 1887 kamen die Antisemiten hinzu (nun 11), seit 1893 agrarische Gruppen (nun 7). Das Ergebnis war also die Ablösung des Liberalismus durch die Sozialdemokratie. — Wackernell schrieb über Beda Weber; R. Wasserrab über „Soziale Frage, Sozialpolitik und Karität“. — Onno Klopp erhält einen würdigen Nekrolog. — F. K. Kiesel schrieb über den „Friedensplan des Leibniz zur Wiedervereinigung der getrennten christlichen Kirchen“ (1903). — Der Tschechenführer Rieger wird charakterisiert. — Granderaths Geschichte des Vatikanischen Konzils wird besprochen. Die protestantische Rückständigkeit gegenüber katholischen Dingen wird festgestellt. — Herders Bedeutung für unsere Zeit wird zu seinem hundertsten Todestag hervorgehoben.

Pellegrino schreibt in der „Allgemeinen Zeitung“ 3. Februar im krausischen Stil über die religiöse und politische Bilanz des französischen Klerikalismus. — Ein Austriacus nahm sich in der „Allgemeinen Zeitung“ 6. Februar des „Beremundus-Muth“ an, in einem Artikel, „Katholische Kritik“, der die „Inferiorität der katholischen Literatur“ berührt. — Bei Gelegenheit von Odilo Rottmanners „Predigten und Ansprachen“ spricht die „Allgemeine Zeitung“ 20. Februar über „Zeitgemäßen Katholizismus“. Denn „nicht alles Alte war gut, nicht alles Neue ist schlimm“. — Pellegrino schrieb einen „Begleiter zum Konklave“ (Allg. Ztg., 2. März). Mit dem Oktober begann die neue von Karl Muth herausgegebene Monatschrift „Hochland“, auf katholischer Grundlage, aber frei von engem Konfessionalismus; auch sollten andersgläubige Mitarbeiter nicht ausgeschlossen sein, sofern sie sich der allgemeinen Tendenz des Unternehmens einfügten. Die „Allgemeine Zeitung“ begrüßte (15. Okt.) dieses „erfreuliche Programm, von dem man nur wünschen kann, daß es auch in den breiten Schichten der dieser Richtung nahestehenden Tagespresse Befolgung fände“. — Eine andere neue Erscheinung war Ansgar Pöhlmanns Monatschrift „Gottesminne“.

In seinem zweiten Vortrag über „Babel und Bibel“ setzte Fr. Delitzsch wieder die Bibel gegen Babel in skandalöser und einseitiger Weise herab und sprach dem alten Testament jedes religiöse Verdienst ab (Allg. Ztg., 15. Aug.). — Harnack äußerte sich in den Preussischen Jahrbüchern (März) über den Fall Bibel-Babel und lavierte zwischen Delitzsch und dem Kaiserbrief. — Im „Türmer-Jahrbuch“ schrieb Hermann Schell über die diametralen Gegensätze zwischen Bibel und Babel oder Jahwe und Marduk. — Objektiver als Delitzsch schilderte R. Bezold „Ninive und Babylon“ in den „Monographien zur Weltgeschichte“. — Hugo Winkler, Herausgeber des Hammurabi, schrieb über „Abraham als Babylonier, Josef als Ägypter“.

Man interessierte sich für den hellenischen, bartlosen Christustypus (Allg. Ztg., 19. Jan.) — Friedrich Rippold behandelte „Das neue Christuslied des 19. Jahrhunderts“. — Kalthofer („Christusproblem, Grundlinien zu einer Sozialtheologie“) wollte nachweisen, daß Jesus nicht gelebt habe, sondern eine erdichtete Figur sei wie Daniel. Dafür war ihm das Urchristentum nichts weiter als der einfache rechtmäßige Anfang der katholischen Kirche (Allg. Ztg., 11. Dez.). — Bezeichnend war das in dritter Auflage erscheinende Buch „Von der Renaissance bis zu Jesus. Bekenntnisse eines modernen Studenten“. — Heinrich Weinel schrieb über „Jesus im 19. Jahrhundert“.

H. Höffding wies in seiner „Religionsphilosophie“ die Religion als notwendiges Mittel zur Erhaltung der Werte nach. — H. Rinn und Jüngst gaben ein „Kirchengeschichtliches Lesebuch“ heraus. — Adolf Franz schrieb über „Die Messe im deutschen Mittelalter“. — Eugen G. Schmitt schrieb über „Die Gnosis“. — Hermann Büttner erneuerte den Mystiker „Meister Eckhart“. — G. Ellinger schrieb nicht ganz zutreffend über „Mystik des Angelus Silesius“ (Allg. Ztg.).

Franz Raim, der Begründer des Raimorchesters, gab ein Festspiel heraus „Der Messias“, ein schlicht evangelisches Bild Jesu, der selbst niemals redet und nur wenige Male auf der Bühne erscheint.

Franz Görres berichtete über neue Forschungen zur geistigen Entwicklung von Josef Görres (Allg. Ztg., 24. Sept.). — Gideon Spicker machte den „Versuch eines neuen Gottesbegriffs“, der alle Auffassungen vereinigen sollte.

R. Müller schrieb über religiöse Toleranz (Allg. Ztg., 2. Jan. f.) und zeigte, wie diese erst aufkam, als der brandenburgische Kurfürst Johann Sigismund vom 1614 vom lutherischen Bekenntnis zum reformierten übergang, der jülich-cleveschen Erbsache wegen, eine unerhörte Tat, da damals diese beiden Bekenntnisse sich feindseliger gegenüberstanden, als beide dem Katholizismus. Der Kurfürst konnte aber seine Länder nicht auch zum Übertritt zwingen, er mußte das Luthertum tolerieren und froh sein, wenn es ihn tolerierte nach all seiner lutherischen Vergangenheit.

Alma v. Hartmann schrieb „Zurück zum Idealismus“. — H. Driesch „Die Seele als elementarer Naturfaktor, Studien über die Bewegungen der Organismen“ galt als ein Vorstoß des Vitalismus. — Ricarda Huch schrieb nun auch über „Ausbreitung und Verfall der Romantik“, ohne allen Erscheinungen ganz gerecht zu werden. — Richard Hönigswald schrieb „Zur Kritik der Machschen Philosophie“. Er warf dem sehr überschätzten Analytiker vor, daß ihm ganz die Spontaneität des Subjekts fehle, die Kant gelehrt hat. — Paul Natorp gab als Einführung in den Idealismus „Platos Ideenlehre“.

Willy Pastor erklärte in seiner „Lebensgeschichte der Erde“ diese in Fortführung von Fehners Ideen für ein lebendes Wesen. Es war eine Streitschrift gegen den Darwinismus. Die Erde ist die lebende Mutter ihrer Kinder. — R. Escherich schrieb über die Entstehung des Bienenstaats (Allg. Ztg., 1. Aug.). — G. v. Below sprach vom „kurzen Leben einer sogenannten Theorie“, nämlich von der vorschnellen Annahme eines kommunistischen Ureigentums (Allg. Ztg., 15. Jan.). — Rudolf Goldscheid gab die sozialpolitische Untersuchung „Zur Ethik des Gesamtwillens“. — B. L. Witries suchte Mechanismus und Vitalismus zu vereinigen: „In bezug auf die Verursachung behält der Mechanismus recht, dagegen ist in Betreff der Reaktionsweise die vitalistische Anschauung die richtige (Allg. Ztg., 22. Nov.).“

Lamprecht.

Karl Lamprecht schilderte die Periode der Reizsamkeit im Ergänzungsband zu seiner Deutschen Geschichte „Zur jüngsten Vergangenheit“. Er bezeichnete Wilhelm II. als den Typus der neuesten idealistischen Reizsamkeit gegenüber Bismarck als dem Vertreter der naturalistischen Phase dieser Reizsamkeit. Bismarck war Impressionist ohne Rücksicht auf Söhne und Enkel. Aber Wilhelm II. hat im Sinn der auf weite Ziele gerichteten Weltpolitik an Stelle der Machtpolitik in seinem neuen Staatsideal der größten lebendigen Institution geistiger Gebundenheit, der katholischen Kirche, eine neue Stelle angewiesen.

Helmoltz Weltgeschichte kam zum Band „Asien“ und zum Band „Afrika“. — Dietrich Schäfer schrieb eine kleine Kolonialgeschichte für die Sammlung Götschen. — Paul Dehn stellte Aussprüche Bismarcks zusammen im Buche „Bismarck als Erzieher“. H. v. Poschinger schrieb über „Bismarck und seine Hamburger Freunde“. — H. v. Poschinger gab neue Briefe und Unterredungen Bismarcks heraus unter dem Titel „Bausteine zur Bismarckpyramide“. — Für Bismarcks Kenntnis waren die Bücher über den Grafen Alex. Keyserling, seinen ältesten und intimsten Freund, von seiner Tochter Helene v. Taube wichtig. — Johann Benzler gab „Graf Bülow's Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik“ heraus.

Harnack pries Th. Mommsen in seiner Trauerrede nach theologischer Einleitung als den Historiker, der auch alle Hilfswissenschaften der Historie beherrschte. In seiner politischen Haltung habe er sich freilich manchmal in den Mitteln vergriffen. Bei Mommsens Tode wurde auch seiner Jugendgedichte gedacht, die er mit seinem Bruder Tycho und Th. Storm vor sechszig Jahren herausgab. Darin sagte er zum Schluß: „Es ist uns etwas Abermut im Leben noch geblieben, den haben wir fürs Publikum in Versen aufgeschrieben. Fürs Handwerk ist es freilich nicht, noch für die Abgemuckten, dem jungen Volk zu Liebe ist's, daß wir sie alle druckten.“ Einem Widmungsexemplar seiner Römischen Geschichte hatte Mommsen folgendes Gedicht an den amerikanischen Geschichtschreiber Bancroft eingeschrieben: „Wir sind vom selben Schlage, uns hebt dieselbe Flut; ihr braucht die alte Sage, wir brauchen frisches Blut. Des einen Volkes Gründung das war, das bleibt uns Rom, Vertiefung und Verbindung baut jetzt am Völkerdom. So klingt hier die Parole, sie klingt auch drüben wohl, vom alten Kapitol zum neuen Kapitol.“



Adolf Damaschkes „Bodenreform“ erschien in zweiter Auflage; sie sollte Grundsätzliches und Geschichtliches bringen zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not. — Hedwig Dohm schrieb gegen „Die Antiseministen“. Von W. Jerusalem's „Einleitung in die Philosophie“ erschien die zweite Auflage. — Ludwig Salomon schrieb die „Geschichte des deutschen Zeitungs-wesens“. — Das „Biographische Jahrbuch und deutscher Nekrolog“ von A. Bettelheim (seit 1896) wurde nach einer längeren Stockung wieder fortgesetzt. — G. Hoffmann und Ernst Groth schrieben eine „Deutsche Bürgerkunde“. — Th. Schiemann fasste seine Artikel in der „Kreuzzeitung“ unter dem Titel „Deutschland und die große Politik 1901“ zusammen. So auch für das folgende Jahr.

Bei der Fortsetzung des deutschen Wörterbuchs wiederholte man die von J. Grimm dem 1. Band vor fünfzig Jahren mitgegebene Einladung: „Deutsche, geliebte Landsleute, welches Reichs, welches Glaubens ihr seiet, tretet ein in die euch allen aufgetane Halle eurer angestammten uralten Sprache, lernet und heiligt sie und haltet an ihr, eure Volkskraft und Dauer hängt von ihr.“

Ernst Wachler gab die „Iduna, Weimarisches Taschenbuch auf 1903“ heraus, worin auch ich neben Wienhard, Sohrren, Bartels, Falke, Hans v. Wohlzogen und anderen vertreten war. Wachler plante die Naturbühne.

Hans Prutz suchte in seiner „Preussischen Geschichte“ die „prophetische“ Methode zu vermeiden, die seit Ranke bereits alle Entwicklung der Gegenwart in der Vergangenheit vorausnimmt. — Th. Frh. von der Goltz schrieb die Geschichte der deutschen Landwirtschaft. — Rich. Wrede, Leiter der Journalisten-Hochschule in Berlin, schrieb ein Handbuch der Journalistik. — Morris Rosenfeld gab „Lieder des Ghetto“ heraus, überlegt von B. Feilvel, illustriert von E. M. Lilien. — Rob. Saittschid schrieb über „Menschen und Kunst der italienischen Renaissance“ — Expeditus Schmidt gab die gekrönte Preisschrift über „Die Bühnenverhältnisse des deutschen Schul-dramas und seiner volkstümlichen Ableger im 16. Jahrhundert“ heraus. Der verdienstvolle Anfang ist später leider ganz in Polemik und endlich in Schweigen untergegangen. — Über eine Hussfeier in Prag schreiben die „Historisch-politischen Blätter“ 132, 217. W. Beckys irische Charakterbilder erschienen in neuer Auflage (Hist.-pol. Blätter, 132, 782).

Über die China-Expedition erschienen Werke von Tanera, Binder-Krieglstein, Winterhalder u. a. (Allg. Ztg., 12. Aug.).

Als Teil der historisch-kritischen Hebbel-Ausgabe von Richard M. Werner erschienen nun auch die vollständigen Tagebücher des Dichters. — Dankbar für auch mir erwiesene Güte gedenke ich der zu Rom verstorbenen „Idealistin“ Malvida v. Meysenbug, berühmt durch ihre Memoiren.

Gerhart Hauptmanns neues Drama „Rose Bernd“ war von abstoßendstem Zynismus. — Sudermanns Schauspiel „Sokrates, der Sturmgeseß“ spielte im Revolutionsjahr 1848. — Frank Wedekinds „Erdegeist“ wurde auf dem Intimen-Theater in Nürnberg aufgeführt. — F. A. Beyerleins militärischer Roman „Fena oder Sedan?“ warf ein banges Problem auf. — „Briefe, die ihn nicht erreichten“ wurde ein Modebuch.

Richard Wutther schrieb die „Geschichte der englischen Malerei“. — Alex. Heilmeyer schrieb die Kunstmonographie über Adolf Hildebrand. — Die neue Kunstentwicklung erhielt eine gesunde Anregung durch die Heimatkunst

Literatur.

Wachler.

Heimatkunst.

(Jll. Ztg., 12. März). — Der Maler und Kunstschriftsteller Friedrich Becht starb in München; ich lernte den Mann persönlich schätzen.

Zur Erinnerung an den hundertsten Geburtstag Ludwig Richters modellierte Paul Sturm eine Medaille (Jll. Ztg., 1. Okt.). — Es erschien auch das Buch von David Koch: „Ludwig Richter, ein Künstler für das deutsche Volk“.

Plastik. G. Eberlein modellierte die Gruppe „Ein Kulturideal“. Deutschland fordert Frankreich auf, mit ihm vereint zu dem hohen Ziele der Menschheit weiterzuschreiten (Jll. Ztg., 12. Febr.). — Für das neue Herrenhaus in Berlin schuf Runo v. Uechtriz die Gruppe „Die Krone als Hort des Friedens“ (26 Febr.). — Sehr wohlthuend sind die plastischen Darstellungen des Einheitsdenkmals in Frankfurt a. M. von Hugo Kaufmann (Jll. Ztg., 15. Okt.). — Runo v. Uechtriz schuf auch die treffliche St.-Hubertus-Gruppe für den Berliner Tiergarten (Jll. Ztg., 9. Juli). — Heinr. Wefing bildete das Witteskind-Denkmal für Enger in Westfalen (Jll. Ztg., 16. Juli). — Ein Herkules-Brunnen von Otto Lessing wurde auf dem Lützowplatz in Berlin errichtet (Jll. Ztg., 8. Okt.). — Die von Otto Lessing für Weimar modellierte Shakespeare-Statue (Jll. Ztg., 25. Juni) schien allen Überlieferungen zu widersprechen. — Sehr hübsch ist das von Julius Seiz modellierte Grabdenkmal für Franz K. Kraus in Freiburg: ein junger Diakon in antikem Gewande nähert sich dem Sarkophag (mit Reliefbild) und gießt Öl in eine Lampe (Jll. Ztg., 17. Dez.).

Ferd. Lepke modellierte eine Sündflutscene für den Bromberger Monumentalbrunnen (Jll. Ztg., 25. Juni). G. Meyer Steglitz schuf ein Gneisenau-Nettelbeck-Denkmal für Kolberg (Jll. Ztg., 25. Juni). — A. Fremd modellierte das Denkmal des Grafen Eberhard im Bart auf der Neckarbrücke in Tübingen (Jll. Ztg., 18. Juni). — Adolf Hildebrand schuf für die Münchener Grabstätte das Relief des Dichters W. Herz. — Von Alb. Rüppers ist das Simrock-Denkmal in Bonn. Eine gepanzerte germanische Frauengestalt reicht dem Hermenbild den Lorbeer (Jll. Ztg., 30. Juli). — Max Klein modellierte einen sitzenden Nießsche im tiefsten Wahnsinn versunken (Jll. Ztg., 26. Nov.). — Ein angemessenes Denkmal für Franz Liszt schuf Adolf Fremd in Stuttgart (Jll. Ztg., 29. Okt.). — Die Kolossalstatue R. Wagners von G. Eberlein siehe „Illustrierte Zeitung“ 1. Oktober; dazu auch die unmonumentalen Nebenfiguren. — Fritz Schaper bildete ein Robert-Franz-Denkmal für Halle (Jll. Ztg., 2. Juli). — Walter Schott modellierte Statuetten der Tänzerin Isadora Duncan (Jll. Ztg., 26. Febr.). — Das Kneippdenkmal für Wörishofen war von Georg Albertshofer (Jll. Ztg., 6. Aug.). — Gottlieb Elster modellierte ein Denkmal des jungen Friedrich d. Gr. für Rheinsberg (Jll. Ztg., 8. Okt.).

Die vor dem Brandenburger Tor enthüllten Denkmäler für Kaiser und Kaiserin Friedrich zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 22. Oktober. — Köln erhielt ein Kaiserin-Augusta-Denkmal von Dorrenbach und Stockmann. — Ferd. v. Miller modellierte das Denkmal des Prinzregenten für Würzburg in einem Halbrund. Das biedere Frundsberg-Denkmal in Mindelheim wurde von Jaf. Bradl modelliert (Jll. Ztg., 23. Juli). — Das bewegte Reiterdenkmal Kaiser Wilhelms I. zu Danzig mit schönen Beisfiguren war von Eugen Boermel. — Für den Prinzregenten Luitpold wurde ein schönes Brunnendenkmal in Augsburg enthüllt, modelliert von Franz Bernauer (Jll. Ztg., 19. März). — Hans Hundrieser stellte in Lübeck einen militärischen Bismarck auf (Jll. Ztg., 3. Sept.). — Juckoff schuf einen König Heinrich für Merseburg (Jll. Ztg., 3. Sept.). — Aug. Sommer modellierte die Statue des

Herzogs Ernst II. von Koburg-Gotha für Richardsbrunn (All. Ztg., 5. Febr.). — Ein Noan von Magnussen und ein Moltke von Uphues wurden auf dem Königsplatz in Berlin aufgestellt (All. Ztg., 10. Sept.). — Die Hermenbüsten von Bismarck und Moltke für das deutsche Reichstagsgebäude waren von W. v. Ruemann (All. Ztg., 23. April).

In Dresden wurde ein Bismarck von Rob. Diez enthüllt (All. Ztg., 3. Sept.). — Und nochmals ein Bismarck-Denkmal von Oberlein für Posen (All. Ztg., 22. Okt.). — Vor ähnlichen Bismarcksäulen hob sich die zu Köln hervor von Arnold Hartmann: Bismarck als halber Roland wächst aus der Architektur heraus (All. Ztg., 2. Juli).

Das Mozartportal und den Nibelungenfries der neuen Festhalle in Mannheim in modernster Stimmung zeigt „Illustrierte Zeitung“ 9. und 16. April. — In Darmstadt wurde ein zierlicher Goethetempel enthüllt (All. Ztg., 9. Juli). — Bedeutend war die neue Pauluskirche in Halle (All. Ztg., 27. Aug.) in massiver Gruppierung. Das 1897 begonnene Melanchthon-Gedenkhaus in Bretten war nun vollendet (All. Ztg., 22. Okt.).

Die mythologischen Bilder zur Rubezahlfrage in der Sagenhalle zu Schreiberhau von Herm. Hendrich gibt in Farben die „Illustrierte Zeitung“ 4. Juni. — Peter Janssen schuf historische Wandgemälde für die Aula der Universität Marburg (All. Ztg., 26. Nov.). — Das Deckengemälde des Sitzungssaales des Bundesrats im Berliner Reichstagsgebäude von Raffael Schuster-Waldau (All. Ztg., 15. Jan.) entsprach kaum dem Zweck. — W. Spohr gab die eigentümlichen Zeichnungen von Fidus (Hugo Höppener) heraus. Sehr originell ist sein Beethoven (All. Ztg., 23. April).

Die „Illustrierte Zeitung“ gab eine Hans-Thoma-Nummer (17. Sept.) und eine Liebermann-Nummer (1. Jan.). — Wenn man Uhdes „Christi Himmelfahrt“ sieht, kann man nur ausrufen: So kann es sicher nicht gewesen sein! So naturalistisch ist es widersinnig. Fritz v. Uhde malte den Abschied des jungen Tobias, ohne dem Beschauer eine Ahnung zu geben, daß es sich denn doch um etwas mehr als ein Genrebild handle (All. Ztg., 22. Okt.). — Walter Friele malte ein sehr naturalistisches Triptychon „Das Vaterunser“ (All. Ztg., 16. April).

Hans Thoma behandelte die Frage: „Sind Akademien für die Entwicklung der Kunst notwendig und nützlich oder schädlich?“ (Allg. Ztg., 9. April). — Zur Erinnerung an das fünfhundertjährige Geburtsfest Gutenbergs gab nachträglich J. Baensch-Drugulin „Marksteine aus der Weltliteratur in Originalschriften“ heraus.

Es wurde beklagt, daß die Verbreitung der deutschen Sprache sehr leide unter der deutschen Schrift. In der Tat ist es zu wundern, daß nicht die schöne, sogenannte Bastardschrift durchdrang, wie sie von der Deutschen Reichsdruckerei für gewisse Zwecke angewendet wurde.

Ein Ungenannter stiftete eine Summe, aus der H. St. Chamberlains Werk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ in 1150 Exemplaren verteilt wurde an Bibliotheken. Carnegie hatte für derlei Zwecke 958 Millionen Mark aufgewendet.

Eine Rundfrage für und wider die Reformkleidung (All. Ztg., 9. April f.) ergab Antworten von H. Thoma, Avenarius, M. Harden, R. Woermann, Sascha Schneider, J. Trojan, Schönthan, Heinrich Seidel („Wie bald wird die Reform vergessen! Und ist sie schön auch und ver-

Reform-  
kleid.



nünftig, die nächste Mode wird sie fressen. Wer anders glaubt, der ist nicht zünftig“). Bierbaum lobt die Anlehnung an den Empirestil. R. Dehmel lobt das „Vockerkleid“ oder die „Eigentracht“. Bertha v. Suttner schrieb: „Das Korsett ist eine Dual; die Schleppe ist eine Dual; die Knechtschaft der Mode ist eine Dual; aber ich habe immer Nieder getragen und werde es beibehalten.“ Max Grube: „Über der Tracht Reform ließe sich ganz enorm Richtiges sagen: daß sie durchaus gesund weiblicher Leber und weiblichem Magen. Daß sie ästhetisch sei, scheint mir, ich sag' es frei, unwidersprechlich; wie sich mein Urteil stellt, ist doch der Damenwelt ganz nebensächlich. Dies ist mein Axiom: stiegen vom Himmelsdom Engel hernieder, stürmten im Sphärenrand gegen den Höllenzwang Schnürbrust und Nieder; doch wenn's die Mode will, flögen sie wieder still ins Paradies ein. Schön ist's in Himmels höh'n, aber was wirklich schön, muß aus Paris sein.“ Die Modelle „Illustrierte Zeitung“ 15. und 22. Oktober sind allerdings wenig ansprechend.

Das klassische Festspielhaus am Prinzregentenplatz in München gab meisterhafte Wagner-Festspiele. — Bilder vom Lichtensteinspiel in Hornau bringt die „Illustrierte Zeitung“ 16. Juli. — Zum 360. Gründungstage der Fürstenschule zu St. Afra in Meissen führten die Gymnasiasten „Die Perser“ des Aischylos auf (Ill. Ztg., 16. Juli).

In Weimar wurde ein Nietzsche-Museum eröffnet, ausgestattet von H. van der Velde, geschmückt durch die Büste Nietzsches von Klinger.

Bilder aus der Deutschen Städte-Ausstellung in Dresden gibt in reicher Fülle die „Illustrierte Zeitung“.

Es entwickelte sich die farbige Photographie (Photochrom-Aufnahmen) „Illustrierte Zeitung“ 10. Dezember.

Dem Erfinder des Telephons, Philipp Reis wurde zu Frankfurt ein Denkmal gesetzt (Ill. Ztg., 5. Febr.). — „Zur Entwicklungsgeschichte der Phonographie“ schrieb Th. Hartwig (Allg. Ztg., 23. März).

Die Einrichtung des internationalen Schülerbriefwechsels fand Aufnahme (Ill. Ztg., 6. Aug.). — Regelbücher für die neue Rechtschreibung erschienen in Bayern, Preußen, Sachsen, Württemberg und Österreich.

H. Nieder berichtete über die Erfolge der Bichttherapie (Allg. Ztg., 28. Sept.).

Öster-  
reich.

Über das neue Abkommen zwischen Ungarn und Österreich sagte Ministerpräsident v. Szell am 1. Jänner: „In diesem Kampf hat es einen Sieger gegeben: der Gedanke, daß zwei Staaten, die, wie Ungarn und Österreich, durch die Gemeinsamkeit des Herrschers und durch unlösliche Bande verknüpft sind, richtig handeln, wenn sie bestrebt sind, auch die wirtschaftliche Gemeinsamkeit aufrechtzuerhalten, indem sie eine billige Ausgleichung der Interessen versuchen.“ Allerdings wurden gleich darauf mehrere deutsche Blätter wegen Aufreizung gegen die magyarische Nation verurteilt, weil sie ihre Leser zur Pflege der Muttersprache aufforderten. Als im ungarischen Abgeordnetenhaus am 5. Februar die Opposition behauptete, die Wehrvorlage sei ein Erzeugnis des Ehrgeizes der Dynastie, entgegnete Graf Julius Andrássy, der Herrscher habe ja auf seine Stellung in Deutschland und Italien verzichtet. Den Gebrauch der einheitlichen deut-

sehen Armeesprache hielt er für geboten durch die Zweckmäßigkeit; das Recht der ungarischen Staatsprache werde dadurch nicht verletzt. Man könne die ungarische Staatsprache nicht auf gemeinsame Institutionen anwenden. Eine verfassungswidrige Obstruktion dagegen würde dem Parlamentarismus zum Unheil gereichen.

Der magyarische Chauvinismus rief den kroatischen hervor; die Kroaten forderten im März die Entfernung aller nichtkroatischen Straßen- und Firmenschilder.

Da das ungarische Abgeordnetenhaus infolge der Obstruktion das Budgetprovisorium nicht erledigte, trat mit 1. Mai der Erlex-Zustand ein. Daraufhin demissionierte Szell am 16. Juni und Graf Rhuen-Hedervary trat an die Spitze eines neuen Ministeriums. Er mußte der Opposition versprechen, die Militärvorlagen zurückzuziehen. Aber die Obstruktion begann wieder am 14. Juli, weil die Opposition der Entwicklung der Dinge nicht traute. Die Sprachenverordnung des Honvedministers kam den Magyaren entgegen, indem sie den Gebrauch der deutschen Sprache in der Landwehr etwas einschränkte. Es erfolgte von Seite des Grafen L. Szapary der gutgemeinte Versuch, die Obstruktion durch Bestechung zu schwächen. Der Graf mußte wohl Grund haben, auf die Wirksamkeit dieses Mittels zu vertrauen. Er hatte sich aber diesmal doch vergriffen und die Opposition erhob einen großen Skandal. Darauf trat Rhuen von der Regierung zurück (10. August). Infolge der Ministerkrisis und der parlamentarischen Lage konnte das Rekrutengesetz nicht votiert werden, daher mußten, wollte man nicht die Armee lähmen, die bisherigen Mannschaften zurückbehalten werden. Darüber große Mißstimmung unter den Sachsen, Rumänen, Slowaken, Kroaten und Serben gegen die magyarische Obstruktionspolitik.

In dieser Lage erließ der Kaiser am 16. September den berühmten Armeebefehl von Chlopy (in Galizien), worin er sich lobend über die Manöver äußerte: „Je sicherer begründet mein günstiges Urteil ist, desto mehr muß und will ich an den bestehenden und bewährten Einrichtungen festhalten. Mein Heer, dessen gediegenes Gefüge einseitige Bestrebungen zu lockern geeignet wären, möge wissen, daß ich nie der Rechte und Befugnisse mich begeben, welche dem obersten Kriegsherrn verbürgt sind. Gemeinsam und einheitlich soll mein Heer bleiben . . . durchdrungen vom Geist der Harmonie, welcher jede nationale Eigenart achtet, alle Gegensätze löst und die besonderen Vorzüge jedes Volksstammes zum Wohl des großen Ganzen verwertet.“ Da diese Entschiedenheit den Magyaronen mißfiel, wurde sie wieder am 19. September abgeschwächt: der Armeebefehl präjudiziere nicht jene im Interesse der Parität wünschenswerten Abänderungen, die Graf Rhuen in sein Programm aufnahm und die den Gegenstand von Erwägungen bilden.

Wie erwünscht in diesen Tagen der Besuch des deutschen Kaisers in Wien eintraf, drückte Kaiser Franz Josef beim Bankett am 18. September aus: „Eure Majestät sind durch Ihre Hieherkunft dem von mir

Kaiser-  
besuch.

gehegten Wünsche des Wiedersehens mit einer Bereitwilligkeit entgegengekommen, die in mir das Gefühl warmer Erkenntlichkeit wachruft und die das schon so feste Gefüge unserer gegenseitigen Beziehungen gewiß mit neu erhöhter Kraft ausstatten wird.“ Und Kaiser Wilhelm erwiderte: „Nichts konnte mir willkommener sein, als dem Wunsch Eurer Majestät entsprechend hieherzueilen, um meinen in Ehrfurcht geliebten, erhabenen Freund und Bundesgenossen zu begrüßen. Der Anblick der stolzen Regimenter war mir eine Herzensfreude, denn den Bund unserer Länder tragen und festigen unsere beiden Heere zum Wohle des Friedens in Europa.“

Franz Josef richtete am 22. September ein Schreiben an Graf Khuen mit dem Auftrag, ein neues Kabinett zu bilden; dabei verhehlte er nicht seinen Unwillen gegen jene Opposition. „Ich bin entschlossen, die mir zustehenden Rechte ungeschmälert aufrechtzuerhalten und unberührt meinen Nachfolgern zu überantworten. Als der ungarische Reichstag dieses mein Recht anerkannte, wollte er nicht nur für die Großmachstellung der Monarchie, sondern auch für die Kraft und Sicherheit seines eigenen Vaterlandes und seiner Nation Vorsorge treffen. Gerade deshalb könnte ich Verfügungen nicht zustimmen, die in ihren letzten Konsequenzen zur Schwächung der beiden Staaten der Monarchie führen und das von meinen Vorfahren übernommene Erbe der Gefahr des Niederganges aussetzen könnten. . . . Es ist daher meine Herrscherpflicht, die Nation aufmerksam zu machen, daß ich auch jetzt noch an dem Ausgleich festhalte. Es ist meine Überzeugung, daß der Geist, welcher dies Werk geschaffen, in alter Kraft in der Nation fortlebt.“

Bei der Besprechung dieser Vorgänge im Pester Abgeordnetenhaus kam es zu stürmischen Szenen und Angriffen auf den Herrscher und Graf Khuen. Der Abgeordnete Barabas, der darin das äußerste leistete, mußte sich am 29. September vor dem Haus entschuldigen: es habe ihm wie jedem Ungarn ferngelegen, die geheiligte Person des Königs absichtlich beleidigen zu wollen.

Im Lauf des Oktobers meldeten sich aus deutschen und rumänischen Bezirken Ungarns Hunderte von Rekruten freiwillig zum Dienst und wurden auch sofort eingestellt. Am 26. Oktober genehmigte der König das Programm Tiszas und betraute ihn mit der Kabinettbildung. Dies Programm regelte die Abzeichen des Heeres, bestimmte die ungarische Sprache für das Militärstrafverfahren, sorgte für Einteilung der Offiziere, für Stiftungsplätze für ungarische Aspiranten. Ausbau der Honvedbildungsanstalten, wies der magyarischen Sprache als Lehr- und Prüfungssprache einen größeren Raum ein, ordnete ungarische Korrespondenz innerhalb Ungarns an, vorbehaltlich der Rechte Kroatiens-Slawoniens. Die Frage der Kommando- und Dienstsprache sollte unberührt bleiben „aus wichtigen politischen Gründen“.

Ministerpräsident Graf Tisza mahnte am 4. November im Magnatenhaus: die ungarische Kommandosprache darf nicht unter Aufopferung der



Harmonie zwischen Krone und Nation gefordert werden. Die Herstellung normaler parlamentarischer Verhältnisse ist um so notwendiger, als wir bei einem Wendepunkt der internationalen Wirtschaftspolitik angelangt sind, der auch von seiten Ungarns eine Stellungnahme fordert. Wir dürfen nur nicht durch Störung des verfassungsmäßigen Gleichgewichts die öffentlichen Gewalten zur Untätigkeit und Ohnmacht verurteilen.

Im November und Dezember entspann sich ein rednerischer Wettkampf zwischen Tisza und Koerber diesseits und jenseits der Leitha hinüber und herüber, bemerkenswert durch das prozige Wort Tiszas (18. Nov.), die Bemerkungen Koerbers über das ungarische Staatsrecht seien dilettantische Äußerungen eines „distinguished foreigners“ (eines vornehmen Ausländers), über die er sich meritorisch nicht weiter zu äußern brauche — aber doch äußerte. Abgesehen von der lächerlichen Sucht, englischen Pseudo-parlamentarismus nachzumachen, hängt das Staatsrecht jedes Staates, der nicht auf einem eigenen Erdglobus wohnt, gar sehr davon ab, ob und inwieweit es von den andern Staaten anerkannt wird. Wenn die ungarische Auffassung des ungarischen Staatsrechts der österreichischen Auffassung desselben Staatsrechts in praktischen Dingen widersprechen sollte, so ist natürlich für den österreichischen Standpunkt die österreichische Auffassung nicht minder maßgebend wie für den ungarischen Standpunkt die ungarische, und man muß sich dann eben „ausgleichen“. Die Ungarn vergaßen manchmal, daß Österreich zu den Kosten des gemeinsamen Heeres mehr als zwei Drittel beitrug. Koerber deutete an, daß sich den Ungarn der Wortlaut der Ausgleichsgesetze im Laufe der Zeit vielfach verdunkelt habe; diese Ausgleichsgesetze bleiben aber doch für beide Teile verbindlich. „Wenn man uns zumutet, daß wir unser österreichisches Recht preisgeben, so sage ich: Niemals! Und ebenso wenig lassen wir diese Plätze hier als minderwertige hinstellen. Wenn, was Gott verhüten wolle, das Wort ‚Fremder‘ jemals in dieser Monarchie für den Angehörigen einer Reichshälfte in Geltung käme, so würde daran zu erinnern sein, daß der ungarische Ministerpräsident der Erste war, der dies Wort ausgesprochen hat“ (20. Nov.). Tisza mußte natürlich das letzte Wort haben (14. Dez.) und Koerber konnte es ihm lassen, da er ja Recht hatte und nicht nur Recht haben wollte.

Zu Ende des Jahres stellte sowohl Tisza wie der Landesverteidigungsminister Nyiri der Opposition das Verbrecherische und Törichte ihrer Obstruktionspolitik vor; das ganze Heereswesen komme in Unordnung, viele Tausende unschuldiger Familien werden durch die Notwendigkeit der Zurückhaltung der Mannschaft betroffen; dem Land erwachsen unberechenbare Schäden durch die Verzögerung der Handelsverträge.

Den ungarischen Chauvinismus, den die Magnaten mit tragischen Akzenten spielten, ahmten die Tschechen in peinlicher Weise, aber in kleinerem

Tisza  
und  
Koerber.

Stile nach. Koerber versuchte die Austragung des deutsch-tschechischen Streites durch schrittweises Vorgehen, da eine Erörterung der Prinzipien nicht zur Entscheidung führen könne. Er schlug die Teilung Böhmens in 10 Kreise vor, von denen 5 tschechisch, 3 deutsch und 2 gemischtsprachig sein sollten. Von 234 Bezirksgerichten sollten 94 deutsch, 133 tschechisch und 7 gemischtsprachig sein; von den Bezirkshauptmannschaften 58 tschechisch, 40 deutsch, 6 gemischt. Aber die Tschechen lehnten das ab. Sie mußten übrigens am 17. Jänner nach 54stündiger Sitzung die Obstruktion einstellen. Die Verfassungskonferenzen, die am 3. begonnen hatten, wurden am 20. Jänner abgebrochen.

Es wurde die Frage des zweijährigen Dienstes besprochen, ebenso die der Konvertierung der Staatsschuld, nicht minder die Duellfrage im Heere gegenüber der Antiduell-Liga.

Man fand, daß bei Anterverteilungen in Böhmen die Deutschen zu kurz kämen; von 24.721 staatlichen Angestellten waren 18.054 Tschechen und bloß 5305 deutsche; bei 1347 konnte die Nationalität nicht sichergestellt werden. Nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl gebührte den Deutschen fast das Doppelte der bisherigen Zahl.

An der Innsbrucker Universität kam es bei der Antrittsvorlesung eines italienischen Dozenten am 16. Mai zu Schlägereien. Die Italiener verlangten eine besondere italienische Universität in Triest.

Die deutschen Parteien schlossen sich am 24. Juni zur Wahrung nationaler Interessen zusammen: die deutsche Fortschrittspartei, die deutsche Volkspartei, der verfassungstreue Großgrundbesitz und die Christlichsozialen. Die Versammlung wählte einen Viererausschuß: Baernreither, Derschatta, Groß, Lueger. Die Alldutschen hielten sich aus Feindschaft gegen die Christlichsozialen fern und wollten nur von Fall zu Fall beitreten.

Wegen der Selbstlahmlegung des Parlaments mußte das Budgetprovisorium am 30. Juni wieder nach § 14 durch kaiserliche Verordnung dekretiert werden. Auch die Quote zu den gemeinsamen Ausgaben wurde auf ein neues Jahr hinaus nach dem bestehenden Schlüssel fortgesetzt. Die angebotene Demission Koerbers nahm der Kaiser nicht an.

Über die Sonderstellung Galiziens wurde immer wieder gesprochen. Das wäre den Tschechen gefährlich gewesen; darum reiste Klossac nach Pest, um Beziehungen zur ungarischen Opposition zu suchen; die Alldutschen erklärten sich, getreu dem „Linzner Programm“, für die Personalunion.

Im Oktober machten die Deutschen den böhmischen Landtag durch ihre Obstruktion arbeitsunfähig, um auf diese Weise die Tschechen zu zwingen, ihre Obstruktion im Reichsrat aufzugeben. Den galizischen Landtag verließen die unzufriedenen Ruthenen.

Tsche-  
chen.

Die verschiedenen tschechischen Parteien beschloßen am 8. November ein gemeinsames staatsrechtliches Programm: Föderalismus, eine zweite tschechische Universität in Mähren, Zugeständnisse im schlesischen Schulwesen, tschechische Volksschulen in Niederösterreich mit Öffentlichkeitsrecht, Einheit aller Länder der böhmischen Krone (Böhmen, Mähren, Schlesien)

und ihre Unteilbarkeit in politischer, nationaler und kirchlicher Hinsicht, Abweisung des politischen oder wirtschaftlichen Anschlusses Österreichs an das deutsche Reich, tschechische Regimentsprache, tschechische Sprache im militärischen Unterricht, im Verkehr mit Militärbehörden usw.

Beim Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, 9. November Wien, überwogen die Revisionisten gegen die Radikalen. Die staatsrechtliche Gemeinschaft mit Ungarn wurde bekämpft.

Es wurde in deutschen Kreisen über das Überwiegen der Slawen im Klerus geklagt, da zu wenig Deutsche Theologie studierten.

Rueger sprach im Niederösterreichischen Landtag gegen die Vivisektion (Oktober).

Der ausgezeichnete Historiker Otto Kopp, ein Konvertit, wurde von uns zu Grabe getragen.

Die Interparlamentarische Union für internationale Schiedsgerichte hatte bisher in Paris 1889, London 1890, Rom 1891, Bern 1892, im Haag 1894, in Brüssel 1895, Pest 1896, Brüssel 1897, Christiania 1899, Paris 1900 getagt. Es bestanden 19 Gruppen: im Deutschen Reich, in Österreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika. Der Unionkongreß nahm zuerst zu Rom 1891 einen offiziellen Charakter an, wo er feierlich von der Regierung begrüßt wurde. Allerdings rief der Irredentist Imbriani eine Störung hervor, wurde aber vom Österreicher Freiherrn v. Birquet zurechtgewiesen mit den Worten: *Lasciate ogni speranza!* Die Haager Friedenskonferenz 1899 verwirklichte ein Ziel der Union; denn der Schiedsgerichtsgedanke wurde auf dem Haager Kongreß 1894 zum erstenmal formuliert. Das Haager Schiedsgericht trat nur dann in Funktion, wenn es den Regierungen beliebte, es anzurufen; es fehlte der Rechtszwang. Bisher hatte nur die amerikanische Regierung diese Entscheidung angerufen, andere Staaten hatten wohl in ihren Verträgen die Klausel angebracht, sich dem Haager Schiedsspruch zu unterwerfen. Nun suchte also die Interparlamentarische Union dahin zu wirken, daß die Schiedsgerichtsklausel in alle neuen Verträge aufgenommen werde, so daß alle internationalen Differenzen obligatorisch vor das Haager Forum kämen. Die nächste Konferenz war für Wien 1903 bestimmt (Zl. Btg., 20. Nov. 1902). Hier tagte sie denn auch am 7. September unter dem Vorsitz des früheren Ministers v. Plener und unter großen Festlichkeiten. J. J. Tautenhayn führte eine Plakette aus zur Erinnerung an diesen Wiener Kongreß der Interparlamentarischen Union für Schiedsgerichte (Zl. Btg., 1. Okt.).

Anton Menger gab die „Neue Staatslehre“ des volkstümlichen Arbeitsstaats, der aus Gemeinden von etwa 2000 Personen gebildet sein soll, worin sich das wirtschaftliche Leben abspielt: also Dezentralisation. Diese Gemeinden sind Trägerinnen des Eigentums und der Wirtschaft: beim Staat

Schiedsgerichte.

Menger.



bleibt wohl die Suveränität und Gesetzgebungsgewalt. Monarchie, Ehe, Religion brauchen nicht abgeschafft zu werden. Das ist also eine Wiedererweckung des Saintsimonismus mit Erötung alles persönlichen Unternehmungsgeistes. — Rud. Springer (Renner) erörterte das politische Problem „Mehrheits- oder Volksvertretung?“ und die Proportionalwahl. — Marinus Deeleman schilderte den „Deutschen Ritterorden einst und jetzt“ (Wien 1903).

Matthäus Much suchte die Urheimat der Indogermanen in Niedersachsen (Allg. Ztg., 7. Okt.). — Meine universalhistorische Übersicht „Die Weltgeschichte nach Menschenaltern“ finde ich in der „Allgemeinen Zeitung“ 13. November besprochen. — Prof. H. Schreuer zeigte, daß die böhmische Sage von Samo. Přemysl nur eine Verarbeitung des Franken Samo sei; das geht aus seiner ganz unnationalen Rechtsordnung hervor. Ebenso entspreche die Necklansage den fränkischen Berichten über die Unternehmungen Karls d. Gr. 805/806. So in seinen „Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte der böhmischen Sagenzeit“ (Schmollers Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, XX, 4), Leipzig 1902, und in der „Allgemeinen Zeitung“, 14. Dezember.

U. Salzgers „Illustrierte Geschichte der deutschen Literatur“ begann zu erscheinen. Die „Allgemeine Zeitung“ (9. Juli) gab rühmend zu: „Zum erstenmal liegt ein Versuch vor, die literarische Seite der Kultur als Streifen im Spektrum der Gesamtkultur zu würdigen.“ — Hans Schlitter gab die „Geheime Korrespondenz Josephs II. mit seinem Minister in den österreichischen Niederlanden Ferd. Grafen Trauttmansdorff“ heraus. — Über Kaiser Maximilian II. brachte das Buch von Robert Holtmann manches Neue. — Ed. Wertheimer schrieb über den „Herzog von Reichstadt“ (1902). — E. Schmit von Lavera schrieb die Geschichte der Regierung des Kaisers Maximilian in Mexiko. — Alois Brandl schilderte „Erzherzogin Sophie und eine tirolische Dichterin Walpurga Schindl“. — Hugo v. Hofmannsthal's „Elektra“ wirkte bei der Aufführung im Kleinen Theater zu Berlin sensationell. Es war eine freie Bearbeitung „nach Sophokles“, wie es auf dem Titel hieß. Es wurde damit das Ideal der hellenischen Klassizität zertrümmert, das einzige Ideal, das bis dahin noch vor der Moderne standgehalten hatte; nun wurde aber hier gezeigt, daß die Griechen doch nur vertierte Wilde waren mit dem falschen Anschein der Kultur. Es war die Rache der Dekadenz an der Kultur; der griechische Heroentempel wurde zur Verbrecherhöhle und zum Irrenhaus.

Der geistliche Dichter Ottokar Kernstock schrieb im „Korrespondenzblatt für den katholischen Klerus Österreichs“ gegen Heinrich Falkenbergs „Katholische Selbstvergiftung“; davon nimmt die „Allgemeine Zeitung“ 23. Dezember billigend Kenntnis. — Der Salzburger pädagogisch-katechetische Kursus wurde in der „Allgemeinen Zeitung“ 5. Dezember sehr mißgünstig besprochen.

Rud. Volkan bereitete eine Gesamtausgabe der Briefe des Aeneas Silvius vor. — R. Glossy gab J. Schreyvogels Tagebücher (1810—1823) heraus. — J. G. Wackernell behandelte „Beda Weber und die tirolische Literatur 1800 bis 1846 (Quellen und Forschungen der Aeogesellschaft). — R. Hans Strobl schrieb den österreichischen Provinzroman „Der Fenriswolf“. — Otto Weininger erschöpfte sich im Alter von 23 Jahren, nachdem er sein wirkungsvolles Buch „Geschlecht und Charakter“ geschrieben hatte; er war nicht normal veranlagt. — Zum sechzigsten Geburtstag P. Roseggers gaben seine Freunde ein Geburtstagsheft des „Heimgartens“ heraus. Ich habe mich auch nicht ausgeschlossen.

Von Pipers Werk über österreichische Burgen erschien der 2. Teil. Die wiederhergestellte Burg Kreuzenstein bei Wien zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 8. Januar. Der neue Donaukanal in Wien veränderte das Bild der Stadt. Leop. Baumhorn baute die große neue Synagoge in Szegebin (Ill. Ztg., 9. Juli). — Josef Heu schuf die Brunnengruppe für den Wiener Stadtpark: „Die Befreiung der Quelle“ (Ill. Ztg., 8. Okt.). Josef Kassin schuf den Undinebrunnen für Baden bei Wien (Ill. Ztg., 9. Juli). Das geplante Denkmal des ungarischen Dichters Börösmarty von Kallos und Markus zeigt die den Sockel mit dem sitzenden Dichter umgebende Nation, hingerissen von seinem Nationalhymnus, dem „Aufruf“ (Ill. Ztg., 19. Febr.). Edm. Hofmann v. Aspernburg schuf ein Denkmal des deutschen Kaisers Maximilian für Cormons bei Görz (Ill. Ztg., 11. Juni). Die Feier der vierhundertjährigen Vereinigung von Görz und Gradiska mit Österreich war 1900 begangen worden. Ein anmutiges Denkmal der Kaiserin Elisabeth für das Landhaus in Linz modellierte Rathausky (Ill. Ztg., 16. April), Herm. Klotz eins für Meran (23. April).

In Rustein erhielt der erste Erfinder der Nähmaschine (1807), der Wiener Schneidermeister Josef Madersperger ein Denkmal (Ill. Ztg., 28. Mai).

Rob. Weigl schuf eine vorzügliche Statue des wandernden Beethoven, Franz Seifert eine Büste Hugo Wolfs. Ilse Conrat schuf ein originelles Brahmsdenkmal für den Wiener Zentralfriedhof (Ill. Ztg., 14. Mai). Josef Moser modellierte die König-Laurin-Statue für Meran (Ill. Ztg., 30. Juli). Vom ausgezeichneten Zeichner F. Zverina erschienen charakteristische Bilder aus Makedonien (Ill. Ztg., 29. Jan.). — über das große Segantini-Werk des österreichischen Unterrichtsministeriums berichtet Fr. Servaes in der „Illustrierten Zeitung“ 15. Januar. — Die neuentdeckte „Venus von Penzing“ aus dem 18. Jahrhundert zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 13. August.

In Höriz wurden wieder die Böhmerwald-Passionsspiele angekündigt (Allg. Ztg., 6. April). Vom Passionspiel zu Brilegg in Tirol bringt die „Illustrierte Zeitung“ 28. Mai Bilder.

In Wien bildete sich am Palmsonntag unter dem Ehrenvorsitz des Kultusministers v. Hartel der Wiener Literarische Verein; Obmänner Glossy, Bettelheim, Minor. — Am 8. August feierte die amtliche „Wiener Zeitung“ das zweihundertjährige Jubiläum ihres Bestandes mit einer großen Festnummer.

Zur gerichtlichen Feststellung der Identität diente die Daktyloskopie; darüber berichtete der Vorstand des Erkennungsamtes der Wiener Polizeidirektion (Ill. Ztg., 22. Jan.).

Über Italien ist noch einiges nachzutragen. — Der Versuch eines allgemeinen Ausstandes in Rom, 7. April, scheiterte völlig binnen einer Woche. — Ein internationaler lateinischer Kongress in Rom beriet über die Mittel, dem Lateinischen als internationaler Sprache größere Verbreitung zu schaffen (16. April). — Auf dem italienischen Katholikentag in Bologna (Nov.) entbrannte ein heftiger Streit zwischen den Konservativen und den christlichen Demokraten unter der Führung von Romolo Murri. — Die italienische Regierung ärgerte sich, daß ihr der neue Papst seine Wahl

nicht mitteilte. — Die Frage einer italienischen Universität in Österreich regte auch die Studenten in Italien auf; es kam zu Unruhen. Der Minister des Auswärtigen Tittoni erklärte in der Kammer, Italien könne dabei nichts tun. Es bleibe trotz allem dem Dreibunde treu, der kein Hindernis bilde für die traditionelle Freundschaft mit England und die erneute Freundschaft mit Frankreich (15. Dez.).

Luigi Ghiala gab das Buch „Ancora un po' più di luce sugli eventi politici e militari dell'anno 1866“ heraus.

J. Bach gab die Gedichte Leos XIII. heraus. Ihr Wert wurde von allen Seiten unbedingt anerkannt.

Der bekannte und verdiente Bischof Anzer von Südschantung starb bei einem Aufenthalt in Rom. Er war 1851 in der bayerischen Oberpfalz geboren. Der Zweck seiner Reise war, die päpstliche Genehmigung für die von ihm geplante Universität in China zu erlangen.

Bilder von Montecassino mit den Fresken der Beuroner Schule bietet die „Illustrierte Zeitung“ 7. Mai.

Eine rheinische Dame beschenkte die vatikanischen Kunstsammlungen mit den Kartons von Fr. Overbecks „Sieben Sakramenten“. Die Kartons waren 1847, dann 1857 bis 1862 entstanden und nach Overbecks Tode viel umhergewandert, ohne bei der einseitigen modernen Richtung der Zeit jene alles überragende Würdigung zu finden, die ihnen gebührte. Für große, echte, wahre Kunst hatte man weder Sinn noch Platz noch Geld, nur für den Modeschwindel.

In Rom, seiner zweiten Heimat, starb der schwäbische Bildhauer Josef v. Kopp.

Ein wahnsinniger Kustode hatte die berühmte altgriechische François-Base zertrümmert; sie wurde aus den Bruchstücken wieder zusammengesetzt, auch ein noch fehlendes Stück, das einer mitgenommen hatte, wurde von diesem wieder in Folge eines Aufrufs heimlich zurückgegeben.

England.

England hatte noch immer an den Folgen des Burenkriegs zu leiden. Ein Ireländer, Oberst Lynch, der damals gegen England gefochten hatte, wurde zum Tod verurteilt, aber begnadigt. Der Kolonialminister Chamberlain kehrte im März aus Südafrika zurück und fand die Dinge sehr unbehaglich. Man fragte ihn im Unterhaus, mit welchem Rechte man noch immer Buren in Indien, Ceylon und Bermuda gefangen halte. Chamberlain prahlte mit dem zu erwartenden Goldgewinn in Südafrika. Arbeiter wie Arbeitgeber waren gegen Chamberlains Zollpläne und sie forderten auch die Kolonien auf, dagegen Stellung zu nehmen. — Der im August herausgegebene Bericht über den südafrikanischen Krieg wies viele Fehler nach und meldete von großen Verlusten. Chamberlain trat auf all das hin im September von der Regierung zurück. Sein Sohn Austen Chamberlain wurde Schatzkanzler. Der Vater setzte aber seine Agitation für die Zollpolitik fort; er legte am 6. Oktober in Glasgow dar, daß Englands Handel zu stagnieren beginne.



Man klagte über die Einwanderung nach England, besonders nach London; im letzten Jahr seien über 80.000 angekommen, darunter viele Bestrafte, auch in die Handelsmarine seien bedenklicherweise viele Ausländer eingedrungen.

Den Iren wurde durch eine Landbill Zugeständnisse gemacht. Ein neues Gesetz über die Landwehraushebung wurde eingebracht. Ein Gesetz sollte den Ritualismus der Staatskirche beschränken. Lord Rosebery agitierte für eine Technische Hochschule in London nach dem Muster von Charlottenburg. Eine Verfassungsänderung für Malta nahm den Eingebornen viele Rechte, auch in der Sprachenfrage. Die Regierung schloß ein Schiffsabkommen mit dem Morgan-Trust und der Cunardlinie, wobei besonders auf den Fall eines Krieges Rücksicht genommen wurde.

Der verstorbene englische Historiker W. Edw. Hartpole Lefry war, Lecky. obwohl Ire, Gegner der Homerule. Sein Werk „Demokratie und Freiheit“ (1896) schilderte pessimistisch die Entwicklung des Parlamentarismus. Die Demokratie mechanisiert das politische Leben und setzt es herab. Über das „Britische Imperium“ schrieb er 1893.

Der böhmische Jude Oppper (von Blowitz) starb als berühmter Korrespondent der „Times“ in Paris; er war der Erfinder des Interviews. Seine Wirksamkeit in deutschfeindlichem Sinn wahr sehr ausgiebig.

Rühn und Kresschmar gaben Auszüge aus Carlyles Werken unter dem Titel „Arbeiten und nicht verzweifeln“. — Es bestand in London eine englische Goethegesellschaft; sie entsprach aber bei weitem nicht dem Anrecht Goethes auf weltliterarische Anerkennung. — Über J. Ruskin schrieben in Deutschland Charlotte Broicher und Marie v. Bunjen.

Der englische Physiker Oliver Lodge machte Marconi die Priorität der drahtlosen Telegraphie streitig.

Der im vierundachtzigsten Lebensjahr verstorbene englische Philosoph Herbert Spencer war der Verfasser des zehnbändigen „Systems der Synthetischen Philosophie“. Den schon vor Darwin angenommenen Begriff der Entwicklung (Evolution) ergänzte er durch den der Dissolution. Er war Agnostiker, ohne das Metaphysische zu leugnen; „es sei etwas daran“. Gegenüber Kant ist ihm die Seele etwas lediglich Passives. Er hatte niemals Universitätsstudien gemacht, dem Staate gegenüber war er Individualist („The man versus the State“). Seine Werke gab er selbst als Verleger heraus, was ihn anfangs in Schulden stürzte. Seine „Social Statics“ erschienen in der ersten Ausgabe nur in 157 Exemplaren, und es dauerte vierzehn Jahre, ehe sie verkauft waren. Ähnlich ging es ihm mit dem Werk „die Prinzipien der Psychologie“. Nach fünfzehnjähriger Arbeit hatte er sein kleines Vermögen eingebüßt, erst nach vierundzwanzigjähriger Arbeit konnte er von Erfolg sprechen. Er nahm keinen Orden und keine Ehren an. Den Südafrikanischen Krieg verurteilte er scharf und maß dessen Schuld dem Minister Chamberlain bei.

Oskar Wilde erreichte mit der „Salome“ den Gipfel seiner exzentrischen Kunst. Er hatte das einaktige Drama ursprünglich 1893 für Sarah Bernhardt französisch geschrieben. Seine traurigen Verirrungen hatten ihn 1896 ins Gefängnis gebracht. Nun bemächtigte sich seiner die literarische Mode, Wilde.

er wurde ins Deutsche übersezt und in Berlin aufgeführt. Oskar Wildes Schauspiel „Lady Windermere's Fächer“ machte auch in Deutschland Effekt. Seine „Intentions“ erschienen deutsch als „Fingerzeige“ († 1900).

Frank-  
reich.

Frankreich litt unter dem Wahnwitz eines Klostersturmes, der weitaus den deutschen Kulturkampf überbot. Im Deutschen Reich hatte die katholische Kirche im wesentlichen gesiegt, in Frankreich wurde sie zertrümmert. Das war freilich die Folge weltgeschichtlicher Entwicklungen. Denn das Deutsche Reich war trotz des Protestantismus im Kern katholisch geblieben, und man spürt die katholische Seele selbst in den religiösen Reden Kaiser Wilhelms II. trotz der lutherischen Diktion. In Frankreich aber hatte trotz des äußeren Sieges der Katholiken doch der Geist des Calvinertums gesiegt, aus dem der Gallitanismus, die Aufklärung, die Revolution und schließlich der völlige Unglaube der Republik hervorgingen.

Reli-  
giöses.

Die Regierung entzog vielen Pfarrern die Staatssubvention, weil sie in bretonischer Sprache predigten und den Religionsunterricht erteilten. Kriegsminister Andrée bekämpfte die katholischen Klubs in der Armee. Die Kongregationschulen wurden unterdrückt. Aus Politik behielt man aber das Konkordat bei, um dadurch die Kirche in der Hand zu behalten und das Ernennungsrecht der Bischöfe nicht zu verlieren. Combes erklärte die Kongregationen als Feinde der Republik und Zerstörer des modernen Geistes. „Sobald eine Kongregation in einer Gemeinde erscheint, ist der Pfarrer nichts mehr. Die predigenden Mönche führen den Feldzug der Wahlen, sie verbreiten überall Abscheu gegen unsere gesetzgeberische Tätigkeit und unser Unterrichtswesen. Sie haben zum Staatsstreich aufgefordert, zur Empörung. Wir wollen nichts mehr, als was die Minister des Kaiserreichs wollten, die sich ebenfalls weigerten, die Kongregationen anzuerkennen.“ Man wollte die Verweltlichung des Unterrichts beschleunigen, indem man die Gemeinden zum Bau von Schulhäusern verpflichtete. Man berechnete die Zahl der aufgelösten Schulanstalten auf 1600, die der Lehrenden Ordensleute auf 16.000, die der predigenden auf 3000. Vergebens protestierten die Erzbischöfe von Paris, Reims und Lyon gegen die Schließung der Kapellen und das Verbot der Predigt für Ordensleute. Die meisten Kongregationen wichen nur der Gewalt; dabei kam es im April zu vielen Zusammenstößen des Volkes mit Polizei und Militär. Nur an die Basilika von Lourdes wagte sich Combes nicht, um nicht die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung zu verletzen. Im Juni verbot die Regierung auch die altgewohnten Fronleichnamsprozessionen. Eine bittere Beigabe dieser Verfolgungen waren die großen Kosten, die der Regierung aus der Aufhebung der Kongregationschulen erwuchsen; es mußten 336 neue Schulhäuser gebaut, 1515 Lehrer nur für die Knabenschulen allein angestellt werden, abgesehen vom Schulmaterial. Die Kon-

gregationistinnen unterrichteten über 580.000 Mädchen, fast ebensoviel wie die weltlichen Schulen. Um allen Bedürfnissen zu genügen, hätten 1921 Schulhäuser gebaut, 1179 neu hergerichtet, über 4000 Schulen mit Material versehen, über 6000 Lehrerinnen ernannt werden müssen. Das bedeutete für die Bauten eine Ausgabe von etwa 60 Millionen, für die Gehälter 9½ Millionen jährlich. Daß das Ministerium in der Kirchenpolitik nicht einig war, zeigte sich darin, daß bei der Trauerfeier für den Papst in Notre Dame einige Minister anwesend waren, andere nicht. Aber der Ministerpräsident Combes versprach in einer Rede vom 24. August in den Werkstätten der Staatsbahn den Kampf bis zum Siege des republikanischen Geistes über den klerikalen fortzusetzen. Er trotzte bei der Enthüllung des Denkmals für Renan der opponierenden katholischen Bevölkerung und verkündigte das Morgenrot des allgemeinen Friedens auf Grund des internationalen Schiedsgerichts (13. Sept.).

Im Oktober waren über 10.000 Kongregationschulen geschlossen; 5839 weltliche Schulen wurden eröffnet, die zum Teil von säkularisierten Ordensleuten geleitet wurden. Von 4851 Mädchenschulen waren 1875 in Händen weltlicher Lehrerinnen und 2976 in denen von ehemaligen Nonnen. Es war wohl zum Teil nur eine Masquerade. Combes beklagte sich am 9. November beim Papst, daß der Bischof von Quimper 80 gemäßregelte bretonische Priester unterstützte. Bei der Debatte über das neue Unterrichtsgesetz sagte Combes: „Die Unterrichtsfreiheit ist kein natürliches Recht. Man wisse seit einer Umfrage im Jahr 1895, daß die Kongregationisten die Nation in zwei Teile zu spalten suchten.“ Aber selbst Waldeck-Rousseau war gegen zu radikale Maßregeln und den Bruch der Versprechungen, die er selbst vor kurzem den Kongregationen geleistet hatte.

Der Sozialist Jaurès wurde zum Vizepräsidenten der Kammer gewählt, obwohl er den Nationalisten wegen seiner Ideen über Abrüstung und über den Verzicht auf Elsaß-Lothringen unangenehm war. In Algier trat das Franzosentum gegen das einheimische Element immer mehr zurück. Die zweijährige Dienstzeit wurde angenommen. Jaurès warnte vor der Eroberung Marokkos. Bei der Enthüllung eines Denkmals für den alten Gallier Vercingetorix in Clermont-Ferrand wurde von den Festrednern ausgeführt, Frankreich kämpfe heute um die geistige Unabhängigkeit, wie Vercingetorix einst um die weltliche.

Jaurès rollte im April neuerlich die Dreyfus-Affäre auf, weil neue Enthüllungen für die völlige Unschuld des Mannes sprächen. In der Tat wurde im Dezember das Revisionsgesuch des ehemaligen Kapitäns Dreyfus angenommen und für zulässig erklärt.

In der Pariser Akademie besprach Loutée die Mittel zur Vermehrung der Bevölkerung Frankreichs.

Von der Pflege deutscher Sprache und Literatur in Frankreich zeugten nicht nur die französischen Bücher von Lichtenberger, Ehrhard, Victor Basch, sondern auch die Themen, die bei Prüfungen gegeben wurden (Allg. Ztg.,



9. Nov.); sie beziehen sich auf Nietzsche, Schopenhauer, Rudrum, R. Dehmel, Metternich, Rozebue, Goethe, Savigny, Adam Müller, v. Haller u. a.

Über das Kaiserwort von der „Weltherrschaft des deutschen Geistes“ veranstaltete der Franzose Jacques Morland eine Rundfrage. M. Arnaud sagte: „Niemals zuvor waren so viele Franzosen der deutschen Sprache mächtig; niemals haben so viele Franzosen Deutschland bereist; niemals haben wir uns eingehender mit den deutschen Publikationen beschäftigt. Wohl hat das neue Reich mit Ausnahme von Nietzsche keine großen Schöpfer oder Bahnbrecher gezeitigt. Aber unter den Klassikern aller Zeiten kenne ich keinen zielbewußteren Erzieher als Goethe.“ J. Bainville: „Die deutschen Einrichtungen, besonders die preussische Monarchie, bilden die vornehmste Lehre der politischen Philosophie. Man wird dadurch Nationalist und entfernt sich von der Republik.“ M. Barrès: „Der Deutsche zweifelt immer; daher sein Protestantismus.“ M. Muret anerkennt nur den Einfluß Nietzsches; sonst seien die Deutschen nur Materialsammler, Bibliographen, sie sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht. Peladon vergleicht die deutschen Professoren mit Beckmesser. Alb. Réville wirft dem deutschen Geschichtsforscher vor, unter seinen Notizen zu verschwinden, er kann sie nicht beherrschen, in eine angenehme Erzählung verschmelzen. Er ist zu wenig Künstler, die Franzosen zu viel. M. G. Sergi in Rom meint, daß in der Philosophie die Deutschen von den Engländern überflügelt werden. Sie besitzen die Analyse, aber nicht die „sympathische Expansivität“ in der Verbreitung ihrer Ideen. Von allen wird Nietzsche hervorgehoben, wohl auch deshalb, weil er ein Verehrer der französischen Kultur war. C. Lombroso meint, Deutschland fange an, infolge seiner jüngst erreichten Größe zu sehr die andern Völker zu unterschätzen. Max Nordau glaubt nicht an den Nationalismus, sondern nur an den Individualismus. Nicht die Völker wirken, nur die Persönlichkeiten, die man nicht einer bestimmten Nationalität zuweisen kann. Edm. Barthelémy meint, die Träume einer geistigen Weltherrschaft scheitern an der alles überflutenden Demokratie. Unter den Engländern gesteht der Deutschenfresser W. L. Courtney: „Wenn der deutsche Einfluß heute nicht mehr so stark ist wie vor einem Vierteljahrhundert, so ist er doch noch sehr stark, stärker als der eines andern Volkes, besonders in Philosophie, Ästhetik, politischer Wissenschaft, Geschichte. Die hervorragende Organisation des höhern Unterrichts in Deutschland sichert dem deutschen Geist die Vorherrschaft noch für lange Zeit. Aber seit dem Burenkrieg erkennt England als seinen eigentlichen Rivalen nur mehr Deutschland, und es lehnt sich daher an den Zweibund an.“

Im Anschluß an Harnacks „Wesen des Christentums“ schrieb A. Loisy das Buch „Evangelium und Kirche“ (deutsch bei Kirchheim). Obwohl Loisy im Sinne der katholischen Kirche schreiben wollte, zu ihrer Verteidigung, konnte er nicht die Billigung der Bischöfe erhalten (Allg. Ztg., 16. Dez.). Er verteidigte sich in der Schrift „Autour d'un petit livre“ mit dem vieldeutigen Satz: „Für den Historiker hat der Glaube an Christus die Kirche gegründet; vom Standpunkt des Glaubens Christus selbst, lebend im Glauben.“ Das war wenig.

In seinem nachgelassenen Roman „Wahrheit“ behandelte Zola verhüllterweise die Motive der Dreyfus-Affäre mit antikatholischer Tendenz.

Gaston Paris erfuhr auch in Deutschland volle Würdigung als Romanist, Erzieher und Kritiker (Allg. Ztg., 18. April).

Das erste französische Werk über Gobineau und seine Rassen-theorie war von Ernest Seillière.

H. v. Rascherling berichtete über die Verwirklichung von Appias Ideen zur Reform der Bühne in Paris (Allg. Ztg., 6. April).

Hervorragend ist E. Burnands Gemälde „Christi Gebet nach dem Abendmahl“ (Allg. Ztg., 9. April).

Das Denkmal für Ernest Renan in Treguier zeigt den gemüthlichen Philister auf einer rohen Bank sitzend, hinter ihm steht eine Pallas als greulichs Gespenst (All. Ztg., 24. Sept.). Die Enthüllung geschah durch bewaffnete Macht gegen die protestierende katholische Bevölkerung.

In der Berliner Sezessionsausstellung verblüffte Aug. Rodins „Hand Gottes“.

Originell ist die Kolossalbüste des Präsidenten Krüger von Antonin Charles in Paris (All. Ztg., 8. Jan.).

Endlich überzeugten sich auch die Pariser Gelehrten von der Unechtheit der Tiara des Saitaphernes, was Furtwängler schon 1896 bewiesen hatte.

Santos Dumont stieg in Paris mit seinem Ballon Nr. 9 auf (All. Ztg., 21. Mai). — In Vincennes stieg Tarbes mit einem Kriegsdrachen auf (All. Ztg., 23. April). — Lebaudis lenkbares Luftschiff verunglückte bei Meudon (All. Ztg., 26. Nov.).

Über das neue Element Radium brachte jeder Tag neue Überraschungen, die den bisherigen Naturgesetzen zu widersprechen schienen. Es war 1898 vom Ehepaar Curie entdeckt worden.

Spanien strebte mit Frankreich ein Einvernehmen über Marokko <sup>Spanien</sup> an, ja sogar ein enges Freundschaftsbündnis. Allerdings wurde auch Prinz Heinrich von Preußen in Madrid gut aufgenommen.

Vom geplanten Unterseetunnel zwischen Spanien und Marokko über die Meerenge von Gibraltar gibt die „Illustrierte Zeitung“ 9. April eine Skizze; darnach sollte er westlich von Tarifa bis Tanger gehen mit Weiterführung der Eisenbahn.

Auf dem Zionistenkongreß zu Basel 23. August theilte Dr. Theodor <sup>Schweiz</sup> Herzl mit, daß die englische Regierung ein Gebiet in Ostafrika für jüdische Einwanderung angeboten habe und daß der russische Minister des Innern jüdische Ansiedlungen in Palästina zu begünstigen versprochen habe.

H. v. Below behandelte die Frage: Ist die Schweiz ein Paßstaat? Verdankt es seine Existenz seiner Funktion als länderverbindendes Glied oder im Gegentheil seiner Abgelegenheit vom Verkehr, wie etwa Montenegro? (Allg. Ztg., 10. März). — Über „Ferienkolonien und verwandte Bestrebungen auf dem Gebiete der Kindergesundheitspflege“ schrieb Walter Bion, Pfarrer in Zürich, Sekretariat der Züricher Ferienkolonien 1901 (Allg. Ztg., 21. März).

Erinnerungen an Konrad Ferd. Meyer gab seine Schwester Betsy heraus. Sundrieser entwarf ein Weltpostvereinsdenkmal für Bern (All. Ztg., 12. Nov.). Den Preis erhielt aber der Entwurf von G. Morin (All. Ztg., 26. Nov.).

Der belgische Kongostaat hatte englische Beschuldigungen abzuwehren.

Der Versuch eines allgemeinen Ausstandes in den Niederlanden wurde alsobald unterdrückt. Der internationale Schiedsgerichtshof im Haag <sup>Haag</sup> begann am 1. Oktober die Beratung über den Venezuelastreit.

Der belgische Führer und Erneuerer der Handwerkskunst Henry van de Velde schrieb „Kunstgewerbliche Laienpredigten“.

Maeterlincks neues Stück „Das Wunder des hl. Antonius“ war nicht ohne Salz.

In Leiden erschien ein Werk mit Proben aus allen illustrierten Terenzhandschriften, wichtig auch zur Theatergeschichte.

Die Schwedin Ellen Key schrieb über „das Jahrhundert des Kindes“.

Dänemark.

Durchaus monumental gedacht war das Shakespeare-Denkmal im Lande Hamlets, in Helsingör, wo man das Grab Hamlets und die Ophelia-Quelle zeigte (All. Ztg., 27. Aug.).

Kaiser Wilhelm machte einen Besuch in Kopenhagen, 2. bis 5. April, und sagte beim Festmahl: „Ich, der Jüngsten einer unter Europas Herrschern, neige mich in Ehrfurcht vor unserm Haupte. Ich weiß mich eins mit meinem Volk, das stammverwandt dem braven dänischen ist.“ Die dänische Presse („Politiken“) schrieb: „Wir haben viel zu lernen und zu empfangen von Deutschland, dessen Kultur uns imponierend anzieht.“ Kaiser Wilhelm dankte am 7. April telegraphisch für die freundliche Aufnahme „in den Kreis dieser Familie“. „Sei überzeugt, daß ich mich fortan als Sohn des Hauses fühle.“

Schweden.

Die Stadt Wismar war 1803 für 1,258.000 Taler von Schweden an Mecklenburg-Schwerin verpfändet worden unter der Bedingung, daß Schweden nach hundert Jahren gegen Rückzahlung dieser Summe nebst drei Prozent jährlichen Zinsen das Pfand wieder zurücknehmen könne. Davon stand also jetzt Schweden förmlich ab, und Wismar wurde unbedingt deutsch.

Rußland.

Der Kronprinz machte am 16. Jänner einen Besuch in Petersburg. Der Zar versprach seinem Volk politische und administrative Reformen. Die Stadt Petersburg feierte ihr zweihundertjähriges Bestehen. Das deutsche ostasiatische Geschwader besuchte im August Wladimiroff. Der Gouverneur Bogdanowitsch wurde in Ufa am 20. Mai auf einem Spaziergang erschossen, der Gouverneur des Kaukasus, Fürst Galizyn, wurde in Tiflis am 27. Oktober auf einer Spazierfahrt überfallen und verwundet.

Die russische Regierung verbot der Warschauer englischen Mission, russische Juden ohne Erlaubnis zu taufen. Eine große Judenverfolgung brach in Rischinew im April aus. Die Ansiedlungsfreiheit der Juden wurde noch mehr beschränkt. Gegen Finnland und Polen mehrten sich die Unterdrückungen. Arbeiterunruhen brachen in verschiedenen Gegenden aus.

Seit Ende der achtziger Jahre beschäftigte man sich mit dem Riesenplan eines Kanals, der die Ostsee von Riga aus über Dünaburg, Lepel, Riew den Dnjepr hinab bis Cherson mit dem Schwarzen Meere verbinden sollte (All. Ztg., 19. März). Die neue Lage dieser Gegenden nach dem Weltkrieg dürfte dem Plan günstig sein.

Tollstoi.

Tollstoi wurde 75 Jahre alt; er sagte zu einem Besucher: „Ich bin religiös in dem Sinne, daß ich wünsche, eine große Weltanschauung, die



die reifsten Gedanken einer Kulturentwicklung umspannt, möge herrschend sein für alle moralischen und gesetzlichen Grundlagen. Ist dies einmal der Fall, dann wird alles, was moralisch ist, auch ökonomisch, sozial und politisch sich als richtig und vorteilhaft für die Gesamtheit erweisen. Diese Moral liegt auch in unserm Christentum, aber nur im Urchristentum. Mit dem, was später entstand, habe ich nichts zu tun.“ — Das Buch des Russen W. v. Bechterew über die Suggestion und ihre Bedeutung erschien auch deutsch von Weinberg. — Maxim Gorkis neues Drama „Nachtschl“ erregte auch auf deutschen Bühnen Sensation.

Die internationale Hilfssprache Esperanto erregte nach dem völligen Mißerfolg des Volapük neue Hoffnungen. Sie war eine Erfindung des in Warschau lebenden russischen Arztes Dr. L. Zamenhof, der damit 1887 hervorgetreten war; sie war auf romanischem Sprachgut begründet. Es fehlte ihr seit der Pariser Ausstellung von 1900 nicht an äußern Erfolgen. Eine Monatschrift „Revuo internacio“ erschien in Bistritz-Hofstein in Mähren, herausgegeben von Th. Čejka, mit einer Beilage „Der deutsche Esperantist“, redigiert von Schauerhammer in Leipzig (All. Ztg., 1. Jan.). — In Delphi wurde das neue Museumgebäude eingeweiht

Esperanto.

W. Dörpfeld veröffentlichte die Ergebnisse seiner Ausgrabungen in „Troja und Ilion“. Erst ihm war es nach dem Tode Schliemanns gelungen, das eigentliche homerische Troja zu finden.

Ausgrabungen.

Das Trajandenkmal von Adamklissi in der Dobrudscha zeigte Volkstypen aus der Zeit von 108 n. Chr. (All. Ztg., 26. Nov.).

Man fand Homer-Papyri mit aristarchischen Kritikzeichen.

Über die deutsche Schule in Salonichi berichtet Hugo Grothe „Allgemeine Zeitung“ 17. Juli.

Als genaues Datum des Exodus wurde der 27. März 1335 v. Chr. angegeben. (Ich setze es 1427.) Musil nahm den Sinai östlich der sogenannten Sinaihalbinsel an (Allg. Ztg., 17. Juni). In Knossos wollte man das Hoftheater des Königs Minos in einem Treppenhof, dem Keim aller Theater, gefunden haben (ebenda).

Herm. Hilprecht schrieb eine Geschichte der babylonisch-assyrischen Ausgrabungen in englischer Sprache als Leiter der amerikanischen Grabungen in Nippur. — Hilprecht widersprach Delitzsch; nach seinen Studien könne er nicht die Anschauung hegen, daß sich Israel seinen Monotheismus aus dem polytheistischen Leichenhaufe babylonischer Kultur geholt habe.

Professor Paul Haupt von der Universität in Baltimore nahm für sich die Priorität der Anschauungen von Delitzsch über Bibel und Babel in Anspruch.

L. Scherman schrieb zur „zentralasiatisch-indischen Archäologie“ (Allg. Ztg., 22. April).

Gedanken zur Kolonisation Mesopotamiens wurden geäußert zur Schrift von Hugo Grothe „Die Bagdadbahn und das schwäbische Bauernelement in Transkaukasien und Palästina“ (Allg. Ztg., 6. Febr.).

Bagdadbahn.

Gegenüber dem von Delitzsch behaupteten Abhängigkeitsverhältnis der Bibel von Babel hielt es der Sinologe Fr. Hirth für nötig, die Unabhängigkeit Chinas zu betonen. Ob mit Recht, scheint mir zweifelhaft; die Chinesen haben immer nachgeahmt.

Die Sekte des Babismus machte in Persien Fortschritte. Im transkaspischen Aschabad erstand ein babistischer Tempel.

Schah Nassreddin von Persien wurde als Dichter und Schriftsteller von Dietrich Hefner gewürdigt (Allg. Ztg., 25. Juni).

In Dar-es-Salam erhob sich eine katholische Kirche (All. Ztg., 12. März).

Japan prüfte die Frage, ob es möglich sei, die japanische Sprache in ateinischen Buchstaben wiederzugeben.

In Peking wurde am 18. Januar das Denkmal für den ermordeten Ketteler, eine Ehrenpforte, eingeweiht (All. Ztg., 12. März).

Korea.

Korea hatte im Frieden von Schimonoseki (1895) seine Unabhängigkeit von China erlangt, wurde aber seither der Schauplatz japanischer, russischer, britischer und nordamerikanischer Bestrebungen. In einem Vertrag von 1898 suchten Japan und Rußland ein gewisses Gleichgewicht ihrer Einflüsse festzustellen. Die Amerikaner hatten schon 1882 mit Korea einen Handelsvertrag abgeschlossen und in Seoul festen Fuß gefaßt; einige von ihnen wurden koreanische Würdenträger, die schöne Tochter des presbyterianischen Missionärs, Emily Brown, kam als Hofdame in den Königspalast und wurde nach der Ermordung der Königin 1895 deren Nachfolgerin. Sie schenkte dem Herrscher Yi hōng (geboren 1852) einen Sohn. Kronprinz blieb aber der Sohn aus früherer Ehe, Itschok, geboren 1874. Das Bild der Amerikanerin gibt die „Illustrierte Zeitung“ 23. Juli; das des Herrschers der folgende Jahrgang.

Amerika.

Da man sich in Amerika denn doch wieder für das Projekt des Panamakanals auf neuer Grundlage entschied, leitete Präsident Roosevelt einen Vertrag mit der südamerikanischen Republik Columbia ein, zu deren Gebiet der Isthmus gehörte. Dabei berief er sich auf die Monroedoktrin: der Bau des Panamakanals dürfe nicht durch eine auswärtige Nation, sondern nur durch die Vereinigten Staaten ausgeführt werden, deren Pflicht es sei, auch über ihre schwächeren Nachbarrepubliken zu wachen, damit diesen kein Unrecht zugefügt werde. Columbien habe kein Recht, den Vertrag zu verwerfen; wenn es dies täte und die Vereinigten Staaten genötigt würden, statt des Panamakanals den Nikaraguanal zu bauen, dann würde die Regierung der Union nie zugeben, daß andere Mächte den Bau ausführten. Da aber der columbische Senat einstimmig den Vertrag mit der Union ablehnte, erregte diese eine Revolution, die zur Losreißung von Panama führte, das sich nun als selbständige Republik erklärte. Die Union anerkannte sofort diese neue Republik am 6. November und der Staatssekretär Hay beschönigte den ganzen Vorgang als recht und billig und im Interesse der Zivilisation gelegen; die Union mußte den inneren Zwistigkeiten Einhalt tun. Da Columbien Anstalt traf zur Wiedereroberung des ihm entzogenen Gebietes, landete die Union Truppen in Colon, der Hauptstadt Panamas. Panama schloß nun am 18. November einen Vertrag mit der Union über den Kanal, wodurch man sich ganz in die Gewalt der Union gab. Es war die kaum verschleierte Annexion.

Im Innern hatte das Land mit den Trusts zu schaffen und mit der Negerfrage. Admiral Dewey erhielt von Roosevelt einen Verweis wegen frecher Äußerungen über die deutsche Marine. Ein amerikanisches Geschwader besuchte Marseille und Kiel. Ein Bauarbeiterausstand in Newyork endete mit dem Sieg der Arbeitgeber. Die Regierung nahm sich der russischen Juden an, duldete aber Grausamkeiten auf den Philippinen. Bei einem Theaterbrand in Chicago kamen sechshundert Menschen um.

Paul Raché übersetzte das Buch „Der Amerikanismus, Schriften und Reden von Th. Roosevelt“.

Man begann die Trusts und Unions als Gefahr für die amerikanische Industrie anzusehen, weil sie die Leistungen herabsetzen durch Ausschaltung der Konkurrenz (Allg. Ztg., 1. Juli).

Der frühere Unterstaatssekretär im Schatzamt zu Washington Frank A. Vanderlip schrieb angesichts der Entwicklung der deutschen Industrie: „Wenn der endliche Sieg, den eine Nation über ungünstige Verhältnisse erringt, der Maßstab für die Größe derselben ist, so ist Deutschland die größte Nation der Welt“ (Allg. Ztg., 1. Juli).

B. Dehn schrieb (All. Ztg., 5. März): „Wo den Staatsmännern der Union die Monroedoktrin unbequem wird, setzen sie sich darüber unbekümmert hinweg. Als die Angliederung der Hawai-Inseln beschlossen wurde, hieß es: die Monroedoktrin verbiete zwar jeder europäischen Macht, sich in die Angelegenheiten des amerikanischen Festlandes zu mischen, doch lege sie der Union keinerlei Beschränkung auf, mit ihren Aspirationen auch über den Bannkreis Amerikas hinauszugehen. Dem ersten Schritt folgte bald der zweite, die Besitzergreifung der Philippinen.“

Die deutsche Gesellschaft der Stadt Newyork, gegründet 1784, ließ einen Zeitfaden für deutsche Einwanderer von L. Bierack schreiben. „Auch in Amerika sollte man das in Ostasien gesprochene Wort „Germans to the front!“ als die Mahnung empfinden, daß die Deutschen überall in der ersten Reihe zu stehen haben.“ — In Newyork entstand eine Vereinigung alter deutscher Studenten in Amerika; ihr Organ war die vor vier Jahren gegründete wissenschaftliche Zeitschrift „America Germanica“.

Zu Ralph Waldo Emersons hundertstem Geburtstag standen dessen „Gesammelte Werke“ auch in Übersetzung (Verlag Diederichs) bereit. — M. v. Ende (Newyork) behauptete, der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 komme die Emersons vom 31. August 1837 gleich (Allg. Ztg., 14. Sept.). — Alb. Geiger wertete Ralph Waldo Emersons Philosophie des Optimismus (Allg. Ztg., 8. April).

Die Negerfrage wurde im Roman „The Leopards Spot“ von Dixon behandelt; sollte die Nation nicht entarten, so müßten die Neger eliminiert werden.

Der Vielmillionär Andrew Carnegie, der vom Arbeiter emporgestiegen war, schrieb über die Pflicht der Reichen: nicht so sehr Wohltätigkeit im einzelnen, als Förderung des Ganzen, gemeinnütziger Anstalten, besonders Volksbibliotheken.



Von dem Überfall Newyorks durch „Elias den Wiederhersteller“, Dr. Joh. Alex. Dowie, den „Generalaufscher der christlichkatholischen Kirche von Zion“, berichtet M. Wilhelm (Allg. Ztg., 30. April).

Die „Illustrierte Zeitung“ 19. November gibt ein Schema des neuen Panamafanal-Projekts. — Flugversuche werden gemacht mit dem Apparat der Brüder Wilburn und Irvill Wright in Dayton (Ohio); „Illustrierte Zeitung“ 5. März. — S. P. Langley arbeitete in Widewater bei Washington an einem neuen Flugzeug (Ill. Ztg., 19. Nov.).

Peru. May Uhle entdeckte eine prähistorische Kultur in Peru (Allg. Ztg., 20. Mai). Teobert Maler berichtete über seine Ausgrabungen in Mexiko (Allg. Ztg., 22. Mai).

Ein greuliches Zeichen einreißender Unkultur war es, daß der amerikanische Negertanz „Cafe walk“ auch in ganz Europa Mode wurde.

# Der Russisch-Japanische Krieg 1904—1905.

## Das Jahr 1904.

Der Streit um Korea und um Port Arthur. Die russische Flotte an der Doggerbank. England in Tibet. Die „Entente cordiale“ zwischen England und Frankreich. Aufstand der Hereros in Deutsch-Südwest-Afrika. Kaiser Wilhelms Mittelmeerreise. Kaiserreden. Jesuitengesetz. Der „Evangelische Staat“. „Vom Rhein zum Yalu.“ Österreichs Entente mit Rußland auf dem Balkan. Die italienische Rechtsfakultät in Innsbruck. Frankreichs Kampf gegen die Kongregationen. Marokko. Das Veto. Bagdadbahn. Panama. Roosevelt wieder Präsident. Die Weltsprache.

Es ist von großer Bedeutung, daß der lange erwartete und als notwendig erkannte Weltkrieg, der zugleich mit den einleitenden Balkankriegen die Lösung der orientalischen Frage bringen mußte, durch die Episode des Russisch-Japanischen Krieges verzögert wurde. Es ist, wie wenn der gute Geist der Menschheit noch vor der Hauptentscheidung die beiden gefährlichsten Kämpfen gegen eine organische Lösung sich in einem besonderen Duell gegenseitig schwächen lassen wollte, um uns den Sieg des Rechts und Gemäßen nicht allzu schwer zu machen. Auch der Burenkrieg Englands hatte schon früher diese Funktion ausgeübt. Alle unsere Gegner kamen, wie wir sahen und noch sehen werden, nach der Reihe etwas geschwächt und enttäuscht aus diesen kriegerischen Vorspielen heraus. So verzögerte sich der von ihnen geplante Überfall auf Mitteleuropa.

Der Russisch-Japanische Krieg hängt aber doch auch innig mit der orientalischen Frage zusammen. Rußland war nämlich durch die geschickte Politik Österreichs in freundschaftlichster Weise von seinen Balkanzielen, von Konstantinopel abgelenkt worden. Das Riesenreich ohne brauchbaren Hafen mußte sich also irgendanderswo einen guten Ausgang zum Meere suchen; daher sein Drängen an den Persischen Golf. Aber hier trat ihm England entgegen. Somit blieb kaum etwas anderes übrig, als sich ganz auf den äußersten Osten zu werfen, auf China, auf die Mandchurei, auf Korea. Hier traf es freilich mit den Aspirationen Japans zusammen. Aber es dachte, sich des kleinen Japaners leicht entledigen zu können. Dieser an sich nur mäßig große Inselstaat hatte sich seit drei Dezennien

Welt-  
krieg.

Korea.

fast aus dem Nichts zu einer Großmacht entwickelt, allerdings nur durch eine unorganische Nachahmung europäischer Technik. Es lag etwas Unehliches in diesem Imperialismus, aber auch das Unehliche ist von großer Wirkung, vorübergehend oft von größerer als das Echte. Um eine Weltmacht zu werden, mußte Japan ebenso wie England über seine Inseln hinausgreifen, und da wies sich ihm eine günstigere Aussicht als dem andern westlichen Inselstaat. Während nämlich England seine Vergrößerung im fernen Amerika, im fernerem Afrika und im noch fernerem Indien suchen mußte, brauchte Japan nur auf das gegenüberliegende Festland, auf Korea und China, hinüberzugreifen. Sein Ehrgeiz konnte nach einem panmongolischen Riesenreich trachten, wenn es die Hegemonie über das verwandte China mit seiner unerschöpflichen Menschenmenge erreichte. Und das schien durchaus nicht unmöglich bei der Schwäche des chinesischen Wesens. Ebenso wie die chinesische Kultur einst den Mandtschu erlegen war, deren Dynastie noch herrschte, ebenso und noch leichter konnte Japan diese Eroberung machen — wenn ihm Europa nicht in den Arm fiel. Aber das war eben die Schwierigkeit. Der Russisch-Japanische Krieg war ein Kampf um China als um eine Stufe zur Weltherrschaft. Er ging somit auch aus dem Boxerkrieg von 1900 hervor. Wenn damals die Mächte der Erde, gemeinschaftlich vorgehend, einander überwachten und eine Aufteilung Chinas verhinderten, geschweige eine einseitige Besitznahme durch eine einzige Macht, so hatte seit jenem Krieg sowohl Rußland wie Japan vor allen andern Mächten heimlich um den entscheidenden Einfluß in China gerungen. Daraus entstand der Krieg. Seine Bedeutung liegt darin, daß es weder der einen noch der andern Macht gelang, völlig ihr Ziel zu erreichen. Beide erlahmten an einer Aufgabe, die ihren Kräften zu schwer war.

Das Vorwerk von China war Korea, der chinesische Vasallenstaat. Hier entbrannte der Krieg. Hier intrigierten neben den andern Mächten vor allem die beiden Nebenbuhler Rußland und Japan. Unruhen waren leicht erregt, in die man sich einmischen konnte. Um gegen solche Unruhen in Söul, der Hauptstadt Koreas, ihre Angehörigen und Gesandtschaften zu schützen, landeten zu Beginn des Jahres russische und japanische — aber auch englische und amerikanische Kriegsschiffe Mannschaften; im Hafen von Tschemulpo blieben die Kreuzer der Mächte stationiert.

Die fortgesetzten Reibungen führten am 5. Februar zur Abberufung des japanischen Gesandten. Die Gewalttätigkeiten begannen schon am 8. Februar durch einen Überfall japanischer Torpedoboote auf das russische Geschwader zu Port Arthur, worauf die japanische Flotte die Forts von Port Arthur bombardierte. Am 9. griffen auch die japanischen Schiffe die russischen bei Tschemulpo an und bemächtigten sich der Verwaltung Koreas.



Die russische Regierung beklagte sich über das Vorgehen Japans am selben Tag. Dieses antwortete am 11. Februar durch eine einseitige Darstellung der Vorgänge und der Verhandlungen folgenden Inhalts: „Die japanische Regierung bestand auf der Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit Koreas als auf der Hauptbedingung für die Sicherheit Japans; sie forderte die Anerkennung des Vorherrschens der japanischen Interessen auf der Halbinsel. Rußland aber setzte nicht nur im Widerspruch mit seinem Vertrag mit China und seiner den Mächten gegebenen Versicherung die Okkupation der Mandschurei fort, sondern ergriff auch bedrohliche Maßregeln gegen Korea. Japan schlug Rußland am 12. August vorigen Jahres einen Vertrag vor, der folgende Punkte umfaßte: Anerkennung der Unabhängigkeit Koreas; Gleichberechtigung aller Nationen daselbst; Anerkennung der vorherrschenden Interessen Japans in Korea, anderseits der Rechte Rußlands bezüglich der Eisenbahnen in der Mandschurei; alleiniges Recht Japans, Korea zu seinen inneren Reformen Ratschläge und Unterstützung zu gewähren; Rußland dürfe die Ausdehnung der Korea-Bahnen nach der Südmandschurei und deren Anschluß an die ostchinesischen Bahnen nicht hindern. Rußland wich aus, verzögerte die Antwort, lehnte schließlich ab. Dadurch ist die chinesische Unabhängigkeit unsicher geworden und damit auch die ganze völkerrechtliche Grundlage aller Verträge mit China. Die russische Besitzergreifung der Mandschurei hebt alle Vertragsrechte anderer Nationen auf. Die Weigerung Rußlands, sich Japan gegenüber zu binden, die Verschleppung der Verhandlungen mit gleichzeitigen offensichtlichen Rüstungen, die Aufstellung bedeutender Truppenmassen an der koreanischen Grenze zerstörte jede Hoffnung auf eine verständliche Auseinandersetzung und führte zum unvermeidlich gewordenen Abbruch der Verhandlungen.“

Daraufhin riet Japan der chinesischen Regierung, ihre Neutralität zu erklären. Die Geschäftigkeit Japans ging so weit, daß Offiziere, als Kulis verkleidet, in die Mandschurei gingen, um dort Eisenbahnbrücken zu sprengen. Sie wurden aber dabei ertappt und gehängt.

Die Stimmung in Petersburg wird durch eine Kundgebung der russischen Regierung am 18. Februar gekennzeichnet. Man rief nach Rache für den verräterischen Angriff. „Die Einigkeit und Macht des russischen Volkes beseitigen die Zweifel, daß Japan die verdiente Züchtigung erhalten werde dafür, daß es den Krieg herausforderte, während der Zar den Frieden mit allen Nationen zu erhalten wünscht. . . Die entfernte Lage des angegriffenen Gebietes und der Wunsch, den Frieden zu erhalten, schufen die Unmöglichkeit, die Kriegsvorbereitungen von langer Hand im voraus zu treffen. Es wird sicher Zeit bedürfen, um Japan Schläge zu versetzen, die der Macht Rußlands würdig sind. Unnützes Blutvergießen ist der Größe Rußlands unwürdig.“ Rußland beklagte sich auch am 22. Februar bei allen Mächten über Verletzung des Völkerrechtes durch Japan, dessen Vorgehen dem Ge-

brauch zivilisierter Staaten widerspreche. Japan habe drei Tage vor der förmlichen Kriegserklärung die Gewalttätigkeiten begonnen, habe Handelsschiffe in neutralen Häfen weggenommen, habe sich die Herrschaft in Korea angemacht usw. Die russischen Zeitungen forderten die Eroberung Koreas und wenn der Krieg sechs Jahre oder länger dauern sollte. Um die Mandschurei handle es sich nicht mehr, diese sei bereits ein Teil des russischen Reiches geworden. Man beeilte sich, die Lücke der Transsibirischen Bahn am Baikalsee auszufüllen.

Indessen bemühten sich die Vertreter Englands, Amerikas, Frankreichs, Deutschlands und Italiens, den Krieg auf Korea und die Mandschurei zu begrenzen, so daß das eigentliche chinesische Gebiet davon nicht betroffen werde (21. Febr.). Japan war einstweilen zufrieden, sich Korea durch einen Vertrag vom 23. Februar zu sichern, so daß dieser Staat völlig in Japans Gewalt kam. Das Vordringen russischer Truppen in Korea wurde zurückgewiesen. Nachdem sich so Japan in Eile die Halbinsel Korea als den Brückenkopf zum Festland von Asien gesichert hatte, wollte es, gerademwegs nach Westen weiterbringend, sich durch einen Handstreich Port Arthurs bemächtigen, welcher Hafen auf dem Wege nach Taku, Tientsin und Peking lag. Dies Port Arthur, also nach einem englischen Kapitän 1860 genannt, war schon einmal 1894 von den Japanern erobert worden, mußte aber 1895 wieder an China zurückgegeben werden; 1898 wurde es auf 25 Jahre an Rußland verpachtet. Ein japanischer Überfall auf Port Arthur (10. März) gelang nicht ganz; es entwickelten sich in der Folge die heftigsten Kämpfe um dies Kriegsziel. Dabei stieß am 13. April das russische Panzerschiff Petropawlowsk auf eine Mine und versank; mit ihm der Admiral Makarow, sein Stab und der berühmte Kriegsmaler Wassily Wereschtschagin, der seine Schlachtenbilder im Dienst des Pazifismus gemalt hatte.

Die neutralen Mächte, besonders England, hielten eine Vermittlung in diesem gefährlichen Streit für wohl angebracht; aber die russische Regierung lehnte derlei ab. „Rußland wünschte den Krieg nicht und tat das Mögliche, um die Verwicklungen friedlich zu lösen; aber nach dem treulosen Überfall Japans kann keine Vermittlung Erfolg haben. Rußland wird auch keine Einmischung irgendeiner Macht in die Friedensverhandlungen nach dem Kriege zulassen.“

Im Mai gelang es den Japanern, von Korea aus den Jalu, den Grenzfluß gegen die Mandschurei zu, zu übersetzen; auch landeten sie Truppen auf der Ostküste der Halbinsel Liautung, von wo aus sie gegen Port Arthur zu Lande vom Norden her vorgehen konnten; so begann Ende Mai die Einschließung Port Arthurs. Zu Lande und zur See wurde nun um Port Arthur gerungen mit wechselndem Glück. Die Japaner drangen im Juni und Juli auch gegen die mandschurische Liau-Ebene vor. Im Juli zeigten sich schon in beiden kriegsführenden Staaten

die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, besonders im kleineren, aber industrielleren Japan. Das befreundete England wuchs dadurch als gefährlicher Konkurrent. Zwei Ausfälle russischer Geschwader aus Port Arthur und dem nördlicheren Vladivostok mißlingen infolge zu geringer Schnelligkeit der russischen Führung. Durch einen neuen Vertrag trat am 22. August Korea noch mehr in die Klientel Japans. In der furchtbaren Schlacht bei Liauyang vom 24. August bis 5. September wurden die Russen zum Rückzug auf Mukden gezwungen. Auf beiden Seiten Mukden. standen je 150.000 bis 180.000 Mann, auf beiden Seiten fielen etwa je 20.000 Mann.

Japan mußte sich zu außerordentlichen Rüstungen aufraffen. Der russische Oberbefehlshaber Kuropatkin appellierte in einem Armeebefehl vom 2. Oktober an die Ausdauer der russischen Soldaten: „Es werden frische Kuropatkin. Truppen kommen; denn es ist der unbeugsame Wille des Zaren, daß wir den Feind überwinden. Jetzt sind wir stark genug, den Vormarsch aufzunehmen. Aber neben der Stärke an Zahl ist es nötig, daß in allen Rangklassen, von der niedrigsten bis zur höchsten, der feste Entschluß herrscht, den Sieg zu gewinnen, welche Opfer dies auch kosten mag. Es ist nötig, die Bedeutung des Sieges für Rußland vor Augen sich zu halten und vor allen Dingen eingedenk zu sein, wie sehr ein Sieg erforderlich ist, um desto schneller unsere Brüder in Port Arthur zu entsetzen, welche schon sieben Monate hindurch die Verteidigung der ihnen anvertrauten Festung durchgeführt haben. Das erhabene Oberhaupt des russischen Landes betet mit ganz Rußland für euch und segnet euch für eure heroischen Taten. Dadurch gestärkt, müssen wir furchtlos vorwärtsgehen mit der festen Entschlossenheit, bis zum Ende unsere Schuldigkeit zu tun, ohne unser Leben zu sparen. Der Wille Gottes sei mit uns allen!“ — Der Mikado richtete am 11. Oktober seinerseits einen Aufruf an sein Volk, worin es hieß: „Seit Beginn des Krieges war unsere Sache siegreich. Aber da die endgültige Durchführung noch in sehr weiter Ferne liegt, ist es nötig, in der Verfolgung unseres Zieles geduldig und ausdauernd zu bleiben und auf diese Weise nach der schließlichen Erfüllung unseres Vorsatzes zu streben.“

Nun entwickelte sich wieder eine mehrtägige Stellungsschlacht vom 15. bis 18. Oktober am Schacho ohne strategische Entscheidung. Die Russen waren 200.000 Mann stark, die Japaner zählten 160.000 Mann. Die Russen verloren 45.000, die Japaner 16.000 Mann. Um so entscheidender waren die Erfolge der Japaner vor Port Arthur; sie erstürmten dort den 203-Meter-Hügel vor der Stadt, der den Hafen beherrschte, am 30. November und vernichteten von da aus die russischen Schiffe. Das führte zur Hauptentscheidung, die aber erst mit Beginn des



neuen Jahres eintrat. Allerdings zeigte sich auch bereits die Erschöpfung Japans, besonders auf finanziellem Gebiet.

In Rußland schwankte die Stimmung zwischen überschwenglicher Hoffnung und Depression. Graf Tolstoi, ein Sohn des Dichters, erklärte, die seelische und Verstandeskraft der Nation prädestiniere sie zur Herrin der Welt. Dagegen gab Menschikow in der „Nowoje Wremja“ ein trübes Bild vom intellektuellen und moralischen Zustand der Russen; sie seien ein bettelarmes, unwissendes, apathisches, verwildertes Volk, daß nicht satt zu essen hat, sich aber in abscheulicher Weise betrinkt, krankhaft, dem Boden entfremdet. Weit entfernt, von der Weltherrschaft zu träumen, muß es um seinen Platz an der Sonne sorgen. Bei den neuen Rüstungen kam es zu Tumulten. Das Volk rief: Es lebe Japan! Nieder mit dem Zaren! Viele entzogen sich durch Flucht der Einberufung, dabei wurden viele getötet oder verwundet. Sozialisten durchzogen mit roten Fahnen das Land und wiegelten die Menge auf. Zwischen polnischen Reservisten und russischen Soldaten fanden bei Warschau blutige Schlägereien statt. Ein Offizier wurde getötet. Zweiundzwanzig Reservisten wurden standrechtlich erschossen, und so fort.

Roschdestwensky.

Doggerbank.

Im Oktober machte sich die baltische Flotte auf, um auch nach Ostasien sich zu begeben. Ihr Admiral war Roschdestwensky. Er hatte schon das erste Unglück an der Doggerbank in der Nordsee. Die betrunkenen Russen hielten englische Fischerboote für japanische Torpedos und beschossen sie wütend. Die englische Presse erhob die schärfsten Beschuldigungen gegen die unfähige Führung der russischen Flotte; sie sei eine Gefahr für alle friedlichen Nationen und müsse zurückgerufen werden. Sie forderte eine eklatante Genugtuung, sonst sei ein Krieg schwer zu vermeiden. Die russische Presse wies diese Anschuldigungen ab; vielleicht habe England der russischen Flotte nur eine Falle gestellt. Warum hat man die englischen Fischer nicht auf das Herannahen der Flotte aufmerksam gemacht? Ministerpräsident Balfour sagte am 28. Oktober: „Die russische Flotte befand sich 30 Meilen außerhalb der Route, die sie hätte verfolgen müssen . . .“ Die russische Regierung sprach nun allerdings ihr tiefes Bedauern aus. Zar Nikolaus telegraphierte in diesem Sinne an König Edward. Rußland versprach reichlichste Entschädigungen und Untersuchung des Falles. Die schuldigen Offiziere werden in Vigo zurückgehalten werden. Man werde die Sache einer internationalen Kommission, wie sie von der Haager Konvention vorgesehen ist, zur Entscheidung übergeben. Das Tollste war, daß die „Army and Navy Gazette“ die Deutschen beschuldigte, diesen „Huller“ Zwischenfall verschuldet zu haben (die Fischer waren aus Hull an der Ostküste Englands). Man sagte, die Deutschen hätten die russische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß japanische Schiffe in Verbindung mit englischen auf die russische Flotte lauerten. Deutschland ziehe den Vorteil aus der Lage. Die Hamburg-Amerika-Linie versehe die russischen Schiffe mit Kohlen

und Nahrungsmitteln. Die deutsche Flotte sei überhaupt die alleinige Bedrohung des Friedens; sie dürfe daher nicht vergrößert werden. Nicht nur Frankreich, sondern auch Italien, Österreich und Spanien würden sich freuen, wenn dies friedensfeindliche Element ausgemerzt werde. Die englische Regierung mußte auch ihre eigenen Untertanen warnen, die russische Flotte nicht durch Kohlenlieferung und dergleichen zu unterstützen; das würde streng bestraft werden.

Die Erfolglosigkeit Rußlands war gewiß nicht allein der Tüchtigkeit des japanischen Gegners, sondern vielmehr der eigenen Schwäche, den Schwierigkeiten im Innern zuzuschreiben. Ganz unabhängig vom Krieg erwies sich die fortschreitende Paralyse des Riesenreiches. In Finnland wurde der Generalgouverneur Bobrikow vom Senatsbeamten Schaumann, Sohn eines Senators, am 16. Juni erschossen. Schaumann tötete sich sofort selbst und hinterließ ein mahnendes Schreiben an den Zaren über die herrschenden Mißstände, über die Unzufriedenheit, über die Willkür der russischen Beamten, die Unterdrückungen, Verhaftungen, Verbannungen. Der Zar ernannte an Stelle des Ermordeten den Fürsten Obolenski und erklärte, die Ermordung Bobrikows sei nur die Tat eines Unsinnigen, nicht die Tat des finnischen Volkes. Im engsten Anschluß Finnlands an das Reich müsse die Staatsgewalt unbefugsam sein und bleiben. Bei Unruhen in Warschau wurden gegen zwanzig Menschen getötet. Am 18. Juli wurde Andrejew, der Vizegouverneur von Jelisawetpol in Agdschafent (Transkaukasien) ermordet. In Petersburg wurde am 28. Juli der Minister des Innern Plehwe von einem Anarchisten mit einer Sprengbombe getötet.

Ein Lichtblick für das Reich war die langersehnte Geburt eines Kaisersohnes Alexis, 12. August, weil sie einige Gnadenmanifeste zur Folge hatte. Zu den Taufpaten gehörten auch Kaiser Wilhelm und König Edward. Auch den Juden besseren Standes wurden einige Freiheiten gewährt. Sogar den akademischen Korporationen in Dorpat wurde das seit 1894 verbotene Furbetragen wieder gestattet.

Gegen Ende des Jahres häuften sich aber die sozialistischen und die konstitutionellen Kundgebungen, und auch der Zar richtete am 27. Dezember einen Erlaß an den Senat über staatliche Reformen: Selbstverwaltung, Selbständigkeit der Gerichte, Arbeiterschutz, Toleranz in Glaubenssachen, Rechte der Ausländer, beschränkte Pressfreiheit u. dgl.

Außer durch den Japanischen Krieg war Rußland besonders noch durch das Vorgehen Englands in Tibet bedroht: man erklärte die englisch-tibetanischen Abmachungen für einen Widerspruch mit dem englisch-russischen Übereinkommen, wonach England keine politischen Änderungen in Tibet vornehmen dürfe.

Ernst v. Brüggge zeigte in seinem Buch „Das heutige Rußland“, daß das ungeheure Reich notwendigerweise einer Krisis zutriebe, und zwar in Folge des Expansionstriebs und des Zentralismus.

Der verstorbene Tschichow war der Schilderer und Wortführer der russischen Intelligenz, während Gorki die sozialen Niederungen darstellte.

Der russische Gelehrte Merešchkowsky schilderte die Menschheit des 27. Jahrhunderts in seinem Märchen „Das irdische Paradies“.

Mendelejew. Bei Gelegenheit von Mendelejews siebzigstem Geburtstag müssen wir dessen bahnbrechende Entdeckungen eines natürlichen Systems der chemischen Elemente hervorheben, woraus sich ganz neue einheitliche Anschauungen über Materie und Gesetzmäßigkeit in der Natur ergaben.

Wichtige Andeutungen über den japanischen „Panmongolismus“ gibt ein Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ 19. Februar. — In Leipzig erschien das Buch „Unser Vaterland Japan, ein Quellenbuch, geschrieben von Japanern“, voll von maßloser Überschätzung. — Ottmar von Mohl sprach in seinem Buch „Am japanischen Hofe“ vom deutschen Einfluß in Japan.

Man sah in Port Arthur ein zweites Sebastopol (Allg. Ztg., 8. Nov.).

Die deutsche Kunst war vom „Japanismus“ beeinflusst und entzückte sich besonders an den japanischen Farbenholzschnitten. — Über das älteste Christentum in Japan schrieben Richard Hildebrandt „Japan as it was“ (Tokio 1902), M. Steichen „The Christian Daimyos 1549—1650“ (Tokio 1903), und Hans Haas „Geschichte des Christentums in Japan. Mitteilungen der deutschen Gesellschaft Ostasiens“ (Tokio 1902); ferner das „Bulletin de l'Ecole française d'Extrême-Orient“ (Hanoi in Tonking 1903).

Auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz fand die Funkentelegraphie praktische Erprobung.

England  
in Tibet.

Neben dem Russisch-Japanischen Krieg war das Vorgehen Englands in Tibet das wichtigste politisch-militärische Ereignis. Eine englische Expedition marschierte unter Oberst Younghusband im Januar von Indien aus gegen Tibet, angeblich, „um auf ein befriedigendes Abkommen mit denjenigen zu dringen, die das Abkommen gebrochen haben, das vor vielen Jahren zum Zwecke eines freundschaftlichen Handelsverkehrs abgeschlossen wurde“. So sagte der Staatssekretär des Auswärtigen Lord Lansdowne im Oberhaus am 2. Februar und setzte hinzu: „Man hat schon lange um Chinas Unterstützung dabei nachgesucht, aber vergebens; ein chinesischer Delegierter, der zur Regelung der Angelegenheit abgesandt wurde, hat Peking im Dezember 1902 verlassen und ist noch immer auf dem Wege nach Lhasa. Die chinesische Regierung gleicht eben einem gebrochenen Stab, auf den man sich nicht lehnen kann.“ Auch mit Rußland verhandelte England über die tibetanische Frage seit längerer Zeit. Infolge der 1900 und 1901 vom Dalai Lama nach Petersburg gesandten Abordnung verständigte nämlich die englische Regierung sowohl die russische wie die chinesische, daß sie irgendwelchen Maßnahmen nicht gleichgültig zusehen könne, die darauf gerichtet seien, den bestehenden Zustand in Tibet zu ändern. Wenn Rußland dort irgendwelche Tätigkeit entfalten sollte, müßte England eine noch weitergehende Tätigkeit entfalten. Rußland habe nicht das Recht, sich über Englands Vorgehen zu beklagen, angesichts seiner eigenen Übergriffe in der Mandschurei, Turkestan und Persien. Russische



Waffen seien schon nach Tibet eingeführt worden, und die Tibetaner verließen sich auf das Versprechen russischer Unterstützung. — Zweifellos hätte Rußland diese Herausforderung Englands nicht so leicht hingenommen, wenn es nicht gegen Japan übergenug beschäftigt gewesen wäre.

Vom indischen Standpunkt aus kennzeichnete der dortige Vizekönig Curzon am 31. März also die Lage: Indien ist eine Festung mit dem Meer als Festungsgraben auf zwei Seiten und einem Wall von Bergen auf der dritten. Jenseits des Walles ist ein Glacis von wechselnder Breite und Ausdehnung. Wir wünschen es nicht zu besetzen, aber wir können auch nicht zugeben, daß es von einem Feinde besetzt wird. Wir sind ganz zufrieden, es in den Händen unserer Verblindeten und Freunden verbleiben zu sehen. Wenn sich aber unfreundliche Einflüsse erheben, um sich unter unseren Mauern einzunisten, sind wir genötigt, dagegen einzuschreiten, denn es würde uns dadurch eine Gefahr erwachsen und unsere Sicherheit bedroht sein. Dies ist das Geheimnis der gesamten Lage in Arabien, Persien, Afghanistan, Tibet und Siam.“ Indes gelang es dem Oberst Younghusband, in glücklichen Gefechten bis Ghangtse vorzudringen (11. April). Vergebens suchten ihn die Tibetaner von dort zurückzutreiben. Er gelangte nach weitem Kämpfen am 3. August bis nach der Hauptstadt Lhasa, die der Dalai Lama geräumt hatte, und zwang ihn zu einem Vertrag, der ihn zum Vasallen Englands machte. England erhielt ein ausschließliches Privilegium auf alles Tibetische. Vergebens protestierte China dagegen. Es sandte im September einen Bevollmächtigten ab, der den Dalai Lama absetzte. Auch die Liberalen Englands verurteilten den Rechtsbruch gegen China; die Expedition Younghusbands stehe auf derselben Stufe wie der Einfall Jamesons in Transvaal; aber die konservative Partei verteidigte die Regierung.

Ein Ausbau der „Entente cordiale“ zwischen England und Frankreich war das Abkommen vom 8. April über die Schlichtung mehrerer kolonialer Streitfragen. Frankreich wollte Englands Stellung in Ägypten nicht stören, England wollte dafür das Interesse Frankreichs an Marokko anerkennen. Für die nächsten dreißig Jahre sollen beide Mächte in Ägypten und Marokko kommerziell gleich behandelt werden. Man sicherte sich auch gegenseitig die freie Schifffahrt auf dem Suezkanal zu und in der Meerenge von Gibraltar. Andere Vereinbarungen betrafen die Neufundländer Fischerei, eine Grenzberichtigung in Senegambien, östlich vom Niger, die Abtretung der Inselgruppe Loz an der Nigermündung an Frankreich, die Einflußkreise in Siam, die Zollgesetzgebung in Madagaskar, die Rechtslage der neuen Hebriden. Über diese Konvention sagte der Unterstaatssekretär Percy im Unterhaus (1. Juni), es sei ein Sieg der Diplomatie, daß die Schwierigkeiten so glatt erledigt wurden. Die Zeit sei vorüber, wo ein Erfolg einer Nation als notwendigerweise nachteilig für eine andere Nation erachtet wurde. Die Konvention möge ein Muster zur Erledigung der Schwierigkeiten zwischen England und andern Nationen sein. — Auch in Frankreich billigte man das Abkommen,

das am 10. November der Kammer vorgelegt wurde. Der Sozialist Jaurès begrüßte es als eine Friedensbürgschaft, als den Vorläufer eines weitergehenden Einvernehmens, das den Weltfrieden sichere. Es sei gegen keine dritte Macht gerichtet, weder gegen Rußland noch gegen Deutschland. Die Frage eines Bündnisses mit Rußland sei zum Glück in den Hintergrund getreten, denn es sei voll Illusionen und Gefahren. Was Deutschland betrifft, so habe es allerdings Frankreich ein schweres Unrecht zugefügt und anderseits habe England dessen wirtschaftliche Konkurrenz zu fürchten. „Wir sind der deutschen Diplomatie in keiner Weise nachgiebig gesinnt, und wir fürchten, daß sie den Konflikt in Ostasien zu verlängern suche, um die Arme in der Türkei frei zu haben. Aber wir wollen nicht Gewalt mit Gewalt erwidern und keine Mitarbeit am Werke der Friedensstiftung zurückweisen. Selbst Gambetta hat gesagt, er wolle eine Annäherung an Deutschland. Er sprach wohl von Zurückforderung und Genugtuung, aber nie von Revanche. — Auch der Minister des Auswärtigen Delcassé hob die Vorteile des Abkommens hervor, das eine Quelle schwerer Konflikte beseitige. Frankreich bringt wohl auch Opfer, aber wer hätte nach zweiundzwanzig Jahren von England die Räumung Ägyptens verlangen wollen, um Gefahren zu laufen, die man damals nicht laufen wollte?“

England rüstete sich militärisch, ökonomisch und moralisch für den Konkurrenzkampf mit Deutschland. Neue Zollverordnungen verschärften den Deklarationszwang über die Herkunft der Waren. Das Kriegsamt wurde nach deutschem Vorgang umgestaltet. Man verdächtigte die Haltung Deutschlands im asiatischen Krieg als russenfreundlich; man plane dort offenbar wieder eine Neugruppierung der Großmächte, eine Wiederherstellung des Dreikaiserverhältnisses von Bismarcks Zeiten als Gegengewicht zum Zusammenschluß der drei großen liberalen Mächte des Westens, der sich kürzlich vollzogen habe. Die liberale Opposition fand freilich die steigende Last der Militärausgaben unerträglich. Der Schatzkanzler Austen Chamberlain gab am 19. April im Unterhaus zu: „Die große Welle des Wohlstandes, deren England sich viele Jahre hindurch erfreute, scheint ihre Kraft verbraucht zu haben; eine Periode minder ertragreicher Jahre scheint nunmehr über das Land zu kommen. Der Wettbewerb des Auslands ist schärfer als je zuvor, Absatzmärkte, in denen man Englands Überlegenheit für sicher ansah, sind in zunehmendem Maße bedroht.“ Der „Spectator“ tröstete aber am 6. Mai seine Leser: „Die Reden des deutschen Kaisers sind eine Folge der Isolierung Deutschlands. Der Kaiser sucht diese Tatsache durch laute und leidenschaftliche Worte zu verbergen, wie ein Junge, der abends über den Kirchhof geht, seine Furcht unter Pfeifen verbirgt. Der Kaiser renommiert, um seinen Mut zu beleben. Die Welt soll keine Zeit haben zu bemerken, einen wie tiefen Fall Deutschland in seiner Weltstellung im letzten Halbjahr getan hat.“

Im Juli wurde ein Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland unterzeichnet und man konnte ein deutsches Geschwader von 33 Kriegsschiffen bei

dessen Besuch in Plymouth betrachten. Eine große Sorge war die beobachtete Degeneration der englischen Nation, besonders der untern Bevölkerungsklassen infolge der Trunksucht, der schlechten Wohnungsverhältnisse und des Ungeschicks der Frauen im zweckmäßigen Kochen und im Haushalt. Die größte Gefahr erblickte man in der deutschen Flottenvermehrung. Die englische Presse schrieb: „In keinem Fall können britische Interessen durch die Förderung deutscher Interessen gewinnen. Wir müssen zwischen Frankreich und Deutschland wählen. Unsere Beziehungen mit Frankreich sind unvereinbar mit engeren Beziehungen zum Deutschen Reich.“ Und: „Deutschlands Hauptprojekt ist die Absorbierung Hollands durch Aufnahme in das Deutsche Reich. Die Rheinmündung zu gewinnen, ist ein von fast allen deutschen Publizisten offen eingestandener Plan. Auch die Holländer zeigen sich dieser Idee allmählich zugänglicher. Die Ehe der Königin Wilhelmina mit einem deutschen Prinzen brachte die beiden Länder einander näher, und der Burenkrieg, der Engländer und Holländer entzweite, verstärkte den deutschen Einfluß. Die Deutschen hoffen, daß Holland sich zu einer Marinekonvention werde drängen lassen.“

Rhein-  
mündung.

Eine Monatschrift „Nineteenth Century“ veröffentlichte im November ein Interview mit Bülow, der seine Korrektheit in all diesen Dingen betonte. Deutschland werde die Freundschaft mit Rußland pflegen, aber streng neutral bleiben. Ein Krieg zwischen Deutschland und England wäre nur für alle Rivalen beider Mächte ein Glücksfall.

Eine Denkschrift der Admiralität vom 10. Dezember bezeichnete es als das Ziel, daß die ganze Flotte kriegsbereit gehalten werde, um nötigenfalls einen sofortigen Schlag auszuführen. Dazu erfolgte eine neue Verteilung der Geschwader.

Redmond, der Führer der irischen Nationalisten, agitierte für Irland. Wiederbelebung der Homerulebewegung: keine teilweisen Konzessionen, sondern volle irische Autonomie. Die „Irish Reform Association“ forderte eine Finanzbehörde, eine Art Lokalparlament zur Erledigung der irischen Finanzfragen.

Im Oberhaus beantragte der katholische Herzog von Norfolk eine Änderung des antikatholischen Krönungseides des Königs. Die protestantischen Lords waren nicht dagegen, vorausgesetzt, daß das Bestehen der protestantischen Thronfolge nicht gefährdet werde. — Die britische Bibelgesellschaft feierte die Hundertjahrfeier ihres Bestehens. — In einem Prozeß der freien Kirche von Schottland mit der presbyterianischen Kirche handelte es sich um das Kirchengut im Wert von 200 Millionen Mark. Das Haus der Lords entschied als Obergericht zugunsten von 24 Landpfarrern als den Vertretern der berechtigten Kirche; dadurch wurden 1100 Pastoren in Schottland obdachlos und kirchenlos. Welche Zustände! — In Wales entstand unter den Bergleuten eine religiöse Bewegung, die den Arbeitsbetrieb gefährdete.

Die Beschwerden Englands über Unzufriedenheiten und Grausamkeiten im Kongostaate wurden im Unterhaus lebhaft besprochen.



Lord Lansdowne meinte beim Lordmayorbalkett, 9. November: „Ich bin sanguinisch genug, zu sagen, daß wahrscheinlich etwas Gutes aus dem (ostasiatischen) Kampf entstehen wird. Dieser schreckliche Krieg wird dem Verlangen nach Regelung internationaler Streitfragen einen weiteren Antrieb geben. Dies Verlangen ist jetzt weitverbreitet, es ist in Mode, Großbritannien hat in den letzten drei Jahren acht oder neun Fälle der schiedsgerichtlichen Regelung zugeführt, ich selbst habe fünf Schiedsverträge unterzeichnet, und über zwei weitere wird verhandelt.“

J. Mendel betrachtete „Indien, das Bindeglied zwischen Ost und West“, zwischen der hellenistischen und ostasiatischen Kultur.

Gertrud v. Beßold wurde als erster weiblicher Pastor der Gemeinde der Free Christian Church angestellt. Sie war 1876 zu Thorn geboren.

Charlotte Lady Blennerhassett geb. Gräfin v. Lennox schrieb als „Beitrag zur religiösen Entwicklungsgeschichte der Gegenwart“ ein Buch über John Henry Cardinal Newman, „Englands größten Konvertiten“.

Für die deutsche Kolonie in London wurde eine Christuskirche von F. Rees in gotischem Stil erbaut (M. Btg., 29. Dez.).

Th. Knorr übersezte John Ruskins „Praeterita. Ansichten und Gedanken aus meinem Leben, welche des Gedenkens vielleicht wert sind.“ G. Heiseler übersezte Robert Brownings „Pippa geht vorüber“. Offenbar nahm G. Hauptmann daher den Gedanken von „Und Pippa tanzt“. „Das Leben Georg Joachim Goeschens von seinem Onkel Viscount Goeschen“ wurde von Th. A. G. Fischer ins Deutsche übersezt. — Oliver Lodge, der englische Gelehrte, griff Haeckels Philosophie an als eine Rückständigkeit des Materialismus aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. — Es gab noch immer törichte Verteidiger der Hypothese, daß Bacon die Dramen Shakespeares geschrieben habe. — Die Theosophin Annie Besant hielt in Deutschland Vorträge. Über sie L. Deinhard „Allgemeine Zeitung“ 19. September. — R. Hagemann gab ein Buch über Oskar Wilde.

Deutsch-  
land.

Im deutschen Reichstag äußerte sich Reichskanzler Bülow über den Ostasiatischen Krieg (12. April): Deutschland tue, was möglich ist, damit aus dem Duell kein Weltkrieg sich entwickle. Nicht nur er, sondern auch die leitenden Minister in London, Paris und Petersburg seien durch den plötzlichen Ausbruch des Krieges überrascht worden. Es sei wenigstens die Neutralisierung Chinas gelungen. Bebel tadelte die Parteinahme der Regierung für Rußland. Bülow leugnete dies und warf Bebel vor, es widerspreche der Neutralität, wenn die Sozialdemokraten in gehässiger Weise bestrebt sind, das Reich mit Rußland zu verfeinden. Die deutsche Sozialdemokratie möge sich ein Beispiel nehmen an der viel politischeren Art der französischen Sozialisten. Wenn private deutsche Firmen Schiffe an Rußland verkauft haben, so steht es auch Japan frei, bei uns Schiffe zu kaufen. — Am 9. Mai kam Bebel darauf wieder zurück: Deutschland sei in der Welt isoliert und die Lage sei

gefährlich, wie die Reden des Kaisers andeuteten. Warum hat der Kaiser ein Sympathietelegramm wegen des Untergangs des „Petropawlowsk“ nach Rußland gerichtet, da doch die Sympathie der Nation auf Seiten der Japaner steht? Eine Niederlage der Russen wäre ein Glück für Deutschland. — Bülow entgegnete, wenn Bebel meint, daß in der Welt viel Neid und Haß gegen uns vorhanden ist, so müssen wir uns um so mehr rüsten.

Das Deutsche Reich hatte damals mit dem Aufstande der Hereros Hereros. im deutschen Südwestafrika zu schaffen. Der Reichskanzler Bülow verschleierte nicht den Ernst der Lage, als er am 18. Januar dem Reichstag eine Vorlage zur Entsendung von Verstärkungen empfahl. Die Vorlage wurde denn auch angenommen. Bebel klagte aber am 9. Mai, der Aufstand sei durch das Verschulden der Deutschen herbeigeführt worden, durch Gewinnsucht der Ansiedler, Verfehlungen gegen Hererosfrauen, Mißhandlung der Schwarzen. Die Kolonie werde zu kostspielig. — Indessen wurde dort mit wechselndem Erfolge gekämpft. Die Truppen litten auch unter dem Typhus. Im Oktober begann auch Hendrik Witboi, der Führer der Hottentotten, den Krieg gegen die Deutschen, weil er die Entwaffnung seines Stammes fürchtete. Die Hottentotten wurden aber bald geschlagen und auch die Hereros wurden im Dezember auf britisches Gebiet gedrängt, wo sie entwaffnet wurden. Eine Denkschrift der deutschen Regierung vom 3. Dezember widerlegte die von Kolonialgegnern aufgestellte Behauptung, daß sich die Eingebornen vor dem Eintritt der deutschen Herrschaft idyllischer Zustände erfreut hätten: die im 18. Jahrhundert eingewanderten Hereros und Hottentotten haben die Bergdamara und Buschleute unterjocht und zu Sklaven gemacht und waren fast unablässig in blutige Kämpfe untereinander verwickelt. Erst das Eingreifen der deutschen Verwaltung 1896 machte diesen unheilvollen Fehden ein Ende. Nun sehnen sich aber die Eingebornen nach den Zeiten des fröhlichen Raubens, des ungebundenen Kriegslebens, der gefüllten Branntweinfässer zurück. Eine völlige Entwaffnung war nicht durchzuführen.

Es bestand seit dem Vorjahre die Sorge, Kaiser Wilhelm könne von derselben bössartigen Krankheit wie sein Vater befallen sein. Kaiser Wilhelm. Trotzdem leitete er heldenhaft die Regierungsgeschäfte und konnte am 30. Januar mit dem Dank für zahlreiche Beglückwünschungen aus Anlaß der Vollendung seines fünfundvierzigsten Lebensjahres der Bevölkerung seine durch Gottes Gnade erfolgte glückliche Genesung anzeigen. Zur Erholung unternahm der Kaiser eine längere Mittelmeerreise, bei der er Malta, Gibraltar besuchte und in Neapel am 26. März mit dem König von Italien zusammentraf. Der König besuchte den Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ und sagte in seinem (italienischen) Trinkspruch: „In Curer

Majestät erkenne ich und mein Volk den treuen und sicheren Freund. Die Bande, welche glücklicherweise seit so vielen Jahren unsere beiden Staaten unter sich und mit dem gemeinsamen Verbündeten vereinigen, waren bis jetzt das stärkste Bollwerk des Friedens in Europa. Diese Bande müssen neu belebt werden durch das Vertrauen auf den Bund und durch die Gefühle unserer Völker, welche in der Vergangenheit durch die Ähnlichkeit ihrer nationalen und politischen Ziele zusammengeführt wurden und jetzt beseelt sind von dem gleichen Streben nach einem in Zukunft friedlichen Fortschritt.“ Kaiser Wilhelm antwortete deutsch: „Der Dreibundgedanke ist fest und sicher in die Seelen von Eurer Majestät Untertanen eingegraben. Der Bund, den unsere erlauchten Vorfahren mit dem erhabenen Haupte des Hauses Habsburg geschlossen haben, ist zum Segen für unsere beiden Völker, für die Völker des Dreibundes und für ganz Europa geworden.“

Nach seiner Rückkehr hielt der Kaiser am 28. April Einkehr bei seinen Verwandten in Karlsruhe, um zugleich auch den Beweis seiner vollständigen Heilung zu erbringen. Er sprach zum Oberbürgermeister von seinem Besuch der italienischen Küsten, wo so vieles an die Staufer, an Kaiser Friedrich II. erinnert. Er sprach die Überzeugung aus, „daß Gott uns helfen wird, auch über den inneren Parteihader hinwegzukommen. Die Ereignisse, welche die Welt bewegen, sollten dazu führen, den inneren Zwiespalt vergessen zu machen“. Bei der Eröffnung der neuen Rheinbrücke zu Mainz, 1. Mai, sprach der Kaiser vom großen strategischen Wert dieses Werkes zu „ernsteren Transporten“. Der Bau trage aber auch in seinem Außern den Traditionen der alten deutschen Herrlichkeit Rechnung.

Als beim internationalen Automobilwettrennen zu Homburg ein Franzose siegte, telegraphierte der anwesende Kaiser 18. Juni an Präsident Loubet seinen Glückwunsch zum Sieg der französischen Industrie. „Der dem Sieger vom Publikum bereitete Empfang beweist, wie sehr ein durch Intelligenz und mutiges Streben auf einem Gebiet von beiderseitigem Interesse errungener Erfolg dazu dient, Gefühle frei von Rivalität zu erzeugen.“ Loubet antwortete dankend: „Der Erfolg der französischen Industrie konnte nicht besser gewürdigt werden als von der deutschen Industrie, die vollwürdig war, ihn zu erlangen.“

König Edward. Am 25. Juni empfing Kaiser Wilhelm den Besuch des Königs Edward zu Kiel an Bord der „Hohenzollern“. Er sprach von der deutschen Flotte als der jüngsten Schöpfung, als dem Ausdruck der wiedererstarkenden Seegeltung des neuen Deutschen Reichs, bestimmt zur Erhaltung des Friedens, dem gemeinsamen Ziele beider Reiche. König Edward drückte seine Anerkennung aus über den Segelsport, der nun auch in Deutschland so viele Liebhaber gewinne. Auch er sprach die Hoffnung auf gemeinsame Erhaltung des Friedens aus. Ähnlich sprach er am 28. Juni in Hamburg zum Bürgermeister.

Es erfolgte darauf am 12. Juli der Abschluß des Schiedsgerichtsvertrags mit England mit Beziehung auf das Haager Abkommen vom



29. Juli 1899. Ausgenommen waren wie immer Streitfragen von vitalen Interessen, die die Unabhängigkeit oder die Ehre der beiden Staaten oder die Interessen dritter Mächte angehen. Das Abkommen wurde für fünf Jahre geschlossen.

Bei einem Bankett zu Brunsbüttelkog 10. September erwiderte der Kaiser die Ansprache des Admirals Köster mit einem Trinkspruch auf die Marine; er sprach die Überzeugung aus, „daß der Schneid und die Tapferkeit auch heute noch in der Marine lebendig sind“.

Am 6. Oktober sprach der Kaiser bei der Eröffnung der Danziger Technischen Hochschule: „Von der Erkenntnis durchdrungen, daß bei dem Wettlauf der Nationen in der kulturellen Entwicklung der Technik ganz besondere Aufgaben zufallen und deren Leistungen für das künftige Wohl des Vaterlandes und die Aufrechterhaltung seiner Machtposition von größter Bedeutung sind, halte ich es für eine meiner vornehmsten landesherrlichen Pflichten, für die Verbreitung und Vertiefung der technischen Wissenschaften einzutreten . . . Die Mathematik und die theoretischen Naturwissenschaften haben die Wege gewiesen, auf denen der Mensch in Gottes allgewaltige Werkstatt der Natur immer tiefer einzudringen vermag . . . Diese Anstalt stellt in ihrer Eigenart eine wissenschaftliche Universität dar . . . gleichwertig und ebenbürtig . . . mit dem Recht, akademische Grade zu verleihen . . .“ Technit.

Bei der Enthüllung eines Kaiser-Friedrich-Denkmals und der Einweihung des Kaiser-Friedrich-Museums in Berlin 18. Oktober sagte Kaiser Wilhelm von seinem Vater: „Mir ist es ein köstliches Vermächtnis, die erhabenen und edlen Absichten, die dem kunstsinnigen Schaffen des geliebten Herrschers zugrunde lagen, weiterzuführen und zu verwirklichen. Wenn wir heutzutage unsere Kunst von entgegengesetzten Richtungen zerklüftet sehen, die sich befähden, wenn es sich dabei zum Teil nach meiner Überzeugung um Irrwege handelt, die vom wahren Schönheitsideal weit abführen, so sollten sich unsere Künstler mit um so mehr Ernst ins Gedächtnis rufen, welch hehre Güter in ihre Hand gelegt sind . . . Das Studium der Meister der Vergangenheit befähigt vor allem dazu, tiefer in die Probleme der Kunst einzuführen. So wenig es dem Genie versagt sein kann, aus unbekannten und verborgenen Tiefen zu schöpfen, so wenig kann es richtig sein, wenn jüngere Künstler sich von aller Tradition und Schule loszugesagen zu können meinen. Der unerschütterliche Ernst, das heilige Streben, mit dem ältere Meister um das Ideal der Kunst gerungen haben, bietet auch den Künstlern unserer Tage ein unerreichtes Vorbild und sollte namentlich in der jüngeren Generation Selbstkritik, Bescheidenheit und Achtung vor den Leistungen anderer fördern. Nur so wird dem wahren Fortschritte der Kunst gedient werden . . . Es gilt heute mehr denn je, an unsern idealen Gütern Museum.

festzuhalten, die Erkenntnis ihres Wertes und ihrer rettenden Macht unserm Volke mehr und mehr zu erschließen. Diese Anstalt soll sein eine Sammlung des Schönen aller Zeiten zum Nutzen und Frommen der ganzen Nation."

Die Regelung der Thronfolge in Oldenburg machte Schwierigkeiten, auch nachdem der Zar auf seine Rechte verzichtete. — Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin heiratete in Gmunden am 7. Juni die Prinzessin Alexandra von Cumberland. Durch die Verlobung des deutschen Kronprinzen mit der Herzogin Cäcilie von Mecklenburg-Schwerin (4. Sept.) trat er in enge Schwägerschaft zum Welfenhaus, was als sehr bedeutsam hervorgehoben wurde. — Ein neues Problem entstand mit dem Tode des Regenten von Lippe, Grafen Ernst, 26. September. Es wurde ein reichsgerichtlicher Schiedsspruch verlangt, der die Rechtsfrage auch zugunsten des Sohnes des Regenten entschied. — Nach dem Tode des Königs Georg von Sachsen 15. Oktober folgte sein Sohn Friedrich August. Bei Besprechung der Zivilliste im Landtag ergab sich, daß das bare Privatvermögen des verstorbenen Königs nicht ganz zwei Millionen Mark betrug, wovon auf seinen Nachfolger nichts überging. Es wurde auch festgestellt, daß aus der Zivilliste dem Peterspfennig nicht die geringste Zuwendung gemacht wurde.

Reli-  
giöses.

Damit gehen wir auf die religiösen Verhältnisse über. In Bayern wehrte sich das Zentrum gegen die unflätigen Angriffe des „Simplizissimus“ auf die katholische Geistlichkeit. Gegen die Annahme des Toleranzantrags und die Aufhebung des Jesuitengesetzes erklärte sich der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß (19. Febr.). In Preußen wurde durch einen Erlaß des Kultusministers vom 23. Januar die Zulassung von religiösen Schülerverbindungen und Marianischen Kongregationen erleichtert. Der Senat der Universität Jena verbot farbentragende Studentenverbindungen auf konfessioneller Grundlage; das war gegen die katholische „Sugambria“ gerichtet.

Endlich (8. März) stimmte auch der Bundesrat dem wiederholten Jesuiten-Beschluß des Reichstags von 1902 und 1903 zu, den § 2 des Jesuitengesetzes aufzuheben. Dadurch wurde wenigstens einzelnen Angehörigen des Jesuitenordens der Aufenthalt im Reich ermöglicht; die Errichtung von förmlichen Niederlassungen blieb aber noch immer untersagt. Der Evangelische Bund klagte die Konservativen an, das Wachstum der Alerikalen unterstützt zu haben. Überhaupt wurden die Evangelischen von großer Erregung darüber ergriffen, als ob durch den Aufenthalt einiger Jesuiten und durch die Marianischen Kongregationen ganz Deutschland sofort rekatholisiert werden müsse. Darüber wurde auch im preussischen Abgeordnetenhaus am 16. März debattiert. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Porisch sagte: „Wie haben sich die Dinge entwickelt? Katholische Landesteile sind in den preussischen Staatsorganismus aufgenommen worden. Nach den Grundsätzen dieses Staates haben wir die Freiheit und das Recht, wie jede andere Konfession, nach den Grundsätzen unseres Glaubens zu leben.

Der konfessionelle Friede, den unser Vaterland jetzt mehr braucht als jemals, basiert darauf, daß jede Konfession nach Grundsätzen der Gerechtigkeit behandelt wird. Die Nichtkatholiken in Preußen sind durch diese Entwicklung nicht geschädigt worden. Selbst im Kulturkampf war sich Bismarck klar, daß das Endziel der Friede sein müsse. Ein Fehler war es, daß er noch einen Rest der kirchenpolitischen Gesetze bestehen ließ. Soll jetzt ein solcher Rest beseitigt werden, erhebt sich gleich wieder das Geschrei über unsere Bevorzugung. Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates; wir verlangen nichts als Gerechtigkeit, aber wir verlangen die volle Gerechtigkeit . . . Katholiken sollen über die Aufhebung des § 2 beunruhigt sein; das müssen sonderbare Katholiken sein . . . Das nennen Sie ein Geschenk, wenn eine Bestimmung aufgehoben wird, welche die Jesuiten schlechter stellte als die Sozialdemokraten und Vagabunden! . . . Bismarck hat gesagt, wir fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt — aber die Jesuiten? . . . Wir beten an verschiedenen Altären, aber wir wollen ungestört an diesen Altären beten.“ — Bülow erklärte die Aufhebung des § 2 als ein Gebot der politischen Zweckmäßigkeit und Billigkeit. Wenn die Liberalen auch für die Aufhebung stimmten, so wäre es bedenklich, zu vermuten, daß sie das nur in der stillen Hoffnung taten, die Regierung werde nicht darauf eingehen. Das wäre ja beinahe jesuitisch. „Wir müssen von beiden Seiten vermeiden, ohne Not an den Modus vivendi zu rühren, den 1887 Fürst Bismarck im Verein mit Seiner Heiligkeit Papst Leo XIII. gefunden hat. Die Handhabung der Gesetze muß die katholische Bevölkerung befriedigen — soweit es eben in einem evangelischen Staate möglich ist, soweit es möglich ist, ohne von den Rechten des Staates etwas zu vergeben und die andern Konfessionen im Staate zu gefährden. Wenn Sie die Lage der Katholiken in Deutschland vergleichen mit manchen andern, auch katholischen Ländern, so haben Sie allen Grund, zufrieden zu sein mit dieser Lage und sie dankbar zu empfinden als Segen der Toleranz und Ihrerseits ebenso Toleranz zu üben!“ — Bachem vom Zentrum fügte hinzu: die Besorgnis vor einer Überschwemmung Deutschlands durch Jesuiten sei gegenstandslos. Die sechshundert deutschen Jesuiten sind zum größten Teil festgelegt in auswärtigen Missionen. Einige werden wohl zurückkommen, aber Hunderte werden niemals zurückkommen können, und sie dürfen dann auch nicht mehr tun als jeder Staatsbürger und Weltpriester. — Bülow verwahrte sich noch gegen den Vorwurf, daß er sich vom Zentrum dirigieren lasse. Er wolle nur die Kräfte jeder Partei für das Ganze verwerten. „Wenn eine Partei, wie gegenwärtig das Zentrum, die stärkste Partei im Reichstag ist, so legt ihr das Pflichten auf gegen das Vaterland, die Pflicht, zu sorgen, daß die Regierungsmaschine im Gang bleibt.“

Evangelischer Staat.



Am meisten waren die sächsischen Protestanten gegen die Aufhebung des Jesuitenparagraphen. Aber der sächsische Kultusminister beruhigte sie: die sächsischen Stimmen im Bundesrate seien alle dagegen gewesen; zudem sei der Aufenthalt der Jesuiten in Sachsen durch die Verfassungsurkunde verboten. (§ 56, 2: „Es dürfen weder neue Klöster errichtet noch die Jesuiten oder ein anderer Orden jemals im Lande aufgenommen werden.“)

In der bayerischen Abgeordnetenversammlung wünschte das Zentrumsmitglied Dr. Schädler eine freie katholische Hochschule und polemisierte gegen die Universitäten, die den Atheismus lehrten (Paulsen, Zeller, Haackel, Wundt). Aus der Religionslosigkeit der Jugend folge ihre Unsittlichkeit. Der Kultusminister Wehner erwiderte: „Dem Lehrer kann seine wissenschaftliche Überzeugung nicht wohl vorgeschrieben werden. Man kann nur die von ihm aufgestellten Sätze zu widerlegen suchen. Die Forschung ist frei, nicht aber die Lehre, dieser muß eine Schranke gezogen werden, bedingt durch Sittlichkeit und Staatsinteresse. Die religiösen Gefühle der Jugend dürfen an den Hochschulen nicht verletzt werden. Das geschieht aber auch in Bayern nicht.“

Das preussische Abgeordnetenhaus genehmigte am 17. Juni einen Antrag des Freikonservativen Grafen Douglas, den Soldaten bei ihrem Diensteintritt ein Gesangbuch als Eigentum zu überreichen. In der Diskussion empfahl man den konfessionellen Frieden. Eine peinliche Affäre war die des Freiherrn v. Mirbach, Oberhofmeisters der Kaiserin, der von einer Berliner Hypothekbank, die in Schwierigkeit geriet, Gelder für den protestantischen Kirchenbauverein zur Verrechnung erhielt. Er legte infolgedessen die Verwaltung der Schatzkammer der Kaiserin und den Vorsitz der gemeinnützigen Vereine nieder.

Katholikentag.

Auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Regensburg sprach Roeren über Papsttum und Ultramontanismus. Die Trennung des religiösen und politischen Papsttums sei unmöglich. Der Papst könne nicht untätig zusehen, wie die Kirche in Frankreich mißhandelt werde. Ebenso gibt es keine Scheidung zwischen politischem und religiösem Katholizismus. Entweder Kirche und Papsttum mit ihrer Weltmission, oder überhaupt keine Kirche und kein Papsttum mit göttlicher Sendung. Professor Schnürer protestierte gegen die Behauptung, daß die Wissenschaft den Glauben überwunden habe. Eine nicht geringe Zahl großer Forscher hat sich als gläubig bekannt. Neu ist, daß man denen, die als gläubige Forscher die Wissenschaft fördern wollen, den Zutritt zu den akademischen Lehrstühlen wehren will. Und doch war die Kirche die Pflegestätte aller Wissenschaft. Schädler erklärte, die Schule sei nicht Selbstzweck, sie sei Stellvertreterin der Eltern. Sie hat nicht bloß zu lehren, sondern vor allem zu erziehen, und eine wirkliche Erziehung ohne Religion ist undenkbar, bleibt Dressur. „Die Kirche ist die große Erzieherin; ihr gebührt Einfluß beim Unterricht. Ihr Recht stammt von Christi Worten: Gehet hin und lehret alle Völker! Der Rechtstitel der Kirche ist älter als alle bestehenden Staaten. Wir fordern die konfessionelle Schule; Konfession ist prak-

tische Religion, Religion ohne Konfession ist Konfusion. Die Religion soll nicht die Magd, sondern die Sonne für unser ganzes Schulwesen sein, von der Volksschule bis zu den Universitäten. Gröber besprach die Frage der Autorität. Der Mensch wird in die menschliche Gesellschaft, in die häusliche Gesellschaft hineingeboren. Wie die Gesellschaft, so beruht auch die Autorität in der Natur des Menschen, in Gott als dem Schöpfer der Natur. Es gibt keine Autorität außer Gott. Daher fordern wir Wiederherstellung voller Freiheit der höchsten Autorität der Kirche, Wiederherstellung einer christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Professor Meyenberg aus Luzern sagte: „Wenn wir uns dem Konzil, dem Dogma, dem Papste unterwerfen, dann beugen wir uns nicht blind vor einer imperialen Macht, nein, wir unterwerfen uns aus Wahrheitsinteresse, weil wir die göttliche Allmachts- und Wahrheitsgarantie besitzen.“

Nicht ohne Bedeutung war es, daß der Bischof von Straßburg für seine Diözese die deutsche Aussprache der lateinischen Kirchengebete vorschrieb anstatt der bisherigen französischen.

In Speier wurde nach langer Arbeit die „Protestationskirche“ und ein Lutherdenkmal vollendet (30. August).

Gegen die moderne Theologie protestierte auch die orthodoxe „Lutherische Rundschau“ im September, besonders gegen Harnacks antikirchliche Auffassung; das sei keine Wissenschaft, sondern das wertlose Hirngespinnst eines beliebigen Professors, der die Lehrfreiheit mißbraucht. Gegen solche Dozenten, die mit Unrecht den Titel „Professor“ oder „Bekenner“ führen, muß von Staats wegen eingeschritten werden.

Als der Fall Wirbach am 26. Oktober im preussischen Abgeordnetenhaus erörtert wurde, lehnte die Zentrumsfraktion jede Äußerung über diese rein protestantische Angelegenheit ab.

Der erste deutsche Synodaltag zu Worms 30. Oktober, eine Versammlung von Synoden aus allen Bundesstaaten, beklagte es, „daß im Heimatland der Reformation die evangelische Kirche nicht den Einfluß im öffentlichen Leben ausübe, der der geschichtlichen Aufgabe und der geistigen Bedeutung des Protestantismus entspricht. Wir finden es unerträglich, daß von der Reichs- und Staatspolitik zur Erlangung äußerer Machtmittel dem Ultramontanismus Zugeständnisse gemacht werden, die dem deutschen National- und dem protestantischen Volksempfinden widerstreiten. Eine Hauptursache dieses beklagten Zustandes erblicken wir auf unserer Seite im Mangel an Einigkeit zum praktischen Handeln, in der weitverbreiteten Gleichgültigkeit und im Mangel an Verständnis für die Aufgaben der evangelischen Kirche im öffentlichen Leben.“ Zur Besserung der Zustände wurde vor allem „eine wahrhaft volkstümliche Gesamtvertretung der deutsch-evangelischen Kirche“ angestrebt. — Aber wo war diese Kirche?

H. Bassermann schrieb über „Reform des Abendmahls“, besonders den protestantischen Kelch, der manche zurückstieß. Friedr. Spitta schrieb über „Die Kelchbewegung in Deutschland und die Reform der Abendmahlsfeier“.

Von der Polenpolitik sagte Bachem im preussischen Abgeordnetenhaus, sie habe Giasco gemacht und die sozialdemokratische Agitation

Synodaltag.

Polen.

hervorgerufen. Sehr hart äußerte sich im entgegengesetzten Sinn Minister v. Hammerstein am 25. Januar: „Die Polenfrage wird erst dann zur Ruhe kommen, wenn wir keine Polen, sondern nur noch polnisch sprechende Preußen haben. Durch die polnische Agitation geht ein Haß gegen alles Deutsche und Preussische, dem die Regierung entgegentreten muß. So wird die Feier von Kaisers Geburtstag verhöhnt. Unsere Langmut ist viel zu groß. Wir haben nicht zu verhandeln, wir haben zu befehlen, und Sie haben zu gehorchen.“ Dies letzte Wort wurde auch von nichtpolnischen Stimmen als unpolitisch und unkonstitutionell bezeichnet.

Das Zentrum beklagte sich übrigens auch darüber, daß die radikal-polnische Demagogie die kirchliche wie die weltliche Autorität in gleicher Weise verachte und sich so mit dem Zentrum in Gegensatz setze; das werde dem polnischen Volke zum Unheil gereichen. Trotzdem widersprach das Zentrum dem Ansiedlungsgesetz als einem Ausnahmsgesetz gegen die Polen und somit einer Verfassungsverletzung. Dies Gesetz wurde am 30. Juni vom Abgeordnetenhaus genehmigt gegen die Stimmen der Polen, des Zentrums und der Freisinnigen. Ebenso am 2. Juli im Herrenhaus. Aber selbst andere gut deutsche Stimmen zweifelten an der Kraft und Stetigkeit der Polenpolitik; die jetzt so beliebte Polenpolitik mache vielfach den Eindruck des Sportmäßigen. Am 5. Oktober wurde in Posen ein Kaiser-Friedrich-Museum eröffnet.

Was nun die wirtschaftlichen und sozialen Fragen im Deutschen Reich betrifft, so erhoffte man sich von dem geplanten Kanalbau eine Stärkung der Industrie, fürchtete aber auch eine Vermehrung der revolutionären Arbeiterschaft. Im Reichstag wurde die Versicherung der selbstständigen Handwerker beraten. In Berlin bildete sich ein Komitee zur Herbeiführung eines allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes (17. Jan.). Die Anwesenheit russischer Polizisten in Deutschland und die Ausweisung fremder Anarchisten führte zu Interpellationen im Reichstag (19. Jan.). Der Bund der Landwirte drang besonders auf Stärkung des Inlandsmarktes und auf neue bessere Handelsverträge (15. Febr.). Graf Bülow bestand im Reichstag Ende Februar darauf, daß alle Regierungen die Pflicht haben, sich gegenüber der anarchistischen Propaganda gegenseitig zu unterstützen. „Dem internationalen Charakter der anarchistischen Gefahr muß auch eine internationale Abwehr entgegengesetzt werden. Diese moralische Pest muß gerade so bekämpft werden wie jede andere Seuche. Man denke an die Ermordung Carnots, Mac Kinleys, Königs Humberts, der Kaiserin Elisabeth, des spanischen Ministerpräsidenten Canovas del Castillo, des russischen Ministers Schipjagin. Aber die Sozialdemokratie will uns mit Rußland verheizen, den Krieg und die Revolution entfesseln.“

Bebel kritisierte im Reichstag (März) die Militärverwaltung, die Soldatenmißhandlungen, den Luxus, die Sittenlosigkeit der Offiziere. Er zitierte die Schriften von Bilse, Beyerlein, Baudissin; man gehe einem neuen



„Jena“ entgegen. Der Kriegsminister erklärte das alles und die Angriffe des „Simplizissimus“ auf den Offiziersstand als Verzerrung: „Heute, wo jeder mit allen Fasern am Staate hängt, ist ein Jena nicht möglich, es sei denn, daß von einer gewissen Partei unserem Volk alle Vaterlandsliebe und Religion aus der Brust gerissen würde. Nicht die Kaiserfahne, sondern die rote Fahne der Sozialdemokratie könnte uns nach Jena führen.“ Ein national-liberaler Redner wunderte sich, daß die Sozialdemokratie über Schimpfworte in der Armee klage, da sich ihre Mitglieder selbst die größten und ehrenfränkendsten Ausdrücke entgegenschleudern. Bebel aber erklärte: „Die Sozialdemokratie wird in einem Krieg ihre Schuldigkeit tun. Wir haben das größte Interesse dabei. Ich nehme an, daß die deutsche Politik keinen Krieg hervorruft; aber wenn wir angegriffen werden, wenn es sich um die Existenz Deutschlands handelt, dann, ich gebe Ihnen mein Wort, sind wir bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unsern deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zu liebe, selbst Ihnen zum Trost. Wir kämpfen, um unser Heimatland so zu gestalten, daß es eine Freude ist, darin zu leben.“ Kriegsminister v. Einem entgegnete: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Da müssen Sie andere Taten zeigen, da müssen Sie aufhören, diese Agitation zu treiben. Man kann nicht auf der einen Seite das Vaterland diskreditieren und auf der anderen Seite von den Leuten verlangen, daß sie Blut und Leben für dieses verlästerte Vaterland hingeben.“

Am 7. März trat in Berlin ein Heimarbeitererschutungskongreß zusammen, einberufen von Sozialdemokraten, aber auch von bürgerlichen Sozialpolitikern besucht. — Auf der freien christlichsozialen Konferenz zu Hagen (April) forderte Stöcker auf zum Zusammengehen der evangelischen und katholischen Arbeitervereine gegen den Umsturz. Dem Klassenkampf stellte er das Aufstreben der Arbeiterklasse gegenüber.

Es bildete sich am 11. April zu Berlin ein parteiloser Bund der Handwerker mit lediglich sachlichem Programm. Die Kanalvorlage wurde am 3. bis 6. Mai vom preußischen Abgeordnetenhaus besprochen; trotz der Vergrößerung des Eisenbahnnetzes seien neue Wasserstraßen unentbehrlich. So habe Newyork eine riesige Wasserstraße mit einem Aufwand von 420 Millionen Mark erbaut; Frankreich habe seit 1871 1500 Millionen Franks für Wasserstraßen ausgegeben; Österreich habe 1901 den Bau neuer Wasserstraßen von 1500 Kilometer beschlossen und dabei weniger auf finanzielle Rentabilität, als auf wirtschaftliche Erfolge gerechnet.

Ein Reichsverband gegen die Sozialdemokratie (9. Mai) wollte alle reichstreuen Deutschen einigen und besonders den durch sozialdemokratischen Terrorismus bedrängten Arbeitern und Gewerbetreibenden Hilfe gewähren. — Professor Schmoller sprach sich im preußischen Herrenhaus (13. Mai) gegen die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Ausnahmengesetze aus. Das Gefährlichste an dieser Partei sei der Gedanke der Volkssouveränität und daß deren Führer unter die Herrschaft eines Geistes (Marx) gekommen sind, der die Gehässigkeit in die arbeitenden Massen hineingetragen hat, den Gedanken, die bestehende Ordnung sei nur eine Kampfordnung. Das Sozialistengesetz hat mehr geschadet als genützt. Aber durch eine billige Politik kann und muß die Umwandlung der Sozialdemokratie in einem bis zwei Menschenaltern gelingen. Die Revisionisten beherrschen bereits

die Partei, und in dieser jüngeren Generation wird sich bald ein neuer Geist zeigen. Es kommt darauf an, die Führer vernünftig zu machen, zu Leuten, mit denen sich verhandeln läßt. — Übrigens entstanden auch Streitigkeiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Darüber schrieb der „Vorwärts“ am 14. Juni: „Diese Kampfweise muß aufhören. Unsere Gegner können Fehler nicht vermeiden, das liegt in ihrem System und ihrer Klassenstellung; wir aber können Fehler verhüten, wenn wir ernstlich wollen.“ Welche Überhebung!

Sozialisten.

Der sozialdemokratische Parteitag zu Bremen, 18. bis 24. September, konnte von den ungeahnten Fortschritten der Presse berichten. Die Tagespresse zählte über 600.000 Abonnenten. Einige Delegierte beantragten, die proletarischen Rekruten für den Sozialismus zu gewinnen, sie über den „inneren Feind“ aufzuklären und über ihr Verhalten bei Mißhandlungen zu belehren. Derlei bekämpfte aber Südekum; denn das würde nur Zusammenstöße hervorrufen, und auch sozialistische Truppen würden dabei aufs Volk schießen, unter dem Eindruck einer Massenpsychose des Augenblicks, unter dem psychischen Zwang des Kommandos. Und wenn es auch nur ein Drittel der Leute wäre, so würde das genügen, um ein entsetzliches Blutbad anzurichten. Kagenstein erwiderte, man müsse die Leute eben von dieser Zwangsvorstellung kurieren. In Rußland wird kein Truppenteil zum zweitenmal zur Niederwerfung von Volksbewegungen verwendet, weil man glaubt, sich ein zweitesmal nicht verlassen zu können. Vollmar warnte: das sei ein Spiel mit dem Schießgewehr auf anderer Leute Kosten. Ein Genosse tadelte Bebel's patriotische Worte im Reichstag; das Deutsche Reich umfasse auch französisches, polnisches und dänisches Gebiet, das lediglich aus dynastischen Gründen dazugekommen sei. Wolle Bebel auch dafür kämpfen? Bebel verteidigte sich: „Meine Worte stehen in keiner Weise im Widerspruch zu unserer Taktik seit jeher. Wären wir 1870 nicht so überzeugt gewesen, was sich ja nachher glänzend bestätigte, daß Napoleon durch eine raffiniert geschickte Politik Bismarck's gezwungen worden war, den Krieg zu erklären, dann hätten wir uns damals nicht der Abstimmung enthalten.“ — Der Streit zwischen den verschiedenen Richtungen ging weiter. Bernstein, der Revisionist, trat in seinem Organ für seine Überzeugung ein, wurde aber durch den Boykott der Partei gezwungen, sein Blatt eingehen zu lassen. — Im November erhob sich ein neuer innerer Konflikt über die Taktik der französischen Regierungssozialisten.

Der schlechte Stand der Reichsfinanzen erleichterte die Kritik der Sozialisten. Bebel sagte (Dezember), die Kosten für Südwestafrika seien weggeworfen, das Scheitern des Handelsvertrags mit Österreich sei eine Blamage. Die inneren Zustände seien voll Ungerechtigkeiten, Strebertum, Feigheit, Charakterlosigkeit. — Graf Bülow erwiderte: „Bebel hat gemeint, die Früchte eines großen europäischen Krieges würde die Sozialdemokratie

davontragen. Diese Auffassung halte ich für richtig, und das ist ein Grund mehr, warum die Regierungen aller großen Länder festhalten an ihrer Friedenspolitik. Kautsky hat in einem Aufsatz dargelegt, die Sozialdemokratie müsse den ostasiatischen Krieg benützen, um überall die Diktatur des internationalen Proletariats vorzubereiten. Die Sozialdemokratie will uns gegen Rußland heizen, um ein kriegerisches Durcheinander hervorzurufen, bei dem dann ihr Weizen blühe. Sie wollen international sein? Sie gefährden die internationalen Beziehungen! Sie predigen gegen den Krieg und suchen ihn selbst herbeizuführen. Die Art, wie Herr Bebel seine Partei leitet, steht auf der Höhe des Zustands, der ihm in Rußland nicht gefällt, und die Organe seiner Partei haben ungefähr den Grad der Freiheit wie in Rußland. Die Ordnung der Dinge, die er bei uns herbeiführen möchte, würde den russischen Despotismus in Schatten stellen. Werden Sie erst wirklich liberal, bevor Sie uns Ihre Freiheit aufdrängen wollen! In Ihrem Lager zeigt sich die Sehnsucht nach der gepanzerten Faust, die Ihnen sonst nicht sympathisch ist . . . Gegen die Behauptung muß ich mich noch wenden: das deutsche Volk mache unverhältnismäßige Ausgaben für militärische Zwecke. Frankreich gibt 35 Prozent, Rußland 25, Italien 22 Prozent, Deutschland nur 20 Prozent aus . . . Ein Volk, das jährlich drei Milliarden für geistige Getränke ausgibt, ist auch imstande, 1200 Millionen als Versicherungsprämie für seine Sicherheit aufzubringen . . ." In einer zweiten Rede vom 6. Dezember bemerkte Bülow, daß selbst ein französisches sozialistisches Blatt vom intoleranten Dogmatismus der deutschen Sozialdemokratie sprach. „Da duckte sich der Revisionismus, da überließ er die Führung den utopistischen Politikern, da zog er sich zurück von jenen, die das durch die geschichtliche Entwicklung der Dinge erschütterte System von Marx für ein Dogma halten.“ Über die Haltung der sozialdemokratischen Presse Rußland gegenüber sagte Bülow: „Heute muß die Nation die Fenster ersetzen, die Ihre Presse einschmeißt. Dieses Gefühl der Mitverantwortlichkeit für den Gang der auswärtigen Politik müssen wir uns noch mehr bewußt werden.“ Er leugnete ferner, daß ein Geheimvertrag mit Rußland bestehe. Er betonte, daß die bestehenden Allianzen sich mehr und mehr als Instrumente des Friedens bewährt haben. „Auch die französisch-russische Allianz hat sich als friedenerhaltend bewährt, indem sie auf weniger friedliche Elemente in Frankreich einen wohlthätigen Einfluß ausgeübt hat. Wir hoffen, daß auch die französisch-englische Annäherung von friedenerhaltender Wirkung sein werde. Aber es gibt auch Unterströmungen, die zu kriegerischen Verwicklungen drängen: die Revanchegelüste, die Hezereien englischer Zeitungen. Eines ist sicher: wenn Deutschland seit einem Menschenalter der Mittelpunkt friedlicher Bestrebungen gewesen ist, so konnte es dies nur sein dank seiner Stärke. Die Schwäche Deutschlands wäre eine Gefahr für den Weltfrieden.“ — Stöcker mahnte, man müsse viel mehr die christlich-nationale Arbeiterbewegung fördern; denn es handle sich in der Bekämpfung der Sozialdemokratie um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes und Vaterlandes.

Revisionisten.

Die studierenden Frauen wurden in Preußen zum Examen der Gymnasiallehrer zugelassen.

In Bayern wurde die Duellfrage der Offiziere erörtert (19. Juli).

Die Stadt Berlin überließ städtische Schulgebäude an einen polnischen



Turnverein, an den tschechischen Verein Sokol, an einen sozialistischen Turnverein und an die freireligiöse Gemeinde (Oktober). Die Regierung verbot das.

Über die Vertretung der Kunst bei der Weltausstellung von St. Louis kam es am 15. Februar im Reichstag zu Erörterungen zwischen den Vertretern der Sezession und der traditionellen Kunst. Der Sozialist Singer bezeichnete die Sezession als Vertreterin der naturalistischen Weltanschauung; deshalb sei sie beim Kaiser unbeliebt, weil sie das Leben des Volkes darstelle.

Der Alldeutsche Verband gab die Flugschrift von Claß heraus: „Marokko verloren?“

Infolge der Propaganda des österreichischen Volkswirts Alexander v. Pez bildete sich zu Berlin ein „Mittleuropäischer Wirtschaftsverein“ am 21. Januar.

Deutsche Missionare und Schwestern wurden zu St. Paul in Neu-pommern (Bismarck-Archipel) von den Eingebornen ermordet (13. Aug.).

Fr. Delitzsch hielt einen neuen Vortrag „Im Lande des einstigen Paradieses“ als Ergebnis seiner babylonischen Reise von 1892. — In München erschien das Sammelwerk: „Beiträge zur Weiterentwicklung der christlichen Religion“ von Eucken u. a. — G. Steinhausen fragte: „War der kulturelle Verfall im 16. Jahrhundert eine Folge der Reformation?“ wie Janssen behauptete. Er fand die Ursache darin, daß die mittelalterliche Auffassung von der Kirche noch bis 1800 fortbauerte. — Ernst Hauviller schrieb über „Franz Xaver Kraus. Ein Lebensbild aus der Zeit des Reformkatholizismus“. Hauviller schilderte Kraus als „rastlosen Bekämpfer des Ultramontanismus“, als Zeuge „für die Unterdrückung der deutschen akademischen Lehr- und Vernunftfreiheit seitens der römischen Kurie“, als Verteiler des „politischen Katholizismus“ und Mahner zum „religiösen Katholizismus“. D. Sickenberger schrieb gegen den „Extremen Antiprotestantismus im katholischen Leben und Denken“. — Gegen Schädler wurde in der „Allgemeinen Zeitung“ 6. September der altchristliche Apologet Justinus Martyr zitiert, wonach alle, die mit Vernunft (Logos) gelebt, als Christen bezeichnet werden, so Sokrates, Heraklit usw. — R. Sell schrieb über „Die Religion unserer Klassiker“. Meines Erachtens tendierten sie alle zum Katholizismus hin. — Max Haushofer in seinem Buch „Das Jenseits im Lichte der Politik und der modernen Weltanschauung“ sprach von einer Verschuldung der Kirche, die es nicht verstand, ihren fernen, unbegreiflichen Himmel dem irdischen Verständnis zu nähern. — (Lorenz) R(rapp) schrieb in der „Allgemeinen Zeitung“ 25. Februar über „Die Zukunft der katholischen Literatur“, die Frage der Kritik, der Literaturgeschichte, die Anregungen von Federer (Philaethes) und Karl Muth (Veremundus) mit den beiden Broschüren: „Steht die katholische Belletristik auf der Höhe der Zeit?“ (1898) und „Die literarischen Aufgaben der deutschen Katholiken“ (1899). Er hob Franz Eichert und Marie Herbert hervor und schloß, „daß die deutschen Katholiken in gleicher Weise wie die Protestanten fähig und berufen sind, an der Regeneration unseres Volkstums und unserer Kultur mitzuarbeiten“.

Die „Historisch-politischen Blätter“ feierten den dreihundertsten Geburtstag Baldes und betrachteten ihn auch als Dramatiker. Sie gedenken auch des hundertsten Geburtstags von G. Phillips. Pastor bespricht den

Sezession.

Reformkatholizismus.

Historisch-polit. Blätter.

neuen Band der Geschichte des deutschen Volkes von Emil Michael, S. J. Ausführlich wird Denifles Lutherwerk besprochen. Wichtig sind die Betrachtungen über den neunzehnten italienischen Katholikentag zu Bologna und seine Folgen (10. Nov. 1903) und die über den „Frieden in Tirol“. Die politische und soziale Entwicklung Japans wird nach der neuesten Literatur betrachtet. Ferner die Polemik zwischen Professor Franz Heiner und Hoensbroech über den angeblichen Jesuitengrundsatz. Ansgar Böllmann gibt eine literarische Skizze über P. Gaudentius Koch. Das Sammelwerk „Die Großstadt“ findet Beachtung. Ferner Dasbachs Schrift gegen Hoensbroech; Adolf Fährs Geschichte der bildenden Künste. Denifle wird in seiner Verteidigung gegen Harnack und Seeberg unterstützt. Trefflich orientieren zwei Aufsätze von „M.“ über „Neue Strömungen in der katholischen Literatur“, über „Rückständigkeit“, Reformkatholizismus, die Veremundus-Broschüren, die Part pour l'art-Theorie, die Tendenz („alle große Kunst aller Zeiten war Tendenzkunst“, sagt A. Bonus im „Kunstwart“), über Brüderie, über die „Katholische Selbstvergiftung“, über meine Wenigkeit (133, 629 u. 720), über „Gesunde Rückständigkeit“ usw. Deutsche Verhältnisse in deutsch-amerikanischer Beleuchtung gibt Wolf v. Schiermans Buch „The Welding of a World Power“ 1903. — Über die Broschüre des Professors Rich. Fester, „Religionskrieg und Geschichtswissenschaft“, heißt es: „An dem Graben von 1517 scheiden sich die Geister“. Und: „Es heißt dem Katholizismus die Existenzberechtigung aberkennen und vom Katholiken den Verzicht auf sein Glaubensbekenntnis verlangen, wenn man sich darüber aufregt, daß er Luther nicht als das ansieht, was die protestantische Auffassung unter ihrem Reformator verstanden wissen will.“ Und: „Weil das Luthertum dogmatisch und historisch immer haltloser wird, wie es seine eigene Geschichte am anschaulichsten bezeugt“, zeigt, wie Fester sagt, „die Gegenwart den deutschen Ultramontanismus in entschlossenem Vorwärtsschreiten, die an Zahl überlegenen Protestanten in defensiver Haltung, die fast an den hugenottischen Ruf nach Sicherheitsplätzen erinnert.“ Ursache war „das Wiedererwachen des katholischen Glaubensbewußtseins in Deutschland, und damit verbunden der wissenschaftliche Aufschwung, welcher die Einsicht in die theoretischen Gebrechen des Protestantismus erleichterte“. Und es wird bedauert, daß „so viele unserer katholischen Gelehrten sich durch politische Motive bestimmen ließen, auf das Recht der Aussprache ihrer wissenschaftlichen Überzeugung über Luther zu verzichten, und es in einer gewissen Apathie versäumten, der literarischen Sturmflut der protestantischen Polemik in ruhiger Diskussion einen kräftigen Damm entgegenzusetzen“. Das kommt daher, „weil nur noch die Tagespresse heute so vielfach den wissenschaftlichen Strömungen ihren Weg vorzeichnet und dabei mehr auf die praktische Opportunität als auf die theoretische Begründung ihr Augenmerk richtet“. — Es wird die Meinung mancher französischen Katholiken festgestellt (133, 854), Pius IX. habe durch Syllabus und Infallibilität mehr genützt als Leo XIII. durch seine Unterhandlungen mit seinen ärgsten Feinden. Beachtung findet die Frauenfrage: „Elisabeth Gnauck-Rühne, die deutsche Frau um die Jahrhundertwende.“

Im 134. Band der „Historisch-politischen Blätter“ folgt eine Charakteristik Ernst Ludwig v. Gerlachs. Großartig ist das zukunftspolitische Programm: „Vom Rhein zum Jalu“ (43). Das Prinzip der Kultur-

Ratho-  
lische  
Litera-  
turbewe-  
gung.

kontinuität wird betont, wie es Ludwig Stein (Bern) in seinem Buch „An der Wende des Jahrhunderts, Versuch einer Kulturphilosophie“ durchführt. Die Biographie Beuillots wird eingehend besprochen. Ferner wichtige Schriften über „Die Empörung Asiens“, Ludwig Seig' „Erörterungen über wichtige Kulturfragen“, die „Renaissancetheorien“, Herders neuestes Konversationslexikon, Onno Klopp's nachgelassenes Werk über die Bedeutung des römisch-deutschen Kaisertums für den Gemeingeist der Christenheit, die „Franziskanische Bewegung“, „Irland am Kreuzwege“ nach Filsen Young, die katholische Bewegung in Italien, die Philosophie R. Lamprechts, das Staatskirchentum. Joh. Ransft gibt ein Dichterbild von Josef Seeber. Gladstone wird als der größte, echt christliche Minister Englands gerühmt, nach dem Werk von John Morley. Aus der Konfessionsstatistik Krozes ergibt sich, daß das Deutsche Reich 1900 zählte: 35 Millionen Evangelische (62,5 Prozent), 20 Millionen Katholische (36 Prozent). Über „Rußlands Zukunft“ steigen gewaltige Zweifel auf. — In den Vorlesungen über europäische Geschichte von W. Stubb's, Bischof von Oxford, kamen die katholischen Fürsten der deutschen Reformationszeit, besonders die Habsburger, zu ihrem vollen Recht. Sörensen bespricht sehr ausführlich drei Dramen Sudermanns: „Giftiger Schnaps in funkelndem Glase“. Schön ist die Idee einer katholischen Zentralbibliothek für Deutschland (677). — „Marokko und Mandschurei“: welcher Zusammenhang der Weltpolitik! — R. Fuchs charakterisiert Karl Landsteiner. — Erich Wasmanns biologische Werke werden besprochen. H. Kroze schreibt über die Errichtung eines Büros für kirchliche Statistik. — E. Dreierup's „Homer“ zog die mykenischen Entdeckungen heran. — Etwas flüchtig wird zum Schluß über „Unsre altdeutschen Lieder und Sänge“ berichtet.

Es erschienen zwei Romane über die Kirche, einer vom evangelischen Geistlichen Arthur Swett „Die Kirche siegt“, der andere von dem Tiroler Arzt und Dichter Heinrich v. Schullern „Katholiken“.

3. Hart. Julius Hart gab eine Schriftenfolge „Zukunftsländ. Im Kampfe um eine Weltanschauung“ seit 1899 heraus. Dem ersten Band „Der neue Gott“ folgte nun „Die neue Welterkenntnis“. Er lehrte: „Werde eine Persönlichkeit, gestalte dein Ich, komm heraus aus deinem Ich zur Welt, werde All! Der Glaube an die Kausalität muß vernichtet werden, eine neue Welt, die Welt des reinen Schauens soll erstehen. Sei, was du schaust und weißt! Gestalte dein Leben wie eine Dichtung!“

Es erschien die Schrift „Der Kaiser, die Kultur und die Kunst. Betrachtungen über die Zukunft des deutschen Volkes. Aus den Papieren eines Unverantwortlichen“. Kultur beruht darnach auf Rassbildung; sie ist eine Form des Willens zur Macht. Kriegsgewalt, Seegewalt und Formgewalt sind eins.

Zu Schellings fünfzigstem Todestag beklagte man es, daß er von der Gegenwart ganz vergessen sei.

Kant. Zur Erinnerung an Kants hundertsten Todestag erschienen „Zwölf Festgaben“ von zwölf Philosophen als Sonderabdruck der „Kantstudien“, darunter ein Gedicht von Otto Liebmam, daraus ich die zweite Strophe wiedergebe: „Prosa war er, Gedankenenergie, ganz nüchtern klar, ganz frei von Dichterträumen, und doch voll kühnster Schöpferphantasie, die sich verteilt in unermess'nen Räumen, um aller Dinge Was und Wo und Wie in der Begriffe Fangnetz einzufäumen, dann aber zu sich selbst zurückzudenken, sich in das innere Rätsel zu versenken.“ — Julius Raftan hielt zur Kantfeier des



Evangelischen Bundes in Berlin die Rede: „Kant, der Philosoph des Protestantismus“. Ich bin der entgegengesetzten Ansicht: daß Kant durch seine „Kritik der praktischen Vernunft“ 1788 den Protestantismus aufgehoben und die katholische Romantik vorbereitet hat. Das hat später auch der Protestant Hugo Bund ausgeführt. — Zu Halle wurde eine deutsche Kantgesellschaft gegründet und eine Kantstiftung errichtet. Anreger war Böhlinger, der Herausgeber der „Kantstudien“.

Es erschien der Schlußband der großen Nietzsche-Biographie von Nietzsche seiner Schwester. — Egon Friedell betrachtete „Novalis als Philosoph“. — Friedr. Schneider schrieb über „Matthias Grünewald und die Mystik“ (Allg. Ztg., 12. Okt.). — J. Freudenthal schrieb eine neue Biographie Spinozas. — Ein philosophisches Lesebuch gaben Max Dessoir und Paul Menzer heraus. — Der Würzburger Professor Stölzle gab eine Biographie von Ernst von Lasaulx († 1861). — Dr. Johannes Müller, der Lebenskünstler, gab (mit H. Phokky) Essays heraus, ferner das „Frauenbuch“ und eines „Von den Quellen des Lebens“. — M. Dreßler philosophierte über „Die Welt als Wille zum Selbst“. Eugen Heinrich Schmitt sah den „Idealstaat“ auf Grundlage der „Gnosis“. — Herm. Wettes „Krauskopf“ war auch ein katholischer Erziehungsroman (Allg. Ztg., 31. Okt.). Alb. Labenburg schrieb „Über den Einfluß der Naturwissenschaften auf die Weltanschauung“. — P. Walden schrieb über W. Ostwald, den Energetiker und gab eine Bibliographie seiner naturhistorischen Schriften; ihr Umfang kam nach der Schätzung des Autors dem des Meyerschen Konversationslexikon gleich.

H. Driesmann gab als zweiten Band der „Kulturgeschichte der Rasseninstinkte“ „Die Wahlverwandtschaften der deutschen Blutmischung“. — Alfred Leicht schrieb über „Saxarus den Begründer der Völkerpsychologie“. — Georg Liebe behandelte „Das Judentum in der deutschen Vergangenheit“. — R. Rocholls „Bessarion“ war eine wertvolle Studie zur Geschichte der Renaissance. — Die vom preussischen Institut in Rom herausgegebenen „Runtiattriberichte aus Deutschland“ trugen viel bei zur Geschichte der sogenannten Gegenreformation. — Reinhold Koser vollendete seinen „König Friedrich d. Gr.“. — Prof. John (nicht Jahn) gab ein neues Zeugnis für seine Behauptung, daß der Markgraf Gelfrat im Nibelungenlied identisch sei mit Pilgrims verhasstem Gegner, dem bayrischen Herzog Heinrich dem Jänker. — W. Ohr suchte „Die Kaiserkrönung Karls des Großen“ in einer kritischen Studie als Zufall zu bezeichnen und in ihrer großen weltgeschichtlichen Bedeutung herabzudrücken. — Hans Prutz schrieb über „Bismarcks Bildung“. — Man stellte Nietzsche mit Novalis in Parallele (Allg. Ztg., 6. Okt.).

Es erschien Schöffles Selbstbiographie „Aus meinem Leben“. — Ein wichtiger Beitrag zu R. Wagners Biographie waren seine Briefe an Mathilde Wesendonk 1853—1871. — Goehre gab die „Erinnerungen und Denkwürdigkeiten des Arbeiters Fischer“ heraus: „das hervorragendste Werk der Volkskunst dieser Zeit“.

Arthur Bonus schrieb „Vom Kulturwert der deutschen Schule“. — Unter den Schriften des Zentralausschusses zur Förderung der „Volks- und Jugendspiele“ erschien auch das Sammelwerk „Wehrkraft durch Erziehung“.

Die Frage der Berechtigung des Arztes zur Tötung eines unheilbar Leidenden wurde immer wieder besprochen (Allg. Ztg., 1. Juli). Ebenso die der sexuellen Aufklärung (5. Juli).

Über den Vorzug von R. Wagners oder Gottfrieds „Tristan“ entspann sich eine Polemik zwischen Weltrich und Goltner (Allg. Ztg., 30. Nov.).

Von Martin Greiß „Prinz Eugen“ erschien eine französische Übersetzung von Fr. S. Müller.

Momm-  
sen. Th. Mommsens Brief über die deutsche Literatur wurde von Rich. M. Meyer veröffentlicht (Allg. Ztg., 23. Aug.). Darin hieß es: „Daß wir sehr heruntergekommen sind in diesem ablaufenden Jahrhundert, ist gewiß: Kellers Kleinfunkst, Storms Verschwommenheit, Freytags Philistertum, Mangel der hohen Lyrik, des großen Dramas . . .“

Karl Bleibtreu nannte in seinem dreibändigen Werk „Die Vertreter des Jahrhunderts“ das 19. das „kleine Jahrhundert“. Er behandelt Carlyle mit Emerson und Ruskin als den „Jesajas des Magenkatarrhs“, R. Wagner als den „zerrissenen Orpheus“, Disraeli, Gambetta und Lassalle als die „Großjuden jenseit babylonischer Gefangenschaft“, Zbsen, Annunzio, Renan, Nietzsche als die „Danaiden der Sophistik“, Bismarck und Moltke als „Realscheinwerfer und Geschichtemacher“ mit absprechender Kritik. Der dritte Band behandelt die Theosophen. Das Ganze ist so eine Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts in Form von Essays mit paradoxen Titeln. Die Größe erhoffte Bleibtreu erst vom 20. Jahrhundert; das 19. war das des Größenwahns.

Großes Aufsehen erregte der Roman „Der Weltkrieg. Deutsche Träume“ vom Hauptmann a. D. Aug. Niemann. Es war eine Antwort auf Stacys „Final War“. Allerdings läßt der Verfasser die drei Mächte Rußland, Frankreich und Deutschland, die im Vertrag von Schimonofski zusammenstanden, um Japans und Englands Pläne zu vereiteln, nun auch wieder sich gegen England verbünden. Prinz Heinrich besiegt die englische Flotte und Kaiser Wilhelm zieht in London ein.

Zu Mörikes hundertstem Geburtstag wurde der wechselnden Wertschätzung der Lyriker Herwegh, Freiligrath, Bruk, Lenau, Rückert, Geibel, Droste, Hebbel, Keller, Groth, Storm gedacht (Allg. Ztg., 9. Sept.).

Dahn. Max Hauschofer beglückwünschte Felix Dahn zum siebenzigsten Geburtstag in der „Allgemeinen Zeitung“ 8. Februar: „Von allen, die für Deutsche dichten, bist du der treueste Sänger heut, in dessen Liedern und Geschichten die große Vorzeit sich erneut . . . Kein Lied ward in den Dämmerungen der Heidenzeit von Waffengang und holdem Liebespiel gesungen, das dir nicht voll zum Herzen klang . . . Laß du gelassen den Modernen des Alltagsjammers Spott und Angst! Dich lohnt aus den Jahraufsendfern ein Schatz, den du dir dort errangst . . . Heil sei dir bis zum letzten Tage, obwohl du Großes schon gewannst, bis du die dunkle Rätselfrage, ob Götter sind, einst lösen kannst!“ Ich muß leider sagen, daß Dahn's nationales Bestreben, abgesehen von andern Gründen, die in seiner Begabung liegen, unfruchtbar blieb für die Entwicklung der deutschen Kultur, wegen einseitiger, nicht der ganzen Geschichte gerechter Auffassung. — Es ist übrigens bezeichnend für den Teutonen Dahn, daß er mit soviel Vorliebe kleine Erzählungen über „Meine welschen Ahnen“ herausgab und sich auf einen französischen Großvater so viel zugute tat.

Jordan. Wilhelm Jordan starb in Frankfurt. Mehr als seine Nibelungen-nachdichtung interessieren mich seine kulturgeschichtlichen Anschauungen, von denen ich manche Anregung empfangen habe; so die Auffassung der organi-

sehen Einheit der Kultur in ihrem Übergang von der klassischen Antike zum Christentum. Er beschäftigte sich auch mit religiösen Fragen und hielt eine Versöhnung der Kirchen für möglich; aus einer Religion der Weltflucht sollte mehr eine Religion der Weltfreude entstehen. Man erinnert sich an Bischof Kappeler's „Mehr Freude“.

Max Haushofer begrüßte Paul Heyse in der „Allgemeinen Zeitung“ 24. Mai als Münchener: „Nun hat dich diese Stadt ein halb Jahrhundert hindurch gekannt, gelesen und bewundert . . . Lang, lang ist's her! Die Zeit ist hingegangen; verstummt ist Geibel's wohlkautreicher Sang; und Sybels scharfe Worte, sie verklangen. Ein unerbittliches Geschick verschlang die Welt von damals; neue Geister schlangen sich aus des Lebens stetem Werdebrang . . .“ — Paul Heyse gab „Mythen und Mysterien“ heraus.

Runo Zwymann schrieb über „Das Georgesehe Gedicht“, das heißt über die eigenartige Poesie des seit den achtziger Jahren bekannten modernen Dichters Stephan George. — Karl Busse gab eine neue Biographie der Dichterin Annette v. Droste.

Fritz Vienhard gab als zweiten Teil seiner Wartburgtrilogie „Die heilige Elisabeth“; der erste Teil war „Heinrich von Osterdingen“, der dritte sollte „Luther“ werden. Ein schöner Plan, aber nicht mit voller poetischer Kraft ausgeführt; er krankte auch an dem unauslöschlichen Widerspruch zwischen der katholischen Heiligen und dem sie verneinenden Protestanten. Es fehlte dem Satz und Gegensatz die höhere Vermittlung, die wohl in der Romantik zu finden gewesen wäre; sie blieb aber ungeschrieben. — W. Ranisch' „Walhall“ und Andreas Heuslers „Urväterhort“ gaben eine kurze Übersicht der Götter- und Heldensagen zu brillanten Bildern von E. Doepler und Max Koch. — Zum siebzigsten Geburtstag von Julius Wolff konnte man den einstigen Nodendichter schon fast als einen Vergessenen betrachten. — Mit viel Reklame trat der Roman „Göz Kraft“ von Edw. Silgebauer in die Welt. — Im Roman „Arbeit“ von Ilse Frapan-Munian wurden die Ärzte hart angegriffen.

Dr. Annie Mittelstaedt schrieb das Buch: „Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland“.

Clara Wiebig gab den Polenroman „Das schlafende Heer“.

Muther schrieb in seiner kleinen Geschichte der Malerei: „Wir hatten keinen Kaiser, keinen Adel, keinen Bürgerstand, der für Probleme, wie sie Dürer sich gestellt hatte, Verständnis besaß.<sup>1)</sup> Und als später durch die Reformation ein zänkisch kleinlicher Zug, kahle, farblose Streitigkeiten in das deutsche Geistesleben kamen, mußte in dieser schneidigen Luft überhaupt die zarte Blüte der Kunst erfrieren.“ Das verstimmte die Protestanten.

R. Faymonville schrieb „Zur Kritik der Restauration des Aachener Münsters“.

Im Juli erließen die Heidelberger Universitätslehrer eine Protesterklärung gegen den geplanten Wiederaufbau des Schlosses. Damit war also der Vandalismus der französischen Verwüster gerechtfertigt. Wildenbruch schrieb, die Ruine sei zehntausendmal schöner, als das alte, nicht zerstörte Schloß war (Allg. Ztg., 10. Aug.).

Siemens-  
hard.

Heidel-  
berg.

<sup>1)</sup> Maximilian I.!



Köln.

In Köln begann man einzusehen, daß dem Dom mit der so beliebten Freilegung der schlechteste Dienst erwiesen wurde. Man hatte den malerischen Reiz eines historisch gewordenen Gesamtbildes mit unkünstlerischem Empfinden zerstört und klagte nun über den nüchternen, frostigen Eindruck des freigelegten Doms. A. Bohrer trat daher mit dem Vorschlag einer neuen Umbauung hervor mit Terrassen und Treppenrampen; aber das schien noch viel bedenklicher.

Lenbach  
†.

Die „Illustrierte Zeitung“ ehrte das Andenken des eben verstorbenen Malers Franz Lenbach durch eine eigene Nummer (12. Mai). Für Lenbach wurde eine Gedächtnis-Ausstellung in Leipzig veranstaltet. — Man gedachte Schwind's an seinem hundertsten Geburtstage. Seine wunderbar anmutigen Jugendzeichnungen (1823) zur „Hochzeit des Figaro“ erschienen in Faksimiledruck. Ebenso seine „Philosophischen Gemälde“, herausgegeben von Richard Foerster. — Friedr. Preller der Jüngere malte das Grab Moses (Ill. Ztg., 28. Jan.), ein Werk voll Phantasie. — Die schöne Ausschmückung des Albertinums in Dresden war von Herm. Preller (Ill. Ztg., 5. Mai). — Fritz Uhdes heiliges Abendmahl drückt den großen religiösen Vorgang zu einem dürftigen Konventikel einer Winkelsekte herab (Ill. Ztg., 31. März). Auch Ed. Gerhards Christus auf dem Meere ist von abstoßender Realistik (7. April).

G. Kerschensteiner entdeckte „Das zeichnende Kind und sein Verhältnis zur Kunst“ (Allg. Ztg., 29. März).

Das Gemälde „Hohes Sinnen“ von Sascha Schneider stach auf der Dresdener großen Kunstausstellung hervor (Ill. Ztg., 26. Mai).

Bedeutend sind Max Klingers Radierungen „Vom Tode“. Auf dem Blatte „Die Pest“ verjagt eine frankenspflegende Nonne die Totenvögel mit dem Rosenkranz (Ill. Ztg., 30. Juni). Dagegen mußte Klingers Skulpturwerk „Drama“ als völlig abgeschmackt empfunden werden (Ill. Ztg., 11. Aug.).

Denk-  
mäler.

G. Eberlein modellierte den sterbenden Goethe in visionärer Haltung (Ill. Ztg., 25. Aug.). G. Waegeners Goethe-Denkmal für Straßburg zeigt den jungen Studenten mit Spazierstock (Ill. Ztg., 28. April). Im Weimarer Park in der Nähe von Goethes Gartenhaus wurde Otto Lessings Shakespeare-Denkmal unter grünen Bäumen enthüllt (Ill. Ztg., 28. April). Ein Haydn-Mozart-Beethoven-Denkmal von R. und W. Siemering wurde im Berliner Tiergarten aufgestellt (Ill. Ztg., 23. Juni). Den Entwurf eines Mozart-Denkmals für Dresden von H. Hofäus zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 14. April. Drei Gestalten um einen Altar mit Mozarts Namen. Zu den besten Werken Franz Stucks gehört sein Reliefporträt Beethoven (Ill. Ztg., 6. Okt.). Ein glücklicher Gedanke ist das Relief in Marmor und Bronze von Gustav Schmidt-Rasselt: „Michelangelo vor seinem Moses“ (Ill. Ztg., 1. Dez.). Bei Eßlingen wurde ein Lenau-Denkmal von Emil Riemlen enthüllt (Ill. Ztg., 5. Mai).

Joh. Götz modellierte den Gedenkstein Mommsens für die Saalburg bei Homburg (Ill. Ztg., 25. Febr.). — Walter Lohach bildete eine Mommsenstatuette sehr lebendig (Ill. Ztg., 29. Sept.).

Wahrhaft poetisch ist das Herzog-August-Denkmal in Wolfenbüttel von Georg Meyer-Steglich (Ill. Ztg., 21. Juli). — Anmutig ist das Denkmal der Kurfürstin Louise Henriette (1646) von H. Bante in Mörs (Ill. Ztg., 23. Juni). — H. Wefing modellierte ein Denkmal für Friedrich den Großen für Neutrebbin (Ill. Ztg., 2. Juni). — R. Wegas entwarf die Statue der

Kaiserin Auguste Viktoria für den kaiserlichen Garten in Potsdam (Ill. Ztg., 23. Juni). — Braunschweig setzte seinem letzten regierenden Herzog Wilhelm († 1884) ein gewaltiges Denkmal (Ill. Ztg., 19. Mai). — Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal für Bochum von Kl. Buscher zeigt am Sockel den Sagenkaiser Barbarossa, der durch eine Walfürin aus dem Schlaf erweckt wird, um Wilhelm den Großen zu schauen. — Ein Jung-Wilhelm-Denkmal von Adolf Brütt in der Tracht von 1813 wurde im Berliner Tiergarten aufgestellt. Nicht überflüssig war das Denkmal für den Kulturkämpfer Falk und auch das für Bennigsen.

Gegenüber modernem Unverständnis behandelt H. Bulle die Frage „Wie die Griechen ihre Statuen aufstellten“. Sehr schön wurde auf der neuen Innbrücke zwischen Alt- und Neuötting eine Madonna von Ernst Pfeiffer aufgestellt (Ill. Ztg., 22. Dez.). — Ein Zierbrunnen in Stuttgart von Emil Kiemlen, ein Narzißbrunnen im Potsdamer Schloßgarten von Hubert Neher (Ill. Ztg., 14. Juli). — Eine hübsche Brunnengruppe der Verlebeck-Waldnymphe für Detmold schuf R. Hölbe (Ill. Ztg., 30. Juni). — Der Bafaav-Brunnen in Aachen von Krauß stellte eine Volks Sage dar (Ill. Ztg., 15. Dez.). — Hugo Bernwalds Treitsche-Wüste wurde in der Berliner Nationalgalerie aufgestellt (Ill. Ztg., 28. Jan.). — Zum hundertsten Geburtstag von Ernst Rietschel bildete Adolf Lehnert eine Plakette (Ill. Ztg., 15. Dez.).

Das Gebäude des Kaiser-Friedrich-Museums in Berlin und dessen Reiterstatue von A. Maisson zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 20. Oktober. — Die Gedächtniskirche in Speier war rein gotisch gehalten (Ill. Ztg., 29. Sept.). — Die neue Synagoge in Düsseldorf von J. Kleesattel war in romanischem Stil (Ill. Ztg., 22. Dez.). — Ein stattlicher Bau wurde das neue Armeemuseum in München, fast zu schön für diesen Zweck. — Ein vornehmer Bau war der des preussischen Herrenhauses (Ill. Ztg., 18. Febr.). — Das neue Stadttheater in Thorn war von Fellner und Helmer erbaut, das in Dortmund von Martin Dülter (Ill. Ztg., 27. Oktober). — Die monumentale Rheinbrücke bei Mainz wurde am 1. Mai eröffnet in Anwesenheit des Kaisers (Ill. Ztg., 28. April). — Das Buch von Pauly „Feuerbestattung“ gab Bilder der Krematorien Gotha, Jena, Heidelberg, Stuttgart, Offenbach, Mannheim, Hamburg, Eisenach, Mainz, St. Gallen, Zürich, Manchester, Newyork (Ill. Ztg., 10. Nov.).

Conwenz trat für die Erhaltung der Naturdenkmäler ein (Allg. Ztg., 4. März).

Die Frage „Wird es dem Menschen je möglich sein zu fliegen?“ wurde damals noch sehr zaghaft aber doch hoffnungsvoll von Ed. Staubinger beantwortet mit Beziehung auf die Theorie von R. Buttenstedt in seinem Werk „Das Flugprinzip“ (Allg. Ztg., 14. Juli).

In Berlin wurde Leoncavallos Oper „Roland von Berlin“ aufgeführt. Kaiser Wilhelm hatte das Werk beim italienischen Komponisten bestellt, offenbar, um beide Nationen einander näherzubringen. Leider blieb die künstlerische Wirkung völlig aus; der Versuch mißlang gänzlich.

P. N. Coßmann schrieb ein Büchlein über Hans Pfitzner, den Komponisten der „Rose vom Liebesgarten“, an dem die Kritik einen „Justizmord“ begehen wollte.

Architekt.  
tur.

Öster-  
reich.

Wegen der Entente Österreichs mit Rußland über die türkischen Verhältnisse bildete sich der Tscheche Kramarsch törichterweise ein, der Dreibund habe seine Bedeutung bereits verloren, trotz seiner formellen Erneuerung, und die Monarchie habe sich von der „Berliner Vormundschaft“ befreit. So sprach er in den Delegationen 11. Jänner. Der gemeinsame Kriegsminister Pitreich bestätigte das Festhalten an der einheitlichen Kommando- und Dienstsprache, nur sollten die Offiziere auch die Sprache ihrer Untergebenen sich zu eigen machen. Graf Tisza erklärte im ungarischen Abgeordnetenhaus diese Ausführungen für einwandfrei, wenn auch einzelne staatsrechtlich unrichtige Ausdrücke mit unterlaufen seien. Der gemeinsame Finanzminister Burian konnte die guten Fortschritte in der Verwaltung von Bosnien und Herzegowina feststellen. In der ungarischen Delegation sagte Kriegsminister Pitreich, die Embleme einer gemeinsamen Armee könnten nur gemeinsame sein; an den Militärbildungsanstalten werde in den hervorragenden militärischen Disziplinen deutsch, sonst ungarisch vorgetragen werden. Eine Vergliederung des Heeres in zwei oder mehrere Teile wäre von unberechenbarer übler Wirkung. Tisza meinte, die Frage der Embleme und des Militärgerichtsverfahrens sei auf günstigere Zeiten zu verschieben. In der österreichischen Delegation erhoben sich Proteste gegen ungarische Wünsche, die die Armee auflösen müßten; es müsse nur die militärische Zweckmäßigkeit bestimmend sein. Auch Prinz Lobkowitz sagte, er müsse als Tscheche für das Deutsche als einheitliche Dienst- und Kommandosprache eintreten. Kriegsminister Pitreich mahnte alle besonnenen Elemente, zusammenzuwirken, damit die politischen und nationalen Widerstreite nicht auf die Armee hinübergriffen, denn wenn sie nicht Ruhe in dieser Beziehung habe, müsse ihre Kriegstüchtigkeit darunter leiden. Auch Tisza warnte den oppositionellen Grafen Apponyi, sich nicht auf eine schiefe Ebene zu begeben. Er kündigte am 1. März im liberalen Klub Maßregeln zur Bekämpfung der Obstruktion an und beantragte denn auch nach einem vergeblichen Appell an die Opposition am 5. März im Abgeordnetenhaus eine provisorische Änderung der Hausordnung. Angesichts dieser Anträge stellte die Opposition ihre Obstruktion ein.

Nun wurden aber auch in Prag die deutschen Studenten vom tschechischen Volk, das von Abgeordneten geführt wurde, angegriffen, so daß Militär einschreiten mußte. Auch im zisleithanischen Abgeordnetenhaus machte man Vorschläge zur Beseitigung der tschechischen Obstruktion. Mit Recht sagten die deutschen Parteien, die Geschäftsordnung müsse nach ihrem wirklichen Sinne streng gehandhabt werden, nicht nach der jetzigen, diesem Sinn zuwiderlaufenden Praxis. Es kam auch an der Wiener Universität zu nationalen Kämpfen, als sich neue tschechische, polnische, kroatische, serbische, slowenische, ruthenische Studentenverbindungen bildeten, die mit ihren Abzeichen auf-



traten. Das wurde ihnen als eine Neuerung vom Rektor verboten. Wegen Fortsetzung der Obstruktion wurde der Wiener Reichsrat am 10. Mai vertagt.

Beim Zusammentritt der Delegationen in Pest, 14. Mai, war von den neuen Erfordernissen für die Torpedoflotte, für Unterseeboote und andere technische Neuerungen die Rede. Goluchowski berichtete über seine freundschaftliche Begegnung mit Tittoni, dem italienischen Minister des Auswärtigen, in Abbazia. „Die jüngste Verständigung zwischen England und Frankreich bildete ein weites Glied der Abmachungen, das den friedlichen Zusammenschluß der europäischen Mächte fester schmieden soll... Wir betrachten gleich Rußland es als Ehrenpflicht, der von den Mächten uns anvertrauten Mission (in der Türkei) gerecht zu werden... Darum hoffe ich, daß die Türkei endlich erkennt, wie uneigennützig wir im Interesse ihrer Erhaltung handeln.“ Leider mache sie aber die größten Schwierigkeiten. Der Tscheche Kramarsch äußerte sich wieder feindlich gegen das Deutsche Reich und den Dreibund. — In einer neuen Rede sagte Graf Goluchowski: „Unsere Balkanpolitik beruht auf der Aussprache von 1897 mit Rußland. Wir haben keinen Grund, an der Aufrichtigkeit Rußlands zu zweifeln. Die Lösung, der das jahrhundertelange orientalische Problem entgegengeht, ist um so weniger gefährlich, wenn sie sich etappenweise vollzieht und nicht als Katastrophe auftritt... Wenn unsere Mahnungen in der Türkei nicht wirken, werden wir mit unsern Freunden schlüssig werden, was geschehen soll.“ Bei den Neuforderungen für das Heeresordinarium kamen bereits die Erfahrungen des ostasiatischen Kriegs zur Geltung.

Ende Juni mußte wieder das Budgetprovisorium und die Quote durch kaiserliche Verordnung festgesetzt werden. Das ungarische Abgeordnetenhaus genehmigte im Juli eine Erhöhung der Zivilliste zu Gunsten der königlichen Beamten und Diener, der Bauten an der Ofener Burg und der Errichtung einer ungarischen Trabantenleibgarde.

Die neue Gemeindeordnung für Niederösterreich bedeutete eine Stärkung der Christlichsozialen Partei (Juli). In Schlesien protestierten die Deutschen im August gegen die slawischen Parallelklassen in Troppau und Teschen. Ministerpräsident Koerber empfahl auf einer Inspektionsreise in Galizien Koerber. den Beamten die Pflege der landesüblichen Sprachen. Niemand werde seinem Volke untreu, wenn er eine zweite oder dritte Sprache erlerne. Es sei für den Frieden des Reiches wesentlich, daß der Staat über mehrsprachige Beamte verfügen könne. Die Sprachenfrage werde zu einer Reichsfrage gemacht, das sei übertrieben. Für die Völker Österreichs wäre es eine Erlösung, wenn entschlossene Patrioten diesen so verhängnisvollen Übertreibungen ein Ende machten. Der mächtige nationale Gedanke soll nicht zum Paroxysmus werden, der das Reich zerstört oder der nationalen und politischen Freiheit schaden muß. Seine Devise sei: „Leidenschaftslose Beharrlichkeit!“ Er wolle sich zu keinem Unrecht, zu keinem Gewaltakt bereden lassen. Aber die Parteien müssen das Labyrinth der nationalen Feindseligkeit verlassen.

Im galizischen Landtag protestierte der Ruthenenklub scharf gegen die Zurücksetzung der ruthenischen Nation durch die polnische Majorität (30. Sept.). Der dalmatinische Landtag warf dem Statthalter Freiherrn v. Handel vor, die dalmatinische Nation beleidigt zu haben; der Landtag wurde geschlossen. Im krainischen Landtag demonstrierten die katholischen nationalen gegen den Landespräsidenten wegen der Vorherrschaft der deutschen Sprache in der Regierung. Im Prager Landtag obstruierten wieder die Deutschen. Im niederösterreichischen erfolgten lange antisemitische Debatten. Das katholische Zentrum beschloß am 20. Oktober über eine Vereinigung mit der christlichsozialen Partei, um vereint den Kampf gegen die zunehmende Entchristlichung zu führen und für eine christliche und soziale Reform der Gesellschaft einzutreten. Der Klub bedauerte nur die leidenschaftliche Sprache mancher Organe der Christlichsozialen, welche eine Annäherung erschwere.

Die Sozialdemokraten demonstrierten am 23. Oktober gegen den Wiener Bürgermeister Lueger, weil er die Maiseier verhöhnt habe. Die Christlichsozialen griffen die Regierung an, weil sie diese Demonstration gestattete, dagegen einen Fackelzug zu Ehren Luegers verbot.

Inns-  
bruck.

Zu Innsbruck fanden ernste Unruhen im November statt wegen Eröffnung einer italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck. Deutsche und italienische Studenten waren von andern Universitäten gekommen. Die Italiener gaben bei Zusammenstößen Revolvererschüsse ab. Der deutsche Maler Pezzei wurde getötet. Die deutschen Studenten in Wien protestierten gegen die italienische Fakultät, die Tschechen in Prag veranstalteten Kundgebungen dafür. Die Vorlesungen in Innsbruck wurden eingestellt, 58 verhaftete italienische Studenten wurden abgeschoben. Ministerpräsident Koerber erklärte am 17. November im Reichsrat, italienische Kurse an der Innsbrucker Universität hätten bis 1864 bestanden, ohne daß Klagen wegen drohender Vermischung erhoben wurden. Die „Ostdeutsche Rundschau“ habe vor drei Jahren gegen die Wegverlegung der italienischen Kurse aus Innsbruck Einspruch erhoben. Der jetzige Zustand war nur provisorisch. Der italienische Volksstamm mache 45 Prozent der Gesamtbevölkerung des Tiroler Landes aus. „Ein breites Band gemeinsamer Kulturinteressen umschlingt Deutsche und Italiener, bewährt nicht nur durch Worte, sondern auch jahrelang durch die Tat und durch erprobte Waffenbrüderschaft. Warum also jetzt diese Ablehnung, die mit der ganzen Vergangenheit im Widerspruch steht?“ — Koerber erklärte am 30. November als sein Arbeitsprogramm die Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses. Dazu sei ein Kontakt der großen Parteien nötig: die Parteien sollten sich zu einer einzigen großen Parteienordnung zusammenschließen, um dann allen Ausschreitungen entgegenzutreten und die Würde des Hauses zu wahren. Er wies auf die Erledigung der Notstandsvorlagen und ähnlicher gemeinsamer Angelegenheiten hin. Als aber am 9. Dezember diese Vorlagen fielen, lehnte das offiziöse „Fremdenblatt“ alle Schuld von der Regierung ab: „Die

betroffenen Kreise werden entscheiden, wo die Schuld liegt; sie werden die Schuld beim Parlament suchen und leider auch beim Parlament finden." Daraufhin reichte Koerber am 27. Dezember seine Demission ein, da seine „leidenschaftslose Beharrlichkeit“ bei der Leidenschaft der Parteien kein Verständnis fand. Freiherr Gautsch v. Frankenthurn übernahm am 31. Dezember die neue Kabinettsbildung.

Indessen hatte auch Tisza in Ungarn mit der Bekämpfung der Ungarn. Obstruktion zu tun gehabt. Es handelte sich um die Reform der Hausordnung im Abgeordnetenhaus und um die Wahlreform. Bei letzterer sei Vorsicht in Ungarn doppelt angebracht, da nicht alle Nationalitäten von gleicher Anhänglichkeit für den Staat beseelt seien. Als Graf Apponyi in stürmischer Sitzung (16. Nov.) erklärte, die Opposition werde eine Änderung der Hausordnung als ungesetzlich betrachten und ihr den Gehorsam versagen, erwiderte Tisza, man müsse, um Ungarn vor dem Schicksal Polens zu bewahren, das Wesen der Verfassung höher stellen als die Form. Aber die Mitglieder der Opposition erschienen am 12. Dezember vor Beginn der Sitzung im Abgeordnetenhaus, zertrümmerten die Präsidentenestrade, die Ministerbank und die Pulte, zerrissen die Gesetzbücher und trieben die Parlamentsdiener, die sie hindern wollten, hinaus. Mehrere Diener wurden blutig geschlagen. Die Sitzung konnte nicht stattfinden.

Sonst ist zu melden, daß der Prinz und die Prinzessin von Wales, also das heutige Königspaar, am 22. April den Kaiser in Wien besuchten. König Edward kam am 16. August in Marienbad mit Kaiser Franz Josef Edward. zusammen, ohne seine Zwecke zu erreichen. Im Gegenteil, am 10. Dezember bildete sich auch von Ungarn aus unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Wekerle ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverein, der den engeren Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich erstrebte.

Fürst-Erzbischof Rohu von Olmütz legte am 13. März sein Amt nieder. — In Wien tagte am 20. März der erste Deutsche Hochschultag.

Über die Statistik im eigentlichen Ungarn, ohne Kroatien, wurden folgende Zahlen angegeben: 1890: 46·6 Prozent Magyaren; 1900: 51·4 Prozent. Dafür sanken in dieser Zeit die Deutschen angeblich von 13·6 auf 11·8 Prozent, die Slowaken von 13·5 auf 11·9 Prozent, die Rumänen von 17·5 auf 16·7 Prozent, die Serbokroaten von 4·6 auf 3·7, die Ruthenen blieben 2·5 Prozent. 1890 zählte man in den ungarischen Volksschulen neben 1,165.000 magyarischen 318.000 deutsche Schüler, 286.000 Slowaken, 251.000 Rumänen, 53.000 Ruthenen, 97.000 Serbokroaten. Zwölf Jahre später waren es 1,350.000 Magyaren geworden, 320.000 Slowaken, 309.000 Rumänen, 54.000 Ruthenen, 88.000 Serbokroaten und 316.000 Deutsche. Noch ungünstiger war das Verhältnis der Schulen. Temes mit 33 Prozent Deutschen hatte nur eine deutsche Schule unter 367. „Das Deutschtum, nämlich seine Vertreter haben hier die Elementarschulen durchweg selbst dem



Magnarentum ausgeliefert.“ Allerdings waren die offiziellen Zählungen zum Teil mit Vorsicht aufzunehmen.

Bei der einundzwanzigsten Generalversammlung des Vereines für Gründung und Erhaltung einer freien katholischen Universität zu Salzburg hielt der Bamberger Domdekan Dr. Schädler die Festrede. Er sprach zum Entsetzen der Freisinnigen von einer Vergiftung des Volkes durch die Lehren der Universitätsprofessoren (31. Jan.). — Der Salzburger Hochschulverein gab das Buch heraus: „Der Salzburger Kulturkampf, Zeitgeschichtliche Ferialkurse in Wien zum zweiten Jahrgang der Salzburger Hochschulferialkurse ein durch den Obmann W. Meier-Lübke; man müsse „die Gefahr bannen, die das kostbarste Gut unserer Kultur, den freien Gedanken, bedroht.“

Gegen das Buch des gelehrten Tirolers Heinrich Denifle „Luther und Luthertum in der ersten Entwicklung quellenmäßig dargestellt“ erhob sich ein Sturm der Entrüstung im protestantischen Lager. Man hatte dergleichen scharfe Urteile von dem Herausgeber der deutschen Mystiker nicht erwartet.

Am 11. September kam in Wien der Neunte Internationale Preßkongreß zusammen.

G. v. Ottenthal schrieb die Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestands des Instituts für österreichische Geschichtsforschung. — Die Zentralkommission für Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale gab im Auftrag ihres greisen Präsidenten Freiherrn v. Helfert eine Festschrift zu ihrem fünfzigjährigen Bestand heraus.

Man feierte das fünfzigjährige Jubiläum der Semmeringbahn mit Festzug und Volksfest und mit R. Marschalls Plakette auf Hegha (All. Ztg., 30. Juni). — Die Stadt Mödling beging ihre Jahrtausendfeier mit einem Volksfest und Festspielen; ich habe auch eines geschrieben.

Von Graf J. A. v. Hübner († 1892) erschien das Buch „Neun Jahre der Erinnerungen eines österreichischen Botschafters in Paris 1851—1859“.

Es begann die „Österreichische Rundschau“, herausgegeben von Alfred v. Berger und R. Glossy.

Ernst Gnadt schilderte seine Jugenderlebnisse „Im österreichischen Italien 1856—1867“.

Gustav Turba schrieb die „Geschichte des Thronfolgerechtes in allen habsburgischen Ländern bis zur Pragmatischen Sanktion 1156—1732“. — A. Fourniers „Napoleon I.“ erschien in neuer Bearbeitung nach nahezu zwanzig Jahren — R. Zul. Hartmann schrieb über „Theophrast v. Hohenheim“ (Paracelsus). „Theophrast erhoffte die Besserung aus der Kirche heraus, vom Papst selbst.“ — Matthäus Much in seinem Buch „Die Heimat der Indogermanen im Lichte der urgeschichtlichen Forschung“, zweite Auflage, sah diese Heimat nicht in Asien, sondern in Niederdeutschland. — Gustav Bauch zeigte in seiner „Rezeption des Humanismus in Wien“ die große Wichtigkeit dieser Kulturströmung. — W. Erben suchte auch das Privilegium minus von 1156 als verfälscht zu verdächtigen, aber ohne Beifall zu finden. — David H. Müller urteilte über das Gesetz des Hammurabi im Verhältnis zum mosaischen: „Beide Gesetze müssen aus einem Urgesetz geschöpft haben, das dem mosaischen näher stand als dem Hammurabis.“ — Ich gedenke des Todes des österreichischen Historikers Ottokar Lorenz (gestorben zu Jena),

mit dem mich das gleiche Interesse für die Lehre von den Generationen in der Weltgeschichte persönlich verband.

Es wurde festgestellt, daß dreißig Österreicher auf deutschen Universitäten als Ordinarii angestellt waren, und dreißig Reichsdeutsche an österreichischen Universitäten; daraus ergaben sich verschiedene Betrachtungen.

Mois Raimund Hein gab eine umfangreiche Biographie Adalbert Stifters. — D. v. Billefont schrieb „über den Verbleib der Ostgoten“ in Südtirol (Allg. Ztg., 13. September). — F. Viehringer ging „auf den Spuren deutscher Heldensagen in Südtirol“ (Allg. Ztg., 1. Juni). Aber es geschah sonst allzuwenig, die werbende Kraft dieser großen nationalen Erinnerungen auszuwirken.

R. Quick schrieb „Deutsche Lautlehre mit Berücksichtigung der Sprechweise Wiens“.

Ad. Donath widmete Detlev v. Liliencron das Buch „Österreichische Dichter. Zum sechzigsten Geburtstag“. Es war hier zum erstenmal, daß die österreichischen Schriftsteller „ohne Unterschied der literarischen und politischen Richtung festgeschlossen miteinandergehen“. Ich war auch in dieser Widmung für einen echten Dichter vertreten. — Arnulf Sonntag vermehrte die Literatur über Hermann von Gilm. — Johann Gabriel Seidl's hundertster Geburtstag wurde durch Vorträge und durch ein Buch von R. Fuchs gefeiert.

Albert Lafavre schrieb das französische Werk: „Die Magnaren während der ottomanischen Herrschaft in Ungarn 1526—1722, Paris 1902“. Der Verfasser, mit dem ich in Wien verkehrt habe, war Legitimist, Katholik, Gegner der Republik, aber auch des Dreibunds. Er forderte von den Ungarn mehr Dankbarkeit für das Haus Österreich und eine katholische Allianz dieses Hauses mit einem monarchischen Frankreich.

J. C. Boestion schrieb die „Geschichte des isländischen Dramas und Theaterwesens“.

Julius Zeyer († 1901) wurde als tschechischer Romantiker von R. H. Strobl gewürdigt (Allg. Ztg., 11. Mai).

Wilh. Fischer in Graz gab seine Weltanschauung als „Poetenphilosophie“ und seine „Grazer Novellen“ in zweiter Auflage. — Fritz Lemmermayer schrieb einen „Epilog zu Jörn Uhl“ (Allg. Ztg., 29. Aug.). — Hermann Bahr schrieb den „Dialog vom Tragischen“ als Heil- und Abspannungsmittel wilder Instinkte, wie es wohl die alten Griechen, aber nicht mehr die Modernen brauchten. — Es erschienen die Erinnerungsblätter 1819—1899 von Hermann Rollett unter dem Titel „Begegnungen“. Der verdienstvolle Gelehrte, Dichter und Sammler starb zu Baden bei Wien. — Die Ungarn betrauernten den Tod des fruchtbaren Romanschriftstellers Moriz Jokai, die Böhmen den Tod des Komponisten Anton Dvorak. — Aus Otto Weiningers Nachlaß erschien ein Buch gesammelter Aufsätze und Bruchstücke „Über die letzten Dinge“. — Ed. Hanslick starb bei Wien, nachdem er als Musikkritiker vergebens gegen Wagner und Liszt angekämpft hatte, ein Vertreter der leersten Auffassung vom „Musikalisch-Schönen“. Seine Wirksamkeit war um so schädlicher, als er ein guter Stilist und ein fleißiger, kenntnisreicher Mann war, der wirklich schaden konnte. Seine und seiner Gesinnungs-genossen Tätigkeit hat nicht Wagners Anerkennung, wohl aber die Fruchtbarmachung seines Wirkens für die deutsche Kultur beeinträchtigen können.

Liliencron.

R. Schrauf gab die alte Matrikel der Wiener Universität heraus.

Max Burckhard gab „Wahre Geschichten“ mit sarkastischem Humor. — Der Stephansturm-Kalender der Baronin José Schneider-Arno feierte das Gedächtnis edler Männer und Frauen Österreichs. — Rudolf Holzer gab das Trauerspiel „Hans Kohlhase“ (Michael Kohlhaas).

Rosegger.

Ein sonderbares Buch war P. Roseggers „J. N. R. J. Frohe Botschaft eines armen Sünders“, eine Erweiterung der Skizze „Wie ich mir die Persönlichkeit Jesu denke“.

Slatky.

Ottokar Kernstock bespricht in der „Allgemeinen Zeitung“ 13. Februar die zweite umgearbeitete Auflage des „Weltenmorgen. Dramatisches Gedicht in drei Handlungen von Eduard Slatky“ mit höchster Anerkennung: „Jeder Soll ein Poet!“ Er erwähnt, daß auch der protestantische Pastor Dr. Jäger das Gedicht als Meisterstück anerkennt und den katholischen Verfasser mit enthusiastischen Lobsprüchen feiert. Kernstock sagt: „Slatky ist Sprachbaumeister ersten Ranges. Er türmt Kyplopenmauern aus Felskloffen und erratischen Blöcken auf, unter denen ‚Findlinge‘ sind, die eine unvergängliche Bereicherung des deutschen Sprachschazes bedeuten.“ In der Tat, das Werk verdient eine eigene „Slatky-Philologie“, die unzweifelhaft noch einzusetzen wird.

Deutsches  
Götter-  
und  
Helden-  
buch.

Mein in sechs Bänden von 2043 Seiten abgeschlossenes „Deutsches Götter- und Heldenbuch“ wurde von D. Kernstock in der „Allgemeinen Zeitung“ 22. September besprochen. Als der bekannte Germanist Richard v. Muth den ersten Band (1900) besprach, bedauerte er, daß das Werk unvollendet bleiben müsse, da es über die Arbeit eines Menschenlebens hinausginge. Ich konnte ihn beruhigen, daß das Ganze bereits nach einer Arbeit von zwei Jahrzehnten im Manuskript vollendet sei. Ich habe damit allerdings eine nationale Arbeit von vierzehn Jahrhunderten zur Vollendung gebracht oder bringen wollen; ich wollte der deutschen Kultur jene Grundlage befestigen, die das Griechentum am Homerischen Epos hatte. Ich bin Kernstock dankbar dafür, daß er dies erkannt hat; ich finde es aber auch durchaus begreiflich, daß sonst die Zeit, die nur für völlig belanglose „Belletristik“ Interesse hatte, dieser stärksten Auswirkung großer, nationaler Kunst und Kultur verständnislos gegenüberstand, ebenso dem ganzen alles umfassenden Kulturbau, den ich in einheitlicher Ausbildung von Epos, Lyrik, Drama, Philosophie, Weltanschauung, Geschichte aufgebaut habe oder, besser gesagt, fern von persönlichem Eigensinn aus einer dem ganzen Leben hingeebenen Arbeit sich wie von selber aufbauen, aufwachsen, erscheinen, darstellen ließ.

Beim religionsgeschichtlichen Kongreß in Basel trug ein magyarischer Gelehrter ein wundervolles „altungarisches“ Gebet zur Sonne vor. Es stellte sich aber heraus, daß das eine Übersetzung des Sonnenhymnus des heiligen Franz war und daß schon Tokai mit diesem angeblichen magyarischen Altertum paradiert habe (Allg. Ztg., 15. Sept. und 1. Okt.).

R. Kosner behandelte die „Ruinen der mittelalterlichen Burgen Oberösterreichs“ im Auftrag der Zentralkommission.

Die Restaurierung der Burg Liechtenstein bei Mödling war vollendet, ein rein romanischer Bau aus dem 12. Jahrhundert, der in Österreich nicht seinesgleichen hatte, im Deutschen Reich nur in der Wartburg.

J. Strzygowski behandelte „Kleinasien als ein Neuland der Kunstgeschichte“.



Der erste Bismarckturm in Österreich erhob sich auf dem Hainberg bei Asch (Nordwestböhmen) (Ill. Ztg., 30. Juni). — Friedrich List erhielt ein pompöses Denkmal in Rustein (von Norbert Pfebschner); der großdeutsche Staatswirt sitzt vor einem korinthischen Säulenhalbrund (Ill. Ztg., 1. Dez.). — In der Art seines wandernden Beethoven schuf Robert Weigl auch Statuetten von Mozart und von Schubert (Ill. Ztg., 21. Jan.). — In Wien bildete sich ein Verein zur Errichtung eines Nibelungendenkmals in Böchlarn, dem alten Bechelaren, zugleich auch zur Veranstaltung von Nibelungenfestspielen. Es war sogar ein Festzug von Worms am Rhein die Nibelungenstraße her bis nach Ofen-Gelburg geplant. Das muß auch noch einmal ausgeführt werden.

Hans Bitterlichs und Ohmanns Denkmal der Kaiserin Elisabeth im Wiener Volksgarten gehörte zu den erfreulichsten Schöpfungen dieser Art (Ill. Ztg., 14. Jan.). — Ein Kaiserin-Elisabeth-Denkmal für Pola bildete Alf. Canciani (Ill. Ztg., 11. Febr.). — Eine neue Büste Kaiser Franz Josefs schuf Josef Rassin (Ill. Ztg., 5. Mai). — Josef Parschall modellerte das „Mädchen von Spinges“ für Buchenstein (Ill. Ztg., 25. Aug.). — Ein Hamerling-Denkmal von R. Rundmann wurde in Graz enthüllt. — Sehr edel und weit über das Gewöhnliche hervorragend ist das Denkmal für Mickiewicz in Lemberg, von Anton Popiel; auf hohem Sockel eine ionische Säule, die einen Dreifuß mit Flamme trägt. Auf dem Sockel an der Säule steht der Dichter, dem ein fliegender Genius die Leier herabbringt (Ill. Ztg., 10. Nov.). — Eine Büste Abrahams a Sancta Clara von Th. M. Rhuen wurde im städtischen Museum zu Wien aufgestellt (Ill. Ztg., 3. Nov.). — Zur silbernen Hochzeit Roseggers entstand eine Plakette von H. Brandstätter (Ill. Ztg., 28. April). — Vorzüglich ist das Lenau-Denkmal für Esztaß von Bela Radnai: der Dichter sitzt sinnend auf einer Bank, hinter ihm steht, dicht an ihn geschmiegt, die Muse, die mit ausgestrecktem Arm seinen Blick in die unendliche Ferne lenkt. — Vortrefflich ist auch das Denkmal des Mathematikers Vega für Laibach von J. Zajec (Ill. Ztg., 28. Juli). Nemethy in Arad baute eine neue Flugmaschine (Ill. Ztg., 14. Jan.).

Frankreich war ganz erfüllt von der wahn sinnigen Heze gegen die Kongregationen. Die Erzbischöfe von Paris, Reims und Lyon protestierten im Januar vergebens gegen die Unterdrückung des Kongregationsunterrichts als eine Barbarei zum Zweck der Ausrottung des Katholizismus. Mehrere Offiziere, die sich weigerten, bei der Austreibung von Klosterleuten mitzuwirken, wurden mit Festungshaft bestraft. Im März verkündete der Ministerpräsident Combes in der Kammer, die Zeit des kongregationistischen Unterrichts sei vorüber, denn er widerspreche der modernen Gesellschaft und den staatlichen Interessen. Freilich seien sechzig Millionen zur Errichtung neuer Schulen und sieben Millionen jährlich für neue Lehrer nötig. Das Verbot soll sich aber nur auf Frankreich, nicht auf die Kolonien beziehen, darum dürfen auch die Anstalten zur Ausbildung der nötigen Ordensnovizen im Lande selbst fortbestehen.

Als der Papst in einer Ansprache vom 18. März an die Kardinäle

Denk-  
mäler.

Frank-  
reich.

Papst.

die Vertreibung der Ordensgesellschaften aus Frankreich scharf tadelte, erfolgte eine Protestnote der französischen Regierung am 27. März, darin es hieß, ihr Vorgehen widerspreche durchaus nicht dem Konkordat. Am Tag darauf genehmigte die Kammer mit 316 gegen 269 Stimmen das Gesetz, das sämtlichen Kongregationen den Unterricht verbot.

Im April ließ die Regierung alle Kreuzige und religiösen Bilder aus den Gerichtssälen entfernen, indem sie sich dabei auf einige Dekrete aus der ersten Revolution stützte, die formell nicht aufgehoben, aber seit dem Konkordat 1801 nicht mehr in Übung waren. Selbst antiklerikale Stimmen sprachen sich gegen diese Verletzung der religiösen Gefühle aus.

Als Präsident Loubet Ende April nach Rom reiste, bemerkte man den kühlen Ton der gewechselten Trinksprüche. Die päpstliche Kurie betrachtete diesen Besuch im Quirinal als eine schwere Beleidigung ihrer Würde und Rechte und richtete darüber am 28. April einen förmlichen Protest an die französische Regierung und teilte diesen Protest auch den Regierungen aller Staaten mit. Der Minister des Auswärtigen Delcassé erklärte aber, daß Frankreich den päpstlichen Protest als nichtig und nicht erfolgt ansehe. Es hieß in dieser Protestnote des Papstes: „Es braucht kaum daran erinnert zu werden, daß die katholischen Staatsoberhäupter, welche durch besondere Bande an den obersten Kirchenhirten geknüpft sind, die Pflicht haben, ihm gegenüber, was seine Würde, Unabhängigkeit und Rechte betrifft, größere Rücksichten zu üben als die Monarchen nichtkatholischer Staaten. Diese Pflicht lag dem obersten Würdenträger der französischen Republik um so mehr ob, als er einer Nation vorsteht, welche durch die innigsten überlieferten Beziehungen mit dem Papsttum verbunden ist, dank einem Übereinkommen mit dem Heiligen Stuhle besondere Vorrechte genießt, im Heiligen Kollegium der Kardinäle und folglich in der Verwaltung der Kirche eine starke Vertretung hat und durch besondere Gunst im Besitze des Protektorates über die katholischen Interessen im Orient ist. Bedeutet es schon eine schwere Beleidigung des obersten Kirchenfürsten, wenn irgendein katholisches Staatsoberhaupt nach Rom kommt, um hier, an der Stätte des Päpstlichen Stuhles und in dem apostolischen Palaste selbst, dem zu huldigen, der wider alles Recht seine weltliche Herrschaft an sich gerissen hat, seine Freiheit und Unabhängigkeit hemmt, so ist diese Beleidigung um so größer von seiten des Herrn Loubet ... Die öffentliche Meinung in Frankreich und Italien hat den beleidigenden Charakter des Besuches herausgefunden, der von der italienischen Regierung gewollt war zum Zweck, die Rechte des Heiligen Stuhls zu schwächen und seine Würde herabzusetzen ...“ — Darauf beschloß die französische Regierung die Abberufung ihres Botschafters beim Vatikan. Die Radikalen verlangten, daß die Botschaft ganz aufgehoben werde. Ministerpräsident Combes erklärte am 27. Mai in der Kammer, Frankreich wollte nur

zeigen, daß es die päpstlichen Forderungen nicht anerkenne; es habe endlich mit den Ansprüchen der überlebten weltlichen Herrschaft des Papstes auf-räumen wollen. Die Frage der Kündigung des Konkordats werde noch erwogen werden.

Unparteiische Stimmen bemerkten, daß die seit dem vorigen Jahr geübte Kirchenpolitik der Regierung wenig nütze, dagegen ihren Gegnern einen erwünschten Anlaß biete, über Verfolgung zu schreien und sich neue Geldquellen zu öffnen. Es waren wohl von 10.000 Schulen der Kongrega-tionen 4000 eingegangen, aber es zeigte sich, daß die Kongregationen die neue Gesetzgebung nur dazu benutzten, um die minder erträglichen Schulen aufzuheben. Was aber die kleineren Schulen verloren, das kam den größeren Anstalten zugute, die sich einfach in weltliche verwandelten. Viele Kon-gregationsschulen wurden nicht geschlossen, weil manche Abgeordnete dies von der Regierung aus Wahlrücksichten forderten. Formell erfolgte wohl die Schließung am 10. Juli in achtzig Departements, nachdem auch der Senat das Gesetz genehmigt hatte.

Kon-  
grega-  
tionen.

Ein neuer Konflikt mit dem Vatikan erfolgte, als die Kurie zwei Bischöfe absetzte. Delcassé protestierte dagegen, da nach dem Konkordat das nicht einseitig angehe, und er kündigte den völligen Bruch aller Be-ziehungen an. Die Kurie verteidigte ihre disziplinarischen Schritte, und auch die beiden Bischöfe folgten der Zitation nach Rom, obgleich die Regierung ihnen das Verlassen ihrer Diözesanen verbot und ihnen die Temporalien spernte. Es wurde die gänzliche Trennung der Kirche vom Staat im Kammer-ausschuß beraten. — Der Papst erklärte in einer Aussprache vom 14. No-vember: „Die Kühnheit der Bösen ist bis zu dem Punkte gegangen, daß sie öffentlich aus Schulen und Gerichtssälen das Bild dessen verjagt, welcher der ewige Herr und Richter des Menschen ist . . . Die Behauptung, der Vatikan habe das Konkordat gebrochen, ist falsch. Der erste Artikel des Konkordats besagt, daß die katholische Religion in Frankreich frei ausgeübt werden kann. Läßt sich nun sagen, daß diese Freiheit besteht, wenn man den Bischöfen untersagt, ohne Wissen der Regierung den Papst aufzusuchen oder auch nur ihm zu schreiben? . . . Wenn man gar kaum die Akte des Papstes schont? . . .“

Der Sozialist Jaurès wurde nicht wieder ins Präsidium der Kammer gewählt, weil die Partei dagegen war; das führte allerdings zu einem Zwiespalt in ihrem Innern. Der Sozialist Millerand tadelte die Regierung, daß sie über der Ordensbekämpfung die Alters- und Invalidenversicherung verzögere.

Die Revision des Urteils gegen Drenfus wurde vom Kassationshof beschlossen.

Die zweijährige Dienstzeit wurde angenommen.

Ein Vertrag mit Siam sicherte Frankreich den Hafen Kratt. Ein geheimer Vertrag mit Spanien regelte die Verhältnisse in Marokko.



Nach dem offiziellen „Matin“ plante Frankreich die friedliche Eroberung Marokkos durch Propaganda. Daraus ergaben sich die gefährlichsten Verwicklungen.

Debatten in der Kammer über das Spitzelwesen in der Armee führten zu Prügelei und Handgemenge.

Die Indexkongregation verurteilte fünf Schriften von Loisy und zwei von Houtin („Die biblische Frage bei den Katholiken des 19. Jahrhunderts“ und „Meine Schwierigkeiten mit meinem Bischof“).

Der große Gelehrte Pasteur († 1895) erhielt ein Denkmal zu Paris von M. Falguière (Ill. Btg., 28. Juli).

Frau Curie berichtete über ihren Anteil an der Entdeckung des neuen Elements Radium.

Der Ruhm Aug. Rodin's drang über sein Vaterland hinaus (Ill. Btg., 3. März.)

Die Franzosen ließen auf dem Schlachtfeld von Waterloo ein Denkmal des verwundeten Adlers von Leon Gerome aufstellen (Ill. Btg., 7. Juli).

Viktor Henry suchte den Ursitz der Arier in den Steppen zwischen Schwarzem und Kaspiischem Meer. Damit stimmt allerdings auch Snorris Edda (Allg. Btg., 28. Sept.).

G. Sergi sah die Ursachen der „Dekadenz der lateinischen Nationen“ im Katholizismus und im Parlamentarismus.

Veto-  
recht.

Der Papst schaffte das Vetorecht bei Papstwahlen ab (11. Dez.) und verbot den Kardinälen, in einem künftigen Konklave im Auftrag einer Regierung die Exklusivie gegen einen Kandidaten auszusprechen.

Das Komitee der „Christlichen Demokratie“ beharrte auf seiner Politik trotz päpstlicher Ermahnungen.

Italien.

Der italienische Minister des Auswärtigen Tittoni erklärte am 18. Mai in der Kammer, das Bündnis mit Deutschland sei nicht unvereinbar mit einem freundschaftlichen Verhältnis zu Frankreich; das französisch-englische Abkommen schädige nicht die Interessen Italiens. Obwohl im November in verschiedenen Städten Protestversammlungen gegen die „Gewalttaten teutonischer Wildheit“ in Innsbruck stattfanden, erklärte Tittoni am 2. Dezember in der Kammer, die Innsbrucker Vorgänge könnten die Bande zwischen der italienischen und deutschen Wissenschaft und das politische Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht lockern.

Im September scheiterte der Versuch eines Generalstreiks. Man protestierte gegen die Streiktyrannie und den Terrorismus der Streikenden. Reservisten wurden einberufen, um jede Wiederholung des Streiks unmöglich zu machen.

Zum Andenken an Papst Leo's XIII. Arbeiterliebe wurde zu Rom ein Denkmal errichtet: ein Arbeiter mit erhobenem Kreuz (Ill. Btg., 14. April).

J. Pilgers, S. J., schrieb über den „Index der verbotenen Bücher in seiner neuen Fassung“.

Josef Wilpert gab das Prachtwerk „Die Malereien der Katakomben Roms“ heraus.

Kaiser Wilhelm trug beim Empfang des Abtes Krug von Monte Cassino auf der „Hohenzollern“ vor Neapel die St.-Benediktus-Medaille als Dekoration: ein Akt auszeichnender Höflichkeit und anerkennenden Wohlwollens. Die Medaille war von Meister Desiderius Benz, dem Begründer der Beuroner Kunstschule, gezeichnet (Ill. Ztg., 28. April).

Die Familie Borghese überließ die Korrespondenz des Papstes Paul V. (1605—1621) dem vatikanischen Archiv zu einem Vorzugspreis. Die englische Regierung hatte viel mehr geboten, da auch die Urkunden über die Scheidung der Ehe Heinrichs VIII. mit Katharina darunter waren.

G. Rosadi schrieb über den Prozeß Jesu und den an ihm begangenen Justizmord.

Man feierte das sechste Jahrhundert der Geburt Petrarcas (eigentlich Petracca). Ich konnte bei dieser Gelegenheit nur meinem Befremden Ausdruck geben, warum unsere deutschen Minnesinger so wenig beachtet werden. Ein Denkmalentwurf für Arezzo zeigt absonderliche Motive (Ill. Ztg., 21. Juli).

Ein großer Teil der Nationalbibliothek in Turin brannte am 26. Januar, durch einen Kurzschluß, wie es hieß, ab. Unerseßliche Manuskripte gingen dabei zugrunde. Es ist eine unverantwortliche Lässigkeit unseres gelehrten Betriebs, daß nicht schon längst alle Manuskripte von einzigem Wert durch die Photographie wenigstens in einem zweiten Exemplar kopiert und an andern Ort zur Sicherheit hinterlegt wurden. Es ist so während eines Jahrhunderts der gerühmtesten Technik Unschätzbare verloren gegangen.

Das von Kaiser Wilhelm geschenkte Goethe-Denkmal wurde zu Rom in Gegenwart des Königs enthüllt. Es war von Eberlein, als Standort war zuerst der Monte Pincio, dann der seit dem Vorjahr zum Stadtpark erklärte Garten der Villa Borghese ausersehen. Der Bürgermeister Fürst Colonna sprach dabei von Goethes „Römischen Elegien“, wahrscheinlich ohne den Gegenstand dieser Elegien zu ahnen.

In der Sammlung der Mystiker im Verlag von E. Diederichs erschienen nach Meister Eckhart auch Giordano Brunos Gesammelte Werke in Übersetzung.

G. Buffoli schrieb über Annunzios dichterische Entwicklung (Allg. Ztg., 10. März).

Sehr wertvoll waren die photographischen Aufnahmen des Schweizer Kapitäns Spelterini, die er von seinem Ballon aus in Ägypten und in den Alpen zustande brachte (Ill. Ztg., 28. Juli u. 13. Okt.).

Der König von Spanien traf mit dem Kaiser Wilhelm auf dessen Spanien. Mittelmeerfahrt in Vigo zusammen.

Nicht nur in Spanien wurde das dreihundertjährige Jubiläum des „Don Quijote“ von Cervantes gefeiert oder vorbereitet.

In der Schweiz (Bern) wurde der russische Gesandte durch einen russischen Anarchisten verwundet. Die Schweizer Offiziere im russischen Hauptquartier wurden wegen angeblicher Indiskretionen auf Kuropatkins Wunsch abberufen. Zu Zürich fand im November ein sozialdemokratischer Parteitag statt. Er forderte, daß bei Streiks keine Truppen aufgeboden werden sollten, lehnte aber einen Antrag ab, bei solchen Aufgeboden zur Dienstverweigerung aufzufordern. In Olten wurde ein internationaler Altkatholikenskongreß abgehalten. In Basel tagte vom 30. August bis 2. September der Zweite Internationale Kongreß für allgemeine Religionsgeschichte. — Hans

Faber erblickte „das Christentum der Zukunft“ als reformierter Schweizer in einem Christentum ohne Kirche. Er klagte über den Mammonismus der Kirche. — Das Denkmal für die Schlacht am Morgarten (1315) wurde von R. Rittmeyer entworfen. — Endlich wurde für das Weltpostvereinsdenkmal in Bern doch der Entwurf von R. de Saint-Marceau angenommen (Zll. Jtg., 8. Sept.).

Belgien.

In Belgien trat die flämische Kommandosprache für die Bürgerwehr der flämischen Teile in Kraft. Französische Anarchisten führten zu Lüttich ein Bombenattentat gegen den Chef der Sicherheitspolizei aus, wobei neun Personen schwer verwundet wurden. Eine internationale Kommission sollte die Zustände des Kongostaats untersuchen. Mehrere große Arbeitervereinigungen traten aus der sozialdemokratischen Partei aus und konstituierten sich als reine Gewerkschaften. Peinliches Aufsehen erregte der Prozeß des Königs mit seinen Töchtern.

Thomismus.

Über die Universität Löwen als wissenschaftliches Zentrum des heutigen Thomismus und den seit 1882 dort lehrenden Domherrn Mercier berichtet nach August Belzer die „Allgemeine Zeitung“ 27. September. Der Thomismus zeigte da „die größte Lebenskraft und Leistungsfähigkeit, wo er das mittelalterliche Gewand abgelegt hat und in der Sprache der Gegenwart redet“.

Haag.

Das Haager Schiedsgericht fällte am 22. Februar die Entscheidung in der Venezuelafrage. Viele Staaten hatten sich bereits durch Verträge dem Haager Schiedsgerichtshof unterworfen, schwere Fälle ausgenommen. Eine internationale Konferenz beriet im Haag im Dezember über die Stellung der Hospitalschiffe im Krieg. — Die zweite niederländische Kammer anerkannte die freien konfessionellen Universitäten (24. März). — Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam 14. bis 20. August waren 482 Teilnehmer aus allen Weltteilen, auch Russen und Japaner, vertreten. Es kam zu scharfen Differenzen über die Taktik zwischen Jaurès und Bebel. Bebel lobte die deutsche Sozialpolitik und die Monarchie im Gegensatz zu den bürgerlichen Republiken Nordamerika und Frankreich.

Dänemark war durch den ostasiatischen Krieg für die sichere Überwachung der Seebefestigung Kopenhagens höchlich besorgt. Zur Bekämpfung der Unfittlichkeit und Gewalttätigkeit schien die Einführung der Prügelstrafe angezeigt. In Kopenhagen starb Professor Finsen, der Begründer der Lichttherapie.

Der Deutsche Kaiser besuchte Alesund in Norwegen, wo er für die Abgebrannten durch eine großartige Hilfsexpedition eingegriffen hatte.

Lorenz Krapp besprach in der „Allgemeinen Zeitung“ 3. August den „Klassiker der dänischen Neuromantik“ J. P. Jacobsen. Ebenso schrieb er (22. Nov.) über den dänischen Romantiker Johannes Jørgensen, den Gegner seiner naturalistischen Zeitgenossen. Otto Hausser hatte auf ihn in seiner Sammlung „Die dänische Lyrik 1872—1902“ hingewiesen.

Die Christuslegenden von Selma Lagerlöf wurden von Francis Maro übersetzt.



Unter den Mystikern des Verlags Diederichs erschienen nun auch Immanuel Swedenborgs theologische Schriften.

Ein altnordisches Freilichtmuseum entstand auf dem Majhaugen außerhalb Lillehammers, Norwegen.

In Dänemark und Schweden kamen zuerst Wohltätigkeitsbriefmarken auf. Diese jetzt weit verbreitete Übung ging von der Idee des dänischen Posterpeditenten Stolböll aus.

Um ihren guten Willen zu zeigen, ließ sich im Januar die Pforte von der italienischen Regierung den Generalleutnant di Giorgi aus als Kommandanten der makedonischen Gendarmerie. Auch an Rußland und Österreich berichtete sie über ihre Reformation, und bat nur, man möge Bulgarien von der Unterstützung der Aufständischen abhalten. Dies wurde auch in einem direkten Abkommen der Pforte mit Bulgarien 9. April festgesetzt. Freilich ruhten in der Folge ebensowenig die bulgarischen Banden in Makedonien, und auch in Armenien führten Unruhen zu furchtbaren Missetaten. Die Forderung Rußlands an die Türkei nach Auszahlung der noch immer rückständigen Kriegsschädigung wurde dem Haager Schiedsgericht unterbreitet. Ein amerikanisches Geschwader erzwang Entschädigung für zerstörtes Eigentum der amerikanischen Mission in Armenien. Prinz Georg von Griechenland bereiste die europäischen Höfe, um die Vereinigung Kretas mit Griechenland zu erwirken. Die erste Strecke der Bagdadbahn Konia-Gregli-Burgurlu wurde am 25. Oktober eröffnet. Der Deutsche Kaiser beglückwünschte dazu den Sultan und auch die Deutsche Bank.

Das makedonische Aktionskomitee veröffentlichte am 4. Oktober eine Denkschrift über alle Ereignisse seit 1893 und verlangte Aufhebung des türkischen Regiments in jenen christlichen Gebieten. Die Organisation werde den Befreiungskampf so lange fortführen, bis eine internationale militärische Einmischung gesetzliche und menschliche Zustände gewährleisten werde.

In der Moldau wurden die gedrückten Bauern unruhig und verlangten Landverteilung.

In Serbien wurden endlich die Königsmörder aus der Umgebung des Königs Peter entfernt. Darauf kehrten der russische und der österreichische Gesandte nach Belgrad zurück. König Peter wurde in Belgrad am 21. September gekrönt und in Piza am 9. Oktober gesalbt. Beim Aufstand in Makedonien zeigte sich bereits ein Gegensatz zwischen Bulgaren und Serben und Griechen.

Felix Kanitz' „Das Königreich Serbien und das Serbenvolk von der Römerzeit bis zur Gegenwart“ war ein Teil der „Monographien der Balkanstaaten“ von W. Ruland.

Der Sultan schenkte dem Kaiser Wilhelm die ornamentalen Skulpturen der Fassade des altorientalischen Schlosses M'schatta; sie kamen in 422 Kisten nach Berlin. Das Schloß liegt an der Pilgerstraße von Damaskus nach Mekka.

Strzygowski hatte die Aufmerksamkeit darauf gelenkt und die Zeit der Entstehung auf etwa 600 n. Chr. bestimmt.

G. Jacob gab die Gedichte des Sultans Mehmed des Zweiten, des Eroberers von Konstantinopel, heraus.

In Athen brach eine Studentenrevolte aus gegen die Aufführung des Aischylos in neugriechischer Übersetzung; man betrachtete das ebenso als einen nationalen Verrat wie 1901 die Übersetzung des Evangeliums in die heutige Volkssprache. — Die Athener stellten das alte Erechtheion auf der Akropolis aus den Bruchstücken wieder her.

Die Deutschen setzten die Ausgrabungen in Pergamon fort (Zll. Ztg., 22. Dez.). Deutsche Ausgrabungen fanden auch bei den Pyramiden statt (Zll. Ztg., 2. Juni).

Amerika.

Präsident Roosevelt suchte die Union in einer Botschaft an den Kongreß vom 4. Januar vom Vorwurf zu befreien, daß sie die Revolution in Panama geschürt habe. Das spätere Eingreifen zugunsten der neuen Republik und die Sendung von Schiffen und Truppen rechtfertigte er aus verschiedenen Gründen. Die Hauptsache sei der Bau des Kanals. Man besorgte freilich, Kolumbien könne mit Waffengewalt in den Isthmus einfallen. Der Präsident von Kolumbien beschuldigte die Vereinigten Staaten, den Vertrag von 1846 verletzt zu haben. Diese suchten die Sache friedlich beizulegen.

Einen unangenehmen Eindruck machte es, daß Roosevelt, um Stimmen für seine Wiederwahl zu fangen, mit einem Federstrich 300.000 Veteranen des Bürgerkriegs pensionsberechtigt machte.

Die bisherigen „Territorien“ Arizona, Neumexiko, Oklahoma und das Indianerterritorium wurden je zu einem „Staat“ erklärt. Damit waren es 49 Staaten und die Territorien Alaska, Hawaii sowie der Bundesdistrikt Columbia (zu unterscheiden von der südamerikanischen Republik).

Die Einwanderung wurde neuerlich erschwert, besonders gegen die Cunardlinie, die mit der ungarischen Regierung einen Vertrag über die Verschiffung der ungarischen Auswanderer geschlossen hatte. Noch mehr Grund, diese Auswanderung zu erschweren, hätte Ungarn gehabt.

Im Senat wurde Roosevelt wegen seines Ehrgeizes und der dadurch ungeheuer vermehrten Ausgaben angegriffen, er wolle aus der Union eine Weltmacht machen. Die Ausgaben für das Heerwesen überstiegen die Englands um 32 Millionen Dollars, die Deutschlands um 131, die Frankreichs um 139 Millionen.

Die Weltausstellung in St. Louis wurde durch Roosevelt am 30. April eröffnet. Dort wurde am 6. Oktober ein „Deutscher Tag“ abgehalten.

Roosevelt.

Die „Republikaner“ kandidierten wieder Roosevelt, die Sozialdemokraten einen Eisenbahner; sie nahmen sich auch der Neger an, gegen die sich die Lynchverbrechen immer mehr häuften. Die „Demokraten“, zu meist Südländer, kandidierten Parker. Roosevelt ging bei der Wahl

8. November mit 325 Wahlstimmen als Präsident hervor. Parker erhielt 151, der sozialdemokratische Kandidat nur wenige Stimmen.

Als das vom Deutschen Kaiser geschenkte Denkmal Friedrichs des Großen am 19. November in Washington enthüllt wurde, brachte Roosevelt einen Trinkspruch auf Deutschland aus und wechselte mit Kaiser Wilhelm freundliche Telegramme.

Man regte eine zweite Friedenskonferenz (nach der ersten von 1899) an, mit neuem Programm; aber Roosevelt erklärte in seiner Botschaft vom 6. Dezember, eine Abrüstung sei unmöglich. Die Union sei gegenüber den andern Ländern des amerikanischen Kontinents nicht von Ländergier erfüllt; aber anhaltendes Unrecht und Ohnmacht würden auf Grund der Monroedoktrin die Vereinigten Staaten zwingen, wenn auch widerstrebend, eine internationale Polizeigewalt auszuüben. Die Interessen der Union und ihrer südlichen Nachbarn seien aber in Wirklichkeit identisch. Die amerikanischen Juden in Rußland müßten geschützt werden. Die internationale Waffe sei eine starke Flotte mit großen Schlachtschiffen, wie sich in Ostasien zeige. Die Trusts seien notwendig, die Übervölkerung der Großstädte und die Entvölkerung des Landes sei beklagenswert. Die Einwanderer dürfen nicht die Lebenshaltung der amerikanischen Lohnarbeiter herabdrücken.

Die neue Vasallenrepublik Panama bekam bereits Anlaß, gegen die schädigenden Projekte der amerikanischen Kanalkommission Vorstellungen in Washington zu erheben.

Pa-  
nama.

Paul Dehn betrachtete die nordamerikanische Union mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und ihren politischen Aspirationen als eine große Sorge für die Alte Welt, aber auch als einen Ansporn für Deutschland, nicht zurückzubleiben. Dagegen suchte Hugo Münsterberg, früher Professor in Freiburg, nun in Cambridge bei Boston, in seinem Buch „Die Amerikaner“ zu zeigen, daß in Wirklichkeit weder die wirtschaftliche amerikanische Gefahr noch die politische deutsche Gefahr bestehe, und daß sich auch die gefürchtete Monroedoktrin überlebt habe. Er überzeugte aber wenige.

Für die Weltausstellung in St. Louis stellte Leipzig ein Musikzimmer bei mit Büsten der großen Tonsetzer von Klinger u. a. (Ill. Ztg., 11. Febr.). — Ed. James, Präsident der Nordwest-Universität in Chicago, lud ein zur Gründung eines „Amerikanischen Instituts für germanische Studien“. — Über die Geschichte des Scheltnamens „Dutch“ oder „Dutchman“ gibt J. Goebel Auskunft in der „Allgemeinen Zeitung“ 23. November.

W. Schölermann übersetzte die „Grashalme“ von Walter Whitmann. Dieser war die Synthese des modernsten und urweltlichsten barbarischsten Geistes.

Treffend war der amerikanische Spruch: „Die stärkste Festung einer Nation ist der häusliche Herd“.

Ganz wundersam war die Entwicklung der Miß Helen Keller, der blinden und taubstummen amerikanischen Schriftstellerin, geb. 1880. Es erschien eine deutsche Ausgabe ihrer Lebensgeschichte. Sie hatte 1900 die Universität bezogen.



Seeminen, Torpedos, Unterseeboote eröffneten neue Aussichten des Seekriegs (All. Ztg., 6. Okt.).

Buren.

Die Buren waren nicht zufrieden. Die in Transvaal waren gegen die Einfuhr von Chinesen, die in der Oranjesflußkolonie beklagten sich über die englische Verwaltung, die ihre Versprechungen nicht erfülle. Paul Krüger, der ehemalige Präsident, starb in der Schweiz fast 79 Jahre alt; er wurde in Pretoria unter großer Teilnahme beigesetzt.

Welt-  
sprache.

Über Weltsprache oder Gemeinsprache entstand in der „Allgemeinen Zeitung“ eine Polemik zwischen H. Schuchardt und B. L. Witiez. Manfion von der Belgischen Akademie empfahl das flexionslose Latein als Weltsprache, wie es Professor Peano in Turin 1903 vorgeschlagen hatte. Dahin führte bereits das analytische Latein des Thomas von Aquino (statt des synthetischen Latein des Cicero) und das botanische Latein des Binné; bereits Leibniz hatte Ähnliches vor wie Peano; er wollte die Endungen des Casus, der Numeri, des Genus und der Person unterdrücken; Peano auch noch die der Tempora und Modi (Allg. Ztg., 12. Sept.). In Paris bestand eine „Delegation zur Einführung einer internationalen Hilfsprache“; sie hoffte Erfolg durch Hilfe der internationalen Vereinigung der Akademien. Skeptiker fühlten sich von diesen „gemischten Sprachsalaten“ nicht angezogen. — Das Werk von Couturat und Beau „Histoire de la langue universelle“ (1903) führte 49 Systeme einer künstlichen Weltsprache vor Augen. Am meisten Aussichten schien das 1887 von Zamenhof erfundene Esperanto zu haben, da es die 1626 von Descartes geforderten Bedingungen zu erfüllen schien. Es gab bereits Esperantolehrbücher in 22 Sprachen mit 150 Schriften. 15 Zeitschriften befaßten sich mit Esperanto. Die Zahl der Esperantisten wurde auf 50.000 geschätzt. Der französische Kriegsminister forderte die Offiziere auf, Esperanto zu studieren. Zu den Gönnern des Esperanto zählte man Tolstoi und Max Müller. Die 16 Regeln der Grammatik waren leicht in einer Stunde zu erlernen. Der Wortschatz setzte sich aus etwa 800 Stämmen zusammen, die durch 20 Affixe für Millionen von Begriffen verwendet werden konnten. Man hielt die Lösung des Problems für näher als das Problem der lenkbaren Luftschiffahrt.

## Das Jahr 1905.

Ausgang des Russisch-Japanischen Krieges. Russische Unruhen, Verfassung, Duma. Friedensschluß zu Portsmouth in Amerika. Fortgang der russischen Revolution. Die Marokkofrage. Kaiser Wilhelm in Tanger. Kriegsgerüchte. Vorbereitung zur Marokkokonferenz. Verggesehnovelle. Toleranzantrag. Der „Hausknecht“. Schillerfeier. Restauration des gregorianischen Choral. Denifle †. Alexander Baumgartner. Der Berliner Dom und das Coligny-Denkmal. Gautsch und Tisza; das allgemeine Wahlrecht für Österreich-Ungarn beraten. „Zubäomagharen.“ Österreichischer Katholikentag. Fogazzaro. Keltische Renaissance. Auflösung der Union zwischen Schweden und Norwegen. König Hafon. Matebonische Unruhen. Roosevelts zweite Amtsperiode. Die gelbe Gefahr.

Der ostasiatische Krieg, der von beiden Seiten mit überschwenglichen Erwartungen begonnen worden war, endigte mit gegenseitiger Erschöpfung nach gewaltigen Waffentaten. Gleich zu Beginn des Jahres (2. Jan.) mußte der russische Verteidiger von Port Arthur, General Stoepel, kapitulieren. Mit ihm kamen 8 Generale, 4 Admirale, 57 Oberste, Oberleutnants und Majore, 100 Schiffskapitäne, insgesamt 32.000 Personen, ohne die Kranken und Verwundeten in den Spitälern, in die Gewalt der Japaner, außerdem eine große Menge von Kriegsmaterial. An der mandschurischen Front versuchte Kuropatkin vergebens etwas gegen die Japaner auszurichten. In der Stellungsschlacht bei Mukden hielt er wohl vierzehn Tage, 24. Februar bis 10. März, stand, mußte sich aber dann einige Meilen bis Raigim zurückziehen und konnte von da bis zum Ende des Krieges nicht mehr verdrängt werden. Die Verluste waren beiderseits ungeheuer. Kuropatkin trat den Oberbefehl an Lenewitsch ab; aber damit war nicht ein Aufgeben der militärischen Ziele gemeint. Rußland verstärkte sogar seine Stellungen in Turkestan und im Pamirgebiet, um dort gegen England auf der Hut zu sein.

Indessen kam die russische Flotte unter Admiral Roschdestwensky auch immer näher an den Kriegsschauplatz heran. Ihr Ziel war, Wladivostok zu erreichen, sich dort zu verstärken und Port Arthur wieder zu gewinnen. Mangel an Kohle hinderte sie, den sicheren Weg östlich um Japan herum einzuschlagen, sie mußte den geraden Weg zwischen den japanischen Inseln und dem chinesischen Festland wählen. Auf diesem ungünstigeren Kampfplatz unterlag sie der überlegenen fernwirkenden Artillerie der japanischen Schiffsgeschütze und wurde am 27. und 28. Mai bei Tsushima fast ganz vernichtet. Aber auch Japan war erschöpft, vor allem finanziell. Diesen Zeitpunkt hielt Präsident Roosevelt für geeignet, sich im Interesse, besonders im Handelsinteresse, aller Mächte zu „bemühen, wenn möglich den schrecklichen und beklagenswerten Kampf zu Ende zu bringen. Die Vereinigten Staaten (sagte er in seiner Note

Der Krieg.

Tsushima.

vom 8. Juni) sind mit Japan und Rußland freundschaftlich verbunden und daher für beide in gleicher Weise interessiert. Ich bitte die beiden Regierungen dringend, nicht nur um ihrer selbst willen, sondern im Interesse der ganzen zivilisierten Welt in direkte Friedensverhandlungen einzutreten. Ich schlage vor, daß russische und japanische Bevollmächtigte ohne Vermittler zusammentreten und sehen, ob es nicht möglich ist, Friedensbedingungen einzugehen." — Roosevelt hatte sich selbstverständlich schon vorher sowohl in Petersburg wie in Tokio vergewissert, daß sein Vorschlag angenommen werde, und beide Mächte antworteten denn auch unverzüglich und gleichzeitig in zustimmendem Sinne.

Beide Staaten hatten guten Grund, ein Ende des Krieges herbeizuwünschen und für die Vermittlung dankbar zu sein. Am bedenklichsten war die Lage in Rußland. Da fanden zu Beginn des Jahres erneute Kundgebungen in Kreisen der Intelligenz und der Arbeiterschaft für administrative und konstitutionelle Reformen statt, die von der Polizei kaum verhindert werden konnten. Selbst der Fürst Trubezkoi, Präsident des Moskauer Semstwo, schilderte in einem offenen Schreiben an den Minister des Innern die Notwendigkeit von Reformen, um eine Revolution zu vermeiden. Dazu kam es zu gewalttätigen Ausständen. In all diesen Unruhen war allein der Rückhalt an der deutschen Freundschaft eine Rettung des Zarentums; von hier kam eine reichliche Anleihe. Bedenklich war es, daß beim Salutschießen zur Feier der Wasserweihe (19. Jan.) ein scharfer Schuß den Winterpalast traf und mehrere Kartätschenkugeln in einem Zimmer einschlugen. Bald darauf erfolgte ein blutiger Zusammenstoß zwischen Petersburger Arbeitern und Militär. Der Pope Georg Gapon führte das Volk zum Zarenpalast und verlangte Maßnahmen zur Beseitigung der Rechtlosigkeit und der Armut, Vorkehrungen gegen Bedrückung der Arbeit durch das Kapital, Freiheit des Wortes, persönliche Sicherheit, Versammlungsrecht, Gewissensfreiheit, geregelte Schulbildung, Volksvertretung, Gleichheit aller vor Gericht, Verantwortlichkeit der Minister, Befreiung der Bauern von den Ablösungszahlungen, billigen Kredit, Verteilung der Staatsdomänen, Einkommensteuer, Freiheit der Vereine, besonders der Konsumvereine, Achtstundentag, Streikfreiheit, staatliche Arbeiterversicherung. Als sich Gapon mit dem Kreuz und dem Zarenbild in den Händen an der Spitze der Menge dem Winterpalast näherte, wurde vom Militär geschossen. Es fielen einige Hunderte oder Tausende. Gapon entfloh nach Frankreich, nachdem er folgende Proklamation erlassen hatte: „Kameraden, Arbeiter! Es gibt keinen Zaren. Zwischen ihm und dem Volke sind heute Ströme von Blut geflossen. Es ist Zeit, ohne ihn den Kampf für die Freiheit aufzunehmen. Ihr habt dazu meinen Segen!“ Unter den Verhafteten war auch der Dichter Maxim Gorki und viele Studenten. Die Regierung suchte, sich durch ein Manifest vom 23. Januar zu rechtfertigen, sie errichtete aber eine Militärdiktatur für Petersburg unter dem Befehl des Generals Trepow; und der Moskauer Stadthauptmann erklärte die ganze Volksbewegung als Ausfluß englischer und japanischer Mächenschaften, wogegen freilich der englische Botschafter protestierte.

Es folgten große Streiks in Petersburg, Moskau, Riga, Warschau, Lodz, Baku, Tiflis, Batum. Viele Zeitungen hörten zu erscheinen auf. Der



Zar empfing eine Arbeiterdeputation und versprach Berücksichtigung ihrer Forderungen (1. Febr.). Die Adelsversammlung von Petersburg (6. Febr.) forderte vom Zaren ein Parlament. Eine Moskauer Ärztekongferenz schloß sich der Bewegung an. Dagegen hat eine Adelsversammlung von Samara den Zaren, die Selbstherrschaft zu erhalten und nur den Adel an den Reformarbeiten zu beteiligen (12. Febr.). Zwischen hinein fielen politische Morde, so der des finnischen Senatsprokurators Johansson und der des Großfürsten Sergei, eines Oheims des Zaren (17. Febr.). Im Kaukasus gerieten die verschiedenen Völkerstämme, Armenier und persische Tataren in blutigen Kämpfen aneinander. Die Studenten stellten als Zeichen der Revolution die Studien ein, wofür die Regierung allerdings auch die Prüfungen einstellte. Infolge des Ausstandes vieler Eisenbahner mußte der Eisenbahndienst militarisiert werden.

Im März begannen Bauernrevolten; Gutshöfe wurden geplündert. Eine Kundgebung des Zaren vom 3. März suchte die allgemeine Aufregung zu beschwören: Der Krieg sei im Interesse des Christentums und aller christlichen Völker unternommen worden. Der Vorsehung hat es gefallen, das Vaterland durch schwere Prüfungen heimzusuchen. Während die tapferen Söhne Rußlands für den Glauben kämpfen, brechen im Vaterland Wirren aus, den Feinden zur Freude. Man will den natürlichen Zusammenhang mit der Tradition zerreißen. Mögen alle Gutgesinnten, jeder in seinem Beruf und an seinem Platz seine Pflicht tun. Nur so können sich die Absichten auf Erneuerung des geistigen Lebens, Kräftigung des Wohlstandes, Vervollkommenung der Staatsordnung verwirklichen.

Es erfolgte ein Attentat auf den Warschauer Polizeichef, dann wieder ein Versprechen von Reformen in Polen, von allgemeiner Berufung von Volksvertretern, Zugeständnisse an Finnland. Komplote wurden entdeckt. In der Krim brachen Unruhen aus und das Zarenschloß Yalta wurde geplündert. Die deutschen Ansiedler in Kasena (Jekaterinoslaw) wurden bedroht. Sogar der Heilige Synod revoltierte gegen seinen Oberprokurator Pobjedonoszew und den Zäsaropapismus und verlangte Wahl eines Patriarchen durch einen einberufenen Sombor. Der Zar aber erklärte, eine so wichtige Sache wie die Einberufung eines Konzils der russischen Kirche müsse auf ruhigere Zeiten verschoben werden. Doch wurde ein toleranzfreundliches Edikt erlassen.

Im April und Mai standen sich immer schärfer die demokratischen Advokaten und Professoren, die Arbeiter, die Monarchisten und orthodoxen Autokraten gegenüber. Dazu kamen blutige Judenverfolgungen zu Schitomir in Wolhynien. Aber auch jüdische Arbeiter und Arbeiterführer spielten eine blutige Rolle bei Unruhen, Plünderungen und Zerstörungen in Warschau. Der Gouverneur von Baku wurde durch ein Bombenattentat getötet (24. Mai). Die Unglücksfälle im Krieg waren Anlaß, die schlechten Zustände im Innern anzuklagen und alles Heil von einer Verfassung zu erwarten. Man meinte, das Parlament könne dann auch die Entscheidungen über Krieg und Frieden beeinflussen. Vom 21. bis 25. Juni wüteten in Lodz große Straßenkämpfe. 60.000 Arbeiter kämpften auf

Ver-  
fassung.

Barrikaden, die von den Truppen erstürmt wurden, 560 Personen wurden getötet. In Warschau und Czestochau herrschten Unstände. Endlich ver- sprach eine offizielle Kundgebung vom 26. Juni die vom Minister Bulgin entworfene Verfassung, eine „Gossudarstwenaja Duma“ von 500 Vertretern auf fünf Jahre in zehn Fachabteilungen mit Besoldung und Immunität, Recht der Initiative zu neuen Gesetzen, zur Interpellation usw. Aber die Unruhen gingen trotzdem noch immer weiter, besonders in Odesa, wo mehrere Hundert Menschen in Straßenkämpfen umkamen und auf der Schwarzen-See-Flotte Meutereien ausbrachen. Die Mannschaften des „Potemkin“ töteten ihre Offiziere; nach manchem Unfug ergaben sie sich den rumänischen Behörden in Konstanza. Auch in Nischny Nowgorod verübte der Pöbel große Plünderungen. Blutige Demonstrationen fanden zu Bialystok und Riga statt.

Den einzigen moralischen Halt fand der Zar, wie gesagt, am Deutschen Reich und an der Geneigtheit des Deutschen Kaisers, ihm trotz allem zu helfen. Während sich Frankreich in dieser Zeit sehr kühl benahm, traf Kaiser Wilhelm mit Zar Nikolaus am 23. und 24. Juli bei Bjorkoe in den Finnischen Schären zusammen. Diese Zusammenkunft war zweifellos von großer moralischer Bedeutung; sie hielt das tiefgeschwächte Zarentum aufrecht, flößte ihm neue Zuversicht und Lebenskraft ein. Der Zar erließ am 19. August ein eingehendes Manifest über die neue Verfassung und die Einrichtung und Wahl der Duma, die Unruhen kamen aber doch noch nicht zu Ende. In Livland und Kurland erhoben sich die ländlichen Arbeiter und kleinen Bauern gegen die Großgrundbesitzer. In Warschau brachen neue Unruhen infolge eines Generalstreiks aus und der Kriegszustand herrschte über ganz Polen. Der Notstand nahm einen großen Umfang an. In Liebau wurden meuternde Matrosen verurteilt usw.

Die Japaner hatten indessen ihre Seeherrschaft in der Weise genützt, daß sie noch am 7. Juli, vor den förmlichen Friedensverhandlungen, den Süden der Insel Sachalin besetzten und die Russen dortselbst zum Rückzug auf den nördlichen Teil zwangen.

Am 5. August begannen nun die beiderseitigen Bevollmächtigten zu Frieden. Portsmouth in Nordamerika (nördlich von Boston) die Friedensverhandlungen. Für Rußland waren Witte und Rosen, für Japan Komura und Takahira gekommen. Am 29. einigte man sich über die Bedingungen, am 5. September wurde der Friedensvertrag unterzeichnet. Er bestimmte: 1. Wiederherstellung der Freundschaft. 2. Korea wird unter den Schutz und die Aufsicht Japans gestellt. 3. und 4. Zurückstellung der Mandschurei an China. 5. Übergang des russischen Pachtgebietes von Port Arthur auf Japan. 6. Teilung der mandschurischen Eisenbahn . . .

9. Abtretung des südlichen Teils von Sachalin an Japan . . . 13. Gegenseitige Rückgabe der Kriegsgefangenen und Bezahlung der Unterhaltskosten, wobei Rußland eine beträchtliche Differenz an Japan zu zahlen hatte (als Ersatz einer Kriegsentuschädigung) . . . 15. Der Vertrag war französisch und englisch abgefaßt; der französische Text sollte im Fall eines Zweifels als maßgebend gelten.

Die russische Regierung teilte diese Bedingungen dem Volk mit beruhigenden Erläuterungen mit. Dem Präsidenten Roosevelt telegraphierte der Zar seine Glückwünsche und seine Erkenntlichkeit für dessen persönliche und energische Bemühungen für den erfolgreichen Ausgang der Friedensverhandlungen. „Mein Land wird dankbar den hervorragenden Anteil gebührend schätzen, den Sie an der Friedenskonferenz in Portsmouth genommen haben.“ Auch die öffentliche Meinung Rußlands war befriedigt, daß eine diplomatische Niederlage vermieden sei. Einige Stimmen glaubten nicht an die Dauer des Friedens. Sehr unzufrieden war man aber in Japan. Man trauerte über die Vereitlung der nationalen Erwartungen. Es kam zu Unruhen gegen die Regierung in Tokio, Yokohama und andern Städten. Der Pöbel stürmte das Gebäude des Regierungsblattes und das Ministerium des Innern und verbrannte zehn christliche Kirchen. Nach blutigen Zusammenstößen wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Zeitungen wurden zeitweilig unterdrückt. Als das Panzerschiff „Mikasa“, das Flaggschiff des Admirals, am 12. September infolge einer Explosion sank und 600 Mann getötet oder verwundet wurden, sah man darin eine Rache tat des unzufriedenen Volksgeistes. Der Stand der japanischen Finanzen wurde als sehr bedenklich betrachtet. Der Mikado erließ am 16. Oktober ein beruhigendes Manifest: „Nach zwanzig Monaten des Krieges ist Japans Stellung gekräftigt und seine Interessen sind gefördert. Wir finden die Friedensbedingungen in vollständiger Übereinstimmung mit unseren Wünschen und haben deshalb den Friedensvertrag ratifiziert. Rußland ist wieder der Freund Japans und wir wünschen aufrichtig, daß die wiederhergestellten Beziehungen guter Nachbarschaft sich zu herzlichen gestalten mögen. In diesem Zeitalter, wo es kein Stocken im Fortschritt der Welt gibt, sollte auch keine Verzögerung eintreten in dem Bemühen, die Verwaltung der Staatsgeschäfte unseres Volkes sowohl nach innen wie nach außen zu vervollkommen . . . Wir warnen unsere Untertanen ernstlich vor Kundgebungen prahlerischen Stolzes und befehlen ihnen, ihren Geschäften nachzugehen und alles zu tun, was in ihrer Macht liegt, um das Reich zu kräftigen.“ Durch einen Vertrag vom 17. November mit Korea übernahm Japan die Besorgung der auswärtigen Angelegenheiten dieses Landes, bis es stark genug sei, seine Unabhängigkeit selbst zu wahren. Auch die inneren Angelegenheiten

Japan.



Korea wurden unter die Überwachung eines japanischen Generalgouverneurs gestellt. Andererseits willigte China in einem Vertrag vom 22. Dezember in die Verpachtung der Halbinsel Liautung mit Port Arthur an Japan und in die andern Bestimmungen des Friedens über die Mandschurei und die mandschurische Eisenbahn. Der Mikado dankte bei Eröffnung des japanischen Reichstags 28. Dezember seinem Volke für die Anstrengungen zur ruhmreichen Beendigung des Krieges. Er hob auch besonders das Bündnis Japans mit England hervor und betonte die Notwendigkeit, Korea zu leiten und zu überwachen.

Indessen wurde der Zar auch durch einen Besuch des Schahs von Persien getröstet (2. Sept.). Unruhen in Baku, Kämpfe zwischen den dortigen Tataren und Armeniern kosteten über tausend Menschen das Leben und brachten der dortigen Naphthaindustrie einen Schaden von mehreren hundert Millionen. Das Kriegsgericht trat gegen die meuternden Matrosen der Schwarzen-See-Flotte in Wirksamkeit.

Bedeutsam für die Zukunft Rußlands war ein inspirierter Artikel der „Nowoje Wremja“ Mitte September: „Wenn man uns den Weg für unsere natürliche Entwicklung nach dem Osten hin verlegt hat, so werden wir mit logischer Notwendigkeit nach dem Westen oder richtiger Südwesten streben. Das bedeutet nicht, daß wir einen Zwist mit Deutschland in der slawischen Frage predigen wollen. Es dürfte wirklich ein Fehler sein, zwischen Deutschland und Rußland Mißverständnisse zu schaffen in einem solchen Moment, wo uns Jahre des Friedens nötig sind. Aber wir können nicht umhin, daran zu erinnern, daß jetzt 150 Millionen Slawen gezählt werden gegen 89 Millionen Deutsche, daß mithin in der Idee des Slawentums ein großer Quell der Macht und der Erneuerung liegt. Wir dürfen nicht vergessen, daß die neuen Reformen (Duma) den wohlthätigsten Einfluß auf die Besserung der russisch-slawischen Beziehungen haben müssen. Viele Versuche der Annäherung sind ja bis jetzt nur deshalb nicht gelungen, weil man unser Regime gefürchtet hat. Wenn aber dieser Wirrwarr endgültig verschwunden sein wird, wird sich der Boden für die Festigung der allslawischen Verbindungen als gut vorbereitet erweisen und vielleicht werden dann auch jene Zwistigkeiten aufhören, welche bis jetzt das Slawentum entkräftet haben.“ Das erklärt Rußlands Politik bis zum Weltkrieg, den ja Rußland gerade deshalb entzündet hat, um das allslawische Programm zu erfüllen und sich für die Niederlage und Erfolglosigkeit in Ostasien schadlos zu halten.

Man ging in Rußland freilich mit fortschrittlichen Forderungen immer weiter. Ein Kongreß der Semstwo und Städteverwaltungen zu Moskau, 26. September, erklärte die geplante Duma für ungenügend. Er verlangte auch für alle Nationalitäten Freiheit ihrer Sprache, russisch sollte nur die

Slawen-  
tum.

Duma.

Sprache von Armee und Flotte sein. Es erfolgte denn auch ein Ukas, der den Gebrauch des Polnischen und Litauischen etwas erleichterte. Im Oktober begannen auch die Eisenbahner einen allgemeinen Ausstand, so daß fast alle Eisenbahnen Rußlands lahmgelegt waren. Moskau war ganz vom Verkehr abgeschnitten. In Moskau wurde der Generalstreik erklärt. In Reval, Kasan, Rostow, Odeffa wurde gekämpft; in Odeffa wurden große Judenmehzeleien mehrere Tage lang veranstaltet. Man sagte, daß die Polizei die Menge auf die Juden gehezt habe. Zeitweilig beherrschte der Mob die Straßen und die Stadt. Es wurden Tausende getötet. Judenhezen fanden auch in Rostow, Kasan und Kiew statt. Auch in Batum, Tiflis, Wladikawkas wurde gekämpft. In Moskau nannten sich die Anstifter „patriotische Manifestanten“. In Finnland ließ die revolutionäre Agitation nach infolge eines Manifestes, das einen außerordentlichen Landtag berief. Eine Matrosenrevolte in Kronstadt, an der sich auch der Pöbel beteiligte, wurde durch Petersburger Truppen unterdrückt. Türkische Kurden nahmen an den Kämpfen im Kaukasusgebiete teil. Halb Sebastopol wurde im Kampf mit meuternden Matrosen zerstört. Ein allgemeiner Streik der Post- und Telegraphenbeamten isolierte Petersburg von der Welt (29. Nov.). Daneben liefen Gerüchte von einer Palastrevolution; ein Großfürst habe sich mit Hilfe der Sozialisten zum Diktator aufwerfen und den Zaren beseitigen wollen. Aber die Regierung griff doch energisch ein; sie verhaftete die Zentralleitung der Arbeiterparteien und legte so deren ganzes Treiben lahm. Auch meldeten sich für den Postdienst so viele Hilfskräfte, daß der Streik unwirksam verlief. In einer großen Straßenschlacht wurden endlich die Moskauer Revolutionäre durch Petersburger Garden aufs Haupt geschlagen (22. bis 28. Dez.). Wäre die Regierung 1917 nur halb so tatkräftig und pflichtbewußt gewesen wie damals, so wäre auch die jetzige Revolution nicht zu dieser furchtbaren Katastrophe gediehen.

Am meisten hatten die Deutschen der Ostseeprovinzen zu leiden. Da erhoben sich die Letten, etwa 60.000 Mann stark, verwüsteten die Güter, ermordeten die Besitzer, terrorisierten die Städte Mitau und Riga. Viele Deutsche entflohen dem Gemetzel. Erst gegen Ende des Jahres wurden die Aufständischen in förmlichen Schlachten niedergedrungen.

Wichtiger für die Zukunft als der ostasiatische Krieg wurden noch zwei andere Erscheinungen dieser Zeit: die Mißgunst Englands gegen die Seegeltung des Deutschen Reichs und der Konflikt Frankreichs mit dem Deutschen Reich in der Marokkofrage.

Der englische Ministerpräsident Balfour äußerte sich in einer Rede zu Glasgow 12. Januar sehr eingehend über die militärische Lage des Reichs und die Verteidigung Englands gegen eine Invasion. Als noch wichtiger bezeichnete er die Verteidigung Afghaniens gegen das Vordringen Rußlands. Das Ergebnis der Flottenreform sei, daß die Kampfkraft der englischen Flotte während der ersten vierundzwanzig Stunden eines Konfliktes mit einer fremden Macht verdreifacht werde. Allerdings habe die Regierung auch ihre Friedensbestrebungen durch Schiedsgerichtsverträge mit mehreren Staaten bekundet. Wenn ähnliche Abkommen zwischen allen Nationen getroffen würden, so könnte die Mög-

Un-  
ruhen.

Flotten.

lichkeit eines Konflikts fast als beigelegt gelten. Viel gröber äußerte sich der Zivillord der Admiralität Lee: England müsse dem Deutschen Reich den Ausbau seiner Flotte einfach verbieten. Ebenso anmaßend kritisierten die „Times“ die inneren Zustände in Deutschland, die den russischen ähnlich seien. Verständigere Stimmen bekämpften diese „dumme Lüge“. Jedenfalls hatte England selber Grund, über den Rückgang der Geburtenziffer im Lande zu erschrecken. Auch war die Regierung gezwungen, das eigenmächtige Vorgehen Younghusbands in Tibet zu korrigieren: er habe seine Instruktion überschritten und sei in einen Rechtsirrtum verfallen. England denke nicht daran, in seinem Sinn einen Teil von Tibet einfach zu annektieren oder ein Protektorat zu errichten, noch sich in die innern Angelegenheiten des Landes einzumischen, solange andere Mächte sich einer solchen Einmischung enthielten.

Im Unterhaus erklärte Balfour am 14. März auf eine Anfrage, ein Einfall in England zum Zweck der Eroberung sei eine Unmöglichkeit. Allerdings wurde in der Debatte darauf hingewiesen, die deutsche Flotte werde im Jahre 1917 aus 38 Schlachtschiffen erster Klasse, ferner aus 14 großen und 38 kleinen Kreuzern bestehen; dies sei eine große und mächtige Flotte, zumal sie ganz in der Nordsee konzentriert sei.

Die Gerüchte über eine Spannung zwischen England und dem Deutschen Reich wurden allerdings schon am 9. Januar von der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ als unbegründet bezeichnet. Im deutschen Reichstag sprach auch Kriegsminister v. Eimann am 28. Februar mehr von der russisch-französischen Gefahr: Man sagt, Rußland kann jetzt keinen Krieg führen; wie wird es aber in fünf Jahren aussehen? Überlegenheit ist ein wesentlicher Faktor zum Siege. Beispiel bietet der Japanisch-Russische Krieg. Keine endgültige Entscheidung ist gefallen. Japan hat das strategische Ziel nicht erreicht. Überlegenheit ist nur dadurch zu erreichen, daß die Leitung die Übermacht an den entscheidenden Punkt bringt. Das haben weder die Japaner noch die Russen verstanden. Wir müssen durch Überlegenheit die Kriege zu verkürzen suchen... Beobachtungen führen manchmal zu argen Täuschungen. Die Österreicher folgerten aus den Erfahrungen von 1859, daß das Geheimnis zum Sieg ein frisches fröhliches Draufgehen sei, und ihre Offensive zerschellte am Schnellfeuer der preußischen Bataillone. Die Franzosen leiteten aus 1866 die Lehre der Defensiv ab und erlagen überall der deutschen Offensive. Die Kavallerie hat im fernen Osten bisher wenig geleistet; das berechtigt aber nicht, daraus den Schluß zu ziehen, sie sei überflüssig. Sie ist auf russischer Seite falsch verwendet worden und war auf japanischer Seite nicht in genügender Anzahl vorhanden. Es ist unmöglich, allein mit den neuen Errungenschaften: Automobil, Rad und Luftschiff aufzuklären. Der Wert der Kavallerie ist im Gesamtorganismus der Armeen gestiegen. — Dagegen behauptete Bebel, die Kavallerie sei nur eine Sporttruppe.

Über die deutsche Weltpolitik sprach der Kaiser am 23. März in Bremen bei Enthüllung eines Kaiser-Friedrich-Denkmal: „Ich habe mir den Fahneneid geschworen, als ich zur Regierung kam, daß, was an mir liegt, die Bajonette und Kanonen zu ruhen hätten, daß sie aber scharf und



tüchtig erhalten werden müßten, damit Neid von außen uns am Ausbau unseres Hauses im Innern nicht störe. Ich habe mir gelobt, niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben. Das Weltreich, das ich mir geträumt habe, soll darin bestehen, daß das Deutsche Reich das absolute Vertrauen eines ehrlichen, friedlichen Nachbarn genießen soll. Wie der Dichter sagt: Außenhin begrenzt, das Innere unbegrenzt . . . Jetzt mußte die Seerüstung darankommen. Die Flotte schwimmt und sie wird gebaut, das Material an Menschen ist vorhanden. Mit jedem neuen Kriegsschiff ist eine Gewähr mehr für den Frieden gegeben; um so viel weniger werden unsere Gegner mit uns anzubinden suchen und um so wertvoller werden wir als Bundesgenossen sein . . . Die Jugend soll hineinwachsen in das neue Reich und seine Aufgaben, sich erfreuen am Vaterlande, wie es ist, nicht nach Unmöglichem streben, sich der Überzeugung hingeben, daß unser Herrgott sich niemals so große Mühe mit unserm Vaterlande gegeben hätte, wenn er uns nicht noch Großes vorbehalten hätte. Wir sind das Salz der Erde. Aber wir müssen dessen auch würdig sein. Darum muß unsere Jugend fernhalten, was eingeschleppt ist von fremden Völkern, und Sitten, Zucht, Ordnung, Ehrfurcht und Religiosität bewahren . . ."

„Weltreich.“

Gleich darauf trat Kaiser Wilhelm wieder eine Mittelmeerreise an. Sein Besuch in Marokko stellte die dortigen Probleme in den Vordergrund. Der Kaiser wurde am 31. März in Tanger vom Oheim des Sultans, Abdel-Malek, feierlich empfangen. Er erklärte, er habe großes Interesse am Gedeihen des marokkanischen Reichs, er besuche den Sultan als einen unabhängigen Herrscher und hoffe, daß unter der Herrschaft dieses Sultans ein freies Marokko der friedlichen Konkurrenz aller Nationen ohne Monopole und ohne Ausschließung eröffnet werde. Abdel-Malek erklärte seinerseits, der Sultan bleibe eingedenk der Freundschaft, die immer zwischen seinen Vorfahren und Deutschland bestanden habe; er wünsche, diese freundschaftlichen Beziehungen zu erweitern und zu bestärken. Von Tanger fuhr der Kaiser nach dreistündigem Aufenthalt nach Gibraltar hinüber.

Kaiser Wilhelm in Tanger.

Im deutschen Reichstag wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Kaiserbesuch in Tanger zur Erhaltung der offenen Tür in Marokko führen werde. Bülow bestätigte das 29. März: „Der Kaiser hat bereits vor Jahr und Tag dem König von Spanien erklärt, Deutschland erstrebe in Marokko keine territorialen Vorteile. Aber wir haben dort wirtschaftliche Interessen zu schützen und zu sorgen, daß sie gleichberechtigt mit denen aller anderen Mächte bleiben. Wir werden uns deshalb zunächst mit dem Sultan von Marokko in Verbindung setzen.“ Auch in Frankreich und England wurde der marokkanische Besuch des Deutschen Kaisers lebhaft besprochen. Die „Times“ sahen darin einen Mißerfolg der französischen Mission nach Fez; eine Annäherung der marokkanischen Regierung an Deutschland werde immer deutlicher. Der französische Gesandte habe unberechtigtweise dem Sultan zu verstehen gegeben, er vertrete nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa; das stellte die deutsche Regierung auf Befragen des Sultans in Abrede und stärkte dadurch die Haltung des Sultans, der sich nun Deutschland zuneigte,

um seine Unabhängigkeit zu wahren. In Frankreich aber schrieb das „Journal des Débats“: Die deutsche Regierung gibt sich den Anschein, als habe sie nicht die mindeste Kenntnis von den französisch-englischen und den französisch-spanischen Abmachungen. Sie kennt nach wie vor nur Marokko und seinen Herrscher. Mit der Forderung, daß in Zukunft die Gleichheit der Behandlung aufrecht erhalten bleibe, gibt sie sich den Anschein, als wisse sie gar nicht, daß das französisch-englische Abkommen einen ganz bestimmten Zeitpunkt vorsieht, wo diese Gleichheit möglicherweise aufhören wird. Indem sie fordert, der Sultan solle in nichts seiner Unabhängigkeit Abbruch tun lassen, scheint sie gar nichts davon zu wissen, daß wir den Anspruch erheben, ihm gegenüber die Rolle des Führers und Beschirmers zu spielen.“ In England hielt man den Besuch des Kaisers in Tanger zusammen mit seiner Bremer Rede: sie sei „ein Olzweig in gepanzerter Faust“; die Behauptung, daß die Verstärkung der deutschen Flotte dem Frieden diene, verstoße gegen den gesunden Menschenverstand. England müsse die Kaiserreise mit einer Zusammenkunft der englischen und französischen Kanal- und Nordseeflotte beantworten. — Im französischen Senat beantwortete der Minister des Auswärtigen Delcassé am 31. März eine Interpellation über die marokkanische Frage in einer Weise, die den Nationalisten nicht genugtat. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb darüber: „Die gegenwärtige diplomatische Lage ist die, daß beide Mächte, Deutschland und Frankreich, in Fez über ihre marokkanischen Interessen mit der Regierung eines völkerrechtlich unabhängigen Staates verhandeln.“ — Auch der englische Unterstaatssekretär Percy mußte am 6. April im Unterhaus zugeben: „Die englisch-französische Erklärung vom 8. April 1904 ist der deutschen Regierung offiziell nicht mitgeteilt und zwischen der britischen und deutschen Regierung sind keine Mitteilungen darauf bezüglich erfolgt. Der Sultan von Marokko beteiligte sich an der Erklärung nicht, die ein unabhängiges Abkommen zwischen Frankreich und England war, das sich auf die beiderseitigen Interessen in jenem Lande bezog. Der Vertrag zwischen Deutschland und Marokko vom Jahr 1890 ist analog dem Vertrag zwischen England und Marokko von 1856.“

Edward  
in Paris.

Am selben 6. April war König Edward auf seiner Reise nach der Riviera in Paris und hatte eine Zusammenkunft mit Loubet. Der Sozialist Jaurès tadelte am 19. April in der Kammer den Minister Delcassé, daß er sich nicht mit Deutschland über Marokko verständigt habe; er solle es noch jetzt tun. Delcassé berichtete, daß die Verhandlungen mit Marokko noch fort dauerten, und er sei bereit, seine Ausführungen dem Vertreter des Deutschen Reiches gegenüber zu vervollständigen.

Aber die Lage wurde verschlechtert durch französische Preßstimmen gegen das Deutsche Reich, die als offiziös galten; die Folge war eine Panik an der Pariser Börse 27. April. Als König Edward von der Riviera zurückkehrte, hatte er wieder in Paris am 30. April Zusammenkünfte mit Loubet und Delcassé. — Anfang Mai führte der englische Vizeadmiral a. D. Fitzgerald in der „Deutschen Revue“ aus, ein baldiger Krieg zwischen England und dem Deutschen Reich sei unvermeidlich, wenn die deutsche Flotte in dem bisherigen Tempo verstärkt werde. Nebenbei

herrschte aber in England auch immer die Sorge um die Verteidigung Indiens gegen einen russischen Angriff von Afghanistan her. Darüber erging sich Premierminister Balfour am 11. Mai im Unterhaus, indem er betonte, der Bau russischer Bahnen in Afghanistan wäre der denkbar schwerste Schlag gegen das Herz des Kaiserreiches Indien.

Als der Deutsche Flottenverein, der über 600.000 Mitglieder zählte, auf der Versammlung in Stuttgart 27. Mai und sonst dafür eintrat, daß sich die deutsche Flotte noch rascher vermehren müsse als nach dem Programm der Regierung, sprach sich der Kaiser in einem Telegramm mißbilligend gegen diese Agitation aus. Es wurde gesagt, dies Telegramm sei durch eine Kriegsdrohung König Edwards veranlaßt worden; das wurde selbstverständlich geleugnet.

Der deutsche Gesandte Graf Tattenbach langte am 11. Mai in Tanger an und wurde dort wie am Hofe von Fez vom Sultan feierlich empfangen. Bald darauf, 3. Juni, erließ „Seine kaiserliche Majestät“ der Sultan eine Einladung an die Mächte, in Tanger eine Konferenz abzuhalten, um mit seinen Vertretern über Reformen zu verhandeln. Die französische Presse sah darin einen diplomatischen Sieg Deutschlands über Frankreich. Das zeigte sich auch sofort darin, daß Delcassé am 6. Juni von seinem Ministerposten zurücktrat, da das Kabinett seine Marokkopolitik nicht billigte, während am selben Tage Reichskanzler Graf Bülow in den Fürstenstand erhoben wurde. Lord Lansdowne sagte am 11. Juni im Oberhaus: nachdem also die deutsche und die französische Regierung zu einer Verständigung gelangten, werde auch England an der geplanten Konferenz teilnehmen, um seine eigenen Interessen zu wahren. Im übrigen betonte er, das „Einvernehmen“ mit Frankreich verfolge ebensowenig wie das „Bündnis“ mit Japan einen selbstsüchtigen aggressiven Zweck und wolle niemanden aus seinem Besitz verdrängen.

In Frankreich war man nun zweifelhaft über Englands Haltung; man wußte nicht recht, „ob England uns die Regelung unseres Streites mit Deutschland erleichtern oder erschweren wolle. Auf diese Frage kann man antworten, daß ein Teil in England vielleicht einen baldigen Krieg gewünscht hätte, um Deutschland zur See noch vor seiner vollen Entwicklung zu schlagen, und daß die Unterstützung seitens Frankreich in einem solchen Kriege für England nützlich wäre. Aber eine englische Allianz wäre nicht imstande, uns kontinentale Bürgschaften zu leisten, welche wir anderwärts suchen müßten.“ Man verschwieg nicht die Besorgnis vor einem Kriege mit Deutschland Marokkos wegen. Am 10. Juli wurde das Abkommen Frankreichs und Deutschlands vom 8. Juli über die Konferenz veröffentlicht. In diesen Tagen besuchte eine englische Flotte mit großer Demonstration den Brester Hafen.

Zu dieser Zeit wurde auch die Absicht des französischen Sozialisten Jaurès bekannt, in Berlin über den Weltfrieden zu sprechen. Fürst Bülow Jaurès.



richtete aber am 6. Juli eine Note an den deutschen Botschafter in Paris, er möge Jaurès ersuchen, die Reise nach Berlin zu unterlassen, da die deutsche Sozialdemokratie die Sache mißbrauchen würde. Sie wolle damit den unmittelbaren Einfluß des Proletariats auf die auswärtige Politik und den Klassenkampf auf internationaler Grundlage einleiten. Auch die französische Regierung habe Bebel und anderen auswärtigen Rednern das Wort verboten. Die Sache der deutsch-französischen Verständigung würde durch Jaurès' Plan nichts gewinnen. — Er verzichtete denn auch, zumal seine Absicht auch von den nichtsozialistischen Parteien in Frankreich mißbilligt wurde. — Jean Jaurès war deutscher Bildung nicht fremd; seine erste größere Arbeit, lateinisch geschrieben, beschäftigte sich mit den Anfängen des deutschen Sozialismus bei Luther, Kant, Fichte und Hegel (Paris 1891). Ins Deutsche wurden seine sozialistischen Studien „Aus Theorie und Praxis“ von A. Südekum übersezt (Berlin 1902).

Im August wurde die öffentliche Meinung Englands beunruhigt durch das Gerücht, ein deutsches Syndikat wolle Kohlenfelder in Südwales ankaufen. Balfour erklärte es für unrichtig; im Notfalle werde man es durch ein Gesetz verhindern, weil die Verteidigung dadurch Gefahr liefe. Ein französisches Geschwader erwiderte im August den Besuch der englischen Flotte in Portsmouth, ebenso demonstrativ. König Edward empfing eine Abordnung davon; die Presse feierte begeistert die „Entente“. König Edward wiederholte seinen Versuch der Einkreisung des Deutschen Reiches, indem er, ohne mit Kaiser Wilhelm zusammenzutreffen, von Karlsbad aus den Kaiser Franz Josef in Ischl besuchte.

Die Ostseefahrt der englischen Kanalflotte Anfang September war eine Herausforderung Deutschlands. Man spottete in England über den Wettbewerb des Deutschen Reiches. England habe einen gewaltigen Vorsprung und verfüge auch über größere finanzielle Mittel. Deutschland möge zudem erwägen, daß England mit Frankreich, den Vereinigten Staaten und Japan durch formelles Bündnis oder ebenso wirksame Freundschaft verbunden sei. Deutschlands ehrgeizige Pläne seien unwiderruflich vereitelt. Deutschlands Zukunft liege nicht auf dem Wasser, sondern in einem kontinentalen „größeren Deutschland“.

Am 27. September wurde der Text des neuen englisch-japanischen Bündnisses vom 12. August veröffentlicht, das mit Japans neuerlichen Erwerbungen rechnete und für zehn Jahre gelten sollte, jedoch mit einjähriger Kündigung.

Der frühere Minister Delcassé überraschte im Juli und dann im Oktober die Welt durch sehr indiscrete Enthüllungen über den Anlaß seines Rücktritts. Er wollte die Freundschaft mit England gegen Deutschland ausnützen und selbst einem Angriff Deutschlands trogen. Frankreich dürfe nicht auf die Konferenz eingehen. Davor erschrafen aber seine Kollegen. Sie fürchteten, die Deutschen könnten in vier Tagen schon in Chalons stehen. Alles war desorganisiert, die Ostforts waren nicht betoniert. Vergebens versicherte Delcassé seinen Kollegen, England, Spanien, Italien, Rußland und die Vereinigten Staaten würden die Marokkokonferenz ablehnen, wenn

Frankreich sie ablehne; England habe (mündlich) versprochen, mit seiner Flotte den Nordostseefanal zu besetzen und 100.000 Mann in Schleswig-Holstein zu landen. Jaurès bestätigte dies, meinte aber bezüglich des angeblichen Versprechens: „Entweder hat Delcassé durch eine Erfindung versucht, seine Kollegen zu täuschen, oder England hat wirklich den Konflikt also geschürt. Das wäre entsetzlich! So haben wir das Einvernehmen mit England nicht verstanden! Der eitle Exminister war im Begriff, der Versuchung Englands zu erliegen.“ Die Regierung mußte freilich diese Enthüllungen dementieren, da sie nicht gern zugeben wollte, daß Delcassé so wichtige Staatsgeheimnisse preisgegeben habe. In Deutschland zweifelte man nicht an der Richtigkeit der Sache, begnügte sich aber mit einer offiziellen englischen Ablehnung.

Der englische Ministerpräsident gab beim Lordmayorsbankett in London London. am 9. November folgende Darstellung der internationalen Lage: „Zehn Jahre hindurch hat sich die britische Regierung bemüht, den Gang der Schiedsgerichtsfrage zu entwickeln und Konflikten mit den Nachbarländern ein Ende zu machen. Eine der Hauptquellen von Schwierigkeiten sind die Grenzfragen im wilden Afrika oder sonst, wo unvollkommen vermessen wurde. Von Korea bis Marokko erstreckt sich eine Reihe von Staaten über drei Weltteile hin, die Schwierigkeiten zwischen den zivilisierten Mächten verursachen können. Die weniger zivilisierten Völker können des Handels wegen nicht sich selbst überlassen werden, der Wettbewerb um die Absatzgebiete macht internationale Abkommen nötig. Ich bin so sanguinisch, zu denken, daß wir in Zukunft keinen Krieg sehen werden, es sei denn, daß eine Nation oder ein Herrscher erstände, die unfähig wären, einen Plan nationaler Vergrößerung anders auszuführen als durch Niedertreten der Rechte des Nachbarn. Ich habe aber keinen Grund zur Annahme, daß ein solches Unglück in Europa eintreten wird. Es würde eine Rückkehr zu längst vergangenen Tagen sein, wenn Europa gezwungen wäre, ein Bündnis gegen ein oder zwei Mächte einzugehen. Vor hundert Jahren prophezeite Pitt nach der Schlacht von Trafalgar einen langen Krieg. Soweit die menschliche Voraussicht geht, kann ich dagegen einen langen Frieden prophezeien. Aber wir müssen zur Erhöhung unserer Verteidigungskraft solche Opfer bringen, daß wir dadurch der Möglichkeit eines Angriffs entrückt werden.“ — Aber daß wirklich eine Spannung mit dem Deutschen Kaiser und Reich bestehe, das bewies die Ablehnung der Zeitungsnachricht, König Edward werde an der Feier der silbernen Hochzeit des deutschen Kaiserpaares teilnehmen.

In dieser Stimmung sagte Kaiser Wilhelm bei Eröffnung des Wilhelm. Reichstags 28. November: „Ein Blick auf Deutschlands internationale Stellung darf sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß wir fortwährend mit Verkenntnis deutscher Sinnesart und mit Vorurteilen gegen die Fortschritte deutschen Fleißes zu rechnen haben. Die Schwierigkeiten in der marokkanischen Frage hatten keine andere Quelle als die Neigung, Angelegenheiten, in denen auch das Deutsche Reich Interessen zu wahren hat, ohne unsere Mitwirkung zu erledigen. Solche Strömungen können wiederkehren. Zu meiner Befriedigung ist eine Verständigung über Einberufung und Plan einer neuen Marokkokonferenz erzielt worden.“

Es ist mir eine heilige Sache um den Frieden des deutschen Volkes. Aber die Zeichen der Zeit machen es der Nation zur Pflicht, ihre Schutzwehr gegen ungerechte Angriffe zu verstärken. Um so sicherer mag es dann gelingen, die friedlichen Ziele des bewährten Bündnisses mit den Herrschern Österreich-Ungarns und Italiens auch fernerhin zu verwirklichen."

Entente. Anfang Dezember fanden in London mehrere Versammlungen statt, die für die Pflege guter Beziehungen zu Deutschland eintraten. Bei einer derselben hielt der deutsche Botschafter eine Rede. Allerdings betonte der neue liberale Ministerpräsident Campbell Bannermann (seit 4. Dez.) in einer Programmrede sehr stark die Politik der „Entente cordiale“ mit Frankreich. Auch er erwartete viel vom Prinzip der Schiedsgerichte, die aber freilich nur unbedeutende Fälle zu behandeln hatten.

Fürst Bülow wies noch im Reichstag 6. Dezember auf die Gefahren der Volksleidenschaften hin, mit Beziehung auf das Wort Moltkes. „Wir haben zum Beispiel jetzt mit einer tiefgehenden Abneigung der öffentlichen Meinung Englands gegen uns zu rechnen.“ Er beruhigte über die Stellung Italiens zum Dreibund trotz der Beziehungen zu Frankreich und England. Er legte die marokkanische Frage dar: „Deutsche Rechte konnten durch ein englisch-französisches Abkommen nicht aufgehoben werden. Diese unsere Rechte ergaben sich aus der Madrider Konvention vom 3. Juli 1880 und aus dem deutsch-marokkanischen Handelsvertrag vom 1. Juni 1890. Wir hatten ein vertragsmäßiges Recht darauf, bei einer Neugestaltung der Verhältnisse in Marokko mitgehört zu werden. Unsere Handelsinteressen in Marokko sind zu erheblich. Wir haben ein Interesse daran, daß die noch freien Gebiete in der Welt nicht noch weiter eingeschränkt werden. . . Der französische Gesandte wurde nach Fez geschickt, um der marokkanischen Regierung Vorschläge zu unterbreiten, deren Annahme Marokko in eine ähnliche Lage gebracht hätte wie Tunis. Dabei berief er sich auf ein europäisches Mandat. Damit waren unsere vertragsmäßigen Rechte aus der Madrider Konvention offenkundig verletzt. . . Die französische Regierung hat nunmehr den Konferenzgedanken angenommen; die andern Signatarmächte, auch Rußland, werden an der Konferenz teilnehmen. . . Man hat uns nachgesagt, daß wir nach einem Unluf suchten, um über Frankreich herzufallen. Das ist absurd. Dann hieß es wieder, wir wollten Frankreich zwingen, mit uns gegen England zu gehen. Das ist ebenso absurd.“ — Staatssekretär Tirpitz jagte, größere Schiffe hätten sich durch die Seeschlacht bei Tsushima als nötig erwiesen. — Bebel klagte, die Provokationsreise nach Tanger habe sehr ungünstig gewirkt und England und Frankreich zusammengeführt. — Bülow gab Fehler auf kolonialpolitischem Gebiete zu. Aber der Kaiser hat sich verdient gemacht durch sein Einsetzen für deutsche, ja internationale Interessen. „Solange ich an dieser Stelle stehe, wird die auswärtige Politik nicht unter den Willen der Sozialdemokratie gebeugt werden; denn sie behandelt diese Fragen nur nach dem Fraktionsinteresse, dem Parteidogma, der Parteidoctrin. Das wäre nationaler Selbstmord. In Konstanz hat im vergangenen Jahre der Führer der deutschen Sozialdemokratie erklärt, wenn es zum Krieg mit Frankreich käme, wäre es möglich, daß sich hier Dinge ereigneten wie in Rußland: das heißt Revolution und Meuterei. Dagegen hat gestern in der französischen



Deputiertenkammer ein französischer Sozialist erklärt, die französische Sozialdemokratie desertiere nicht vor dem auswärtigen Feind. Aber die Verhältnisse liegen in Deutschland wesentlich anders als in Rußland. Wenn die Sozialdemokratie versuchen sollte, bei uns Plünderungen, Meuchelmord, Generalstreik einzubürgern, werden solche Versuche zerschellen an der Fertigkeit unserer Institutionen, an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes, das sich das Joch der Sozialdemokratie nicht auferlegen lassen wird.“ — Auch eine Berliner Kaufmannsversammlung sprach sich am 17. Dezember für gute Beziehungen zu England aus.

In der französischen Kammer gab Ministerpräsident Rouvier am 16. Dezember eine Darstellung der Marokkofrage.

\* \* \*

Indem wir nun auf die inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten übergehen, interessieren uns vor allem die sozialen Dinge Soziales. im Deutschen Reich. Die Liberalen schlossen sich gegen die gehässige Taktik und einsichtslose Politik der Sozialdemokratie immer mehr ab, aber ebenso gegen das Zentrum. Bei einer Versammlung in Nürnberg 8. Januar erklärte man den Ultramontanismus als ein Hemmnis für Wissenschaft und Kunst, Schule und Volksbildung, als Verneinung der Gleichberechtigung der Konfessionen und der Gewissensfreiheit, als Vermengung der Religion mit Politik, als politischklerikale Parteibildung. Dafür proklamierte Dr. Heim auf dem Zentrumstag zu München 9. Januar ein fallweises Zusammengehen mit den Sozialdemokraten.

Von großen Folgen begleitet war der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Hier nahm sich das Zentrum der Arbeiter an. Es wurde die Verstaatlichung des Bergbaus empfohlen, wenigstens der Ankauf von Aktien, zumindestens eine Novelle zum Berggesetz.

Die neuen Handelsverträge, die Bülow im Februar im Reichstag einbrachte, trugen nach seinem Zugeständnis einen landwirtschaftlichen Charakter. Das preußische Abgeordnetenhaus und Herrenhaus beriet die wasserwirtschaftlichen Vorlagen. Der Reichstag debattierte über die zehnstündige Arbeitszeit. Ein Anwachsen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung war festzustellen. Beim Kongreß der freien Gewerkschaften zu Köln 22. Mai waren 1¼ Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten. Der Kongreß sprach sich gegen einen Generalstreik aus, nur langsames Vorschreiten führe zum Ziele. Auch die Maiseier wurde getadelt; die Agitation dafür durchkreuze eine vernünftige Parteitaktik.

Über die Berggesetznovelle hieß es im preußischen Herrenhaus 2. Juni, sie sei eine Prämie für den Kontraktbruch. Aber Professor Schmoller erklärte, die Regierung habe dem Streik gegenüber durchaus richtig gehandelt. Keine Regierung dürfe einer solchen Bewegung ruhig zusehen; auch Präsident Roosevelt habe energisch in Streiks eingegriffen. Die Arbeiterausschüsse und die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern würden wohl anfangs Schwierigkeiten machen, aber doch allmählich einen Friedens- und Vertrauenszustand herbeiführen. Die Novelle wurde am 28. Juni angenommen.

Eine radikale sozialdemokratische Versammlung zu Berlin 23. August verwarf die parlamentarische Aktion der Fraktion und erklärte die Herbeiführung des Generalstreiks als wichtigste Aufgabe. Der „Vorwärts“ bezeichnete das als anarchistische Phrasen. Der dreimonatige Streik im rheinisch-westfälischen Baugewerbe wurde am 31. August zu Essen beigelegt.

Partei- tag. Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag zu Jena 17. bis 23. September kritisierte Bebel die auswärtige Politik: Rußland, das dreißig Jahre hindurch der Schiedsrichter Europas war, ist gebrochen, aber die Regierung nutzt das nicht aus, sie läßt an Stelle des Zweibundes Frankreich-Rußland einen neuen entstehen: England-Frankreich. Als einige rückichtsloses Vorgehen forderten, sagte Stadthagen: „Ich will mich bemühen, im Reichstag etwas ruppiger vorzugehen; ob es aber viel nützen wird, bezweifle ich.“ Bebel empfahl Vorbereitungen für einen Massenstreik; die Regierung fürchte eine Revolution wie in Rußland und werde keinen Widerstand wagen. Seine bezweifelte das. Die Frauen Luxemburg, Zetkin, Zieg waren dafür: Rußland zeige, daß eine Revolution möglich sei. Über die Pressehden innerhalb der Partei erfolgte die Resolution: sie seien nicht als bloßes Literatengezänk anzusehen, es liegen ihnen vielmehr ernste sachliche, prinzipielle Meinungsdivergenzen zugrunde. Aber die scharfe Form dieser Diskussionen ist entschieden zu mißbilligen. Die Beschlüsse des Parteitags über den Generalstreik wurden von vielen Gewerkschaften zurückgewiesen, die Bebels Rede als hohle Deklamation betrachteten. Sechs Redakteure des „Vorwärts“ mußten ausscheiden, weil sie den Radikalismus des Parteivorstands nicht teilten. Es wurde infolgedessen über die sozialdemokratische „Pressfreiheit“ gespottet; andere bestanden darauf, die Arbeitermasse dürfe sich nicht durch einige Literaten irreführen lassen. Die Breslauer Sozialdemokraten Frohme und Elm verspotteten die „Revolutionsromantik“.

In seinem Buch „Die heutige Sozialdemokratie“ gab Rob. Brunhuber eine Beleuchtung der gegenwärtig geltenden geistigen Verhältnisse und ethischen Faktoren der Partei. Er betonte, daß die Erörterung deshalb schwierig sei, weil „die Sozialdemokratie, wenn sie auch einen Programmsatz innerlich längst überwunden hat, doch auf das Wort, die Phrase als agitatorisches Mittel nicht verzichten will und nun dem Worte einen andern Begriff unterschiebt“. Die Partei sei längst keine Arbeiterpartei mehr, die Revisionisten stehen den Liberalen näher als dem Erfurter Programm.

Auf eine Interpellation im preußischen Abgeordnetenhaus über ein Eisenbahnunglück erwiderte Minister von Budde, es sei dadurch entstanden, daß zufällig sieben Beamte an Einer Stelle ihre Schuldigkeit nicht getan hätten.

Beth- mann. Theobald v. Bethmann Hollweg, der neue preußische Minister des Innern, bisher Oberpräsident der Mark Brandenburg, war der Enkel des berühmten Juristen und Kultusministers, eines Gegners Bismarcks. Dessen Mutter war die Tochter des Bankiers Bethmann (von jüdischer Ab-

stammung), dessen Name auf die Hollwegs mit übergang. Theobald ist als der Reichsfanzler des Weltkriegs berühmt geworden.

Wir gehen nun zu den konfessionellen Verhältnissen über. — Zwischen dem Evangelischen Oberkirchenrat und Berliner Geistlichen brach ein Konflikt aus, weil der liberale Geistliche Fischer auf dem 22. Protestantentag erklärt hatte, Christus sei nur als Mensch anzusehen. Der Oberkirchenrat erließ eine Verfügung, mit der Annahme, daß sich Fischer vielleicht noch in einem Entwicklungs- und Übergangsstadium befinde, aus welchem es ihm mit Gottes Beistand noch gelingen mag, sich zu einer Erfassung des wahren Wesens der christlichen Religion durchzuarbeiten. Sonst müsse er sein Amt freiwillig niederlegen, da er das Bekenntnis der Kirche nicht nur nicht teile, sondern sogar bekämpfe. Fischer war 58 Jahre alt und 33 Jahre lang im Dienste der Landeskirche; 30 Geistliche erließen eine Erklärung für ihn und für die Freiheit der theologischen Meinungsäußerung: „Wie ein Fluch lastet auf unserem Stande der Vorwurf der Unwahrhaftigkeit. Ein gut Teil der Entfremdung gegen die Kirche ist begründet im Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit ihrer Pastoren.“ Diese Männer hatten vielleicht recht, zu klagen, aber Christen durften sie sich nicht nennen.

Konfessionelles.

Auf den Hochschulen wurde lebhaft gegen die konfessionellen, das heißt katholischen Verbindungen agitiert.

Das Zentrum brachte am 4. Februar im Reichstag wieder den 1900—1902 beratenen Toleranzantrag ein. Bacher sagte darüber: „Man verlangt Achtung vor der religiösen Überzeugung des andern. Diese Achtung haben wir den Andersgläubigen nie versagt, weil wir anerkennen, daß diese Überzeugung aus einem ehrlichen Streben nach Wahrheit entspringt. Aber deswegen verlangen, wir sollten auch den objektiven Inhalt dessen, was der andere glaubt, als richtig anerkennen, das müssen wir ablehnen. Der Protestantismus bekennt sich grundsätzlich nur zu subjektiver Wahrheit. Die katholische Kirche kennt aber nur eine objektive Wahrheit, die unabhängig ist von dem, was der Einzelne als Wahrheit anerkennt oder nicht. Eine solche Religionsauffassung muß also alles, was dieser Wahrheit widerspricht, als Irrtum bezeichnen. Nun wendet man ein: es gibt in Deutschland verschiedene Konfessionen, die alle für sich die göttliche Wahrheit in Anspruch nehmen. Gut, wir ziehen daraus den Schluß, ihnen Freiheit zu lassen, damit sich der theologische Kampf auf dem Boden der Gleichberechtigung vollzieht, und daß der Staat sich nicht einmischen soll. Wir sind zufrieden, wenn die staatsrechtliche Toleranz uns zuerteilt wird.“ — Die „Allgemeine Zeitung“ (16. Febr.) schrieb über „die Gefahren des Toleranzantrages“; er müßte auf die evangelischen Landeskirchen geradezu zerstörend wirken.

Zentrum.

Die Liberalen tadelten es im preußischen Abgeordnetenhaus, daß es in Essen den Gymnastiken gestattet sei, an den Übungen der Marianischen Kongregationen teilzunehmen.



Das Zentrum beklagte sich, daß für Köln ein Protestant zum Oberlandesgerichtspräsidenten ernannt wurde. Das sei eine Brüstierung der katholischen Bevölkerung.

Auch der erste deutsche Studententag in Eisenach (11. bis 15. März) sprach sich gegen konfessionelle Absonderung aus; diese trage wesentlich dazu bei, daß die Spaltung des deutschen Volkes in zwei feindliche Parteien vergrößert wird, und bedeutet damit eine ernste nationale Gefahr.

Im April entstand innerhalb des Zentrums ein kleiner Streit infolge Hertling. eines Artikels des Freiherrn v. Hertling in der Monatschrift „Hochland“ über „Politische Parteibildung und soziale Schichtung“. Er schilderte die Gefahren, die einer Partei drohen, wenn sie sich überwiegend auf Bauern und Handwerker, überhaupt auf kleine Leute stütze und durch deren Einfluß die ganze Richtung ihrer Politik bestimmen lasse. Er sagte schließlich: „Eine große Wirtschaft braucht auch einen Hausknecht; schlimm ist es nur, wenn der Hausknecht den Herrn spielt oder den Ton angibt.“ Dadurch fühlte sich mancher getroffen. Hertling erwiderte aber auf Angriffe, er habe keinen bestimmten bayrischen Abgeordneten gemeint, nehme aber für sich das Recht in Anspruch, über Erscheinungen und Vorkommnisse in der Zentrumsparlei seine eigene Ansicht zu haben und auszusprechen. Dr. Heim, der zumeist Betroffene, schrieb dagegen: „Die Wahrheit ist ein Hausknecht, die Phrase ein Lafai.“

Als dem Kaiser durch die Kardinäle Kopp und Fischer am 15. Mai der Orden des Heiligen Grabes überreicht wurde, sagte er: „Es hat mich mit hoher Genugtuung erfüllt, daß es mir, vor bald sieben Jahren, gelungen ist, dank dem Entgegenkommen des Sultans, für die deutschen Katholiken ein Grundstück auf geweihtem Boden in Jerusalem zu erwerben und es den deutschen Benediktinern zuzuweisen, von deren trefflicher Wirksamkeit ich mich vor zwei Jahren in Monte Cassino wieder aufs neue überzeugt habe. . . Heute führt Sie zu mir ein Auftrag des Papstes, für den ich schon nach seiner bisherigen Wirksamkeit hohe Achtung empfinde. . . Ich nehme diesen Orden gern entgegen und erblicke in dieser Ehrung ein neues Band, welches mich mit der religiösen Betätigung der Christenheit im Heiligen Land verbindet.“

Die evangelisch-liberale Vereinigung der Freunde der „Christlichen Welt“ in Goslar (15. Juni) protestierte gegen die Verfolgung liberaler Geistlicher wegen ihrer mangelnden Zustimmung zu den Bekenntnissen früherer Jahrhunderte, da sie zumeist von solchen Männern ausgeht, die selbst den Ansprüchen der Bekenntnisse nicht mehr genügen. So dulden z. B. die lutherischen Bekenntnisse keine Abendmahlsgemeinschaft mit Reformierten, und doch wird sie in der preussischen Landeskirche geübt und gefordert. Ebenso hat man heute fast allgemein den lutherischen Glauben an die räumliche Existenz des Himmels, an das Fortwirken des Wundergeistes, an die Existenz und Einwirkung überirdischer Geister aufgegeben, ferner die frühere zentrale Lehre von der Rechtfertigung aus dem Glauben, die wörtliche Verbindlichkeit der Heiligen Schrift; sondern alle Orthodoxen erklären nur das als verbindlich, was ihnen in ihr System paßt. So wird von fast

allen Orthodoxen die Verbindlichkeit der Vorschriften der Bergpredigt abgewiesen u. a. So berichtete die „Christliche Welt“. War das noch Christentum?

In der 52. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Straßburg 21. bis 25. August forderte Gröber die Rückkehr der Jesuiten und der Ordensfrauen vom Herzen Jesu. Ehrhard sah die Bedeutung des Papsttums für Religion und Kultur im Widerstand gegen den Cäsaropapismus. Einmal muß doch der Tag kommen, an dem das Wort Christi von Einem Hirten und der Einen Herde sich verwirklichen wird. Dieser Tag wird der Tag der Rettung der modernen Welt von ihren sittlichen Gebrechen, ihren sozialen Gefahren sein. Dr. Witt erklärte, die katholische Kirche sei wie jede Lehre dogmatisch intolerant, aber sie schließe keineswegs Andersgläubige von der Heilsmöglichkeit aus und sei mit bürgerlicher Toleranz durchaus vereinbar. „Wir lehnen jede Solidarität ab mit den Vertretern einer weltfremden Theorie, die mit dem modernen Staatsgedanken unvereinbar ist.“ Mausbach sagte, die Kirche habe den Menschen von der Allgewalt des Staates freigemacht. Ein Volk ohne Religion läßt sich nicht regieren. — Das Organ des Reformkatholizismus „Das 20. Jahrhundert“ beschwerte sich, daß man seine Anträge zurückwies.

Katho-  
litentag.

Der Reichstag debattierte am 12. Mai über die Bekämpfung der Unsitlichkeit in Literatur und Kunst.

Auf das Verhältnis der Konfessionen kam der Kaiser in Koblenz Partität.  
12. September zu sprechen: „In unserm Deutschen Reiche hinterließ uns Kaiser Wilhelm der Große ein herrlich prächtiges Gebäude. Hoch und hehr, mächtig und fest, so steht das deutsche Haus, wie unsere Stamm-  
burg Hohenzollern eingeteilt in kleine Gemächer und große Säle, in verschiedenen Farben: grün-weiß, schwarz-rot, blau-weiß, schwarz-weiß. Und in diesem Hause sind gleich wie in unserer Stammburg zwei Kapellen, die eine für die Protestanten, die andere für die Katholiken, auf daß beide in Eintracht nebeneinander ihren Gottesdienst verrichten mögen. Und über dem Dach weht das Reichsbanner, der alte deutsche Adler. Dem Volke wünsche ich von Herzen, daß es in froher Eintracht miteinander in diesem Hause leben möge, in Achtung der Persönlichkeit in jedem Menschen, emporblickend zum Firmament, welches über unserm Hause sich wölbt, aufschauend zu unserm gemeinsamen Erlöser und Heiland. Wenn so das deutsche Volk in sich gefestigt, auf Gott vertrauend, in die Welt hinaustritt, dann wird es auch befähigt sein, die großen Kulturaufgaben zu lösen, welche ihm die Vorsehung in der Welt bestimmt hat: nach innen geschlossen, nach außen entschlossen.“ Ein statistischer Artikel der „Allgemeinen Zeitung“, 6. Mai, über die konfessionellen Verhältnisse im Deutschen Reich beginnt: „Mit wachsender Sorge schaut der Politiker schon seit langem auf einen Fremdkörper, der sich mit stets zunehmender

Bedeutung in unser öffentliches Leben einschleibt und unsere Zukunft zu gefährden droht. Es handelt sich um die „schwarze Gefahr“, um das Überhandnehmen des Einflusses politisch-kirchlicher Kreise, des Zentrums.“

Der protestantische Pfarrer Ferd. Gerstung gab eine Sammlung von Erbauungsschriften heraus unter dem Gesamttitel „Neue Pfade zum alten Gott“, so: „Gott; warum wir bei ihm bleiben müssen.“ „Die Welt, an „Jesus.“ sich — für mich.“ „Der Mensch, wie er sich selber findet.“ „Jesus, wer er geschichtlich war.“ „Jesus, was er uns heute ist.“ „Die Religion des Geistes, wie der Gebildete denkend zu ihr Stellung nimmt.“ „Du sollst! Warum dies Wort bestehen bleibt.“ „Beten und moderner Mensch sein, wie sich das beides zusammenreimt.“ „Persönliches Christentum, das Eine, was uns nottut.“

Die „Kirchdorfer Auslobung“, das heißt der Prozeß über den angeblichen jesuitischen Grundsatz „Der Zweck heiligt die Mittel“, wurde zugunsten des Verteidigers der Jesuiten, G. Fr. Däsbach in Trier, und zuungunsten des polternden Exjesuiten Hoensbroech gerichtlich entschieden.

Polen.

Sehr richtig sagte Kaiser Wilhelm in Gnesen 9. August von der polnischen Bewegung: „Die leicht angeregte Phantasie mit der Pflege geschichtlicher Erinnerungen kann manches begeisterte Gemüt zu falschen Schlüssen führen. Jeder katholischer Pole wisse, daß seine Religion geehrt werde von mir, daß er aber auch Achtung vor den andern Konfessionen zu bewahren hat. So ist auch auf deutscher Seite nicht nachzulassen im Werke der Kultur. Wer als Deutscher ohne Grund seinen Besitz im Osten veräußert, der versündigt sich an seinem Vaterland. Er muß hier aushalten. Hier im Osten zu wirken, ist eine Pflicht gegen das Deutschtum. Für jeden, der katholisch ist, möchte ich noch Eines erwähnen: als bei meinem letzten Besuch im Vatikan der greise Leo XIII. von mir Abschied nahm, da faßte er mich mit beiden Händen und, trotzdem ich Protestant bin, gab er mir seinen Segen mit folgendem Versprechen: „Ich gelobe und verspreche Eurer Majestät im Namen aller Katholiken, die Ihre Untertanen sind, daß sie stets treue Untertanen sein werden . . .“ Deutschtum heißt Kultur, Freiheit für jeden in Religion sowohl wie in Gesinnung und Betätigung.“

In der Presse wurde es beklagt, daß mehrere große Güter von Deutschen an Polen verkauft wurden, sogar von der Stadtverwaltung von Posen. 97 polnische Ortsnamen wurden verdeutsch.

Bei der Enthüllung des Moltke-Denkmalz zu Berlin sagte der Kaiser 26. Oktober: „Wie es in der Welt steht mit uns, haben die Herren gesehen. Darum das Pulver trocken, das Schwert geschliffen, das Ziel erkannt, die Kräfte gespannt und die Schwarzseher verbannt!“

Reichs-  
tag.

Der Kaiser eröffnete den Reichstag am 28. November selbst mit folgenden Worten: „Die Finanzen des Reichs sind allmählich in einen Zustand geraten, der baldige und durchgreifende Abhilfe erfordert.“ So wurden denn Steuern auf Genußmittel, auf den Personenverkehr und Güterumsatz und eine Reichserbschaftssteuer vorgeschlagen. Aber auch die



Flotte mußte vermehrt werden. Der Eintritt Japans in die Reihe der Großmächte wurde begrüßt mit „Wünschen für die friedliche Kulturmission dieses hochbegabten Volkes“. (Die gegenwärtigen Gesandtschaften wurden in Botschaften umgewandelt.) Einige Ausdrücke der Thronrede wurden als Unfreundlichkeit gegen Frankreich aufgefaßt.

Die Dinge in Südwestafrika beschäftigten die Kritik des Reichstags. Die Regierung gab zu, daß Fehler begangen worden seien. Am heftigsten griff Erzberger die Kolonialregierung an, in der „Kölnischen Volkszeitung“ und im Reichstag.

Die Aufständischen ermordeten den Missionsbischof Cassian Spiß, einen gebornen Borsarlberger, Mitte August.

Deutsche Dampfer holten die durch die russischen Unruhen gefährdeten Reichsangehörigen aus Riga und Libau ab.

Der Kaiser schlug dem amerikanischen Botschafter vor, gegenseitig Universitätsprofessoren auszutauschen, damit sich so beide Nationen besser verständen. Die Sache wurde noch viel besprochen und endlich ins Werk gesetzt.

Die Vermählung des deutschen Kronprinzen mit Herzogin Cäcilie von Mecklenburg-Schwerin wurde am 6. Juni zu Berlin gefeiert. Der Kaiser mahnte das Paar: „Das Volk hat seine Vorbilder, nach denen es sich richtet . . . Begründet sei euer Hausstand auf Gott und unsern Heiland. Wie er die bedeutendste Persönlichkeit gewesen ist, so möge euer Lebenslauf dem seinigen nachstreben. Möge euer Hausstand zum Beispiel werden für die junge Generation.“

Kron-  
prin-  
zessin  
Cäcilie.

Als Mitsegler erschien der Kaiser beim Rennen des Norddeutschen Regattaver eins in Cuxhaven. Er spielte auf das Rennen über den Ozean an: „Meere verbinden, aber trennen nicht . . . Mein Feld die Welt!“

Eine nach Abessinien entsandte Gesandtschaft kehrte im Mai mit einem guten Handelsvertrag zurück.

In der ganzen deutschen Welt wurde Schillers hundertster Todestag gefeiert. Die Stadt Berlin gab „die Schillergabe für Deutschlands Jugend“ in 100.000 Exemplaren heraus. Fritz Vienhard schrieb einen kleinen „Schiller“. Max Haushofer dichtete: „Doch seht, ist das Jahrhundert auch verrauscht, kein Bess'rer kam als Er! Und heute lauscht so andachtsvoll wie damals, als er lebte, die deutsche Jugend ihm. Es ist, als schwebte sein Geist noch heut um uns in unsrer Mitte, er spricht zu uns mit hoheitsvoller Bitte: Zum Reich des Schönen durst' ich euch geleiten; wahrst euch dahin den Weg für alle Zeiten!“ Es erschien eine Säkularausgabe seiner Werke, herausgegeben von Ed. v. d. Hellen. Hugo Dsmald faßte im „Schiller-Brevier“ Schillers Kernworte zusammen. Eleonore v. Bojanowski gab ein „Schillergedenkbuch“ heraus. Rich. Weltrich hielt im Münchner Odeon eine Festrede. Man erinnerte an die gleichzeitige Cervantes-Feier. Walter Bormann schrieb über die Philosophie Schillers in „Ideal und Leben“ (Allg. Ztg., 14. Mai). Auch die tschechischen Bühnen in Prag feierten Schiller (Allg. Ztg., 14. Mai). Professor Zwan v. Müller übersetzte die Briefe Schillers über die ästhetische Erziehung ins Lateinische. Sogar in Archangel veranstaltete die deutsche Kolonie eine Schillerfeier. Auch in Riga, Kronstadt (Siebenbürgen), Cincinnati, Edinburgh

Schiller-  
feier.

wurde Schiller gefeiert. In letzterer Stadt hielt Viscount Goschen die Festrede und erwähnte die Beziehungen seines Großvaters, des Buchhändlers Götschen, zu Schiller. An die Münchener Studenten hielt Hans Cornelius eine Ansprache (Allg. Ztg., 7. Juni). In ganz Österreich fanden große Schillerfeste statt.

Ernst Scherenberg „dichtete“ zur Schillerfeier „... Von Feinden rings umdräut ist unser Volkstum. Daß es siegreich bestehe in den Stürmen des neuen Jahrhunderts, wahrst euch, ihr Deutschen, was im Kleinsten und Größten, in Haus und Werkstatt, in Kunst und Wissen, in des Vaterlands Dienst wie im Dienste der Menschheit allein beseelt mit Schöpferkräften: den herrlichen Götterfunken der Freude!“ (Das sind nämlich freie Rhythmen.)

Zur Schillerfeier wurde wieder die Apotheose von Genelli aus dem Jahr 1859 mit Recht hervorgehoben: Zeit und Weltall krönen den auf einem Adler gen Himmel schwebenden Dichter. Unten stehen Epik, Philosophie, Tragödie, Geschichte, Sage und Poesie um einen Altar (Allg. Ztg., 27. April). — Noch lebte die letzte Trägerin des Namens Schiller, die Witwe Friedrichs v. Schiller, des Enkels des Dichters, der 1877 als österreichischer Major a. D. gestorben war.

Eleonore Lemp gab „Schillers Welt- und Lebensanschauung in Aussprüchen aus seinen Werken und Briefen“. Max Hecker sammelte über „Schillers Persönlichkeit Urteile der Zeitgenossen und Dokumente“: Pastor J. Burggraf gab einen Zyklus von zwanzig Predigten über Schillers Dichtungen heraus, als Äußerungen der Christlichkeit des Dichters. Ein katholischer Prediger könnte das mit noch größerem Rechte tun. Ein Schillermanuskript des „Wallenstein“ zeigte, wie der Dichter die berühmten Eingangverse der „Piccolomini“ erst kurz vor dem Druck aus einer längeren, unbedeutenderen Rede herausgearbeitet hat (Allg. Ztg., 16. Nov.). — Eugen Kühnemanns „Schiller“ wurde als die beste Schillerbiographie gerühmt. Rich. Sternfeld verglich „Schiller und Wagner“.

Histor.-  
polit.  
Blätter.

In den „Historisch-politischen Blättern“ gab Gustav Turba eine Denkschrift Metternichs und Järdes über Ungarn von 1841. — Als „Nordische Nazarener“ werden Selma Lagerlöf und Jörgensen betrachtet. — Die Gerüchte werden widerlegt, als ob Berlin Österreich ganz oder zum Teil annektieren wolle. — Ein Nichtkatholik äußert sich kühl über das Schillerjubiläum vom religiösen Standpunkt aus. — In J. Rohlers Schrift „Der Geist des Christentums“ wird modern-pantheistische Religion in christlicher Schale gesehen. — Es werden die Predigten und Ansprachen von P. Odilo Rottmanner besprochen. — Ferner das Buch von Boutmy „Essai d'une Psychologie politique du Peuple Anglais.“ — Desgleichen St. Beissels „Fra Giovanni Angelico da Fiesole“. — Es folgen Betrachtungen über das Verhältnis der russischen Kirche zum Ultrakatholizismus und Anglikanismus; ferner über die Verdienste des Londoner Bischofs Creighton um die englische Geschichtsforschung. — Die antikatholischen Einseitigkeiten der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ werden gerügt. — Ich gab (135, 544) auch einen eigenen Gedenkartikel über Schiller, der also schloß: „Wenn nicht alle Zeichen der Zeit trügen, so ist nun die richtige Zeit gekommen, mit manchen der von den Klassikern nur als ästhetische Ideale vorgezeichneten Gedanken Ernst zu machen. Nehmen wir sie in dieser Beziehung beim Wort. Verhelfen wir der Nation zu der so lange vorbereiteten und geforderten nationalen und reli-

giößen Kultur. Vereinigen wir wieder alle Jahrhunderte deutscher Kulturarbeit, auch die des katholischen Mittelalters, aus denen alle unsere Klassiker ihre gedeihlichsten Inspirationen schöpfen, und schreiten wir so mächtig geeint vorwärts zu segensreichen Zielen.“ — Im folgenden werden meine neuesten Werke „Jesu Leben und Werk“ und „Der hl. Leopold“ besprochen (853) und wird auf meine „Kulturstudien“ Bezug genommen (286), ebenso auf H. M. Trugas biographische Schrift über mich. — Joh. Ranftl charakterisiert Segantini, den Maler der Alpenwelt. Raphael Molitor schreibt über die Restauration des gregorianischen Choral durch Pius X., Anfang Januar 1904, auf Grund der Arbeiten der Benediktiner. — Die Negerfrage in den Vereinigten Staaten wird erörtert. — Guido Görres, der Lyriker, erfährt gerechte Würdigung zu seinem hundertsten Geburtstag. — Der 136. Band enthält unter anderm eine Erörterung über „Christlichsozial und Klerikal“ von einem österreichischen Christlichsozialen. — Das „Elsässische Kulturproblem“ wird besprochen. — Ansgar Böllmann unternimmt „Schweizer Thespisfahrten“. — Die „Germanisierung Hollands“ steht in Frage. — Es folgt eine Würdigung von Propst Anton Kerschbaumer in Krems a. D. Ferner ein Bericht über die Emanzipation der Katholiken in Nürnberg; ein Gedenkblatt zu Ad. Stifters hundertstem Geburtstag von R. Fuchs. — Sehr lehrreich ist ein Artikel „Zur Bevölkerungsfrage in Frankreich“ (und in Deutschland), und einer über „Ruthenen und Polen“. — Es fällt ferner die Zurückdrängung der deutschen Sprache bei der Expansion Deutschlands auf. — R. Fuchs schreibt über Mergentheim, die Residenz der deutschen Hochmeister. — Als zwei Probleme der neueren Wohnungspolitik werden bezeichnet: 1. die Industriewohnstraßen und 2. die Settlements. — Schnitzler schließt sich der Meinung Rünstles an, daß das „Comma Joanneum“ (1. Joh. 5, 7) erst von Priscillian eingeschoben worden sei, um seine Irrlehre zu stützen, daß es in Gott keinen Unterschied der Personen gebe. („Drei sind, die Zeugnis geben, Vater, Sohn und Heiliger Geist, und diese drei sind eins.“) — Es folgt ein Porträt des Dänen Jens Peter Jacobsen, „Niessche der Zweite, der Schwache“, wie ihn G. Brandes nannte. — „Der Zölibat und die Statistik“ ist Gegenstand einer Betrachtung im Anschluß an A. Nehers Buch „Die katholische und evangelische Geistlichkeit Württembergs 1813—1901“.

Von Denifles Lutherwerk erschien die zweite Abteilung: „Die abendländischen Schriftausleger bis Luther über Justitia dei (Röm. 1, 17) und Justificatio“ (Quellenbelege). — Heinrich Denifle starb am 10. Juni zu Denifle. München, da er eben auf der Reise nach Cambridge zur Promotion als Ehrendoktor begriffen war. Man sagte, daß ihn der Schmerz über die ablehnende Haltung der katholischen Kritik gegenüber seinem Lutherwerk getödet habe. — Gegen Denifle erschien R. Benraths „Luther im Kloster“ als 1. Heft „Zur Abwehr römischer Geschichtsbehandlung“. — Adolf Hausrath beschrieb „Luthers Leben“ in zwei Bänden.

Leop. R. Goetz gab eine Darstellung des „Ultramontanismus als Weltanschauung auf Grund des Syllabus“. Ihm ist Verquickung von Religion und Politik das Zeichen des Ultramontanismus, der Syllabus die Kulturtheorie des Ultramontanismus. — Franz Heiner behandelte den „Syllabus in ultramontaner und antiultramontaner Beleuchtung“, in eindeutig kirchlichem Sinn, besonders gegen Goetz. — Rud. Gucken (Allg. Ztg., 31. März)



Libe-  
raler  
Katholi-  
zismus.

begrüßt als einen neuen Vorkämpfer des liberalen Katholizismus den Krakauer Professor Marian Jodziechowski und sein Buch: „Pestis perniciosissima. Ein Beitrag zur Charakteristik der modernen Strömungen im Katholizismus“. — Martin Spahn gab eine Charakteristik Papst Leo's XIII. Manche sahen darin „eine gefährliche Äußerung des liberalen Katholizismus“ (Allg. Ztg., 16. Mai).

Der katholische Theologe R. Künstle schrieb über das „Comma Joanneum“ (1. Joh. 5, 7): es stamme von einem Häretiker des 4. Jahrhunderts und komme bis zum 9. Jahrhundert nur in spanischen Bibeln vor.

Eugen Jacob beschrieb „Das Leben und Wirken Capistrans“. — Die Bibelgesellschaft bemühte sich, Alliolis freigemordene Bibelübersetzung zur Verbreitung unter Katholiken zu verwenden. — Über „Kirchliche Abstammungslehre“ entstand eine Polemik zwischen R. Escherich und dem gelehrten Jesuiten Erich Wasmann (Allg. Ztg., 10. Febr.). — Der bekannte Erjesuit Hoensbroech schrieb gegen den „konfessionellen Couleurstudenten“. — D. v. Taube übersetzte den Blütenkranz (Fioretti) des hl. Franz von Assisi. Walter Goetz schrieb über die Quellen zur Geschichte des hl. Franz von Assisi. — J. B. Radys „Geschichte der katholischen Kirche in Hessen vom hl. Bonifatius bis zu ihrer Aufhebung“ (722—1526) wurde von J. M. Raich herausgegeben. — Theo Somerlad gab den zweiten Band seines Werkes über die „Wirtschaftliche Tätigkeit der deutschen Kirche in der Zeit des erwachenden Staatsgedankens bis zum Aufkommen der Geldwirtschaft“, nachdem er in einer besondern Schrift das „Wirtschaftsprogramm der Kirche des Mittelalters“ behandelt hatte. Er zeigte, wie sehr das Wirtschaftsleben von kirchlichen Gedanken bestimmt war, welche Bedeutung dafür Karl der Große hatte als Verwirklicher des Augustinischen Gottesstaats.

Unter Mitarbeit verschiedener evangelischer Theologen gab Ernst Kalb das Buch heraus: „Kirchen und Sekten der Gegenwart“. — H. Schwarz veröffentlichte seine Vorträge für die innere Mission: „Der moderne Materialismus als Weltanschauung und Geschichtsprinzip“. — Otto Pfeleiderer schrieb über „Die Entstehung des Christentums“. — Jul. Grill und W. Köhler bemühten sich, den „Primat des Petrus“ und „Die Schlüssel des Petrus“ als einen späteren Einschub in das Evangelium zu erklären. — Mich wundert, daß sie, wie es scheint, die Herkunft des Schlüsselsymbols aus Jesaias (22, 22) übersehen (Allg. Ztg., 13. Okt.). — Ernst Sellin berichtete über den Ertrag der Ausgrabungen im Orient für die Erkenntnis der Entwicklung der Religion Israels. — August Wünsche schrieb über „Die Schönheit der Bibel“. — A. Drews gab Hegels Religionsphilosophie neu heraus. — Alb. Kalthoff, der bekannte liberale Bremer Pastor, schrieb über „Die Religion der Modernen.“ — Edgar Henneke gab „Neutestamentliche Apokryphen in deutscher Übersetzung“ heraus. — Emil Rasmussen schrieb über Jesus eine vergleichende psychopathologische Studie. — Walter Classen gab eine zeitgenössische Heilsgeschichte mit der Schrift „Christus heute als unser Zeitgenosse“. Christus kommt da mit der Polizei in Konflikt, wird zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, flieht nach England und stirbt in einem Hospital.

Frenssens.

Gustav Frenssens „Hilligenlei“ erregte als Werk eines ehemaligen protestantischen Pfarrers Befremden; es war ein Streitroman gegen das protestantische dogmatische Kirchentum. — Johannes Müller gab „Die Bergpredigt, verdeutscht und vergegenwärtigt“.

Schmiz du Moulin, als Renegat Muhammad Abdil genannt, schrieb über den „Islam, das heißt die Ergebung in Gottes heiligen Willen“; er betrachtete den Islam als das wahre Christentum.

In seinem Buch „Wilhelm der Erste als Erzieher“ gab Paul Dehn mehr als 700 Aussprüche aus Rundgebungen, Briefen, Tagebüchern usw. Werner Wilm stellte eine Auswahl aus den Reden Wilhelms II. zusammen „Der Kaiser und die Jugend“. — Bei Gelegenheit des Erziehungstages in Weimar zu Pfingsten erinnerte man an Fichtes Wort: „Alle Individuen müssen zu Menschen erzogen werden, außerdem würden sie nicht Menschen.“ — In der Sammlung „Erzieher zu deutscher Bildung“ gab Fr. v. d. Leyen die ausgewählten Fragmente Friedrich Schlegels heraus.

Zur Erinnerung an die fünfundzwanzigste Wiederkehr seines Todestages erschienen R. Chr. Pland's Aufsätze und Reden über „Deutsche Geschichte und deutschen Beruf“. — Die Schrift von Emil Pilz „Bewußtes Deutschtum“ sollte der „Weg zur bodenständigen Kultur“ sein.

Paul Hinneberg gab das Sammelwerk heraus „Die Kultur der Gegenwart“. Wilamowitz schilderte darin die griechische Literatur als die einzige, die sich ganz aus sich selbst entwickelt hat.

R. Lamprecht gab fünf Vorträge über „Moderne Geschichtswissenschaft“ heraus. Nach ihm ist Geschichte angewandte Psychologie, fußend auf Lipps. Daher das Schema der Kulturzeitalter: Symbolismus, Typismus, Konventionalismus, Individualismus, Subjektivismus. Die weltgeschichtlichen Zusammenhänge werden durch das flüssige geistige Element hergestellt, durch Kunst, Dichtung, Wissenschaft, Moral, Religion, nicht durch politische Verfassung, soziale Schichtung, Wirtschaftsleben. — Die „Allgemeine Staatengeschichte“, herausgegeben von R. Lamprecht, schritt in ihren Einzeldarstellungen rüstig fort. — Georg Simmel gab eine erkenntnistheoretische Studie über die Probleme der Geschichtsphilosophie.

Paul Dehns „Weltpolitische Neubildungen“ erschienen mit einer Einleitung von Alex. v. Beez. — W. L. Hertzslet's Schrift „Der Treppenhügel der Weltgeschichte; geschichtliche Irrtümer, Entstellungen und Erfindungen“ erschien in sechster Auflage neu bearbeitet von Hans F. Helmolt. — Der zu Bonn verstorbene Historiker Hermann Hüffer war dem einseitigen Standpunkt Sybels entgegengetreten.

Eine Woche nach Schillers Totenfeier wurde an den hundertsten Geburtstag von G. G. Gervinus erinnert: er war „eine echt deutsche Natur, voll glühenden Eifers für seines Volkes Größe, ein Ideolog, ein Muster deutschen Fleißes, deutscher Ehrlichkeit in Leben, Staat und Wissenschaft“. — Franz Muncker hielt einen Vortrag über „Wandlungen in den Anschauungen über Poesie während der letzten zwei Jahrhunderte“ (Allg. Ztg., 22. Nov.). — Felix Dahn setzte seine „Könige der Germanen“ fort. — E. P. Widmanns „Geschichte des deutschen Volkes“ erschien in zweiter Auflage.

Alex. Baumgartner's „Geschichte der Weltliteratur“, 5. Band: Französische Literatur, wurde von der „Illustrierten Zeitung“ 3. August gerecht gewürdigt: „Der Verfasser findet, daß das Schmarogergewächs einer defakzenten Literatur die alten Lebenskeime französischer Geistesbildung doch nicht zu ersticken vermocht hat; er bekennet, daß erst auf der Grundlage einer durch und durch christlichen Bildung die Literatur wieder jene Höhen gewinnen kann, wo gesunder Volksgeist mit antiker Formschönheit zu klassischen

Lamprecht.

Baumgartner

Schöpfungen verschmilzt.“ Um so blutdürstiger zerriß Jos. Hofmiller in der „Allgemeinen Zeitung“ 23. Mai das Werk des Jesuiten, und leider folgte ihm auch ein Teil der liberalen katholischen Kritik.

Walter Brecht schrieb über „die Verfasser der Epistolae obscurorum virorum“.

D. Denk und J. Weiß gaben in „Unser Bayerland“ vaterländische Geschichte volkstümlich dargestellt. — Es erschienen die „Lebenserinnerungen von Rudolf v. Delbrück 1817—1867 (1870)“. — Ferner Adolf Wilbrandts „Erinnerungen“. — Paul Hassel beschrieb das Leben des politischen Generals Josef Maria v. Radowiz. — Th. Schiemann teilte in der „Allgemeinen Zeitung“ 18. Februar eine wichtige Unterredung Bismarcks mit Kaulbars Mai 1887 mit.

Adolf Wagners siebzigster Geburtstag wurde gefeiert; der Staatssozialist strebte eine Versöhnung von Individualismus und Sozialismus an, in Weiterführung von Rodbertus und Schäffle. — Man vergaß auch nicht den hundertsten Geburtstag des Volkswirts R. Rodbertus. — Schmoller vollendete seinen „Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaft“ vom historisch-ethischen Standpunkt. — Ludwig Stein schrieb über den „Sozialen Optimismus“. — Heinrich Pesch gab ein „Lehrbuch der Nationalökonomie“ auf christlicher Grundlage. — Das von Julius Bachem redigierte Staatslexikon der Görresgesellschaft, zweite Auflage 1901—1904, fand den Beifall der „Allgemeinen Zeitung“ 8. Januar.

Es erschien das Zeitgenossenlexikon „Wer ist's“ von Degener nach dem Vorbild des anglo-amerikanischen „Who's who?“

Ludwig Bauer schrieb die rassenhygienische Studie über den „Zug nach der Stadt“.

Ferd. Braun in Straßburg betonte die Überzeugung, daß die Atome nicht die letzten Realitäten seien, daß sich das Problem erfüllen werde, ein Element in ein anderes zu verwandeln. „Wir stehen am Anfang einer unübersehbaren Entwicklung“ (Allg. Ztg., 20. Mai). — Rud. Euckens „Grundbegriffe der Gegenwart“ erschienen in dritter Auflage als „Geistige Strömungen der Gegenwart“. — Siegfried Wagner gab den Entwurf einer neuen biologischen Weltanschauung: „Der Sport ums Dasein“, voll Lebenslust und Lebensfanatismus. — Rud. Eislers „Wörterbuch der philosophischen Begriffe“ erschien in zweiter, umgearbeiteter Auflage. — Max Zerbst wollte die Menschheit retten und verjüngen durch die „Philosophie der Freude“. — Gustav Seidler untersuchte „das juristische Kriterium des Staates“. — Guido Torres schrieb als Determinist über „Willensfreiheit und wahre Freiheit“. — Paul Weisengrün gab eine Revision des Kritizismus in der Schrift „Der neue Kurs in der Philosophie“. — W. Bölsche gab des Angelus Silesius Cherubinischen Wandersmann heraus. — Max Rieß schrieb „Joh. G. Fichte; ein Evangelium der Freiheit“. — Julius Petersen behandelte das Problem „Willensfreiheit, Moral und Strafrecht“. — Rud. Kassner schrieb von der „Moral der Musik“, nämlich von ihrer Symbolik. — Artur Buchenau gab Descartes philosophische Werke in Übersetzung heraus. — Ed. Grisebach gab Neue Beiträge zur Geschichte von „Schopenhauers“ Leben mit Bibliographie. — Richard Garbes Übersetzung der Bhagavagita unterschied die älteren und jüngeren, vedantisierten Teile, die theistischen und pantheistischen Anschauungen. — Chr. Bartholomae gab in Übersetzung die



„Gathas des Arvesta, Zarathustras Verspredigten“ heraus. — Der Psychiater August Forel schrieb über „Die sexuelle Frage“ dem Ernst und der Tragik des Problems entsprechend.

Die Vegetarier tagten im Juli in Heidelberg und verkündeten den Vegetarismus als moderne Lebensreform. — Bruno Meyer empfahl „Sonderschulen für Begabte“ (Allg. Ztg., 20. Juni). — Ernst Wassermann-Jordan schrieb „Die Geschichte der Räderuhr“. — Ernst Karl Abbe starb mit dem Ruhm, der Schöpfer des modernen Mikroskops zu sein; dazu kamen seine Verdienste als Sozialpolitiker.

Hermann Hölzkes Buch „Zwanzig Jahre deutscher Literatur“ (1885 bis 1905) behandelte 350 Werke, allerdings mit auffallenden Lücken; Hölzke hatte schon 1902 gegen „das Häßliche in der modernen Literatur“ geschrieben. — Über das Modewort „In Schönheit sterben“ schrieb R. Röttger (Allg. Ztg., 26. April). — H. G. Gräf sammelte die Aussprüche von „Goethe über seine Dichtungen“, in vier Bänden. — W. Bode gab „Stunden mit Goethe“ in Heften heraus; er polemisierte mit dem „Kunstwart“: der Mensch Goethe stehe unserm heutigen Empfinden näher als der Dichter. — Julius Goebel erklärte den Namen Mephistopheles als einen Planetengeist „Megistophiel“ = Hermes (Merkur) Trismegistos (Allg. Ztg., 25. Aug.). — Über die Novalliteratur berichtet Joh. Probst in der „Allgemeinen Zeitung“ 20. August. — Franz Deibel schilderte „Dorothea Schlegel als Schriftstellerin im Zusammenhange mit der romantischen Schule“ (Palästra). — Oskar Gmald in seinem Buch „Romantik und Gegenwart“ behandelte die Probleme der Romantik als die Grundfragen der Gegenwart. — Eckermanns Nachlaß wurde unter dem Titel „Aus Goethes Lebenskreise“ von Fr. Lewes herausgegeben. — Fr. M. Kircheisen schrieb „Die Geschichte des literarischen Porträts in Deutschland“. — Max Martersteig gab eine kulturgeschichtliche Darstellung über „Das deutsche Theater im 19. Jahrhundert“. — Freiherr v. Grotthuß gab neben dem „Türmer“ „Bücher der Weisheit und Schönheit“ heraus: Heilige Schrift im Auszug, Abraham a Sancta Clara, Kritik der reinen Vernunft im Auszug, Gorki (Novellen), Bogumil Goltz, Montesquieu.

Beim Fischertag in Memmingen 22. August wurde ein Festspiel aufgeführt „Kaiser Maximilian I. in Memmingen“ (All. Ztg., 7. Sept.). — In Oberammergau wurde wieder die „Kreuzeschule“ nach dreißigjähriger Pause aufgeführt (All. Ztg., 8. Juni). — Karl Dürcks Schrift „Richard Wagner und die Münchener 1865“ war eine „Rettung“ der Münchener. — Richard Weltrich kritisierte in einer eigenen Schrift „Rich. Wagners Tristan und Isolde als Dichtung“.

Die Erinnerung an Gräfin Jda Hahn-Hahn wurde zu ihrem hundertsten Geburtstag wieder aufgefrischt.

Frank Wedekind spielte selbst die Hauptrolle in seinem Drama „Hidalla“. — Konrad Falters „Frau Minne“ war ein „mittelalterlicher Weltspiegel“. — Der Dichter Rudolf Baumbach starb zu Meiningen, er hatte die meiste Zeit seines produktiven Lebens in Österreich gelehrt. — „Theodor Fontanes Briefe an seine Familie“ vervollständigten das Bild des Dichters. — Die „Briefe, die ihn nicht erreichten“, der Frau v. Henking wurden in fast alle lebenden Sprachen übersetzt. — Max Bittrichs Roman „Kämpfer“ behandelte die „Moderne Völkerwanderung“, die Landflucht. — Paul Kellers neues Werk „Das letzte Märchen, ein Jdyl“ wird in der

v. Grotthuß.

„Allgemeinen Zeitung“ besprochen unter dem Schlagwort „Märchendichtung und falsche Romantik“ (23. Juli).

Denk-  
maler.

Kaiser Wilhelm ließ dem altfranzösischen Admiral Gaspard de Coligny in Berlin ein Denkmal errichten. Coligny, in der Bartholomäusnacht als Protestant ermordet, war auch ein Ahnherr Kaiser Wilhelms; Colignys Tochter Luise wurde die Gattin Wilhelms von Oranien und dessen Enkelin Luise Henriette war die erste Gemahlin des Großen Kurfürsten. Offenbar wollte der Kaiser damit auch dem Franzosentum eine Huldigung darbringen (All. Ztg., 23. Febr.). Das Denkmal wurde in der Nähe des neuen Doms aufgestellt, den der Kaiser am 27. Februar endlich nach langen Arbeiten einweihen konnte. Der imposante Bau von Julius Raschdorff macht einen ganz italienischen, katholischen, jesuitischen Eindruck. Außer den Bildnissen von Luther u. a. barg er auch Denkmäler von Bismarck, Moltke usw. Fritz Schapers segnender Christus stand über dem Portal. Das Bismarckdenkmal im Innern von Reinhold Begos zeigte den Mann sitzend im Ritterharnisch über seinem Sarkophag mit einem Posaunenbläser und einer lesenden Frauengestalt (All. Ztg., 16. März).

Der Ästhet Stephan George gab zwei Bände Übertragungen „Zeitgenössischer Dichter“ heraus: Rossetti, Swinburne, Dowson, Jacobsen, Kloos, Verne, Verhaeren; Verlaine, Mallarmé, Rimbaud, de Regnier, Annunzio, Kolier-Vieder. Der Kultur-Eklettiker, literarische Artist, wurzellose Kosmopolit, mehr interessant als echt, war sehr geeignet zum Vermittler fremder Individualitäten. — Heinrich Vilienslein zeichnete das „Profil des deutschen Dichters“, Heinrich Vierordts, zu seinem fünfzigsten Geburtstag. Zugleich erschienen Vierordts „Ausgewählte Dichtungen“.

Man plante ein umfangreiches Werk, das alle Kunstschöpfungen wiedergeben sollte, zu denen Kaiser Wilhelm II. bisher Auftrag und Anregung gegeben, auch eine Darstellung der kaiserlichen Kunstauffassung gegenüber den Fragen der Gegenwart.

Hans Tietze schrieb über „Denkmalschutz“ mit Beziehung auf Alois Riegls Buch von 1903: „Der moderne Denkmalkultus“. — Es erschienen die Monatshefte „Moderne Bauformen“ (All. Ztg., 28. Dez.). — Zum Tode Adolf Menzels gab die „Illustrierte Zeitung“ eine seinen Werken gewidmete Nummer (16. Febr.). — Der Stadtschulrat von München G. Kerscheneiter untersuchte „die Entwicklung der zeichnerischen Begabung“. — Über Kinderliteratur und Kinderkunst schrieb nach H. Wolgasts Vorgang R. Röttger (All. Ztg., 14. Nov.). — Es erschien der zweite Teil von Ernst Steinmanns „Syrinischer Kapelle“, Michelangelo behandelnd. — Die Münchner Ausstellung für angewandte Kunst zeigte zumeist ein Zurückgehen in den Wiedermeierstil oder das Rokoko und Empire (All. Ztg., 31. Aug.). Die fünfundzwanzig Titelzeichnungen von Sascha Schneider zu den Werken Karl Mays erschienen in einer Mappe mit einführendem Text von Joh. Werner. Sie schilderten den Kampf des Lichts mit der Finsternis, des Guten mit dem Bösen, das religiöse Sehnen nach Frieden, Verklärung, Unsterblichkeit. — Ergreifend ist das Bild „Kreuzanbetung“ von Max Thedy (All. Ztg., 20. April). — Entzückend war Hans Thomas Bild „Träumerei an einem Schwarzwaldsee“ (All. Ztg., 27. Juli). — Um so widerlicher war Stucks „Kampf um das Weib“ (20. Juli).

Max Jordan gab des Künstlers Friedrich Preller des Jüngeren Tagebücher heraus. — Julius Meier-Graefe schrieb völlig absprechend über den „Fall Böcklin“ und die Lehre von den Einheiten. — Uhde's Kunst war dem Porträt und Genre am gemäßigsten (Jll. Ztg., 20. Juli). — Die Maler liebten es, spanische Tänzerinnen, wie die Guerrero, zu malen (Jll. Ztg., 6. April, 26. Oktober), auch Schlastänzerinnen (20. April).

Eine tüchtige Arbeit ist das Reiterstandbild des Prinzregenten Luitpold für die Fassade des neuen Rathauses in München von Ferd. Miller (Jll. Ztg., 2. März). — Ferd. v. Miller schuf das Denkmal Kaiser Ludwigs des Bayern für München (Jll. Ztg., 22. Juni). — Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Nürnberg von W. v. Ruemann zeigt ein besonders schönes Pferd (Jll. Ztg. 16. Nov.). — Der Sockel der Reiterstatue Kaiser Friedrichs in Charlottenburg von J. Uphues ist mit einer langen Dornengirlande umgeben (Jll. Ztg., 25. Mai). — Louis Tuillon faßte das Kaiser-Friedrichs-Denkmal für Bremen im römischen Imperatorenstil auf (Jll. Ztg., 6. April). — Sehr elegant ist J. Uphues' Wolke-Denkmal für Berlin (Jll. Ztg., 26. Okt.). — Der Bismarck in Duisburg von Fr. Rensch hatte einen jungen Siegfried mit dem toten Drachen und einen alten Germanen am Sockel; letzterer trug eine Tafel mit der Inschrift: Wir Deutsche fürchten Gott usw. (Jll. Ztg., 13. April). — Das Bismarck-Denkmal in Wilhelmshaven von Georg Meyer-Steglich sei noch erwähnt (Jll. Ztg., 30. März). — Wahrhaft monumental in seiner Einfachheit war Max Klingers Richard Wagner für Leipzig (Jll. Ztg., 13. April). Man machte aufmerksam auf den Zusammenhang von Klingers Wagnerdenkmal mit den Naumburger Standbildern des 13. Jahrhunderts. — Eine Beethovenbüste des russischen Bildhauers N. Aronson wurde im Bonner Beethovenhaus aufgestellt (Jll. Ztg., 28. Dez.). — Trefflich und schlicht ist Fritz Schapers Standbild Gustav Freytags für Wiesbaden (Jll. Ztg., 25. Mai). — Für den Dichter Gottfried Schwab schuf Ludw. Habich ein Denkmal zu Darmstadt; auf einem Sockel mit dem Medaillon des Dichters steht ein nackter betender Genius vor einer marmornen Rundbank (Jll. Ztg., 29. Juni). Schwab war der Dichter des 1900 preisgekrönten Flottenliedes „Michel, horch, der Seewind pfeift!“ — Zu Tönning wurde ein Standbild Esmerachs aufgestellt (Jll. Ztg., 17. Aug.). — Der Erfinder der Taschenuhr Peter Henlein wurde auf einem Nürnberger Brunnen dargestellt (Jll. Ztg., 22. Juni). — Für den geplanten Rosengarten zu Worms modellierte Joh. Hirt den Hagen mit dem Nibelungenhort — in weitem Abstand vom klassischen Hagen Fernforns (Jll. Ztg., 2. Nov.). — Auf der Berliner Ausstellung des Deutschen Künstlerbundes excellierte Adolf Hildebrands Merkur (Jll. Ztg., 29. Juni). — Ein schönes Bildwerk, Sappho, stellte H. Waderé in München aus (Jll. Ztg., 31. Aug.); auch eine trauernde Muse. — Hermann Billings Stephansbrunnen in Karlsruhe brachte das Wasser zur Hauptwirkung mit Zugabe künstlerischer Wagnisse (26. Okt.). — Der St.-Magnus-Brunnen von Georg Urba wurde in Rempten aufgestellt (Jll. Ztg., 19. Okt.). — Für das Dresdener Residenzschloß bildete Artur Volkman einen Georgsbrunnen (Jll. Ztg., 19. Okt.). — Einen Till-Eulenspiegel-Brunnen erfand Arnold Kramer (Jll. Ztg., 30. März).

Heinrich Jaffoy baute das neue Rathaus in Stuttgart in gotischem Stil (Jll. Ztg., 13. April). — Das neue Leipziger Rathaus von Hugo Licht zeigte neue Barockformen (Jll. Ztg., 28. Sept.). — H. Seelig baute das neue



Stadttheater in Nürnberg (M. Ztg., 7. Sept.). — Die Stadt Nürnberg kaufte den köstlichen alten Hirschvogelsaal daselbst an (M. Ztg., 2. Nov.).

Richard Strauß setzte den profaischen Einaakter Oskar Wildes „Salome“, so wie er war, in Musik; das Werk wurde in Dresden 9. Dezember zuerst aufgeführt, als internationale Sensation ersten Ranges.

L. Pechendorfer gab in seinem Schriftenatlas „Moderne Schriften“ heraus.

Das Photographieren vom Luftballon aus geriet zu großer Vollkommenheit (M. Ztg., 24. Aug.).

Zeppelin  
lin.

Graf Zeppelin nahm die 1900 abgebrochenen Versuche mit einem verbesserten lenkbaren Luftschiff wieder auf (30. Nov.). Aber der neue Versuch glückte noch immer nicht (M. Ztg., 14. Dez.). — Hubert Herkomer gab die Anregung zu einer Automobilwettsfahrt von München aus und stiftete dafür auch einen von ihm entworfenen Siegespreis (M. Ztg., 3. Aug.). Ein Gemälde von ihm 17. August. — Die Hamburg—Amerika-Linie stellte in ihren Dienst das größte Schiff der Welt, die „Kaiserin Auguste Viktoria“.

Über das Wachstum der deutschen Großstädte berichtet die „Allgemeine Zeitung“ 4. März; manche waren seit 1871 auf das Dreifache gewachsen.

Isadora Duncan leitete eine Mädchenschule in der Kolonie Grunewald bei Berlin (M. Ztg., 13. Juli). — Es wurde damals viel in „Nasenkorrekturen“ gearbeitet, da manche Herren und Damen ihre gar zu krummen Adlernasen los sein wollten (M. Ztg., 14. Sept.).

Die Polizeihunde kamen in Verwendung. — Grüttesien empfahl „Strafinseln“, gemäß der Theorie Liszts, das Strafrecht habe nicht zu vergelten, sondern die Gesellschaft zu schützen gegen das gemeingefährliche Verbrechen.

Öster-  
reich.

Der österreichische Ministerpräsident Freiherr v. Gautsch hoffte das Abgeordnetenhaus endlich in die von der Bevölkerung ersehnte Periode der Arbeit eintreten zu sehen, „damit sich die Erwartungen rechtfertigen, welche der Staat und die Bürger mit Recht an die verfassungsmäßigen Einrichtungen knüpfen. Die Arbeitsfähigkeit des Hauses bildet nicht nur ein eminent staatliches Interesse, sondern kommt in erster Linie dem Hause selbst zu statten. Dann werden auch die Befürchtungen schwinden, es könnte das Gleichgewichtsverhältnis innerhalb der Monarchie zuungunsten Österreichs verschoben werden.“ Die Lösung des größten Problems der österreichischen Politik, die Annäherung und Verständigung zwischen dem deutschen und tschechischen Volksstamm muß angebahnt werden. So sprach er am 24. Jänner. Die Alldeutschen tadelten die Zerreißung des Heeres durch die Konzessionen an die Magyaren.

Ungarn.

Da Graf Tisza in Ungarn nicht mehr die Majorität hatte, trat er zurück, und der Kaiser und König empfing in Wien den Führer der Unabhängigkeitspartei Franz Koszuth (12. Febr.); der König kam auch nach Ofen, um dort Versuche zur Lösung der Krisis zu machen, reiste aber ohne Erfolg am 5. April wieder ab. Die schärfere Geschäftsordnung nach dem Beschluß vom 18. November 1904 wurde wieder aufgehoben. Erst

am 13. Juni bildete der frühere Honvedminister Baron Fejervary ein neues Ministerium, allerdings ein nichtparlamentarisches, das nur die Aufgabe haben sollte, ein parlamentarisches Ministerium zu ermöglichen. Die oppositionelle Majorität erklärte dies Vorgehen für verfassungswidrig und drückte der Regierung ihr Mißtrauen aus. Der König lehnte aber das Entlassungsgesuch des Ministeriums ab. Die Opposition forderte zur Nichtzahlung der Steuern auf. Baron Banffy, der Führer der oppositionellen „Neuen Partei“, forderte die volle Geltendmachung der ungarischen Staatssprache im Heer, eine eigene königliche Hofhaltung in Ofen. Die Regierung kündigte dagegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts an. Im September erschien eine Broschüre von Beyssig, die für eine Losreißung Ungarns von Österreich unter einem Hohenzollern agitierte. In den daraus entstehenden Hochverratsprozeß war auch Baron Banffy verwickelt. In Ungarn war die tolle Meinung verbreitet, der erste Name des Prinzen Eitel Friedrich bedeute „Attila“.

Allgem.  
Wahl-  
recht.Eitel  
Frieb.

Von Bedeutung war die Wahlrede des Innenministers Kristoffy (September) mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts; jetzt besaßen von zwanzig Millionen kaum eine Million das Wahlrecht. Er hoffte aber und erwartete, allerdings allzu sanguinisch, von der Wahlerweiterung die Beseitigung aller Schwierigkeiten, das Aufhören der Obstruktion. Darin hatte er allerdings recht, daß er gegenüber den dürren staatsrechtlichen Zwistigkeiten die sozialen Ideen betonte. Die ungarische „Nation“ sei nicht das „Volk“; das Parlament kümmere sich nicht um die großen Fragen des Volkes, die Auswanderung, die Steuerreform, die Eisenbahn- und Kanalbauten, die Förderung des Handels und der Industrie, die demokratische Grundbesitzpolitik. Aber dies Parlament der Privilegierten hat keinen Sinn für das Volkswohl, nur für staatsrechtliche Streitfragen. Diese gehören in die Rumpelkammer. Das ganze Land lechzt nach gedeihlicher Entwicklung, nach dem Aufhören der Seelenkäufe, des Wahlwindels. Freilich soll das Wahlrecht nur denen erteilt werden, die magyarisch lesen und schreiben können. Dadurch würden die nichtmagyarischen Nationalitäten ausgeschlossen werden und nicht die Majorität gewinnen. — Man warf dem Minister Gautsch vor, daß er es sei, der die Wahlreform in Ungarn verhindere, damit sie nicht auch für Österreich notwendig werde. Er bestritt das (26. Sept.). Anderseits war man in Ungarn der Ansicht, daß der Widerstand des Kaisers und Königs gegen die separatistischen Armeeforderungen der Ungarn auf das direkte Eingreifen des Deutschen Reichs zurückzuführen sei. Das leugnete der deutsche Botschafter Graf Wedel.

Nach vielen Verhandlungen wurde Fejervary wieder mit der Kabinettsbildung betraut (16. Okt.). Er forderte die Munizipien auf, die freiwillig gezahlten Steuern an die Staatskasse abzuliefern und den sich freiwillig zum

Militärdienst Meldenden Bescheinigungen zu erteilen. Außer dem allgemeinen Wahlrecht versprach er große soziale Reformen, namentlich Arbeiterversicherungsgesetze. Den Komitatsbehörden, die der Regierung die Unterstützung verweigerten, wurde die staatliche Subvention entzogen. Die sozialistischen Seher hochtötierten die das allgemeine Wahlrecht bekämpfenden Zeitungen, so daß diese zeitweilig das Erscheinen einstellen mußten. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, worauf am 6. Dezember die Zeitungen versprachen, keine Angriffe mehr gegen das allgemeine Wahlrecht richten zu wollen. Die Regierung veröffentlichte am 19. Dezember den Gesetzentwurf über das allgemeine Wahlrecht. Man verlangte die Kenntnis des Schreibens und Lesens, wenn auch nicht in magyarischer Sprache. Trotzdem würden nach der Berechnung der Regierung die magyarischen Interessen nicht geschädigt sein; denn während nach dem bisherigen Wahlrecht 56 Prozent der Wähler Magyaren waren, würden es nach dem neuen Wahlrecht 61 Prozent sein. Während bisher nur 40.000 der Wahlberechtigten Arbeiter waren, würden nun 800.000 Arbeiter das Wahlrecht haben, also statt 4 Prozent 33 Prozent der Wähler.

Gautsch betonte allen magyarischen Sonderbestrebungen gegenüber sein energisches Eintreten für die Großmachtsstellung der Monarchie. Beide „Staatsgebiete“ haben an der unversehrten Erhaltung unserer gemeinsamen Armee das größte Interesse. Das ist unser Recht und unsere Pflicht. Wenn die deutsche Kommandosprache beseitigt werden sollte, forderten die Kroaten die kroatische zum Trotz den Magyaren.

Papst.

Der Papst richtete an den österreichischen Episkopat ein Schreiben vom 6. März über die Los-von-Rom-Bewegung: „Diese so herrliche Nation, der in der Geschichte der katholischen Religion so glänzendes Lob gebührt, wird mit Gottes Hilfe katholisch bleiben, wenn sich euer Eifer auch fernerhin in den Dienst der göttlichen Vorsehung stellt. Sie wird auch in Macht, Eintracht und Friede ruhmvoll dastehen, wenn von der Religion der Väter, auf der das Heil und die Stärke des Kaiserreiches hauptsächlich ruhen, Neid, Zwietracht und jegliche Ursache religiöser Parteinungen ferngehalten werden.“

In Sterzing wurde am 7. Mai ein tirolischer Volksbund zur Abwehr italienisch-irredentistischer Bestrebungen gebildet. Die Italiener forderten eine italienische Universität in Triest, die Ruthenen eine ruthenische Fakultät in Lemberg, die Slowenen eine slowenische Universität in Laibach. Auch eine zweite tschechische und eine deutsche Universität wurden für Mähren verlangt.

Gautsch bedauerte (21. Juni), daß nicht genügend deutsche Kandidaten für die zu besetzenden Stellen in Böhmen vorhanden seien.

Lueger.

Die Regelung der Quotenfrage blieb wieder unerledigt. Kultusminister Hartel trat im September zurück. Der christlichsoziale Parteitag in Eggenburg (Niederösterreich) unter Führung des Prinzen Liechtenstein und Karl Luegers protestierte am 17. September scharf gegen die Preisgebung der österreichischen Interessen gegenüber einer „judäomagyarischen Clique“.

Gautsch.

Über das allgemeine Wahlrecht in Österreich äußerte sich Gautsch am 26. September sehr vorsichtig. Die Tschechen bestanden darauf. Kramar



meinte, das Volk werde dadurch gewissenlosen Agitatoren entzogen und ein erhöhtes Interesse an den Staatsnotwendigkeiten gewinnen; auch der Abschluß des nationalen Friedens werde so ermöglicht werden. Gautsch blieb in seiner Antwort am 6. Oktober bei seiner Meinung, das sei ein gefährliches, kurzlebiges Experiment. Das österreichische Parlament sei nicht nur die Vertretung der Parteien, sondern auch die der Nationalitäten. Deren geschichtlich überkommene Geltung dürfe man nicht außer acht lassen. Das allgemeine Wahlrecht bestehe nicht in England; im Deutschen Reich fehle es nicht an Versuchen, es abzuschwächen. Frankreich sei national einheitlich. Österreich dürfe nicht nach fremder Schablone regiert werden. Die Christlichsozialen traten für das allgemeine Wahlrecht ein. Die Sozialdemokraten veranstalteten Massendemonstrationen dafür in Wien, Prag, Graz, wo das Beispiel der russischen Revolution zündete. Eine offiziöse Kundgebung vom 4. November bemerkte sehr richtig: „Es liegt im Interesse der Volkskreise, die diese Reform wünschen, durch ihr Verhalten zu bezeugen, daß sie in jedem Sinn politisch reif sind, auch für ein neues Wahlrecht. Das Parlament, nicht die Straße ist der Ort, wo die Entscheidung darüber zu fallen hat.“ — Gautsch sagte am 28. November neuerlich über die ganze Frage: „Die Regierung glaubt, daß bei den verschiedenartigsten Wirkungskreisen der Landtage und der Reichsvertretung das allgemeine Stimmrecht keineswegs berufen ist, den Grundsatz der Interessenvertretung zu verdrängen. Die früher erworbenen öffentlichen Rechte müssen weiter gelten. Die Freiheit der Wahlen, die Verhinderung jedes Terrorismus muß gesichert sein. Durch entsprechende Ausgestaltung des Herrenhauses muß jenen Interessengruppen eine entsprechende Vertretung geschaffen werden, die durch Ausdehnung des Wahlrechts leiden würden.“ — Im Herrenhaus erklärte Gautsch am 1. Dezember, die Wahlrechtsbewegung sei eine Folge der bisherigen Unfruchtbarkeit des Parlaments. Fürst Auersperg meinte, wie in Ungarn, so habe auch in Österreich nur der Zufall die Wahlreform auf die Tagesordnung gesetzt. Es ist kein Beweis von Stärke und Macht, einige tausend Menschen unter irgendeinem Schlagwort auf die Straße zu führen, wohl aber ein Zeichen namenloser Schwäche der Regierung, daß sie solche Ungeheuerlichkeiten zulasse. Es sei kein Kampf gegen die Rechte des Volkes, sondern gegen eine politische Partei (die Sozialdemokratie), welche die Alleinherrschaft im Staate haben wolle, dessen Existenzberechtigung sie leugne.

Der Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich wurde am 25. Januar unterzeichnet.

Die Tauernbahn wurde am 20. September vom Kaiser eröffnet.

Rufstein feierte die Vierhundertjahrfeier der Erstürmung durch Kaiser Maximilian I. durch Festzug und anderes.

Erzherzog Friedrich wurde General-Truppeninspektor der gemeinsamen Armee.

Neunzigjährig starb Bischof Strozsmayer von Diakovar, Vorkämpfer des Kroatentums, einst Gegner des Unfehlbarkeitsdogmas.

Die alldeutschen Studenten in Wien demonstrierten gegen die Berufung des als tschechisch geltenden Professors der Kunstgeschichte Dvorak.

Katho-  
likentag.

Der fünfte allgemeine österreichische Katholikentag fand zu Wien vom 18. bis 21. November statt. Die Verhältnisse hatten sich seit dem letzten allgemeinen Katholikentag in Salzburg 1896 verschlechtert. Aber der Papst mahnte die österreichischen Katholiken, „nicht zu verzagen und den gemeinsamen Feinden mutvoll ins Auge zu schauen“. P. Abel führte eine Wallfahrt von 3000 Männern zum Grab des hl. Leopold nach Klosterneuburg. P. Alban Schachleitner, Superior der Benediktinerabtei Emaus in Prag, der Begründer der Monatschrift „*Sanct Bonifatius*“ (Auflage über 700.000 Exemplare) regte die Männerversammlung des „*St. Bonifatius-Vereines*“ an. Der ehemalige Zentrumsabgeordnete Rif. Rade aus Mainz sprach dabei von der Überhebung der protestantischen Intelligenz. Der Referent in den „*Historisch-politischen Blättern*“ (136, 909) fragt, ob Rade seine Wiener Rede vor jenen „Katholiken in Deutschland hätte halten dürfen, denen die Gleichberechtigung des katholischen und protestantischen Prinzips, und darüber hinaus eine gewisse Geringschätzung der eigenen Glaubensgenossen zum Axiom geworden zu sein scheine. Diese Richtung war auch Gegenstand der Besprechung einer Zusammenkunft katholischer Literaten, die von Kralik, Eichert und Domanig einberufen worden war . . . Die Resolutionen derselben, deren endgültige Redaktion einem Ausschusse anvertraut ist, werden bald die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich ziehen . . . Trotz der Verschiedenheit der Meinungen in einzelnen Punkten herrschte vollste Übereinstimmung in der Ablehnung einer Richtung, wie sie zum Beispiel in der Behandlung der Weltliteratur von P. Baumgartner in einigen katholischen Blättern und in der Kritik des letzten Werkes von P. Denifle zutage getreten ist . . . Diese Verwahrung . . . hat doppelten Wert, weil sie aus Österreich kommt, wo alles Abel in der Gleichgültigkeit der Gebildeten und Halbgebildeten gegen die Kirche seine Wurzel hat.“ — P. Augustin v. Galen erstattete einen Bericht über die Abfallsbewegung und die großen Summen, die von deutschländischen Protestanten dafür nach Österreich geschickt werden. Darüber sprach auch Bürgermeister D u e g e r. P. Viktor Kolb sprach über die katholische Presse und regte die Gründung eines Pius-Vereins zu deren Förderung an. Prälat Zischke und Oberst v. Himmel veranstalteten eine Versammlung der Jerusalems-Pilger. Eine Schlußrede der Tagung über „*Das Vaterunser der Kultur*“ vom armenischen Erzbischof von Lemberg Jos. Teodorowicz erschien im Sonderdruck. Die Differenzen zwischen „*katholisch-konservativ*“ und „*Christlich-sozial*“ kamen gar nicht zur Geltung. Der Referent der „*Historisch-politischen Blätter*“ bedauert zum Schluß, daß die Regierung mehr als je die bereits vor vierzig Jahren von Professor Arndts als „*Bubokratie*“ gekennzeichnete Überhebung des Studententums dulde.

Litera-  
turbewe-  
gung.

Pius-  
Verein.

Bezeichnend für das magyarische Empfinden sind folgende Stellen aus einem ungarischen Gedicht an den Fürstprimas, das im „*Hazánk*“ vom 8. Oktober erschien: „Nur du kannst immer mit dem König reden, so geh’

und sag' ihm, wie es steht ums Land. Geh', sag' ihm doch, daß Glaube und Vertrauen auf ihn allein noch nicht geschwunden sei . . . Sag' ihm, daß eine Nacht auch ihn umfängt, wie uns, auf die kein Morgenrot erscheint: des Mißverständnisses unsel'ge Nacht, zu der geheime Brücken baut die Hölle . . . Bitt' ihn, daß er verstecktem Wort nicht glaube, und traue seinen alten Räten nicht. Sag' ihm, der Ungar war nie hinterlistig, drum soll ihn auch nicht Hinterlist ermorden; denn wenn er stirbt, kein herrlicheres Volk vermögen mehr die Götter zu erschaffen . . . Sag' ihm, daß Himmelszeichen Zeiten künden, wie die Geschichte sie noch nie gesehen, und daß nur er verhindern kann, was droht; doch Seelenkauf blüht jetzt auf allen Straßen. Sag' ihm, daß, wenn er uns auch jetzt nicht hilft, wir nichts mehr Gutes hoffen noch erträumen. O bitt' ihn, daß er endlich uns erkenne, und so uns liebe, wie wir selbst ihn lieben. Wenn nur der König auf dich hören wollte, ja, dann wird Friede sein mit ihm und uns!" (Hist.-polit. Blätter, 136, 846). Fürwahr, das sind höchst ergreifende Worte.

In Wien erschien die „Hohe Warte, illustrierte Halbmonatschrift für die künstlerischen, geistigen und wirtschaftlichen Interessen der städtischen Kultur“, herausgegeben von Jos. Lur. — G. Winter gab eine Denkschrift über „Das neue Gebäude des k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchivs zu Wien“. — Professor August Sauer übernahm die Leitung der Prager Monatschrift „Deutsche Arbeit“. — R. Fuchs schrieb über das Deutschordens-Zentralarchiv in Wien (Allg. Ztg., 4. Mai) und die „Geschichte der Deutschen Ordensburg und Herrschaft Busan“. — Cöl. Wolfzgruber gab eine Geschichte und Beschreibung der „Hofburgkapelle“. — Für die Ladinischen Tirols erschien die Zeitung „Der Ladinische Freund“ („L' amik di Ladins"). — Der Germanist Richard Heinzel endete durch Selbstmord. — Ein populäres Nibelungenlied in gedrängter Prosa gab Zapf zur Förderung des Nibelungendenkmals in Pöchlarn heraus. — Von Gustav Kolmers Werk „Parlament und Verfassung in Österreich" erschien der dritte Band, die Zeit von 1879 bis 1885 umfassend. — Fußend auf Darwin, Marx, Bücher, Mach und Kropotkin schrieb Ludo M. Hartmann „Über historische Entwicklung". — Es war das Lebenswerk des zu Wien verstorbenen Alois Krieger, „an Stelle der veralteten mechanistischen Stillehre Gottfried Semper's" eine neue teleologische aufgestellt zu haben. — Max Bancsa schrieb die „Geschichte von Nieder- und Oberösterreich". — Die Freunde Ferd. Kürnbergers gaben „Fünzig (seiner) Feuilletons" heraus mit einem Präludium in Versen. — Es wurde auch Adalbert Stifters hundertster Geburtstag nicht vergessen (Allg. Ztg., 22. Okt.). — Es erschien Adolf Bichlers nachgelassenes Werk „Aus Tagebüchern 1848—1849". — Auch erschienen Hans Grassbergers „Ausgewählte Werke". — Jakob Wassermanns „Alexander in Babylon" gefiel sich ebenso wie die andern Romane im gesucht Seltsamen. — Theodor Gomperz gab „Essays und Erinnerungen" heraus; diese gingen bis 1869. — L. Kellner sollte Theodor Herzls „Zionistische Schriften" herausgeben (Allg. Ztg., 10. Jan.). — Alois Höfler schrieb über „Arbeitsideal und Bildungsideal" gegen Kleinpeter (Allg. Ztg., 11. Jan.): „Kein Arbeitsideal ohne Bildungsideal. Keine Jugendbildung ohne Bildung." — Max Schneidewin besprach in der „Allgemeinen Zeitung" 24. Mai den Ungar Ivan v. Simonyni als Antipoden Schopenhauers mit dessen Werk „Zeit, Streit und Zukunftsfragen". Simonyni sah in Schopenhauers Philosophasterei eine Ursache des



Nihilismus und Anarchismus. — Es erschienen vier neue Novellen von Ferd. v. Saar unter dem Titel „Die Tragik des Lebens“. — Sehr erfreulich war der Altwiener Roman von Emil Ertl „Die Leute vom Blauen Guckshaus“. Ich habe ihn mit Behagen gelesen, aber leider ohne ihn im Gedächtnis behalten zu haben.

„Jesse und Maria.“ Der Roman „Jesse und Maria“ von E. v. Handel-Mazzetti erschien nach seiner Veröffentlichung im „Hochland“ als Buch, höchst wirksam, besonders durch die grellen konfessionellen Gegensätze, das Nebeneinandersetzen von Satz und Gegensatz. — Es erschienen die nachgelassenen Gedichte des berühmten Psychiaters Theodor Meynert; ebenso die nachgelassenen Gedichte von Marie v. Rajmayer. — W. Rosch schrieb über „Adalbert Stifter und die Romantik“ mit geistvollen Ausblicken. — F. v. Feldegg schrieb das Soldatendrama „Benedek“. — Emil Sulzer-Gebing gab eine literarische Studie über Hugo v. Hofmannsthal. — August Prokop schrieb eine vierbändige Kunstgeschichte von Mähren mit über 1600 Illustrationen.

Fast gleichzeitig mit Menzel, dem Nestor der Künstler des Deutschen Reichs, schied auch Rudolf Alt, der Maler-Patriarch Österreichs aus dem Leben. — Aus dem schönen „Wiener Künstlerkalender“ für 1906 ist besonders Eduard Beiths „Heilige Nacht“ hervorzuheben. Ebenso schön ist Beiths „Rast“ der heiligen Familie (Jll. Ztg., 14. und 21. Dez.). — Gustav Klimt malte symbolistische Bilder z. B. die „Musik“ (Jll. Ztg., 13. April). Ich besitze von ihm das Bild „Allerlei Gesichter“.

Ein schönes Denkmal der Kaiserin Elisabeth von R. Wilbert wurde in Franzensbad errichtet (Jll. Ztg., 17. Sept.). — Auf dem Anninger bei Mödling wurde eine Gedenktafel auf Kaiserin Elisabeth enthüllt (Jll. Ztg., 23. Nov.). Zur Feier der Einweihung widmete ich ein Gedicht. — Eine edle „Rastalia“ für den Brunnen im Arkadenhof der Wiener Universität schuf Edm. Helmer (Jll. Ztg.). — Das schöne Strauß-Danner-Denkmal in Wien wurde enthüllt, eine „der besten Schöpfungen der Neuzeit“, von Franz Seifert (Jll. Ztg., 15. Juni). — R. W. Wollefs Pamino und Tamina für den Mozartbrunnen in Wien wollte nicht allen gefallen (Jll. Ztg., 16. März). — J. Kassins Grabdenkmal des Chirurgen Gussenbauer wurde zu Oberveellach enthüllt (Jll. Ztg., 18. Mai). — Hans Scherpe bildete für Wien ein Anzengruber-Denkmal. Der Dichter steht auf hohem Fels, unten sitzt der philosophierende Steinklopferhans mit den Zügen des Schauspielers Martinelli (Jll. Ztg., 18. Mai). Sehr originell ist Hans Scherpes Entwurf zu einem Denkmal für Hamerling in Wien. Der Dichter schaut den „Germanenzug“ (Jll. Ztg., 5. Okt.). — Den Maler Hans Canon bildete Rud. Weyr in vorzüglicher Lebendigkeit; das Werk wurde an der Ecke des Wiener Stadtparks aufgestellt (Jll. Ztg., 3. Aug.). — Originell war das Kriegerdenkmal für 1805 bei Dürnstein an der Donau von Fr. Schachner; es war eine gemeinsame Rundgebung von Frankreich, Österreich und Rußland für ihre tapferen Krieger (Jll. Ztg., 29. Juni). — Vor dem Wiener Hofopernhaus wurden zwei monumentale Randalaber von Fr. Jerritsch aufgestellt: Don Juan und Siegfried (Jll. Ztg., 18. Mai).

N. Ybl und J. Rauser bauten die Stephanskirche in Pest (Jll. Ztg., 19. Okt.). — Eine protestantische Christuskirche von Schilling und Gräbner wurde zu Turn in Böhmen erbaut (Jll. Ztg., 23. Nov.).

Über die römische Zivilstadt Vindobona gaben neue Funde überraschende Aufklärung (Zll. Ztg., 3. Aug.).

In Wien wurde das Volksheim eröffnet, eine Art Volksuniversität zur Befreiung von „allen Vorurteilen in sozialer, politischer, nationaler und konfessioneller Hinsicht“, wie Professor Wettstein ausführte.

Rudolf v. Larich schrieb „über Lesbarkeit von ornamentalen Schriften“ — gegen die Frakturschrift.

Für Italien wurde die tripolitanische Frage brennend. Minister Italien. Tittoni sagte am 10. Mai im Senat, Italien habe sich gewisse Vorrechte in Tripolis von den Mächten garantieren lassen. Tripolis bestimme das Gleichgewicht des Einflusses der verschiedenen Mächte im Mittelmeer. Daher die notwendigen Flottenmaßnahmen. Alles solle in vollem Einvernehmen mit der Pforte geschehen, die allein über Tripolis zu verfügen habe. Freilich müsse sich Italien gegen Konzessionen an andere Mächte entschieden verwahren.

Der Papst erließ am 19. Juni eine Enzyklika an die italienischen Bischöfe und gestattete den Katholiken die Beteiligung am öffentlichen Leben. Über Frankreich mußte er sich am 27. März dem Konsistorium gegenüber bitter beklagen: „Was in Frankreich geschieht, ist auch zum Nachteil des Staates.“ Am 4. Juli wurde die französische Botschaft beim Vatikan geräumt und das Archiv in die Botschaft beim Quirinal gebracht.

Die Villa Falconieri bei Frascati wurde zum Sitz einer deutschen Kunstakademie ausersehen.

Tadolini schuf ein belebtes Denkmal für Papst Leo XIII. im Lateran. Der Papst steht mit lebhafter rednerischer Gebärde vor dem Thron (Zll. Ztg., 20. Juli). — Absonderlich ist das Denkmal für Crispi in Palermo; die lebendig drapierte Büste, rechts ein junger Genius der Revolution, links die Sicilia mit Fahne und Wappenschild (Zll. Ztg., 12. Jan.).

Als Abschluß einer Romantrilogie (Die alte Kleinwelt, Die moderne Kleinwelt) erschien „Der Heilige“ (Il Santo) von Ant. Fogazzaro. Fogazzaro. Der Gegenstand war der ganze gegenwärtige Zustand der Kirche; als glühender Katholik ging der Dichter auf mystischen Wegen weit über den Gedanken einer bloßen innern Reform der katholischen Kirche hinaus. Wir werden hören, wie der Roman auf den Index kam und zu einer großen Bewegung den Anstoß gab. — B. Croce's „Ästhetik als Wissenschaft des Ausdrucks und allgemeine Linguistik“ wurde von R. Federn aus dem Italienischen übersetzt. — Vincenzo Morello (Rastignac) schrieb über die „Literarische Energie“ (Allg. Ztg., 15. Sept.); diese galt ihm als einziges Kriterium des Wertes. — D. Drano schrieb über die zu Rom vom 16. bis zum 18. Jahrhundert verbrannten Freidenker („Allg. Ztg., 7. März).

Die französische Kammer begann am 21. März die Beratung des Gesekentwurfs über Trennung von Kirche und Staat. Sie genehmigte am 13. April den Grundsatz, daß die Republik keinen Kultus anerkenne Frankr.

und besolde. Sie genehmigte am 22. April mit 509 gegen 44 Stimmen den entscheidenden Artikel: „Innerhalb eines Jahres werden die Güter der bischöflichen Mensen, der Kirchenfabriken, Konsistorien usw. mit ihren Lasten, Verpflichtungen, Bestimmungszwecken den Gemeinschaften übertragen, die sich unter Anpassung an die Regeln der allgemeinen Organisation des Kultus, dessen Ausübung sie zu sichern beabsichtigen, gesetzmäßig gebildet haben werden.“ Der Senat genehmigte am 6. Dezember mit 179 gegen 103 Stimmen das Gesetz über die Entstaatlichung der Kirche.

Die Kommission über den Hüller Zwischenfall fällte am 25. Februar ihr Urteil zuungunsten Koschdestwenskis, aber mit möglichster Schonung und Anerkennung seiner militärischen Tüchtigkeit und Menschlichkeit.

In der Kammer wurde am 28. Februar betont, es wäre sinnlos, einer Nation (der deutschen) an Truppenzahl gleichkommen zu wollen, die zwanzig Millionen Einwohner mehr hat als Frankreich; aber für die Deckung der Grenze müsse immerhin gesorgt werden.

Der Kolonialminister erklärte am 15. April im Senat, die Ära der kolonialen Eroberungen sei zu Ende; der französische Kolonialhandel bringe einen Gewinn von vierzig Millionen.

Bei einem Besuch des Königs von Spanien in Paris, 31. Mai, unternahm ein spanischer Anarchist ein Bombenattentat, wobei zehn Personen verletzt wurden.

Gegenüber Angriffen von Sozialisten auf die russische Regierung und Sympathieklundgebungen für die Revolution erklärte Ministerpräsident Rouvier am 4. Dezember in der Kammer, Regierung und Nation blieben der verbündeten Nation treu, ohne sich in die innere russische Politik einzumischen.

Eine Affoziation der Pariser Studenten lud ihre deutschen Kollegen zu einem Ferienausflug ein (Preis 260 Mark) mit der löblichen Absicht, kameradschaftliche Beziehungen anzubahnen. — Es galt als ein Beweis der Besserung der politischen Beziehungen, daß die französische Republik zur Hochzeit des deutschen Kronprinzen eine außerordentliche Abordnung nach Berlin schickte; der Führer war sogar ein General, neben ihm ein Admiral und ein Deputierter.

In Lyon begann die Wochenschrift „*Demain politique, social, religieux*“ mit einem Programm eines „regenerativen Katholizismus“; als auswärtige Mitglieder waren genannt: Fogazzaro, Schell, J. Sauer, Alb. Ehrhard.

Taine.

Es entspann sich eine Debatte über H. Taines religiöse Anschauung. Ihn hatte das schreckliche Jahr 1870 dem Christentum näher gebracht; er schrieb: „Heute nach achtzehnhundert Jahren ist das Christentum vom Ural bis zu den Rocky Mountains noch ebenso wirksam wie in den Fischen Galiläas. Es setzt die Nächstenliebe an Stelle der Eigenliebe; weder sein Wesen noch seine Funktion haben sich geändert. In griechischer, katholischer und protestantischer Hülle ist es noch für vierhundert Millionen das geistige Organ, das unentbehrliche Flügelpaar, das den Menschen über sich selbst erhebt. Immer und überall entartet das sittliche Leben, sobald diese Flügel ermatten. Während der Renaissance, der Revolution hat man die Menschen zum Heidentum zurückkehren sehen. Grausamkeit und Sinnlichkeit machten



sich breit; die Gesellschaft wurde eine Lasterhöhle. Keine philosophische Verunft, keine künstlerische oder literarische Kultur, keine Standesehre militärischer oder ritterlicher Art, kein Gesetzbuch, keine Verwaltung, keine Regierung kann das Christentum ersetzen. Das Evangelium ist heute noch die beste Stütze des sozialen Instinkts."

Es erschien die Sammlung „La pensée chrétienne“ mit Auszügen des Geistesmerkes der großen christlichen Denker. — Leon Lefebvre gab „Porträts der Gläubigen des 19. Jahrhunderts“ (französisch): Montalembert, Augustin Cochin, François Rio, A. Guthlin. — Georges Goyaus Buch „L'Allemagne religieuse“ behandelte den Katholizismus von 1800—1848. — E. Benoist-Hanapler behandelte „Le drame naturaliste en Allemagne“. — Fr. Norden übersezte und bearbeitete das französische Buch von A. Boffert über „Schopenhauer als Mensch und Philosoph“. — Die Aufzeichnungen des Grafen Valentin Esterhazy (1740—1805), die Ernest Daudet herausgab, waren eine Quelle für die Geschichte der französischen Revolution und Marie Antoinettes. — Die Franzosen verloren den beliebten Erzähler Jules Verne, den Popularisator der Naturwissenschaft und Technik. — Achtzigjährig starb zu Paris Jul. Oppert. Mit Rawlinson und Hindcs teilt er den Ruhm der Entzifferung der Keilschriften; er war in Hamburg von jüdischen Eltern geboren, war aber ganz Franzose geworden. — Über Geheimschriften unterrichtete das französische Buch von Grandpré „Cryptographie“.

Ausgezeichnet ist die Marmorstatue von Hippolyte Lefebvre, den Sommer als moderne Dame darstellend (Zll. Btg., 28. Sept.). — Ein Gipfel der Porträtkunst war die „Spanische Familie“ des Franzosen Henry Jo (Zll. Btg., 19. Okt.).

In Paris wurden die unter dem Namen Apachen bekannten Banden von Zuhältern, Strolchen, Verbrechern seit einigen Jahren eine Plage der Großstadt.

Über Englands innere Verhältnisse ist noch zu sagen, daß die Einwanderung gesetzlich erschwert wurde. — Es wurde eine Konferenz der Premierminister der Kolonien geplant, eine Art Reichsrat (Imperial Council). Aber da sich Kanada und Neufundland dagegen aussprachen, Neuseeland eine Antwort hinauszog, wurde der Plan vertagt. — Die „Irish National Convention“ forderte am 7. Dezember, daß eine einem irischen Parlament verantwortliche irische Regierung geschaffen werde.

Felix v. Dppenheimer schrieb über „Englischen Imperialismus“. — Als erstes Heft einer Sammlung „England in deutscher Beleuchtung“ erschien „Die englische Kolonialpolitik und Kolonialverwaltung“ von M. v. Brandt.

Unter „University Settlements“ verstand man in England ein Zusammenleben von Studenten und Arbeitern zur gegenseitigen Belehrung (Allg. Btg., 7. März).

Der Entwurf Thomas Brocks zum Denkmal für Königin Viktoria wurde ausgeführt (Zll. Btg., 20. April). — Hamo Thornycrofts Gladstone-Denkmal wurde in London enthüllt (Zll. Btg., 9. Nov.).

Gerhart Hauptmann wurde erster deutscher Ehrendoktor der Universität Oxford, als „der größte lebende Dramatiker, der das Schauspiel so

Gerhart  
Haupt-  
mann.

umgestaltete, daß daraus eine ganz neue Dichtungsart entstand. Gewöhnliche Vorgänge verstand er tragisch, im Sinne der Alten, zu behandeln. Traum- und Märchen Dramen brachte er auf die Bühne, die uns das Leben der Armen mit allen Leiden, Freuden, Mühen und Hoffnungen in voller Wahrheit vorführen". Diese Dramen waren auch auf der englischen Bühne heimisch.

Miß Fiona Macleod war die Hauptvertreterin der keltischen Renaissance oder der neuen Mystik. Willibald May übersetzte ihre keltischen Sagen „Wind und Woge“. Sie schrieb über sich: „Ich ward geboren vor mehr denn tausend Jahren im fernen Land der Gärten, das bekannt ist als die ‚Traumeshügel‘. Meines Vaters Name war Traum, der meiner Mutter Romantik.“ — Am englischen Stonehenge fanden moderne Druidenfeiern statt; die Bruderschaft war eine „humanitäre“ Vereinigung (Jll. Ztg., 28. Sept.). — Das Alter der englischen Steinkreise wurde auf etwa 1200 bis 1800 v. Chr. angesetzt (Jll. Ztg., 8. April).

Helene Simon beschrieb das Leben des sozialen Utopisten Robert Owen. — G. Elliott Howard schrieb eine Geschichte der Ehe, hauptsächlich in England und den Vereinigten Staaten. — J. G. Peabody faßte den „Charakter Jesu Christi“ im Gegensatz zu früheren asketischen Deutungen praktischer, Jesu Charakter sei die Kraft, seine zentrale Forderung die Willensentscheidung. Die Schrift des Cambridger Professors wurde von E. Müllenhof übersetzt. — Des Prärafaeliten Edward Burne-Jones Denkwürdigkeiten (Memorials), † 1898, wurden von seiner Witwe veröffentlicht. — Oskar Wildes Aufzeichnungen und Briefe aus dem Zuchthaus in Reading wurden unter dem Titel „De profundis“ von Max Meyerfeld herausgegeben. Sie bedeuteten eine Bekehrung zum Christentum. — Hedwig Bachmann gab in der Sammlung „Dichtung“ ein Bändchen über den allzu interessanten Oskar Wilde.

Spanien.

In Spanien nahm die separatistische Bewegung der Katalonier zu. Der König von Spanien besuchte Paris, London und Wien. Es wurde die Erinnerung an das Erscheinen des „Don Quijote“ von Cervantes im Jahre 1605 gefeiert. — Ein bezeichnendes Beispiel spanischer Plastik ist das Denkmal zur Erinnerung an die heldenmütige Selbstaufopferung der Saguntiner 219 v. Chr., von A. Querol (Jll. Ztg., 30. Nov.). — B. Bregmann gab eine Übersicht über die „Calderon-Literatur“.

Dissabon empfing auch den Besuch des Deutschen Kaisers.

Schweiz.

Der Schweizer Bundesrat lud zu einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz die europäischen Regierungen. Der Durchstich des Simplon wurde vollendet (24. Febr.).

Der Sozialdemokrat Bebel verkaufte seine schöne Villa in Rüschnacht am Zürcher See um 140.000 Franken an einen St. Galler Kaufmann, wohl um nicht mehr wegen seines „Schlosses“ geneckt zu werden.

Die Genfer S. und A. Dufaux bauten ein neues Luftschiff mit leichtem Motor (Jll. Ztg., 31. Aug.).

Das Zürcher Taschenbuch gab die Briefe Emil Ruhs an Gottfried Keller heraus. — August Langmesser gab eine Biographie von Konrad Ferdinand Meyer. — J. B. Widmann schrieb das tierfreundliche und biblische

Schattenspiel „Der Heilige und die Tiere“. — R. Spittlers mehrbändiges Epos in Alexandrinern „Olympischer Frühling“ umfaßte die „Aufsahrts-Duverture“ (1900), „Hera die Braut“ (1901), „Die hohe Zeit“ (1903), „Ende und Wende“ (1905). Gottfried Keller hatte einmal gesagt: „Was der Dichter eigentlich will, weiß ich nach zweimaliger Lektüre noch nicht.“ Ich muß sagen, was der Dichter will, liegt außerhalb der lebendigen Kunst und geht uns nichts an; es sind Gespenster.

Belgien feierte das fünfundsiebzigjährige Jubiläum seiner Unabhängigkeit durch große Feste. In Brüssel tagte die internationale Seerechtskonferenz vom 16. bis 21. Oktober. Die Befestigung Antwerpens sollte noch verstärkt werden; Belgien müsse in der Lage sein, seine Neutralität zu sichern. Der Kongo-Untersuchungsausschuß beseitigte die Anklagen über Grausamkeiten gegen die Eingebornen. In Lüttich wurde eine Weltausstellung eröffnet. Eine Entscheidung des Papstes verurteilte die demokratischen Priester Daens und Fonteyne wegen ihrer Opposition gegen die Bischöfe. Ein Bergarbeiterstreik endete ohne Erfolg mit einem Verlust von zehn Millionen Franken an Arbeitslohn. Es wurden 50.000 Franken Unterstützungen gezahlt.

Der Bildhauer Constantin Meunier, berühmt durch seine Arbeitertypen, starb zu Brüssel. Sein Hauptwerk war das Denkmal der Arbeit.

Der Geograph und theoretische Anarchist Elisée Reclus starb in Brüssel, als Mitglied der Kommune deportiert und dann verbannt.

Das Haager Schiedsgericht hatte untergeordnete Streitfälle zu entscheiden.

Nach dem Tode des Großherzogs Adolf von Luxemburg folgte sein Sohn Wilhelm in der Regierung. Adolf, geboren 1817, wurde 1839 Herzog von Nassau bis 1866, seit 1890 Großherzog von Luxemburg.

Dänemarks Beziehungen zum Deutschen Reich besserten sich infolge des Besuchs des Deutschen Kaisers in Kopenhagen.

Der Streit zwischen Schweden und Norwegen in der Konsularfrage wurde endlich der Anlaß zur völligen Trennung. Norwegen kündigte die Union. Der König von Schweden protestierte vergebens gegen diese ungesetzliche Handlungsweise des norwegischen Storthings; aber man erklärte in Schweden die Union für eine zu unwichtige Sache, um deshalb Gewaltmittel gegen den norwegischen Rechtsbruch anzuwenden. Eine Volksabstimmung in Norwegen (13. Aug.) ergab 368.200 für und nur 184 Stimmen gegen die Trennung; es stimmten etwa achtzig Prozent aller Berechtigten. Die weiteren Verhandlungen geschahen durchaus friedlich. Norwegen wollte sich sogar einen schwedischen Prinzen als König erbitten, aber der König lehnte das entschieden ab. Er beklagte wohl dem Reichstag gegenüber am 17. Oktober den Bruch der seit 1814 bestehenden Union, sanktionierte aber am 26. Oktober die Trennung und notifierte sie den fremden Mächten. Er nannte sich von nun an: „König der Schweden, Goten und Wenden“. Das norwegische Storthing wählte am 18. November

Trennung  
Norwegens



einstimmig den Prinzen Karl von Dänemark zum König; er nahm den Namen Hakon VI. an und legte am 27. November den Eid auf die Verfassung ab. Prinz Heinrich von Preußen wohnte den Feierlichkeiten bei.

Die seit 1901 alljährlich verliehenen Nobelpreise gingen diesmal an Robert Koch (Berlin), Ph. Lenard (Kiel), Ab. v. Baeyer (München), S. Sienkiewicz (Warschau) und Bertha v. Suttner (Wien).

Ein Streik der Straßenreiniger in Stockholm scheiterte Ende Mai, weil sich zahlreiche Hilfskräfte, darunter Studenten, meldeten.

Die deutsche Gesamtausgabe der Werke Ibsens wurde durch seine Briefe ergänzt.

Makedonien.

Die Unruhen in Makedonien wurden immer ärger durch Einfälle bulgarischer Banden, die mit griechischen Banden sich förmliche Treffen bei Salonichi lieferten. Auch die (rumänischen) Ruhowalachen rührten sich dort. Montenegrinische Banden kamen über die Grenze, mehr zu Rinderdiebstählen als zu höheren politischen Zwecken. Die sechs Großmächte forderten am 1. August von der Pforte in einer Kollektivenote die Annahme der makedonischen Finanzreform; die Pforte lehnte die auswärtige Finanzkontrolle ab. Dazu kam der Aufstand in Kreta; dort bildeten sich Banden und proklamierten die Vereinigung der Insel mit Griechenland, allerdings ohne Erfolg. In Smyrna wurde eine große armenische Verschwörung entdeckt. Auf den Sultan wurde ein Bombenattentat unternommen. Zugleich mit einer Flottendemonstration drangen die Mächte auf strikte Erfüllung ihrer Reformvorschläge. Dem mußte sich die Pforte gegen Ende des Jahres beugen. Von der inneren Zerrissenheit zeugte die Flucht mehrerer hoher türkischer Würdenträger auf englische Schiffe, aus Furcht vor der geheimen Polizei (März). In Yemen gelang den türkischen Truppen Zurückdrängung des Aufstandes.

All jene Ereignisse im Türkischen Reich wirkten bereits sehr verlockend für die Balkanstaaten, hier ohne Rücksicht auf die Großmächte radikal einzugreifen.

Bladan Georgevitch, der frühere serbische Ministerpräsident, ließ in Leipzig ein Buch erscheinen über „Das Ende der Obrenovitch; Beiträge zur Geschichte Serbiens 1897 bis 1900“.

Das Denkmal für den Zaren-Befreier Alexander II. in Sofia war von Arnolfo Zocchi modelliert (Ill. Ztg., 16. Febr.).

Die Griechische archäologische Gesellschaft ließ den monumentalen Löwen von Chäroneia wieder herstellen aus seinen Fragmenten (Ill. Ztg., 25. Mai). — In Kreta wurde eifrig ausgegraben und die alte minoische Kultur erforscht.

Als albanischer Kronprätendent trat Prinz Albert Ghika hervor, ein Nachkomme des Nationalhelden Skanderbeg (1403—1468), ein Rumäne.

Richard Kandiz „Caput Nili“ war „eine empfindsame Reise zu den Quellen des Nils“.

Sulaiman al-Bistanis übersetzte die Ilias ins Arabische; „Homer als Erzieher der Araber“ war sein Zweck.

Bresniz von Sydacoff gab „Intimes aus dem Reiche Nikolaus' II.“ — Die große russische Enzyklopädie der Firma Brockhaus und Efron war mit dem 41. Band vollendet, nachdem sie 1890 begonnen hatte. — Der Schwede Rami Zilliacus schrieb für Finnland das Buch „Das revolutionäre Rußland“; es wurde ins Deutsche übersetzt. — Die Romane des Polen Henryk Sienkiewicz erschienen vollständig in deutscher Übersetzung in fünfundzwanzig Bänden. Neben den Romanen aus der polnischen Geschichte war am bekanntesten der altchristliche „Quo vadis?“.

Präsident Roosevelt begann am 4. April seine zweite Amts- Amerika.periode mit der großsprecherischen Botschaft an das amerikanische Volk: „Kein Volk der Erde hat mehr Grund zur Dankbarkeit gegen Gott als das amerikanische, da es vor allen in die Lage versetzt war, seiner Wohlfahrt und seinem Glücke leben zu können. Amerika hat es nicht nötig gehabt, für seine Existenz gegen eine fremde Rasse zu kämpfen, aber doch hat das Leben zu Kraftanstrengungen herausgefordert. Der Erfolg, den das amerikanische Volk in der Vergangenheit hatte und voraussichtlich auch zukünftig haben wird, soll kein Gefühl eitlen Ruhmes erwecken, sondern das der Verantwortlichkeit und Entschlossenheit; auch soll es zeigen, daß unter einer freien Regierung ein mächtiges Volk am besten gedeihen kann. Wir sind eine große Nation geworden und müssen uns benehmen, wie es einem Volke mit so großen Verpflichtungen geziemt. Wir wünschen den Frieden der Gerechtigkeit. Wichtiger noch sind unsere Beziehungen unter uns selbst. Die Bedingungen, die zu unserer wunderbaren materiellen Wohlfahrt beigetragen haben, haben aber auch eine Sorge mit sich gebracht, die untrennbar ist von der Anhäufung großer Reichtümer in den Industriezentren . . .“

Schon kurz vorher (13. März) hielt Roosevelt auf dem Nationalkongreß der Mütter eine Rede über Rassenelbstmord und Mutterpflichten: „Die Männer und Frauen, die absichtlich auf den höchsten Kindersegen verzichteten, verdienen Verachtung, wie der Soldat, der in der Schlacht davonläuft. Daß es solche Frauen gibt, zeigt die Statistik, die Abnahme der Familien, die erschreckend große Zunahme der Scheidungen. Die Leichtigkeit der Scheidung ist ein Verderben für das Volk, ein Fluch für die Gesellschaft, eine Bedrohung des Heims, eine Quelle des Unglücks, ein Anreiz zur Unsittlichkeit, schlimm für Männer, noch schlimmer für Frauen.“

Die Häfen wurden befestigt. — Die Einwanderung wurde erschwert; sie betrug im letzten Jahr 1,026.499 Köpfe gegen 812.870 im Vorjahr: 111.990 aus Österreich, 163.703 aus Ungarn, 40.564 aus dem Deutschen Reich, 221.479 aus Italien, 184.897 aus Rußland und Finnland; aus England 64.709, aus Irland 52.945, aus Schottland 16.977. Die Einwanderung aus dem Deutschen Reich hatte um 5806 Personen abgenommen, die aus Österreich-Ungarn um 98.537 Personen zugenommen.

Bei Ausständen der Holzarbeiter und Fuhrleute in Chicago kam es zu großen Unruhen. — Der Oberste Gerichtshof erklärte am 17. April ein

Gesetz, das die Arbeitszeit in den Bäckereien auf zehn Stunden täglich und auf sechzig wöchentlich festsetzte, für verfassungswidrig, weil es der freien Ausübung der Kontraktrechte widerstreite. — Der Gesandte in Venezuela, Bowen, wurde entlassen, weil er unerlaubte Geldgeschäfte betrieb.

Roosevelt.

Präsident Roosevelt sagte in seiner Botschaft an den Kongreß vom 4. Dezember, die wirtschaftliche Lage sei günstig. Man müsse auch das Gute der wirtschaftlichen Vereinigungen anerkennen. Ihr Hauptmißbrauch sei die Überkapitalisierung, ein Resultat unredlichen Vorgehens. Die Zentralregierung müsse daher den Betrieb der Transportgesellschaften kontrollieren, ebenso wie die Banken. Die Marine müsse man verstärken, den Panamakanal fördern. Die Union hat gemäß der Monroedoktrin keine Annexionsgelüste gegenüber den südlichen Republiken, sondern nur die Wohlfahrt aller im Auge. — Ein Vertrag mit San Domingo machte aber doch dieses Gebiet ganz von der Union abhängig.

Der internationale Austausch von Professoren bestand schon seit längerer Zeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich. Der amerikanische Millionär Bourne, Präsident der Singer-Nähmaschinengesellschaft, wollte, um den deutschen Einfluß abzuschwächen, auch den Professoren Austausch mit England herbeiführen.

Der Großmillionär Carnegie schenkte der Kunstschule in Baltimore über eine Million Mark; ähnliche Beträge anderen Anstalten. — Als größte Bibliothek der Welt galt die in Newyork aus den Beständen der Büchereien von Astor und Lenox zusammengebrachte mit  $4\frac{1}{2}$  Millionen Büchern. Der Tilden-Truist ermöglichte den Bau eines Riesengebäudes um vierzehn Millionen Mark. Fast ebenso viel waren die Bücher wert.

Es erschien die Autobiographie des amerikanischen Diplomaten und Gelehrten Andrew Dickson White. — Amerika verlor durch den Tod Lewis Wallace, den Verfasser des Christusromans „Ben Hur“ (1880). — A. v. Ende berichtete über deutsche Dichter in Amerika (Allg. Ztg., 12. April. — Johann Dewalter, der Sammler der niederrheinischen Volkslieder, behauptete, daß der „Yankee doodle“ ein Schwälmer Tanz sei, den die Rekruten im 18. Jahrhundert von da nach Amerika brachten (Allg. Ztg., 8. Febr.).

Typen modernster amerikanischer Glasarchitektur gibt die „Illustrierte Zeitung“ 17. August. — Sehr glücklich hat P. Civiletti (Palermo) beim Verdi-Denkmal für Newyork das moderne Kostüm überwunden (Ill. Ztg., 18. Mai).

Eine kolossale Christusstatue wurde als Friedenszeichen an der Hochgebirgsgrenze zwischen Chile und Argentinien aufgestellt (Ill. Ztg., 10. Aug.).

Die archäologischen Entdeckungen in Peru wiesen angeblich auf eine Zeit um 1500 vor Christus hin, vor der Herrschaft der Inka, die man mit 1000 nach Christus beginnen läßt (Allg. Ztg., 9. Juni). Mir erscheint das sehr zweifelhaft. Auch in Mexiko wurden wichtige archäologische Entdeckungen gemacht (Allg. Ztg., 11. April).

Da die australische Regierung verlangte, daß auf den Postdampfern lediglich weiße Arbeitskräfte angestellt werden sollten, und keine Schiffsgesellschaft sich darauf einließ, wurde der regelmäßige Postverkehr mit Europa unterbrochen.



In Pretoria protestierten die Buren gegen die neue Verfassung, die den englischen Soldaten Wahlrecht verlieh, die holländische Sprache benachteiligte und die Wählerlisten parteiisch aufstellte.

Sowohl in Deutsch-Südwestafrika wie in Deutsch-Ostafrika dauerten die Unruhen fort.

In China boykottierte man die amerikanischen Waren, solange die Union die chinesische Einwanderung erschwere. Man gab nun aber doch von beiden Seiten nach. — Die „gelbe Gefahr“ stieg infolge der japanischen Erfolge, da Japan als Vormacht der gelben Rasse nun entschlossen war, womöglich ganz China seiner Ausbreitungspolitik zu unterwerfen. — F. F. Rein gab im Auftrag der preussischen Regierung eine Darstellung seiner Reisen und Studien in „Japan“ (2. Aufl.). — Oskar Münsterberg schrieb eine „Japanische Kunstgeschichte“. — Gottfried Rentzenich berichtete über eine japanische Gesandtschaft an den Päpstlichen Stuhl im Jahre 1585 (Allg. Ztg., 14. Sept.). China.

In Tientsin wurde ein deutsches Kriegerdenkmal von Uechritz aufgestellt, einen mittelalterlichen Ritter darstellend (All. Ztg., 10. Aug.).

F. Rattenbusch gab einen Überblick über den Stand des Protestantismus auf der Erde: In den Vereinigten Staaten 65—66 Millionen (bei einer Gesamtbevölkerung von 79 Millionen), in Großbritannien 37 Millionen (42 $\frac{1}{2}$  Millionen), im Deutschen Reich 35 Millionen in 37 Landeskirchen (56 Millionen), Schweden und Norwegen 7 $\frac{1}{2}$  Millionen, Dänemark 2 $\frac{1}{2}$  Millionen, Rußland 6 Millionen, Ungarn gegen 4 Millionen, Holland 3 Millionen, Schweiz 2 Millionen, Frankreich  $\frac{1}{2}$  Million, Österreich  $\frac{1}{4}$  Million, Englische Kolonien etwa 10 Millionen, Missionskirchen 4 Millionen. Gesamtzahl 180 Millionen; 56 Millionen Lutheraner (und Unierte), 29 Millionen Anglikaner, 32—33 Millionen Reformierte in Europa, 57 Millionen in Amerika, anderswo 10 Millionen, insgesamt 100 Millionen. Diesen 180 Millionen Protestanten standen 250—260 Millionen römische Katholiken und 100—110 Millionen Orientalen gegenüber. Protestanten.

Außer der Weltsprache trat auch das Problem einer einheitlichen, phonetischen Weltchrift auf (Allg. Ztg., 20. April).

Die Füllfeder trat ihre Herrschaft an. Ebenso die Schreibmaschine.

# Marokkanische Wirren 1906—1907.

## Das Jahr 1906.

Marokkokonferenz in Algeciras. Der „brillante Sekundant“. Vesubausbruch. Ababfrage. Allianzen und Ententen. Mehrenthal. Die russische Reichsduma; Unruhen in Rußland. Vandenkämpfe in Makedonien. „Dreadnought.“ Invasionsfurcht in England. Ausführung des französischen Kirchengesetzes. Austreibung Montagninis. Fogazzaros „Heiliger“ verurteilt. „Aus dem Turm heraus.“ Hermann Schell †. Die Denkwürdigkeiten Hohenlohes. Braunschweigische Regentschaftsfrage. Denkmälersucht. Gautsch, Hohenlohe, Bed: das allgemeine Wahlrecht in Österreich. Heirat und Bombenattentat in Spanien. Simplontunnel. Neubefestigungen in Belgien. Roosevelt. Pan-amerikanischer Kongress.

Seit dem Beginn der Regierung König Edwards VII. von England war ein Geist der Unruhe über die Welt gekommen; alle bisher bestehenden Spannungen schienen sich immer mehr zu einer Krisis zu verdichten. Zu den aus der ganzen Entwicklung der Dinge heraus sich vermehrenden Zündstoffen kam ein deutlich erkennbarer persönlicher Wille zu bewußter Brandstiftung, eine ruhelose Agitation, die von England aus immer mehr die exzentrischen Staaten ergriff und gegen das mitteleuropäische Zentrum aufhekte. Dabei blieb König Edward immer im Hintergrund und ließ nur seine Marionetten auf der Weltbühne spielen.

Indem wir also die internationalen Ereignisse dieses Marokko-jahres an uns vorüberziehen lassen, sehen wir in Algeciras, der südlichsten Stadt von Spanien, an der Bucht von Gibraltar, gegenüber von Marokko, zur Konferenz die Vertreter der verschiedenen Staaten sich am 16. Januar einfinden: Deutsches Reich, Österreich, Frankreich, England, Italien, Spanien, Marokko, Belgien, Niederlande, Portugal, Rußland, Schweden, Vereinigte Staaten. Den Vorsitz übernahm der spanische Vertreter, Herzog von Almodovar. Er begann damit, als die drei Hauptgrundsätze folgendes feststellen zu lassen: Suveränität des Sultans, Unabhängigkeit Marokkos, offene Tür für den Handel aller Nationen. Diese Feststellungen waren insofern ein großer Erfolg für das Deutsche Reich, weil dadurch die gefürchtete „Tunifikation“ Marokkos abgewendet war, und damit hatte auch Deutschland die Hauptsache erreicht,

wegen welcher es auf der Berufung der Konferenz bestanden hatte. Die folgenden Verhandlungen hatten nur den Zweck, Frankreichs Versuche abzuwehren, sich doch den beherrschenden Einfluß in Marokko zu sichern. Dabei konnte Deutschland (v. Radowiz) nur auf Österreichs Beistand zählen; die anderen Mächte und ihre Vertreter waren zu sehr von Frankreich abhängig, an dessen Interessen gebunden oder zu mißtrauisch gegen das Deutsche Reich, als daß sie es wagten, Frankreich zu widersprechen. Selbst Italien erwies sich als völlig unzuverlässig, zur großen Empörung Deutschlands. Es handelte sich dabei um die Fragen, wer die Polizei in Marokko leiten solle und wem der größte Einfluß auf die zu schaffende marokkanische Bank gebühre. Frankreich wollte mit Spanien zusammen die ganze Polizei beherrschen, der österreichische Bevollmächtigte Graf Welfersheimb trat aber mit einem Vermittlungsvorschlag auf, dem auch Deutschland zustimmte. Auch in der Bankfrage drang Österreichs Vermittlungsvorschlag durch: darnach sollten vier Zensoren die Aufsicht führen, einer von der Deutschen Reichsbank ernannt, die andern von den Banken von Spanien, England und Frankreich; von den fünfzehn Bankanteilen erhielt Frankreich drei, die übrigen Mächte je einen. Klagen gegen die Bank sollten in letzter Instanz vom Schweizer Bundesgericht in Lausanne entschieden werden.

Schon vor dem Zusammentritt der Konferenz füllte ein deutsches Weißbuch die Lücken des französischen Gelbbuches über die beiderseitigen Verhandlungen aus (8. Jan.). Am meisten schadete der deutschen Sache der sozialdemokratische „Vorwärts“, indem er im Februar behauptete, Deutschland stelle ungebührliche Forderungen in der Polizeifrage; es wolle offenbar den Krieg; die Diplomatie werde „bei ihrem Tanz auf gefährlichem Vulkan die Nation in den glühenden Krater des Krieges hineinzerrn“. Da mußte denn auch Minister Gautsch im österreichischen Abgeordnetenhaus auf eine Interpellation des Tschechen Kramarsch beschwichtigende Erklärungen abgeben (19. Febr.): die Monarchie verfolge in Marokko nur wirtschaftliche Interessen, sie halte am Prinzip der Gleichberechtigung und der offenen Tür fest, um eine Schädigung der mit jedem Jahr wachsenden österreichischen Exportinteressen hintanzuhalten. So feindselig die englische Stimmung gegen Deutschland war, so mußte der „Daily Graphic“ doch am 17. Februar zugeben: „Schlimm ist es für Frankreich, daß die Stellung Deutschlands eine außerordentlich starke ist. Deutschland hat das internationale Recht auf seiner Seite und die deutsche Regierung hat die ganze Nation hinter sich; die französische Regierung hat nichts von beidem. Ein Fehlschlagen der Konferenz würde Deutschland in keiner Weise schaden, sondern im Gegenteil den Einfluß der deutschen Flagge in Marokko sehr heben und damit den deutschen Handel stärken, der gewöhnlich der Flagge zu folgen pflegt. Auf der andern Seite würde das französische Prestige sehr leiden und auch der Stellung der Republik in Algier schaden.“

Der König von England besuchte am 3. März den neuen Präsidenten der französischen Republik, Fallières, in Paris. Ebenso war es



augenscheinlich, daß die nordamerikanische Union und die dortige öffentliche Meinung trotz zur Schau getragener Unparteilichkeit die Sache Frankreichs moralisch unterstützte. Nach offiziösen Äußerungen der deutschen Regierung vom März schien die Konferenz bereits zu scheitern. Endlich wurde aber doch am 7. April zu Algeciras die Akte unterzeichnet mit den von allen Seiten angenommenen Vereinbarungen über Organisation der Polizei, Unterdrückung des Waffenschmuggels, Einrichtung der Staatsbank, Verbesserung der Steuererträge und des Zolldienstes, Einrichtung des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Arbeiten.

Schon zwei Tage vor der Unterzeichnung der Akte faßte Fürst Bülow im deutschen Reichstag 5. April die Ergebnisse also zusammen: „Eine Zeit der Beunruhigung liegt hinter uns; es gab Wochen, wo der Gedanke an kriegerische Verwicklungen sich der Gemüter bemächtigte. Wie kam das? Waren Lebensinteressen des deutschen Volkes bedroht, so daß die Leitung unserer auswärtigen Politik daran denken konnte, die Machtfrage aufzuwerfen? Wollten wir um Marokko Krieg führen? Nein! Wir haben dort keine direkten politischen Interessen und keine Aspirationen — wie Spanien und Frankreich. Aber wir hatten wirtschaftliche Interessen in einem unabhängigen, zukunftsreichen Lande. Wir waren Teilhaber an einer internationalen Konvention, die das Prinzip der Meistbegünstigung enthielt; darüber nicht ohne unsere Zustimmung verfügen zu lassen, war eine Frage des Ansehens der deutschen Politik. Wir wollten nicht in Marokko selbst festen Fuß fassen, denn darin hätte eher eine Schwächung als eine Stärkung unserer Stellung gelegen. Wir wollten uns auch nicht an England reiben wegen des Vertrages mit Frankreich vom 8. April 1904. Was wir wollten, war: zu bekunden, daß die Basis eines internationalen Vertrages nicht ohne Zustimmung der Signatarmächte verrückt werden darf, daß in einem so wichtigen, selbständigen, an zwei Welthandelsstraßen gelegenen Wirtschaftsgebiet die Tür für die Freiheit des fremden Wettbewerbs offengehalten werden müsse . . . Unser Vertrauen in die Sicherheit, die eine feste Rechtsgrundlage gewährt, war so groß, daß wir auf die Konferenz drängten, obwohl jedermann wußte, daß drei Großmächte durch Sonderabmachungen an Frankreich gebunden seien und eine vierte ihr Alliiertes war, daß wir also unsere Forderungen auf der Konferenz gegen eine Mehrheit der Großmächte durchzusetzen hatten. Dies Vertrauen hat uns nicht getäuscht. Gewiß hat die Konferenz länger gedauert, als mancher erwartete: die Sache war eben nicht leicht . . . Es wäre ein Mangel an Augenmaß gewesen, wenn wir wegen untergeordneter Forderungen die Konferenz hätten scheitern lassen. Für sekundäre Forderungen Kopf und Kragen einzusetzen, wäre nicht praktische Politik gewesen. Frankreich hat sich mit gleicher Versöhnlichkeit wie wir zu einer loyalen Lösung bereifinden lassen. Die Konferenz hat, wie ich glaube, ein für alle gleich befriedigendes Ergebnis geliefert.“ — Der Zentrumsabgeordnete Freiherr v. Hertling erwähnte dankend der treuen Bundesgenossenschaft Österreichs, entschuldigte die weniger treue Haltung Italiens durch seine Lage, tadelte aber entschieden Rußland: es habe Deutschlands freundliche Haltung während seiner Katastrophe mit Undank gelohnt; deshalb warnte er das deutsche Kapital, sich an der Neugestaltung in Rußland direkt zu

Hertling. v. Hertling erwähnte dankend der treuen Bundesgenossenschaft Österreichs, entschuldigte die weniger treue Haltung Italiens durch seine Lage, tadelte aber entschieden Rußland: es habe Deutschlands freundliche Haltung während seiner Katastrophe mit Undank gelohnt; deshalb warnte er das deutsche Kapital, sich an der Neugestaltung in Rußland direkt zu

beteiligen. „Die revolutionäre Presse aller Länder ist gegen Deutschland, weil der revolutionäre Vorstoß in Rußland hauptsächlich an den konservativen Lebensmächten der deutschen Kultur gescheitert ist.“ — Bebel tadelte es, daß man wegen bedeutungsloser Beziehungen zu Marokko den Frieden gefährdet habe. Bismarck hätte dergleichen vermieden usw. Während dieser törichten Rede hatte der Reichskanzler Fürst Bülow einen Ohnmachtsanfall. Er wurde in ein anderes Zimmer gebracht und erholte sich bald wieder.

Kaiser Wilhelm zeichnete die drei deutschen Vertreter für Algeciras und den österreichischen Vertreter Graf Welsershaimb durch Orden aus. An Graf Goluchowski, den österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, richtete er am 13. April ein Telegramm mit dem herzlichen Dank „für Ihre unerschütterliche Unterstützung meiner Vertreter: eine schöne Tat des treuen Bundesgenossen. Sie haben sich als brillanter Sekundant erwiesen und können gleicher Dienste im gleichen Falle auch von mir gewiß sein“. Die letzten Worte wurden als Drohung gegen andere Mächte aufgefaßt. Im allgemeinen wurde das Telegramm in Österreich mit Recht als glänzendes Dokument der engen Verbindung beider Reiche betrachtet. Nur Mörgler stießen sich an der Rolle des „Sekundanten“. In England erklärte der Premierminister Campbell-Bannermann, man habe Frankreich loyal unterstützt, ohne eine andere Macht zu verletzen. — Bourgeois, der französische Minister des Auswärtigen, äußerte sich am 12. April in der Kammer befriedigt über den Ausgang der Sache, da Frankreich mit Spanien zusammen die Polizei über Marokko erhalten hätte, und er schloß: „Frankreich vermochte die Festigkeit seiner Bündnisse und seiner Freundschaften auf die Probe zu stellen, zu welchen sich wertvolle Sympathien gesellt haben.“ Präsident Fallières konnte wieder am 4. Mai den König Edward in Paris begrüßen.

Sekundant.

Da in deutschen Pressestimmen bedauert wurde, daß man nicht einen Hafen in Marokko erworben habe, fielen die italienischen Zeitungen über Deutschland und dessen geheime Pläne im Mittelmeer, ja bis Abyssinien, her. Man sah es für bedeutungsvoll an, daß Kaiser Wilhelm, empört über Italiens Haltung in Algeciras, bei Gelegenheit des fürchterlichen Vesuvausbruches vom 4. April und den folgenden Tagen kein Beileidtelegramm schickte und daß von Deutschland nur geringe Spenden einliefen. Der „Corriere della Sera“ schrieb: „Man irrt nicht, wenn man im Telegramm Kaiser Wilhelms an Goluchowski eine der Kundgebungen gegenüber Italien erblickt, deren Reihe der Kaiser einleitete, als er bei Doubets Ankunft plötzlich seine italienische Reise unterbrach und dann in Deutschland eine drohende Rede hielt. Das Telegramm, worin er Österreich seine Gegendienste in Aussicht stellt, bezieht sich zweifellos auf das Adriatische Meer, das uns so viele Sorgen macht. Es ist also Zeit, daß in Italien Volk und Regierung eingehend ihr Gewissen prüfen; denn die Zukunftsaussichten sind nicht rosig.“ Die „Tribuna“ fragte, warum die Regierung die Politik des Ministeriums Giolitti-Tittoni verlassen habe. Der Abgeordnete Barzileri schrieb im „Matin“: „Deutschland läßt uns das Verbrechen

Dreibund.

unseres Einvernehmens mit Frankreich und England büßen, indem es uns den amtlichen Ausdruck seines Mitgeföhls anläßlich des Besuwausbruches entzieht. Aber wenn Frankreich, England und Rußland uns unbedingte Bürgschaften gegen Deutschlands Verlangen nach Tripolis und gegen Österreichs Drohungen in Albanien und Makedonien zu bieten vermögen, ist nicht daran zu zweifeln, daß der Dreibund am 21. Juni 1908 zu bestehen aufhören wird." Sehr derb war die Sprache des „Domani": „Aus Abscheu hatten wir eigentlich das freche Betragen der teutonischen Kanaille, während das Unglück den Süden Italiens von neuem heimsucht, nicht brandmarken wollen, um so mehr, da uns gegenüber der einfältigen offiziellen Beleidigung zahlreiche Kundgebungen der Solidarität seitens des deutschen Proletariats zugegangen sind. Italien hat das Erbarmen der Deutschen nicht nötig, wir werden das grenzenlose Unglück auch dieses Mal überwinden, ohne daß die hartherzigen und unästhetischen Herunterschlucker des Kaiserbiers an unserem Schmerz Anteil nehmen." Vernünftiger Stimmen verteidigten den Dreibund und die Deutschen. Das geschah auch im Senat am 24. April durch den Minister des Außern Guicciardini: die Beziehungen zu den beiden Kaiserreichen seien die herzlichsten. „Als Italien vor einer Reihe von Jahren die ersten Verhandlungen zum Bündnis mit den Zentralmächten einleitete, trug es Sorge, die alten unveränderten Beziehungen zu England zu betonen, auf die es nicht verzichten konnte. Die beiden Kaiserreiche anerkannten den Wert dieser loyalen Erklärung und gaben zu, daß solche Beziehungen wohl vereinbar seien mit dem Beitritt Italiens zum Bündnis. Ebenso England."

Bevor wir auf andere Fragen der internationalen Politik dieses Jahres eingehen, haben wir noch zu berichten, daß die Ratifikationsurkunden der Akte von Algeciras am 31. Dezember im Madrider Ministerium des Auswärtigen hinterlegt wurden. Unmittelbar darauf wies der Minister den spanischen Gesandten in Bern telegraphisch an, er möge die schweizerische Bundesregierung ersuchen, den Generalinspektor der Polizei in Marokko zu ernennen und Maßnahmen zu treffen, damit die Streitigkeiten betreffend die marokkanische Staatsbank durch das schweizerische Bundesgericht entschieden werden können. — Wir werden sehen, daß die Marokkofrage auch noch das ganze folgende Jahr beherrschte. Hatte doch schon im Dezember Frankreich mit Spanien Gelegenheit zum Eingreifen genommen.

Daraus entwickelte sich auch die immer deutlicher bemerkbare Abkehr Italiens vom Dreibund. Schon zu Beginn des Jahres mußte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" beschwichtigend schreiben: „In verschiedenen Blättern ist die Besorgnis laut geworden, der neue italienische Minister des Außern Marquis di San Giuliano werde in der Balkanfrage eine zu der Haltung Österreich-Ungarns im Gegensatz stehende Politik einschlagen. Wir teilen diese Besorgnis nicht. Wir haben volles Vertrauen zur Loyalität des Ministers und sind gewiß, daß die Richtschnur seiner Politik die nämliche sein wird, wie die seines Vorgängers, getreu dem Geiste des Dreibundes." Dem schien auch das Programm des italienischen Ministerpräsidenten Fortis vom 30. Januar zu entsprechen. Übrigens kam im Mai wieder ein Ministerium Giolitti-Tittoni zur Regierung.



Die deutschfeindlichen Strömungen in Rußland wurden so bedrohlich, daß am 25. März die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ warnen mußte. Sie berichtete von einer „Slawischen Liga“, die sich in Petersburg bilden sollte mit dem Ziel einer panslawischen Einigung zum „friedlichen Gegengewicht gegen die aggressiven Pläne des kriegerischen Germanentums. Die nächste Aufgabe dieser Liga sollte die Regelung der slawischen Frage innerhalb der Grenzen Rußlands sein: Polen, Kleinrussen usw. Die Autonomie Polens innerhalb des einheitlichen Reiches sei der Schlüssel zur Lösung der slawischen Frage. Nach außen sei eine Zollunion mit den Balkanländern und mit Österreich-Ungarn anzustreben. Im übrigen: Gleichberechtigung der Konfessionen, der Nationalitäten (sowohl der verschiedenen slawischen wie nichtslawischen), demokratisch-konstitutionelle Regierung, Zusammenarbeiten mit dem slawischen Journalistenverband in Österreich usw.

Slawentum.

Ubrigens erließ der Zar anfangs April Einladungen zu einer zweiten Friedenskonferenz im Haag für den Juni, zog sie aber wieder zurück auf Vorstellung der Vereinigten Staaten, da zur selben Zeit ein panamerikanischer Kongreß abgehalten werden sollte.

An die von Courriëre zurückgekehrte Rettungsmannschaft hielt Kaiser Wilhelm am 2. April eine bemerkenswerte Ansprache, die offenbar auch freundlich nach Frankreich hin wirken sollte.

Eine Gefahr für den Weltfrieden bedeutete wieder die schon im Februar auftauchende Akabafrage. Die englische Regierung verlangte nämlich als Vertreterin Ägyptens die Zurückziehung der türkischen Truppen von Tabah auf der Sinaihalbinsel, da dies Gebiet mit dem Golf von Akaba ägyptisches Gebiet sei. Die Pforte lehnte dies Ansinnen zuerst ab. Die Streitfrage spitzte sich um so drohender zu, als in England die öffentliche Meinung behauptete, Deutschland reize die Pforte zum Widerstand in dieser Frage. Die deutsche Regierung wies aber Ende April diese Behauptungen offiziös zurück. England richtete darauf am 3. Mai ein Ultimatum an die Pforte und forderte Zurückziehung binnen zehn Tagen. Der französische und der russische Botschafter in Konstantinopel unterstützten diese Forderung. Englische Kriegsschiffe liefen von Malta aus. Grey, der englische Staatssekretär des Auswärtigen, legte die ganze Streitfrage am 7. Mai dem Unterhaus vor; die türkischen Forderungen, sagte er, würden die Freiheit des Suezkanals, die Freiheiten Ägyptens und die Sicherheit der Dynastie des Khediven gefährden. Die Pforte gab am 11. Mai nach; sie erklärte, daß sie nie beabsichtigt habe, den Status auf der Sinaihalbinsel zu ändern, sondern nur ihre Rechte zu wahren. Nachdem offiziell versichert worden sei, daß auch Ägypten die strittigen Punkte zu besetzen nicht beabsichtige, habe die Pforte beschlossen, ihre Truppen zurückzuziehen. Die beiderseitigen Behörden mögen nun also in

Akaba.

Verbindung treten zur Feststellung und Sicherung des gegenwärtigen Standes.

Wieder tadelte Bebel im Reichstag am 24. Mai die auswärtige Politik, die Deutschland isoliert habe, während die englische ein vortreffliches System von Bündnissen und Freundschaften schuf. Das Telegramm an Goltzowski habe die frühere Popularität des Deutschen Kaisers in Ungarn in das Gegenteil verwandelt. Durch seine Zusammenkunft mit dem Zaren werde der Kaiser in Rußland für die reaktionäre Politik Rußlands mitverantwortlich gemacht.

Kaiser  
Wilhelm  
in Wien.

Da war es denn höchst erfreulich, daß Kaiser Wilhelm selbst den Wunsch aussprach, seinen nächsten Verbündeten und Freund, Kaiser Franz Josef, nach mehr als zwei Jahren wieder zu besuchen und damit die Intimität der dauernden Beziehungen beider Reiche zu bekunden. „Wenn die Monarchen zusammenkommen, ist der Bündnisgedanke mit ihnen“, schrieb das Wiener „Fremdenblatt“ 9. Mai. Auch der ungarische Handelsminister Franz Kossuth erklärte gegenüber feindseligen Stimmen, Ungarn müsse schon aus wirtschaftlichen Rücksichten gute Beziehungen zum Deutschen Reiche wahren. Und Ministerpräsident Weterle erklärte am 13. Mai: „Jede Partei, mit Ausnahme eines kleinen Bruchteils, billigt das Bündnis mit Deutschland, welches nicht nur eine Garantie des Friedens, sondern ein Grundpfeiler unserer auswärtigen Politik ist. Wir müssen von diesem Bündnis alle unwahren Gerüchte fernhalten, als ob irgendeine Einnischung von seiten Deutschlands in unsere inneren Angelegenheiten erfolgt wäre. Ich drücke hiemit die Überzeugung aus, daß die Monarchie auch weiterhin ein gleichwertiger Faktor des deutschen Bündnisses zu bleiben wünscht.“ Der Besuch erfolgte am 6. und 7. Juni. Beide Kaiser telegraphierten an König Viktor Emanuel: „Zu zweien vereinigt, senden wir unserm dritten treuen Verbündeten den Ausdruck unserer unveränderlichen Freundschaft.“ Der König antwortete mit der Bitte an die beiden Verbündeten, „mit meinem Dank für Ihre lebenswürdige Depesche die Versicherung meiner treuen und unverbrüchlichen Freundschaft entgegenzunehmen“. Als Kaiser Wilhelm am 7. Juni die restaurierte Burg Kreuzenstein des Grafen Wilczek besuchte, sagte er zu diesem: „Sie wollen dem jetzigen Geschlecht vorführen, wie unsere schwertgewaltigen Ahnen die ritterliche Tugend der Tapferkeit hochgehalten und ihre ritterliche Verehrung den Frauen bewiesen haben . . . Ihr Werk ist eine Kulturtat. Erneuern wir die Ideale, welche frühere Geschlechter erfüllt haben! Bauen wir Altes wieder auf! Setzen wir Altgebautes fort!“

Wilczek.

Einige Tage darauf (10. Juni) konnte Kaiser Franz Josef zu den Delegationen in Wien sagen: „Das vor mehr als einem Vierteljahrhundert abgeschlossene Bündnis mit dem Deutschen Reiche bewährt sich vermöge seines defensiven und konservativen Gepräges heute wie zuvor als eine

wertvolle Friedensbürgschaft. In dem Besuche, den mir Seine Majestät Kaiser Wilhelm abgestattet hat, ist unser inniges Freundschaftsverhältnis neuerdings zutage getreten. Ebenso vertrauensvoll sind die Beziehungen zu unserem anderen Verbündeten, dem Königreiche Italien, mit dem wir uns bezüglich der uns gemeinsam berührenden Angelegenheiten in erfreulicher Übereinstimmung befinden. Das Einvernehmen, das wir zum Zwecke der Herstellung geordneter Zustände auf der Balkanhalbinsel mit dem uns eng befreundeten russischen Reiche getroffen haben, besteht auch weiter in voller Kraft und hat gute Früchte getragen.“ — Ähnlich äußerte sich Graf Goltzowski am 11. Juni vor der ungarischen Delegation: „Durch den engen Zusammenschluß mit unseren Verbündeten, gestützt auf das zu einer erfreulichen Intimität sich verdichtende Verhältnis zu Rußland, im vollen Genusse der sympathischen Gesinnungen aller übrigen Mächte, konnten wir unentwegt die Ziele unserer Politik verfolgen . . . Die auf Grund des Abkommens mit Rußland eingeleitete Reformaktion in der Türkei ist nun im vollen Zuge und läßt uns hoffen, daß wir sie trotz vielfach noch zu überwindender Schwierigkeiten und der tendenziösen Bemühungen mißgünstiger Kritiker mit zielbewußter Entschlossenheit einem greifbaren Erfolge zuführen werden . . . In vollständiger Verkennung ihrer vitalsten Interessen stellte uns indessen die Pforte auf Schritt und Tritt Hindernisse entgegen und veranlaßte uns schließlich zu Zwangsmaßregeln, die nicht ohne Schädigung ihres Ansehens verbleiben konnten und die wir schon aus diesem Grunde gern vermieden hätten. Der Starrsinn, auf den wir in Konstantinopel stießen, ließ uns aber keinen andern Ausweg übrig. Weder der Hinweis auf unsere konservativen Gesinnungen, noch die Gefahr, daß von anderer Seite Forderungen gestellt würden, welche einer Lösung der fraglichen Provinzen vom türkischen Staatsverbande gleichkämen, konnten am Goldenen Horn bessere Erkenntnis erwecken, und so kam es zur gemeinsamen Flottendemonstration (Ende 1905), die mit einem vollen Erfolg ihren Abschluß fand.“ Goltzowski sprach nun weiter vom Bandenunwesen, vom Terrorismus der revolutionären Komitees, von den „Quertreibereien“, die manche Balkanstaaten innerhalb ihrer Grenzen dulden, vom Nationalitätenhader zwischen Griechen und Rußowalachen in Makedonien, woraus sich ein griechisch-rumänischer Konflikt ergab, indem die diplomatischen Beziehungen zwischen Athen und Bukarest anfangs Juni abgebrochen wurden. Er bezeichnete den serbisch-bulgarischen Zollunionsvertrag als eine Schädigung der österreichisch-ungarischen Interessen. Er hob das Verdienst des Grafen Welserstheim in Algéciras hervor, dessen Vorschlag nach einer gefährlichen Krise zu einer „Dezente“ führte; so könne sich die Monarchie schmeicheln, den Friedensinteressen Europas einen erheblichen Dienst geleistet zu haben. — Am 14. Juni betonte Goltzowski in der österreichischen Delegation, Österreich-Ungarn hege auf dem Balkan keinerlei Expansionsgelüste. Das Zusammenwirken mit Rußland verfolge lediglich den Zweck, in Makedonien Ruhe und Ordnung zu schaffen. In der Balkanpolitik könne man auch auf Italien rechnen. Die Verhandlungen, die er in Venedig mit dem italienischen Minister des Auswärtigen gehabt, bezogen sich auf die albanische Frage. Man sei übereingekommen, den gegenwärtigen Status aufrechtzuerhalten. Kramarsch fürchte mit Unrecht, daß die Monarchie durch den Dreibundsvertrag in eine gefährliche Aktion verwickelt werden könnte. „In diesem Vertrag sind die Fälle sehr genau



bestimmt, in denen wir gegenseitig einzugreifen haben. Es liegt kein Grund vor, an dem Vertrag etwas zu ändern, dessen Risiko für beide Teile gleich ist . . . Gegenüber Serbien hat die Regierung pflichtgemäß die gerechten Forderungen der Monarchie vertreten müssen.“ — In der ungarischen Delegation beschwerten sich einige Delegierte am 18. Juni, daß die deutsche öffentliche Meinung den nationalen Kampf der Ungarn gehässig behandle. Trotzdem harre Österreich-Ungarn beim isolierten Deutschland als sein Schleppträger aus. Graf Goluchowski widersprach dem. — Bald darauf tadelte auch Bianchini in der österreichischen Delegation den Dreibund, durch den Deutschland Österreich zum Pionier seiner imperialistischen Pläne mache. Und Kramarsch behauptete, das Bündnis sei überflüssig, wenn nicht gar schädlich; besser wäre ein gutes Einvernehmen mit Rußland und Italien. Dagegen sehnte der Alldeutsche Stein einen Anschluß der Deutschen an das Deutsche Reich herbei; die Los-von-Rom-Bewegung soll den Anschluß vorbereiten. Dabei brauchten die Habsburger nicht verjagt zu werden, sondern es sei ein Zustand wie vor 1866 denkbar. Dagegen erklärte Fürst Schönburg, derlei wäre nur ein Unglück für das Deutsche Reich, der Anlaß eines blutigen Krieges zwischen allen Slaven und Germanen. Preußen würde dadurch die Präponderanz im Reiche verlieren, auch konfessionell. — Wieder tadelten einige Ungarn die Politik Goluchowskis, der Ungarn durch seine Verbindung mit Deutschland in Welthandel verwickle, die Balkanvölker reize und Ungarn durch Deutschland auf dem Balkan verdrängen lasse. Finanzminister Burian verteidigte die Politik Goluchowskis.

Wichtig für die Anschauung Kaiser Wilhelms waren die Worte, die er am 19. Juni in Cuxhaven sprach: „Der deutsche Manneswert kann sich bewähren auf verschiedenen Gebieten, im Heere, im Zivildienst, auf der Flotte, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden; aber am besten wird er ausgebildet, am hellsten und klarsten wird unsern Deutschen das Auge gemacht, wenn sie auf das Salzwasser kommen.“

Indessen sollte ein Besuch deutscher Stadtverwaltungen in England (Mai) und ein Besuch von Vertretern der deutschen Presse in England (Juni) die gespannten Beziehungen zwischen beiden Nationen womöglich verbessern. Auf der interparlamentarischen Friedenskonferenz zu London, 23. bis 25. Juli, sprach sich Premierminister Campbell-Bannermann für Schiedsgerichte aus und brachte der russischen Duma eine Ovation.

Als im Juli russische Stimmen behaupteten, Deutschland und Österreich-Ungarn hätten sich verständigt, in Rußland einzugreifen, sobald die russische Regierung es wünsche, fand diese Nachricht viel Glauben, wurde lebhaft kommentiert und sogar als offiziös angesehen. Dem wurde aber sowohl von der russischen wie von der deutschen Regierung widersprochen. Dessenungeachtet wurden die Angriffe auf Deutschland fortgesetzt.

Edward  
und  
Wilhelm. König Edward konnte endlich einer Begegnung mit seinem Neffen Kaiser Wilhelm nicht mehr gut ausweichen; sie fand am 15. und 16. August statt zu Cronberg am Taunus und verlief, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagte „unter befriedigenden Eindrücken. Der Verkehr zwischen den Monarchen trug das Gepräge freundlichen Entgegenkommens und verwandtschaftlicher Herzlichkeit. Jedes geffentlichke politische

Ausbeuten der Zusammenkunft liegt uns fern; sie bildet aber mit den ungetrübten Erinnerungen, die sie hinterläßt, eine weitere Etappe auf dem Wege der angebahnten allmählichen Besserung in den Beziehungen zwischen den Völkern, den Regierungen und den Herrschern Deutschlands und Großbritanniens. In zwanglosen freundschaftlichen Gesprächen sind auf Schloß Friedrichshof auch die großen Fragen der Politik erörtert worden, und wir wissen, daß dies in einem Geiste geschehen ist, wie es der Festigung des europäischen Friedens nur förderlich sein konnte. Bei dieser Gelegenheit möchten wir einen alten Irrtum richtigstellen . . . Man hat gesagt, daß König Edward uns einen offiziellen Besuch in Berlin schuldig geblieben sei; das ist aber insofern nicht richtig, als Seine Majestät der König vor zwei Jahren seinen amtlichen Besuch in Berlin abzustatten gewillt war. Kiel wurde damals als Ort der Begegnung nur deshalb gewählt, weil der Kaiser dies wünschte." So die offiziöse Darstellung.

Von Bedeutung war der Zusammentritt einer internationalen Konferenz für drahtlose Telegraphie in Berlin 3. Oktober. Das Abkommen wurde am 3. November von den hauptsächlichsten Staaten der Welt, 26 an der Zahl, unterzeichnet. Es handelte sich vor allem um den Austausch der Nachrichten.

Als der Inhaber der neugegründeten Roosevelt-Professur für amerikanische Geschichte und Verfassung, Burgeß, in Berlin in Gegenwart des Kaisers am 27. Oktober seine Antrittsvorlesung hielt, bezeichnete er die Monroedoktrin als veraltet und durch Roosevelt überwunden. Das veranlaßte den Kaiser zu einem Hurra auf Roosevelt. Aber die amerikanische Presse protestierte gegen die Auffassung des Professors Burgeß.

Große Verbrüderungsfeste wurden in Paris 14. bis 16. Oktober beim Besuch des Lordmayors von London gefeiert.

Auf eine pessimistische Anfrage Baffermanns am 14. November gab Bülow dem Reichstag eine rosige Darstellung der politischen Lage: „Was zwischen uns und Frankreich sehr wohl möglich ist, das sind korrekte Beziehungen . . . Die französisch-russische Allianz ist seit ihrem Bestehen keine Gefahr für den Frieden gewesen. Sie hat sich im Gegenteil als ein Gewicht bewährt, das auch zum regelmäßigen Gang der Weltuhr beitrug. Wir hoffen, daß man von der französisch-englischen Entente cordiale daselbe wird sagen können. Eine Politik, die darauf gerichtet wäre, Deutschland einzukreisen, einen Kreis von Mächten um uns zu bilden, um uns zu isolieren und lahmzulegen, wäre für den Frieden bedenklich . . . Zwischen Deutschland und England bestehen keine tieferen politischen Gegensätze. In geistiger Beziehung, in Kunst und Wissenschaft stehen beide Völker sich nahe. Wirtschaftlich sind wir aufeinander angewiesen. Gewiß ist Konkurrenz und Rivalität vorhanden. Diese braucht aber keinen politischen Gegensatz, geschweige denn einen Krieg zu entzünden . . . Der deutschen Burenbegeisterung lag nicht Haß, sondern deutsche Romantik und germanischer Idealismus zugrunde . . . Warum sollen wir nicht ebensogut Schiffe bauen dürfen wie Frankreich, Amerika, Rußland, Japan, Italien oder England selbst? . . . Man hat angeblichen persönlichen Verstimmungen zwischen den

beiden naheverwandten Fürsten zu großes Gewicht beigelegt . . . Italien befand sich auf der Konferenz von Algeciras in einer schwierigen Lage. Es hat in dieser Lage uns gegenüber korrekt gehandelt . . . Was da erzählt wurde über Untriebe deutscher Agenten in Tripolis oder über eine deutsche Expedition in das Hinterland von Tripolis, ist Erfindung, um Mißtrauen zu säen. So auch, daß wir eine direkte Verbindung herstellen wollten zwischen Kamerun, Tripolis und Triest, das bei diesem Anlaß von uns annektiert werde . . . Wenn sich Italien vom Dreibund ablöste oder eine schwankende und zweideutige Politik verfolgte, so würde das die Chancen einer allgemeinen Konflagration erhöhen. Der Dreibund hat noch nicht Gelegenheit gehabt, sich praktisch zu erproben. Diese Möglichkeit ist ihm erspart geblieben, weil er bestand . . . Es ist mir ein Bedürfnis auszusprechen, wie verlässlich die Unterstützung war, die uns Oesterreich-Ungarn auf der Konferenz von Algeciras gewährt hat. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß wir ihm eintretendfalls dieselbe Treue halten werden, getragen von der Zustimmung dieses hohen Hauses und der ganzen Nation. Es ist mir unbegreiflich, wie man hat annehmen können, und zwar namentlich beim Besuch unseres Kaisers in Wien, wir wollten uns in die innern Verhältnisse der Habsburgischen Monarchie einmischen . . . Insbesondere bedarf der Monarch keines Rats, der nun schon seit so vielen Jahrzehnten nicht ohne ernste Prüfungen und schwere Schicksalsschläge, aber immer pflichttreu, immer gerecht die Völker und Länder am Donaustrom regiert. Auch in den Konflikt zwischen Bis- und Transleithanien haben wir uns nie eingemischt. Allerdings kann ich mein Erstaunen darüber nicht zurückhalten, daß eine politisch so geschulte und intelligente Nation wie die ungarische uns so etwas hat zutrauen können . . . Die Erhaltung der vollen Unabhängigkeit, der ganzen Machtstellung der Donaumonarchie ist für Deutschland ebenso nützlich und notwendig wie für Oesterreich, wie für Ungarn, die Magyaren und das Magyarentum . . . Die Behauptung, als ob Deutschland an einem Abkommen beteiligt wäre, wobei die beim Verlauf der Dinge in Rußland angeblich zu erwartende Entstehung eines autonomen Polens verhindert werden solle, ist falsch. Wir fühlen nicht das Bedürfnis, irgendwo den Gendarm zu spielen, wie Rußland 1849 in Ungarn, Oesterreich und Preußen 1792 in Frankreich. Das ist ein undankbares Geschäft . . . Japan hat sich durch seine Armee und Flotte einen Platz unter den Großmächten errungen. Damit ist es nur dem Beispiel anderer großer Völker gefolgt, insbesondere unserm preussischen Beispiel. Denn auf dem Schwert beruht die Großmachtstellung eines Volks . . . Ich habe schon 1900 erklärt, daß wir keine Aufteilung Chinas wünschen und keine Sondervorteile anstreben . . . Ich möchte noch erwähnen, daß wir für die Haltung dankbar sind, welche Amerika in Algeciras eingenommen hat. Das war der zweite Dienst, den es dem Weltfrieden erwiesen hat. Der erste war die Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und Japan . . . Das Dogmatisieren des Fürsten Bismarck ist zu einer Manie, zu einer Kalamität geworden. Wir laborieren am mißverstandenen Bismarck. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts war das Ideal der politisierenden Deutschen der Professor. Seit den Erfolgen Bismarcks ist der Professor in Mißkredit gekommen. Dagegen denkt man, ein leitender Staatsmann müsse immer forsch und burschikos auftreten, Rirassierstiefeln anhaben. Aber auch der größte Staatsmann bleibt ein Sohn seiner Zeit. Die nach ihm kommenden Geschlechter müssen mit der Entwicklung



gehen. Wenn Bismarck nur freiderizianische Politik getrieben hätte, würde er die Einheit Deutschlands nicht begründet haben. Die wahre Nachfolge Bismarcks besteht in Fortbildung, selbst wenn sie hier und da zu einem Gegensatz führt. Als Männer, welche die Aufgaben des Tages zu lösen haben, müssen wir mit der Tatsache uns abfinden, daß wir keinen Bismarck mehr haben. Sein Name bleibt ein dauernder Besitz für unser Volk; aber die Nation muß die Kraft in sich finden, auch ohne einen solchen Titanen auszu kommen. Die Nation ist unsterblich; ihr Dasein hat mit dem Tode des großen Kanzlers nicht geendet. . . . Glaubt jemand, daß es im Ausland so viel besser ausschaut wie bei uns? In einem englischen Blatt las ich, dem englischen Volk sei der deutsche Pessimismus unverständlich; kein Volk hätte mehr Grund, optimistisch zu sein, als das deutsche, daher die Gegnerschaft. . . . Ein Volk darf nicht klein von sich denken. Aber allen Haß und jeden Neid zu entwaschen, ist nicht möglich. . . . Was heute unsere Stellung kompliziert und erschwert, das sind unsere überseeischen Interessen. Wenn wir in dieser Beziehung nicht verwundbar wären, würden wir nicht allzuviel zu fürchten haben. Dann wäre es leichter, zwischen uns und England Frictionen zu vermeiden. Sie wissen aber, daß durch elementare Triebkräfte, Zunahme unserer Bevölkerung, Aufschwung unserer Industrie, Wagemut unserer Kaufleute, Wachstum in Gewerbe und Handel, überseeische Interessen für uns entstanden und wir in die Weltpolitik hineingeführt worden sind. . . . Vergessen wir über unsern inneren politischen, konfessionellen und wirtschaftlichen Streitigkeiten nicht die Wohlfahrt und das Recht des Ganzen, und das deutsche Volk wird seine Stellung in der Welt zu behaupten wissen.“ — Natürlich versetzte darauf der Sozialist Bollmar, er halte trotz Bülow's Rede die auswärtige Lage für überaus schlecht. Zu Bismarck's Zeit sei Deutschland gefürchtet gewesen, jetzt sei es gedemütigt, es krieche vor Rußland. Andere kritisierten anders.

Die neuen Delegationen in Pest, 25. November, wurden vom Kaiser und König mit den Worten begrüßt, die Richtschnur sei intimes Verhältnis zu den Verbündeten, gute Beziehungen zu Rußland, freundschaftliche zu den übrigen Mächten. Als Nachfolger des am 22. Oktober zurückgetretenen Grafen Goluchowski legte Freiherr v. Mehrenthal, bisher Botschafter in Petersburg, ein umfangreiches Rotbuch über die Konferenz von Algieras vor, und ein zweites über die Reformation in Makedonien, außerdem ein Braunbuch mit den Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien. Auch er faßte am 4. Dezember die Lage der auswärtigen Politik ebenso beruhigt auf wie Bülow. Das Verhältnis zu Rußland sei seit dem Märzsteiger Programm (1903) günstiger. Leider sei das wirtschaftliche Verhältnis zu Serbien nicht normal. Die marokkanische Frage sei noch nicht abgeschlossen. Die französisch-englische Intimität oder Entente, die schon seit drei Jahren besteht, habe kaum die Tendenz zu einer folgenschweren Gruppierung der Mächte, auch keine aggressive Spitze. „Bezüglich der Bedeutung der Adria für unsere Stellung in der Weltpolitik und im Welthandel bin ich der Meinung,

Delegat  
tionen.

das die jetzigen Verhältnisse dort unverändert bleiben. Auch in dieser Beziehung kann ich die beruhigende Mitteilung machen, daß zwischen uns und dem uns befreundeten und verbündeten Italien sehr klare und zufriedenstellende Versicherungen ausgetauscht wurden. Wir erklärten, daß wir über die durch den Berliner Vertrag fixierte Rechts- und Macht-sphäre nach keiner Richtung hinaustreten wollen, auch nicht nach Albanien, und daß wir dieselbe Zurückhaltung von Italien erwarten. Ähnlich äußerte sich der gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Burian am 22. Dezember vor der ungarischen Delegation. Um dieselbe Zeit schloß sich in Italien der Außenminister Tittoni „voll und herzlich der ebenso warmen wie wirksamen Verteidigung an, die Fürst Bülow und Freiherr v. Aehrenthal dem Dreibund zuteil werden ließen,“ und widersprach den Einwürfen einiger Kammermitglieder.

\* \* \*

Indem wir vom Allgemeinen zum Besonderen übergehen, interessiert Rußland. uns vor allem der Verlauf der politischen Bewegungen in Rußland (und in der Türkei). Die russische Regierung hatte Grund, sich hoffnungsvoll zu äußern, da die Truppen trotz einiger Meutereien dem Thron treu geblieben waren. Die Behörden veranstalteten auch Bauernversammlungen, um den Bauern die verhängnisvollen Folgen der Steuerverweigerungen klarzumachen. Das half. Der Bahnverkehr wurde allmählich wieder hergestellt; obstinate Agitatoren wurden verhaftet. Besonders energisch und blutig wurde die lettische Revolution unterdrückt. Geistliche, die während der Unruhen aufreizend gewirkt hatten, wurden vom heiligen Synod entfernt oder bestraft. In Polen wurden die nationalistischen Blätter unterdrückt. Es wurden Laboratorien und Bombenwerkstätten, Bombendepots, Pulver, Dynamit, Patronen, Gewehre, Revolver, englische Maschinengewehre und anderes Material zu Revolutionszwecken entdeckt. Die Rechtszustände waren im ganzen Reich illusorisch geworden; es herrschte nur die Willkür der Beamten. In den Städten fanden Überfälle statt. Eine Bande von 20 Bewaffneten raubte in Moskau am hellen Japan. Tage einer Bank 850.000 Rubel. Der Pope Gapon, 1905 Führer der Arbeiter, wurde von Revolutionären ermordet, weil es hieß, daß er in den Dienst der Polizei getreten sei.

Duma. Die Urwahlen zur Reichsduma verliefen im März ruhig und unter geringer Beteiligung. Die Sozialdemokraten vereitelten vielfach die Beteiligung der Arbeiter. Bereits schränkten aber auch schon allerlei Erlasse die politische Freiheit und die künftigen Rechte der Duma ein; auch die Pressfreiheit wurde beschränkt, der Toleranzerlaß vom 30. April 1905 wurde zum Teil wieder aufgehoben. Am 10. Mai eröffnete der Zar die

Reichsduma mit folgenden Worten: „Mit flammendem Glauben an eine heitere Zukunft Rußlands begrüße ich die besten Männer aus der Wahl meiner Untertanen. Die Liebe zur Heimat wird euch beseelen und einigen. Ich aber werde die von mir gewährten Institutionen unerschütterlich bewahren . . . zur Klarstellung der Bedürfnisse der meinem Herzen nahestehenden Bauernschaft, zur Aufklärung der Völker und Entwicklung des Wohlstandes, eingedenk, daß für die Größe des Staates nicht nur Freiheit, sondern auch Ordnung nötig ist auf Grundlage des Rechts. Gott segne die mir im Verein mit dem Reichsrat und der Duma bevorstehende Arbeit! Möge dieser Tag eine Verjüngung Rußlands in moralischer Hinsicht und eine Wiedergeburt seiner besten Kräfte bedeuten!“

Die Duma antwortete mit der Forderung einer allgemeinen Amnestie. Alle Verbrecher müssen begnadigt werden, im Namen der Liebe, wie der Apostel Petrus begnadigt wurde, sonst drohte man, die Gefangenen selbst zu befreien. Der wundeste Punkt des Staatslebens sei die Eigenmächtigkeit der Beamten, die den Zar vom Volk trennen. Rußland stellt einen von vielen Stämmen und Nationalitäten bevölkerten Staat dar. Die Einigung all dieser ist nur möglich, bei Befriedigung der Bedürfnisse eines jeden von ihnen mit Wahrung ihrer Eigenartigkeit. In den weiteren Debatten hieß es: Eine alte Politik, die durch Vergewaltigungen Verbrechen hervorruft, dauert noch immer fort. Die Bauern fordern Land und Freiheit und drohen mit Revolution. Professor Rowalewsky meinte, der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Eigentums verleugne das Andenken an den Zar-Befreier. Dagegen erklärten manche Polen die Landteilung an die Bauern für sehr gefährlich, weil dann auch die Arbeiter in den Städten Land und Fabriken fordern würden. Rogg, der Erzbischof von Wilna, sagte: Zwangsweise Enteignung würde den Bürgerkrieg in jedem Dorf hervorrufen. Andere forderten die Bauern auf, die Agrarfrage selbst mit Gewalt zu lösen und die Vereinigung großen Grundbesitzes in Einer Hand zu hindern. Am 14. Juni wurde bei der Geschwägigkeit der Redner beschlossen, jedem Redner nur zehn Minuten Redezeit zu gewähren. Die Meinungen standen sich in allen Dingen kontradiktorisch gegenüber. Drei- unddreißig Sozialisten verlangten am 21. Juni vergebens die Abschaffung jedes Privateigentums. Der Führer der „Kadetten“, Petrunkewitsch, beantragte am 19. Juli einen Aufruf, der die Hoffnung aussprach, daß das Volk ruhig bleiben und das Ergebnis der Arbeiten der Duma abwarten werde. Er sprach vom Gerücht, daß Österreich und Deutschland schon bereit seien, Rußland zu besetzen. Bald darauf wurde das Haus beschlußunfähig, und ein Ufas verfügte am 21. Juli die Auflösung der Duma und die Einberufung einer neuen für den 5. März 1907. Dies wurde motiviert mit der Enttäuschung über das ganz unzweckmäßige Gehaben der Duma, ihre ungesetlichen Aufrufe. „Wir glauben aber, daß Riesen des Gedankens und der Tat erscheinen werden und daß dank ihrer emsigen Arbeiten der Ruhm Rußlands erstahlen wird.“

Die erste Duma bestand am 1. Juni aus 448 Abgeordneten, davon 189 mit höherer Bildung, 62 mit Mittelschulbildung, 111 mit Volksschulbildung, 84 Autodidakten, 2 Analphabeten. Dem Glauben nach waren es 339 Griechisch-orthodoxe, 63 Katholiken, 14 Lutheraner, 14 Mohammedaner,



11 Juden, 4 Altgläubige, 1 Baptift, 1 Freier, 1 Buddhist. Der Nationalität nach: 265 Großrussen (Moskowiter), 62 Kleinerussen (Ukrainer), 51 Polen, 13 Juden, 12 Weißrussen, 8 Tataren, 6 Litauer, 6 Letten, 4 Esten, 4 Deutsche (Kolonen), 4 Kaschkiren, 2 Mordwinen, 2 Wotjaken, 1 Tschetschenze, 1 Bulgare, 1 Tschumak, 1 Moldauer, 1 Kalmük: also 19 verschiedene Nationalitäten. Dem Stande nach waren es 204 Bauern, 164 Adelige, 24 Kleinbürger, 14 Geistliche, 14 Exemte, 12 Kosaken, 11 Kaufleute, 9 Ehrenbürger. Nach der Beschäftigung waren es: 162 Kleingrundbesitzer, 72 mittlere Grundbesitzer, 42 Großgrundbesitzer, 61 im Kommunal- und Landschaftsdienst, 15 im Staatsdienst, 14 Professoren, 23 Lehrer, 19 Ärzte, 38 Advokaten, 24 Kaufleute, 25 Arbeiter, 2 Industrielle, 5 Ingenieure, 6 Redakteure, 1 Student. Nach der Parteizugehörigkeit waren es 153 Konstitutionelle Demokraten <sup>1)</sup>, 107 der Arbeitspartei, 105 Parteiloſe, 63 Autonomisten, 13 Oktobristen (konstitutionelle Monarchisten auf dem Boden der Verfassung vom Oktober 1905), 4 demokratische Reformer, 2 Gemäßigte, 1 Handelspartei. Nach dem 1. Juni trafen noch 30 Abgeordnete aus dem Kaukasus und Sibirien ein und verstärkten die Linke; die Sozialdemokraten bildeten sodann eine eigene Partei.

Bjalystok.

Die Dumaberatungen wurden auch durch die Nachrichten von den Judenmordeien in Bjalystok (14. bis 18. Juni) gestört. Die Duma sandte dahin eine Untersuchungskommission. Daneben hielten die Matrosen von Kronstadt Nebenversammlungen ab; ebenso die Bauern, die keine Rekruten stellen wollten, bis nicht die Agrarfrage in ihrem Sinn gelöst sei. Ein Bataillon eines Garderegiments verweigerte am 24. Juni den Gehorsam, wurde aber durch andere Truppen entwaffnet und zu einem Linienbataillon degradiert. Unter solchen Verhältnissen ersuchte die russische Regierung die englische, den geplanten Flottenbesuch zu verschieben, um nicht etwa Zwischenfälle hervorzurufen.

Nach der Auflösung der Duma wurden viele Führer der revolutionären Parteien verhaftet; anderseits brachen Meutereien aus in Sweaborg, Kronstadt, Reval. Eine Judenhetze wurde in Odessa von Kosaken und vom Pöbel veranstaltet. Der sozialistische Dumaabgeordnete Herzenstein wurde in Finnland ermordet. Die sozialdemokratischen Dumamitglieder verbreiteten einen Aufruf, der auch in englischen Blättern Anfang August erschien. Aber gegenüber der „Roten Garde“ bildete sich, zumal in Helsingfors, eine „Weiße Garde“ von jungen Leuten zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Regierung verbot die Einfuhr von Waffen. Ein Generalstreik scheiterte allerdings nach einigen Tagen (4. August). Die Lage der Deutschen in den Ostseeprovinzen verschlimmerte sich wieder. Auch wurde viel gegen die deutschen Kolonen im Süden und an der Wolga geheßt, weil sie gutes Land besaßen, es gut bebauten und sich in Religion und Sitten von den Russen fernhielten.

Stolypin.

Gegen die Villa des Ministerpräsidenten Stolypin wurde während eines großen Empfangs am 25. August ein Bombenattentat verübt mit furchtbarer Wirkung. Stolypin selbst blieb unverletzt, aber 30 Personen wurden getötet, darunter drei Attentäter; einer wurde verhaftet. Auch zwei Kinder Stolypins wurden schwer verletzt. Die Überfälle und Ermordungen von Beamten häuften sich. In Warschau wurde der Korps-

<sup>1)</sup> Diese wurden nach den Anfangsbuchstaben R. D. „Radetten“ genannt.

kommandant erschossen. Der Ministerrat veröffentlichte am 6. September ein Regierungsprogramm, darin es hieß: „Seit zwei Jahren hat die revolutionäre Bewegung eine außerordentliche Stärke erreicht. Fast kein Tag vergeht ohne irgendein neues Verbrechen . . . Die Revolution kämpft nicht für Reformen, deren Einführung von der Regierung selbst für notwendig erachtet wird, sondern für die Vernichtung des Staates und der Monarchie und für die Einführung eines sozialistischen Regiments . . .“ Anfang Oktober veröffentlichte die Regierung einen ausführlichen Plan zur Beseitigung der Landnot. Es bildete sich aber auch in Moskau am 14. Oktober die „Autokratenpartei“ der „wirklich russischen Männer“ und faßte auf einem Kongreß heftige Beschlüsse gegen die konstitutionellen Neuerungen. Ein Ukas vom 20. Oktober verfügte die Aufhebung der Sonderstellung der Bauern, erteilte ihnen also gleiche Rechte hinsichtlich des Staatsdiensts, der höheren Schulen, der freien Wahl des Wohnsitzes, der unbefristeten Pässe; die Seelensteuer, die gegenseitige Haftung für die Steuer, die Bestimmungen über Teilung des Familiengutes und andere Sonderregeln des Bauernrechts wurden aufgehoben.

Auto-  
kraten.

Gegen Ende des Jahres ereignete sich wieder in Petersburg der Überfall einer Bande auf einen von Gendarmen eskortierten Wagen mit Staatsgeldern; nach einem förmlichen Straßengefecht wurden 400.000 Rubeln geraubt. In Lodz wurden blutige Kämpfe zwischen Sozialisten und Nationalisten unter den Arbeitern ausgefochten. Auf der Warschauer Bahn wurde ein Postzug durch Bomben zum Halten gezwungen und eine Million Rubel geraubt.

Der bereits erwähnte reaktionäre Verband „russischer Leute“ und der Verband der Rechtsordnung agitierten gegen die Gleichstellung der Juden. Die Regierung erklärte im November, sie wolle im Einvernehmen mit der Duma die die Juden beengenden Polizeimaßregeln und Beschränkungen in Handel und Gewerbe beseitigen. Sie erwartete aber, daß keine Bombenwerfer und Räuber mehr aus den so emanzipierten Juden hervorgehen werden.

Die russischen Mohammedaner suchten sich immer selbständiger zu stellen. Leutnant Schmidt, der Hauptführer der Rebellion in der Schwarzenmeerflotte, wurde im März erschossen, trotz den Demonstrationen der Matrosen.

Die Regierung besetzte zur Sicherheit gegen Finnland im Juni die Ålandinseln durch Truppen, gegen die Bestimmung des Pariser Friedens.

Wegen Feigheit in der Seeschlacht bei Tsushima wurden mehrere Offiziere zum Tode verurteilt. Admiral Roschdestwensky wurde freigesprochen.

Das 1892 geschlossene deutsche Gymnasium zu Wenden in Livland wurde wieder feierlich eröffnet; auch in Riga und andern baltischen Städten wurden wieder deutsche Schulen gestattet.

Eine große russische Anleihe wurde Mitte April in Frankreich, England, Rußland und Österreich begeben.

Der Zar begrüßte telegraphisch im April den wegen der englischen Invasion aus Tibet in die Mongolei geflüchteten Dalaï Lama von wegen der russischen Buddhisten.

Is-  
wolffij.

Dem neuen Minister des Auswärtigen, A. P. v. Iswolffij, sagte man bereits großen Ehrgeiz und außerordentliche Schlaueit nach und die Absicht, selbständige Politik zu treiben.

Die Broschüre „Wir Balten“ von Kirschstein und Tornius wandte sich an das deutsche Volk um Teilnahme für das bedrängte Deutschtum in den Ostseeprovinzen. — Im Auftrag des Berliner Hilfsausschusses schilderte B. v. Rautensfeld „Vier Monate unter den Revolutionären in Livland“.

Des Fürsten Krapotkin Buch „Ideale und Wirklichkeit in der russischen Literatur“ wurde von B. Eberstein übersetzt. Der Fürst schien darin seinen früheren Anarchismus abgestreift zu haben. — „Leo Tolstois Biographie und Memoiren“ wurden von Paul Birnkof herausgegeben. — Eine neue Erzählung Tolstois „Göttliches und Menschliches“ handelt von gefangenen Revolutionären der letzten Zeit. — Mereschkowskij's historischer Roman „Leonardo da Vinci“ wurde ins Deutsche übersetzt.

In Konstantinopel wurden die Chorgefänge aus den „Wolken“ des Aristophanes nach der Komposition von Pachtikos aufgeführt, der dazu neu-griechische Volkslieder verwendete.

Die Dormition der heiligen Jungfrau in Jerusalem war bereits im Bau begriffen (Ill. Ztg., 19. April). Ebenso das Katholisch-Deutsche St.-Paulus-Hospiz.

Das Denkmal des rumänischen Dichters und Politikers Basil Meesandri († 1890) in Jassy war von W. Hegel (Ill. Ztg., 20. Dez.).

Mä-  
donien.

In Makedonien wurden die Bandenkämpfe zwischen Bulgaren und Griechen immer stärker. Beiderlei Banden kämpften dann auch wieder gegen die türkischen Truppen. Die Kämpfe zwischen Rußowalachen und Griechen führten zum Abbruch der Beziehungen Rumäniens mit Griechenland. Serbien lag im Zollkrieg mit Österreich. England stellte übrigens die seit der Ermordung König Alexanders abgebrochenen Beziehungen mit Serbien wieder her. Serbien trat in Zollunion mit Bulgarien trotz des Protestes der Pforte. In Athen fanden „olympische Spiele“ statt, internationale Sportkämpfe. Der bulgarische Hafen von Varna wurde eingeweiht. In Ägypten zeigte sich Neigung zum Aufstand gegen die Engländer.

In Deutsch-Afrika mußte noch immer gegen die Aufstände im Osten und Westen gekämpft werden. Transvaal erhielt von England eine Verfassung. England, Frankreich und Italien schlossen einen Vertrag über Abessinien, wodurch die Unabhängigkeit dieses Landes und das Prinzip der offenen Tür garantiert wurde.

China.

Eine chinesische Kommission bereiste Europa zum Studium der staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen; sie wurde auch vom deutschen Kaiser empfangen. Man war in China bereit, die Studenten lieber nach Deutschland als nach Japan zu schicken. Auch erging im September ein kaiserliches Edikt über eine künftige Verfassung. Mit England schloß China



einen Vertrag über Tibet. Unruhen gegen die Missionshäuser wurden von chinesischen und europäischen Truppen niedergeschlagen.

Quanshikai, der Generalgouverneur von Chihli, machte bereits als chinesischer Reformers von sich reden.

In Japan studierten nicht weniger als 8000 chinesische Studenten.

Japan hatte mit Aufständen in Korea zu schaffen. In Tokio Japan bildete sich eine Arbeiterpartei, welche die Bekämpfung der Monopole, allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen, allgemeine Lohnerhöhung, kürzere Arbeitszeit, Abschaffung der Todesstrafe, Abschaffung von Titeln, Reform der Steuer und Schiedsgerichte in allen internationalen Fragen verlangte. Deutsche Parlamentarier bereisten Ostasien und wurden vom Mikado empfangen.

Eine japanische Reformpartei wollte statt der chinesischen die römischen Schriftzeichen eingeführt wissen.

Andries Launay gab heraus „das Tagebuch von Andreas Ly, chinesischer Priester, Missionär und apostolischer Notar 1746—1763, lateinisch geschrieben“ (Paris).

Der Schah von Persien erließ im August eine Verfassung mit Persien. einer Nationalversammlung, mit allgemeinem Wahlrecht für alle, die lesen und schreiben konnten. Infolge dessen kehrten viele politische Flüchtlinge zurück, die in der englischen Botschaft Schutz gesucht hatten. Der Schah eröffnete am 7. Oktober das Parlament in Teheran und erklärte, daß er den Plan bereits acht Jahre erwogen habe. Das Parlament beschloß, eine Nationalbank zu errichten.

Britische Ingenieure, vor allen W. Willcocks, planten eine Neuschaffung England. von Chaldäa durch Neubewässerung (Allg. Ztg., Nr. 109).

Eine neue Periode des englischen Militarismus wurde eingeleitet durch die Fertigstellung des größten Panzerschiffs der Welt „Dreadnought“ (18.000 Tonnen). Es war nach den Erfahrungen der Seeschlacht von Tsushima mit den weittragendsten Geschützen bestückt und sollte eine neue Phase der Seerüstung bezeichnen.

Redmond erklärte am 19. Februar im Unterhaus, Irland sei ein Irland. Schandfleck des Reiches, sein kostspieligster, am schlechtesten geregelter Bestandteil. Die irische Partei verlange nicht geringfügige Verbesserungen der Lage des irischen Volkes, sondern die gänzliche Freiheit für ihr Land. Die Arbeiterpartei erklärte durch Keir Hardie, sie beteilige sich nicht am Haber der andern Parteien, sondern richte ihr Hauptaugenmerk auf die Armenfrage in England. Zwiespältig wurde die Verfassungsfrage von Südafrika aufgefaßt. Das Unterhaus verlangte Diäten. Bei der Beratung des Gesetzes über die Trades-Unions siegte die Arbeiterpartei. Eine neue Unterrichtsbill schloß das konfessionelle Element für die Staatsschulen aus. Von den Lehrern sollten keine bestimmten Glaubensbekenntnisse verlangt werden. Das Frauenstimmrecht wurde von den Frauen ungestüm verlangt.

Der Liberale Vivian verlangte im Unterhaus am 9. Mai Abrüstung, sein Parteigenosse Bellairs aber Aufrechterhaltung der Oberhoheit Englands zur See, besonders in Anbetracht des Wachstums der deutschen Flotte und der antienglischen Stimmung in Deutschland. Staatssekretär des Auswärtigen Grey gab zu, die Haager Konferenz könne kein verdienstlicheres Werk tun, als die Bedingungen für den Frieden weniger kostspielig zu gestalten. Die relative Überlegenheit der englischen Flotte war übrigens zu keiner Zeit stärker als gerade jetzt. Er hieß aber die von Vivian beantragte Resolution willkommen als eine vom britischen Parlament ausgehende Einladung, die Rüstungen im allgemeinen zu vermindern. Die Resolution wurde denn auch mit Hochrufen einstimmig angenommen.

Katholikenversammlungen protestierten gegen die Schulvorlage, weil sie die Gewissensfreiheit verlege. Auch das Oberhaus widersetzte sich der Vorlage. Der internationale Bergarbeiterkongreß in London (8. Juni) forderte Altersversorgung, Verstaatlichung der Bergwerke, internationale Regelung der Kohlenproduktion.

Man argwöhnte, daß das Deutsche Reich wirtschaftliche Konzessionen in Persien erstrebe, wie die Verlängerung der Bagdadbahn und einen Hafen am persischen Golf. Grey lehnte die Forderung der Arbeiter ab, in Rußland Vorstellungen wegen der Hinrichtungen und Judenmorde zu erheben. Er berichtete am 5. Juli über die fanatische Stimmung in Ägypten, die Ermordung eines englischen Offiziers, die Notwendigkeit von Hinrichtungen, die Verstärkung der Besatzung. „Wir sind möglicherweise am Vorabend weiterer Maßnahmen, die sich zum Schutz der Europäer in Ägypten notwendig erweisen.“ Das Haus dürfe nichts tun, was die Autorität der Regierung schwäche, sonst würde der Fanatismus der Ägyptier die Oberhand gewinnen. Er rühmte das gute Einvernehmen mit Frankreich; es sei aber nicht gegen ein anderes Land gerichtet.

Roberts und Milner verlangten im Oberhaus am 10. Juli vergebens die allgemeine Wehrpflicht; der Regierung schienen die Kosten zu groß. Im Unterhaus und in der Presse wurde die grausame Kriegsführung in Natal gebrandmarkt. Der Konservative Balfour erklärte die Flottenpolitik mit dem Zwei-Mächte-Standard für gefährlich, da eine deutsch-französische Kombination nicht unmöglich sei. Die Regierung erklärte das für ausgeschlossen, organisierte aber doch noch eine Reserveflotte unter dem Namen Heimatflotte. Im November entstanden größere Ruhestörungen in der Marinekaserne von Portsmouth; einige hundert Heizer stürmten die Offiziersquartiere und verletzten mehrere Offiziere.

Indien

In Bengalen dauerte die antienglische Agitation der Hindus fort. Die Mohammedaner schlossen sich gegen die Hindus zusammen. Am 1. Oktober überreichte eine Abordnung von Mohammedanern als Vertreter von 62 Millionen der Bevölkerung von Britisch-Indien dem Vizekönig eine Adresse, worin sie gerechten Anteil an der Regierung des Landes verlangten und sich darüber beklagten, daß sie in Fragen der Landesregierung ganz außer acht gelassen würden. Der Vizekönig Earl

of Minto versprach das Mögliche, doch glaubte er nicht, daß die Einführung der ganzen politischen Maschinerie des Westens in die Überlieferungen des Ostens ihm zum besten dienen würde. — Am 15. Oktober feierten die Hindus in Bengalen den Jahrestag der Teilung Bengalens als Trauertag, die Mohammedaner als Freudentest.

Das englische Buch „Die Invasion von 1910“ regte ebenso die Engländer wie in deutscher Übersetzung von Dr. Tamm die Deutschen auf. Die Invasion, seit 1905 vorbereitet, geschieht von Antwerpen aus, Belgien wird überrumpelt usw.

In London begann die auf fünfzehn Bände berechnete „Katholische Encyclopädie“.

Der Jesuitenpater Tyrrell, der nach seinem „Vertraulichen Schreiben“ aus dem Orden treten mußte, hatte Schwierigkeiten, als Weltpriester aufgenommen zu werden. Die „Modern Katholischen“ klagten, es habe seit Pius X. im Vatikan eine reaktionäre Richtung die Herrschaft gewonnen, die die freie Meinungsäußerung direkt unterdrücken will, während unter Leo XIII. man sich noch darauf beschränkte, die reformkatholischen Tendenzen zu leiten und zu beschränken (Allg. Ztg., Nr. 162). Tyrrell wurde immer „modernistischer“. Er ließ seiner „Lex orandi“ eine „Lex credendi“ folgen. Er vertrat einen „universalen, die gründliche innere Erneuerung des Lebens anstrebenden Katholizismus“ auf der Höhe des Geisteslebens der Gegenwart, mitten hineingestellt in die Kämpfe dieser Zeit.

Die Heilsarmee bewirtschaftete eine vor fünfzehn Jahren gegründete Landkolonie in Essex.

Norman Lockyer schrieb über Stonehenge und ähnliche Steinmonumente als die ältesten Observatorien.

Eine monumentale Richard-Wagner-Biographie erschien in England von Frau Burrell geb. Banks in Riesenformat in nur hundert Abzügen, ein Muster wissenschaftlicher Forschung.

Nach Peter Alvor „Das neue Shakespeare-Evangelium“ sollten gar Southampton und Rutland die Dichter der Dramen sein. Auch Karl Bleibtreu sah den „Wahren Shakespeare“ in Rutland.

Der französische Kirchensturm wurde auch unter dem neuen Präsidenten der Republik Fallières (seit 17. Jan.) fortgesetzt. Es erfolgte am 20. Januar ein scharfes Dekret über die Pfarrerpenitionen. Die Inventarisierung der Kirchengüter führte an vielen Orten zu Unruhen und Demonstrationen gegen die Finanzbeamten; die Aufnahme wurde in manchen Kirchen durch die Menge gewaltsam verhindert. Die Bauern widersetzten sich den Polizisten und Truppen. In Boeschève kam es nach dem Einschlagen der Kirchentüren durch die Gendarmerie zu einem Kampf im Innern der Kirche mit Revolver- und Gewehrscüssen. Ein Fleischauger wurde durch einen Schuß getötet, andere Personen, so der Pfarrer und ein Beamter, wurden verwundet. Ein Abgeordneter erklärte am 7. März in der Kammer, das Trennungsgesetz habe statt zur Beruhigung zum

Tyrrell.

Frankreich.



Morden geführt. Man sei mit unkluger Hast und Schroffheit zu Werke gegangen, meinte ein anderer. Clemenceau, der Minister des Innern, verfügte wenigstens, daß bei der Inventuraufnahme in den Kirchen künftig hin die bewaffnete Macht nicht mehr verwendet werde. Aber das Gesetz werde durchgeführt werden. Freilich sei nach seiner Meinung die Zählung der Leuchter in den Kirchen nicht eine Frage, die ein Menschenleben wert sei. Mehrere Offiziere leisteten der Requisition der Zivilbehörde nicht Folge, wurden aber vom Kriegsgericht freigesprochen. All das wurde als eine Kraftprobe der Republik und Monarchie betrachtet. Eine Versammlung von vierundsiebzig französischen Bischöfen beriet am 31. Mai die Frage der Bildung von Kultusvereinigungen, wie das Gesetz sie verlangte. Eine Adresse dieser Bischöfe an den Papst gipfelte im Wunsch, daß trotz des Bruches zwischen der französischen Regierung und dem Vatikan die alten kirchlich-politischen Vorrechte Frankreichs erhalten bleiben möchten, insbesondere das Protektorat über die Katholiken im Orient. Außerdem baten die Bischöfe, daß im römischen Kardinalskollegium nach wie vor französische Kardinäle Platz finden möchten.

Papst  
Pius.

Papst Pius X. hatte sich bereits durch eine Enzyklika vom 17. Februar über die Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen: das sei „eine absolut falsche These, ein verderblicher Irrtum, eine Beschränkung der Aufgabe des Staates auf die ausschließliche Förderung der zeitlichen Wohlfahrt unter Leugnung der übernatürlichen Ordnung. Diese These stürzt die von Gott in der Welt eingesetzte Ordnung um, welche ein harmonisches Verhältnis zwischen Staat und Kirche fordert. In der Trennung liegen Keime der Zwietracht zwischen beiden Faktoren. Das gilt um so mehr von dem so lange mit der Kirche verbundenen Frankreich.“ Der Papst wollte nur dann die Kultusgenossenschaften gestatten, wenn sie sich dem zuständigen Bischof unterordnen. „Die Kirche bildet eine in sich ungleiche Gesellschaft, bestehend aus Hirten und Herde. Diesem Prinzip zuwider ist die Errichtung von Laiengesellschaften, denen die kirchlichen Gebäude, das Kirchenvermögen, der Kultus, die Seminarien unterstehen sollen. Der Papst protestierte auch gegen die Beseitigung des kirchlichen Budgets, das zum Teil doch nur eine Entschädigung für entzogenes Kirchengut, kein Geschenk darstellt. Der Staat hat diese Verpflichtungen für die seinerzeit eingezogenen Kirchengüter übernommen. „Darum, kraft der höchsten Autorität, die uns Gott verliehen hat, weisen wir zurück und verurteilen wir das Gesetz als tief beleidigend für Gott, den es amtlich verleugnet, indem es als Grundsatz aufstellt, daß die Republik keinen Kultus anerkennt. Wir weisen das Gesetz zurück als eine Verletzung des Naturrechts, des Völkerrechts, der Treue und des Glaubens, die bei Verträgen gelten müssen; als der göttlichen Verfassung der Kirche zuwider,

ihren wesentlichen Rechten und ihrer Freiheit; weil es die Gerechtigkeit umstürzt und die Besitzrechte mit Füßen tritt, welche die Kirche unter vielfachen Rechtstiteln und kraft des Konkordats erworben hat. Wir verwerfen und verurteilen es als schwer beleidigend für die Würde des Apostolischen Stuhles, für unsere Person, für den Episkopat, für den Klerus und alle Katholiken Frankreichs. So protestieren wir also feierlich gegen dieses Gesetz und erklären, daß es niemals gegen die unabänderlichen und unverjährbaren Rechte der Kirche angeführt werden kann, um sie als kraftlos zu erklären." Zum Schluß wendet sich der Papst an die Katholiken Frankreichs: „Ihr kennt das Ziel, das sich die gottlosen Geheimgesellschaften gestellt haben, die euer Haupt unter ihr Joch beugen; denn sie haben selbst mit zynischer Offenheit proklamiert: Frankreich zu entkatholisieren . . . Verzichtet also auf alle Reime der Zwietracht, die etwa unter euch vorhanden sind! Eure Sache ist eine von denen, für deren Triumph jeder gerne etwas von seinen persönlichen Meinungen opfern soll.“ — In seiner Enzyklika vom 10. August an den französischen Episkopat erklärte der Papst, daß er nach reiflicher Erwägung mit seiner apostolischen Autorität die fast einmütige Auffassung der Versammlung der Bischöfe bestätigen müsse. „Deshalb bestimmen wir, daß die Kultusvereinigungen, wie das Gesetz sie auferlegt, unbedingt nicht gebildet werden können, ohne die erhabenen Rechte zu verletzen, die zum Leben der Kirche gehören. Indem wir also diese Vereinigungen verwerfen . . . erklären wir: Es ist nicht erlaubt, einen Versuch mit einer Vereinigungsform zu machen, solange nicht in gesetzlicher Form feststeht, daß die göttliche Verfassung der Kirche, die unabänderlichen Rechte des römischen Papstes und der Bischöfe, wie ihre Autorität über die der Kirche unentbehrlichen Güter, namentlich über die Kultusgebäude, in den erwähnten Vereinigungen vollständig sichergestellt sind . . . Die Kirchenfeinde werden das Volk überreden, daß uns die republikanische Staatsform verhaßt sei, daß wir den Franzosen vorenthalten wollten, was der Heilige Stuhl andern zugestanden habe . . . Das ist geschehen, weil die Sachlage durchaus verschieden und überdies die göttlichen Befugnisse der Hierarchie in bestimmtem Maße geschützt waren. Wenn irgendein Staat sich von der Kirche getrennt hat, ihr aber den Genuß der allen gemeinsamen Freiheit und die freie Verfügung über ihre Güter läßt, so . . . könnte man nicht sagen, daß er der Kirche eine durchaus unerträgliche Lage geschaffen hat. Dies ist aber heute ganz anders in Frankreich. Dort haben die Verfasser dieses ungerechten Gesetzes durchaus kein Gesetz der Trennung, sondern der Unterdrückung machen wollen. Wohl behaupteten sie ein Verlangen nach Frieden, sie versicherten, eine Verständigung herbeiführen zu wollen, aber sie erklären der Landesreligion einen heftigen Krieg, sie werfen die Brand-

Kultus-  
vereini-  
gungen.

fackel der größten Uneinigkeit und heizen Bürger gegen Bürger zum großen Schaden des öffentlichen Wohles selbst . . . Nachdem wir geduldig, aus Liebe zur teuren französischen Nation, Unrecht über Unrecht ertragen haben, sind wir endlich in Gefahr gekommen, die heiligen und letzten Grenzen unserer apostolischen Pflicht zu überschreiten, und erklären, daß wir sie nicht überschreiten können. Vielmehr fällt die Schuld ganz auf jene zurück, die im Haß gegen den katholischen Namen zu solchen Maßregeln gegriffen haben . . . Wir bezweifeln nicht, daß die Katholiken unsere Vorschriften durchaus erfüllen werden. Wir unsererseits werden nicht verfehlen, ihnen durch die Fürbitte Marias, der unbefleckten Jungfrau, die Hilfe der göttlichen Güte zu erlangen."

Da sich also keine Kultusvereinigungen bildeten, drohte der Kultusminister Briand Anfang September in einem Rundschreiben an die Präfekten, daß er der katholischen Kirche die Fortsetzung des Kultus unmöglich machen werde. Aber der Episkopat blieb fest und ließ am 23. September in allen Kirchen einen Hirtenbrief gegen das Trennungsgesetz und die Bildung von Kultusvereinigungen verlesen. Clemenceau polterte in einer Rede vom 30. September gegen die „finstern Mächenschaften der Kirche, welche der Reaktion gegen die Republik als Maske dienen". Die Kirche wolle gegenüber dem Liberalismus der französischen Republik Aufruhr und Bürgerkrieg wiederaufleben lassen, während sie sich gleichzeitig den deutschen Härten unterwerfe. „Die französische Regierung wird aber nicht zurückweichen und keinen fremden Eingriff in ihre Gesetzgebung dulden. Es ist rätselhaft, warum der Katholizismus und der Islamismus gerade von der protestantischen (deutschen) Macht alles Heil erwarten, während Frankreich, das Land der Freiheit, angefeindet wird." Diese Bemerkung gibt einen Schlüssel zum Verständnis tieferer Zusammenhänge der Kulturgeschichte. In den Gebieten des ehemaligen Heiligen Römisch-Deutschen Reichs war eben noch viel mehr katholischer Geist lebendig und politischer Universalismus, als im nur scheinbar katholischen, in Wahrheit seit Jahrhunderten „gallikanischen" Frankreich.

Ende September waren nach dem offiziellen „Journal" einundfünfzig Kultusvereinigungen gebildet, davon aber nur zwei katholische. Das war eine große Verlegenheit für die Regierung. Briand, der Kultusminister, erließ im Dezember ein Rundschreiben an die Präfekten über die Kultusausübung in den Fällen, wo sich keine Kultusvereinigungen gebildet hatten. Er gestand darin den loyalen Priestern das Recht zu, im Rahmen der Bestimmungen des Gesetzes von 1881 Gottesdienste abzuhalten und erklärte, daß die Kultusgebäude und das darin enthaltene Mobiliar ihren früheren Bestimmungen erhalten bleiben sollten, daß aber der Geistliche lediglich als ihr Inhaber ohne irgendein juristisch verfechtbares Besitzrecht anzusehen sei. Er soll keinerlei Verwaltungshandlungen vornehmen, noch auf Grund der Benutzung der Kirche oder der darin enthaltenen Gegenstände,



die dem Staate oder den Gemeinden gehören, eine Vergütung erhalten können. Doch darf er bei Ausübung seines Amtes Spenden entgegennehmen. Die Gemeinden sollen unter gewissen Bedingungen sofort in den Besitz der Pfarrhäuser, der Erzbistümer und Bistümer und der Seminare treten.

Auf die Anfrage mehrerer Bischöfe, ob die Geistlichen die vom Gesetz vorgeschriebenen Anmeldungen abgeben sollten, erwiderte der Papst, der Kultus solle in den Kirchen ohne jede Erklärung an die Behörden fortgesetzt werden. Die radikalen und sozialistischen Kreise sahen diese Entscheidung als religiöse Kriegserklärung an und der Kultusminister wie der Justizminister drohten mit Strafen. Als am 11. Dezember die Frist für die Anmeldung der Kultusvereine abgelaufen war, erklärte Briand: „Die katholische Kirche, welche ein sie begünstigendes Gesetz abgelehnt hat, wird sich eben dem gemeinen Recht unterwerfen müssen. Da der Artikel I des Trennungsgesetzes erklärt, daß die Republik die freie Ausübung der Kulte verbürge, wird der katholische Kultus wie jeder andere ausgeübt werden können. Der Pfarrer wird in der Kirche seine Messe lesen und predigen können, wie gewöhnlich; aber es wird ihm nur die Benutzung der Kirche gestattet sein, während er, wenn sich eine Kultusvereinigung gebildet hätte, gewissermaßen Eigentumsrecht gehabt hätte. Der Pfarrer wird also die Kirche nur dank der Duldung des Staates oder der Gemeinde benutzen können, während er es auf Grund eines durch Gesetz verbürgten Rechtes hätte tun können. Ebenso wird das vierhundert Millionen Franks betragende kirchliche Vermögen, welches den Kultusvereinigungen hätte zufallen können, unter Sequester gestellt werden. Für die Gläubigen wird nichts, für die Geistlichen aber alles geändert sein.“ Zugleich wies die Regierung den päpstlichen Geschäftsträger aus und nahm in der Nuntiatur Haussuchung vor. Ein Gesetzesentwurf vom 14. Dezember sprach den Gemeinden, den Departements und dem Staat das sofortige Eigentumsrecht an Kirchen, Pfarrhäusern, bischöflichen Palästen und Seminargebäuden zu. Es bedrohte jene Priester mit der Entziehung der Pension, die Gottesdienst halten, ohne das Gesetz anerkannt zu haben. Das Gesetz wurde am 24. Dezember angenommen. Anspruch auf lebenslängliche Pensionen hatten 16.278 Priester, auf eine achtjährige Zulage 13.031, auf eine vierjährige 8991 (die kürzere Zeit im Amte standen). In Savoyen wurden sieben Bürgermeister abgesetzt, weil sie die Sequestration der Kirchen und Pfarreien durchzuführen verweigerten.

Kultus-  
vereine.

Der Papst protestierte noch am 21. Dezember allen Regierungen gegenüber gegen die in der Pariser Nuntiatur vorgenommene Haussuchung, gegen die Fortschaffung verschiedener Schriftstücke und die gewaltsame Austreibung des Monsignore Montagnini; ein solches Vorgehen sei ungeheuerlich und stehe bei zivilisierten Nationen beispieless da. „Selbst

Monta-  
gnini.

wenn die diplomatischen Beziehungen zwischen zwei Staaten aufhören, so respektiert man doch den Wohnsitz und das Archiv der fremden Vertreter. Die französische Regierung hat aber Kataloge und Akten und einen Schlüssel für Telegramme fortgeschafft. Dies ist eine schwere Beleidigung für alle zivilisierten Mächte.“ — Gleichzeitig wurden den Vertretern des Heiligen Stuhles in einem Zirkular die Gründe für die Haltung gegenüber dem Gesetz von 1905 dargelegt: „Das Gesetz übertrug die Rechte der kirchlichen Behörden an Verbände, die sie der Hierarchie entzog und unabhängig machte, um sie der Jurisdiktion einer weltlichen Behörde zu unterstellen.“ Das konnte der Papst unmöglich zugeben.

Arbeiter  
frage.

Im übrigen genehmigte die französische Kammer ein Gesetz über Altersversicherung (23. Febr.). Der Minister des Innern Clemenceau sagte am 18. Juni in der Kammer: „Das Bestreben des Arbeiters, seine Lage auch durch Streiks zu verbessern, ist unzweifelhaft berechtigt, aber kein Streikender hat das Recht, einen Berufsgenossen, der Familienlasten zu tragen hat und der deshalb weiterarbeiten will oder muß, zum Feiern zu nötigen. Das Programm der Sozialisten deckt sich zu einem sehr erheblichen Teil mit dem der bürgerlichen Radikalen, meiner Parteifreunde. Das gilt vom achtstündigen Arbeitstag, der progressiven Einkommensteuer, der Verstaatlichung der großen Monopole. Man möge zunächst mit dem Ankauf eines Eisenbahnnetzes beginnen. Die weitergehenden Forderungen der Sozialisten, so das Enteignungsverlangen werden wir prüfen, sobald Jaurès sie formuliert haben wird. Ich bin indes der Überzeugung, daß das individuelle Eigentum noch lange Zeit bestehen und mancherlei Wandlungen durchmachen wird. Darüber ist man auch im sozialistischen Lager verschiedener Ansichten. Nach dem deutschen Sozialisten Bernstein sei da nicht viel zu erhoffen. Manche Theorien der französischen Sozialisten seien von den deutschen entlehnt. Auch Christus hat die Menschheit erneuern wollen, aber dessenungeachtet sind Gewalttätigkeiten nicht aus der Welt verschwunden. Nicht die Form der Gesellschaft, sondern den Menschen muß man bessern.“ — Das Gesetz, das die Sonntagsruhe für die Angestellten vorschrieb, fand starke Opposition in den Gewerben, trotz der vielen Ausnahmen, die es zuließ. — Als die „Humanité“, das Organ des sozialistischen Abgeordneten Jaurès, in finanzielle Schwierigkeiten geriet, brachten die französischen Sozialisten nur 10.000 Frank auf, die deutschen 25.000.

Dreyfus.

Endlich hob der Kassationshof in Paris das Urteil des Kriegsgerichts in Rennes gegen Dreyfus auf (11. Juli) und sprach ihn von aller Anklage frei, da die damals vorgebrachten Beweisstücke gefälscht seien. Bei der Debatte über diese Dinge kam es in der Kammer zu einer Schlägerei. Dreyfus wurde Major und erhielt das Kreuz der Ehrenlegion. Die ganze Sache warf jedenfalls das schlechteste Licht auf französische Rechtspflege und Regierungspraxis, wie man sich auch dazu stellen mochte.

Paul Sabatier schrieb im Sinne der Regierung die Schrift „A propos de la séparation des églises et de l'état“. Er sah in der neuen kirchenpolitischen Gesetzgebung das natürliche Ergebnis einer langen Entwicklung,

die notwendige Folge einer Umwandlung und Umstimmung der Volksseele seit 1789.

Während Frankreich vor einem Jahrhundert bevölkerter war als Deutschland, während beide Gebiete um 1850 etwa die gleich große Bevölkerung von 35 Millionen besaßen, hatte das Deutsche Reich jetzt 60 Millionen gegenüber 38 bis 39 Millionen Frankreichs. Die Kinderzahl in den Ehen betrug in Frankreich durchschnittlich 2·7, in England 3·7, in Deutschland 4·4.

Oskar A. S. Schmitz (Isle Adam) schrieb über „die französische Kultureinheit und den Absolutismus“ (Allg. Ztg., 19. Nov.).

Das Buch „Er“ von John Grand Carteret enthielt 348 Parikaturen des Deutschen Kaisers; es wurde verboten, aber auf besondere Anordnung des Kaisers wieder freigegeben.

Zwei französische Professoren am Lycée Michelet, Bauer und Sigwalt, gaben seit achtzehn Jahren monatlich zweimal bei Hachette eine „Deutsche Zeitung für die französische Jugend“ heraus. Ch. Sigwalt gab nun auch eine deutsche Chrestomathie von Klopstock bis Rich. Dehmel. Ernest Seillière schrieb die kritische Studie über Nietzsche „Apollo oder Dionysos?“ Sie wurde von Th. Schmidt übersetzt.

Henry Poincaré schrieb über den „Wert der Wissenschaft“; das Buch wurde ins Deutsche übersetzt von E. und S. Weber. „Nur der Gedanke ist von Wert. Das Leben ist zwar nur eine kurze Episode zwischen zwei Ewigkeiten des Todes, aber dieser Blitz ist alles.“ (Er ist ein Better des bekannten Politikers.)

Baron Meneval schrieb über „Napoleon und Marie Louise“. Das Buch wurde übersetzt.

Der greise provenzalische Dichter Frederic Mistral gab, provenzalisch und französisch, seine Memoiren heraus.

Bayle-Stendhal wurde immer modischer (Allg. Ztg., Nr. 114).

Corneille erhielt erst zu seinem dreihundertsten Geburtstag ein Pariser Denkmal von Allouard. Mounet-Sully rezitierte das Festgedicht, es wurde eine ganze Woche lang im Theater Corneille gespielt.

„Gedanken und Grundsätze“ von Bauvenargues, übersetzt von E. Stöpler, erschienen als elfter Band der „Fruchtschale“, mit Vorwort von Ellen Key. Er schien ein Vorgänger Nietzsches zu sein.

Der Lehrstuhl für Physik des verunglückten Pierre Curie wurde seiner Gattin und Mitarbeiterin Marie Curie übertragen; sie war der erste weibliche Universitätsprofessor. Beide zusammen hatten das Radium entdeckt. Curie.

A. Lohr zeigte, wie unreal Maupassant den deutschen Soldaten in seinen chauvinistischen Erzählungen behandle (Allg. Ztg., Nr. 88).

Robin schenkte der Universität Jena eine Minervabüste aus Bronze zum Dank dafür, daß man ihn bei Gelegenheit der Schillerfeier 1905 zum Doktor ernannt hatte (All. Ztg., 26. Juli).

Ein Denkmal für Alexander Dumas den Jüngeren von René de Saint-Marceaux wurde zu Paris enthüllt (All. Ztg., 21. Juni). Weibliche Schemen schweben am Sockel zum Dichter empor. — Das schöne George-Sand-Denkmal für den Luxemburg-Garten in Paris wurde von Fr. Sicard modelliert (All. Ztg., 1. März). — In Berlin wurde eine Constantin-Meunier-Ausstellung



veranstaltet, mit dem Hauptwerk „Triumph der Arbeit“ (Ill. Ztg., 25. Jan.). — Felix Borchards Gemälde „Kaiser Wilhelm II. als Jäger“ wurde im Pariser Salon ausgestellt (Ill. Ztg., 3. Mai).

In Frankreich wurden bereits für das Heer lenkbare Ballons nach dem System Lebaudy gebaut. — Santos-Dumont manövrierte mit seiner primitiven Flugmaschine mit steigenden Aussichten (Ill. Ztg., 13. Dez.). — Beim Gordon-Bennett-Rennen der Luftschiffe in Paris 30. September waren nur unlenkbare beteiligt.

#### Italien.

In Italien wurde das Ministerium Fortis von Sonnino (1. Febr.), dieser von Giolitti (29. Mai) abgelöst. Ein im Februar veröffentlichtes Grünbuch hatte die Tendenz, zu zeigen, daß Österreich zusammen mit Rußland den Anteil der andern Mächte, besonders Italiens, an der Neuordnung in Makedonien zu beschränken suchte. Man war auch verstimmt darüber, daß französische Truppen die Oase von Dschanet, südlich von Tripolis besetzten. Es konstituierte sich ein allgemeiner katholischer Wahlverein. Ein Generalfstreik in Turin und anderwärts am 10. Mai verlief schon am zweiten Tag ergebnislos; daraufhin legten sozialistische Abgeordnete ihre Kammermandate nieder.

Der sechste Weltpostkongreß zu Rom (7. April bis 26. Mai) setzte ein einheitliches Weltporto fest. Seit dem letzten Kongreß zu Washington, 1897, waren schon neun Jahre statt der vorgesehenen fünf vergangen.

Es bestand der großartige Plan, mit einem internationalen Kapital Herkulanum völlig auszugraben (Allg. Ztg. Nr. 247).

Das größte Denkmal der Welt sollte das für Viktor Emanuel II. in Rom werden: ein großer Pflanz (Ill. Ztg., 27. Sept.). — L. Bistolfi schuf ein Kriegerdenkmal „La Patria“ für Turin in Erinnerung an die Turiner Schlacht von 1706, in der Prinz Eugen die Stadt von den Franzosen befreite. Diesem Siege der kaiserlichen deutschen Waffen verdankte Piemont seine Selbständigkeit, Savoyen die Krone und Italien seine ganze Zukunft (Ill. Ztg., 25. Okt.). — L. Bistolfi in Turin modellierte das Grabdenkmal Segantinis in Majola: eine nackte Frau, die aus dem Fels herauswächst, und eine Schafherde (Ill. Ztg., 14. Juni). — Am Mazzini-Denkmal für Rom von Ferrari tobt alles in chaotischem Geist und Gezerre (Ill. Ztg., 6. Sept.). — Der alte Dom in Neapel erhielt eine neue nüchterne Fassade (Ill. Ztg., 1. Febr.). — Auf der internationalen Ausstellung in Mailand trat das Bild „Selig sind die Friedfertigen“ von G. Pennacilico rühmlich hervor. — Man klagte über die immer weiterschreitende Zerstörung des Abendmahls von Leonardo da Vinci (Ill. Ztg., 12. April). Die einzig zuverlässige Reproduktion des Meisterwerks ist das vor hundert Jahren entstandene Mosaik, das sich jetzt in der Minoritenkirche zu Wien befindet.

Graf Almerico da Schio machte kleine Versuche mit seinem kleinen lenkbaren Ballon (Ill. Ztg., 10. Mai).

Graf Pier Desiderio Pasolini schrieb die historische Vision: „Die Säkularjahre“ eine großangelegte weltgeschichtliche Übersicht vom römischen Stand-

punkt aus. Das Buch wurde überfetzt von Meta v. Salis-Marschlin. Helmolt äußert sich bewundernd darüber in der „Allgemeinen Zeitung“ Nr. 277.

Der Jesuit Grisar urteilte sehr kritisch über die Reliquien der Kapelle Sancta Sanctorum zu Rom.

Der neue Jesuitengeneral Franz X. Wernz war ein Deutscher, geboren 1842 zu Rottweil in Württemberg, erzogen in Feldkirch, Lehrer in Ditton-Hall. Er war der 25. General des Ordens, nach 11 Italienern, 5 Spaniern, 3 Belgiern, 2 Deutschen, 1 Tschechen, 1 Polen und 1 Niederländer. In der englischen und französischen Presse wurde die tolle Verdächtigung verbreitet, Kaiser Wilhelm habe die Hand im Spiele gehabt, diese Wahl sei eine neue Frucht der Versöhnungspolitik. Wernz.

Die römischen Katholiken beschäftigten sich mit dem Spiritismus. Lapponi, der Leibarzt Leos XIII. schrieb über „Hypnotismus und Spiritismus“. Auch Lépiciér, Theologieprofessor an der Propaganda, vertrat die dämonologische Hypothese in einem englischen Werk „The unseen World“.

Kardinalvikar Respighi verbot durch ein im offiziellen Teil des „Observatore Romano“ publiziertes Dekret das eben erschienene Werk des Abbé Houtin „La Question biblique au 20. siècle“. Durch diese ungewöhnliche Houtin. Maßregel wollte man offenbar eine geplante italienische Übersetzung rasch verhindern.

Durch ein Dekret der Indexkongregation wurde am 6. April Fogazzaros konfessioneller Roman „Der Heilige“ verurteilt. Der Roman erschien eben auch in Übersetzung im „Hochland“ sowie in der „Revue des Deux Mondes“. Das Weitererscheinen wurde eingestellt, nicht ohne lebhafte Erörterungen für und wider den Index. In einer Streitschrift gegen den „Heiligen“ von Fogazzaro zeigte Forbes, daß es dem reformkatholischen Dichter keineswegs gelungen sei, Wissenschaft und Glauben zu versöhnen, daß er vielmehr den Katholizismus „zu einer Art rationalistischen Methodismus“ umgestaltet habe (Allg. Ztg., Nr. 171). — Die „Allgemeine Zeitung“ zeternte (19. April): „Es ist erreicht!“ Wir haben „die Klugheit der römischen Kurie gewaltig über-, die Wühlarbeit der intransigenten Richtung aber ebenso sehr unterschätzt. Diese neueste Tat zeigt, wie unrecht jene hatten, die sich von dem Pontifikatswechsel einschneidende Reformen versprochen. Erst Bonomelli, dann Fogazzaro. Beide glühende italienische Patrioten und nicht minder glühende Katholiken, beseelt von ernstem Eifer für die Verwirklichung des christlichen Ideals. . . Es ist wohl kein Zufall, daß der Präsekt der Indexkongregation, der deutsche Kardinal Steinhuber, Jesuit ist! Nicht nur, daß man den verhassten liberalen Reformkatholiken mundtot machen zu können glaubte, man erblickte auch darin eine hochwillkommene Gelegenheit, der rasch emporgeblühten, viel zu freien Zeitschrift „Hochland“ Steine in den Weg zu legen, ihr die weitere Existenz womöglich zu untergraben. Nicht weniger als drei Aufsätze in den „Stimmen aus Maria-Baach“ hat P. Alex. Baumgartner, S. J., an den literarischen Totschlag des Dichters gewandt.“ Fogazzaro.

Die Betrachtung der inneren Verhältnisse des Deutschen Reichs Deutsches Reich. beginnen wir mit den sozialen Bewegungen. Die Lage der Landwirtschaft hatte sich gebessert. Die Sozialdemokraten demonstrierten am 21. Januar gegen das preußische Wahlrecht. Auf eine Interpellation im Herrenhaus

Bülow. 25. Januar erwiderte Fürst Bülow: „Ich erkenne die Gefahren der Sozialdemokratie nicht und habe die bürgerlichen Parteien wiederholt darauf hingewiesen. Der Tyrannei der Straße beugen wir uns nicht. Durch Demonstrationen und Drohungen lassen wir uns nichts abtrotzen. Erzeße und Revolutionen werden wir nicht dulden. Die Regierung hält eine Vermehrung ihrer Befugnisse bis jetzt nicht für nötig; von ihren gesetzlichen Befugnissen aber wird sie entschlossen Gebrauch machen... Die Parteien würden der gemeinsamen Sache viel mehr nützen, wenn sie angesichts des gemeinsamen Gegners den innern Streit untereinander zum Schweigen brächten und den Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente zum Kampfe gegen die revolutionäre Sozialdemokratie anbahnten.“

Das preußische Landesökonomikollegium faßte am 4. Februar weit-  
 ausgreifende Beschlüsse über innere Kolonisation. — Staatssekretär  
 Graf Posadowsky hob im Reichstag 6. Februar die günstige Wirkung  
 der Sozialpolitik auf die Arbeiter hervor: „Wenn Deutschland einen solchen  
 industriellen Aufschwung genommen hat, wie kein Land Europas in den  
 letzten Jahrzehnten, so verdankt es dies unzweifelhaft seinem Arbeiterpersonal.  
 Auf seine Bildung und Haltung hat die sozialpolitische Gesetzgebung ganz  
 außerordentlich eingewirkt... Aber das ist der Unterschied zwischen der  
 berechtigten und unberechtigten Arbeiterbewegung, daß die Sozialdemokratie  
 Forderungen stellt, die weder im Gegenwarts- noch im Zukunftsstaat aus-  
 geführt werden können.“ — Über die Forderung des allgemeinen Wahl-  
 rechts in den Einzelstaaten sagte Posadowsky am 7. Februar: „Die  
 Hoffnungen, die Fürst Bismarck an das allgemeine Wahlrecht geknüpft hat,  
 haben sich nicht erfüllt... Meine Bedenken dagegen bestehen nicht darin,  
 daß ich glaube, es könnte bald im Deutschen Reich eine Partei die Mehr-  
 heit erwerben, die auf dem Standpunkt der äußersten Linken steht; ich halte  
 die Grundlagen, auf denen die Sozialdemokratie ihre Agitation aufbaut,  
 für staatsrechtlich viel zu schwach; aber der Grund, weshalb ich Bedenken  
 habe, ist seine Einwirkung auf die bürgerlichen Parteien. Man muß mit großen  
 Effekten arbeiten, um auf die Massen zu wirken. Darin liegt eine große  
 Gefahr. Es gehört ein hohes Maß von Selbständigkeit des Charakters dazu,  
 sich nicht den Wünschen der Masse zu fügen, sondern die Massen zu leiten...  
 Das Deutsche Reich ist ein Produkt der Föderation der Bundesstaaten, den  
 Bundesstaaten ist der Schutz des geltenden Rechtes gesichert. Das Eingreifen  
 in die inneren Verhältnisse der Bundesstaaten würde dem föderalistischen  
 Prinzip, auf dem das ganze Deutsche Reich aufgebaut ist, entgegenlaufen.“  
 Über die Straßendemonstration sagte Posadowsky: „In der sozialdemo-  
 kratischen Presse habe ich immer gelesen: Wir brauchen keine äußeren Macht-  
 mittel, unsere Partei wird siegen mit der Macht des Gedankens. Straßen-  
 demonstrationen scheinen mir aber das nicht zu sein... Wenn das Wahl-  
 gesetz in Preußen so geändert werden soll, daß auch die Arbeiter sich an  
 der preußischen Gesetzgebung beteiligen, was ich wünsche, dann müssen die  
 Arbeiter politisch noch unendlich viel reifer werden, sie müssen ihre Forde-  
 rungen reduzieren auf das, was wirtschaftlich möglich ist, sie müssen den  
 bestehenden monarchistischen Staat und die bürgerliche Gesellschaft anerkennen.  
 Aber wenn das allgemeine Wahlrecht eingeführt würde, um der Sozial-

Wahl-  
recht.



demokratie im preussischen Staat, diesem wunderbaren Gebilde der Geschichte, die Majorität zu sichern, so fände darauf das Wort seine Anwendung: Nur die allergrößten Kälber gehn zu ihrem Schlächter selber.“ — Der Freikonservative Arendt bemerkte noch: „Nichts ist einer Erweiterung der Volksrechte so entgegen, wie die Agitation der internationalen Sozialdemokratie. Aber auch diese Kinderkrankheit wird überwunden werden, und wir werden mit der Sozialdemokratie fertig werden.“ — Stöcker erklärte: „Solchen Leuten (wie Bebel) können wir unmöglich die Mittel in die Hand geben, um ihre Ziele auszuführen. In Rußland haben wir gesehen, was die sozialdemokratische Revolution bedeutet. Ist einmal das Volk losgelassen, dann kann keiner dafür stehen, was geschieht. Das zeigen auch die Dinge in Hamburg. Wir können die Sozialdemokratie nur bekämpfen bis aufs äußerste. Das deutsche Volk ist ja sehr gutmütig. Aber was bietet ihm der ‚Vorwärts‘? Er sagte, erst als die Herren in Kurland aus den Schlössern schossen, seien die Leute vorgegangen. Wenn Sie, Herr Bebel, sich so etwas weismachen lassen, dann sind Sie dümmer als kreuzhageldumm!“

Im preussischen Abgeordnetenhaus legte der Minister des Innern Bethmann Hollweg den Inhalt der Wahlvorlage dar (23. März): „Es ist etwas durchaus Ungesund, es ist ein Unheil, daß wir jede politische Aktion abhängig machen von den Wirkungen, die sie auf die Sozialdemokratie ausübt. Ich erblicke im Streben der Schwachen des Volkes, emporzustreben, ein großes, vielleicht das größte und edelste Gesetz der Menschheit, und auch an der Verwirklichung dieses Gesetzes mitzuarbeiten, muß ein Stolz für jeden Starken sein. Aber parallel muß das Streben gehen, die besten und edelsten Kräfte, die ein Volk und die Menschheit zu produzieren vermag, zu Führern des Lebens zu machen, das sollten auch jene bedenken, die so ungestüm nach einem neuen Wahlrecht rufen und sich als die Vertreter der modernen Entwicklung bezeichnen. Wenn man auf die Stimmen in der Öffentlichkeit hört, dann müßte man glauben, daß wir einer allmählichen Nivellierung rettungslos entgegenneilen. Aber das ist ja gerade das Charakteristische, daß die Kräfte, welche die Produzenten unserer materiellen und geistigen Güter sind, daß das, was wir wollen und erstreben, durchaus nicht etwas Demokratisches ist. Die Erfindungen auf dem Gebiete der Physik, der erobernde Fleiß des Kaufmanns, die Entwicklung der Landwirtschaft, der gewaltige Ansturm der Arbeiterschaft sind Zeichen dafür, daß Triebkräfte in unserm Volk arbeiten, welche nicht nivellierend sind, welche nicht gleichmachen wollen, welche höher hinauswollen. Wenn man nach einer Erklärung trachtet, warum denn die religiösen Dinge unsere Zeit so innerlich aufregen, wenn man sieht, wie unsere Philosophie den großen Aristokraten des Geistes Kant erkannt hat, wie auch unsere Naturphilosophie Wert zu legen beginnt auf die Gewißheit, daß man immer wieder zum Höheren aufsteigen muß: ist es dann Schwärmerei, wenn man

Bethmann.

sagt, daß die Kräfte, welche für unsere Nation bestimmend sind, nicht gleich machen, sondern zu immer Höherem aufsteigen? Diese Kräfte wenden sich mit Unwillen ab von den Auswüchsen einer Bewegung, der nichts Menschliches mehr heilig ist; weil sie keine Achtung vor den ewigen Gesetzen der Liebe und Treue zum Stamm ihres Volkes hat, die nichts will, als ihre Macht zu etablieren auf den Fundamenten des Hasses und Terrorismus. Es bestehen in unserm Volke noch Kräfte, welche dieses Treiben satt sind, und diesen Kräften wird die Zukunft gehören."

Während sozialdemokratische Abgeordnete die Militärverwaltung für Soldatenmißhandlungen verantwortlich machten, führten dies andere auf die durch die Sozialdemokratie bewirkte zunehmende Verrohung der Jugend zurück (30. März).

Der „Vorwärts“ schrieb am 24. März über das neue französische Kabinett: Überraschend sei es, daß in der republikanischen Regierung, die dem Jazismus die Kriegsmittel zur Niederwerfung seines Volkes zuführt, auch ein Sozialist zu finden ist. „Aber diese Tatsache beweist nur, daß die Teilnahme eines Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium in normalen Zeiten nichts sein kann als eine Quelle der Korrumpierung von Sozialisten. Ein Sozialist (Briand), der es in einer Regierung aushält, die in der heutigen Krisis der russischen Demokratie in den Rücken fällt, ist einfach ein ehrloser Lump.“

Zur Durchführung der Reichsfinanzreform beglückwünschte der Kaiser am 21. Mai den Reichskanzler Bülow.

Im preußischen Herrenhaus tadelte am 30. Mai Handelsminister Delbrück die Art, wie die christlichen Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen Ziele verfolgten; sie decke sich nicht mit dem Kaiserhock und dem Hock auf das Vaterland. Man stelle da Forderungen auf, von denen man weiß, daß sie nicht erfüllt werden können, nur um mit den Sozialdemokraten zu wetzeln.

Über die Nützlichkeit eines politischen Generalstreiks erhoben sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei verschiedene Stimmen. Bebel meinte, der Parteivorstand müsse einen Massenstreik eher zu verhindern suchen; früher hatte er den Massenstreik als wirksames Kampfmittel erklärt.

Das Reichsgericht entschied im Juli: „Bojkott oder Streik im Lohnkampf sind nicht rechtswidrig.“ Diese Entscheidung war allerdings zweischneidig für Arbeitgeber und -nehmer.

Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag zu Mannheim 22. bis 28. September erklärte Bebel, der Radikalismus der sozialdemokratischen Prinzipien zwingt die andern Parteien zum Entgegenkommen. „In der letzten Zeit ist so viel die Rede gewesen von der Machtlosigkeit der Sozialdemokratie; kein Wort sei falscher. Ich wage im Gegenteil zu behaupten, keine Partei in Deutschland ist mächtiger; sie beherrscht nach innen wie nach außen unser öffentliches Leben.“ Es wurde allerdings zugegeben, daß die Parteiorganisation noch unvollendet sei; in 33 Wahlkreisen sei noch keine vorhanden, sondern nur in 278 Wahlkreisen, darunter seien aber manche schwache. Im ganzen seien 384.000 Genossen organisiert.

also 12·76 Prozent der abgegebenen Wahlstimmen. Die Presse zähle im ganzen 838.790 Abonnenten. Über den Massenstreik meinte Bebel, er sei noch nicht zeitgemäß, weil die Arbeiter das dadurch zu erlangende preußische Wahlrecht zu lange gleichgültig betrachtet hätten; sie müßten erst noch dafür vorbereitet werden. Dr. Liebknecht verlangte aber einen Generalstreik, falls Deutschland in Rußland intervenieren wolle. Die Partei eröffnete am 15. Oktober eine Arbeiterbildungsschule zur Heranbildung von Agitatoren.

Der Kaiser erließ am 17. November eine Kundgebung zur Erinnerung an den Beginn der neuen Sozialpolitik vor fünfundzwanzig Jahren.

Paul Göhre gab wieder eine „Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters“ heraus, des William Bromme in Ronneburg zum Zweck, die allgemeine Kenntnis des wirklichen Lebens des heutigen Proletariats, und zwar aus der Feder von Proletariern selbst, zu verbreiten. Diese neue Selbstbiographie erschien etwas pathetisch, parteidoctrinär.

Die wichtigen Kolonialfragen führten zu einem scharfen Konflikt zwischen Reichstag und Regierung. Schon am 13. Februar tadelte Spahn die Förderung des Islams in den Kolonien. Es erfolgte Mitte Februar eine Abmachung über die Tätigkeit der Missionsgesellschaften beider Konfessionen in Südwestafrika. Erzberger warf dem Referenten des Kolonialamtes unwahre Angaben vor. Eine Diskussion über die Verwaltung von Kamerun förderte im März neue Klagen zutage. Neuerlich ging Erzberger sehr heftig, Spahn gemäßigter vor. Die Differenz zwischen beiden Zentrumsabgeordneten wurde viel besprochen; die „Kölnische Volkszeitung“ bezeichnete den Vorgang und den Umstand, daß der einunddreißigjährige Erzberger häufig als Fraktionsredner aufträte, als unerwünscht. Aber die Angriffe auf das Kolonialamt häuften sich immer mehr im Juni und Juli. Dessen Leiter Prinz zu Hohenlohe-Schwanburg trat im September zurück; sein Nachfolger wurde Bernhard Dernburg, bisher Direktor der Darmstädter Bank. Dem Reichstag wurde am 22. November eine amtliche Denkschrift über die Kolonien vorgelegt. Fürst Bülow erwies die Notwendigkeit zu kolonisieren aus der deutschen Entwicklung; die augenblickliche Krisis müsse überwunden werden; Fehler seien gemacht worden, aber sie seien nicht unverbesserlich. Es sei ungerechtfertigt, wenn die Presse die sogenannten Kolonialskandale breittrete und den Anschein erwecke, als ob einzelne Fälle typisch seien für die Verseuchung des deutschen Beamtenstandes. Dann sprach der neue Kolonialdirektor Bernhard Dernburg für die neuen Erfordernisse. Bebel griff die Kolonialpolitik scharf an, weil sie die Eingebornen zu Heloten mache. Noeren verbat sich die plumpen und groben Beleidigungen, den Börsenjobber- und Kontorton Dernburgs und wurde deshalb vom Präsidenten Graf Ballesström zur Ordnung gerufen. Am 13. Dezember erfolgte die zweite Beratung und Ablehnung der Nachtrags-

Kolo-  
nien.



forderungen für Südwestafrika. Vergebens mahnte Bülow: „Ich halte mich für verpflichtet, Sie nochmals in letzter Stunde auf die schwere Verantwortung hinzuweisen, welche Sie durch Ihre bevorstehenden Beschlüsse auf sich nehmen. Es handelt sich hier nicht um die Frage, ob für unsere Kolonien einige Millionen mehr oder weniger bewilligt werden sollen. Es handelt sich um die Frage, ob wir unsere Kolonien behaupten wollen oder nicht, ob wir unser Ansehen in der Welt, ob wir unsere Waffenehre gefährden wollen, um eine verhältnismäßig geringfügige Summe zu ersparen, am Ende eines Feldzugs, der uns Hunderte von Millionen gekostet hat...“ Die Ablehnung erfolgte mit 177 gegen 168 Stimmen. Sofort erklärte der Reichskanzler die Auflösung des Reichstags im Namen des Kaisers. — Eine Sonderausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 13. Dezember veröffentlichte eine offiziöse Rundgebung, darin es hieß: „Es handelt sich nicht bloß um Südwestafrika. Wie wir dort durchhalten, ist bei der heutigen politischen Gesamtlage uns selbst und unsern Mitbewerbern im überseeischen Wettkampfe zum Prüfstein geworden, ob Deutschland überhaupt der Entwicklung aus einem europäischen Großstaat zur Weltmacht fähig ist. Wir erleben den Aufschwung des britischen, amerikanischen und japanischen Imperialismus. Frankreich gründet ein riesiges Kolonialreich in Afrika, und Deutschland sollte nicht einmal in Behauptung des Erworbenen Schritt halten dürfen?... Trotz des Ernstes blieb die aus dem Zentrum und der Sozialdemokratie bestehende Mehrheit bei ihrer kleinmütigen Ablehnung.“ Der Reichskanzler richtete über die nun einsetzende Wahlbewegung einen Brief vom 31. Dezember an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, darin es zum Schlusse hieß: „Die Parteien, die am 13. Dezember an der Seite der Regierung standen, werden im Auge zu behalten haben, was sie damals einigte: der Kampf für Ehr' und Gut der Nation gegen Sozialdemokratie, Polen, Welsen und Zentrum...“

Toleranz.

Das Zentrum hatte Ursache, über das Hinziehen seines Toleranzantrags vom Jahre 1902 ungehalten zu sein, da der Bundesrat zögerte, dazu Stellung zu nehmen. Darüber sprach Bachem am 24. Januar im Reichstag. Müller-Meinungen gab wohl zu, die Nadelstiche gegen die Katholiken in mehreren Einzelstaaten seien lächerlich; aber das Zentrum sei auch nicht tolerant, weder religiös noch staatsbürgerlich; es benütze seinen kirchlichen Einfluß zu politischen Gewalttaten, es leiste das Schlimmste an Demagogie gegen Andersdenkende. Dem trat Hertling scharf entgegen: „Das Mittelalter hatte andere Theorien; wir wünschen diese nicht mehr. Ich habe dies schon vor zehn Jahren im Staatslexikon ausgesprochen und wiederholt in Versammlungen, und Sie werden mir wohl zugeben, daß ich von Index und Syllabus etwas verstehe.“ Es wurde auch auf die Intoleranz der Sozialdemokratie hingewiesen. — Die schlesischen Zentrumsabgeordneten sprachen sich im Februar dagegen aus, daß die Zentrumspartei sich sprachlich getrennt

organisiere; das wäre ein großer politischer Fehler. — Großes Aufsehen erregte im März ein Artikel Julius Bachems in den „Historisch-politischen Blättern“: „Wir müssen aus dem Turm heraus“. Er charakterisierte das Zentrum als politische, und nicht als konfessionelle Partei, er forderte Aufnahme von Protestanten, insbesondere von Christlichsozialen, in die Partei. Die protestantische Presse sowie ein Teil der Zentrums Presse lehnte die Anschauungen des Artikels ab. Julius Bachem, der Herausgeber des Staatslexikons, ist vom Reichstagsabgeordneten Karl Bachem zu unterscheiden. — Die Vertreter sämtlicher Zentrumsvereine in Elsaß-Lothringen beschloßen am 11. März die Gründung einer elsass-lothringischen Zentrumsparthei.

Bei der Debatte über die Orden im bayerischen Reichsrat, 28. April, sagte Reichsrat v. Cramer-Klett: „Die Orden der abendländischen Kirche sind die Elite des Christentums, das ist mein Urteil als Protestant. Die Orden sind die Auslese des Christentums, weil sie das Christentum in die Tat umsetzen. Auch in der protestantischen Kirche hat sich die Idee, für ideale Zwecke zusammenzuleben, Durchbruch verschafft in herrlich ausblühenden Diakonissenanstalten. Überall, wo sich Bestrebungen gegen die Kirche breitmachen, wenden sie sich in erster Linie gegen die Orden.“ Erzbischof v. Stein dankte dem Protestanten für diese wohlwollende Besprechung der Ordensfrage. Aber der Oberkonsistorialrat Schneider entgegnete: die Orden haben sich wohl im Mittelalter Verdienste erworben: durch die Reformation sei jedoch die Stellung der Protestanten zu den Orden eine andere geworden. Es sei protestantischer Grundsatz, daß die schönen Tugenden der Nächstenliebe auch ohne Orden gelübt werden können.

Der Verbandstag des deutschen katholischen Lehrerverbandes zu Berlin sprach sich gegen die Simultanschule aus (5. Juni). Und auch die Schuldeputation der bremischen Bürgerschaft sprach sich am 17. Juni in einem Bericht an den Senat gegen die von den bremischen Volksschullehrern angeregte Abschaffung des Religionsunterrichtes in den Schulen aus, da dies eine schwere Schädigung der Kinder in Bildung und Erziehung zur Folge hätte.

An der 53. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Essen 20. bis 24. August nahmen 12.000 Mitglieder teil, es fand ein Festzug von 45.000 Arbeitern statt. Porstch sprach über die Schulfrage, Burlage über die römische Frage: „Der Papst muß frei und wirklicher Souverän sein. Ein gerechter Ausgleich ist auch das beste für Italien. Im eigenen Interesse wünschen wir, daß der Bundesgenosse des Deutschen Reiches ein starker Staat sei; aber die innere Stärke wird erst dann verbürgt sein, wenn die römische Frage gelöst ist, wenn die Kluft zwischen Vatikan und Quirinal überbrückt sein wird.“ Ich selbst war eingeladen, über Volksbildungsbestrebungen zu referieren, über volkstümliche Arbeit in der Presse, in der Schule, Einrichtungen von Volksbüchereien, Vorträgen, künstlerischen Aufführungen. Prof. Zahn sprach über Erziehung durch die Kunst. Lausberg über die Frauenfrage, P. Galen über die Bonifatiusvereine, De Witt zeigte, daß der katholische Glaube an fruchtbringender Tätigkeit im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben nicht hinderlich sei. P. Seiler, S. J., betonte die Wichtigkeit der Kirche für die Lösung

Zentrumsturm.

Orden.

Katholikentag.

der sozialen Frage, die nicht ohne Gerechtigkeit und Liebe zu erreichen sei, viel besprochen wurde die Schlußrede des Kardinals Vanutelli: „Sie stehen groß da in den Augen des Heiligen Vaters, weil Sie, mit solcher Klugheit geschmückt, gern und bereitwillig auf das Wort ihrer Bischöfe und in Ihrem ganzen Vorgehen, möge es sich auf die Religion, bürgerliche und soziale Angelegenheiten beziehen, ihrer und des Heiligen Stuhles Autorität sich unterordnen.“ Die „Kölnische Volkszeitung“ brachte nach einigen Tagen eine Korrektur: die Übersetzung der lateinischen Rede sei ungenau, der Kardinal habe nur von der Unterordnung gesprochen, „soweit es die Religion berührt“.

Schell. Hermann Schell starb am 31. Mai. Er hatte sich der Beurteilung seiner Schriften unterworfen, entwickelte auch keine weitere Tätigkeit mehr, besonders nach dem Tode seines Freundes Franz Klafen, des lebhaftesten Führers der religiösen Reformbewegung († 1902. — Zum Tode H. Schells wurden viele Stimmen für und gegen den unglücklichen Mann laut. Im „20. Jahrhundert“ klang es „wie der Aufschrei eines selbst tödlich getroffenen Herzens“ (Allg. Ztg., Nr. 151). Mit ihm war „eine Säule des wissenschaftlichen, fortschrittlichen Katholizismus geborsten“. S. Merkles „Gedächtnisrede bei der akademischen Totenfeier für H. Schell“ erschien im Druck; er verglich Schell mit dem hl. Paulus, weil „er stets eintrat für den Universalismus der evangelischen Wahrheit und der christlichen Liebe“. Er erschloß „eine erschauernde Perspektive in die Größe und Tiefe des Verlorenen“, wie sich die „Allgemeine Zeitung“ (B . . . r) ausdrückt. Andere anders.

Es gab neun katholisch-theologische Fakultäten im Deutschen Reich mit 98 Dozenten, 1857 Studenten. Dazu kamen 500 Studierende an sechs bayerischen Lyzeen, also zusammen 2357. Diesen standen 193 evangelische Dozenten mit 2594 Studierenden gegenüber.

Emil Jung wollte mit seinem Buch „Radikaler Reformkatholizismus“ die Grundlagen einer „deutschkatholischen Kirche“ legen. — Hermann Grauert schrieb „P. Heinrich Denifle, ein Wort zum Gedächtnis und zum Frieden, ein Beitrag auch zum Lutherstreit“. — Die neue Sammlung „Kultur und Katholizismus“ (München, Kirchheim) umfaßte vorläufig: J. A. Endres, „M. Deutinger“; Ad. Dyroff, „Rosmini“; J. Popp, „Ed. v. Steinle“; J. B. Seidenberger, „D. Willmann“. — Professor Rippold (Jena) hielt einen Vortrag 8. Januar: „Was verdanken die evangelischen Kirchen dem altkatholischen Martyrium?“ Der Evangelische Bund verdanke sein Entstehen dem Streben nach Unterstützung des Altkatholizismus (Allg. Ztg., Nr. 9). — Die deutschen Altkatholiken wählten sich nach Webers Tod den neuen „Bischof“ Josef Demmel.

In der Sammlung „Das moderne Christentum“ veröffentlichte Th. Rappstein das Ergebnis der Rundfrage „Bedürfen wir des Pfarrers noch?“ Einer, D. v. Leirner, antwortete: „Ich hasse diese Art, Stimmen zu sammeln, denn sie ist zwecklos.“ Ein anderer: „Jeder Pfarrer, auch der armeligste Kaplan, besitzt heute eine größere Kulturbedeutung als die Mode dieser einfältigen Rundfragen.“ Ein Berliner Maler: „Ich stehe diesen Fragen zu fern, um mir auch nur das geringste Bild darüber machen zu können“ (Allg. Ztg., 23. Juni).



Hosprediger Paul Graue in Meiningen schrieb das „Unabhängige Christentum“ und die Flugschrift „Wehre dich, evangelische Kirche!“ — Unter dem Titel „Taten Jesu in unseren Tagen“ erschienen „Skizzen und Bilder aus der Arbeit der inneren und äußeren Mission“, herausgegeben von Martin Hennig. — Der bekannte freisinnige Bremer Prediger Albert Kalthoff gab kurz vor seinem Tod in den „Modernen Zeitfragen“ von Landsberg seine Schrift „Modernes Christentum“. — Es erfolgte eine Neuauflage von „Flugschriften aus den ersten Jahren der Reformation“ (Halle). — Otto Pfeiderers Buch über „Religion und Religionen“ ging darauf hinaus, alles als Mittel der Veranschaulichung, als Sinnbild und Gleichnis aufzufassen. — Arthur Drews sagte „Die Religion als Selbstbewußtsein Gottes“. — Das neue Buch von Aug. Wünsche „Die Bildersprache des Alten Testaments“ war wieder ein Beitrag zur ästhetischen Würdigung des poetischen Schrifttums der Bibel. D. Frommel schrieb über „Die Poesie des Evangeliums Jesu“. — Josef Eschebacher schrieb als Jude gegen Harnack über „Das Judentum und das Wesen des Christentums“ mit vollster Kenntnis der Talmude.

In der Diözese Posen-Gnesen hatte Erzbischof Stablewski Posen. (14. Okt.) zu klagen über den unzulänglichen Religionsunterricht der Kinder infolge der inneren größeren Verdrängung der polnischen Muttersprache. Daraus ergab sich ein polnischer Schulstreit mit 150 Strafprozessen wegen Schulstreiks und Interpellationen im Reichstag.

Der Bericht über die Durchführung des Ansiedlungsgesetzes im Osten wies keine ganz günstigen Erfolge aus. Es ergab sich nur eine gewaltige Steigerung der Preise, die für den deutschen Ansiedler oft unangenehmer war als für den polnischen Grundbesitzer. Die Polen blieben wegen ihrer Zweisprachigkeit den Deutschen überlegen. Darum rief man den Deutschen zu: Lerne polnisch, dann werdet ihr konkurrenzfähig sein, und dann bleibt in der Provinz! Immerhin waren bereits 80.000 Deutsche in den Ostmarken angesiedelt; aber andererseits machte die Polenpolitik der Regierung die früher gut patriotisch gesinnten Oberschlesier zu fanatischen Polen. Der deutsche Ostmarkenverein forderte (Marienburg, 25. August) die Regierung zur Verschärfung der Polenpolitik auf.

Der Zentrumsabgeordnete Roeren interpellierte den Reichskanzler wegen des Duellzwangs. Kriegsminister v. Einem entgegnete: „Zur Austragung von Ehrenhändeln besteht bei uns die Sitte des Zweikampfs Duell. in weiten Kreisen der gebildeten Stände“ usw. Bachem erwiderte: das alles stehe aber im Widerspruch mit dem sittlichen Rechtsbewußtsein.

Am 25. Februar begann die Feier der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars. Kaiser Wilhelm sagte bei dieser Gelegenheit zu Fürst Bülow: „Das Staatsministerium hat wiederholt die Freude gehabt, Einwirkungen der Kaiserin und Königin nachgeben und sie ausführen zu können, und so hoffe ich, daß die Herren nicht vergessen, daß die erste Frau Deutschlands wie alle deutschen Frauen mäßigend und leitend auch

auf Ihre Gedanken einwirken soll.“ — Bei der Vereidigung der Marine-  
rekruten in Wilhelmshaven 12. März sagte der Kaiser: „Selbst-  
vertrauen ist gut, aber es muß gepaart sein mit Gottesfurcht, Pflichttreue,  
Berufsfreudigkeit. Hundert Jahre sind seit der Schlacht bei Jena ver-  
gangen. Lernt daraus, daß wahres Gottvertrauen allein stützt im Unglück.  
Das Unglück kommt, wo man Gottesfurcht nicht kennt.“ — Am 1. April  
besuchte der Kaiser das „Kloster“ Drübeck bei Wernigerode und überreichte  
der „Äbtissin“ einen „Girtenstab“. — Der Kaiser ließ im Juli neuerlich  
den Sarg Karls des Großen in Aachen öffnen und zwei kostbare Gewebe  
zur Nachbildung nach Berlin entleihen. — Zur Erinnerung an Friedrich  
den Großen zitierte der Kaiser in Schlesien 8. September den furbranden-  
burgischen Standartenspruch: „Auf Gott vertrau', dich tapfer wehr', darin  
besteht dein Ruhm und Ehr'. Denn wer's auf Gott recht herzhast wagt,  
wird nimmer aus dem Feld gejagt.“ Und den Ausspruch des alten Fritz:  
„Es kommt niemals so gut, wie man es hofft, aber auch niemals so  
schlimm, wie man es fürchtet.“

Hohen-  
Lohe. Als anfangs Oktober die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe,  
des dritten Reichskanzlers, erschienen, war der Kaiser über die darin ent-  
haltenen Indiskretionen empört und telegraphierte an den Chef des Hauses  
Hohenlohe: „Ich lese soeben mit Erstaunen und Entrüstung die Veröffent-  
lichung der intimsten Privatgespräche zwischen Deinem Vater und mir, den  
Abgang des Fürsten Bismarck betreffend. Wie konnte es zugehen, daß  
dergleichen Material der Öffentlichkeit übergeben werden konnte, ohne zuvor  
meine Erlaubnis einzuholen? Ich muß dieses Vorgehen als in höchstem  
Grade taktlos, indiscret und völlig inopportun bezeichnen, da es unerhört  
ist, daß Vorgänge, die den zurzeit regierenden Souverän betreffen, ohne seine  
Genehmigung veröffentlicht werden.“ — Die „Hamburger Nachrichten“ be-  
stritten die Richtigkeit der Bismarck betreffenden Mitteilungen (wohl mit  
Unrecht). Die österreichischen Zeitungen sahen in den Mitteilungen eine  
glänzende Bestätigung der Bundestreue des Kaisers Wilhelm, während Bis-  
marck Österreich an Rußland preiszugeben bereit war. In den „Preussischen  
Jahrbüchern“ führte Professor Delbrück aus, die Denkwürdigkeiten be-  
weisen, daß Bismarck zur Abänderung des Reichstagswahlrechts habe schreiten  
wollen, also ein positives, ausführbares Programm nicht mehr gehabt habe.  
Kaiser Wilhelm habe Deutschland durch die Entlassung vor einer schweren  
Krisis bewahrt. Das ist auch meine Überzeugung.

Im Oktober nahm Kaiser Wilhelm teil an der Hochzeitsfeier von  
Bertha Krupp in Essen mit dem Freiherrn v. Böhlen; er erinnerte im  
Trinkspruch an Kants kategorischen Imperativ: „Mit goldenen Buchstaben  
stehe das Wort Pflicht über den Türen Ihres Heims!“

Fürst Bülow hatte noch im November Gelegenheit, vor dem Reichs-  
tag das „sogenannte persönliche Regiment“ des Kaisers zu ver-  
teidigen: „Bei uns ist das parlamentarische Regierungssystem schon  
deshalb nicht möglich, weil bei uns keine der großen Parteien die ab-  
solute Mehrheit hat. Die Auffassung, als ob der Monarch in Deutschland

keine eigenen Gedanken über Staat und Regierung haben dürfe, ist grundfalsch und widerspricht dem deutschen Staatsrecht, wie auch den Wünschen des deutschen Volks. Das deutsche Volk will keinen Schattenkaiser, es will einen Kaiser von Fleisch und Blut.“

In ein neues Stadium trat die braunschweigische Regent-schaftsfrage nach dem Tode des Prinzen Albrecht von Preußen, des Regenten seit 1885 (13. Sept.). Es konstituierte sich zuerst ein Regent-schaftsrat als provisorische Regierung. Im Landtag wurden die Ansprüche des Herzogs von Cumberland zustimmend besprochen. Der Reichs-kanzler aber widersetzte sich denselben. Auch ein Briefwechsel zwischen dem Herzog und dem Kaiser führte zu keinem Ergebnis. Man wollte weder den Herzog noch einen seiner Söhne zur Regierung zulassen. Der Herzog weigerte sich, auf Hannover zu verzichten und verlangte die Sukzession in Braunschweig für seinen jüngsten Sohn, der dafür auf Hannover ver-zichten wolle.

Braun-  
schweig.

Ein neues Flottengesetz wurde gegen den Widerspruch der Sozial-demokraten angenommen.

Als der Gemeinderat von Waldshut in Baden Mitte April den Bismarckplatz in St.-Josefs-Platz umtaufte, schrieb der katholische „Badische Landsmann“: „Bravo! Es ist an sich ein Zeichen großer Charakterchwäche, daß bei uns im Badenerland Bismarck solche Verehrung genießt. Wir sollten uns doch mehr auf uns selbst besinnen und bedenken, daß Bismarck es war, der uns 1866 den blutigen Krieg aufhalsste und nachher verschiedene Silber-linge abknöpfte. Mögen All- und Stalldeutsche Bismarckssäulen bauen und ihrem Bösen ein Rauchopfer darbringen, das badische Volk als solches hat keinen Teil daran.“

Im Reichstag wurde der Modus der Diäten beraten. Die Rechte beklagte es, daß derselbe nur den Sozialdemokraten zugute kommen werde.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde die Bekämpfung der Schmutzliteratur debattiert (15. Juni). Minister Graf Feilitzsch bedauerte, daß die Bemühungen der Polizei häufig durch die Gerichte illusorisch gemacht würden. Auch die Mißstände im Münchener Kunstleben wurden am 11. Juli vom Liberalen Fischer lebhaft kritisiert; Kultusminister Wehner erkannte die Kritik als zum Teil berechtigt an.

Im preußischen Herrenhaus wurde gegen den fragwürdigen politischen Charakter vieler ausländischer Studenten gesprochen (24. März).

Die Regierung lehnte es ab, die russische Anleihe in Deutschland auf-zulegen (April).

Professor Adolf Harnack wurde zum Direktor der königlichen Bibliothek in Berlin ernannt, wie man sagte, um seiner Lehrtätigkeit ein Ende zu machen.

Eine Denkschrift des Reichsmarineamts über die „Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt“ zeigte, wie bescheiden der Auf-wand im Verhältnis zum gesteigerten Außenhandel war. — Generalleutnant Helmuth v. Moltke wurde zum Chef des Generalstabes der preußischen Armee ernannt, ein Neffe des berühmten Feldmarschalls. — Generalleutnant Alex. Kluck erhielt die Führung des fünften preußischen Armeekorps.



Es wurde ausgerechnet, daß an der Berliner Universität 0·17 Prozent der Hörer ihre juristischen Doctorexamen machen, in Rostock aber 215 Prozent im Fabrikationsbetrieb (Allg. Ztg., Nr. 29).

In Baden wurden seit einigen Jahren auch Mädchen zur gemeinsamen Erziehung in Mittelschulen zugelassen, mit gutem Erfolg, wie es hieß.

Ein Deutscher Monistenbund wurde am 11. Januar in Jena unter dem Ehrenvorsitz Ernst Haeckels gegründet. Er wandte sich gegen „die ständig wachsende Gefahr, mit der Ultramontanismus und Orthodorie unser gesamtes wissenschaftliches, kulturelles und politisches Leben bedrohen“.

Zur Hundertjahrfeier der Erhebung Bayerns zum Königreich erschien das Buch von Th. Bitterauf „Bayern als Königreich 1806—1906“.

Carl Peters schilderte „Die Gründung von Deutsch-Ostafrika“. Leo Graez schrieb über „die Bedeutung und die Aufgaben des Deutschen Museums der Meisterwerke der Naturwissenschaft und Technik“ in München (Allg. Ztg., 13. Nov.). Dazu wurde eben der Grundstein gelegt. Adolf v. Tiedemann erzählte seine Erinnerungen „Mit Lord Ritzener gegen den Mahdi“. Herm. v. Petersdorff schilderte „Die Tat Yorks in neuem Lichte“ (Allg. Ztg., 8. April); aber das hatte bereits W. Oden vor Jahren aus österreichischen Archiven erkannt in seinem Buch „Österreich und Preußen im Befreiungskriege“ (1876—1879). Im Sammelwerk „Weltgeschichte in Charakterbildern“ erschien der Band „Franz von Assisi; die Vertiefung des religiösen Lebens zur Zeit der Kreuzzüge“ von G. Schnürer. Arnold Rowalewski behandelte das Thema „Moltke als Philosoph“.

Klaus Wagner betrachtete entwicklungsgeschichtlich den „Krieg als schaffendes Weltprinzip“ (Allg. Ztg., 14. April): Der Krieg ist die natürliche Völkerauslese, er ist der unersetzbare Entwickler der organischen Weltgeschichte. Ohne Krieg kein glückliches, frohes Völkerwerden, kein Kulturwachsen, keine Kulturverhaltung. Dem widersprach P. Garin (2. Mai).

Georg Kerschensteiner erneuerte seine Schrift über die staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend, die vor fünf Jahren preisgekrönt wurde. — Für die Freunde des humanistischen Gymnasiums in Berlin gab Gustav Roethe eine historische Betrachtung heraus „Humanistische und nationale Bildung“. — Auf der Versammlung für Volkskunde und Volkskunst in Dresden hielt Joh. Fuchs einen Vortrag über „Volkskunst und Volkswirtschaft“ (Allg. Ztg., 4. Okt.).

Ulrich Schmid gab den zweiten Band der „Walhalla“ heraus, „Bücherei für vaterländische Geschichte, Kunst und Kulturgeschichte“. Ich habe auch an dem verdienstvollen Werk mitgearbeitet. — W. Heintzelmann sammelte seine Vorträge und Abhandlungen unter dem Titel „Deutsch-christliche Weltanschauung“. Als deren Vertreter betrachtete er Goethe. — Friedrich Langes „Reines Deutschtum“ gab die „Grundzüge einer nationalen Weltanschauung“. — Prospekte und Inserate verkündeten die Wiedereröffnung von „Schloß Mainberg, eine Freistatt persönlichen Lebens unter Leitung von Dr. Johannes Müller“ (bei Schonungen, Unterfranken). — Rud. Wilmhelmi schrieb die philosophische Skizze „Das Geschlechtsleben eine Kunst“.

Zum hundertsten Geburtstag Max Stirners (Joh. Kaspar Schmidts) wurde dieser „letzte Junghegelianer“ von Ans. Ruest gewürdigt (Allg. Ztg., 25. Okt.). Er schrieb auch das Buch „Max Stirner; Leben, Weltanschauung und Vermächtnis“ (2. Aufl.). A. Martin gab „Max Stirners Lehre“, mit

einem Auszug aus „Der Einzige und sein Eigentum“, in Aphorismenform. — Das Buch „Anti-Rant“ von Jul. Baumann, Professor in Göttingen, bestand aus einem Auszug aus dem „Theätet“ von Rants Zeitgenossen Tiedemann und aus dessen „Idealistischen Briefen“. — Th. Lessings „Schopenhauer, Wagner, Nietzsche“ sollte eine „Einführung in moderne deutsche Philosophie“ sein. — Die Lebenserinnerungen von Moritz Lazarus wurden durch Nahida Lazarus und Alfred Leicht bearbeitet. — G. L. Dankmarschilderte „Die kulturelle Lage Europas beim Wiedererwachen des modernen Aftkultismus“. — Herm. Graf Kenyerling schrieb den Versuch einer kritischen Philosophie „Das Gefüge der Welt“. — P. J. Möbius betrachtete „Die Hoffnungslosigkeit aller Psychologie“. — Paul Natorp gab unter dem Titel „Jemand und Ich“ ein Gespräch über Monismus, Ethik und Christentum“. — Der Reichsgerichtsrat Adelbert Düringer betrachtete „Nietzsches Philosophie vom Standpunkt des modernen Rechts“ und warf dem glänzenden Stilisten Roheit des Urteils, Mangel an sittlichem Empfinden, sadistische Neigungen und verbrecherische Gesinnung vor. Natürlich trägt auch der Stil dasselbe ungesunde Gepräge. — August Horneffer erhob „Nietzsche als Moralist und Schriftsteller“. — Die Schrift von Martin Havenstein „Fr. Nietzsche ein Jugendverderber?“ sollte eine Verteidigung sein. — Raoul Richter gab seine akademische Antrittsvorlesung über „Kunst und Philosophie bei Richard Wagner“ heraus. — B. Schmid gab ein „Philosophisches Lesebuch“ zum Gebrauch an höheren Schulen und zum Selbststudium. — Elisabeth Förster-Nietzsche und Peter Gast gaben Nietzsches Briefwechsel mit Hans v. Bülow und Malwida v. Meysenbug heraus. — Ludw. Goldschmidt richtete gegen die Kant-Ausgabe der Akademie der Wissenschaften die polemische Schrift „Kants Privatmeinungen über das Jenseits“.

Als der Philosoph Ed. v. Hartmann starb, hatte sich auch sein „Negativ-absoluter Endämonismus“ und sein „Transzendental-realistischer Monismus“ überlebt. — In seinen „Beiträgen zur Einführung in die Geschichte der Philosophie“ ging Rud. Eucken auf Nikolaus v. Cues, Paracelsus und Kepler zurück. — In der Flugschrift „Monismus und Naturgesetz“ setzte sich Ernst Häckel mit Fr. Paulsen und Schwolson auseinander; seine Unfähigkeit, einen philosophischen Begriff (z. B. von Gott) zu fassen, war horrend. — August Pauly gab im Buch „Darwinismus und Lamarckismus“ den „Entwurf einer psychophysischen Teleologie“. — Hans Driesch betrachtete den „Vitalismus als Geschichte und Lehre“. — Ed. v. Meyers „Lebensgesetze der Kultur“ sollten ein Beitrag sein zur dynamischen Weltanschauung. — Otto Webers Skizze „Dämonenbeschwörung bei den Babyloniern und Ägyptern“ zeigte die Anfänge aller Dämonologie. — Julius Dutoit übersezte „Jatakam, das Buch der Erzählungen aus früheren Existenzen Buddhas“. — Anton Freiherr v. Dw gab die religionsgeschichtliche Studie „Hom, der falsche Prophet aus noachistischer Zeit“.

Georg Grupp schilderte die „Kultur der alten Kelten und Germanen“ mit einem Rückblick auf die Urgeschichte. — W. Soltan untersuchte „Das Fortleben des Heidentums in der altchristlichen Kirche“. — G. Daenell schilderte „Die Blütezeit der deutschen Hanse“. — Adolf Schraube schrieb eine „Handelsgeschichte der Romanischen Völker des Mittelmeergebiets bis zum Ende der Kreuzzüge“. — „Studien aus Kunst und Geschichte“ wurden dem Prälaten Friedrich Schneider zu seinem siebenzigsten Geburtstag gewidmet

von seinen Freunden und Verehrern. — In den „Büchern der Weisheit und Schönheit“ gab R. Stord „Mozarts Briefe“ heraus, früher auch schon Beethovens Briefe.

Stift. =  
polit.  
Blätter.

Den 137. Band der „Historisch-politischen Blätter“ leitete meine Neujaarsbetrachtung „Ein katholisches Kulturprogramm“ ein. Ein „Rückblick und Ausblick zur Jahreswende“ stellte fest, daß durch alle Erfindungen und Fortschritte das Entsetzliche des Krieges nur vermehrt werde; aus dynastischen Kämpfen sind nationale Vernichtungskriege geworden; denn die Völker sind wütiger und rachgieriger als die einzelnen. — Die Erinnerung an den irischen katholischen Dichter Aubrey de Vere wird aufgefrischt. — Der Lutherkämpfe W. Walter wird geschildert nach seinem Buch „Für Luther, wider Rom“. Darin beklagt er sich nicht nur über Denifle, sondern auch über den Protestanten Hausrath, der „nach unserer Überzeugung dem großen Gottesmenschen Luther nicht geringes Unrecht antut und zu Urteilen kommt, die von römischen Skribenten mit Jubel akzeptiert und zur Lästerung der Reformation verwandt werden können“. — Max Fürst bespricht die Schrift von Ansgar Böllmann „Vom Wesen der hieratischen Kunst. Ein Vorwort zur Ausstellung der Beuroner Kunstschule in der Wiener Sezession 1905“. — Noch immer wurde in Mecklenburg gesungen: „Erhalt uns, Herr, bei deinem Wort, und steur' des Papsts und Türken Nord!“ und: „So wahr Gott Gott ist und sein Wort, muß Papst, Teufel und Höllensport endlich werden zu Schand und Spott . .“ (S. 246). — Nun folgt der berühmte Artikel von Julius Bachem „Wir müssen aus dem Turm heraus!“ Und der Nachtrag (S. 503) „Nochmals: Wir müssen aus dem Turm heraus!“ Bachem bemerkt, daß die meisten Kritiker seinen Hauptsatz nicht gelten lassen wollten, daß das Zentrum eine politische und keine konfessionelle Partei sei. Jedenfalls blieb die Anregung rein akademisch, ohne praktische Wirkung. — R. Fuchs schreibt über Friedrich Halm. — Die im Jahrbuch der Zeugesellschaft „Die Kultur“ herausgegebenen Fragmente aus dem Nachlaß Belcredis werden zu einer Betrachtung über die Genesis des Krieges 1866 verwendet. — Rappolla hatte die Muße, die ihm seit zwei Jahren geworden, zu einem Werk über die heilige Melanie verwendet; dies wird besprochen. — B. M. Steinmetz berichtet über P. Balthasar Gracian, S. J., einen spanischen Streiter für Persönlichkeit, bekannt durch sein von Schopenhauer übersetztes „Handorakel“. — Krueckemayr erwidert Seite 676: „Müssen wir aus dem Turm heraus?“ und schließt nach eingehender Erörterung der Frage: „Nach all dem werden wir wohl am besten tun, in unserem Zentrumsturm zu bleiben und, statt Konfessionspolitik zu treiben, denselben nach Kräften weiter auszubauen.“ — J. Sörensen kritisiert drei Dramen Gerhart Hauptmanns und seinen „schönen und frivolen Mißbrauch mit dem Christentum“ (S. 810). Es ist keine Poesie der Höhen, sondern der nebligen Niederungen. Der Dichter hat alles dem modernen Tage geopfert; nichts wird dem untrüglichen Urteil der Zeit standhalten (S. 927). — Im 138. Band ergreift zur Lutherbiographie M. Grabmann das Wort. — Joh. Mayrhofer schildert Ibsen in seinen Briefen. — Urkundliches über Loreto bringt H. Kellner. — J. Gäßner wirft einen Blick „vom Kosmopolitismus der Aufklärung zum Chauvinismus unserer Tage“. — Die Schrift des Jesuiten H. A. Krose über den „Selbstmord im 19. Jahrhundert nach Staaten und Verwaltungsbezirken“ wird besprochen. — Ferner der Aufruf des jungdeutschen Kulturbundes an Pro-



fessoren und Studenten, der da „Überkonfessionelle moderne Kulturpolitik“ verlangte. — Ebenso das Prachtwerk von P. M. Baumgarten: „Der Papst, die Regierung und Verwaltung der heiligen Kirche in Rom“. — Sodann das Werk von Thureau-Dangin über die Oxfordbewegung. — Die „Preußischen Jahrbücher“ hatten einen Preis ausgeschrieben für „ein Wort zum konfessionellen Frieden“. Darauf antwortete Professor Franz Heiner in Freiburg mit der Schrift „Geisteskampf und Reformkatholizismus“. — Joh. Ranftl schrieb über „Romantik und Prärafaelismus“; W. Schleußner über Anton Fogazzaro; H. Grauert über Denifle. — Hans Eibl schreibt über „Kralik als Philosoph“. — Die mohammedanische Renaissance in Ostindien findet aufmerksame Beachtung. Ebenso das zweibändige Werk von Franz Krauß „Der Völkertod, eine Theorie der Dekadenz“. Sodann die Gedichte von Ansgar Albing und das Buch von Emil Faguet „L'Anticlericalisme“. Dem Pech, daß man in Berlin das Erscheinen von Hohenlohes „Denkwürdigkeiten“ nicht zu verhindern mußte, wird das neue Pech des Schuster-Hauptmanns von Köpenick an die Seite gestellt (ein Schuster hatte sich in Berlin für einen Hauptmann ausgegeben und einen festen Handstreich auf eine Gemeindefasse ausgeführt). — Hans Krost kämpft den Kampf gegen den Alkohol. — Pius X. wird als kirchlicher Reformator geschildert. — Petry berichtet über „Don Bosco und sein Werk“. — Ernst H. Kley stellte wieder die Frage „Das Zentrum eine konfessionelle Partei?“ und zeigte, daß die gegnerischen Parteien gar sehr konfessionelle Parteien seien, und daß umgekehrt konfessionelle Vereinigungen der Gegenseite auch Parteipolitik treiben. Damit scheint er mir das Wesen der Frage zu treffen. — F. Pietsch betrachtet „die religiöse Zukunft des Judentums“.

Gegen Heine schrieb Adolf Bartels „Heinrich Heine. Auch ein Denkmal“. Für ihn Hermann Hüffer in den von Ernst Elster nach Hüffers Tode gesammelten Aufsätzen.

Gerhart Hauptmann schrieb zu seinen „Gesammelten Werken“ das Vorwort: „Allem Denken liegt Anschauung zugrunde. Auch ist das Denken ein Ringen, also dramatisch . . . demnach halte ich das Drama für den Ausdruck ursprünglicher Denktätigkeit, auf hoher Entwicklungsstufe . . . Aus dieser Anschauungsart ergeben sich Folgerungen, die das Gebiet des Dramas unendlich erweitern, so daß nichts, was sich dem äußeren oder inneren Sinn darbietet, von dieser Denkform, die zur Kunstform geworden ist, ausgeschlossen werden kann . . . Meine dramatischen Arbeiten wollen verstanden werden als natürlicher Ausdruck einer Persönlichkeit. Im übrigen muß es ihnen überlassen bleiben, ihr Leben, wie bisher, zwischen Liebe und Haß selbst durchzusetzen. Venedig, Ende Oktober 1906.“ Ich hasse G. Hauptmann ebensowenig, als ich seine Werke liebe; ich bedauere sie als eine tiefe Schädigung deutscher Kultur und deutschen Geistes. — Gerhart Hauptmanns neues Drama „Und Pippa tanzt“, ein „Glashüttenmärchen“, wurde in Berlin mit Beifall und mit Pfeifen aufgenommen. — Rich. Meister sagt in der „Allgemeinen Zeitung“ Nr. 302 mit Recht von G. Hauptmanns „Und Pippa tanzt!“. „Also wieder eine Tragödie der Unzulänglichkeit, wie Rosmersholm, Baumeister Solneß, Einsame Menschen, Versunkene Glocke.“

Der Dichter Heinrich Hart starb, mit seinem Bruder ein Vorkämpfer der Moderne durch die „Kritischen Waffengänge“ 1882—1886, denen 1878 die „Deutschen Monatsblätter“ vorangegangen waren, 1889 und 1890 das

Gerhart  
Haupt-  
mann.

H. Hart.

„Kritische Jahrbuch“ folgte. Ihr „Allgemeiner Deutscher Literaturkalender“ wurde 1883 von Kürschner übernommen. Schließlich versuchten sie die neue Zeitschrift „Die neue Gemeinschaft“. Heinrich Harts Hauptwerk war „Das Lied der Menschheit“, eine geschichtsphilosophische Dichtung, 1888 begonnen, auf vierundzwanzig Bände berechnet, aber nach dem dritten Gefang ausgegeben. — „Zehn lyrische Selbstporträte“ vereinigten fünf Vertreter der Moderne mit fünf Alten. — Der Roman „Hilligenlei“ von Frenssen rief eine große Streitliteratur hervor, so zum Beispiel „Frenssens Jesus“ von Ernst Schütz. — Über den unbefriedigenden Abschluß der Wartburgtrilogie Vienhardts durch „Luther“ habe ich schon gesprochen. Die Trilogie schreitet nach der tetralogischen Ergänzung durch das romantische Wartburgfest 1817. — F. Vienhard schrieb auch die Frühlingsdichtung „Die Schildbürger“.

Vien-  
hard.

Edmund Lange besprach in der „Allgemeinen Zeitung“ (3. Dez.) die Erzählliteratur der Allgemeinen Verlagsgesellschaft in München (Domanig, de Waal, Cüppers, v. Eckenste, A. Schott, Conte Scapinelli, W. Barry, Sheehan, Handel-Mazzetti, Paul Keller).

Die Statistik der meistgelesenen Bücher des Jahres ergab an erster Stelle Frenssen (Hilligenlei), dann Viebig (Einer Mutter Sohn), M. Böhme (Tagebuch einer Verlorenen), R. Herzog (Die Wiskottens), J. C. Heer (Der Wetterwart), Dmpteda (Herzeloide), Stilgebauer (Götz Krafft); ferner zur Megede, Heyfing, Ernst (Asmus Semper), Lauff, Presber, Doyle (Sherlock Holmes), Ganghofer, Wildenbruch, Hesse, Lovote, Engel.

Adolf Stern schrieb ein neues Epos „Wolfgangs Römerfahrt“, den Kriegszug von 1527 behandelnd. — Otto Erich Hartlebens „Tagebuch“ sollte als „Fragment eines Lebens“ gelten. — Ricarda Huch schrieb den Roman „Die Verteidigung Roms“ (durch Garibaldi) in drei Teilen. — Der Königsroman „Majestät“ von Mich. G. Konrad behandelte das Leben Ludwigs II. von Bayern.

R. Huch.

Karl Felner dichtete „Biblische Impressionen“, Szenen aus dem Neuen Testament in derbrealistischer Manier. — Ernst Baars, Pastor in Bremen, schrieb ein „Jesus“-Drama in liberalem Sinn. — Das Festspiel „Luthers Abschied von der Wartburg“ von Jul. Riffert wurde durch Leipziger Bürger im Leipziger Kristallpalast aufgeführt (Ill. Ztg., 8. Nov.).

Joh. Proelß enthüllte „Scheffels Verhängnis“ in der „Allgemeinen Zeitung“ 6. März. — Paul Heyse wurde angegriffen, weil er von der Hospitalspoesie Ibsens gesprochen hatte (Allg. Ztg., 4. Dez.).

K. G. Kaulfuß-Diesch schrieb als Beitrag zur älteren deutschen Bühnengeschichte über „Die Inszenierung des deutschen Dramas an der Wende des 16. und 17. Jahrhunderts“. — Die Sitte des Weihnachtsbaums und der Weihnachtskrippe wurde wohl mit Recht aus den mit den Weihnachtsspielen verbundenen Adam- und Evaspielen abgeleitet. Der Baum ist der Paradiesesbaum, der Lebensbaum, der Weltbaum (Allg. Ztg., 4. u. 23. Jan. Vergleiche meine Gralsage).

Gottfried Riemann stellte in einer Schrift „Richard Wagner und Arnold Böcklin“ zusammen.

Bild-  
kunst.

H. v. Tschudi gab als Ergebnis der Deutschen Jahrhundertausstellung in Berlin 1906 das Foliowerk heraus „Ein Jahrhundert deutscher Kunst“. Es kamen dabei längst vergessene oder unterschätzte Rich-

tungen zur Geltung; man sah, daß die Wiener lange vor den Parisern das Freilicht entdeckt hatten und ähnliches.

Edm. Hildebrandts „Friedrich Tieck“ war „ein Beitrag zur deutschen Kunstgeschichte im Zeitalter Goethes und der Romantik“. — Heinrich Wölfflin charakterisierte virtuos „die Kunst Albrecht Dürers“. — Bodes Rembrandt-Werk war mit dem achten Band abgeschlossen.

Man feierte zum sechzigsten Geburtstag den Malerpoeten W. Steinhäusen. Über ihn erschien die Monographie von David Koch (Jll. Ztg., 15. Febr.). Der echtdeutsche Maler Karl Haider wurde zu seinem sechzigsten Geburtstag von Aug. Pauly gewürdigt (Allg. Ztg., 6. Febr.).

Fritz v. Uhde malte in seiner Weise die Grablegung Christi (Jll. Ztg., 12. April) und die Predigten am See (3. Mai). — Herkomer schrieb über Lenbach, er sei ein Hellscher, der die Geister der verstorbenen Maler aufrief und in ihrem Geiste schuf: besonders Holbein, Rembrandt und Tizian waren ihm treue dienende Geister (Allg. Ztg., 7. Jan.).

Über die moderne Denkmälerjucht wurde viel hin und her gestritten (Allg. Ztg., Nr. 69 ufw.). — Das kolossale Denkmal Bismarcks in Rolandsgestalt von Hugo Lederer wurde in Hamburg enthüllt (Jll. Ztg., 31. Mai und 14. Juni). Auch das Bismarck-Denkmal für Darmstadt von L. Habich hatte etwas Rolandshaftes (Jll. Ztg., 12. April). — H. Hahns Entwurf eines Moltke-Denkmales für Bremen zeigte den Reiter an die Wand gelehnt nach mittelalterlicher Weise (Jll. Ztg., 18. Okt.). — Für die Maximiliansbrücke zu München schuf Franz Drexler eine monumentale Pallas Athene (Jll. Ztg., 2. Aug.). — Ebenso monumental ist das Reiterstandbild Ottos von Wittelsbach von Georg Wrba auf der Wittelsbacher-Brücke in München. — Eine Ausstellung der Werke von Reinhold Vegas wurde in Berlin veranstaltet (Jll. Ztg., 18. Okt.). — Für den Schlosspark zu Urville (Lothringen) schuf R. Vegas die Statue der Kaiserin Auguste Viktoria (Jll. Ztg., 8. März). — Das Birchom-Denkmal von Fr. Klimsch zeigte auf einem großen Piedestal mit dem Relieffkopf des Gelehrten die Gruppe des ringenden Odipus mit der Sphinx (Jll. Ztg., 10. Mai). — Ganz hübsch war G. Eberleins Vorking-Denkmal für Berlin (Jll. Ztg., 18. Okt.). — Jos. Ehteler schuf eine vorzügliche Büste von Fr. L. Zahn (Jll. Ztg., 19. April). — Fr. Pfannschmidt entwarf das Paul-Gerhardt-Denkmal für Lübben (Jll. Ztg., 8. Febr.). — W. v. Rümmer schuf ein Bettenkofer-Denkmal für München (Jll. Ztg., 15. Febr.). — Die Büste Gottfried Kinkels in Oberkassel von G. Ruz sitzt auf einem jonischen Säulenkapitell mit dem Medaillon seiner Gattin (Jll. Ztg., 8. März).

In Kassel wurde ein Papin-Brunnen von Hans Everding aufgestellt, weil Papin, der kalvinische Physiker, als Emigrant 1687—1707 in Marburg wirkte und 1707 mit dem ersten Dampfschiff die Fulda besuhr (Jll. Ztg., 16. Aug.). — Jos. Magr schuf einen Märchenbrunnen für Leipzig (Jll. Ztg., 14. Juni).

Wichtig für die Weiterentwicklung des modernen Stiles war die Dritte deutsche Kunstgewerbe-Ausstellung in Dresden (Jll. Ztg., 7. Juni).

Joh. Ficker schrieb über „Evangelischen Kirchenbau“ mit Plänen nach Fürstenu u. a.

Für das projektierte Residenzschloß in Posen machte Franz Schwechten einen Entwurf in romanischem Stil (Jll. Ztg., 30. Aug.). — Durchaus

Denk-  
mäler-  
jucht.



romanisch war das neue Regierungsgebäude in Koblenz von Schmidt. — Der Rathausaal in Nürnberg wurde prunkvoll restauriert (Zll. Ztg., 5. April). — Am Fuße des Hohentwiel erhob sich eine mächtige Festspielhalle (Zll. Ztg., 24. Mai, 7. Aug.). Es wurden Bilder aus der vaterländischen Geschichte von Rob. Lorenz „Unter der Reichssturmfahne“ aufgeführt. — Das Rathaus in Ulm wurde erneuert und freigelegt (Zll. Ztg., 18. Juni).

Die zweite internationale Herkomer-Konkurrenz für Automobile spielte sich zwischen Frankfurt, München, Linz, Wien, Klagenfurt, Innsbruck ab. — Zu Ehren der Internationalen Aeronautischen Föderation wurde in Berlin eine Wettfahrt (nicht lenkbarer) Luftballons veranstaltet. — Major v. Parseval manövrierte mit seinem unstarren Motorluftschiff (Zll. Ztg., 27. Sept.). — Zeppelin. Graf Zeppelin unternahm am 17. Januar wieder einen Flugversuch mit seinem lenkbaren Luftschiff, der mit einer unfreiwilligen Landung im Allgäu endete (Zll. Ztg., 25. Jan.). Aber endlich gelang dem Grafen Zeppelin ein völlig erfolgreicher Aufstieg mit seinem neuen lenkbaren Luftschiff am 9. Oktober (Zll. Ztg., 18. Okt.). Die früheren Versuche fanden 1898, 1900, 1905 statt. — In Kiel wurden Unterseeboote gebaut (Zll. Ztg., 2. Aug.).

Öster-  
Ungarn. Ungarn war wegen der Frage seiner „Unabhängigkeit“ in fortwährender Erregung. Man warf dem gemeinsamen Minister des Auswärtigen, dem Grafen Goluchowski vor, er widerstrebe der Trennung der Armee nur im Interesse der auswärtigen Politik. Franz Rössuth aber erklärte in arger Verblendung die Großmachstellung der Monarchie nur für ein dynastisches, nicht für ein ungarisches Interesse. Aber auch die Alldeutschen in Zisleithanien wünschten Aufhebung der Gemeinsamkeit Gautsch. der österreichisch-ungarischen Wehrmacht. Minister Gautsch erklärte dagegen, unverrückt auf dem Boden des Ausgleichs von 1867 zu verharren, das heißt, auf dem Boden der Gemeinsamkeit der Armee mit einheitlicher Leitung und innerer Organisation, die der Monarchie jeden Schutz gewähren könne, dessen sie zur Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgaben nicht entraten könne. Andere Redner betonten, daß bei einer eventuellen Trennung der Armee Ungarn selbstverständlich die ungarische Armee ganz allein vollständig erhalten müsse. Aber Minister Gautsch erklärte wieder am 20. Februar: „Ich bin ermächtigt, zu erklären, daß der der österreichischen Legislative hinsichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten gesetzmäßig zustehende Einfluß stets im vollen Umfange gewahrt bleiben wird. Der österreichische Reichsrat hat daher nicht zu besorgen, durch einseitige Verfügungen vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Ich bin weiter ermächtigt, zu erklären, daß an den erprobten Grundlagen der gemeinsamen Armee, die ihren wichtigsten Stützpunkt in dem durch die Gesetze dem obersten Kriegsherrn zustehenden ausschließlichen Recht auf einheitliche Leitung, Führung sowie auf alle Anordnungen über die innere Organisation der gemeinsamen Armee findet, keine Änderung eintreten wird.“

Dies gilt insbesondere in Beziehung auf die Kommando- und Dienstsprache der gemeinsamen Armee.“

In ungewöhnlicher Weise geschah am 19. Februar die Auflösung des ungarischen Abgeordnetenhauses durch einen königlichen Kommissär, Generalmajor Nyiri, der seinerseits eine Zuschrift an den Präsidenten richtete und durch den Oberst Fabricius das Auflösungsdekret des Königs verlesen ließ. Das Gebäude war polizeilich und militärisch besetzt. Die Auflösung war damit begründet, daß die zur Mehrheit gehörigen koalitierten Parteien die Übernahme der Regierung ohne Beeinträchtigung der im Gesetz gewährleisteten königlichen Rechte auf annehmbarer Grundlage hartnäckig verweigerten und daß demnach eine nützliche Tätigkeit im Interesse des Landes vom Reichstag nicht zu erwarten sei. Die Auflösung wurde als unzweifelhaftes Recht der Krone bezeichnet. Die Entsendung des königlichen Kommissärs, dessen Ernennung unter Gegenzeichnung der verantwortlichen Minister erfolgt war, konnte ebenfalls rechtlich nicht beanstandet werden. Da das Abgeordnetenhaus unrechtmäßigerweise das Verlesen des königlichen Handschreibens verhindern wollte, mußte Oberst Fabricius mit militärischer Bedeckung, aber ohne Gewaltanwendung gegen das Haus, die Vorlesung durchführen.

Während Minister Freiherr v. Gautsch die Reform des Reichsrats auf Grund des allgemeinen Wahlrechts betrieb, protestierte die ungarische Opposition gegen die absoluten militärischen Hoheitsrechte der Krone, die sie nicht anerkennen wollte, und gegen die Handelsverträge, die geschwädigt zustande gekommen seien. Doch schien sich die bisher befolgte entschlossene Regierungspolitik doch zu bewähren. Baron Banffy trat mit seiner „Neuen Partei“ aus der Opposition aus, das Ministerium konsolidierte sich und erhielt Kredit von den Pester Banken. Der gemeinsame Kriegsminister schärfte den Kommandanten ein, den Zivilbehörden bei Unterdrückungen von Unruhen energisch beizustehen. Der Ministerrat löste am 16. März das leitende Komitee der koalitierten Oppositionsparteien des aufgelösten Reichstags auf und verbot dessen weitere Tätigkeit, weil dieses Komitee sich Rechte anmaßte, die nur der Exekutivgewalt zustünden und weil es zum offenen Widerstand gegen gesetzliche Verfügungen aufreizte. Die Regierung ersetzte auch viele oppositionelle Beamte der Selbstverwaltung durch königliche Angestellte.

Im Reichsrat traten in den März-Debatten die Christlichsozialen für das allgemeine Wahlrecht ein; Dr. Weisskirchner bekämpfte die Ansicht, daß dadurch die ungebildeten Elemente oder die Sozialdemokraten ans Ruder kämen. Das sei auch im Deutschen Reich nicht der Fall. Der Sozialist Adler begrüßte die Wahlvorlage mit Befriedigung trotz ihrer Mängel; er erklärte, daß die Sozialdemokratie ein großes Interesse an der gesunden Entwicklung des Staates habe, die Sozialisten hielten auch an ihrer Rationalität fest. Gautsch betonte, die Wahlreform sei nicht im Interesse der Sozialdemokratie eingebracht worden, die Regierung unter-

Wahlrecht.

halte keine Verbindung mit dieser Partei, von deren Anschauungen sie eine weite Kluft trenne. Er habe das neue Wahlrecht eingebracht zur Neubegründung und Befestigung der parlamentarischen Einrichtungen. Die Alldeutschen bestanden auf einer Sonderstellung Galiziens, weil dies allein die mit der Wahlreform verbundene Majorisierungsgefahr abwenden könne. Gautsch erklärte aber, an der Staatseinheit unbedingt festzuhalten.

Wahl-  
reform.

Die vorgeschlagene Wahlreform gab jedem vierundzwanzigjährigen Staatsbürger das aktive Wahlrecht, der seit einem Jahr in einer österreichischen Gemeinde wohnte, das passive jedem dreißigjährigen Staatsbürger, der dem Staat seit drei Jahren angehörte. Von den 455 Mandaten entfielen auf Böhmen 118, auf Galizien 88, auf Niederösterreich mit Wien 55, auf Mähren 44, auf Steiermark 28, auf Tirol 21, auf Oberösterreich 20, auf Schlesien 13, auf Dalmatien 11, auf Krain 11, auf Bukowina 11, auf Kärnten 10, auf Salzburg 6, auf Istrien 5, Triest 5, Gradiska 5, Vorarlberg 4. Das voraussichtliche nationale Ergebnis der Reform stellte sich folgendermaßen dar: Deutsche 205 (bis jetzt auch 205), Tschechen 99 (jetzt 87), Polen 64 (jetzt 72), Ruthenen 31 (jetzt 10), Slowenen 23 (jetzt 15), Serbokroaten 13 (jetzt 12), Italiener 16 (jetzt 19), Rumänen 4 (jetzt 5).

Ende April schlug Gautsch zur Erzielung einer Mehrheit für die Wahlreform noch die Errichtung von 24 neuen Mandaten vor: 12 Deutsche, 10 Polen, 1 Tscheche, 1 Italiener. Dadurch erhielten die Slawen 241, die Deutschen mit den Italienern 238 Mandate, und die slawische Mehrheit sank von 5 auf 3 Mandate. Aber Gautsch drang mit diesen Vorschlägen und denen einer Parlamentarisierung des Ministeriums nicht durch; er trat am 20. April zurück; sein Nachfolger wurde Prinz Konrad zu Hohenlohe-Schillingsfürst, bisher Statthalter von Triest, bekannt als Arbeiterfreund. Er betonte in seiner Programmrede 15. Mai außer der sozialen und politischen Gerechtigkeit der Wahlreform auch besonders die tatkräftige Vertretung der Interessen Österreichs gegenüber Ungarn. Aber gerade daran scheiterte sein kurzes Ministerium. Indessen war näm-

Hohen-  
lohe.

Wekerle.

lich am 8. April auch in Ungarn an Stelle Fejervarys Wekerle mit Andrássy, Apponyi, Kossuth usw. an die Spitze der Regierung berufen worden, was dort mit Jubel als magyarischer Sieg begrüßt wurde. Es ergaben sich sofort Differenzen mit Österreich über die Handelspolitik. Während Hohenlohe auf einen gemeinsamen Zolltarif drang, wurde die ungarische Regierung vom König am 28. Mai ermächtigt, dem Abgeordnetenhaus den autonomen Zolltarif als ungarischen Zolltarif zu unterbreiten. Am selben Tag trat denn auch Hohenlohe von der Regierung zurück, nachdem er kurz vorher auch noch ein Kompromiß für die Wahlreform vorgeschlagen hatte. Darüber war in Österreich große Bestürzung und Unwillen gegen Ungarn. Lueger erklärte, solange der frühere gesetzliche Zustand in den gemeinsamen Angelegenheiten nicht wiederhergestellt sei, würden die Christlichsozialen keinen Kreuzer für die gemein-



samen Ausgaben und keinen Refruten geben. Der dementsprechende Antrag Rathreins wurde mit 240 gegen 8 Stimmen angenommen.

Wekerle legte am 29. Mai im ungarischen Abgeordnetenhaus sein Programm dar: „Die großen nationalen Gedanken, die die Öffentlichkeit beherrschen, können wir in der Übergangszeit nicht verwirklichen. In erster Linie wird die Regierung die Wahlreform auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts durchführen, die Selbstverwaltung stärken, die Auswanderung durch Verschaffung von Arbeitsgelegenheit eindämmen, eine progressive Einkommensteuer vorbereiten, das Zollbündnis mit Österreich durch einen Zollvertrag ersetzen.“ Wenigstens wurde der Ex-lex-Zustand saniert. Über die Nationalitätenfrage sagte Wekerle am 5. Juni: „Die Hauptsache ist die Unparteilichkeit der Verwaltung. Die großen Staatsmänner Ungarns, Deak, Kossuth, Götvös, Andrássy, haben stets in der Nationalitätenfrage einen weitgehenden liberalen Standpunkt eingenommen. Die kulturelle Entwicklung der Nationalitäten, die Freiheit Schulen zu errichten, wollen wir nicht beschränken. Nur soll auch da der ungarische Staatsgedanke und der ungarische nationale Charakter dieses Staates zum Ausdruck gelangen. Die Sprachenforderung der Nationalitäten können wir in der verlangten Form nicht durchführen.“

In Bisleithanien bildete Freiherr v. Beck am 3. Juni ein neues Bed. Ministerium mit Bienerth, Auerperg, Klein, Derschatta, Marchet, Konnywsi, Forscht, Prade, Dzieduszycki, Pacak. Er bezeichnete das Ministerium nicht als eine Parteiregierung, sondern als eine Konzentration der arbeitswilligen Kräfte. Bezüglich des Verhältnisses zu Ungarn besitze Österreich den Anspruch auf bündnismäßige Aufrechterhaltung des gemeinsamen Zollgebietes und Tarifs. Es müsse ein dauerndes Verhältnis zu Ungarn herbeigeführt werden ohne die ewigen Ausgleichskrisen. Darüber geriet am 10. Juni der „Magyaroszag“, das Organ der ungarischen Arbeiterpartei, außer sich: „Wenn also die Österreicher irgendeiner Sache nicht zustimmen, so kann daraus (nach Beck) in Ungarn niemals etwas werden. Ein solcher impertinenter Blödsinn konnte nur in einem österreichischen Beamtengehirn produziert werden. Wenn wir im Sinne des Gesetzes in Übereinstimmung mit dem König unsere wirtschaftlichen und anderweitigen Verhältnisse einrichten, so geht das Österreich absolut nichts an, und man wütet drüben ganz vergeblich. Wir werden unsere wirtschaftliche Selbständigkeit um jeden Preis wahren. Daran kann gar keine Gewalttätigkeit mehr irgend etwas ändern.“ — Nicht geringer war aber die Empörung in Wien. Lueger sprach am 10. Juni in einer antiungarischen Versammlung. Eine Volksmenge zog von da aus vor das ungarische Ministerium in der Bankgasse, wo gerade die ungarische Delegation tagte, und demonstrierte dort, bis sie durch Polizei verdrängt wurde. Lueger sprach am 12. Juni selbst sein Bedauern und Lueger. seine Mißbilligung dieser Demonstration aus, obwohl die Menge durch verhöhnende Gesten und Herabspucken provoziert worden sei.

In der ungarischen Delegation erklärte Kriegsminister v. Pitreich, Staats-  
sprache. er anerkenne zwar die ungarische Staatssprache, müsse aber bei der Anwendung

anderer Sprachen im Dienstbetriebe der praktischen Notwendigkeit Rechnung tragen, da in einer ganzen Anzahl von Regimentern, die in Ungarn ihre Garnison hätten, nur ein Teil der Mannschaften die ungarische Sprache genügend beherrsche. Fünfzehn Regimenter waren rein ungarisch (dazu die Husaren), achtzehn doppelsprachig, vier dreisprachig gemischt. In der österreichischen Delegation betonte Pitreich, daß in der Bevölkerung eine tiefe Sehnsucht danach herrsche, daß endlich der politische Widerstreit, die Agitation und der Terrorismus aufhöre. „Wir sind eben eine Großmacht, die ein für Europa unentbehrliches Staatesgebilde repräsentiert. Sowohl die Blut- als auch die Geldsteuer für Heereszwecke ist in Österreich-Ungarn geringer als anderswo; nämlich ein Sechstel der Gesamtausgaben, in Deutschland die Hälfte, in Frankreich ein Drittel, in Italien ein Viertel.“ Graf Goluchowski antwortete auf eine Anfrage: ein gemeinsamer Staat bestehe allerdings nicht; dies gehe schon daraus hervor, daß zwei Staatsbürgerschaften beständen. Er kenne nur eine österreichisch-ungarische Monarchie, welche auf Grund der pragmatischen Sanktion als organisches Ganzes dem Ausland gegenübersteht, unbeschadet des Verhältnisses, das die Beziehungen der beiden Staaten dieser Monarchie zueinander regelt.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus sagte Kultusminister Alb. Apponyi am 16. Juli, die Regierung werde alles aufbieten, die staatliche Einheit zu sichern. Die Nationalitäten müßten den Standpunkt aufgeben, als sei Ungarn ein Mischmasch verschiedener Volksrassen.

Wahl-  
reform.

Allmählich kam doch eine Einigung zustande über das allgemeine Wahlrecht in Zisleithanien. Das geschah durch Vermehrung der Mandate auf 516; so wurden es 130 in Böhmen, 106 in Galizien, 64 in Niederösterreich, 49 in Mähren, 30 in Steiermark, 25 in Tirol, 22 in Oberösterreich, 15 in Schlesien, 14 in der Bukowina, 12 in Krain, 11 in Dalmatien, 7 in Salzburg, 6 in Wien, 6 in Istrien, 6 in Görz und Gradiska, 5 in Triest mit Gebiet, 4 in Vorarlberg. Von diesen 516 Mandaten entfielen 233 auf die Deutschen, 108 auf Tschechen, 80 auf Polen, 34 auf Ruthenen, 37 auf Südslawen, 19 auf Italiener, 5 auf Rumänen. Dem deutsch-italienisch-rumänischen Block von 257 Mandaten stand der slawische mit 259 gegenüber: also eine „Spannung“ von nur zwei Mandaten. Die Deutschen hatten etwas über 45 Prozent der Gesamtzahl. Das Herrenhaus, das ein Pluralitätswahlrecht gewünscht hätte, wurde schließlich dadurch gewonnen, daß die Regierung auf übermäßige Pairsschübe verzichtete und die Höchstzahl der lebenslänglichen Mitglieder auf 170, die Mindestzahl auf 150 festsetzte.

Im September fanden zu Wien Ausgleichskonferenzen statt. Die Österreicher verlangten Erhöhung der ungarischen Quote, Feststellung eines Schlüssels zur automatischen Berechnung der Quote, längere Dauer des Ausgleichs, schiedsgerichtliche Entscheidung. Die Ungarn verlangten mehr Unabhängigkeit.

Der deutsche Volksrat für Böhmen forderte die Deutschen auf, tschechisch zu lernen, um den sprachlichen Erfordernissen für alle Ämter zu genügen

und die Anstellung von Nationaltschechen unnötig zu machen (September). Die tschechische Sozialdemokratie lehnte ein Aufgehen in eine allgemeine Organisation ohne Berücksichtigung der nationalen und lokalen Verschiedenheiten ab (September).

Die Gebeine des 1707 geächteten Rakoczy und anderer Verbannter trafen am 27. Oktober aus Konstantinopel in Pest ein und wurden feierlich beigesetzt. Ein besonderes Gesetz hob die Achtung auf.

Der Feldmarschalleutnant Conrad v. Hözendorf wurde am 23. November zum Chef des Generalstabs ernannt. Sein Name kam im Weltkrieg in aller Mund. — Prinz Alois v. Liechtenstein wurde Landmarschall von Niederösterreich.

Es erschien die von Rud. v. Scala zum fünfzigsten Todestage Friedrich List's 1896 auf dem Friedhofe zu Rustein gehaltene Gedächtnisrede und die Schrift von Alexander v. Peez „Die Bedeutung von Friedrich List für die Gegenwart“.

Graf Heinrich Coudenhove-Kalergi schrieb „Zur Charakteristik der Los-von-Rom-Bewegung“, indem er auf die Tatsache hinwies, daß die Überlegenheit des Katholizismus im Übertritt distinguirter protestantischen Persönlichkeiten ihren Ausdruck findet. — Leop. Fonck, S. J., in Innsbruck beleuchtete den „Kampf um die Wahrheit der Heiligen Schrift seit fünfundzwanzig Jahren“. Die „Allgemeine Zeitung“ (17. Febr.) fiel wütend darüber her. — Professor Ludw. Wahrmund suchte, um den katholischen Ehebegriff anzugreifen, zu zeigen, daß Schriftstellen von der Unlöslichkeit der Ehe nicht Jesu Lehre sein könnten (Allg. Ztg., Nr. 21). Das nannte man „Kritik“.

R. F. Rindl gab eine „Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern“ (Galizien, Ungarn, Rumänien).

Der hundertfünfzigste Geburtstag Mozarts wurde weithin gefeiert. Man erinnerte an seinen Ausspruch: „Niemand hat so viel Mühe auf das Studium der Komposition verwendet wie ich. Es gibt keinen großen Meister, den ich nicht gründlich und mehrmals durchstudiert hätte.“

Der österreichische Jurist und Sozialpolitiker Anton Menger (Bruder von Max und Karl) vermachte seine unvergleichliche soziale Bibliothek der Universität Wien. Er konstruierte einen Zukunftsstaat ohne Privateigentum.

Herm. Bamberg (eigentlich Bamberger) schrieb über „Westlichen Kultur-einfluß im Osten“. — H. Friedjung gab eine Charakteristik des österreichischen Ministers für Landesverteidigung 1871—1880: Julius Freiherr v. Horst. — Erzherzog Ludwig Salvator gab nach den „Sommertagen auf Jthaka“ nun auch „Wintertage auf Jthaka“ heraus. — Die Sammlung „Der Volksmund“ enthielt alte und neue Beiträge zur Volksforschung, herausgegeben von Friedr. S. Krauß. — Th. v. Frimmel gab Beethovenstudien heraus.

Jos. Seemüller hielt eine Gedenkrede auf Richard Heintel (Allg. Ztg., 8. Febr.). — Professor Ludwig Boltzmann, als Physiker und „Philosoph“ der Nachfolger Machs, starb durch Selbstmord. Auch Ferdinand v. Saar, der Wiener Heimatdichter, endete im vierundsiebzigsten Lebensjahr durch Selbstmord. Ferdinand v. Saars Selbstmord ist leider typisch für die gedrückte Stimmung der Zeit, wenn auch bei ihm wie bei andern österreichischen Selbstmördern dieser Zeit persönliche, krankhafte Gründe mitwirken. Es fehlte bei allem Talent, Geist, Fleiß und Erfolg an der richtigen Perspektive und der daraus zu folgernden heldenhafteren Gesinnung. Es ist im allgemeinen und

Hözen-  
dorf.Boltz-  
mann.  
Saar.



besonders bei Saar die noch nicht überwundene Tragik von 1866. — Der früh verstorbene Dichter und Erzähler F. J. David hatte sich zumeist an R. J. Meyer gebildet.

Man erinnerte an den hundertsten Geburtstag von Anastasius Grün (Anton Auerperg) (Allg. Ztg., 10. April). Es erschienen in den Schriften des Literarischen Vereins in Wien dessen politische Reden in Auswahl von St. Hock. Mit Recht erinnerte man sich auch des hundertsten Geburtstages des Dramatikers Friedrich Halm und Feuchterslebens. — Man feierte den siebzigsten Geburtstag des Dichters Stephan Milow. — Adolf Pichlers „Gesammelte Werke“ näherten sich der Vollendung.

Meine Götterkomödie aus der Eddawelt „Der Dichtertrank“ wurde in der „Allgemeinen Zeitung“ Nr. 23 besprochen, freilich ohne den Zusammenhang meines ganzen Werkes ahnen zu lassen. — Fr. W. v. Desteren schrieb den Jesuitenroman „Christus nicht Jesus“ mit Bezug auf Kalksburg.

Mit Heinrich Swoboda gab Graf R. Sándoronski ein monumentales Werk über den „Dom zu Aquileja“ heraus. — In der Wiener Staatsdruckerei erschien das Werk über das von Alois Musil 1898 aufgefundenene Kthalifenschloß Amra mit Bildern von Mielich.

Die Königsburg in Ofen wurde neu ausgebaut (All. Ztg., 26. April). Apar baute das Landwirtschaftliche Museum in Pest (All. Ztg., 10. Mai).

Ein großes Denkmalrelief an der Karlskirche in Wien von Weyr stellte die Gründung dieser ältesten Kirche Wiens durch Karl den Großen dar, den Gründer Österreichs. Bei der Enthüllung wurde meine Kantate gesungen: „Großer Kaiser, uns zum Frommen bist du einst nach Wien gekommen, hast die Heiden stolz und stark, fest und kühnlich überwunden, und dem Deutschen Reich verbunden diese schöne Ostermark. Über Schutt und Heldenblute bauteest du mit frommem Mute uns die Kirche alsogleich, und geweckt von deinem Worte wuchs empor an Ostens Pforte unser holdes Österreich. Heil'ge Karl, du lebst noch immer wirkend fort und duldest nimmer, daß vergeh', was du gebaut. Komm und bleib' in unsrer Mitte, schütze Kirche, Recht und Sitte, Kaiser, Reich und Stadt so traut!“

Im Wiener Cottage wurde das Denkmal für Erzherzog Karl Ludwig von Edm. Hofmann v. Asperrburg errichtet. Es steht auf dem Platz vor dem Haus, in welchem ich dieses schreibe. Nicht fern davon verschied in einer Villa desselben Cottageviertels, die ich früher bewohnt hatte, der unglückliche Sohn desselben Erzherzogs, Otto, der Vater des Kaisers Karl.

In Jglau wurde ein Preußengrabdenkmal errichtet (All. Ztg., 7. Juni) für die dort 1866 in Lazaretten gestorbenen Preußen. — Johannes Wenz schuf (im hergebrachten Kampf mit dem Komitee) das Deutschmeisterdenkmal für Wien (All. Ztg., 27. Sept.). — Eine Urnengruft für den Wiener Zentralfriedhof wurde von Rud. Klotz gebaut (All. Ztg., 6. Sept.).

Das König-Stephans-Denkmal in Budapest (von Alois Strobl und Friedr. Schuler) wurde im Beisein des Herrschers enthüllt am 21. Mai (All. Ztg., 31. Mai). J. Kona schuf ein ausgezeichnetes Reiterdenkmal des Prinzen Eugen für Pest (All. Ztg., 20. Sept.). Ein Standbild Franz Josefs in Bronze vor einem Marmorphintergrund wurde in Karansebes errichtet (All. Ztg., 25. Okt.). Herm. Klotz schuf das schöne Standbild der Kaiserin Elisabeth für die Elisabethkirche zu Budapest (All. Ztg., 12. April). Julius Blamal entwarf ein Kaiserin-Elisabeth-Denkmal für Czernowitz (All. Ztg.,

18. Jan.). Georg Zala schuf das Andrássy-Denkmal für Pest (Ill. Ztg., 13. Dez.). Wilfert bildete das schöne Goethe-Denkmal für Franzensbad (Ill. Ztg., 20. Sept.). Mik. Ligeti modellierte den Kronprinzen Rudolf als Jäger für Budapest (Ill. Ztg., 22. März). In Pest wurde das Denkmal für Ignaz Philipp Semmelweis enthüllt, den verdienten und schmählich von seinen Kollegen beseindeten Entdecker der Antisepsis, den Bekämpfer des Kindbettfiebers. Das Werk ist von Alois Strobel (Ill. Ztg., 18. Okt.). Das Vinzenz-Prießnitz-Denkmal für Wien wurde nach dem schönen Entwurf von Fernkorn (Ill. Ztg., 6. Sept.) weniger schön von Schwerdtner ausgeführt. Richard Rauffungen modellierte ein Denkmal für den Bildhauer Raphael Donner in Wien (Ill. Ztg., 8. Nov.). Zu Oberplan wurde ein vorzügliches schlichtes Denkmal Adalbert Stifters von R. Wilfert enthüllt (Ill. Ztg., 23. Sept.). Eine hübsche Banner-Statuette modellierte Franz Seifert (Ill. Ztg., 15. Nov.). Radnai und Scheer entwarfen ein Munkacsy-Denkmal für Pest (Ill. Ztg., 1. März). Die in Wien lebende russische Bildhauerin Teresa Feodorowna Ries imponierte durch die Kühnheit ihrer Gedanken (Ill. Ztg., 14. Juni).

Der junge König Alfons von Spanien feierte am 31. Mai seine <sup>Spanien</sup> Vermählung mit Prinzessin Viktoria Eugenia von Battenberg. Sie kam von England und wurde kurz vorher katholisch. Auf der Rückfahrt von der kirchlichen Trauung wurde von einem Anarchisten eine Bombe geschleudert, die viele Personen verwundete und tötete. Das Königspaar blieb unverletzt. — Am 28. August stellte ein königlicher Erlaß die Zivilehe ohne Einschränkung her; es entfiel sogar die Verpflichtung für die Ehegatten, ihre Konfession anzugeben. Der Erzbischof von Valencia bezeichnete dergleichen als Konkubinat. Ein Gesetzentwurf vom 17. Oktober unterstellte die Orden der staatlichen Genehmigung und verbot ihnen den öffentlichen Unterricht.

Zum vierhundertsten Todestage von Kolumbus wurde hervorgehoben, wie unbeachtet, einsam und völlig vergessen der große Entdecker in Valladolid gestorben war.

Der Schweizer Bundespräsident und der König von Italien <sup>Schweiz</sup> waren am 19. Mai in Brieg bei der feierlichen Einweihung des Simplontunnels anwesend. Im Februar fand zu Olten der Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie statt. Im Gegensatz zu den Anarchisten sprach er sich für das Volksheer aus; aber auch für Gehorsamsverweigerung, wenn Genossen als Soldaten gegen Streikende verwendet würden. Es kam im Juli bei Streiks in Zürich zu Zusammenstößen. Das Streikpostenstehen wurde verboten. Eine russische Anarchistin erschoss einen Kurgast in Interlaken, den sie irrtümlicherweise für einen russischen Minister hielt.

Die internationale abolitionistische Föderation forderte gleiche Sittlichkeitsnormen für beide Geschlechter, Unterdrückung der Lusthäuser und der Prostitution. Das Generalsekretariat befand sich in Genf, die Vorsitzende des deutschen Zweiges war Frau Rath. Scheven in Dresden. — Die Schweizer

Esperanto-Gesellschaft gab Schillers Tell in Esperanto-Sprache heraus; der berühmte Monolog in der hohlen Gasse beginnt: „Tra jena intermonto li alvenos, alia vojo ne ekzistas ia Küssnacht, on-tie ci mi gin plenumos!“

In Belgien fürchtet man sich vor einer plötzlichen deutschen Invasion. Der Generalstab verlangte die Neubefestigung Antwerpens und auch den Ausbau der Maasbefestigungen bis an die französische Grenze, die Einführung des persönlichen Heeresdienstes und die Schaffung eines Reserveoffizierskorps. Auf dem niederländischen Sprach- und Literaturkongreß zu Brüssel, 27. August, wurde die Frage eines niederländisch-belgischen Bündnisses erörtert. Der französische General Langlois wollte diesem Bund einen antideutschen Charakter geben. Der Kongreß der Deutsch-Belgier zu Monzen (14. Okt.) trat energisch für die Sicherung und Durchsetzung der deutschen Sprache ein. Schwierigkeiten ergaben sich aus den Verhältnissen des Kongostaates; nach langen Debatten wurde er vom Staate Belgien gesetzlich übernommen.

Die geplante zweite Haager Friedenskonferenz wurde verschoben; aber es wurde in der niederländischen Kammer die Frage der Abrüstung und die der Neutralitätserklärung Hollands erwogen. Minister van Goudrian meinte, die Vorteile einer Neutralitätserklärung für Holland seien geringer als die damit verbundenen Gefahren.

Der Entwurf von L. M. Cordonnier in Lille für den Friedenspalast in Haag wurde mit dem ersten Preise gekrönt (Jll. Btg., 30. Aug.).

Zu Rembrandts dreihundertstem Geburtstag wurde ihm eine Büste von Toom Dupuis in Leiden aufgestellt.

An der Zeichenfeier für König Christian IX. von Dänemark (seit 1863) nahm auch Kaiser Wilhelm teil. Es folgte Christians Sohn Friedrich.

Kopenhagen erhielt den Erweiterungsbau der Glyptothek durch die Munizipenz des Bierbrauers R. Jacobsen (Jll. Btg., 9. Aug.).

Das norwegische Königspaar wurde in Drontheim gekrönt (12. Juni). Es empfing dort am 8. Juli den Besuch des deutschen Kaisers. Der König eröffnete das erste Störthing der neuen Ära. — Der weltberühmte Dichter Henrik Ibsen wurde am 1. Juni zu Christiania unter großer Feierlichkeit auf Staatskosten beerdigt.

Amerika. Präsident Roosevelt begann wieder einen Feldzug gegen die Trusts und deren Bereicherung auf Kosten des Publikums. Er polemisierte in seiner Rede bei der Grundsteinlegung zum neuen Kongreßgebäude in Washington (16. April) gegen die Ansammlung von Riesenvermögen und empfahl eine progressive Erbschaftssteuer. Eine Abordnung des Zentralverbands deutscher Kriegerbundsmitglieder empfing er mit folgenden Worten: „Keine Rasse hat den Amerikanern bessere Eigenschaften gegeben als die Männer deutschen Stammes. Die Bande, die Deutschland und die Vereinigten Staaten vereinen, sind viele und enge, und es muß eines der größten



Ziele unserer Politik sein, die beiden Nationen immer enger aneinander zu knüpfen. In keinem Lande besteht eine wärmere Bewunderung für Deutschland und Kaiser Wilhelm als hier in Amerika."

Als am 18. April der größte Teil von San Francisco durch Erdbeben und Feuer zerstört wurde und mehrere tausend Menschen umkamen, lehnte Roosevelt die Sammlungen des Auslands ab.

San  
Francisco.

Über die Zustände in den Schlachthäusern von Chicago kamen schauerhafte Enthüllungen zur Kenntnis der Allgemeinheit.

In Atlanta (Georgien) gab es blutige Kämpfe zwischen Weißen und Negern, weil einige Neger wegen Vergewaltigung weißer Frauen gehängt wurden. Roosevelt fand auch sonst Veranlassung, streng gegen die Neger vorzugehen und ihnen das Tragen von Waffen zu verbieten.

Präsident Roosevelt faßte sein Programm in der Botschaft vom 4. Dezember zusammen: „Als Nation erfreuen wir uns eines noch nicht dagewesenen Gedeihens, und nur rücksichtslose Spekulation und Mißachtung rechtmäßiger Geschäftsmethoden könnten diesem Gedeihen Abbruch tun. Scharf zu tadeln sind die noch immer häufigen Fälle von Lynchjustiz. Ebenso zu verurteilen ist das Predigen von Klassenhaß: der Triumph des Mobs wäre ein ebenso großes Übel wie der der Plutokratie. Die Gesetzgebung muß den Achtstundentag anstreben; ferner progressive Erbssteuer, progressive Einkommensteuer, Förderung des technischen und landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, einheitliches Recht über Ehe und Ehescheidung, Währungsreform. Den Japanern muß die Naturalisation ermöglicht werden. Trotz der Friedensbestrebungen kann der Krieg für ehrenhafte Nationen zum Gebot werden. Ein gerechter Krieg ist für die Seele der Nation besser als der blühendste Friede, der durch Dulden von Unbill erlangt ist; ja, es kann selbst weit besser sein, im Krieg geschlagen zu werden, als überhaupt nicht gekämpft zu haben... Die Flotte ist der sicherste Bürge unseres Friedens.“

Roosevelt.

Ein panamerikanischer Kongreß tagte am 8. August zu Rio de Janeiro; es wurden für Fernhaltung jeder europäischen Intervention in Amerika Beschlüsse gefaßt.

Valparaiso wurde im August durch Erdbeben und Feuer fast ganz zerstört; mehrere tausend Menschen kamen dabei um.

Präsident Roosevelt ordnete eine Vereinfachung der englischen Orthographie an nach dem System des Professors Brander Matthews; zum Beispiel „thoro“ statt „thorough“; „favor“ statt „favour“.

Die Arbeiten am Panamakanal wurden mit Eifer betrieben.

Die Universität Chicago beschloß, das gemeinsame Studium beider Geschlechter aufzuheben und nötigenfalls gesonderte Gebäude für Studenten und Studentinnen zu bauen. Das gab den Schwärmern für die Koedukation denn doch zu denken.

Josef Smith, das Oberhaupt der Mormonen, besuchte England und äußerte sich sehr befriedigt über den Fortschritt der Bewegung in Europa. Der

Mormonen.

nordamerikanische Staatsanwalt erhob bald darauf, am Geburtstag von dessen dreiundvierzigstem Kind die Anklage wegen Polygamie, da Smith selbst zugegeben habe, noch fünf Frauen zu besitzen, obgleich die Polygamie seit 1890 gesetzlich verpönt sei. Darüber H. Brentano in der „Allgemeinen Zeitung“ Nr. 256.

Schurz. Die Lebenserinnerungen von Karl Schurz, dem bekannten Deutsch-amerikaner, wurden wenige Tage vor seinem Tode dem Druck übergeben. — Professor Osterwald teilte als Austauschprofessor seine Eindrücke von Amerika in der „Illustrierten Zeitung“ 12. April mit. — Der Austauschprofessor Peabody kehrte nach Amerika als warmer Freund und Verteidiger Deutschlands zurück (Allg. Ztg., Nr. 124). — Die Germanistische Gesellschaft der Staatsuniversität von Wisconsin gab ein deutsches Liederbuch für amerikanische Studenten heraus. — Alb. v. Pfister schilderte „Die amerikanische Revolution 1775—1783, Entwicklungsgeschichte der Grundlagen zum Freistaat wie zum Weltreich unter Hervorhebung des deutschen Anteils“ in zwei Bänden. — Als Gegengeschenk für das Rossuth-Denkmal in Cleveland (Vereinigte Staaten) erstand ein Washington-Denkmal in Pest, gewidmet von den Ungarn in Amerika, ausgeführt von Jul. Bezeredi (Ill. Ztg., 18. Okt.).

Helen Kellers Glaubensbekenntnis „Optimismus“ erschien in deutscher Übersetzung von R. Lauterbach. Die taubstumme Philosophin behauptete: Amerikaner sein und Optimist sein, ist identisch.

Es bestand in Palästina eine „Neuyorker Internationale Jordanwasser-Gesellschaft“ zur Versendung von Jordanwasser nach Amerika für protestantische Sekten.

Hugo de Bries hielt an der Universität von Kalifornien Vorlesungen über „Arten und Varietäten und ihre Entstehung durch Mutation“. Das Buch wurde von Klebahn übersetzt.

In Neuyork erschien die „Jüdische Enzyklopädie“ in zwölf Bänden (englisch).

Auf den Philippinen hatte sich ein großer Teil der katholischen Bevölkerung im Jahre 1902 von Rom getrennt. Nach der neuen Darstellung von M. Remollino zählten diese romfreien Katholiken 20 Bischöfe, 300 Pfarrgeistliche, 700 Kirchen und über vier Millionen Anhänger: sie traten in Verbindung mit den Altkatholiken in Europa.

## Das Jahr 1907.

Deutschland und England. Flottenrüstungen. Marokko. Vandenkämpfe in Makedonien. Verlängerung des Dreibunds. Zwischenfall von Casablanca. Zweite internationale Friedenskonferenz im Haag. Papst Pius X. gegen den Modernismus; Brief an Commer; Kulturbund; Schllabus; Enzyklika „Pascendi“; Motu proprio. Bülow's Blockpolitik nach den Neuwahlen. Die Gardenzprozesse. Enteignungsgesetz und Ostmarkenpolitik. Allgemeines Wahlrecht in Österreich. Sechster österreichischer Katholikentag und die Universitäten. Die dritte Duma. Serbisches Attentat auf Montenegro. Überkapitalisierung in Amerika.

Wenn man die Ereignisse des Jahres 1907 überblickt, so erschrickt man über den Zündstoff zum Weltkrieg, der sich bereits angehäuft hatte. Gerade an der Wende des Jahres trat auf einmal jener grimme, kaum verständliche Haß Englands gegen Deutschland in die Erscheinung, der den Untergrund der Kriegsstimmung bis heute bildet. Noch im Dezember 1906 hatte der Berliner „Tag“ eine Umfrage „Was schätzen Sie an Deutschland am meisten? an viele bekannte Männer aller europäischen Nationen gerichtet. Die Antworten waren bezeichnend: Sie rühmten den deutschen Idealismus, deutsche Philosophie, Musik, aber von den Leistungen in Handel und Industrie, von den politischen und militärischen Taten seit 1864 war nicht die Rede. Gabriel Hanotaux, der französische Politiker und Historiker sagte, es sei das Deutschland von 1860, das er liebe; das war vielsagend. Das, was diese Antworten verschwiegen, das sagte die Londoner „Daily Mail“ zu Anfang des Jahres grob und polternd heraus in einem Artikel unter dem Titel „Der Zusammenbruch des deutschen Cäsarismus“. Es hieß darin: „Das Deutschland Wilhelms II. stellt vielleicht das schwächste intellektuelle, politische und moralische Produkt unserer Zeit dar. Sein einziger Ruhm ist eine liberale Theologie, die aber der Gesamttendenz der Regierung entgegensteht. Sonst hat es kaum irgendwelchen Anteil am Leben unserer Zeit. Frankreich ist ihm weit voraus. Deutschlands Kräfte sind auf unmögliche und undeutsche Unternehmungen gerichtet, wie den Aufbau einer großen Kriegsslotte, die von vornherein zur Niederlage bestimmt ist. In jedem Betracht ist Deutschlands Weltpolitik eine Fehlgeburt. Seine Kolonialunternehmungen in Afrika sind lächerlich. Sein Auftreten in Marokko war nur deshalb nicht lächerlich, weil es den Weltfrieden bedrohte. Seine Beziehungen zur Türkei sind ebenso albern wie skandalös. Wir zweifeln, ob die große Masse des gescheitesten, aber nicht moralisch mutigsten Volkes in der Welt bereit ist, sich weiter einem byzantinischen Kaisertum zu unterwerfen, das Europa beunruhigt, während es die großen Traditionen der deutschen Nationalität und des deutschen Charakters auslöscht.“ Allerdings schrieb bald darauf der „Standard“ (27. Jan.) zum Geburtstag des Kaisers über die Wahlen:

Deutsch-  
land.



„Wir freuen uns, daß den sozialistischen Feind, an dessen Bekämpfung jede Nation in Europa interessiert ist, ein so scharfer Schlag traf; wie wir auch immer die deutsche Politik England gegenüber beurteilen mögen, es fehlt unter dem britischen Volke nicht an Bewunderung für die Aufrichtigkeit und den Mut, mit welchem Wilhelm II. seine Pläne für seines Landes Größe und Sicherheit durchführt. Ein praktischer Idealist in einer von sentimentalem Materialismus erfüllten Nation, ist seine Gestalt eine der wenigen unter den Lebenden, die etwas Heroisches an sich haben. Der Ehrgeiz Deutschlands, an den Vorteilen teilzunehmen, die durch Seemacht erworben werden, ist durchaus berechtigt. Es ist unsere Sache, für uns selbst zu sorgen. Wir sollen nicht schlechtere, sondern bessere Freunde des deutschen Volkes sein, weil es sich klar erwiesen hat, daß das Volk der Haltung der Regierung (in der Kolonialfrage) zustimmt.“ Am 29. Januar empfing auch Fürst Bülow den englischen Journalisten Stead, der für die Idee des Weltfriedens Propaganda machte.

Die Angst Englands zeigte sich auch darin, daß es den französischen Vorschlag eines Tunnels unter dem Kanal aus militärischen Gründen zurückwies. Es zeigte sich ebenso wie im Falle des Suezkanals und des Panama-Kanals als die rückständigste Nation. Heute im Weltkrieg wäre man froh, wenn man den Kanaltunnel schon hätte. Ängstlich zeigte man sich auch bei der Besprechung der letzten Flottenmanöver. Die Möglichkeit eines plötzlichen Einfalls in England während der Abwesenheit der Flotte aus den heimischen Gewässern wurde im Oberhaus besprochen (18. Febr.). Kriegsminister Haldane legte dem Unterhaus am 25. Februar einen Plan der militärischen Reorganisation vor. Ministerpräsident Campbell-Bannermann sprach wohl von der Abrüstungsmöglichkeit im Zusammenhang mit der bevorstehenden Haager Konferenz, gab aber zu, daß Englands Bereitwilligkeit dazu für nichts zählen würde, weil das Übergewicht seiner Stellung zur See unerreicht bleiben werde. Wenigstens konnte er gegen dies Argument nichts Triftiges vorbringen, als die naive Erklärung, Englands unüberwindliche Flotten seien keine Drohung für die andern Nationen. Es wurden denn auch sofort neue Voranschläge für Marinebauten eingebracht. Die Admiralität hielt am „Zwei-Mächte-Standard“ fest. Daß Verständigungen zwischen England, Rußland, Frankreich und Japan verhandelt würden, eine „Entente zu vieren“ über den fernen Osten, wurde geglaubt, aber zum Teil in Abrede gestellt. — Am 16. März erfolgte der Stapellauf des größten Kreuzers der Welt, des „Indomitable“ zu Glasgow.

Als die Abrüstungsvorschläge damals in England und Frankreich lebhaft besprochen wurden, schrieb die „Kölnische Zeitung“ offiziös: „Möge man nur im Haag internationales Recht schaffen; das ist menschlich und gut; aber möge man nicht mehr versprechen, denn weitergehende Versprechungen wird man nicht halten können.“

Anfang April verbot das britische Marineamt und das Kriegsamt den Offizieren und Soldaten, irgendwelche militärische Informationen zu veröffentlichen. Auch ein Zeichen der Spannung. — Die dritte britische Reichskonferenz die am 15. April in London zusammentrat, verlief nicht ohne Schwierigkeiten. — Der erste Lord der Admiralität Tweedmouth kündigte am 17. April

im Oberhaus an, England werde zu Anfang des Jahres 1909 neun neue große Schlachtschiffe, einschließlich vier Schiffen der Dreadnought-Klasse besitzen, während keine andere Macht in Europa auch nur ein fertiges Schiff dieser Art aufweisen könne. Nur das verbündete Japan werde in dieser Zeit Schiffe dieses Typs gebaut haben. Der Wettstreit der Mächte veranlasse auch England zu diesen Maßregeln.

Rußland stellte den Mächten am 3. April eine Zirkularmitteilung über die zweite Friedenskonferenz im Haag zu und teilte mit, daß sich bereits im vorigen Jahre die Mächte teils zustimmend, teils vorbehaltlich geäußert hätten. Der „Temps“ hatte schon vorher die allgemeine Meinung darüber dahin zusammengefaßt: „Lassen wir der Haager Konferenz ihren Charakter einer Versammlung Rechtskundiger, welche fähig ist, eine nützliche, aber genau umschriebene Arbeit zu leisten. Setzen wir das Publikum nicht der Gefahr von Selbsttäuschungen aus. Die Konferenz wird die Geseze des Krieges kodifizieren und damit der Sache der Menschheit einen großen Dienst leisten können, aber sie wird nicht die Herrschaft des allgemeinen Friedens begründen können.“

Friedens-  
konferenz.

Seit dem Vorjahr waren die Verhältnisse in Marokko ungeklärt. Hier standen die Eingebornen selbst im Kampf gegeneinander. Frankreich war mißtrauisch, weil der Sultan zwei deutsche Offiziere als Ingenieure in seine Dienste berief. Die Durchführung der Beschlüsse der Algeciras-Konferenz wurde im Februar in die Wege geleitet. Die Vertreter der Mächte bildeten in Tanger drei Kommissionen zur Behandlung der verschiedenen Aufgaben. Frankreich und Spanien verständigten sich über die Ausübung der Polizeigewalt in den acht Hafenorten. In Paris bildete sich der Verwaltungsrat der Marokkanischen Staatsbank. Der schweizerische Oberst Armin Müller wurde als Generalinspektor der marokkanischen Polizei vom Sultan bestätigt. Da erfolgte im März ein böser Zwischenfall: Die aufgeregte Volksmenge tötete in Marrakesch den französischen Arzt Mauchamp, weil sie glaubte, er wolle auf dem Dach seines Hauses mit drahtloser Telegraphie hantieren. Französische Truppen griffen ein und besetzten Udschda, um sich Genugtuung zu erzwingen. Der Minister des Auswärtigen Pichon gab am 26. März in der Kammer zu, daß sich Mauchamp etwas unvorsichtig benommen habe, aber das Verbrechen sei die Folge einer Reihe von Vorgängen, die Frankreich demütigen würden, wenn keine Bestrafung stattfinde. Er zählte eine Reihe von Beschwerden auf. Die Besetzung Udschdas wurde der Berliner Regierung mitgeteilt, und diese stimmte zu. Anfang April warf der „Temps“ sogar die Frage auf, ob nicht eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zustande kommen könne, wonach Deutschland Frankreich in Marokko freie Hand lasse und dafür Frankreich das Deutsche Reich in der Bagdadbahnfrage unterstütze. Deutschland gegenüber verhielt sich auch die fran-

Marokko.

zöfische Regierung korrekt, als der Kommandant von Nancy, Bailloud, dort öffentlich eine kriegerische Rede gegen Deutschland hielt. Er wurde versetzt „auf einen Posten, der besser für ihn paßte. Dort wird er“, wie Kriegsminister Picquart sagte, „weniger Gelegenheit haben, nervös zu sein.“ Und Clemenceau sagte in der Kammer (27. März): „Es kann keinem General zustehen, einen Krieg anzukündigen; das ist Sache des Parlaments.“

Als König Edward von England im April eine Mittelmeerreise unternahm und die Könige von Spanien und Italien besuchte, wurde viel von einem engeren Bündnisse zwischen England, Frankreich, Italien und Spanien gesprochen, trotz der offiziellen Ablehnung. Die italienische „Tribuna“ spottete am 16. April: „Seit König Edward die Freundschaft Frankreichs gewonnen hat, findet Deutschland keine Ruhe mehr, und nun es nach der Begegnung von Cartagena (mit dem König von Spanien) auch den König von Italien (in Gaeta) besuchte, sprechen die deutschen Politiker von seinem Plan, Deutschland zu isolieren und die lateinischen Staaten in einen Bund mit England zu vereinigen. Der erste Schluß, der daraus gezogen wird, betrifft den Dreibund, der natürlich dadurch hinfällig werde. Das ist eine Übertreibung; Italien will der Bote und Anwalt des Friedens sein; es kann darum seine guten Beziehungen nicht vernachlässigen. Der Dreibund verbietet diese ausgleichenden Beziehungen nicht, er begrüßt sie im Gegenteil mit Freuden. Der Dreibund bleibt unverfehrt; er kann aber den vielfältigen Interessen, die für Italien im Wandel der Dinge Tag um Tag neu entstehen, unmöglich für sich allein Rechnung tragen . . .“

Über die bevorstehende Haager Konferenz äußerte sich Reichs-  
 Bülow. kanzler Bülow am 30. April im Reichstag; sie sei 1904 von Amerika angeregt, 1905 von Rußland aufgenommen worden. Es handle sich um Verbesserung oder Ergänzung der Bestimmungen über Schiedssprechung, über den Landkrieg, über Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg; außerdem um die Fragen des Stillstandes oder der Verminderung der Rüstungen. Man hat aber bisher für diese Abrüstungsfrage noch keine Formel gefunden. Es liegt im Gegenteil die Gefahr nahe, daß durch Berührung widerstreitender Interessen eine zweckwidrige Wirkung eintrete. Schon die Aussicht auf eine Behandlung dieser Frage auf der Konferenz hat die internationale Lage beunruhigt. Deutschland wird sich an der Diskussion daran nicht beteiligen. Auch in andern Ländern gibt es Freunde der Zivilisation, welche dem Frieden am besten zu dienen glauben, wenn sie keine Illusionen aufkommen lassen. „Um unsere Ruhe zu sichern, sind wir bisher nach dem Grundsatz der Kriegsbereitschaft verfahren, und dieser Grundsatz hat sich bewährt. Nicht nur technisch, auch moralisch hat sich unsere Rüstung als ein gutes Friedenswerkzeug bewährt. Daß wir uns dieses Werkzeug erhalten wollen, kann uns niemand verargen . . . In einem großen Teil unserer Presse ist die Ansicht entwickelt worden, daß Italien nur noch als unsicherer Teilnehmer am



Dreibunde gelten könne. Aber freundschaftliche Beziehungen zwischen Italien und England sind nicht nur mit dem Dreibund vereinbar, sondern auch nützlich und erwünscht. . . Man wird mir vorwerfen, ich nähme die russisch-englische Annäherung (über Persien) zu gleichmütig. Aber wir können den Gegensatz zwischen Walfisch und Elefanten nicht als unveränderlichen Faktor in unsere politische Rechnung einstellen. . . Pflegen wir unsere Freundschaften und unsere Bündnisse, und wir brauchen nicht ängstlich zu sein, wenn Ententen abgeschlossen werden über Dinge, die uns nicht unmittelbar berühren. Von Feindschaften anderer untereinander können wir nicht leben."

In Österreich-Ungarn war man besonders unruhig über die Balkanprojekte Italiens und forderte die Regierung auf, die italienischen Intrigen zu durchkreuzen. Wexler erklärte aber am 12. April im ungarischen Abgeordnetenhaus, das Mürzsteiger Abkommen äußere noch immer seine erspriesslichen Wirkungen. Man habe von seiten des Ministeriums des Äußern und mit Zustimmung der andern Mächte, Bulgarien, Serbien und Griechenland aufgefordert, ihre Banden nicht ausschwärmen zu lassen. Man sei auch mit England darüber einig, daß der gegenwärtige Zustand in Makedonien zu erhalten sei. Die Agitation der englischen Balkanliga und anderer Vereine geschehe im Widerspruch mit der amtlichen englischen Politik. Eine Bekämpfung des Projektes der transbalkanischen Bahn sei weder zweckmäßig noch würdig.

Mitte Mai kamen Spanien, Frankreich und England überein, den gegenwärtigen Zustand im Mittelmeer aufrechtzuerhalten. Italien, das noch Tripolis haben wollte, wurde dadurch wieder mehr auf Seite des Dreibunds getrieben. Der Minister des Auswärtigen Tittoni beruhigte die Kammer, der Besuch Lehrenthals in einem Ort außerhalb Roms (Desio) bedeute nicht einen Vorbehalt in der Anerkennung des Rechtes Italiens auf Rom. „Wenn Rom das ganze Italien ist, so ist Rom in jeglichem Glied Italiens gegenwärtig. Das nationale Recht Italiens auf Rom, seine Hauptstadt, ist unverleßlich und unverjährbar.“ Die erwähnte Zusammenkunft mit Lehrenthal fand am 15. Juli statt. Sie bedeutete die Verlängerung des Dreibund. Das Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien war im Juni 1902 auf die Dauer von sechs Jahren abgeschlossen worden, also bis Juni 1908, mit der Bestimmung, daß es noch weitere sechs Jahre Geltung habe, wenn es nicht ein Jahr vor dem Ablaufstermin gekündigt werde. Da die Kündigung im Juni 1907 nicht erfolgte, galt also das Bündnis weiter bis Juni 1914. Die gleichen Bestimmungen galten für das Bündnis zwischen Italien und dem Deutschen Reich. Der Zweibund zwischen den beiden Kaiserreichen war unbefristet, er war „ewig“, er brauchte nicht erneuert zu werden, er beruhte auf ganz anderen organischeren Grundlagen. Schon Ende März war auch Bülow mit Tittoni in Rapallo zusammengekommen, um das völlige Einvernehmen festzustellen.

Rom.

London  
und  
Berlin.

Vom 27. Mai bis zum 27. Juni währte der Besuch englischer Journalisten in Deutschland. Der Unterstaatssekretär v. Mühlberg begrüßte sie, indem er das Märchen von der Bedrohung des Weltfriedens durch Deutschland zurückwies. „Das Reich hat einen jährlichen Zuwachs von 800.000 bis 900.000 Seelen zu verzeichnen. Die Auswanderungsziffer, die sich vor einem Vierteljahrhundert um 200.000 herum bewegte, hat seit den neunziger Jahren 30.000 nicht mehr überschritten. Die deutsche Erde bietet Raum und Arbeit genug. Aber wir erstreben den freien ehrlichen Wettbewerb im Welthandel, die Politik der offenen Türe.“ Am 18. Juni wurde auch der Lord mayor von London in Berlin feierlich empfangen. Am 3. bis 6. August erfolgte die Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Baron in Swinemünde; auch Bülow und Tswolfski nahmen daran teil. Und am 14. August traf der Kaiser mit König Edward in Wilhelmshöhe zusammen. Beidemale betonte Kaiser Wilhelm in seinen Trinksprüchen besonders die verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Besuchenden.

Casablanca.

Indessen hatten sich die Dinge in Marokko wieder sehr verschärft. In Casablanca wurden am 31. Juli acht europäische Hafenarbeiter im Dienst einer französischen Firma vom Pöbel überfallen und getötet. Die Europäer flüchteten in die Konsulate oder verließen die Stadt, da sie größere Unruhen befürchteten. Am 5. August landeten französische Truppen nach einer Bombardierung. Während dieser Zeit wurde von den Eingebornen gemordet und geplündert. Man schob den Franzosen einen großen Teil der Schuld daran zu, da sie ganz vernunftwidrig vorgegangen waren, und die dortigen Deutschen, Engländer und Spanier forderten von Frankreich Schadenersatz. Die Franzosen schoben die Schuld auf den Pascha der Stadt und die Heße der Eingebornen gegen die Europäer. In der französischen Kammer warf man der Regierung vor, daß sie nicht mehr Herr der Lage sei.

Edward  
in Fischl.

König Edward war am 15. August auch wieder in Fischl mit Kaiser Franz Josef zusammengekommen, und bald darauf konnte er in Marienbad 21. August mit Clemenceau konferieren. Am 23. August fand eine Aussprache zwischen Tittoni und Aehrenthal auf dem Semmering statt und am 25. zu Wien zwischen Aehrenthal und Tswolfski. Die letztere Zusammenkunft war Gegenstand einer offiziellen Verlautbarung; es wurde festgestellt, daß volles Einvernehmen der österreichischen und russischen Regierung über die Balkanfragen bestehe gemäß dem Programm von Märzsteg. Beide Regierungen gaben ihren Vertretern in Athen, Belgrad und Sofia folgende Weisung: „Der blutige Kampf zwischen den christlichen Nationalitäten in Makedonien hat die ernste Aufmerksamkeit der am Reformwerk beteiligten Mächte auf sich gelenkt. Seit einiger Zeit haben die ursprünglich gegen die ottomanische Regierung operierenden christlichen Banden ihre Richtung geändert und ihre terroristische Tätigkeit gegen die Christen selbst gekehrt, um sie zu

März-  
Reg.

zwingen, ihre Nationalität aufzugeben und jene anzunehmen, für welche die Banden eintraten. Diese verbrecherische Bewegung scheint zum Teil durch eine irrtümliche Auffassung des Münzsteger Programms hervorgerufen zu sein, als ob die beiden Ententemächte die Absicht hätten, an eine Teilung des Landes nach nationalen Sphären zu schreiten. Dies ist aber keineswegs die Absicht der beiden Regierungen. Die Veröffentlichung dieser Erklärung soll zur Beruhigung der rivalisierenden Nationalitäten beitragen."

Vom 15. Juni bis 18. Oktober tagte im Haag die zweite internationale Friedenskonferenz. Sie wurde eröffnet durch den niederländischen Minister des Auswärtigen van Tets van Goudriaan. Den Vorsitz übernahm der russische Botschafter Melidow. Die Hauptfragen waren, ob zur Eintreibung von Schulden gegen einen Staat Waffengewalt angewendet werden dürfe. Die Amerikaner waren dagegen (Dragodoktrin), die Europäer setzten das Ja durch unter der Bedingung, wenn der Schuldner sein Schiedsgerichtsverfahren ablehnt oder sich dem Schiedsspruch nicht fügt. Das Prinzip der obligatorischen Schiedssprechung wurde anerkannt, aber es kam darüber kein bestimmter Vertrag zustande. Über den Beginn der Feindseligkeiten wurde eine motivierte Kriegserklärung verlangt, damit die Welt sich ein Urteil darüber bilden könne; auch müsse sie den Neutralen mitgeteilt werden. Das Kriegsbeuterecht wurde beschränkt. Die Post auf neutralen Schiffen ist unverleßlich, die Küstenschiffart und Fischerei frei und unbelästigt. Die Preisengerichtbarkeit soll einem ständigen internationalen Schiedsgerichtshof im Haag unterstellt werden. Ein kriegsführendes Schiff darf sich nur vierundzwanzig Stunden lang in einem neutralen Hafen aufhalten. Kein Staat darf den kriegsführenden Parteien Kriegsmaterial liefern, aber er ist nicht verpflichtet, den Handel der Privaten mit den Kriegsführenden zu überwachen oder zu verbieten.

Friedens-  
konferenz.

Der Artikel „Moderne Amphiktyonen“ von Europaeus in der „Allgemeinen Zeitung“ 14. Juni erinnert bei Gelegenheit des Haager Friedenskongresses an den altgriechischen Amphiktyonenbund auf sakraler Grundlage. „Unserm neuzeitlichen Vorgehen fehlt das religiöse Gewicht. Ob es an Stelle der Religion eine andere Triebfeder gibt, welche das Gewissen der Fürsten und Völker über das Einzelinteresse hinaushebt? ... Zu den kräftigsten Mitteln, ein Gesamtgefühl der europäischen Völker zu schaffen, gehören nach hellenischem Muster Wettkämpfe und Spiele ... Keineswegs bloß athletische Übungen, sondern: wohlthätige Stiftungen, Lebensrettungen, Sparkasseneinlagen, Verminderung der Bankrotte, geringste Zahl von Verbrechen, größte Zahl von Erfindungspatenten, höchste Lebensdauer. Auf Grund der Statistik sollen im Sinne Nobels für diese Konkurrenz der Völker Prämien und Ehrenzeichen verliehen werden, damit durch solche Regelung des internationalen Wettbewerbs neue und dauernde Interessen geschaffen, die Gedanken vom Krieg abgelenkt, dem Ehrgeiz edle Bahnen geöffnet, die Gefühle und Leidenschaften geläutert werden.“

Religion.



Der englische Premier Campbell-Bannermann gab beim Lord-Mayorsbankett 9. November zu, daß die Ergebnisse der Haager Friedenskonferenz lebhafteren Hoffnungen nicht entsprächen, aber für die Errichtung eines Weltfriedensgerichts haben die englischen Delegierten alles mögliche getan. Wenn man es aber mit Gewalt einführen wollte, würde das noch schlimmere Reibungen ergeben.

Wilhelm  
in  
Windsor.

Bei seinem Besuch in Windsor (12. Nov.) betonte Kaiser Wilhelm wieder die engen verwandtschaftlichen Verhältnisse zum englischen Königshaus. Der Kaiser erhielt von der Universität Oxford das Ehrendoktorat des Zivilrechts — reichlich verdient durch seine soziale Gesetzgebung. Die englischen Zeitungen äußerten sich durchaus sympathisch. Der Kaiser nahm noch Aufenthalt auf der Insel Wight seiner Gesundheit wegen.

Grey, der Staatssekretär des Auswärtigen, hob in einer Rede zu Birmid 19. Dezember das befriedigende System der Allianzen und Verträge hervor: den englisch-japanischen Vertrag, die französisch-japanischen Abmachungen, die englisch-französische Freundschaft, das Abkommen Englands und Frankreichs mit Spanien. Diese Abmachungen seien gegen kein anderes Land gerichtet, England sei bereit, ähnliche Abmachungen mit andern Ländern abzuschließen. Das sei ja auch mit Rußland bereits geschehen; durch dieses Abkommen sind die indischen Grenzen gesichert, und beiden Reichen steht Persien offen. Diese Sicherung des Friedens zwischen England und Rußland ist eine Bürgschaft für den Weltfrieden. Ebenso das Einverständnis Rußlands und Österreichs über Makedonien. Man darf das Konzert dieser beiden Mächte nicht stören, denn hinter der makedonischen Frage liegt die türkische Frage, diese Gefahr für den Frieden Europas. Deutschland stellt ein recht großes Flottenprogramm auf; auch England wird, wenn es not tut, seine Flotte vergrößern. Für ein oder zwei Jahre braucht man sich aber darüber noch nicht zu beunruhigen.

\*

\*

\*

Wenn wir ganz verstehen wollen, wie diese Jahre unaufhaltsam einem Weltkrieg zustürzten, so müssen wir außer allen äußeren, materiellen Ursachen auch die geistigen mit in Anschlag bringen. Es ist zweifellos, daß seit den Zeiten der Aufklärung und der großen französischen Revolution, ja seit den Zeiten der großen Kirchenspaltung die Ideen des Beharrenden, des ewig Wahren, Guten und Schönen trotz wiederholter Reaktionen unendlich gelitten hatten durch die Ideen des schrankenlosen Subjektivismus, der Kritik, der Ungebundenheit von Autorität. Wir alle haben in diesen Jahren das Lockerverden der heiligen Bande der Überlieferung gefühlt und sind wohl selbst von dem Geist der Zeit wie von einer Seuche, einem Fieber miterfaßt worden. Das Wesen dieser Krankheit konnte nicht treffender gekennzeichnet werden als durch den Namen „Modernismus“, der damals allgemein verbreitet war als Prinzip des Wechsels gegenüber dem Feststehenden, des Problematischen, des Fraglichen, des Zweiflerischen gegenüber dem Absoluten, dem Unbedingten. Da die

Modernismus.

Entscheidung über diesen Modernismus gleichzeitig fällt mit dem fortgesetzten Ansturm der französischen Regierung gegen die Kirche, wollen wir hier beide auch im Zusammenhang verfolgen. Denn wenn der Modernismus auch etwas allgemeines, alle Welt umfassendes war, so war auch der französische Kirchensturm nur ein Typus für eine überall zu bemerkende Erscheinung.

Zu Beginn des Jahres wurden in Frankreich viele Geistliche wegen unbefugten Messelesens zu Geldstrafen verurteilt. Viele Bürgermeister wurden abgesetzt, weil sie Kreuzfize in den Schulen anbrachten. Viele Geistliche, die ein Jahr gebient hatten, wurden zum zweiten Dienstjahr einberufen. Der Papst stärkte und tröstete die französischen Katholiken durch eine Enzyklika vom 6. Januar, die am 11. im „*Osservatore Romano*“ erschien. Ihre Leiden, sagt er, erwecken einen Schmerzensschrei in der ganzen Kirche, sie werden ihm nur durch die gewaltige Einigkeit der Gläubigen gemildert. Nicht nur dem christlichen Glauben ist der Krieg angesagt, sondern jedem übernatürlichen Gedanken. Die Kirche hat diesen Krieg nicht hervorgerufen. Der Papst hat nicht, wie man ihn anschuldigt, die Kirchengüter aufgegeben. Sondern der Staat hat der Kirche eine Organisation aufdrängen wollen, die sie unmöglich annehmen konnte ohne Verletzung ihrer eigenen göttlichen Einrichtung; der Staat hat sie dadurch in die Zwangslage versetzt, die ungerechte Verraubung nicht lindern zu können. Der Papst hat die in Widerspruch mit der Hierarchie organisierten Kultusvereine verurteilen müssen, ungeachtet des materiellen Schadens, der durch diese Entscheidung entstanden ist. Anders in Deutschland, wo die Lage ganz verschieden ist. Die deutschen Kultusvereine anerkennen die Hierarchie, was das französische Gesetz nicht tut. Das neue Gesetz vom 2. Januar ist bezüglich der Kirchengüter ein vollständiges Wegnahmegesetz, betreffs der Kultusvereinigung ein Anarchiegesetz, das überall Unsicherheit und Eigenmächtigkeit erzeugt. Das Gesetz entspricht gewiß nicht dem allgemeinen Empfinden des Landes. Der Papst appelliert an das Urteil der Geschichte.

Der französische Episkopat veröffentlichte am 29. April eine vom Papst gebilligte Erklärung: „Wir halten unerschütterlich den allgemeinen Einspruch gegen das Trennungsgesetz aufrecht. Gemeinsam mit dem Heiligen Vater verlangen wir Achtung der Hierarchie, Unverletzlichkeit der Kirchengüter und Freiheit der Kirche. Die kirchlichen Güter, deren Wir in unwürdiger Weise beraubt wurden, werden unaufhörlich von ihren rechtmäßigen Besitzern beansprucht werden. Um eine Prosanierung der geweihten Orte zu verhindern, werden wir uns herbeilassen, einen Versuch zur Organisation des öffentlichen Gottesdienstes zu machen.“ Nach dieser Erklärung war Briand bereit, als Kultusminister mit den Bischöfen eine Verständigung zu suchen, während Clemenceau ganz verstockt blieb. Briand richtete also ein etwas zweideutiges Rundschreiben an die Präfekten über die Kirchenbenützung und auch der Seinepräfekt unterhandelte mit dem Erzbischof über die Feststellung der mit den Pfarren abzuschließenden (unentgeltlichen) Kirchenpachtverträge. Aber der Papst konnte am 9. Februar die von Briand vorgeschlagene Vertragsformel nicht für annehmbar erklären, weil sie einen die Hierarchie verletzenden Hinterhalt darstelle. Briand erklärte entschuldigend am 19. Februar in der Kammer: „Ich habe keinen Augenblick geglaubt, daß die Trennung des

Kirchen-  
sturm.

Staates von der Kirche den Charakter eines Religionskrieges haben sollte. Die Regierung will in keiner Weise der Gewissensfreiheit zu nahe treten."

Die ganze Angelegenheit wurde noch mehr vergiftet durch die völkerrechtswidrige Beschlagnahme des Pariser Nunziaturarchivs und durch indiscrete, rechtswidrige Veröffentlichungen von Dokumenten aus diesem Archiv. Der „Osservatore Romano“ protestierte wieder dagegen am 2. März und dementierte formell diese angeblichen Enthüllungen. Übrigens wurden die aus der Zeit vor dem Bruche zwischen Frankreich und dem Vatikan stammenden Urkunden des Archivs am 27. Februar dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Khevenhüller auf dessen Anfrage aus-  
gefolgt. Auf eine Interpellation Jaurès erwiderte der Ministerpräsident des Auswärtigen Pichon, man habe nur die Privatkorrespondenz des päpstlichen Geschäftsträgers beschlagnahmt.

Der Papst sagte über die Lage in Frankreich am 15. April in einer Allokution: „Die Frankreich regierenden Männer sind nicht zufrieden damit, das Konkordat willkürlich gebrochen, die Kirche beraubt, den wahren Ruhmestitel ihres Landes verkannt zu haben, sie bemühen sich auch noch, jeden Rest von Religion aus den Herzen ihrer Mitbürger zu reißen, sie verletzen jedes öffentliche und private Recht, verleumdten den Episkopat und die Geistlichkeit, versuchen, diese vom Heiligen Stuhl zu trennen und das gegenseitige Vertrauen zu erschüttern.“

Aber auch in Deutschland fand der Papst Ursache einzugreifen, als sich viele Katholiken „fortschrittlicher“ Richtung um den Namen des  
Schell. verstorbenen Professors Hermann Schell scharten, um so auf indirekte Weise durch besondere Verehrung dieses von der Kirche zensurierten Theologen ihren Gegensatz zu einer autoritativen Auffassung der Kirche zu bezeugen. Papst Pius ergriff in diesem Fall die Methode, seinen Standpunkt dadurch zu kennzeichnen, daß er am 14. Juni einen Brief an den  
Commer. Wiener Professor der Theologie Ernst Commer richtete, der in diesem Jahr eine kritische Schrift „H. Schell und der fortschrittliche Katholizismus“ herausgegeben hatte.

Der Brief des Papstes lautete: „Geliebter Sohn, Gruß und Apostolischen Segen! Mit höchster Freude haben Wir das Werk entgegengenommen, welches Du zu einem für unser Zeitalter und am meisten für Deine Mitbürger höchst nützlichen Zwecke verfaßt hast, um nämlich die Irrtümer, welche in den Schriften des jüngst verstorbenen Hermann Schell versteckt sind, auszugeweiht darzustellen und sie nach Prüfung zurückzuweisen. Es ist allgemein bekannt, daß H. Schell durch die Unbescholtenheit seines Lebens, ebenso durch seine Frömmigkeit, durch seinen Eifer für die Beschützung der Religion und noch andere Tugenden sich ausgezeichnet hat, aber nicht ebenso durch die Unverdorbenheit seiner Lehre. So kam es, daß der Apostolische Stuhl einige seiner Schriften als zuwenig mit der katholischen Wahrheit in Übereinstimmung mißbilligt und öffentlich verurteilt hat. Daher mußte



man ohne Zweifel das Vertrauen in die Katholiken setzen, daß sich niemand finden würde, welcher dem sonst lobenswerten Manne in seiner Abirrung von der katholischen Lehransicht nachfolge . . . Aber im Gegenteil. Wir haben in Erfahrung gebracht, daß es Leute gibt, die kein Bedenken trugen, seine Lehre zu empfehlen und ihn derartig mit Lobsprüchen zu überhäufen, als ob er ein Hauptverteidiger des Glaubens gewesen wäre, der sogar mit dem Apostel Paulus zu vergleichen und durchaus wert sei, daß sein Andenken durch Errichtung eines Denkmals für die Bewunderung der Nachwelt unsterblich gemacht werde. Freilich, man muß jene, die so denken, entweder als in Unkenntnis des katholischen Glaubens befangen oder als widerseßlich gegen die Autorität des Apostolischen Stuhles halten, da sie die Verleumdung erfunden haben, derselbe hänge veralteten Anschauungen an und widerseze sich dadurch dem Fortschritt der Wissenschaft, beschneide gerade den scharfsinnigsten Geistern die Flügel und trete ihnen, wenn sie die Wahrheit lehren wollten, entgegen. Man kann jedoch nichts Falscheres und Unbilligeres sich ausdenken. Freilich mißbilligt die Kirche die Freiheit des Irrtums und wacht darüber, daß die Gläubigen sich nicht von Trug umgarnen lassen. Allein sie verbietet es ganz und gar nicht, ja sie empfiehlt es sogar inständig; und rät dazu, daß die göttlich überlieferte Wahrheit, zu deren Hüterin sie eingesetzt ist, je nach der Beschaffenheit der Völker und Zeitalter noch klarer entfaltet und durch rechtmäßige Auslegung entwickelt werde. Deshalb liegt es auf der Hand, daß für die Beurteilung der Schriften H. Schells kein anderer Grund ersichtlich sein kann als der, daß in ihnen das Gift der Neuerungen und solche Lehren, die dem katholischen Glauben entgegen sind, enthalten waren. Darum verkündigen Wir, daß Du Dich um die Religion und ihre Lehre höchst verdient gemacht hast; . . . Wir beglückwünschen Dich deshalb von Herzen. Zugleich ermahnen Wir Dich dringend: fürchte nicht den Tadel der Gegner, der Dir zur Ehre und zum Ansporn gereichen muß . . .“ — Als katholische Stimmen es wagten, den Papst als nicht richtig informiert zu bezeichnen, erfolgte von Rom aus die Anordnung, daß der Papstbrief an Professor Commer in allen kirchlichen Amtsblättern zu veröffentlichen sei.

Anfangs Juli brachte die „Corrispondenza Romana“ Berichte über eine deutsche Laienorganisation, die sich unter anderm um Reform des Index bemühe; Leiter dieses „katholischen Kulturbundes“ seien namentlich Professoren in Münster. Diese Katholiken (Justizrat Hellraeth, Professor Dr. ten Hompel, Professor Plafmann, Abgeordneter Schmedding, Professor Schwering) veröffentlichten in Münster 16. Juli eine Erklärung, worin sie ihre loyalen Tendenzen bezeugten; es handelte sich nur darum, Petitionen an den Papst vorzubereiten. Der „Bayerische Kurier“ bemerkte aber: „Bei Berücksichtigung dieser neuen Meldungen gewinnt die päpstliche Rundgebung an Professor Commer, die manchem nicht vollbegründet erscheinen wollte, ein anderes Gesicht: es ist der erste Schritt einer kirchlichen Aktion gegen Strömungen innerhalb der Kirche, deren ungehinderter Ausdehnung das Kirchenoberhaupt nicht mehr ruhig zusehen zu dürfen glaubte.

Die Unterzeichner des Denkmalaufrufs für H. Schell richteten am 16. Juli ein Schreiben an den päpstlichen Staatssekretär Kardinal Merry

del Val, worin es hieß, es handle sich lediglich um einen Akt allgemein menschlicher Pietät gegen einen Kollegen, Freund oder Lehrer, einen edlen Menschenfreund, einen Mann, der seine Treue gegen die Kirche durch seine Unterwerfung bewährt und dadurch für die katholische Sache bis zu seinem Tode segensreich gewirkt habe. Davon nahm der Kardinal und auch der Papst beifällig Kenntnis. Die Anhänger Schells erklärten die Angelegenheit damit für erledigt.

Syllabus.

Das war sie aber keineswegs. Denn offenbar mit Beziehung auf die ganze „fortschrittliche“ Richtung im Katholizismus der Zeit erließ am 4. Juli die römische Kongregation des heiligen Offiziums einen neuen Syllabus, eine Zusammenfassung der modernen Irrtümer über die kirchliche Zensur, über die Kritik der Bibel, über deren Interpretation, über den angeblichen Widerspruch zwischen Glauben und Geschichte, zwischen dem Dogma und dem Urchristentum, zwischen dem kirchlichen Lehramt und dem unverfälschten Sinn der heiligen Schriften. Es steht der Kirche in Wahrheit nicht nur zu, den Glaubensschatz zu offenbaren, sondern sie darf auch ein Urteil fällen über Behauptungen menschlicher Wissenschaften. Die lehrende Kirche hat mehr zu tun, als nur die allgemein angenommenen Meinungen der Lernenden zu sanktionieren. Die Kirche kann bei Verurteilung von Irrtümern von den Gläubigen auch ihre innere Zustimmung zur Annahme ihrer Urteile verlangen. Es ist schuldvoll, die Verurteilungen der heiligen Kongregationen des Index und anderer für wertlos zu halten. Gott muß als der wahre Urheber der Heiligen Schrift anerkannt werden; die göttliche Inspiration dehnt sich auf alle Teile der Heiligen Schrift aus. Der Exeget hat sie also anders zu interpretieren als sonstige rein menschliche Aktenstücke. Vor allem sind die Evangelien als völlig echt und ursprünglich anzuerkennen, als reine, eigentliche Geschichte, nicht als Symbolik, mystische Betrachtung späterer Zeit. Die ungläubige Exegese ist daher zurückzuweisen. Die Offenbarung ist mehr als das vom Menschen erworbene Bewußtsein seiner Beziehungen zu Gott. Die Offenbarung war mit den Aposteln abgeschlossen. Die Dogmen sind geoffenbart, nicht durch Interpretation vom menschlichen Verstand in mühsamer Arbeit ausgedacht. Es kann keinen Widerspruch geben zwischen den Tatsachen der Heiligen Schrift und den Glaubenssätzen der Kirche. Die Dogmen sind nicht nur eine Norm für das Handeln, sondern sie sind volle Glaubenswahrheit. Die Gottheit Jesu Christi erhellt aus den Evangelien, er selbst hat es gelehrt. Der Christus der Geschichte ist kein anderer als der des Glaubens. Der Name „Sohn Gottes“ ist immer im trinitarischen Sinn zu nehmen; das gilt von Jesu eigener Lehre. Die Auferstehung des Erlösers ist streng historisch. Die Lehre vom Sühnecharakter des Todes Christi ist nicht erst paulinisch, sondern bereits evangelisch. Von der kirchlichen, tridentinischen Lehre über die Sakramente

darf nicht abgegangen werden. Die Kirche als eine Gemeinschaft, die auf Erden durch die Jahrhunderte hindurch bestehen sollte, lag bereits im Geiste Christi; ebenso der Primat Petri. Nicht erst durch politische Verhältnisse, sondern durch die Anordnung der göttlichen Vorsehung ist die römische Kirche das Haupt aller Kirchen geworden. Die Kirche stellt sich nicht feindlich zu den Fortschritten der natürlichen und theologischen Wissenschaften. Es ist irrig, der Kirche vorzuwerfen, sie erweise sich unfähig, die Ethik des Evangeliums wirksam zu schützen, weil sie bei unabänderlichen Lehren beharre, die sich mit den heutigen Fortschritten nicht vereinigen ließen. Der Fortschritt der Wissenschaften erfordert nicht, daß die Begriffe der christlichen Lehre von Gott, Schöpfung, Offenbarung, Christus, Erlösung reformiert würden. Es ist ein Irrtum, den heutigen Katholizismus dadurch mit der Wissenschaft vereinigen zu wollen, daß man ihn in eine Art undogmatischen Christentums umgestalte, in einen weitherzigen und liberalen Protestantismus.

Wenn man dieses katholische Programm betrachtet, so staunt man, wie sehr die Reden des Kaisers Wilhelm II. damit übereinstimmen, und wie nahe seine religiöse Seele dem kam, was der Papst gegen die laxen, haltlosen modernen Weltanschauung lehrte.

Den entscheidenden und rettenden Schritt tat Papst Pius X. mit der Enzyklika vom 8. September gegen die „Modernisten“ („Pascendi dominici gregis“). Es ist das wichtigste Kulturdokument der Zeit und beginnt: „Das Amt, welches Uns von Gott übertragen worden, die Herde des Herrn zu weiden, hat vor allem als Aufgabe von Christus zugewiesen erhalten, daß es den Schatz des überlieferten heiligen Glaubens hüte und profane Neuerungen der sogenannten Wissenschaft zurückweise. Dant dem Feinde des Menschengeschlechtes hat es niemals an Leuten gefehlt, die da Verkehrtes reden, die mit ihren nichtigen Reden zu Verführern werden, zu betrogenen Betrügnern. In der letzten Zeit ist die Zahl der Feinde des Kreuzes Christi nur allzusehr gewachsen, darum dürfen Wir nicht länger schweigen, damit man nicht die Milde, welche Wir bisher walten ließen, Uns als Pflichtvergessenheit auslege. Wir sind gezwungen, nicht länger zu zögern, weil sich die Verfechter jener Irrtümer bereits nicht mehr ausschließlich unter den offenen Feinden finden; nein, zu Unserm Schmerz und Unserer Beschämung müssen Wir es sagen, am Busen und im Schoße der Kirche lauern sie und sind um so gefährlicher, je weniger man sie kennt. Wir meinen viele aus der katholischen Laienwelt, ja, was noch schlimmer ist, aus dem Klerus, die unter dem Deckmantel der Liebe zur Kirche, ohne die Grundlage einer soliden Philosophie und Theologie, ja angesteckt vom Gifte der Lehren, wie sie die Feinde der Kirche vortragen, alle Bescheidenheit beiseitesetzend, sich zu Reformatoren der Kirche aufwerfen. Kühn

Enzyklika  
„Pascendi“



schließen sie ihre Reihen zusammen, greifen das Heiligste an Christi Werk an und schonen dabei nicht einmal die göttliche Person des Erlösers selbst, den sie in blasphemischer Frechheit zu einem bloßen armseligen Menschen herabdrücken. — Mögen diese Leute sich wundern, wenn Wir sie zu den Feinden der Kirche rechnen! Über das Innere ihres Herzens richtet freilich Gott allein. Aber wer ihre Lehren, ihre Rede- und Handlungsweise kennt, der kann sich darüber nicht wundern. Ja, es ist nur zu wahr, sie sind schlimmer als alle andern Feinde der Kirche. Denn nicht außerhalb, sondern in der Kirche selbst schmieden sie ihre Pläne zum Verderben der Kirche. Im Blute der Kirche, in ihrem Innern steckt die Gefahr, und der Schaden ist um so sicherer, je besser sie die Kirche kennen . . . Auf tausenderlei Art wissen sie zu schaden; dabei sind sie äußerst gewandt und schlau. Abwechselnd spielen sie die Rolle des Rationalisten und des Katholiken mit solcher Fertigkeit, daß sie jeden Harmlosen mit Leichtigkeit zu ihrem Irrtum herüberziehen . . . Ihre Fachstudien haben sie dahingebracht, daß sie keine Autorität mehr anerkennen, sich keine Beschränkungen mehr gefallen lassen. So haben sie ihr eigenes Gewissen getäuscht und möchten das Wahrheitsdrang nennen, was in Wirklichkeit nur Stolz und Hartnäckigkeit ist. Wir hatten gehofft, daß Wir diese Männer doch noch einmal zur Besinnung bringen könnten; darum haben Wir sie zuerst mit väterlicher Milde behandelt, dann auch mit Strenge, und sahen Uns schließlich gezwungen, öffentlich gegen sie einzuschreiten. Ihr wißt, daß alles vergebens war. Raum hatten sie für den Augenblick den Nacken gebeugt, bald erhoben sie sich wieder mit um so größerer Kühnheit . . . Länger schweigen wäre Sünde. Wir müssen ihnen vor der ganzen Kirche die Maske herunterreißen. — Diese Modernisten (so nennt man sie allgemein sehr richtig) gebrauchen den schlaunen Kunstgriff, ihre Lehren nicht systematisch und einheitlich, sondern vereinzelt vorzutragen . . . Jeder Modernist spielt mehrere Rollen in einer Person: er ist Philosoph, Gläubiger, Theologe, Historiker, Kritiker, Apologet, Reformator . . .“

„Nichts lassen sie unversucht, um die Zahl ihrer Anhänger zu vermehren. Sie lauern auf Professuren, predigen, sprechen in Versammlungen, lassen Bücher, Zeitschriften und Abhandlungen erscheinen. Man behandelt die biblischen Fragen nach den Regeln des Modernismus. Schreibt man Geschichte, so stellt man alles ans Licht, was der Kirche einen Makel anheften kann. Fromme Volksüberlieferungen sucht man abzutun. Alt ehrwürdige Reliquien gibt man der Verachtung preis. — Unser Vorgänger, Leo XIII., hat sich mannhaft diesem Strom grober Irrtümer entgegengestemmt. Aber die Modernisten lassen sich nicht schrecken: Während sie die größte Unterwürfigkeit zur Schau trugen, verdrehten sie die Worte des Papstes zu ihren Gunsten und bezogen sein Einschreiten

auf irgendwelche andere Leute. — Deshalb haben Wir beschlossen, energischere Maßregeln zu ergreifen. 1. Wir verordnen, daß die scholastische Philosophie zur Grundlage der kirchlichen Studien gemacht werde, vor allem die, welche der hl. Thomas von Aquin gelehrt hat . . . Betreibt auch die Naturwissenschaften, doch ohne Benachteiligung der kirchlichen Studien. 2. Wer vom Modernismus angesteckt ist, muß von der Leitung und vom Lehramt in Seminarien und auf katholischen Universitäten ferngehalten oder entfernt werden. 3. Pflicht der Bischöfe ist es, die Lesung modernistischer oder solcher Schriften, die vom Modernismus angesteckt sind oder denselben fördern, zu verbieten, ihr Erscheinen zu verhindern. 4. Die Bischöfe sollen in Erteilung der Druckerlaubnis äußerste Strenge walten lassen . . . Zeitschriften sollen womöglich ihren bestimmten Zensur haben. 5. Bei Kongressen soll alles ausgeschlossen sein, was zum Modernismus, Presbyterianismus, Laicismus hinneigt. 6. In jeder Diözese soll eine Aufsichtsbehörde eingerichtet werden, die jeden zweiten Monat beim Bischof zusammenkommt. 7. Die Bischöfe sollen ein Jahr nach Veröffentlichung dieses Schreibens und dann alle drei Jahre dem Apostolischen Stuhl unter Eid Bericht erstatten über die hier gegebenen Anordnungen. — Endlich wollen wir ein eigenes Institut begründen, als dessen Mitglieder alle Katholiken von wissenschaftlichem Ruf am Fortschritt jeder Art gelehrter Studien arbeiten sollen, im Lichte der katholischen Wahrheit. Doch davon ein andermal . . .“

Die Wirkung dieser Enzyklika war eine große und heilsame. Von den deutschen Reformkatholiken wandten sich viele infolge des päpstlichen Vorgehens von den modernistischen Bestrebungen ab; das „20. Jahrhundert“ verwandelte sich aus einer Wochenschrift in eine Halbmonatsschrift. „Die Krausgesellschaft“ wies jede Trennung von der Kirche ab. Die meisten leugneten überhaupt, daß es in Deutschland einen Modernismus gebe. Das leugneten freilich auch die andern Nationen. Kardinal-Erzbischof Fischer von Köln verbot den katholischen Studenten den Besuch gewisser Vorlesungen des Professors Schrörs in Bonn. Der Senat der Universität protestierte dagegen; das Kultusministerium veranlaßte den Erzbischof zur Aufhebung des Verbots. Eine Versammlung von Erzbischöfen und Bischöfen Frankreichs zu Toulouse, 13. November, beschloß, daß der französische Episkopat ohne Umschweife und Winkelzüge die Lehren des Stuhles Petri befolgen und lehren werde, was die Kirche lehre, und verdammen, was sie verdamme.

Papst Pius X. erließ noch am 18. November ein Motu proprio über Bibelstudium und Modernismus. Gleich Leo XIII. erklärte er die Lehrmeinungen der sogenannten „höheren Kritik“ für Erfindungen des Rationalismus, abgeleitet aus der Philologie. Er bestätigte die am 30. Oktober 1902 eingesetzte Bibelf Kommission als Autorität in der Bibelfkritik. Er wies die Sophismen der Modernisten gegen das Dekret vom Juli und gegen die Enzyklika vom 8. September zurück, bestätigte

beide Kundgebungen und bedrohte mit Exkommunikation jeden, der ihnen widersprechen wollte. Dieselben Gedanken sprach der Papst am 16. Dezember nach einem Konsistorium aus: „Zu den äußeren Anfeindungen kommt die verderbliche Propaganda der Modernisten innerhalb der Kirche; sie verachten die päpstliche Autorität, an deren Stelle sie ihre eigene setzen wollen, indem sie einen neuen Glauben und ein neues religiöses Bewußtsein für allein richtig erklärten. Es wäre viel weniger bedenklich, wenn die Modernisten sich freimütig zu den offenen Feinden der Kirche bekennen würden. Sie wagen es aber, sich im Gegenteil als Katholiken auszugeben, sich den Sakramenten zu nahen und die Messe zu feiern. Sie beharren bei ihrer Auflehnung, wovon sie in der Presse fortwährend Zeugnis ablegen. Möge Gott diese Verirrten erleuchten.“

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Fischer, richtete im Oktober einen Erlass an den Klerus gegen die Schrift des Bonner Theologieprofessors Schrörs „Kirche und Wissenschaft. Zustände an einer katholisch-theologischen Fakultät“. Schrörs zog darauf die Broschüre zurück und der Kardinal hob das Verbot des Besuchs seiner Vorlesungen auf.

Der Nachricht, Schell habe in einem Brief an den altkatholischen Bischof angefragt, ob er ihm eine altkatholische Professur in Bern in Aussicht stellen könne, wurde widersprochen (Allg. Ztg., Nr. 514).

Dr. Engert wurde wegen seiner Schrift über die Urzeit der Bibel vom Bischof von Würzburg für exkommuniziert erklärt.

Das Buch „Christentum und Ultramontanismus“ von Ventura wurde auf Veranlassung des Bischofs von Metz beschlagnahmt, aber wieder freigegeben.

Der Senat der Universität Tübingen protestierte gegen den Eingriff des Bischofs Keppler in die Lehrfreiheit durch sein Vorgehen gegen Professor Günter. Auch katholische Korporationen schlossen sich dem Protest an.

Professor Paulsen griff in den Modernistenstreit durch eine Abhandlung ein: „Die Krisis der katholisch-theologischen Fakultäten Deutschlands.“ Diese Krisis mochte bestehen, sie wurde aber vom gesunden katholischen Sinn der deutschen Katholiken überwunden, die in ihrer fast einstimmigen Gesamtheit hinter dem Papst standen und das verurteilten, was der Stellvertreter Christi verurteilen mußte.

Die Mailänder reformkatholische Monatschrift „Il Rinnovamento“, an der Fogazzaro, Murri und Tyrrell mitarbeiteten, wurde von der Indexkongregation verboten; den Priestern Murri und Tyrrell war kurz vorher die Befugnis zum Messelesen entzogen worden,

Georg Tyrrell schrieb als Vorkämpfer des liberalen Katholizismus „Zwischen Scylla und Charybdis oder die alte Theologie und die neue“, eifrig empfohlen von der „Allgemeinen Zeitung“ Nr. 137.

Die „Enzyklika“ des rheinischen Konsistoriums gegen den „modernistischen“ protestantischen Pfarrer Fatho war, wie die „Allgemeine Zeitung“ (Nr. 548) bekennet, „um kein Haar besser als ihre katholische Vorgängerin und unprotestantisch durch und durch“.

Diese Modernistenkämpfe wurden von den Liberalen als der Kampf der Wissenschaft gegen die Unwissenheit oder als Kampf des romanischen.



ischen Geistes gegen den germanischen bezeichnet; aber wir müssen die Sache tiefer fassen: es war die Reaktion des ganzen Menschen gegen den einseitigen Intellektualismus. Dieser war die Krankheit der Zeit. Das diskursive, analytische, kritische Denken übermog in schädlicher Weise das gleichberechtigte Gebiet des Willens, der Sitte, der Pflicht, der Autorität und das mindestens ebenso berechtigte Gebiet der Intuition, der Anschauung, der Offenbarung. Schon Kant hatte die Einseitigkeit der kritischen Intelligenz sehr wesentlich durch die praktische Vernunft und die Urteilstkraft korrigiert, das heißt durch die Ideen von Gott, Willensfreiheit, Unsterblichkeit, die aus dem Gewissen, aus der praktischen Forderung kategorisch folgen, und durch die Idee der Teleologie, des Zweckbegriffs, der auf ein Ziel gerichteten Schöpfung. Christus hat nicht nur theoretische und moralische Lehren gegeben, sondern er hat auch eine sichtbare Kirche mit autoritativer Gliederung gestiftet. Der Modernismus ist in seinem Kern die einseitige Überhebung des Intellekts gegen die Willens- und Gefühlsphäre, die in ihrer Ganzheit ebenso dem Augustinismus wie der Scholastik (und Mystik) eigen ist. Meines Wissens ist diese Dreieinigkeit in keinem philosophischen System so stark betont, wie in meiner „Weltweisheit“ und ihren drei Teilen, durchaus auf der Überlieferung der klassischen, ewigen Philosophie beruhend. Eben darum habe ich und meine Gesinnungsgegnossen uns so entschieden vom bloß intellektualistischen Modernismus ferngehalten und eine Weltanschauung erfaßt, die der Gegensatz des „liberalen“, des „fortschrittlichen“, des „modernisierten“ Katholizismus ist, die uns herausführt aus dem Gland der „modernen“ Weltanschauung. Diese vor dem Modernismus rettende Anschauung fanden wir im Syllabus Pius' IX. und in allen darauf fußenden Rundgebungen Leo's XIII. und Pius' X. Sie gaben uns etwas „Besseres“ als impotente Kritik, sie entwickelten in uns den ganzen Menschen nach dem Ebenbild des dreieinigen Gottes. Lächerlich war auch das Hohnen der Freidenker oder Protestanten über Unfreiheit der katholischen Forschung. Auch der protestantische Theologe hätte sein Stück Brot anderswo suchen müssen, wenn er auf Grund „freier Forschung“ zur Einsicht gekommen wäre, daß der Primat Petri und seines Nachfolgers bereits im Evangelium unzweifelhaft feststeht, oder daß die Marienverehrung bereits ganz im Magnifikat bei Lukas verkündigt ist. Ebenso möchten wir keinem „freien Forscher“ raten, etwa als Arzt vom Katheder zu lehren, daß der Arzt jeden weniger tauglichen Menschen, Kinder, Kranke, Greise, vergiften dürfe oder solle, oder einem Juristen, den praktischen Anarchismus zu lehren. Es ist eben dem Denken durchaus nicht erlaubt, von den praktischen Folgen abzusehen; es hat sich an den moralischen Gesetzen des Willens, an der Autorität, an der Überlieferung, an der Offenbarung zu regulieren. Und zwar nicht nur im Namen des Glaubens, sondern auch im Namen des vollen Humanismus.

Als die Anschauung des Papstes wurde nach einer römischen Information im „März“ (Oktober) folgendes bezeichnet: „Philosophisch gesprochen gehen wir einer Periode der Synthese entgegen nach einer Periode der Analyse. In synthetischen Perioden sucht der Geist mit Vorliebe den Spiritualismus und empfindet folglich die Religion als Ausschlaggebendes. Das Bedürfnis nach Gott dringt heute intensiver in die Seelen; so erscheint es manchen als die ganze Religion, während sie doch durch die Offenbarung gezeugt und vervollkommen wird. Andererseits

Synthese  
und  
Analyse.

wollen die intellektuell reifer gewordenen Völker die Religion mit tieferem Geiste erforschen. Das ist das Neue. Jesus und seine Religion besser verstehen, aber nichts aufgeben von dem, was uns die Offenbarung und Tradition von ihm und der Kirche gelehrt haben, das ist die Erneuerung."

\* \* \*

Bülows  
Bünd. Es war vielleicht ein Glück für die reichsdeutschen Katholiken, daß sie durch die Blockpolitik Bülow's in die Notwendigkeit versetzt wurden, sich als Katholiken enger zusammenzuschließen und jede schädliche Spaltung in ihrem inneren Gefüge zu vermeiden. Wie das kam, wollen wir nun berichten. Wir haben vernommen, wie gegen Schluß des Vorjahres der Kolonialkredit hauptsächlich durch Zentrum und Sozialismus verweigert wurde, wie der Reichstag darauf aufgelöst wurde und neue Wahlen ausgeschrieben wurden. Die Wahlbewegung war mit Beginn des neuen Jahres in fieberhafter Tätigkeit. Für das Zentrum schien es nicht ungefährlich, daß eine Anzahl „nationaler“ Katholiken von Düsseldorf aus am 10. Januar einen Wahlauf Ruf gegen das Zentrum ausgingen ließ. Es hieß darin: „Als Katholiken müssen wir es beklagen, daß die Leitung des Zentrums eine Haltung eingenommen hat, welche das patriotische Empfinden verletzt. Dieselbe steht in Widerspruch zu den Grundsätzen, welche bei der Gründung des Zentrums und im Kampfe desselben für die Rechte und Freiheiten der Kirche als maßgebend anerkannt worden sind. Diese Grundsätze geben den Angehörigen der Partei alle Freiheit der Abstimmung in nationalen und wirtschaftlichen Fragen . . . Ist das Zentrum, wie seine Führer behaupten, eine politische und Volkspartei, dann muß es jedem Katholiken unverwehrt sein, durch die Abstimmung seiner abweichenden Ansicht in nationalen Fragen Ausdruck zu geben . . .“ Der Aufruf hatte allerdings bei der Geschlossenheit des Zentrums fast gar keine Wirkung. Es wurden einige „nationale Katholiken“ kandidiert. Die „Kölnische Volkszeitung“ nannte dies „ein bißchen Mauerfraß im Zentrumsturm“.

Einen eigenen Wahlauf Ruf erließen auch die Polen. In einer von Professor Schmoller einberufenen Versammlung vom 8. Januar sprach auch Kolonialdirektor Dernburg und es wurde ein „Kolonialpolitisches Aktionskomitee“ gegründet. Fürst Bülow hielt bei einem am 19. Januar von diesem Komitee veranstalteten Festmahl eine Wahlrede über das Goethesche Wort: „Was ist deine Pflicht? Die Forderung des Tages.“ Er beschuldigte heftig das Zentrum, meinte aber: „Die verbündeten Regierungen wollen keinen Kampf gegen unsere katholischen Landsleute und die katholische Religion, sondern religiösen Frieden, Duldung, Gleichberechtigung, Gewissensfreiheit . . . Eine Machtfrage hat nicht die Regierung aufgerollt, sondern das Zentrum mit Hilfe der Sozialdemokratie.“ Kolonialdirektor Dernburg hielt noch Vorträge über die Bedeutung der Kolonien in München, Stuttgart, Frankfurt und Darmstadt.

Die Wahlen erfolgten am 25. Januar, die Stichwahlen am 5. Februar. Das Zentrum ging ungeschwächt hervor, es hatte 105 Sitze (früher 104); es blieb die weitaus stärkste Partei. Dann kamen die Konservativen mit 62 Sitzen (früher 52), die Nationalliberalen mit 55 (bisher 51), Freisinnige Volkspartei 27 (20), Antisemiten, Reformpartei und Wirtschaftliche Vereinigung 25 (21), Reichspartei 24 (22), Polen 20 (16), Freisinnige Vereinigung 14 (10), Deutsche Volkspartei 7 (6), Wilde 15, 4 Elsäßer, 1 Däne. Die Beche hatten die Sozialdemokraten gezählt: von 79 waren sie auf 43 Sitze zurückgegangen. Die sozialdemokratische Wahlniederlage gab den Anlaß zu großen Ovationen, die dem Kaiser und dem Reichskanzler gebracht wurden. Die Sozialisten führten ihre Niederlage auf ungenügende Organisation zurück und auf die Wahlbündnisse der Freisinnigen mit den Konservativen; das sei eine „Gefinnungslumperei, Halunkerei, ein Schurkenstreich, ein liberales Rastratentum . . . Pfui Teufel über diese Verklumpung des nationalen Heldentums . . . politische Fakten . . . Hurramehrheit . . . wie sie eines politisch auf den Hund gekommenen deutschen Philistertums würdig sind“ („Vorwärts“).

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb am 6. Februar offiziös über den Ausfall der Wahlen: „Im vorigen Reichstag besaßen die Parteien, welche die kolonialen Forderungen mit 177 Stimmen zu Falle brachten, eine Gesamtstärke von 199 Köpfen . . . Diese Parteien sind durch die Wahlen um etwa 30 Sitze geschwächt worden. Eine zuverlässige nationale Mehrheit zieht also in den neuen Reichstag ein, eine Mehrheit, die von der größten Partei im Hause, dem Zentrum, unabhängig ist . . . Das Zentrum kehrt zwar verstärkt zurück, aber in einen andern, national erneuerten Reichstag . . . Der Sieg über die Sozialdemokratie ist erfochten worden ohne, ja gegen das Zentrum. Um so ehrenvoller für die Sieger.“ — Die Zentrumspreffe beschuldigte allerdings den Reichskanzler, mit amtlichen Geldern die Wahl-agitation unterstützt zu haben, auch durch eine Broschüre „Lügen des Herrn Erzberger“; dem wurde widersprochen.

Der neue Reichstag wurde vom Kaiser am 19. Februar eröffnet. Die Kolonialvorlagen gingen ihm in fast unveränderter Gestalt zu. In das Präsidium teilte sich die konservative, die nationalliberale Partei und die Freisinnigen; diese drei Fraktionen bildeten den sogenannten „Block“ oder „Bülowblock“. Bei den Beratungen beklagte sich Spahn über Bülows heftige Befehdung des Zentrums, das ja doch seit dreißig Jahren an allen Reichsaufgaben tatkräftig mitgearbeitet habe. Bülow habe ungehörig in die Wahlbewegung eingegriffen, durch Gelder und Beleidigungen. Wie dürfe er dem Zentrum „antinationale Arroganz“ vorwerfen? Bülow erwiderte sehr gereizt: Er habe wohl früher mit dem Zentrum gearbeitet; deshalb habe man ihm „Zickackkurs“ und „Fortwursteln“ vorgeworfen. Aber der Einfluß dieser Partei ist zur Plage für das Land geworden. „Das Zentrum hat seine ausschlaggebende Stellung nicht mit



Besonnenheit und Selbstbeherrschung benutzt." Besonders warf Bülow dem Abgeordneten Koeren die maßlose Polemik gegen Dernburg vor. Dann spielte er auch den Professor Martin Spahn gegen dessen Vater aus. „Zu den größten Wahrheitsentstellungen im Wahlkampf gehört die Behauptung, die katholische Religion sei in Gefahr, es würde ein neuer Kulturkampf vorbereitet. So etwas zu verbreiten, war unpatriotisch. Herr Spahn hat soeben gemeint, es wäre durch diesen Wahlkampf die Kluft zwischen den beiden Konfessionen erweitert worden . . . Ich stehe auf dem Standpunkt voller Parität. Aber wenn von der Zentrumsparlei die Zentrumsfraktion identifiziert wird mit der katholischen Religion, das ist freilich ein Standpunkt, den ich nicht adoptiere. Der Kampf kehrt sich nicht gegen das Zentrum als konfessionelle Partei, sondern gegen den Mißbrauch, den das Zentrum, gelehnt auf die Sozialdemokratie, mit seiner ausschlaggebenden Stellung getrieben hat . . . Wenn es eine Partei gibt, die nicht mit der Sozialdemokratie zusammengehen sollte, so ist es die Zentrumsparlei. Dies Zusammengehen war ein grober politischer Fehler, ein moralisches Unrecht. Dieser Partei, die alles in den Staub zieht, was Christen heilig ist, sind vom Zentrum zwölf Wahlkreise zugeschanzt worden. Ohne diese Unterstützung würde die Sozialdemokratie, die Partei der Christenfeindlichkeit, auf zwei bis drei Duzend Mandate zurückgeworfen sein . . . Es ist mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus denjenigen Katholiken, vor allem aber den Bischöfen, meinen Dank auszusprechen, die im Wahlkampf furchtlos und treu ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben haben. Die Zukunft wird zeigen, wie sehr sie nicht nur im Interesse des Vaterlandes, sondern auch ihrer Kirche gehandelt haben, als sie nicht kleinlicher Fraktionsarithmetik, sondern dem Leitstern ewiger Wahrheit gefolgt sind . . .“

Bebel warf ein, früher sei es Bürgerlichen gestattet gewesen, Sozialdemokraten zu wählen; Fürst Bismarck habe zum Beispiel Sabor einmal empfohlen. Die Nationalliberalen haben in Baden bei den Landtagswahlen ein Bündnis mit den Sozialisten geschlossen. — Bülow wandte sich nun gegen die Sozialdemokratie: „Ihre Niederlage war wohl verdient, als Strafe für einen engherzigen, dogmatischen, philiströsen Geist, der blind gegen alle Andersdenkenden wütete und trotz allem Gerede von Kulturhöhe eine Unterdrückung ausübte, wie sie die Welt kaum im Mittelalter gesehen hat. Selbst Jaurès hat über den intoleranten Dogmatismus der deutschen Sozialdemokratie geseufzt. Ein Parteigenosse hat Bebel mit Caesar verglichen! Eine demokratische Partei mit autokratischer Spitze ist ein Nonsens . . . Aus dem Haß geboren, mußte die sozialdemokratische Presse schließlich beim Sauerhendenton anlangen. Wie ein Indianerstamm auf dem Kriegspfad sind Sie in diesen Wahlkampf gezogen. Die Ausschreitungen in Bremen, Anhalt, Magdeburg sind aus demselben terroristischen Geist hervorgegangen. Ich hoffe, daß die Anhänger der bestehenden Ordnung, die „Ordnungsklümmel“, wie die sozialdemokratische Presse sie geschmackvoll nennt, solchen Exzessen die Stirn bieten

werden . . . Ich glaube auch nicht, daß Bebel, wie Bernstein in Aussicht gestellt hat, sich in einen Revisionisten verwandeln wird. Bebel wird immer Bebel bleiben. Der Revisionismus wird in absehbarer Zeit keine Rolle mehr spielen. Traurig bleibt es, daß so viel Tüchtigkeit, Kraft, Idealismus, Begabung, wie sie im deutschen Arbeiter sich verkörpern, dem verbohrtten Fanatismus der einen, der Schwäche der andern hingeopfert werden . . . Die Sozialdemokratie hat mit der Idee des Massenstreiks, der Revolution ein ruchloses Spiel getrieben, sie ist immer kulturwideriger geworden. Einer der guten Köpfe der Partei, Schippel, hat in einem Artikel die Wahl-niederlage der Sozialdemokratie zurückgeführt auf die Unwahrhaftigkeit in der Agitation. Sie hat erklärt, der Zolltarif wird nie zustande kommen: er ist zustande gekommen. Sie hat erklärt, auf dieser Basis ließen sich keine Handelsverträge abschließen: wir haben sie abgeschlossen. Sie haben erklärt, diese Verträge würden die Industrie schädigen, den Wohlstand lähmen: unser Wohlstand steigt, unsere Industrie blüht. Ein solches Gesunkener haben viele Wähler satt bekommen . . . Endlich die unpatriotische Haltung. Nur die deutsche Sozialdemokratie stellt internationale Ideale über die nationalen. Die ausländische steht in nationalen Fragen zu ihrem Volk. Das ist vaterlandslos, wenn man die Partei über das Vaterland stellt, wenn man dem Vaterland ein Jena wünscht, vorausgesetzt, daß die Partei dabei prosperiert . . . Die sozialdemokratische Gefahr ist nicht dauernd überwunden, sie ist nur suspendiert, sie ist gebannt, solange das Bürgertum einig bleibt . . . Unser Kampf galt auch nicht dem deutschen Arbeiter, sondern der revolutionären Sozialdemokratie. Diese teilt die ganze Gesellschaft ein in zwei Lager: das der Bourgeoisie und das des Proletariats . . . Ich behaupte, daß die Annahme, als ob diese Gegensätze sich immer mehr verschärfen, irrig ist und durch die Entwicklung widerlegt wird. Die mittlere Schicht ist in der Zunahme begriffen. Ich glaube, daß der Tag kommen wird, wo Kopf und Hand einträchtiger zusammenwirken werden als heute . . .“ — Im Namen des Zentrums hob noch Gröber die Verdienste seiner Partei um die frühere Gesetzgebung hervor; der Reichstag sei einer Lappalie willen aufgelöst worden; der Wahlkampf sei im kulturkämpferischen Geiste geführt worden. Es sei Heuchelei, dem Zentrum allein ein Bündnis mit der Sozialdemokratie vorzuwerfen; die Nationalliberalen hätten bei den meisten Wahlkämpfen seit 1874 die Sozialdemokratie gegen das Zentrum unterstützt. Die künftige Kolonialpolitik sei ganz dunkel. Der Reichskanzler habe die Ehre des Zentrums angegriffen, indem er ihm wegen der Ablehnung der neun Millionen Mangel an nationaler Gesinnung vorwarf. Im katholischen Volke herrsche größere Erbitterung als im Kulturkampf. Der Reichskanzler werde mit der neuen Mehrheit nicht regieren können. Auch Hertling erklärte, der Wahlaufruf Bülows habe wie ein Kampfruf gegen den Katholizismus gewirkt.

Als der koloniale Nachtragskredit für Südwestafrika im März debattiert wurde, erklärte Fehrenbach, das Zentrum lehne wie früher die Gesamtsumme von 29 Millionen ab, bewillige aber die Eisenbahn. Die Vorlage wurde am 12. März gegen Zentrum, Polen und Sozialdemokraten angenommen. Sofort drängte das Zentrum auf Erledigung der wichtigeren sozialpolitischen Aufgaben. Das wurde vom Grafen Posadowsky zugesagt.

Revisionismus.

Kolonien.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat sprach sich am 13. März für eine planmäßige Unterstützung der Ansiedlung in den Kolonien aus. Bülow erklärte sich bei dieser Gelegenheit als „agrarischen Reichskanzler“. Er wurde aber um so mehr von der Zentrums Presse angegriffen. So hieß es Ende März: „Eine gewaltige Redeschlacht liegt hinter uns. Der Sieger steht auf der Walfstatt; der Besiegte hat sich in das Reichskanzlerpalais geflüchtet. Dieses Haus wird unter seinem heutigen Bewohner gemieden; das Zentrum hat auch die gesellschaftlichen Beziehungen abgebrochen. Fürst Bülow hat das Zentrum in einer Weise brüskiert, daß an ein Zusammenarbeiten nicht mehr gedacht werden kann.“ Abgeordneter Schädler erklärte in einer Rede zu Bamberg, die Rettung aus den verfahrenen Verhältnissen erblicke er nur in der Möglichkeit, daß der Reichskanzler im Sommer krank werde und beim Wiederzusammentritt des Reichstags ein anderer Kanzler im Amte sei. Daran änderte auch nichts die Affäre des Abgeordneten Erzberger und des Beamten Pöplau wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses, — Es war ein Zeichen der Zeit, daß die freisinnige Wochenschrift „Nation“ und die Monatsschrift „Deutschland“ des Jesuiten Paul Hoensbroech (seit 1902) im April eingingen.

Wie früher das Zentrum, so tadelte auch Naumann, der Freisinnige, den Stillstand der Sozialpolitik (11. April). Auch ihm antwortete Graf Posadowski beschwichtigend. Aber die kolonialen Beschwerden legte die Regierung am 16. April dem Reichstag eine Denkschrift vor; desgleichen am 20. April über die Eisenbahnen Afrikas.

Als am 24. Juni Staatssekretär des Innern Graf Posadowski zurücktrat, wurde der preussische Minister des Innern v. Bethmann Hollweg sein Nachfolger. Dessen Nachfolger wurde Graf Moltke. Auch der Kultusminister v. Studt trat zurück und überließ seine Stelle dem Unterstaatssekretär Holle. Man faßte all das als einen einheitlichen politischen Akt auf, um mehr Einheitlichkeit zwischen der Politik im Reich und in Preußen herbeizuführen, um also die Blockpolitik auch auf Preußen zu übertragen.

Naumann wollte mittels der Blockpolitik das allgemeine Wahlrecht für Preußen durchgesetzt wissen. Ein Beweis für den Patriotismus des Zentrums war es, daß Peter Spahn in einer Versammlung vom 11. August erklärte, Deutschland müsse für seine Marine jährlich 40 Millionen Mark mehr aufwenden.

In der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Würzburg 25. bis 29. August sprach Kanonikus Meyenberg aus Luzern über Religion und Konfession. Religion kann nicht ohne Konfession sein; auch die Bergpredigt ist nicht ohne Konfession und Kirchlichkeit, ohne Glaube und Dogma. Die Kirche Jesu wird schon hier unter den Händen des himmlischen Architekten gebaut. So ist unsere Konfession eine Blume des Evangeliums, ein Dombau des Architekten Jesus Christus. Das Bekenntnis der Gottheit Christi ist bis heute die Grundlage unserer Konfession. Der neue Syllabus Pius' X. ist die Erneuerung des Jesusexamens von Cäsarea Philippi. Die neuesten Verwerfungen dieses Syllabus sind eine



Prüfung der modernen Welt. Gibt es eine klarere Rechtfertigung der katholischen Konfession, als daß Jesus am Schlusse seines Erdenwallens die konkrete Kirche als die Lehrerin seiner Wahrheit hinstellte? Unsere Magna Charta ist so das Leben Jesu und das Evangelium. — Abt Norbert von Sankt Ottilien sprach über Katholizismus und Mission, Pfarrer Bartels über die kirchliche Notlage der Katholiken, Professor Martin Spahn über Katholizismus und Hochschulen, Rektor Brück über Katholizismus und Volksschule, Wacker über Katholizismus und Nationalität, Professor Schorer über moderne Aufgaben der Caritas, Gröber über Katholizismus und Wirtschaftsleben, Professor Meyer über Literatur und Kunst im Lichte der katholischen Weltanschauung, Prinz Löwenstein über das Papsttum. — Fehrenbach sagte über die Schellfrage: „Forschen ist Sache der Wissenschaft; dabei sind Irrtümer möglich, und diese sind keine Sünde. Die Entscheidung steht aber nur der Kirche zu, und da gibt es nichts anderes als Unterwerfung.“ Ich schrieb den Prolog für das Festblatt.

Sehr bemerkenswert war die Ansprache Kaiser Wilhelms am 31. August in Münster an die Vertreter der Provinz: „Westfalen bietet ein schönes Bild dafür, daß es wohl möglich ist, historische, konfessionelle und wirtschaftliche Gegensätze in versöhnlicher Weise zu einen in der Liebe und Treue zum gemeinsamen Vaterland. Ich mache keinen Unterschied zwischen Untertanen katholischer und protestantischer Konfession. Stehen sie doch beide auf dem Boden des Christentums, und beide sind bestrebt, treue Bürger zu sein. . . Ich sage mir: Alle sind Menschen wie du, Träger einer Seele aus den lichten Höhen, durch ihre Seele haben sie ein Stück ihres Schöpfers in sich. Wer so denkt, wird immer milde Beurteilung für seine Mitmenschen haben. Damit wäre die Vorbedingung geschaffen für eine vollständige Einigkeit im deutschen Volk. Erreicht kann sie nur werden in einem Mittelpunkt: in der Person unseres Erlösers, in dem Mann, der uns Brüder genannt, der uns allen zum Vorbild gelebt hat, der persönlichsten der Persönlichkeiten. Er wandelt auch noch jetzt durch die Völker dahin und ist uns allen fühlbar in unserm Herzen. Im Ausblick zu ihm muß sich unser Volk einigen. Zu solcher Mitarbeit möchte ich heute die westfälischen Männer auffordern. Sie werden mich am besten verstehen. In diesem Geiste sollen alle zusammenwirken, dann wird unser deutsches Volk der Granitblock sein, auf dem unser Herrgott seine Kulturwerke an der Welt weiter aufbauen und vollenden kann. Dann wird auch das Dichterwort sich erfüllen: An deutschem Wesen wird einmal noch die Welt genesen.“

Kaiser  
Wilhelm.

Ebenso religiös äußerte sich der Kaiser am 23. September zu Memel bei der Enthüllung des Nationaldenkmals zur Erinnerung an den Aufenthalt des preußischen Königspaares vor hundert Jahren: Im Jahre 1807 hat das Volk „in seiner Ergebung anerkannt, daß die strafende Hand Gottes ihm eine Prüfung auferlegt habe. Die Erkenntnis hat das Volk zur Einkerkehr geführt, und die Einkerkehr hat zur Folge gehabt, daß es sich auf das Wort Gottes besann, zur Religion zurückkehrte. Das ist die

Memel.

Lehre aus dem Jahre 1807: das gemeinsame feste Gottvertrauen des Königshauses und seines Volkes. Wie steht das Jahr 1907 dazu? Auch wir leben in einer großen Zeit. Die überraschenden Fortschritte unseres neu geeinten Vaterlandes, die großartigen Erfindungen in Wissenschaft und Technik sind eine Folge der Wiedervereinigung. Sollen wir in Übermut darüber den Urquell der Stärke vergessen? Nein! Je mehr wir in der Lage sind, eine hervorragende Stelle in der Welt zu erringen, um so mehr soll unser Volk sich daran erinnern, daß auch hierin das Walten der göttlichen Vorsehung zu erkennen ist. Wenn unser Herrgott unserm Volke nicht noch große Aufgaben gestellt hätte, dann würde er ihm auch nicht so herrliche Fähigkeiten verliehen haben. Auch heute gilt es, den Blick nach oben emporzurichten in dem Verstehen, daß alles, was uns gelingt, durch Fügung von oben erwirkt ist."

In den Bülowblock wäre bald eine Krisis gefahren infolge des Harden-Prozesses und der Enthüllungen über eine angebliche Kamarilla. Dies  
 Harden. kam also. Maximilian Harden, der Herausgeber der „Zukunft“, von Haus aus geborner Jude, ein Schriftsteller von gezierter Pose, Schmeichler Bismarcks, um Kaiser Wilhelm zu verkleinern, hatte seit Monaten in seiner Wochenschrift Andeutungen über den Fürsten Philipp Eulenburg und seine „Tafelrunde“ gemacht; er sei Liebling und unverantwortlicher Ratgeber des Kaisers und stifte dadurch viel Unheil. Er treibe Spiritismus, Gesundbeterei und habe noch viel bedenklichere anormale Neigungen. Der Kronprinz teilte diese Artikel seinem Vater mit. Graf Runo Moltke, der Kommandant von Berlin, der auch mit angegriffen war, forderte Harden zum Duell; dieser lehnte ab. Graf Moltke wurde seiner Stelle enthoben und verklagte nun Harden wegen Beleidigung. Fürst Eulenburg beantragte eine Untersuchung gegen sich, die als gegenstandslos eingestellt wurde. Der Ehrenbeleidigungsprozeß des Generalleutnants Graf Runo Moltke gegen Harden endete am 29. Oktober mit Hardens Freispruch; er hatte dem Grafen normwidrige sexuelle Betätigung vorgeworfen. Aber sowohl das Gutachten der ärztlichen Sachverständigen wie die Prozeßleitung wurde als einseitig getadelt. Tadelnswert war es jedenfalls, daß das Gericht bei so anstößigen Dingen die Öffentlichkeit nicht ausschloß. Das Beweismaterial war ungenügend, die Existenz einer Kamarilla war nicht erwiesen; es wurde bezweifelt, daß Harden aus lauterer politischen Motiven gehandelt habe. Friedrich Naumann trat allerdings in der „Silbe“ für Harden ein und suchte die Beschuldigungen in demokratischem Sinn gegen die aristokratischen Offiziere auszunützen; er sprach von einem Zusammenbruch der regierenden Kaste in Preußen. Der Staatsanwalt erhob nach dem Prozeß Anklage gegen Harden, und dieser wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt (Schulthess, Geschichtskalender, S. 155). Ein international bewandter Diplomat sagte mir damals, das Ganze sei von England angestiftet, um das deutsche Heer und den deutschen Hof moralisch zu vernichten, ehe man das Reich vernichte, und es bedeute die entscheidende Vorbereitung zu einem großen Weltkrieg. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Anstifter dieses bedauernswerten Skandals von England bestochen waren, aber sie mochten, ohne es selber zu wissen, Englands Puppen sein. Bald darauf warf der

Eulenburg.

Schriftsteller Adolf Brand auch dem Fürsten Bülow normwidrige Sittlichkeitsvergehen vor; es kam zu einem Prozeß, Bülow wurde selbst verurteilt, Brand wurde, nachdem er förmlichen Widerruf geleistet hatte, zu einhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Der Zentrumsabgeordnete Peter Spahn forderte im Reichstag Aufklärungen über einige Angaben im Prozeß Moltke-Garden, wonach in mehreren Kavallerieregimentern die Soldaten durch Offiziere (Graf Lynar, Graf Hohenau) sexuell mißbraucht worden seien. Solche Zustände erinnern an das heidnische Rom. Bülow widersprach, daß man von Verseuchung ganzer Regimente sprechen könne. Das deutsche Volk und Heer sei im innersten Kern vollkommen gesund. „Aus den Verfehlungen einzelner auf eine Korruption des Adels zu schließen, ist ungerecht und töricht... Es gibt auch keine Kamarilla. Als unser Kaiser vor einigen Jahren den verdienstvollen Leiter der Hamburg—Amerika-Linie, Herrn Ballin, einige Male bei sich sah, sprach man auch von einer Ballin-Kamarilla.“ Auch der Kriegsminister v. Einem hatte in dieser unerquicklichen Sache eingzugreifen. Bülow sagte noch weiter gegen Bebel, dieser habe gemeint, eine Kamarilla käme nur in Monarchien vor; aber Intrigen und Hintertreppeneinflüsse blühen in Republiken noch ganz anders. „Es gibt auch eine rote Kamarilla. Selbst den Stuarts und Bourbons ist nicht so geschmeichelt worden wie heute manche Demagogen den Masseninstinkten schmeicheln. Niemals ist vor fürstlicher Eitelkeit so viel Weihrauch angezündet worden, wie heute vor König Demos. Bebel hat gemeint, die Kamarilla der Fürsten mache es so, daß sie ihre eigenen Wünsche den Fürsten suggerierte als wären es deren eigene Wünsche. Das ist ja genau, was die Höflinge des Demos machen: die reden auch den Massen ihre eigenen Wünsche und Ideen ein, um sie nachher glauben zu lassen, das wären die Wünsche der Massen. Diese Kamarilla ist ebenso schädlich, selbstjüchtig und schamlos, wie jemals eine fürstliche Kamarilla war. In der Kunst des Bauchrutschens und Schweifwedelns sind die Höflinge des Demos den Höflingen der Fürsten über... In Zentrumsblättern habe ich gelesen, ich hätte die Stellung des Reichskanzlers zu einflußreich, zu selbstständig, zu mächtig gemacht, namentlich dadurch, daß ich zu enge Fühlung mit den Parteien hielte; ich wäre zu parlamentarisch. Ein preußischer Prinz hätte geäußert: was soll aus den Hohenzollern noch werden, wenn es der Bülow so weiter treibt! Wir leben in einer Zeit, wo ein Minister sich gar nicht so sehr zu fürchten braucht vor der Tyrannei von oben. Aber die Tyrannei von unten, das ist die drückendste und schlimmste aller Tyranneien.“ Eine heftige Rede des nationalliberalen Paasche in der Garden Sache bedeutete fast die Sprengung des Blockes. Er konnte nur dadurch gerettet werden, daß man am 4. Dezember den Reichstag vertagte. Der Reichskanzler erklärte den Führern der drei Mehrheitsparteien, es scheine aussichtslos, die Geschäfte im Sinne der seit den neuen Wahlen inaugurierten Politik zu führen, wenn die zum Zusammenwirken berufenen Parteien fortfahren, gegeneinander oder gegen die Regierung zu kämpfen. Darauf legten am 5. Dezember die Führer der drei Parteien, der deutschkonservativen, der nationalliberalen und der freisinnigen Volkspartei die öffentlichen Erklärungen ab, gemeinsam die Blockpolitik zu unterstützen. Es geschah nicht ohne Gelächter der andern Parteien. Die „Germania“ schrieb darüber: „Parlamentarismus, gemäßigt durch Absolutismus, das scheint das politische System des Reichskanzlers zu sein: der Regierungsabsolutismus, der sich mit dem Schein des Parla-

Ballin.



mentarismus zu umgeben sucht. Die Erklärung, die Fürst Bülow vor den zitternden Blockführern abgab (daß er sein Verbleiben im Amte vom Block abhängig mache), war im letzten Grund nur ein Staatsstreich zur Aufrichtung des eigenen Absolutismus." Und auch auf dem Delegiertentag der konservativen Partei (11. Dez.) sagte Freiherr v. Manteuffel: Fürst Bülow verdiente Dank, daß er die Einigkeit im Block erhalten habe, ihm sei jedoch zu raten, von solchen Mitteln in Zukunft abzusehen; denn ein Minister, der sich des Vertrauens unseres Kaisers erfreue, dürfe seine Stellung nicht vom Parlament abhängig machen.

Was die Sozialpolitik betrifft, so suchte man durch innere Kolonisation dem Landarbeitermangel entgegenzuwirken. In der sozialistischen Presse fanden heftige Kämpfe über den Revisionismus statt. Bebel verlangte im Reichstag ein Heerwesen wie in Schweden und in der Schweiz, ohne Paradedrill. Ihm entgegnete Müller-Meinungen, sein Schweizer Musterheer werde von den dortigen Sozialdemokraten ebenso angefeindet wie das deutsche. Noske erklärte, die Sozialdemokratie wolle die Armee nicht mit einem Schlag abschaffen, sie denke nicht an phantastische Abrüstung; aber durch das tolle Wettrüsten werden die Völker finanziell ruiniert. „Wir haben von jeher ein Volksheer gewünscht. In unserm Programm steht: Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Selbstverständlich ist es auch unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk nicht von einem andern an die Wand gedrückt wird“ (April). Darüber fanden in der Presse noch lange Auseinandersetzungen statt. — In Hamburg bildete sich im Mai ein Bund vaterländischer Arbeitervereine; in Dortmund kamen die Delegierten der evangelischen Arbeitervereine zusammen. — In den „Sozialistischen Monatsheften“ empfahl Edmund Fischer eine Mittelstandspolitik, um den Mittelstand zu gewinnen, ohne den die Arbeiter stets in der Minderheit bleiben müßten. Ebenda schrieb auch Karl Leuschner über die Bedeutung des Krieges im Zusammenhang der weltgeschichtlichen Entwicklung; so haben auch Lassalle, Marx und Engels die gleichzeitigen Kriege mit ihren Schriften begleitet. „Hier verläuft die männliche Linie am Stammbaum der Humanität, und wir wollen zu ihr gehören.“

Ein internationaler Sozialistenkongreß tagte zu Stuttgart 17. bis 24. August. Bebel polemisierte gegen den Franzosen Hervé, der im Vaterland nur eine dem Proletariat feindliche Einrichtung der herrschenden Klassen sah und die Verschiedenheit der Nationen leugnete. Das Kulturleben kann sich aber nur auf der Grundlage der Muttersprache und auf dem Boden der Nationen entwickeln. Ihm erwiderte Hervé: „Die deutschen Sozialisten sind nur noch Wahl- und Zahlmaschinen, eine Partei mit Mandaten und Kassen, die mit Stimmzetteln die Welt erobern

will. Die deutschen Proletarier sind alle zufriedene, satte Spießbürger mit einem Kadavergehorfam, so daß sie dem Kaiser Bebel auch in einen Krieg folgen und ihre Bajonette auf die Brust der französischen Proletarier setzen würden, die die Barrikaden mit der roten Fahne der Revolution verteidigen." Vollmar erklärte: „In keiner Partei der Welt spielt nationaler Chauvinismus eine geringere Rolle als bei den Deutschen, und nirgends wird die Geißel des Militarismus schärfer bekämpft. Aber Internationalität ist nicht Antinationalität. Die Liebe zur Menschheit wird uns nie verhindern, gute Deutsche zu bleiben. Es ist utopisch, davon zu sprechen, daß die Nationen aufhören werden.“ — Der Kongreß faßte die Resolution, „daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit und Ausrottung der eingebornen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß. Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient nur als Deckmantel für Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste. Die kapitalistische Kolonialpolitik zerstört durch Verelendung der Eingebornen wie durch verwüstende Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methoden verpflanzt. Sie verlangsamt oder verhindert dadurch selbst die Entwicklung des Handels und des Absatzes der Industrieprodukte der zivilisierten Staaten. Der Kongreß verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Hochentwicklung der gesamten Menschheit stellt.“ Es waren Deutsche, Österreicher, Belgier, Dänen, Holländer, Schweden, Franzosen, Engländer, Italiener, Ruthenen, Australier, Argentinier, Spanier, Nordamerikaner, Finnländer, Türken, Russen, Rumänen, Serben, Norweger vertreten.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Essen, 16. bis 21. September, erwies sich die Zahl der Abonnenten der Parteipresse als 1.049.707. Noske wurde wegen seiner allzu patriotischen Äußerungen im Reichstag angegriffen. Bebel verteidigte ihn; die Partei müsse von Fall zu Fall entscheiden, wie sie sich zu einem Kriege stelle. Kautsky meinte, hiebei seien nicht Rechtsgründe, sondern nur proletarische Interessen entscheidend. „Zuerst sind wir Proletarier und dann Deutsche.“ Bebel referierte über die Wahlen: die Partei habe zwar Mandate verloren, aber ihren Stamm an Wählern behauptet, ja vermehrt. Für die künftigen Wahlen müssen die liberalen und christlichen Arbeitervereine gewonnen werden; man habe diese bisher zu sehr brüskiert. Es wurde schließlich gefordert: Achtstundentag, Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, keine indirekten Steuern, Hebung des Schulwesens, Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volksheime, Lesehallen. Die antimilitaristische Agitation Liebknechts wurde abgelehnt. Er wurde bald darauf (12. Okt.) zu eineinhalb Jahren Festung verurteilt.

Dr. Liebknecht, ein Sohn des 1900 verstorbenen sozialdemokratischen Führers, hatte sich vor dem Reichsgericht wegen Hochverrat zu verantworten, wegen einer Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugenderziehung“. Er trug damit die sozialistische Propaganda in das Heer.

Christliche Arbeiter. Auf dem zweiten Kongreß christlich-nationaler Arbeiter zu Berlin (20. bis 23. Okt.) waren eine Million Arbeiter vertreten. Bethmann Hollweg hielt eine Ansprache. Der Kongreß erklärte sich gegen die „Gelben Gewerkschaften“, die von den Unternehmern gegründet, von ihnen abhängig sind. — Ein Gesetzentwurf zur Börsenreform, der dem Reichstag am 23. November zukam, verbot den Terminhandel in Getreide und Mehl. — Am 26. November erklärten 49 sozialdemokratische Versammlungen zu Berlin ihre Partei für die einzige, die „einen Zustand sozialer Gerechtigkeit herbeiführen will für alles, was Menschenanständig trägt“ und forderten auch für Preußen das allgemeine Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts.

Polen. Die Kolonisationsbestrebungen in den polnischen Gebieten wurden fortgesetzt. Schon die preußische Thronrede vom 8. Januar erklärte: „Die gegenwärtige Lage in den östlichen Provinzen zeigt deutlicher denn je, daß Preußens geschichtliche Aufgabe der Stärkung des Deutschtums in diesen Landesteilen zu ihrer Lösung die ernstesten Anstrengungen erfordert.“ — Von sieben Gymnasien wurden über fünfzig Schüler entfernt, weil deren die Volksschule besuchenden Geschwister sich weigerten, im Religionunterricht deutsch zu antworten. Die Maßregel wurde später wieder zurückgenommen, als die Kinder den Streik aufgaben. — Für die deutsche Ansiedlung hatte man seit 1886 bereits 444 Millionen ausgegeben, 107 Millionen eingenommen. Die Polen beschwerten sich über die brutalen Maßregeln gegen den Schulstreik, besonders über die Mißhandlung der Kinder. Der Verein zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken forderte aber noch schärfere Maßregeln, Enteignung und alleinigen Gebrauch der deutschen Sprache bei Versammlungen. In der Tat wurde dem Landtag am 26. November ein Enteignungsgesetz vorgelegt. Bülow erklärte diese Maßregel für notwendig, wenn das Deutschtum nicht vor dem stärker organisierten Polentum zurückweichen sollte. Das war allerdings ein betrübliches Geständnis, daß jene deutsche Kultur, wie sie die Regierung und die Politiker handhabten, minderwertig, weniger werbend war, als die religiösere katholische und romantisch nationale Kultur der Polen. Die deutsche Kultur dieser Art war zu rationalistisch, zu analytisch, zu kritisch, zu modernistisch, sie beruhte nur auf dem Interesse, auf der Gegenwart, sie hatte alle Hilfen des mittelalterlichen Glaubens aufgegeben, sie machte niemandem warm, sie ließ kalt. Das war ja eben der Grund, warum ich und andere Gleichgesinnte damals im „Gral“ eine höhere Kultur als die Sudermanns, Hauptmanns, Harnacks und als die der katholischen Modernisten anstrebten, aber nicht genügend von unsern deutschen Brüdern verstanden wurden. —



Porsch sagte am 29. November im Namen des Zentrums sehr richtig, das Ansiedlungs- und Enteignungsgesetz werde wirkungslos sein, die enteigneten Polen werden sich in andern Kreisen neu anlaufen. Ohne Zweck wird so ein Kampf auf Leben und Tod angekündigt. — Bethmann Hollweg begründete am 9. Dezember im Reichstag das Reichsvereinsgesetz, das nichtdeutsche Sprachen in allen Versammlungen verbot.

Etwas versöhnlicher war der Vertrag mit Dänemark über die Optanten (11. Jan.), wodurch eine Lücke des Wiener Friedens von 1864 ausgefüllt wurde und die bisher staatenlosen Optantenkinder die preussische Staatsbürgerschaft erhielten. Dadurch wurde denn auch endlich von dänischer Seite die Nichtabtretung der dänischen Teile von Nordschleswig rechtlich anerkannt. Allerdings blieb im übrigen die Politik gegen die Dänen des Deutschen Reiches unberührt; ein Antrag von 69 nordschleswigischen Geistlichen auf Einführung von zwei dänischen Sprachstunden wurde am 27. Juli abgelehnt. Der Alldeutsche Verbandstag zu Wiesbaden 7. September forderte auch eine scharfe Stellungnahme der Regierung gegen das Dänentum.

Optanten.

Kaiser Wilhelm empfing am 12. Februar eine Abordnung des katholischen Malteserordens mit der Ernennungsbulle und den Insignien. Malteser. Er sagte dabei: „Als Protektor der Ballen Brandenburg des ritterlichen Ordens von St. Johannes vom Spital zu Jerusalem mit dem evangelischen Zweige des Ordens verbunden, erfüllt es mich mit Befriedigung, nun auch zur katholischen Ordensritterschaft in nähere Beziehung zu treten. Wenn auch im Wandel der Zeiten der Wirkungskreis des altherwürdigen Ordens eine Einschränkung erfahren hat, die alten Rittertugenden behalten immer ihre Bedeutung, und gerade in unsern Tagen ist jeder einzelne ritterlich gesinnte Mann von unschätzbarem Wert für die Allgemeinheit. Ihr Gelübde bürgt mir dafür, daß Sie alle auch im Kampf gegen den menschenfeindlichen Geist des Unglaubens und des Umsturzes sich als wahre Ordensritter erweisen werden. Ein vorbildlicher christlicher Wandel, barmherzige Nächstenliebe zu den kranken und notleidenden Brüdern, Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe, das ist der Boden, auf dem beide Zweige des Ordens in Einmütigkeit nebeneinander segensreich wirken können.“ Der Kaiser investierte den Prinzen Eitel Friedrich als Herrenmeister des Johanniterordens (18. März) mit einer Ansprache in gleichem Sinne.

Der Braunschweigische Landtag erklärte sich bereit, den jüngeren Sohn des Herzogs von Cumberland als Herzog anzunehmen. Das duldet aber weder Preußen noch der Bundesrat. Vergebens protestierte auch der Herzog von Cumberland gegen den Bundesratsbeschluß. Braunschweig mußte wieder einen Regenten von auswärts sich gefallen lassen; als solcher zog am 5. Juni Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg ein.

Braunschweig.

Beim Tode der greisen Königin Marie von Hannover erinnerte man an ein schönes Gedicht ihres erblindeten Vaters, das vor fünfzig Jahren entstanden war: „... Und nur ein Bild aus jenen schönen Zeiten hat sorglich sich die Seele eingeprägt; es lächelt mild und will nicht von mir weichen, seitdem der Flor sich um die Augen schlägt... Nur eins bleibt noch auf meines Vaters Schwelle, ein Engel, der mich nicht verzeiweln läßt...“

Arm ist die Welt mit allen ihren Schätzen, arm, bettelarm! Ich nenn' Maria mein! Ein jeder liebt, sein höchstes Gut zu zeigen, und prahlt mit dem, was ihm der Himmel gibt. Blind bin ich wohl, doch such' ich meines Gleichen, solange mich Maria nur noch liebt!"

Für Majestätsbeleidigungen wurde auf Anregung des Kaisers dem Reichstag ein milderer Gesetzentwurf vorgelegt. Nur böswillige und vorbedachte Beleidigungen sollten als solche geahndet werden. — Der Kaiser-Wilhelms-Kanal wurde erweitert. — Dem Reichstag ging eine neue Flottenvorlage zu, weil man die Lebensdauer eines Linienschiffes neuerlich nicht mehr auf fünfundzwanzig, sondern nur mehr auf fünfzehn bis zwanzig Jahre taxierte.

In den Kolonien erfolgten einige Dienstentlassungen disziplinarer Art. Es war dort doch nicht alles in Ordnung gewesen.

An Gymnasien wurde dem englischen Unterricht mehr Bedeutung zugebilligt.

Prinz Ruprecht von Bayern legte das Protektorat im Flottenverein nieder, weil dieser Verein antikatholische Parteiagitation trieb. Der Deutsche Flottenverein war 1898 gegründet worden.

Berlin=Bagdad. Rud. Martin schrieb das Zukunftsbuch „Berlin-Bagdad. Das deutsche Weltreich im Zeitalter der Luftschiffahrt 1910—1931“.

Joh. Benzler stellte „Graf Posadowsky als Finanz-, Sozial- und Handelspolitiker“ dar „an der Hand seiner Reden“.

Es wurde an einen politischen Vorschlag Goethes erinnert zur „Einführung der deutschen Sprache in Polen“ (Jubiläums-Ausgabe, 37. Band), nämlich durch herumziehende Theatergesellschaften (Allg. Ztg., Nr. 80).

Literatur. Martin Spahn veröffentlichte den Vortrag „Der Kampf um die Schule in Frankreich und Deutschland“. — Ansgar Böllmanns „Rückständigkeit“ wurden in der „Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 30) von Rich. M. Meyer besprochen. — In der „Allgemeinen Zeitung“ verfolgte F. A. Kiesel sehr lebhaft die „Kontroverse über den Index“ (6. Febr.) nach Hilgers. Er schloß: „Die Verhandlungen, welche Schell in den letzten Lebensjahren mit Rom geführt hat, lassen es nicht aussichtslos erscheinen, daß Schells Werke dereinst wieder vom Index abgesetzt werden, wie viele Bücher...“ — Die „Renaissance“ von Jos. Müller, „Organ für religiöse Erneuerung“ trat in den achten Jahrgang; sie wollte die Union aller innerlichen Christen und Edel denkenden, Verständigung oder friedliches Zusammenleben von Katholiken, Protestanten und Freidenkern anbahnen (Allg. Ztg., Nr. 31). In der Sammlung „Kultur und Katholizismus“ gab Adolf Dyroff ein Bild von Rosmini. — Der von Josef Popp herausgegebene „Literarische Ratgeber für die Katholiken Deutschlands“ war beim sechsten Jahrgang angelangt; er wirkte im Sinne des „fortschrittlichen“ Katholizismus. — In München starb der Benediktinerpater Odilo Rottmanner, „der stille, aber warme Freund und Berater des fortschrittlichen Katholizismus“, wie ihn K. Gebert in der „Allgemeinen Zeitung“ 18. September nennt. — München erhielt einen neuen Apostolischen Nuntius in dem Dominikaner P. Andreas Frühwirth, einem Steirer. — Professor Franz A. v. Junk an der Tübinger katholischen Fakultät erhielt in der „Allgemeinen Zeitung“ (26. Febr.) einen ehrenden Nachruf wegen der „liberalen Basis seines Schaffens, die ihm manche Anfeindung und Verleumdung eintrug“. — Rich. Burdinski gab einen ausführlichen Bericht über

die Vorträge des Jesuitenpaters Wasmann in Berlin und die sich daran schließenden Diskussionen unter dem Titel „Der Kampf um die Weltanschauung in Berlin“. „Der Gesamteindruck, den der Zuhörer empfing, war der, daß über Grundsätze gestritten wurde, zwischen denen eine Vereinigung nicht möglich ist.“ Die Vorträge und Diskussionen fanden im Februar statt. — In der Sammlung „Kultur und Katholizismus“ erschien auch Albert Ehrhardts „Katholisches Christentum und moderne Kultur“ (besprochen von R. Gebert in der Allg. Ztg., 7. Aug.). — Adolf Harnack hielt am 27. Januar beim Festakt in der Berliner Universität eine Rede über „Protestantismus und Katholizismus“, über die konfessionelle Spaltung neben dem sozialen Gegensatz und dem gesellschaftlichen Kastengeist. Es gelte vor allem, die „politische Religion“ zu bekämpfen, die Verquickung von Konfession und Politik. — Franz X. Rießl schrieb in M. Spahns Sammlung „Kultur und Katholizismus“ ein Büchlein über Hermann Schell.

Max Beyer schrieb das Buch „Der deutsche Christus. War Christus Jude? War Christus Sozialdemokrat? Wie wird Deutschland glaubens-einig?“ — Reinhold Heinecke gab „Jesus und seine Botschaft im deutschen Gewande“ etwa in Uhdes Art; aber gerade da erwies sich diese Art als abgeschmackt. — Hans Preuß schrieb über „Die Vorstellungen vom Antichrist im späteren Mittelalter, bei Luther und in der konfessionellen Polemik“. — Als 137. Bändchen der Sammlung „Aus Natur- und Geisteswelt“ erschien unter geschmacklosem Titel „Wahrheit und Dichtung im Leben Jesu“ von Paul Mehlhorn. — Helmolt kritisierte die „Geschichte der neueren und neuesten Zeit“ von E. Widmann in der „Allgemeinen Zeitung“ als „Abkehr vom deutschen nationalen Katholizismus zu internationalem Ultramontanismus“. Man kann es eben nicht allen recht machen. — Erich Wasmanns, S. J., Buch „Die moderne Biologie und die Entwicklungstheorie“ wurde in der „Allgemeinen Zeitung“ 8. März von H. G. Ziegler bekämpft.

Hugo Gif stellte in der „Allgemeinen Zeitung“ 11. Juli fest, daß der Name Karl May eine Macht bedeute, entsprechend dem „Hunger nach Romantik“. May trat übrigens in eine neue Periode durch religiöse und kulturphilosophische Werke; so „Babel und Bibel, Arabische Phantasia“. Er schilderte die Ausöhnung des Morgenlandes mit dem Abendland, die Entwicklung des Gewaltmenschen zum Edelmenschen. Der Besiegte wird zum Sieger über sich selbst. Sein Motto war: „Gott schrieb die Schöpfung nicht als Trauerspiel, ein tragisch Ende kann es nirgend's geben. Zwar jedes Leben ringt nach einem Ziel, doch dieses Ziel liegt stets im nächsten Leben.“

O. Ursied, Stadtpfarrer in Stuttgart und Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, schrieb einen „Anti-Treitschke“. — „Die Philosophie des Krieges“ von E. Rud. Steinmetz entschied zugunsten des Krieges in Vergangenheit und Zukunft. — Major Hoppenstedt schrieb über „Die Schlacht der Zukunft“.

Friedrich Mucke schilderte „Saint-Simon und die ökonomische Geschichtstheorie. Ein Beitrag zur Dogmengeschichte des historischen Materialismus“. Die Abhängigkeit der marxistischen Lehren von denen Saint-Simons wurde festgestellt, besonders die von der primären Stellung der Ökonomie für Politik und Geschichte.

Erich Abdes schrieb „für den Entwicklungsgedanken gegen naturwissenschaftlichen Dogmatismus“ das Buch „Rant contra Haackel“ (2. Aufl.). —

May.



W. Ostwald schrieb über die „Transmutation der Elemente“ (Allg. Ztg., Nr. 138). Das Gesetz von der Erhaltung der Elemente ist nunmehr seiner absoluten Gültigkeit entkleidet worden: „Absolutes gibt es nicht.“

Das Werk von C. A. Bernoulli „Overbeck und Nietzsche“ gab in zwei Bänden viele tatsächliche Beiträge zur Biographie des unglücklichen Denkers. — Johannes Schlaf schrieb als „Eine Überwindung“ über den „Fall Nietzsche“.

Joh. Penzler gab eine „Geschichte des Fürsten Bismarck in Einzeldarstellungen“ heraus; so: „Bismarck und die Hamburger Nachrichten“. — Brohm schilderte „Helgoland in Geschichte und Sage“. Seit 1903 wurden Maßnahmen zur Erhaltung der Insel getroffen. Übrigens nahm der Umfang des Unterlands von selbst zu, während das Oberland abnahm.

Hugo Falkenheim schrieb über „Das Lebenswerk Fr. Th. Vischers“ zum hundertsten Geburtstag (Allg. Ztg., 28. Juni). — A. Dreyer schilderte „Franz Pöcci, den Dichter, Künstler und Kinderfreund“. — Eine herrliche Quelle reiner germanischer Kultur erschloß Arthur Bonus mit seinem „Isländerbuch“. — Ein Schandzeugnis deutscher Kultur war der Zeitroman von Otto Julius Bierbaum „Prinz Ruckuck, Leben, Taten, Meinungen und Höllensfahrt eines Wollüstlings“; noch schlimmer als Arthur Schnitzlers „Reigen“, ein „Sumpfrausch“. — Hermann Sudermann, der erfolgreiche „Theatraliker“ wurde zu seinem fünfzigsten Geburtstag gefeiert.

Baumgarten und Meszlény schrieben über „Kartelle und Trusts“.

Man konnte von einem beginnenden musikalischen Furor sprechen (Allg. Ztg., Nr. 540).

Die Ausfuhr deutscher Bücher stieg im Laufe der letzten zehn Jahre von 52 auf 96 Millionen Mark. Davon nahm Österreich-Ungarn für 42 Millionen, die Schweiz für 13, die Nordamerikanische Union für 7, England für 6, Rußland für  $5\frac{1}{2}$ , Holland für 5, Frankreich für 4, Belgien für  $2\frac{1}{2}$ , Schweden, Dänemark und Italien für je  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark Bücher. Die Einfuhr betrug 32 Millionen Mark; hieran beteiligte sich Österreich-Ungarn mit 11, die Schweiz mit 5, Frankreich mit  $4\frac{2}{3}$ , Holland und England mit je 3, die Nordamerikanische Union mit  $1\frac{1}{3}$ , Rußland mit 1 Million Mark.

Histor.-  
polit.  
Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter“ sprachen von der „Übermacht Christi“, als sie an Ed. v. Hartmanns († 1906) schnodderige Angriffe auf das Christentum erinnerten. — Bei Besprechung der Aufgaben der polnischen Katholiken wurde das Wort des Jan Kochanowski zitiert, sein Volk werde dem Sprichwort zum Trotz auch durch Schaden nicht klug. — Es wird die religiöse und politische Zukunft des Islam unter türkischer, englischer und russischer Herrschaft betrachtet und die Aussichten für die Zukunft. — Dr. Georg Jähly († 1. Dez. 1906), der streitbare Tiroler Konservative, bekommt einen Nekrolog. — Ed. Korrodi bespricht R. M. Meyers „Deutsche Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts“. — Die „Gens Dernburg“ erfährt eine scharfe Beleuchtung. — Joh. Mayrhofer betrachtet Ibsen als Romantiker. — Dr. Joh. Ranftl würdigt einen katholischen Kunstforscher Österreichs (Joh. Graus). — G. Günters „Legendenstudien“ werden vorsichtig besprochen, ein Gegenstück zu den hagiographischen Legenden des Holländisten Hippolyte Delehaye. — Eine Besprechung von Adalbert Düringers Schrift „Nietzsches Philosophie vom Standpunkt des modernen Rechts“ schließt mit dem Urteil von Diels: „Wie dieser gottlose Wahn zerfiel, wie der himmelftürmende Übermensch hinabgeschleudert ward in die Nacht des Wahn-“

sinn, ist uns in schmerzlichster Erinnerung. Nie hat sich die Titanentragödie in tragischerer Gestalt verwirklicht. Nie ist die Hybris in schauerlicherem Sturze gesühnt worden. Nie ist die Menschheit eindringlicher an ihre Grenzen erinnert worden.“ — Wir vernehmen von der Forderung einer katholischen Universität für Gork. — Die Loretofrage wird berührt. — Korrodi berichtet über neue Eichendorff-Literatur. — Das Auftreten Pius X. gegen die „Neuerer“ wird in der Allocution vom 17. April begrüßt (139, 784). — Kruckemeyer wirft wieder die Frage auf: „Ist das Zentrum eine konfessionelle Partei?“ — W. Feierfeil berichtet über den Katholizismus in Norwegen. — Sonst werden noch im 139. Band folgende Werke besprochen: „Der gottesdienstliche Volksgesang im jüdischen wie christlichen Altertum“ von Franz Leitner; „Studien zur neuhochdeutschen Legendendichtung“ von Paul Merker; die neuere Literatur über Dante Gabriel Rossetti, den englischen Präraphaeliten (von Ranftl); die Essays „Aus Kunst und Leben“ von Bischof von Keppler; die „Geschichte der deutschen Literatur“ von Ed. Engel; D'Connells Jugend; das „Moderne Spanien“ (englisch) von H. Butler Clarke; „Lord Acton und sein Freundeskreis“ (englisch) von Abt Gasquet, O. S. B.; „Die Stellung der Gebildeten im politischen und sozialen Leben“ von Friedrich Naumann; „Das Geheimnis der Medicigräber Michelangelo“ von Ernst Steinmann; „Ludwig Windthorst“ von Ed. Hüszen; „Hom, der falsche Prophet aus noachistischer Zeit“, eine religionsgeschichtliche Studie von Anton v. Dw. — Der 140. Band der „Historisch-politischen Blätter“ beginnt mit den „Katholischen Reformgrundsätzen“ von Mathies. — A. Zimmermann berichtet über „Die moderne französische Literatur und ihre Stellung zur katholischen Kirche“. — Julius Gava widerspricht der Anschauung H. Grimms, daß Michelangelo „mit seinen Gedanken der Lehre des Protestantismus nahe kam“. — Es wird ein ausführlicher Bericht über die österreichischen Reichsratswahlen fortgesetzt. — Commer's Buch über Schell wird nach seinem Verdienst gewürdigt, allerdings mit einer einschränkenden Fußnote der Redaktion. — Hermann Cardauns setzt die vor fünf Jahren begonnene Vernichtung Karl Mays fort. Dieser erhebt Einsprache. — Joh. Mayrhofer bespricht Ibsens religiös-philosophische Ideendramen. — Es wird über die katholische Presse in Österreich berichtet. Ferner über den Freidenker-Weltkongreß in Prag (8. bis 12. Sept.), wobei auch Katholiken als Gegenredner auftraten. — Expeditus Schmidt hält eine Gedächtnisrede auf Eichendorff. — Ich berichtete über die volkskundliche Sammlung „Hausbrot, Märchen- und Sagen, Ritter- und Räuber-, Helden- und Wildschützengeschichten, Familienerzählungen und Lebensbilder, Lieder, Sprüche, Sitten und Gebräuche, vom Volke erfunden, gesammelt und dem Volk unverfälscht zurückgegeben“ von Ludwig Auer unter meiner Mitarbeit. — Es folgt eine Erörterung des Begriffs „Kultur“. — Aug. Rösler kritisiert „Möbius und Weininger als Erforscher der Frauennatur“. — Der sechste österreichische Katholikentag wird besprochen. — Es folgen „Studien über Herm. Schell und die Schellsche Bewegung“, mit Beziehung auf Kießls Schrift. — Außerdem werden noch folgende Bücher besprochen; „Geschichte des Illuminatenordens“ von Leop. Engel; „Ferdinand Brunetiére“ von Th. Delmont; „Geschichte der Jesuiten“ von Bernhard Duhr; „Geschichte des Breslauer Doms“ von W. Schulte; „Der Josephinische Klostersturm im Lande ob der Enns“ von Rud. Hittmair; „Schule und Charakter“ von Fr. W. Foerster; „Die

May.

französische Kirche 1870—1878" von Lecanuet; „Die Frauenfrage" von Augustin Rösler; „Ägypten und die Zukunft" (englisch) von Edw. Dicey; „Die Trennung von Staat und Kirche" von E. Tröltzsch; „Das Christentum im fernen Orient" (franz.) von L. Joly; „Lebenserinnerungen" von Karl Schurz; die „Festgabe" zur Jahrhundertfeier des Schottengymnasiums in Wien; „Martin Greif" von W. Rosch.

In der „Internationalen Wochenschrift" von Paul Hinneberg schrieb Clemens Baeumker über „Geist und Form der mittelalterlichen Philosophie", Alois Brandl über „Die deutsche Literatur in der Neuen Welt", Albert Ehrhard über „Die internationale Lage der katholischen Theologie" mit einem Ausfall gegen die vom Papst so sehr gelobte Schrift Commers; er nennt sie ein „bedauerliches Pamphlet". Eberhard Gothein schilderte „Die kulturellen Grundlagen der Gegenreformation", Martin Hartmann schrieb über „Islam und moderne Kultur", Eugen Kühnemann über „Nebenwirkungen des Professoren Austausches", W. Münch fragte: „Wie lernen Nationen einander kennen?" Hugo Münsterberg erörterte die „Sprachhoffnungen in der Neuen Welt", und zwar für die deutsche Sprache. Friedrich Paulsen besprach Dietrich Schäfers „Weltgeschichte der Neuzeit", Leo Wiener die Universalisprachen, besonders das Esperanto, Heinrich Zimmer den „Panteltismus".

Kunst.

In der Reichsdruckerei erschien das Prachtwerk von Paul Seidel „Der Kaiser und die Kunst". — H. G. Gräf äußerte „Gedanken über ein Karl-August-Museum in Weimar". — Adolf Furtwängler veranlaßte eine Rekonstruktion der Aginetengruppen mit der alten Polychromie (Zll. Ztg., 27. Juni). — Julius Mayr gab das Buch „Wilhelm Leibl, sein Leben und sein Schaffen".

Zu Uhdes Christusbildern gehört „Herr, ich bin nicht wert, daß du unter mein Dach gehst" und der Gang nach Emmaus (Zll. Ztg., 28. März). — Walter Illner malte für das Justizministerium zu Dresden das Bild „Die Obrigkeit ist Gottes Dienerin". Otto Marcus malte für das Rathaus zu Quedlinburg „Die Einführung der Reformation" (Zll. Ztg., 7. März).

Auf dem Lützenzer Schlachtfeld wurde eine Gustav-Adolf-Kapelle eingeweiht zu Ehren des Vermüsters von Deutschland. — Die Ausstellung des Bundes deutscher Architekten zu Dresden brachte viel Bemerkenswertes (Zll. Ztg., 31. Okt.). — Cornelius Gurlitt schrieb über den protestantischen Kirchenbau der Neuzeit (Zll. Ztg., 2. Mai).

In Dresden wurde das neue Ständehaus (nach Wallots Plänen) seiner Bestimmung übergeben (Zll. Ztg., 24. Okt.). — Es entstand das festungsartige Dresdener Landgerichtsgebäude (Zll. Ztg., 10. Okt.). — Ein Bismarckturm erhob sich neuerdings bei Aachen (Zll. Ztg., 27. Juni).

Denkmäler.

Der Bismarcksarkophag von H. Begas, eine Ehrung von Seite des Kaisers, für den Berliner Dom, der sonst nur die Hohenzollern-Sarkophage beherbergte, wurde an der Südwand der Gruftkapelle aufgestellt; die Medicäergräber Michelangelo schwebten dabei vor, bis auf das Kostüm des über dem Sarkophag sitzenden gerüsteten Bismarck (Zll. Ztg., 21. Febr.). — Ein gerüsteter Bismarck von Paul Juckoff wurde auf dem Bergschenkenfels bei Halle aufgestellt (Zll. Ztg., 25. Juli). — Sehr monumental ist das Denkmal Kaiser Wilhelms I. in Bielefeld von G. Albrecht (Zll. Ztg., 5. Sept.). — Die Standbilder von fünf Draniern wurden auf der Schloßterrasse am Lustgarten in Berlin auf-



gestellt (Jll. Btg., 6. Juni). — Kaiser Wilhelm schenkte für London ein Standbild Wilhelms III. von Oranien, Königs von England, von Heinrich Baucke (Jll. Btg., 4. April).

Das Dresdener Mozartdenkmal von Gosaeus zeigte drei Musen um einen Altar mit dem Namen Mozart. Man erinnerte an Geibels Verse: „Mag die Welt vom einfach Schönen sich für kurze Zeit entwöhnen, nimmer trägt sie's auf die Dauer, schändem Ungeschmack zu fröhnen. Bald vom Taumelfest erfättigt anspruchsvoller Trugkamönen, sehnt sie sich zurück zum Gipfel, den die echten Vorbeern krönen, und mit Wonne lauscht sie wieder Goethes Liedern, Mozarts Tönen.“

Jakob Hofmann schuf das Kriegerdenkmal in Aschaffenburg (Jll. Btg., 15. Aug.). — In der Nationalgalerie zu Berlin wurde eine Büste Hinzpeters aufgestellt (Jll. Btg., 17. Okt.). — Ein Denkmal für Friedrich Alfred Krupp wurde in Essen enthüllt (Jll. Btg., 28. Nov.). — Gundelach und Lür schufen ein Denkmal für Rud. v. Bennigsen in Hannover (Jll. Btg., 10. Okt.). — Max Wiese schuf das Denkmal Fontanes in Neuruppin (Jll. Btg., 13. Juni). — Göttermeyer modellierte für Magdeburg das Denkmal Otto v. Guericke's (Jll. Btg., 3. Okt.). — Harro Magnussen stellte in Berlin „Das Denkmal der Naturforschung“ aus (Jll. Btg., 2. Mai). — Ein köstliches Werk war der Hubertusbrunnen von A. Hildebrand in München (Jll. Btg., 4. Juli). — Hubert Nezer schuf einen Nornenbrunnen für München (Jll. Btg., 12. Sept.). — R. Koller modellierte den Fortunabrunnen für München (Jll. Btg., 12. Dez.). — Am Münchener Rathaus wurden neue phantastische Skulpturen angebracht (Jll. Btg., 11. Juli). — Der Barbarabrunnen in Koblenz von G. Schreyögg war ein Werk von beträchtlichen Dualitäten“ (Jll. Btg., 10. Okt.).

Das Reichsamt des Innern gab eine Denkschrift heraus zur Unterstützung seiner Forderung von zwei Millionen für das Zeppelinsche Luftschiffunternehmen.

Das große Ereignis des zisleithanischen Österreichs waren die ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts im Mai. Sie ergaben: 96 Christlichsoziale Vereinigung (66 Christlichsoziale im engeren Sinn, 30 Deutschkonservative); 87 Sozialdemokraten (50 deutsche, 23 tschechische, 7 polnische, 2 ruthenische, 5 romanische); 21 Deutschfortschrittliche, 47 Deutsch-nationale, 14 Deutschradikale, 3 Alldeutsche (Schönerianer); 9 Christlichsoziale Italiener, 5 liberale Italiener; 18 Christlichsoziale Slowenen, 6 liberale Slowenen; 5 Zionisten, 4 Rumänen, 84 Tschechischer Klub (29 Agrarier, 20 Jungtschechen, 17 katholisch-nationale, 10 radikale Tschechen); 11 Kroaten, 2 Serben, 25 Neuruthenen (Ukrainer), 5 Altruthenen, 72 Polenklub (16 Konservative, 14 Zentrum, 22 Demokraten, 17 Volkspartei, 3 Parteiloze). Die nationalen Lager betrugen, wenn man die Sozialdemokraten mitzählte: 243 Deutsche, 23 Romanen, 255 Slawen, 5 Zionisten. In kirchlichen Fragen standen von den 516 Abgeordneten etwa 200 zuverlässig auf christlichem (katholischem) Boden, aber sie konnten auch aus den anderen Parteien in kulturkämpferischen Fragen einer

Öster-  
reich.  
Wahlen.

Majorität gewiß sein. Der Adel war von 96 Vertretern auf 33 herabgesunken. Die Sozialdemokraten traten nicht in die nationalen Klubs ein. „Weil sie so stark sind (hieß es), werden sie positiv zu arbeiten gezwungen sein. Da sie schon bei diesen Wahlen so ziemlich alles erobert haben, was ihnen Aussicht bot und die volle Unterstützung des Liberalismus fanden, so gilt von ihnen das Wort: Sie haben sich über siegt.“ In der Tat schaffte ihnen ihre unerwartet große Zahl selber Verlegenheiten. Die meisten sozialdemokratischen Stimmen wurden in Böhmen abgegeben. In Wien waren die sozialdemokratischen Stimmen seit 1901 um 29 Prozent gestiegen, die der Christlichsozialen um 54½ Prozent. — Die Regierung hatte vor der Wahl folgenden Aufruf erlassen: „Mögen die Wähler eingedenk sein, daß heute die wirtschaftliche Wohlfahrt und die soziale Fürsorge den eigentlichen Kern der Politik bilden müssen. Immer mehr werden die Beziehungen der Völker zueinander durch den Handel und die wirtschaftlichen Fragen bestimmt, immer mehr tritt die wirtschaftliche Interessenpolitik in den Vordergrund. Hinter dieser Entwicklung dürfen wir nicht zurückbleiben. Die reichen Naturschätze Österreichs sind noch nicht nutzbar gemacht, unsere Landwirtschaft will sich gegen den mächtigen Wettbewerb behaupten, unsere erstarkende Industrie fordert ihren Anteil am glänzenden Aufschwung der Weltwirtschaft, unser hochentwickeltes Gewerbe will sich die Grundlage eines ehrenvollen Bestandes sichern. Die Entfaltung einer von einheitlichem Geiste geleiteten Wirtschafts- und Sozialpolitik wird darum zur obersten Aufgabe des kommenden Reichsrats werden.“

Die Wahlüberraschungen waren groß: die fürchterliche Niederlage der Jungtschechen und der deutschen Volkspartei, der Durchfall des Deutschfortschrittlichen Ministers Marchet, der kolossale Erfolg der Sozialdemokraten. Der Präsident des Reichsgerichts, der ehemalige Professor und Minister Jos. Unger sagte in der „Neuen Freien Presse“: „Ich finde, die Sozialdemokraten benehmen sich sehr anständig und charaktervoll. In Deutschland mißversteht man die politische Situation. Unsere Sozialdemokraten sind nicht wie die deutschen starre Dogmatiker, sondern viel praktischer, haben mehr politisches Verständnis und wissen sich besser den Verhältnissen zu akkommodieren.“ Darüber sagte das „Deutsche Volksblatt“: „Die Bekenntnisse Ungers haben uns gezeigt, wie innerlich verfaut die höchsten Kreise unserer Bürokratie sind.“

Reichs-  
rat.

Der Reichsrat trat am 17. Juni zusammen. Die Thronrede des Kaisers besagte: „Die Wahlreform, die durch Beseitigung jeglichen Vorrechts im Wahlrecht alle Staatsbürger mündig gesprochen und jedem den gleichen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten eingeräumt hat, ist gegründet auf das Vertrauen, das ich in die Staatstreue meiner Völker setze . . . Das Recht der Mitbestimmung begründet die Pflicht der Mitverantwortung für das Schicksal des Ganzen . . . Die volle Entfaltung

der reichen Begabungen meiner Völker wird gehemmt durch nationale Gegensätze. Den stärksten Ausdruck finden diese in der Sprachenfrage, deren dauernde Ordnung bisher noch nicht gelungen ist. Gleichwohl darf die österreichische Staatskunst daran nicht erlahmen, sie muß vielmehr die stete Umgestaltung der nationalen Kräfte in Staatskräfte als Ziel im Auge behalten . . . Es ist mein Wunsch, meinen Völkern als gesichertes Erbe den Bestand ihrer nationalen Güter zu hinterlassen und hiedurch der Gesamtheit den nationalen Frieden zu verbürgen, der ein Gemeinbesitz aller Vaterlandsfreunde wäre . . . Hand in Hand mit der sozialpolitischen Fürsorge muß eine wohldurchdachte, energische Produktionspolitik einhergehen, die alle im Volke vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte zu harmonischer Entfaltung bringt . . . Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Fortführung der Verstaatlichung der Privatbahnen . . . So schien es politisch und wirtschaftlich vom größten Werte, das Verhältnis zwischen beiden Staatsgebieten mit möglichster Anpassung an die überlieferten Formen zu gestalten, zu regeln und auf eine feste Grundlage zu stellen. Unter allen Umständen wird als leitender Gedanke gelten müssen, das durch jahrhundertlange gemeinsame Schicksale geheiligte und von der Pragmatischen Sanktion festgefügte und bewährte politische Band zwischen beiden Staaten den späteren Geschlechtern unverfehrt zu erhalten . . . Soll aber die Monarchie auch fürderhin eine Stütze des Weltfriedens sein, dann darf die Ausgestaltung der Verteidigungsmittel nicht länger stille stehen. Die bewaffnete Macht ist die stärkste Schutzwehr der gesamten Produktion und der beste Bürge und Wächter des Friedens.“ — Im ungarischen Abgeordnetenhaus behauptete jemand, diese Thronrede enthalte Erklärungen, welche das ungarische Staatsrecht verletzten und mit dem Programm der ungarischen Regierung in Widerspruch stünden. Ministerpräsident Wekerle leugnete das.

Das österreichische Abgeordnetenhaus wählte am 25. Juni ins Präsidium einen Christlichsozialen (Weiskirchner), einen Tschechen (Zazek) und einen Polen (Starczynski). Ministerpräsident v. Beck appellierte an die Kontinuität des Volkslebens und den aufrechten Bestand des Parlamentarismus. „Ein Verdienst der Wahlreform ist, daß die Sozialdemokraten aus dem Zwielficht der fünften Kurie in das helle Tageslicht der vollen parlamentarischen Rechtsgleichheit gerückt sind. Ich sehe sie lieber im Haus als außerhalb. Sie werden zu erweisen haben, welche schöpferische Kraft ihren Ideen und welche Arbeitstugenden ihren Vertretern innewohnen. Die Regierung wird bemüht sein, den sozialreformatrischen Gehalt ihres Programms zu verwirklichen. Die Politik der Bestehenden muß einen mit dem Volkswohl enger als bisher verknüpften Inhalt gewinnen. Zur Entmutigung liegt kein Anlaß vor; fürchten werden wir uns nicht. Die

Bed.



Vertreter des Mittelstandes müssen durch positives Schaffen das Versäumte nachholen und die verlorenen Positionen wieder erobern . . . Aus meinem konservativen Bekenntnis schöpfe ich die Befähigung, das zu bewahren, was der Erhaltung und Fortbildung wert ist; denn konservativ sein heißt, der Entwicklung rechtzeitig die Wege ebnen, damit sie sich ohne schroffen Übergang und ohne Verletzung berechtigter Interessen vollziehe."

Die Ruthenen klagten über Unterdrückung durch die Polen. Die Deutschnationalen mahnten zur Einigkeit gegen Ungarn. Der Sozialistenführer Adler verwahrte seine Partei gegen den Vorwurf, die Arbeit des Hauses zu stören; er befürwortete die Durchführung des reichhaltigen in der Thronrede enthaltenen sozialreformatorischen Programms. Es wäre ein Verbrechen, der ungarischen Regierung gegenüber Nachgiebigkeit zu zeigen, da sich diese nur durch die Erzielung eines günstigen, Österreich benachteiligenden Ausgleichs über die Notwendigkeit der Wahlreform in Ungarn hinwegsetzen möchte. Es wurden Vereinbarungen über die Parlamentssprache getroffen, um eine Obstruktion der Tschechischradikalen zu verhindern. Lueger beantragte, der Staat möge zum Kaiserjubiläum des nächsten Jahres hundert Millionen als Stammkapital für eine Alters- und Invaliditätsversicherung spenden. Diese Institution müsse sich auf alle arbeitenden Stände, auf das Gewerbe und den Bauernstand erstrecken; es sei der Dank für das allgemeine Wahlrecht.

Auf eine Interpellation über die Stellung des Okkupationsgebietes (18. Juli) erwiderte Freiherr v. Beck: die Regierung betrachte den Berliner Vertrag und die Konvention mit der Türkei über die okkupierten Provinzen, sowie die darauf bezüglichen österreichischen Gesetze als die allein maßgebenden Grundlagen für die Rechtsstellung dieser Provinzen. Durch diese Akte ist die Mitberechtigung der Reichsratsländer an diesen Provinzen unzweifelhaft festgestellt und verbürgt; das wird auch von ungarischer Seite nicht bestritten. „Was den Ausgleich betrifft, so wird die österreichische Regierung einen Liebhaberpreis dafür nicht mehr bezahlen. Parlament und Regierung müssen sich zur Durchführung eines bestimmten Arbeitsprogramms zusammenschließen, denn es wird sich in dieser Zeit entscheiden, ob Österreich im Verlauf der nächsten zehn Jahre in einem abgeschiedenen Winkel der politischen und wirtschaftlichen Welt stehen oder auf der breiten Straße des Weltverkehrs marschieren wird.“

Auch der niederösterreichische Landtag genehmigte am 26. September eine Wahlreform: 3 Bezirksstimmen, 16 Abgeordnete vom Großgrundbesitz, 4 der Handelskammer, 46 von den Städten und Landgemeinden, 58 Abgeordnete der allgemeinen Wählerklasse mit dreijähriger Geschäftigkeit, davon 48 auf Wien entfallen.

Am 8. Oktober wurden die neuen Ausgleichsvorlagen in Pest beiderseits unterzeichnet. Die Quote wurde zugunsten Österreichs auf 63·6 : 36·4 bestimmt. Es war im ganzen eine Entlastung Österreichs um 33 Millionen.

Das österreichische Ministerium wurde am 24. Oktober durch Ebenhoch, Geßmann, Fiedler, Peschka, Praschek erneuert, „parlamentarisiert“, entsprechend den Ergebnissen der allgemeinen Wahlen. Es blieben die

Beamtenminister Beck, Bienenrth, Klein, Marchet. Man nannte das ein „Volksministerium“, entsprechend dem „Volksparlament“.

Der 6. österreichische Katholikentag 16. bis 19. November zeigte die Fortschritte der Mobilmachung zur christlichen Erneuerung Österreichs seit dem allgemeinen Katholikentag vor zwei Jahren. Die vom Evangelischen Bund im Deutschen Reich geförderte Abfallsheße war durch die Bonifaziuskorrespondenz des energischen P. Augustin v. Galen eingedämmt worden. Der Piusverein hatte Fortschritte gemacht. Die Spaltung in Christlichsoziale und Konservative war gemildert, ja zum Teil beseitigt. Die Angriffe auf die christliche Ehe, die „Freie Schule“ des Hofrats Hock hatten die Katholiken aufgerüttelt. Dazu kam die Empörung über den von der Regierung aus Furcht vor der „k. k. Sozialdemokratie“ zugelassenen Freidenkertongress in Prag und die Verhöhnung des „Arbeiterwille“ von Graz 14. August<sup>th</sup> („Ich glaube an Dr. Rueger, allmächtigen Schöpfer des christlichen Wien“ usw.); ferner die Vergewaltigungen der katholischen Studentenverbindungen. Rueger konnte aber sagen: „Die Volkschule ist kein Gegenstand des Streites mehr; das Kreuzifix in der Schule ist gesichert. Aber wir haben noch andere große Arbeit zu leisten: es gilt die Eroberung der Universität... Es wird noch manchen harten Strauß kosten, solange es möglich ist, daß unter acht neuernannten Professoren sieben Juden sind.“ Rueger meinte, das ganze Unterrichtswesen müsse wieder in die Hände jener kommen, ohne welche es eine Wissenschaft auf der ganzen Welt nicht gäbe. „Ich hoffe also, daß wir auch jene Universitäten zurückerobern, die unsere Kirche eigentlich gegründet hat und die leider verlorengegangen sind.“ Als dagegen einige Professoren in der „Neuen Freien Presse“ protestierten, wegen angeblicher Beschränkung der freien Forschung und der voraussetzungslosen Wissenschaft, erwiderte Rueger: „Ich glaube, daß das Prügeln keine voraussetzungslose Wissenschaft ist...“ Das christlichsoziale „Deutsche Volksblatt“ tadelte allerdings Rueger, daß er damit eine konfessionelle Frage aufrolle; aber das „Vaterland“ rechtfertigte Rueger: christlich und katholisch seien in Österreich eine Wesenseinheit. Christlich heiße mehr als „nicht jüdisch“. Auch der Slowene Susteršic sagte am 18. November: „Österreich wird katholisch sein oder es wird nicht sein; aber es wird sein!“ Professor Hilgenreiner behandelte die große Frage nach dem Verhältnis von Wissen und Glauben im Anschluß an die Enzyklika Papst Pius X. (Hist.-pol. Bl., Bd. 140, 877).

Die freisinnigen Professoren der Innsbrucker Universität richteten auch eine Resolution gegen die Reden am Wiener Katholikentag, wobei sie ihren katholischen Kollegen Mich. Mayr beschimpften. An der Spitze der Heße gegen die katholische Abwehrbewegung stand damals der Tscheche Masaryk, der ärgste Verräter Österreichs im Weltkrieg.

Ungarn.

Die ungarische Regierung drückte sich mit zweideutigen Phrasen um die versprochene Wahlreform herum. Die Magyarisierung der Nationalitäten suchte sie damit zu rechtfertigen, daß ihnen dadurch die Teilnahme am Staatsleben ermöglicht werde. Der Justizminister Polonyi mußte zurücktreten wegen ehrenrühriger Anschuldigungen; er hatte auch Beziehungen in Wien zu einer anrühigen Dame, die als Spionin am Hofe wirkte. Sachsen und Rumänen protestierten gegen die magyarische Volksschulvorlage. Unterrichtsminister Graf Apponyi gab zu, daß die bisherigen Maßregeln keinen Erfolg hatten, man müsse sie also verschärfen. Wie groß die Erregung über die Ungarn in Wien war, bewies eine Rede Weiskirchners im April; er drohte mit Zollkrieg, Boykott der ungarischen Wertpapiere. Man könne mit dem unebenbürtigen veralteten ungarischen Parlament nicht mehr verhandeln. Kossuth ist uns nur der Sohn des Revolutionärs, der das Haus Habsburg der Krone für verlustig erklärte. Die Einheitlichkeit der Armee muß erhalten werden oder Ungarn muß wieder einmal erobert werden. — Im Widerspruch mit dem Ausgleich von 1868 wollten die Ungarn auch für die kroatischen Eisenbahnen die ungarische Amtssprache festsetzen. — Als die Pester Sozialdemokraten mit einem Generalstreik drohten, versprach Minister Andrássy wieder das allgemeine Wahlrecht, aber mit Rücksichtnahme auf den nationalen Charakter des Staates (12. Okt.). — Weferle sprach am 17. Dezember im ungarischen Abgeordnetenhaus seinen Arger darüber aus, daß das österreichische Abgeordnetenhaus in einer Resolution vom 16. die österreichische Regierung aufforderte, die ungarische darauf aufmerksam zu machen, daß sie das Nationalitätengesetz loyal durchführe. Beck lehnte diese Einmischung ab, aber die moralische „Insulte“ (wie sich Weferle ausdrückte) blieb haften.

Erzherzog Karl Franz Josef, der spätere Kaiser Karl, wurde an seinem zwanzigsten Geburtstag großjährig erklärt.

Öster-  
reichische  
Litera-  
tur.

Rudolf Springer (eig. Renner) gab die politische Studie „Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie“ (1906); er zerstörte das Märchen, als ob Österreich nichts anderes sei als ein zusammengeheirateter Länderbesitz, ein Residuum einer veralteten Diplomatenpolitik. Es gibt vielmehr einen idealen Daseinsgrund für dieses Reich und seinen Zusammenhalt, eine Reichsidee mit Autarkie. — Rich. Charnak schrieb über „Deutschösterreichische Politik. Studien über den Liberalismus und über die auswärtige Politik Österreichs“, im antiklerikalen Geist. — Hermann Bahr's „Wien“ wurde konfisziert wegen einiger kritischer Bemerkungen, die nur dem ausgesprochenen österreichischen Bewußtsein des Denkers ihre anscheinende Schärfe verdankten. — Das englische Werk „Die Zukunft Österreich-Ungarns und die Haltung der Großmächte“ von Scotus Viator wurde von Elsa Brochhausen übersetzt. Das Buch trat dem österreichischen Pessimismus entgegen.

Carl Conte Scapinelli schilderte Wiener Leben im Roman „Phäaken“.

Ludwig Wahrmund veröffentlichte seine Rede für den Verein „Freie Schule“: „Religion und Klerikalismus“.

Aus Hugo v. Hofmannsthal's gesammelten Gedichten zitiert Witte's in der „Allgemeinen Zeitung“ Nr. 133 „zur Strafe“ die Strophe: „Den Erben laß verschwenden an Adler, Lamm und Pfau das Salböl aus den Händen der toten alten Frau! Die Toten, die entgleiten, die Wipfel in dem Weiten ihm sind sie wie das Schreiten der Tänzerinnen wert.“ Sein „Odipus und die Sphinx“ wurde aufgeführt.



W. Rosch schilderte „Martin Greif in seinen Werken“. — Otto Hauser gab die „Ueform der Psalmen“ in metrischer Umschrift und Übersetzung. — Marie Krauske schilderte „Grillparzer als Epigrammatiker“. — Fräulein Dr. Elise Richter habilitierte sich in Wien als erste österreichische Privatdozentin. — Man ehrte das Andenken der Malerin Angelika Kaufmann, einer Borsarlbergerin, zu ihrem hundertsten Todestage.

Kaiser Franz Josef widmete eine Plafette als Preis für die Konkurrenz von Chorkompositionen beim Steiermärkischen Musikfest in Graz (Jll. Ztg., 6. Juni). — Das schöne Denkmal für Kaiserin Elisabeth von Hans Bitterlich wurde in der ebenso schönen Architektur von Fritz Ohmann im Wiener Volksgarten enthüllt. — In Graz wurde dem Herzog Wilhelm von Württemberg als österreichischem Feldherrn ein Denkmal von Georg Winkler errichtet (Jll. Ztg., 13. Juni). — Rich. Kauffungen schuf das Grabdenkmal Herm. Rothnagels in Wien (Öst. Jll. Ztg., 11. Aug.). — Die Büste Beda Webers von Josef Moser wurde in Meran aufgestellt (Öst. Jll. Ztg., 8. Sept.). — Canciani modellierte ein Kaiserin-Elisabeth-Denkmal für Gföhl (Öst. Jll. Ztg., 8. Sept.). Alois Rigele schuf ein Denkmal der hl. Elisabeth für Preßburg. Georg Leisef modellierte ein Schiller-Denkmal für Czernowiz (Jll. Ztg., 5. Dez.).

Josef Parschalls ausgezeichnetes Modell des für Wien bestimmten Andreas-Hofer-Denkmal's erlag leider dem Widerstand der Akademiker gegen den genialen Autodidakten (Öst. Jll. Ztg., 11. Nov. 1906). Dem Dichter und Volksmann R. Morre wurde im Grazer Volksgarten ein Denkmal von der Hand Hans Brandstetters errichtet (Jll. Ztg., 28. Nov.). Der im Vorjahr verstorbene sozialdemokratische Komponist J. Scheu erhielt ein charakteristisches Grabdenkmal (Öst. Jll. Ztg., 7. April). Szamovoljsky und Gach entwarfen ein „Freiheitsdenkmal“ für Pest (Jll. Ztg., 4. Juli). Wilh. Seib schuf ein ausgezeichnetes Modell des in Wien zu errichtenden Denkmal's für Rudolf von Habsburg (Öst. Jll. Ztg., 5. Mai) und die schöne Gruppe des hl. Martin mit dem Bettler (Jll. Ztg., 9. Mai). Das Modell des Fernkornischen Priesnitz-Denkmal's wurde im Wiener Türkenchanzpark in seiner unverdorbenen Ursprünglichkeit aufgestellt (Öst. Jll. Ztg., 26. Mai). Der für Wien bestimmte Nibelungenbrunnen von Franz Mezner wurde für Prag angekauft (Öst. Jll. Ztg., 17. Febr.). Artur Strasser schuf gewissermaßen als Gegenstück seines Antonius eine Kleopatra auf dem Tragthron (Öst. Jll. Ztg., Nov. 1906).

Der „Steinhof“, die neue Landesirrenanstalt bei Wien, wurde vollendet, besonders bemerkenswert durch die ganz im modernsten Stil gebaute Kirche von Otto Wagner (Öst. Jll. Ztg., 6. Okt.). Otto Wagner baute das neue Postsparkassenamt in Wien im modernen Stil (Öst. Jll. Ztg., Nov. 1906).

Der italienische Dichter Giosue Carducci, der Sänger der „Hymne an den Satan“, wurde auf Staatskosten beerdigt. Am Todestage von Giordano Bruno fanden in Rom antiklerikale Kundgebungen statt. Der hundertste Geburtstag Garibaldis wurde zum Nationalfest erklärt und am 4. Juli in ganz Italien gefeiert. Dem früheren Kultusminister Nasi wurde wegen Unregelmäßigkeiten seiner Gebahrung der Prozeß gemacht. Die Kolonialpolitik hatte Schwierigkeiten in Benadir zu bekämpfen. Mit England und Frankreich einigte man sich über Abessinien (15. März).

Turillo Sindoni modellierte ein Napoleon-Denkmal für Elba.

Parma.

Herzog Robert von Parma verschied am 17. November auf seiner Villa Pianori bei Viareggio. Er war 1848 geboren, folgte als Sechsjähriger unter der Vormundschaft seiner Mutter dem Herzog Karl III., der dem Dolch eines Meuchelmörders zum Opfer fiel. Als Parma 1860 mit Italien vereinigt wurde, wanderte er ins Exil. Er war zweimal vermählt; seine Tochter Marie Luise war die Gemahlin des Fürsten Ferdinand von Bulgarien. Eine jüngere Tochter Zita wurde Kaiserin von Österreich. Herzog Robert besaß ausgedehnte Ländereien in Niederösterreich, Steiermark, Ungarn, Schweiz, Frankreich (Schloß Chambord) und Italien. Als Gegner des Duells berief er den wegen Duellverweigerung aus der österreichischen Armee entlassenen Grafen Ledochowski als Kammervorsteher an seine Seite.

Frankreich.

Die französischen Staatsfinanzen staken im Defizit wegen der übergroßen militärischen Ausgaben. — Als die Sozialisten für die zwangsweise allgemeine Sonntagsruhe demonstrieren wollten, erklärte Clemenceau: „Die Straße gehört aller Welt, nicht nur den Sozialisten; die Bürger sollen ruhig spazieren gehen können. Die Sozialisten irren sich, wenn sie glauben, sie allein seien die Demokratie; diese wird aus allen Leuten gebildet.“ Darum verhinderte er die Demonstration. — Die Sozialisten aber tadelten die Regierung, daß sie russische Anleihen begünstige und so die Autokratie stärke. — Ein zweitägiger Streik der Elektrizitätsarbeiter wurde teils durch Nachgeben, teils durch Stellung von Soldaten zum Ersatz der Arbeiter beendet. — Die Krisis im südfranzösischen Weinbau führte zu einem förmlichen Aufstand der Winzer. — Als durch die Selbstentzündung des Pulvers das große Panzerschiff „Jena“ zerstört wurde, stellte die Untersuchungskommission auch noch andere Mißstände in der Marine fest: Mangel an Einverständnis, Bzwürfnisse, schlechte Anlage der Pulverkammern; der Rückgang der Marine sei der Schwäche der Zentralgewalt, der allgemeinen Unverantwortlichkeit und Gleichgültigkeit zuzuschreiben. — Der Abgeordnete Humbert, der ehemalige Adjutant des Kriegsministers André, veröffentlichte ein Buch „Sind wir verteidigt?“ mit abschreckenden Schilderungen der Zustände.

Das Buch des französischen Majors Driant „Einem neuen Sedan entgegen“ hatte in Paris furchtbare Sensation erregt; es wurde natürlich auch ins Deutsche übersetzt, Driant warnte davor, sich durch England in einen Krieg heizen zu lassen.

Die französische Kultur verlor Joris K. Huysmans, einst Naturalist, dann voll von religiösem Mystizismus, aber nicht ohne strenge, ja ärgerliche Kritik. — Der Dichter Sully-Prudhomme starb als unentwegter Gegner der Moderne, als Purist und Klassizist, als Parnassier.

L. Bernstamm modellierte das Standbild Gustave Flauberts für Rouen (Jll. Btg., 24. Okt.).

Die irische Frage wurde von John Redmond im englischen Unterhaus 12. Februar aufs Tapet gebracht; er erklärte: „Nediglich die Gewährung eines eigenen irischen Parlaments mit einer diesem verantwortlichen Exekutive würde Irland auch nur verhältnismäßigen Frieden und Gedeihen bringen.“ Und der irische Nationalist Hogan forderte am 13. März die Aufhebung des Ausnahmegesetzes für Irland, der „Coercion Act“. Eine Resolution darüber wurde mit großer Mehrheit angenommen, die förmliche Aufhebung aber aufgeschoben. Am 7. Mai genehmigte das Unterhaus die Errichtung eines irischen Verwaltungsrates; aber die Vertretung der irischen Nationalpartei in Dublin wies diese Maßregel als ungenügend zurück.

Die liberale Regierung wollte den Einfluß des Oberhauses durch eine radikale Reform bekämpfen. Der Konservative Balfour erklärte das für Popularitätshascherei. Die Arbeiterpartei wollte sogar völlige Abschaffung des Oberhauses. Das Oberhaus ließ sich endlich herbei, die Ehe mit der Schwester der verstorbenen Frau zu gestatten; dagegen protestierten nur die Bischöfe.

Die Admiralität prahlte, es seien auf britischem Gebiet sechszundzwanzig private und staatliche Docks vorhanden, die ein Schiff vom Typ der „Dreadnought“ aufnehmen könnten.

England baute noch drei Schlachtschiffe nach dem Typus „Dreadnought“.

Die Lage in Indien, besonders in Ostbengalen, wurde als ernst bezeichnet; die Regierung lehnte eine Diskussion darüber ab.

Die Berliner Presse verehrte dem englischen Journalisten und Friedensapostel W. Th. Stead eine Goethe-Statuette von Schaper.

Herbert Spencers „Autobiographie“ erschien auch in deutscher Übersetzung.

In Oxford wurde als Festspiel im Freien Parkers „Pageant zu Warwick“ aufgeführt (Allg. Ztg., Nr. 129).

In Spanien wurde das liberale Ministerium durch ein konservatives ersetzt. Bei den Wahlen wurden 256 Konservative gewählt, 61 Liberale, 8 Demokraten, 32 Republikaner, 17 Katalanen, 16 Karlisten, 2 Integristen, 2 Katholiken, 4 Independenten. Die Auswanderung war außerordentlich stark. Der König von England besuchte den jungen König Alfons in Cartagena. Mit Frankreich bestanden Differenzen wegen des Vorgehens in Marokko. Ein Gesetz bestimmte die Reorganisation der Flotte.

Die belgische Regierung hielt es für notwendig, einen zweiten Festungsgürtel um Antwerpen zu legen. 105 Vertreter deutscher Städte besuchten im Juni Antwerpen zur Förderung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. In Brügge wurde der neue Hafen „Seebrügge“ eingeweiht. Eine holländisch-belgische Kommission trat in Brüssel 4. November zusammen. Die französische Presse wollte ihr eine Spitze gegen Deutschland geben.



In Brügge wurde eine Ausstellung des Goldenen Vlieses veranstaltet. — M. Maeterlinck schrieb über „Die Intelligenz der Bienen“.

Holland.

In Holland lehnte man den Ausbau der Befestigungen von Amsterdam ab: ein Zeichen großer Loyalität im Gegensatz zu Belgien. Kaiser Wilhelm machte im Dezember einen Besuch im Haag und feierte die Beziehungen zwischen Oranien und Brandenburg.

Skandinavien.

Sowohl in Dänemark wie in Schweden wurde die Frage der Abschließung der Ostsee gegen fremde Kriegsschiffe erörtert, aber verneint. Dänemark war durch den Vertrag vom 14. März 1857 gebunden, den Zugang frei zu lassen; Schweden hatte kein Interesse an der Abschließung der Ostsee. Kaiser Wilhelm besuchte Kopenhagen im Juli. In Schweden wurde der 275. Todestag Gustav Adolfs durch Gottesdienste und Schulfeiern festlich begangen. König Oskar von Schweden starb am 8. Dezember; ihm folgte sein Sohn Gustav V., vermählt mit Viktoria von Baden. Norwegen schloß einen Neutralitätsvertrag ab mit dem Deutschen Reich, Frankreich, England und Rußland.

In Stockholm wurde das Nordische Museum eröffnet (All. Ztg., 4. Juli). Herm. Brunnhofer, der Schweizer Orientalist, schrieb über „Östliches Werden. Kulturaustausch und Handelsverkehr zwischen Orient und Okzident von der Urzeit bis zur Gegenwart“. — Blakhoff-Bejeune (Bern) schrieb in der „Allgemeinen Zeitung“ 18. März über Ehescheidungsmoral mit dem Motto: „Ehescheidung ist sukzessive Polygamie“. — Im römischen Amphitheater von Vindonissa bei Brugg (Schweiz) wurde die „Braut von Messina“ aufgeführt (All. Ztg., 29. Aug.).

Rußland.

Rußland räumte noch vor dem festgesetzten Termin die Mandchurei und zeigte dies der chinesischen Regierung an. Die Reichsduma beschäftigte sich mit der Hungersnot, mit der Amnestiefrage, mit der Agrarfrage, der Gewissensfreiheit. Der Verband der „wahrhaft russischen Leute“ kämpfte durch seine „Kreuzzügler“ für Auflösung der verhassten Duma. Die alte Orthodoxie verlor in Konstantin Pobjedonossjew ihre stärkste Säule. Die offiziöse Presse agitierte gegen Deutschland: „Während das Deutsche Reich vergeblich davon träumt, in der Ostsee sich für seine Geschwader ein vor allen Angriffen gesichertes Meer zu schaffen, realisiert das weniger ehrgeizige England diese Träume im Mittelmeer, wo es jetzt nur Freunde hat“ (12. April).

Die Russen tadelten die Polen, daß sie sich national abseits stellten und die Agrarfrage nur durch einen autonomen polnischen Reichstag gelöst haben wollten.

Die russische Regierung stellte auf den wichtigsten Knotenpunkten „Straßenbahnzüge“ mit Militär bereit, die beim Ausbruch von Unruhen sogleich eingreifen sollten. In Zarskoje Selo wurde Mitte Mai eine Verschwörung unter den Soldaten gegen das Leben des Zaren und des Thronfolgers entdeckt.

Darüber berichtete Ministerpräsident Stolypin am 20. Mai in der Duma. Viele der Verhafteten gehörten der Partei der Sozialrevolutionären an. — Übel stand es um die Schulzustände. Nur 29 Prozent der Männer und 13 der Frauen konnten lesen und schreiben. Rußland brauchte 250.000 Schulen, während nur 90.000 vorhanden waren. — Die Vorschläge der Linken über die Agrarfrage bedeuteten, wie Stolypin am 23. Mai sagte, einen wirklichen Staatsstreich und eine soziale Umwälzung, wenn man sie wirklich ausführen wolle. Die Linke und die „Radetten“ verlangten nämlich unbedingt Zwangsenteignung.

Bei der allgemeinen Verfahrenheit wurde endlich die Duma durch einen Ukas vom 16. Juni wieder aufgelöst; es hieß darin: „Die zweite von Uns einberufene Reichsduma ist berufen worden, um zur Beruhigung Rußlands beizutragen . . . Zu Unserm Kummer hat ein beträchtlicher Teil der Mitglieder unsere Erwartungen nicht gerechtfertigt. Ein feindseliger Geist wurde in die Duma selbst hineingetragen und verhinderte den Zusammenschluß einer genügenden Anzahl von Mitgliedern, die gewillt gewesen wären, für die Interessen des Vaterlandes zu arbeiten . . . Die Gerichtsbehörden entdeckten endlich eine Verschwörung eines Teiles der Duma gegen den Staat und den Herrscher. Als Unsere Regierung die Ausschließung von 55 angeschuldigten Dumamitgliedern bis zum Urteilspruch und die Verhaftung der am meisten Verdächtigen von ihr forderte, erfüllte die Duma diese gesetzmäßige Forderung nicht. All dies zwingt Uns, die Duma aufzulösen und eine neue Duma für den 14. November zu berufen. Wir sehen die Ursache des zweimaligen Mißerfolges in der Neuheit des Werkes und der Unvollkommenheit des Wahlgesetzes; infolge dessen war die Duma aus Mitgliedern zusammengesetzt, die nicht die wahren Vertreter des Volkes waren. Die Duma muß russisch sein. Die andern Nationalitäten dürfen nicht so zahlreich vertreten sein, daß sie in rein russischen Fragen entscheiden können . . .“ Demgemäß wurde also gleichzeitig ein neues Wahlgesetz erlassen.

Die neue, dritte Duma, die am 14. November eröffnet wurde, zählte folgende Hauptparteien: Rechte 195, Oktoberisten 128 (darunter 12 Deutsche), Sozialdemokraten 14, Polen 18, Radetten 41. Ministerpräsident Stolypin gab am 29. November folgende programmatische Erklärung ab: „Alle sind sich heute dessen bewußt, daß die von der extremen Linken geschaffene zerstörende Bewegung in offene Räuberei ausgeartet ist und alle verbrecherischen Elemente gegen die Gesellschaft losgelassen sind, wobei die in ehrlicher Arbeit sich Abmühenden ruiniert wurden und die junge Generation demoralisiert wird . . . Die nötigen Reformen können nicht erreicht werden, solange eine Besserung der Lage von Millionen der landwirtschaftlichen Bevölkerung noch nicht erreicht ist. Die Regierung hält die Unantastbarkeit des kleinen Grundbesitzes als die Basis der Existenz Rußlands fest.“

Zweite  
Duma.

Dritte  
Duma.

Wegen Teilnahme an verbotenen Versammlungen wurden im Dezember zu Kiew 800 Studenten und Studentinnen relegiert. In Petersburg fand der Hochverratsprozeß gegen 49 Sozialdemokraten statt, darunter 37 Abgeordnete der zweiten Duma. Der polnische Schulverein in Warschau wurde aufgelöst, weil er „die verbrecherische Absicht hatte, im Volke den Geist eines engen nationalistischen Separatismus zu wecken, weil er die Staatssprache bekämpfte“ usw.

Über die Erneuerung des Dreibunds äußerte sich die russische Presse sehr ärgerlich; sie sei lediglich zum Vorteil des Deutschen Reiches erfolgt. Österreich gewinnt wenigstens freie Hand auf dem Balkan und in Albanien, Italien aber gar nichts.

Die finnische Arbeiterliga verwarf die sozialdemokratische Theorie über das Eigentum und die feindliche Haltung gegenüber der Religion.

Zum Gedächtnis des Todes Alexanders II. († 1881) wurde in Petersburg eine Sühnegrube eingeweiht (Zll. Ztg., 12. Sept.).

Der russische Chemiker Mendelejew starb mit dem Ruhm der Entdeckung des periodischen Systems der Elemente (1869), meines Erachtens von größerer Bedeutung als irgendeine andere Entdeckung dieser Zeit.

Mich. Hruszewskij gab eine „Geschichte des ukrainischen (ruthenischen) Volkes. Erster Band. Urgeschichte, Anfänge des Kijewer Staates. Deutsche Übersetzung nach der zweiten ukrainischen Ausgabe.“

In Sofia wurde das neue bulgarische Nationaltheater (von Fellner und Hellmer) errichtet.

In Plesna wurde das Kriegermausoleum erbaut (Zll. Ztg., 17. Okt.).

Aboba-Pliska gab „Materialien zur bulgarischen Altertumskunde“.

Serbien.

Die von Serbien gegen Montenegro geschürten Treibereien schritten von Proklamationen revolutionären Inhalts schließlich vor zu dem Versuch, den Fürsten samt seiner Familie und die Regierung mittels Bomben, die aus Serbien von verschiedenen Seiten nach Montenegro gebracht wurden, zu ermorden. Die verhafteten Verschwörer, montenegrinische Emigranten, gestanden die Mordabsicht mit der Begründung ein, daß Fürst Nikola und seine Gemahlin ein Hindernis der Vereinigung aller serbischen Gebietsteile des Balkans bildeten. Man wollte zugunsten der Belgrader Dynastie wirken; das so entstehende großserbische Reich sollte auch Bosnien und die Herzegowina umfassen. Die Bombenträger und Verschwörer waren vom serbischen Ministerpräsidenten Pašić empfangen worden. Dieser leugnete natürlich alles.

Rumänien.

In Rumänien brachen blutige Bauernunruhen gegen Großgrundbesitzer und Juden aus. Militär mußte einschreiten. Der Belagerungszustand wurde verkündet. — In Braila wurde ein Trajans-Denkmal errichtet, von Pavelescu. Auf der Photographie (Zll. Ztg., 10. Jan.) ist kaum zu unterscheiden, welche Gestalten zum Denkmal gehören, und welche nur Zuschauer sind.

Der Deutsche Kaiser übernahm das Schloß Achilleion auf Korfu, die Schöpfung der Kaiserin Elisabeth.

Auf dem Ölberg bei Jerusalem wurde der Grundstein gelegt zur Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung.



Die Kultivierung der Gegend um die Bagdadbahn war beschlossene Sache (Allg. Ztg., Nr. 182). Bagdad-  
bahn.

Die englische Schrift „Die Befreiung Ägyptens“ wurde ins Deutsche übersetzt. Sie handelte von der Räumung Ägyptens.

In Marokko brach ein Thronkrieg aus zwischen dem Sultan und dessen Bruder. — In Tanger erschien eine deutsche Marokko-Zeitung.

Der Hottentottenhäuptling Morenga, der in Deutsch-Südwestafrika eingebrochen war, wurde auf englischem Gebiet angegriffen und getötet.

Auf den Ruinen von Karthago wurden Festspiele aufgeführt (All. Ztg., 18. April). Die Franzosen gruben in Nordafrika manche Römerstädte aus.

In Persien fand ein Regierungswechsel statt: Auf Schah Mozaffer-Persien.  
eddin folgte dessen Sohn Mohammed Ali; dieser erließ am 10. Oktober eine Konstitution; die Macht der Krone und der Geistlichkeit wurde beschränkt, Gewissensfreiheit, Versammlungs- und Pressfreiheit gewährt. Gegen den englisch-russischen Vertrag erhoben sich Bedenken von Seite der persischen Selbständigkeit.

Der Emir von Afghanistan wurde von England umschmeichelt. Siam schloß mit Frankreich einen Vertrag.

Der „Kaiser von Korea“ dankte zugunsten seines Sohnes ab. Es wurde ein neuer Vertrag mit Japan geschlossen.

In China brachen Aufstände aus gegen die Dynastie und die Christen.

Der japanische Graf Okuma sagte über Indien: „Die dreihundert Indien.  
Millionen Inder, die von den Europäern unterdrückt werden, schauen nach dem Schutz Japans aus. Wenn die Japaner diese Gelegenheit versäumen, bereiten sie dem indischen Volk eine schwere Enttäuschung. Wenn sie sich weigern, das zu ergreifen, was der Himmel ihnen sendet, werden sie dementsprechend bestraft werden.“

Man machte die Bemerkung, daß die deutsche Sprache in Japan Rück-  
schritte zu verzeichnen habe. — Hans Haas bezeichnete als „Japans Zukunfts-  
religion“ doch das Christentum. — Japan baute das derzeit größte Schlacht-  
schiff „Satsuma“. — Werner v. Hoerschelmann schilderte „Die Entwicklung  
der altchinesischen Dramamentik“.

Präsident Roosevelt suchte für die Ausdehnung der nordamerikanischen Amerika.  
Schiffahrt auf Südamerika zu wirken; Südamerika müsse dem Großhandel der Vereinigten Staaten gewonnen werden, dazu auch Hawaii und die Philippinen. — Das Stille-Ozean-, Philippinen- und China-Geschwader sollte zu einer Flotte mit Honolulu als Verteidigungsstützpunkt vereinigt werden. — San Domingo wurde, wenigstens seiner Finanzverwaltung nach, ganz von der Union abhängig. — Mit Japan verglich man sich wegen der Einwanderung. Japan wollte keine Kuli mehr herüberschicken, dafür ließ Kalifornien wieder japanische Kinder bei den Schulen zu. — Es trat überhaupt ein neues Einwanderungsgesetz in Kraft. — Die Marineakademie Annapolis führte wieder den vor einigen Jahren abgeschafften deutschen Sprachunterricht ein. — Zur Erinnerung an die erste dauernde Ansiedlung

auf nordamerikanischem Boden im Jahr 1607 eröffnete Roosevelt eine Ausstellung in Jamestown. Das Carnegie-Institut zu Pittsburg wurde unter Beteiligung vieler ausländischer Ehrengäste eingeweiht.

Zu Indianapolis hielt Roosevelt am 30. Mai eine Ansprache folgenden Inhalts: „Eine der großen Aufgaben, welche die Nation vor sich hat, ist die Erhaltung der Eigentumsrechte, die viel weniger von Sozialisten und Anarchisten als von reichen Räubern bedroht werden. Es ist eine Kontrolle über den geschäftlichen Gebrauch großer Vermögen, namentlich von Korporationen, durch die Nation selbst notwendig, besonders bei den Verkehrsmitteln, den Eisenbahnen. Die Bundesregierung muß ebenso wie über die Nationalbanken auch über die Eisenbahnen eine Kontrolle haben, sie muß die Überkapitalisierung unmöglich machen, sie muß verhindern, daß jemand auf diese Weise die Leute ausplündere.“ — Das Distriktsgericht von Indiana verurteilte im August den Standard-Oil-Trust zu einer Strafe von 30 Millionen Dollar wegen Frachthinterziehung auf den Staatsbahnen. — Die Presse erörterte die Möglichkeit, die Philippinen an Japan zu verkaufen, da der Besitz eine Last sei; aber man lehnte denn doch den Verkauf als schimpflich ab. — Unter den Tabakbauern von Kentucky fanden blutige Kämpfe statt zwischen Freunden und Gegnern des Tabaktrusts. — Goldknappheit führte im Oktober zu großen wirtschaftlichen Spannungen, zu einer Krise, die auch auf Europa herüberwirkte.

Über diese Finanzkrise sagte Roosevelt in seiner Botschaft an den Kongreß 3. Dezember: „In keiner Nation sind die Grundlagen des Geschäftslebens gesünder, als in der unsern, auch jetzt. Darum ist es töricht, Geld aufzusammeln, statt es in gesunden Banken zu lassen. Allerdings gibt es in jeder großen Gruppe einige Unehrlische und ihr Beispiel wirkt sehr übel für die Gemeinschaft. Erfolgreiche Unehrllichkeit muß entschlossen und beharrlich bekämpft werden. . . Das Antitrustgesetz soll nicht aufgehoben, sondern wirksamer gemacht werden. Der Kongreß wird die achtfündige Arbeitszeit in Erwägung ziehen, ebenso die Einkommensteuer und Erbschaftssteuer. . . Kein Volk hat eine so kleine Armee; darum kostet uns ein Krieg so viel. Es gibt nicht genug Offiziere und Mannschaften, besonders Unteroffiziere. Der Prozentsatz der Deserteure ist beunruhigend groß. . . Es wäre unweise, mit dem Ausbau unserer Flotte innezuhalten. Wir sollen heuer vier Schlachtschiffe bauen. Aber dazu brauchen wir auch die nötige Mannschaft, Docks, Kohlenstationen, Kohlenschiffe, Hilfsschiffe, Torpedoboote. Sowohl an der atlantischen wie an der pazifischen Küste sollen unsere Häfen befestigt werden.“ — Diesen Gedanken entsprechend ging das atlantische Geschwader im Dezember nach dem Stillen Ozean. — Der Jahresbericht des Marineamts forderte schleunigeren Schiffsbau, 28 Schiffe im Jahr 1908 mit einem Aufwand von 292 Millionen Mark.

Das Verteidigungssystem von Newyork wurde ausgebildet.

Lindsay Martin schrieb über „Die Trusts und ihre Bekämpfung“ in Amerika (Allg. Ztg., 15. Mai).

U. S. Oldenburg berichtete über das erste New Yorker Kindergericht (Allg. Ztg., Nr. 140).

Für Washington war das von Lewandowski entworfene Rosciusko-Denkmal bestimmt (Ill. Ztg., 21. Febr.).

Das Leben Walt Whitmans von H. B. Vinns erschien in deutscher Übersetzung von Joh. Schlaf. Lincoln und Whitman gelten da als die beiden größten Amerikaner. Die „Grashalme“ sind die künstlerische Großtat des modernen Amerika, der Ausdruck und die Verklärung der amerikanischen Idee.

Whitman.

Auch in Britisch-Kolumbia (Vancouver) kam es zu großen Krawallen gegen die Zulassung japanischer Arbeiter; ein Teil des asiatischen Viertels wurde zerstört. Die kanadische Regierung versprach nach einem Notenwechsel, diese Japanermezeleien verhindern zu wollen.

In Jamaika und Mexiko fanden große, verheerende Erdbeben statt. Zwischen Honduras, Nicaragua und San Salvador kam es vorübergehend zum Krieg, trotz der Vermittlung der Union.

Zum Schluß noch einiges Allgemeine.

Allgemeines.

Oppeln Bronikowski bearbeitete Seillières „Philosophie des Imperialismus“, den dieser auf Gobineaus historischen Arianismus zurückführte. (Allg. Ztg., Nr. 172). — R. Th. Heigel schrieb über die „Anfänge des Weltbundes der Akademien“ (Allg. Ztg., 19. Dez.). — Der Amerikaner Elias Molee erfand die Weltsprache „Teutonisch“. Er stammte aus Skandinavien (Allg. Ztg., Nr. 70). Eine neue Weltsprache war das „Universal“ des Dr. Molenaar, München. Andere Weltsprachen waren: Idiom, Neutral, Mundolingue, Nuovo Roman, Lingua komun, Novilatin (Beermann); darüber schrieb Molenaar in der „Allgemeinen Zeitung“ Nr. 98. Auch W. Ostwald interessierte sich für den „Kulturwert der Hilfsprache“ (Allg. Ztg., 3. Juli). Er begrüßte so den zweiten deutschen Esperanto-Kongreß in Dresden 9. Mai. Mit dem Erfolg des Esperanto konnte sich kein anderer Versuch messen.

Das Jahr 1906 erwies sich als ein Rekordjahr des Schiffbaus aller Nationen; es wurden 1863 größere Schiffe mit 2,920.000 Tonnen vom Stapel gelassen.

Eine Übersicht für Flugversuche gab Bill v. Lilienbach in „Österreichs Illustrierter Zeitung“ 29. September. Major Moedebeck schrieb über „die Luftschiffahrt, ihre Vergangenheit und Zukunft, insbesondere im Verkehr und im Kriege“. Bilder der Motorluftschiffe in Frankreich und Deutschland gibt die „Illustrierte Zeitung“ 1. August und 5. September. Der erste Aufstieg des neuen englischen lenkbaren Militärluftschiffs endete mit einem Mißerfolg (Öst. Ill. Ztg., 22. Sept.). Bei Paris legte der Aeroplan von Henri Farman eine Flugbahn von 770 Metern zurück. Auch Bleriot hatte Erfolg. Alles übertraf der Aufstieg des Zeppelinischen Luftschiffs am 24. und 30. September (Ill. Ztg., 3. Okt.).



## Die bosnische Krise 1908—1909.

### Das Jahr 1908.

Marokko; Mulay Hafid. Die Sandschatbahn. Die Donau—Adriabahn oder Transbalkanbahn. Brief Kaiser Wilhelms an Admiral Tweedmouth. Bagdadbahn. Verträge über Nordsee und Ostsee. Jubiläum Kaiser Franz Josefs. Englisch-russische Zusammenkunft in Reval. Jungtürkische Revolution; Türkische Konstitution. Interparlamentarische Konferenz. Unabhängiges Königreich Bulgarien. Annexion von Bosnien und Herzegowina. Türkischer Boykott. Das Programm Kaiser Wilhelms im „Daily Telegraph“. Die Bülow-Revolution. Großserbische Agitation. Prozeß Culenburg. Die Modernismus-Bewegung. Zeppelin. Die Wahrmundtsache in Österreich. Beck und Wienerth. Ermordung des Königs von Portugal. Russische Reaktion. Tolstoi. Präsident Taft. Thronwechsel in China.

Der Weltkrieg bereitet sich nun durch zwei Vorwellen vor: die bosnische Annexionskrise und den zweimaligen Balkankrieg. Die übrigen Herde der Kriegsgefahr nehmen von da her immer neues Feuer und vereinigen sich schließlich zu dem die ganze Welt ergreifenden und einhüllenden Brand. Bei dem Zusammenhang aller sich durchkreuzenden politischen Fäden ist es geboten, die verschiedenen internationalen Streitfragen nicht voneinander zu trennen, sondern zuerst, ehe wir die einzelnen Länder betrachten, es zu versuchen, dies atembefleckende, die Erwartung immer stärker spannende Getriebe im ganzen von einer höheren Warte aus zu verfolgen, die uns den Überblick über die allmähliche Entwicklung der Weltfragen erleichtert.

Marokko.

Zu Anfang des Jahres schien die Marokkofrage das Hauptthema der folgenden Ereignisse werden zu wollen. Man war nicht nur in Deutschland beunruhigt über neue weitaussehende militärische Unternehmungen Frankreichs in jenem Gebiet. Denn nachdem Mulay Hafid in Fez zum Gegensultan ausgerufen wurde (4. Jan.), besetzten die Franzosen Serrat (15. Jan.), nicht ohne Widerspruch der französischen Sozialisten. Jaurès wenigstens forderte in der Kammer (24. Jan.) die Regierung auf, Frankreich von diesem marokkanischen Abenteuer zu befreien. Er tadelte jenes geheime Abkommen mit Spanien, das eine Teilung Marokkos bezwecke. Delcassé sagte von der Politik der Regierung, daß sie sich streng

an die Algecirasakte halte. Frankreich mußte handeln; um Marokko aus der Anarchie zu reißen; Frankreich hat für sich sein Recht, seine Allianz und seine mächtigen Freundschaften. Der Minister des Auswärtigen Pichon erklärte, die Algecirasakte könne nur solange in Marokko Anwendung finden, als es dort ruhig sei. Die Kammer beschloß am 28. Januar, daß die Algecirasakte eingehalten und die Verteidigung der Rechte und Interessen Frankreichs in Marokko ohne Einmischung in die innere Politik des scherifischen Reiches sichergestellt werde; sie billigte die Erklärung der Regierung und sandte eine Glückwunschadresse ab an die in Afrika kämpfenden Soldaten.

Zur selben Zeit (28. Jan.) erklärte Minister Freiherr v. Lehrenthal zu Wien im Ausschuß der ungarischen Delegation, daß die revolutionäre Bewegung in Makedonien und die blutige Repression durch die türkischen Truppen Österreich und Rußland bewogen habe, hiezu neuerlich Stellung zu nehmen. Man wolle sich nicht überflüssiger Weise in die innern Angelegenheiten der Türkei einmischen, aber man konnte doch auch nicht die Dinge gehen lassen. „Die Aktion beruht auf dem Prinzip, daß die Christen geschützt werden sollen und eine Kontrolle eingeführt wird; aber alles auf der Basis der Souveränität und Autorität des Sultans. In vielen Richtungen ist ein Erfolg festzustellen. Wenn wir nicht weitergekommen sind, liegt die Schuld an den Rassenkämpfen, am Treiben der Banden.“ In der österreichischen Delegation sagte bald darauf (12. Febr.) Bärnreither, es handle sich nicht um eine Abenteuerpolitik, sondern um volkswirtschaftliche Erschließung des Balkans, wobei Deutschland durch aufrichtige Unterstützung der Bestrebungen Österreichs Gelegenheit haben werde, ritterliche Revanche für Algeciras zu nehmen.

Mate-  
donien.

Lehrenthal hatte schon am 27. Januar in der Delegation erklärt, Österreich beabsichtige, von seinem ihm im Berliner Kongreß übertragenen Recht Gebrauch zu machen und eine Bahn von Wien—Graz—Agram—Sarajewo durch den Sandschak Novibazar über Mitrowiza und Üsküb nach Saloniki zu bauen. Das kam allerdings den andern Mächten überraschend, aber eine offiziöse Verlautbarung erklärte: „Wir gehen jetzt ans Werk, weil die wirtschaftliche Entwicklung uns dazu drängt. Die innern Schwierigkeiten hinderten uns lange an der Verwirklichung unseres Rechts. Nach Erledigung des Ausgleichs durfte aber damit nicht mehr gezögert werden. Österreich würde keinerlei Einwendungen erheben, wenn der Ausbau der Sandschakbahn den Anstoß zur Verwirklichung anderer Bahnprojekte auf dem Balkan gäbe. Die großen Ziele, die 1897 für den Abschluß der österreichisch-russischen Entente maßgebend waren, sind aufrecht geblieben. Österreich und Rußland fanden sich in dem Gedanken zusammen, daß ihr dauerndes Einvernehmen gesichert werden soll durch gemeinsame Verbürgung des Status quo im europäischen Orient, durch Verzicht auf Gebietserwerb und durch solidarische Tätigkeit zum Wohle der Balkan-

Sand-  
schak-  
bahn.

christen. Diese Zwecke können ihre politische Kraft nicht verlieren, weil ein Schienenstrang von Uvac nach Mitrowiza gelegt werden soll."

Ebenso widersprach Mehrenthal der Kritik, die Graf Dzieduszycki in den Delegationen am Dreibund übte: „Der Dreibund wurde geschaffen zum Schutze des Gleichgewichts in Europa; mit überseeischen Unternehmungen hat er nichts zu schaffen. Die Geheimhaltung einzelner Bestimmungen ist stipuliert worden . . . Deutschland hat ein eminentes Interesse, daß Österreich-Ungarn eine starke Großmacht ist; wir haben ein gleiches Interesse an Deutschland. Aber es gibt Fragen, die uns nicht berühren. Wenn Deutschland zum Beispiel im Baltischen Meere oder in der Nordsee ein spezielles Interesse hätte und dort Verwicklungen entstünden, so würden dadurch unsere Verpflichtungen nicht berührt." Die Sandschakbahn entspreche dem Berliner Traktat, sie widerspreche nicht dem Münzsteger Programm, sie sei rein wirtschaftlichen, nicht politischen Charakters.

Die öffentliche Meinung Rußlands nahm aber doch diese Erklärungen mit großer Erregung und Empfindlichkeit auf. Die russische Gesellschaft stand ja stets dem Münzsteger Programm sehr kritisch gegenüber als einem Produkt des Abkommens von 1897, das bisher keine greifbaren Resultate ergeben habe. Zudem klagte man, daß das Sonderabkommen Österreichs mit der Türkei über die Bahn die Reformfrage ungünstig beeinflussen könne. Man nahm Österreich beim Wort, daß es sich nicht ändern Eisenbahnplänen entgegenstellen werde, und stellte den Plan einer Donau—Adria-Bahn als Gegenschachzug auf. Um den Sandschak zu umgehen, sollte diese slawische Linie, diese Transbalkanbahn nicht in Dulcigno, sondern in San Giovanni di Medua in Albanien enden. Damit sollten die Balkanstaaten und der russische Einfluß gestärkt und gesichert werden.

Trans-  
balkan-  
bahn.

Auch im englischen Parlament wurden diese Balkanfragen lebhaft erörtert. Lord Fitzmaurice erklärte im Oberhaus am 25. Februar, man sei an einem kritischen Punkt angelangt. „Man sagt, daß es mit dem europäischen Konzert zu Ende sei, man gebraucht eine heftige Sprache gegen Österreich, weil ihm das Recht zur Überwachung der Eisenbahnen im Sandschak durch die Türkei verliehen wurde. Österreich hat das Recht dazu, es hat aber doch den Schein erregt, daß es sich von den andern Signatarmächten des Berliner Vertrages trenne.“ — Auch Italien war beunruhigt über die Sandschakbahn. Der Minister des Außern Tittoni verwies die Kammer (11. März) um so mehr auf die Transbalkanbahn, die, vom Adriatischen Meer ausgehend, Italien unmittelbar mit Serbien, Bulgarien und Rumänien verbinden und den Verkehr der Häfen Venedig, Ancona, Bari, Brindisi heben wird. Sie wird also nicht nur den slawischen Staaten nützen. Der Bau von Bahnen kann als ein wesentlicher Teil des makedonischen Reformwerks angesehen werden, und das europäische Konzert kann seine vereinigte Unterstützung allen Linien gewähren, die von Nutzen sind.

Twoed-  
mouth.

Eine starke Erregung der internationalen Lage bedeutete ein Brief Kaiser Wilhelms an den britischen Admiral Tweedmouth in der



Frage des Flottenbaus. Dies kam also. Immer wieder betonte die englische Regierung, Englands einziges Mittel, einen Krieg zu Ende zu führen, beruhe auf seiner Seemacht; darum erklärte Grey schon am 6. Februar im Unterhaus, England könne nicht auf das Venterrecht im Seekrieg verzichten und so auf die einzige Möglichkeit, einen Druck auf andere Nationen auszuüben. Und als über hundert Parlamentsmitglieder eine weitere Herabsetzung des Marinebudgets befürworteten, forderte am 12. Februar die englische Flottenliga in einem offenen Brief alle, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liege, auf, dieses gefährliche und unpatriotische Verlangen zu bekämpfen. Wieder verlangte der Radikale MacDonald am 2. März im Unterhaus Herabsetzung der Seerüstungen, da England in freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten stehe. Der Ursprung der Befürchtungen Deutschlands liege nur in der Tatsache, daß England eine offenbar die Bedürfnisse übersteigende Kriegsmacht aufrechterhalte. Dagegen bemerkte Schatzsekretär Asquith: „Unsere Stellung zur See muß eine solche sein, daß unsere Vorherrschaft unangreifbar bleibt. Das ist für uns eine Sache, mit der wir stehen und fallen. Wir müssen sie gegen alle Möglichkeiten bewahren. Darum müssen wir unsern Flottenstandard erhalten, der uns die Seeherrschaft gegen jede denkbare Kombination sichert.“ — Bald darauf wurde es bekannt, daß Kaiser Wilhelm jenen Brief an den ihm persönlich bekannten Admiral Tweedmouth geschrieben habe, um einen Einfluß auf die Gestaltung des englischen Marinestandes auszuüben. Die „Times“ gerieten darüber außer sich. Tweedmouth ließ erklären, der Brief des Kaisers sei rein privater Natur. Die Veröffentlichung wurde als arge Indiskretion bezeichnet. Asquith bestätigte am 6. März im Unterhaus, der Kaiserbrief vom 18. Februar sei nur eine freundschaftliche Mitteilung, ebenso die Antwort des Lord Tweedmouth.

In gleichem Sinne sprach Bülow am 24. März im Reichstag: „Es handelt sich hier um ein Betätigungsrecht, das alle Souveräne in Anspruch nehmen. Es ist eine ungerechtfertigte Unterstellung, wenn behauptet wurde, dieser Brief bedeute einen Versuch, den verantwortlichen englischen Marineminister in deutschem Interesse zu beeinflussen. . . Wir wünschen mit England in Frieden zu leben, darum empfinden wir es bitter, daß ein Teil der englischen Publizisten immer wieder von der deutschen Gefahr spricht, obwohl die englische Flotte der unsrigen mehrfach überlegen ist, obwohl auch andere Länder stärkere Flotten besitzen als wir und mit nicht geringerem Eifer am Ausbau ihrer Flotten arbeiten. . . Im Brief des Kaisers spricht ein Gentleman zum andern, ein Seemann freimütig zum andern. Unser Kaiser ist auch Admiral der englischen Flotte und Bewunderer des englischen Volks. Dies ist Tendenz, Ton und Inhalt des Briefes; darin befindet sich der Kaiser in Übereinstimmung mit der ganzen Nation.“

In derselben Sitzung sprach Fürst Bülow auch über die Dinge in Makedonien, diesem Brandherd, den sechs große Mächte zu löschen suchen, Makedonien.

ohne Erfolg, weil von außen immer neue Scheiter ins Feuer geworfen werden. „Gewiß, die fortgesetzten Greuelthaten, die von Mohammedanern und Christen begangen werden, schlagen der Zivilisation ins Gesicht. Aber noch unerträglich erscheint es, daß sich deshalb die Mächte untereinander verfeinden und ein europäischer Krieg entzündet werden sollte.“ — Staatssekretär v. Schoen sprach über Persien und den englisch-russischen Vertrag zur Aufrechterhaltung der Integrität, der Unabhängigkeit und der Ordnung im Lande. „Wir haben keine Veranlassung, uns darüber beunruhigt zu fühlen. Der Warenimport von Deutschland nach Persien findet durch die Einrichtung einer direkten Dampferverbindung von Hamburg nach den Häfen des Persischen Golfes Förderung. Dazu gehört die Gründung einer deutschen Handelsbank in Teheran . . . Rußland und England haben uns wiederholt versichert, daß sie unser Interesse an der Bagdadbahn anerkennen. Die Bagdadbahn ist durch den Sultan einer ottomanischen Gesellschaft anvertraut worden, an der allerdings an erster Stelle deutsches Kapital, an zweiter französisches, im übrigen österreichisches, italienisches, schweizerisches, türkisches beteiligt ist. Das großartige Unternehmen ist allerdings deutschem Geist entsprungen. Die Bahn ist bis Bugurlu am Fuß des Taurus fertiggestellt. Die Vorteile für Deutschland liegen auf der Hand. Uns liegen politische Hintergedanken gänzlich fern. Was wir im Auge haben, ist die kulturelle Erschließung eines im Altertum blühenden Landes . . . Eine Fabel ist die Kolonisierung der von der Bahn durchschnittenen Gebiete mit deutschen Ackerbauern oder die Besitzergreifung eines Hafens im Persischen Golf.“

Fürst Bülow reiste am 28. März nach Wien zu Besprechungen mit Kaiser Franz Josef und Freiherrn v. Aehrenthal. Es galt die neue Wendung in der Politik. Österreich war seit zehn Jahren an die Entente mit Rußland gebunden; dies Verhältnis war auch ohne das Vorgehen Österreichs durch die Haltung der Duma und der russischen Parteien bedroht und forderte eine Neuorientierung.

In der Duma erläuterte Minister Ismolski also die politische Lage: „Das Hauptinteresse konzentriert sich auf die Verbesserung des Schicksals der Christen in der europäischen Türkei. Zur Erreichung dieses Zieles hat Rußland bereits 1897 ein Abkommen mit Österreich getroffen, das sechs Jahre darauf durch das kürzeste Programm erweitert wurde. Ich übernahm dies als eine Erbschaft, die mir als wertvolle Garantie eines friedlichen Ganges auf der Balkanhalbinsel erschien. Ich trat die Erbschaft an in dem Augenblick, als Rußland, erschüttert durch den Krieg und schwere innere Wirren der Garantien gegen auswärtige Vermicklungen bedurfte. Rußland kann ohne Mißgunst auf die von Österreich erworbenen Vorteile blicken; aber wir müssen darauf bedacht sein, daß aus dem Projekt der österreichischen Balkanbahn kein Nachteil für die Balkanstaaten und für die Christen in der Türkei entstehe. Deshalb sind wir statt mit einem Protest mit dem Vorschlag hervorgetreten, alle für die Balkanstaaten nützlich erscheinenden Baupläne zu unterstützen. Österreich hat sich damit im Prinzip einverstanden erklärt, und der Zwischenfall hat jede Schärfe verloren.“ — Der Kadettenführer Miljukow tadelte die Regierung, daß sie es nicht verstanden habe, dem letzten glänzenden diplomatischen Erfolg Aehrenthals vorzubeugen.

Beruhigend wirkten auf die internationale Lage die beiden am 23. April abgeschlossenen Verträge über Nordsee und Ostsee. Der eine wurde zu Berlin zwischen den Nordseestaaten Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen abgeschlossen zur Aufrechterhaltung des Status quo. Das andere Abkommen wurde zu Petersburg zwischen den Ostseestaaten Deutschland, Dänemark, Rußland und Schweden unterzeichnet und hatte denselben Inhalt.

Die Vorarbeiten für die Sandschafbahnen wurden im Mai begonnen.

Die Abgesandten des marokkanischen Sultans Mulay Hafid wurden in Berlin 13. Mai zurückhaltend empfangen, da dieser Präbendent noch nicht völkerrechtlich anerkannt war. Die öffentliche Meinung in Deutschland spottete, die Regierung wolle unter allen Umständen den Frieden, sie lasse sich alles bieten, man raße nur manchmal mit dem Säbel, aber es gelte wieder das Wort wie vor fünfzig Jahren: „Der Starke weicht mutig zurück.“ Diese dauernde Schwäche steigert den Übermut der Feinde und ruft gerade die Gefahr heraus, die man vermeiden will. — Es nützte wenig, daß gegen Ende Mai deutsche Geistliche nach England reisten, um die Beziehungen zwischen beiden Nationen zu verbessern.

Um so stärker war die ergreifende Kundgebung der mitteleuropäischen Einheit durch den Besuch, den der Deutsche Kaiser mit den deutschen Bundesfürsten und Bürgermeistern der freien Städte dem Kaiser Franz Josef im Mai zu dessen sechzigjährigem Regierungsjubiläum abstattete. Kaiser Wilhelm sprach die denkwürdigen Worte: „Eine erhebende Fügung der göttlichen Gnade und Vorsehung ist es, die uns am heutigen Tag um die erhabene Person Eurer Majestät vereinigt. Sechzig Jahre, zwei Menschenleben haben Eure kaiserliche und königlich-apostolische Majestät in nie rastendem Eifer und edelster Pflichterfüllung dem Wohl Ihrer Völker gewidmet... Aber nicht nur Millionen eigener Landesfinder jubeln ihrem Kaiser und König zu, auch weit hinaus über die Grenzen der Monarchie beugt sich die Welt in Verehrung. Eure Majestät sehen hier drei Generationen deutscher Fürsten um sich versammelt und keinen, dem Eure Majestät nicht schon ein Vorbild gewesen wären... So sind wir denn, die treuen Freunde und Verbündeten hieher geeilt, um Zeugnis abzulegen von den herzlichen Gefühlen inniger Freundschaft und Anhänglichkeit, die uns beseelen. Aus bewegtem Herzen bringen wir unsere Huldigung dar dem edlen Herrscher, dem treuen Bundesgenossen, dem mächtigen Hort des Friedens, auf dessen Haupt wir den reichsten Segen Gottes herabsehen.“ Kaiser Franz Josef erwiderte unter anderm: „Ich darf in diesem Akte wohl eine feierliche Kundgebung des monarchischen Prinzips erblicken, dem Deutschland seine Macht und Größe verdankt. Auch Österreich-Ungarns Kraft liegt in diesem Prinzip, und in der Liebe Meiner Völker habe Ich stets neue Zuversicht geschöpft.“

Wilhelm  
und  
Franz  
Josef.



Die Tatsache, daß es Mir heute vergönnt ist, eine so große Anzahl deutscher Fürsten um Mich versammelt zu sehen, ist auch die ausdrucksvollste Bestätigung des zwischen uns seit beinahe dreißig Jahren bestehenden engen und unerschütterlichen Bundesverhältnisses. Dieser Tag bestärkt Mich in der frohen Erwartung, daß dieses nur friedliche Ziele verfolgende Bündnis dem gleichen Bestreben der andern Mächte wirksam zur Seite stehen und seine Aufgabe bis in die fernste Zukunft voll erfüllen werde. Ich bitte die göttliche Vorsehung, sie möge alle deutschen Bundesfürsten für alle Zeiten in ihren gnädigen Schutz nehmen."

Im selben Monat (25. bis 29. Mai) besuchte der Präsident der französischen Republik Fallières den englischen Hof. König Edward begrüßte ihn beim Festmahl mit den Worten: „Seien Sie willkommen, Herr Präsident! Wir sind entzückt, daß Wir das Vergnügen haben, Sie bei Uns zu empfangen, und da es das erstemal ist, daß Sie nach England kommen, hoffen Wir lebhaft, daß Sie von Ihrem, wenn auch nur kurzem Aufenthalt eine angenehme Erinnerung mitnehmen werden. Morgen werden wir, hoffe ich, gemeinsam die Französisch-englische Ausstellung besuchen. Diese Ausstellung wird mehr als jemals die Entente cordiale dartun, die zwischen unsern Ländern besteht. Möge sie eine Entente permanente sein, zum Glück beider Nationen und zur Aufrechthaltung des Friedens, der das Glück der ganzen Welt ausmacht."

Im Anschluß daran wurde in Frankreich die Möglichkeit eines förmlichen englisch-französischen Bündnisses erörtert; aber man fand, daß ein solches für England viel vorteilhafter sei als für Frankreich. England könne nur diplomatische Unterstützung gewähren, keine militärische. Anderseits meinte man auch in England, eines eigentlichen Bündnisses mit Frankreich nicht zu bedürfen, man könne den Franzosen auch ohne Bund seine Freundschaft beweisen.

Mehr Interesse hatte England an einem Einvernehmen mit Rußland. Als aber die Reise des Königs Edward dahin im Unterhaus debattiert wurde, protestierte die Arbeiterpartei dagegen, weil die russische Regierung Dumamitglieder in Gefängnissen schmachten und Morde vollziehen lasse. Ministerpräsident Asquith — er war seit April an Stelle des tödlich erkrankten Campbell-Bannermann getreten — lehnte die Einmischung in ausländische Angelegenheiten ab, und der Staatssekretär des Auswärtigen, Grey, erklärte, der König handle auf den verfassungsmäßigen Rat seiner Minister. „Ich bin (sagt er) für einen ehrlichen Versuch, daß beide Länder in Dingen, die ihre Interessen berühren, zusammenarbeiten . . . Das russische Regierungssystem ist in den letzten zwei Jahren entschieden besser geworden. Ich erblicke in Rußland eine große Rasse, deren bedeutende Kraft noch unentwickelt, deren Charakter noch im Werden ist und die sich mit neuen Ideen und neuer Tatkraft zu regen beginnt. Diese Rasse hat eine große Zukunft und wird eine große Rolle in der Welt spielen. Für den Weltfrieden hängt viel ab von unseren Beziehungen zueinander."

Die Zusammenkunft der beiden Herrscherpaare fand am 9. und 10. Juni zu Reval statt. Der Zar hieß die englischen Gäste in den russischen Gewässern willkommen. „Ich vertraue, daß diese Begegnung die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt fördern wird. Im Laufe des letzten Jahres sind verschiedene Fragen von gleicher Bedeutung für Rußland wie für England in befriedigender Weise geordnet worden.“ Auch König Edward betonte in seiner Antwort die Aufrechterhaltung des allgemeinen Weltfriedens. Offiziell meldete man, daß aus den Verhandlungen zwischen Tswoltski und Hardinge sich eine vollständige Übereinstimmung der Ansichten über die Lage in Persien und Afghanistan ergeben habe, und ebenso die Übereinstimmung bezüglich Makedoniens vorauszusehen sei; das dürfte dann als Grundlage dienen für eine allgemeine Entente der am makedonischen Reformwerk beteiligten Mächte. Man sei auch entschlossen, mit allen andern Mächten die besten Beziehungen aufrechtzuerhalten und so zur Befestigung des Friedens beizutragen. — Etwas weniger friedlich wurde die am 27. und 28. Juli auch zu Reval erfolgende Zusammenkunft des Zaren mit dem Präsidenten der französischen Republik betrachtet.

In Wien betrachtete man übrigens Reval als die Internationalisierung des Münzsteiger Programms, also als eine Aktion gegen Österreich. Und auch im Deutschen Reich machte sich in der Beurteilung der politischen Lage eine Unruhe geltend, weil man eine neue Konstellation sich bilden sah. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb am 19. Juni: „Gewiß wollen wir unsere Augen gegenüber möglichen Gefahren nicht verschließen. Unsere Soldaten tragen nicht an der Mütze den unkriegerischen Sinnspruch des Hildesheimer Kontingents der ehemaligen Reichsarmee: Da pacem, Domine, in diebus nostris. Das Bewußtsein unserer Kraft darf uns die Zuversicht und Ruhe geben, die allein eines großen friedlichen Volkes würdig ist.“ Auch Kaiser Wilhelm hatte bei einer Parade in Döberitz von einer großen gegen Deutschland gerichteten Koalition gesprochen. Dagegen schrieb die Pariser Wochenschrift „L'Opinion“, Kaiser Wilhelm erträume die Vereinigten Staaten von Europa unter der Hegemonie Deutschlands. Dem widersprach die „Süddeutsche Reichsforrespondenz“ am 26. Juni: „Die Zeiten, wo eine einzelne Großmacht die Führerschaft ausüben konnte, gehören der Vergangenheit an. Eine solche Politik würde einem Phantom nachjagen.“ Ebenso wurde der französischen Behauptung widersprochen, Kaiser Wilhelm habe Kompensationen für Elsaß-Lothringen anderwärts versprochen, wo derlei in zwanzig Jahren sicher möglich sein werde.

Eine völlig neue Lage wurde durch die jungtürkische Revolution im Juli geschaffen. Sie ging vom türkischen Heer in Makedonien aus, wo die Zustände unhaltbar waren, und sie gewann auch viele Anhänger unter den dortigen Christen, die wenig mehr von den Großmächten und von den unter sich konkurrierenden Balkanstaaten erwarteten. Es bildete sich eine „Viga für Union und Fortschritt“ mit dem Ziel, die

aufrichtige Anwendung der Konstitution vom Jahr 1876 zu erreichen, ohne Unterschied der Rasse und Religion; Vermeidung unnötigen Blutvergießens; gutes Einvernehmen und Brüderlichkeit zwischen den Völkern. Als dies Komitee am 23. und 24. Juli in den meisten Städten die Wiederherstellung der Verfassung von 1876 verkündete, gab der Sultan seine Bestätigung und die meisten Zivil- und Militärbeamten in Konstantinopel und den Provinzen leisteten den Verfassungsseid. Es fanden keine Ausschreitungen statt. Festgestellt wurde die Unteilbarkeit des osmanischen Reiches, dessen Untertanen unterschiedslos *Ottomanen* heißen sollen. Der Islam ist Staatsreligion, bei freier Ausübung aller anerkannten Glaubensbekenntnisse und Aufrechterhaltung der Privilegien der Kirchengemeinschaften. Freiheit der Presse, der Versammlungen, der Petitionen, des Unterrichts. Gleichheit der Steuern. Gleiche politische Rechte und Pflichten. Garantie des Eigentums. Verantwortlichkeit der Minister. Zwei Kammern: Senat und Deputiertenkammer. Auf hunderttausend Einwohner ein Abgeordneter. Geheime Wahl alle vier Jahre. Öffentlichkeit der Sitzungen. Unverletzlichkeit der Deputierten. Unabsetzbarkeit der Richter. Obligatorischer Unterricht. Selbstverwaltung. Amnestie. — In Konstantinopel gab es täglich Huldigungen für den Sultan und Demonstrationen für die Verfassung. Viele Zeitungen wurden auf Grund der Preßfreiheit gegründet. Abschaffung der Geheimpolizei.

Diese jungtürkische Umwälzung mußte aber auch von Einfluß sein auf die makedonische Reformaktion der Mächte, auf die Lage der okkupierten Provinzen Bosnien und Herzegowina und auf das süzeräne Bulgarien. Das offiziöse „Wiener Fremdenblatt“ schrieb am 30. Juli, die Reformaktion in Makedonien bleibe noch immer das Interesse Europas. Die Meldung von einer beabsichtigten Intervention Österreichs in Makedonien sei aber durchaus falsch. Ähnlich äußerte sich Grey im englischen Unterhaus am 27. Juli: „Wir begrüßen für den Augenblick die neu geschaffene Lage.“ Und er bekämpfte die Behauptung, daß England auf die Isolierung Deutschlands ausgehe. Allerdings hatte man kurz vorher (23. Juli) im Oberhaus wieder über die deutsche Invasionsgefahr debattiert. Lord Roberts verlangte die unverzügliche Verstärkung der englischen Landmacht. Neuere Untersuchungen hätten bewiesen, daß die Möglichkeit einer deutschen Invasion viel größer sei, als man bisher annahm: „Es wäre Torheit, die Augen diesen Möglichkeiten zu verschließen. Weder Bündnisse noch Verträge können da nützen. Wenn wir fortfahren, die gewöhnlichsten Vorsichtsmaßregeln zu vernachlässigen, so können wir uns eines Tages in den Händen einer eingedrungenen Macht befinden und gezwungen sein, uns den demütigendsten Bedingungen zu unterwerfen. Die Gefahr wird mit jedem Tage drohender. Innerhalb von zehn Jahren hat Deutschland die größte Seemacht geschaffen, die außer der englischen je bestanden hat. Die Rettung vor einer Invasion ist nur ein starkes Heimatsheer, ein Heer von einer Million Bürger.“ Lord Milner fügte hinzu: „Es könnten jeden Tag Umstände eintreten, die die Zurückziehung der zur Verteidigung der indischen Besitzungen bestimmten



König Edward kam am 13. August auch wieder in Tschl mit Kaiser Franz Josef zusammen, und so konnte Kaiser Wilhelm am 30. August zu Straßburg seine innerste Überzeugung aussprechen, „daß der europäische Friede nicht gefährdet ist. Er beruht auf zu festen Grundlagen, als daß sie durch Sekreten und Verleumdungen so leicht umgestürzt werden könnten.“

Eine feste Bürgschaft bietet in erster Linie das Gewissen der Fürsten und Staatsmänner, die sich Gott gegenüber verantwortlich wissen. Zum andern ist es der Wunsch und Wille der Völker selbst, sich in ruhiger Weiterentwicklung die großartigen Errungenschaften fortschreitender Kultur nutzbar zu machen und im friedlichen Wettbewerb ihre Kräfte zu messen. Und zuletzt wird der Friede gesichert durch unsere Wehrmacht zu Wasser und zu Lande. . .“ Ähnlich sagte Kaiser Wilhelm am 11. September in Kolmar: „Der Friede wird erhalten bleiben, und das Land wird weiter grünen und blühen können unter dem Schutze des deutschen Reichsadlers und unter meiner Standardte.“

Inter-  
parla-  
mentari-  
sche Kon-  
ferenz.

Eine weitere Hoffnung des Friedens eröffnete die zu Berlin am 17. bis 19. September tagende „Interparlamentarische Konferenz“. Fürst Bülow begrüßte sie mit besonderer Wärme: „Mit der zivilisierten Welt weiß Deutschland die Dienste zu würdigen, die Sie einer edlen Sache leisten. Von ausgezeichneten Männern wie Frederic Passy geleitet, haben Sie Ihre Aufgabe verfolgt, Bürgschaften für den Frieden und die Eintracht unter den Völkern zu erlangen. Eine mühselige, aber wohlthätige Aufgabe. Von Jahr zu Jahr hat Ihr Erfolg zugenommen. . . Wenn ich auch kein parlamentarischer Minister bin, so bin ich doch ein streng und ehrlich konstitutioneller Reichskanzler. . . Die Regierungen sind Ihren Wünschen entgegengekommen, indem sie internationale Verträge abgeschlossen haben. . . Wir haben auf der zweiten Haager Konferenz das auf das Preisengericht bezügliche Abkommen vorgeschlagen und unterzeichnet und den Entwurf unterstützt, der auf die Errichtung eines dauernden Schiedsgerichtshofes hinzielt. . . Friedensliebe bedeutet nicht Mangel an Vaterlandsliebe. . . Belehrt durch seine Geschichte, die ihm drei Jahrhunderte hindurch<sup>1)</sup> die härtesten Erfahrungen nicht erspart hat, will und muß Deutschland stark genug sein, um sein Gebiet, seine Würde und Unabhängigkeit zu verteidigen. Es wird seine Kraft nicht mißbrauchen. . .“

Fürst Bülow hatte sich kurz vorher gegenüber dem Engländer Sidney Whitman über die Lage ausgesprochen („Standard“, 14. Sept.). Er sagte: „Ich gebe Ihnen die Versicherung als Gentleman, daß niemand von einigem Verstand oder Einfluß in Deutschland daran denkt, Handel mit England anzufangen oder gar den unsinnigen Gedanken einer Invasion hegt. . . Deutschland ist die einzige Großmacht, die seit siebenunddreißig Jahren keinen Krieg geführt hat, Deutschland steht im Flottenbau nicht nur hinter England, sondern auch hinter Frankreich und Amerika zurück. Kein Deutscher haßt Frankreich oder England. Freilich würde Deutschland einem Gottesurteil nicht ausweichen, auch dann, wenn es der Gewißheit gegenüberstünde, daß seine Flotte vernichtet wird. Deutschland wünscht Ruhe, wenn es auch freilich eine Linie gibt, über die hinaus es sich eine nationale Demütigung nicht gefallen lassen kann. Wenn also irgendeine Gefahr drohen sollte, so käme das nur daher, wenn

<sup>1)</sup> Nämlich seit dem Dreißigjährigen Krieg.

eine verabredete Absicht besteht, Deutschland in Schranken zu halten und zu schädigen.“

Auch Harcourt protestierte als Mitglied der englischen Regierung in einer Rede zu Lancaster gegen die Germanophobie: „Das deutsche Flottenprogramm ist vernünftig, klar und ehrlich. Innerhalb der letzten zehn oder fünfzehn Jahren hat es keine Zeit gegeben, in der unsere Beziehungen zu Deutschland in kommerzieller, kolonialer, politischer und dynastischer Hinsicht fester und freundschaftlicher waren als heute. Es gibt nur eine kleine Schicht von publizistischen Gezern, das sind Straßenräuber der Politik und Feinde des Menschengeschlechts, Vriahunde, welche die Hütte beschmutzen, in der sie wohnen.“

Wir wissen aber aus den „Memories“ des ersten englischen Seelords Sir John Fisher, daß er am 14. März 1908 an König Edward einen Brief richtete, der mit einer Besprechung zusammenhing, in der der englische Flottenchef vorschlug, die deutsche Flotte zu Kiel ohne Kriegserklärung durch plötzlichen Überfall zu vernichten.

Überfall.

Wir haben schon bemerkt, daß die neue türkische Verfassung notwendigerweise eine neue Stellungnahme des suzeränen Bulgariens zur Pforte bedingte, wie auch eine Klärung des Verhältnisses der beiden okkupierten Provinzen Bosnien und Herzogowina zu Österreich-Ungarn. In dieser Beziehung gingen Bulgarien und Österreich in gegenseitigem Einverständnis vor, wie sich aus den beiden gleichzeitigen Proklamationen vom 5. Oktober ergab. Fürst Ferdinand von Bulgarien hatte bereits am 23. September zu Ofen eine Besprechung mit Kaiser Franz Josef gehabt. Demgemäß erfolgte am 5. Oktober zu Tirnowa die Proklamierung Bulgariens zum unabhängigen Königreich durch folgendes Manifest: „Durch den Willen unserer unvergeßlichen Befreier, des großen russischen Volkes, auch mit dem Beistande Rumäniens ist seit 1878 die Kette des Joches gebrochen . . . Tatsächlich unabhängig, ist das Land doch in seiner Entwicklung durch Bande gehemmt, deren förmliche Zerstörung die Spannung zwischen Bulgarien und der Türkei beseitigen wird. Ich und mein Volk wünschen eine Verjüngung der Politik der Türkei. Sie und Bulgarien, frei und unabhängig, haben damit die Vorbedingungen, um freundschaftliche Bande zu schaffen . . . Durchdrungen von dieser heiligen Aufgabe, proklamiere ich mit dem Segen des Allmächtigen das seit 1885 geeinigte Bulgarien zum unabhängigen Königreiche. Mit meinem Volke glaube ich, daß dieser Schritt die Billigung der Großmächte finden wird.“

Bul-  
garien  
unab-  
hängig.

Die Annexion Bosniens und der Herzegowina geschah durch folgendes Handschreiben des Kaisers Franz Josef vom 5. Oktober an den Minister des Auswärtigen Freiherrn v. Aehrenthal: „Durchdrungen von der unerschütterlichen Überzeugung, daß die hohen kulturellen und politischen Zwecke, um deren willen die österreichisch-ungarische Monarchie die Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina übernommen hat, und die

Annexion  
Bos-  
niens.



mit schweren Opfern erzielten Erfolge der bisherigen Verwaltung nur durch die Gewährung von . . . entsprechenden verfassungsmäßigen Einrichtungen dauernd gesichert werden können, für deren Erlassung aber die Schaffung einer klaren unzweideutigen Rechtsstellung beider Länder eine unerläßliche Voraussetzung bildet, erstrecke Ich die Rechte meiner Suveränität auf Bosnien und die Herzegowina und setze gleichzeitig die für Mein Haus geltende Erbfolgeordnung auch für diese Länder in Wirksamkeit. Zur Rundgebung der friedlichen Absichten, die Mich bei dieser unabweislichen Verfügung geleitet haben, ordne ich gleichzeitig die Räumung des Sandschaks Novibazar von den dahin verlegten Truppen Meiner Armee an. Ofen-Pest. 5. Oktober 1908. Franz Joseph. Aehrenthal."

Zugleich erging eine Proklamation an die Bevölkerung der beiden Provinzen: „Als vor einem Menschenalter Unsere Truppen die Grenzen Eurer Länder überschritten, ward Euch die Zusicherung, daß sie nicht als Feinde, sondern als Freunde kämen, mit dem festen Willen, den Übeln zu steuern, an denen Euer Vaterland seit vielen Jahren so schwer gelitten hatte. Dieses Wort wurde redlich eingelöst . . . Ihr selbst müßt es als eine Wohltat empfinden, daß an Stelle von Gewalt und Unterdrückung Ordnung und Sicherheit eingebracht ist . . . Auf dieser Bahn vorwärts zu schreiten, ist unser aller Pflicht. Dieses Ziel vor Augen, halten Wir den Zeitpunkt für gekommen, den Bewohnern der beiden Länder einen neuerlichen Beweis Unseres Vertrauens zu ihrer politischen Reife zu geben . . ." Ein Schreiben des Kaisers an den gemeinsamen Finanzminister v. Burian stellte die Grundzüge der neuen Landesverfassung auf.

An die Pforte richtete die österreichisch-ungarische Regierung am 7. Oktober folgende Note: „. . . Die dreißig Jahre, die der Unterzeichnung der Konvention (vom 21. April 1879) folgten, gaben der Türkei Zeit, sich zu sammeln. Die politische Bewegung, die sich gegenwärtig in der Türkei zeigt, läßt eine Erstarkung des ottomanischen Staates erkennen . . . Tatsächlich hat nur die in Bosnien und der Herzegowina durch den Berliner Vertrag geschaffene Lage der Türkei gestattet, ihre Kräfte zur Wahrung der territorialen Unversehrtheit des Reiches zu sammeln . . ."

Deutlicher sprach sich der Kaiser in seiner Rede an die Delegationen in Budapest 8. Oktober aus: „Der Zusammentritt der Delegationen erfolgt gleichzeitig mit einem Ereignis, welches die Sicherung des Bestandes der Monarchie bedeutet . . . Dies ist nur möglich, wenn entsprechend dem faktischen Zustand eine klare und unzweideutige Rechtsstellung für beide Länder geschaffen wird . . ." Aehrenthal erinnerte daran, daß die türkische Verfassungsbewegung auch die Reformbestrebungen der Mächte für Mazedonien zum vorläufigen Abschluß gebracht habe . . . „Die Tracierung der Sandschakbahn ist bereits abgeschlossen, ihre Durchführung kann nur mehr eine Frage der Zeit sein. Auf ein freundschaftliches Übereinkommen mit Montenegro rechnen wir bezüglich einer Anschlußlinie von Dalmatien durch montenegrinisches Litorale in Richtung auf die Türkei. Der Berliner Vertrag hat der Monarchie zweierlei zuerkannt: das Mandat der unbefristeten Verwal-

tung Bosniens und der Herzegowina, und das Recht, im Sandschak von Novibazar Garnisonen zu halten, gewisse administrative Befugnisse auszuüben und in jenem Gebiete militärische und kommerzielle Straßen zu besetzen. Nun ist der Moment gekommen, die Einwohnerschaft an der Verwaltung teilnehmen zu lassen. Die mit Bezug auf die staatsrechtlichen Verhältnisse der beiden Provinzen herrschende Verwirrung müßte aber eine solche Neuerung bedenklich erscheinen lassen, bevor wir jeden Zweifel an der vollen Souveränität über das okkupierte Gebiet beseitigten . . . Dies hat uns in die Zwangslage versetzt, das endgültige Aufgeben unserer Rechte im Sandschak mit der formellen Annexion der beiden Provinzen zu kompensieren. Damit verlassen wir keineswegs den Boden des Berliner Vertrags. In den letzten dreißig Jahren sind wiederholte und einschneidendere Änderungen an den Bestimmungen dieses Vertrags sowohl ausdrücklich als stillschweigend vorgenommen worden.“

— In den Delegationen bedauerten manche Stimmen, daß man den Sandschak aufgegeben habe. — Mehrenthal setzte am 12. Oktober auseinander, die Angliederung Bosniens sei nicht zum Zweck neuen Ländererwerbs erfolgt, sondern um einen Zustand zu konsolidieren, der seit dreißig Jahren besteht. „Wir wollen gründlich mit der Legende aufräumen, daß wir neuen Landenerwerb über unsern jetzigen Besitz hinaus anstreben. Uns schwebt der Wunsch vor, daß durch die Beseitigung unklarer Positionen mit der Türkei einem freundschaftlichen Verhältnis die Wege geebnet werden. Wenn von einer Machtverschiebung die Rede sein kann, so ist sie zugunsten der Türkei erfolgt.“

Der Eindruck der Annexion war in Bosnien nicht ungünstig; besonders die Landbevölkerung war damit sehr zufrieden. Es wurden Huldigungstelegramme an den Kaiser abgeschickt. Eine Huldigungsdeputation begab sich unter Führung des Erzbischofs Stadler nach Wien.

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ widersprach am 7. Oktober dem in der auswärtigen Presse ausgesprochenen Verdacht, daß Deutschland die österreichische Regierung zur Annexion angeregt habe. Dessenungeachtet wird Deutschland dem bewährten Bundesverhältnis Rechnung tragen und die Monarchie in dieser Frage unterstützen. Hinsichtlich des bulgarischen Vorgehens erklärte Staatssekretär v. Schoen dem türkischen Botschafter, daß man dadurch in Berlin in peinlichster Weise überrascht worden sei. Die deutsche Regierung hat in Sofia keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Anerkennung erst eintreten würde, bis die bulgarische Regierung sich mit der Türkei darüber und über die Orientbahn verständigt hätte. Bulgarien hatte nämlich am 24. September die Orientbahn, soweit sie durch bulgarisches Gebiet lief, beschlagnahmt, und zwar aus technischen Gründen sowie aus Interessen der Landesverteidigung; man hatte aber gerechte Entschädigung angetragen.

In England äußerte sich am 7. Oktober der Minister des Auswärtigen Grey über die bosnische Sache: „Wir können keiner Macht das Recht zuerkennen, einen internationalen Vertrag ohne Zustimmung der andern beteiligten Parteien abzuändern. Das Ergebnis eines derartigen Vorgehens können wir so lange nicht anerkennen, als bis die andern Mächte befragt worden sind, besonders die hier am meisten betroffene Türkei. Man muß sich vor Augen halten, daß jede Kränkung des neuen

Regiments in der Türkei der jetzigen Friedensbewegung eine militärische Richtung geben könnte. Aber es liegt kein Grund vor, warum das Geschehene zu irgendwelcher Friedensstörung führen sollte. Das Vorgehen Österreichs bedeutet keine sehr große materielle und praktische Änderung, nur die Art, in der sie herbeigeführt wurde, ist regelwidrig und unerwartet." In gleichem Sinn sagte Ministerpräsident Asquith am 12. Oktober im Unterhaus: „Wir sind der Ansicht, daß die jüngsten Ereignisse im nahen Osten eine Beratung der Mächte erfordern, um zu einer Vereinbarung zu kommen, die in gebührender Weise die Interessen der Türkei oder irgendwelcher andern Staaten berücksichtigen soll." Der Austausch der Ansichten zwischen den Ministern Iswolski und Edward Grey führte zur Einsicht, daß die Einberufung einer Konferenz notwendig sei; dabei muß die erste Sorge die Entschädigung der Türkei sein und eine Befriedigung der Wünsche der kleineren Balkanstaaten, soweit dies nicht auf Kosten der Türkei geschieht. Ausgeschlossen soll die kretische und die Dardanellenfrage bleiben. Dies war der Inhalt einer Rundgebung der englischen Regierung vom 15. Oktober.

Kon-  
ferenz.

In Frankreich wurde dagegen offiziös ein weiteres Programm der geplanten Balkankonferenz am 15. Oktober verkündet: 1. Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens nebst der Eisenbahnfrage. 2. Konstatierung der Angliederung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich. 3. Rückgabe des Sandschats Novibazar an die Türkei. 4. Angliederung Kretas an Griechenland. 5. Armenische Frage. 6. Aufhebung der Beschränkungen der Souveränitätsrechte Montenegros. 7. Kompensationen für Serbien und Montenegro. 8. Revision des Donaureglements. 9. Aufhebung der Kapitulationen und fremden Postämter in der Türkei.

In Italien wurden erregte Forderungen nach Kompensationen am Balkan oder in Südtirol laut. Es tauchten auch Vorschläge auf, aus dem Dreibund auszutreten. Rußland war ergrimmt über die doppelte Verletzung des Berliner Vertrages. Durch eine neue Konferenz müsse das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel wiederhergestellt werden. Die meisten Blätter griffen Deutschland an, weil es angeblich diese Ereignisse veranlaßt habe. Es war jedenfalls sehr bezeichnend, daß der Zar am 30. Oktober den Kronprinzen von Serbien in Petersburg empfing und daß bei dieser Gelegenheit der serbischen Sache volle Sympathie und moralische Unterstützung zugesagt wurde; nur müsse Serbien jeden unvorsichtigen und unüberlegten Schritt unterlassen, der einer Provokation ähnlich sehe. In diesem Sinn wechselten auch die Präsidenten der Duma und der Skupstina Telegramme. Serbien betrachtete nämlich die Annexion von Bosnien und der Herzegowina wie ein ihm selbst zugefügtes Unrecht, und in der Tat war auch der so rasch ausgeführte Schritt Österreichs hauptsächlich gegen die serbischen Aspirationen gerichtet, nicht gegen die Türkei, welche ja längst

Serbien.



die beiden Provinzen aufgegeben hatte. Darum war auch die Erregung in Belgrad sehr groß. Die Menge demonstrierte dagegen und brachte den Gesandtschaften von England, Rußland, Frankreich und Italien Sympathieundgebungen dar. Der Kronprinz hezte das Volk zum Krieg gegen Österreich und sprach vom Tod fürs Vaterland und für die Ehre der Nation. Der Kriegsminister forderte von der Skupschtina Gelder zur Ergänzung der Heeresausrüstung. Man tauschte brüderliche Grüße mit der montenegrinischen Skupschtina aus. Man stellte der Regierung Hab und Gut des serbischen Volkes zur Verfügung. Die serbische Skupschtina sprach am 12. Oktober, „tief überzeugt von der Größe der die ganze serbische Rasse bedrohenden Gefahr, fest entschlossen, zu tun, was nötig ist, um in der durch die Gewalt geschaffenen Krise die Interessen Serbiens und seiner Landsleute zu sichern, der Regierung einstimmig ihr Vertrauen aus, in der Erwartung, daß sie die bedrohten serbischen Interessen in der energischsten Weise verteidigt“. Man genehmigte den Rüstungskredit gegen eine einzige sozialdemokratische Stimme. Die Kompensationen, die Serbien forderte, waren 1. ein territorialer Streifen Bosniens für Serbien und ein Streifen der Herzegowina für Montenegro. 2. Richtigstellung der Grenze an gewissen Punkten. 3. Unterstützung dieser Forderung durch die Türkei. Wenn nicht, dann Autonomie für ganz Bosnien oder Bandenkrieg gegen die okkupierenden Österreicher. Eine gleiche Erregung wie in Serbien brach in Montenegro aus; dort verlangte man noch von Österreich Herausgabe von Spizza und anderes.

Monte-  
negro.

Unter diesen Umständen waren die Proteste der Pforte gegen die Annexion rein akademisch. Gegen Bulgarien hieß es in einer Note: „Die Pforte könne zur Gewalt greifen, um ihren Rechten Achtung zu verschaffen, aber sie will dies vermeiden aus Achtung vor den Verträgen und im Hinblick auf das allgemeine Friedensbedürfnis. Wegen der Annexion verordnete das jungtürkische Komitee einen Boykott gegen österreichische Waren. Als die österreichischen Truppen am 28. Oktober den Sandschak Novibazar verließen, zum großen Leidwesen der dortigen Bevölkerung, mußte die Pforte den Schutz dieses gefährdeten Gebietes gegen Serbien und Montenegro übernehmen.

Indessen wurde die Frage, ob Konferenz oder nicht, in ganz Europa verhandelt. Da die Türkei nach anfänglicher Anrufung einer allgemeinen Konferenz später doch in unmittelbare Verhandlungen mit Österreich und Bulgarien eintrat, gewann es „den Anschein, als ob ihre erste Ansicht eine gewisse Änderung erfahren habe, was bei den schlechten Erfahrungen der Türkei auf Konferenzen nicht unverständlich war“. „Ebenso, wie sie das Recht hatte, eine Konferenz zu beantragen, muß sie auch das Recht haben, direkt zu verhandeln, wenn sie glaubt, auf diesem Wege besser zu fahren.“ Das war etwa die Meinung der deutschen Regierung. Außerdem hielt man in Berlin „an dem Standpunkt fest, daß die deutsche

Regierung Vorschlägen nicht zustimmen kann, gegen welche Österreich-Ungarn Einwendungen erhebt". Darüber verhandelte Bülow mit Tswolski in Berlin Ende Oktober, und Kaiser Wilhelm hatte auch Gelegenheit, bei seinem Jagdbesuch in Österreich 4. bis 7. November, darüber mit Kaiser Franz Josef zu sprechen.

Aehrenthal konnte schon am 22. Oktober in den Delegationen von den direkten Unterhandlungen mit der Türkei berichten. „Gegen die Idee einer Konferenz haben wir grundsätzlich nichts einzuwenden; es sind hierüber Vorbesprechungen eingeleitet . . . Die Boykottbewegung in der Türkei hat nachgelassen.“ Am 27. Oktober erklärte Aehrenthal, von Kompensationen nach anderer Seite (Serbien, Montenegro) könne keine Rede sein. „Serbien und Montenegro besitzen keinerlei Rechtstitel, zur Annexion diplomatisch Stellung zu nehmen. Diesen Ländern würde es zum Besten gereichen, wenn sie an ihrer innern Entwicklung arbeiten wollten, statt nichtzuverwirklichenden Träumen nachzuhängen. Die Grundlage unserer Politik bleibt der Dreibund. Dies Verhältnis beruht auf Gegenseitigkeit. Deutschland hat ein eminentes Interesse daran, daß wir eine Großmacht sind; wir haben das gleiche Interesse an Deutschlands Großmachtsstellung. Ich blicke zuversichtlich in die Zukunft. Auch in Petersburg besteht der Wunsch nach baldiger Klärung. Frankreichs Interessen weisen auf die Erhaltung des Friedens. In England beginnt man herauszufühlen, daß die uns gemachten Vorwürfe nicht gerechtfertigt waren.“ Bei der unsicheren Haltung Serbiens und Montenegros erfolgten Mitte November militärische Gegenmaßregeln gegen die auswärtigen Rüstungen. Ein Teilnehmer am Berliner Kongreß erinnerte am 24. November im Pester „Journal“ an Rußlands damalige Versprechungen: „Rußland hat damals der Monarchie die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina sowie des Sandschaks ohne jede Beschränkung konzedierte. Alle Welt weiß, daß Rußland sowohl in Reichsstadt als auch ein Jahr später vermittels der Mission Sumarokows der Monarchie zusagte, daß sie beide Wilajets okkupieren und gegen Serbien und Montenegro verteidigen könne. Unbekannt ist jedoch, daß Rußland noch während des Berliner Kongresses mit der Monarchie ein Spezialabkommen abschloß, worin die Monarchie zusicherte, daß sie Rußland auf diplomatischem Gebiete bei der Durchführung des Berliner Vertrages Entgegenkommen beweisen werde; das Äquivalent für dies Entgegenkommen bildete die feierliche Verpflichtung Rußlands, keine Einwendung zu erheben gegen die definitive Okkupierung Bosniens, der Herzegowina und Novibazars . . .“

Diese orientalischen Probleme wurden auf einmal durch einen höchst sonderbaren Zwischenfall unterbrochen, der, an sich harmlos, doch die Welt in höchste Aufregung versetzte. Der Londoner „Daily Telegraph“ veröffentlichte nämlich am 28. Oktober die Unterredung eines ehemaligen Diplomaten mit dem Deutschen Kaiser, in der Hoffnung, wie er sagte, daß die Veröffentlichung dazu beitragen wird, gewisse Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen. Es ist das der Wunsch des Kaisers; er empfindet die Verdrehung seiner wiederholten Freundschaftsanerbieten seitens eines Teiles der englischen Presse als persönliche Beleidigung. Die Gesinnung

der Mehrheit des deutschen Volkes sei allerdings keine freundliche für England. Aber der Kaiser vertritt eine Minorität, die aus den besten Elementen besteht. Der Kaiser strebt unablässig danach, die Beziehungen zu England zu verbessern; dort aber glaubt man, er sei Englands Erzfeind. Die Engländer sind der Ansicht, Deutschland sei ihnen während der Dauer des Burenkrieges feindlich gesinnt gewesen. Das mag so sein; aber der Kaiser hat es damals abgelehnt, die Abgesandten der Buren zu empfangen. Und als der Burenkrieg auf der Höhe war, haben Frankreich und Rußland an Deutschland das Ansuchen gestellt, sich mit ihnen zu vereinigen, England aufzufordern, dem Krieg ein Ende zu machen, die Burenrepubliken zu retten und England zu demütigen. Der Kaiser aber hat sich dessen geweigert und den englischen Hof seiner loyalen Gesinnungen telegraphisch versichert. Im Dezember 1899 beantwortete der Kaiser einen traurigen Brief seiner Großmutter, der Königin von England, mit einem vom Generalstab geprüften Feldzugsplan für Südafrika; Lord Roberts hat auch wirklich nach einem ähnlichen Plan gehandelt. Schließlich sagte der Kaiser, Deutschland müsse eine seinem ausgebreiteten Handel entsprechende Flotte haben, es müsse für alle Eventualitäten im Fernen Osten gerüstet sein. Wer kann im voraus wissen, was sich im Stillen Ozean ereignen wird, vielleicht in nicht gar fernen Tagen? Nur auf die Stimme von Mächten mit starken Flotten wird dann mit Achtung gehört werden, wenn die Frage der Zukunft des Stillen Ozeans zu lösen sein wird. Es kann geschehen, daß England einmal selbst froh sein wird, daß Deutschland eine Flotte hat, wenn beide Länder gemeinsam auf derselben Seite ihre Stimme erheben werden in den großen Debatten der Zukunft."

Sowohl der Kaiser wie seine Mitunterredner haben in dieser Veröffentlichung gewiß mit Recht ein großartiges Programm weithin ausgreifender Weltpolitik gesehen, das nicht seines gleichen hatte. Um so befremdlicher ist das stumpfe Mißverständnis, mit dem diese Rundgebung sowohl im Ausland wie im Inland aufgenommen wurde; der wesentliche Kern wurde ganz übersehen, dagegen wandten sich die kurz-sichtigen Kritiken gegen die Person des Kaisers, gegen sein „persönliches Regiment“. Es stellte sich aber sofort heraus, daß der Kaiser den Entwurf des Artikels selbst an den Reichskanzler gelangen ließ. Dieser gebrauchte die wenig erhebende Ausrede, er habe den Artikel (gegen seine Pflicht) nicht selbst gelesen, aber ihn dem Auswärtigen Amt überwiesen, um ihn prüfen zu lassen. Hätte er ihn gelesen, so hätte er dessen Veröffentlichung widerraten. Er habe dem Kaiser sein Abschiedsgesuch unterbreitet, das aber nicht angenommen wurde. So die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 31. Oktober. Natürlich wollte der Kaiser durch die



Entlassung eines so wenig seiner Sache gewachsenen Kanzlers die Sache nicht noch ärger machen. Er war vielmehr so großmütig, beim Kanzler vorzusprechen und sich mit ihm zwei Stunden lang zu unterreden.

Die meisten deutschen Blätter meinten, England würde auf die unwürdigen Bemühungen um seine Gunst mit Hohn antworten, Frankreich und Rußland würden die Mitteilungen über ihren Interventionsplan als Indiskretion empfinden; Japan würde aufs neue mißtrauisch werden; die Ausarbeitung des Feldzugsplans sei beleidigend für England; es wurde auf die Kluft zwischen den Anschauungen des Kaisers und der Volkstimmung hingewiesen. Man sprach aber auch von einem Kanzlerwechsel, man nannte als Nachfolger General v. Mackensen, General v. d. Golz, Botschafter Freiherr v. Marschall, Statthalter Graf v. Wedel. In England spottete man oder glaubte nicht an die Aufrichtigkeit des Kaisers. In Frankreich betrachtete man die kaiserliche Politik als phantastische Romantik. In Rußland mahnte man, auf der Hut vor Deutschland zu sein. In Japan erregte man sich über die Vorbereitungen Deutschlands gegen Japans Fortschritte und Chinas Erwachen. In Nordamerika kündigte das „Century Magazine“ ein neues Kaiserinterview an, das William Hale auf der „Hohenzollern“ an der norwegischen Küste hatte; darin war von Religion, Krieg, Mission des Reichthums, Prinzipien der Architektur, Wesen der römisch-katholischen Kirche die Rede. Hale bezeichnete den Kaiser als einen entzückenden, hochsympathischen Mann, einen wahrhaft christlichen Monarchen, der mit seiner Kraft zurückhalte, obwohl er sich ihrer bewußt sei. Hale zog aber den Artikel zurück aus Gründen, die er nicht näher andeuten wollte. Das ist sehr schade. Noch schädlicher aber war es, daß der Artikel des Kaisers im Reichstag eine das monarchische Ansehen tief schädigende Erörterung zu befahren hatte. Es ist menschlich verständlich, daß sich der Kaiser, empört über dieses völlige Mißverständnis seiner Absichten, während dieser Tage zum Fürsten von Fürstenberg in Donaueschingen auf die Jagd zurückzog (7. bis 16. Nov.).

Den Reigen der Kritiker im Reichstag 10. November führte der national-liberale Wassermann an; er meinte: „England hat die Werbung zurückgewiesen; es bleibt dabei, daß die deutsche Flottenrüstung sich gegen England kehrt. Frankreich und Rußland beschwerten sich über die Bloßstellung wegen der Intervention im Burenkrieg; dadurch werden diese Länder nur noch mehr an England geknüpft. China, Japan, Amerika horchen auf, da sie hören, daß unsere Flotte für den Stillen Ozean bestimmt ist. Buren und Niederländer sind entrüstet über die Neutralitätsverletzung im Burenkrieg. Das Inland protestiert gegen das Eingreifen des Kaisers in die offizielle Politik des Reiches. Die Bundesstaaten sehen ihre eigenen Interessen geschädigt. Ich erinnere an die Vorgänge mit Lord Tweedmouth... Die Herzen der monarchistischen Kreise sind von tiefer Trauer erfüllt. Das monarchische Gefühl soll nicht Not leiden in Zeiten, da wir eine starke republikanische Partei zu verzeichnen haben... Die kaiserlichen Äußerungen über die feindliche Stimmung des deutschen Volkes gegen England beruhen auf unrichtiger Information und Orientierung... Wenn darin nicht Wandel geschaffen wird, werden wir ein zweites Olmütz erleben.“ — Dann kam einer von der Freisinnigen Vereinigung, dann der Sozialist Singer, dessen Stellungnahme ja nicht aufpassen konnte; aber dann gar der Konservative v. Heydebrand und der Lasa

und Fürst Hatzfeld von der Reichspartei. Das Schlimmste aber war die lahme Verteidigung des Kaisers gegen diese Kritiker durch Fürst Bülow. Bülow. Statt durch eine verständnisvolle, begeisternde Rede die Nation für die hohen Gedanken des Kaisers zu gewinnen und zu den ihrer würdigen weltpolitischen Zielen zu einigen, entschuldigte er den Kaiser, der ihn an Genialität turmhoch überragte, wie man einen Schulknaben entschuldigt, der einmal gefehlt hat, obwohl er sonst recht brav ist. Es widersteht mir, seine lange peinliche Rede zu analysieren. Verständlich und verzeihlich ist, wie gesagt, nur die Haltung der Sozialdemokraten; denn das war ja ihr Geschäft, das hier betrieben wurde. Mit Recht sagte Heine: „Die Verantwortung an den Zuständen trägt nicht allein der jetzige Reichskanzler. Der eigentliche Vater des persönlichen Regiments ist Bismarck durch den Erlaß des Kaisers Wilhelm I. vom 4. Januar 1882, worin das Recht des Königs, die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, stabilisiert wurde, und worin es heißt, daß auch die vom Minister gegengezeichneten Regierungsakte des Königs eigenen Willen bezeichnen. Der Erlaß sollte über des Königs verfassungsmäßiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik keinen Zweifel lassen. Bismarck selbst, der zu rein persönlichen Zwecken sich als Handlanger maschierte, erfuhr die Nemesis, in diese Grube zu stürzen, die er andern gegraben hatte. Dem damals zweiundzwanzigjährigen jetzigen Kaiser hat Bismarck diese Aspirationen des persönlichen Regiments mit diesem Erlaß eingeflößt.

Bülow nötigte endlich gar dem Kaiser eine Erklärung ab, die er am 17. November in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in folgender Fassung veröffentlichen ließ: „Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik, erblicke er (der Kaiser) seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Demgemäß billigte Seine Majestät der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten von Bülow seines fortdauernden Vertrauens.“

Die Liberalen und Sozialisten fanden diese Erklärung des Kaisers noch nicht genügend; die Konservativen erkannten aber zu spät, daß Bülow es war, der den Kaiser nicht genügend gedeckt hatte. In Wahrheit hatte ja der Kaiser völlig konstitutionell gehandelt; nur Bülow hatte seine Pflicht nicht getan. Die sozialdemokratische Presse sah in diesen Verhandlungen eine Vorbereitung für den Sturz der Monarchie.

Im englischen Unterhaus fragte W. Redmond den Kriegsminister, ob ein Feldzugsplan zur Beendigung des Burenkrieges vom deutschen Kaiser eingegangen sei. Der Minister erwiderte, ein derartiges Schriftstück sei weder im Archiv des Kriegsministeriums noch an einer andern damit zusammenhängenden Stelle. Das war ja auch aus dem Text jenes Artikels ersichtlich: der Kaiser hatte lediglich seiner Großmutter seine tröstenden Gedanken mitgeteilt und der Brief befand sich im königlichen Familienarchiv.

Während des ganzen Jahres dauerte die Spannung wegen Marokkos an. Man beklagte sich über die französischen Behörden, die zu Casablanca

die Leichter mit Beschlag belegten und so den Handelsverkehr der andern Nationen störten. Am 14. Mai kam es in Casablanca zu einem Zusammenstoß zwischen französischen Zuaven und spanischem Militär. Der Bürgerkrieg zwischen Abdul Asis und Mulay Hafid ging fort bis zum Siege des letzteren. Er wurde am 13. Juni zum Sultan ausgerufen und zeigte den Mächten seinen Regierungsantritt an. Seine Herrschaft befestigte sich und breitete sich in den folgenden Monaten aus. Ein neuer deutsch-französischer Zwischenfall in Casablanca 28. September verschärfte die Gegensätze. Bei der Einschiffung von drei deutschen Deserteuren der Fremdenlegion wurden der deutsche Konsulatssekretär und der Konsulatssoldat von französischen Marinesoldaten angegriffen und bedroht, die Deserteure in französische Haft genommen. Es kam aber am 10. November zu einem Übereinkommen, das in Berlin unterzeichnet wurde; danach „bedauern die deutsche und die französische Regierung die Ereignisse, die sich in Casablanca am 25. September zugetragen und untergeordnete Organe zur Anwendung von Gewalt und zu ärgerlichen Tätlichkeiten geführt haben. Sie beschließen, die Gesamtheit der hiebei entstandenen Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten . . .“ Dieser Schiedsvertrag wurde am 24. November noch genauer artikuliert.

Gegen Ende des Jahres gaben die Staatsmänner der verschiedenen Mächte Übersichten über die weltpolitische Lage. Premierminister Asquith sagte beim Lordmayorsbankett am 9. November: „England hat bange Tage durchgemacht. Der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs ist eine Depression gefolgt, die von der Panik in den Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm . . . Wir beanspruchen als älteste konstitutionelle Regierung der Welt (?) das Privilegium, die Geburt freier Institutionen in der Türkei willkommen zu heißen . . . die britische Regierung widersteht sich nicht direkten Verhandlungen zwischen der Türkei, Österreich und Bulgarien. Aber das Übereinkommen muß von den andern Mächten gegengezeichnet werden . . . Ein glückliches Ergebnis des Abkommens mit Rußland ist, daß wir die persische Krisis frei besprechen können . . . Wir wünschen nicht Europa in verschiedene Gruppen geteilt zu sehen. Wir befinden uns in Sympathie mit Frankreich, sind aber gleich offen mit Deutschland, Italien und Österreich gewesen . . . Man sollte nicht von Isolierung oder von feindlichen Gruppierungen unter den Mächten sprechen, welche die vereinten Verwalter der Zivilisation und die obersten Schützer des Weltfriedens sind. Wir haben weder Animositäten noch selbstsüchtige Interessen. Wir würden nicht widerstreben, eine Hand zu ergreifen, die uns in guter Absicht und in Treue entgegenstreckt würde. Unsere Flotte ist jeder Verantwortlichkeit gewachsen. Jede Macht weiß, daß wir unsere Überlegenheit zur See nur deshalb aufrecht zu erhalten wünschen, um unsern Handel und unsere Industrie zu schützen. Regierungen und Majoritäten wechseln, aber eines muß bleiben: unsere unbestreitbare Vorherrschaft zur See.“ Bei der Besprechung der Lage in Indien sagte Staatssekretär Morley am 17. Dezember, die Erhaltung der britischen Autorität in Indien würde leichter sein, wenn England die Unterstützung der Indier selbst hätte.



In der französischen Kammer stellte Gervais Mitte November Gervais. die deutsche und französische Heeresstärke einander gegenüber und fügte bei: „Unser Land ist, wie jeder weiß, hinsichtlich der Geburtsziffer in der denkbar schlimmsten Lage. Die Zahl der männlichen Geburten, die vor 30 Jahren 480.000 betrug, ist 1907 auf 395.000 herabgesunken . . . In den Ziffern spricht sich der Bankrott der auf die zweijährige Dienstzeit gesetzten Hoffnungen aus; die Verringerung der Kontingente nimmt von Jahr zu Jahr zu.“ — Am 26. November sagte Deschanel in der Kammer: „Wir haben ein Interesse daran, die territoriale Unversehrtheit und Unabhängigkeit der Türkei zu gewährleisten, deren Wohlergehen vom Regiment der Jungtürken abhängt, welches wir begünstigen. Ich freue mich, daß wir mit Österreich gute Beziehungen unterhalten, denn diese Macht wirkt mäßigend auf den Dreibund ein.“ — Der Sozialist Pressensé meinte: „Ich glaube nicht, daß sich das Schicksal stets verhängnisvoll zwischen Deutschland und Frankreich stellen wird. Die französischen Regierungen haben den Revanchekrieg niemals gewollt. Ich habe von einem Minister des Außern erfahren, daß die französisch-russische Entente auf der endgültigen Anerkennung des territorialen Status quo in Europa gegründet sei und auf der Anerkennung des Frankfurter Friedens. Ich gebe die Versicherung, daß das Proletariat durchaus antimilitaristisch ist . . . Das Proletariat, das die Republik mehrmals gerettet hat, verlangt von Frankreich, daß es sich zu Deutschland so stellt, wie es sich zu England gestellt hat, um ein neues Metz, ein neues Sedan zu vermeiden.“ — Jaurès beklagte die widerspruchsvolle Politik Frankreichs in Marokko.

In der italienischen Kammer sprach Barzilai am 1. Dezember Barzilai. gegen die Annexion Bosniens, die von der italienischen Regierung verteidigt wurde. Er sagte, Robilant, der frühere Minister des Außern, habe in den Dreibundvertrag eine Klausel aufnehmen wollen, die die Verpflichtung Österreichs enthielt, Italien für jede Gebietserweiterung zu entschädigen; brieflich sei auf das Trentino hingewiesen worden als Entschädigung für die endgültige Annexion Bosniens und der Herzegowina. — Galli sagte, man solle nach Ablauf des Dreibundes für bessere Bedingungen sorgen, oder sich der Entente annähern. — De Marinis aber stellte fest, Österreich habe seit 1878 Bosnien juridisch und politisch als Teil des Reiches betrachtet und niemals sich auf eventuelle territoriale Entschädigungen eingelassen. Dabei müsse man sich bescheiden. — Der Republikaner Mirabelli bedauerte es, daß man die Bestimmungen des Dreibundvertrags nicht genauer kenne. Der Minister des Außern Tittoni erklärte, alle Nationen müßten gewisse diplomatische Übereinkommen geheim halten; davon könne sich auch Italien nicht lossagen ohne Zustimmung der mitbeteiligten Parteien. Er wollte nur verraten, daß vor der Annexion Bosniens die Interessen Italiens in Makedonien und Albanien garantiert wurden, aber nur mit Hinblick auf eventuelle neue Okkupationen, nicht auf Bosnien. Italien habe nicht eine Lage ändern

können, die seit dreißig Jahren mit Zustimmung der ganzen Welt in Bosnien geschaffen worden war. Die Balkannationen haben falsche Wege eingeschlagen. Statt einig zu sein, haben sie brudermörderische Kämpfe gegeneinander ausgefochten. Die friedliche Revolution in der Türkei hat dagegen gezeigt, einen wie reinigenden Einfluß die Freiheit ausübt. Italien hat mehr als andere ein Interesse, die Türkei zu unterstützen. — Ministerpräsident Giolitti beschloß eine dieser Debatten am 4. Dezember mit einer Verteidigung des Dreibunds; er hat eine lange Friedensperiode gesichert und dem Land zu einem beispiellos raschen Aufschwung verholfen. „Ein Land von vierunddreißig Millionen Einwohnern, die eine Sprache sprechen und eine glorreiche Geschichte von zweitausend Jahren hinter sich haben, kann und darf nicht an seiner großen Zukunft verzweifeln.“

Bülow. Fürst Bülow sprach sich am 8. Dezember im Reichstag sympathisch über den unblutigen Umschwung in der Türkei aus: „Die Bewegung hatte Würde und hat der ganzen zivilisierten Welt Achtung eingeflößt. Ihre Führer waren meist Offiziere, die in Deutschland ihre Ausbildung erhielten. Man hat gesagt, wir wären Gegner dieser Bewegung, weil wir gut mit dem alten Regiment standen. Wir mußten uns selbstverständlich an die bestehende Ordnung halten, haben aber immer Reformen befürwortet. Wenn auch die Türkei durch die Annexion Bosniens nichts verloren, durch die Räumung des Sandschaks sogar gewonnen hat, wenn ferner die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens keinen wirklichen Gebietsverlust bedeutet, so haben diese Ereignisse doch eine Unruhe hervorgerufen. Wir sind von der Absicht der österreichischen Regierung, die Okkupation in eine Annexion zu verwandeln, ungefähr gleichzeitig mit Italien und Rußland unterrichtet worden. Ich denke nicht daran, das dem Wiener Kabinett übel zu nehmen. Offen gestanden: ich bin ihm sogar dankbar dafür. Die österreichische Monarchie kann und muß selbständig beurteilen, welche Fragen für sie Lebensfragen sind. Wir haben keinen Augenblick gezögert, diese Interessen zu unterstützen. Ich habe auch dem russischen Minister Iswolski keinen Zweifel gelassen, daß wir uns in der Konferenzfrage nicht von Österreich trennen können. Der Minister hat mir aufs neue versichert, daß keine russisch-englischen Abmachungen bestünden, die sich gegen deutsche Interessen richten könnten . . . Deutschland und England führen in der Türkei keinen Konkurrenzkampf.“

Rußland. In Rußland wurde am 1. Dezember offiziös manches aus den geheimen Abkommen mit Österreich von 1876 und 1877 mitgeteilt mit Bezug auf die Geschichte Alexander II. von Tatischem. Rußland habe 1876 in Reichstadt und dann Anfang 1877 sich Österreichs Neutralität im voraussichtlichen Kampf mit der Türkei gesichert; es erfolgte ein geheimes Kriegeabkommen mit Österreich von 15. Januar 1877 und eine politische Konvention vom 18. März. Die von Rußland 1877 angenommene „Annexion“ wurde im Berliner Traktat in eine bloße „Okkupation“ umgeändert (weil Andrassy die Stimmung in Österreich-Ungarn für eine Annexion nicht günstig fand). Aber Andrassy schloß in Berlin am 13. Juli mit Gortschakow eine Geheimdeklaration ab in diesem Sinne. Dessenungeachtet bestche die russische Regierung mit allen Unterzeichnern des

Berliner Vertrags auf dessen Wortlaut; dieser könne nur durch ein neues allgemein europäisches Abkommen geändert werden. — Diese Verlautbarung wurde noch am 24. Dezember durch eine Zirkulardepesche Rußlands an die Signatarmächte ergänzt. Es wurde wieder eine Konferenz gefordert, entsprechend dem Grundsatz von 1871 in Betreff der Schwarzenmeerfrage. — Iswolski erklärte am 25. Dezember vor der Duma, daß Rußland wegen der Geheimabkommen allerdings nicht einen Protest erklären konnte mit der Absicht, ihn mit den Waffen zu unterstützen, es konnte nur auf den internationalen Berliner Vertrag hinweisen. Damit habe Rußland durchaus nicht eine unfreundliche Haltung gegen Österreich-Ungarn angenommen. Es hege auch Teilnahme für Bulgarien und wolle gerne vermitteln. Rußlands Ziel besteht darin, die Balkanstaaten zusammenzuschließen und mit der Türkei durch den gemeinsamen Gedanken nationalen und ökonomischen Schutzes zu einigen. Rußland verfolgt keinerlei habgütliche Zwecke und strebt nur eine gesetzmäßige und friedliche Lösung all dieser Fragen an, wie es der nationalen Würde Rußlands entspricht.

Der Sultan eröffnete das ottomanische Parlament am Türkei. 17. Dezember, er entschuldigte in der Thronrede die Suspendierung der Verfassung vor dreißig Jahren. „Infolge der Förderung des öffentlichen Unterrichts ist seitdem die Bevölkerung für die Konstitution reif geworden. So wird es auch gelingen die bosnische und bulgarische Angelegenheit zu regeln.“ — Das Parlament umfaßte 250 Abgeordnete, darunter 40 Christen, etwa 100 unionistische Jungtürken, 50 osmanisch-liberale Autonomisten und kleinere Parteien.

Österreich-Ungarn hatte (nach einer offiziösen Rundgebung vom 12. Dezember) die durch den türkischen Boykott unterbrochenen direkten Verhandlungen mit der Türkei wieder aufgenommen, nachdem die türkische Regierung versprochen hatte, dem Boykott nach Kräften zu steuern. — Am 15. Dezember erklärte der Sozialist Adler im zisleithanischen Abgeordnetenhaus, die Sozialdemokraten würden für die parlamentarische Erledigung des Budgetprovisoriums eintreten, „denn es wäre ein Verbrechen an den Interessen der Völker Österreichs, in diesem Augenblick der Regierung nicht freie Hand in der Handelspolitik auf dem Balkan zu lassen. Die Sozialisten sind in allen europäischen Parlamenten für die Erhaltung des Friedens eingetreten; die Völker Österreichs sind nicht gesonnen, wegen der Annexion Bosniens Blut zu vergießen. Aber ein starkes Österreich wird den Gelüsten verschiedener Diplomaten weniger ausgesetzt sein. Zur Stärke in der Politik gehört aber außer den Bajonetten und Kanonen auch die Ordnung im Innern.“ — Dadurch wurde die Obstruktion der Tschechen überwunden. — Offiziös erklärte die Regierung ihre Bereitwilligkeit zu einer Konferenz; nur müßte man sich schon vorher hinsichtlich des Programms einig sein; sonst könnte die Konferenz statt ein Friedensinstrument ein Schauplatz der Widersprüche werden. Europa darf von der Konferenz keine gefährlichen Überraschungen erwarten. Die

Öster-  
reich.



Konferenz soll nicht ein Anlaß zur Beunruhigung Europas werden, sondern eine erfreuliche und festliche Versammlung der Mächte darstellen, die zusammenkommen, um die Übereinstimmung ihrer Auffassungen vor aller Welt kundzutun und zu bestätigen, daß sie die Dinge so geordnet haben, daß dem Frieden keine Gefahr mehr droht (15. Dez.). — Prinz Liechtenstein sagte im Abgeordnetenhaus am 16. Dezember: „Keine politisch reife Partei wird gegen die Annexion Einwendungen erheben. Aber das Haus muß sich gegen die Auffassung wenden, welche in Ungarn einen abweichenden Gesetzestext zustande brachte. Die Lösung liegt in der Einigung und freien Selbstregierung des serbo-kroatischen Volkes unter dem Szepter des Kaiserhauses.“ Im Namen der Südslaven beanspruchte Susterjic die Verbindung der südslawischen Länder zu einem eigenen staatsrechtlichen Körper unter dem Szepter des Kaisers, mit allen nationalen Rechten. Malik mißbilligte im Namen der Alldeutschen die Annexion und Lehrentals Abenteuerpolitik.

Groß-  
serbien.

Der neue Ministerpräsident Bienenrth legte am 17. Dezember dar, daß durch die türkische Verfassungsbewegung Österreich genötigt war, die staatsrechtliche Stellung von Bosnien und der Herzegowina aus dem dreißigjährigen Provisorium zu einem Definitivum herauszuführen. Wesentlich war es auch, daß der Regierung bekannt war, Serbien und Montenegro hegten die phantastische Hoffnung, die beiden okkupierten Provinzen für sich zu erwerben. Angesichts der großserbischen Agitation mußte der entscheidende Schritt getan werden, um dieser Agitation den Boden zu entziehen. Auch Bienenrth erklärte, daß Österreich mindestens ein ebenso großes Recht auf diese Länder wie Ungarn habe. Das werde auch von keiner Seite bestritten. „Moralisch gründen sich diese Ansprüche auf die beiderseitigen Opfer an Gut und Blut und auf die gemeinsame Kulturarbeit. Rechtlich stützt sich Österreichs Anspruch zunächst auf den Berliner Vertrag sowie auf die Bestimmungen des ungarischen Gesetzes von 1880, wonach die Rechtsstellung der okkupierten Länder nur mit Zustimmung der österreichischen Gesetzgebung geändert werden kann. Damit ist jeder Zweifel an der Parität des österreichischen Rechtstitels ausgeschlossen.“ Und ferner: „Die Regierung hat keinen Grund, die europäische Lage als besorgniserregend zu betrachten. Die bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind nicht derart, daß sie nicht auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen ausgeglichen werden können. Von einer Kriegsgefahr auf dem Balkan kann nur insofern gesprochen werden, als von Serbien und Montenegro gewisse auf den Krieg gerichtete Maßnahmen getroffen worden sind, die uns indessen bisher nicht veranlaßt haben, unsere ruhige und abwartende Haltung zu ändern.“ — Über die Verhandlungen in der Balkanfrage wurde noch am 29. Dezember offiziös mitgeteilt, daß Iswolski dem Standpunkt Österreichs zugestimmt habe, wonach dem Zusammentritt einer Konferenz Verhandlungen zwischen den Mächten voranzugehen hätten, um die allgemeine Übereinstimmung zu präzisieren. Die vorherige Ver-

ständigkeit hätte sich auf den Inhalt des Programms der Konferenz zu beziehen, der Konferenz müsse jedoch das Recht gewahrt werden, die verschiedenen Fragen in voller Freiheit zu diskutieren. Österreich ist überzeugt, daß Rußland die Tatsache der Annexion nicht in Frage stellen wird, da diese Eventualität der Annexion in mehreren früheren, zwischen beiden Reichen getroffenen Abmachungen vorgesehen war.

Der Geheime Rat Dr. Georgi in Leipzig, Oberbürgermeister a. D., beantwortete in der „Allgemeinen Zeitung“ 5. Dezember die Frage „Hat Österreich-Ungarn bis jetzt den Berliner Vertrag gebrochen?“ mit Nein.

Schließlich ist noch in dieser allgemeinen Übersicht die bulgarische Note vom 23. Dezember zu erwähnen, in der es hieß: „Die Proklamierung Bulgariens zum Königreich erfolgte aus eigenem Antrieb und war eine Notwendigkeit für den Staat, ohne aggressive Absichten gegen die Türkei. Um die Festigung der neuen Ordnung in der Türkei nicht zu beeinträchtigen, ist Bulgarien nicht zur Mobilisierung geschritten, während die Türkei Truppen an die Grenze geschickt hat. Auf die Ratschläge der Mächte hörend, hat Bulgarien mit der Türkei Verhandlungen angeknüpft und sich bereit erklärt, für die Verletzung wirklicher Interessen Entschädigung zu leisten . . .“

Bul-  
garien.

\*

\*

\*

Bevor wir von der allgemeinen Übersicht über die internationalen Verhältnisse des Jahres übergehen zur Betrachtung des Lebens in den einzelnen Staaten, müssen wir nochmals auf die Angelegenheit des englischen Kaiserartikels zurückkommen, weil sie auch für die innere Politik des Deutschen Reiches von großer Bedeutung ist. Der Berliner Regierungsrat Rudolf Martin hat darüber (1909) ein Buch geschrieben („Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II.“) und das Vorgehen Bülows geradezu als die „Novemberrevolution“ bezeichnet. Er sei als vierter Reichskanzler schuld an der Zerrüttung der Reichsfinanzen, an der Schmälerung des Nationalvermögens durch Gewährung großer Anleihen an den russischen Staat, am Aufstand in Südwestafrika, am langsamen Fortschreiten der Kriegsmarine und besonders an der Isolierung Deutschlands durch die Einkreisungspolitik König Edwards (S. 9). Dagegen hatte es der Kaiser mit seiner zielbewußten, ruhigen, stetigen, von allen Staatsstreichgedanken weit entfernten Haltung nach zwanzigjähriger Bewährung wahrlich nicht notwendig, die Stetigkeit seiner Politik unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit öffentlich und amtlich zu versichern. „Nicht nur das monarchische Gefühl, nein, das Gefühl der Gerechtigkeit und der historischen Billigkeit muß sich empören gegen die Frivolität, von einem Kaiser mit dieser Vergangenheit eine Garantieerklärung zu verlangen,“ wie Bülow das am 17. November tat (169). Daß der Kaiser damals den Kanzler nicht sofort entlassen hat, läßt sich nur daraus erklären, daß Bülow ihm durch die offiziöse Presse mit der Revolution drohte. Schon das Telegramm an Krüger 1896 hat der Kaiser nur auf verfassungsmäßigen Rat abgeschickt, weil man ihm sagte, er dürfe sich nicht mit der Stimmung des deutschen Volks in Gegensatz stellen (194, 225). Das Telegramm hätte

Die  
Bülow-  
Revolu-  
tion.

keinen Schaden gebracht, wenn Bülow nicht Chamberlains Vorschläge einer Entente 1899 und 1901 mit dem Angebot marokkanischer Häfen abgelehnt hätte. Aber die veraltete Politik Bülows legte mehr Wert auf Rußland als auf England (197), und nun suchte er die immer deutlicher werdenden Fehler seiner Politik dadurch zu verdecken, daß er sie dem Kaiser auslud (214). Schon der Hardenprozeß gehört zur Einleitung der Novemberrevolution. Der Artikel im „Daily Telegraph“ entstand so, daß der Kaiser, der vom 18. November bis 9. Dezember 1907 auf Schloß Highcliffe an der englischen Südküste weilte, mit dem Besitzer und Vermieter des Schlosses Oberst Stuart Wortley und andern Herren sich über die Beziehungen beider Länder unterhielt. Die ihm zukommenden kaiserlichen Äußerungen trug dann der englische Schriftsteller Harold Spender in guter Absicht zusammen (216 f.). Diese Gedanken waren dem Fürsten Bülow durch Briefe des Kaisers so wohl bekannt, daß er sie in einem Artikel der „Deutschen Revue“ im September andeuten ließ (220). Bülow mußte also sehr wohl wissen, was im Artikel Spenders enthalten war, darum hielt er es für überflüssig, ihn selbst zu lesen (229). Was den Kriegsplan betraf, so handelte es sich nur um die wiederholt in England ausgesprochene Ansicht des Kaisers, daß die Engländer nicht mit 40.000 Mann, sondern nur mit mindestens 200.000 der Buren Herr werden könnten. Diese Offenheit war um so weniger zu verwundern, als Deutschland damals in Verhandlungen mit England über eine Verständigung betreffend Marokko war, die zu einer vollständigen Entente führen sollten. England stand damals der deutschen Politik fast ebenso nahe, wie Österreich und Italien (235). Bülow hielt die Veröffentlichung des Artikels für so wenig gefährlich, daß er ihn auch in die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aufnehmen ließ; erst als er die ungünstigen Folgen der Veröffentlichung merkte, verließ ihn so sehr sein Mut und seine Einsicht, daß er, statt seinem Kaiser durch eine Darstellung des schlichten Sachverhalts zu Hilfe zu kommen, diesen Sachverhalt völlig verdunkelte, die öffentliche Meinung im Reich und im Reichstag irreführte, dem Kaiser die Möglichkeit einer Revolution vorspiegelte und ihn so nach Donaueschingen zu gehen bewog (263). „Nur wenn man ‚Das revolutionäre Frankreich‘ von H. Taine studiert, findet man eine ähnliche Fälschung der öffentlichen Meinung in einem ganzen Bande. In solchen Zeiten glaubt die Masse alles, was ihr vorgelegen wird, auch wenn es sich widerspricht, wenn es wissenschaftlich unmöglich ist. Es ist alles wie hypnotisiert“ (265). So durfte der hochoffizielle Hamburger Korrespondent am 16. November schreiben: „Sollte, was Gott verhüten möge, der Kaiser den Fürsten Bülow anders als wie einen in der schwersten Krise bewährten Ratgeber und Freund empfangen, dann würde zwischen Volk und Kaiser offener Konflikt eintreten . . . Kein Monarch kann einer solchen Bewegung Widerstand leisten . . .“ (269). So allein kann man Kaiser Wilhelms Nachgeben erklären. Er „stand der ungeheuerlichsten Fälschung eines Tatbestandes und einer ganz neuartigen revolutionären Bewegung, der Revolution der Presse, der Bülowrevolution gegenüber“ (271). „Die Einholung des Geistes der Reichsverfassung, sie war ein widerrechtlicher, ein revolutionärer Akt“ (272). Man ging so weit, dem Kaiser vorzuhalten, „daß sich von der einheitlichen Stimmung der Nation nicht einmal das Offizierscorps ferngehalten hat“. So hat man den Kaiser „informiert über die



Stimmung, die uns an den Rand des Abgrunds geführt hat". Und weiter hieß es in der Bülow-Presse: „Die ganze Nation hat ein Interesse daran, die Gefahr des Konfliktes nicht wiederkehren zu sehen. Denn das nächste Mal würde er nicht wieder so verlaufen, daß die Grundpfeiler des monarchischen Empfindens unerschüttert blieben" (274). In der Tat aber hat nur Bülow das monarchische Gefühl in unverantwortlicher Weise verletzt. „Die ganze Größe des Schadens, den dieser Mann dem Deutschen Reiche und der deutschen Nation zugefügt hat, lastet zu unmittelbar auf uns" (277). Die Person Wallensteins liegt klarer und ist leichter verständlich als die Person dieses preußischen Staatsmannes, der aus dem Rahmen des konstitutionellen Verfassungslebens hinausgetreten ist . . . nach Art eines Hausmeiers.“ „Die jährliche Aufnahme von durchschnittlich einer Viertelmilliarde Mark neuer Reichsschulden seit 1900 ist ein Beleg seiner Sorglosigkeit" (282). „Nachdem sich Bülow 1899 eine Entente, 1901 sogar ein förmliches Bündnis mit England hatte entgehen lassen, reißt er an diese beiden größten Fehler der deutschen Geschichte, durch die wir Marokko eingebüßt haben, einen dritten an" (283). Ebenso hat er den ihm von Rouvier im Juni 1905 angebotenen deutsch-französischen Spezialvertrag abgewiesen, der eine Entente cordiale bedeutete (284). Jede der Reichstagsreden vom 10. und 11. November beweist, daß die Redner von allen diesen Tatsachen einfach keine Ahnung hatten (286). Soweit Martin. Tragen wir nun die andern Ereignisse im Innern nach.

Am 10. Januar erklärte Bülow im preußischen Abgeordnetenhaus, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde. Durch Straßendemonstrationen werde er sich nicht von seinem Weg abdrängen lassen. — In der polnischen Enteignungsfrage wurde ein Kompromiß geschlossen. — Der Skandalprozeß gegen Graf W. v. Hohenau und Graf Lynar in der Harden-sache endigte am 23. Januar.

Gegen die Ostmarkenvorlage sprach sich am 30. Januar auch der ehemalige Landrat Graf Tiele-Winckler aus: sie sei verfehlt, ein wirkungsloser Schlag ins Wasser. Ähnlich Oberbürgermeister Bender (Breslau): „Wenn man schon zu den schärfsten Maßregeln greift, so hebe man lieber die polnischen Schulen auf, damit die Kinder nichts mehr lernen. Die Zunahme des polnischen Grundbesizes liegt daran, daß für den Deutschen das Leben dort ungemütlich ist. Die ausgekauften Polen bleiben im Land. Das Gesetz stärkt sie nur.“

Am 13. Februar fanden zu Berlin dreißig sozialdemokratische Demonstrationsversammlungen statt, die das Vereins- und Versammlungsgesetz als reaktionär verwarfen. — Schmoller sprach am 27. Februar im Herrenhaus für das Enteignungsgesetz, denn „jede große Reform macht den Eingriff in Privatrechte nötig, und Reformen sind nötig, wo man Revolutionen vermeiden will“. Das Gesetz wurde denn auch angenommen.

Im März demonstrierten wieder die Sozialdemokraten für die preußische Wahlrechtsreform. — Als Gröber die im Reichstag von der Gröber. Tribüne herab immer dazwischenrufenden „Schornalisten“ „Saubengels“ nannte, streiften diese einige Tage, bis der wackre Schwabe eine ent-

sprechende Erklärung abgab. — Gegen das allgemeine Wahlrecht sprach Bülow am 26. März im Reichstag: „Man sagt, erst kommt das Rote Meer des Radikalismus, dann gelangt man aber ins Gelobte Land, wo Milch und Honig fließt. Das Unglück ist nur: wer nicht Moses und Aaron zu Führern hat, der pflegt im Roten Meer zu erlaufen.“

Im Mai lehnte der Reichstag einen sozialdemokratischen Antrag ab, dem Norddeutschen Lloyd die Verpflichtung aufzuerlegen, daß farbige Mannschaften auf den vom Reich subventionierten Dampfern nicht verwendet werden dürften. Man wandte ein, daß die Farbigen besser die Tropenhitze vertragen. Für Kolonialbahnen wurden 150 Millionen bewilligt. In Mecklenburg entschloß man sich zur Verfassungsreform.

Karls-  
ruhe.

Beim Besuch in Karlsruhe, 12. Mai, sagte der Kaiser: „Als wir vor kurzem bei der erhebenden Betätigung monarchischen Gefühls und Prinzips vor der ehrfurchtgebietenden Gestalt Kaiser Franz Josefs standen, diesem hohen Herrn, der die Pflichterfüllung verkörpert, da trat auch vor meine Seele das Bild meines Oheims, Deines Vaters. Wir wollen uns als würdige Erben zeigen der großen Generation, aus der er noch zu uns hineinragte, wie eine Alpenspitze im Alpenglühen. Wir wollen alle Energie dafür einsetzen, daß uns der Respekt zuteil wird, der uns zugesprochen ist im Räte der Völker.“ — Bei der Einweihung der Hofkönigsburg bei Schlettstadt (13. Mai) sagte der Kaiser: „Als ich 1899 diese Ruine bewunderte, war es mir eine hohe Freude, daß die Stadt Schlettstadt mir dies Stückchen Elässer Land zum Eigentum darbrachte. Meinen Dank glaubte ich nicht besser betätigen zu können als durch den Entschluß, die alte Vogesenfeste wieder in einstiger Schönheit erstehen zu lassen. Sie bietet nun ein getreues Bild der Vergangenheit um 1500. Sie ist wieder Eigentum des Deutschen Kaisers geworden; des zum Zeichen soll neben dem Wappen Karls V. mein Wappen hier am Haupttor prangen.“ — In Wiesbaden enthüllte der Kaiser am 15. Mai ein Denkmal Wilhelms von Oranien, seines Ahnherrn, des großen Schweigers, Grafen von Nassau. — Beim Besuch des schwedischen Königspaares in Berlin, 31. Mai, wurde wenigstens Gustav Adolfs Erinnerung nicht heraufbeschworen.

Eulen-  
burg.

Der skandalöse Prozeß gegen Fürst Eulenburg wurde zu Berlin vom 29. Juni bis 16. Juli zur Schadenfreude des Auslands verhandelt. Der Fürst wurde wegen Meineids angeklagt, weil in einem Münchener Prozeß einige Zeugen beschworen hatten, er habe, entgegen seiner eidlichen Erklärung vom Jahre 1907, mit ihnen im unerlaubten Verkehr gestanden. Wegen schwerer Krankheit des Fürsten wurde der höchst überflüssige Prozeß abgebrochen. Die „Preussischen Jahrbücher“ urteilten über Maximilian Hardens Rolle bei dieser Sache, sein Feldzug habe eine grauenhafte moralische Verwüstung in der deutschen Volksseele angerichtet, indem der ganze Komplex der ekelhaftesten Vorstellungen wochenlang und immer von neuem an ihr

vorübergeführt, in sie hineingedrängt wurde. „Hunderttausende und Millionen, die von alledem bis dahin kaum etwas geahnt, sind durch die von Harden in die Öffentlichkeit gezerrten Schmutzgeschichten vergiftet worden.“

Auf dem Deutschen Städtetag zu München wurde die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend, das Fortbildungsschulwesen, die Kreditverhältnisse der Städte beraten (6. Juli).

Über das höhere Mädchenschulwesen, die Lyzeen und die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium erfolgten neue Bestimmungen für Preußen 15. August.

Zum Bürgermeister von Kolmar sprach der Kaiser am 11. September: „Eine Hauptfreude für mich ist das Studium der Geschichte und, darauf begründet, die Pflege der Tradition. Wir sind hier auf althistorischem Boden . . .“

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg <sup>Soziales.</sup> 14. bis 20. September wurde folgende Resolution angenommen: „Der Parteitag bestätigt die Resolutionen von Bremen und Dresden, die aussprechen, daß der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksklassen bildet, daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Überwindung der Gegner ist, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.“ Darüber und über Budgetbewilligung wurde drei Tage lang unter stürmischen Zwischenfällen und heftigen persönlichen Beleidigungen debattiert. Im Auftrag von 67 süddeutschen Delegierten erklärte Segitz, „daß die jeweilige Entscheidung über Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der Landtagsfraktionen vorbehalten bleiben muß“. — Der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Tübingen 4. Oktober erklärte, „daß eine gründliche Reform unseres durch langjährige Mißwirtschaft vollständig verwirrten Reichsfinanzwesens nicht länger verschoben werden kann, und daß die allmähliche Abtragung der übermäßig angewachsenen Reichsschulden und weitere Steuermittel in beträchtlichem Umfang erforderlich sind.“

An der Enthüllung der Bismarckbüste in der Regensburger Walhalla 18. Oktober nahmen Fürst Bülow und der elfjährige Enkel Bismarcks Fürst Otto teil. — Am 20. Oktober wurde zu Hamburg das Kolonialinstitut als Zentralstelle aller kolonialen Bestrebungen eröffnet.

Bei der Hochzeit seines Sohnes August Wilhelm mit Prinzessin Alexandra von Schleswig-Holstein, 22. Oktober, sagte der Kaiser: <sup>Kaiser Wilhelm.</sup> „Meine liebe Mlx, du kommst vom meerumflossenen Lande zu uns nicht als Unbekannte . . . Ihr werdet nun euren Hausstand begründen. Leben heißt arbeiten, arbeiten heißt schaffen, schaffen bedeutet wirken für andere, für das Vaterland, unser Volk, unser Haus. Wir sehen auf euch beide



als auf unsere Helfer in unserem Wirken. Du, mein Sohn, wirfst meiner Frau zur Seite stehen in den Werken der barmherzigen Liebe. Möge für euch das Bild maßgebend sein, welches für uns Menschen von oben gezeichnet ist: der Strom, der sich zwiefach teilt! Der eine Arm, der belastet wird, der die Schiffe dem Meere zuträgt, und der andere Arm, der Arbeit verrichtet, Werke treibt . . ."

Die Hundertjahrfeier der preußischen Städteordnung wurde am 24. November abgehalten.

Indem wir zu den religiösen Erscheinungen übergehen, können wir die gegen das Zentrum gerichtete „Deutsche Vereinigung“ vornehmer katholischer Politiker, die sich unter dem Vorsitz des Grafen zu Hoensbroech-Saag in Köln 15. Januar bildete, übergehen.

Die deutschen Bischöfe erließen Ende Januar einen Hirtenbrief gegen den Modernismus. Modernismus, darin es hieß: „Was uns tief zu Herzen geht, ist die Erfahrung, daß selbst einzelne Priester, angesteckt vom Geiste der Unzufriedenheit, Kritikersucht und Verachtung der Autorität, sich soweit vergessen, daß sie in Zeitungen, selbst in kirchenfeindlichen, kirchliche Institutionen und Vorgesetzte einer ebenso unzarten wie ungerechten Kritik unterziehen, die Fahne radikaler Opposition erheben und die Hilfe bei den Feinden der Kirche suchen, um ihre kirchlichen Vorgesetzten einzuschüchtern . . . Ihr fühlt mit uns, wie unehrenhaft ein solches Verhalten ist, wie es die Betroffenen brandmarkt, aber auch unsern ganzen Stand bloßstellt, in schwerer Zeit unsere Sache schädigt und unsere Einigkeit schwächt. Mögen die Verirrten das Wehe nicht vergessen, welches der Herr der Kirche über jene gerufen, durch welche Ärgernis kommt (Matth. 18, 7) . . . Wie notwendig es ist, daß der Klerus im Eifer ausharrt, zeigen manche Laienkreise, deren sich eine Beunruhigung bemächtigt hat, als sei durch die Enzyklika das wissenschaftliche Streben und die Selbständigkeit des Denkens und Forschens bedroht, und als sollte die Mitarbeit an den Kulturaufgaben der Menschen kirchlicherseits verboten oder unmöglich gemacht werden. Möchten sie doch alle erkennen, wie grundlos solche Befürchtungen sind! Die Kirche will nur einer Freiheit Schranken ziehen: der Freiheit, zu irren.“

Der Erzbischof von Bamberg verbot Anfang Februar dem liberalen Abgeordneten Pfarrer Grandinger, in der Schulfrage für die liberale Partei zu arbeiten. Die bayerischen Bischöfe verboten zu gleicher Zeit den Studenten der katholischen Theologie, die Vorlesungen des Professors Schnitzer. Schnitzer in München wegen dessen dogmatischen Anschauungen zu hören. Schnitzer stellte seine Vorlesungen ein und es kam darüber zu antiklerikalen Kundgebungen. Dieser Fall wurde am 15. Februar in der bayerischen Abgeordnetenversammlung besprochen. Der Kultusminister v. Wehner sagte: „Die Theologieprofessoren sind nicht bloß Diener des Staates, sondern auch Diener der Kirche. Die theologischen Fakultäten sind konfessionelle Anstalten. Der

Theologieprofessor ist an die dogmatische Grundlage gebunden. Ein Urteil darüber, ob er die richtigen Lehren vortrage, kann nicht der Staat, sondern nur die Kirche fällen.“

Anfang Mai veröffentlichten die bayerischen Bischöfe auch einen besonderen Hirtenbrief gegen den Modernismus, folgenden Inhalts: „Petrus ist die feste, unzerstörbare Grundlage der Kirche. Die Päpste sind dessen rechtmäßige Nachfolger im obersten Lehr-, Priester- und Hirtenamt. Papst Pius X. hat also in jüngster Zeit als oberster Lehrer der Kirche seines Amtes gewaltet gegenüber neu auftretenden, sehr bedenklichen wissenschaftlichen Theorien und verwegenen Behauptungen, die namentlich in Frankreich und Italien ihre eifrigsten Vertreter und Anhänger gefunden haben. Der Modernismus ist ein System, durch welches das gesamte Glaubensbewußtsein der Christenheit in Frage gestellt und statt seiner der Versuch mit einer den wandelbaren Zeitwünschen entgegenkommenden religiösen Entwicklung gemacht wird. Kant und Darwin sind die Väter des Modernismus. Die Kirche erweist sich als Gegnerin der falschen, der Scheinwissenschaft, der vermessenen Täuschung. Die alleinseligmachende Kirche hat von der Wissenschaft die Bürgschaft zu verlangen, daß die zu bestellenden Lehrorgane aufrichtig bemüht sind, stets die unverfälschte kirchliche Wahrheit zu verkünden. Die Kirche warnt vor der Lesung modernistischer oder vom Modernismus angestechter Schriften, vor Neuerungen wie Priesterversammlungen, die das richtige Verhältnis zu den Bischöfen untergraben können . . .“

Im bayerischen Reichsrat sagte Kultusminister Wehner am 22. Juni in Erwiderung auf eine Rede des Erzbischofs von München: „Der Staat kann der freien Forschung keine Zügel anlegen. Anders aber liegt es bei der Lehrfreiheit; hier darf der religiöse Glaube der Jugend nicht verletzt werden. Hypothesen sind nicht ausgeschlossen, sollen aber nicht als feststehende Tatsachen vorgetragen werden. Besonders die Kirche kann den Vortrag irriger Lehren nicht dulden, sie hat das Recht, festzustellen, ob eine Lehre irrig ist. Der Staat prüft dann in jedem Fall und zieht seine Konsequenzen.“ — Professor Georg Schanz (Würzburg) sagte dagegen: „Für die Lehrfreiheit kann nur das Strafgesetz als Schranke gelten. Ein Professor kann die Wissenschaft nicht anders lehren, als er sie in seinen Schriften vertritt, sonst leidet das Vertrauen der Studenten zum Lehrer.“ Minister Wehner erwiderte aber: „Ein Professor muß sich in seinen Vorträgen vor den jungen Leuten eine größere Reserve auferlegen als in seinen Schriften, er hat nicht die Freiheit, Lehren vorzutragen, die an die Grundwurzel des Staates die Art anlegen.“ Schanz meinte, jeder Lehrer habe da einen gewissen Takt; er käme ja auch mit seinem Gide in Konflikt, wenn er anarchistische oder antimonarchistische Lehren vorträge. — Der Kern der Sache ist ein ganz anderer. Der Hörer der Theologie will und soll vom Professor erfahren, was Dogma, was Lehre der Kirche ist, die subjektive Meinung des Professors ist ganz belanglos, ist nicht zur Wissenschaft gehörig, ist Dilettantismus.

Katho-  
litentag.

Beim fünfundfünfzigsten deutschen Katholikentag zu Düsseldorf 17. bis 20. August sagte der Vorsitzende Graf Praschma: „Wir sind gute Deutsche, aber nicht minder gute Katholiken. Wir sind gute Deutsche, weil wir gute Katholiken sind.“ Professor Mausbach sprach über die Bedeutung der Enzyklika gegen den Modernismus: „Der Modernismus ist vielfach aus dem Streben hervorgegangen, die Kirche dem Bewußtsein der Gebildeten näherzubringen. Nach dem Scheitern dieses Versuches muß dies Streben noch weiter die Katholiken beseelen. Das tüchtige Vorbild des katholischen Volkslebens in Deutschland muß nach oben weiterhin ausgebaut werden. Die gebildete Laienwelt möge sich dem Hirten der Kirche mit Pietät und Vertrauen anschließen und ihre Kraft in den Dienst des religiösen Ideals stellen. Meyers (Luxemburg) wies auf die idealen Mächte der Kunst und Literatur hin gegenüber den materiellen Strömungen in der Ära der Technik und Naturwissenschaft. Christliche Weltanschauung, katholische Kirche gewähren den höheren Standpunkt, abgeklärte Ruhe und Sicherheit. Auch dem Außenstehenden muß die Kirche als mächtigste und erprobteste Trägerin von Kunst und Literatur erscheinen. Eine Resolution rief die Katholiken zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittheit, der Ausstellung und des Vertriebs unsittlicher Bilder und Druckschriften, der skandalösen Bühnenaufführungen und Kinodarstellungen auf. Sie empfahl die Verbreitung der Monatschrift „Volkswart“ des Verbandes der Männervereine zur Bekämpfung der Unsittheit. — Oberlandesgerichtsrat Marx berichtete über die unsichere Lage der Ordensniederlassungen in Preußen, die Erschwerungen des Gottesdienstes in Mecklenburg und Braunschweig. Die Katholiken sind noch immer von hohen Verwaltungsposten ausgeschlossen. Hier und in Schulfragen auf den Rechten der Katholiken zu bestehen, darf nicht als eine Verquickung von Religion und Politik bezeichnet werden. Pfarrer Jannsen lobte das Verhältnis der Konfessionen in Holland als mustergültig.

Die evangelisch-lutherische Konferenz in Berlin 27. August forderte: 1. Besetzung der theologischen Professuren mit Theologen, die im Bekenntnis der Kirche stehen. 2. „Es ist ein unerträglicher und den Fortbestand unserer Landeskirche aufs schwerste bedrohender Zustand, daß Pfarrer, obgleich auf die Bekenntnisse verpflichtet, dennoch ohne Scheu und ungehindert fortgesetzt amtlich und außeramtlich die Seelen vom rechten Wege zur Seligkeit abführen.“ Man wollte also auch hier keine unlogische Berufung auf „freie Forschung“.

Die modernistische Zeitschrift „Das 20. Jahrhundert“ stellte zu Ende des Jahres aus Mangel an Abonnenten ihr Erscheinen ein.

Modern-  
ismus.

Wie tief das Problem des Modernismus alle Parteien beschäftigte, bezeugen folgende Artikel in der „Internationalen Wochenschrift“ von P. Hinneberg: „Die neue Lage der katholischen Theologie“ von Albert Ehrhard; „Die päpstliche Enzyklika wider die Modernisten“ von Rud. Eucken.



Dieser sagt: „In all den Wirren und Kämpfen sei keinen Augenblick vergessen, daß eine Kirche wie die katholische etwas wesentlich anderes ist als eine philosophische Lehre, und daß alle etwaige Rückständigkeit des kirchlichen Lehrsystems nicht die gewaltige geistige und moralische Macht der Kirche aufhebt. Auch im Kampfe bleibe stets gegenwärtig, was sie zur Befestigung und Beruhigung des Lebens, zur Erziehung und inneren Erhöhung der Menschheit, zur Vergegenwärtigung ewiger Wahrheiten in der Zeit, zur Vereinigung der Gemüter und Organisation der Kräfte, als ein reicher Quell von Liebe, Arbeit und Aufopferung durch lange Zeiten gewirkt hat und heute noch wirkt.“ Ehrhard äußert sich sehr pessimistisch. Er gab wohl zu, daß die vier Hauptsäke des verurteilten Modernismus unkatholisch sind: 1. Der Agnostizismus, der zu Atheismus und Religionslosigkeit führt; 2. der Symbolismus, der den Pantheismus zur Folge hat; 3. die Lehre von der göttlichen Immanenz mit derselben Konsequenz; 4. die Trennung von Glauben und Wissen. Aber Ehrhard ist überrascht über den unwäterlichen Ton des Rundschreibens, er spricht von Denunziantentum, geistiger Kuratel, von einer für den Theologieprofessor unerträglichen, die katholischen Fakultäten in höchstem Maß kompromittierenden Lage (S. 75 f.). Der katholische Theologe müsse aber die Wege des modernen, empirisch, historisch, kritisch, psychologisch gerichteten Denkens gehen, wenn er sich nicht einer Sünde wider den Heiligen Geist schuldig machen will. Ehrhard fordert das Recht der theologischen Forschung auf allen Gebieten der theologischen Wissenschaft. Theologische Wissenschaft und kirchliche Glaubensverkündigung dürfen nicht identifiziert werden (82). „Treten die praktischen Maßregeln der Enzyklika ins Leben . . ., dann wird eine Tatsache verwirklicht sein, die nichts weniger bedeutet als den Anfang vom Ende!“ Dieser Aufsatz erregte starke Bedenken und hatte noch eine Erklärung Ehrhards zur Folge, in der er sich formell der Kirche unterwarf, aber damit nicht auf die Freiheit des Urteils über die Politik der Kirche verzichten wollte (S. 264), wie Paulsen sagte. — Professor W. Herrmann (Marburg) schrieb in derselben Wochenschrift über „Die Bedeutung der Enzyklika vom 8. September 1907“: „Das römische Kirchenregiment hat so oft seine Sicherheit in dem Erfassen der wirklichen Verhältnisse bewährt.“ Adolf Harnack schließt einen Artikel über die Enzyklika (264): „Kein Verständiger denkt an eine äußere Vereinigung des Katholizismus und Protestantismus, und kein Verständiger denkt an einen Untergang der katholischen Kirche. Aber daß die Zahl der gemeinsamen Arbeitsfelder immer größer wird, ist keine phantastische Hoffnung, sondern ein Ideal, dessen Verwirklichung längst begonnen hat. Wird sich die römisch-katholische Kirche selbst einst als Kuppel über zahlreiche und verschiedene Wohnungen, die sie ihren Gläubigen gestattet, wölben . . .? Diese Hoffnung mag der Vorsichtige phantastisch nennen, aber schlechthin unmöglich ist sie nicht.“ — Professor Alb. Hauck (Leipzig) schreibt über die päpstlichen Erlässe vom 3. Juli, 8. September und 18. November 1907: „Ist Pius X. darüber zu tadeln? Wie mich dünkt, werden auch diejenigen, die auf anderm Boden stehen als er, dem Manne ihre Sympathie nicht versagen, der in dem Streit um religiöse Probleme klar seine Stellung nimmt und was ihm als heilsam und notwendig gilt, offen vertritt . . . Indem Pius X. den Offenbarungscharakter der christlichen Religion und die Geschichtlichkeit der evangelischen Überlieferung wahrt, schirmt er Anschauungen, auf die das

Christentum niemals verzichten wird . . ." (35). — Professor Walther Köhler (Gießen) behandelt „Syllabus und Enzyklika wider den Modernismus“ als „Alt naturgemäßer Abwehr und verständlichen Selbstschutzes des göttlich verbrieften Eigentums gegen Änderungsversuche“ (188). „Der Modernismus ist eine Abfärbung des Protestantismus auf den Katholismus“ (190). Aber „der Katholizismus ist eine Macht im deutschen Volksleben, und diese Macht garantiert seine Mission für unser Vaterland, das ist anzuerkennen. Wir (Protestanten) wünschen sie nur ruhbar gemacht“ (215). — Professor J. Mausbach (Münster) hebt von katholischem Standpunkt den ersten Hauptgedanken der Enzyklika hervor: „die Verteidigung der Kraft der Vernunft, aus den sichtbaren Dingen der Schöpfung den unsichtbaren Schöpfer zu erkennen (Röm. 1, 20), der Befähigung des Geistes, auch in den letzten Fragen die Wahrheit zu finden. Pius X. ist von dem hohen Bewußtsein durchdrungen, gerade die Einheitlichkeit des Geisteslebens zu retten, indem er den getrennten Haushalt verwirft, den der Modernismus zwischen wissenschaftlichem Denken und religiösem Gefühl einrichtet. Pius X. zeigt den höheren Standpunkt, den das Papsttum gegenüber herrschenden Zeitideen schon so oft eingenommen hat, indem er den Begriff der Philosophie, den die Scholastik, Plato, Aristoteles, Augustinus und Leibniz hatten, gegenüber Agnostizismus und Neukantianismus machtvoll behauptet.“ (204). — Professor Christian Meurer (Würzburg) macht sich die Sache leicht, indem er Seite 54 als Jurist erklärt: „Die Enzyklika ist nicht dogmatisch, also kann selbst die unzweideutigste Ablehnung nicht als Beweis für mangelnde Rechtgläubigkeit verwertet werden.“ Das ist die Taktik des Vogels Strauß. — Obwohl Professor Friedr. Paulsen (Berlin) sich sehr kategorisch gegen Rom ausspricht, so sagte er doch (263): „Wir wollen keinen Kulturkampf; auch auf der protestantischen Seite ist danach nicht das mindeste Verlangen; das Recht des Katholizismus auf sein religiöses Eigenleben wird rückhaltlos anerkannt.“ Am lebhaftesten schildert der katholische Professor Jos. Schnitzer (München) über den „römischen Prälatengeist“, „unerträgliche Bevormundung, kleinliche Überwachung, unbuldsame Verfolgung, Scheinheiligkeit, Verleumdungs- und Denunziationsucht, neuauflebendes Inquisitionswesen, Autodafés“ u. dgl. (139). Das mußte natürlich zum Bruch führen. — Professor Ernst Tröltsch (Heidelberg) sagt über „Katholizismus und Reformismus“ unter anderm (19): „Der Katholizismus ist ein Weltssystem, das nicht auf Lehre und Dogma, sondern auf seiner eigenen Tatsache, auf der ungebrochenen Abstammung von Christus und den Aposteln beruht, und das seinen Schwerpunkt nicht in Dogmen, sondern in den lebenden Personen des von Christus herkommenden und mit seinem Geist erfüllten Priestertums hat. Der Saft, der vom Ursprung her in diesem Baume freist und der seine bisherigen Bildungen hervorgebracht hat, ist durch nichts gehindert, neue Bildungen in einem neuen Klima hervorzutreiben. Alle Dogmen sind ja nur Warnungen vor Irrlehren und keine positiven fertigen für immer bindenden Lehrsätze; unter Vermeidung der Abwege kann der positive Entwicklungstrieb ungehemmt sich weiter bewegen. Die Hierarchie ist keine paragraphierte Staatsverfassung, sondern ein mystischer Geistes- und Lebenszusammenhang von Christus her, der im Sakrament Lebenskräfte austeilt und die Gewissen berät . . . Der Katholizismus ist ein Entwicklungssystem, das nirgends wie der Prote-

stantismus an Anfangs- und Urzustände gebunden bleibt... Er erklärt das Christentum als Abschluß und Sammelpunkt der antiken Welt. Alte aristotelische, neuplatonische, mystische Gedanken gestatten eine tausendfache Anknüpfung an die Tradition... Die Enzyklika hat das Problem scharf gestellt; ich kann sie keineswegs theologisch unbedeutend finden. Der springende Punkt ist erkannt: der Feind ist die moderne historische Denkweise, der Entwicklungsbegriff. Die Modernisten bewegten sich in einer Täuschung, wenn sie meinten, mit ihrer Methode der Immanenz dem Supernaturalismus gerecht werden zu können... Seit dem Unfehlbarkeitsdogma und seit der Auslieferung der Kirche an die demokratischen Massen wird ein moderner Katholizismus sich noch schwerer durchsetzen können.“ Aber „der Katholizismus ist die Religion großer und begabter Völker“ (26).

Professor Heinr. Zul. Holzmann sah (Allg. Ztg. 19. Sept.) mit dem „Spectator novus“ der „Süddeutschen Monatshefte“ den Herd und Ausgangspunkt der ganzen modernistischen Gedankenwelt in Deutschland. Schwerer als die romanische sei die katholische Theologie in Deutschland betroffen, obwohl der über den Modernismus verhängte Bann vorläufig nur den Schüler Schells Th. Engert traf, der exkommuniziert und seiner Pfründe entsetzt wurde. Zusammenfassend kann man sagen, daß der päpstliche Feldzug gegen den Modernismus in Deutschland zu einem schnellen Sieg geführt hat, da die deutschen Bischöfe sich rückhaltlos zu Diensten des Papstes gestellt haben, die deutschen Theologen sich auf eine gesicherte Linie zurückgezogen haben und die Laienwelt es auf den Katholikentagen an Unterwürfigkeit nicht fehlen läßt. Anders steht es freilich in der Presse. „Das 20. Jahrhundert“, geleitet von Engert, Sickenberger und Gebert, hat einen Rückhalt am „Bund fortschrittlicher Katholiken“ in München, aus dessen Mitte ein Notschrei gegen die „absolut unmoralische Ehelosigkeit der Geistlichen“ und andere Beschwerden vernommen wurden. Die meisten größeren Zeitungen und nicht wenige Zeitschriften vertreten die reformfreundliche, antiultramontane Richtung. Der Fall Schnitzer hat die studierende Jugend gewaltig erregt, die katholische Laienwelt ist dem Modernismus gegenüber in zwei Hälften zerteilt, und wenn daraus kein Schisma wird, so komme das nur daher, weil die Welt überhaupt nicht mehr religiös genug ist, um Mut, Kraft und Geld zu einem weltgeschichtlichen Erfolg aufzubringen.

In den „Historisch-politischen Blättern“ berichtete Alexander Baumgartner über die flämische Akademie für Sprach- und Literaturkunde. Freiin Maria von Buol gab Erinnerungen an Emilie Ringseis. H. Grauert schrieb über Dante und die Idee des Weltfriedens. Rob. Nostitz-Rieneck schließt einen Aufsatz über neuzeitliche Profankultur mit der Verkündigung der christlichen Trias: Weltelöser, Weltkirche, Weltkultur. Dominikus Petru, O. S. B., schreibt einen Nachruf für Ambros Opitz, den Führer der Christlichsozialen in Deutschböhmen, den Gründer der Wiener „Reichspost“. G. Schnürer berichtet über das Projekt eines internationalen Schiedsgerichts aus den Jahren 1307/08. Alb. Maria Weiß gibt „Ein Kapitel Erinnerungen aus der großen Zeit“ (1870). Mathies gibt eine Betrachtung zur Enzyklika Pascendi und schließt: „Wir glauben nicht, daß durch die Betonung der alten Heilswahrheiten der Kulturfortschritt der Neuzeit gefährdet ist. Greift die Enzyklika vielleicht unsere berühmten Chemiker, Physiker, Chirurgen, Ingenieure an? Ist ein Bannfluch auf Edison, Marconi, Santos-Dumont,

Modernismus.

Histor.-polit. Blätter.



Zeppelin gefallen? Iſt die Zonen- oder Elektronenlehre bedroht? Hat der Papſt die hiſtoriſchen Quellenſtudien unterſagt? Darf man keine Verſuche mehr machen, künstlich Albumin herzuſtellen? Iſt die Verbeſſerung von Teſkopen und Mikroſkopen mit dem Anathem belegt? Iſt die Konkurrenz der Schnell dampferlinien zur Reſerei geworden? Dürfen die Katholiken nicht mehr Automobil fahren? . . .“ Ich habe einige Kapitel aus meinem damals noch ungedruckten Buch über „Homeros“ gegeben. W. Kohler berichtet über „Katholiken und Alkoholgegner“. Hans Roſt ſchreibt „Gegen den Selbſtmord“. Ein Ungenannter beſpricht die Artikel über die Enzyklika Paſcendi in der „Internationalen Wochenſchrift“, vor allem den von Albert Ehrhard, deſſen „ſachliche Unrichtigkeiten und Übertreibungen“, deſſen „ungebührlichen, Papſt und Biſchöfe wie von noch höherem Katheder aus ſchulmeiſternden Ton“ er zurechtweiſt. Von der Enzyklika iſt nichts zu fürchten für eine geſunde hiſtoriſch-kritiſche Methode. Der Papſt wendet ſich nur gegen eine irrationelle, willkürliche Kritik. Die Wiſſenſchaft verneint ſich ſelbſt, wenn ſie ſich der Wahrheit gegenüber für frei erklärt. Pius X. will, indem er gegen den Modernismus auftritt, nicht nur die Offenbarung, ſondern auch die menſchliche Vernunft retten vor dem relativen, ſubjektiven Fürwahrhalten der modernen Irrlehrer. — Anſgar Pöllmann verteidigt die konfeſſionelle Kritik: „Die pädagogiſche Kritik gehört notwendig zur äſthetiſchen Beurteilung; ſie iſt ein integrierender Teil der Kritik der Schönheit, ſie kommt als abſolute Frage der äſthetiſchen Norm zur Anwendung.“ „Von der Ethik aus wird die katholiſche Dichtung allezeit die Romantik ins rechte Geleiſe zu bringen und das Gleichgewicht einer univerſalen Anſchauung herzuſtellen vermögen.“ — Die Stellung der Katholiken in Deutſchland wird hervor gehoben. Die romanischen Staaten verdanken ihre Zerrüttung dem Umſtand, daß ſie von ihrer katholiſchen Baſis abgewichen ſind. „Wir haben eine Iſraelitiſche Allianz, eine internationale Loge, wir haben den Evangelischen Bund und den Guſtav-Adolf-Verein. Was würde man wohl ſagen, wenn auch wir Katholiken dem Gedanken der Schaffung einer Katholiſchen Liga einmal näher treten würden?“ (S. 540). — „Der Krach an den öſterreichiſchen Univerſitäten“ wird geſchildert. — Mathies verkündet mit Recht: „Wir bedürfen einer Chriſtlichen Renaissance“ (738). — J. Stiglmayr gibt Erinnerungen an Profeſſor Heinrich Gelzer in Jena; G. Stipberger eine biographiſche Skizze des Benediktiners Odilo Rottmanner († 1907). — Das Thema „Proteſtantismus und Vorurteil“ wird im 5. Band von Lindners Weltgeſchichte erläutert. — Als die „preußiſchen Geloten“ werden die Polen bezeichnet. — Die „Schattenſeiten der Vereinigten Staaten Amerikas“ werden nicht verſchwiegen. — Die „natürlichen Unterlagen der Myſtik“ werden unterſucht. — Die rutheniſche Frage wird erörtert. — Mittelalterliche Stimmen über die Ehe als Orden werden geſammelt von N. Paulus. — Beſprochen werden in dieſem 141. Band folgende Bücher: Otto Pülf: M. Clara Fey vom armen Kinde Jeſus 1815 bis 1894. Ferd. Speil: Der hl. Joh. B. de la Salle und ſeine Stiftung. Joh. Dooſhorn: Geſchichte des Biſtums Bamberg. Th. Schermann: Propheten- und Apoſtellegenden. Waſmann: Der Kampf um das Entwicklungsproblem in Berlin. Ed. Wymann: Geſchichte der katholiſchen Gemeinde Zürich. Ch. Blemmerhaſſet: Maria Stuart. Friedrich Schlegels Briefe an Frau Chriſtine v. Stranſky, herausgegeben von M. Rottmanner. Joh. Hux: Volkswirtſchaft des Talentes. Ed. Meyer: Geſchichte des Altertums, 2. Aufl. M. Rinter:

Studien und Mitteilungen aus dem Benediktinerorden. R. J. Staub: Graf Tolstois Leben und Werke, seine Weltanschauung und ihre Entwicklung. Paul Tschafert: Grundlinien für das Zusammenleben der Konfessionen im Deutschen Reich. (Er hatte vor über 20 Jahren eine heftige Polemik gegen die katholische Kirche geschrieben.) Franz X. Kraus: Geschichte der christlichen Kunst. Schlussband (von Jos. Sauer). M. Dugard: Ralph Waldo Emerson. Lord Acton: Essays. — Im 142. Band der „Historisch-politischen Blätter“ behandelt Joh. Mayrhofer „Jhsen, den Propheten des Realismus“. Als Teil meiner quellenkritischen Studien gab ich das Kapitel über „Die Frauen in den Evangelien“. — Es folgt ein Kapitel über „Die Juden in Österreich“, eines über das München-Gladbacher „Verzeichnis sozialer Literatur“, eine Erwiderung zur Ruthenenfrage in Galizien, eine Schilderung von Hollands Politik den Katholiken gegenüber. Ansgar Pöhlmann berichtet über Monte Cassino und die Veironer Kunst mit unnötigen Ausfällen gegen mich und meine erfolgreichen Bemühungen um die Kunst des Paters Desiderius Lenz (254). Alfons Wellesheim berichtet über die pananglikanische Synode in London Juni 1908. Remigius Stölzle empfiehlt die neugegründete Gesellschaft für Naturwissenschaften und Psychologie. — Die Erklärungen der katholischen Studentenkorporationen in Halle gegen „ultramontanes parteipolitisches Bestreben“, gegen Katholikentage mit Verschmelzung von religiösen und politischen Tendenzen, gegen das Eingreifen kirchlicher Behörden in die freie Forschung werden möglichst milde beurteilt, aber nicht als vorbildlich bezeichnet. — Es folgen ausführliche „Betrachtungen über die Enzyklika Pascendi; eine Erinnerung an Franz Lorinser; ein Artikel über Shakespeares (katholische) Religion. Joh. Raupstl schreibt über Ludwig Seitz den Maler. Es wird über die Lage der katholischen Studentenkorporationen berichtet. Ferner auch über die Unruhen in Ostindien und ihren Zusammenhang mit dem indischen Schulwesen. — Dieser 142. Band bespricht folgende Bücher: H. Brück: Geschichte der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert. R. A. S. Kellner (an der katholischen Fakultät Bonn): Jesus und seine Apostel im Rahmen der Zeitgeschichte. Flugschriften des deutschen Monistenbundes. H. Friedjung: Österreich von 1848 bis 1860. Betty Paolis gesammelte Aufsätze, eingeleitet von Helene Bettelheim-Gabillon. H. A. Krose: Kirchliches Handbuch. Hans Rost: Die Katholiken im Kultur- und Wirtschaftsleben der Gegenwart. Sell: Katholizismus und Protestantismus in Geschichte, Religion, Politik, Kultur. Catholic Record Society: English Martyrs. Georges Goyau: L'Allemagne religieuse.

Philipp Kneib, der Nachfolger Schells in Würzburg, schrieb über „Wesen und Bedeutung der Enzyklika gegen den Modernismus, dargestellt im Anschluß an ihre Kritiker“. Er wird dafür von dem liberalen Kritiker der „Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 38) heftig angegriffen.

Es erschien „Das Commerzbuch, kritisch beleuchtet“ von Aurelius. Mit zwei Schellbriefen.

R. Gebert schrieb in der „Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 30) über „Enzyklika und moderne Philosophie“. Dabei wandte er sich auch gegen Ehrhards Anschauung über das Wesen der Philosophie. Gegen Gebert wandte sich F. A. Kiesel; es sei nicht wahr, daß er die Posaune zum Rückzug bläse (Nr. 34).

Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ stellte mit 1. April ihr Erscheinen ein. Sie bestand noch eine Weile fort als politische Wochenschrift. Das reichhaltige Blatt war mir für diese Geschichten der neuesten Zeit eine

Allgem.  
Zeitung.

wichtige und oft benutzte Quelle. Es hat wiederholt seinen Standpunkt geändert, seit es 1798 zu erscheinen begann. Früher als „Augsburger Allgemeine Zeitung“, hatte sie seit 1882 ihren Sitz in München. Vor 1848 und auch danach wurde sie von der österreichischen Regierung in konservativem Sinn benützt. Seit dem Tag von Königgrätz schwenkte sie aus dem großdeutschen in das kleindeutsche Lager ab. Seit 1869 war sie durchaus altkatholisch, antiklerikal, antipäpstlich gesinnt. Wie früher Döllinger und Friedrich, so gab später Franz K. Kraus als kritischer „Spectator“ den Ton an. Im Kampf gegen die Modernisten-Enzyklika gab sie zornig den Geist auf.

B. Böß gab das Sammelwerk heraus: „Unsere religiösen Erzieher. Eine Geschichte des Christentums in Lebensbildern.“ — K. Röttger sammelte eine Anthologie über „die moderne Jesusdichtung“ für die „Fruchtschale“. — Pfannmüller gab das Buch „Jesus im Urteil der Jahrhunderte“. — Friedrich Delitzsch gab zwei Vorträge heraus „Zur Weiterbildung der Religion“; er verlangte Auscheidung der „mythologischen“ Elemente, Rückkehr vom trinitarischen zum unitarischen Christentum, vom dogmatischen zum historischen Christus. Das war die Auflösung des protestantischen Christentums.

J. Geßlen veröffentlichte einen Vortrag „Sokrates und das alte Christentum“, mit Beziehung auf Justinus, Clemens von Alexandria, Origenes, Hieronymus, Joh. Chrysostomus, Augustinus, die alle in Sokrates einen Vorgänger des Christentums verehrten.

General William Booth, der Gründer der Heilsarmee, suchte auch in Leipzig zu wirken (All. Ztg., 3. Dez.).

Niezsche-  
Archiv.

Das Nietzsche-Archiv in Weimar wurde im Anschluß an die vom schwedischen Kunstfreunde Ernest Thiel in Stockholm lektwillig versügte Zuwendung von 300.000 Mark in eine Stiftung umgewandelt.

Theobald Ziegler schrieb die Biographie von David Friedrich Strauß. — Otto Raemmels „Deutsche Geschichte“ wurde in der zweiten Auflage bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fortgesetzt. — Albrecht Wirth forderte eine neue „Weltgeschichtsschreibung“, entsprechend den Weltzusammenhängen und Wechselwirkungen (Allg. Ztg., 5. Sept.). — Paul Dehn schrieb „Von deutscher Kolonial- und Weltpolitik.“ — Hans Blum gab seine „Lebenserinnerungen“. — Zum siebzigsten Geburtstag wurde der Kathedersozialist Gustav Schmoller gefeiert, der Fortsetzer der von Roscher angegebenen historischen Richtung der Nationalökonomie im Gegensatz zum Rationalismus der Epigonen des Adam Smith.

Die „Internationale Wochenschrift“ bringt noch einen Aufsatz von Herm. Diels „Zum neuesten Stande der Weltsprachenfrage“. Eugen Kühnemann berichtete über zwei Austauschbücher über amerikanische und deutsche Ideale; R. Lamprecht über die kultur- und universalgeschichtlichen Bestrebungen an der Universität Leipzig; Martiz über die interparlamentarische Union; Martin Spahn über „Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte und ihre gegenwärtigen Benutzungsmöglichkeiten“. Er verlangte ein „Zeitungsmuseum“ und ein „Zeitungsarchiv“ wie in Brüssel mit umfassender, nach Schlagwörtern geordneter Registratur aller Artikel und Nachrichten, Drucksachen der Parlamente und öffentlichen Vereine, Flugschriften, etwa auch Handschriften aus dem Nachlaß von Journalisten und Parlamentariern.

Zu Bismarcks zehntem Todestag dichtete Max Beyer (All. Ztg., 30. Juli): „... Horch, nun werden in den Lüften zwei gewaltige Klänge wach,

Beyer.



donnernd schallt es: Martin Luther und Johann Sebastian Bach! „Eine feste Burg ist“ dröhnen ihre Stimmen in das Tal und beginnen dann den leuchtend schönen Morgensternchoral. Und im Glanz der Morgenröte klingen zwei noch mit den zweien, voll wie Harfengold fällt Goethe und wie Silber Schiller ein. Erz und Gold und Silber geben einen wundervollen Klang, dem aus Mozart zu entschweben scheint ein heiliger Hallensang . . . Aus dem Eisen deines Willens, aus der Bronze deines Muts, aus dem Silber deines Geistes, aus dem Treugold deines Bluts, aus dem Erzschatz deiner Seele schufst du dieser Glocke Bau, Bismarck, läute ewigen Segen uns herab vom Himmelsblau!“

Professor Hommel schrieb den Nekrolog für den Assyriologen Eberhard Schrader, dem auch ich, als meinem Lehrer, ein liebevolles Andenken bewahre (Allg. Ztg., 18. Juli). — Es erschien „Die Wartburg, ein Denkmal deutscher Geschichte und Kunst, dem deutschen Volke gewidmet von Großherzog Karl Alexander von Sachsen“. — Es begann eine Gesamtausgabe der Werke Klemens Brentanos durch R. Schüddekopf im Verlag G. Müller, München. — Jozsa Savits schrieb „Von der Absicht des Dramas“ über die Reform der Szene, namentlich im Hinblick auf die Shakespearebühne in München.

Zu Wagners fünfundzwanzigstem Todestage schrieb Ferd. Pfohl über „Richard Wagner als Kunstproblem und Kulturfaktor“. — Baireuth blieb die „Wehr- und Werbestätte deutschen Geistes“. — Siegfried Wagner ließ eine neue Oper „Sternengebot“ aufführen mit dem Kernspruch: „Höher als alles Sternengebot waltet das Herzensgebot“.

Die Aufführung der Oper „Salome“ von Richard Strauß, Text von Oscar Wilde, wirkte als Sensation.

Bei Gelegenheit seines neuen Dramas „Kaiser Karls Geißel“ sagte Professor Ed. Engel von Gerhart Hauptmann: „Er ist kein Dichter, der Gestalten aus den Tiefen eigener Phantasie heraufbeschwören und mit Lebensblut erfüllen kann, sondern er war von jeher nur ein sehr geschickter Abzeichner des alltäglichen Lebens. Solange ihn die Welle des photographierenden Naturalismus trug, erschien er als der große Dichter seiner Zeit; heute, wo ganz andere Forderungen an das deutsche Drama unserer Sehnsucht gestellt werden, ist Hauptmann keine lebendige Kraft mehr. Es nützt nichts, diese Tatsache entschuldigend zu verschleiern; sie muß einmal ausgesprochen werden, denn nur durch die Wahrheit kann der Weg zum großen Drama erschlossen werden, auf das wir seit einem Menschenalter hoffen.“ (All. Ztg., 23. Jan.). — Ernst Hardt erregte Beachtung mit dem romantischen Drama „Tantris der Narr“ aus der Tristan Sage. — Rosegger rühmte Paul Kellers neuen Roman „Der Sohn der Hagar“ als das „Buch des Jahrzehnts“. — Es erschienen Otto Erich Hartlebens „Briefe an seine Frau“.

Man konnte nunmehr vom Endergebnis der allgemeinen Kunsterneuerung seit 1895 mit Genugtuung sprechen (All. Ztg., 19. Nov.).

Der romanische Kreuzgang aus dem Lustgärtchen in Würzburg wurde für das Berliner Museum bestimmt. Der Streit um diese Kreuzgangsküste des Lustgärtchens rief eine Erklärung des Würzburger Magistrats hervor. Man warf dem Besitzer Eitpold Rosenthal Inloyalität vor, aber die Hauptschuld an dem Verlust trugen doch jene, die einst diesen Schatz in die

Gerhart  
Haupt-  
mann.

Wilde  
Kunst.

Hände des Rosenthal fallen ließen. Die Berliner Museumsverwaltung war bereit, den Würzburgern einen Zementabguß der Kreuzgangreste zur Verfügung zu stellen. Die „Allgemeine Zeitung“ (29. Aug.) schrieb mit Recht: „Für Kunstfreunde wird es stets schmerzlich bleiben, wenn Museen zu Kunstasphnen werden und namentlich Bauteile, ihrem eigentlichen Zweck entfremdet, vom offenen Markt des Lebens verschwinden und als Katalognummern ein beschauliches Dasein führen. Aber das verschuldet der unruhige Industrialismus, der schonungslos auf das Verkehrsbedürfnis pocht und, in tiefster Seele kunstfeindlich und verständnislos für das historisch Gewordene, mit diesem aufräumt . . . Das ist eine Mahnung, Bodenständiges so zu hüten, daß es auch wirklich bodenständig bleibt.“ Im übrigen wünsche ich schon wegen der Beziehungen dieses Kreuzganges zu Walter von der Vogelweide, der hier begraben wurde, daß die Stadt Würzburg den Kreuzgang am Neumünster wieder erneuert mit einem Renotaph für den größten deutschen Dichter. Platz ist genug dazu da.

K. Schäfer starb noch vor der Vollendung der von ihm ausgebauten westlichen Türme des Doms zu Meissen (Zll. Ztg., 5. Nov.). — Joh. Schrott baute die romanische Herz-Jesu-Kirche in Ettlingen (Zll. Ztg., 12. März). — In Homburg wurde die neue romanische Erlöserkirche von Schwecten eingeweiht (Zll. Ztg., 21. Mai). — Karl Moritz baute die schöne Klosterkirche zum Guten Hirten in Münster (Zll. Ztg., 17. Sept.). — Der Prachtbau der neuen Schackgalerie in München konnte auch die preussische Gesandtschaft aufnehmen (Zll. Ztg., 24. Sept.). — Das neue Hoftheater in Weimar war in edelstem Stil (modernisiertes Empire) erbaut; es wurde mit dem „Frühlingsmärchenpiel“ von Richard Voß, Musik von Weingartner, eröffnet (Zll. Ztg., 9. Jan.). — Originell ist das neue, sehr moderne Stadttheater in Rottbus (Zll. Ztg., 8. Okt.). — Das letzte Werk Olbrichs war der phantastische Turm des Ausstellungsgebäudes in Darmstadt (Ost. Zll. Ztg., 15. März).

E. Lemiecki empfahl „Rationelles Gedächtniszeichnen als allgemeines Bildungsmittel“ (Zll. Ztg., 29. Okt.).

Angelo Jank schuf ein kolossales Sedan-Wandgemälde für das Berliner Reichstagsgebäude (Zll. Ztg., 17. Dez.). — In der Berliner Kunstausstellung leuchtete hervor das Bild von Sebastian Lucius „Unser Leben währet siebzig Jahr“ (Zll. Ztg., 7. Mai). — Walter Leistikow starb als Verlebendiger der märktischen Landschaft.

Klinger.

In der Hamburger „Laeisz-Halle“ wurde Klingers Brahms-Denkmal aufgestellt (Zll. Ztg. 31. Dez.). — Ernst Freese schuf eine monumentale Goethebüste für die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft in Frankfurt a. M. (Zll. Ztg., 22. Okt.). — Die Entwürfe zum Dresdener Schiller-Denkmal bringt die „Illustrierte Zeitung“ 26. März. Mir hätte das von Rich. König am besten gefallen: Schiller geführt vom Ideal. — Der Frau v. Stein, der Freundin Goethes, wurde auf dem Weimarer Friedhof ein Grabdenkmal errichtet (Zll. Ztg., 31. Dez.). — K. Seffner schuf ein neues Bach-Denkmal für Leipzig (Zll. Ztg., 21. Mai). — Martin Goeze modellierte für die reformierte Zwinglikirche in Berlin einen Zwingli, den Kurfürsten Joachim von Brandenburg und den König Gustav Adolf von Schweden (Zll. Ztg., 16. Jan.). — Aus der Dresdener Plastik heben wir die schöne Kreuzigungsgruppe von Rob. Ockelmann hervor: Johannes stehend, Maria

knieend (Zll. Ztg., 8. Okt.). — Über das Gewöhnliche geht das Bismarck-Denkmal von Rud. Siemering für Frankfurt a. M. hinaus: Bismarck steht in Rednergebärde vor einer Germania mit Fahne, die er eben in den Sattel gesetzt hat; zu Füßen des Pferdes ein großes Reptil (Zll. Ztg., 14. Mai). — Die Bismarckbüste für die Walhalla war von Erwin Kurz (Zll. Ztg., 22. Okt.). — Ernst Herter bildete ein schlichtes Standbild Kaiser Friedrichs für Ewinemünde (Zll. Ztg., 6. Aug.). — Der deutsche „Afrikaner“ Hermann v. Wissmann erhielt ein Denkmal zu Lauterberg (Zll. Ztg., 3. Sept.) und eines zu Dareßsalam (1. Okt.). — Über die Wiedererweckung der Grabmal-kunst berichtete Grolman in der „Illustrierten Zeitung“ 18. Juni. — Schön ist der Leipziger Rathausbrunnen von Wrba (Zll. Ztg., 8. Okt.). — Auf das Dresdener Rathaus wurde eine nackte Riesenfigur von Rich. Guhrs gesetzt (Zll. Ztg., 2. April). — Für die städtische Sportwiese in Dresden schuf R. D. Fabricius den nackten Ballwerfer (Zll. Ztg., 27. Febr.).

Eine bezeichnende Erscheinung im Berliner Leben waren die „Schönheitabende, welche ‚Die Schönheit‘, Vereinigung für ideale Kultur“ (das heißt für Nacktkultur) veranstaltete (Zll. Ztg., 7. Mai). Es machte sich aber eine ziemlich allgemeine Bewegung gegen die seit einiger Zeit aufkommenden Nacktdarstellungen geltend. Eine falsche Ästhetik wurde da als Vorwand für Unsitlichkeit ausgenutzt.

Der 1. Juli 1908 brachte den „Siegesflug“ des Grafen Zeppelin, die Zeppelin. „Apotheose“ für mehr als zehnjähriges Mühen. Er flog mit seinem Luftschiff vom Bodensee über den Vierwaldstättersee und Zugersee und zurück. — Das Flugwesen feierte überhaupt seit dem Vorjahr seine ersten größeren Erfolge. Nachdem aber Graf Zeppelin von Friedrichshafen aus mehrere Dauerfahrten unternommen hatte, sollte eine Probefahrt nach Mainz und zurück geschehen vor dem Ankauf durch die Militärbehörde. Auf der Rückfahrt wurde das Luftschiff durch einen Gewittersturm vernichtet (5. Aug.). Der Unfall erregte in der ganzen Nation ungeheure Bewegung; es bildete sich ein Komitee unter dem Ehrenpräsidium des Kronprinzen, um eine Nationalspende zu sammeln; bis zum Schluß des Jahres liefen sechs Millionen Mark ein. Das neue Luftschiff des Grafen Zeppelin erhob sich wieder am 23. Oktober über dem Bodensee (Zll. Ztg., 29. Okt.). Der Kaiser zeichnete bei einer neuen Vorführung den Grafen durch Verleihung des Schwarzen-Adler-Ordens aus und richtete an ihn die Worte (10. Nov.): „Unser Vaterland kann stolz sein, einen solchen Sohn zu besitzen, den größten Deutschen des 20. Jahrhunderts, der durch seine Erfindung uns an einen neuen Entwicklungspunkt des Menschengeschlechts geführt hat. Es dürfte wohl nicht zu viel gesagt sein, daß wir heute einen der größten Momente in der Entwicklung der menschlichen Kultur erlebt haben. Ich danke Gott mit allen Deutschen, daß er unser Volk für würdig erachtete, Sie den Unseren zu nennen.“ — Indessen manövrierte auch mit wechselndem Glück der Parseval-Ballon am 17. August bei Tegel (Zll. Ztg., 20. Aug., 24. Sept.). — In Berlin fanden im Oktober die internationalen Ballon-Wettfahrten (Gordon-Bennett-Meeting) statt mit nichtlenkbaren Ballons (Zll. Ztg., 22. Okt.). — Die Katholischen Drachensieger zeigt die „Illustrierte Zeitung“ (8. Okt.). — Major Groß konstruierte einen deutschen Militärballon, Malécot einen französischen (Zll. Ztg., 1. Okt.).



Öster-  
reich.

In Österreich (Bisleithanien) wurde im Februar ein neues Ministerium geschaffen „für öffentliche Arbeiten und gewerbliche Erzeugung“; das Ministerium übernahm der Christlichsoziale Geßmann.

Als der Innsbrucker Professor für Kirchenrecht, der Laie Wahrmund, eine Broschüre gegen die unbefleckte Empfängnis veröffentlichte, wurde sie beschlagnahmt, und es kam zu heftigen Kundgebungen zwischen Katholiken und Liberalen. Der päpstliche Nuntius erhob Vorstellungen. Er motivierte seine Forderung der Entfernung Wahrmunds damit, daß der Verfasser einer Streitschrift gegen Rom unmöglich die Eignung zum Lehrer des Kirchenrechts haben könne. Kultusminister Marchet nahm sich am 24. März Wahrmunds an. Doch wurden zur Vermeidung weiterer Unordnungen die Vorlesungen Wahrmunds im April sistiert. Die Unruhen griffen auf die Studenten in Graz und Wien über und im Juni fand ein kurzer Streik aller liberalen Studenten statt. In Graz kam es im Mai zu Gewalttätigkeiten.

Die Erbitterung zwischen Ruthenen und Polen in Galizien gipfelte in der Ermordung des Statthalters Grafen Potocki durch einen ruthenischen Studenten 12. April. Beide Nationen erhoben im Abgeordnetenhaus gegenseitige Beschwerden 20. bis 25. Mai. Dabei trat auch die Gruppe der „russischnationalen Ruthenen“ in den Vordergrund.

Das Kaiserjubiläum begann mit der Huldigung der bewaffneten Macht am 30. Mai und dem großen Festzug von 12.000 Personen am 12. Juni. Bei dieser Gelegenheit wurden auch wieder die Bilder des Mafart-Festzuges von 1879 erneuert (Öst. Ill. Ztg., 31. Mai). Die Bilder vom Festzug 1908 gibt dieselbe Zeitung 21. Juni usw.

Wahr-  
mund.

Die Wahrmundsache wurde noch am 27. Juni im Herrenhaus verhandelt. Ministerpräsident Freiherr v. Beck warnte davor, die Furie des konfessionellen Kampfes zu entfesseln. „Die nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze belasten das österreichische Staatsschiff zu schwer, als daß man auch noch die Gefahren eines Kulturkampfes heraufbeschwören dürfte. Die Regierung will durch die Energie der Geduld die Wunden heilen, welche die Energie der Ungeduld geschlagen hat. Dieser Politik der Sammlung ist es gelungen, mitten im Kriegslärm den Frieden mit Ungarn zu schließen. Die wahre religiöse Überzeugung läßt sich nicht mit polizeilichen Maßregeln schützen; die erhabenen Dogmen der katholischen Kirche bedürfen keines Polizeifordons. Die Kirche bedarf selbst der Freiheit zu ihrer Entwicklung und Ausbreitung, sie vermag auch jedermann Freiheit zu gewähren, sie kann vor allem sehr wohl bestehen bei voller Achtung vor der Wissenschaft und ihrer Freiheit. Wahrmund wird an eine andere Universität versetzt werden, wie er selbst für notwendig erkannt hat. Der Kompromißweg hat sich bei der Lösung wichtiger Probleme als das sicherste Mittel erwiesen. Damit soll nicht der Energielosigkeit das Wort geredet werden; denn gerade der demokratische Staat bedarf in erhöhtem Maße der Autorität und Disziplin. Die Energie aber kann kein Universalmittel sein; mit ihr allein kann Österreich nicht regiert werden.“

Auf dem allslawischen Kongreß zu Prag 13. Juli waren Tschechen, Slowenen, Kroaten, Altruthenen, Polen, Russen, Serben und Bulgaren

vertreten. — Das Staatsbahnnetz wurde durch Verstaatlichungen wesentlich erweitert. — Aehrenthal kam am 3. September in Berchtesgaden mit Tittoni und v. Schoen zusammen. — In Pest führten am 4. Oktober Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht zu Zusammenstößen mit der Polizei. — Mitte Oktober fanden in Prag Ausschreitungen der Tschechen gegen die Deutschen, besonders gegen Studenten statt. — Die zisleithanische Regierung legte am 4. November einen Gesetzentwurf über Sozialversicherung vor. — In Wien kam es am 16. November vor der Universität zu Schlägereien zwischen Zionisten und Deutschnationalen. — Dem Ungarischen Abgeordnetenhaus legte am 11. November Graf Andrássy als Minister des Innern den Entwurf zur Wahlreform vor.

Als wegen Schließung des böhmischen Landtags die tschechischen Mitglieder des österreichischen Kabinetts ihre Demission einreichten, versuchte Freiherr v. Beck vergeblich eine parlamentarische Rekonstruktion. Er trat zurück und Freiherr v. Bienerth, Minister des Innern, übernahm am 14. November die Bildung eines Beamtenministeriums. Der Kaiser dankte in einem Schreiben vom 17. November dem scheidenden Freiherrn v. Beck für sein erfolgreiches Wirken in der Wahlrechtsfrage, im Ausgleich mit den Ländern der heiligen ungarischen Krone, in der Vorbereitung bedeutender wirtschaftlicher und sozialpolitischer Reformen. — Am 23. November kam es an der Wiener Universität zu einem Zusammenstoß zwischen Italienern und Deutschen; jene sangen die „Garibaldihymne“, diese „Die Wacht am Rhein“. Durch Revolvererschüsse der Italiener wurden sechs deutsche Studenten verletzt. Es setzte viele Verwundungen durch Stockhiebe ab, ehe die Italiener aus der Aula verdrängt wurden.

Bienerth kündigte am 27. November Gesetze über die Sprachenfrage und über Schaffung von Kreisregierungen in Böhmen an. — In Prag mußte am 2. Dezember wegen weiterer Ausschreitungen das Standrecht verkündet werden. — Bienerth begründete am 9. Dezember die Verhängung des Standrechts; es gelte nur die Wiederherstellung der gesetzmäßigen Ordnung. Gegen den Sozialisten Adler bemerkte er: „Ich will das Parlament, ich glaube an das Parlament, und was in meinen Kräften steht, wird geschehen, um den Parlamentarismus erstarken zu machen. Der Bemerkung Dr. Adlers, daß man der studierenden Jugend nicht die politische Führung überlassen dürfe, stimme ich bei und glaube auch, es sei höchste Zeit, daß die akademischen Bürger wieder zu Studenten werden.“ Nichts wäre geeignet, die Einheit des Königreichs Böhmen mehr zu gefährden, als wenn die Deutschen Prags aufhören müßten, sich auf dem Boden der Hauptstadt des Königreichs zu Hause zu fühlen. Hier stehen nicht Parteien gegeneinander, sondern Völker, die einander nicht niederzuringen imstande sind. Wenn sie nicht den Mut finden, aus dem Zauberkreis herauszutreten, in den sie beide gebannt sind, dann wird die Zeit in ihrem Lauf über uns wegschreiten; wir alle werden so nur

ärmer werden an politischer und wirtschaftlicher Macht. Ein magerer Vergleich ist da besser als ein fetter Prozeß . . . Bewilligen Sie das Provisorium, nicht aus Vertrauen zu uns, sondern aus Vertrauen zu sich!" — Das Standrecht und das Farbenverbot wurde in Prag am 15. Dezember aufgehoben. Es erfolgte am 23. Dezember ein neuer Versuch einer tschechisch-deutschen Einigung.

Bei Gelegenheit des Kaiserjubiläums-Festschießens wurden die österreichischen Jugendwehren besprochen (Öst. Ill. Ztg., 23. Aug.).

Die Stadt Czernowitz beging ihre Halbtausendjahrfeier.

Amerikanisten.

In Wien tagte im September der Amerikanistenkongreß, der reichhaltigste seit dem Bestehen der Vereinigung, die bereits, in der Regel in vierjährigen Pausen, in Newyork, Mexiko, Stockholm, Stuttgart und zehn anderen Orten getagt hatte. — Ein internationaler Astronomenkongreß tagte zu Wien 15. bis 18. September.

Österreich gedachte des fünfzigsten Todestages Radetzky's. — Hannu Brentano gab ein Gedenkbuch der sechzigjährigen Regierung des Kaisers Franz Josef. — Heinrich Friedjung gab das Werk „Österreich von 1848 bis 1860“ in zwei Bänden. — Jan Jakubec und Arne Novak schrieben die „Geschichte der tschechischen Literatur“, ohne die Fälschung der Königinhofer Handschrift zu vertuschen. — In Prag starb der von den Tschechen als nationaler Dichter geschätzte Svatopluk Cech, Verherrlicher der Hussiten, anders als die Kosmopoliten Jan Neruda und Jaroslav Brchlicky, unterschiedener Jungtscheche, Pantheist. — Man gedachte auch der Gründung des deutschen Theaters in Wien durch Stranitzky, den Schöpfer des Hanswurst, vor zweihundert Jahren.

Schauspiele.

In Meran wurden wieder die Andreas-Hofer-Spiele durch Karl Wolf aufgeführt (Öst. Ill. Ztg., 12. April). — Die Böhmerwaldpassionsspiele wurden in Höritz erneuert (Ill. Ztg., 18. Juni). — In Eger wurden Wallenstein-Festspiele am 18. und 19. Juli abgehalten (Ill. Ztg., 30. Juli).

Beim Tod der Sängerin Pauline Lucca wurde wieder ihre in Jchl 1865 aufgenommene Photographie zur Seite Bismarck's reproduziert (Öst. Ill. Ztg., 8. März).

Artur Schnitzler erhielt den Grillparzerpreis für seine Komödie „Zwischenspiel“. Die früheren Preisträger waren 1875 Wilbrandt, 1884 Wildenbruch, 1887 Anzengruber, 1890 Wilbrandt, 1896 und 1899 Gerhart Hauptmann (Hannele, Heuschel), 1902 Hartleben (Rosenmontag), 1905 Hauptmann (Der arme Heinrich). Schnitzler war der Entdecker des „Süßen Mädels“. — Karl Schönherr erhielt für sein Bauerndrama „Erde“ einen Preis der Bauernfeldstiftung. Schönherr erhielt auch den Schillerpreis.

Enrica v. Handel-Mazzetti gab das neue episch-lyrische Buch „Deutsches Recht und andere Gedichte“.

Für die Oper „Eliane“ von Mihalovich setzte sich der ungarische Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi lebhaft ein (Ill. Ztg., 19. März). Der Stoff war aus der Artussage.

Otto Hauser schrieb einen Roman „Spinoza“. — Anton Bettelheim schrieb eine Biographie Berthold Auerbach's.

Alois Riehl gab in zweiter neuverbesserter Auflage sein Werk „Der philosophische Kritizismus. Geschichte und System“. Die erste Auflage erschien



1876—1887. — Kronfeld beschrieb Leben und Arbeit des Naturforschers Anton Kerner v. Marilaun. — Emil Kläger gab das „Wanderbuch aus dem Jenseits“: „Durch die Wiener Quartiere des Glends und Verbrechens“. — Hauptmann Scheimpflug in Wien machte erfolgreiche Versuche, durch Photographien vom Luftballon aus richtige Kartenbilder herzustellen (Jll. Ztg., 2. Jan.).

Für das Wiener Rathaus malten Schram und John Du. Adams historische Bilder (Öst. Jll. Ztg., Juni). — R. Penfuß malte für das neue Staatsarchiv zu Wien die Eröffnung durch den Kaiser (Jll. Ztg., 6. Aug.). — Die Gemälde Adalbert Stifters, die 1907 im Österreichischen Kunstverein ausgestellt waren, zeigt „Österreichs Illustrierte Zeitung“ 9. Februar.

Zu Wien wurde die Kaiserin-Elisabeth-Kapelle eingeweiht, ein Anbau der Kaiserjubiläumskirche von Lutz (Öst. Jll. Ztg., 21. Juni). Sehr vornehm stellten sich die Musiksäle im Neubau der Steiermärkischen Sparkasse zu Graz dar, mit dem sitzenden Beethoven von Johannes Benk (Jll. Ztg., 10. Dez.; Öst. Jll. Ztg., 29. Nov.).

Rud. Weyrs schönes Brahms-Denkmal wurde in Wien enthüllt; an den Stufen liegt eine Muse, die in die Saiten einer Lyra greift, wohl die Mänie oder das Schicksalslied bezeichnend (Jll. Ztg., 14. Mai). — Das wahrhaft monumentale Stelzhamer-Denkmal von Franz Wegner wurde im Linzer Volksgarten enthüllt (Jll. Ztg., 5. Nov.). Es hat nicht seinesgleichen. — „Österreichs Illustrierte Zeitung“ 6. September stellt verschiedene schöne Kaiserin-Elisabeth-Denkmalen zusammen; so das von Straßer entworfene. — Sehr originell ist der preisgekrönte Entwurf Edm. Hellmers für ein Wiener Denkmal des jüngeren Johann Strauß (Öst. Jll. Ztg., 5. Jan.). — Das Kronprinz-Rudolf-Denkmal von Mik. Vigeti wurde in Budapest enthüllt (Jll. Ztg., 5. Nov.). Das schon erwähnte figurenreiche Denkmal für Böroszmarty († 1855) wurde in Pest enthüllt (Jll. Ztg., 4. Juni). — Marienbad errichtete ein Monarchendenkmal zur Erinnerung an die Zusammenkunft König Edwards mit Kaiser Franz Josef 1904 (Jll. Ztg., 5. März). — Bettowski in Lemberg modellierte einen Denkmalentwurf für Kordecki, den Verteidiger des Klosters Czestochau (Öst. Jll. Ztg., 30. Aug.). — Hans Brandstetter modellierte den Roseggerbrunnen für Rapsenberg (Öst. Jll. Ztg., 29. März). — Jos. Tschuschuf das Hesser-Denkmal zu Wien (Jll. Ztg., 2. Jan.). — Ein Haspinger-Denkmal von Jos. Pissraden wurde in Klausen aufgestellt (Jll. Ztg., 24. Sept.). — Franz Matsch modellierte ein Hubertus-Relief für die Jagdkapelle bei Maria-Zell (Öst. Jll. Ztg., Dez.). — Jos. Engelhard schuf das Denkmal für Rudolf Alt auf dem Zentralfriedhof, Moos das Landesverteidiger-Denkmal in Unken (Öst. Jll. Ztg., 1. Nov.). — Auf dem Wiener Zentralfriedhof wurde ein Grabmonument für den Bildhauer Fernkorn († 1878) errichtet (Öst. Jll. Ztg., 7. Juni). — Zum 70. Geburtstag des Plastikers R. Rundmann modellierte W. Seib sein Reliefbildnis (Öst. Jll. Ztg., 21. Juni). — In Wien wurde ein Brunnen mit dem „Lieben Augustin“ von Hans Scherpe aufgestellt (Jll. Ztg., 10. Sept.). — Th. Rhuen schuf den Rossauer-Brunnen an der Elisabethpromenade in Wien (Öst. Jll. Ztg., 15. Nov.). — Der Panneau-Malerin Henriette Manfiewicz wurde ein Denkmal von Sachsse auf dem Döblinger Friedhof errichtet (Öst. Jll. Ztg., 26. Jan.).

Denk-  
mäler.

In Wien fanden Kunstwanderungen zu wohlthätigen Zwecken statt.

In Stadt Steyr in Oberösterreich wirkte Meister Michel Blümelhuber als Erneuerer einer außerlesenen Kunst der Eisenbehandlung (Ill. Ztg., 17. Dez.).

Italien.

In Italien wurde der frühere Kultusminister Nasi wegen Unterschlagungen vom Senat als Staatsgerichtshof verurteilt.

Das deutsche Kaiserpaar kam mit dem Königspar am 25. März in Venedig zusammen. Darauf hatte auch Fürst Bülow am 14. April zu Rom Besprechungen mit dem König und mit Tittoni. Bülow erklärte: „Ich kehre immer gern nach der Ewigen Stadt zurück, wo ich so lange gelebt und jetzt auch Eigentum erworben habe, so daß ich von mir sagen kann: Civis Romanus sum.“ — Es folgte am 28. April eine Zusammenkunft zwischen dem Ministerpräsidenten Giolitti und Bülow zu Venedig. — Zum internationalen Ackerbauinstitut traten im Mai die meisten Staaten bei. — Ende September traf Tittoni, der Minister des Auswärtigen, mit Tswolski in Desio zusammen. — Der montenegrinische Ministerpräsident Tomanovic weilte Ende Oktober in besonderer Mission in Rom. — Durch ein Erdbeben wurde Messina und Reggio am 28. und 29. Dezember zerstört; man schätzte die Zahl der Toten auf 170.000.

Papst.

Papst Pius X. empfing den Fürsten Bülow am 15. April und am 13. November eine außerordentliche Gesandtschaft unter v. Schorlemers Führung mit den Glückwünschen des Deutschen Kaisers zum goldenen Priesterjubiläum.

Beim fünfzigjährigen Priesterjubiläum des Papstes marschierten auch die katholischen Turnervereine zum internationalen Schauturnen im Hofe des Vatikans auf (Ill. Ztg., 11. Okt.).

Romolo Murri, das Haupt der „Christlichen Demokratie“ in Italien, suchte seine Kämpfe mit dem Vatikan auch in der „Allgemeinen Zeitung“ auszufechten (22. Aug.). — Die „Società internazionale scientifico-religiosa“ in Rom gab eine neue Zeitschrift (italienisch) heraus: „Nova et Vetera“ in modernistischem Geiste. Tyrrell schrieb darin über den geistigen Primat von Rom. Loisy sollte besonders hervorgehoben werden. — Auch die Mailänder reformkatholische Zeitschrift „Rinnovamento“ wollte sich nicht beugen, sondern ihre Ziele unbeirrt weiter verfolgen (Allg. Ztg. Nr. 10). — Der englische Theologe A. Leslie Viley gab die Einleitung zu dem aus dem Italienischen ins Englische übersetzten Werk: „Das Programm des Modernismus“, und dessen Verteidigung gegen die Enzyklika.

Gabriel d'Annunzios neue Tragödie „Das Schiff“ hatte die Tendenz, Italiens Aspirationen auf die Adria zu entflammen; aber trotz dem großen Theatererfolg blieb nicht nur die hohe nationale, sondern auch jede tiefere innere Wirkung aus; „denn es kann eben weder Glaubenstiefe noch sittlicher Schwung noch Tatenbegeisterung aus einer Dichtung hervorleuchten, wenn der Dichter jene nicht besitzt.“

Professor Sergi in Rom untersuchte in mehreren Schriften das Verhältnis der Arier zu den besiegten Nichtindogermanen, die er Eurafrikaner nannte. Darüber A. Wirth in der „Allgemeinen Zeitung“ 14. November.

Der Abruzzese Fr. B. Michetti war berühmt durch die das Volksleben und religiöse Leben seiner Heimat virtuos und phantasiereich darstellenden Gemälde (All. Ztg., 3. Sept. usw.).

Eine Büste Richard Wagners von Schaper wurde in Venedig aufgestellt (All. Ztg., 29. Okt.).

Auch die Italiener versuchten im Oktober ihren lenkbaren Militärballon am stillen See von Bracciano in der Provinz Rom (All. Ztg., 22. Okt.).

Der Fürst von Monaco baute ein Ozeanographisches Museum (All. Ztg., 19. März).

Bei einer Rundfrage der italienisch-französischen Revue „Coenobium“ über die bedeutendsten Werke der Weltliteratur figurierte an erster Stelle Dante, dann Shakespeare, die Bibel, Plato, Goethe, Marc Aurel, ferner noch Viktor Hugo, Homer, Cervantes, Pascal, Spinoza, Kant, Schopenhauer, Tolstoi, Renan, Nietzsche, St. Augustin, Molière; endlich Schiller und Ibsen.

Der König von Portugal und der Kronprinz wurden am 1. Februar ermordet. Der jüngere Sohn Manuel trat die Regierung an. Portugal.

Eine internationale Schifffahrtskonferenz zu London regelte die Über-England-fahrtspreise, um eine allzu wilde Konkurrenz auszuschließen (7. Febr.). — Das Unterhaus lehnte den Antrag der Arbeiterpartei auf Anerkennung des Rechtes auf Arbeit ab (13. März). — Über die Heeresausgaben sagte der Handelsminister Lloyd George am 26. Mai, der Wettbewerb in den Rüstungen sei eine sehr ernste Sache, an der England ebenso große Verantwortung trage wie irgend ein anderes Land. — Bei wiederholten stürmischen Demonstrationen der Frauen für das Frauenstimmrecht mußte die Polizei eingreifen. — Zur Oberhausreform empfahl der betreffende Ausschuß Einschränkung der erblichen Peers, Schaffung von vierzig Peers auf Lebenszeit, offizielle Vertretung der Kolonien.

Ein sehr bemerkenswerter Artikel in der „Allgemeinen Zeitung“ 28. November kommt zum Schluß: „Das gewaltige britische Reich hat sehr verwundbare Stellen, und was stets im Hinblick auf Rußland gesagt zu werden pflegt, trifft vielleicht mit mehr Recht bei ihm zu: es ist ein Koloss mit tönernen Füßen. Es hätte darum alle Ursache, Händel zu vermeiden, denn für England steht mehr auf dem Spiele als für eine andere Macht; seine Größe, sein Reichtum, sein Einfluß beruhen auf den Kolonien, mit deren Verlust würde es aus dem stolzen Großbritannien zu einem armseligen Kleinbritannien zusammenschrumpfen.“

Zeppelins Erfolge machten die Engländer noch nervöser als das deutsche Flottenprogramm, da damit die Gefahr einer Invasion zu steigen schien (Allg. Ztg., 15. Aug.). — Nach dem ersten Mißerfolg schien sich das zweite englische Militärluftschiff „Nulli secundus“ besser zu bewähren (All. Ztg., 30. Juli). — Im Londoner Stadion wurden „Olympische Spiele“ veranstaltet; es fehlte ihnen freilich der nationale und religiöse Widerhall der alten Zeit.

Sir W. Edward Goschen wurde britischer Botschafter in Berlin, der Enkel des deutschen Buchhändlers Göschen.



Tyrrell.

P. George Tyrrell schrieb in der „Allgemeinen Zeitung“ (7. Nov.) über „Die Lösung des Katholizismus vom Ultramontanismus“ — eine Bahnidee, denn ein vom Ultramontanismus, das heißt von der Papstkirche gelöster Katholizismus ist ein Nichts.

Die Großartigkeit, mit der 1908 der Eucharistische Kongreß in London abgehalten werden konnte, bewies den großen Umschwung, der sich in der Stellung der katholischen Kirche seit sechzig oder siebenzig Jahren vollzogen hatte, besonders seit Newmans Übertritt. Die von Frankreich ausgetriebenen Orden fanden hier freundliche Aufnahme. Zum erstenmal seit der Reformation wurde ein päpstlicher Legat in London mit Begeisterung empfangen.

Der Königin Alexandra wurde ein Standbild im Londoner Hospital errichtet (Öst. Zll. Ztg., 23. Aug.).

Die Londoner Studenten demonstrierten gegen das von den Antivivisektionisten errichtete Denkmal eines vivisezierten Hundes.

Frankreich.

Es wurde das Problem der französischen Ardennenbahn und ihrer Deckung im Fall eines deutsch-französischen Krieges besprochen (Zll. Ztg., 10. Sept.).

Eine deutsch-französische Annäherung lag im franko-deutschen kommerzialen Komitee (Zll. Ztg., 2. April).

Französische Pfarrer erwarben nun ihren Lebensunterhalt als Maler, Konservenfabrikanten, Uhrmacher, Optiker, Keramiker, Tischler, Mechaniker, Bienenzüchter, Kupferdrucker u. dgl.

Das Gambetta-Denkmal für Nizza zeigte den „hinreißenden“ Redner am Pult; am Sockel wird eine Fahne geschwungen (Öst. Zll. Ztg., 13. Dez.). — Eine Zolabüste von Derré wurde in Surresnes enthüllt (Zll. Ztg., 2. April). — Das Glanzstück des neuen Balzac-Museums bildete die skizzenhafte Statue Balzacs von Rodin (Öst. Zll. Ztg., 28. Juni). — Im Pariser Salon fiel das Gemälde „Beethoven“ von J. P. Laurens auf, eine großartige Vision (Zll. Ztg., 30. April).

Der Franzose Henri Lichtenberger schrieb über „Das moderne Deutschland und seine Entwicklung“ (übersetzt von Freiherrn v. Oppeln-Bronikowski). — Henri Poincaré (der Better des Staatsmanns) wurde in die Akademie gewählt. Als philosophischer Mathematiker war er Schöpfer des „Poincarismus“ ähnlich dem „Humanismus“ der jüngeren Generation: „Das Ausleuchten des menschlichen Genies in der unendlichen Welt ist alles.“

Poincarismus.

Die Götterdämmerung wurde in der Pariser Großen Oper aufgeführt (Zll. Ztg., 29. Okt.) und erzielte die höchsten Einnahmen.

Als Ersatz der vor sechs Wochen nach Schottland hin entflohenen „Patrie“ manövrierte am 15. Januar bei Verdun ein neues lenkbares Luftschiff „Ville de Paris“ (Zll. Ztg., 30. Jan.). — Der Flieger Farman gewann den Deutsch-Archdeakon Preis von 50.000 Franken über ein Kilometer geschlossene Luftbahn (Öst. Zll. Ztg., 19. Jan.).

Ein Segantini-Museum wurde bei St. Moritz im Engadin eröffnet (Zll. Ztg., 24. Sept.).

Ein vornehmer Bau war das neue königliche Schauspielhaus in Stockholm (Zll. Ztg., 5. März).

Rudolf Eucken schrieb als Nobelpreisträger über die Kulturbedeutung der Nobelstiftung (Allg. Ztg., 26. Dez.).

Belgiens Künstler stellten in Berlin aus: Ch. van der Stappen: David in Bronze, Jean Delville: Die Schule des Plato, Leon Frederic: Beethovens Pastorale (Ill. Btg., 12. Nov.)

Beide belgische Kammern genehmigten die Übernahme des Kongostaates 20. August.

Kongostaat.

Wegen Regierungsunfähigkeit des Großherzogs von Luxemburg wurde dessen Gemahlin Maria Anna zur Regentin ernannt.

Der unglückliche Verteidiger von Port Arthur, General Stössel, Rußland. wurde im Februar zum Tod verurteilt, aber zu zehnjähriger Festungshaft begnadigt. Der Zar erließ am 18. März einen Erlaß an Armee und Flotte, des Inhalts, daß durch die schmachvolle Übergabe der Festung die Heldentaten der Besatzung nicht in ihren vollen Ehren berührt werden. — Die Duma genehmigte im April den Bau der Amureisenbahn. Man stritt sich im Mai um den Begriff des Parlamentarismus. Finanzminister Kofowzow erklärte: „Wir haben gottlob noch kein Parlament.“ Die Rechte stimmte jubelnd zu, die Linke protestierte, der Präsident bezeichnete die Worte als ungeschickt, die offiziöse „Rossija“ schrieb: „Wir sind der Ansicht, daß ein Parlament im Sinne der Verkörperung des Parlamentarismus in Rußland gleichbedeutend wäre mit dem Untergang Rußlands als Staat.“ — In Petersburg wurde Ende Mai ein allslawischer Kongreß abgehalten, an dem sich besonders die Tschechen beteiligten. — Die Regierung genehmigte am 18. Juni den neugegründeten „Allrussischen nationalen Verband“, der unter der Devise „Rußland für die Russen“ den Einfluß der nichtrussischen Völker im Reiche bekämpfen sollte. — Tscholowski konferierte am 22. bis 24. August in Karlsbad mit König Edward und Clemenceau.

Aus Anlaß des achtzigsten Geburtstages Tolstois erließ der heilige Synod Tolstoi. einen Aufruf an alle Rechtgläubigen mit einer Warnung vor der Richtung, die dieser einst so verdiente Schriftsteller seit den siebziger Jahren einschlug; denn er feinde seither die christliche Lehre und die orthodoxe Kirche an. Trotzdem wurde der Geburtstag, 10. September, von der Presse gefeiert; die Masse und die amtlichen Kreise blieben freilich teilnahmslos.

Aber die bosnische Krisis ließ sich der Graf Leo Tolstoi in der „Allgemeinen Zeitung“ 19. Dezember also vernehmen: „Wenn man mich um Rat fragt, was man tun soll — ob mich nun ein Indier fragt, wie er gegen die Engländer, oder ein Serbe, wie er gegen Österreich, oder ob mich Perser und Russen fragen — ich kann nur das eine antworten: man soll sich mit aller Kraft vom verderblichen Aberglauben des Patriotismus und des Staates befreien und in jedem Menschen seine Menschenwürde erkennen, die keine Abweichung vom Geseze der Liebe duldet, die nichts von Staat und von Sklaverei weiß und keine besonderen Taten, sondern nur das Einstellen jener Handlungen fordert, welche das Böse stützen und unter welchen die Menschen leiden.“

Eine Untersuchung ergab, daß die Moskauer Geheimpolizei seit Jahren in Verbindung mit den Verbrechern arbeite, gemeinsam Morde, Räubereien und Erpressungen ins Werk setze.

Fürst Ferdinand von Bulgarien heiratete die Prinzessin von Ruß 1. März.

Rumänien erklärte am 11. Oktober amtlich, daß keine Militärkonvention mit Österreich-Ungarn bestehe. Rumänien habe volle Bewegungsfreiheit. Es wird sich stets vom Gesichtspunkt seiner eigenen Interessen leiten lassen. Die Entscheidung liegt bei den Großmächten; Rumänien wird kein Friedensstörer sein. Die Annexion Bosniens berührt kein direktes Interesse Rumäniens; aber niemand hat ein größeres Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo.

Bagdad-  
bahn.

Die Pforte genehmigte Mitte Februar den Weiterbau der Bagdadbahn um 850 Kilometer bis El Helis, 200 Kilometer westlich Mossul. Albrecht Wirth hielt die Berichte von der Bagdadbahn für zu optimistisch (Allg. Ztg., 4. Juli) „die Bagdadbahn ist eine deutsche Flasche, die durch einen englischen Kork zugesperrt ist. Strategisch hat sie den größten Wert, aber für die Erschließung Mesopotamiens wird sie nicht allzusehr in Betracht kommen.“ Ein Aufstand in Samos mußte Ende Mai mit Aufbietung starker Streitkräfte niedergeschlagen werden. — Mit Persien gab es Grenzstreitigkeiten. — Die englische Regierung stellte Mitte Dezember der Pforte einen Admiral zur Reorganisation der türkischen Flotte zur Verfügung. — Infolge der türkischen Konstitution hatten auch die Ägypter Verfassungswünsche. Der koptische Advokat Fanous gründete eine ägyptische Partei mit dem Programm: Unabhängiges Ägypten und Parlament, in dem nur Ägypter sitzen.

Deutsche Ausgrabungen fanden in Milet statt (All. Ztg., 2. April).

\*                      \*

Kanada.

Im kanadischen Unterhaus sprach der Premierminister gegen die zwangsweise Ausschließung der Japaner; man werde vielmehr die japanische Regierung zur freiwilligen Einschränkung der Auswanderer zu veranlassen suchen. Man dürfe sich nicht Japan zum Feinde machen: im Fall eines Krieges könnten wir es wünschen, daß die japanische Flotte im Verein mit der englischen unsere Küsten beschütze (29. Jan.).

Man feierte den dreihundertsten Jahrestag der Gründung Quebecks und des Beginns der Kolonisation Kanadas.

Amerika.

Präsident Roosevelt richtete am 31. Januar an den Kongreß eine Spezialbotschaft über die Trusts. Er forderte Revision des Arbeitgeber-Haftpflichtgesetzes, gesetzliche Maßnahmen gegen das Differenzspiel an der Effektenbörse, er kritisierte das Geschäftsgebahren der Standard Oil Company und anderer Gesellschaften und deren Unterstützung durch gekaufte Politiker und gekaufte Zeitungen. Der Korruption gegenüber, die mit allen Mitteln die moralische Wiedergeburt des Geschäftslebens hintan-



zuhalten suche, müsse eine Wiederholung der Skandale, wie sie die jüngste Zeit im geschäftlichen und politischen Leben ans Licht gebracht hat, verhindert werden. Die Bewegung gegen die Korruption muß nicht eine bloß ökonomische, sondern grundsätzlich eine ethische Bewegung sein. — Die amerikanische Schlachtflotte brach im Februar nach dem Stillen Ozean auf. — Im März fand ein blutiger Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und Polizisten zu Washington statt. — In einer Botschaft vom 9. April forderte Roosevelt gesetzliche Maßnahmen zur Unterdrückung des Anarchismus, besonders Ausschließung anarchistischer Veröffentlichungen vom Postvertrieb. Im Vergleich zur Unterdrückung des Anarchismus schrumpfte jede andere Frage zur Bedeutungslosigkeit zusammen. — Am 14. April erließ der Präsident eine Botschaft über die Beschleunigung und Vermehrung von Kriegsschiffbauten.

Anarchismus.

Zu Washington wurde am 11. Mai der Grundstein des Büros der amerikanischen Republiken gelegt; es sollte der Förderung engerer kommerzieller und politischer Beziehungen zwischen den Schwesterrepubliken dienen. Roosevelt hob in einer Ansprache die Bedeutung dieses Schrittes hervor: „Nunmehr haben wir uns zu gemeinschaftlichem Wachstum zusammengefunden. Im neuen Jahrhundert wird hoffentlich der Aufschwung von Mexiko, Zentral- und Südamerika dem von Nordamerika gleichkommen.“ — In Springfield (Illinois) brachen im August blutige Straßenschlachten zwischen Weißen und Negern aus, die das Eingreifen von Militär nötig machten. — Bei der Präsidentenwahl am 3. November siegte der republikanische Kandidat W. H. Taft über den demokratischen Bryan mit 302 gegen 181 Wahlstimmen.

Ende November schlossen die Vereinigten Staaten mit Japan ein Abkommen über Ostasien; sie verpflichteten sich gegenseitig, ihren Besitzstand zu achten und die Integrität Chinas zu verteidigen. Allen Nationen sollten gleiche Vorteile für Handel und Industrie gesichert sein.

In seiner letzten Botschaft vom 8. Dezember schilderte Roosevelt die Finanzlage als ausgezeichnet, aber das Geldumlaufsystem als mangelhaft. Über die Trusts, die am zwischenstaatlichen Geschäftsverkehr beteiligten großen Gesellschaften, besonders die Eisenbahnen, äußerte er sich zweideutig. Es sei töricht, alle Kombination verhindern zu wollen, wie es das Sherman'sche Antitrustgesetz tat; denn ein solches Gesetz kann nur unvollständig und ungleichmäßig zur Anwendung gelangen, es schafft ebensoviel Härte wie Gutes. Dagegen ist die Kontrolle und Beaufsichtigung der sonst freien Kombinationen geboten, und zwar nicht auf gerichtlichem, sondern auf dem Verwaltungsweg. So sollten die Eisenbahnen, die Telegraphen- und Telephongesellschaften dem Antitrustgesetz entzogen werden. Zu vermeiden sind die Extreme, einerseits unbeschränkter Individualismus, anderseits Bedrückung jeder Initiative und Geschäftsklugheit. Er empfahl die Fortschritte der zwanzig lateinisch-amerikanischen Republiken der Aufmerksamkeit des Kongresses. Dieser

Lateinisch-Amerika.

Teil der Erde bietet die größte Entwicklungsmöglichkeit, besonders für die Ausdehnung des Handels der Union. Das Werk des Panamakanals wird rüstig gefördert. Die größte Aufmerksamkeit verdient aber Hawaii und die Philippinen. Puertorico möge in die Amerikanische Bürgerschaft aufgenommen werden. Kuba soll Selbständigkeit erhalten.

Julius Sachs in Newyork zeigte, daß man in Amerika bereits wieder über die vor dreißig Jahren eingeführte Koedukation beider Geschlechter infolge der Erfahrungen hinausgekommen sei (Allg. Ztg., 26. Dez.).

Das schöne Schillerdenkmal von Mahen in Detroit (Amerika) wurde von dreißig deutschen Vereinen eingeweiht (Öst. Zll. Ztg., 23. Aug.).

Typen neuerer amerikanischer Architektur bietet „Österreichs Illustrierte Zeitung“, April.

Der amerikanische Flugtechniker Wilbur Wright unternahm mit seinem Aeroplan in Le Mans erfolgreiche Flüge (Zll. Ztg., 20. Aug., 1. Okt.). — Orville Wright verunglückte während seines letzten Rekordfluges in Washington (Öst. Zll. Ztg., 27. Sept.). — Der Luftschiffer Curtis gewann in Hammondsport (Amerika) einen Preis (Öst. Zll. Ztg., 26. Juli).

G. Eberleins Entwurf für das argentinische Befreiungsdenkmal in Buenos Aires erhielt den ersten Preis (Zll. Ztg., 16. Juli).

In Cartago (Costarico) wurde das Zentralamerikanische Schiedsgericht unter Teilnahme nordamerikanischer Gesandten eröffnet. — In Haiti brach eine Revolution aus; der Präsident Nord Alexis floh auf ein französisches Schiff. — Auch in Venezuela vollzog sich ein Umschwung infolge der Differenzen mit den Niederlanden.

Japan. Japan sah sich selbst veranlaßt, die unliebsame Auswanderung nach Hawaii etwas einzuschränken. Ebenso die nach Kanada. Japan hatte mit Aufständen in Korea zu schaffen und mit Grenzstreitigkeiten gegen China. Dafür brachen in Hongkong Bewegungen gegen die dortigen Japaner aus.

China. Der Kaiser von China Kuang-Hsu starb am 11. November, die alte Kaiserin-Witwe Tschsi, die eigentliche Regentin, am 15. Man glaubte, daß der Kaiser von den Machthabern beseitigt worden sei, damit er nicht nach dem Tode der alten Kaiserin ein neues Regiment einführe. Für den minderjährigen Hsuan-Tung wurde Prinz Chun, der „Sühnepinz“ von 1901, zum Regenten proklamiert.

Persien schloß einen Geheimvertrag mit Rußland. Die persische Verfassung führte zu immer neuen Konflikten, so daß sie der Schah am 24. November aufhob und eine Notabelnversammlung als Staatsrat bildete.

In Teheran blühte eine deutsche Schule.

Die Unruhen in Britisch-Indien gegen die englische Herrschaft nahmen zu. Man ging sehr summarisch gegen die Unruhestifter und „Anarchisten“ vor.

Der „Commonwealth of Australia“ schien sich als Zukunftsstaat auszubilden auf rassenpolitischen Grundlagen, als Zusammenschluß der Europäer, der Weißen gegen die andern Rassen.

## Das Jahr 1909.

Österreichisch-türkische Verhandlungen; Einigungsprotokoll. Großserbische Bewegung. Deutsch-französisches Abkommen über Marokko. „Nibelungentreue.“ Flotteneifersucht. Die Annexion erledigt. Revolutionärer Herrscherwechsel in der Türkei. Schiedsgericht über Casablanca. Deutsche Reichsfinanzreform; Sturz Bülow's. Zerfall des Bülow-Blocks. Bethmann Hollweg Reichskanzler. Schwarzblauer Block. Der Friedungsprozeß. Der Ferrerummel. Neuer Gardenprozeß. Die Revisionisten. Osterdiensttagkonferenz. Ist das Zentrum konfessionell? Zionisten. Die katholische Literaturbewegung. Zeppelin. Minister Weiskirchner. Neue Enzyklika gegen den Modernismus. Royalisten in Frankreich. Thronwechsel in Belgien. Balkanstaatenbund? Arktische Frage. Bagdadbahn. Jungägypten. Juanschikai. Präsident Taft und die Deutsch-Amerikaner. Antitrusibewegung.

Wir versuchen wieder, die politischen Ereignisse dieses Jahres, die sich aus der türkischen Revolution und aus der daraus folgenden bosnischen Krise ergaben, in allgemeinem Zusammenhang zu berichten. Die Verhandlungen des österreichisch-ungarischen Botschafters Markgrafen Pallavicini mit dem Großwesier Riamil Pascha waren zu Beginn des Jahres soweit vorgeschritten, daß die Türkei als Entgelt für die Abtretung ihrer Rechte auf Bosnien eine finanzielle Zuwendung zu verlangen suchte. Österreich war bereit, als Ersatz für die in den beiden Provinzen gelegenen ehemaligen türkischen Staatsgüter eine erhebliche Summe zu bieten. Weterle erklärte nochmals im ungarischen Abgeordnetenhaus (27. Jan.): „Die seit längerer Zeit zutage tretende großserbische Bewegung hat die Annexion beschleunigt. Wir standen so bedenklichen Symptomen gegenüber, daß wir genötigt waren, schnell zu handeln, und die Einverleibung so schnell wie möglich proklamieren mußten. Die großserbischen Agitatoren verbreiteten in Landvolke die Meinung, daß diese Gebiete rechtmäßig zu Serbien gehörten und demnächst an Serbien angegliedert werden sollten. In den Schulen wurde den Kindern erzählt, der König von Serbien sei ihr rechtmäßiger Herrscher, und sein Bild wurde in Tausenden von Exemplaren unter der unwissenden Landbevölkerung verteilt. Der Staatsanwalt war genötigt, gegen die Führer jener Agitation einzuschreiten.“ Der Hochverratsprozeß wurde in Agram eingeleitet. — Die Bulgaren erklärten zwar zuerst, sie würden ihre Unabhängigkeit nicht mit Geld, sondern mit Blut erkaufen, und rüsteten gewaltig, gaben aber doch den Mahnungen Rußlands Gehör. Es wurde nur noch um achtzehn Millionen Frank gefeilscht. — Serbien rüstete ebenfalls und erklärte, Bosnien könne nur über ein totes Serbien hinweg eine österreichische Provinz werden. Nicht minder groß war die kriegerische Stimmung in Montenegro.

Der Standpunkt des Deutschen Reichs wurde offiziös also bezeichnet: „daß wir die Wahrung der Großmachtstellung Österreich-Ungarns auch als

Bos-  
nische  
Krise.



ein eminentes Interesse der deutschen Politik betrachten; daß wir deswegen ohne Zögern an die Seite unseres Bundesgenossen getreten sind; daß wir nach allen Seiten über unsere feste Entschlossenheit, uns nicht von Österreich abdrängen zu lassen, Klarheit gegeben haben". — Dabei wurde es nicht als bedeutungslos angesehen, daß der Deutsche Kaiser seinen Generalen zu Neu-  
 Schlieffen. jahr Stellen aus einem Aufsatz des Grafen Schlieffen über den „Krieg der Gegenwart" vorlas. Es hieß da: „Die Schlachten der Zukunft werden den auf großen Räumen zu verwendenden Massen entsprechend mehrere, ja viele, wenn auch nicht vierzehn Tage, wie bei Mukden, in Anspruch nehmen. Der Feldzug schleppt sich hin. Solche Kriege sind aber zu einer Zeit unmöglich, wo die Existenz der Nation auf einen ununterbrochenen Fortgang des Handels und der Industrie begründet ist und durch eine rasche Entscheidung das zum Stillstand gebrachte Räderwerk wieder in Lauf gebracht werden muß." Der Aufsatz schilderte, wie Mitteleuropa, der Dreibund, im Westen und Osten von uneinnehmbaren Bollwerken umgeben ist, an der belgischen, französischen, schweizerischen, französisch-italienischen, russischen Grenze. Der Kaiser schloß mit Mahnungen zu altpreußischer Schlichtheit und Sparsamkeit.

Bülow. Eine lange Reihe von Artikeln in Zentrumsblättern besprach bereits den zu erwartenden Rücktritt Bülow's als Folge der Novemberereignisse. Der Reichskanzler kam im preußischen Abgeordnetenhaus 19. Januar darauf zu sprechen: er habe sich niemals der Verpflichtung entzogen, den Träger der Krone zu decken. Aber auch ein Buch des Konservativen Adolf Stein „Wilhelm II." stellte damals fest, daß dem Kaiser großes Unrecht geschehen sei.

Die englische Phantasie verteidigte sich noch immer gegen eine mögliche deutsche Invasion; aber Kriegsminister Salda ne beruhigte die Leute; selbst wenn 200.000 Deutsche plötzlich landen sollten, so stehe eine Territorialarmee von 527.000 Mann in Bereitschaft. Gren, der Staatssekretär des Auswärtigen, beklagte es, daß man in Österreich die englische Regierung einer böswilligen Politik beschuldige. „Soweit ich gesehen habe, bestand auf unserer Seite keine Neigung, über die Grenzen einer anständigen Erörterung hinauszugehen und den Streit zu verbittern." Ebenso verbindlich äußerte sich in Frankreich der offiziöse Temps: „Unsere Interessen, die uns nötigen, weil sie friedlich sind, Konflikte zu vermeiden, verbieten uns, Stellung gegen eine Macht zu nehmen, die uns keinen Grund zu irgendwelcher Klage gibt, nämlich gegen Österreich-Ungarn." — Ärgerlicher meinte die russische Presse: „Das Abkommen zwischen Österreich und der Türkei beseitigt nicht die Rechte der an der Erhaltung des Berliner Vertrages interessierten Mächte." Das Abkommen ist „ein großartiger Erfolg der österreichischen Politik und eine neue Niederlage der russischen Diplomatie".

Je günstiger sich die Verhandlungen Österreichs mit der Pforte entwickelten, um so gereizter wurde die Haltung Serbiens. Das „Fremdenblatt" schrieb am 22. Februar: „Es ist kein Zweifel darüber möglich, was Serbien will. Es verlangt heute einen Teil Bosniens, um bei Gelegenheit  
 Tswolfski. seine Hand nach dem Ganzen auszustrecken." Tswolfski's zweideutiges Spiel hielt die Gefahr eines Zusammenstoßes offen. Aber Österreich wußte,

daß Rußland für ein militärisches Eingreifen selbst ganz unvorbereitet war; es konnte nicht um Serbiens willen einen europäischen Krieg entfesseln. Frankreich wäre dabei gezwungen gewesen, Rußland beizustehen in einer Sache, die weitab lag vom eigentlichen Bündniszweck, zum Schaden seiner eigenen Sparer, die an russischen Werten über eine Milliarde, an serbischen beinahe eine halbe Milliarde besaßen.

Der infolge einer Ministerkrise zur Regierung gelangte neue Großwesier Hilmi Pascha konnte am 26. Februar zu Konstantinopel das Einigungsprotokoll mit Österreich abschließen. Es bestimmte: 1. den Verzicht Österreichs auf Novibazar. 2. Die Türkei anerkennt den durch Österreich für Bosnien und die Herzegowina geschaffenen Zustand. 3. Die Bosnier können auch weiterhin nach der Türkei auswandern. 4. Religionsfreiheit der Muhammedaner in Bosnien. Der Name des Sultans wird auch weiterhin als Khalif in den öffentlichen Gebeten genannt. Der Scheich ül Islam in Konstantinopel bleibt die höchste religiöse Autorität. 5. Österreich zahlt als Gegenwert der türkischen Staatsgüter zweieinhalb Millionen türkische Pfund (54 Millionen Kronen). 6. Handelsvertrag. 7. Aufhebung der österreichischen Postämter in der Türkei, sobald die andern Mächte das gleiche tun. 8. Abschaffung der Kapitulationen. — Daraufhin erteilte der Großwesier allen Provinzen den telegraphischen Befehl, den Boykott auf österreichische Waren einzustellen.

Einigung.

Während Deutschland, Frankreich und England (im Einverständnis mit Rußland) die Serben zur Vernunft mahnten, entwickelte der serbische Ministerpräsident Ende Februar sein großserbisches Programm: „Es sind nicht die drei Millionen Serben Serbiens und Montenegros, welche die serbische Nation bilden, nein, sie bilden nur den dritten Teil der Nation, die andern zwei Drittel, sieben Millionen, sind in Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Bosnien und der Herzegowina, die man annektieren will. Diese zwei Drittel wurden gegen ihren Willen dem habsburgischen Regiment unterworfen. Wir hier und in Montenegro waren territorial unabhängig, aber wirtschaftlich und politisch durchaus in den Händen Österreichs. Wir können nicht in dieser unerträglichen Lage bleiben, wir wollen frei sein. Dies Ziel wollen wir durch gesetzmäßige Mittel erreichen; deshalb wünschen wir eine gemeinsame Grenze mit unsern montenegrinischen Brüdern.“ — Aber die Russen hatten seit dem Abkommen zwischen Österreich und der Türkei auf ein gewaltsameres Vorgehen ganz verzichtet; die freundschaftliche Aufnahme des Herrschers von Bulgarien in Petersburg galt auch bereits als grundsätzliche Anerkennung der neuen Lage am Balkan.

Großserbien.

Die Friedensstimmung wurde durch den Besuch des englischen Königs paares in Berlin 9. Februar noch mehr gefestigt. Kaiser Wilhelm wies auf alte Traditionen und enge Bande der Verwandtschaft hin: „Das deutsche Volk begrüßt den Beherrscher des mächtigen britischen Weltreiches mit der ihm gebührenden Achtung und sieht in dem Besuch eine neue Edward.

Bürgerschaft für die fernere friedliche und freundschaftliche Entwicklung.“ Auch König Edward wiederholte, „daß unser Kommen nicht allein die engen Bande der Verwandtschaft zwischen unsern Häusern vor der Welt in Erinnerung zu bringen beabsichtigt, sondern auch die Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern und dadurch die Erhaltung des allgemeinen Friedens erzielt.“ Bei dieser Gelegenheit brachte das „Berliner Tageblatt“ Enthüllungen über Bündnisverhandlungen, die 1899 bis 1901 durch Chamberlain angeregt wurden, aber in Berlin gescheitert seien. (Wir kennen das bereits aus dem Buch von R. Martin, vgl. S. 439f.). Vor dem Burenkriege habe Chamberlain eine deutsch-britische Verständigung über Marokko mit Ausschluß Frankreichs vorgeschlagen, die aber von der deutschen Regierung mit großer Reserve aufgenommen wurde. Er habe damals (November 1899) in einer Rede eine neue Tripelallianz zwischen der germanischen Rasse und den beiden Zweigen der Angelsachsen beinahe wie ein fertiges Faktum hingestellt. Aber wegen der Beschlagnahme dreier deutscher Reichspostdampfer seien die Verhandlungen abgebrochen worden. Im Januar 1901 habe dann Chamberlain den Beitritt Englands zum Dreibund mit Ratifizierung durch das Parlament angeboten. Aber Deutschlands Vorschlag, der chinesischen Regierung die Erhöhung der Seezölle um drei Prozent zuzugestehen, habe Ende März 1901 die öffentliche Meinung Englands so erregt, daß auch diesmal die Anregung ohne Folgen blieb. Diese Angaben wurden allerdings von Chamberlain dementiert, auch erinnerte man daran, daß dessen damalige Rede in Leicester durchaus nicht so klar war.

Marokko. Gleichzeitig (9. Februar) wurde auch in Berlin ein Abkommen mit Frankreich über Marokko unterzeichnet, folgenden Inhalts: „Die Regierung der französischen Republik und die des Deutschen Reiches vereinbaren zur Erleichterung der Ausführung der Algeciras-Akte, französischerseits Aufrechterhaltung der Integrität und der Unabhängigkeit des scherifischen Reiches und Erhaltung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung Deutschlands; deutscherseits Beschränkung auf wirtschaftliche Interessen ohne Vorzugsrecht für irgendeine Nation.“ Auch dies wurde als eine fühlbare Entspannung der politischen Spannungen betrachtet; um so mehr als es in die Zeit des englischen Königsbesuches fiel. Beiderseits wurde noch offiziös und offiziell festgestellt, daß sich in den politischen Besprechungen zu Berlin volles Einvernehmen über alle Fragen (mit Ausnahme der Flottenfrage?) ergeben habe. Um so sicherer konnte auch Deutschland seine Warnung an Serbien ergehen lassen.

England. England hielt seinen seebeherrschenden Standpunkt auch bei der Londoner internationalen Seekriegsrechtskonferenz fest (4. bis 26. Februar). Man einigte sich über einige Fragen der Blockade, der Konterbande, der Prisen, des nichtneutralen Schiffsverkehrs, der Änderung der Flagge. Als Premierminister Asquith am 18. Februar im Unterhaus gefragt wurde, ob der Besuch des Königs in Berlin eine Abrüstung erhoffen lasse, antwortete



er, die deutsche Regierung halte daran fest, daß ihr Marineprogramm ihren eigenen Bedürfnissen gemäß festgesetzt ist und durch das, was in England geschieht, nicht beeinflusst werden kann. Daher ist es in Berlin zu keiner Abmachung gekommen; es wurde nur gegenseitig klar, daß die Flottenausgaben keine Reibung der beiden Reiche bedeuten. Die auswärtige Lage hielt Asquith für befriedigend, bis auf die Dinge in Persien, wo es von Monat zu Monat schlechter stehe. Er gab auch zu, daß sich einige Teile Irlands in beklagenswerthem Zustand befänden, aber die Anwendung von Gewalt und Zwang würde keine Hilfe schaffen. Die Freude über die Folgen des Königsbesuchs in Berlin war so groß, daß der Gemeinderat der City von London die Berliner Stadtvertretung einlud. Es wurden Vorschläge gemacht, die Reichsarmee zu verstärken. Man hatte ja auch Nachricht von einer Verschwörung in Indien zum Sturz der englischen Herrschaft. Sie wirkte nicht durch offenen Aufstand, sondern durch die Presse, durch einen Nachrichtendienst, Beobachtung der Polizei, Beschaffung von Geldern; man wollte durch Einschüchterung die ausübende Gewalt und die Handhabung der Gesetze lahmlegen. Man ermordete Polizeibeamte, Zeugen in Kriminalprozessen usw. Durch die türkische Revolution waren auch die nationalen Wünsche in Ägypten erwacht. Es bildete sich dort eine Volkspartei, man forderte eine Verfassung, das Aufhören der englischen Besetzung mit ihrer tyrannischen Bedrückung. Auch die Studentenbewegung an der Universität zu Kairo nahm bedenkliche Formen an. An einem Ausstand waren angeblich 13.000 Studenten beteiligt. Es wurde wenigstens das erreicht, daß die Sitzungen des gesetzgebenden Rates öffentlich wurden. Aber man schloß die berühmte Universität, die größte islamitische Anstalt, für zwei Monate.

Zugleich mit der Kritik des schlechten Zustandes der französischen Kriegsflotte wurden die Bündnisverpflichtungen gegenüber Rußland erörtert im Fall eines Krieges Rußlands gegen Österreich. Jaurès bekämpfte die Aussicht, daß Frankreich im Falle deutscher Hilfe für Österreich gegen Serbien und Rußland seinem moskowitischen Bundesgenossen mit gesamter Macht beistehen solle. Zudem meinte man in Frankreich, es handle sich mehr um die ohnmächtige Eitelkeit Iswolskis als um russische Lebensinteressen.

Die Kriegsgefahr vom serbischen Winkel her wurde durch die Serbien. allgemeine Friedensförderung der Mächte gebannt. Das geschah am 2. März durch persönlichen Zuspruch der Vertreter Rußlands, Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens beim serbischen Außenminister Milowanowitsch. Die Belgrader Regierung nahm davon Kenntnis; nach einem Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs übergab Serbien seine territorialen Forderungen der Gerechtigkeit Europas. Aber auch diese Erklärung wurde infolge der ablehnenden Haltung Rußlands am 6. März zurückgezogen. Das Amtsblatt begnügte sich, am 7. März den serbischen

Standpunkt festzulegen, daß Österreich nur der Verwalter der serbischen Gebiete von Bosnien und Herzegowina war, die 1878 zwischen Serbien und der Türkei strittig waren. Nachdem die Türkei durch ihr Abkommen ausgeschieden ist, bleibt Serbien allein berechtigt. Eine serbische Zirkulardepesche vom 10. März besagte noch: „Im Geiste des Standpunkts, daß die bosnisch-herzegowinische Frage eine europäische Frage ist, . . . übergibt Serbien, auf die Weisheit und Gerechtigkeit der Mächte vertrauend, seine Sache ohne Rückhalt ihnen als dem zuständigen Gericht und verlangt folglich bei diesem Anlaß von Österreich-Ungarn keine Entschädigungen, weder territoriale, noch politische, noch ökonomische.“ Diese Anerkennung der Großmächte (Berlin, Wien, Petersburg, London, Paris, Rom, Konstantinopel) als eines europäischen Gerichtshofs ist von größter Bedeutung für das internationale Staatsrecht. Österreich machte die Erledigung des Handelsvertrags mit Serbien abhängig von der freundlicheren Haltung des unruhigen Nachbars; aber auch darin zeigte sich die serbische Regierung sehr widerborstig. Die serbische Dynastie hatte aber auch sonst kein Glück. Kronprinz Georg wich dem Unwillen der öffentlichen Meinung, die ihm den Tod seines von ihm mißhandelten Dieners schuld gab; er verzichtete auf sein Thronfolgerecht mit Zustimmung des Kronrats und der Skupschtina, und der König verkündigte durch eine Proklamation vom 29. März die Übertragung der Thronfolgerechte auf seinen zweiten Sohn Alexander. — Nun erst erfolgte der Befehl zur Abrüstung (30. März) und die von Österreich geforderte Erklärung vom 31. März: „Serbien erkennt an, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde. Indem es den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und Widerstandes hinsichtlich der Annexion aufzugeben. Es verpflichtet sich, die Richtung seiner Politik gegen Österreich-Ungarn zu ändern und auf dem Fuß freundnachbarlicher Beziehungen zu leben . . .“

Österreich verdankte seinen vollen Erfolg der Bundestreue des Deutschen Reiches; das wurde offiziell also anerkannt: „Seit der Stunde, da Österreich-Ungarn die letzten natürlichen, von ganz Europa vorausgesehenen Konsequenzen seiner in Bosnien und der Herzegowina seit Jahrzehnten erworbenen Stellung gezogen hat, trat Deutschland für das Recht und die Vorgangsweise seiner verbündeten und engbefreundeten Macht ohne das geringste Zaudern mit einer Nachdrücklichkeit und Beharrlichkeit ein, die hier kein anderes Gefühl als das warmer Anerkennung wecken konnte. Ohne den leisesten Versuch, auf die Entschlüsse, die Österreich-Ungarn für die Weiterführung der bosnischen Angelegenheit mit Selbständigkeit zu fassen hatte, Einfluß zu nehmen, tat das Berliner Kabinett mit freundschaftlichem Eifer alles, was es in Hinblick auf das vor Jahrzehnten geslochtene enge Verhältnis zur Monarchie in Ermiderung der von dieser erwiesenen Dienste, zum Schutze der Stellung der alliierten Mächte auf dem Gesamtgebiet der europäischen Politik als Pflicht erkannte.“

Das trat auch in der Reichstagsrede des Fürsten Bülow vom 29. März, Bülow.  
 seinem Schwanengesang, zutage. Er sagte nach Berührung der englischen und französischen Verhältnisse über den Orient: „Es ist ein Gerebe aufgebracht worden, als wäre ich anfänglich unsicher gewesen wegen der Haltung, die wir einzunehmen hätten gegenüber der Annexion Bosniens und der Herzegovina. Es ist sogar versucht worden, mich bei unserm Bundesgenossen als schwankend, bedenklich und vertrauensunwürdig zu denunzieren . . . Im Oktober 1908 schrieb ich nach London, daß wir einerseits für die Reformbewegung Sympathie hätten, und daß wir anderseits unsern treuen Bundesgenossen nicht im Stich lassen würden . . . Glauben Sie, daß wir irgendeinen neuen Freund gewonnen, irgendeinen Ersatz gefunden hätten, wenn wir die Probe auf unsere Treue nicht bestanden hätten? . . . Wir würden uns sehr bald wohl, diesmal ohne Österreich-Ungarn, derselben Mächtegruppierung gegenübersehen haben, der Österreich-Ungarn hätte weichen müssen . . . die Politik des Finessierens ist nicht immer eine kluge Politik . . . Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen hätte ihre Rückwirkung auf unsere eigene internationale Stellung ausgeübt. Sie hätte das Schwerkewicht vermindert, das Deutschland und Österreich-Ungarn jetzt gemeinsam repräsentieren und das in internationalen Fragen oft von beiden Mächten gemeinsam in die Waagschale geworfen worden ist. Ich habe ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig. Es gibt keinen Streit über den Vortritt wie zwischen den Königinnen im Nibelungenliede, aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserm Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten. Die wollen wir vor aller Öffentlichkeit wahren . . . Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß Österreich-Ungarn in seinem Konflikt mit Serbien das Recht durchaus auf seiner Seite hat. Die Annexion war kein zynischer Landesraub, sondern der letzte Schritt auf der Bahn einer seit dreißig Jahren betätigten kulturellen und wirtschaftlichen Politik. Der Zustand von heute datiert bereits seit 1878. Die Befestigung erfolgte seinerzeit, weil der ursprüngliche Besitzer in den Provinzen den Aufruhr nicht zu dämpfen vermochte. Was die österreichisch-ungarische Verwaltung in dieser Zeit für die beiden Provinzen getan hat, das ist von allen sachverständigen Beurteilern als eine glänzende Kulturleistung anerkannt worden. Österreich-Ungarn hat sich ein Recht auf beide Provinzen durch seine Arbeit erworben. Der formale Verstoß, der bei der Annexion begangen wurde, ist durch die Verhandlungen mit der Pforte ausgeglichen worden. Nachdem eine Einigung unter den nächstbeteiligten erzielt ist, wird die Zustimmung auch der übrigen Signatarmächte des Berliner Vertrags nicht ausbleiben können. Den serbischen Forderungen steht kein Rechtsanspruch zur Seite . . . Unsere eigene Geschichte mahnt uns zur Vorsicht auf dem Gebiete der ehrlichen Maklertätigkeit . . . Wir wahren unsere eigenen Interessen und stehen treu zu Österreich-Ungarn. Das ist identisch . . . Damit tragen wir auch am meisten bei zur Erhaltung des europäischen Friedens.“ Der Jubel über diese Worte, besonders über das von der „Nibelungentreue“, war groß in Österreich und auch in Ungarn; hier hieß es, Ungarn werde Treue mit Treue vergelten. Kritische Stimmen fanden den Standpunkt des „Interesses“ zu sehr hervorgekehrt, fanden auch den Begriff der Nibelungentreue nicht ganz klar, da doch im Nibelungenlied auch von großer Untreue und der daraus ersießenden Tragik die Rede ist. Nichts-



destomeniger blieb das glücklich gefundene geflügelte Wort erfreulich durch alles das, was dabei mitschwang und was man hineinlegen konnte.

Rußland.

Rußland erklärte sich auch bereit, die Annexion anzuerkennen, „sei es im Wege einer Konferenz, sei es im Wege identischer Noten der Signatarmächte des Berliner Vertrags, nur trat man noch für Montenegro ein, um dies getreue Ländchen bei dieser Gelegenheit von einigen lästigen Artikeln des Berliner Vertrags zu befreien. Das geschah denn auch durch Vermittlung der italienischen Regierung am 8. April.

Wett-  
rüsten.

Sonst trat gerade im März dieses Jahres das beängstigende Wett-rüsten der englischen und deutschen Marine recht stark hervor. England setzte neuerlich eine Summe von 35 Millionen Pfund in das Marinebudget des Jahres gegen 32 Millionen Pfund des Vorjahres. Es handelte sich um vier Panzerschiffe vom Dreadnought-Typ und viele andere Schiffe. Die Admiralität führte aus: die Sicherheit des Landes stehe über allen andern Opfern. Allerdings wollte der Führer der Opposition Balfour nicht glauben, daß Deutschland durch sein Vorgehen über sein Recht hinausgehe. Die Frage sei aber bereits die, ob England gleichen Schritt halten könne. Die Äußerung, Deutschland könne ebenso schnell bauen wie England, sei keine leere Prahlerei. Asquith stellte fest, daß Deutschland 30 Monate, England 24 Monate zur Vollendung eines Schiffes brauche. Grey sprach von den guten Beziehungen zu Deutschland. Nur dürfe man es nicht einzutreiben versuchen. Ein Abkommen mit Deutschland wegen der Beschränkung des Flottenbaus zu treffen, sei schwer. „Es könnte nicht auf der Grundlage der Gleichheit, sondern es müsse auf der Grundlage der Überlegenheit der englischen Flotte sein. Wie kann man das aber von der deutschen Regierung verlangen? Es ist kein Vergleich zu ziehen zwischen der Bedeutung der deutschen Flotte für Deutschland und unserer Flotte für uns. Was für uns unsere Flotte ist, ist für Deutschland sein Heer. Für Deutschland bedeutet eine starke Flotte Vermehrung des Ansehens, aber nicht eine Frage von Leben oder Tod wie für uns.“ — Balfour forderte noch stürmisch den sofortigen Bau von acht Dreadnoughts.

Im deutschen Reichstag (Budgetkommission) forderte das Zentrum eine Vereinbarung mit England über den Flottenbau, sonst treibe man England zum Schutzzoll, von anderer Seite wurde die englische Invasionsfurcht scharf kritisiert. England fühle sich nicht durch die Flotte, sondern durch den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands bedroht. Wiederholt betonte die Regierung: „Der gesetzlich festgelegte Flottenbau ist ausschließlich nach unserm eigenen Schutzbedürfnis bemessen und stellt keine Bedrohung irgendeiner Nation dar.“ Und Bülow verlas am 29. März eine Erklärung: „Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, mit dem Bau der deutschen Flotte in Wettbewerb mit der britischen Seemacht zu treten . . . Es ist Tatsache, daß das Programm unserer Flottenbauten in voller Offenheit klarliegt. Wir haben nichts zu verheimlichen.“ Was die Abrüstungsidee betrifft, so „ist keine Formel bekannt geworden, die der großen Verschiedenheit der geographischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Lage der verschiedenen Völker gerecht würde und eine geeignete Verhandlungsbasis ermöglichte.“ — In derselben Sitzung, der das Wort von der „Nibelungentreue“ entstammt, verteidigte Bülow auch

den Besuch des deutschen Kaisers in Tanger und wandte sich gegen den Tadel der Inkonsequenz in der Marokkopolitik. „In der Politik ist nichts von Dauer. Das Ziel: die Wohlfahrt, Größe, Macht des Vaterlandes, bleibt dasselbe, aber die Mittel und Wege wechseln, je nach der Opportunität. Die auswärtige Politik ist die Kunst, mit den gegebenen Faktoren zu rechnen, innerhalb des *ordo rerum agibilium*, wie schon der heilige Thomas von Aquino gesagt hat.“ Ferner stellte Bülow fest, daß das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger 1896 ein Staatsakt war, hervorgegangen aus amtlichen Beratungen, und in keiner Weise ein Akt persönlicher Initiative des Kaisers. — Tirpitz erklärte, man baue auf den deutschen Werften Tirpitz. Kriegsschiffe in 36 bis 40 Monaten. „Wir werden 1912 zehn Dreadnoughts und drei Invincibles haben. Inwieweit es übrigens richtig ist, Vergleiche von Flottenstärken lediglich auf die Zahl der Dreadnoughts zu begründen, lasse ich hier unerörtert.“

Anfang April stellte Österreich durch seine Vertreter bei den Signatarmächten das formelle Ansuchen um Zustimmung zur Änderung des Berliner Vertrags; diese erfolgte bis 12. April von Seite Englands und der andern Großmächte, so daß also die Frage der Annexion völkerrechtlich erledigt war und eine Konferenz entfiel. Es erfolgten Kundgebungen zu Ehren des Deutschen Reichs und des Kaisers Franz Josef. Für diesen veranstaltete Bürgermeister Lueger eine Dankeshuldigung Lueger. zu Schönbrunn am 18. April wegen der Erhaltung und Wahrung des Friedens. Der Kaiser antwortete auf Luegers Ansprache: „Ernste Zeiten sind an uns vorübergegangen. Es erfüllt Mich mit stolzer Befriedigung, daß Mir die patriotische Gesinnung der gesamten Bevölkerung sowie die Bereitschaft Meiner vom besten Geiste beseelten Armee einen festen Rückhalt und die Möglichkeit geboten haben, den Frieden zu erhalten. Denn auch ein gerechter, unabwendbarer Krieg fordert viele Opfer; reichern Segen bringt den Völkern ein in Ehren bewahrter Friede.“

König Edward hielt es doch für gut, sich am 16. April mit Edward. Clemenceau in Paris zu besprechen. Und im englischen Unterhaus regte man sich darüber auf, daß Österreich seine Flotte um vier oder mehr Dreadnoughts vermehren wolle. Darum hielt man es für notwendig, die Kriegsbereitschaft der englischen Flotte zu prüfen, obwohl das Defizit des Staatshaushaltes dadurch und durch die Altersversorgungsrenten mächtig answoll. Man machte sich auch in England lächerlich durch die Furcht vor einem geheimnisvollen Luftschiff, das man Mitte Mai an verschiedenen Punkten in der Nacht wollte beobachtet haben. Zudem befänden sich 66.000 ausgebildete deutsche Soldaten in England, und in Kellergewölben nahe dem Mittelpunkt Londons sollten 50.000 Mausergewehre und 7½ Millionen Muserpatronen lagern. Rußland hinwieder fürchtete sich vor einem japanisch-österreichischen Vertrag, dessen Abschluß man als sicher annahm.

Der ganze Monat April war von neuen revolutionären Ereignissen in der Türkei erfüllt. Der jungtürkischen Partei standen die Anhänger des Scheriat, der Herrschaft des geistlichen Rechts, mit dem Jungtürken.

„islamischen Komitee“ gegenüber. Nach Unruhen und Mordtaten brach am 13. April eine Militärrevolte in Konstantinopel aus, denen sich die Ulema, die Theologiestudenten, anschlossen. Es sollte damit eine alttürkische Reaktion gegen die jungtürkische Regierung eingeleitet werden; der Sultan war zweifellos mit diesen Alttürken im Einverständnis. Diese erhielten für einige Tage die Obermacht und nutzten sie durch Bluturteile und Morde von jungtürkischen Offizieren aus. Aber die jungtürkischen Truppen rückten von Saloniki und Adrianopel aus auf Konstantinopel zu, und ihr Anführer General Hussein Husni erließ am 19. April eine Proklamation, in der er zum Schutz der Verfassung gegen die Umtriebe der Verräter aufforderte. Der neue alttürkische Minister Rifaat Pascha hatte nur noch eben Zeit, am 19. April das Protokoll über die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens in Gegenwart des englischen, französischen und russischen Botschafters zu unterzeichnen. Die jungtürkische Armee machte sich bereits am 24. April zur Herrin der Stadt und machte nach einem Straßenkampf den Sultan zum Gefangenen. Der Oberbefehlshaber Mahmud Schewket Pascha übte eine unbeschränkte Militärdiktatur aus. Viele Anhänger der reaktionären Partei wurden verhaftet. Die Nationalversammlung trat am 26. April zusammen und war sich sofort über die Notwendigkeit eines Thronwechsels einig. Sie forderte den Scheich ül Islam auf, die religiösen Formalitäten dazu zu erfüllen. Sein Fetwa war in Form von Frage und Antwort abgefaßt und lautete: „Was geschieht mit einem Iman und Muselman, der zu wiederholten Malen die Vorschriften des Koran verlegt, der das Reich als Tyrann verwaltet, der heilige Bücher verbrannt, der sich widerrechtlich den Wapfbesitz angeeignet, der seinen Eid, das Reich nach der Scheria zu regieren, gebrochen hat, der durch Bestechungen Ursache eines Bürgerkriegs war und das Volk aufgestachelt hat, sich selber zu töten? — Wenn er das getan hat und wenn die Provinzen deshalb erklären, daß sie ihm nicht mehr gehorchen wollen, dann haben die Weisen des Volkes zu entscheiden, ob die Entthronung oder die Abdankung angezeigt ist.“ Nach der Verlesung erklärte der Präsident des Senats Said Pascha: „Die Weisen des Volkes sind wir und unter uns kann kein Zweifel sein, daß Abdul Hamid zu entthronen ist.“ Die Versammlung nahm den Vorschlag mit Beifall an. Eine Deputation Abgeordneter ging zum Thronfolger Reschad, dem vierundsechzigjährigen Bruder des abgesetzten Sultans, er war bereit, die Wünsche des Volkes zu erfüllen, wurde in einem Wagen abgeholt und leistete im Thronsaal nach einem Gebet des Scheich ül Islam den Eid auf die Verfassung. Er nahm den Namen Mehemed V. an. Er erließ noch denselben 27. April ein Manifest an den Großwesir Tewfik Pascha: „Da mein Bruder vom Kalifat und Sultanat abgesetzt

Abdul  
Hamid.

Meh-  
med.



worden ist, so haben Wir auf Grund der Verfassung den Thron unserer großen Vorfahren bestiegen. Wir belassen Sie in der Würde des Großwesirs, ebenso Zia-eddin-Effendi in der Würde des Scheich ül Islam, auch alle übrigen Funktionäre. Da es Mein Wunsch ist, daß alle Untertanen sich der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit erfreuen . . . und daß unser Land jenen Grad des Fortschritts erreiche, dessen es fähig ist, nehme Ich Mir die Verfassung als Führer. Mögen die verschiedenen Rassen die Notwendigkeit einsehen, sich als Kinder desselben Vaterlandes zu betrachten, damit alles getan werde zur Wiederbelebung unserer Kräfte zu Wasser und zu Lande . . ." Der entthronte Sultan wurde nach Saloniki in die Villa Allatini gebracht; mit ihm reiste seine Familie. Am 2. Mai wurde das Ministerium teilweise erneuert. Großwezir wurde Hussein Hilmi Pascha. Es erfolgte eine Verfassungsrevision in liberalerem Sinne. Am 10. Mai erfolgte die Zeremonie der Schwertumgürtung des neuen Sultans. Die Schätze des Ersultans erwiesen sich als weniger groß, als man erwartet hatte.

Nachdem der Deutsche Kaiser seinen neuen Besitz, das Achilleion auf Korfu, besucht hatte und dort mit dem griechischen Königspaar zusammengetroffen war (6. Mai), landete er auch noch auf Malta (10. Mai), kam in Brindisi mit dem italienischen Königspaar zusammen (12. Mai) und reiste über Pola am 13. Mai nach Wien. Hier begrüßte ihn Kaiser Franz Josef als „den beharrlichen Förderer aller Friedensbestrebungen, in einem Augenblick, da der im verflossenen Winter manchen Gefahren ausgesetzte Friede wieder gesichert erscheint. Mit tiefer und aufrichtiger Dankbarkeit gedenke Ich hiebei der neuerdings in glänzender Weise bewährten bundesfreundlichen Haltung des Deutschen Reiches, dessen stets hilfsbereite Unterstützung die Erfüllung Meines innigen Wunsches in so hohem Maße erleichtert hat, alle entstandenen Schwierigkeiten ohne kriegerische Verwicklungen auszugleichen . . ." Kaiser Wilhelm zeigte sich durch den warmen Willkommensgruß in tiefer Seele bewegt und gerührt; ebenso über den brausenden Jubel aus den goldenen Altwiener Herzen. „Ich darf mich ja rühmen, hier kein Fremder zu sein . . . Unauslöschlich lebt in Meinem Herzen die Erinnerung an die Aufnahme, die Ich sowohl hier als bei dem ritterlichen Volk der Magyaren allezeit gefunden habe. Mögen die Gefühle und Gesinnungen treuer Freundschaft bis in die fernste Zukunft bestehen, mögen sie stets das unzerreißbare Band zwischen Uns und Unseren Reichen bilden zum Heile Unserer Völker, zur Wahrung des Friedens.“ Beide Kaiser begrüßten telegraphisch den König von Italien, ihren „erhabenen Verbündeten und Freund“, mit „dem warmen Ausdruck unveränderlicher Freundschaft“. Der König antwortete dankend: „Diese Freundschaft ist Mir sehr teuer und ich versichere, daß sie in Meinen Gefühlen einen aufrichtigen und vollen Widerhall findet“ — In Ungarn war man angenehm berührt, daß Kaiser Wilhelm des ungarischen Volks besonders gedacht hatte; innerhalb der Monarchie sei ja auch Ungarn die festeste Stütze des Dreibunds.

Wiener  
Besuch.

Immer wieder tauchte die Flottenfrage auf. Der deutsche Großadmiral Flotten. v. Roester fand auf der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins

zu Trier 23. Mai, daß das Verhältnis der deutschen zur englischen Flottenstärke, 1 zu 8 oder 1 zu 14, doch nicht das rechte sei. „Entweder hat England zu viel, oder wir zu wenig; das erstere glaube ich nicht, ergo haben wir zu wenig.“ „Keine Auslandsmacht hat sich um den innern Ausbau unserer Flotte zu kümmern . . . Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein glückliches Zusammenleben mit dem englischen Volk, das uns in wirtschaftlicher Beziehung sehr nahe steht, dessen Industrie sich mit der unsrigen ergänzt, nur in unserm Interesse wäre.“

Am 27. Mai empfing Kaiser Wilhelm zwei japanische Prinzen und ihre Gemahlinnen in Potsdam mit großer Auszeichnung.

Schieds-  
gericht.

Das Haager Schiedsgericht fällte am 22. Mai seinen Spruch über die Angelegenheit von Casablanca: Beide Teile, Deutsche und Franzosen, haben gefehlt; die Deutschen, weil sie die Deserteure der französischen Fremdenlegion, in der Meinung, daß sie noch die deutsche Reichsangehörigkeit besäßen, in ihren Schutz nahmen; die französischen Militärbehörden, weil sie den konsularischen Schutz der Deutschen nicht respektierten, sondern Gewalt gebrauchten. Infolgedessen erklärten beide Regierungen in einem Berliner Protokoll vom 29. Mai ihr Bedauern über das im Schiedsauspruch ihren Angestellten in Casablanca zum Vorwurf gemachte Verhalten. Damit war die Sache erledigt zu beiderseitiger Befriedigung.

Englische Zeitungen brachten immer neue Nachrichten von den in Deutschland gebauten Dreadnoughts, Kreuzern, Torpedobooten und Unterseebooten. Admiral Beresford verlangte in einer Rede vom 22. Mai den sofortigen Bau von acht Dreadnoughts. — Vergebens beteuerte der Berliner Oberbürgermeister Rirschner bei seinem Besuch in London 26. Mai, die deutsche Nation sei groß genug, um ohne Neid anzuerkennen, was andere Nationen geleistet haben. Die Deutschen sagen, die größte Nation der Völkergemeinschaft sei jene, die am meisten für den Fortschritt der übrigen Welt tue. Es geschehe weder für noch gegen andere Nationen, wenn die Deutschen ihrem eigenen Lande dienen. Aber auch Frankreich faßte starke Beschlüsse über Flottenvermehrung; es sollten bis 1920 45 Schlachtschiffe größten oder nahezu größten Typs fertig sein mit Dreißigzimeteregeschützen; dafür waren über zwei Milliarden Franken veranschlagt.

Als Anfang Juni verlautete, Kaiser Wilhelm werde auf Einladung des Zaren in den finnischen Schären eine wichtige Zusammenkunft abhalten, meinte man im Ausland, die deutsche Regierung suche eine Änderung der politischen Orientierung. Obwohl vielleicht Bülow dergleichen geplant haben mag, wurde es in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ abgeleugnet. Generaloberst von der Goltz begab sich am 8. Juni nach der Türkei zur Reorganisation der türkischen Armee.

Etwa hundertzwanzig englische Geistliche besuchten zur Anknüpfung von näheren Beziehungen Hamburg, Berlin, Potsdam, die Wartburg, Bremen (9. bis 19. Juni).

Steuer-  
krisis.

Eine Sache von größerer Bedeutung war die deutsche Steuerkrisis, die den Sturz Bülow's zur Folge hatte. Schon seit Monaten

war die Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform erörtert worden; denn mit Ausnahme eines einzigen Jahres hatte man seit der Reichsgründung immer mit Defiziten gewirtschaftet, die bereits über vier Milliarden betrugen. Im Zusammenhang damit wurde vom Rücktritt Bülow's seit Jahresbeginn gesprochen, obwohl Bülow zur „Rückkehr zur alt-preussischen Sparsamkeit“ mahnte. So sagte er bei der Tagung des Landwirtschaftsrats (17. Febr.): „Große Reiche sind zugrunde gegangen an der Unfähigkeit, ihre Finanzen zu ordnen. Von der Lösung der Finanzreform hängt die Ehre, Wohlfahrt, Macht und Sicherheit des Landes ab. Man bezeichnete als bestes Mittel der Reform die Vereinigung einer Besitzsteuer beim Erbübergang mit der Besteuerung der Massengenußmittel. Eine Reichsfinanzkommission hielt viele Sitzungen ab. In der Öffentlichkeit teilten sich die Ansichten der Parteien zumeist über die Erbanfallsteuer bei Kindern und Ehegatten. Hierin verhielten sich sowohl die Konservativen wie das Zentrum ablehnend gegenüber Bülow's Anträgen, und sie vereinigten damit auch politische Vorwürfe.

Bülow sprach am 16. Juni im Reichstag von der Gereiztheit des Zentrums: „Diese Animosität hat sich zu unwahren Behauptungen und ungerechten Angriffen gegen mich verdichtet. Man hat meine Bündnistreue gegen Österreich in Zweifel gezogen und sogar gewagt, meine Treue für den Kaiser zu verdächtigen. Man hat sich Verdächtigungen angeeignet, die in Pamphleten gegen mich erhoben wurden (Rud. Martin?). Daran bin ich gewöhnt. Ich verstehe, was Bismarck meinte, als er zu einem ausgezeichneten Mann, der wenig Lust zeigte, einen Ministerposten zu übernehmen, sagte: ‚Eigentlich begreife ich, daß Sie nicht Lust haben, in die Dreckslinie einzurücken!‘ Das war vor dreißig Jahren. Seitdem ist es schwerlich besser geworden. Ich habe mich auch nicht dadurch beirren lassen, daß Mitglieder anderer Parteien des Hauses die gesellschaftlichen Beziehungen zu mir abgebrochen haben. In England denkt man nicht so kleinlich, die politischen Gegensätze auf das persönliche Gebiet zu übertragen. . . . Es ist mir niemals eingefallen, die Zentrumsparlei zu boykottieren. Aber auch den liberalen Geist auszuschalten aus unserer Gesetzgebung und unserm öffentlichen Leben würde ich für ein historisches Unrecht und einen politischen Fehler halten. . . . Seit Wochen regen sich die Zeitungen darüber auf, ob ich bleibe oder gehe. Ich bleibe, solange der Kaiser glaubt, daß meine Mitwirkung nützlich ist, und solange ich es selbst glaube.“ — Der National-liberale Baffermann verteidigte den gefährdeten „Blockgedanken“: „Er ist ein guter und gesunder Gedanke, der die ganze Entwicklung unserer Politik gehoben hat. Er hat eine gute erzieherische Wirkung auf das Zentrum gehabt. Wir würden bedauern, wenn wir wieder zu den früheren Zuständen zurückkehrten. Die Blockpolitik, die in vielen deutschen Herzen großen Jubel ausgelöst hat, wird ein Ruhmesblatt in der Amtsgeschichte des Reichskanzlers bilden. Ich bin überzeugt, daß er diesen Ruhm nicht dadurch zerstören wird, daß er einer Finanzreform zustimmt, die dem Liberalismus ins Gesicht schlägt.“ — Darauf erwiderte Peter Spahn am 17. Juni: „Baffermann hat erklärt, es dürfe nicht wieder dahinkommen, daß das Zentrum dem



Reichstag seinen Willen aufzutrongiere. Wir weisen diese Verdächtigung unserer nationalen Gesinnung zurück . . . Über die Angriffe auf den Reichskanzler weiß ich nichts. Jedenfalls beziehen sie sich auf sein Verhalten in den Novembertagen. Er wird selbst zugeben, daß man über sein Verhalten an jenen beiden Sitzungstagen sehr verschiedener Meinung sein kann, ohne seiner Ehre nahezutreten . . . Ich habe ihm in der ersten Sitzung des neuen Reichstags gesagt, woran es liegt, daß unsere Beziehungen sich so gestaltet haben: weil er uns den Vorwurf der antinationalen Arroganz machte. Er tat aber, als ob nichts geschehen sei." — Freiherr v. Hertling kennzeichnete diese Erörterungen am 24. Juni als einen großen Machtkampf zwischen Rechts und Links: „Die Heranziehung des Besitzes durch Reichsvermögens- und Reichseinkommensteuer ist ein unmöglicher Weg wegen des föderativen Charakters des Reichs . . . Denken wir an die alte deutsche, in unserm Volk tief eingewurzelte Anschauung, daß das Eigentum Familieneigentum, und nicht Eigentum des Vaters oder der Mutter ist. Es trägt einen ganz äußerlichen formaljuristischen Gesichtspunkt in diese Verhältnisse hinein, wenn man das Vermächtnis der Eltern dem entfernter Verwandter gleichstellen will . . . Meine politischen Freunde haben aus diesen Erwägungen heraus sich bereits 1906 gegen die Einbeziehung der Deszendenten und Ehegatten erklärt. Darin sind wir in vollständiger Übereinstimmung mit den Konservativen." In der Tat wurde durch das Zusammengehen der Konservativen mit dem Zentrum die Deszendenten- und Ehegattensteuer mit 195 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Damit war der liberal-konservative Block gesprengt und die natürliche Parteigliederung hergestellt: Rechts und Links.

Bülow's  
Fall.

Man fragte sich, was Bülow nun tun werde: auflösen oder zurücktreten? Er begab sich am 26. Juni zum Kaiser nach Kiel und bat um seine Entlassung. Der Kaiser lehnte noch ab, da nach der einmütigen Überzeugung der verbündeten Regierungen das baldige Zustandekommen der Finanzreform für die Stellung des Reiches im Innern wie nach außen eine Lebensfrage sei. Bülow zeigte sich also bereit, die Finanzreform ohne Erbanfallsteuer mit der nunmehrigen „konservativ-kerikal-polnischen“ Mehrheit des Reichstags durchzuführen, dann aber wollte er mit Rücksicht auf die neue politische Entwicklung aus dem Amte scheiden. — Die neue Majorität bestand aus dem Zentrum, den Konservativen, den Polen, dem Bund der Landwirte, den Elsaß-Lothringern und dem Bauernbund; die Minorität aus den Sozialdemokraten, den Nationalliberalen, der Freisinnigen Volkspartei und Freisinnigen Vereinigung, der Reichspartei, der Reformpartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Es kam nun also eine Brausteuer, eine Branntweinsteuer, Weinsteuern, Tabaksteuer, das Stempelgesetz, der Kaffeezoll, der Teezoll, die Besteuerung der Beleuchtungsmittel, die Zündholzsteuer, die Zuckersteuer, die Fahrkartensteuer zur Behandlung im Reichstag. Die Parteipolitik spielte dabei in die wirtschaftlichen Fragen stark hinein. Der konservative Parteiführer v. Heydebrand und der Lasa verteidigte am 10. Juli das Zusammengehen seiner Partei mit dem Zentrum. „Bismarck hat auch seine Wirtschaftspolitik von

1879 mit der Zentrumspartei gemacht; ihr verdanken wir in dieser Beziehung am meisten . . . Wir haben die grundsätzliche Ausschaltung des Zentrums nicht nur für einen politischen Fehler gehalten, sondern sie auch bedauert im Interesse des konfessionellen Friedens und des Vaterlandes. Wir wissen wohl, die Macht der katholischen Kirche und derer, die ihr angehören, ist groß. Aber wir, die wir fast ausnahmslos Angehörige und treue Anhänger unserer evangelischen Kirche sind, wir denken groß genug von der Macht der evangelischen Kirche und der Freiheit, die ihr Palladium ist, daß sie den geistigen Kampf auch mit der katholischen Kirche nicht zu scheuen hat. Aber was wir nicht wünschen, das ist eine zweite Auflage des Kulturkampfes. Das ist nicht zum Segen des Deutschen Reiches." — Freiherr v. Hertling sagte im Namen des Zentrums: „Von Anfang an haben wir die Notwendigkeit einer Sanierung der Reichsfinanzen anerkannt. Wir haben immer erklärt, daß wir nicht daran denken, eine Politik der Verärgerung zu treiben, und daß wir jederzeit bereit sind, positiv sachlich mitzuarbeiten . . . Warum ist denn eigentlich der Reichstag aufgelöst worden? Ein liberales Regime sollte aufkommen. Der Liberalismus ist die Weltanschauung unseres besitzenden Bürgertums. Er verfügt über eine Presse, wie keine andere Partei. Aber über eines verfügt er nicht mehr, und das sind die großen Wählermassen . . . Windthorst hat einmal gesagt, er würde den Tag begrüßen, an dem die große liberale Partei zustande käme, denn dann würde es auch eine große konservative Partei geben, und das Zentrum wird dann an der Stelle sein.“

Die Finanzreform wurde somit in der neuen Gestalt am 10. Juli erledigt. Der Reichstag wurde am 13. geschlossen. Am 14. wurde die Entlassung des Fürsten Bülow und die Ernennung des bisherigen Staatssekretärs des Innern Theobald v. Bethmann Hollweg zum Reichskanzler, Präsidenten des preussischen Staatsministeriums und Minister des Auswärtigen in Preußen bekanntgemacht. Das Handschreiben des Kaisers, worin dieser dem Fürsten dankte, war verbindlich, aber abschließend, kein „Auf Wiedersehen“.

Bülow äußerte einem Vertreter des „Hamburgischen Korrespondenten“ gegenüber sein Bedauern, daß die Erweiterung der Erbschaftsteuer gefallen sei; aber das Zentrum habe ihm dabei ein Bein stellen wollen, ebenso die Polen aus Haß gegen ihn. Aber unverständlich sei ihm, daß die Konservativen dem zur ausschlaggebenden Stellung zurückverlangenden Zentrum Handlangerdienste leisteten. „Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich die Sozialdemokratie rednerisch überwunden und ihr eine schwere, bedeutungsvolle Wahl Niederlage beigebracht habe. Zudem die Fraktion von achtzig auf vierzig Sitze heruntergedrückt wurde, ist der Beweis geliefert worden, daß sie auch ohne Ausnahmegeetze und Polizeimaßregeln bekämpft und besiegt werden kann. Wir werden sehen, ob dies bei den nächsten Wahlen wieder gelingt. Die Sozialdemokratie befindet sich in rückläufiger Bewegung. Wir werden auch sehen, ob die Fortschritte des Deutschtums in den Ostmarken weiterentwickelt werden, ob man die Welfen niederhalten wird, die 1907 fortgesetzt worden sind. Bei Philippin sehen wir uns wieder.“ Bülow betonte, zwischen ihm und dem Kaiser bestehe kein Mißklang. „Ich

Bethmann.

habe mich zum Rücktritt entschlossen, weil die Haltung der Konservativen . . . das Zentrum wieder zur ausschlaggebenden Partei gemacht hat. Jedermann weiß, wie fern mir auf konfessionellem Gebiete Ungerechtigkeit, Vorurteil und Voreingenommenheit liegen. Wir waren von der Möglichkeit eines Kulturkampfes nie weiter entfernt als während meiner Amtszeit. Aber daß eine Partei, die auf konfessioneller Basis steht, durch konfessionelle Gesichtspunkte zusammengehalten wird und die dabei die konfessionelle Minderheit vertritt, den ausschlaggebenden Einfluß so mißbrauchen kann, wie das am 13. Dezember 1906 der Fall war, das halte ich allerdings für einen schweren Schaden. Ich glaube, das ist kein Glück für die religiösen Interessen der katholischen Kirche in Deutschland, und ich glaube, daß es ein Unglück ist für die politischen Interessen des ganzen Landes . . . Das Zusammengehen der Konservativen mit den Polen muß auch die Deutschen im Osten demoralisieren . . . Die Polen haben gegen die Erbschaftssteuer votiert, lediglich weil sie wußten, daß sie damit den Reichskanzler zu Fall bringen würden.“

Die Urteile der Presse über Fürst Bülow waren verschiedenartig. Die ihm nahestehenden Stimmen lobten seine geschickte Diplomatie in den Orientwirren und in der innern Politik. Die „Germania“ schrieb aber: „Tatsächlich war die Bülow'sche Blockpolitik weiter nichts als Antizentrumspolitik. Die Abneigung gegen das Zentrum allein hat den Block geschaffen und eine Weile notdürftig zusammengehalten. Hinter dieser Zentrumscheu steht der konfessionelle Fanatismus, der Furor protestanticus, der Katholikenhaß, wie er vom Evangelischen Bund geschürt wird.“ — Die „Kölnische Volkszeitung“ machte den Fürsten Bülow für den ganzen Finanzjammer verantwortlich, er habe in den neun Jahren seiner Kanzlerschaft 2825 Millionen Reichsschulden gemacht. Schlechter kann unmöglich jemals wieder gewirtschaftet werden. — Der Londoner „Daily Telegraph“ meinte: „Im gegenwärtigen Augenblick ist die deutsche Macht wieder verhältnismäßig so vorherrschend in Europa wie in den stärksten Phasen der Bismarck'schen Regierung. Man mag einwenden, daß die weisesten Mittel nicht gewählt worden seien, um dieses Ergebnis herbeizuführen, daß künftige Sicherheit geopfert wurde, um augenblicklichen Erfolg zu sichern . . . Fürst Bülow glänzte zunächst hauptsächlich durch geflügelte Worte (Hinlegen der Flöte, Platz an der Sonne, Italiens Extratour). Neben seinem dialektischen Geschick fiel seine gute Laune, seine Urbanität auf, die allerdings an Talleyrands „Faux bonhomme“ erinnerte. Sein gesunder Menschenverstand ersetzte Bismarck's Genie. Die Nachwelt dürfte entscheiden, daß seit Bismarck's Sturz die Persönlichkeit des Kaisers ausschlaggebend war. Deutschland mit seiner jährlich um eine Million wachsenden Bevölkerung hat seine diplomatische Kraft zurückgewonnen . . .“ Der Pariser „Figaro“ meinte von Bülow: „Ein ausgezeichnete Improvisator, vollendeter Turnkünstler, Flötenspieler und Seiltänzer, offener, von keinem Strupel zurückgehaltener Geist, von wunderbarer Geschicklichkeit zur Umkehr.“ „Journal des Debats“ meinte, die einzigen großen Gedanken während seiner Amtszeit, die Weltpolitik und die Ausbreitung der Seemacht, rührten vom Kaiser her. — Bülow hielt sich, im Gegensatz zu Bismarck, seit seinem Rücktritt von der Öffentlichkeit fast ganz ferne. Nur als die „Märkische Volkszeitung“ Enthüllungen über die Gründe seiner Entlassung brachte, widersprach er sehr heftig dieser „noch



dazu recht plumpen Wiederaufwärmung unwahrer und schon mehrfach widerlegter Klatschereien . . . Im übrigen entspricht es weder der Wahrheit noch den Interessen der Krone und des Landes, meinen Rücktritt auf die Novemberereignisse und überhaupt auf Differenzen mit dem Kaiser zurückzuführen.“ Er fand damit nicht allgemein Glauben.

Indessen führte Lord Rosebery den aus den Kolonien zum Pressetag England. des britischen Reiches gekommenen Journalisten die „gewaltige, aber immer noch unzulängliche Armada“ bei Spithead vor. Dabei meinte er, die bedrohlichen überwältigenden Rüstungen, wie sie in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen, seien ein bedenkliches Zeichen. England muß stets darauf rechnen, sich selbst retten zu können, aber wenn es ermatten sollte, so hat es einen Rückhalt an seinen Kolonien. Diese Flottenparade vom 12. Juni zeigte 144 Kriegsschiffe, darunter 4 Dreadnoughts. An den folgenden Flottenmanövern nahmen 347 Fahrzeuge teil, darunter 26 Unterseeboote. Die Verstärkung der Territorialarmee wurde auch als notwendig anerkannt, die allgemeine Wehrpflicht aber trotz des Antrages des Lord Roberts abgelehnt. Man fand sich allmählich damit ab, daß die Balkantonferenz überflüssig geworden war. Am 22. Juli suchte Edward Grey im Unterhaus darzulegen, daß im Jahre 1880 der österreichisch-ungarische Botschafter Karolyi dem Minister Gladstone brieflich eine Erklärung gegeben habe, man werde die durch den Berliner Vertrag erhaltenen Rechte nicht ausdehnen. Die Wiener Regierung widersprach entschieden der falschen Deutung dieser Erklärung: Karolyi wollte damit nur den sagenhaften Vormarsch auf Saloniki in Abrede stellen. „Die jüngste Orientkrisis (hieß es weiter) konnte rascher überwunden werden, wenn die englische Politik statt von einer rein formalen Auslegung des Berliner Vertrages sich vom Gefühl der traditionellen Freundschaft hätte leiten lassen, sowie von der realpolitischen Erwägung, daß Österreich-Ungarn und England an keinem Punkte der Welt durch unvereinbare Interessen geschieden sind, und von der Erinnerung, daß insolgedessen die beiden Mächte häufig einander unterstützen konnten . . .“ In der österreichischen Presse wurde es als Grundfehler der englischen Politik bezeichnet, daß sie die Annexionsangelegenheit mit ihrer Einkreisungspolitik gegen Deutschland in Verbindung brachte. Karolyis Brief war eine Höflichkeit gegen Gladstone, um diesem nach seinem heftigen Ausfall gegen Österreich das Einlenken zu erleichtern.

Die englische Arbeiterpartei agitierte gegen den bevorstehenden Zarenbesuch und zählte die Einkreiserungen und Hinrichtungen in Rußland auf. Der Nationalist Dillon sagte im Unterhaus, der Deutsche Kaiser habe keine Furcht, in England zu landen und durch die Straßen Londons zu fahren. Aber Sir Edward Grey möge den Zaren durch London führen, dann werde er sehen, welche Gefühle das englische Volk hegt. Es erfolgte noch eine große Arbeiterkundgebung auf dem Trafalgar Square gegen den Empfang des Zaren (25. Juli).

In Rußland, wo der allslawische Ausschuß die Gründung einer Rußland. allslawischen Bank und eine allslawische Ausstellung in Moskau vorbereitete, war man sehr befriedigt darüber, daß Sassonow dem haltlosen und der Deutschenfreundschaft verdächtigen Iswolski an die Seite gestellt wurde. Sassonow war ein entschiedener Anhänger der englisch-

französisch-russischen Freundschaft, die Slawen, Angelsachsen und Lateiner gegen das deutsch-österreichische Übergewicht vereinigen müsse. In diesem Sinn wurden auch schnell vier Dreadnought gebaut. Die Zusammenkunft des Zaren mit dem Deutschen Kaiser in den Finnischen Schären 17. Juni wurde von den russischen Nationalisten „zähneknirschend“ verfolgt. Aber Fürst Uchtomski war so besonnen zu schreiben: „Blinder Deutschenhaß kann nur den Feinden des Vaterlandes dienen. Die Heze gegen die Deutschen, die uns unter allen arischen Völkern am nächsten verwandt sind, geht von denen aus, die Rußlands Untergang als Weltmacht wünschen.“

Am 2. August kam das russische Herrscherpaar nach England. Nach einer Flottenparade über 150 Kriegsschiffe (darunter 7 Dreadnoughts) sagte König Edward beim Festmahl: „Ich bin erfreut, Sire, daß Sie Gelegenheit hatten, die mächtigste und größte Flotte zu sehen, die vielleicht je versammelt gewesen ist; aber Ich bin überzeugt, daß Eure Majestät diese Schiffe niemals als Symbole des Krieges betrachten werden, sondern im Gegenteil als ein Mittel zur Wahrung der Interessen des Friedens.“ Und der Zar bestätigte: „Die prächtige Parade legt volles Zeugnis ab für Englands Größe. Der Anblick der Heimat- und der atlantischen Flotte hat einen tiefen Eindruck auf mich gemacht . . .“ Man besprach sich vor allem über Persien, wo Rußland seine Truppen stehen hatte und Schwierigkeiten machte, sie zurückzuziehen.

Bald darauf war König Edward in Marienbad, wo er dem ehemaligen Ministerpräsidenten Clémenceau ein Frühstück gab, dem auch der französische und der englische Botschafter zugezogen wurden. Es fiel auf, daß König Edward diesmal nicht wie gewöhnlich den Kaiser Franz Josef in Tschl besuchte. Offenbar hatte er es bereits abgegeben, ihn vom Bund mit dem Deutschen Reich abwendig zu machen. Das offiziöse „Wiener Fremdenblatt“ erinnerte an die Wirkung der ursprünglich so feindseligen Politik Englands in der bosnischen Krise: „Gewiß war diese Angelegenheit eine Frage der Auslegung der Verträge; aber in Österreich mußte es jedenfalls größte Verwunderung erregen, daß man englischerseits dabei mit vehementer Einseitigkeit nur die Interessen der Türkei, niemals aber die unsrigen in Betracht zog, was wir wegen der traditionellen Beziehungen zwischen unserer Monarchie und England mit Zug und Recht hätten erwarten dürfen . . .“

Kaiser Franz Josef erhob den Freiherrn v. Lehrenthal wegen seiner der Monarchie geleisteten ausgezeichneten Dienste am 17. August in den Grafenstand. — König Edward kehrte aus Marienbad nach London am 4. September zurück. Dort wurde rastlos an der Reichsverteidigung gearbeitet. Eine Konferenz suchte die Streitkräfte der Kolonien in ein einheitliches System zu bringen mit Wahrung der Selbständigkeit einer jeden.

Im Kristallpalast fand eine Parade von 11.000 Rundschafterjungen (Boy Scouts) statt. Daneben wurde ähnlich wie im Deutschen Reich eine radikale Steuerreform verhandelt. Die Konservativen klagten, daß man die Grundbesitzer mit den Verbrechern in eine Reihe stelle; das sei nicht Liberalismus, sondern Sozialismus, das Ende aller Dinge. Auch dazu gaben die Rüstkosten den Hauptanlaß.

In Frankreich war das Ministerium Clémenceaus im Juli über der Marinereform gestürzt. Sein Nachfolger wurde Briand; er verkündete eine Politik des Friedens, der Reformen, des Fortschritts. Präsident Fallières konnte am 31. Juli den verbündeten Zaren in Cherbourg begrüßen. Die Deserteure von Casablanca wurden begnadigt. Aber der Diebstahl eines Maschinengewehrs in Chalons belebte wieder die Spionenfurcht. Man hielt die französische Flotte für so minderwertig, daß sie es in einer Seeschlacht nicht mit den modernen Panzern Englands, Deutschlands, der Vereinigten Staaten oder Japans aufnehmen könne. Die Marokkofrage wurde zwischen Frankreich und Spanien neuerlich aufgerollt mit Beziehung auf den Geheimvertrag der beiden Staaten von 1904, worin die Einflusssphären geteilt worden waren.

Eine wichtige Kundgebung für den mitteleuropäischen Gedanken war die Rede des bayrischen Prinzen Ludwig zu Helmstadt bei Enthüllung eines Denkmals zur Erinnerung an die Verwundung des Prinzen im Jahre 1866. Er sagte: „Der Grund des Kampfes im Jahre 1866 war die große deutsche Idee. Wir wollten den Bund auf föderativer Grundlage. Der Krieg entschied gegen uns. Was war die Folge dieser Niederlage? Dank der Opferwilligkeit der deutschen Fürsten, die für die Gemeinsamkeit gar manche Vorrechte hingaben, war dem deutschen Volke eine glänzendere Gegenwart beschieden als je zuvor. Aber um so unheilvoller gestaltete sich das Schicksal der Deutschen in Österreich, unserer Nachbarmonarchie. Von Deutschland, zu dem sie von jeher gehörten, seitdem es eine deutsche Geschichte gibt, mit Gewalt losgerissen, waren die Deutschen in Österreich nicht mehr imstande, die leitende Stelle aufrechtzuerhalten. Sie verloren zunächst Ungarn. Bedrängt in verschiedenen Königreichen des Landes, gerieten sie sogar in reindeutschen Ländern in eine nichts weniger als leichte Stellung. Das war ja ganz natürlich; denn wenn Österreich-Ungarn ebenso viele Jahrhunderte, als jetzt Jahrzehnte her sind seit 1866, über 400 Jahre seit 1437, als Kaiser Albrecht II. den Thron bestiegen, mit kurzen Unterbrechungen an der Spitze Deutschlands gestanden hatte, mußte durch das gewaltsame Hinaus-treiben Österreichs aus Deutschland die Herzschlagader des Deutschtums in Österreich-Ungarn unterbunden werden. Das früher fortwährend Österreich zuströmende deutsche Blut kam nicht mehr nach Österreich-Ungarn. Was ist da zu tun? . . . Die Deutschen in unserer Nachbarmonarchie müssen trachten, treue Staatsbürger und tüchtige, hervorragende Menschen zu sein . . . Aber sie dürfen durchaus nicht über die Grenzen schießen. Das ist Hochverrat . . . Durch die Einigkeit Deutschlands mit Österreich wurde im letzten Jahr für beide ein schwerdrohender Krieg verhindert. Dank dem guten Verhältnisse zwischen Deutschland und Österreich war es auch nur möglich, daß 1870



so schöne, schnelle Siege errungen wurden. Dadurch, daß Preußen 1866 Österreich nicht einen Fußbreit Boden abverlangte, wurde es ermöglicht, daß die süddeutschen Staaten sich anschließen konnten. So sehen wir in Mitteleuropa den Dreibund . . . zur Ehre der Nationen, zur Wahrung des Friedens. Es ist eine eigene Erscheinung, daß dieser Dreibund ungefähr das Gebiet umfaßt, das das Heilige Römische Reich Deutscher Nation umfaßte." — Über diese Rede schrieb die Wiener „Neue Freie Presse": „Aus den Worten des bayerischen Thronfolgers ist die Trauer um zertrümmerte Hoffnungen herauszuhören. Er beugt sich vor der geschichtlichen Notwendigkeit, welche die Deutschen in Österreich aus dem deutschen Reich hinauswies. Er ist sich jedoch klar bewußt, daß die Lösung von Königgrätz gleichzeitig der deutschen Nation durch die gewaltsame Ausscheidung der Deutschen in Österreich eine schwere Wunde zugefügt hat . . . Wer menschlich urteilt, wird finden, daß unter diesen Verhältnissen die Deutschen in Österreich viel geleistet haben, wenn sie auch nach der Wahlreform ein starkes Element der Politik geblieben sind."

Drei-  
bund.

Das dreißigjährige Bestehen des Dreibundes (als Zweibundes) wurde am 7. Oktober von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gebührend gefeiert als „ein festes Bollwerk des Friedens, hinter dem die verbündeten Mächte sich ungestört der Pflege ihrer eigenen Angelegenheiten widmen konnten. Seinem friedlichen Charakter gemäß hat das Bündnis die Herstellung freundschaftlicher Verhältnisse zu den außenstehenden Staaten nicht nur gefördert, es ist geradezu das fruchtbringende Erbreich geworden, aus dem die Friedensgedanken neue Nahrung gezogen haben. So hat in steter, ruhiger Entwicklung das zum Dreibund mit Italien erweiterte Bundesverhältnis Deutschlands und Österreich-Ungarns eine segensreiche Wirkung weit über sein ursprüngliches Geltungsgebiet hinaus geübt und wiederholt in ernstesten Lagen seine Festigkeit und seinen hohen Wert für Europa erwiesen . . . Das große Werk des Bündnisses ist vom Tage seiner Vollziehung an das Fundament der europäischen Politik geblieben. — Im Wiener Gemeinderat sprach am 8. Oktober Bürgermeister Lueger über die segensreiche Institution des Bündnisses mit dem Deutschen Reich. „Wir alle gedenken noch dankbar an die Wirkung, die es gehabt hat, daß ein Krieg in der letzten Zeit vermieden wurde." Lueger erbat sich die Ermächtigung, aus diesem Anlaß dem Kaiser zu huldigen und dem Wunsch Ausdruck geben zu dürfen, daß dieses Bündnis für immerwährende Zeiten erhalten bleiben möge.

Durch die Teilnahme des Fürsten Bülow an der Geburtstagsfeier der Kaiserin sollte den Behauptungen, daß zwischen dem Kaiser und dem Fürsten seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis bestehe, der Boden entzogen werden.

Die Zweizügigkeit der russischen Diplomatie ging daraus hervor, daß sie leugnete, es hätten über die Annexion freundschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Tswolski und Aehrenthal in Buchlau bestanden, während

Aehrenthal in Beantwortung einer englischen Anfrage am 10. November darauf bestand.

Der Historiker Friedjung hatte nämlich kurz vorher in der „Österreichischen Rundschau“ mitgeteilt, daß schon im August 1907 Jsmolski in Wien mit Aehrenthal über die Annexion Bosniens und über die Freigabe der Dardanellendurchfahrt beraten habe. Dies wurde noch bestimmter im September 1908 zu Buchlau besprochen. Als aber Jsmolski sich überzeugte, daß England den Dardanellenplan entschieden ablehnte, wollte er auch gegen die Annexion Einwände erheben; aber Aehrenthal drohte, das Buchlauer Protokoll zu veröffentlichen.

Ein anderes Nachspiel der Annexionskrisis waren die großserbischen Prozesse. In Ugram wurde gegen 53 Angeklagte ein Hochverratsprozeß verhandelt; 250 Zeugen waren vorgeladen. Auch außerhalb des Gerichtssaales kam es zu Zusammenstößen zwischen der loyalen kroatischen und der großserbischen Partei, wobei es nicht ohne Blut abließ. Nach siebenmonatigen Verhandlungen wurden 31 Angeklagte zu Kerkerstrafen von fünf bis zwölf Jahren verurteilt, 22 wurden freigesprochen (5. Oktober). Die kroatischen Abgeordneten erhoben dagegen Einspruch. Friedjung brachte am 9. und 11. Dezember Enthüllungen über die Gelber, die von der serbischen Regierung den österreichischen Verrätern zugeslossen seien, besonders für den Verein „Slovenski Jug“ (Slawisches Süden), der die Errichtung eines südslawischen Reiches unter Serbiens Herrschaft zum Ziele habe. Die Beschuldigten strengten gegen Friedjung und den Redakteur der „Reichspost“ einen Ehrenbeleidigungsprozeß an. Der Prozeß wurde in Wien geführt. Der serbische Sektionschef Spalaikowitsch erschien als Zeuge und bezeichnete die von Friedjung vorgelegten Dokumente als Fälschungen. Das ergab sich auch aus Mitteilungen der Berliner Polizei, so daß Friedjung am 22. Dezember die Erklärung abgab: „Ich habe alle Behauptungen meines Artikels nach gründlicher Prüfung aufgestellt und bin nur nach gewissenhafter Erwägung zu meiner in dem Artikel niedergelegten Grundauffassung gelangt. Ich weiß die Beweisraft des amtlich bestätigten Aufenthalts des Professors Markowitsch in Berlin zu würdigen. Ich erkläre darum loyal, daß die . . . Dokumente . . . auszuschneiden sind und daß ich auch die übrigen Dokumente nicht mehr in Anspruch nehmen möchte.“ Hierauf zogen die Anwälte der Kläger die Klage zurück.

Groß-  
serbien.

Fried-  
jung.

Der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand von Österreich traf mit seiner zur Herzogin erhobenen Gemahlin am 11. November zum Besuch des deutschen Kaiserpaars in Berlin ein. — Kaiser Wilhelm konnte den Reichstag am 30. November mit Befriedigung eröffnen, da alle innern und äußeren Fragen geschlichtet waren: Steuergesetzgebung, Marokko, Dreibund. Der neue „Schwarz-blaue“-Block wählte einen Konservativen zum Präsidenten (Graf Stolberg), einen Zentrumsmann zum ersten Vizepräsidenten (Peter Spahn). In seiner Programmrede betonte Bethmann Hollweg die weitere Notwendigkeit nüchterner politischer Arbeit, was noch keine Stagnation bedeute (9. Dez.). Hertling besprach mit Befriedigung das Marokkoabkommen; dadurch werde das Reich

Neuer  
Block.

von einem drückenden Alp befreit. „In keinem Fall dürfte der Eindruck erweckt werden, als ob das Deutsche Reich die Schutzmacht des Islams sei. Das würde nicht nur im kulturellen Interesse zurückzuweisen sein, sondern es wäre auch für uns in Afrika eine Gefahr.“ Erfreulich sei es auch in dieser Kriegsgefahr hervorgetreten, daß sich Österreich in seiner Armee eine Waffe allerersten Ranges geschaffen hat. „Gegen eine solche vereinigte Macht wird auch eine vielseitige Koalition nicht leicht zu unüberlegten Schritten schreiten . . . Wir sind mit dem Reichskanzler damit einverstanden, daß die gegenwärtige Lage durchaus nicht das Zeichen der Stagnation trägt.“

Racconigi. Mit einem gewissen Bedenken wurde im deutschen Reichstag vom Besuch des Zaren in Italien, im Schloß zu Racconigi (24. Okt.) gesprochen, besonders deshalb, weil bei dieser Gelegenheit in Italien dreibundfeindliche Stimmen laut wurden, abgesehen von den noch feindseligeren Äußerungen der russischen Presse. Aber Bethmann Hollweg konnte wenigstens die loyale Haltung der leitenden Staatsmänner feststellen (10. Dez.). Das neue italienische Kabinett Sonnino bekannte sich denn auch zum Dreibund, als einem „mächtigen Faktor im Dienste des Friedens und als eine Garantie unserer Interessen. Den Freundschaftsbeziehungen zu England und Frankreich fügen sich die aus der italienisch-russischen Annäherung hervorgegangenen an.“

Englands Mißtrauen gegen Deutschland blieb fest. Ein Artikel behauptete, daß auf jedem deutschen Kriegsschiff jeden Abend „auf den Tag“ getostet werde, an dem die deutsche Flotte die britische in der Nordsee besiegt. Prinz Heinrich von Preußen erklärte auf eine englische Anfrage hin dies als eine unsinnige Lüge.

Das französische Revanchefieber steigerte sich bei Gelegenheit der Enthüllung eines Weißenburger Denkmals zur Erinnerung an die in der Schlacht gefallenen Franzosen: „Elsaß habe noch nicht vergessen, daß der Boden, in dem die Gefallenen ruhen, französisch geblieben ist“ (23. Okt.). Für einen europäischen Krieg wollte man hunderttausend Schwarze aus Senegambien in Algier konzentrieren. Nur der Sozialist Jaurès wagte am 18. November in der Kammer zu sagen: „Meine Freunde und ich haben auf die Revanchepolitik verzichtet. Wir erwarten eine Gutmachung nur von der friedlichen Entwicklung. Elsaß-Lothringen sucht sein Heil in der Selbstverwaltung, im Bewußtsein, daß sich Frankreich und Deutschland eines Tages über diese Frage verständigen werden.“ Auch sonst wurden anerkennende Worte über die Haltung des Kaisers Wilhelm laut.

Spanien. Von internationaler Bedeutung wurde auch wieder Spanien, weniger wegen der Dinge in Marokko, als wegen der Folgen der nur äußerlich damit zusammenhängenden Unruhen in Barcelona. Hier wollten nämlich die Anarchisten als Kundgebung gegen den marokkanischen Feldzug den allgemeinen Ausstand erklären. Es kam zum förmlichen Aufstand, Aufreißen von Eisenbahnschwellen, Durchschneiden der Telegraphen- und Telephondrähte, Zusammenstoßen, Barrikadenkämpfen, Ausschreitungen



gegen die kirchlichen Niederlassungen. Der Aufruhr verbreitete sich im Juli über ganz Katalonien, als bekannt wurde, daß die spanischen Truppen im Kampf mit den Riffabylern in Marokko erhebliche Verluste erlitten hatten. Fast alle Klöster wurden in Brand gesteckt, viele Priester und Nonnen erbarmungslos hingeschlachtet. Im August wurde die Ruhe wiederhergestellt, nachdem etwa 1000 gefallen, 2500 verwundet, 400 gefangen worden waren. 68 Kirchen und Klöster waren zerstört. Das Kriegsgericht urteilte die Rebellen ab. Ein Anarchist wurde am 17. August in Barcelona standrechtlich wegen Teilnahme am Aufstand erschossen. Der Leiter des Vereines „Moderne Schule“, Francisco Ferrer, der schon gelegentlich des Bombenattentats am Hochzeitstage des Königspaares in Verdacht geraten war, wurde am 23. August gefangengesetzt. Dieser „Freiheitsapostel“ predigte den Genossen den Kampf bis aufs Messer gegen die Gesellschaft, gegen Gesetz und Religion und zeigte sich als Anarchist in schärfstem Sinn. Sein Programm war: Abschaffung aller bestehenden Gesetze, Vertreibung und Ausrottung der religiösen Gemeinschaften, Zerstörung der Kirchen und Klöster, Auflösung der Gerichtsbarkeit, des Heeres und der Marine, Wegnahme des Vermögens jener Zivil- und Militärpersonen, die jemals leitende Stellungen einnahmen, deren Verhaftung, Einstellung des Eisenbahnverkehrs, Wegnahme der Gelder der Kreditanstalten. Er gab auch Unterricht im Zusammensetzen eines wirkfamen Dynamitgemisches. — Es gewährt ein niederdrückendes Schauspiel der geistigen Krankhaftigkeit des europäischen Intellektualismus, besonders an den Universitäten, daß diesem Schurken die Sympathien fast aller liberalen Hochschullehrer zusflogen. Aus Paris sendeten französische Professoren an den spanischen Minister Maura das telegraphische Ersuchen, Ferrer dem Kriegsgericht zu entziehen. In Brüssel veranstaltete während der Tagung des ständigen Büros des internationalen Friedensbundes die Vereinigung der Freidenker und der Bund der Menschenrechte eine Protestversammlung gegen Ferrers Prozeßierung. Vor dem spanischen Konsulat in Amsterdam fanden feindselige Kundgebungen statt. Trotzdem wurde am 13. Oktober das Todesurteil an Ferrer durch Erschießen vollstreckt. Die Regierung veröffentlichte am 26. Oktober die Akten über den Prozeß Ferrer, die seine Schuld darlegten, nicht nur als Verbreiter der Ideen, sondern auch als Leiter des Aufstandes.

In Berlin, Breslau, Elberfeld usw. gaben sozialistische Versammlungen um den 17. Oktober der Entrüstung über Ferrers Hinrichtung Ausdruck. Das war verständlich, obwohl der Anarchismus der kontradiktorische Widerspruch der Sozialdemokratie ist. Aber erbärmlich war es, daß auch der Vorstand des Berliner Goethebundes am 19. Oktober wegen desselben Schurken „lauten Protest dagegen erhob, daß man im Staate Philipps II. noch immer die Posas aus dem Hinterhalt erschießt, wenn sie Gedankenfreiheit fordern“. Es

war zum Schänden. — Die österreichische Regierung schämte sich für die deutschen und tschechischen Freidenkerverbände, die für den 17. Oktober eine Trauerversammlung für Ferrer abhalten wollten, und verbot diesen Skandal. Im Triester Landtag erzwangen die Liberalen durch Verlassen des Saales zum Zeichen der Trauer den Schluß der Sitzung. — In Paris fanden am 13. Oktober Massenkundgebungen vor der spanischen Botschaft statt. Etwa 3000 Sozialisten und Antiklerikale waren versammelt. Als die Polizei sie aufhielt, feuerte der spanische Anarchist Delatorre auf den Polizeipräsidenten Lepine, verwundete ihn und tötete einen Schutzmann. Im Handgemenge wurden 100 Menschen verwundet, 300 verhaftet. — Andere Kundgebungen zu Ehren Ferrers fanden in Rom, Mailand, Bologna, Turin und Genua statt.

\* \* \*

Ich füge nun zur Ergänzung noch einiges aus dem Innenleben der Staaten, zuvörderst aus dem Deutschen Reiche, bei.

Im preussischen Abgeordnetenhaus interpellierte Trimborn über die Arbeitslosigkeit und Erwerbschwierigkeit, besonders in den Großstädten. Roeren interpellierte über die sogenannte Nacktkultur, nämlich die schon seit geraumer Zeit in Berlin stattfindenden ärgerniserregenden Veranstaltungen, bei denen männliche und weibliche Personen in völliger Nacktheit auftraten (13. Jan.). Im Reichstag wurde am 15. Januar das Arbeitskammergesetz beraten. Der Franzose J. Chailley hielt in der Deutschen Kolonialgesellschaft 18. Januar einen Vortrag über Frankreichs Eingebornenpolitik. Staatssekretär Dernburg berichtete ebendort über seine westafrikanische Reise (21. Jan.). Man debattierte weiter über das preussische Wahlrecht und hielt sich für verpflichtet, den bedrängten Deutschen im dänischsprechenden Nordschleswig Beistand zu leisten. Der Kaiser hielt bei Gelegenheit der Hundertjahrfeier des Kriegsministeriums 1. März eine bedeutende Ansprache. Im Reichstag sprach Dernburg über die Freiheit der christlichen Missionstätigkeit in den Kolonien und den Schutz der aussterbenden Gorillas (2. März). Die verunglückten Versuche, Berlins Vororte der Hauptstadt einzugemeinden, wurden im Abgeordnetenhaus 3. März besprochen. Die Gesellschaft für soziale Reform hielt am 6. März ihre vierte Generalversammlung. Die Grundlegungsversammlung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie wurde am 6. März zu Berlin abgehalten unter dem Vorsitz des Professors Tönnies aus Kiel. Die Ansiedlungstätigkeit in den Ostmarken war dem Jahresberichte nach weniger lebhaft. Das Deutsch-französische Annäherungskomitee hielt am 28. März in Berlin seine Jahresversammlung ab. In einem neuen Prozeß wurde Maximilian Harden wegen übler Nachrede, weil er den Grafen Moltke beschuldigte, sich homosexuell beteiligt zu haben, zu einer Geldstrafe von 600 Mark verurteilt (20. April), wobei ihm zustatten kam, daß Graf Moltke zu einem Vergleiche bereit war.

Am 24. April gedachte man des Vierteljahrhunderts deutscher Kolonialpolitik seit Bismarcks Telegramm von 1884, worin er die Besitzungen von Lüderitz in der Bucht Angra Pequena in den Schutz des Reiches nahm. Baron d'Estournelles de Constant, Mitglied des französischen Senats, hielt im Berliner Herrenhaus einen Vortrag über die französisch-deutsche Annäherung als Grundlage des Weltfriedens (28. April). Der Deutsch-französische Wirt-

schäftsverein empfahl bei seiner Tagung zu Berlin 3. Mai eine neue Eisenbahnverbindung durch die Vogesen und Verbesserung der beide Länder verbindenden Kanäle. Im preußischen Abgeordnetenhaus sprach man sich am 8. Mai über die Mädchenschulreform aus, da man die gemeinsame Erziehung der Geschlechter doch nicht für angezeigt hielt.

Der dritte Gesangswettstreit deutscher Männergesangsvereine fand am Gesang.  
19. Mai zu Frankfurt a. M. vor dem Kaiserpaare statt; die Preise wurden am 22. Mai verteilt. Am 4. August erfolgte eine eingehende kaiserliche Kritik. — Eine Gesellschaft von Abgeordneten und Zeitungsvertretern unternahm am 23. Mai eine Ostmarkenfahrt, um die Zustände in Posen, Gnesen, Thorn, Marienburg, Graudenz und Danzig in Augenschein zu nehmen. — Auf der Tagung des zwanzigsten evangelisch-sozialen Kongresses zu Heilbronn 2. Juni wurde anerkannt, daß auch das Zentrum sich große sozialpolitische Verdienste erworben habe. Graf Pofadowitsch empfahl das Zusammengehen aller nicht-sozialdemokratischen Gewerkschaften. Professor Drems gab an, daß in Berlin allein in den letzten drei Jahren über 17.000 Arbeiter aus der Landeskirche austraten, davon 10.000 im letzten Jahre. — Die in einen Geheimbundsprozeß verwickelten russischen Studenten wurden am 11. Juni aus Sachsen ausgewiesen.

Bei der Regatta in Cuxhaven 22. Juni sprach Kaiser Wilhelm zum Bürgermeister Burchard von Hamburg über seine Zusammenkunft mit dem Zaren: „Wir fühlen uns als Monarchen unserm Gott verantwortlich für das Wohl und Wehe unserer Völker, die wir soweit als möglich auf friedlichem Wege vorwärtsbringen und zur Blüte emporführen wollen. Alle Völker brauchen den Frieden . . .“

Seit Herbst vorigen Jahres waren alle Universitäten des Reichs außer Kostock den Frauen zugänglich; es waren 1432 als ordentliche oder außerordentliche Studentinnen eingeschrieben. — Da der zum Meineidsprozeß vorgeladene Fürst Gulenburg sich als nicht verhandlungsfähig erwies, vertagte das Berliner Gericht am 6. Juli den Prozeß auf ungewisse Zeit; er blieb damit endlich begraben.

Die Erträge der Erbschaftssteuern blieben hinter den Erwartungen zurück; daraus ergab sich ein Fehlbetrag im Reichshaushalt.

Der Alldeutsche Verband bezeichnete es in seiner Tagung zu Schandau 5. September als wünschenswert, daß Deutschland den Versuch mache, auf die innere Politik Österreichs Einfluß zu gewinnen; ein slawisches Österreich müsse für Deutschland eine Lebensgefahr werden. Der Wiener Reichsratsabgeordnete Jesser betonte, die Ursachen des nationalen Kampfes in Böhmen seien zumeist in sozialen Verhältnissen begründet. Deutsches Kapital müsse durch Industrialisierung den deutschen Einfluß kräftigen.

Nach einer Parade in Karlsruhe 11. September sagte Kaiser Wilhelm: „Wir Deutsche sind ein waffenfreudiges Volk und tragen unsere Rüstung leicht und gern, weil wir wissen, daß sie uns den Frieden bewahrt und erhält, in dem allein unsere Arbeit gedeihen kann.“ Und: „Beim Soldaten ist die Tradition die Hauptsache.“

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Leipzig Soziales.  
13. bis 18. September sprach Ledebour: „Allerlei Kritik ist aus der Partei laut geworden; man sagt, wir hätten keine praktischen Erfolge;



das kommt vom Hottentottenblock. Man sagt ferner, wir ständen mit unsern Ideen nicht auf der Höhe. Immerhin haben wir doch auf die Massen gewirkt. Das Deutsche Reich ist eine Filiale Preußens, und in Preußen herrschen die Junker. Der Bundesrat ist nur Dekoration. Die Verbindung der Junker mit Zentrum und Polen ist eine Ehe zwischen Karpfen und Kaninchen . . . Wir treiben aber keine Politik, um mit dem Krähwinkel Landsturm voranzugehen. Es war das Recht der Konservativen, den Bülow zu stürzen, diesen Schaukelpolitiker . . . Wir bekämpfen nur ihre Heuchelei . . ." Robert Schmidt sagte: „Die Erbschaftssteuer ist der erste bedeutsame Schritt auf dem Wege, die indirekten durch direkte Steuern zu ersetzen.“ Mollenbuhr führte aus, daß eine sozialdemokratische Obstruktion auch wirkungslos bleiben müsse, und daß die Forderungen auf Straßenkundgebungen nur Lacherfolge erzielen. Man eiferte gegen die Annäherung der Revisionsisten an den Liberalismus. Aber die liberalen Blätter jubelten doch über das Fiasco des Parteitags und den moralischen Sieg der Revisionsisten, der für die innere Entwicklung der Partei bedeutsam genug erschien.

Schack-  
galerie.

Bei der Eröffnung des Neubaus der Schackgalerie in München 18. September hielt der Kaiser an den Prinzregenten folgende Ansprache: „ . . . Der alte Gedonsche Bau ist allmählich dem Zahn der Zeit erlegen. Die schöne Sammlung des Grafen Schack hat in neue Räume überführt werden müssen. Diese Sammlung sei dem Besucher ein Maßstab für die Beurteilung der jetzigen Kunst. Sie zeigt, daß der Künstler die schöne Aufgabe hat, nicht nur die Vorkommnisse alltäglichen Lebens in drastischer, sensationeller, abstoßender Form zur Darstellung zu bringen, sondern vielmehr unter dem Einfluß der Ästhetik mit reinem Sinn, in vornehmer Auffassung, die Flamme des Ideals in der Brust, seine Zeitgenossen über die Misere des alltäglichen Lebens emporzuheben und das Schönheitsgefühl des Volkes zu pflegen und zu stärken . . .“ — Gelegentlich seines Aufenthalts in München wurde dem Kaiser durch den Prinzregenten auch Prinz Ernst August von Braunschweig vorgestellt, der in der bayerischen Armee diente.

Auf der elften Versammlung des Verbandes deutscher Historiker zu Straßburg 18. September wurde wieder die Errichtung eines Reichszeitungsmuseums befürwortet. — Auf dem liberalen Parteitag zu Freiburg i. B. 19. September erklärte Baffermann, daß die Sozialdemokraten trotz des Sieges der Revisionsisten in Leipzig so lange nicht bündnisfähig seien, als sie die Forderungen für Heer und Marine ablehnen. Dasselbe ergab sich aus einem Briefwechsel zwischen Konrad Haupmann und August Bebel anfangs Oktober.

Die fünfundzwanzigste Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Frauenvereines drang auf Zulassung der Frauen zu allen solchen verantwortlichen Ämtern in Gemeinde und Staat, die zu den Fraueninteressen in besonders naher Beziehung stehen, wie Mädchenschulwesen und Arbeiterinnenfrage. Der deutsche Hochschullehrertag in Leipzig 12. Oktober erklärte sich gegen die Zulassung eines durch die Beiträge der Industriellen zu dotierenden „Tendenzprofessors“ für exakte Wirtschaftsforschung.

Eine vom bayerischen statistischen Landesamt veröffentlichte Arbeit wies die fast durchgängige Abnahme der ehelichen Fruchtbarkeit in den letzten drei Jahrzehnten nach.

Als Großherzog Adolf Friedrich die Mecklenburgische Verfassungsfrage im Gegensatz zur Ritterschaft lösen wollte, rief Landrat von Malkan auf Malkow: „Dieses ist die Revolution von oben!“ (10. Dez.).

Ein Erlass des Generalkommandos vom 12. Dezember wies darauf hin, daß es im Interesse des Staates liege, den Sinn der Jugend für das Militärische möglichst zu erhalten und zu fördern. Man solle Schülern das Zusehen bei Paraden und Manövern gestatten, ihnen Exerzier- und Turnplätze, Exerzier- und Turnhallen überlassen, ebenso die Militärschwimmanstalten.

Auf kirchlichem Gebiete erregte die Osterdienstagskonferenz zu Köln 13. April eine große Bewegung. Zehn Mitglieder der Zentrums-  
partei hatten da im Görreshaus eine vertrauliche Besprechung über den konfessionellen Charakter des Zentrums und über den engeren Anschluß des Volksvereins an den Episkopat. Der Einberufer der Konferenz, Kaplan Schopen, ließ darüber ein Protokoll drucken; dies gelangte an die „Kölnische Volkszeitung“, welche daraufhin die zehn Männer geheimer Wühlereien bezichtigte und eine Berichtigung des Konferenzleiters, Reichstagsabgeordneten Dr. Bitter aus Kiel, nicht in ihre Spalten aufnahm. Die Anschauung der Konferenz war, daß das Zentrum wohl eine politische und keine spezifisch katholische Partei sei, daß aber denn doch die katholische Weltanschauung die Grundlage des Zentrumsprogramms allzeit war. Von da an ging eine lang andauernde Spaltung durch den deutschen Katholizismus, offenbar noch Nachwehen des Modernismustreites auf anderem Gebiet, jedenfalls Ausdruck des Gegensatzes zweier verschiedener Kulturanschauungen, einer, die das ganze menschliche Leben, Politik, Religion, Wissenschaft, Kunst, Moral als untrennbare Einheit ansieht, einer andern, die die verschiedenen Lebens- und Kulturgebiete als mehr unabhängig voneinander betrachtet.

Oster-  
dienst-  
tag-  
kon-  
ferenz.

Dies zeigte sich zum Beispiel auch in der bayerischen Bischofskonferenz zu Freising 16. April, welche in einem Schreiben an den katholischen Lehrerverein die geistliche Mitaufsicht über die ganze Schule forderte und die Beschränkung der Schulaufsicht auf den Religionsunterricht als ungenügend ablehnte. Ohne die entsprechende Mitaufsicht der kirchlichen Organe über den gesamten Unterricht würde die Schule der völligen Verstaatlichung und Bervieltlichung verfallen.

Die preußische Regierung erklärte am 26. April im Abgeordnetenhaus, daß die Ansiedlung deutscher Katholiken im Osten erschwert werde durch den Mangel deutscher katholischer Geistlichen; Protestantisierungsversuche seien aber keineswegs vorhanden.

Der dritte Vertretertag des Antikulturmontanen Reichsverbandes zu Eisenach, 6. Juni, erblickte „in der Wiedereinführung des Zentrums in die parlamentarische Machtstellung eine schwere Schädigung des nationalen Gedankens . . . Mit Nachdruck muß hervorgehoben werden,

daß das Zentrum als Verkörperung des Ultramontanismus keine nationalen Ziele verfolgt und nicht berufen sein kann, in nationalen Fragen den Ausschlag zu geben... Die Brüchigkeit, an der die Entwicklung des Reiches krankt, ist zurückzuführen auf die Macht des Zentrums, das heißt auf den Widerstand des Ultramontanismus gegen die freie Entfaltung der Kräfte unsers Volkes. Das Wort Bismarcks 'Ich habe erkannt, daß mit den Grundsätzen des Zentrums weder das Deutsche Reich noch der Preussische Staat bestehen können', ist von bleibender Wahrheit. Nicht der katholischen Religion gilt der Kampf, sondern dem die Religion zu seinen weltlich-politischen antikulturellen Zwecken mißbrauchenden Ultramontanismus; dieser ist die Pestbeule des modernen Staates und der modernen Kultur." Das war wieder eine andere Auffassung. — Ähnlich lautete ein Aufruf der Freien konservativen Vereinigung vom 5. August aus Berlin: „Fort mit der Zentrumsfreundschaft, die den staats- und freiheitsfeindlichen Ultramontanismus stärkt! Fort mit der Engherzigkeit, die die Sammlung aller nationalen Kräfte bekämpft!...“

Zu Köln tagte der zwanzigste Eucharistische Kongreß vom 3. bis 8. August. Früher versammelte er sich neunmal in französischen, fünfmal in belgischen Städten, einmal in Freiburg (Schweiz), Rom, London (1908), Palästina und Mek (1907). Kardinal Vanutelli war als Legat des Papstes anwesend. Die Zahl der Fremden wurde auf eine halbe Million geschätzt.

Im Sinne der Osterdienstagskonferenz faßte eine neue Versammlung zu Koblenz 9. August nach den Darlegungen des Dr. Bitter folgende Resolution: 1. Die Versammlung weist die Verdächtigung zurück, als ob die Tendenzen der Konferenz dahingegangen seien, das Zentrum zu einer einseitig konfessionellen Partei zu gestalten. 2. Die Versammlung erklärt, daß sie den durch Programm und Tradition festgelegten Charakter des Zentrums festhält. 3. Sie mißbilligt daher das namentlich von der „Kölnischen Volkszeitung“ verfolgte Bestreben, durch Betonung des interkonfessionellen Prinzips den wirklichen Charakter des Zentrums zu verwischen, wodurch Verwirrung in die Wählerschaft getragen wird. 4. Sie mißbilligt die Tendenz, die weiten Gebiete des modernen Kulturlebens unter Ausschaltung der katholischen Weltanschauung mehr und mehr zu interkonfessionalisieren.“ — Dagegen billigte der Augustinusverein in seiner Versammlung zu Köln 18. August den Standpunkt der „Kölnischen Volkszeitung“: „... Jeder Versuch, an dem politischen nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei zu rütteln, muß grundsätzlich abgewiesen werden. Eine Verwischung dieses Charakters würde... es unmöglich machen, vom Rechtsboden der Verfassung aus den Schutz der katholischen Kirche wahrzunehmen... Der politische, nichtkonfessionelle Charakter des Zentrums läßt seinen katholischen Mitgliedern die vollste Freiheit, in Weltanschauungsfragen nach den Grundsätzen ihres katholischen Glaubens sich zu richten und für diese vom Boden der staatsbürgerlichen Parität aus unter aller gebotenen



Rückfichtnahme auf die andersgläubigen Volksgenossen einzutreten . . .“ Hertling und Porzsch baten in einer parteioffiziellen Erklärung vom 20. August in der „Germania“ alle Freunde, die Erörterung der Frage bis zur erfolgenden Definition durch die maßgebende Parteiorganisation ruhen zu lassen.

Indessen wurde die sechshundfünfzigste Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Breslau 29. August bis 2. September abgehalten. Kardinal Kopp bedauerte, daß die gleichzeitige Polenversammlung verboten worden sei. Er mahnte zur Einheit, er betonte den friedlichen Charakter des Katholikentages, man müsse sich schiedlich-friedlich gegenseitig einrichten. Das Feuer der katholischen Begeisterung soll nicht verbrennen und verwunden, sondern die Herzen erwärmen. Gottesglaube und Gottesliebe sollen versöhnend und ausgleichend wirken in allem, was die Ansichten trennen könnte. — Brandts und Pieper sprachen über das Verhältnis des Volksvereins für das katholische Deutschland zum Episkopat im Sinne des engen Anschlusses an die bischöfliche Leitung und mit Betonung des katholisch-konfessionellen Standpunkts, Kardinal Kopp bestätigte die loyale Haltung des Volksvereins, der nicht politische, sondern religiöse und soziale Zwecke vertrate. Herschel versicherte vom Bonifatiusverein, daß auf diesem Gebiet ein edler Wettstreit unter den Konfessionen entbrennen könne, der den Gegner nicht verlege, sondern ihn nur in Werken der Liebe überreffen wolle. Bell empfahl den Katholiken: Hinein in die Großindustrie! Stärkerer Besuch der Realschulen! De Witt bemerkte über die katholische Presse im Reich: ihre Zahl sei seit 1880 von 186 auf 480 Zeitungen, von 600.000 auf über zwei Millionen Abonnenten gestiegen. „Wenn sich das katholische Volk eine politische Organisation schaffen konnte, welche den Neid und die Eifersucht der politischen Gegner, aber auch die Bewunderung und Nachahmung des katholischen Auslandes hervorgerufen hat, so ist auch dieses ein Verdienst der katholischen Presse, und fürwahr nicht das geringste, weil sie es bewirkt hat, daß der Zentrums-gedanke dem katholischen Volke in Fleisch und Blut übergegangen ist. Anfangs der sechziger Jahre fehlte es noch an einer einflußreichen katholischen Presse in Preußen, und so konnte die damalige katholische Fraktion ein ruhmloses Ende finden . . .“ (unter der katholischen Presse scheint also der Redner doch auch die nichtkonfessionelle Zentrumspresse mitzuverstehen).

Auch die protestantischen Autoritäten suchten die Strenge ihres Bekenntnisses festzuhalten. So leitete der Oberkirchenrat gegen den Pfarrer Traub in Dortmund das Disziplinarverfahren ein, weil er durch drei Vorträge über das Apostolikum „erhebliches Argernis“ erregt habe (11. Juni). Und für die

evangelische Kirche Preußens wurde am 6. September eine Vorlage über ein Landeskirchliches Spruchkollegium bekanntgemacht. Dieses sollte in allen Lehrfragen endgültig entscheiden; also über „eigentliche Irrlehren“, über Herabwürdigung des Bekenntnisses und dergleichen. — Die Zurücksetzung der dänischen Sprache in Nordschleswig war so stark, daß ein aus 57 deutschgesinnten Geistlichen Nordschleswigs gebildeter Verein beschloß, beim Konfirmandenunterricht und in den Gottesdiensten das Recht der dänischen Sprache beim Konsistorium in Kiel geltend zu machen.

Es entstand eine kurze Erörterung über die Frage, woher das Wort *Zentrum* stamme. *Zentrum ist Trumpf*; es stellte sich heraus, daß es der Dechant Hammer auf dem Bonner Katholikentag 1881 und auf dem Mainzer Katholikentag 1892 gebraucht habe in der Fassung „Katholisch ist Trumpf“.

Bei der sechsten Generalsynode zu Berlin 23. Oktober bildete den Hauptgegenstand der Beratung das „Gesetz über Irrlehre“, das heißt das Verfahren für den Fall, wenn „ein Geistlicher mit dem Bekenntnis der Kirche dergestalt in Widerspruch getreten ist, daß seine fernere Wirksamkeit innerhalb der Landeskirche mit der Bedeutung des in den Bekenntnissen bezeugten Wortes Gottes unvereinbar ist. Dagegen protestierten die „Freunde evangelischer Freiheit“ 19. November.

Die Konservative Vereinigung erließ wieder am 12. November den Aufruf: „Los vom Zentrum! Zurück zum alten Blockgedanken!“ usw.

Über den Charakter des Zentrums wurde am 1. Dezember folgende parteiamtliche Rundgebung veröffentlicht, der sich auch Koeren von der Osterdienstagskonferenz anschloß: „Die Zentrums-*Zentrum ist Trumpf* partei ist grundsätzlich eine politische, nichtkonfessionelle Partei; sie steht auf dem Boden der Verfassung des Deutschen Reiches, welche von den Abgeordneten fordert, sich als Vertreter des gesamten deutschen Volkes zu betrachten. Darum erstrebt die Zentrums-*Zentrum ist Trumpf* partei den Schutz und die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger, deren Interessen sie in steter Rücksicht auf die Wohlfahrt des Ganzen und auf das Gedeihen aller Klassen zu vertreten sucht. Schon das Programm der Zentrumsfraktion des Reichstags von Ende März 1871 verlangt: für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reichs ist die verfassungsmäßige Feststellung von Garantien zu erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen. Mit diesem grundsätzlichen Charakter steht keineswegs im Widerspruch, daß die Zentrums-*Zentrum ist Trumpf* partei in den langen Jahren des Kulturkampfes die Abwehr der gegen den katholischen Volksteil gerichteten Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung als erste und dringendste Aufgabe betrachten mußte, und daß es auch heute noch eine ihrer vornehmsten Pflichten ist, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der katholischen Minderheit zu wahren... Abgesehen von dem Programm bietet die Tatsache der Zugehörigkeit fast aller ihrer Wähler und ihrer Abgeordneten zur katholischen Kirche

genügende Bürgschaft dafür, daß die Zentrumsparlei die berechtigten Interessen der deutschen Katholiken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nachdrücklichst vertreten wird. Dadurch verliert aber die Zentrumsparlei nicht den Charakter einer rein politischen Partei. Die Zentrumsparlei hat die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Angehörigkeit zum katholischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht, und die Zentrumsfraktion des Reichstages hat auch tatsächlich bis heute stets Angehörige eines nichtkatholischen Glaubensbekenntnisses zu ihren Mitgliedern gezählt, welche allen, auch ihren intimsten Verhandlungen beigewohnt haben. Dabei ist es als selbstverständlich zu betrachten, daß in denjenigen Fragen, welche das religiöse Gebiet berühren, sich jeder Abgeordnete nach den Grundsätzen seines Glaubensbekenntnisses richtet... In diesem Geiste wird die Zentrumsparlei auch fernerhin bestrebt sein, unbeirrt durch die das Gemeinwohl schädigende konfessionelle Heze, ihre Pflicht gegen das deutsche Vaterland zu erfüllen." — Trotz dieser Erklärung blieb das Zentrum für alle Parteigegner die Vertretung des antinationalen Ultramontanismus oder Klerikalismus, wie wir aus den zahlreichen Pressestimmen über diese Frage ersehen.

Freiherr v. Hertling, der Unterzeichner jener Parteierklärung, mußte Hertling. am 9. Dezember im Reichstag klagen: „Auch die konfessionellen Gegensätze sind in der letzten Zeit vielfach geschürt worden. Gerade im Zusammenhang mit der Steuerheze sind eine große Reihe von Kränkungen des katholischen Volkes ausgesprochen worden... Solchen Leuten muß ich sagen, daß sie sich daran gewöhnen müssen, daß wir zwanzig Millionen katholische Staatsbürger haben, die einen Anspruch auf volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung haben. Diese Gleichberechtigung ist nicht erreicht, solange an den oberen Stellen die Anschauung herrscht, daß Katholiken zu hohen Staatsämtern nicht geeignet seien. Wir werden Sie mit unserm Toleranzantrag vor eine kleine Probe stellen. Ich habe allerdings nicht die Hoffnung, daß der Friede auf diesem Gebiete von Dauer sein wird. Aber wir könnten ja einmal einen Waffenstillstand schließen.“ — Der Nationalliberale Basser- mann entgegnete unter anderm: „Die Auffassung des Herrn v. Hertling, daß das Zentrum keine konfessionelle Partei sei, können wir nicht teilen... Durch das Bestehen dieser großen konfessionellen Partei wird unsere ganze politische Entwicklung aufgehalten.“

Der Zentrumsabgeordnete Gröber sprach am 11. Dezember: „Basser- Gröber. mann und andere nationalliberale Redner haben den Kampf gegen Rom gefordert. Auch in vielen Blättern wird die Aufforderung zum Kulturkampf laut, besonders in Sachsen.“ Über die skandalösen Agitationen für Ferrer sagte Gröber: „Der Anarchist Ferrer hat seine Kinder enterbt und seiner Mätresse sein Vermögen hinterlassen. Er hat als Leiter des Aufstandes seine Hinrichtung verdient. Dem Protest gegen seine Hinrichtung haben sich Leute wie Lujo Brentano und Haackel angeschlossen. Die Sozialdemokraten haben ja zugegeben, daß es sich bei dem Ferrer-Rummel nur um die Propagierung der Revolution gehandelt hat. Wer diesen Rummel miterlebt hat,



der wird sich der Ansicht nicht verschließen können, daß ein Kulturkampf im Hintergrunde steht.“ — Der Antisemit Zimmermann bedauerte auch den Ferrer-Kummel; der Goethebund habe sich dabei eine Blamage geholt. — Der Nationalliberale Heinze meinte: „Der Vorwurf, daß wir die Politik des Evangelischen Bundes trieben, ist nicht richtig. Wir sind keine konfessionelle Partei. Daß wir aber ein großes Stück Weg zusammengehn mit dem Evangelischen Bunde, ist natürlich, weil wir ebenso wie dieser das Zentrum bekämpfen. Aber nicht wahr ist es, daß wir den katholischen Volksteil bekämpfen; uns ist die konfessionelle Stellung unserer Mitglieder gleich: wir haben Katholiken, Evangelische und Andersgläubige in unseren Reihen.“

Während den Osterdienstagkatholiken das Zentrum zu wenig katholisch schien, war es den Katholiken der „Deutschen Vereinigung“ zu katholisch. Auf ihrer Generalversammlung zu Düsseldorf 12. Dezember meinte Graf Hoensbroech-Geldern (nicht der Exjesuit), antinational sei es, mit Polen und Sozialdemokraten Wahlbündnisse abzuschließen. Die Vereinigung strebe den konfessionellen Frieden an; dem konfessionellen Frieden entspreche aber nicht die vom Zentrum betriebene konfessionelle Absperrung nach Verufen und Ständen. Professor v. Savigny (Münster) sprach über den interkonfessionellen paritätischen Staat. Das, was den christlichen Konfessionen gemeinsam ist, soll in den Vordergrund gestellt werden, nicht das Trennende. Vor allem ist das Dasein besonderer konfessioneller Parteien unberechtigt. Das Zentrum sei ohne Zweifel eine solche konfessionelle Partei. Dies zu bestreiten, sei nutzlos, weil den Taten der Partei widersprechend. Bitter habe mit Recht gesagt, daß jede Wahlkampagne des Zentrums verloren sei, die nicht durch den katholischen Klerus geführt werde. Die „Deutsche Vereinigung“ bekämpft im Zentrum den konfessionellen Chauvinismus, die Verneinung der wirklichen Parität. Es müsse zum Gemeingut des Volkes werden, daß die Machtpolitik der Konfession keinen Raum in Deutschland haben dürfe. Professor Hoersch (Posen) verteidigte die preussische Ostmarkenpolitik.

Savigny.

Zionisten.

Eine andere Konfession kam auf dem neunten Zionistenkongreß in Hamburg 26. bis 31. Dezember zum Wort. Unter den 600 Teilnehmern waren 140 Russen. Max Nordau hielt fest am Basler Programm, an der Schaffung eines nationalen Heims in Palästina, aber ohne Lostrennung vom ottomanischen Gesamtreich und territoriale Selbständigkeit. Dr. Franz Oppenheimer schlug die Gründung einer Arbeiterfiedlungsgenossenschaft vor, für die sofort namhafte Beiträge gezeichnet wurden.

In der „Allgemeinen Zeitung“ berichtete der beurlaubte Professor Josef Schützer über Japanisches Christentum (Nr. 1). A. v. Beez fragte während der höchsten Kriegsgefahr „Wo bleiben die Friedensgesellschaften? (Nr. 2). Er referierte auch über „Indiens geistiges Erwachen“ (Nr. 4). Herbert Gulenberg suchte in einem Artikel über Martin Luther (Nr. 5) mehreren Parteien gerecht zu werden: „Ein Heiliger war er nicht und wollte es nicht sein; einzig auf den Titel Reformator machte er Anspruch. Solange man in Deutschland seinen Namen nicht, ohne ihn zu verkleinern und zu verfluchen, oder ohne ihn anderseits mit besonderer Feierlichkeit zu betonen, schlicht und einfach wie den eines jeden großen Mannes nennt, so lange wird es keine Kultur bei uns geben, so lange wird es keine Lust sein, unter Deutschen zu leben.“

Luther.

Und ferner: „Das halbe Deutschland war zwanzig Jahre nach den Thesen auf seiner Seite; mußte er drum nicht meinen, daß nach vierzig Jahren auch die andere Hälfte seiner Lehre zugefallen wäre?“ — Johannes Schlaf hielt die heutigen dilettantischen Reaktionserscheinungen des Neurromantizismus und Neuklassizismus für aussichtslos gegenüber dem „zum Monismus gewordenen naturalistischen Prinzip“ (Nr. 6). Menfi mokiert sich über „Sachverständige für Unsitlichkeit“. Friedrich Lienhard klagt über „moderne Vereinsamung“ (Nr. 7). Über Papst und Vetorecht schrieb Laband (Nr. 12). Anando<sup>1)</sup> behandelte die „Katholischen Literaturkämpfe“, an denen auch ich etwas beteiligt war (Nr. 44, 30. Okt.). Albrecht Wirth, ein ständiger Mitarbeiter der „Allgemeinen Zeitung“, nahm sich meiner in der Folge an (Nr. 46, 13. Nov.), aber Anando behielt das letzte Wort. Diese Angelegenheit habe ich in zwei Denkschriften ausführlich dargelegt (Die katholische Literaturbewegung der Gegenwart 1909; Ein Jahr katholischer Literaturbewegung 1910), und ich will hier meine Stellung als bestellter Historiker nicht zu Erörterungen mißbrauchen, die parteilich scheinen könnten; denn ich schreibe Geschichte für alle. Nur ganz kurz sei erwähnt, daß einerseits die Ansicht verfochten wurde, die katholische Literatur müsse von der modernen, besonders was die Technik betrifft, lernen, andererseits aber, die katholische Literatur müsse ihre Technik aus ihrem katholischen Gehalt entwickeln und so die irregehende moderne Kultur belehren, etwa ähnlich, wie es Kaiser Wilhelm in zahlreichen Kundgebungen gegen die Moderne anstrebte und deshalb auch als rückschrittlich oder als katholisierend gescholten wurde, da er doch nur klassisch sein wollte. Der fruchtbare Streit hat jedenfalls viel Leben in die Literatur gebracht. Es standen eben damals, abgesehen vom Konfessionellen, zwei verschiedene Kulturströmungen im Gegensatz zueinander und verlangten nach einer Entscheidung. — Der Fall Wahrmond wird wiederholt besprochen (30. Okt.). — Sehr lehrreich sind Albrecht Wirths Darlegungen über den nahen Orient (27. Nov.).

Katho-  
liche  
Litera-  
turbewegung.

In den „Historisch-politischen Blättern“ behandelte R. v. Nostitz-Rieneck das „Problem der Kultur“. Remigius Stölzle gab einen Beitrag zur Biographie J. M. Sailer's. — Von der heutigen Kunst des Individualismus und Subjektivismus gilt das Wort: „Die moderne Kunst hat keine objektive Sprache mehr, die über die Zeiten weg verständlich bleibt“ (Riezler). „Unsere Zeit (heißt es 143, 172) hat die Tendenz, die Religion immer mehr aus dem öffentlichen gesellschaftlichen Leben auszuschalten.“ Freiherr v. Hertling gibt einen Überblick über die Philosophie des Mittelalters im Anschluß an Alb. Ehrhards neues Buch „Das Mittelalter und seine kirchliche Entwicklung“ und Endres' „Geschichte der mittelalterlichen Philosophie“. Der „pathologische Charakter der mystischen Frömmigkeit“ wird widerlegt. J. Schunter behandelt die „moderne Gemeinschaftsbewegung“ im verfallenden Protestantismus. Es werden „jüngste Stimmen zur christlichen Gewerkschaftsbewegung“ zusammengestellt. D. Schilling schreibt über „die sozialen Pflichten der Reichen“. Der Begriff „Weltanschauung“ wird erörtert. Hans Rost

Histor.-  
polit.  
Blätter.

<sup>1)</sup> Unter diesem Pseudonym Anando, einem buddhistischen Namen, verbarg sich der Redaktor der „Allgemeinen Zeitung“, Alfred Freiherr Menfi von Klarbach, ein geborner Tiroler, Vorkämpfer gegen alles Katholische und daher Freund aller seiner Meinung nach gegen die Autorität der Kirche gerichteten Bestrebungen, im übrigen Freund des Okkultismus und Buddhismus.

schreibt über Bertha v. Suttner. M. Buchner bespricht Paul Kellers Werke. A. v. Dw sieht in Mithra den mythologisierten Noah. G. Grupp betrachtet „Italiens landschaftliche Schönheit“ mit sehr kritischem Blick. Lorenz Krapp bespricht Martin Greißs Dichtungen zu dessen siebzigstem Geburtstag. Dentler handelt über „Modernistischen Kritizismus“. Hans Rost über „Gemeindebetriebe“. J. Newald über den „Sturz Metternichs im Lichte der neueren Literatur“. Ein Reichsdeutscher spricht gegen den Dualismus zwischen Österreich und Ungarn, und für die Reichseinheit (852 f.); das Problem sei durch die Annexion Bosniens akut geworden. In diesem 143. Band werden noch folgende Bücher besprochen: Anton de Baal, Königin Serena. Hugo Koch, Die Ehe Kaiser Heinrichs II. mit Kunigunde (172). A. Meyenberg, Wartburgfahrten. G. Sattel, Martin Deutinger als Ethiker. Geistesfrüchte aus der Klosterzelle, gesammelte Aufsätze von P. Dbilo Rottmanner †. St. Beißel, Geschichte der Verehrung Marias in Deutschland (250). Alb. Kuhn, Allgemeine Kunstgeschichte. R. Faymonville, Der Dom zu Aachen. Wilfried Ward, Ten personal studies. Th. Jnnitzer, Johannes der Täufer. W. A. Patin, Niceta, Bischof von Remesiana (Verfasser des Ledeum). J. Kirk, Biographies of English Catholics in the eighteenth Century. The Catholic Encyclopedia (New York). Das Programm der italienischen Modernisten (669). J. Strzygowski, Die bildende Kunst der Gegenwart, ein Büchlein für jedermann (953). — Im 144. Band wird das Tiroler Landesjubiläum 1809—1909 gefeiert. Sandersdorfer schreibt über den „Panbabylonismus“ der alle Mythologie aus Babylon herleiten will. Ansgar Böllmann, schreibt „von der Bücherwelt und ihrem Leiter Hermann Herz“. Joh. Kanstl bespricht die Erinnerungsblätter von Hans Thoma „Im Herbst des Lebens“. Rogalla von Bieberstein würdigt die Aspernfeier Österreichs. A. Dörrer gibt ein Dichterbild von Karl Domanig. Ansgar Albing fragt: „Macht seine katholische Tendenz einen Autor intolerant?“ Über „Politik und Religion“ äußert sich eine Stimme aus Österreich, mit dem Schluß: „Nicht politisches Christentum, sondern Durchdringen des politischen Handelns durch die katholischen Grundsätze“. Eine andere Stimme äußert sich über „öffentliches Leben und Interkonfessionalismus“ und schließt: „Wir Katholiken können und müssen nach unserm katholischen Glauben in allem leben und handeln... In den Ruf ‚Christlich, nicht katholisch‘ können wir nicht einstimmen.“ Der Referent über die internationale Kunstausstellung in München vermißt in der „neuezeitlichen Kunst jenen Charakter, den die vom Volksgeist besetzte und getragene Kunst des Hellenentums und des christlichen Mittelalters aufzuweisen hatte“. Ein Aufsatz über die Objektivierung der Ästhetik weist auf Adolf Hildebrands „Problem der Form (1893) hin, aber auch auf Ruskins Wort: „Die erste Bedingung beim Schaffen eines großen Kunstwerks ist ein Abscheu vor allem Sündhaften wie vor einem verächtlichen aber gefährlichen Feinde.“ In einem neuen Aufsatz über „Politik und Religion“ zitiert Krueckemeyer den Protestant v. Gerlach in seiner Rede vom 20. Januar 1873: „Ich bin Preuße durch und durch... aber dennoch muß ich sagen, daß Preußen und Deutschland mir tief unter dem Reiche Gottes stehen, welches mir als ewiges himmlisches Vaterland nach meiner innigsten Glaubensüberzeugung unendlich höher steht als Berlin, als Preußen, als Deutschland.“ Ferner den protestantischen Pastor W. Gußmann im „Alten Glauben“ (1905): „Der Plan, den Protestantismus zum politischen

Albing.

Gerlach.



Prinzip zu erheben, ihn namentlich in das parlamentarische Leben einzuführen und ihm so das Gewicht einer ausschlaggebenden Macht in allen Fragen der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung zu verschaffen... empfiehlt sich durch seine Folgerichtigkeit." Ferner das modernistische „Neue Jahrhundert“ (1909): „Man gebe doch die lächerliche Phrase auf, Religion und Politik haben nichts miteinander zu tun. Das kann nur aus einer ebenso seichten Auffassung von Politik wie Religion heraus gesagt werden.“ Und der jungliberale Dr. Johannsen schrieb 1903 in der Münchener „Freistatt“: „Ich bin nicht der Ansicht, daß Religion und Politik absolut nichts miteinander zu tun haben; wer das im Ernst behauptet, ist ein Narr. Das wäre eine oberflächliche Politik, die nicht auf eine feste Weltanschauung sich gründet, und eine jämmerliche Religion, die nicht auf das politische Handeln Einfluß übt.“ Er nennt das ziemlich drastisch „Nachtgeschirr-Religion“. — Hans Rost schreibt über „Konfession und eheliche Fruchtbarkeit“. Die Ferrer-Bewegung wird besprochen. R. Braig betrachtet „Bossuet und Modernismus“. Ein ungarischer Magnat schreibt über „Ungarn und die Habsburg-Monarchie“. Hochlands „Glossen zur Katholischen Literaturbewegung“ werden mit Protest besprochen (S. 803 f.). Von demselben Gegenstand handelt ein Aufsatz „Über das Wahre in Kritik und Dichtung“. Professor Bertsche berichtet, was Abraham a Sancta Clara über die Wissenschaft dachte und schrieb. Martin Spahn widerspricht den Glossen über den Hochland-Artikel, der von ihm ist (954). Im selben Band der „Historisch-politischen Blätter“ werden folgende Bücher besprochen: Herders Jahrbücher. Brück-Rikling, Geschichte der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert. Vierter Band. Weale, The coming Struggle in Eastern Asia (1907). Ed. Meyer, Geschichte des Altertums. D. Kernstock, Aus dem Zwingergärtlein, Unter der Linde, Turmschwalben. R. Zentsch, Christentum und Kirche. Ansgar Albing, Religion in Salon und Welt. Julius Kaerst, Geschichte des hellenistischen Zeitalters, Tacchi Venturi, Italiens religiöse Zustände im 16. Jahrhundert. Jos. Hirn, Tirols Erhebung im Jahre 1809. Andreas Aubert, Runge und die Romantik. Martin Philippson, Das Leben Kaiser Friedrichs III. Albert Ruhn, Moderne Kunst- und Stilfragen. Hans Rost, Das moderne Wohnungsproblem. Bettina Ringsseis, Dr. Joh. N. v. Ringseis, ein Lebensbild.

Spahn.

Helmolt lobte vorurteilslos das von Julius Bachem im Auftrag der Görresgesellschaft in dritter Auflage neu bearbeitete Staatslexikon (III. Btg., 20. Mai).

Der Replerbund und Dr. Braß führten einen scharfen Kampf gegen Haackel und dessen gefälschte Embryonenbilder; eine Anzahl von Professoren kam aber „im Interesse der Wissenschaft und der Freiheit der Lehre“ dem angegriffenen Haackel durch eine Erklärung zu Hilfe (Allg. Btg., 20. Febr.).

Bischof v. Repler schrieb das entzückende Buch „Mehr Freude“.

Mela Escherich übertrug „Das fließende Licht der Gottheit“ von Mechthild von Magdeburg ins Neudeutsche.

Im zweiten Jahrgang erschien das Jahrbuch „Am Webstuhl der Zeit“ von J. E. Freiherrn v. Grotthuß.

Professor Ed. Heyck faßte übersichtlich in einen Aufsatz „Das geistige Leben Deutschlands im Jahre 1908 zusammen“ (III. Btg., 7. Jan.). Ich habe bereits im „Jahrbuch der Zeit- und Kulturgeschichte“ (herausgegeben

von Franz Schnürer bei Herder) 1907 und 1908 zur Einführung je eine geschichtsphilosophische Studie gegeben, der Gedanke ist aber nicht fortgesetzt worden. Es würde mich gerade reizen, eine Weltgeschichte zu schreiben, in dieser Art, da nur eine solche Methode den innersten Kern des Weltgeschehens bloßlegen könnte.

U. Wirth gab eine Übersicht über „Die Ausbreitung der Deutschen“ (Jll. Jtg., 11. März) und eiferte für eine Angliederung, eine Gemeinbürgerschaft aller zerstreuten Volksgenossen.

Sepp. Joh. N. Sepp starb zweieundneunzigjährig in München, bekannt durch sein gegen D. F. Strauß geschriebenes fünfbändiges Leben Jesu, sein Auftreten gegen Lola Montez und gegen die Infallibilität, obwohl er aus letzterem nicht dieselben Konsequenzen zog wie Dollinger und Friedrich.

Biel besprochen wurde die neue Ansicht, daß der moderne Kapitalismus hauptsächlich aus dem Geist des Calvinismus hervorgegangen sei, aus dessen Individualismus, der Verwerfung des kirchlichen Zinsverbotes. Darüber Professor Felix Nachsahl in Hinnebergs „Internationaler Wochenschrift“, Seite 1218.

Es wurden Werke über Nacktkultur und natürliche Moral angezeigt mit der Reklame, die polizeiliche Beschlagnahme sei aufgehoben worden. All das mit Ausfällen gegen „ultramontane Sittlichkeit“. — Die Münchner Polizei machte endlich dem allzulang geduldeten Schwindel ein Ende, den Wanderlehrer mit der „sexuellen Aufklärung“ trieben.

Franz Sising ließ im historischen Roman „Wolfram von Eschenbach“ den Dichter die Geheimnisse des Grals aus der orientalischen Mystik schöpfen.

Nun erst erschien Nietzsche's „Ecce homo“, der autobiographische Rückblick, im Oktober 1888 kurz vor dem Zusammenbruch des Autors geschrieben. Die Titel der einzelnen Abschnitte lauteten: Warum ich so weise bin. Warum ich so klug bin. Warum ich so gute Bücher schreibe. Er kämpfte gegen das Christentum und gegen die „Moral als Vampyrismus“. Das Buch war der jammervolle Schrei des Wahnsinns.

Ullsteins Weltgeschichte, herausgegeben von Pflugl-Hartung, war der Vollendung nahe; der Stoff war unter eine große Zahl von Spezialisten aufgeteilt. — Sehr wichtig war die geographisch-ökonomische Studie von Albert Zweck „Deutschland nebst Böhmen und dem Mündungsgebiet des Rheines“. — Samuel Dublinski schrieb ein Buch der Opposition „Der Ausgang der Moderne“ und stellte als Vorbilder das klassische Altertum und das 13. Jahrhundert hin, mit ihren Kultursynthesen, ihrem starken Stilgefühl. — H. v. Poschinger gab Neues über die Anfänge des Kulturkampfes in den „Stunden bei Bismarck“. — Von der „Geschichte des Fürsten Bismarck in Einzeldarstellungen“ gab der erste Band „Das Geschlecht von Bismarck“. — Erich Marcks begann eine neue Biographie Bismarcks.

Göhre. Paul Göhre gab mit dem „Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters Wenzel Polek“ die dritte Lebensgeschichte dieser Art heraus.

Paul Ernst, der in seinem „Weg zur Form“ das grundlegende Buch des Neuklassizismus geschrieben hatte, schrieb in diesem Sinn das Drama „Brunhild“ aus religiös-ethischer Weltanschauung heraus.

L. Frankenstein gab den dritten Band des „Richard-Wagner-Jahrbuchs“ heraus. Erich Kloss sammelte „Wagner-Anekdoten“. Zum hundertsten Geburtstag Felix Mendelssohns erschien dessen Briefwechsel mit Karl Klinge-

mann. — Zu Martin Greifs siebzigstem Geburtstag wurde sein „Ludwig der Bayer“ wieder in Kraiburg aufgeführt.

Die Neunzehnhundertjahrfeier der Schlacht im Teutoburger Wald wurde am 15. August durch einen Germanenzug und ein Festspiel von R. Weweler gefeiert (Zll. Ztg., 26. Aug.). — Richard Dehmel gab den dichterischen Nachlaß Detlevs v. Biliencron heraus. — Über Gerhart Hauptmanns „Griselda“ schrieb Otto Sonne (Zll. Ztg., 18. März): „Es liegt etwas Tragisches in diesem schnellfertigen Wagemut eines Talents . . ., daß er mit einem Mangel an Selbstkritik ohnegleichen . . . sein Spiel treibt, umwoben vom Schatten eines ins Extreme gesteigerten Selbstbewußtseins.“ Und R. Lotzar schrieb in der „Allgemeinen Zeitung“ 13. März: „Es war wieder nichts. Man sah wieder ein starkes Wollen am Werke, daß sich an einem zerbröckelten Können bricht. Er wollte die alte Sage vertiefen, wurde aber nur unverständlich, verstiegen, ungenießbarer . . . So mißlingt Hauptmann Stück auf Stück . . .“

Gerhart  
Haupt-  
mann.

Eine Ausgeburt modernen Übermuts war der von Ernst v. Wolzogen dirigierte „Roman der Zwölf“, an dem zwölf Autoren unabhängig voneinander je ein Kapitel schrieben und es dem Publikum überlassen blieb, die richtigen Autoren zu unterscheiden. — Ffolde Kurz wollte mit den „Kindern der Lilith“ (Adams erster Frau) eine neue Menschheitsdichtung geben. — Helene von Dönniges (Racowiza) gab unter dem Titel „Von Anderen und mir“ Erinnerungen an Lassalle.

Bei Gelegenheit der Erstaufführung der „Elektra“ schrieb Artur Smolian in der „Illustrierten Zeitung“ 18. Februar über Richard Strauß: „Die anfangs wohl berechtigt erscheinende Hoffnung vieler, daß der Welt in R. Strauß ein wahrhaft großer und edler Eigentöner heranreifen werde, scheint zuschanden werden zu sollen . . . So kann das Zugrundegehen dieser schöpferischen Kraft im Spekulativen und Sensationellen nur aufs tiefste betrüben.“ Die Klangkunst des Zarathustra usw. wird als „eine aus Überkultur und Überreiz hervorgegangene Unmusik“ gekennzeichnet.

Richard  
Strauß.

Der Stil des Kunstgewerbes stand auf seiner Höhe, wie zum Beispiel der Ehrenpreis für ein Rennen von Kraumann zeigt (Zll. Ztg., 21. Okt.). — Auch der Architekturstil reinigte und klärte sich immer mehr, wie die Bilder von der Ausstellung des Bundes Deutscher Architekten in der Bremer Kunsthalle zeigen (Zll. Ztg., 28. Okt.).

Zum siebzigsten Geburtstag des Malers Hans Thoma wurde das Thoma-Museum in Karlsruhe eröffnet (Zll. Ztg., 30. Sept., 21. Okt.). — Otto Gebhardts Kunstgabe „Wilhelm Leibl“ wurde von der Freien Lehrervereinigung für Kunstpflege herausgegeben, wie früher ähnliche Hefte über Kethel, Thoma, Uhde, Steinhausen, Segantini. — Zur Fünfhundertjahrfeier der Universität Leipzig schuf Max Klinger das große Homergemälde für die Aula (22. Juli); Homer scheint seinen Zuhörern Nacktkultur zu predigen. — Es erschienen die Bilder zum „Ring des Nibelungen“ von Herm. Hendrich, das Beste von Wagner-Illustration. Die „Illustrierte Zeitung“ gab eine Vaireuth-Nummer 15. Juli mit den Bildern von Franz Stassen, Hans Rud. Schulze (Gralsburg), Richard Guhr usw. — Hugo Vogel führte die großen Wandgemälde für das Hamburger Rathaus aus: Vorgeschiedliches Zeitalter, Christliche Kultur, Althamburg, der Hamburger Hafen (Zll. Ztg.,

Thoma.



24. Juni). — Der „Arme Lazarus“ von Ed. v. Gebhardt vermeidet alle biblische Tradition (Ill. Ztg., 27. Mai).

Denk-  
mäler.

Kaiser Wilhelm ließ das Heine-Denkmal vom Achilleion auf Korfu durch einen Achilles ersetzen. Der Heine wurde an Campe nach Hamburg verkauft und sollte in Blankenese aufgestellt werden (Öst. Ill. Ztg., 6. Juni und 31. Okt.).

Ein schönes Schiller-Denkmal von A. v. Hildebrand (Relief) wurde in Nürnberg aufgestellt (Öst. Ill. Ztg., 21. Nov.) — Klassisch ist Artur Volkmanns Reliefdenkmal für den Chirurgen Joh. v. Mikulicz-Bradetzky in Breslau (Ill. Ztg., 8. April). Ebenso das Kleist-Denkmal von Gottlieb Gfster für Frankfurt a. d. Oder (Ill. Ztg., 29. April). — In Wiesbaden erstand ein gewaltiges Kriegerdenkmal von Herm. Schies (Ill. Ztg., 20. Mai). — Das Reiterbild des Großen Kurfürsten in Kleve steht schlicht in altertümlicher Weise auf hohem Sockel; es ist von Breuer und Jennen. — Eine glückliche Lösung bietet Herm. Hofäus mit seinem Denkmal des Großherzogs Karl Alexander von Sachsen-Weimar für Eisenach. Der Großherzog, in Zivil, steht an eine Mauer mit Inschrift gelehnt (Ill. Ztg., 1. Juli). — Das Bismarck-Denkmal für die Stadt Briesg zeigte den Kanzler, die Kaiserproklamation verlesend (Ill. Ztg., 21. Okt.). — Brütt modellierte den sitzenden Mommsen für die Berliner Universität (Ill. Ztg., 28. Okt.). — Rud. Siemering schuf das Treitschke-Denkmal für die Berliner Universität (Ill. Ztg., 14. Okt.). — Auch das Pettenkofer-Denkmal in München von W. v. Rümmer zeigt klassischen Geist (Ill. Ztg., 20. Mai). — Hans Weddo v. Glümer schuf ein Schiller-Denkmal für Stralsund (Ill. Ztg., 3. Juni).

Das Gottfried-Semper-Denkmal in Hamburg war ein Werk von Emanuel Semper (Ill. Ztg., 11. Febr.). — W. Wandschneider entwarf das Fritz-Reuter-Denkmal für Stavenhagen (Ill. Ztg., 16. Sept.). Der Dichter sitzt gemütlich mit überschlagenem Bein inmitten von Illustrationen zu seinen Hauptwerken, in Relief, hell auf dunkel. — Joh. Boese entwarf das Eichendorff-Denkmal für Ratibor (Ill. Ztg., 23. Sept.). — Sehr sinnig ist das Fastenrath-Denkmal auf dem Friedhof in Köln (Ill. Ztg., 4. Nov.). — Im Bayrischen Wald wurde dem Erzähler Maximilian Schmidt ein einfaches Denkmal gesetzt (Ill. Ztg., 7. Okt.). — Schmiemann modellierte das Ruhbirten-Denkmal in Bochum (Ill. Ztg., 11. März).

Der Ankauf einer Wachsbüste in England für das Kaiser-Friedrich-Museum erregte einen heftigen Streit über die Frage, ob die Büste von Leonardo da Vinci herrühre oder das Machwerk eines unbedeutenden englischen Bildhauers Lucas aus der Mitte des 19. Jahrhunderts sei, wie auch dessen Sohn behauptete. Es bildeten sich zwei Parteien, eine, die dem Direktor Bode, als dem Käufer, eine Dankadresse zukommen ließ, eine andere, die die angebliche Exaktheit und Unfehlbarkeit der Kunstwissenschaft sehr in Zweifel zog.

Das Flugwesen errang neue Siege. Das Kriegsministerium übernahm in Friedrichshafen am 3. Februar das Reichsflugschiff „Zeppelin I“ und die Ballonhalle. Graf Zeppelin dankte am 16. April für die Volksspende von über sechs Millionen Mark und bestimmte dieselbe für eine „Zeppelin-Stiftung“ zur Entwicklung und Nutzbarmachung der Luftschiffahrt. Unter solchem Vorgehen war zu erhoffen, daß Deutschland für

Zeppelin.

lange Zeit an der Spitze der Flugtechnik schreiten werde. In den folgenden Monaten unternahm der Graf verschiedene Fernfahrten nach Köln und Berlin. Am 4. September kamen zweihundert Reichstagsabgeordnete und Mitglieder des Bundesrates nach Friedrichshafen, das Luftschiff zu besuchen und zu erproben. Kaiser Wilhelm gedachte am 7. September zu Stuttgart in einer Rede des berühmten Württembergers, „dem es vom Himmel vergönnt war, für unser Volk und Vaterland so Schönes zu vollbringen, und dem wir es zu danken haben, daß sich das deutsche Volk wieder einmal in einem großen patriotischen Gedanken zusammengefunden hat“. Zu Frankfurt a. M. wurde die deutsche Luftschifffahrtsaktiengesellschaft gegründet (16. Nov.). Auch das System „Parseval“ erzielte gute Erfolge. Bei Berlin fand vom 26. September bis 3. Oktober eine internationale Flugwoche statt.

Das österreichische Staatsleben wurde in seiner Entwicklung gestört durch tschechische Ausschreitungen in Prag. So fand am 17. Januar dort eine französisch-tschechische Verbrüderung statt zur Feier des Auszugs der deutschen Professoren und Studenten aus Prag vor fünfhundert Jahren wegen der Hussitenunruhen, was zur Gründung der Leipziger Universität führte. Am 24. Januar mußte die Gendarmerie gegen den tschechischen Mob einschreiten. Infolgedessen lehnte der Rektor der Wiener Universität am 24. Januar die Bitte des französischen Konsuls ab, die an der Prager Feier beteiligten acht französischen Studenten zu empfangen. Anderseits tumultuierten die Deutschen in Eger am 25. Januar gegen tschechische Postbeamte. Dagegen entfesselte der tschechische Abgeordnete Graf Sternberg am 29. Januar einen Entrüstungsturm durch seine Behauptung, in Böhmen gäbe es nur Tschechen und Einbrecher. Ein neuer Gesetzentwurf der Regierung vom 3. Februar versuchte die Nationen in Böhmen zu scheiden. Es sollten 139 einsprachige tschechische, 95 einsprachige deutsche und 5 zweisprachige Bezirksgerichtsprengel eingerichtet werden; die Prager Bezirksgerichte galten als zweisprachig. Als Ministerpräsident Freiherr v. Bienenrth dazu das Wort ergriff, wurde er von den Tschechen mit wüstem Lärm empfangen und unterbrochen. Die Tschechen erklärten sich auch beleidigt, weil Sektionschef Mataja, der Leiter des Handelsministeriums, den Gebrauch der tschechischen Sprache als „zulässig“ bezeichnet hatte. Es entstand wieder ein furchtbarer Lärm, bis Bienenrth dem Präsidenten Weiskirchner das Schreiben übergab, durch welches die XVIII. Session des Reichsrats geschlossen wurde. Es folgte noch ein Handgemenge. Die Tschechen stimmten ihre Schlachtgefänge an, die tschechischen Sozialdemokraten das Lied von der roten Fahne, die Christlichsozialen erwiderten mit der Volkshymne, welche die Sozialisten wieder mit dem Lied der Arbeit niederzusingen suchten, während die zwei Alideutschen Fro und Malik die „Wacht am Rhein“ anstimmten. Unter dem Berklingen dieser Polyphonie leerte sich langsam der Saal (5. Febr.).

Das Ministerium Bienenrth wurde am 11. Februar zum Teil erneuert, indem unter anderem Weiskirchner das Handelsministerium übernahm. Dem Deutschtum in Prag kam der Hilfsverein deutscher Reichs-

Öster-  
reich.Weis-  
kirchner.

angehöriger in Prag zuhülfe, indem er ein großes Haus mit Gasthof neben dem Deutschen Haus für 200.000 Kronen ankaupte. Neuerliche Studentenunruhen ereigneten sich beim Sonntagsbummel am 28. Februar auf dem Wenzelsplatz und ebenso am 7. und 28. März. Der Reichsrat wurde am 10. März wiedereröffnet. Pattai wurde als Christlichsozialer Lueger. Präsident an Stelle Weiskirchners. Lueger wurde am 31. März zum siebentenmal aufs neue für sechs Jahre zum Bürgermeister von Wien gewählt. In seiner Dankrede huldigte er dem Friedenskaiser und rühmte die Bundestreue des Deutschen Reiches. Wegen antimilitaristischer Umtriebe wurde die tschechisch-nationalsoziale Organisation Böhmens behördlich aufgelöst.

Ein Lichtblick war die Jahrhundertfeier der Schlacht von Aspern am 21. Mai und die des Tiroler Aufstandes am 16. Juni. Der Kaiser eröffnete in Spittal a. d. Drau die Tauernbahn nach Gastein. Der Kaiser war auch am 29. August bei der Feier auf dem Berg Isel bei Innsbruck zugegen. Er erwiderte auf eine Ansprache des Landeshauptmanns Rathrein: „Die Erhebung Tirols ist als Beispiel dessen, was ein gottesfürchtiges, treues, durch harte Arbeit gestähltes Volk vermag, zum Gemeingut aller Völker geworden. Ich aber, der Ich heute als Enkel eures in Gott ruhenden Kaisers Franz zu euch spreche, Ich denke mit Meinem ganzen Hause dankbaren Herzens all der Getreuen, die damals Gut und Blut für ihren Kaiser geopfert haben. Daß dieser Geist in den Nachkommen fortbesteht, haben Meine Kaiserjäger, haben die Tiroler Landesverteidiger in allen Kriegen gezeigt . . . Ich und Mein Haus halten euch Treue um Treue. Gott verleihe Uns und euch seinen Segen.“ Und am 30. August sprach der Kaiser ebenso in Bregenz zu seinen lieben Vorarlbergern. Den Tag darauf machte er eine Rundfahrt auf dem Bodensee, wurde vom König von Württemberg, vom Prinzen Ludwig von Bayern und vom Großherzog von Baden begrüßt. In Friedrichshafen besah er das Zeppelinsche Luftschiff. — Patriotische und irridentistische Italiener kamen in Trient aneinander. Es wurden in der Folge hochverräterische Machenschaften in Italienisch-Tirol aufgedeckt.

Eine Versammlung von Abgeordneten des deutschnationalen Verbandes zu Linz 4. September begrüßte das Eintreten Niederösterreichs und Wiens für den rein deutschen Charakter des Landes und der Reichshauptstadt; sie verlangte von der Regierung, daß sie diesen Selbstschutz der Deutschen als ihre beste Abwehrmaßregel nicht hindere und die von den Landtagen Niederösterreichs, Oberösterreichs und Salzburgs beschlossenen Gesetze über die Festlegung der deutschen Unterrichtssprache endlich zur Genehmigung hinleite. — Der für den 5. September nach Wien berufene Österreichische Katholikentag wurde der nationalen Streitigkeiten wegen auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben. — Die deutsch-böhmischen Abgeordneten beschwerten sich am 7. September beim Minister, daß fast 95 vom Hundert der böhmischen Landesbeamten Tschechen seien.

Nachdem schon Kaiser Wilhelm am 8. September den österreichischen Kaisermanövern beigewohnt hatte, machte auch der neue Reichskanzler Bethmann Hollweg seinen Antrittsbesuch in Wien am 19. September.



Er äußerte sich darüber sehr befriedigt infolge der vollen Übereinstimmung der politischen Anschauungen. Während eine Abordnung des Prager Stadtrates mit den städtischen Behörden von Prag ein tschechisch-französisches Verbrüderungsfest feierte (27. Sept.), versammelten sich die deutschen Naturforscher und Ärzte zu ihrer 81. Tagung in Salzburg (21. bis 23. Sept.) und die Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik, die Ratheder-Sozialisten, zu Wien 27. September bis 4. Oktober. Alfred Weber lehnte bei dieser Gelegenheit die Kommunalisierung gewerblicher Betriebe ab wegen des bürokratischen Apparats und der damit verbundenen parteipolitischen Versorgungsrücksichten. Thiel (Berlin) wollte das Streikrecht für Beamte gesetzlich ausgeschlossen wissen. Beim Festmahl im Rathaus feierten Adolf Wagner und Sombart den mitteleuropäischen Bund als Vollendung und Verwirklichung von Felix Schwarzenbergs Siebzigmillionenreich und den Charakter Wiens; Bürgermeister Lueger verteidigte seinen Grundsatz, daß jeder Angestellte der Stadt Monarchist sein müsse und nicht Sozialdemokrat sein dürfe. — Lueger wies auch bei der Bürgerbeeidigung am 7. Oktober alle Bestrebungen zurück, Wien für zweisprachig zu erklären; eher sei es neun- und mehrsprachig. Er werde streng darauf sehen, daß Wien seinen deutschen Charakter aufrechterhalte und in seiner Verwaltung nur die deutsche Sprache zulassen. — Auf zweiundzwanzig christlichsozialen Volksversammlungen in Wien sprachen Lueger, Weiskirchner, Pattai, Prinz Liechtenstein und Gießmann in gleichem Sinn. Ganz Niederösterreich müsse deutsch bleiben. Den unberechtigten Ansprüchen der Magyaren in der bosnischen Frage muß nicht nachgegeben werden. Die Gesetze der deutschen Landtage über den ausschließlichen Gebrauch der deutschen Sprache erhielten am 2. November die Genehmigung des Kaisers. Darüber waren die tschechischen Parlamentarier höchlich erbittert. Ihre Obstruktion durch zwölf- und dreizehnstündige Reden bewirkten eine Dauer-sitzung von sechsundachtzig Stunden 15. bis 19. Dezember.

In Ungarn protestierte der rumänische Klerus gegen die Magyarisierung des Religionsunterrichts und verweigerte dem bezüglichen Erlaß des Kultusministeriums den Gehorsam. Bei der Enthüllung des Rössuth-Denkmal in Arad 20. September betonte Minister Franz Rössuth die Notwendigkeit der Anpassung an die gegebenen und der Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse. Gegenüber der Opposition trat Wekerle für die gemeinsame Bank ein, trat aber mit dem ganzen Kabinett zurück. Die Ministerkrisis war bis zu Ende des Jahres noch ungelöst.

Man erinnerte an den 1609 ausgestellten Majestätsbrief Kaiser Rudolfs II., den Kaiser Ferdinand nach der Schlacht am Weißen Berg zerschnitt (Öst. Ill. Ztg., 25. Juli). — Die Stadt Kruman beging ihre Sechshundertjahrfeier mit einem Festspiel (Öst. Ill. Ztg., 24. Okt.).

In Brillegg wurden Volkschauspiele zur Jahrhundertfeier aufgeführt (Öst. Ill. Ztg., 15. Aug.). — Zum Hand-Jubiläum erschienen viele Fest-

gaben. Die Internationale Geſellſchaft für Muſikwiſſenſchaft hielt ihre Wiener Tagung unter dem Zeichen Haydns (Jll. Ztg., 20. Mai). — Die „Illuſtrirte Zeitung“ gab eine Aſpern-Nummer 13. Mai. Auch die „Öſterreichiſche Illuſtrirte Zeitung“ gibt viel Material zur Jahrhundertfeier der Kämpfe von 1809.

Reinhard E. Petermann ſchilderte in einem Prachtwerk „Wien im Zeitalter Kaiſer Franz Joſephſ“. Eugen Guglia redigierte einen umfaſſenden Führer durch Wien. Es erſchienen noch zwei andere Bücher über Wien: „Alt-Wien, die Geſchichte ſeiner Kunſt“ von L. W. Abels; und „Von Wien und ſeinen Gärten“ von Artur Roessler. Das Werk von Guſtav Kolmer „Parlament und Verfaſſung in Öſterreich“ ging im neuen, fünften Band bis ins Jahr 1895. Der ſiebenbürgiſch-ſächſiſche Dichter Traugott Teuſch wurde zu ſeinem achtzigſten Geburtstag in Kronſtadt gefeiert. Chriſtiane Gräfin Thun-Salm gab den „Hauslehrer und andere Novellen“ heraus. Ihr Feſtſpiel „Der Traum des Kaiſers“ war 1908 in der Wiener Hoſoper aufgeführt worden.

Wegdorf.

Der Kaiſer widmete den Heldenberg in Wegdorf, die Ruheſtätte Radezky's und ſeiner Gefährten, eine Stiftung des Armeelieferanten Parkfrieder, als Ehrengedenk der Armee. Das dortige Pantheon zeigte zweihundert meiſt überlebensgroße Standbilder und Büſten aus Erz, Regenten, Heerführer, Soldaten, aufgeſtellt vom Bildhauer Rammelmayr (Öſt. Jll. Ztg., 2. Mai). Auf dem Schlachtfeld bei Wagram wurde ein Kriegerdenkmal von Franz Seifert aufgeſtellt (Öſt. Jll. Ztg., 4. Juli). J. Kaſſin ſchuf ein ſchönes Modell für ein Soldatendenkmal zu Tarvis zur Jahrhundertfeier (Öſt. Jll. Ztg., 17. Jan.). Franz Erler ſchuf die Kolossalfigur eines Tiroler Schützen für das Freiheitskämpferdenkmal in Ritzbühl (Öſt. Jll. Ztg., 4. April). Zur Feier des Tiroler Aufſtandes von Anno neun brachte die „Illuſtrirte Zeitung“ (26. Aug.) Bilder von Egger-Lienz. — In Brigen wurde ein Denkmal errichtet zur Feier des tauſendjährigen Beſtandes der Biſchofsſtadt (Jll. Ztg., 4. Nov.).

In der Baſilika von Aquileja wurden Moſaikfunde gemacht (Jll. Ztg., 7. Okt.). In Hezendorf bei Wien wurde die anmutige Roſenfranzköniginkirche in Gegenwart des Kaiſers eingeweiht (Öſt. Jll. Ztg., 10. Okt.).

Werböczy.

In Budapeſt wurde im Petöſihaus ein Petöſimuseum eröffnet zur Erinnerung an den weitaus bedeutendſten Dichter in ungarischer Sprache. — In Peſt wurde das Denkmal des Juristen und Staatsmannes Stephan Werböczy (von Julius Donath) aufgeſtellt. Werböczy war der Verfaſſer des berühmten „Tripartitum Juris Hungariae Conſuetudinarii“ (1520 in Wien gedruckt), des Geſezbuches, auf dem der Widerſtand der Stände gegen das Königtum beruhte; er war ein Gegner der öſterreichiſchen Dynaſtie, der Ungarn den Türken auslieferte. Franz Joſef gab einen Beweis ſeiner außerordentlichen Duldsamkeit, indem er einem ſolchen Manne ein Denkmal errichten ließ (Jll. Ztg., 21. Jan.). — Das Koſſuth-Denkmal in Arad war von Ed. Margo und Siegfried Pongracz (Jll. Ztg., 25. Nov.). Das Dante-Denkmal von Canciani zeigt „Öſterreichs Illuſtrirte Zeitung“ 14. November. Th. Khuen ſchuf eine Büſte Abrahams a Sancta Clara für das Wiener ſtädtiſche Museum (Öſt. Jll. Ztg., 28. Nov.). Zu Ehren Karl Zuegers wurde der Karl-Boromäus-Brunnen errichtet, ein Werk des Malers und Bildhauers Joſef Engelhardt, des originellſten Wiener Künſtlers (Öſt.

Jll. Btg., 6. Juni). Leider erfolgte die Ausführung nicht ganz nach dem Entwurf des Meisters, wie das leider gewöhnlich zu geschehen pflegt, da diese Welt eine Verschwörung gegen das Genie zu sein scheint. Auf der Marienbrücke in Wien wurde die schöne Marienstatue von Schwatke aufgestellt (Öst. Jll. Btg., 24. Okt.). In den Anlagen vor den Wiener Hofmuseen wurde ein Denkmal für Moritz v. Schwind von Otmaz Schimkowitz errichtet; es macht einen gedrückten Eindruck (Jll. Btg., 8. Nov.). In Arco wurde ein schönes Segantini-Denkmal von Pistolfi errichtet (Jll. Btg., 4. Nov.); der berühmte Maler, ein Sohn des Landes, steht auf natürlichem Fels. Edm. Klotz schuf ein Denkmal des Tiroler Dichters Adolph Bichler für Innsbruck (Öst. Jll. Btg., 23. Mai). Das von Schwerdtner leider umgeänderte Prießnitz-Denkmal von Fernhorn zeigt „Österreichs Illustrierte Zeitung“ 27. Juni. Prießnitz erhielt auch ein Denkmal in Freimuldbau (Öst. Jll. Btg., 15. Aug.). In Karlsbad wurde ein Schiller-Denkmal von Max Hiller aufgestellt (Öst. Jll. Btg., 19. Dez.). Den beiden steirischen Freunden Rud. Falb und Hans Grassberger wurde ein schlichtes Denkmal zu Obdach errichtet (Öst. Jll. Btg., 15. Aug.). — Suchomel modellierte ein Denkmal für den böhmischen Historienmaler Peter Maigner in Horic (Öst. Jll. Btg., 12. Sept.). Köstlich ist das Grabdenkmal des Arbeiterführers Hugo Schmidt in Jägerndorf (Öst. Jll. Btg., 13. Juni).

Über die neue Tauernbahn berichtete Siegmund Schneider (Öst. Jll. Btg., 11. Juli). — In Österreich konstruierten die Brüder Renner einen brauchbaren Lenkballon (Öst. Jll. Btg.); es wurde aber doch ein Ballon nach dem System Parseval für die Armee verwendet. Victor Silberer gab eine „Wiener Luftschiffer-Zeitung“ heraus. In Linz fand eine österreichische Ausstellung für Luftschiffahrt statt (Öst. Jll. Btg., 12. Dez.). — Die Schreibmaschine wurde als eine österreichische Erfindung für den Tiroler Peter Mitterhofer reklamiert laut einem Gutachten der Wiener Technik vom 25. Jänner 1867. Erst ein volles Jahr später wurde eine Schreibmaschine in Amerika konstruiert (Öst. Jll. Btg., 30. Mai).

Papst Pius X. hielt es noch immer für geboten, gegen die fort- Papst.  
dauernden Gefahren des Modernismus mit Nachdruck einzuschreiten. So ließ er in den Akten des Apostolischen Stuhles vom 15. Februar sein Schreiben an Bischof Konrad von Speier einrücken, das wieder den Modernismus behandelte. Im März hob der Papst durch eine Bulle das Vetorecht der weltlichen Mächte bei künftigen Papstwahlen förmlich auf und verbot den Kardinälen bei Strafe der Exkommunikation, irgendeine direkte oder indirekte Beeinflussung durch weltliche Mächte während des Konklave zu dulden. Er empfing am 10. April eine Abordnung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands unter Führung des Reichstagsabgeordneten Giezberts und billigte auch das Zusammenwirken mit Protestanten in christlichen Gewerkschaften. Am 18. April wurde die Seligsprechung der Jungfrau von Orleans begangen, am 20. Mai die Heiligsprechung des Apostels von Wien Klemens Maria Hofbauer, des Freundes und Beraters der Wiener Romantiker und Nazarener. — Ge-



Modernismus.

legentlich des achthundertjährigen Todestages Anselms von Canterbury erließ Pius X. am 5. Mai eine neue Enzyklika gegen den Modernismus. Er wandte sich zuerst gegen die äußeren Feinde der Kirche, besonders in Frankreich, dann gegen die unnatürlichen Söhne der Kirche, die Modernisten. „Ihre Feindseligkeit greift unmittelbar an die Wurzel des Christentums, an das Herz der Kirche; sie will den Born des christlichen Lebens verunstalten und die Quelle der Wissenschaft vergiften, will das kostbare Gut des Glaubens zerstören und die Grundlagen der christlichen Weltordnung erschüttern, das Ansehen des Papstes und der Bischöfe vernichten, der Kirche eine neue Verfassung, neue Gesetze geben. Der Modernismus kreist wie ein schleichendes Gift in den Adern der heutigen Gesellschaft, entfremdet sie Gott und Christo und frisst wie ein Krebschaden besonders an der noch unerfahrenen Jugend.“ Der Papst erinnerte an das Bibelwort „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich“ und forderte Bischöfe, Geistliche, Laien auf, den Kampf gegen die Irrlehrer kräftig fortzusetzen und der gefährlichen Gleichgültigkeit der heutigen Gesellschaft in Sachen der Kirche entgegenzuwirken. — Ein Kampfmittel gegen den Modernismus sollte die vom Papst gegründete Fakultät für Bibelstudien sein; ihr erster Direktor wurde P. Leopold Fonck, S. J., Professor in Innsbruck. — Zum fünfundsingzigjährigen Bischofsjubiläum des Papstes 16. November überreichte ihm der Deutsche Gesandte v. Mühlberg ein eigenhändiges Glückwunschschreiben Kaiser Wilhelms. — Am 16. November tröstete der Papst französische Pilger: „Der Herr wird an unsern Feinden Rache nehmen für unsere Tränen.“ Am 11. Dezember empfing der Papst den Fürsten und die Fürstin Bülow.

Italien.

Die Thronrede bei Eröffnung der 23. Legislaturperiode des italienischen Parlaments, 27. März, versprach Aufforstung der Berge, Regelung der Wasserläufe, Pflege des Unterrichtswesens, Vereinfachung und Beschleunigung des Gerichtsverfahrens. Die Kammer forderte auch Schutz des heimischen Getreidebaus. Die Flotte und das Heer mußten aber auch verstärkt werden. Der fünfzigste Jahrestag der Schlacht von Solferino wurde auf dem Schlachtfeld in Gegenwart des italienischen Königs paares und einer französischen Delegation am 24. Juni festlich begangen. Eine zarte Aufmerksamkeit für den österreichischen Bundesgenossen. Arger war eine Ansprache des Generalleutnants Asinari di Vernezzo in Brescia am 11. November bei Übergabe einer Fahne: „Von hier seht ihr die Hügel, die mit dem Blut unserer Helden getränkt sind, und dahinter liegen die noch nicht wiedergewonnenen (irredente) Lande, die auf die Stunde der Befreiung harren.“ Der Redner erhielt dafür den Abschied. — Ohne wesentliche Änderung des Programms folgte dem Kabinett Giolitti das Kabinett Sonnino; ihm war nur jede antiklerikale Färbung möglichst genommen.

Frankreich.

In Frankreich machte sich wieder der Royalismus geltend. An der Sorbonne standen die royalistischen Studenten, der Verein der

„Camelots du Roi“, den republikanischen Studenten gegenüber und sparten nicht mit Kundgebungen gegen die Professoren. Sie machten am 3. März einen Versuch, das Denkmal Jolas in der Vorstadt Suresnes umzustürzen, und verunstalteten das Denkmal des Senators Scheurer-Kestner im Luxembourggarten durch Abschlagen einiger Teile und Beschmieren mit Farbe. Aber auch Prinz Napoleon trat als Prätendent für die Wiederherstellung des Kaisertums durch ein Schreiben vom 10. März auf; er schalt auf die hohe Besteuerung des bürgerlichen Vermögens: „Ich weiß, daß viele Republikaner im stillen dasselbe denken, was ich laut sage. Es wird ein Tag kommen, wo man meine Verbannung als Ungerechtigkeit empfinden wird. Man trifft in mir den Franzosen, der heute wie vor zwanzig Jahren nur darauf sinnt, der Ehre Frankreichs zu dienen. Darum zeige ich Frankreich die drohende Gefahr.“ Die „Camelots du Roi“ pöfften am 27. Juni den Präsidenten aus, als er von Longchamps zurückkehrte; es kam zu einem Handgemenge und zu Verhaftungen. Am 2. September drangen dreißig Camelots in den Luxembourgpalast ein und wollten eine Strohkrone mit beleidigenden Inschriften an dem Denkmal Scheurer-Kestners niederlegen. Ihr Führer wurde im Handgemenge mit dem Polizeileutnant verhaftet. Die andern Camelots zogen vor das Polizeikommissariat, ihn zu befreien. Es erfolgte ein heftiger Zusammenstoß mit republikanischen Studenten. Bald darauf wurden vier Camelots, die ins Vereinslokal der Republikanischen Jugend eingedrungen waren, verurteilt. Sie riefen vor Gericht: „Nieder mit der Republik! Die Richter sind Fälscher! Es lebe der König!“ Eine neue Rauferei entstand am 10. Dezember, als die Camelots in eine Versammlung der republikanischen Studentenschaft eindrangten. Mehrere Studenten wurden schwer verwundet. Man fürchtete sich auch vor einer orleanistischen Verschwörung bei Gelegenheit des Ausstandes der Elektriker 26. Dezember. Alle eintreffenden Automobile wurden untersucht, ob nicht der Thronprätendent Philipp von Orleans aus Belgien herübergekommen sei.

In der Kammer kam es zu einer erregten Debatte, wegen der Bestrafung von fünf Offizieren von Laon, die das Verbrechen begangen hatten, einer Messe in der Kirche beizuwohnen, auch wegen des Verbotes für Soldaten, katholischen Vereinen beizutreten. Als Interpellanten vereinigten sich da der Konservative Ramel und der Sozialist Pressensé, hatten aber keinen Erfolg. Der Bischof von Bayonne wurde angeklagt, weil er in einem Hirtenbrief das Gesetz über die Einziehung der Kirchengüter verurteilt hatte, und ein Pfarrer, weil er diesen Hirtenbrief von der Kanzel verlas. Dafür übertrug die Regierung dem ehemaligen Abbé Loisy, der wegen seines Werkes über die Evangelien am 8. März 1908 exkommuniziert worden war, den Lehrstuhl Renans am Collège de France für Religionsgeschichte. Loisy ging noch weiter als Renan, verteidigte offen den Modernismus, griff den Papst persönlich an, bestritt ihm das Recht, sich alleinigen und unfehlbaren Hüter eines

Loisy.

unantastbaren Schatzes ihm enthüllter Wahrheiten zu nennen usw. In Mençon kam es am 24. Mai zu stürmischen Auftritten bei der Inventuraufnahme des Klosters der hl. Klara. Der neue Erzbischof von Bordeaux, Kardinal Andrieu, wurde strafrechtlich verfolgt, weil er in seiner Antrittspredigt zum Widerstand gegen das Gesetz aufgereizt hatte; er wurde zu einer Geldstrafe verurteilt. Sämtliche Bischöfe erließen einen Hirtenbrief gegen die neutralen öffentlichen Schulen, forderten die Eltern auf, ihre Kinder nur in katholische Schulen zu schicken und verboten viele Lehrbücher, die in öffentlichen Schulen gebraucht wurden.

Eine parlamentarische Untersuchungskommission prüfte die bedenklichen Zustände der Marine in Toulon, Korsika, Algier und Tunis. — Russische Geheimpolizisten in Frankreich wurden von der Presse beschuldigt, nicht nur Briefe an Russen, sondern auch solche an Franzosen aufzufangen. — Die Abnahme der Bevölkerung in vielen Teilen Frankreichs infolge der geringen Geburtenzahl wurde wehmütig erörtert. Der Überschuß im ganzen betrug nur 46.441. — Ministerpräsident Briand, ehemals Sozialist, erklärte im Oktober, für die Organisation der Arbeiter eintreten zu wollen, aber bei allen Ruhstörungen die Armee zu rufen. Der Erbe Clémenceaus, der bisherige Justizminister Aristide Briand, war vor zehn Jahren Generalsekretär der sozialistischen Partei, seine ultrarevolutionäre Gesinnung war aber stark abgeflaut. Das Trennungsgesetz war zumeist sein Werk. Er berief in sein Kabinett noch zwei Sozialisten: Millerand und Viviani, aber auch als Gegengewicht konservativere Männer.

Aviatik.

Die französische Aviatik erzielte schöne Erfolge in der ersten internationalen Flugwoche zu Reims 21. bis 28. August, wo sich Blériot, Ratham und Garman hervortaten. Doch kamen auch manche Unglücksfälle vor. Der Lenkballon „La République“ stürzte am 25. September ab, seine vier Insassen fanden den Tod. Die schönste Leistung war es, daß Louis Blériot mit seinem Monoplan am 25. Juli die 33 Kilometer breite Meeresstraße zwischen Calais und Dover in 27 Minuten überflog.

Fr. Albert stellte in der Zeitschrift „L'Opinion“ die alarmierende Rundfrage über die Germanisierung der Sorbonne: „1. Fürchten Sie nicht, daß die germanische Erziehungsmethode zersplittert und unsere französischen Eigenschaften des künstlerischen Geschmacks und der allgemeinen Ideen schädigt? 2. Droht nicht die verfrühte Spezialisierung der Kulturgebiete den kritischen Geist zu zerstören, der anscheinend nicht ohne ein Gesamtmaß zuvor erworbener allgemeiner Kenntnisse bestehen kann?“ Die Frage wurde sehr verschieden beantwortet (Allg. Ztg., 8. Mai).

Anatol France schrieb den auch ins Deutsche übersetzten satirischen Roman „Die Insel der Pinguine“, worunter er die Franzosen versteht und ihren Kreislauf von tierischem Ursprung bis zur Barbarei anarchistischer Roheit beschreibt.

Nach alter Tradition wurde auch Präsident Fallières als betender Kanonikus auf einem Kirchenfenster der Kathedrale von Remans dargestellt (Öst. Zll. Ztg., 13. Juni).

Zules Verne erhielt ein Denkmal, mit lesender Jugend am Sockel, zu Amiens, modelliert von A. Roze (Zll. Ztg., 20. Mai).

Die Pariser Große Oper führte „Rheingold“ auf.



In Paris wurde eine aviatische Ausstellung eröffnet.

Der französische Aeroclub ließ von G. Colies ein repräsentatives Plastikwerk herstellen (Öst. Ill. Ztg., 19. Dez.).

In England dauerten die Kundgebungen der „Suffragetten“ für England das Frauenstimmrecht fort. — Ein Gesetz verbot Knaben unter 16 Jahren zu rauchen, Kindern unter 14 Jahren den Aufenthalt im Wirtshaus. — In der englischen Arbeiterpartei kam es zu einem Zwiespalt zwischen den Gewerkschaften und den Sozialisten. Deutsche Arbeiter erwiderten am 2. Mai den Besuch der englischen Gewerkschaften vom September 1908 in Berlin. Eine Konferenz von 92 Verbänden der unabhängigen Arbeiterpartei verurteilte 13. Juni den beabsichtigten Besuch des Zaren in England. Dagegen wurde der Besuch von Mitgliedern der Duma 22. Juni sympathisch aufgenommen. Zu Cambridge wurde am 100. Geburtstag Darwins und im 50. Jahr des Erscheinens seines Hauptwerks („Ursprung der Arten“) ein Darwin-Museum eröffnet. — Eine Versammlung von Bankieren und Kaufleuten unter dem Vorsitz von Lord Rothschild erklärte sich am 23. Juni gegen die Finanzvorschläge Lloyd Georges, weil sie die Unternehmungslust unterbänden und den Handel schädigten. — Ein indischer Student erschoss am 1. Juli den Obersten im Indischen Amt zu London W. Curzon-Willie; der Hindu rief nach seiner Verurteilung aus: „Ich bin glücklich, daß ich die Ehre habe, für mein Vaterland zu sterben.“ — Zum Lord-mayor von London wurde diesmal der Katholik Sir John Kuill gewählt (29. Sept.). Durch ein Kompromiß der beiden Häuser des Parlaments kam am 26. November das irische Landgesetz zustande.

Leutnant Shackleton erreichte den südlichsten Punkt der Erde und nahm dort von einem Land für England Besitz; es wurden dort Kohlenlager entdeckt.

In London wurde das Drama „Beethoven“ von Herbert Beerbohm Tree aufgeführt.

Zur Erinnerung an die Belagerung von Saragossa vor hundert Jahren wurde dort ein gewaltiges Denkmal errichtet (Ill. Ztg., 25. Febr.).

Die Schweiz lag in einem Mehlschollstreit mit dem Deutschen Reich. Schweiz. Einen andern Streitgegenstand bildete der Fall des deutschen Professors Ruhlens an der Universität Lausanne. Auf einer internationalen Gotthardbahnkonferenz zu Bern 20. April wurde volle Verständigung erzielt. Genf feierte den 400. Geburtstag Calvins. Zu neuen Bundespräsidenten wurden die Radikalen Comtesse und Ruchet erwählt. — Das zu Bern enthüllte Weltpostvereinsdenkmal von René de Saint-Marceaux (Paris) war eine sehr furiose Leistung (Ill. Ztg., 7. Okt.).

Belgien armierte die beiden Forts an der Unterschelde mit Ge- Belgien. schützen, die zur Hälfte aus Deutschland, zur Hälfte aus Frankreich bezogen wurden. Die belgischen Sozialisten traten für allgemeine Wehrpflicht ein (12. April) trotz der Gegnerschaft gegen den Militarismus, in Anbetracht

der bedrohten Lage zwischen Frankreich und Deutschland. Der König war derselben Ansicht. England und Amerika wollten nicht die Angliederung des Kongostaates an Belgien anerkennen, hauptsächlich wegen Konzessionerteilung an Gesellschaften zum Schaden der Eingebornen. Besonders entfaltete die englische Congo-Reform-Association eine aggressive Agitation. Gegen die niederländische Sprachbewegung bildete sich ein Gegenbund zur Erhaltung der Sprachenfreiheit. Darüber kam es in der rein flämischen Stadt Antwerpen am 30. Juli zu erbitterten Zusammenstößen mit den Besuchern der Versammlung. Aus Anlaß der fünfundzwanzigjährigen Herrschaft der katholischen Partei fanden Feste statt. Auf der internationalen diplomatischen Seerechtskonferenz zu Brüssel, 28. September bis 3. Oktober, waren einundzwanzig Staaten vertreten. — König Leopold II. starb am 17. Dezember nach einer Operation. Ihm folgte sein Neffe Albert. Es entstand ein Prozeß zwischen den Töchtern Leopolds und dessen morganatischer Gemahlin, der Baronin Vaughan. König Albert leistete am 23. Dezember den Eid auf die Verfassung in französischer und flämischer Sprache.

Luxemburg schied aus der norddeutschen Brauereigemeinschaft aus, bildete aber mit dem Deutschen Reich eine Gemeinschaft für Zündwarensteuer.

Niederlande.

Der Königin der Niederlande wurde eine Thronerbin Juliana geboren. Die zweiunddreißig Ahnen beiderseits waren alle deutschen Fürsten- oder Adelsgeschlechtern entsprossen mit Ausnahme einer Großfürstin, der Tochter Peters des Großen. Im Haag tagte vom 2. bis 4. Juni das internationale Kolonial-Institut. Der Friedenspalast im Haag war im Bau (Ill. Btg., 17. Juni).

In Anwesenheit des Deutschen Kaisers und des Königs von Schweden erfolgte am 6. Juli die feierliche Eröffnung der Dampffährverbindung zwischen Sankt Petersburg und Schweden. — Der für Stockholm vorausgesehene Weltfriedenskongreß wurde wegen des großen Ausstandes abgesagt. Das Haager Schiedsgericht bestimmte die Seegrenzen zwischen Schweden und Norwegen. — Unter den sechs Nobelpreisträgern waren diesmal Marconi, Ostwald und Selma Lagerlöf.

Rußland.

In der russischen Duma sprach der Kadettenführer Miljukow den Unwillen seiner Partei aus über die täglich zahlreicher werdenden Todesurteile und Hinrichtungen, die das moralische Gefühl der Bevölkerung abstumpfen und die Ehre Rußlands als eines zivilisierten Staates herabsetzen. — Das Haupt der terroristischen Organisation der russischen Revolutionäre, Asew, wurde als Agent der Polizei entlarvt. Es stellte sich heraus, daß der Kadettenführer Herzenstein von einem gedungenen Mörder auf Betreiben des „Verbandes des russischen Volks“ ermordet wurde. Der Untergang des Unterseeboots Kambola stellte sich als ein Vertuschungsmanöver des unredlichen Kommandanten heraus. Auch die Tötung des Chefs der

politischen Polizei, Oberst Karpow, durch eine Bombenexplosion in der Wohnung eines Revolutionärs (22. Dez.) wies auf dunkle Zusammenhänge hin. Dieser Fall durfte in der Duma nicht besprochen werden.

Die russische Presse sah ihre beste Hoffnung im Zustandekommen eines Balkanstaatenbunds, gestützt auf ein gutes Einvernehmen zwischen Rußland und der Türkei und auf die Sympathien der Tripel-entente Rußland-England-Frankreich. Balkan-  
bund.

Die Memoiren des Generals Kuropatkin faßten die Lehren des Russisch-Japanischen Krieges zusammen.

Gogol erhielt ein würdiges Denkmal in Moskau (All. Ztg., 27. Mai).

Der König von Rumänien eröffnete am 10. Oktober den Hafen von Konstanza am Schwarzen Meer.

In Serbien dachte man vorübergehend daran, die Hauptstadt von Belgrad, das von den österreichischen Kanonen in Semlin beherrscht war, nach Nisch ins Innere des Landes zu verlegen. Aber man ging wieder davon ab. In Belgrad wurde der zum Besuch eintreffende König Ferdinand von Bulgarien mit dem Ruf begrüßt: „Hoch der Balkanbund!“ Das war die Idee der Zukunft. Serbien.

Zwischen Griechenland und der Türkei schwebte die kretische Frage. Eine jungtürkische Versammlung in Saloniki protestierte gegen die Angliederung Kretas an Griechenland 16. Jänner. Die vier Schutzmächte England, Frankreich, Rußland und Italien sprachen am 13. Juli ihre Absicht aus, die Garnisonen aus Kreta zurückzuziehen, aber zum Schutz der türkischen Hoheitsrechte vier Kriegsschiffe dort zu stationieren. Die Interessen der verschiedenen Großmächte widersprachen einander, weshalb es nicht zu völlig konsequenten Schritten kam. Um so erregter waren einerseits die Griechen, anderseits die Türken. Kreta.

Das türkische Parlament bestand aus 228 Mitgliedern, davon waren 177 Mohammedaner, 48 Christen und 3 Juden. Unter den Mohammedanern unterschied man 107 Türken, 45 Araber, 22 Albanier, 2 Kurden und 1 Druzen. Die Christen zerfielen in 27 Griechen, 10 Armenier, 5 Bulgaren, 4 Serben, 1 Walachen und 1 Maroniten. Die Majorität der Mohammedaner entsprach nicht der Volkszahl, da sie nicht 78, sondern nur 50 bis 60 Prozent ausmachten. „Unter den Griechen und Armeniern befanden sich die anerkannten Autoritäten der Staats-, Rechts- und Finanzwissenschaften. Anarchische und sozialistische Ideen wurden von einzelnen Bulgaren und Armeniern vertreten. Die Araber waren stolz auf ihre Kultur, die Albanier auf ihre Steuerprivilegien. Griechen und Bulgaren wurden von den Türken als Reichsfeinde betrachtet. — Die Kammer kritisierte am 28. Februar die Verträge mit der Bagdadbahn-Gesellschaft, soweit sie nicht geheimgehalten wurden. Man fürchtete, daß der Bau ebenso zu einem Krieg Türkei.



führen könne, wie der Bau der Transvaalbahn und der sibirischen Bahn. Es stellte sich heraus, daß die Regierung aus strategischen Gründen die Führung der Linie über Alexandrette und Aleppo ablehnen wolle (wohl um die Bahn nicht den Geschützen englischer Kriegsschiffe auszusetzen).

Zu Mersina in Cilicien entstanden Gemehel zwischen Armeniern und Muselmanen, mit Tausenden von Todesopfern (April). Ein albanischer Aufstand war im Juni zu bekämpfen. Dreiundsechzig Offiziere und Beamte der alten Regierung wurden in die Verbannung geschickt. Eine Deputation der ägyptischen Nationalpartei huldigte am 29. Juni dem ersten verfassungsmäßigen Kalifen, versicherte ihn der Anhänglichkeit von 400 Millionen Mohammedanern und sprach die Hoffnung aus, daß auch Ägypten eine Verfassung erhalten werde.

General von der Goltz kam als Reorganisator des türkischen Heerwesens; man führte das deutsche Dienstreglement bei der Armee ein; der Kriegsdienst wurde auch auf Christen und Juden ausgedehnt.

In Monastir kam man griechischen Verschwörungen auf die Spur. Durch ein Vereinsgesetz wurden national-politische Vereine verboten. Auch in Yemen griff eine aufständische Bewegung um sich. Unruhen entstanden auf Samos. — Gegen die Besetzung von Wadai im Hinterlande von Tripolis durch Franzosen protestierte die Pforte.

Bagdad-  
bahn.

Die Bagdadbahn-gesellschaft kündigte am 1. November den Bau der Strecke über den Taurus und Amanus nach Aleppo und von da über den Euphrat nach El Helys an, 840 Kilometer im ganzen. An die Bagdadbahn bei Zenidze sollte sich die Bahnlinie Mersina—Adana in Cilicien anschließen. Wegen der Konzessionierung der Schifffahrt auf dem Euphrat und Tigris an die Lynch-Company entstand eine Ministerkrisis. — Am meisten ereiferte man sich über den Plan eines Balkanbundes, der nur gegen die Türkei gerichtet sein konnte; der Finanzminister Dschawid Bey reiste deshalb nach Sofia und Belgrad, um sich über die Pläne dieses Balkanbundes zu informieren.

K. v. Sax gab die „Geschichte des Machtverfalls der Türkei bis Ende des 19. Jahrhunderts und die Phasen der orientalischen Frage bis auf die Gegenwart“.

Über die neue Strecke der Bagdadbahn in Kleinasien berichtete Hesse-Wartegg „Illustrierte Zeitung“ 2. Dezember.

Jung-  
ägypter.

Etwas hundert „Jungägypter“ hielten am 13. September in Genf einen Kongreß ab und richteten an das englische Unterhaus eine Depesche, in der England daran erinnert wurde, was es über die Räumung Ägyptens versprochen habe. Eine zweite Depesche an den Rhedive forderte ihn auf, England gegenüber die Rechte der Türkei und Ägyptens geltend zu machen. Der englische Arbeitervertreter Keir Hardie versicherte, er werde die Sache Ägyptens im Parlament verteidigen, und der irische Abgeordnete Kettle erinnerte an die Verbrüderung Ägyptens und Irlands. Die ägyptischen Nationalisten vereinigten sich am 15. September, dem

siebenundzwanzigsten Jahrestag der Besetzung Ägyptens durch die Engländer, in Kairo und sandten im Namen von sechstausend Ägyptern einen telegraphischen Protest an das Londoner Ministerium, auch eine Huldigungsdepesche an den Großwesir. Ein Nationalistenblatt erschien zum Zeichen der patriotischen Trauer schwarz umrandet. — Die Konzession für die Suezkanalgesellschaft, die eigentlich 1968 ablief, wurde am 31. Oktober bis zum Jahre 2008 verlängert; auch dagegen protestierten die ägyptischen Nationalisten.

In Bloemfontain wurde der Entwurf der südafrikanischen Verfassung für das vereinte Gebiet der Kapkolonie, Transvaals, Natal und des Oranje- und Namaqualands am 9. Februar veröffentlicht.

Bei der völligen Verwirrung in Persien vereinigten sich die Vertreter Russlands und Englands, um Ordnung zu schaffen. Russische Truppen rückten in Täbris ein. Der Schah bewilligte aufs neue eine Verfassung, die Nationalisten verlangten aber seine Abdankung. Es fanden Kämpfe an verschiedenen Orten statt, die Revolution siegte im Juli, und der abgesetzte Schah trat am 9. September die Reise nach Rußland an. Das Parlament wurde im November eröffnet. Die Thronrede des elfjährigen Nachfolgers bezeichnete die Anwesenheit fremder Truppen in Persien als den einzigen unbefriedigenden Zug in den Beziehungen mit den Mächten.

In China machte sich der Bizekönig Juanschikai unmöglich durch seinen Versuch, die herrschenden Mandschu den Chinesen gleichzustellen. Er flüchtete nach Tientsin. Der englische und der amerikanische Gesandte erhoben bei der chinesischen Regierung Vorstellungen wegen der Entlassung dieses Fremdenfreundes (15. Jan.). — Ein internationaler Opiumkongreß fand zu Shanghai statt. — England, Österreich und die Vereinigten Staaten erklärten am 5. Juli, daß sie das russisch-chinesische Abkommen über die Eisenbahnen in der Mandschurei nicht anerkennen, weil es dem vertragsmäßigen Prinzip der offenen Tür widerspreche. — Die 220 Kilometer lange Eisenbahn Peking—Kalgan wurde im Oktober eröffnet. — In Tsingtau wurde eine deutsch-chinesische Hochschule unter Leitung des Professors Reiper mit 110 Studenten am 25. Oktober eröffnet.

In Peking wurde ein Standbild des Kaisers von J. Bent vor dem österreichisch-ungarischen Gesandtschaftsgebäude aufgestellt (Öst. Zll. Btg., 10. Jan.).

In Japan wurde eine arge Parlamentskorruption offenbar, Bestechungen durch den Zuckertrust; dreiundzwanzig Abgeordnete wurden deshalb zu Gefängnis verurteilt. Ein Abkommen mit Korea gab die Gerichtsbarkeit und das Kriegswesen völlig in Japans Hand. Fürst Ito wurde von drei Koreanern am 25. Oktober ermordet, um an ihm das Schicksal Koreas zu rächen; das hatte noch weitere Mordanschläge zur Folge.

In Afghanistan versuchten die Mollahs (Priester), die Stämme gegen den fremden Feind zu vereinigen.

Siam mußte sich einige Abtretungen an England gefallen lassen.

Politische Mordanschläge waren in Britisch-Indien nicht selten. Einer der ergriffenen Mörder, Tscharutschunden, erklärte einfach: „Ich habe

meine Sendung erfüllt.“ Auch sonst waren Symptome der Unruhe zu beobachten, wie wir bereits angedeutet haben.

Amerika. Der kalifornische Staatssenat beschloß die Ausschließung aller Asiaten, obwohl Roosevelt und der Gouverneur von Kalifornien das Fallenlassen der japanfeindlichen Gesetzesvorlagen empfahlen. Auch der Senat des Staates Oregon wollte das Gesetz für die Ausschließung der Chinesen auch auf die Hindu und Japaner ausdehnen. — Die Territorien Arizona und Neumexiko wurden als Staaten erklärt. — Die Schiffe mußten mit Apparaten für Funkentelegraphie ausgerüstet werden. Die Flotte wurde wesentlich verstärkt.

Taft. Der neue Präsident Taft begann sein Amt am 4. März. Er dankte am Tag zuvor in einem Brief an den New Yorker „Deutschen Herald“ für die politische Unterstützung durch die Deutsch-Amerikaner und drückte seine Bewunderung für die Bürgertugenden der Deutschen aus; er schrieb noch: „Es ist mir eine besondere Genugtuung zu wissen, daß die Beziehungen Amerikas zu Deutschland niemals herzlicher waren als heute. Diese Bande werden noch gestärkt durch die Deutschen, die in den letzten fünf und zwanzig Jahren Amerikaner geworden sind.“ In seiner Antrittsrede wies Taft auf die Zügellosigkeit und den Mißbrauch der Macht seitens der Großkapitalassoziationen hin, besonders auf dem Gebiete der Eisenbahn, der Industrie, des zwischenstaatlichen Handels. Dem habe schon sein Vorgänger Halt geboten. Aber doch müsse man die Eisenbahnen von gewissen durch die Antitrustbewegung geschaffenen Beschränkungen befreien. (Er erwies sich also auch als Diener der Trusts.) Dann besprach Taft die Notwendigkeit einer starken Armee und Flotte und die der Reform der Geld- und Bankgesetze.

Aus einer Rede des früheren Präsidenten Roosevelt über die japanische Auswanderung (6. Mai) ergab sich, daß er sich vor einem Krieg mit Japan fürchtete und deshalb den Ausbau der Flotte empfahl. — Auf Honolulu wurde eine Verschwörung der Japaner entdeckt.

Ob nun Cook oder Peary der Entdecker des Nordpols war, die Amerikaner beanspruchten das Recht auf das dortige Land.

In New York feierte man die Erfindung des Dampf-Muffes durch Fulton vor hundert Jahren und zugleich die Entdeckung des Hudson vor dreihundert Jahren.

Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff hielt am 7. November auf Einladung der amerikanischen Akademie für Sozialpolitik in Philadelphia einen Vortrag über Deutschland als Weltmacht.

Eine Preisschrift von Georg v. Boffe schilderte „Das deutsche Element in den Vereinigten Staaten unter besonderer Berücksichtigung seines politischen, ethischen, sozialen und erzieherischen Einflusses“.

Ein enthusiastisches Buch war „Lizts Offenbarung. Schlüssel zur Freiheit des Individuums“ von Frederic Horace Clark aus Chicago.



# Vorspiele des Weltkrieges 1910—1911.

## Das Jahr 1910.

Der Kaisergedanke Mitteleuropas. Kretische Frage. Vorspiele des Balkanbunds und des Duells England-Deutschland. Mesopotamische Fragen. Tod König Edwards VII. König Georg V. Wirrkopf Zswolft. Die Borromäus-Enzyklika. Der Modernisteneid. Prinz Max von Sachsen. Neoslavismus. Der Zar in Potsdam. Der Zwischenfall von Agadir. Panislamismus. Wahlrechtskämpfe in Preußen. Kaiser Wilhelm in Beuron und Marienburg; Prinz Ludwig in Altötting. Die Welfen. Toleranzantrag. Konfessionalität. Martin Spahn als Zentrumsmann. Zionisten. Noeren. Roosevelt in Europa. Reformkatholizismus, Modernismus, Literaturstreit. Die Kardinäle Kopp und Fischer. Püegers Tod. Das englische Oberhaus. Die Suffragetten. Portugal Republik. Ägyptischer, indischer und persischer Nationalismus. Die Südafrikanische Union. Vorparlament in China. Demokraten in Amerika.

Die schwüle Gewitterstimmung, die als täuschende Ruhe dem großen Weltsturm vorausging, hatte zweifellos ihren Mittelpunkt im Orient, in der orientalischen Frage, in der Frage um die Zukunft des Osmanischen Reiches. Alles andere war dagegen nebensächlich. Es handelte sich darum: Sollte die Türkei unter den Mächten mit Bevorzugung der Westmächte und Italiens aufgeteilt werden, oder sollte sie zum Vorteil von Mitteleuropa, von Österreich und Deutschland, erhalten werden im Sinne des großen Zukunftsgedankens eines großen Bundesreiches, das von der Mündung der Elbe bis zur Mündung des Euphrat reichen sollte, eines Gedankens, den zuerst der Engländer Harry Johnston in der „Londoner Finanzchronik“ vom 4. April 1903 mit folgenden bedeutungsvollen Worten ausgesprochen hatte: „Wäre ich ein Deutscher, so würde ich in meinen Zukunftsträumen ein großes deutsch-österreichisch-türkisches Zukunftreich vor mir sehen, etwa mit zwei Haupthäfen: Hamburg und Konstantinopel, mit Häfen an der Nord- und Ostsee, am Adriatischen und Ägäischen Meer, ein Reich, das seinen Einfluß durch Mittelasien und Mesopotamien bis nach Bagdad und darüber hinaus geltend machen könnte. Dieses zusammenhängende Imperium wäre gewiß ein Ziel, so stolz, wie es eine große Nation überhaupt nur anstreben kann.“ Offenbar entsprangen diese Worte der Angst vor den Plänen

John-  
ston.

Kaisers-  
gedante.

Kaiser Wilhelms II. wegen seiner Rede zu Damaskus 1898 und vor der im Bau begriffenen Bagdadbahn. Aber eigentlich war schon Friedrich List († 1846) Prophet dieses Zukunftsbundes. Paul Rohrbach übernahm noch 1903 Johnstons Gedanken im Sinn eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses, und der Schwede Kjellen nannte später dies levantinische Programm den „wirklichen Königs- oder Kaisergedanken des neuen Deutschland“, die „Lösung der geopolitischen Heimatsprobleme des Landes“, „den einzig natürlichen Weg zur Weltmacht in jedem deutschen Zukunftsraum unserer Tage“. — Sonderbarerweise trat aber dieser Gedanke weder in der Literatur noch in der Politik dieser Jahre vor dem Weltkrieg offen zutage, so daß ungerechterweise von einer politischen Stagnation gesprochen wurde. Aber dieser weltpolitische Gedanke wirkte unbewußt durch seine natürliche Wachstumskraft und seine Logik weiter, er führte unbewußt zum Krieg, indem er beide Parteiengruppen anreizte und beunruhigte, er offenbarte sich aber doch erst eigentlich im Verlaufe des Weltkrieges als dessen Wesen und entwickelte sich so Schritt für Schritt.

Türkei.

Betrachten wir also in diesem Licht die zögernde Entwicklung dieses Jahres. Die Türkei wehrt sich um ihr wichtiges Bollwerk Kreta. Es entzündet sich an dieser Gefahr der Patriotismus der Ottomanen. Offiziere und Mannschaften der ganzen türkischen Armee wollen den Gehalt von zwei Monaten ratenweise für Flottenzwecke stiften. Der türkische Flottenverein sammelt in allen Provinzen. Dazu kam ein Konflikt mit Frankreich über die Grenze zwischen Tunis und Tripolis. Ein Fetwa des Scheik ül İslam forderte alle Mohammedaner, die das Kalifat des Sultans anerkennen, zu Geldsammlungen auf; es wurde also auch in den Moscheen Indiens, Ägyptens, Afghanistans und Beludschistans verlesen. Ein unglücklicher Zwischenfall war der Brand des Parlamentsgebäudes in Konstantinopel (Tschiragan). Gegen Ende des Januar wurden als Warnung für Griechenland und die andern Balkanländer einige Armeekorps in

Balkan.

Kriegsbereitschaft gesetzt. Als Vorspiel eines Balkanbundes betrachtete man den Besuch des serbischen Kronprinzen Alexander am Hofe des Königs von Bulgarien. Montenegro freute sich seines seit Oktober 1909 eröffneten Freihafens von Antivari und empfing als ersten Besuch ein französisches Geschwader, um jede Mißdeutung in Wien zu verhindern, als ob nach dem Verzicht Österreichs auf die Kontrolle des Hafens Italien oder Rußland dort Fuß fassen wollten. — In Griechenland trat zuerst der später so einflußreiche kretische Politiker Venizelos in Athen auf, eingeladen vom Offiziersbund, der gegen das Parlament eine Art Diktatur auszuüben gewillt war. Aber der durch diesen Militärbund erregte revolutionäre Zustand schwächte den griechischen Kredit, so daß gegen Ende des

Monats die besonneneren Elemente austraten und erklärten, Armee und Flotte müßten zu ihrem eigentlichen Zweck zurückkehren.

Die Vereinigten Staaten von Amerika traten immer mehr aus ihrem amerikanischen Standpunkt heraus; abgesehen von einem Glückwunschaustausch zwischen Kaiser Wilhelm und Präsident Taft zum Neuen Jahr, stellte die amerikanische Regierung am 6. Januar den Antrag, die mandschurischen Eisenbahnen durch die Vertragsmächte neutralisieren zu lassen, um die Politik der offenen Tür zu wahren und der chinesischen Regierung ihre politischen Rechte in der Mandchurei gegen russische Übergriffe zu sichern. England und Deutschland stimmten dem bei, wenn auch Rußland und Japan dem zustimme; aber die Antwort Japans war ablehnend, die Rußlands ausweichend. Amerika hatte selber große Pläne in der Mandchurei. Eine chinesische Marinestudienkommission interessierte sich besonders für die deutschen Flottenverhältnisse. — Als Versuch der Annäherung galt die Ausstellung von Werken französischer Kunst des 18. Jahrhunderts in Berlin, die am 25. Januar in Gegenwart der kaiserlichen Familie und des Reichskanzlers in der Akademie der Künste eröffnet wurde. Zastr.

In England begann man sich der Deutschenheze und der Deutschenjucht zu schämen. Der Schatzkanzler Lloyd George meinte am 1. Januar, England solle Deutschland lieber nachahmen in seiner Sorge für den Schutz der Arbeiter gegen Krankheit und Invalidität. Und die internationale Schiedsgerichtsliga erließ ein Rundschreiben als Protest gegen die anti-deutschen Hezartikel des radikalen Sozialisten Rob. Blatchford; der Quäker Dan. Hanbury schenkte 500 Pfund zur unentgeltlichen Verteilung der Flugschrift. Zur Beruhigung teilte der Sekretär für Landesverteidigung mit, daß in 2¼ Jahren, wenn Deutschlands Schiffbauprogramm ausgeführt sei, England 94 Schlachtschiffe gegen 41 der Deutschen haben werde. Der Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland wurde auf weitere vier Jahre verlängert. Der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich sagte beim Festmahl der Deutschen Vereine am 27. Januar: „Deutschland hat Kriege geführt, um seine nationalen Ziele zu erreichen. Nun hat es seit vierzig Jahren den Frieden gewahrt. Wir verlangen nicht neue Länderstrecken, nur Erschließung fremder Märkte durch Fleiß und Geschicklichkeit. Es handelt sich um die Förderung der Rivalen im gegenseitigen Interesse. Wir beanspruchen nicht, die Stärksten auf dem Meer zu sein. Das Meer ist frei und gehört niemand allein. Wir wollen aber im Einklang mit unsern überseeischen Interessen eine achtungsgebietende Stellung einnehmen und nicht allein vom guten Willen anderer Seemächte abhängen.“ Dessenungeachtet sprach man bereits allgemein davon, daß die europäische Politik sich in ein Duell zwischen England und Deutschland auflöse.

In Italien sprach man wieder von der deutschen Eroberung des Gardasees, wegen der Überzahl der deutschen Kurgäste, wegen der deutschen Geschäftsfirmen und des deutschen Wochenblattes „Der Bote vom Gardasee“.



Aber gerade deshalb widersezte sich die Bevölkerung der schädlichen nationalistischen Propaganda.

Im deutschen Reichstag wurden am 1. Februar die Fortschritte der Aviation besprochen; die Brauchbarkeit der lenkbaren Luftschiffe für das Heerwesen sei noch nicht groß, eine Luftflotte sei zu teuer, doch sei man allen andern Staaten voran. Auch die Flugapparate seien noch sehr unsicher. Aber die Frage verdiene Aufmerksamkeit, auch die Unterseeboote habe man anfangs nicht ernstgenommen.

Tripolis.

Die italienische Regierung lenkte ihre Aufmerksamkeit auf Tripolis und dessen Hinterland. Der Minister des Auswärtigen Guicciardini erklärte in der Kammer am 14. Februar: „Die ottomanischen Provinzen in Nordafrika bedeuten für uns einen Faktor ersten Ranges für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts am Mittelmeer. Demgemäß ist es ein unabänderlicher Grundsatz der italienischen Politik, daß auch in Afrika die Integrität des Ottomanischen Reiches gewahrt werden muß . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß Tripolis, Cyrenaita und Fessan in ihren gegenwärtigen Grenzen gegen jede Veränderung in ihrer staatsrechtlichen Lage geschützt sind. Es ist wahr, die Franzosen haben im vergangenen Sommer das ganze Wadai von der ägyptischen bis zur Fessangrenze besetzt. Aber die territorialen Veränderungen, die sich daraus ergeben haben, sind ein Ergebnis des englisch-französischen Abkommens von 1899 sowie der stillschweigenden Zustimmung der Pforte und die letzten Folgen der Ereignisse vor elf Jahren.“

Holland wünschte eine Zusazzerklärung zum Nordseeabkommen, mit einer Bürgschaft seiner Neutralität im Fall eines Krieges zwischen Deutschland und England. Der Minister des Außern erklärte das freilich für überflüssig, obwohl die Englichen sich auf einen angeblichen Brief des Deutschen Kaisers vom Jahr 1904 an die Königin Wilhelmina beriefen, in welchem er die Besetzung von niederländischem Gebiet voraus sah, wenn Holland seine Verteidigungsmittel gegen England nicht instand seze. Der Minister erklärte das als eine Fabel (9. Febr.).

Zar.

Der Zar begrüßte am 23. Februar mit ganz besonderer Freude den Besuch des bulgarischen Königspaares „nach Vollendung des dem Herzen von ganz Rußland so teuren Werkes der Unabhängigkeit Bulgariens. Dieses denkwürdige Ereignis hat die Taten Meines Großvaters gekrönt, der den jungen slawischen Staat zu einem unabhängigen Leben berufen hat. Ich bin sicher, daß Unsere beiden Regierungen bestrebt sein werden, die historischen Bande der Brüderlichkeit und Einigkeit, die Unsere Völker schon seit langem verbinden, noch mehr zu festigen.“ König Ferdinand antwortete in gleichem Sinn. Der bulgarische Minister des Außern General Paprikow war in der Begleitung des Königs und äußerte sich dahin, daß die Lage auf der Balkanhalbinsel beunruhigend sei; nur durch entschiedene Maßnahmen der Mächte könne der Frieden

erhalten werden. Ebenso bedenklich wie in Kreta sei die Lage in Makedonien. Das spürte denn auch die Pforte; sie ging hier mit scharfen Maßregeln vor. Der Sultan stiftete dem Flottenverein ein Zwölftel seiner Zivilliste, etwa 475.000 Mark. Zwischen den türkischen und bulgarischen Grenztruppen fanden unausgesetzt Plänkeleien statt.

Im Piräus erschienen am 7. Februar vier russische und drei englische Kriegsschiffe, um die Entsendung kretischer Deputierter nach Athen zu verhindern.

Über den Besuch des Grafen Lehrenthal in Berlin 22. bis 24. Februar wurde offiziös festgestellt, daß beide Mittelmächte über die Erhaltung des Status quo im nahen Orient einig seien und die weitere Konsolidierung der inneren Verhältnisse des Osmanischen Reiches mit ihren Sympathien begleiten. Ebenso einig war man über die ruhige Beurteilung der nächsten Zukunft sowohl in Europa wie im nahen Orient. „Das Vertrauen in die Fortdauer einer überwiegend günstigen Entwicklung gründet sich darauf, daß im Verkehr der Mächte gutwillige Stimmung und europäischer Geist gepflegt und gestärkt werden. Wir sind gewiß, daß hiezu die Besprechungen der Dreibundstaatsmänner, jetzt in Berlin und später in Rom, das ihrige beitragen.“ Lehrenthal fuhr von Berlin nach München und wurde dort am 25. Februar vom Prinzregenten empfangen. Nach seiner Rückkehr äußerte sich Lehrenthal am 28. Februar in Wien: er habe den Eindruck empfangen, daß sich die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich und England freundlicher gestaltet hätten. Dem widersprach freilich der Umstand, daß am 28. Februar die Pariser Akademie der Wissenschaften die Einladung der Berliner Universität zu ihrer Jahrhundertfeier ablehnte.

Tirpitz mußte am 5. März im Reichstag eine wesentliche Steigerung der Auslagen für Marine vertreten. Dem brach Bethmann Hollweg die Spitze ab, indem er den Wunsch aussprach, ein freundschaftliches Verhältnis zu England zu pflegen. „Unsere auswärtige Politik ist lediglich darauf gerichtet, die wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte Deutschlands frei zur Entfaltung zu bringen. Den freien Wettbewerb anderer Nationen kann keine Macht der Erde mehr ausschalten oder unterdrücken.“ Sehr zurückhaltend sprach am 16. März Staatssekretär v. Schoen über das Monopol der Euphrat- und Tigrisflussschiffahrt für eine englische Gesellschaft und über die darin liegende Gefahr für die Bagdadbahn. „Die Frage liegt aber außerhalb unserer Machtgrenze. Es ist eine türkische Angelegenheit, aber die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.“ — Am 17. März wurde eine amerikanische Kunstausstellung in der Berliner Akademie der Künste eröffnet. Der Reichskanzler reiste am 19. März nach Rom, um sich dem König von Italien und auch dem Papst vorzustellen.

über den Flottenausbau erhob sich eine deutsch-englische Polemik. Die englische Regierung hielt den Zwei-Mächte-Standard fest, bedauerte deshalb, keine Hoffnung auf Minderung des Budgets machen zu können.

Im österreichischen Herrenhaus wurde bereits am 2. März die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland begrüßt, in Anbetracht der dynastischen Beziehungen, der Erinnerung an alte Bündnisse und alte Waffenbrüderschaft. Plener betonte, jeder Österreicher müsse wünschen, mit Rußland auf gutem Fuße zu stehen, besonders wegen der Interessen auf dem Balkan, denn es gäbe keine gefährliche orientalische Frage, wenn die Mächte einig seien. Am 11. März kam es im Abgeordnetenhaus zu einem Skandal, weil der Sozialdemokrat Bernerstorfer sagte, er pfeife auf die Hohenzollern und pfeife auf die Habsburger. — Am 20. März wurde in Petersburg die Verständigung mit Österreich, die Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen offiziell bekanntgemacht. Sie erfolgte auf Grund einer Vereinbarung über Wahrung des Status quo auf der Balkanhalbinsel: Wahrung des neuen Regimes in der Türkei, Unabhängigkeit, Festigung und friedliche Entwicklung der kleinen Balkanstaaten. König Peter von Serbien wurde am 21. März vom Zaren sehr freundlich empfangen, mit Hinweis auf „die engen Bande, die unsere stammverwandten Völker verbinden“.

König Edward hatte nochmals am 8. März zu Paris eine eingehende Unterredung mit dem Präsidenten Fallières. Im Wettstreit mit Deutschland wollte man auch in Frankreich lenkbare Luftschiffe für Militärzwecke einführen; hierin war man bisher noch stark zurück.

Nach langem Zögern löste sich der griechische Militärbund am 30. März auf und gab so seine verfassungswidrige Stellungnahme auf. Man fürchtete eine agrarische Bewegung. Beniseelos wurde immer einflußreicher.

In Essen trafen am 18. April sechzig englische Arbeiter ein zum Studium der deutschen Arbeiter- und Wohnungsverhältnisse.

Die Duma bewilligte am 15. April in geheimer Sitzung 36 Millionen Rubel für Festungsbauten an der Westgrenze. Auch die Rekrutenkontingente blieben auf der Höhe des Vorjahrs.

Von entscheidender Bedeutung für die politischen Ereignisse war ebenso der Tod Edwards VII. am 7. Mai, wie es sein Leben und seine Regierung gewesen war. Er starb im 69. Lebensjahr. Ihm folgte der unbedeutendere Sohn Georg V. (geb. 1864), vermählt mit der Prinzessin Mary von Teck, Vater von fünf Prinzen. Premier Asquith hielt dem verstorbenen König am 11. Mai im Unterhause folgenden Nachruf: „Die Regierungsjahre des Königs wiesen eine Fülle großer Ereignisse auf: wachsende Freundschaften zum Ausland, neue Einverständnisse, festere Bürgschaften für den Frieden der Menschheit. Im Innern hat sich der Sinn für die Abhängigkeit der einzelnen Reichsteile voneinander, das Bewußtsein gemeinsamer Interessen und Gefahren, die Bande korporativer Einheit in einer Weise entwickelt, wie nie zuvor. Der König hat den Namen eines Friedensstifters der Welt wohl verdient . . . Er hat in seinem

Edward  
†.



Volk eine Erinnerung an große, günstige Gelegenheiten hinterlassen, die in großartiger Weise verwertet wurden. Der neue Herrscher nimmt in einer schwierigen Zeit eine schwere Bürde auf sich. Es ist unsere Hoffnung und Überzeugung, daß er sich als würdiger Nachfolger des großen Königs zeigen wird." — Der Konservative Balfour führte aus: „Jedem ist es klar geworden, daß die Monarchie zu den wertvollsten Besitztümern des Reiches gehört. Das erbliche britische Königtum ist die einzige Verkörperung der Reichseinheit. Manche haben den König mißverstanden, weil er in Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten Pflichten auf sich nahm, die für gewöhnlich den Dienern eines Königs überlassen bleiben. Er war eben infolge von nicht übertragbaren Gaben der Persönlichkeit imstande, die allen Menschen freundliche Politik Großbritanniens fühlbar zu machen, wie keiner von uns es vermocht hätte.“ Im Oberhaus sagte Lord Crewe vom König: „Seine genaue Kenntnis des Kontinents, sein Freisein von insularem Vorurteil, seine Aufrichtigkeit, seine Stellung als Verwandter so vieler fürstlicher Häuser, all das gab ihm Gelegenheiten, für den Frieden zu wirken.“ Und Lord Lansdowne: „König Edward hat streng innerhalb der Grenzen der Verfassung einen ungewöhnlich großen Anteil an den nationalen Angelegenheiten nehmen können. Er hat eine Atmosphäre internationalen guten Willens geschaffen. Mit seinem Tod ist den öffentlichen Angelegenheiten Europas eine große internationale Kraft entzogen worden, von der wir aber glauben, daß sie auch jetzt, da sie uns verlassen hat, nicht ganz aufhören wird, zu wirken.“ Das kann wohl zugegeben werden, daß König Edward, wenn er länger gelebt hätte, imstande gewesen wäre, die Kriegslage, die er geschaffen, nicht zum wirklichen Ausbruch gelangen zu lassen; aber so blieb infolge der Unfähigkeit seiner Nachfolger die von ihm geschaffene Gefahr, der im entscheidenden Augenblick niemand gebieten konnte.

P. Busching legte dem toten Feinde in der „Allgemeinen Zeitung“ 14. Mai einen Vorbeer aufs Grab: „Edward VII. war der bedeutendste Gegner Deutschlands. Nicht persönlich haßte er das deutsche Volk. Seiner Abstammung nach war er Deutscher. Auch das Land liebte er. Trotzdem war er, je länger er regierte, ein desto zäherer Gegner des neuen Reiches... Die Entwicklung des Reiches mußte zu jener Gegenfäählichkeit der Interessen führen, die Edward erkannt und die ihn dazu veranlaßt hat, gegen das Reich zu arbeiten mit allen Mitteln. Er tat nur, was seine Pflicht als konstitutioneller König war. Auf dem Weg zum größeren Britannien durfte er sich nicht aufhalten lassen durch eine Großmacht, die selbst imperialistische Politik zu machen gezwungen ist... Mit jener Skrupellosigkeit, die England groß gemacht hat, wurden Rußland und Japan, Frankreich und Italien, ja schließlich auch die Türkei in den Kreis der auf Gegenseitigkeit versicherten Mächte gezogen, und zwar so, daß keiner dieser Staaten als

der Düpierte heimzog, sondern jeder einen besonderen Vorteil erhielt, wenn dieser Vorteil natürlich auch nicht so groß war wie der Englands. Nur das Deutsche Reich blieb ausgeschlossen von diesen Geschäften . . . Wir haben keinen Grund zu leugnen, daß das Entstehen dieser Feindschaft der prachsvollste Beweis für die Gesundheit und Arbeitskraft des Reiches ist . . . Edward VII. hat die Lage und Entwicklung des Deutschen Reiches genau beobachtet. Er hat gesehen, daß diese Entwicklung der Überlegenheit des englischen Handels, der englischen Industrie Eintrag tun muß. Deshalb hat er als Engländer keinen Augenblick gezögert, ein Feind des Deutschen Reiches zu werden und sich mit dessen geborenen und gewordenen Feinden zu verbinden. Die Gerechtigkeit gebietet zu sagen: das war eine große Tat."

Der Beisehung des Königs Edward wohnten am 20. Mai Kaiser Wilhelm, die Könige von Spanien, Portugal, Dänemark, Norwegen, Griechenland, Bulgarien und Belgien bei.

Gleichzeitig rechnete das „Naval Annual“ sehr nervös die in den verschiedenen Staaten im Bau befindlichen Dreadnoughts zusammen: England 9 fertig, 7 im Bau, also 16; die Vereinigten Staaten 4 fertig, 4 im Bau, also 8; Deutschland 2 fertig, 11 im Bau, also 13; Frankreich 6 im Bau, Italien 1 im Bau. Außerdem besaß England 6 Dreadnoughtkreuzer, Deutschland deren 4.

Roosevelt.

Der ehemalige Präsident Roosevelt war am 4. April in Rom und suchte um eine Audienz beim Papst an; sie wurde ihm unter der Bedingung gewährt, daß nichts Anstößiges von der Art geschehe, wie es jüngst der nordamerikanische Vizepräsident Fairbank begangen, der einen Vortrag in der Methodistenkirche hielt. Daraufhin verzichtete Roosevelt auf die Audienz. Auch dem Kölner Männergesangsverein wurde am 6. April eine ihm vom Kardinal-Erzbischof Fischer versprochene Audienz beim Papst verweigert, weil er vor dem König gesungen hatte. Dem Benediktinerpater Janssens wurde die Annäherung an Roosevelt sehr verübelt. Nachdem Roosevelt am 15. April in Wien vom Kaiser in Privataudienz empfangen worden war, besuchte ihn hier auch der päpstliche Nuntius am 16. April im Hotel und hatte eine lange Unterredung mit ihm über die Vorgänge in Rom. In Rom aber wurde erklärt, daß der Nuntius keinen Auftrag hatte, Roosevelt zu besuchen. Am meisten gefeiert wurde Roosevelt in Berlin. Er hielt dort in der Aula der Universität einen Vortrag über die Bewegung der Weltkultur und wurde zum Ehrendoktor der philosophischen Fakultät freiert. Dabei hielten der Rektor Erich Schmidt und der Dekan Roethe Ansprachen. Beim Besuch des Roosevelt-Zimmers in der alten Bauakademie, 14. Mai, äußerte sich Roosevelt: „Was mir in Deutschland besonders aufgefallen ist, das ist erstens die vortreffliche Organisation der Armee, zweitens das hohe geistige Niveau des Volkes und drittens die industriellen Erfolge, die man in Berlin deutlich vor Augen hat.“ Dieser Mann hat freilich ebenso wie ganz Amerika im Weltkrieg arg enttäuscht.

Röster.

Bei der zehnten Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins zu Berlin im Reichstagsgebäude, 22. Mai, sagte Großadmiral v. Röster über die Abrüstungsfrage: „Solange Seebeuterecht und Blockade noch nicht abgeschafft sind, wird man sich trotz aller möglichen Abkommen, Schiedsgerichtsverträge und internationaler Konferenzen doch nicht in absoluter

Sicherheit wiegen können, wie dies auch in den englischen Parlamentsdebatten deutlich zum Ausdruck kommt . . . Wir haben dem Unterseeboot für die lokale Küstenverteidigung stets einen besonderen Wert beigemessen. Doch kann es noch nicht das Hochseetorpedoboot ersetzen . . ." — Auf dem dritten Friedenskongreß zu Wiesbaden 22. Mai wurde über die geringe Zahl der Friedensfreunde in Nord- und Ostdeutschland geklagt. — Die ausländische Presse beschäftigte sich mit einem Berichte des „Matin“, nach welchem Kaiser Wilhelm bei Gelegenheit der Londoner Zeichenfeier mit dem französischen Regierungsvertreter Pichon über die Gründung einer europäischen Konföderation gesprochen haben soll. Dies wurde von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 25. Mai wesentlich abgeschwächt: der Kaiser habe nur seine Zuversicht in den Frieden und seinen festen Willen, ihn aufrechtzuerhalten, ausgesprochen.

Roosevelt hielt ferner in London am 31. Mai beim Empfang des Ehrenbürgerdiploms eine Rede, in der er der englischen Verwaltung in Uganda und im Sudan hohe Anerkennung zollte und erklärte, England habe Ägypten die beste Regierung gegeben, die es seit zweitausend Jahren gehabt; die Regierung habe in vitalen Fragen nur zuviel Angstlichkeit gezeigt. Sentimentalität könne mehr Unheil verursachen als Gewalt und Ungerechtigkeit. Die Nationalisten in Ägypten hätten weder den Wunsch noch die Fähigkeit, die ersten Anforderungen der Gerechtigkeit sicherzustellen, sie würden nur ein mörderisches Chaos im Lande schaffen. Die Anwesenheit Englands in Ägypten sei berechtigt, denn irgendeine Nation müsse dort herrschen. England muß es als seine Pflicht ansehen, diese Nation zu sein. — Die Presse tadelte diese Rede als eine offenbare Verletzung der offiziellen internationalen Schicklichkeit. — Roosevelt hatte am 23. April in der Sorbonne zu Paris den Studierenden eine Vorlesung gehalten über „Bürgerpflichten in der Republik“.

Aber Iszwołskis Besuch in Paris schrieb am 19. April der „Eclair“: Iszwołski. „Dieser ehrgeizige Wirrkopf hat, seit er Minister des Auswärtigen ist, nicht aufgehört, sich wichtig zu machen, überall Schwierigkeiten zu schaffen, alle Streitfragen zu vergiften, seine Verbündeten in unangenehme Angelegenheiten zu verwickeln. Nichts ist so schrecklich wie die Unfähigen, die große Politik machen wollen. Die Anwesenheit Iszwołskis in Paris erweckt den Verdacht, daß er fortfährt, an irgend einem großen Plan zu arbeiten. Hoffen wir, daß er uns nicht zu Teilnehmern an der neuen Niederlage machen will, die er sich vorbereitet.“ O welches prophetische Gemüt!

Von großer internationaler Bedeutung wurde die Enzyklika „Editae saepe“ vom 26. Mai, die Borromäus-Enzyklika, die Papst Pius X. anläßlich des dreihundertsten Gedenktags der Heiligsprechung des Erzbischofs von Mailand Karl Borromäus, eines Hauptförderers der „Gegenreformation“, erließ. Sie enthielt in ihrem historischen Rückblick auf die Reformation folgende Stelle: „Inmitten dieser übel erstanden hochmütige und rebellische Männer, Feinde des Kreuzes Christi, Männer irdischen Sinnes, deren Gott der Bauch ist. Diese suchten nicht die Sitten zu ver-

Borromäus-  
Enzyklika.



bessern, sondern leugneten die Dogmen, vermehrten die Unordnung und lockerten zu ihrem und anderer Nutzen die Zügel der Freiheit. Sie verachteten, indem sie den Leidenschaften der am meisten korrumpierten Fürsten und Völker folgten, die Autorität und Führung der Kirche und zerstörten fast tyrannisch ihre Lehre, Verfassung und Disziplin. Alsdann ahmten sie jenen Bösen nach, denen die Drohung gilt: Wehe euch, die ihr das Böse gut nennt und das Gute böse! Diesem Tumult der Rebellion und die Perverision des Glaubens und der Sitten nannten sie Reformation und sich die Reformatoren, aber in Wahrheit waren sie Verderber, entnervt durch Uneinigkeit und Krieg. Sie bereiteten die Rebellion und Apostasie der modernen Zeit vor und entfachten die dreifache Verfolgung, gegen welche die Kirche bisher einzeln siegreich zu kämpfen hatte, nämlich erstens die blutige Verfolgung der ersten Jahrhunderte, zweitens die häusliche endemische Pest der Häresien und drittens unter dem Namen evangelische Freiheit jene Korruption der Laster und Perverision der Disziplin, die das Mittelalter so nicht kannte." Jeder Kenner der Geschichte wird hier die Entgegnung auf die noch viel derbere und absprechendere Sprache der „Reformatoren“ erkennen und die Benützung biblischen Sprachgebrauchs. Jeder Katholik wird darin die vom katholischen Standpunkt einzig mögliche Spiegelung der Reformation sehen. Jeder Protestant wird sich nichts anderes vom Vertreter jener katholischen Kirche erwarten, die Luther und seine Gefinnungsgegnossen unter den unflätigsten Beleidigungen vernichten wollten. Um so auffallender ist die Aufnahme der Enzyklika bei Protestanten und auch in manchen katholischen Kreisen. Die „Kölnische Zeitung“ schrieb darüber am 1. Juni: „Man ist gewöhnt, daß päpstliche Hirtenbriefe in Anlehnung an biblische Muster manchmal sich großer Deutlichkeit der Sprache erfreuen und auf die Schreibweise einer modern fühlenden Zeit wenig Rücksicht nehmen. Aber wenn die Katholiken zum Beispiel die Beseitigung der sie beschimpfenden alten Formeln wie zum Beispiel beim englischen Krönungsseid verlangen, dann sollten sie auch andere schonen.“ Jedenfalls hatte man aber bis zum Tage der Veröffentlichung der Enzyklika in England jene ganz anders beleidigende Formel noch nicht geändert. Das Präsidium des Evangelischen Bundes erhob am 3. Juni „entrüsteten Einspruch gegen die rücksichtslose päpstliche Friedensstörung, die um so verletzender wirkt, weil sie ohne jeden Anlaß und ohne jede Beachtung der Proteste wider die Canisius-Enzyklika von 1897 die damaligen Beschimpfungen noch zu überbieten wagt“.

Der „Osservatore Romano“ veröffentlichte am 8. Juni eine beschwichtigende Note: „Angesichts der in Deutschland auf Grund irrtümlicher Auslegungen und wenig genauer Übersetzungen der letzten Enzyklika zutage getretenen Erregung sind wir ermächtigt, folgendes zu erklären: Der Heilige

Vater hat in der Enzyklika, die aus Anlaß des Gedächtnistages des heiligen Borromäus veröffentlicht wurde und die darauf abzielte, die Irrtümer der Modernisten zu bekämpfen, wie sich auch augenscheinlich aus dem Wortlaut ergibt, nicht im entferntesten die Absicht gehabt, die Nichtkatholiken in Deutschland zu beleidigen. In der Enzyklika befinden sich einzig und allein einige historische Urteile über die Epoche des hl. Borromäus, in denen weder Völker noch Fürsten eines bestimmten Landes genannt sind. Im übrigen ist zu bemerken, daß es sich darin um Katholiken jener Zeit handelt, die sich gegen die Lehre und die Autorität des Apostolischen Stuhles auflehnten. Wie wohlwollend im übrigen die Gefühle des Papstes gegen Deutschland und seine Fürsten sind, ist auch in der jüngsten Zeit deutlich zutage getreten."

Am selben 8. Juni nahm die Braunschweigische Landesversammlung einstimmig eine Resolution an, die Verwahrung einlegt gegen die „unerhörte Herabwürdigung unserer deutschen Reformatoren sowie gegen die den Frieden der Konfessionen in unserm Volke schwer störende Auslassung der römischen Kurie“. Am 9. Juni interpellierten im preussischen Abgeordnetenhaus die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen den Ministerpräsidenten, was er zu tun gedenke, um derartigen Störungen des konfessionellen Friedens für die Zukunft vorzubeugen. Zuerst sprach Freiherr v. Pappenheim im Namen der Konservativen: „In keinem Reich haben die inneren Kämpfe so nachhaltige Wunden geschlagen, wie in Deutschland. Deshalb ist bei uns der Wunsch nach Frieden besonders stark. Der Friede muß gegründet sein auf gegenseitiger Achtung. Die Enzyklika enthält nun eine Beschimpfung der Reformation und der protestantischen Fürsten. Ich freue mich, feststellen zu können, daß auch zahlreiche Katholiken das Gefühl des Bedauerns über diese Enzyklika haben. Ich hoffe, daß die Regierung alles tun wird, um solche schwere Gefährdung des konfessionellen Friedens für die Zukunft zu verhindern. Wir sind keine konfessionelle Partei, aber wir haben immer den Protestantismus geschützt, und wir werden auch in Zukunft auf dem Posten sein, um zu verhüten, daß unserer heiligen evangelischen Kirche irgendwelcher Schaden erwächst.“ — Im Namen der Nationalliberalen sprach der protestantische Theologe Hackenberg von Walther von der Vogelweide, von der Canisius-Enzyklika Leo's XIII. 1897, die Luther als den Mann des Aufruhrs brandmarkte und seine Lehre als ein unheilvolles Gift bezeichnete. Aber die neueste Enzyklika überbietet alles Vorausgegangene. Es ist begreiflich, daß dieser Angriff auf die Reformatoren, die Reformation, auf die ihr anhängenden Fürsten und Völker Befremden, Unbehagen und Entrüstung hervorgerufen hat. Jene Männer, denen wir die Reformation vom Standpunkt der Evangelischen aus als etwas Großes verdanken, haben damals in denkbar schwerstem Kampfe gestanden und auch das tragische Geschick der Verkennung in reichstem Maße erlebt. Aber vierhundert Jahre trennen uns nun bald von jener Zeit. Der leidenschaftliche Streit hat sich gemildert. Deshalb ist es zu bedauern, daß gerade von der obersten Stelle der katholischen Kirche der Kampf in dieser Weise geführt wird. Es ist bedauerlich und schmerzlich, daß dieser Kampf, der aus Gewissensernst geführt worden ist, nicht bekämpft wird als ein Kampf des irrenden Gewissens, sondern als ein Kampf des freventlichen Übermutes und der Lasterhaftigkeit. Die evangelische Kirche hat keine Heiligen. Wir kennen die

Schwächen der Reformatoren ganz genau, wissen, daß auch sie Menschen waren . . . Wir werden es ruhig über uns ergehen lassen, wenn man uns als Ketzer hinstellt. Das Reformationszeitalter hat den Begriff der Toleranz nicht gehabt . . . Ist es nicht eine Gefährdung des konfessionellen Friedens, wenn im Gegensatz zu zahlreichen rühmlichen Ausnahmen in der katholischen Presse ein führendes Blatt der Zentrums-Partei sich auf den Boden des Urteils der Kurie stellt und dies Urteil als Wahrheit hinstellt? . . .“ Graf Moltke verlangte im Namen der Freikonservativen Abberufung des Gesandten beim Vatikan. — Bethmann Hollweg bezog sich in seiner Beantwortung auf die Notiz im „*Osservatore Romano*“. Die Zentrumsfraktion lehnte es nach einer Mitteilung ihres Mitglieds Herold ab, „über eine Rundgebung des Oberhauptes der katholischen Kirche, welche kirchliche Angelegenheiten behandelt, ein Urteil abzugeben und auf dem politischen Boden des Hauses der Abgeordneten in eine Diskussion einzutreten. Indem wir also auf die Sache hier nicht eingehen, sprechen wir die Hoffnung aus, daß die Beziehungen der katholischen Kirche zu unseren evangelischen Mitbürgern nicht leiden werden. Wir unsererseits werden treu unserer Tradition und unserer bisherigen Haltung nach besten Kräften bemüht sein, den konfessionellen Frieden zu wahren und in jeder Weise zu fördern. Wir werden uns daher an der Debatte auch nicht beteiligen.“ Die Polen schlossen sich dieser Erklärung an und verließen mit dem Zentrum den Saal. — Gysling von der Fortschrittlichen Volkspartei schloß sich den Interpellanten an und sagte unter anderm: „Wenn das Zentrum heute ablehnt, darüber zu sprechen, so verstehe ich das nicht. Es kann keine Rede davon sein, daß die Enzyklika nur kirchliche Dinge betrifft; die ganze Enzyklika ist auf Beleidigung angelegt, und gerade das ist das Bedenkliche, daß der Papst es ist, der das sagt. Hat unser König vielleicht es je an Rücksichtnahme gegen die katholische Kirche fehlen lassen? Ganz gewiß nicht. (Auf eine Bemerkung des Präsidenten, die Person des Königs aus der Debatte zu lassen, fuhr Gysling fort:) Ich spreche hier vom Träger der Krone als Summus Episcopus der evangelischen Kirche. Leider kann man zur Regierung kaum das Vertrauen haben, daß sie eine gerechte Sühne für die Beschimpfung der Enzyklika herbeiführen wird . . . Worin besteht nun die gemeinsame christliche Weltanschauung zwischen Konservativen und Zentrum? . . . Als die Canisius-Enzyklika erging, haben die Konservativen kein Wort des Protestes gehabt, warum jetzt die Entrüstung? Das Zentrum ist nun einmal die herrschende politische Partei geworden, und da können Sie sich nicht wundern, wenn es seinen Einfluß auch in kirchlichen Dingen geltend macht.“ Fischbeck von derselben Partei meinte sogar, daß hier eine Abmachung zwischen Konservativen und dem Zentrum stattgefunden habe. — Es wurde noch am 12. Juni eine große Versammlung im Zirkus Busch als Rundgebung gegen die Vorromäus-Enzyklika veranstaltet. — Am meisten regte sich der katholische König von Sachsen über die Enzyklika auf; er hielt es für passend, den Staatsministern am 13. Juni zu eröffnen, daß er die Durchkreuzung seiner Bestrebungen für den konfessionellen Frieden im Lande durch die schweren Angriffe des Papstes auf die Angehörigen der evangelisch-lutherischen Kirche bedauere und deshalb aus eigenem Antriebe beschlossen habe, ein Handschreiben an den Papst zu richten. Das blieb nicht ohne Nachwirkungen, wie wir noch hören werden.



Infolge der Vorstellungen der preußischen Regierung beim Vatikan, die durchaus freundlich gehalten waren, sprach die Kurie am 14. Juni ihr Bedauern über den ganzen Vorgang aus. Sie gab die wiederholte Versicherung ab, daß sie das deutsche Volk oder seine Protestanten nicht verletzen wollte. Die Bischöfe des Deutschen Reiches wurden vom Papst angewiesen, die Enzyklika nicht eigens zu veröffentlichen, weder von der Kanzel noch durch Hirten Schreiben. Übrigens wolle der Papst keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um seine aufrichtige Achtung und Sympathie für die deutsche Nation und ihre Fürsten zu bekunden. All das bedeutete durchaus nicht eine Zurücknahme der Enzyklika. Die Gegner der Kirche hatten bereits genügend für die Publizität des päpstlichen Urteils über die Reformation gesorgt; eine Verkündigung von der Kanzel oder in einem Hirten Schreiben konnte diese Publizität kaum verstärken; sie wäre eine reine Formsache gewesen, auf der zu beharren gar kein vernünftiger Grund war. Man ersieht vielmehr aus allen Reden und Schriften der Zeit, daß das Urteil des Papstes weniger aufreizend und empörend, als vielmehr niederschmetternd und entmutigend wirkte wegen seines apostolischen Freimuthes. Es war in der Tat ein entscheidender Schlag gegen die Feinde der Kirche, ein autoritatives Endurteil aus dem Munde dessen, von dem das Wort des reinen Evangeliums galt: Wer euch höret, der höret mich! Als solches wurde es allgemein, wenn auch mit Widerstreben, oder mit geballten Fäusten empfunden, sowohl von den protestantischen Theologen dieser Zeit protestantischer Autoritätslosigkeit, wie von den treuen Katholiken, denen katholisch sein identisch war mit päpstlich sein, und die nicht nur als Phrase den Papst als Stellvertreter Jesu Christi anerkannten.

Ebenso zartfühlend wie die preußische war die bayerische Regierung in ihrer Haltung gegen papstfeindliche Interpellanten. So sagte der Kultusminister Wehner in der bayerischen Abgeordnetenversammlung am 15. Juni, bei allem Zugeständnis, daß Bayern ein paritätischer Staat sei: „Die Regierung darf nicht außer acht lassen, daß die katholische Kirche innerhalb ihres eigenen Wirkungskreises in der Leitung ihrer inneren kirchlichen Angelegenheiten verfassungsmäßig selbständig ist. Die Enzyklika nun liegt auf innerkirchlichem Gebiet. Zudem ersieht man, mit welchem großem Entgegenkommen die Kurie bestrebt war, den Zwischenfall in befriedigender Weise zu erledigen.“ — Die von Beuroner Benediktinern herausgegebenen „Bonifatiusstimmen“ brachten allerdings am 15. Juni einen Artikel, „Quod scripsi, scripsi“, hielten jedes Wort des Papstes als vollberechtigt aufrecht und erklärten es als auffallend, daß sich die deutschen Protestanten der Gegenwart durch eine Charakteristik der Reformatoren des 16. Jahrhunderts beleidigt fühlten. Jedenfalls gab auch eine Erneuerung im preußischen Ministerium am 18. Juni davon Zeugnis, daß die Macht des Zentrums und des schwarzblauen Blockes gestiegen war. Kardinal-Erzbischof Fischer konnte am 1. Juli sagen, die Zurückhaltung auf katholischer Seite angesichts der Besprechung der Enzyklika stehe in wohlthuendem Gegensatz zur bedauerlichen Gefährdung des religiösen Friedens

durch einzelne Elemente auf der anderen Seite. Bezeichnend war auch der Rücktritt des zweiten Vizepräsidenten des Reichstags, Erbprinz v. Hohenlohe-Langenburg, wegen der durch die Folgen der Enzyklika veränderten politischen Lage (8. Juli).

Englischer  
König  
Erbs-  
nungs-  
eid.

Es mag wohl auch der heilsamen Wirkung der Enzyklika zuzuschreiben sein, daß endlich vom englischen Unterhaus eine Milderung der beleidigenden antikatholischen Fassung des Krönungseides zugestanden wurde. Danach bekennt sich der König nur als treues Mitglied der protestantischen Kirche und verspricht, nach besten Kräften dem Gesetz entsprechend für die protestantische Thronfolge Sorge zu tragen. Asquith hielt das für genügend und wies auf das starke Anwachsen der Zahl der katholischen Untertanen hin, deren unzweifelhafte Loyalität nicht besonderer Vorsichtsmaßregeln bedürfe (28. Juni). Es war ein Akt später Gerechtigkeit für Millionen katholischer Untertanen, blieb aber immer eine unglaublich rohe Demonstration des Glaubenszwangs für den König im Lande vorgeblicher Freiheit.

Bibelseid.

Etwas ganz anderes war es, daß der Papst in einem Motu proprio vom 29. Juni den Eid für die Doktoren der Heiligen Schrift feststellte. Die Formel enthielt das Versprechen, die Grundlehren und die Dekrete der päpstlichen Bibelf Kommission als oberste Richtschnur für ihre Studien unverfälscht zu bewahren und in keiner Weise anzutasten.

Indessen wurde in der englischen Marine die Deutschenhege fortgesetzt durch die Verbreitung einer Broschüre des Lord Fisher. Wenig Erfolg hatte eine Versammlung der verschiedenen englisch-deutschen Friedensgesellschaften unter dem Vorsitz des Lord Avebury und ein ständiges kirchliches Komitee zu gleichem Zweck unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Canterbury. Um so energischer verlangte eine Denkschrift, die von 43 Admiralen und 150 Generalen unterzeichnet war, am 27. Juni die Aufnahme einer Anleihe von 100 Millionen Pfund für Landesverteidigung. Premier Asquith berichtete am 14. Juli im Unterhaus über die Aussichtslosigkeit der Einschränkungen im Flottenprogramm.

Bulgarien.

Überschwengliche Erwartungen knüpfte Präsident Fallières an einen Besuch des Königs Ferdinand von Bulgarien in Paris 24. Juni. Er rühmte den weisen Schritt der Erhöhung Bulgariens zum Königreich als Bejahung eines Volksbewußtseins. Er appellierte an die bekannten Gefühle des Königs für Frankreich, an „die Bande, die ihn an die geschichtliche Vergangenheit unseres Vaterlandes knüpfen“. Der König antwortete: „Nach Petersburg und Konstantinopel habe ich Frankreich meinen ersten Besuch vorbehalten, dem selbstlosen Vorkämpfer alles Edlen. Bulgarien ist wie Frankreich von gleicher Liebe zur Freiheit durchdrungen; es bewundert den Ruhm Frankreichs im Kampf für Fortschritt, Freiheit und Recht. Frankreich übt durch sein Christtum, seine Künste, die Entdeckungen seiner Gelehrten in der Welt hohen Einfluß aus, und es öffnet dem noch jungen bulgarischen Volke den Schatz seiner Erfahrung und Gesittung.“ — Auch den Besuch König

Alberts von Belgien in Paris konnte Fallières am 12. Juli feiern, mit der immer größeren gegenseitigen Durchdringung gewerblicher und finanzieller Unternehmungen beider benachbarter Nationen, ihrer engeren geistigen Wahlverwandtschaft. König Albert sagte: „Frankreichs Freundschaft erstreckt sich auch auf das neue afrikanische Belgien . . . Unsere Denker, Künstler, Schriftsteller in französischer Sprache, so sehr sie auch an der Eigenart ihrer Rasse hängen, verkennen nicht, was sie Frankreich, der Klarheit seines Genies, der Vollkommenheit seines Geschmacks, den künstlerischen Neigungen verdanken, die jede ihrer Hervorbringungen verschönern.“ Allerdings war der erste offizielle Besuch des belgischen Königspaares schon am 30. Mai in Potsdam erfolgt, und König Albert hatte dabei sogar deutsch gesprochen, was manchen Belgiern mißfiel.

Als der deutsche Staatssekretär Riederlen-Wächter am 27. Juli in Marienbad mit Graf Mehrenthal zusammenkam, konnte offiziös festgestellt werden: „Die allgemeine politische Lage hat sich in erfreulicher Weise geklärt und beruhigt und namentlich Deutschlands Beziehungen zu den Weststaaten sind in der günstigsten Entwicklung. Ein günstiges Prognostikon darf man auch für die Balkansituation stellen. Die Lage in der Türkei ist freilich nicht frei von Schwierigkeiten wegen der Nationalitätenfragen in Albanien und Makedonien. Beide Reiche verfolgen aber die Entwicklung mit vollen Sympathien für den türkischen Verfassungsstaat.“

Die Weltausstellung in Brüssel gab Gelegenheit zu manchen internationalen Kongressen. — Das russisch-japanische Abkommen vom 4. Juli erschien als Defensivbündnis gegen die Politik der Vereinigten Staaten in bezug auf die Mandschurei. Beide Mächte versprachen sich gegenseitige Hilfe mit ihrer Gesamtmacht, zur Garantie der japanischen Interessen in Korea, der russischen in der Mandschurei. — Der Zar zeichnete den König Nikola von Montenegro besonders aus.

Der Großwesir konnte am 28. Juni beim Schluß der Parlamentstagung erklären, vor sechs Monaten sei die Haltung Europas gegenüber der Türkei noch schwankend gewesen, man habe von einem Balkanbund gegen die Türkei gesprochen. Doch nun habe sich durch die Besuche der Könige von Bulgarien und Serbien die öffentliche Meinung über die Lage auf dem Balkan beruhigt. Der Ministerrat genehmigte am 29. Juli, die Bagdadbahn an der Küste entlang über Aleppo zu führen, was früher Bagdadbahn. trotz großer Nachteile aus militärischen Rücksichten ausgeschlossen schien.

Von Bedeutung war der Artikel, den der englische Publizist Sidney Brooks Mitte Juli in einer amerikanischen Zeitschrift über den „wirklichen Kaiser“ veröffentlichte. Er sei trotz seiner Soldatennatur ein Friedenskaiser geworden. „Impulsiv handelnd, ergreift er den Geist des Augenblicks. Er gehört nicht zu den furchtsamen konstitutionellen Herrschern, er ist auch kein müßiger Monarch, sondern eine Persönlichkeit, die sich zum Führer ausgerufen glaubt und die Monarchie für eine unerschöpfliche, allgegenwärtige, väterliche und unfehlbare Macht hält. Groß ist seine internationale Höflich-



keit. Der Kaiser nimmt in der Weltgeschichte heute eine Stellung ein, die etwas Napoleonhaftes an sich hat. Ihm verdankt Deutschland die Ausgestaltung von Armee und Flotte. Er ist der Schöpfer von Großdeutschland. Er hat sein Volk für die Weltpolitik begeistert." — Daß Amerika nicht dahinter bleiben wollte, zeigte sich auch darin, daß sich in Newyork am 9. August ein Syndikat mit 600 Millionen Mark Kapital bildete, um in Kleinasien Eisenbahnen zu bauen und in Turkestan und den oberen Euphrat- und Tigristälern die dort vermuteten Mineral- und Ölschätze zu erschließen.

Zur fünften Tagung des Weltkongresses für freies Christentum und religiösen Fortschritt in Berlin 6. bis 11. August kamen besonders viele Amerikaner und stärkten das Selbstgefühl der Religiös-Liberalen. All diese Ausländer bezeugten den starken Einfluß der deutschen Theologie des letzten Jahrhunderts auf das geistige Leben in den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Holland. Auch Juden und Freidenker, Mohammedaner und Buddhisten kamen zu Worte.

Eine Besprechung des Grafen Lehrenthal mit dem Marchese di San Giuliano zu Salzburg 31. August war besonders der Verhütung von Zwischenfällen an der österreichisch-italienischen Grenze gewidmet. Der Marchese wurde noch am 1. September von Kaiser Franz Josef in Sischl empfangen; eine offiziöse Rundgebung stellte fest, daß beide Mächte „vom neuen Regime in der Türkei deren Konsolidierung erhoffen und auch weiterhin das Gedeihen der Balkanstaaten mit ihren Sympathien begleiten“.

Kaiser  
Wilhelm.

Als Kaiser Wilhelm am 21. September die Wiener Jagdausstellung besuchte, wurde er auch im Rathaus begrüßt und antwortete dort, daß Deutschland seinem Bundesgenossen „mit schirmender<sup>1)</sup> Wehr“ zur Seite gestanden habe. Dies blieb ein geflügeltes Wort; ebenso der andere Satz: „Das Bündnis ist zum Heile der Welt in die Überzeugung und in das Leben der beiden Völker als ein Imponderabile übergegangen.“

Es gab einen unangenehmen Grenzzwischenfall, als Kapitän Engelhardt auf einer Luftschiffahrt am 30. September statt in Mex bei Nancy landete.

Moder-  
nismus.

Der Papst setzte seinen notwendigen Kampf gegen den Modernismus fort. Am 1. September wurde das Priesterseminar in Perugia geschlossen, das sich verdächtig gemacht hatte; als Grund wurden allerdings nur bauliche Veränderungen angegeben. Am 2. September führte der Papst in einer Botschaft an Kardinal Agliardi aus, es sei keineswegs wünschenswert, daß der „Ecclesia militans“, diesem Ehrennamen entsprechend, Kämpfe und Nöte erspart bleiben. Ihr schließliches Ob-siegen und ihre triumphierende Erhöhung über alle Feinde sei doch zweifellos. — Ein Motu proprio vom 8. September verlangte von den Bischöfen und Ordensoberen eine sorgfältige Überwachung der Geistlichen und Zensur der Schriften. Ein Eid, der lauterer Lehre und der katholischen Disziplin

1) Nach anderer Lesart „schimmernder“.

treu anzuhängen, soll geleistet werden: von jedem Professor vor Beginn der Vorlesungen, von den Geistlichen, bevor sie zu höheren Weihen aufsteigen, von den neuen Bischöfen, Pfarrern, Chorherren und Benefizianten, von den Beamten der bischöflichen Verwaltungen und der kirchlichen Gerichtshöfe, Generalvikaren und Richtern, von den Fastenpredigern, den Mitgliedern der Kongregationen und Gerichtshöfen des Heiligen Stuhles. Über die Pflege der Wissenschaft äußerte sich der Papst: „Es gilt, gegen Feinde zu kämpfen, die wohlverfahrend sind und mit sehr gründlichen Forschungen eine mit Trug verwobene Wissenschaft darbieten, deren blendende und einschmeichelnde Sätze in vielfältigen und hochtönenden Aussprüchen formuliert werden, so daß anscheinend dabei etwas ganz Besonderes herauskommt. Deshalb bedarf es wohlgeschliffener Waffen, das heißt eines umfassenden Wissens . . .“

Der vorgeschriebene „Modernisteneid“ lautete: „1. Ich bekenne mich unerschütterlich zu allen Wahrheiten, die die Kirche durch ihr unfehlbares Lehramt definiert hat, hauptsächlich zu jenen, die sich gegen die Irrtümer dieser Zeit richten. Vor allem bekenne ich, daß Gott, Anfang und Ende aller Dinge, erkannt wird durch das natürliche Licht der Vernunft, durch die sichtbaren Werke der Schöpfung . . . 2. Ich nehme an die Wunder und Prophezeiungen als sichere Zeichen des göttlichen Ursprungs der christlichen Religion . . . 3. Ich glaube, daß die Kirche, Hüterin und Lehrerin des geoffenbarten Wortes, auf direkteste Weise vom wahren historischen Christus gestiftet wurde, ich glaube, daß diese Kirche auf Petrus und seine Nachfolger gebaut ist. 4. Ich nehme die Doktrin des Glaubens an, wie sie uns die Apostel und Väter überliefert haben . . . Deshalb verwerfe ich die häretische Annahme der Evolution der Dogmen, nach der diese Dogmen den Sinn wechselten . . . Ich verwerfe es, an Stelle des göttlichen Glaubensschatzes eine philosophische Fiktion oder Schöpfung des menschlichen Gewissens zu setzen, die einem unbeschränkten Fortschritt ausgesetzt wäre. 5. Ich bekenne, daß der Glaube kein blinder religiöser Sinn ist, der aus den dunklen Tiefen des Übergewissens aufsteigt, unter dem Druck des Herzens und Drang des Willens, sondern daß er eine wahrhaftige Zustimmung der Intelligenz zur Wahrheit ist, empfangen durch Unterweisung. Ich unterwerfe mich allen Erklärungen der *Enzyklika Pascendi* und des Dekrets *Lamentabili* besonders über die sogenannte Dogmengeschichte. Ich verwerfe den Irrtum, als ob der Kirchenglaube der Geschichte zuwider sei. Ich verwerfe die Verdopplung des Kritikers in jene des Gläubigen und jene des Historikers, als ob der Historiker das aufrecht erhalten dürfe, was dem Glauben widerspricht . . . Ich verwerfe die rationalistische Methode der Schriftauslegung und Textkritik. Ich verwerfe die Behauptung, die autoritativen Schriften müßten so wie die eines profanen Dokuments ausgelegt werden. Ich widerspreche dem Irrtum der Modernisten, als ob es in der geheiligten Tradition nichts Göttliches oder nur Göttliches im pantheistischen Sinne gebe, sondern nur natürliche Tatsachen. Ich halte fest am sicheren Kriterium der Wahrheit, das im Episkopat durch die Nachfolgerschaft der Apostel überliefert ist, so daß die absolute Wahrheit, von Anfang an durch die Apostel gepredigt, weder gewachsen, noch auf einen anderen Sinn ausgedehnt wurde . . .“

Modernisteneid.

Der freimaurerische Bürgermeister von Rom Nathan hielt beim Fest der Befestigung Roms durch die Königl. vor dreißig Jahren (20. Sept.) die Festrede mit Ausfällen gegen den Papst. Die vor dreißig Jahren verkündete Unfehlbarkeit habe sich traditionell vererbt, sei in die Volkssitten übergegangen, zeige sich heute in der Unbildung der Bevölkerung usw. Diese Rede rief flammende Einsprüche auf katholischer Seite hervor wegen der Hineinziehung religiöser Fragen. Der Papst richtete ein Schreiben an den Generalvikar und an alle Bischöfe, worin er gegen diese sich immer mehr steigern den Beleidigungen der katholischen Religion auch seitens der öffentlichen Autoritäten am Sitz des römischen Pontifikats protestierte (23. Sept.). — Am 12. Oktober erfolgte noch eine Verschärfung des Modernisteneides; er solle alljährlich abgelegt werden von allen, die ein geistliches Amt bekleiden;

Matthies.

Vorgreifend erzählen wir, daß der päpstliche Monsignore Baron Paul de Matthies im Oktober eine Broschüre herausgab: „Wir Katholiken und die andern“, worin er auch gegen den König von Sachsen auftrat, weil er wegen der Borromäus-Enzyklika einen Brief an den Papst gerichtet hatte. Darüber beklagte sich am 4. November der apostolische Vikar Bischof Alois Schäfer beim Papst, „daß eine vom sächsischen König nur im Interesse des Friedens getroffene Maßnahme von einer Persönlichkeit, die sich einer päpstlichen Auszeichnung erfreue, in so verletzender Weise angegriffen werde.“ Der Papst antwortete in einem eigenhändigen Schreiben, daß er über die dem König zugesügte Ungerechtigkeit tief betrübt sei und einen öffentlichen Widerruf und eine Entschuldigung seitens des Monsignore de Matthies herbeiführen werde. Das geschah denn auch am 23. Dezember. Baron de Matthies versprach in einem zweiten Buch eine gerechte Würdigung der Sachlage zu veröffentlichen.

Prinz Max.

Der Papst erfuhr aber auch von einem priesterlichen Mitglied der sächsischen Königsfamilie eine Unannehmlichkeit. Der sonst so verdienstvolle Prinz Max von Sachsen, damals Professor für kanonisches Recht und Liturgie in Freiburg (Schweiz), veröffentlichte nämlich in der Zeitschrift „Roma e l'Oriente“ einen Artikel „Gedanken über die Frage einer Vereinigung der christlichen Kirchen“. Darin stellte der Prinz die katholische Kirche in ihren auf Vereinigung der verschiedenen katholischen Bekenntnisse gerichteten Bestrebungen als gewalttätig und herrschsüchtig hin. Die kirchliche Union im Orient, wie sie von Rom durchgeführt würde, käme einer vollen Unterjochung gleich. — Der Papst befahl dem Herausgeber der Zeitschrift, diesen Artikel zu vernichten, und zitierte den Prinzen nach Rom. Die „Kölnische Volkszeitung“ vom 20. Dezember sagte über den Prinzen, er sei nur den Ausführungen des ehemaligen Münchener Kirchenhistorikers Alois Fickler in seiner zweibändigen, 1864 erschienenen und auf den Index stehenden Geschichte der Kirchentrennung zwischen Orient und Okzident gefolgt. Obwohl die Gelegenheit auf Pius X. einen betrübenden Eindruck gemacht habe, wisse man doch die ausgezeichneten Priestereigenschaften des Prinzen zu schätzen und suche den Vorfall zu vergessen in der Annahme, daß der Verfasser von guter Absicht geleitet gewesen. Im übrigen übermittelte Prinz Max dem Heiligen Vater ein Ergebenheits Schreiben mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß er mit seinen Ausführungen falsch verstanden worden sei. — Der Papst befahl eine Widerlegung jenes Artikels in derselben Zeitschrift, worin es hieß: „Der Unionsvorschlag weist dem Papst nicht die Stellung des Vaters



und Meisters aller Gläubigen im Orient und Okzident an, sondern den Orientalen gegenüber die eines auswärtigen Suveräns." Man könne eine noch nicht definierte Doktrin, nicht aber ein Dogma diskutieren. „Diese Kriterien würden eine Union in dem vom Prinzen gewollten Sinne mehr als je erschweren. Wir geben diese Kritik weinend ab, müssen aber den Brüdern im Osten und Westen die Wahrheit sagen." Prinz Max kam nach Rom und unterschrieb aus freier Entschliebung eine ihm vorgelegte Erklärung, die den Vatikan befriedigte; darauf wurde er vom Papst in einer zweiten Audienz liebevollst empfangen.

Das war alles im Dezember. Der Papst sagte für das Jahr 1911 alle größeren Feierlichkeiten ab, denn dies Jahr sei ein Trauerjahr für die Kirche wegen der von den Italienern vorbereiteten Festlichkeiten ob des Kirchenraubes.

Über die politische Lage berichtete Graf Aehrenthal am 13. Oktober in den Delegationen: „Der Standpunkt der Regierung war der, daß die Annexionsfrage als eine zwischen uns und der Türkei zu regelnde Angelegenheit anzusehen ist. Nachdem wir auf diese Weise die materielle Seite der Angelegenheit geregelt hatten, erübrigte es noch, ihr mit Rücksicht auf den Berliner Vertrag formell gerecht zu werden, was dadurch geschah, daß wir die Zustimmung der Mächte angesucht und erhalten haben . . . Verwicklungen entspringen leicht aus unklaren Zuständen. Die große Auseinandersetzung vom Jahre 1866 hätte vermieden oder hinausgeschoben werden können, wenn nicht durch den Bankapfel Schleswig-Holstein der Konfliktfall geradezu geschaffen worden wäre. Der Krieg zwischen Rußland und Japan war ebenfalls eine Konsequenz der nicht klaren Verhältnisse in der Mandschurei . . . Wir haben gleich den andern Mächten ein lebhaftes Interesse an der Konsolidierung der Türkei. Hier steht die Kretafrage im Vordergrund, seit Jahren ein Sorgenkind der europäischen Diplomatie. Wir haben uns 1898 von der provisorischen Besetzung und Verwaltung der Insel zurückgezogen mit der einzigen Reserve, daß eine Änderung in der staatsrechtlichen Stellung der Insel nicht ohne unsere Zustimmung Platz greifen könnte." Aehrenthal bestätigte den Passus der Thronrede vom 12. Oktober, „daß die Bündnisse mit dem Deutschen Reich und Italien womöglich noch fester und inniger geworden sind", und er fuhr fort: „Wir wollen den Frieden, die Erhaltung des Gleichgewichts; das war und bleibt die Aufgabe der Donaumonarchie, welche seit Jahrhunderten in den Beziehungen zwischen dem Okzident und dem Orient eine wichtige Rolle spielt. Dieser Aufgabe werden wir aber nur dann gerecht werden können, wenn es uns gelingt, innige wirtschaftliche Wechselbeziehungen mit unsern südöstlichen Nachbarn zu pflegen . . . und wenn wir über eine schlagfertige Armee und Flotte verfügen."

Öster-  
reich.

Kramarz vertrat die Anschauung, daß Österreich die Annexionsfrage vor eine europäische Konferenz hätte bringen sollen und von dieser nichts zu

fürchten gehabt hätte. „Die Slawen wünschen ein inniges Verhältnis zwischen Österreich und Rußland als Gegengewicht gegen das deutsche Bündnis. Wir protestieren, daß das Wiener Rathaus und die Wiener Zeitungen für Österreich gehalten werden. Deutschland nimmt die von uns verlorenen wirtschaftlichen Positionen auf dem Balkan ein.“ Bärnreither sagte vorbedeutend: „Es scheint, daß sich ein gewisses Einverständnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei vorbereitet, das eine sehr große militärische Bedeutung haben und vom Belt bis zum Bosporus eine starke Friedensauffstellung bedeuten würde.“ Der Sozialdemokrat Renner verurteilte die Annexionspolitik. Die Polen zeigten keine Sympathien für Rußland: „Wir sind in erster Linie Polen und erst in zweiter Slawen.“ Auch der Ruthene Geglinki wandte sich gegen den Kramarz angeregten Neoslawismus, der nur den Russen Vorteile, allen andern Slawen Verderben bringe. Mehrenthal bemerkte noch beruhigend: „Obwohl wir einer verschiedenen Mächtegruppierung angehören, schätzt man in London und Paris die ruhige, auf friedliche Ziele gerichtete Politik der Monarchie richtig ein.“ Später (9. Nov.) erklärte Mehrenthal, daß die gefälschten Informationsstücke, die Dr. Friedjung gebraucht habe, weder vor noch nach der Annexion auf die Entschlüsse der Regierung irgendeinen Einfluß gehabt hätten. Masaryk warf dem Grafen Forgatsch, dem Gesandten in Belgrad, die Fälschung vor (11. Nov.). Am 9. November hatte sich nämlich in Belgrad Wladimir Basitsch (eigentlich Seremanin) der Polizei mit der Selbstanklage gestellt, er habe auf Wunsch der österreichischen Gesandtschaft die gefälschten Dokumente geliefert; er wurde deshalb zu Zuchthaus verurteilt; seine Beschuldigung anderer erschien aber wenig glaubhaft. Das Wiener „Vaterland“ brachte am 17. November die Enthüllung, die gefälschten Dokumente seien wohl als solche vom Presseleiter erkannt, aber doch vom Ministerium des Äußern für 60.000 Kronen angekauft worden. Der ganze Agramer Hochverratsprozeß wurde am 22. November durch kaiserliche Verordnung aufgehoben.

Bar.

Indessen war der Zar mit Sassanow am 4. November am Deutschen Kaiserhof zu Potsdam; man hielt aber den familiären Charakter der Zusammenkunft fest, und es erfolgten weder Tischreden noch offizielle Mitteilungen. Sassanow äußerte sich allerdings einem Vertreter der „Nowoje Wremja“ gegenüber also: „Alle schwebenden Fragen wurden erörtert, aber von einem Bestreben, uns zu anderen politischen Kombinationen hinüberzuziehen, kann keine Rede sein. Rußland wird sich weder von dem engen Bündnis mit Frankreich, noch vom herzlichen Einvernehmen mit England lossagen. Die deutsche Regierung verneint jede Beeinflussung der türkischen Politik. Rußland hat für den Frieden auf dem Balkan angesichts des drohenden türkisch-bulgarischen Konflikts eine große Summe geopfert. Deutschland anerkennt das und wird die Türkei nicht aufheben. Es anerkennt auch Rußlands Interessen in Nordpersien, und wünscht nur dafür Wahrung der deutschen Interessen, die mit der Bagdadbahn verbunden sind.“ Ende Dezember brachte die „Nowoje Wremja“ noch einige Mitteilungen über die Potsdamer Punktationen, Persien und die Bagdadbahn betreffend. Ausgangs-

punkt war eine deutsche Note von 1907 über das russisch-englische Abkommen, die Reibungsmöglichkeiten in Tibet, Beludschistan, Afghanistan und Persien betreffend. Damals teilten sich die beiden Rivalen das nördliche und das südliche Stück von Persien zu, so daß das Mittelstück allein unabhängig und neutral blieb. Nun wurde Rußland durch einen englischen Vorstoß am 17. Oktober 1910 veranlaßt, den deutschen Wünschen über den zukünftigen Anschluß der Bagdadbahn an das kontinentale russisch-japanische Bahnnetz näherzutreten. Das sollte auf Grund der Potsdamer Punktationen näher bestimmt und völkerrechtlich auf sichere Basis gestellt werden.

Eine neue internationale Komplikation entstand dadurch, daß die Franzosen in Marokko vorrückten und am 3. Dezember den Hafen Agadir Agadir. in Südmarokko besetzten. Die in Marokko ansässigen Deutschen hatten sich schon längst beklagt über die Schädigung ihrer Interessen durch die französischen Behörden. Dagegen kamen die optimistischen Auffassungen des deutschen Vizekonsuls Nains in Casablanca kaum in Betracht. Im Deutschen Reich wurde der Zwischenfall von Agadir sehr ernst aufgefaßt, da eine Bevorzugung einer einzelnen Macht nach den Traktaten ausgeschlossen sein sollte. Wollte der Sultan den Hafen eröffnen, so mußte er das allen Interessenten gegenüber. Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter setzte die Lage am 12. Dezember im Reichstag also auseinander: „Die Ausübung der Seepolizei an der südmarokkanischen Küste steht Frankreich und Spanien zu auf Grund eines Mandats des Sultans von Marokko, dem sämtliche Vertragsmächte zugestimmt haben. In Ausübung der Seepolizei ist ein französisches Kriegsschiff zur Verfolgung des Waffenschmuggels in den Hafen eingelaufen. Das bedeutet nicht die Eröffnung des geschlossenen Hafens, die nur durch den Sultan mit Zustimmung sämtlicher Vertragsmächte erfolgen kann.“ Eine andere marokkanische Streitfrage war die der Gebrüder Mannesmann und ihrer Interessen französischen Firmen gegenüber. Die Ausführungen des Reichskanzlers bei dieser Gelegenheit schienen festzustellen, daß sich das Verhältnis zu Rußland wesentlich gebessert habe. Infolgedessen sprach man schon in Frankreich von einer Schwächung des französisch-russischen Bündnisses. Die „Lanterne“ fragte Pichon, „ob man deshalb zwanzig Milliarden nach Petersburg ausgeführt habe, um zu einem auf unsere Kosten abgeschlossenen Einvernehmen zwischen Rußland und Deutschland zu gelangen“. Und der „Rappel“: „Wunsch und Ziel der Berliner Regierung scheint die Rückkehr zum alten Dreibund der drei Kaiserhöfe zu sein, wie es vor 1879 war. Wenn Rußland alten Überlieferungen und neuem Entgegenkommen nachgibt, dann würde angesichts der österreichisch-italienischen Feindseligkeit der Dreikaiserbund mit Petersburg und ohne Rom wieder erstehen.“



Auffallend war die Antwort des amerikanischen Kommandanten Sims auf eine Ansprache des Lord-Mayor von London am 3. Dezember: „Wenn je eine Zeit käme, wo das britische Reich von einem äußeren Feinde bedroht werde, könne es auf jeden Mann, jeden Dollar, jeden Blutstropfen der Stammesverwandten jenseits des Ozeans rechnen.“ Das war beim Empfang der Mannschaften des atlantischen Geschwaders der Vereinigten Staaten in der Guildhall gesagt worden.

Der italienische Minister San Giuliano sprach am 2. Dezember in der Kammer seine Meinung aus, daß der Irredentismus kaum noch bestehe und in Österreich keine Besorgnis erwecken sollte. Die Rede des Nathan. Bürgermeisters Nathan sei eine interne Sache; es sei überflüssig, immer wieder zu betonen, daß Rom unantastbar sei. Über die Türkei sagt er: „Wir wünschen, daß das Ottomanische Reich in vollem Umfang erhalten und daß Tripolis für immer türkisch bleibe. Bei dessen geographischer Lage müssen wir nur Gewicht darauf legen, daß dort kein anderer fremder Einfluß vorherrschend wird.“ Das türkische Mißtrauen gegen Italiens archäologische Forschungs Expeditionen sei unbegründet.

Das Vorgehen Rußlands und Englands in Persien gab Anlaß zum Aufflammen des Panislamismus. Eine türkisch-persische Protestversammlung in Konstantinopel (23. Oktober) beschloß ein Danktelegramm an den Deutschen Kaiser als den treuesten Beschützer des Islams; er wurde gebeten, seine Hand auch über Persien zu halten, und dankbar wurde auch seiner Handlungen in den makedonischen und marokkanischen Fragen zugunsten der islamischen Welt gedacht.

\*

\*

\*

Deutsches  
Reich.

Im Innern hatte das Deutsche Reich, insbesondere Preußen, mit dem finanziellen Defizit und mit der Reform des Wahlrechts zu schaffen, auch mit der Einführung einer zeitgemäßen Verfassung in Mecklenburg und nicht zum wenigsten mit der polnischen Frage. Reichsbeamte wurden versetzt, weil sie für polnische Kandidaten stimmten, obwohl Bismarck selbst 1882 ausdrücklich im Reichstag erklärt hatte, daß das Wahlrecht der Beamten vollständig frei sei und niemals ein Beamter wegen seiner Wahl gemäßigert werden solle. Staatssekretär Delbrück entschuldigte das mit der Gefahr der großpolnischen Bestrebungen (12. Jan.). Ein Bergarbeiterstreik im Mansfelder Revier hatte sozialdemokratische Interpellationen zur Folge. In der sächsischen Zweiten Kammer stritt man über die Leipziger „Tendenzprofessur“ antisozialistischer Färbung, im Reichstag über den Duellunfug und die Bevorzugung des Adels im Heer. Kriegsminister General v. Heeringen meinte: „Mit Strafen kommt man an das Duell nicht heran. Wenn es dem brandenburgischen Kurfürsten mit der entehrenden Strafe des Todes nicht gelang, das Duell aus der Welt zu schaffen, so werden wir noch heutzutage mit Strafen keinen Erfolg erzielen. Wir suchen den Zweikampf einzuschränken auf Grund der kaiserlichen Verordnung von 1898.“ Das war ein Umgehen des wahren Sachverhalts. Das Duell war ja im Heer bei Verlust der Stellung

Duell.

geboten; der Offizier war dazu gezwungen. Das war das himmel-schreiende Unrecht, für das es keine Entschuldigung gibt.

In Sachsen wurde zuerst das Mehrstimmenrecht erprobt mit gutem Erfolg gegen die Sozialdemokratie (1. Febr.). Offiziell wurde eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts für Preußen versprochen, aber keine Anwendung des Reichstagswahlrechts; der Entwurf wurde am 4. Februar vorgelegt, erwies sich aber nach langer Beratung als unannehmbar. In vielen Städten fanden Demonstrationen dagegen statt. Der sozialdemokratische Revisionist Leo Arons trat in den „Sozialistischen Monatsheften“ für ein Kompromiß der gesamten Linken ein zur Erreichung eines freiheitlichen Wahlrechts. Bethmann Hollweg meinte, hinter diesem ganzen Unmut stecke das unbehagliche Gefühl, daß wir nach dem Aufschwung uns nun kulturell in einer Periode der Stagnation befinden. Die Presse betrachte die Parlamente nur vom Standpunkt der Sensation; die Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern hat dazu beigetragen, die politischen Sitten zu verflachen, zu verrohen, den Fortschrittsprozeß zu hemmen. Bismarck hat wohl das preußische Dreiklassenwahlrecht kritisiert, aber auch das allgemeine Wahlrecht. Was die geheime Stimmabgabe betrifft, die man verlangt, so soll man doch den Begriff der Unabhängigkeit nicht übertreiben. Unser ganzes Leben setzt sich aus Abhängigkeit zusammen. Bismarck sprach einmal von der gottgegebenen Abhängigkeit... Die Sozialdemokratie schätzt den Suffkurs, der ihr aus den Mitläufern bei der geheimen Wahl erwächst, höher ein als die Hilfe, die sie bei öffentlicher Wahl durch den Terrorismus erzielt. — Der Konservative Freiherr v. Richthofen meinte: „Es gibt kein ideales Wahlrecht. Das preußische Wahlrecht hat sich bewährt. So ist Preußen die Vormacht Deutschlands geworden.“ Darauf erfolgte der Zwischenruf „Leider!“ — Als die Sozialdemokraten Demonstrationen ankündigten, fand sich auf den Anschlagssäulen am 13. Februar folgende lakonische Bekanntmachung: „Es wird das Recht auf die Straße verkündet. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige. Der Polizeipräsident v. Jagow.“ Dennoch veranstalteten die Sozialdemokraten an diesem Tag vierundvierzig öffentliche Versammlungen in Berlin und Vororten mit Resolutionen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Personen über zwanzig Jahren beiderlei Geschlechts. Ebenso in den Provinzen. Die Kundgebungen verliefen zumeist ohne Störung der öffentlichen Ruhe. — Im Reichstag beklagten sich die Sozialdemokraten am 19. Februar über die Äußerungen des Reichskanzlers, die das Reichswahlrecht herabsetzen, weil es „die Kultur verflache und verrohe“. Frank sagte: „Die Massen haben gezeigt, daß sie Selbstzucht besitzen. An Ausschreitungen hie und da ist nicht die Arbeiterschaft, sondern die Polizei schuld. Das war Idealismus. Es hat Opfer gegeben, es ist Blut geflossen, die Arbeiter sind das gewohnt; sie bringen jährlich Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit für kleinliche Interessen der Kapitalisten, sie werden auch Blut fließen lassen für die große Befreiung der Arbeiterschaft.“ Gröber vom Zentrum fand auch, daß der Reichskanzler über das Maß der Kritik bezüglich des Parlamentarismus hinausgegangen. Das Zentrum werde am Reichstagswahlrecht nicht rütteln lassen. Bethmann Hollweg verteidigte seine Kritik des demokratischen Parlamentarismus. — Bei einer Wahlrechtsdemonstration des freiheitlichen Bürgertums vor dem kaiserlichen Schloß 27. Februar hieß es:

Wahl-  
rechts-  
fragen.

„Hoch das allgemeine, gleiche Wahlrecht! Nieder mit Bethmann! Nieder mit dem Junkerparlament!“

Infolge der kritischen Bemerkungen im Parlament wurden am 2. März auch bürgerliche Offiziere für die Garde bezeichnet. — Ein neuer Wahlrechtsspaziergang der Berliner Sozialdemokraten wurde am 6. März durchgeführt; etwa 30.000 Personen zogen auf verschiedenen Wegen in den Tiergarten und machten so das Verbot des Polizeipräsidenten, nach dem Treptower Park zu spazieren, zu nichte. Der Sozialist Heine sagte darüber am 11. März: „Das Verbot des Herrn v. Jagow ist unhaltbar. Wenn Leute ruhig spazieren gehn, so ist das keine Versammlung. Auch moralisch steht die Sache für uns günstig, denn wir haben die Lacher für uns. Jagow begann als Napoleon mit einem Stil, als befände er sich unter den Pyramiden.“ — Bethmann schlug am 16. März ein Kompromiß vor. Dr. Liebknecht wies es ab; er sagte: „Das Abgeordnetenhaus hat sich als eine Trödler- und Schacherbude gezeigt.“ Dafür wurde er zur Ordnung gerufen. Die Wahlrechtskündigungen wiederholten sich am 10. April in Berlin und vielen andern Städten. Angesichts der Nachgiebigkeit der Polizei schrieb die „Konservative Korrespondenz“: „Soll man sich auch in Preußen wie in andern Ländern daran gewöhnen lernen, die Rechte des Volkes nicht von der geordneten parlamentarischen Vertretung, sondern von der ungeordneten Masse der Straße vertreten zu sehen, dann wird es schlimm um die Ruhe des Landes bestellt sein.“ — Oberbürgermeister Kirschner von Berlin sagte (15. April), es sei gerade keine besondere Empfehlung des bisherigen preußischen Wahlrechts, daß sich nur wenige Wähler an der Wahl beteiligen.

Am 15. April wurde die Reichswertzuwachsststeuer im Reichstag verhandelt. Über die Kolonien dauerte der Streit Erzbergers mit Dernburg an. Das Reichskolonialamt schloß mit der deutschen Kolonialgesellschaft am 10. Mai einen Vertrag, der dem Fiskus eine starke Beteiligung am Gewinn der Diamantengesellschaft sicherte, ebenso fast den gesamten Landbesitz der Kolonialgesellschaft.

Die Wahlrechtsvorlage wurde am 27. Mai zurückgezogen, da sie im Herrenhaus scheiterte.

über die Beziehungen von Süddeutschland zu Norddeutschland sagte Bayern. Prinz Ludwig von Bayern am 27. Mai in einer Münchener Versammlung: „Alle Bestrebungen, die das Deutsche Reich angehen, werden auch von Bayern gefördert. Wir dürfen erwarten, daß auch unsere Bestrebungen vom Norden des Reiches ebenso gefördert werden. Ich wünsche, daß auch wir im Süden an die See angeschlossen werden, und glaube, wir sind auf dem Wege dazu.“

Über die preußischen Finanzen äußerte sich am 30. Mai im Herrenhaus der Direktor der Deutschen Bank, v. Gwinner: „Die Privatgesellschaften haben sich im Laufe von hundert Jahren entwickelt, während der Staat ein so großes Unternehmen (Eisenbahnen) erst seit kurzer Zeit übernommen hat. Der Staat muß deshalb von den Gesellschaften lernen. Er weiß es nicht, er versteht die Sache nicht. Sie ist ihm über den Kopf gewachsen. Wir sehen ja, wohin wir kommen. Die Einnahmen gehen herunter. Wir pumpen nicht zu viel, wir pumpen zu wenig. Wir müssen nur richtig pumpen. Im Reich



sind ja jetzt die Verhältnisse besser geworden. Hoffentlich kommen wir unter diesem Eindruck in Preußen zu einer guten Finanz.“

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde über die Frage der Koedukation beider Geschlechter verhandelt und negativ entschieden (31. Mai). Gegen die Erhöhung der Zivilliste und der Subventionen für die königlichen Theater sprach sich am 7. Juni der Sozialdemokrat Hoffmann aus: „Die Hälfte wäre reichlich genug. Herr v. Bethmann hat auf dem nationalen Arbeiterkongreß den deutschen Arbeitern Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit empfohlen: das sollte er auch nach obenhin stärker empfehlen... Wir verlangen grundsätzlich Wahl aller Staatsdiener durch das Volk, auch des ersten Dieners des Staates.“ Diese Bemerkung nannte der Präsident Hochverrat und rief den Redner zur Ordnung. Dieser fuhr fort: „Das sind doch Grundsätze, die in unserm Programm zu finden sind... Das Volk nennt die Zivilliste schon jetzt ‚Zuvioliste‘. Ein Arbeiter verdient in zwei- und vierzig Jahren nicht soviel, wie die Krone an einem Tage bekommt. Was haben die königlichen Theater für das Volk getan? Das Schillertheater tut mehr, und ohne Staatszuschüsse. Gehören gewisse Hohenzollernausstattungsstücke oder Indianeropern zur Förderung der Kunst? Aus den Schlössern sollte man Museen oder Wohnungsstätten machen. Die Erhöhung wird damit begründet, daß sich seit 1889 die Zahl der Prinzen mehr als verdoppelt habe. In Sulzbach antwortete man auf eine solche Forderung einer Arbeiterfrau mit vierzehn Kindern, die Arbeiter müssen sich hüten, so viel Kinder in die Welt zu setzen. Das Volk ist doch mindestens ebenso unschuldig an den vielen Kindern der Krone...“ — Am 8. Juni erfolgte zu Potsdam die Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit Prinzessin Margarete von Ratibor und Corvey, aus katholischem Haus. — Der Finanzminister bestritt den Sozialdemokraten, im Namen des Volkes und der Arbeiter zu sprechen und stellte ihren 1·8 Millionen gewerkschaftlichen Organisierten 19 Millionen Arbeiter gegenüber. Hoffmann erwiderte, es seien nur 6 bis 7 Millionen. — Der viel angegriffene Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dernburg trat am 9. Juni zurück; an seine Stelle kam Lindequist. In der Behandlung der Kolonialfragen zeigte sich das Zentrum nicht ganz einig; so schrieb die Kölnische Volkszeitung am 13. Juni: „Entschieden lehnen wir jede Zensur für uns ab vom Abgeordneten Erzberger, der sich in wenigen Jahren so oft und so schwer bloßgestellt und der Partei durch sein Vorgehen und Verhalten soviel Angelegenheiten bereitet hat, allerdings, ohne es einzusehen. Und das ist eben das Schlimmste.“

Professor Schmoller schrieb im August über die Notwendigkeit einer Wahlreform in Preußen: „Das preussische Klassenwahlrecht steht nicht weit vom französischen Wahlrecht ab, das 1830 und 1848 zu Revolutionen führte, und ebensowenig vom englischen, das 1832, 1867 erst zu den großen Wahlreformen führte. Wer verkündet, das heutige Wahlrecht sei gut, macht sich mitverantwortlich für künftige große Katastrophen.“

Auffehen erregte die Rede des Kronprinzen in Königsberg 23. August bei seiner Investitur zum Rektor Magnificientissimus; er machte sich zum Dolmetsch der Gedanken, die mit ihm die deutsche Jugend aus gelehrtem Munde vor allem hören möchte. „Weisen Sie uns Wege, auf

Zivil-  
liste.

Kron-  
prinz.

denen unser deutsches Volk wandeln soll, um eine Stellung unter den Völkern einnehmen zu können, die ihm, seinen geistigen und physischen Kräften entsprechend, zu Recht zukommt! Dabei ist uns nicht damit allein gedient, die Schwächen und Mängel unseres Landes zu kennen, denn diese Erkenntnis führt leicht zu Verdrossenheit und unfruchtbarer Kritik, vielmehr sehnen wir uns nach der Betonung unseres deutsch nationalen Volkstums im Gegensatz zu internationalisierenden Bestrebungen, welche unsere gesunde völkische Eigenart zu verwischen drohen." Das gefiel den Alldeutschen im Reich und auch in Österreich, wie eine Depesche Wiener alldeutscher Hochschüler vom 11. September befundete.

Kaiser  
Wilhelm.

Kaiser Wilhelm hielt auch in Königsberg am 25. August eine Rede, in der er der Königin Luise gedachte, die als Märtyrin vor hundert Jahren gestorben war. „Sie lehrt uns, daß wir alle kriegerischen Tugenden pflegen sollen; denn nur auf unserer Rüstung beruht unser Friede... Als Instrument des Herrn mich betrachtend, ohne Rücksicht auf Tagesansichten und Meinungen gehe ich meinen Weg, der einzig und allein der Wohlfahrt und friedlichen Entwicklung unseres Vaterlandes gewidmet ist.“ Gegen diese Rede wurden manche kritische Stimmen laut, besonders in Volksversammlungen. Deshalb sagte Oberpräsident v. Maltzahn-Gülz bei der Enthüllung eines Denkmals Wilhelms I. zu Stolp in Pommern 5. September: „Wenn in den letzten Tagen das Gros unserer deutschen Zeitungen, die gerade jetzt während der Ferien in der Mehrzahl von jungen Leuten redigiert werden, die nicht einmal hinter den Ohren trocken sind, sich herausnimmt, unserem Herrn den Mund zu verbieten, so weiß ich, daß in diesem Kreise derartige Worte keinen Widerhall finden.“ Darüber erhob der Bund deutscher Redakteure Beschwerde beim Minister des Innern.

Die Angelegenheit kam am 26. November auch im Reichstag zur Besprechung; der Sozialdemokrat Ledebour sagte: „Der Kaiser hat es für geraten gehalten, sich wieder zum persönlichen Regiment zu bekennen und sich danach zu betätigen. Er hat auch gesagt, wir müßten unsere Rüstung lückenlos erhalten, denn nur darauf beruhe der Friede. Das ist falsch, der Friede der Welt beruht darauf, daß alle Kulturvölker sich immer mehr dem Gedanken des Friedens zuwenden und die Möglichkeit des Krieges verabscheuen. Besonders die sozialdemokratische Bewegung tut das. Auch den Dichter Tolstoi will ich nennen. Auch die Vertreter des Deutschen Reiches wollen den Frieden. Diese Bestrebungen durchkreuzt der Kaiser... Wir sind eine republikanische Partei... Und wenn die Welt voll Teufel wär', es wird uns doch gelingen.“ — Bethmann Hollweg antwortete: „Die Interpellation geht von der Annahme aus, der Kaiser habe im November 1908 dem Reichstag durch den Reichskanzler Fürsten Bülow Erklärungen gegeben, mit denen er sich durch die jetzige Rede in Widerspruch gesetzt habe. Die Annahme ist falsch... Die Könige von Preußen sind mit ihrem Volke verwachsen. In einer fast beispiellosen Arbeit großer Herrscher ist das preussische

Staatswesen zusammengeschmiedet worden und auf der Grundlage dieser Entwicklung sind die Preußenkönige ihrem Volke gegenüber Könige aus eigenem Rechte . . ." Auch Freiherr v. Hertling polemisierte unter starker Betonung monarchistisch-christlicher Anschauungen gegen Ledebour. Lieberman u. v. Sonnenberg las im Namen seiner Partei (Wirtschaftliche Vereinigung) folgende Erklärung ab: „Wir wünschen weder für Preußen noch für das Reich ein parlamentarisches System, sondern ein freies und starkes Königtum . . . Die Mehrheit des Volkes hat ihren Kaiser gut verstanden . . .“

In derselben Reichstagsitzung wurden noch einige andere Reden des Kaisers erörtert, so eine, die er am 13. November beim Besuch der Benediktinerabtei Beuron hielt, worin er sagte, daß Thron und Altar Beuron. zusammengehören und daß die Bekämpfung gewisser gefährlicher Bestrebungen des 20. Jahrhunderts nur mit Hilfe der Religion und mit Unterstützung des Himmels siegreich durchgeführt werden könne. Diese Rede war offenbar auch gegen die Heze aus Anlaß der Borromäus-Enzyklika gerichtet, weshalb sie bei den protestantischen Konservativen respektlos angegriffen wurde. So schrieb der „Reichsbote“ am 17. November, „es wäre doch ratsam, wenn der Kaiser der Staatsstreue der Benediktiner wie überhaupt der römischen Hierarchie gegenüber etwas mehr Zurückhaltung übte, da dieselbe stets ihre eigenen Herrschaftsinteressen im Auge hat und den Staat, dessen Souveränität sie bekanntlich nur mit Vorbehalt anerkennt, nur so weit unterstützt, als er sich ihr dienstbar erweist. Das lehrt die Geschichte, . . . wo wir die römische Hierarchie auf der Seite aller deutschfeindlichen Bestrebungen finden. Auch die Verfluchung der Reformation und der Fürsten der Reformation durch die neuliche Borromäus-Enzyklika des Papstes beweist die Notwendigkeit der Zurückhaltung gegenüber der Staatsstreue der römischen Hierarchie . . . Christentum und römische Hierarchie sind nicht identisch. Der römische Klerikalismus hat den Fürsten und Völkern, um sie willig zu erhalten, geschmeichelt, vor den dunklen Schatten des Hoflebens die Augen zugeedrückt, und so hat er teil am Untergang des Königtums in Frankreich, in den italienischen Staaten, in Portugal; und auch Spanien und Österreich wissen zu erzählen vom schlimmen Einfluß der römischen Hierarchie.“ (Die Geschichte lehrt das gerade Gegenteil: in diesen Ländern hat sich Freimaurerei, Aufklärung, Revolution gegen Kirche und Königtum verbündet und durch den Sturz der Kirche auch die Monarchie stürzen wollen.) Die „Germania“ schrieb denn auch völlig zuversichtlich: „Wir haben das Vertrauen zu den leitenden Männern, daß sie sich durch Hezer nicht beirren lassen und der katholischen Kirche ihre Eigenart nicht zu verkürzen suchen werden, zumal diese dem Staat zum Vorteil gereicht.“

Ebenso bedeutsam war die Rede des Kaisers zu Marienburg Marienburg. 27. August, in der er für den Deutschen Orden schwärmte, „die große



Quelle, von der aus die deutsche Kultur über die Ostlande sich ergoß. Durch feierliches Gelöbniß waren sich die Ordensbrüder zugetan und stellten ihr Werk unter die Obmacht eines Höheren. Durch diese einheitliche Geschlossenheit hat der Orden diese unerhörte Leistung zuwege gebracht. Das soll uns ein Vorbild sein. Das Kreuz auf seinem Gewande bedeutet die Unterordnung unter des Himmels Willen. Es bedeutet, daß Deutschum und Christentum untrennbar sind . . . So wie Mein Großvater und wie Ich Uns unter der höchsten Obhut und dem höchsten Auftrag unseres Herrn und Gottes arbeitend dargestellt haben, so nehm' Ich das von einem jeden ehrlichen Christen an, wer es auch sei. Wir sollen in brüderlicher Liebe zusammenhalten, die Konfessionen und die Stämme . . . Eine Konfession trage die andere mit Liebe, dann werden wir dem Vorbild der großen deutschen Männer, die hier einst gearbeitet haben, nachkommen. Leben heißt arbeiten, arbeiten heißt kämpfen, kämpfen heißt Schwierigkeiten überwinden, und die werden mit gegenseitiger Achtung und Hilfe überwunden, wenn man sie als von oben uns in den Weg gelegte Prüfsteine ansieht . . . Das soll ein Wort sein!" — Beim Besuch des Kaisers in Marienburg waren Soldaten als Ordensritter verkleidet (Öst. Ill. Ztg., 6. Nov.).

Alt-  
ötting.  
Diesem religiösen Bekenntnis entsprach eine Rede des Prinzen Ludwig von Bayern in Altötting bei der Grundsteinlegung der St.-Anna-Kirche am 28. August. Darin sagte er: „Ich danke dem lieben Gott, daß ich von katholischen Eltern abstamme und in der katholischen Religion erzogen bin. Ich bin stets für unsere katholische Religion eingetreten, weil ich überzeugt bin, daß sie die einzig wahre und echte Religion ist. Diese meine Überzeugung habe ich jederzeit kundgetan, nicht um Anerkennung zu finden, sondern weil es meine tiefste religiöse Überzeugung ist . . . Die katholische Religion gestattet jedem Katholiken, Toleranz gegen Andersgläubige zu üben. Deshalb verlangen aber auch wir, daß gegen unsere Überzeugung Toleranz geübt werde. Wir wissen wohl, daß Gott im Himmel allein unsere Bitten erfüllt oder abschlägt, weil er weiß, ob es uns von Vorteil ist oder nicht. Trotzdem eilen wir zur seligen Jungfrau Maria hin und wenden uns an sie im Vertrauen auf ihre Macht bei Gott. Wir alle sind ja Zeugen, was hier im Laufe der Jahrhunderte durch ihre Fürbitte erreicht worden ist.“ Die „Germania“ schrieb dazu: „Dieses Bekenntnis möge überall in katholischen Herzen Widerhall finden und zur Nachahmung aneifern. Wie das Bekenntnis des Kaisers Wilhelm zur christlichen Weltanschauung, so wird auch das katholische Glaubensbekenntnis des Prinzen Ludwig die freudige Zustimmung aller treuen Katholiken finden.“

Um so geärgelter sprach sich die Versammlung des Monistenbundes (Dresden, 12. Sept.) über die Bekenntnisse des Kaisers und des Prinzen aus. Eine Resolution beklagte es, daß derartige überlebte, der religiösen und sittlichen Kultur unserer Zeit nicht mehr entsprechende Anschauungen an so einflußreichen Stellen noch immer herrschen.

Am Sozialdemokratischen Parteitag zu Magdeburg 18. bis 24. September nahmen auch Österreicher, Holländer, Engländer, Amerikaner und Dänen teil. Bebel eiferte gegen Disziplinbruch und Bruch grundsätzlicher Festlegungen durch die Beschlüsse der Parteitage in Nürnberg, Lübeck und Dresden. „Wer in der Minorität ist, muß sich fügen, sonst ist ein Parteileben unmöglich. In Baden hat man sich mit den National-liberalen, unsern Todfeinden, verbündet. Wenn die bürgerlichen Parteien mit uns zusammengehen, dann ist tausend gegen eins zu wetten, daß wir verlieren. Es ist ein altes Gesetz: Wenn Rechts und Links zusammen marschiert, gewinnt Rechts und Links verliert. Das Beispiel war der Bülow-Block . . . Wenn so etwas noch einmal passiert, dann hinaus, dann mag passieren, was will!“ Es entstand darüber und über anderes eine große Erregung zwischen Süddeutschen und Norddeutschen. Es schien ganz zum Bruch kommen zu wollen, aber am letzten Tag erschienen wieder die sezeßionierenden süddeutschen Genossen und der Vorsitzende konnte seine Freude über die wieder vollzogene Einigung des Vaterlandes konstatieren.

Eine bedeutende Aufregung verursachten die Krawalle in Moabit (Berlin), hervorgerufen durch Ausschreitungen der streikenden Kohlenarbeiter gegen die Arbeitswilligen. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit Schutzleuten; dabei gerieten auch einige eifrige auswärtige Journalisten ins Gestrümmel (24. bis 28. Sept.). Darüber beschwerten sich die englische und amerikanische Botschaft. Der Polizeipräsident aber erklärte den Journalisten: „Sie begaben sich mutig, aber ordnungswidrig in eine zusammengewürfelte Menschenmenge. Die Polizeimannschaft hat ihre Pflicht getan.“ Dagegen protestierte wieder der „Berein der ausländischen Presse in Berlin“, weil man den Journalisten damit Landfriedensbruch vorwarf. Aber auch die Regierung beantwortete das Gesuch der englischen und amerikanischen Botschafter abschlägig. Denn nach den Untersuchungen hätten sich die Journalisten so benommen, daß die Schutzleute der Überzeugung waren, es mit Führern des Janhagels zu tun zu haben. Neue Straßentumulte brachen am 29. Oktober bei einem Streik der Fleischergefelln in Berlin aus.

Beim siebenten Kongreß der welfischen deutschen Rechtspartei <sup>Welfen.</sup> hielt v. Schimmelpfeng einen Vortrag über die Verwirklichung des deutschen Reichsgedankens. Er warf den Konservativen vor, daß sie an der Entthronung deutscher Fürsten teilgenommen, daß sie nicht das Ansehen der Krone in den Novembertagen gegen Bülow gewahrt; er beklagte die Abhängigkeit des Reiches von Preußen. Der Kaiser habe als solcher zu wenig Macht. Preußen müsse in Deutschland aufgehen, nicht umgekehrt. Das Heil liege beim Zentrum. Freiherr v. Hohenberg warnte dagegen

Sozial-  
demo-  
kraten.

vor allzu großer Begeisterung für das Zentrum, das immer mehr eine rein konfessionelle Partei werde. Eine Resolution besagte, daß das Übergewicht Preußens das Gesamtleben des deutschen Volkes trübe und belaste. Die deutsche Rechtspartei erstrebt eine das gesamte Volksleben umfassende Einkehr und Umkehr, Wiederherstellung jeglicher Autorität, Sühne des großen Unrechts von 1866, sie fordert Wiederherstellung der für alles Völkerleben unentbehrlichen Rechtsgrundlage, freiere Entwicklung aller deutschen Stämme und Staaten, eine Wiedervereinigung mit Österreich, die zu einem europäischen Bund auszubauen sei, berufsständische Ordnungen usw.

Die Urheberschaft an den Moabiter Krawallen wurde gegenseitig den Polizeispitzeln und den Sozialistenführern vorgeworfen. Professor Schmoller, der Kathedersozialist, meinte in einem Aufsatz in der Wiener „Neuen Freien Presse“, es sei unrecht, wenn Angstmeier diese Straßenunruhen als Vorboten der Revolution ansehen; dergleichen Pöbelaufläufe kommen überall vor.

Konfessionelles.

Was im übrigen die konfessionellen Angelegenheiten betrifft, so entstand eine Meinungsverschiedenheit zwischen Bischof Fritzen von Straßburg und dem Statthalter; der Bischof wahrte sich das Recht, katholische Lehrer zu warnen, dem antireligiösen „Allgemeinen deutschen Lehrerverein“ beizutreten, Gröber verteidigte ihn am 19. Januar im Reichstag. — Der Zentrumsabgeordnete Kooren forderte die Regierung auf, Maßnahmen zu treffen gegen die schweren Schädigungen, die dem Volksleben durch die zunehmende Verbreitung der öffentlichen Unsitlichkeit, insbesondere durch die Pornographie und Schundliteratur zugefügt werden (Jan.). — Abgeordneter Herold vom Zentrum sagte am 18. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus: „Um den Bestand unserer Partei braucht man nicht besorgt zu sein. In der Polenfrage verteidigen wir nur das Recht der Muttersprache, aber das Großpolentum unterstützen wir nicht. Wir wollen die Gleichheit aller Staatsbürger. Wenn wir Katholiken in Preußen nur dieselbe Freiheit hätten wie die Evangelischen in Spanien! Ist es etwa Freiheit, wenn katholische Ordensschwestern in ihrer Arbeit gehindert werden? Ist es Herrschaft, wenn wir katholische Schulen fordern, wenn wir Freiheit für Ordensniederlassungen wünschen, die staatsstreu und königstreu sind? Kirche und Staat sollen in der Schule zusammenarbeiten, das ist christlicher Grundsatz. Ein Kulturkampf steht nicht bloß bevor, wir befinden uns mitten im Kulturkampf.“ — Porsch klagte am 19. Januar: „In Rattowik, das 70 bis 75 Prozent Katholiken hat, waren von den 42 Stadtverordneten 19 evangelisch, 15 Juden und nur 8 Katholiken.“ Der Gymnasiallehrer Hoffmann, der in Rattowik polnisch wählte, wurde dienstlich versetzt. Das verteidigte Bethmann, gab aber zu, daß ein anderer Oberlehrer, der in einer Ferrerversammlung beschimpfende Angriffe auf die katholische Kirche geduldet hatte, ungeeignet sei, katholische Kinder zu unterrichten.

Kardinal Fischer.

Der Erzbischof von Köln Kardinal Fischer trat in einem Fastenhirtenbrief vom 22. Januar für die Konfessionalität des politischen Lebens der Katholiken ein. Er erklärte: „Eine in gewissen Kreisen der Gegenwart beliebte Forderung ist die sogenannte Interkonfessionalität. Man verlangt, daß die Konfessionen sich nicht voneinander



abschließen sollen. Man rügt es insbesondere, wenn die Katholiken sich in katholischen Vereinigungen zusammentun, und spricht von Sonderbestrebungen, vom Sichabschließen gegen das nationale Leben und die nationale Kultur, von einem Fremdkörper im eigenen Fleisch, und wie all die schalen Redensarten lauten. Die Forderung hängt zusammen mit dem leider immer mehr in unserem Vaterlande sich einbürgernden Unglauben, mit der Abneigung gegen Christentum und Kirche. Darum geht sie von solchen aus, die selber keine Religion mehr haben, geschweige eine Ahnung von der Bedeutung des katholischen Glaubens. Tritt die Konfession überall im öffentlichen Leben zurück, so ist dem Indifferentismus Tür und Tor geöffnet. Leider scheinen auch einzelne der Unsrigen sich darüber nicht so ganz klar zu sein und erstreben, unter dem Einfluß des Zeitgeistes, eine Interkonfessionalisierung oder vielmehr Konfessionslosigkeit auch dort, wo sie bisher aus guten Gründen als ausgeschlossen galt. Geht man doch hier und da so weit, daß man möglichst schon den Namen Katholisch vermieden wissen möchte und statt des mann- und herzhaften Bekenntnisses zu unserm heiligen katholischen Glauben lieber von der sogenannten christlichen Weltanschauung spricht, als hätten wir uns unseres Glaubens zu schämen."

Andererseits veranstaltete der Monistenbund in Berlin 31. Januar eine Diskussion über das Thema: „Hat Jesus gelebt?“ Professor Artur Drews wollte Jesus als einen vermenschlichten Gott, nicht aber als einen vergöttlichten Menschen gelten lassen, als den mystisch verkörperten Messias der jüdischen Mythe. — Unwillen erregte beim bayerischen Zentrum die duellfreundliche Rede des Prinzen Georg in der Kammer der Reichsräte; man schrieb: „Das tiefe Bedauern, daß ein Mitglied des Königshauses sich so verirren konnte, muß ausgesprochen werden. Prinz Georg verstößt nicht nur gegen die religiösen, ethischen und kulturellen Grundsätze, er kämpft auch gegen die Ehrengerichtsordnung des Prinzregenten an und befindet sich in Widerspruch zur Rechtsordnung. Er leistet der Monarchie einen sehr schlechten Dienst. Denn wenn sich ein Mitglied des Königshauses über die Rechtsordnung hinwegsetzt, wie kann man vom Volke die Respektierung der Rechtsordnung verlangen, auf welcher die Monarchie ruht?“ (15. Febr.).

Mo-  
nisten.

Das Zentrum erneuerte am 17. Februar folgenden Toleranzantrag: „Den Reichskanzler zu ersuchen, durch Verhandlungen mit den Bundesstaaten dahinzuwirken, daß Beschränkungen der religiösen Freiheit, soweit solche bestehen, auf dem Wege der Gesetzgebung beseitigt werden.“ Der Antrag wurde Tags darauf vom Reichstag mit 160 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Noch weiter gehende Anträge der Sozialisten wurden mit 233 gegen 89 Stimmen abgelehnt.

Tole-  
ranz.

Eine merkwürdige Erscheinung war es, daß bei den katholischen Kirchenwahlen zu Holsterhausen in Westfalen die Polen über die Zentrumskandidaten siegten. Es war dort eine große polnische Zuwanderung.

Katho-  
lisches.

Über katholische Sachen wurde im preußischen Abgeordnetenhaus debattiert. Dittrich vom Zentrum sagte: „Die jetzige Schule hat nicht das geleistet, was sie hätte leisten sollen . . . Unsere Grundsätze sind staats-erhaltend; es gibt kein festeres Fundament für den Staat. Was soll man da sagen zu den Äußerungen im Herrenhaus, im Zentrum saßen neben Aristokraten und dem Mittelstand auch Sozialisten! Ich protestiere dagegen.“ — Freiherr v. Zedlitz, freikonservativ, meinte, die Katholiken brauchten sich nicht zu beklagen. Dittrich habe selbst anerkannt, daß sich das Ordenswesen in ganz ungewöhnlicher Weise entwickle. In der evangelischen Bevölkerung obwaltet der Eindruck, als ob die vielen Ordensniederlassungen nur scheinbar den Ordenszwecken, in Wirklichkeit aber der katholischen Propaganda dienen sollen. Auch über den Religionsunterricht in den Schulen brauchen die Katholiken nicht zu klagen. Der Staat hat aber ein Recht, die Schulaufsicht auch durch Nichtgeistliche auszuüben. — Kaufmann vom Zentrum sagte, nach der Meinung seiner Partei soll die Religion den gesamten Unterricht durchdringen, alle andern Unterrichtsstunden, nicht nur die Religionsstunden; das ist aber in der Simultanschule unmöglich. — Oberlandesgerichtspräsident a. D. Hamm schalt im Herrenhaus (28. April): „Das Zentrum ist in der Lage, heute nach links und morgen nach rechts zu marschieren. Es hat die Massen so in der Hand, daß es einfach kommandieren kann und daß sie folgen. Auf Traditionen nimmt das Zentrum gar keine Rücksicht.“

Bei der Beratung einer Kirchengemeindeordnung für Bayern pries am 31. Mai Frank (Zentrum) das Christentum als Fundament des Staatswesens. „Das katholische Kirchenvermögen in Bayern beläuft sich auf 316 Millionen Mark, das protestantische auf 67 Millionen. Die christlichen Konfessionen bilden in Bayern also nach dem Staate die größte Organisation, und daher ist es nur recht und billig, daß die Verfassung ihnen eine gesonderte Stellung einräumt und besonderen Schutz verspricht . . .“

Infolge der Entwicklung der Dinge seit vorigem Jahr reassumierte die „Kölnische Volkszeitung“ am 18. August noch einmal die Frage „Gibt es konfessionelle Parteien?“ und kam nunmehr zu folgendem Ergebnis: „Entweder sind alle Parteien konfessionell, oder es gibt überhaupt keine konfessionellen Parteien; das Zentrum aber ist jedenfalls am wenigsten konfessionell voreingenommen von allen.“ Diese Formel dürfte wohl der Wirklichkeit am nächsten kommen.

Ein Vorkämpfer des Reformkatholizismus, Dr. Otto Sickenberger (zu unterscheiden von Josef S.), wurde am 19. August exkommuniziert, weil er nach seinem Austritt aus dem Priesterstande vor neun Jahren jetzt eine Ehe einging.

Katho-  
likentag.

Der Katholikentag zu Augsburg, die siebente Generalversammlung dieser Art (21. bis 26. Aug.) sandte an den Kaiser folgendes wohlberechtigte Huldigungstelegramm: „Mit ganz besonderem Danke sind wir eingedenk der von Eurer kaiserlich und königlichen Majestät hervor-gehobenen Bedeutung und Wertschätzung des christlichen Glaubens und kirchlicher Gesinnung sowie des gleichmäßigen Wohlwollens gegenüber

allen Angehörigen des Deutschen Reiches." Der Präsident Dr. Marr verlangte in den Fortbildungsschulen obligatorischen Religionsunterricht. „Wenn die Liberalen den Konfessionalismus bekämpfen, so beweisen sie damit, daß sie von den Bedürfnissen der modernen Zeit keinen Begriff haben. Die Wirkung der liberalen Presse auf die religiös-sittliche Hebung des Volkes ist gegenteiliger Natur. Sie hat daher in dieser Sache den Mund zu halten. Der Staat aber muß unsere Bestrebungen unterstützen." Professor Mausbach hielt einen Vortrag über Frauenbildung: „Eine Fülle geistiger Schönheit und belebender Kraft liegt im Gemüte der deutschen Frauenwelt, zumal da, wo es durch den Glauben dem Himmel nahegerückt ist . . . Sorgen wir aber, daß das alte Ideal der deutschen Frau mit seiner Glaubenstiefe und friedlichen Anmut nicht Schaden leide!" Beim Umzug der katholischen Arbeitervereine beteiligten sich etwa 480 Vereine mit 30.000 Personen. Es bestanden im ganzen 2900 Vereine mit 390.000 Mitgliedern, wenig, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Lohnarbeiter in Industrie und Landwirtschaft auf 40 Millionen geschätzt wurde. Von Rom aus traf das Antwortstelegramm auf die Ergebenheitsdepeche ein: „Der Heilige Vater hofft, daß Eure Zusammenkunft in allen Stücken den päpstlichen Weisungen entsprechend verlaufe."

Der Betrieb des von den städtischen Behörden Nürnbergs beschlossenen Krematoriums wurde von der Regierung verweigert (26. Aug.). — Gegen den Weltkongreß für freies Christentum und religiösen Fortschritt erhob die evangelisch-lutherische Konferenz zu Berlin 1. September entschiedenen Einspruch und kennzeichnete dies als den Versuch, im religiösen Leben den Rückschritt zu einem unchristlichen Gottesglauben, in der Theologie den Rückschritt zum Rationalismus zu vollziehen . . ."

Eine gewisse Aufregung entstand in katholischen Kreisen, als der Straßburger Geschichtsprofessor Martin Spahn bei einer Reichstags-<sup>Spahn.</sup> ersatzwahl für Warburg-Hörter am 31. August gewählt wurde. Die „Augsburger Abendzeitung" veröffentlichte einen Brief von vierzehn Mitgliedern der Zentrumsparlei, die den Professor Spahn am 22. August um Zurückziehung seiner Kandidatur gebeten hatten. Martin Spahn war der Sohn des verdienten Zentrumsführers Peter Spahn, aber von wesentlich fortschrittlicherer und interkonfessionellerer Richtung. Gegen seine Aufnahme in die Zentrumsfraktion des Reichstages richtete das Herrenhausmitglied Graf Oppersdorff die Broschüre: „Eine Gewissensfrage: Ist Martin Spahn Zentrumsmann?" und kennzeichnete dessen Streben als einen Versuch, die Katholiken zu entklerikalisieren. Trotzdem wurde Martin Spahn am Schluß einer vierstündigen Sitzung in die Zentrumsfraktion aufgenommen (9. Dez.).

Auf dem zwölften Delegiertentag der deutschen Zionisten (11. Sept.)<sup>Zio- nisten.</sup> in Frankfurt a. M. sprach Professor Warburg über „Palästina als jüdisches



Arbeitsgebiet". „Es gibt dort 36 jüdische Siedlungsdörfer. In Jerusalem sind von 80.000 Einwohnern 56.000 Juden, in Liberias von 8600 Einwohnern 7000. In Haifa, wo es früher gar keine Juden gab, wohnen jetzt 2000. Die zionistischen Bestrebungen werden von den Konservativen und vom Zentrum besser gewürdigt als von den Liberalen. Dr. Franz Oppenheimer verlangte 100.000 Mark für eine zionistische Siedlungsgenossenschaft. Dr. H. Löwe teilte mit, daß in Rußland das Hebräische neu auflebe und daß viele Kinder von jüdisch-deutschen Eltern nicht mehr jüdisch-deutsch, sondern nur noch hebräisch sprächen. (Das erscheint sehr zweifelhaft.) — Die Konservative Partei sagte sich nach einem Artikel der „Kreuzzeitung“ (25. Sept.) vom antisemitischen Passus ihres Programms los. „Sind doch auch im Judentum konservative Kräfte lebendig und wirksam, während destruktive Kräfte sich leider auch bei rassereinen Deutschen entwickelt haben. So soll uns vollends der Katholik als Staatsbürger, als Mensch und Christ nicht von vornherein Gegenstand des Mißtrauens sein, sondern wir wollen seine Mitarbeit in echt nationalem Geiste zum Segen des Vaterlandes willkommen heißen, wo wir sie finden.“ (Der antisemitische Passus findet sich im Tivoliprogramm vom Dezember 1892.)

Der Streit um die „Osterdienstagskonferenz“ wurde förmlich beigelegt durch ein von der „Kölnischen Volkszeitung“ am 25. Oktober veröffentlichtes Protokoll. Danach gab der Abgeordnete Roeren nach eingehender Beratung am 24. Oktober die Erklärung ab: 1. Ich trete nunmehr unzweideutig und vorbehaltlos auf den Boden des Beschlusses vom 28. November 1909. 2. Nachdem sich gezeigt hat, daß die Schopenische Broschüre „Köln eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus“ die Einigkeit in der Zentrumspartei gefährden kann, will ich die frühere Empfehlung derselben nicht mehr aufrechterhalten. 3. Ich hoffe und wünsche, daß der ganze Streit, der sich an die sogenannte Osterdienstagskonferenz geknüpft hat, sowohl auf seiten der Teilnehmer der Konferenz wie ihrer Gegner weder in der Presse noch in Versammlungen fortgesetzt wird.“ Das geschah auch nicht mehr direkt, aber wohl indirekt. Fürstbischof Kopp von Breslau spielte in einem Brief an Fräulein v. Salscha über die Arbeiterfürsorge auf die Verseuchung des Westens an, womit er die sogenannte Kölner Richtung auf dem Gebiete der Sozialpolitik meinte, im Gegensatz zur konfessionelleren Berliner Richtung. Der Papst wollte ihn deshalb nach Köln schicken, um über die dortigen sozialpolitischen Verhältnisse Erhebungen anzustellen und genauer zu berichten. Fürstbischof Kopp lehnte diesen Auftrag mit guten Gründen ab; an seiner Stelle erschien Msgr. Pardini in Köln und bald darauf (6. Nov.) trat Kardinal Erzbischof Fischer von Köln eine Reise nach Rom an, um sich mit dem Papst zu besprechen. Die Folge davon war, daß der Kardinal nach seiner Zurückkunft einen Hirtenbrief erließ (3. Dez.) über die Frage des konfessionellen Charakters der christlichen Gewerkschaften. Er sagte, der Papst stehe beiden Richtungen gleichmäßig gegenüber; für

die Zukunft sollen aber doch die spezifisch katholischen Arbeiterorganisationen weiter ausgebaut werden. Das wurde ziemlich allgemein als ein Sieg der „Berliner Richtung“ aufgefaßt. Davon noch später.

Die Antimodernisteneide wurden im Laufe des Jahres abgelegt. Es verlautete, daß man den Eid nicht von den theologischen Professoren an den deutschen Staatsuniversitäten verlangen werde. Das stimmte freilich nicht ganz. Vier Professoren der Theologie in München legten dementsprechend ihre seelsorgerlichen Funktionen nieder, weil sie den Modernisteneid nicht leisten wollten. Die übrigen leisteten den Eid freiwillig und gerne, wie es sich für Katholiken von selbst verstand.

In die religiösen Diskussionen griff auch der Pädagoge Fr. W. Foerster ein durch sein Buch „Autorität und Freiheit“. Als Mitarbeiter „Hochlands“ katholierte er, ohne sich als Protestant zum Katholizismus wirklich bekennen zu wollen; er kam aber so dem fortschrittlichen Katholizismus sehr zu Hilfe.

Artur Drews hielt in Berlin einen Vortrag mit darangeknüpftem Religionsgespräch in der Tendenz auf Vorarbeit für eine neue Religion; kein persönlicher Gott mehr, sondern die unpersönliche absolute, substantielle, der Welt immanente Gewißheit (Allg. Ztg., 19. Febr.).

Achtzigjährig starb Pastor Friedrich v. Bodelschwingh, der verdienstvolle Praktiker auf dem Gebiet der Sozialpolitik, Gründer der Anstalt Bethel, des Diakonissenhauses Sarepta, des Hauses Nazareth für Krankenpfleger, der Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf; er beschäftigte 120.000 Kolonisten. Weitere Gründungen waren ein Missionsseminar, eine Schriftenniederlage, die dreifache Arbeiterkolonie in Bernau: Hoffnungstal für Männer, Lobetal für die Jugend, die das Fluchen lassen soll, Gnadental für die alten Leute (All. Ztg., 7. April). „Die Erneuerung des Judentums; ein Aufruf von M. Lazarus“ wurde aus dessen Nachlaß als sein Testament von der Witwe herausgegeben.

Bodelschwingh.

Die „Germania“ nahm am 22. November die konservative Partei beim Wort und fragte, warum sie gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes sei: „Will man etwa abwarten, bis wir diese Güter der Autorität, wie die Jesuiten von Friedrich d. Gr. und Katharina II. von Rußland bezeichnet wurden, gegen die Umsturzbestrebungen in unserm Vaterlande noch nötiger haben?“ — Jedenfalls schloß das Jahr siegreich für Papst und Kirche. Alle Kundgebungen des Papstes, auch die Borromäus-Epzyklika, hatten ihre heilsamen Wirkungen ausgeübt. Der protestantische Fürst Hatzfeld von der Reichspartei hatte Grund, im Reichstag zu sagen (14. Dez.): „über die Borromäus-Epzyklika bitte ich nun die Akten zu schließen . . .“ Denn man wollte die unangenehmen Wahrheiten nicht in weiterer Polemik selber sich wiederholen. — Der König von Sachsen überließ einem Minister den Vorsitz in evangelischen Sachen (1. Dez.).

Die Gesamtzahl der Auswanderer über Bremen und Hamburg betrug 1909 316.337; davon waren aber nur 34.979 Deutsche.

Der Bund der Landwirte wandte sich gegen Dernburgs Kolonialpolitik, die mehr kapitalistisch als national zu werden drohe. Die Deutsche Kolonial-

gesellschaft versammelte sich in Elberfeld 30. November. Lindequist, der Nachfolger Dernburgs, berichtete am 12. Dezember über die einträglichen Diamantenfunde. Erzberger kritisierte das Wirken Dernburgs mit Beziehung auf Paul Rohrbachs Buch über „Dernburg und die Südwestafrikaner“.

Die Volkszählung ergab im ganzen Reich 64,896.881 Einwohner gegen 60,641.489 im Jahre 1905.

Bassermann gestand in der „Nationalzeitung“, daß die nationalliberale Partei zurückgehe (30. Sept.): „Wir verlieren Stimmen nach links. Wer als Mittel hiegegen ein Bündnis mit dem schwarzblauen Block fordert, empfiehlt eine Kur nach Dr. Eisenbarts Rezepten. Bis 1879 war die Partei eine der großen des Reichstags. Da kam 1879 die erste Sezession der süddeutschen Schutzzöllner, fünfzehn an der Zahl; ihr folgte der Austritt derer um Rickert. Der große ideale Gedanke eines starken Liberalismus als Gegengewicht den starken konservativen Mächten, dem durch konfessionelles Band geeinten Zentrum und dem Radikalismus der Sozialdemokraten gegenüber vermochte nicht Herr zu werden über wirtschaftliche Meinungsverschiedenheiten, und ungehört verhallten die Worte Bennigsens, der die große Zeit der Partei dahinschwinden sah.“

Nationalliberale und Konservative beantragten (25. Jan.) die gesetzliche Zulassung des Litauischen, Masurischen und Wendischen als Versammlungssprache.

Kali. Einen beträchtlichen Teil des deutschen Nationalvermögens stellten die Kalisalzlager in Mitteldeutschland dar; damit besaß das Reich ein Naturmonopol ohnegleichen. Es galt, dies richtig auszunützen. Das geschah durch einen Gesetzentwurf, über den seit 14. Februar im Reichstag verhandelt wurde. In der Kaliindustrie war eine halbe Milliarde Kapital investiert, 30.000 Arbeiter waren dabei beschäftigt. Das Ausland, besonders der amerikanische Düngetrust, suchte Kaliwerke zu erwerben. Dies und der Zwischenhandel nach dem Ausland sollte verhindert werden. Eine übersichtliche geologische Karte der Kaliverbreitung im mitteldeutschen Beckstein gibt die „Illustrierte Zeitung“ 26. Mai. — Im November wurde die steigende Fleischnot verhandelt und in den steigenden Ansprüchen an Menge und Qualität des Fleisches begründet gesehen. — Ein Antrag vom 3. Dezember forderte gesetzliche Maßregeln, um dem fortschreitenden Niedergang des Handwerks und der weiteren Abnahme der Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden vorzubeugen (Mittelstandsantrag). — Dem bayerischen Landtag ging ein Gesetz über Güterzertrümmerung und gewerbmäßigen Güterhandel zu. — In Berlin wurde eine Städtebauausstellung veranstaltet (1. Mai). — Die Berliner Universität feierte das erste Jahrhundert ihres Bestehens. — Der Platz am Opernhaus wurde auf Antrag des Berliner Magistrats „Kaiser-Franz-Josef-Platz“ genannt (20. Okt.).

Bei der Einweihung der neuen Marineschule in Flensburg-Mürwik (21. Nov.) riet der Kaiser den Seefadetten, den Alkohol zu meiden; jene



Nation werde an der Spitze marschieren, die den geringsten Alkoholkonsum zu verzeichnen habe.

Der Pole Rulersski beantragte (5. Dez.) bei der zweiten Lesung des Arbeitskammergesetzes, für das Wort „Deutsche“ zu setzen: „Reichsangehörige“; Staatssekretär Delbrück hat, dies abzulehnen, denn der Ausdruck „Deutsche“ sei gesetztechnisch üblich. „Wenn wir von einem Deutschen sprechen, so sind alle Deutschen gemeint. Der Begriff Reichsangehöriger ist unklar, denn wir haben eigentlich keine Reichsangehörigen als solche, da die Reichsangehörigkeit hergeleitet ist aus der Zugehörigkeit zu den einzelnen Bundesstaaten.“ (Um so falscher ist der Mißbrauch des Wortes; „Deutsche“ gibt es weit über zwanzig Millionen außerhalb des „Deutschen Reiches“. „Deutschland“ reicht so weit als die deutsche Zunge klingt, „von der Elbe bis an den Belt“. Schon deshalb ist es falsch und unnational, nur jene „Deutsche“ zu nennen, die sich innerhalb des „Deutschen Reiches“ aufhalten; man mag sie „Reichsdeutsche“ nennen.)

Zwei englische Offiziere wurden wegen Spionage in Kiel, Wilhelmshaven, Cuxhaven, Bremen, auf Helgoland, Sylt, Wangeroog und Vorkum verurteilt.

Die „Bürger- und Lebenskunde“ wurde in den ländlichen Fortbildungsschulen Preußens eingeführt.

Wegen Entnahme von Gemälden aus der Augsburger Galerie für die Münchener Pinakothek erhoben sich Proteste gegen diese Zentralisierungsbestrebungen des Herrn v. Tschudi, die „Vertschudelung“ des bayerischen Kunstwesens.

Im Staatsarchiv zu Münster wurde ein Pergamentblatt mit Liedern von Walther von der Vogelweide samt den Musikenotens gefunden, unschätzbar für unsere Kenntnis der Kunst der Minnesinger; ich habe neben andern bald darauf diese Fragmente in Bearbeitung veröffentlicht. — Im Aachener Münster fand man den Sarg Kaiser Ottos III.

Es starben die Dichter Otto Julius Bierbaum und Wilhelm Raabe, zwei Antipoden der Kunst; auch Hans Blum starb, der Bismarckbiograph.

Es war ein Skandal, daß die Gräfin Wedel, Gemahlin des kaiserlichen Statthalters in Straßburg, dem wegen Beleidigung verurteilten Wetterlé einen französischen Brief ins Gefängnis schickte, worin sie bedauerte, daß er an ihrem Ballfest nicht teilnehmen könne (Febr.).

Die Zeppeline hatten Unglück mit einigen Fahrten, so am 25. April, 28. Juni, 14. September.

Der Streit um die Echtheit der Lionardesken Florabüste dauerte an. Die Kunsthändler demonstrierten für die Echtheit und den Geheimrat Bode und fanden den Preis von 160.000 Mark sehr gering.

Die Broschüre „Fürst Bülow und seine Zeit“ von Germanicus war voll heftiger Ausfälle gegen das Zentrum.

In Hinnebergs „Internationaler Wochenschrift“ schrieb H. Finke über „Die Katalanische Renaissance“ (210), W. Wünsch über „Gegenseitige Annäherung oder Entfernern der Kultursprachen“; es erschien Theod. Roosevelt's Berliner Vorlesung vom 12. Mai über „Die Weltkultur-Bewegung“ (609);

„Deutsche.“

Roosevelt.

sie schloß mit den Worten: „Der gute Bürger muß zuerst ein guter Bürger seines eigenen Landes sein, ehe er mit Vorteil ein Bürger der ganzen Welt werden kann. Ich wünsche Ihnen Gutes. Ich glaube an Sie und Ihre Zukunft. Ich bewundere und staune an die außerordentliche Größe und Mannigfaltigkeit Ihrer Errungenschaften auf so weiten und so vielen Gebieten; und meine Bewunderung und Anteilnahme sind um so größer, weil ich fest an die Einrichtungen und an das Volk meines eigenen Vaterlandes glaube.“ Es versteht sich, daß die Ansprachen des Rektors E. Schmidt und des Dekans G. Roethe, die ebenda (S. 641 f.) mitgeteilt werden, nicht karg an Lobsprüchen waren. Das Doktordiplom rühmte an dem Abkömmling der Rheinmündung, an dem Schüler amerikanischer und germanischer Schulen, die Jagdbeschreibungen und die historischen Schriften, die Förderung des gelehrten Kommerzes, die er als Präses der Amerikanischen Union ausgeübt hat. R. Groos berichtet über den „Pragmatismus“ des amerikanischen Psychologen W. James (übersetzt von W. Jerusalem). Der pragmatische Denker ist weder Optimist noch Pessimist, sondern Meliorist (1092). Seine zwei Hauptlehren sind: Wahr ist, was sich praktisch bewährt. Es gibt keine absolute Wahrheit (1352).

Ich schalte hier die Titel einiger Bücher ein. Ruhslands „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe“ folgten der „Mittelstandsauffassung“. Anton Drel gab nach R. Bogelsang „Studien zur christlichen Sozialreform“. Eugen Voeglin schilderte Wien „Une Capitale Chrétienne Sociale“. Pfenneberger stellte zum Literaturstreit die Frage „Kralik oder Muth?“ Jof. Spillmann gab die Geschichte der Katholikenverfolgung in England. Gegen Foerster schrieb Alois Wurm „Autorität und Subjektivismus“. A. Innerkofler gab das Lebensbild des hl. Klemens Hofbauer. Merkle suchte „die katholische Beurteilung des Aufklärungszeitalters“ zu berichtigen. Von Drewes (+) und Blume erschien die Blütenlese „Ein Jahrtausend lateinischer Hymnendichtung“. R. Bertische gab eine Blütenlese aus Abraham a S. Clara. Bernhard Stein behandelte in der Gralbücherei die „Katholischen Dramatiker“. W. Dehls lyrische Blütenlese „Monksalvat“ erschien in zweiter Auflage. E. M. Hamann gab eine Studie über Domanig. Hanny Brentano schilderte in den „Frauenbildern“ die Fürstin Gallizin. Jul. Mayer gab den Briefwechsel von Alban Stolz mit Julie Meineke. E. Pfenner betrachtete „Religion und Volkswohl oder volkswirtschaftliches Leben seit der Reformation“. Graf Grenneville schrieb über „Österreich-Ungarns Wirtschaftspolitik“, eine Anwendung des Gesetzes der natürlichen Staatenbildung. Den Text des Oberammergauer Passions-spieles gab Otto Maußer. W. Schmidt untersuchte „die Stellung der Pygmäenvölker in der Entwicklungsgeschichte des Menschen. Er sieht hier die ältesten Kindheitsformen mit reiner Glaubens- und Sittenlehre, die treuesten Abbilder unserer ersten Eltern.

Die (Münchener) „Allgemeine Zeitung“, die wir so ausgiebig als Quelle für die vorwiegend liberale Seite der Kultur mit herangezogen haben, hauchte allmählich ihren Atem aus im Kampfe gegen alles Kirchlich-Katholische. So sah sie die Ernennung des Bischofs Nagl alsoadjutor mit dem Recht der Nachfolge in Wien als eine Intrige gegen den „liberalen“ Weihbischof und Generalvikar Godfried Marschall an (8. Jan.). Instrukтив sind die Artikel über die Apachenherrschaft in Paris, über die Pflanzschulen des geistigen Proletariats, über das Esperanto und dessen neue Konkurrenz, das „Ido“,

der Jdischen unter W. Ostwalds Führung (15. Jan.). In einer Reihe von Artikeln (22. Jan. ff.) wird das „Glend und Sterben des deutschen Dramas“ der alles verderbenden Kritik zugeschrieben. Über den Reformkatholizismus in Bayern heißt es (26. März): „Der Reformkatholizismus der Schellperiode hat ausgespielt. Die Ideen des F. A. Kraus werden nicht ausgeführt werden (von der Kraus-Gesellschaft in München), und alles wird, wie alles war. Die Enzyklika Pascendi hat ihre Schuldigkeit getan. Wer erinnert sich noch daran, daß zwei bayerische Bischöfe den Aufruf für die Errichtung des Schell-Denkmalz unterzeichnet haben? Wer erinnert sich noch daran, daß das führende Zentrumsblatt in München offensichtlich die Sache der Reformen vertrat? Wer erinnert sich noch, daß ein reformistisches Wochenblatt, „Das 20. Jahrhundert“, in Bayern herauskam? Es ist vor zwei Jahren ausgewandert. Mit der alten bewundernswerten Energie ist die Kirche ihren Weg gegangen. Sie hat sich nicht beirren, nicht entmutigen lassen, sondern hat planmäßig die Modernisten beobachtet, bekämpft, verfolgt und geächtet. Sie hat starke Naturen gebrochen, bewußten Widerstand ausgeschaltet. Durch die Besezung des erzbischöflichen Stuhls von München mit Franz v. Bettinger hat der Munizius (Frühwirth) erreicht, daß modernistische Priester auf Duldung nicht mehr zu rechnen haben. Schließlich ist dafür gesorgt worden, daß in Fakultäten, Gymnasien und Priesterseminarien jede Einschmuggelung von Modernismus unterbleibt. . . In Bayern ist der Reformkatholizismus nicht mehr. Seine Beseitigung ist ein Triumph der katholischen Kirche. . . Und doch . . . die Gebändigten knirschen mit den Zähnen. Sie sind unterworfen, aber nicht überzeugt, und sie werden mit ungeahnter Erbitterung kämpfen, wenn eine bessere Zukunft die Ausichten auf Verwirklichung ihres Programms verbessert. . .“ — R. Lothar zählt die sechsunddreißig Motive des Dramas auf (9. April). Hans Bethge bezeichnet Berlin als „die Hauptstadt des Eklektizismus“. A. v. Menß berichtet über neue okkultistische Literatur (16. April). — Otto Falkenberg macht einen Vorschlag für Biographen (30. April), dem ich völlig zustimme. Er sagt: „Wie nun, wenn wir die Vergangenheit in die Gegenwart zitierten? Wenn wir das Leben jener Zeit selber zu uns sprechen ließen? Ich denke an eine Biographie Goethes aus Dokumenten. Es müßte eine Art Mosaikbild werden, aus redenden Steinen gefügt, glühend und funkelnd, in tausend lebendigen Farben. Ist das nicht von höherem Wert als die Folgerungen, die der Biograph daraus extrahiert? Es handelt sich um eine neue Form, deren sich auch Taine bediente. Der wieder erwachende Sinn für den Reiz des Unmittelbaren, für Memoiren- und Briefwerke, diese gesunde Reaktion auf eine einseitige Kultivierung unfruchtbarer Artistik, läßt das Verlangen nach einer unmittelbaren Form der Biographie (und Historik) deutlich genug erkennen.“ Mein vorliegendes Geschichtswerk folgt in der Tat dieser neuen und fruchtbaren Form mit größter Energie und Konsequenz. — Heinrich Lilienfein fragt (28. Mai): „Braucht unser Drama eine neue Romantik?“ Und antwortet: „Vor allem Persönlichkeit!“ Hugo Grothe gibt einen Beitrag „Zur Kulturgeschichte der Pflamgebiete“ (18. Juni). Emil Schulz berichtet über „Frankreich und den Enzyklika Streit“ (25. Juni). Freiherr v. Macay spricht vom „Balkanfieber“. E. Schulz berichtet auch von der französischen Bewegung gegen den „Ektismus“, die Staatsmonopole, den Staatssozialismus, die Einkommensteuer mit der Inquisition der Steuerbeamten, den Schikanen des Fiskus

Modernisten.



(2. Juli). Artur Brausewetter berichtet über das von D. Ekkehard übersezte Werk des Italieners Prezzolini „Wesen, Geschichte und Ziele des Modernismus“, den er als vierte Etappe nach dem mittelalterlichen Mystizismus, nach der Reformationsbewegung und dem Janzenismus betrachtet. Die Modernisten seien Protestanten, die katholisch scheinen wollen (13. Aug.). Archivar Brüning (Aachen) berichtet über „Modernistenschmüßler“ (20. Aug.) und verteidigt die „freiheitliche Bewegung im Katholizismus“ gegen Delmont in Lyon und sein Buch „Modernisme et Modernistes en Italie, en Allemagne, en Angleterre et en France“. Auch mein geschichtlicher Überblick „Ein Jahr katholischer Literaturbewegung“ wird vom Standpunkt des Liberalismus mit völlig logischer Gefinnungstüchtigkeit kritisiert. Das ist ganz in der Ordnung. „Über den Verfall der Kultur“ schreibt sodann R. v. Schubert-Soldern. Hofmannsthals Bearbeitung des „König Odisus“ und dessen Aufführung durch Reinhardt wird als „Karikatur“, „entstellende Verzerrung“, „Zusammentreten des Kothurn zum platten Soccus modernen Trivialspieles“ (8. Okt.), als Verjündigung, als „krankhafte, undeutsche Kunst“ bezeichnet, gegen die ein energischer Protest am Platz ist (15. Okt.) trotz dem Riesenerfolg dieser Aufführung. „Man hatte oft den Eindruck, als sei man in eine Menagerie geraten.“ Der protestantische Stadtpfarrer Schiller in Nürnberg sprach „Zur Versöhnung der Konfessionen“ und spielte gegen die Borromäus-Enzyklika ein geistvolles Urteil Josef v. Görres' über die Reformation aus, ohne zu bedenken, daß den Katholiken denn doch die Autorität des Papstes mehr gelten muß als die irgendeines andern noch so verdienten Gelehrten. Aber er anerkannte das Dasein von 25 Millionen Katholiken im Deutschen Reich und die machtvolle Organisation der Kulturmenschheit, wie solche in der katholischen Kirche zutage tritt“ (29. Okt.). Ein „Deutscher Katholik“ antwortete sehr reformatorisch (5. Nov.) mit der Klage, „daß alles, was sich jetzt an fortschrittlichen Tendenzen im deutschen Katholizismus mächtig regt, vom Ultramontanismus jesuitisch-kapuzinesker Observanz gänzlich unterdrückt wird“. „Es ist ein offenes Geheimnis, daß von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Katholiken — man kann bis hinauf in den Kreis der Bischöfe fast von Einstimmigkeit sprechen — die verletzenden Wendungen der Borromäus-Enzyklika bedauert und mißbilligt worden sind. Diese Wirkung hat aus dem verlegenen Schweigen aller berufenen Wortführer unserer öffentlichen Meinung deutlich gesprochen...“ (Um so notwendiger war es, dem im Stich gelassenen Papst zu Hilfe zu kommen.) Im weiteren steht die „Allgemeine Zeitung“ okkultistischen Erscheinungen sehr wohlwollend gegenüber, heßt aber die Katholiken gegen den Antimodernisteneid auf (24. Dez.).

Histor.-  
polit.  
Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter“ beginnen mit einem wichtigen Aufsatz von G. Freiherr v. Hertling über „Politik und Weltanschauung“, wichtig für das „Osterdienstag-Problem“. Es heißt da (29): „Christliche Weltanschauung bedeutet nicht mehr für alle das gleiche, seitdem durch Gottes Zulassung die Christenheit in eine Mehrheit von Bekenntnissen gespalten ist... Muß also bei dem katholischen Politiker die Glaubens- und Sittenlehre seiner Kirche das Verhalten bestimmen? Ja... Über Fragen der Armee und Marine... gibt die katholische Lehre keinen Aufschluß. Anders wo das religiöse Gebiet in Frage kommt... Die Politik ist, das wußte schon Aristoteles, die Kunst des Möglichen. Öffentliche

Angelegenheiten ausschließlich nach Maßgabe der katholischen Lehrbestimmungen zu gestalten, ist nur so lange möglich, als die Gesamtheit oder doch die überwiegende Majorität eines Volkes sich zum katholischen Glauben bekennt. Es ist nicht möglich, wo in einem paritätischen Staate verschiedene Bekenntnisse tatsächlich neben einander zu Recht bestehen . . . Der Gedanke soll zum Schluß noch abgewiesen werden, als ob jedes Hinübertragen religiöser Elemente in die öffentliche Diskussion ein verwerfliches Vermengen von Religion und Politik wäre. Es hat sich gezeigt, wie enge die Stellung zu den letzten und höchsten Problemen, also das, was man Weltanschauung nennt, mit dem politischen Leben zusammenhängt. Solange es Menschen gibt, denen ihre Religion das wertvollste Besitztum des geistigen Lebens ist, werden sie nicht darauf verzichten, dem religiösen Element Einfluß auf ihr politisches Verhalten zu verstaten.“ — Karl Muth verteidigte sich gegen das Urteil, ihm seien „die christlichen Ideale nur etwas Abgedroschenes, womit der echte Dichter nicht mehr viel anfangen kann“. Der Kritiker formulierte sein Urteil neu (S. 232). Karl Krumbacher und Joh. N. Sepp erhalten Nekrologe. Joh. Cv. Schweifer betrachtet „G. Th. Fechners Gottes- und Sittenlehre“ als „christlichen Pantheismus“. Von der lebendigen „Kerbfraft des Katholizismus“ zeugen zwei Konvertitenbücher: „Zurück zur heiligen Kirche. Erlebnisse und Erkenntnisse von Alb. v. Ruville“ und „Orthodoxie“ von Gilbert Keith Chesterton. — Der Missionär Joh. Weig bespricht das religiöse Problem in Japan. — J. Schmidlin verteidigt seine Arbeit über die innerösterreichische Gegenreformation gegen Loserth. — Als Kennzeichen „gefahrrohender Erscheinungen“ wird das Wort des Bischofs W. v. Kepler zitiert: „Charakter schwäche und Charakterlosigkeit ist die eigentliche Krankheit unserer Zeit.“ — Krueckemeyer bespricht die Kampfschrift Schmölbers gegen das Zentrum „Zum Frieden unter den Konfessionen“. Sehr erfreulich ist „die Rehabilitierung des Konvertiten Friedrich Schlegel“. Hermann Cardauns richtet sich in einer Zuschrift gegen den Verfasser der „Gefahrrohenden Erscheinungen“ und verteidigt K. Muth gegen den Vorwurf des Modernismus; der Verfasser erwidert, nimmt sich dabei meiner an, kommt auf Mumbauers Literaturrede beim Breslauer Katholikentag zu sprechen und meint: „Daß der Modernismus nur in den romanischen Ländern, wie Cardauns meint, eine gefahrrohende Verbreitung besitze, das ist eine jener großen und folgenschweren, hier nationalen Selbsttäuschungen. Wie wir nicht den offenen Gegner in erster Linie fürchten, so sehen wir auch nicht im kras ausgesprochenen Modernismus eines Voisy und Genossen die vornehmste Gefahr. Viel bedenklicher halten wir einen Halb- und Drittel-Modernismus, wie sich derselbe, wenigstens für Sehende, vorab auf literarischem Gebiete offenbart. Wer den Modernismus als eine Härese auf das theologische Buch beschränkt, sagt Decurtius, beweist nur, daß er für das moderne Leben kein richtiges Verständnis hat. Wie bei der Aufklärung, so liegt auch bei dieser geistigen Bewegung die Gefahr darin, daß sie alle Erscheinungen des geistigen Lebens ergreift und zu beherrschen strebt“ . . . „Die gefährlichsten Strömungen und die größten Gefahren befinden sich nicht extra muros.“ Ansgar Böllmann wendet sich gegen die „Konfessionelle Ausschachtung des Falles May“, indem er eine sehr fleißige Zusammenstellung von lobenden, ja überschwenglichen Urteilen über dessen Reiseromane aus protestantischen oder liberalen Federn bringt und so, freilich ohne es zu wollen,

Modernismus.

deren starke Wirkung und Wertschätzung beweist. — Es folgt ein Lebensgeschichtlicher Abriß über „Maximilian Stadler und seine Zeit“. Bei Besprechung von F. W. Foersters Buch „Autorität und Freiheit“ reflektiert J. Schraml auch auf R. Wutz Broschüre (816). — Die Kehrseite des Kampfes gegen die „Modernistenschmöcker“ wird betrachtet. Das schöne Wort „Modernistenschmöcker“ wurde von Expeditus Schmidt geprägt und von Cardauns gebraucht. Während verschiedene katholische Organe über den Literaturstreit wegwerfend als über „Literatengezänk“ schrieben, habe der „Kunstwart“ mit Recht den Kernpunkt des Streites als ein Ringen um die Entscheidung über die höchsten, wichtigsten Fragen des Literaturbetriebs viel tiefer erfaßt und klargelegt (819). Und schließlich jagt der Autor (902): „Im Grunde ist der Literaturstreit nichts anderes als eine besondere, auf das literarische Gebiet beschränkte Teilerscheinung des großen religiösen Zwiespaltes, der heute durch die katholische Welt geht. Wir Katholiken stehen inmitten einer schweren religiösen Krisis. So schrieb Dr. Kaufmann („Apologetische Rundschau“). Als die Ursache dieser Krisis bezeichnet er das Problem der Ausöhnung zwischen Kirche und moderner Kultur. Soll diese Ausöhnung unter möglichster Ausschaltung, auf Kosten katholischer Grundsätze oder im Einklang mit diesen Grundsätzen geschehen? Das ist auch die Kernfrage in der literarischen Bewegung. An dieser Frage scheiden sich heute die Geister. Hier liegt der tiefste Grund, warum die Anhänger der einen Meinung, daß die moderne Kultur zur Kirche gebracht werden müsse, und die Anhänger der andern Meinung, daß die Kirche zur modernen Kultur gebracht werden müsse, sich gegenseitig nicht verstehen. Ob noch eine Versöhnung möglich ist? Die bisherige Taktik der zur Entscheidung über die religiöse Grundlage des Streites berufenen Faktoren hat die Verwirrung nur vergrößert. Das soll keine Anklage sein, lediglich eine Feststellung.“ — Es folgt ein Bericht über den österreichischen katholischen Frauentag zu Wien 29. März bis 2. April; einer über Edwards VII. Verhältnis zu seinen katholischen Untertanen, deren das ganze Reich zwölf Millionen zählte. Er besuchte den von ihm verehrten Papst Leo XIII. am 29. April 1903 und widmete seinem Tode bald darauf Worte der Teilnahme. Er war der erste englische König seit Jakob II., der in London einem Meßopfer öffentlich beiwohnte, beim Seelenamt für den ermordeten König von Portugal im Februar 1908. Ebenso erschien er in Marienbad beim Hochamt an Kaisers Geburtstag. Der Jesuit Bernhard Vaughan war sein Freund und er hörte einige seiner Predigten in Cannes. Im April 1910 besuchte der König von Biarritz aus den Wallfahrtsort Lourdes. — Der 145. Band, der mit einer Charakteristik der subjektiven Willkür Sybels schließt, bespricht noch folgende Bücher: Hermann Döckens Biographie Bennigsens; die Festgabe des Vereins für christliche Kunst zum fünfzigjährigen Jubiläum; „Katholizismus und Protestantismus in Geschichte, Religion, Politik und Kultur“ von R. Sell; die Lebenserinnerungen des Malers J. Chr. v. Mannlich († 1822), bearbeitet von G. Stollreither; H. Daltons Lebenserinnerungen; die kirchenpolitischen Kämpfe in Preußen gegen die katholische Kirche, insbesondere der große Kulturkampf 1871—1887 von J. und R. Bachem; Oberammergau und sein Passionspiel, nach amtlichen Quellen, von J. Schroeder; August Bebel's Selbstbiographie „Aus meinem Leben“; Sternenkunde und Sternendienst in Babel, von F. A. Rugler, S. J.; Max Fürst „Stammt Tannhäuser aus dem bayrischen Traumberg?“



Const. Sauter bespricht im 146. Band der „Historisch-politischen Blätter“ die deutsche Dantearbeit der Gegenwart, besonders Rich. Zoogmanns neue Übersetzungen. — Hans Krost schreibt gegen den Alkoholismus. Friedensworte ertönen zum Vorwurf der Modernistenschlüsselerei (139). Caradavns nimmt wieder das Wort (156), und sein Gegner zitiert Seite 159 die Äußerung eines Redners im Augustinusverein: „Wir ändern alle, die wir hier sind, sollten uns das Wort geben, ausnahmslos unisono über den herzufallen, der jemals wieder in dieser Richtung (Anschuldigung wegen Modernismus) etwas peßziert.“ — Die Abschaffung der katholischen Deflation des Königs von England, 3. August 1910, wird mit Beifall begrüßt (348). Ein Artikel „Du mein Österreich!“ hebt die Verschiedenheiten zwischen Zentrum und Christlichsozial hervor bei ganz verschiedenen Verhältnissen im Deutschen Reich und in Österreich. Don Bonifaz M. Krug, Erzabt von Montecassino, erhält einen Nachruf. — Böllmann gibt Stichproben aus den Tagen der neuen Kultur: Kinematograph, M. Reinhardt. Die päpstliche Enzyklika über die Sillonbewegung in Frankreich wird besprochen. Sodann der erste Allgemeine Kongreß der englischen Katholiken zu Leeds 30. Juli. Alois Wurm betrachtet die heutige Krisis der Kirche im Abendlande; eine andere Feder den Weltkongreß für freies Christentum und religiösen Fortschritt in Berlin 5. bis 10. August; Rogalla v. Vieberstein die jüngsten Luftschiffkatastrophen; ein Jurist nationale und katholische Fragen in Österreich. — Adam Trabert beginnt seine Jugenderinnerungen. — Trabert. Über die Revolution in Portugal heißt es: „Das Parlament zählt 155 Abgeordnete; darunter nur 14 Republikaner. Unter 1,200.000 Wählern sind nicht mehr als 47.000 Stimmen auf die Republikaner gefallen. Die große Mehrheit, das Volk, ist ganz und gar nicht republikanisch. Ihrer Apathie steht jedoch die größte Regsamkeit auf der Seite der Republikaner entgegen“ (625). — über einen „bedenklichen Vorgang“ wird Seite 626 ff. berichtet. Professor Martin Spahn hatte im „Hochland“ 1909, Heft 11, die Befreiung der Katholiken vom kirchlichen Druck verlangt und den Katholischen Frauenbund zur Mitarbeit daran aufgefordert. Dagegen erschien in der „Germania“ 27. November 1909 ein Artikel „Klarheit und Wahrheit“, den man dem Kardinal Ropp zuschrieb. Dieser schrieb auch am 12. Januar 1910 an Fräulein v. Salscha als Vorsitzende des Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands einen Privatbrief, der aber nicht privat blieb. Darin hieß es: „Die Erwerbstätigen in Berlin und Breslau habe ich vor der Versuchung des Westens (Kölner Richtung) zu bewahren gesucht. Mir ist schon die Interkonfessionalisierung der Arbeiterbewegung viel zu viel; sie auch noch auf die Arbeiterinnen zu übertragen, würde die Verwässerung des katholischen Bewußtseins in die ganze arbeitende Klasse getragen haben. Darum habe ich die Erwerbstätigen als streng konfessionell verlangt; wollen sie das nicht sein, so sollen sie sich nicht mehr katholisch nennen und als solche gelten wollen . . . Wie steht es im Westen? Aus reinem Opportunismus, nur um die Macht der interkonfessionellen Vereine zu vereinigen, hat man sie den christlichen Gewerkschaften zugeführt. Und wie stellt sich der Katholische Frauenbund dazu? Die Erklärung des Frauenbunds gegen die Spanische Behauptung ist mehr als kläglich, geradezu ein Zugeständnis. Und dabei verlangt man im Westen noch Vertrauen von uns? Wir wollen unsere Gewissen rein

Histor.-  
polit.  
Blätter.

Kölner  
Richtung.

bewahren. Wir wollen an der Verflachung alles katholischen Empfindens nicht teilnehmen . . . Alles scheitert an dem wahrhaft häretischen Fanatismus, der im Westen bezüglich der sozialen Frage herrscht . . . Vertrauen kann ich weder den Grundfäßen noch der Taktik entgegenbringen . . .“ Darauf und dagegen bezog sich eine heftige Rede des Redaktors Lenzing in Dortmund 25. September: „Es geht ein Schrei der Entrüstung durch unsere Reihen, daß es Leute bei uns gibt, welche durch Verdächtigungen aller Art nach oben hin zu wirken und die festgefügtten Organisationen der deutschen Katholiken zu unterwühlen suchen. Wir bitten, auch gegenüber der bischöflichen Behörde (Breslau) diesen unsern Notschrei zur Geltung zu bringen . . .“ Charakteristisch war es, daß Herr ten Hompel „Geschäftsstelle Kulturgeellschaft“ an Lenzing ein Bravo depeßierte; dies war eine Erinnerung an die Agitation gegen den Index. An der Rede Lenzings übte sowohl die „Germania“ wie das „Deutsche Volksblatt“ in Stuttgart scharfe Kritik; auch Erzberger verteidigte in der „Germania“ die bischöfliche Autorität (4. Okt.) und Graf Oppersdorff erklärte: „Die echteste Grundlage der Zentrums-treue der Katholiken Deutschlands ist eine höhere Einigkeit: die unantastbare Einigkeit von Bischof und Volk.“ — Aus einem folgenden Artikel „Kardinal Kopp und der Katholische Frauenbund“ erfahren wir, daß die Vorsitzende des Bundes Frau Professor Dr. Hopmann-Köln auf der Versammlung des Bundes zu Düsseldorf 24. Oktober erklärte, „daß der Katholische Frauenbund sich die Ausführungen des Herrn Professors Spahn im betreffenden „Hochland“-Artikel in keiner Weise zu eigen macht. Herr Professor Spahn ist weder an der Gründung des Katholischen Frauenbundes beteiligt gewesen, noch hat er zu irgendeiner Zeit auf seine Leitung einen Einfluß ausgeübt. Sein subjektives Urteil über die Arbeit unseres Bundes vermögen wir als berechtigt nicht anzuerkennen. Der Katholische Frauenbund wird zur Entklerikalisierung des katholischen Volkes nie seine Hand bieten . . .“ So hatte nämlich Martin Spahn gesagt. Auch Kardinal Fischer von Köln suchte bei dieser Gelegenheit zu beschwichtigen, er leugnete einen Gegensatz zwischen den beiden deutschen Kardinälen. — E. Dentler widerlegt Professor Schnitzers Angriff auf das Papsttum als Stiftung Jesu. — Joh. Eckardt weist zwei unbekannte Arbeiten Friedrich Schlegels in den „Blzweigen“ nach. — Was alles dem katholischen Publikum Katholisches in katholischen Romanen vorgesetzt wird, zeigt man an Franz Herwigs „Wunder der Welt“ und „Die Stunde kommt“ (Hochland). — Es folgt ein Bericht über den Marianischen Weltkongreß in Salzburg 18. bis 21. Juli und über den Katholikentag in Innsbruck mit dem Zitat meines Artikels im „Allgemeinen Tiroler Anzeiger“ (872, 880) und dem Satyrspiel des nachfolgenden Freidenkertags. Ebenso ein Bericht über die Protestversammlung zu Wien gegen Nathans Rede 6. November. — Joh. Schraml betrachtet noch die Enzyklika „Pascendi dominici gregis“ unter dem methodischen Gesichtspunkte. — Im 146. Band werden noch folgende Bücher besprochen: The Life of Cardinal Vaughan by J. G. Snead-Cox. Adolf Cohut, Die Hohenzollern und die Freimaurerei. Im Banne Roms, von Jos. Leute, vor-maligem katholischen Pfarrer. Alf. Paulus, Hexenwahn und Hexenprozeß. Nießches „Antichrist“; das Buch war im September 1888 in Sils-Maria geschrieben; drei Monate später, in den letzten Tagen des Jahres, traf den überreizten ein Schlaganfall. Clemens Brentano und Edward v. Steinle,

Dichtungen und Bilder, herausgegeben von Alex. v. Bernus und Alfons v. Steinle. Die Briefsammlung des seligen Canisius. F. Mack, Trennung von Kirche und Staat in Frankreich. E. Krebs, Unterm Petersdom. Die amtliche französische Veröffentlichung über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges von 1870. Anton Seiz, Das Evangelium vom Gottesohn. Beda Kleinschmidt, Lehrbuch der christlichen Kunstgeschichte (mit Bezug auf den Orient). Leon Kellner, Die englische Literatur im Zeitalter der Königin Viktoria. Edw. v. Steinles Gesamtwerk in Abbildungen. Hans Drif, Abjalon, Erzbischof von Lund. Simson, Tragödie von Ed. Eggert. Alpenblümel, Erzählungen von Sophie v. Rinsberg. F. K. Rugler, S. J., Im Bannkreis Babels, Panbabylonische Konstruktionen und religionsgeschichtliche Tatsachen. A. Steinmann, Sklavenlos und alte Kirche, die soziale Frage im Urchristentum. Festgabe, Hermann Grauert zum sechzigsten Lebensjahr gewidmet von seinen Schülern, herausgegeben von M. Jansen. Karl Hilty, Blätter zur Geschichte seines Lebens und Wirkens (1833—1909) von Heinrich Auer.

Die Astronomen regten die Menschheit durch ihre Berichte über die Wiederkehr des Halley'schen Kometen auf; in Wirklichkeit machte sich der Komet am 18. Mai fast gar nicht bemerkbar.

Infolge einer Rundfrage äußerten sich namhafte Franzosen und Deutsche über einen Schiedsgerichtsvertrag und einen Handelsvertrag als Grundlage zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen (Zl. Btg., 20. Jan.).

Walter Schückings „Organisation der Welt“ war ein Versuch, durch geschichtliche Schlussfolgerung aus den Weltstaatsideen der Antike und des Mittelalters sowie den internationalen Bestrebungen der Neuzeit den Pazifismus auf eine wissenschaftliche Plattform zu stellen. — Konrad Alberti schilderte den „Weg der Menschheit“, 2. Band „Von der Offenbarung Johannis bis zur Kritik der reinen Vernunft.“ — Albr. Wirth gab die großzügige Weltgeschichte „Im Wandel der Jahrtausende“ in Wort und Bild. Besprochen von Helmolt (Zl. Btg., 19. Mai). — Edm. Ulbricht und Rosenhagen gaben das Werk „Weltmacht und Nationalstaat“. — K. Lamprechts Deutsche Geschichte war in neunzehn Bänden beendet, was Helmolt in der „Allgemeinen Zeitung“ (30. April) feiert. — Colmar Freiherr v. d. Goltz schrieb die „Kriegsgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert“. — Der dritte Band von Georg v. Meyers „Statistik und Gesellschaftslehre“ war der Moralstatistik gewidmet.

Es erschien das „Allgemeine Verikon der bildenden Künstler von der Antike bis zur Gegenwart“ herausgegeben von Ulr. Thieme und Felix Becker. — Von den reich illustrierten „Stätten der Kultur“ waren 27 Bände erschienen, herausgegeben von Georg Biermann. — Heinrich Conrad stellte „Napoleons Leben von ihm selbst“ aus den Quellen zusammen. — H. Meyer Benfer gab „Die sittlichen Grundlagen der Ehe; ein Beitrag zur Begründung einer Sexualethik“. — Martin Bubers „Ekstatische Konfessionen“ waren die Blütenlese aus der Mystik der Christen, Jüder, Chinesen, Neuplatoniker, mohammedanischen Sufis, jüdischen Chassidim. — Walter Bormann gab ein okkultistisches Buch heraus „Die Nornen, Forschungen über Fernsehen in Raum und Zeit“; darüber „Allgemeine Zeitung“ 3. Dezember. G. W. Surya schrieb den okkultwissenschaftlichen Roman „Moderne Rosenkreuzer oder Renaissance der Geheimwissenschaften“ und gab eine neue, dritte Auflage des Hauptwerks von R. Freiherrn v. Reichenbach heraus: Physikalisch-physiologische Untersuchungen

Literatur.



über die Dynamide des Magnetismus usw., worüber und über andere Okkulta Unando in der „Allgemeinen Zeitung“, 10. Dezember, berichtet; desgleichen am 16. April, woraus sich ergibt, daß Unando ein Pseudonym für Alfred Freiherrn v. Menst, den Redakteur der „Allgemeinen Zeitung“, ist.

Wilhelm  
Meister.

In Zürich fand sich die Abschrift der Urgehalt von „Wilhelm Meisters theatralischer Sendung“, wie sie Goethe 1777 geschrieben hatte; erst nach der italienischen Reise entstand die Neufassung, die Herder viel weniger befriedigte als das Original. Wir haben nun beides. Die Erhaltung der ersten Fassung verdanken wir der Freundin Goethes, Barbara Schultzeß. Es entstand ein Rechtsstreit über das Erbe am geistigen Eigentum, ein Skandal törichter Gesetzgebung. — Zu den diesjährigen Nobelpreisträgern gehörte unter andern Paul Heyse. — Bernhard Münz schrieb über „Ibsen als Erzieher“. — St. Grun rekonstruierte die „Ilias“ auf das kurze Lied vom Zorn des Achilleus. — Richard Dehmels Werke erschienen in zehn Bänden. Sie enthielten viel „Anormales, Hypermodernes, Defadentes, Erotisch-Erotisches“, aber auch manche gute Verse. — Maximilian Harden gab eine Sammlung seiner Charakteristiken unter dem Titel „Köpfe“. — Es erschien eine zweite Sammlung der Briefe Th. Fontanes.

Ober-  
ammer-  
gau.

Die Passionspiele von Oberammergau feierten wieder ihre zehnjährige Olympiade. — Das Freilichttheaterproblem wurde von Ernst Wachler auf seinem Harzer Bergtheater und von Rud. Lorenz in Hertenstein erprobt (Allg. Ztg., 2. Juli). — Über die Festspiele des Freilichttheaters in Hertenstein schreibt Tornius in der „Allgemeinen Zeitung“ 2. Juni.

Ein Goethefest mit Festzug und Aufführungen wurde in Tübingen veranstaltet (All. Ztg., 30. Juni). Zum elfhundertjährigen Stadtjubiläum von Tübingen wurde das Festspiel „Karl der Große“ von Bruno Gelbo gegeben (All. Ztg., 30. Juni). Auf dem Freilichttheater in Zoppot am Ostseestrand wurden auch Opern aufgeführt (All. Ztg., 11. Aug.). „Bonifacius“, Weihnachtserzählung von E. Mann, wurde zu Darmstadt aufgeführt (All. Ztg., 8. Dez.). Otto Manz gab das romantische Drama „Ermenrich“ aus der deutschen Heldensage. Der Arbeiter W. G. Klink, früher Sozialdemokrat, schrieb das antisozialdemokratische Schauspiel „Lebensrätsel“, darin er für das Genossenschaftswesen eintrat. Das Stück wurde in Heilbronn aufgeführt. W. Schmidt-bonn gab das Griechendrama „Der Zorn des Achill“. Auf der Ebernburg wurde ein Sickingen-Fest gefeiert (All. Ztg., 11. Aug.).

Rud. Genée gab seit Jahren „Mitteilungen der Mozart-Gemeinde“ in Berlin heraus. Man feierte den 100. Geburtstag Robert Schumanns. Walter Ramdohr dichtete von ihm (All. Ztg., 2. Juni): „Ein Menschenleben! Ach, das deine war dir reich an Unglück, bittren Sorgen; im Sturm des Lebens schwand dir Jahr auf Jahr, still trugst du's, hoffend auf ein bessres Morgen. Doch hatte dir das Leben viel versagt, ein Großes hat es dir dafür gegeben: Ein Frauenherz, das alles dir gewagt, das dir geweiht sein ganzes reiches Leben...“

Haberl.

Franz X. Haberl starb in Regensburg, der Apostel des Cäcilienvereins, der Herausgeber des Kirchenmusikalischen Jahrbuches, der Werke Palestrinas. Er hatte am Abend seines Lebens seine Arbeiten von denen der Solesmenier überholt sehen müssen, auf welche Papst Pius seine Regeneration des Choralbegründete. — Siegfried Wagners neue Oper „Vanaditrich“ war wieder ein gutgemeintes Mißverständnis der Theorien seines Vaters. — In

München wurde ein französisches Musikfest veranstaltet (Zll. Ztg., 13. Okt.); es erschienen Cesar Franck, Dubois, Fauré, Bruneau, Debussy, Widor, d'Indy, Ravel. Es wurde auch das hundertste Jahr des Münchener Oktoberfestes gefeiert.

In München wurde eine Ausstellung von Meisterwerken mohammedanischer Kunst veranstaltet (Ost. Zll. Ztg., Okt.). Man sah ebenso wie bei der ostasiatischen Kunst synchronistischen Parallelismus zur abendländischen Kunst. — Die Mannheimer Galerie erwarb Ed. Manets Gemälde „Die Erschießung Kaiser Maximilians von Mexiko“ um 100.000 Mark. — F. v. Ostini gab den künstlerischen Nachlaß von W. Busch heraus. — Ed. v. Gebhardt's „Christus in Bethanien“ ermangelt jedes religiösen Hauches (Zll. Ztg., 17. Nov.). Max Seeliger malte für die Aula des Gymnasiums zu Würzen die Erziehung der Jugend zu den Wissenschaften und zur Gymnastik (Zll. Ztg., Febr.).

Ein Denkmal Kaiser Wilhelms II. von Tuailon wurde auf der Brücke in Köln aufgestellt (Zll. Ztg., 29. Sept.). Ein Standbild Kaiser Wilhelms II. von Haverkamp wurde vor der Marine-Akademie zu Murwik enthüllt (Zll. Ztg., 27. Okt.). In München entstand ein würdiges Denkmal König Ludwigs II. von Ferd. v. Miller (Zll. Ztg., 23. Juni). Ein anderes Denkmal Ludwigs II. von Ph. Rittler wurde zu Bamberg enthüllt (Zll. Ztg., 20. Okt.). R. Huber entwarf ein Bismarck-Denkmal für Pirmasens, einen hl. Georg (Zll. Ztg., 15. Sept.). Die Büste Moltkes für die Walhalla ist von Hermann Hahn (Zll. Ztg., 26. Mai). Georg Meyer-Steglich schuf ein Jahn-Denkmal für Freyburg a. d. Unstrut (Zll. Ztg., 8. Sept.). Ein Denkmal für F. Peter Hebel wurde zu Hörrach errichtet (Ost. Zll. Ztg., 12. Juni). Al. Kraumann entwarf einen Eichendorff für Breslau (Zll. Ztg., 3. Febr.). Eine Büste D. Fr. Strauß' wurde unter einem jonischen Rundtempelchen in Ludwigsburg aufgestellt (Ost. Zll. Ztg., 26. Juni). Ein Standbild Th. Fontanes wurde im Berliner Tiergarten aufgestellt (Zll. Ztg., 2. Juni). Ein Denkmal für Luise Hensel wurde in Paderborn enthüllt (Ost. Zll. Ztg., 23. Okt.). Das Detlen-von-Silencron-Denkmal in Altnahlfledt von Lufsch sollte das Ideal der Heiterkeit ausdrücken, die sich nicht vom Leid überwältigen läßt (Zll. Ztg., 28. Juli). Der schöne Achilles von Joh. Göz war für das Achilleion auf Korfu bestimmt (Zll. Ztg., 5. Mai). Riemler schuf einen Monumentalbrunnen für Cannstatt (Ost. Zll. Ztg., 14. August). Frankfurt erhielt den Märchenbrunnen von Fritz Hausmann (Zll. Ztg., 20. Okt.). Dem Autor des „Struwpeter“ Heinrich Hoffmann wurde in Frankfurt a. M. ein Struwpeterbrunnen gewidmet.

Das neue Residenzschloß in Posen entstand nach dem Entwurf von Franz Schwechten im romanischen Stil (Zll. Ztg., 11. Aug.). Ein sehr erfreulicher Bau ist der des neuen Stadttheaters in Posen von Max Littmann (Zll. Ztg., 27. Okt.). Das neue Rathaus in Hannover war von Stier und Eggert (Zll. Ztg., 23. Juni). Der alte Dom zu Wezlar wurde ausgebaut (Zll. Ztg., 22. Dez.). Hans Erlwein baute in strengem modernen Stil das Lehranstaltungsgebäude für Maschinentechnik in Dresden (Zll. Ztg., 28. April). Eine bedeutende Anlage ist das Gebäude des Knappschaftsvereines zu Bochum von Thierbach (Zll. Ztg., 7. Juli). Nach den Entwürfen des Kaisers wurde das zierliche Tempelchen an der Donauquelle in Donaueschingen errichtet (Zll. Ztg., 15. Sept.). Dem Dichter Wildenbruch wurde in Weimar ein Mausoleum gestiftet (Ost. Zll. Ztg., 17. April).

Denk-  
mäler.

Architek-  
tur.

Eine internationale Flugwoche zu Berlin-Johannistal fand vom 10. bis 16. Mai statt (M. Ztg., 26. Mai).

Öster-  
reich-  
Ungarn.

Nachdem in Ungarn der sogenannte Ex-lex-Zustand eintrat, in dem keine direkten Steuern eingetrieben werden konnten, und Lukacs vergebens ein Kabinett mit dem Programm des allgemeinen Wahlrechts und der provisorisch gemeinsamen Bank zu bilden suchte, trat Graf Rhuen-Hedervary am 18. Januar an Bekerles Stelle, wurde aber im Abgeordnetenhaus übel empfangen mit förmlichem Mißtrauensvotum. Es bildete sich aber unter Führung des Grafen Tisza eine „nationale Arbeitspartei“, die den Grafen Rhuen im Kampf gegen die achtundvierziger Kossuthpartei unterstützen und den Kampf mit der Krone um eine selbständige Bank und die ungarische Kommandosprache aufgeben wollte. Trotzdem kam es am 21. März im Abgeordnetenhaus zu Skandaliszenen, in denen selbst Graf Rhuen und Minister Graf Serenyi blutig geschlagen wurden. Darauf erfolgte am nächsten Tag die Auflösung des Reichstags.

Indessen brachten am 18. Januar im niederösterreichischen Landtag die Deutschnationalen die „Lex Kolisko“ ein, die deutsche Unterrichtssprache an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen betreffend. — In Lemberg fanden am 24. Januar antipreußische Demonstrationen statt wegen des preußischen Enteignungsgesetzes. — Die tschechischen Landtagsabgeordneten in Böhmen bestanden am 3. Februar neuerlich auf der Unteilbarkeit des Königreichs und erklärten die Ausgleichsvorschläge für unannehmbar. Daraufhin setzte sofort die deutsche Obstruktion ein und der Landtag mußte als arbeitsunfähig vertagt werden.

Der Kaiser sanktionierte am 17. Februar die Verfassung für Bosnien und Herzegowina (Landesstatut).

Ministerpräsident Bienenrth mahnte am 2. März im Wiener Abgeordnetenhaus zum nationalen Ausgleich in Böhmen, da sonst die Wohlfahrtsgesetze unerledigt blieben. In der Tat litten dadurch alle Kulturbestrebungen in Böhmen; so mußten wegen Nichterledigung des Budgets 280 Irre aus den böhmischen Irrenanstalten entlassen werden. Der Jungtscheche Kramarz verteidigte am 4. März seine Partei vor dem Vorwurf unpatriotischer Gesinnung; aber Österreich dürfe ebensowenig deutsch wie slawisch sein. Die slawischen Völker seien nicht dazu da, die Wacht am Rhein zu stehen. Die Tschechen seien bereit, dieses Staatswesen zu unterstützen, aber keine fremden Interessen. Dagegen bekämpfte Stölzel den Neoslawismus des Dr. Kramarz als Panlawismus. Das Bündnis mit Deutschland habe auch für Böhmen den Frieden bewahrt. Handelsminister Weiskirchner sprach über die Freiheit der Elbschifffahrt.

Lueger †.

Am 10. März starb im 66. Lebensjahr der große Bürgermeister Wiens Karl Lueger, gewiß eine der bedeutendsten politischen Persön-



lichkeiten der Zeit, die bedeutendste neben Kaiser Wilhelm. Sein Nachfolger war Jos. Neumayer, der am 22. April mit 129 gegen 16 Stimmen gewählt wurde.

Über Lueger schrieb man: „Fortschrittlich und konservativ zugleich zu sein, das trifft nur der, der über der Sache steht . . . Von Stufe zu Stufe steigend, hat er nie den Zusammenhang mit seinen Bürgern verloren. Als man ihm die goldene Kette umhing, da war er Parteimann. Aber dann, als er langsam und konsequent den seltenen Ruhm errang, daß selbst seine Widersacher sich der Einsicht nicht erwehren konnten, daß er seinen Platz wie nur einer ausfülle, gehörte er allen. Die gesamten Fäden vereinigte er in seiner Hand. Dabei bekundete er die nur dem Fähigen eigene Ausdauer. Sein Geist durchdrang den ganzen Beamtenkörper der Gemeinde. Einer kommenden Generation ist es vorbehalten, die Früchte zu ernten, die er gesät hat.“ — Und eine andere Stimme: „Mit Lueger kam ein glänzender Rest jenes demokratischen Gedankens zur Geltung, der, ausgehend von den Freiheitsidealen der Sturmjahre, sich dem staatenhaltenden Sozialismus einer neuen Zeit vermählte . . . Im Gefolge des Leichenzuges schritten auch alle unsichtbaren Geister der Vergangenheit, die bald zierlich jagenden, bald frohmütig vernegenden Gestalten der Kaiserstadt entschwindener Lage. Unter dem schwarzen Bahrtuch, unter der glänzenden Hülle des Metallsarges trauerte das Schemen einer manchmal rücksichtslosen, aber stets deutschensiblen Gemütlichkeit.“ — Über Lueger sagt die „Allgemeine Zeitung“ 12. März: „Mit ihm begann, überraschend für Freund und Feind, eine Ära ungeahnten Aufschwungs. Maßvoller als man erwarten konnte, ging er vor. Unter seinem Einfluß wurde die christlichsoziale Partei die Hauptstütze des österreichischen Staatsgedankens, namentlich Ungarn gegenüber. In seinem Bestreben, Wien den Charakter als deutsche Stadt zu wahren, schuf er in der Gemeinbürgerschaft der deutschen Parteien ein Bollwerk gegen den Ansturm des Slawentums. Der im Anfang meist geschmähte Politiker gewann eine immer wachsende Anerkennung, auch bei seinen Gegnern. Sein Werk beschämte alle bösen Zungen . . .“ Die „Illustrierte Zeitung“ schrieb: „Wien hat seinen ‚großen Bürgermeister‘ verloren; unter diesem Namen wird Lueger fortleben in der Erinnerung seiner Zeitgenossen und in der Geschichte“ (17. März).

Ein Nekrolog auf Lueger in den „Historisch-politischen Blättern“ (145, 538) scheidet die große Persönlichkeit von der christlichsozialen Partei, die nicht unkritisiert bleibt: so ihr Standpunkt in der nationalen Frage, ihr Zentralismus, ihre Buntscheckigkeit in der Zusammensetzung, da neben den liberal-antifemistischen und antiklerikalen Gruppen (Deutsches Volksblatt) mit ihrem Interkonfessionalismus der tatsächliche Klerikalismus des Kaplans, der katholische Bauernstand steht, neben dem liberaldemokratischen Grundsatz der Volkssouveränität die monarchisch-konservative Gesinnung. Es fehlt an einem festen, klaren, eindeutigen Programm. „Wohl war der Fortschritt vom negativen Rassenantifemitismus zur Partei der Vereinigten Christen und von da zur Firma Christlichsozial ein bedeutender.“ Aber die „deutsche christliche Gestalt“ blieb nur eine Negation, wahrhaft positiv konnte nur die katholische Kirche sein. Auch der Satz von der Trennung von Politik und Religion wird getadelt. Ebenso die Fusion der alpenländischen katholisch-konservativen mit der christlichsozialen Wienerpartei. Dem über-

legenden Geiste Luegers war all dies klar; er soll gesagt haben: „Daß ein Protestant aus Überzeugung Katholik wird, begreife ich; wie aber ein Katholik aus Überzeugung Protestant werden kann, begreife ich nicht.“ Damit ist die Frage von Fortschritt und Rückschritt gelöst. „Wird es dem Nachfolger des großen Führers gelingen, dem Werke Luegers die Krone aufzusetzen? Sollte der Fortschritt zur bewußt katholischen Partei, die sich des Wortes katholisch nicht schämt, sondern rühmt, nicht gemacht werden oder mißlingen, so wird die Verschmelzung der divergierenden Elemente in eine wirkliche Einheit wegen des Fehlens eines klaren überragenden Prinzipes unmöglich werden; dies aber bedeutet Rückschritt und damit Zersetzung. Luegers Riesenarbeit wird aber den Boden bilden zur Erreichung des Zieles: Katholisch-Osterreichisch.“ — Der Verfasser dieses Nekrologs übersieht, daß im katholischen Osterreich christlich so viel wie katholisch bedeutet und daß nur der Liberale dabei auch an den „Lutherischen“ denkt, während allerdings im überwiegend protestantischen Deutschen Reich umgekehrt christlich zumeist evangelisch bedeutet und der Katholik noch ausdrücklich als solcher bezeichnet und toleriert zu werden pflegt. Luther sah die Katholiken nicht als Christen, sondern als Antichristen an. Die Verhältnisse in Osterreich sind eben doch nach mancher Seite verschieden von denen im Deutschen Reich.

Über „Karl Lueger und den christlichen Sozialismus in Osterreich“ habe ich ein ausführliches Manuskript liegen, das wohl unter besseren Verhältnissen auch zur Veröffentlichung kommen wird.

In törichter Kleinlichkeit veröffentlichte der Prager Gemeinderat seit April die Mitteilungen des Statistischen Amtes nicht mehr in deutscher, sondern in französischer (und tschechischer) Sprache.

Landesverteidigungsminister Georgi rechtfertigte die Rüstungsauslagen; nur durch achtungsgebietendes Auftreten mit der Hand am Schwert wurde der Krieg im Vorjahr vermieden.

Man drohte mit einer neuen Los-von-Rom-Bewegung, wenn man den Katholisch-Geschiedenen nicht eine zweite Ehe gestatte. — Vor dem Wiener Parlament demonstrieren italienische Studenten unter Absingungen des Danteliedes für die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät in Triest (14. Mai).

Ahnen. Graf Rhuen hielt in Pest eine Programmrede am 22. Mai, empfahl Festhalten am Dualismus als Garantie für die Großmachstellung der austro-ungarischen Monarchie. Dafür dürfe man keine Opfer scheuen. Die Obstruktion sei die Revolution zu herabgesetzten Preisen; sie widerspreche dem Geist des Parlamentarismus. Die Wahlen waren der Regierung günstig.

Der deutsche Nationalverband sandte an die russische Duma eine Adresse für die konstitutionelle Freiheit Finnlands (31. Mai).

In Galizien wollte man den Gedenktag der Schlacht von Tannenberg oder Grunewald (10. Juni 1410), wo der Deutsche Orden von den Polen besiegt wurde, in ausgiebiger Weise feiern. Die Regierung beschränkte die Demonstration auf eine kirchliche Feier. Polnische und ruthenische Studenten verprügelten sich gegenseitig in Lemberg 1. Juli. Es gab auch Tote.

Die eigentliche Grunewaldfeier fand am 15. Juli in Krakau statt. Auch preussische Polen nahmen daran teil. Das von Paderewski gestiftete Jagello-

Denkmal wurde durch Landmarschall Badeni enthüllt; er sagte: „Wir geloben, auf dem Weg aufopfernder Arbeit weiterzuschreiten, nicht aber wollen wir auf Irrwegen dem Wiederaufleben der Nation entgegenstreben.“ Beim Bankett sprachen auch Russen, Slowenen, Tschechen, Engländer und Franzosen. Zwischen Polen und Russen ergaben sich freilich Unstimmigkeiten.

Bei der Eröffnung des ungarischen Reichstags betonte die Thronrede vom 25. Juni als dringendste unaufschiebbare Aufgabe die Neuregelung des Wahlrechts. Der Gesetzentwurf sollte auf Grund des allgemeinen Wahlrechts bei Wahrung des einheitlichen nationalen Charakters den Ansprüchen der demokratischen Entwicklung entsprechen.

Graf Rhuen warnte vor Zerreißung des Bandes mit Österreich (21. Juli). Als die Fortdauer der Bankgemeinschaft zweifelhaft wurde, wurde das Ausland mißtrauisch gegen Ungarn und schickte dessen beste Papiere zurück.

Vier italienische Jugendvereine wurden am 20. August aufgelöst; sie trieben unter dem Deckmantel des Sports Hochverrat.

Auf dem österreichischen Katholikentag zu Innsbruck 9. bis 13. September erschienen fast nur Deutsche. Fürsterzbischof Ratschthaler von Salzburg stellte fest, daß infolge der erneuten Los-von-Rom-Bewegung es wieder etwas mehr Apostaten gegeben habe. Eine Gegenversammlung am 13. September protestierte gegen den Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken und verlangte Trennung von Staat und Kirche, Freiheit der Wissenschaft, Befreiung der Schule von klerikalen Einflüssen. — Fürstbischof Rahn von Gurk (Kärnten) verzichtete am 4. November auf seinen Bischofsitz infolge des Zusammenbruchs des Verbandes der landwirtschaftlichen Sparkassen, an dem er durch zu große Vertrauensseligkeit beteiligt war. — Zwischen katholischen und alldeutschen Studenten kam es bei einem Fest zu Stockerau bei Wien zu einer blutigen Schlägerei, 15. November.

Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand war am 9. Dezember Gast des deutschen Kaisers auf dem Jagdschloß Springe; auch der Reichskanzler war anwesend. Der Deutsche Kaiser war am 20. September in Schönbunn. — In Wien wurde eine Kaiser-Wilhelm-Straße und ein Kaiser-Wilhelm-Ring benannt. Die Universität Klausenburg ernannte Kaiser Wilhelm zum Ehrendoktor; denn „es ist allbekannt, daß er ein wohlwollender Freund Ungarns ist“. — Der Roseggerfonds für den Deutschen Schulverein erreichte zweieinhalb Millionen Kronen. — Der Historiker und Politiker Freiherr Josef Alex. v. Helfert starb im neunzigsten Lebensjahr. — Erzherzog Johann Salvator (Johann Orth), seit 1890 vermißt als Opfer einer stürmischen Seefahrt, wurde für tot erklärt.

Von G. Kolmers „Parlament und Verfassung in Österreich“ erschien der sechste Band: 1895 bis 1898. Jos. R. v. Neubauer (Innsbruck) schlug für Österreich vor: den „Kollektivismus und die soziale Monarchie“. Es erschienen die ersten Bände der „Österreichischen Kunsttopographie“. Im Auftrag des ungarischen Handelsministers gab Alb. Raim mit der Direktion der

Wahlrecht.

Katholikentag.

Literatur.



ungarischen Staatsbahnen das Prachtwerk „Ungarn“ heraus. Moriz Band schilderte „Dalmatien, das Land der Sonne“. G. Loesche schrieb über „Luther, Melanchthon und Calvin in Osterreich-Ungarn“. „Im Auftrag der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien“ begann Aug. Sauer eine Monumentalausgabe von Grillparzers Werken herauszugeben. Petöfis poetische Werke erschienen deutsch von Ignaz Schnitzer in sechs Bänden. Der neuen Würdigung Mozarts kam die Biographie von R. Storck entgegen. Neue Briefsammlungen Mozarts und Beethovens wetteiferten miteinander. Ein neues Litzbuch gab Jul. Rapp; es zeigte den großen Menschen in seinen Kämpfen, Triumphen, Enttäuschungen, Anfeindungen, in seiner endlosen Güte und Großzügigkeit, die ihn über den Erbärmlichkeiten des Lebens stehen ließ, in seinem sang- und klanglosen Tod (Allg. Ztg., 18. Juni). Hermann Bahr reiste durch sein „Tagebuch“ und seine „Dalmatinische Reise“ allmählich einer neuen Entwicklung zu.

Bei Gelegenheit einer Besprechung der „Armen Margaret“ schreibt A. v. Mensi in der „Allgemeinen Zeitung“ (12. März): „Wenn der Magistrat der Stadt Steyr der Baronin Enrika von Handel-Mazzetti nicht bald ein Denkmal errichtet, versteht er seine Zeit nicht.“ Die Erzählung wird auch von Hedwig Dohm (27. Aug.) besprochen. — Über das Drama aus der Napoleonzeit „Der junge Medardus“ von Artur Schnitzler sagt A. Bettelheim in der „Allgemeinen Zeitung“ 3. Dezember sehr nachsichtig: „Ganz preisgeben muß den Medardus nicht, wer die Hauptsache als Mißgriff abweist.“ Die Aufführung am Burgtheater war eine theatralesche Sensation. — R. Lothar schrieb über Hugo v. Hofmannsthal's neue Komödie „Cristinas Heimreise“ (Allg. Ztg., 19. Febr.): „Hofmannsthal ist das Genie der Empfänglichkeit. Was er liest, wirkt auf ihn ein, modelt ihn, bestimmt ihn. Was er uns gibt, sind artistische Gesten, lebensfern, lebensfremd. Er hat nicht ungestraft bekannt: ‚Es führt von der Poesie kein direkter Weg ins Leben, aus dem Leben keiner in die Poesie.‘ Welch ein sonderbares Bekenntnis für einen Dichter!“ — R. Schönherr's neues Tendenzdrama „Glaube und Heimat“ wurde lange von der Zensur beanstandet. Es beruhte auf der Verdrehung der Tatsachen der Gegenreformation, hatte aber wegen seiner krassen Tendenz eine riesige Wirkung.

Vom neuen Direktor des Burgtheaters Alfred Freiherrn v. Berger bringt „Österreichs Illustrierte Zeitung“ das charakteristische Bildnis von Liebermann (9. Jänner). Alfred Freiherr v. Berger sammelte seine Aufsätze unter dem Titel „Meine Hamburger Dramaturgie“. Es erschien eine Auswahl der Feuilletons von Ludwig Speidel, dem Wiener Kritiker. Felix Salten sammelte Feuilletons unter dem Titel „Das österreichische Antlitz“. C. Conte Scapinelli zeichnete in seinem Roman „Prater“ ein Kultur- und Sittenbild aus dem heutigen Wien. Paul M. Sacromas Roman „Deus vici“ spielte im römischen Aquileja. W. Rosch gab den zweiten Jahrgang des Eichendorff-Kalenders heraus. Für den ersten Jahrgang hatte ich eine Erzählung beigezeichnet, die auch in meinen Heimat-erzählungen erschienen war.

Goethes Lustspiel „Die Wette“, das er in Teplitz vor hundert Jahren geschrieben hatte, wurde nun dort aufgeführt; eigentlich war der Plan des Lustspiels von der Kaiserin Maria Ludovika. — Historische Festspiele wurden in Friedland aufgeführt (Öst. Zll. Ztg., 31. Juli).

Segantinis Tochter gab dessen „Schriften und Briefe“ heraus (Leipzig). Ein schönes Jugendbildnis des zehnjährigen Mozart, das der berühmte Grenze

in Paris 1766 gemalt hatte, wurde wieder aufgefunden: „Wie das Kind Mozart uns anschaut: mit tiefen, herrlichen Augen, den Mund geschlossen, als hätte das Weh des Genies schon an diesem Kinderherzen genagt, und über die Züge kindliche Einfalt, Unschuld und Weltferne geschüttet...“ (Jll. Ztg., 22. Sept.).

Rud. Sagmeister schuf das große Wandgemälde für die Marienkirche in Neumargarethen (Wien) (Öst. Jll. Ztg., 30. Jänner). A. Egger-Vienz malte Egel und Kriemhilds Einzug in Wien (Öst. Jll. Ztg., Juni).

Für die schöne neue Kirche auf dem Wiener Zentralfriedhof schuf Th. Charlemont in Relief die Apotheose der Kaiserin Elisabeth (Öst. Jll. Ztg., 16. Jänner). Ein Kaiser-Franz-Josef-Denkmal wurde in Gablonz, eines in Komotau errichtet (Öst. Jll. Ztg., 21. Aug., 25. Sept.). Ein Kaiser-Josef-Denkmal wurde zu Czernowitz bei Brünn enthüllt (Öst. Jll. Ztg., 2. Okt.). Die Weidmänner der Monarchie stifteten ein Standbild des Kaisers in Jägertracht bei Jschl im Laufener Wald, ein Werk von Leisek (Jll. Ztg., 1. Sept.). Auch Artur Krupp ließ in der Walfster bei Mariazell ein Standbild Kaiser Franz Josefs in Jägertracht aufstellen (Öst. Jll. Ztg., 10. Juli).

Sehr richtig wird in „Österreichs Illustrierter Zeitung“ 21. August von Siegmund Schneider die Platzfrage für das Rudolf-von-Habsburg-Denkmal durch Ausgestaltung des äußeren Burgtores gelöst. Zweifellos ist es, daß dieses Triumphtor, erbaut zum Andenken an die Schlacht bei Leipzig, nach einer plastischen Bekrönung schreit, welche immer es auch sei. Die dort gegebene Zeichnung ist allerdings sehr unzulänglich. Aber auch Hansens Plan der Ausgestaltung des Burgtors ist nicht annehmbar. In derselben Nummer sieht man nach einem Aquarell von Rich. Moser das Andreas-Hofer-Denkmal Parschalls an der Kreuzung von Stubenring und Wollzeile, ein leider auch unausgeführter Gedanke.

Man plante ein Denkmal der deutschen Bundestreue, das, ein Werk Jos. Hausz, auf dem Wiener Mispertplatz aufgestellt werden sollte: eine Rolandssäule, an deren Fuß zwei Gestalten gemeinsam ein großes Schwert halten. Man hat aber seitdem leider nichts mehr davon gehört (Öst. Jll. Ztg., 10. Juli).

J. Siffrader schuf ein schönes Denkmal Peter Siegmairs und seines Vaters zu Dlang im Pustertal (Öst. Jll. Ztg., 24. Juli). Ein scheußliches Denkmal wurde dem Hussitenführer Prokop Holý in Böhmisches-Brod errichtet (Öst. Jll. Ztg., 3. Juli). Dem neuerlich erst berühmt gewordenen Naturforscher Pater Joh. Gregor Mendel, Abt in Brünn, wurde dort ein Denkmal von Th. Charlemont enthüllt (Jll. Ztg., 13. Okt.). Rich. Kauffungen schuf das Grabdenkmal Anton Mengers auf dem Wiener Zentralfriedhof (Öst. Jll. Ztg., 27. März). St. R. v. Lewandowski entwarf ein Denkmal für Graf Andreas Potocky in Lemberg (Jll. Ztg., 4. Aug.). Das gewaltige Jagello-Denkmal in Krakau war eine Spende des Klaviervirtuosen Paderewski (Öst. Jll. Ztg., 31. Juli). In Tepliz wurde vor dem Seume-Denkmal zum hundertsten Todestag des „Spaziergängers“ eine Gedächtnisfeier veranstaltet.

Auf dem Wiener Zentralfriedhof erstand die schöne Begräbniskirche von Max Hegele (Öst. Jll. Ztg., Dez.). In Wien wurde das neue Urania-gebäude eröffnet (Jll. Ztg., 28. Juli).

Eine istrianische Landesausstellung wurde in Capodistria veranstaltet (Jll. Ztg., 21. Juli).

Im Attersee bei Kammer wurde ein Pfahlbau rekonstruiert (Zll. Ztg., 8. Sept.). Bei Willendorf in Niederösterreich wurde von Szombathy ein urzeitliches Skulpturwerk, die „Venus von Willendorf“, ein scheußliches Idol, gefunden, dessen Alter man auf zwanzigtausend Jahre schätzte (Öst. Zll. Ztg., 20. Febr.).

Igo Strich machte erfolgreiche Flüge über dem Steinsfeld bei Wiener-Neustadt.

Italien.

Die Italiener ergingen sich in antiösterreichischen und antikerikalen Demonstrationen; so bei einem Vortragsabend der futuristischen Dichterschule in Mailand 15. Februar und bei der Giordano-Bruno-Feier in Rom 20. Februar. — Das neue Kabinett Luzzatti (seit 30. März) suchte allerdings die Festigkeit des Dreibundes zu bezeugen und die allgemeine religiöse Toleranz. Öffentliche Prozessionen waren wohl seit einigen Jahren wieder stillschweigend geduldet worden, doch machte sich eine neuerliche Agitation dagegen geltend. — Die Kammer beschloß die Schaffung einer Luftschiifflotte. — Die antimodernistischen Eidesleistungen begannen im November. — Prinz Viktor Napoleon feierte seine Vermählung mit Prinzessin Klementine von Belgien im Schloß zu Moncalieri. Er erklärte den geladenen französischen Journalisten, daß er seine Ansprüche nicht aufgebe, aber die Zeit sei noch nicht gekommen. Er wolle nur durch das Volk triumphieren. — Man feierte den Handstreich Garibaldis auf Sizilien vor fünfzig Jahren. Aus den eben erscheinenden Memoiren Crispis schien sich aber zu ergeben, daß Crispi der Hauptankstifter war, und Garibaldi bis zum letzten Augenblick zauderte.

Kardinal Merry del Val trat vom Staatssekretariat des Vatikans zurück.

An dem Platz, wo König Humbert 1900 einem Attentat zum Opfer fiel, wurde ein religiöses Denkmal errichtet (Zll. Ztg., 4. Aug.). Ein unglückliches Denkmal König Humberts wurde in Neapel enthüllt (Zll. Ztg., 1. Dez.).

Gabriel d'Annunzio plante mit Mario Fortuny und Lucien Hesse ein Reformtheater, ein ambulantes Gebäude ohne Dekorationen und Kulissen, nur durch Projektionsapparate beleuchtet, so daß man unter offenem Himmel zu sitzen glaubt. Das Gebäude soll in wenigen Stunden auseinanderzunehmen und wieder zusammenzufügen sein.

Auf dem angeblichen Grabe Romeos und Julias zu Verona wurde ein Shakespeare-Denkmal errichtet (Öst. Zll. Ztg., 13. Nov.).

Rob. Kohnrausch schilderte „Deutsche Denkstätten in Italien“ mit Bildern von Pelegriani.

Papst.

Papst Pius X. richtete an den Schweizer Professor Decurtins einen Brief, der in den Akten des Apostolischen Stuhles (10. Okt. 1910) abgedruckt erschien. Er lobte dessen Schrift über den Modernismus in der Literatur und sagte: „Seit längerer Zeit haben Wir die Beobachtung gemacht, daß der Modernismus sich auch in die Literatur eingeschlichen habe, in die Romane und in die literarische Kritik. Dieser neue Kunstgriff, dem Irrtum Verbreitung zu verschaffen, hat Uns bitter geschmerzt.“



Man hat nach Erlaß Unserer Enzyklika Pascendi, welche ganz direkt den philosophischen und theologischen Modernismus traf, Schleichwege eingeschlagen, um jene verderblichen Irrtümer doch weiterzutragen. Daher die Menge solcher Schriften, welche darauf abzielen, die Geisteskultur der Kirchenfeinde mit dem höchsten Lobe zu erheben, die literarischen Erzeugnisse von unserer Seite aber als minderwertig zu verspotten, auf eine verschwommene Religiosität Loblieder anzustimmen. Wie falsch das sei, ist leicht zu erkennen. Denn jedem, der die Geschichte der katholischen Kirche studiert, wird offenbar werden, daß sie die Mutter und Nährerin aller Bildung war, ohne irgendeine Seite der Kultur auszuschließen. . . " Da die Ausführungen von Decurtins sich auch gegen den Roman „Jesse und Maria“ von Enrica v. Handel-Mazzetti gewendet hatten, säumte diese Schriftstellerin nicht, eine Erklärung an die Presse zu richten, worin sie ihrer Unterwerfung gegenüber der kirchlichen Autorität vollen Ausdruck gab. Davon nahm auch der Papst gerne Kenntnis.

In Frankreich setzten die Studenten die nationalistisch-monarchischen Kundgebungen fort. Eine Warnung des Herzogs von Orleans wurde von den Royalisten im Heer als zu mattherzig bedauert. Die Wahlen vom 8. Mai ergaben 71 Reaktionäre, Monarchisten und Klerikale, 17 Nationalisten, 59 Gemäßigte, 93 Linksrepublikaner, 248 Radikale und Radikal-Sozialisten, 29 unabhängige Sozialisten, 74 orthodoxe Sozialisten. — Die „Katholischen Republikaner“ unterwarfen sich (30. Aug.) dem Gebot des Papstes; ihre Vereinigung „Die Furche“ (Le Sillon), die seit 1895 bestand, löste sich auf; sie wollte für Annahme der Kultusverbände eintreten, gegen den Willen der Kurie.

Paris stand im Kampf mit den „Apachen“; deren waren auch viele in der Armee. — Der Unterrichtsminister wehrte sich gegen die Angriffe auf die Laienschule. — Der Plan eines neuen Vagesendurchstichs zur Erleichterung des Verkehrs zwischen Frankreich und Deutschland wurde aus militärischen Bedenken abgelehnt. — Der Sozialist Gustav Hervé wurde wegen seiner aufreizenden Schrift „Guerre sociale“ zu vier Jahren Gefängnis verurteilt; er trat aus der Partei aus, um eine besondere Fraktion von Umsturzsozialisten zu gründen. — Abbé Wetterlé agitierte in Paris für Elsaß, besonders angesichts der Verfassungsvorlage, die dem Reichsland größere Autonomie versprach. — Am 18. April wurde unter dem Vorsitz des Ministers Pichon die Internationale Konferenz zur Unterdrückung des Mädchenhandels und gegen die Verbreitung der Schmutzliteratur eröffnet. — Minister Briand schien sich von den Radikalsozialisten zu trennen. — Man nahm es übel, daß Brasilien deutsche Offiziere als Instruktoren für das Heer suchte. — Man feierte die fünfzigjährige Zugehörigkeit Savoyens zu Frankreich (6. Sept.). — Die Abhaltung eines national-ägyptischen Kongresses wurde verboten. — Vom 10. bis 18. Oktober währte ein allgemeiner Streik der Eisenbahner; daraufhin wurden alle wehrpflichtigen Eisenbahner zu Kriegsausübungen einberufen. Jaurès warf dem Ministerpräsidenten vor, daß er die Koalitionsfreiheit der Arbeiter verlege, für die er vor drei Jahren eingetreten war; Briand antwortete: „Es kann Fälle geben, wo man im höheren Interesse selbst zur Ungeheuerlichkeit greifen muß.“ Briand bildete nach einer Krisis

Frankreich.

am 3. November ein neues Ministerium ohne den sozialistischen Millerand, der für das Streikrecht der Staatsbeamten eingetreten war. Ein royalistischer Tischler machte am 20. November ein erfolgloses Attentat auf Briand. Die Eisenbahner führten aber nun „tropfenweise Resistenz“ durch, das heißt, sie verbrachten die Dienststunden mit Nichtstun oder führten die laufenden Arbeiten absichtlich verkehrt aus.

Zur Tausendjahrfeier der Gründung von Abtei und Orden in Cluny wurde ein historischer Festzug veranstaltet (Öst. Ill. Ztg., 2. Okt.).

Die Provenzalen feierten den achtzigsten Geburtstag ihres Dichters Frederic Mistral.

„Chantecler.“

Rostands Tierdrama „Chantecler“ wurde eine Sensation, man sah darin eine Symbolik des gallischen Hahns, die Kritik sah aber im Dichter einen effektischen Nachkömmling der Romantiker, dessen funkelndes Feuerwerk glattgeschliffener Reime keinen Ersatz bot für die gedankliche Flachheit. Die Pariser Bobhändler begrüßten freilich im schwadronierenden geblähten Gockel die symbolische Auferstehung des gallischen Geistes (Allg. Ztg., 12. Febr.).

Camille Flammarion, der Astronom, behandelte auch die „Rätsel des Seelenlebens“ (Fernsehen, Hellsehen usw.), übersetzt von Gustav Meyrink. Die „politische Geschichte des modernen Europa“ von Ch. Seignobos erschien nach der fünften Auflage des französischen Originals in deutscher Übersetzung.

Secard schuf das erste große Denkmal der französischen Revolution im Pariser Pantheon (Öst. Ill. Ztg., 3. April). Zur Enthüllung des Racine-Denkmal in La Ferté-Milon hielt Jules Lemaitre die Gedächtnisrede. Dem Begründer der Champagnerindustrie, dem Benediktinermönch Dom Perignon (1638—1715), wurde zu Eprenay ein Denkmal gesetzt (Öst. Ill. Ztg., 24. Juli). Ein Rousseau-Denkmal wurde zu Chambéry enthüllt (Öst. Ill. Ztg., 25. Sept.). Ein absonderliches Denkmal für Muffet schuf R. Moncel (Ill. Ztg., 28. Juli). Gabriel Pech modellierte das hübsche Denkmal des Märchendichters Perrault (1628—1703) für den Tuileriengarten (Öst. Ill. Ztg., 13. Nov.). Ein Waldeck-Rousseau-Denkmal von Marqueste wurde in Paris enthüllt (Ill. Ztg., 21. Juli). Für Jules Ferry wurde ein rednerisch-posierendes Denkmal in Paris aufgestellt (Ill. Ztg., 24. Nov.).

Schumanns „Karneval“ wurde als Tanzpantomime in Paris durch eine russische Ballettgesellschaft aufgeführt.

England.

In England suchte das liberale Kabinett Asquith die Reform des Oberhauses durchzuführen. Die Opposition klagte, dies bedeute die Aufhebung des Zweikammersystems, den Sturz der Verfassung, wenn man das absolute Vetorecht des Oberhauses abschaffe. Aber die Ziviliste des Königs und die Jahrgelder der Prinzen sollten erhöht werden. Die innere Lage Indiens erschien sehr unruhig. Die Schotten verlangten Selbstverwaltung und einen eigenen Landtag. Die englischen Sozialisten spotteten über die doktrinarischen deutschen Genossen mit ihren unpraktischen Phrasen. Im November hielt der Schatzkanzler Lloyd George eine heftige Rede gegen den aristokratischen Charakter der Verfassung: wenige französische Freibeuter aus der Normandie hätten einst die Besitzer in England getötet und eine Totensteuer von hundert Prozent

erhoben; so entstand die britische Aristokratie. Die Suffragetten wurden immer frecher und gewalttätiger, immer unweiblicher in der Entziehung des Frauenstimmrechts. — Konservative und Liberale verbündeten sich gegen Iren und Sozialisten, die allein das Bedürfnis nach einer konstitutionellen Umwälzung hätten. — Die Handelskammer bildete eine englisch-deutsche Abteilung mit dem Sitz in Hamburg. — Ein englisches Militärluftschiff wurde durch Sturm zerstört.

Des Engländers J. H. Breasted „Geschichte Ägyptens“ erschien in deutscher Übersetzung von G. Ranke. — Meyerfeld gab „Ästhetisches und Polemisches“ von Oskar Wilde heraus. — Die Kunst lernte manches von den Engländern; man beherzigte Ruskins Spruch: „Die Kunst eines Landes ist die Summe seiner gesellschaftlichen und politischen Tugenden.“ Und Whistlers Spruch: „Dem Maler sagen, die Natur so zu nehmen wie sie ist, heißt dem Klavierspieler sagen, er solle sich auf's Klavier setzen.“

Eine lange vorbereitete Umwälzung trat in Portugal ein. Nach kurzen Straßenkämpfen in Lissabon 4. Oktober floh die königliche Familie am 5. Oktober. Eine provisorische Regierung verkündigte: „Volk, Armee und Marine haben die Republik proklamiert. Die Dynastie der Braganza, die üblen Wollens und mit Absicht den sozialen Frieden des Landes gestört hat, ist für immer aus Portugal verbannt.“ Dem Klerus wurde verboten, die Straßen in Amtskleidung zu betreten; sämtliche Kongregationen wurden aufgelöst, deren Mitglieder des Landes verwiesen. Mehrere Klöster wurden erstürmt, Mönche und Nonnen mit blutiger Gewalt vertrieben. Der Adel und die erste Kammer wurden abgeschafft, die kirchlichen Wohltätigkeitsanstalten verweltlicht. Der Nuntius verließ Portugal. England schlug den Mächten vor, bei der Anerkennung des neuen Regiments gemeinsam vorzugehen. Deutschland und Österreich protestierten gegen die Ausweisung der ihren Ländern angehörigen Missionäre aus den portugiesischen Kolonien, welche Ausweisungen den Verträgen von 1884 und 1890 widersprachen; es handelte sich um Jesuiten und Väter vom Heiligen Geist.

Auch die spanische Regierung proklamierte den Kampf gegen den Alerikalismus. Der Kampf ging hauptsächlich um die Laienschulen und Klöster. Ein Anarchist verletzte sich selber bei einem Bombenattentat auf den König (23. Mai). Der religiöse Eid wurde bei allen bürgerlichen Handlungen abgeschafft. Vergebens protestierten dagegen 200.000 spanische Frauen unter Führung der Marquise del Valle. Ministerpräsident Canalejas führte aber im Senat 2. Juli aus, das Vorgehen der Regierung sei nicht gegen die religiösen Gefühle des Volkes, sondern lediglich gegen den „Alerikalismus“ gerichtet. Aber dieser Antiklerikalismus stärkte die Sache der Karlisten, und der Prätendent Don Jaime de Bourbon erließ aus Schloß Frohsdorf in Österreich ein Manifest an seine Getreuen.



Der Schweizer Aviatiker Chavez überflog den Simplon 23. September, starb aber an den Folgen der gewaltsamen Landung. Henry Dunant, der Begründer des Roten Kreuzes, starb 82 Jahre alt zu Heiden. Die künstlerische Erziehungslehre des Schweizers Emil Jaques-Dalcroze in Genf war nur eine andere Art pedantischer Schulmeisterei (All. Ztg., 26. Mai). In Novaggio bei Lugano (Schweiz) gründete der deutsche „Bhikku Nyanatiloka“ ein Buddhistenkloster mit zwei Genossen.

Die Jesuitenniederlassung in Luxemburg, die 1897 als Anfang einer zu begründenden Universität erbaut worden war, wurde vom luxemburgischen Staat angekauft; die Jesuiten wanderten nach Holland aus.

Brüssel.

In Brüssel wurde eine Weltausstellung eröffnet; zugleich fand ein Weltkongreß der internationalen Vereinigungen statt 9. Mai; leider brannte ein großer Teil des Ausstellungsgebäudes ab (14. Aug.). Es folgte 12. bis 23. September eine internationale diplomatische Seerechtskonferenz. Auf dem national-ägyptischen Kongreß 23. September beklagte eine Ägypterin die Invasion ausländischer Frauen, die von Ägyptern geheiratet werden; durch solche Heiraten werde die Nation von fremdem Einfluß bedroht. Das deutsche Kaiserpaar besuchte Brüssel am 25. Oktober; der Kaiser hielt einen deutschen Trinkspruch, zum Erstaunen der französischen Welt. In Antwerpen war man wegen der beabsichtigten Befestigung des holländischen Vlissingen besorgt. — Bei den Neuwahlen hatten die „Klerikalen“ 50, die Liberalen 23, die Sozialdemokraten 12 Mandate inne.

Heise beschuldigte Maeterlinck des Plagiats, weil er ein Motiv aus seiner „Maria von Magdala“ sich angeeignet hatte. Das war nicht zu leugnen, wurde aber entschuldigt (Allg. Ztg., 29. Jan. u. 5. Febr.).

Ein Haager Schiedsspruch entschied die alte Streitfrage der neufundländischen Fischerei zwischen England und Amerika. — In Amsterdam begrüßte am 15. September der Bürgermeister das belgische Königspaar in holländischer Sprache und König Albert antwortete flämisch. Das ist ungefähr so, wie wenn der Bürgermeister von Wien den bayerischen König im niederösterreichischen Idiom begrüßte, und der König würde im Münchener Dialekt antworten.

Kopenhagen.

Auf dem achten internationalen Sozialistenkongreß zu Kopenhagen 28. August bis 3. September verlangten die Tschechen tschechische Gewerkschaften, Dr. Adler aber im Namen der übrigen Österreicher national-neutrale. Die „Independent Labour Party“ beantragte Ausschließung Hyndmans, des Führers der marxistischen Sozialdemokratie, aus dem internationalen Büro wegen seines Eintretens für die Flottenvermehrung. Weitere Resolutionen protestierten gegen die Unterdrückung der Sozialdemokratie in Japan. Keir Hardies und Baillants Resolution über den allgemeinen Streik als Kriegsverhinderungsmittel wurde einstimmig angenommen.

Von Einar Jónsson, Islands Bildhauer, berichtet die „Illustrierte Zeitung“ 24. November.

Zu Ehren des Begründers der Lichtheilkunde Niels R. Finzen schuf R. Tegner in Kopenhagen ein Denkmal: drei nackte Menschen auf einem Block (Ill. Ztg., 8. Sept.).

Der achtzehnte internationale Friedenskongreß in Stockholm 2. August wollte jeden Völkerstreit durch Schiedsgerichte geschlichtet wissen. Die Selbständigkeit eines jeden Volks soll unverleßlich sein, es soll kein Recht der Eroberung geben. Die Völker sind unter sich solidarisch, sie haben das Recht der freien Selbstbestimmung.

Stads  
holm.

Roman Woerner schrieb zwei Bände über S. Jbsen.

In Rußland war man sehr empört über die Kundgebungen deutscher Professoren für die Rechte Finnlands gegen die geplante Aufhebung der Autonomie. Die Wahlen in Finnland (9. Febr.) ergaben 86 Sozialdemokraten, 42 Altfinnen, 28 Jungfinnen, 26 von der schwedischen Volkspartei, 17 Agrarier, 1 von der christlichsozialen Arbeitspartei. — Die Polen weigerten sich, einen slawischen Kongreß in Petersburg zu besuchen. In der Duma erklärte Professor Purischkewitsch am 19. März, auf den russischen Hochschulen gäbe es nichts als Sittenverderbnis, worüber sich großer Lärm erhob. — Aus Kiew wurden am 9. April 651 jüdische Familien, 2700 Personen, ausgewiesen. — Für Festungsbauten an der Westgrenze wurden in geheimer Dumasitzung am 15. April 36 Millionen Rubel bewilligt. — Eine Revision in Turkestan ergab furchtbare Mißbräuche durch brutale Beamtenwillkür. — Rußland verständigte sich mit Japan über Ostasien, mit England über Persien. — Am 27. Mai wurden neuerlich 50 reiche jüdische Kaufleute mit ihren Familien aus Moskau ausgewiesen. — Anarchistische Morde blieben auf der Tagesordnung. — Der Verband polnischer Ärzte in Warschau wurde am 2. August von der Regierung aufgelöst. — Es war eine Blamage, daß das Schlachtschiff Slawa, das an der Jubiläumsfeier in Montenegro teilnehmen sollte, wegen Versagens der Maschinen nur bis Gibraltar kam. — Für neue Festungen zum Schutze von Petersburg, bei Reval und in den finnischen Schären wurden im Oktober 250 Millionen Rubel bestimmt. — Ein der Duma am 8. November vorgelegtes Gesetz sollte die deutschen Kolonisten im Südwesten Rußlands bekämpfen. Stolypin führte aus, Wolhynien sei von preußischen Emigranten durchsetzt, in deren Händen sich neun Prozent der Ländereien befänden. Sie seien nur formell russische Untertanen. Der germanischen Rasse habe das Bestreben zu friedlicher Eroberung durch Kolonisation an. Die Kolonisten verdrängen infolge ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit nicht nur die Russen, sondern auch die wünschenswerten Tschechen und Galizier. In Wolhynien sitzen bereits

146.000 deutsche Kolonisten, die immer mehr Land erwerben. — Eine Adresse des französischen Parlaments an die Duma 10. November trat wieder zugunsten der unverjährbaren Rechte Finnlands ein. Sie wurde mit einer groben Antwort zurückgeschickt, und Purischkewitsch sagte, Frankreich sei ein gottloses Land, das von Gefindel regiert werde. — Graf Leo Tolstoi starb am 20. November zu Astapowo, 82 Jahre alt; er hatte sich am 10. November heimlich von seinem Gute Jasnaja Poljana entfernt nach häuslichen Zwistigkeiten, um für den Rest seines Lebens in Einsamkeit zu verschwinden. Durch einen Brand auf dem Gute Tatjana an der Pola 22. Juli hatte er wertvolle Manuskripte seiner neuesten Arbeiten verloren. Prozessionen zu Ehren seines Begräbnisses wurden von der Polizei auseinandergetrieben. Die Kadetten in der Duma beantragten aber große Ehren für ihn. Sein Sohn Leo gab die hinterlassenen Schriften „Gott ist nicht in der Kraft, sondern in der Wahrheit“ und „Wiederherstellung der Hölle“ heraus, wurde deshalb der Gotteslästerung angeklagt, aber am 3. Dezember freigesprochen. — Das Jahr schloß mit blutigen Studentenunruhen in Petersburg und Odessa.

Gustav Schmidt (Kassel) entwarf das Reiterbild Peters des Großen für Riga (Ill. Btg., 28. April).

E. v. Zepelin schilberte den „Fernen Osten“, 2. Teil: Die Amurbahn.

Bulgarien.

Die großbulgarische Bewegung suchte den König Ferdinand zur Durchsetzung ihrer überschwenglichen Ziele anzureizen. Die Studenten in Sofia wiesen daher den Panславismus und einen allslawischen Kongreß ab, weil sie nur durch eine Balkanföderation ihr Ideal zu erreichen glaubten. Auch König Ferdinand wich dem von Rußland aus angeregten Slawenkongreß in Sofia aus und begab sich auf eine Reise nach Brüssel mit seiner ganzen Familie. Beim panslawischen Kongreß am 14. Juli sprach der Dumapräsident Gutschkow über die russische Politik. Es erfolgten gegen Ende des Jahres Enthüllungen über bulgarische Unterstützung der Aufständischen in Makedonien.

Die neuerbaute Newski-Kirche in Sofia galt als die schönste Kirche des Orients (Ill. Btg., 14. Aug.).

Eine russische Bankgruppe gewährte durch Vermittlung des Gesandten Hartwig in Belgrad dem serbischen Offiziersvereine eine Anleihe von vier Millionen Dinars zur Tilgung von Schulden serbischer Offiziere. Ebenso gewährte Rußland einen Zinsennachlaß für die Anleihe von 1876 und übernahm die Hälfte der Kosten für die Anlage eines serbischen Donauhafens unterhalb des Eisernen Tores. Mit Österreich schloß Serbien am 30. September einen Handelsvertrag.

Nach der Feier seiner fünfzigjährigen Regierung, der auch Ferdinand von Bulgarien und das italienische Königspaar bewohnten, nahm Nikola



von Montenegro durch Beschluß der Skupschtina den Königstitel an (29. Aug.). Zur Eröffnung des neuen Hoftheaters in Cetinje wurde des Fürsten Nikola Volksdrama „Balkanska Carica“ gegeben (Öst. M. Ztg., 24. Juli).

Monte-  
negro.

Es entstand das Gerücht, daß Rumänien eine Militärkonvention mit der Türkei abgeschlossen habe und so als Brücke zur Türkei von den Mittelmächten in die hohe Politik hineingezogen werde, weil Italien gegen die direkte Angliederung der Türkei an den Dreibund Widerspruch erhoben habe. Das wurde allerdings offiziös dementiert (Sept.).

In Griechenland bildete Venizelos am 18. Oktober ein neues Ministerium. Sein Programm versprach vielerlei Reformen, lehnte aber die von manchen geforderte zwangsweise Grundenteignung ab. — Als Mittel zur Versöhnung zwischen Griechen und Bulgaren in Makedonien schlug man die Aufhebung des Schismas zwischen dem öumenischen Patriarchat und dem bulgarischen Exarchat vor; dem widersprachen aber die Panhellenisten und auch die Bulgaren machten Schwierigkeiten.

In Albanien erhob sich ein Streit über arabische oder lateinische Schrift. Ein Aufstand brach im Mai in Oberalbanien aus.

Die protestantische Himmelfahrtskirche in Jerusalem wurde am 9. April im Beisein des Prinzenpaares Citel Friedrich von Preußen und der Prinzen Georg und Konrad von Bayern eingeweiht; tags darauf erfolgte ebenso feierlich die Einweihung der katholischen Zionskirche.

Jeru-  
salem.

Die Dormitioikirche und das Paulushospiz in Jerusalem waren von H. Renard (M. Ztg., 24. März). — A. M. Wolff schuf die Bronzestandbilder des deutschen Kaiserpaares für die Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung in Jerusalem in mittelalterlichem Stil (M. Ztg., 10. März).

Zur Kulturgeschichte der Islamgebiete gab Hugo Grothe Beiträge in der „Allgemeinen Zeitung“ 18. Juni.

Ein Denkmal in Form eines Riesenkanonenrohres wurde für die 1909 gefallenen Kämpfer der türkischen Konstitution auf dem Freiheitshügel zu Konstantinopel errichtet (Öst. M. Ztg., 23. Okt.).

Die Eröffnung der kretischen Nationalversammlung erfolgte am 9. Mai im Namen des Königs der Hellenen. Dagegen protestierte freilich die Pforte. Man wollte auch keine Mohammedaner in die Nationalversammlung aufnehmen; das geschah auf Antrag des Regierungschefs Venizelos 20. Mai. Dafür boykottierten die Türken den griechischen Handel und weigerten sich, die griechische Post zu expedieren. Daraufhin ließ man auf Venizelos' Antrag die Muselmanen ohne Eid zu (9. Juli). An Venizelos' Stelle, der nunmehr das Mandat zur griechischen Nationalversammlung annahm, trat Fumis als Leiter der kretischen Regierung (25. Aug.). Die Schutzmächte versuchten, die Souveränität der Pforte über Kreta aufrecht zu erhalten, und warnten die christlichen Kreter (27. Nov.); freilich vergebens.

Kreta.

Eine französisch-türkische Kommission unterzeichnete am 19. Mai ein Abkommen über die tunesisch-tripolitanische Grenze.

Der ökumenische Patriarch in Konstantinopel protestierte gegen die kirchlichen Gesetze für Makedonien, weil gegen die durch Muhammed den Eroberer und den Kalifen Omar el Katab verliehenen Privilegien verstößend. Der Sultan aber wollte und konnte nichts an dem Votum des Parlaments ändern.

Man entdeckte einen Geheimbund zur Ermordung der Parteiführer der Jungtürken; 63 Personen wurden verhaftet (7. Juli).

Die türkische Regierung schloß am 15. September einen Vertrag mit dem Generaldirektor der anatolischen Bahnen Rauß über die Vorarbeiten zur Bewässerung der Ebene Adana. — Ein Amerikaner Chester bewarb sich aber auch um einen zweitausendkilometrigen Bahnbau in Ostanatolien. — Generaloberst Freiherr v. d. Golz traf zu den Manövern bei Adrianopel am 1. Oktober ein. — Mit einem deutsch-österreichischen Konsortium wurde eine große Anleihe abgeschlossen — ein bedeutungsvolles Zeichen.

Ägypten.

Die ägyptischen Nationalisten, besonders Studenten der Medizinschule, Rechtsschule und Handwerkerschule, hielten eine Totenfeier für ihren Führer Mustafa Kamel Pascha ab. Ein Nationalist tötete am 20. Februar den ägyptischen Ministerpräsidenten Butros Pascha Gali. Darüber hielt am 28. März Roosevelt in der Universität zu Kairo eine scharfe Strafpredigt; er warnte die Nationalisten nachdrücklich vor den papiernen europäischen Konstitutionen. Die gesamte britische Garnison patrouillierte durch alle Gassen der Stadt, um die Fanatiker einzuschüchtern.

Äfrika.

Die Südafrikanische Union wurde am 31. Mai in Kapland proklamiert. Bei den Wahlen zum ersten Parlament (15. Sept.) eroberten von 121 Sitzen die Nationalisten (Afrikaner, Buren) 67, die Unionisten unter Jameson 37, die Arbeiterpartei 4 Sitze; 13 erklärten sich für unabhängig. Dr. Jameson wies auf dem Festbankett am 1. November im Parlamentsgebäude auf die Möglichkeit hin, die Krisis in Großbritannien durch Verleihung von Autonomie an Schottland und Irland beizulegen; nach der dadurch erreichten inneren Konsolidierung könne sich Großbritannien mit den vier Schwesterstaaten Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika zu einer weiteren Union verbinden und die imperialistische Idee verfolgen.

Indien.

Gegenüber der revolutionären Agitation der indischen Brahminen wurde das Aufstandsgesetz am 14. Januar auf ganz Britisch-Indien ausgedehnt. Ein junger Bengale, angeblich Anarchist, tötete während der Verhandlungen gegen die Verschwörer von Mipur den Hauptdetektiv (24. Jan.). Er wurde bald darauf gehängt. Die Jahresversammlung der indischen Mohammedanerliga in Delhi erklärte am 30. Januar ihre loyale Haltung. Zur Unterdrückung der Agitation wurden am 8. Februar Aus-

nahmeverfügungen gegen gefährliche Zeitungen erlassen. Der Dalai-Lama kam am 13. März auf seiner Flucht vor den Chinesen nach Kalkutta und tauschte mit dem Vizekönig Besuche aus. Zwischen Hindus und Mohammedanern kam es am 23. März und 9. Dezember zu blutigen Reibungen. In Lahore wurde am 30. Mai der Polizeiinspektor nachts auf dem Dach seines Hauses ermordet. Elf Bengalen der höheren Klassen wurden bei Vorbereitungen zur Zerstörung von Eisenbahnen und Tunnels ergriffen und wegen Hochverrats zu verschiedenen Strafen verurteilt (30. Aug.).

Um Persien wetteiferte russischer und englischer Einfluß; dazu Persien. kamen heillose innere Unruhen und Wirren. Das Parlament suchte eine nativistische Haltung zu bewahren; diese war besonders gegen russische Übergriffe gerichtet. Man ließ in Tabriz die Basare schließen, um die russischen Truppen durch Nahrungsmangel zum Abzug zu zwingen. Als patriotische Demonstration erfolgte ein Streik der Beamten 17. März. Da Rußland und England darauf bestanden, daß Persien keinen andern Einfluß als den ihrigen dulde, und da der deutsche Botschafter in London dies als Widerspruch mit den Grundsätzen des internationalen Rechts erklärte, entstand eine gefährliche Lage. Man fürchtete sich vor einer deutschen Intervention. Das Parlament wählte am 23. September einen Regenten Nasr el Mulk. England gebrauchte im Oktober ausgiebige Selbsthilfe, empörte aber dadurch die schiitische Geistlichkeit Persiens und außer Persien. In einer großen Volksversammlung am 17. November wiesen fünf Redner nach, daß Rußland von jeher ein Gegner jeglichen Fortschrittes Persiens war und daß nun auch England Persiens Selbständigkeit bedrohe. Die Redner befürworteten eine Anlehnung an die Türkei, die gewiß bereit wäre, den Persern in ihrer Not beizustehen. Im äußersten Fall müsse man sich an den Deutschen Kaiser als den wahren Beschützer des Islams wenden. Eine Resolution erging an alle Parlamente und Höfe mit Einspruch gegen das russisch-englische Verfahren und Bitte um Hilfe für das bedrohte Persien.

Nach Deutschland blickte auch China; eine chinesische militärische China. und Marinestudienkommission fand ihre Erwartungen in Deutschland verwirklicht. Im Innern freilich war man noch nicht reif zum versprochenen Parlamentarismus. Eine arge Verwirrung entstand, als der Dalai-Lama von Tibet im Februar vor einer chinesischen Besatzungsarmee aus Lhasa nach Indien floh; die chinesische Regierung erklärte ihn für abgesetzt und befahl die Wahl eines Nachfolgers. Rußland nahm sich des Dalai-Lamas an, der das geistliche Oberhaupt zahlreicher russischer Buddhisten war. Die Sklaverei in China wurde am 10. März aufgehoben, das Verbot der Opiumkultur mit neuer Strenge durchgeführt. Eine internationale Industrieausstellung wurde in Nanking veranstaltet. — Der russisch-japanische Vertrag



vom 3. Juli beunruhigte China wegen der Folgen für Mongolei, Turkestan und Mandschurei. Am 3. Oktober wurde endlich das chinesische Vorparlament durch den Prinzregenten eröffnet; das eigentliche Parlament sollte in drei Jahren folgen. Das Vorparlament petitionierte um Ablegung des Zopfes und europäische Uniform für Beamte, aber ohne Erfolg.

Ein chinesischer Gesandter äußerte sich über das russisch-japanische Abkommen: „Der Schwache hat kein Recht, über Dinge zu klagen, die ihm nicht genehm sind. Er braucht sich nicht erst dem Teufel zu verschreiben, er wird vom Teufel schon selber geholt.“ Übrigens litt auch Japan unter Unruhen und „anarchistischen“ Komplotten. Am 22. August vollzog Japan die förmliche Annexion von Korea zur „Kolonie Tschosen“. Der bisherige Kaiser und sein Vater, der 1907 zur Abdankung gezwungen worden war, erhielten die Titel von kaiserlichen Prinzen von Japan und entsprechenden Unterhalt. Der koreanische Adel wurde in die japanische Adelsliste eingetragen und erhielt Vermögensvorteile. An die dreizehn Provinzen wurden sechsunddreißig Millionen Mark Unterstützungsgelder verteilt.

Romisch macht sich der Marquis Ito auf dem Denkmal zu Tokio (Ill. Ztg., 1. Dez.).

Oskar Münsterbergs „Chinesische Kunstgeschichte“ brachte etwas Licht in die Entwicklung der ostasiatischen Kunst.

Über das ostasiatische Theater orientiert ein Artikel der „Illustrierten Zeitung“ 23. Juni.

Um Australiens Wehrtüchtigkeit zu stärken, hielt Lord Kitchener eine Armee von 80.000 Mann für notwendig.

Kanada. In Kanada waren im Jahre 1909 über 180.000 Personen eingewandert, davon mehr als die Hälfte aus der Union, mit einem Durchschnittskapital von tausend Dollars pro Kopf. Im Jahre 1910 zählte Kanada gar 350.000 Einwanderer. Zu Montreal wurde vom 5. bis 7. September der Eucharistische Kongreß abgehalten. Kardinal Vanutelli feierte dabei die in Kanada herrschende Religionsfreiheit. Als aber der Jesuit Vaughan die protestantische Kirche als seelenlos bezeichnete, protestierten die Protestanten. Kanada legte Dock- und Werften an, um selber Kriegsschiffe bauen zu können.

Amerika. Präsident Taft verlangte in einer Sonderbotschaft an den Kongreß vom 7. Januar eine schärfere Beaufsichtigung der Eisenbahngesellschaften. Gegen den Sekretär des Innern Ballinger wurde der Vorwurf erhoben, daß er die Trusts ungebührlich begünstige. Taft verteidigte ihn aber. — Spitzbergen, ehemals norwegisch, wurde am 21. Januar als herrenloses Land wegen seiner Kohlengruben annektiert. — Bei der Untersuchung gegen den Fleischtrust stellte sich heraus, daß die gesamte Fleischindustrie sich in den Händen von fünfzehn Personen befand. Zollunterschlagungen mittels Gewichtsfälschung wurden aufgedeckt. In Philadelphia fanden Straßenkämpfe zwischen Polizei und streikenden Straßenbahnern statt. — In San Francisco gab es antijapanische Demonstrationen. — Der Groß-

bankier Jakob Schiff in Newyork wies am 7. März auf die Annäherung Rußlands an Japan hin und erklärte, Japans Interesse für den Feind des Menschengeschlechts werde in einem oder zwei Jahrzehnten eine Weltgefahr bilden; dabei suche England im Trüben zu fischen. — Rockefeller stiftete im März 1200 Millionen Mark für die Ausbreitung der Zivilisation des amerikanischen Volkes und zur Förderung und Verbreitung der Wissenschaften. — Im Staate Maryland wurde den Negern das Wahlrecht gesetzlich entzogen. — Die Volkszählung ergab eine Zahl von 91,972.266 Einwohnern, in Newyork  $4\frac{3}{4}$ , in Chicago  $2\frac{1}{2}$ , in Philadelphia  $1\frac{1}{2}$  Millionen. — In Kuba mußte ein Negeraufstand unterdrückt werden. — Der polnische Nationalbund enthüllte im Mai die Denkmäler der Freiheitshelden Kosciuszko und Pulaski. — Als Gegengabe für das Friedrich-Denkmal sandte man dem Deutschen Kaiser die Statue Steubens, des deutschen Generals im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg.

Ende Juni fand zu Washington ein Polenkongreß statt; man empfahl Annäherung an Japan und Österreich. „Der Anschluß selbst eines Teiles des polnischen Gebietes Rußlands an Österreich würde die Bedingungen einer realen Union schaffen: die Umwandlung Galiziens mit den angeschlossenen Gebietsteilen in ein polnisches Reich.“ — Aus Wut über den Sieg des schwarzen Borgia Johnson über den Weißen Geffries (4. Juli) fielen die Weißen in vielen Städten über die Neger her und töteten eine Anzahl von ihnen, zum Teil nach Abhaltung von Lynchgerichten.

Roosevelt kehrte nach Amerika zurück, nachdem er in Christiania als Preissträger der Nobel-Stiftung am 4. Mai den pflichtgemäßen Vortrag im Nationaltheater gehalten hatte. Das Geld verwandte er zur Begründung eines Fonds zur Förderung des industriellen Friedens, zur Beugung der Annäherung des Kapitalismus wie der grausamen Gier und Gewalttätigkeit der Arbeiterwelt, ebenso des ungesunden Militarismus. Der Friede sei gut, aber nicht das höchste der Güter, wenn er nicht mit dem Recht vereinigt sei. „Die größte Schwierigkeit bei der Förderung des Friedenswerks im Haag entsprang aus dem Fehlen einer Exekutivmacht, um die Entscheidungen des Gerichtshofes durchzusetzen. Eine solche Macht könnte wohl durch eine Kombination der großen friedewünschenden Nationen hergestellt werden.“ In Amerika entfaltete Roosevelt am 5. September sein politisches Programm einer Antitrustgesetzgebung, hatte aber persönlich keinen Erfolg. Allerdings wurden am 13. September die zehn angesehensten Mitglieder des Fleischtrusts, darunter Ogden Armour, auf Grund der Antitrustgesetze verhaftet. Aber der demokratische Staatskonvent nahm am 30. September eine Plattform an, welche Roosevelts neuen Nationalismus entschieden verurteilte, da er zur Zentralisierung der Regierungsgewalt in den Händen der Exekutive führen würde.

Roosevelt.

Durch den Gewinn von 37 neuen Kongreßsitzigen 8. November erlangten die Demokraten zum erstenmal seit sechzehn Jahren die Majorität. Sie verdankten das einem Umschwung der öffentlichen Meinung und der Spaltung der (zentralistischen) Republikaner in „Korrekten“, „Insurgenten“ und „Progressisten“.

Die Einwanderung in die Union ging immer mehr zurück. Erheblicher war sie nur aus Italien, schwächer aus Österreich-Ungarn, Norwegen und Schweden; aus dem Deutschen Reich kamen nur 25.000 gegen 32.000 im Vorjahr, aus Großbritannien 70.000 gegen 92.000 im Vorjahr.

Präsident Taft interessierte sich in seiner Botschaft vom 6. Dezember besonders für die amerikanischen Unternehmungen in China, hinter denen weitaussehende Absichten verborgen waren. Seine Tochter enthüllte das Denkmal des deutschen Generals v. Steuben zu Washington, des Organisators der Armee George Washingtons, am 7. Dezember. Ein Abguß davon kam, wie gesagt, nach Deutschland.

Die antijapanische Stimmung in Kalifornien war so groß, daß ein Ball in Pasadena zu Ehren der Offiziere des japanischen Übungsgeschwaders am 7. Dezember abgesagt werden mußte, weil die Damen sich weigerten, mit den Japanern zu tanzen. — Aber auch Italiener wurden noch immer gehängt.

Der „Deutsch-amerikanische Nationalbund“ und die „Frische Vereinigung“ schlossen ein Bündnis, um eine systematische Erforschung der Mitwirkung aller Rassen an der Geschichte der Union vorzubereiten. — Rud. Cronau schilderte „Drei Jahrhunderte deutschen Lebens in Amerika“.

Graf Baj v. Baja u. zu Lusko schilderte das innere Leben der Vereinigten Staaten „Nach Amerika in einem Auswandererschiff“; Hesse-Wartegg schilderte „Amerika als neueste Weltmacht der Industrie“; Archibald Carn Coolidge „Die Vereinigten Staaten als Weltmacht“.

Das Goethe-Denkmal für Chicago war von Herm. Hahn entworfen (Ill. Ztg., 22. Sept.). R. Bitter modellierte ein sehr würdiges Denkmal für R. Schurz in Newyork (Öst. Ill. Ztg., 26. Juni).

Walter Wellman mußte den beabsichtigten Flug mit dem Lenkballon von Amerika nach Europa nach zweiundsiebzigstündiger Fahrt abbrechen und das Luftschiff im Meer seinem Schicksal überlassen.

Ein Amerikaner Samuel Oberley Groß aus Chicago beschuldigte Kostas des Plagiats. Eine ähnliche Tierkomödie wie Chantecler hat übrigens schon Schifaneder geschrieben.

Generaloberst Freiherr v. d. Goltz nahm als Bevollmächtigter des Deutschen Kaisers an der Zentenarfeier und Weltausstellung in Argentinien teil.

Ein panamerikanischer Kongreß zu Buenos Aires (12. Juli bis 30. Aug.) vermied es, die Monroe doktrin bestimmter zu fassen oder zu erweitern.

Nikaragua protestierte gegen die Intervention der Vereinigten Staaten und forderte die andern Mächte um Hilfe dagegen auf. Die Union verlängere nur durch ihr Eingreifen den Bürgerkrieg, mit dem man schon selbst fertig werde.

Panama hatte ebenfalls unter dem Druck der Unionsregierung zu leiden.

Brasilien berief eine deutsche Militärmission.

Mexiko.

Präsident Diaz von Mexiko trat bereits in seine achte Präsidentenperiode durch Wahl vom 1. Dezember; er hatte freilich auch mit Aufständischen zu schaffen. In Mexiko wurde ein pompöses Denkmal für den Aztekenhäuptling Cuiclahuac enthüllt zur Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit Mexikos (Öst. Ill. Ztg., 25. Sept.). Kaiser Wilhelm stiftete der jubelierenden Republik Mexiko eine überlebensgroße Statue Alexanders v. Humboldt (Öst. Ill. Ztg., 25. Sept.).

Argentinien stellte zur Jahrhundertfeier seiner Unabhängigkeit vom Spanien die Standbilder von Pena und Castelli auf; sie waren von G. Sberlein modelliert (Ill. Ztg., 13. Jan.).



## Das Jahr 1911.

Tripolis und Marokko. Kuweit. Schiedsgerichtsverträge. Die Franzosen in Fez. Der „Panther“ in Agadir. Kriegsgefahr. Cartwright. Der Marokkovertrag und das Kongoabkommen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich. Krieg Italiens gegen die Türkei, Besetzung von Tripolis. Antimodernisteneid. Kölner Richtung. Jatho und Traub. Bischof Korum. Die neue Elsass-Lothringische Verfassung. Kaiser Wilhelm und die Religion, die Neuroner. Der Papst an den Gralbund. Die Ministerien Wienerth, Gautsch und Stürgkh in Österreich. Ende des „Vaterland“. Reform des Oberhauses in England. Englische Reichskonferenz ohne Zollverein. Aufstand in Albanien. Ägyptischer Nationalismus. Morgan Shuster in Persien. Juanshikai und Sunjatsen in China. Japan in Mexiko. Internationale Kongresse.

Das Jahr 1911 brachte nach langen Spiegelfechtereien den schlecht maskierten Abfall Italiens vom Dreibund, indem es sich ganz gegen den Geist der mitteleuropäischen Politik des türkischen Gebiets von Tripolis <sup>Tripolis</sup> bemächtigte; Italien brachte dadurch den Balkanbund gegen die Türkei zur Reife, entzündete die Begehrlichkeit der Balkanstaaten und wurde so unwillkürlich ein Haupturheber jener Lage der Welt, die im Jahre 1914 eine gewaltsame Lösung der aufs höchste gestiegenen Spannungen notwendig und unabwendbar machte. Indem wir neben der Marokkokrise diesen Tripolishandel im folgenden in den Vordergrund stellen, werden wir wie bisher bei der Betrachtung dieser letzten Jahre das Fortschreiten des allgemeinen Kriegesfiebers verfolgen.

Die Sache begann mit einem Zwischenfall in Tripolis 24. Januar, als der italienische Konsul mit dem türkischen Polizeihaupt in Konflikt kam wegen eines Argentiniers Carlos Guzman, der eine oppositionelle Zeitung in Tripolis herausgab. Der Konsul wollte dessen Landung verhindern, der Türke begab sich aber auf das italienische Schiff und erzwang die Landung des Argentiniers. Die italienische Regierung verlangte sofortige Entschuldigung und Ausweisung Guzmans. Die Türken gaben dem auch nach. Nicht aber die Italiener. Als bald darauf bekannt wurde, eine amerikanische Gesellschaft habe die Konzession zur Ausbeutung der Schwefellager in der Kyrenaika, den östlichen Teil von Tripolis, erhalten, forderten italienische Blätter die Regierung auf, energischer gegen die Türkei aufzutreten. Italien hatte seinerzeit ein Abkommen mit Frankreich geschlossen, wonach es den Status quo in Tripolis zugesichert erhielt, wenn es auf Marokko verzichtete. Nun traf aber die Nachricht ein, daß Frankreich die Dase Ghadames zwischen Tripolis und Tunis besetzt habe. Das beunruhigte die Italiener.

Andererseits war man in Frankreich über die Potsdamer Kaiserbegegnung beunruhigt; man sah darin eine Desorganisation der Tripelemente, man empfand auch den Tod König Edwards als einen fatalen Schlag.

Im Deutschen Reich war man befriedigt über das Abkommen mit Rußland wegen der Ausführung der Bagdadbahn und der Anschlüsse an das persische Bahnnetz sowie wegen des deutschen Handels in Persien. Man feierte am 18. Januar das vierzigjährige Bestehen des neuen

Deutschen Reiches; in den Jubel mischte sich allerdings das Bedenken des „Bayerischen Vaterland“: „Man glaubt im Volke, daß es sich überhaupt nicht mehr darum handelt, eine Katastrophe abzuwenden, sondern nur mehr darum, eine solche möglichst hinauszuschieben.“

Lehrenthal erklärte vor den Delegationen am 30. Januar seine Befriedigung über die Annäherung Rußlands an Deutschland; dagegen bedauerte der Tscheche Kramarsh, daß Österreich dadurch wieder mehr in Abhängigkeit von Deutschland gerate; Österreichs Annäherung an Rußland solle direkt und nicht über Berlin erfolgen. Österreich solle endlich durch eine Erklärung die Legende von einem beabsichtigten Einmarsch in Serbien und nach Saloniki gründlich widerlegen.

Immer entschiedener agitierte Feldmarschall Roberts für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England bei der Hoffnungslosigkeit und völligen Unwirksamkeit der Territorialarmee. Man könne gegen eine Invasion nicht gerüstet sein, wenn man nicht das Beispiel Deutschlands durch Schaffung eines zuverlässigen Volksheeres nachahme (7. Febr.). Über die Raschheit des Flottenbaues wurden immer wieder neue Berechnungen angestellt. Gegen Italiens Absichten auf Tripolis schrieb man: „England befindet sich in einer Verfassungskrisis und findet wahrscheinlich nicht die Zeit und Energie, Italien nein zu sagen. So rechnen wenigstens unsere italienischen Freunde. Wir hoffen, daß sie sich täuschen werden. Die englische öffentliche Meinung wird sich das Einstecken von Tripolis sicher nicht ohne tiefe Entrüstung ansehen“ (27. Febr.).

Der Senatspräsident Dubost beglückwünschte am 11. Februar den Nobelpreisträger d'Estournelles de Constant; aber: „Sie wissen wohl, daß wir als Söhne eines verstimmelten Vaterlandes in dem von Waffen starrenden Europa für den Augenblick nur auf die eine immanente Gerechtigkeit uns voll verlassen können, auf die Gerechtigkeit, die ihre Hand auf den Degenknäuf stützt.“ Aber endlich mag der große Tag der Völkerverbrüderung kommen. — Delcassé schrieb am 22. Februar: „Wir haben zehn Jahre Sicherheit vor uns, wenn das Parlament das Flottenprogramm gutheißt und unsere Diplomatie die Freundschaften, auf die wir rechnen, erhält. Zu dieser Stunde baut kein Volk mehr auf seine eigenen Hilfskräfte allein. Die Interessen knüpfen sich an die Interessen. Die Vereinsamung ist der Anfang des Todes.“ Über die numerische Inferiorität der Armee konnte man sich allerdings nicht täuschen. Aber selbst Jaurès war so nervös, daß er am 7. März auf der sofortigen Einführung des 34-Zentimeter-Geschützes bestand, das dem 30·5-Zentimeter-Geschütz um ein Drittel überlegen sei.

Vom Besuch des Königs Peter von Serbien in Rom, 15. Februar, erhofften die Italiener die Anbahnung engerer politischer Beziehungen, insbesondere im Hinblick auf etwaige neue Umwälzungen auf dem Balkan und die Wahrscheinlichkeit, daß Österreich solche Veränderungen für sich ausnützen würde.

In der Budgetkommission des deutschen Reichstages machte der Kriegsminister am 7. Februar vertrauliche Mitteilungen über die Friedensstärke der

übrigen Staaten, um die Militärvorlage damit zu begründen. Ebenso erfolgten am 17. Februar vertrauliche Mitteilungen über das Fliegerwesen für Heereszwecke. Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg sprach am 11. Februar in Bremen sorgenvoll vom Zurückweichen der deutschen Flagge vor dem englischen, amerikanischen oder gar japanischen Banner.

Edward Grey äußerte sich am 8. März sehr gemäßigt über die deutschen Pläne in bezug auf die Bagdadbahn; das sei eine Sache der türkischen Regierung. Der britische Handel sei geschützt und gleichberechtigt. „Was Ruweit am Persischen Golf anlangt, so ist das eine andere Frage, Ruweit. weil das über das türkische Gebiet hinausgeht. Wir wollen den Status quo in Persien nicht stören, sondern die Piraten am Persischen Golf unterdrücken. Im Vertrag mit dem Scheich von Ruweit ist auch der Status quo bedingt.“ Auf eine Anfrage, ob er während der Zeit seiner Amtsführung irgendeine Verpflichtung gegen Frankreich übernommen oder das Versprechen gegeben habe, britische Truppen in gewissen Fällen zur Unterstützung der französischen Operationen zu entsenden, antwortete in Greys Namen der Unterstaatssekretär Mac Kinnon Wood mit Nein, ohne gerade Glauben zu finden. Der erste Lord der Admiralität Mac Kenna beharrte darauf (13. März), daß England seine Freiheit auf der Hochstraße des Ozeans nicht sichern könne, wenn die Flotte nicht jeder andern Flotte überlegen sei, und zwar in jeder denkbaren Kombination. Edward Grey sprach noch optimistisch von den auswärtigen Beziehungen und von der Beschränkung der Rüstungen, das heißt der wechselseitigen Beschränkung der Ausgaben, auch von Lasts Anregungen zur Förderung des Schiedsgerichtswesens. Eine Resolution Roberts', die eine Steigerung des Flottenbudgets als Bedrohung des Friedens bezeichnete, wurde allerdings im Unterhaus am 17. März mit 216 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Über Woods „Nein“ vom 8. März war man in Frankreich wenig erbaut; man gab nur zu, daß die 1910 stattgefundenen Besprechungen technischen und praktischen Charakters über die Ausdehnung des „Prinzips des defensiven Zusammenwirkens“ ergebnislos geblieben seien. Aber dessenungeachtet bleibe die effektive Grundlage der „Entente cordiale“ das Zusammenwirken der Streitkräfte beider Länder; es ist von Edward VII. vorgesehen und in allen Einzelheiten organisiert worden. Daher das Hinausrücken der britischen Geschwader nach dem Armeelmeer und der Nordsee, die Anlage neuer englischer Marinebasen und die Verstärkung der französischen Flotte im Mittelmeer. Der „Temps“ klagte über Grey 14. März: es genüge für zwei befreundete Mächte nicht, nur Liebeschwüre auszutauschen. Es sei Gefahr vorhanden, daß alle schwebenden Fragen im Orient, in Potsdam, in Peking, in Bissingen und Liberia ohne, ja gegen die Regierungen von England und Frankreich geregelt werden. — Mit Negertrouppen in Algerien machte man zufriedenstellende Erfahrungen. Ebenso mit der zweijährigen Dienstzeit.

Bethmann Hollweg ging auf Greys Gedanken über die Abrüstung am 30. März im Reichstag ein; aber er meinte: „Jeder Versuch

Ab-  
rüstung.



internationaler Abrüstung müßte an der Kontrolle scheitern. Jeder Versuch einer Kontrolle würde nur zu gegenseitigem Mißtrauen führen. Denken Sie an das von Napoleon niedergeworfene Preußen. Napoleon hatte eine Armee von 42.000 Mann zugestanden, er hatte doch wahrhaftig Kontrollmittel an der Hand, und trotzdem gelang es, eine vierfach stärkere Armee aufzustellen . . . Ist es ferner möglich, Schiedsgerichtsverträge ohne die sogenannte Ehrenklausel zustande zu bringen? Diese Klausel bildet den Bestandteil aller bisherigen Schiedsgerichtsverträge: daß kein Schiedsspruch in Anwendung kommt, in dem die Unabhängigkeit, die Ehre, die Lebensbedingungen eines Teiles berührt werden. Man hat dies zwischen England und Amerika erörtert und gemeint, dies würde einer Allianz gleichkommen . . . Internationale, die Welt umspannende, von einem Weltkongreß oktroyierte Schiedsgerichtsverträge halte ich für ebenso unmöglich wie eine internationale allgemeine Abrüstung . . . Deutschland steht den Schiedsgerichtsverträgen nicht ablehnend gegenüber. Uns ist es zu danken, daß im Haag die Einsetzung eines internationalen Friedenshofes zustande gekommen ist . . . Aber wenn sich im Leben der Völker Gegensätze entwickeln, die an die Nieren gehen, so möchte ich den Schiedsvertrag sehen, der imstande ist, diese Streitigkeiten beizulegen . . . Zur Friedfertigkeit gehört Stärke. Es gilt noch immer das alte Gesetz, daß der Schwache eine Beute des Starken wird. Kann ein Volk für seine Rüstung nicht mehr so viel ausgeben, daß es sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt es eben in das zweite Glied, dann sinkt es in die Rolle des Statisten zurück. Es wird immer ein anderer, ein Stärkerer da sein, der bereit ist, seinen Platz einzunehmen. Wir Deutschen in unserer exponierten Lage sind vor allen darauf angewiesen, der rauhen Wirklichkeit unerschrocken ins Gesicht zu sehen. Nur dann werden wir uns den Frieden und unsere Existenz erhalten."

Im ungarischen Abgeordnetenhaus schlug Gieswein am 27. März vor, auf der nächsten Haager Konferenz eine Beschränkung der Rüstungen zu beantragen.

Tripolis.

In Tripolis machte sich immer mehr der türkische Widerstand gegen die italienische „Penetration“ geltend. Die Arbeiter und Träger verweigerten Anfang April der italienischen archäologischen Mission in der Kyrenaika und der mineralogischen Expedition den Dienst; die Italiener aber befürchteten, daß die von ihnen erschlossenen Schwefellager amerikanischen Unternehmern zugewendet werden sollten.

Marokko.

Auf Frankreichs weiteres Vorgehen in Marokko war sowohl das Deutsche Reich wie England aufmerksam. Dillon richtete im englischen Unterhaus an Edward Grey am 4. Juni die Anfrage, ob er versichern könne, daß keine Verhandlungen über eine Teilung von Marokko in Einflußsphären begonnen oder abgeschlossen würden. Grey antwortete ausweichend. Mit der Londoner Deklaration über das Seerecht waren die Kolonien nicht ein-

verstanden, besonders über die Behandlung von Lebensmitteln als Konterbande und die Zerstörung neutraler Schiffe. Grey beschwichtigte am 1. Juni die Bedenken und sagte: daß es im Kriegsfall nur eine Sicherheit für das britische Weltreich gäbe, und das sei die Oberherrschaft zur See. Auch von einer großen Versammlung zu London 19. Juni, der neunzehn Admirale beimohnten und Lord Beresford präsiidierte, wurde die Londoner Seerechtsdeklaration verworfen. Bei der Krönung König Georgs V. 22. Juni waren anwesend das deutsche Kronprinzenpaar, Prinz Heinrich von Preußen, Prinz Ruprecht von Bayern und sonstige deutsche Fürstlichkeiten. Der deutsche Kronprinz überreichte dem König namens des Kaisers den Feldmarschallstab. Bei der Flottenparade waren 167 britische und 18 fremde Schiffe beteiligt; das größte Schiff war der amerikanische „Delaware“ (20.000 Tonnen), die stärksten Maschinen hatte der deutsche Panzerkreuzer „Von der Tann“ (55.000 Pferdekkräfte).

Der Vormarsch der Franzosen nach Fez (24. Mai) brachte die Marokkofrage ins Rollen. Mit der Entsendung des Kanonenbootes „Panther“ nach Agadir verließ Deutschland die Position des beobachtenden Zuschauers der Marokkowirren und griff zur Wahrung deutscher Interessen selber ein. Eine deutsche Note (3. Juli) besagte zugleich: „Deutsche Firmen im Süden Marokkos sind über die Gärung unter den dortigen Stämmen beunruhigt und haben sich an die Regierung um Schutz gewandt. Sobald die Ordnung wieder hergestellt sein wird, soll das mit der Aufgabe des Schutzes betraute Schiff den Hafen von Agadir verlassen.“ über diese Sache konferierten nun der französische Botschafter Cambon und der deutsche Staatssekretär v. Riederlen-Wächter; es wurde trotz der Vertraulichkeit ihrer Besprechungen bald bekannt, daß Deutschland für das Vorgehen Frankreichs in Marokko Kompensationen in Deutschwestafrika verlange. Agadir.  
Kompensationen. Übrigens waren alle beteiligten Faktoren darüber einig, daß Marokko nicht die Knochen eines französischen oder deutschen Arbeiters wert seien, wie der „Vorwärts“ am 9. Juni nach berühmtem Muster schrieb. Man verglich den afrikanischen Besitz Frankreichs und Deutschlands; an Flächeninhalt war der französische Besitz viermal so groß, an Einwohnerzahl nur um ein Drittel höher.

Auf den Jubel Frankreichs über den Vormarsch der Truppen nach Fez folgten schwere Bedenken. Es stellte sich heraus, daß man im Kriegsfall keinen Generalissimus, sondern nur einen Vizepräsidenten des Obersten Kriegsrates habe, worauf das Kabinett Monis am 23. Juni erschreckt demissionierte und einem Ministerium Caillaux Platz machte, das man Ministerium der großen Probleme oder der problematischen Größen nannte. Jaurès schrieb am 3. Juli in der „Humanité“: „Wenn unser Minister des Außern wirklich erklärt hat, Deutschlands Einschreiten widerspreche dem Algecirasvertrag, dann haben wir den Vertrag längst gebrochen. Die Wahrheit ist, daß Deutschland zeigen wollte, es lasse sich vom Possenspiel unserer Kolonialen nicht narren...“ Anders der „Eclair“: „Deutschland, welches für den Augenblick korrekt bleibt, hegt weniger unschuldvolle Hintergedanken; es will sich am Atlantischen Ozean

festsetzen, um die Mittel an der Hand zu haben, uns unaufhörlich Schwierigkeiten zu schaffen und unsern Einfluß zu behindern. Die Ostgrenze genügt uns; wir brauchen keine afrikanische Grenze zwischen uns und Berlin."

England  
warnt.

Viel stärker als Frankreich äußerte sich die deutschfeindliche Stimmung in England; man nannte das Vorgehen der deutschen Regierung einen Blitzstrahl aus heiterem Himmel, ein dramatisches Eingreifen u. dgl. Nach einem Kabinettsrat vom 4. Juli informierte man die deutsche Regierung, daß England eine deutsche Okkupation an irgendeinem Punkt der marokkanischen Küste für ausgeschlossen halte. Als England sich seiner Ansprüche in Marokko zugunsten Frankreichs und Spaniens begab, sei das nur im Interesse dieser beiden Länder gewesen. Aber Deutschland gegenüber wiederholte man das Wort Gladstones an Österreich 1908: Hände weg! (Hands off!) — Am 6. Juli erklärte Ministerpräsident Asquith im Unterhaus, die neue Lage in Marokko berühre die britischen Interessen direkter, als dies bisher der Fall gewesen. England werde bei der Lösung der Frage gebührend Rücksicht nehmen auf den Schutz jener Interessen und auf die Erfüllung der Vertragsverpflichtungen gegenüber Frankreich, die dem Hause wohl bekannt sind. Ebenso ernst äußerte sich Edward Grey. Allerdings zeigte sich bei der Besprechung im Oberhaus 18. Juli, daß die Verpflichtungen gegenüber Frankreich ziemlich verwickelt seien. Am bedenklichsten war die „kriegerische Friedensrede" des Schatzkanzlers Lloyd George am 21. Juli. Er begann damit, daß der Friede die erste Bedingung einer gedeihlichen Entwicklung sei. „Die Welt wird immer reicher, das gilt von jedem Land. Keines hat so großes Interesse am Wohlstand der andern wie wir. Wir sind die Bankiere der Welt, die Produktenmakler der Erde, deren Versicherungsgesellschaft. Alles, was den Wohlstand der andern Länder schädigt, schädigt uns. Der gesunde Verstand der Nationen hat bisher verstanden, eine friedliche Lösung zu sichern. Aber ich fühle mich auch verpflichtet zu betonen, daß Großbritannien unter allen Umständen seinen Platz und sein Prestige unter den Großmächten aufrecht erhalten muß. Englands mächtiger Einfluß hat mehr als einmal kontinentale Nationen vor nationaler Vernichtung bewahrt. Wenn uns eine Situation aufgezwungen würde, in der der Friede nur durch Aufgabe der großen und wohlthätigen Stellung Englands erhalten werden könnte, so würde ein Friede um jeden Preis eine Erniedrigung sein, die ein großes Land wie das unsrige nicht ertragen könnte..." — Die englische Presse zog diese Rede in den kurzen Satz zusammen: „Britannien warnt Deutschland." Oder: „England versichert Frankreich: Macht, was ihr für recht haltet, ich werde mittun." Der deutsche Abgeordnete v. Heydebrand sprach allerdings von der grandiosen Unverschämtheit englischer Minister. Andere deutsche Stimmen nahmen die



„britische Drohrede“ nicht tragisch oder sie meinten, in London und Paris möge man sich hüten, an die Imponderabilien zu rühren, die jetzt Deutschland bewegen.

Der französische Sozialist Jvetot äußerte als Mitglied einer französischen Arbeiterabordnung im Berliner Gewerkschaftshaus 24. Juli: „Wenn die Regierungen es versuchen sollten, die Völker gegeneinander aufzuheizen und eine Nation gegen die andere in den Kampf zu treiben, so werden wir zeigen, daß die Völker schönere Aufgaben zu erfüllen haben. Versucht es nur einmal, ihr Schafsköpfe, ein Volk gegen das andere aufzuheizen und zu bewaffnen, ihr werdet sehen, ob nicht die Völker einen ganz anderen Gebrauch von den Waffen machen werden, die ihr ihnen in die Hand gebt. Wartet ab, ob sie nicht einen andern Feind bekämpfen werden, als ihr glaubt!“ Die deutschen Sozialisten antworteten mit stürmischem Beifall; Jvetot wurde aber am 27. Juli ausgewiesen.

Im revanchelustigen Frankreich jubelte man über die Rede des Lloyd George; sie beweiße, daß die Triple-Entente in Potsdam nicht zerstört worden sei, sie sei so viel wert wie die Entsendung eines Kreuzers in die marokkanischen Gewässer. Man beeilte sich denn auch, zum Chef des Generalstabs und Oberbefehlshaber der Ostarmeen im Kriegsfall den neunundfünfzigjährigen General Joffre zu ernennen. Besonnenere Stimmen machten aber darauf aufmerksam, daß eigentlich nur England einer schnellen Beilegung der Marokkofrage im Wege stehe, da es die Deutschen weder in Agadir noch in Vibreville etabliert sehen wolle. Die Engländer gebärden sich französischer als die Franzosen. Bereits wollte der englische Lloyd keine Kriegsversicherungen übernehmen; während die Kriegsversicherung für Seefahrten am 26. Juli in England vier vom Hundert betrug, betrug sie in Bremen nur einhalb vom Tausend, ein Zeichen, wo die Kriegsabsichten zu suchen waren. Joffre.

Da suchte denn eine Rede des Premierministers Asquith im Unterhaus 27. Juli etwas einzulenkten: „Die Marokkofrage starrt von Schwierigkeiten, aber außerhalb Marokkos denken wir nicht an eine Einmischung. Die Behauptung, daß wir durch Einmischung die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland gestört haben, ist eine böswillige Erfindung. Wir haben nur unser Recht als Signatarmacht des Algecirasvertrages ausgeübt . . .“ Ramsay MacDonald sagte als Vertreter der Arbeiterpartei: „Man kennt unsere Verbindungen mit den Arbeiterorganisationen anderer Länder zum Zweck des Friedens. Aber wir haben nicht die internationale Politik in unserer Hand. Die Äußerungen Lloyd Georges bedauern wir lebhaft. Man möge wissen, daß es bei uns Gruppen gibt, die unaufhörlich danach streben, eine Entscheidung durch das Schwert für zivilisierte Länder unmöglich zu machen oder doch zu erschweren, wenn sie mit Leichtigkeit durch das Tribunal im Haag beigelegt werden kann.“ — Die Presse meinte, es sei unmöglich für England, auf dem Vertrag von Algeciras zu bestehen, nachdem ihn Frankreich, Spanien und Deutschland nacheinander gebrochen haben. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ war sehr befriedigt von Asquiths Erklärung, England werde sich in die territorialen Abmachungen außerhalb Marokko (in Westafrika) nicht einmischen. — In Wien erklärte man die Annahme von Meinungsverschiedenheiten mit Berlin als unsinnig, hielt aber eine besondere Unterstützung des reichsdeutschen Standpunktes diesmal nicht für notwendig, da die Sache wesentlich günstiger liege als 1905 vor der Algecirasakte.

Kriegs-  
rüstun-  
gen.

Der englische Kriegsminister Haldane hielt am 4. August zu Oxford bei Eröffnung der Ferienkurse eine „Friedensrede“ in einer ethnologischen Studie über Großbritannien und Deutschland. Aber es folgten Aufregungen über verdächtige Spione und über ein falsches Gerücht des Kriegsausbruchs zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich (21. August). Eine große Flottenkonzentration fand gegen Ende August im Firth of Forth statt, die Flotte war auf einen Monat verproviantiert. Es hieß, daß sämtliche Munitionsfabriken Tag und Nacht arbeiteten, um die kolossalen Bestellungen der Regierung auszuführen.

Der Historiker Ernest Lavisse sprach in Paris am 16. August über die Gefahr der elsässischen Frage: „Elsaß will sich nicht den Gesetzen und Sitten Deutschlands unterwerfen. Es lebt im Sehnen nach Frankreich. Aber Elsaß ist nicht mehr französisch, weil wir es nicht verteidigen konnten. Die Blicke vom Sühneopfer unserer Niederlage abzulenken, ist uns durch die Gesetze der Ehre verboten. Ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland wird weder von der Mehrheit des deutschen Volkes noch von der des französischen Volkes gewünscht, aber zwischen den beiden Völkern ist eine wahre Freundschaft nicht möglich. Sie fühlen sich einander feindlich, sie ermüden und erschöpfen sich in Anstrengungen und militärischen Ausgaben. Sie stellen Liga gegen Liga, Tripel-entente gegen Tripelallianz. Das ist die Gefahr der elsässischen Frage.“ — Gegen Ende August landete der englische General French in Calais und beaufsichtigte, da die beabsichtigten Manöver aufgehoben waren, die gegen Deutschland errichteten Festungswerke und Militärlager an der Ost- und Nordostgrenze.

Cart-  
wright.

Der als rücksichtsloser Interviewer bekannte Dr. Siegmund Münz veröffentlichte am 24. August in der Wiener „Neuen Freien Presse“ die Äußerungen eines englischen Diplomaten von auffallender Schärfe gegen Deutschland. Es war offenbar der englische Botschafter am Wiener Hof Cartwright gemeint. Er hätte gesagt, Deutschland könne nur ein ärmliches Verhandlungsergebnis erzielen; es habe nur die Wahl zwischen der Unzufriedenheit der Alideutschen und einem Konflikt mit Frankreich. Hoffentlich werde die deutsche Vernunft siegen. England bedaure, ja verurteile entschieden Deutschlands Haltung. Nicht Frankreich, sondern Deutschland, welches herausfordere, sei zur Mäßigung zu ermahnen. Aber hinter Deutschlands äußerer Politik stehe nicht das deutsche Volk. Wie 1870 in Frankreich die Tuilerien, so regiere jetzt in Deutschland eine Clique. Die Tat von Agadir sei von der Umgebung des Kaisers inspiriert worden. Die deutsche Regierung werde durch die Diplomatie über die Stimmung Englands und anderer Länder nicht genügend unterrichtet. Eine Aufrollung der Marokkofrage müsse für Österreich und Italien unerwünscht sein, da ihnen die Türkei näherstehe. Italien sei wegen Tripolis auf das Wohlwollen Frankreichs und Englands angewiesen. Münz behauptete, Cartwright habe ihn in Marienbad zum Frühstück geladen und dabei diese Eröffnungen gemacht. Cartwright ließ aber im Wiener „Vaterland“,

einem nichtjüdischen Blatt, am 12. September erklären, er bedaure jene Veröffentlichung in der „Neuen Freien Presse“, weil sie nicht dem tatsächlichen Inhalt des Gesprächs entspreche, das er in Marienbad auf der Straße mit dem Dr. Münz hatte. Er weise den Vorwurf einer Antipathie gegen Deutschland zurück. Er habe nur das Verlangen der Alldeutschen als übertrieben bezeichnet, die Person des Kaisers mit keinem Wort erwähnt. Die „Neue Freie Presse“ suchte ihre Mitteilungen aufrecht zu erhalten (13. Sept.). Es kam darüber noch zu einer Interpellation im Wiener Abgeordnetenhaus von seiten des „Deutschen Nationalverbandes“ (5. Okt.). — Das englische Reutersche Büro sandte den Berliner Zeitungen am 30. August die Versicherung, vom Auswärtigen Amt die Antwort erhalten zu haben, daß kein britischer Diplomat für das betreffende Interview verantwortlich sei. Direkt depeßierte Cartwright nach Berlin auf eine telegraphische Anfrage: „Ich lehne die Verantwortung für anonyme in den Zeitungen erscheinende Artikel, deren Ursprung schlecht unterrichtete Leute mir zuschreiben, ab. Sir Fairfax Cartwright.“ Die reichsdeutsche Presse sah darin ein Auskneifen und beschuldigte heftig den Botschafter; allmählich schien sich aber doch herauszustellen, daß die größere Schuld den Dr. Münz traf. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ brachten am 12. September die Berichtigung, es sei nicht wahr, daß Münz beim Botschafter geladen war. Der Botschafter habe eines Morgens sein Marienbader Hotel verlassen und sei vor diesem von Münz, den er von früher kannte, begrüßt worden. Die Unterredung habe dann auf dem Wege zu einem acht Minuten entfernten Hause stattgefunden. In dieser kurzen Zeit konnte nicht so viel gesprochen werden, wie Münz angab. Ebenso kategorisch erklärte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 14. September: „Die kaiserliche Regierung hat auf Anfrage von der königlich großbritannischen Regierung die Mitteilung erhalten, daß der englische Botschafter in Wien weder den bekannten Artikel inspiriert, noch die ihm vom Verfasser des Artikels zugeschriebenen Äußerungen getan hat. Damit ist der Zwischenfall für die kaiserliche Regierung in befriedigender Weise erledigt.“

Die Alldeutschen hatten kurz vorher bei einer Versammlung in Plauen die Kundgebung erlassen (23. Aug.): „Gestützt auf die begeisterte Zustimmung des ganzen Volkes und auf die Schlagfertigkeit von Heer und Flotte muß die deutsche Staatsregierung kühl auf den deutschen Ansprüchen in Marokko bestehen; das Deutsche Reich kann nur mit dem letzten französischen und spanischen Soldaten Marokko verlassen. Andernfalls bricht das bereits stark erschütterte nationale Empfinden im deutschen Volke gänzlich zusammen, und unsere Achtung in der Welt, namentlich in der mohammedanischen, verschwindet völlig . . .“ — Indessen wurde über die Kompensationen, die das Deutsche Reich von Frankreich im Kongogebiet verlangte, weiter ver-

Kompensationen.



handelt. — Kaiser Wilhelm sagte am 27. August beim Festmahl des Hamburger Senats: „Der Schutz für Handel und Seefahrt ist in den letzten Jahrzehnten geschaffen worden in der deutschen Kriegsflotte. Sie stellt den Willen des deutschen Volkes zur Seegeltung dar. Ich glaube annehmen zu können, daß es die Ansicht der Hamburger ist, unsere Flotte auch fürderhin zu verstärken, so daß wir sicher sein können, daß uns niemand den uns zustehenden Platz an der Sonne streitig machen werde.“ — Die „Kölnische Zeitung“ faßte am 28. August die Stimmung über Marokko also zusammen: „Der Kernpunkt ist nicht mehr in einem deutsch-französischen Ausgleich der Interessen zu suchen, sondern im planmäßigen Bestreben, Deutschland auf die Knie zu drücken.“ Auch der „Klerikale“, „Bayerische Kurier“ schrieb am 29. August: „Wir wissen, welche Opfer ein Krieg auferlegen würde, und wir wissen, daß dieser nur der letzte Weg sein darf, wenn unsere Lebensinteressen als unabhängige Großmacht berührt werden. Das lassen wir uns unter keinen Umständen gefallen; hier liegt die Grenze des Friedens . . .“ — Auffallend war es, daß bei einer Volksversammlung in Berlin 30. August die Entrüstungsargumente der Redner gegen Frankreich ruhig hingenommen wurden, während jede Anspielung auf England stürmische Demonstrationen auslöste. Am 31. August wurde geschrieben: „Mögen die deutsch-französischen Verhandlungen über Marokko ausgehen, wie sie wollen, ein Ergebnis werden sie für Deutschland unter allen Umständen haben: die Erkenntnis, daß die britische Politik antideutsch ist und bleibt. Eine Verständigung zwischen Berlin und Paris wird den Gegensatz zwischen Berlin und London nicht beseitigen, ja nicht einmal lindern. Aus dieser Tatsache müssen wir die Folgerungen ziehen.“ — In einigen Provinzstädten war ein Andrang zu den Sparkassen zu verspüren, wo man sich törichterweise die Guthaben rückzahlen ließ aus Furcht vor einem Kriege. Mehrere hundert am Handel in Marokko interessierte Firmen wandten sich in einer Eingabe an die Regierung um Schutz und Garantien (9. Sept.). An der Berliner Börse brach eine Panik aus. Aber der Alldeutsche Verband bezeichnete in seiner Tagung vom 10. September zu Düsseldorf den Erwerb von Westmarokko als notwendig für das Vaterland; die Kompensationspolitik sei ungenügend. Auf dem Christlichsozialen Parteitag zu Wiesbaden 11. September sagte Lattmann: „Friedenspolitik jetzt ist Kriegspolitik für die Zukunft.“

Auch in Paris herrschte am 9. September große Aufregung, weil man von außergewöhnlichen kriegerischen Vorbereitungen hörte. Delcassé erklärte am 10. September bei einer Bankettrede in Toulon, Frankreich sei kriegsbereit.

Nach einer bedenklichen Pause wurden am 15. September die Verhandlungen wieder aufgenommen und es verbreitete sich eine optimistischere Stimmung. Nachrichten über militärische Vorkehrungen Belgiens wurden abgeschwächt. Die deutschen Forderungen waren bereits am 12. September durch den französischen Ministerrat angenommen worden. Manche französische Stimmen protestierten freilich gegen die Abtretungen im Kongogebiet an Deutschland, wofür Frankreich nur die Handlungsfreiheit in Marokko erlange bei vollständiger wirtschaftlicher Gleichheit für alle Mächte; man fand, daß Deutschland ein zu gutes Geschäft mache, da es fast nichts hingabe und sehr viel erhalte.

Ebenso geärgert wie die sozialistisch-radikale „Lanterne“ in Paris äußerte sich Maximilian Harden in einem Vortrag in Dresden 12. Oktober

Kriegs-  
bereit-  
schaft.

über die Entwicklung der Politik. Deutschland täte am besten, den Dreibund lieber heute als morgen zu kündigen. Auch der Staatssekretär des Kolonialamts v. Lindequist war mit dem Kongovertrag, der am 2. November paraphiert wurde, nicht einverstanden und trat am 3. November zurück.

Offiziös wurde über das Abkommen am 3. November erklärt: „Die bekannten Ereignisse in Marokko haben erkennen lassen, daß die Ordnung nicht ohne Eingreifen einer europäischen Macht aufrechterhalten werden kann. Ein Sultan, der der tatsächliche Herrscher über das Reich wäre, und der die Macht hätte, die in der Algecirasakte vorgesehenen Reformen durchzuführen, existiert nicht mehr. Nach der Algecirasakte hatte aber keine einzelne Macht das Recht, die Wiederherstellung der Ordnung in Marokko allein durchzuführen. Als Frankreich sich trotzdem dazu anschickte, erinnerte die deutsche Regierung an die Bestimmungen der Algecirasakte; sie gab ihrer Ansicht, daß sie zur selbständigen Wahrung bedrohter deutscher Rechte ebenso berufen sei wie Frankreich zur Wahrung französischer Interessen, durch Entsendung eines Kreuzers nach Agadir zum Schutze dortiger deutscher Interessen Ausdruck. Dies alles hat dann dazu geführt, die Angelegenheit neu zu regeln. Als Grundlage diente das deutsch-französische Abkommen vom 9. Februar 1909. Das Abkommen regelt die französischen Befugnisse unter Voraussetzung der offenen Tür und der Handelsgleichheit; es sichert dem fremden Handel die Eröffnung neuer Häfen je nach Bedürfnis, es ladet die übrigen Signatarmächte der Algecirasakte zum Beitritt ein.“ — Die förmliche Unterzeichnung erfolgte am 4. November zu Berlin. Damit im Zusammenhang stand der ergänzende Kongovertrag, worin Frankreich als Kompensation für die ihm in Marokko zugestandenen Befugnisse im französischen Kongo ein bestimmtes größeres Gebiet abtrat, wogegen das Deutsche Reich ein kleineres Stück Kameruns nördlich der französischen Besitzungen abtrat.

Die alldeutschen Blätter waren über das ganze Abkommen sehr wenig befriedigt; sie wandten sich gegen die Friedenstendenz der Regierung und stellten die jetzige Zeit schlimmer dar als die von Jena und Olmütz; man sprach von einer Besiegelung der Schmach von Agadir; „unser Fall ist so schnell und schrecklich wie der des Frankenreiches von Karl dem Großen bis zu Ludwig dem Frommen. Die Krankheit kommt von oben.“

Eine Denkschrift des Kolonialamts vom 8. November über die Neuerwerbungen im Kongogebiet stellte die Vorteile in günstiges Licht trotz des „Schönheitsfehlers“ der vorspringenden Eckgrenzen. „Der ganze Sinn des Abkommens ist doch aber der, daß es eine neue Ära der Verständigung und Kooperation mit Frankreich auch auf kolonialem Gebiet einleiten soll.“ Aus der gegenseitigen Einräumung von Etappenstraßen ergibt sich als Vorteil das Gefühl der Solidarität der Weißen gegenüber den Eingebornen.

Bethmann Hollweg vertrat das Abkommen am 9. November im Reichstag; er sagte, Lіндеquist widerstrebte dem Erwerb eines großen Kolonialbesitzes, wie er uns jetzt zugefallen ist, er richtete vielmehr seine Wünsche auf kleinere, aber in der Kultur vorgeschrittenere und deshalb leichter und billiger zu verwaltende Gebiete. Er meinte, daß durch die zu erwerbenden 275.000 Quadratkilometer der Schaden nicht aufgewogen würde, der uns durch Abtretung der 12.000 Quadratkilometer und durch Nebenabreden zugefügt werde . . . Man hat gemeint, wir seien zurückgewichen . . . Ja, wenn der Besitz Südmarokkos als ein Lebensinteresse Deutschlands gilt, der wird hier eine Preisgabe des Ansehens Deutschlands erblicken, der muß verlangen, daß wir in den Krieg ziehen, um Südmarokko zu erobern . . . Südmarokko ist zweifellos ein schönes Land . . . aber eine starke Politik kann Deutschland gerade im Sinn einer Weltpolitik nur führen, wenn es sich auf dem Kontinent stark hält. Nur das Gewicht, das wir als Kontinentalmacht einsetzen, ermöglicht Welthandel und Kolonialpolitik. Beide fallen zusammen, wenn wir uns zu Hause nicht stark halten. Erwerben wir Positionen, zu deren Sicherung wir unsere kontinentalen Kräfte verzetteln müssen, dann sägen wir an dem Ast, auf dem wir sitzen. — Freiherr v. Hertling tadelte es, daß dieser so wichtige Vertrag nicht vorher dem Bundesrat und dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt wurde. Und er schloß: „Ich bin der Meinung, daß es nicht schaden würde, wenn einmal von autoritativer Stelle gesagt würde, daß zwar das Friedensgut sehr teuer sei, daß es aber zu teuer sei, wenn es nur auf Kosten der Weltstellung erhalten werden könne.“ Wasser mann meinte: „In all dem Unerfreulichen, was diese letzten Monate zutage gefördert haben, ist ein großes nationales Moment die Tatsache, daß über ganz Deutschland ein starkes nationales Empfinden, eine Kriegsbereitschaft, wenn es sein müßte, gegangen ist, daß jeder bereit ist, sein Blut und seine Ehre einzusetzen für die Nation, für das Vaterland. Das Ausland mag sich darüber klar sein, daß wir unserer nationalen Ehre nicht zu nahe treten lassen und daß, wenn es darauf ankommt, mit der Waffe Deutschland zu verteidigen, das Ausland ein einiges Deutschland finden wird.“ — Es fiel auf, daß der im Hause anwesende Kronprinz seine Sympathie für die patriotischen Stellen der Reden Hertlings und Seydebrands lebhaft zur Schau trug und damit gegen die schwächlichere Politik des Reichskanzlers demonstrierte.

Kriegs-  
bereit-  
schaft.

In der weiteren Beratung (11. Nov.) sprach Liebert seine Befürchtung aus, Frankreich werde in einem etwaigen Kriege von Marokko her große Truppenmassen beziehen. Darauf antwortete Riederlen-Wächter, ihn wundere, daß Liebert das Gespenst der schwarzen Krieger an die Wand gemalt habe; 1870 haben 19.000 schwarze Soldaten auf europäischem Boden gekämpft, während 50.000 weiße französische Soldaten in Algier waren. — Erzberger beschuldigte die Sozialdemokratie, sie habe sich namentlich im ersten Teil der Verhandlungen nicht als Friedenspartei bewährt, sondern durch maßlose Angriffe gegen die Regierung und durch die Stellungnahme zum Krieg im Ausland den Eindruck erweckt, als ob das deutsche Volk im Fall eines Angriffskriegs nicht einmütig hinter der Regierung stehen werde. — Am 11. November wurde dem Reichstag auch ein Weißbuch zum Marokkovvertrag vorgelegt. — Staatssekretär Delbrück verlas am 14. November im Reichstag eine Erklärung, wonach die Reichsleitung auch nach erneuter



Prüfung der Überzeugung blieb, daß das Abkommen vom 4. November nicht zur Gültigkeit der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfe. Für die Zukunft sollte diese Gesetzeslücke allerdings durch einen neuen Zusatz ausgefüllt werden (15. Nov.).

Zum Schluß eines mehrstündigen Vortrags in der Budgetkommission sagte Riederlen-Wächter 17. November: „Die deutsche Politik hat in jeder Beziehung ihr Ziel erreicht, das von vornherein darauf gerichtet war, unter Anerkennung des politischen Einflusses der Franzosen in Marokko bessere Garantien für die offene Tür zu erlangen und für den durch die Verletzung der Algecirasakte begangenen Rechtsbruch Frankreichs uns Kompensationen durch Abtretung kolonialen Gebietes zu sichern. Man möge dabei auch bedenken, daß die Franzosen uns französisches Gebiet abgetreten haben, während wir nur Rechte aufgaben, die wir mit andern Mächten teilten.“ — Die „Kreuzzeitung“ 18. November tadelte immerhin, daß die Regierung das deutsche Volk und das Ausland in dem Glauben ließ, Deutschland habe die englische Einmischung ruhig hingenommen; dadurch sei das Ansehen Deutschlands in der Welt schwer geschädigt worden. General Wandel sagte wieder im Reichstag, die gefürchtete „schwarze Gefahr“ sei nicht so groß, wie man glaube (20. Nov.). Die Deutsche Kolonialgesellschaft gab am 21. November eine nicht ganz wunschfreie Erklärung zum Marokko-Abkommen. Der Kreuzer „Berlin“ (der an Stelle des „Panther“ getreten war) kehrte am 27. November von Agadir zurück.

In England kehrte sich der Pazifist Morel gegen die kriegerischen Preßtreibereien; und auch der Kriegsminister Salda ne sagte am 10. Oktober: „Wir machen eine Krise durch, die ohnegleichen dasteht. Aber wir sollten nicht andere Nationen kritisieren, sondern ihr Vorgehen zu verstehen suchen. Wir waren die ersten, die große Kolonien eroberten; Deutschland und Italien kamen um hundert Jahre zu spät; aber wir dürfen nicht engherzig sein, solange unsere eigene Sicherheit gewahrt ist. Grey hat den Frieden fast sechs Jahre erhalten, wir sind bestrebt, diesen Rekord zu bewahren.“ — Bei einer großen Versammlung der englisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft in London schlug der Lordmayor folgende Resolution vor: „Die Versammlung wünscht die Beseitigung aller Mißverständnisse und versichert dem deutschen Volke, daß keine verantwortliche Körperschaft in England Deutschlands Anspruch auf einen Anteil an der Erledigung internationaler Fragen bestreitet oder seine Bestrebungen nach kolonialem Besitz mit Feindseligkeit betrachtet. Als Mittel der Annäherung empfiehlt die Versammlung eine englisch-deutsche Ausstellung in London im Jahre 1913.“ — Die englische Presse beglückwünschte zum Abschluß des Marokko-Abkommens beide Teile, und auch Edward Grey äußerte sich am 7. November im Unterhaus sehr friedlich. Achtzig Mitglieder des Unterhauses ersuchten am 9. November den Premierminister, etwas zur Beseitigung von Deutschlands übler Meinung über Englands Haltung zu tun. Störend auf diese Stimmungen wirkten die erbitterten Reden Heydebrands und selbst die Bethmann Hollwegs über Englands Haltung. Wie eine Bombe wirkte aber W. V. Fabers

Schwarze  
Gefahr.

Ent-  
hüllung  
Fabers.

Entthüllung am 17. November über die Tatsache, daß England im Sommer wirklich einen Überfall auf Deutschland plante, um dem verbündeten Frankreich zu helfen. Wenn es nicht dazu kam, so war das nur der Unbereitschaft der englischen Flotte und Armee zu danken; denn hätte man, wie geplant, sechs Divisionen auf dem Kontinent gelandet, so wären keine regulären Truppen mehr im Lande geblieben, um dessen Küsten zu beschützen. Auch Lord Beresford gab am 22. November zu, daß die Kriegsbereitschaft unzulänglich gewesen sei. — Die englische Regierung erklärte am 27. November ihre Zustimmung zum Marokko-Abkommen. Edward Grey legte am selben Tag im Unterhaus den Gang der Verhandlungen ausführlich dar; er meinte unter anderm: „Daß der Friede bewahrt blieb und das Abkommen angenommen wurde, ist eine den beteiligten Diplomaten hoch anzurechnende Tatsache und durchaus nicht beschämend für die Stellung, die wir einnahmen, obwohl sie nur nebensächlich war . . . In diesem Augenblick scheint in der Weltatmosphäre ein unheilvoller Einfluß an der Arbeit gewesen zu sein, der jeden Teil der Erde beunruhigt und erregt. Wir sind durch einen Zeitraum großer Erregungen hindurchgegangen. Einige Länder befinden sich im Bürgerkrieg, andere im Kriegszustand; es ist, als ob die Welt in einem Zustand von politischem Alkoholismus wäre . . . Lassen Sie mich nun sagen: Deutschlands Stärke ist in sich selber eine Garantie, daß kein Land einen Streit mit ihm suchen wird . . . Aber, wenn wir unter keinen Umständen einem unserer Freunde Beistand leisten sollten, würden wir zu dem zurückkehren, was man einst die Politik der glänzenden Isoliertheit nannte. Sie würde uns der Möglichkeit berauben, auch nur einen Freund in Europa zu besitzen. Sie würde dazu führen, daß andere europäische Nationen durch Wahl oder Notwendigkeit in den Kreis einer einzigen Diplomatie gebracht würden, von der wir ausgeschlossen wären. Ich möchte alles tun, um die Beziehungen zu Deutschland zu bessern; aber die Freundschaften, die wir haben, haben jetzt mehrere Jahre gehalten, und es muß der Hauptpunkt bei der Besserung unserer Beziehungen zu Deutschland sein, daß wir keine von ihnen opfern. Was ich wünsche, ist, daß die Besserung der Beziehungen auch unsere Freunde einschließt. Wenn das, was der deutsche Kanzler kürzlich gesagt hat, der Geist der deutschen Politik ist, dann bin ich gewiß, daß in zwei oder drei Jahren das Gerede von einem großen europäischen Krieg aufgehört haben wird. Aber augenblicklich ist die Brise alles andere als günstig.“ — Der Arbeiterführer Ramsay MacDonald hieß die freundschaftlichen Worte für Deutschland willkommen: „Wenn die Nation mit einer einzigen Stimme reden könnte, so würde sie begeistert herzlich sein.“ Der Fre Dillon sagte, es sei eine große Erniedrigung, daß ein britischer Minister eine lange Rede über Marokko halte, ohne ein Wort der Teilnahme für das marokkanische Volk auszudrücken. Die französische Expedition nach Fes war lügnerisch und schamlos, von anrüchigen Dunkelmännern in Szene gesetzt, um die Algecirasakte zu zerreißen.

Im englischen Oberhaus fragte man, warum die Verbesserung der Beziehungen Englands zu Frankreich und Rußland nicht auch Deutschland gegenüber möglich war. Vor allem sei die Rede von Lloyd George ein schriller Mißklang, unwürdig und erstaunlich gewesen.

Es tauchte wieder am 29. November in der „Pall Mall Gazette“ die Entthüllung über den Ursprung der Mißstimmung zwischen Deutschland

und England auf, wonach Jos. Chamberlain als Kolonialsekretär Deutschland die Teilung Marokkos vorgeschlagen habe. Bülow habe Ende Oktober 1899, als er mit Kaiser Wilhelm in London war, dem damaligen Premier Salisbury Englands Beitritt zum Dreibund vorgeschlagen. Diese Einladung sei nicht angenommen worden, Bülow habe auch im Burenkrieg umgeschwenkt, habe Chamberlains Annäherung abgewiesen und so sei es 1902 zu den scharfen Gegenreden der beiden Staatsmänner gekommen.

Sehr ernst sprach sich noch Bethmann Hollweg am 5. Dezember im Reichstag über das Verhältnis zu England aus: Alles Unheil stamme daher, daß im Jahr 1904 England und Frankreich über Marokko disponierten, ohne Rücksicht auf Deutschland. „Dann erst gingen wir nach Algieras und schließlich nach Agadir. Wir waren entschlossen, uns nicht beiseite schieben zu lassen. England hat uns amtlich seine Befriedigung über den Abschluß unserer Verhandlungen ausgesprochen. Und trotzdem und trotz alledem hat sich ein Zustand entwickelt, der englischen Augen einen Krieg gegen uns, das heißt einen Weltkrieg näherückt. . . Mit der Vorwärtsentwicklung Deutschlands müssen auch die andern Nationen rechnen; sie läßt sich nicht niederdrücken. . . Wir sind durch eine schwere und ernste, durch eine bedrohliche Zeit hindurchgegangen. Das hat das Volk richtig gefühlt. Möge es jetzt auch erkennen, was es sich schuldig ist: weder Niedergeschlagenheit noch Hochmut, sondern freier Blick, kaltes Blut, ruhige Kraft, feste Einigkeit.“ — Bebel entgegnete: „Rein Mensch hat verlangt, daß die Reichsregierung sich in Marokko festsetze. Bismarck selbst hat die Franzosen nach Marokko verwiesen, weil er glaubte, je größer ihre Aufgabe und Festsetzung dort sei, desto gefahrloser würden sie für uns. Auch der Reichstag hat diese Politik gebilligt. . . Wir haben zweierlei zu lernen aus den Ereignissen: einmal, daß die Kolonialpolitik gefährlich ist, und ferner, daß das Drängen des Großkapitals nach Ausbreitung Zusammenstöße mit andern Mächten herbeiführt.“

Die Stimmung in Frankreich über das Abkommen war geteilt. Es hieß, der Vertrag bedeute den Frieden für den Augenblick, er könne aber auch den Krieg herbeiführen, sobald Deutschland dies wolle, jedenfalls sei Frankreichs Ansehen gedemütigt. Eine andere Stimme meinte: Wir haben die Haut von Marokko bekommen, Deutschland das beste Stück Fleisch, Europa das übrige. Eine dritte: Deutschlands Politik läßt sich in drei Worte zusammenfassen: Brutalität, Treulosigkeit und Ungeschicklichkeit. Ganotaux, der ehemalige Minister, meinte: „Alles ist falsch und bedauerlich für beide Teile, alle Welt ist unzufrieden und bleibt unruhig. Alle Mächte werden im Ekel vor einem Vertrag und vor einer Lösung leben, die weder billig noch dauerhaft ist und keine andere Daseinsberechtigung hat als die, daß die Urheber ihrer eigenen Unfähigkeit müde geworden sind. All das ist nicht lebensfähig.“ Mit Befriedigung wurde aber festgestellt, so stark und drohend



sich der deutsche Haß gegen England äußerte, hat kein einziger deutscher Redner ein für Frankreich verlegendes oder auch nur unangenehmes Wort ausgesprochen. — Jedenfalls gelang am 14. November eine Fusion zwischen dem deutschen „Marokko-Minensyndikat (Mannesmann)“ und der französischen „Union des Mines“ auf paritätischer Grundlage. — Ministerpräsident Caillaux gab am 15. November seinem Stolz Ausdruck, daß die Trikolore an den Ufern des Atlantischen Ozeans wehe und daß Frankreich auf afrikanischem Boden, wo das alte Rom seine besten Soldaten gefunden, mit voller Sicherheit seine unbestrittene Herrschaft bis Tripolis wird ausdehnen können. — Die englisch-französischen Geheimartikel vom 8. April 1904 wurden am 24. November bekanntgegeben. Man war der Aufregung müde. Der „Temps“ schrieb am 28. November, die Politik der Entente habe keine Spitze gegen Deutschland. „Frankreich, das vier Monate für eine Verständigung mit Deutschland geopfert hat, kann ein Wiederaufleben der englisch-deutschen Schwierigkeiten, in die es hineingezogen würde, nicht wünschen. Wir haben der Erhaltung der europäischen Eintracht zu viele Opfer gebracht, als daß wir dem Verdacht ausgesetzt sein sollten, diese Eintracht durch die Förderung von Streitigkeiten Dritter stören zu wollen.“ — Mit starker Betonung erklärte Caillaux am 18. Dezember in der Kammer, die Regierung habe den Plan eines bald hundertjährigen Werkes der Errichtung eines großen französischen Reichs in Nordafrika verfolgt und vielleicht vollendet. Am Tage darauf verteidigte Jaurès sehr warm die ganze Haltung der deutschen Regierung und schob alle Schuld seit jeher auf die französischen Regierungen.

Der englische Premier Asquith konnte am 6. Dezember erklären, es gebe keine Geheimverträge mehr. Das Seepreisengesetz, durch das die Londoner Deklaration von 1910 in Kraft gesetzt werden sollte, wurde am 8. Dezember vom Unterhaus angenommen. — Mehrere Stimmen im Unterhaus empfahlen die Pflege besserer Beziehungen zu Deutschland und Abkehr von der Politik der Herausforderung. Besonders war es Lord Bessford, der die Haltung der englischen Presse tadelte. „Wir sollten versuchen, während wir unsere Wehrkraft erhalten, beide Nationen zusammenzubringen. Es ist Raum genug in der Welt für beide. Trotz aller Bemühungen hielt man aber eine Verschiebung der deutsch-englischen Ausstellung bis mindestens zum Jahr 1914 für geboten. Faber präziserte nochmals in einer Rede vom 16. Dezember seine Behauptungen, daß nur infolge des Mangels an Kriegsbereitschaft der Flottenangriff im Sommer unterblieb.“

Wir nehmen nach dieser zusammenhängenden Darstellung der Marokkokrise nun wieder die Erzählung der Tripoliskrise auf, indem wir etwas zurückgreifen. Der frühere italienische Außenminister Guicciardini Tripolis. sagte am 7. Juni in der römischen Kammer, Italiens Interessen in Tripolis seien durch ein Sonderabkommen zwischen der Türkei und Frankreich im Hinterlande schwer bedroht. Im Balkan liegen zwar im Augenblick keine bedrohlichen Momente vor, aber die überreich vorhandenen Ereignisse könnten sich überstürzen, und dann werde Italien trotz seiner Alliierten und Freunde allein dastehen. Das Mißtrauen zwischen Österreich und Italien sei noch lange nicht gewichen. Wünschenswert sei eine Erneuerung des Dreibunds.

mit reicheren Inhalt. Am Tage darauf forderte Joscari entweder wirtschaftliche Konzessionen in Tripolis ausschließlich für Italiener oder die Okkupation Tripolitaniens. Gegen die bittere Behauptung Guicciardinis, Italien werde mehr wegen seines Himmels und seiner Denkmäler, denn als politischer Faktor geschätzt, trat Minister di San Giuliano am 9. Juni auf und sprach sein Vertrauen in das Bündnis mit Österreich aus. Ein Deputierter äußerte aber seine Bedenken wegen deutscher Unternehmungen in Tripolis.

Beim Besuch des türkischen Thronfolgers im Quirinal erinnerte die offiziöse Presse an die Waffenbrüderschaft im Krimkrieg und leugnete jede Absicht auf türkisches Gebiet, speziell auf Tripolis, ab (4. Juli). Je mehr sich aber die Verhandlungen über die Marokkofrage ausbildeten, um so aufgeregter wurden die Italiener; man wollte auch nicht leer ausgehen; wenn Deutschland die „Tunisierung“ von Marokko zugebe und das Protektorat über den Islam niederlege, werde es sich auch nicht gegen die Erfüllung des zwischen Frankreich und Italien 1903 abgeschlossenen Tripolisvertrages sträuben dürfen. Die Regierung meldete denn auch, wie am 30. August verlautbart wurde, ihre Ansprüche in Berlin, London und Paris an, für den Fall, daß Veränderungen im Mittelmeer (Marokko) eintreten. „Kein anderer Staat ist so sehr Mittelmeermacht wie Italien. Wegen seiner Mittelmeerinteressen ist es in den Dreibund eingetreten und hat das unglückliche Abkommen mit Frankreich und England getroffen.“ Man schätzte die Haltung der Mächte im Falle einer Tripolisaktion ab und sprach sich Mut ein. Italien hielt es auch für angezeigt, der französischen Regierung zu verstehen zu geben, daß es im Kriegsfall seinen Bundespflichten Deutschland gegenüber auf das entschiedenste nachkommen werde (11. Sept.).

Im Verlauf des Monats September fanden Rüstungen und Schiffsbewegungen statt, die offiziös nicht als Beweis von Eroberungsabsichten, sondern nur als Vorsichtsmaßregeln ausgegeben wurden. Aber die Einberufungen mehrten sich, und am 25. September lief eine Transportflotte unter Bedeckung von Kriegsschiffen von Syrakus und Neapel aus. Um einen Anlaß zum Krieg herbeizuführen, überreichte am 26. September der italienische Geschäftsträger der Pforte eine Note, in der er gegen die Gefahr protestierte, der die italienische Kolonie in Tripolis durch den Fanatismus der Muselmanen ausgesetzt sei; er sagte, Italien würde eine Entsendung türkischer Militärtransporte nach Tripolis als überaus schwerwiegenden Akt ansehen. Der türkische Ministerrat beschloß aber am 27. September, im Falle wider Erwarten Italien Tripolis doch zu besetzen versuche, die Provinz bis zum letzten Mann zu verteidigen, alle Italiener aus der Türkei auszuweisen und ihnen die Kapitulationsrechte zu entziehen.

Rüstungen.

Ulti-  
matum.

Am selben Tag wurde der größte Teil der italienischen Kolonie von Tripolis der Sicherheit wegen nach Syrakus befördert. Am 28. überreichte Italien ein Ultimatum folgenden Inhalts: „Trotzdem die italienische Regierung immer in loyaler Weise ihre Unterstützung der ottomanischen Regierung in verschiedenen politischen Fragen der letzten Zeit hat angeheißen lassen, trotz der Mäßigung und Geduld, die die italienische Regierung bis heute bewiesen hat, sind nicht nur ihre Absichten betreffend Tripolis mißdeutet worden, sondern jedes italienische Unternehmen in den oben erwähnten Gebieten ist beständig einer systematischen, höchst hartnäckigen und ungerechtfertigten Opposition begegnet. Die ottomanische Regierung, die bis heute beständig ihre feindselige Gesinnung gegen jede legitime Wirksamkeit von italienischer Seite in Tripolis und Kyrene an den Tag gelegt hat, hat ganz neuerdings sich zu wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit erklärt, aber die königliche Regierung sieht sich nicht mehr in der Lage, jetzt Verhandlungen anzuknüpfen, deren Nutzlosigkeit die Vergangenheit erwiesen hat und die, weit davon entfernt, eine Garantie für die Zukunft zu bieten, nur eine beständige Ursache von Reibungen und Konflikten sein würde. Die italienische Regierung ist entschlossen, zu einer militärischen Besetzung von Tripolis und Kyrenaike zu schreiten. Die ottomanische Regierung möge demzufolge Anordnungen treffen, daß dieser Schritt auf keinen Widerstand stoße. Eine entscheidende Antwort wird binnen vierundzwanzig Stunden verlangt.“

Prevesa.

Die Pforte lehnte dies Ultimatum am folgenden Tag ab, war aber bereit, über wirtschaftliche Zugeständnisse in Tripolitaniern zu verhandeln. Die Aufforderung eines italienischen Parlamentärs, die Stadt Tripolis zu übergeben, wurde von den Behörden zurückgewiesen. Die Pforte appellierte am 30. September in einer Zirkularnote an die Mächte, um einem unnützen Blutvergießen vorzubeugen. Aber während ein italienisches Geschwader den Hafen Prevesa in Albanien angriff, eröffnete ein zweites größeres Geschwader von zwölf Kriegsschiffen noch am 30. September das Feuer auf die Forts der Stadt Tripolis. Sonderbar war es, daß die italienische Regierung die Einschränkung des Kriegsschauplatzes auf Tripolitaniern am 1. Oktober proklamierte und bereit war, an der Aufrechterhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel mitzuwirken. Die Feindseligkeiten gegen Prevesa, die der Herzog der Abruzzen fortsetzen wollte, wurden denn auch am 4. Oktober eingestellt.

Ein Telegramm Kaiser Wilhelms vom 3. Oktober an den Sultan, der sich mit der Bitte um Vermittlung an ihn gewandt hatte, lautete ablehnend: „Ich hege Liebe und Verehrung für Eure Majestät und Ihr ganzes Land und bedaure lebhaft die Krise, die Sie gegenwärtig durchmachen. Ich hatte Meiner Regierung aufgetragen, zu versuchen, ob die Krise zu vermeiden sei; unsere Bemühungen sind leider fruchtlos geblieben. Mit Gottes Hilfe wird indessen der Augenblick kommen, wo ich eine Lösung der Krise fördern kann.“



Die Italiener besetzten am 5. Oktober nach zweitägiger Beschießung das Fort Sultania und ergriffen Besitz von der Stadt Tripolis. Auf den Rat des deutschen Botschafters zog das türkische Kabinett am 8. Oktober seinen Beschluß vom 7. Oktober, alle Italiener auszuweisen, zurück. Es erfolgte indessen die Besetzung einiger Punkte im östlichen Benghazi und des Hafens Bomba sowie von Marsa Toburk in der Kyrenaika. Eine italienische Proklamation entbot den Tripolitanern Gruß und Zusicherungen des Schutzes, der Freiheit, der Religion, der Güter, der Frauen, der Sitten, Abschaffung der Konfiskation, Einführung aller möglichen ökonomischen Verbesserungen. „Ruht mit uns: Es lebe der König! Es lebe Italien!“ Ein nächtlicher Angriff der Araber auf den Brunnen von Bumilla wurde zurückgeschlagen, die Italiener besetzten am 12. Oktober die Stadt Derna in der Kyrenaika.

Als am 14. Oktober das ottomanische Parlament eröffnet wurde, erklärte die nationalistische Vereinigung von mehr als vierzig arabischen Abgeordneten, wenn die Türkei Tripolis preisgebe, dann hätten auch die Araber der asiatischen Provinzen kein ferneres Interesse an ihrem Verbleib unter dem Banner des Sultans von Stambul. Mehrere hundert Türken, die von den Italienern aus Tripolis ausgewiesen wurden, begaben sich nach Malta und wurden dort von der englischen Behörde ins Armenhaus verwiesen.

Die italienische Regierung benachrichtigte am 15. Oktober ihre Verbündeten und Freunde, sie habe die unerschütterliche Absicht, zur bedingungslosen Annexion von Tripolis, Kyrenaika und den damit zusammenhängenden Gebieten zu schreiten. Dagegen teilte die Pforte am 16. Oktober den Mächten ihre Bedingungen mit: Abtretung einer Kohlenstation in Tripolis für Italien, Übertragung des Straßenbaus in Tripolis an Italien, Bevorzugung der Italiener bei der Vergabung von Eisenbahn-, Hafenbauten und Minenkonzessionen. Aber davon wollte Italien nichts mehr wissen. Italienische Truppen besetzten am 19. Oktober Homs, östlich von Tripolis, der Vizeadmiral Aubry ließ am 21. Benghazi besetzen. Es erfolgte am 23. Oktober ein verlustreicher Kampf bei der Oase, wo die Italiener viele Tote und Verwundete einbüßten. Die Italiener zogen sich zurück und übten harte Repressalien gegen verdächtige Araber aus. Mit Beginn des November sahen sich die Italiener wieder auf die Stadt Tripolis und ihre allernächste Umgebung beschränkt, abgesehen von den italienisch gebliebenen Häfen im Osten. Die Pforte protestierte am 4. November bei den Großmächten gegen die von den Italienern an Kindern, Frauen und Greisen verübten Grausamkeiten.

Italien aber erklärte am 5. November offiziell die Annexion von Tripolis: „Unsere Waffen haben jeden weiteren Widerstand der Türkei unwirksam gemacht. Jede andere, weniger radikale Lösung hätte eine

An-  
nexion.

dauernde Ursache für künftige Zusammenstöße gebildet. Die von uns gewählte Lösung ist die einzige, welche endgültig die Interessen Italiens und Europas und selbst der Türkei schützt. Ein solcher Friede wird jede Meinungsverschiedenheit beseitigen, und wir werden leichter in der Lage sein, unsere ganze Politik vom großen Interesse geleitet sein zu lassen, das wir an der Aufrechterhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel haben . . ." Dagegen erließ die Pforte am 8. November eine Protestnote; eine solche Proklamation widerspreche den elementarsten Grundsätzen des Völkerrechts. Zugleich wurden in der türkischen Kammer die italienischen Grausamkeiten gebrandmarkt: „Die zivilisierten Nationen haben ihr Urteil über Italien gefällt.“ „Nieder mit den Wilden!“ rief unter dem Beifall der Versammlung der ehemalige Minister Talaat Bei.

Der italienische Vormarsch stockte wegen der Regenzeit; Italien drohte in der Verlegenheit mit einer Blockade der Dardanellen, einer Beschießung von Smyrna, Saloniki, Beirut; aber England, Frankreich und Rußland legten sich ins Mittel (14. Nov.). Andererseits machte die Pforte auf Vorstellungen des deutschen Botschafters die Ausweisung der Italiener aus Smyrna rückgängig; aber sie belegte italienische Waren mit einem Zoll von hundert Prozent.

Die Aktion gegen Tripolis war eine starke Belastungsprobe für den Dreibund. Man sagte am 10. November im deutschen Reichstag: „Das muß doch gesagt werden, daß der Dreibund hienach die Bedeutung nicht mehr hat, daß die Voraussetzungen nicht mehr zutreffen scheinen, unter denen er begründet worden ist. Unsere Politik der Türkei gegenüber ist jedenfalls erheblich beeinträchtigt worden. Im deutschen Volk befinden sich die Sympathien vielfach auf seiten der Türkei.“ Bassermann meinte, Tripolis wäre eine Folge von Agadir. Aber Bethmann Hollweg erwiderte: „Wir waren es doch nicht, die jetzt die marokkanische Frage aufgerollt haben; das haben die Franzosen mit ihrem Vorstoß nach Fez getan.“ Liebert sprach von der „Zeit der Realpolitik und des Raubkrieges in Tripolis“, wofür er vom Präsidenten gerügt wurde. Auch Riederlen-Wächter erklärte: „Italien ist ein verbündeter und befreundeter Staat. Wir können das Vorgehen Italiens bedauern, aber den Ausdruck Raubzug muß ich namens der kaiserlichen Regierung entschieden zurückweisen.“ Der Ausdruck blieb aber doch haften.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus sprach Freiherr v. Gautsch am 24. Oktober über Tripolis; er bedauerte, daß die Bemühungen Österreichs um Wahrung des Friedens im Interesse der gefährlichen Lage auf dem Balkan vergebens blieben. „Es ist selbstverständlich, daß die Politik Österreich-Ungarns angesichts der großen Interessen der Monarchie in der Adria und den angrenzenden Balkanländern das Hauptgewicht auf die Einschränkung des Kriegstheaters legen mußte.“ In dieser Hinsicht habe Italien zufriedenstellende Erklärungen abgegeben.

Im englischen Parlament erklärte man, nicht in den Streit eingreifen zu können, da England der Freund beider kämpfenden Länder sei.

Dies also sei über die internationalen Beziehungen des Jahres gesagt; wir wenden uns nun den inneren Verhältnissen der einzelnen Staaten zu.

\* \* \*

Vorerst sei aber noch einiges mitgeteilt, was sich auf die Römische Kurie bezieht. Eine Enzyklika des Papstes wurde am 2. Januar veröffentlicht; sie war an die Delegierten der apostolischen Erzbischöfe von Byzanz, Alexandria, Mesopotamien, Persien, Syrien, Ostindien gerichtet und behandelte die Frage der Wiedervereinigung der griechischen mit der römischen Kirche. Der Papst erinnerte daran, daß seine Vorgänger von Gregor IX. an (1227—1241) bis Leo XIII. nichts unversucht ließen, den unseligen Streit aus der Welt zu schaffen. Er habe dieselbe Sehnsucht, wie sie Leo XIII. in der Enzyklika des Jahres 1894 ausgesprochen. Kürzlich habe nun ein Artikel in der Zeitschrift „Roma e l'Oriente“ Anlaß zu schwerem Tadel gegeben (er war vom Prinzen Max von Sachsen); dort wurde gesagt, das Dogma über den Ausgang des Heiligen Geistes ginge nicht aus den Worten der Evangelien hervor und werde durch den Glauben der Kirchenväter nicht bewiesen. Gleicherweise wurde höchst unklug in Zweifel gesetzt, ob das Fegfeuer und das Dogma der Unbefleckten Empfängnis den heiligen Männern der ersten Jahrhunderte bekannt gewesen. Desgleichen wurde dort ein schon von Innozenz X. verdammtes Irrtum wiederholt, daß Paulus gleichwertig mit Petrus zu halten sei. Der Papst hoffte auf eine Vereinigung der Kirchen, aber anerkannt mußte bleiben, was die heiligen Schriften, die Tradition der Kirchenväter, die allgemeinen Konzilien und die Dekrete der höchsten Pontifex festgelegt haben.

Wie wenig die Borromäus-Enzyklika geschadet hatte, ergibt sich daraus, daß dem Papst zu Neujahr auch der protestantische Kaiser des Deutschen Reiches, die Könige von Schweden und Norwegen usw. gratulierten.

Die katholische Hierarchie zählte im lateinischen und griechischen Ritus 13 Patriarchen, 298 Erzbischöfe, 1257 Bischöfe, 22 Äbte. Die Zahl der Katholiken des ganzen Erdfreies wurde mit 285,912,838 angegeben; andere Statistiken nannten niedrigere Ziffern. Das Kardinalskollegium zählte zu Anfang des Jahres 50 Mitglieder. Von den wichtigsten Ordensgesellschaften wurden 3468 Häuser mit 72,322 Mitgliedern angeführt. Im Oktober wurden neue Kardinalsernennungen angekündigt, und zwar 7 Italiener und 10 Ausländer; so waren also 34 Italiener und 28 Ausländer im ganzen.

Durch ein *Motu proprio* des Papstes vom 2. Juli wurden eine Anzahl auf Wochentage fallende Feste auf den folgenden Sonntag verlegt, auch entfiel der zweite Feiertag der drei hohen Feste. Das war aber nur ein Privilegium, das man annehmen konnte oder nicht; zumeist behielt man die traditionellen Feiertage dennoch bei.



**Jatho.** Wir wollen nun die religiösen Bewegungen im Deutschen Reich verfolgen. Da gegen den protestantischen Pfarrer Jatho das Ermittlungsverfahren wegen Irrlehre eröffnet wurde, erließ der Rheinisch-Westfälische Verband der Freunde evangelischer Freiheit ein Schreiben, daß er geschlossen zu dem freisinnigen Bekenner stehe (20. Jan.).

In Beantwortung der Beschlüsse der Bischofskonferenz in Fulda vom 13. und 14. Dezember 1910 wurde das Kommuniongesetz nicht nur als päpstlicher Befehl, sondern als Ausfluß des Evangeliums erklärt. Den Theologieprofessoren an den staatlichen Universitäten sei zwar der Antimodernisteneid erlassen, aber der Papst erwarte doch von ihnen vor allen anderen einen spontanen Eid. Es sei eine Lehre der Kirchengegner, daß dieser Eid gegen die menschliche Würde und Freiheit der Wissenschaft verstoße (25. Jan.).

**Modernisten.** In der württembergischen zweiten Kammer erklärte der Kultminister am 1. Februar, die Staatsgewalt könne an der päpstlichen Verfügung über den Modernisteneid nicht achtlos vorübergehen. „Wenn auch die Zensurfreiheit bei der katholisch-theologischen Fakultät bisher gewissen Schranken unterlag und mit Rücksicht auf den Zweck der Ausbildung von Dienern der Kirche stets unterliegen wird, so wird doch die Beschränkung der freien Forschung durch die Gebundenheit, die der geforderte Eid auferlegt, für die Zukunft eine Verstärkung erfahren, welche die Frage aufwirft, inwieweit sie mit der Grundlage unserer Universitäten vereinbar ist . . .“ Welche Begriffsverwirrung! Die Wissenschaft des katholischen Theologen besteht doch darin, das katholische Dogmensystem darzustellen, die des lutherischen Theologen, das lutherische, die des buddhistischen, das buddhistische. Wenn der Theologe das von ihm zu tradierende System verfehlt, so ist das nicht freie Forschung, sondern Unfähigkeit, Unwissenschaftlichkeit.

Gegen den Kaplan Konstantin Wieland, Verfasser der Schrift „Eine deutsche Abrechnung mit Rom“, verfügte das Augsburger Ordinariat am 1. Februar die Suspension von allen kirchlichen Funktionen, weil er als Anhänger der Häresie der Exkommunikation verfallen sei. Die Theologische Fakultät von Münster gab über den Modernisteneid eine sehr gewundene Erklärung ab (1. Febr.).

Kaiser Wilhelm verbot am 22. Februar ein ehrengerichtliches Verfahren wegen versuchten Selbstmords. „Solche Tat hat der Betreffende vor Gott und seinem Gewissen zu verantworten.“

**Juden.** Der Nationalliberale Paasche rügte im Reichstag 25. Februar die Tatsache, „daß wir keine jüdischen Reserveoffiziere während der letzten Jahrzehnte bekommen haben“. Der Antisemit Raab (Wirtschaftliche Vereinigung) aber sagte: „Wir betrachten die Ausschließung der Juden aus dem Offiziersstande nicht als konfessionelle Frage, sondern als eine Rassenfrage. Die Juden sind kein kriegerisches Volk, und ich weiß nicht recht, was sie im Offizierskorps wollen.“ Gröber (Zentrum) trat für die

Parität ein. Kriegsminister v. Heeringen bestätigte: „Antisemitische Regungen sind in der Armee vorhanden. Wundert Sie das? Auf ein Volksheer müssen doch die Gefinnungen abfärben, die im Volke vorhanden sind . . . Die Wahl der Offiziere durch das Offizierskorps ist eine der freiesten Institutionen, die wir haben; an ihr darf nicht gerüttelt werden.“

Der Kultminister erklärte am 27. Februar vor der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses über den Antimodernisteneid: „Es steht fest, daß die Professoren an den Fakultäten, welche geistliche Funktionen nicht ausüben, den Eid nicht zu leisten brauchen. Es wird allerdings im Lauf der Zeit keine Professoren mehr geben, welche den Eid nicht geleistet haben, da ja ihre Ergänzung durch Geistliche stattfinden muß, die den Eid geleistet haben. Es entsteht daher die Frage, ob die Bindung, die jetzt schon besteht, eine freie wissenschaftliche Forschung an den katholischen Fakultäten noch gewährleistet. Die Frage ist verschieden beantwortet worden. Es muß dabei in Betracht gezogen werden, daß für den Staat die Fakultäten Stätten der Ausbildung der späteren katholischen Geistlichen für ihren Beruf sind. Die Aufrechterhaltung der Fakultäten liegt im Interesse des Staates.“ Immer dieselbe Begriffsverwirrung! Der Professor für Deutsches Reichsrecht hat doch auch nicht „frei zu forschen“, sondern je strenger er das geltende System des Rechts darlegt, um so wissenschaftlicher ist seine Wissenschaft. Sozialdemokratische Dozenten, die das geltende Reichsrecht durch „freie Forschung“ in Frage stellen wollten, würden sofort gemäßregelt werden.

Modernisten.

Der Konservative und Protestant v. Heydebrand sagte am 7. März unter anderem: „Wir können es nicht für richtig halten, wenn verlangt wird, daß der Minister Personen, die den Eid geleistet haben, von der Universität fernhalten soll. Wir sind abhold jedem Kulturkampf. Wir verurteilen ein Eingreifen des Staates. Wir wollen Frieden mit den katholischen Mitbürgern, mit denen wir auf gleichem christlichem Boden stehen.“ — Unbefriedigend war Bethmann Hollwegs Standpunkt: „Wenn ich zunächst auf unsere katholischen Landsleute sehe, so hat sich ein Widerstand gegen die Anordnungen der Kurie nur in ganz vereinzelten Fällen ergeben. Im großen und ganzen haben sich Geistliche und Laien einmütig zusammengefunden in der Anerkennung der völligen Zuständigkeit der Kurie, derartige Anordnungen zu erlassen . . . Die Tatsache aber, daß durch den Eid grundlegende konfessionelle Unterschiede auf eine Formel gebracht worden sind, war geeignet, die konfessionellen Gegensätze neu zu beleben . . . In diesen Beziehungen ist die Erregung, welche bei uns entstanden ist, von Bedeutung für unsere Staatsinteressen . . . Der katholische Geistliche hat sich den Bedingungen seiner Kirche zu unterwerfen.<sup>1)</sup> Ob er Geistlicher werden will, ist seine Sache . . . Neben den Bestimmungen über den Antimodernisteneid kommen noch die über

<sup>1)</sup> Der protestantische doch auch; sonst geht es ihm wie Katho.

die Kommunion der Kinder und die Absetzung der Geistlichen in Betracht . . . Sollte es sich bewahrheiten, daß bei der weiteren Ausführung der Dekrete keine Zusammenstöße erfolgen, so werde ich der erste sein, der sich darüber freut . . . Nun ist gefordert worden, die Staatsregierung müsse die Maßnahmen der Kurie mit scharfen Gegenmaßregeln beantworten. Als solche sind genannt worden: Aufhebung der Fakultäten, des weltlichen Unterrichts durch die klerikalen Lehrer, die den Eid geleistet haben, Aufhebung der Gesandtschaft beim Vatikan . . . Niemand hat Sehnsucht nach einem Kulturkampf. Wir wünschen nicht, daß uns von außen Steine in den Garten geworfen werden . . . Ich kann aber nicht finden, daß allen Maßregeln der Kurie diejenige Rücksicht auf preussische und deutsche Verhältnisse zugrunde gelegen hat, die unentbehrlich ist. Der Papst hat uns wiederholt versichert, daß ihm die Aufrechterhaltung eines friedlichen Verhältnisses mit dem Staat am Herzen liege. Aber dies wird durchkreuzt durch die Enzyklika Pascendi und die Borromäus-Enzyklika oder Dekrete wie das über den Antimodernisteneid.“ — Dittrich (Zentrum) charakterisierte den Modernismus: „Die vom Heiligen Stuhl ergriffenen scharfen Maßregeln kennzeichnen die Größe der Gefahr, den Ernst der Situation.“ — Der Nationalliberale v. Campe wünschte den Ministern Bismarcksche Kurassierstiefel; dann wird ihnen der Sieg sein.

Modernismus.

Auf Anregung des Erzbischofs schloß sich die katholisch-theologische Fakultät von Freiburg der Erklärung der Breslauer an, daß der Modernisteneid gar nichts Neues enthalte (7. März). Die fortschrittliche Krausgesellschaft unterstützte aber mehrere Geistliche, die wegen ihrer Weigerung, den Antimodernisteneid zu leisten, ihre Stellung verloren.

In der Kölner Gemeinde des Pfarrers Jatho erlangten bei den Kirchenwahlen die liberalen Protestanten die Majorität gegen die Positiven (15. März).

Bei der Rundgebung im Reichstag zur Jubiläumsfeier des italienischen Einheitsstaates (17. März) blieben einige Zentrumsmitglieder demonstrativ sitzen.

Der Erzbischof von Köln wies am 2. April den Herausgeber der „Apologetischen Rundschau“, den Doktor der Theologie und Philosophie Karl Maria Kaufmann, an, seine Diözese zu verlassen wegen seines Wirkens im Sinne der Osterdienstagkonferenz.

Antimodernisteneid.

Über den Antimodernisteneid sagte noch Kardinal-Fürstbischof von Breslau Dr. v. Kopp im preussischen Herrenhaus 7. April: „Der Eid legt keine neue Verpflichtung auf, er beschränkt nicht die wissenschaftliche Forschungsarbeit. Der Papst hat das Recht und die Pflicht, die Glaubenssätze zu erläutern, und die Lehrer an den katholischen Fakultäten müssen die Erläuterungen des Heiligen Stuhles achten. Das ist eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche. Die Staatsregierung hat sich nicht einzumischen. Der Eid ist nur eine feierliche Reform der Verpflichtung, die schon besteht. Der Papst hat dies der Regierung nicht mitgeteilt, weil er das innerkirchliche Gebiet allein im Auge hatte. Die katholischen Mitbürger sehen in den katholischen Fakultäten das Wahrzeichen der pari-



tätischen Behandlung; sie wollen durch sie mit der allgemeinen Bildung in Verbindung bleiben.“ — Professor Küster (Marburg) entgegnete: „Wir gönnen der katholischen Kirche ihre innere Entwicklung; aber wir werden nervös, wenn gewisse Grenzen überschritten werden. Nun ist vom Zentrum behauptet worden, auch die evangelische Kirche habe solche Bindungen. Es ist richtig; aber es besteht da noch immer ein Unterschied. Der evangelische Theologe kann immer noch schreiben, was er will. Das verstärkt bei uns evangelischen Professoren die Empfindung, daß die katholischen Fakultäten in unsern Universitäten eigentlich Fremdkörper sind.“ Dieselben Empfindungen, und mit mehr historischem Recht, bestehen umgekehrt. — Der Kultminister v. Trott zu Solz entschied: „Wir werden den Verlauf der Dinge abwarten und werden unsere Entschließungen fassen, wenn zwingende Gründe dafür ergeben sollten, daß die katholisch-theologischen Fakultäten sich an unseren Universitäten mit Erfolg nicht mehr betätigen können.“

Für die Zulassung der Feuerbestattung sprach Minister des Innern v. Dallwitz im preußischen Herrenhaus 20. Juni: „Kein christliches Dogma, kein Gotteswort steht der Feuerbestattung entgegen.“ Kardinal Fischer von Köln stand auf ablehnendem Standpunkt. „Die Feuerbestattung greift in eine alte christliche Sitte. Auch in der evangelischen Bevölkerung ist die Erregung tief. Die Katholiken lehnen die Feuerbestattung ab, zumal die geistliche Begleitung dabei ausgeschlossen ist. Die Parteirichtungen werden anschwellen, die an den Fundamenten des Staates und der Kirche graben.“

Die Hauptverhandlung gegen den protestantischen Pfarrer Jatho aus Köln wegen Irrlehre fand endlich zu Berlin vom 23. bis 24. Juni statt. Das Urteil lautete: „Eine weitere Wirksamkeit des Angeeschuldigten innerhalb der evangelischen Landeskirche ist mit der Stellung, die er in seiner Lehre zum Bekenntnis in der Kirche einnimmt, unvereinbar. Der Angeeschuldigte ist daher seines Amtes als Geistlicher zu entsetzen, und die Kosten des Verfahrens sind ihm aufzuerlegen.“ — Sofort erließ der Verein für evangelische Freiheit einen Aufruf zu einer Jathospende, und die liberalen Geistlichen Berlins erließen folgenden Protest: „Wir erblicken in der Amtsentlassung Jathos, dessen Jesusjüngerschaft unwidersprochen vor aller Welt klar daliegt, eine unabsehbare Schädigung der Religion unserer evangelischen Landeskirche. Wir werden unbeirrt durch alle Folgen unsere Verkündigung des Evangeliums, allein unserer Gewissensüberzeugung folgend, im protestantischen Geiste nach wie vor ausüben.“ Dagegen veröffentlichten 107 Geistliche der positiv-kirchlichen Vereinigung von Groß-Berlin die Erklärung: „Wir stehen fest auf dem Boden des biblischen Christentums und bitten unsere Gemeinden, mit uns bei dem Ernst der Zeit um so entschiedener dem Bekenntnis unserer evangelischen Landeskirche die Treue zu halten.“ — Ohne päpstliche Autorität und ohne Antimodernisteneid wäre die katholische Kirche bald derselben Anarchie ausgesetzt gewesen.

Gegen die „Kölner Richtung“ veröffentlichte am 10. Juli die „Correspondance de Rome“ einen Artikel „Die religiöse Gefahr in

Kölner Richtung.

Deutschland, dokumentiert durch diejenigen, die sie leugnen. Ein Geheimzirkular gegen das Buch von Pater Ab. M. Weiß. "Darin wurde gegen einen „Generalstab des deutschen Modernismus" polemisiert, der auch die Kölner Richtung beeinflusse. Dagegen nahm sich die „Kölnische Volkszeitung" am 13. Juli einer Denkschrift an, die an dem Buch des Dominikanerpaters A. M. Weiß, „Lebens- und Gewissensfragen der Gegenwart" scharfe Kritik übte. Und Nuntius Frühwirth protestierte am 14. Juli im „Bayerischen Kurier" gegen die Angriffe ausländischer Zeitungen auf den Erzbischof von Köln und die deutschen Katholiken; an diesen Angriffen habe weder Monsignore Benigni noch ein anderer Prälat Anteil.

Beim achtundfünfzigsten deutschen Katholikentag zu Mainz 6. bis 10. August hielt Freiherr v. Hertling eine Gedächtnisrede auf den Bischof v. Ketteler, der das politische Programm der deutschen Katholiken begründete, die sozialpolitischen Forderungen unserer Zeit voraussah und 1877 als ein Apostel der Deutschen in der trüben Zeit des Kulturkampfes starb. Bischof Faulhaber von Speier sprach über Klerus und Volk: „Die Priesterschaft hat die Aufgabe, die Völker zu lehren, die Völker haben die Pflicht, sich von den Aposteln belehren zu lassen." Der vor kurzem konvertierte Professor der Geschichte v. Ruville (Halle) sprach über das Verhältnis der katholischen Kirche zur Geschichtswissenschaft: „Jede erspriessliche Tätigkeit des wissenschaftlichen Autors ist ohne übernatürliche Hilfe unmöglich. Die Kraft des Gelehrten zum Forschen stammt von Gott. Das Gebet ist ein vorzügliches Mittel, dem wissenschaftlichen Forscher die Augen zu öffnen. Ohne die katholische Weltanschauung gibt es keine erspriessliche wissenschaftliche Tätigkeit, und ohne sie kann man nicht zu irgendeiner reinen Wahrheit kommen."

Als zwei Offiziere ihre Mannschaften mitten in der Predigt zum Verlassen der Kirche kommandierten, weil der Prediger sich eine scharfe Kritik des Urteils gegen Jatho herausgenommen hatte, machte der protestantische Pfarrer Kraak und der Gemeindefkirchenrat die Strafanzeige gegen die beiden Offiziere wegen Störung des Gottesdienstes. Das Militärgericht wies aber die Anzeige ab und gab den Offizieren recht (7. Okt.).

Die vierundzwanzigste Generalversammlung des Evangelischen Bundes zu Dortmund 8. November nahm folgende Resolution an: „Auf dem Katholikentag zu Mainz ist die Borromäus-Enzyklika mit ihrer Herabwürdigung der Helden und Führer der Reformation als eine naturnotwendige, zur Erhaltung des Christentums notwendige apostolische Tat eines im Dienste der Vorsehung stehenden Papstes gebilligt worden. Gegen diese friedensstörende Herausforderung erhebt der Evangelische Bund zum Schutze der evangelischen Wahrheit, der protestantischen Ehre und des nationalen Friedens entschiedenen Protest. Nur durch festen Zusammenschluß aller Protestanten können die Machtansprüche des Ultramontanismus niedergedrungen werden."

Das Konsistorium leitete auch gegen den protestantischen Pfarrer Traub in Dortmund ein Disziplinarverfahren ein mit Bezug auf § 19 des Irreligionsgesetzes. Traub hatte in seiner Schrift „Staatskirchentum oder Volkskirche“ ein Bekenntnis abgelegt, wonach er das Apostolische Glaubensbekenntnis, die sogenannten Heilsstatistiken, die Sakramente ablehnte und an einen persönlichen Gott im eigentlichen Sinne nicht glaubte. (Das ist für einen „christlichen“ Pfarrer allerdings viel auf einmal.)

Bei der Enthüllung des Gustav-Adolf-Denkmals in Erfurt war die schwedische Kirche durch den Bischof von Gotland Scheele vertreten; er sprach die Sympathien Schwedens für Deutschland aus, besonders wegen gleicher Religion und gleicher Geschichte.

Nach Annahme des Feuerbestattungsgesetzes verbot Kardinal Fischer in Köln den Katholiken, Feuerbestattungsvereinen anzugehören; ebenso die Verbrennung von Leichen; wer dagegen verstößt, dem wird das kirchliche Begräbnis versagt und die Sterbesakramente werden ihm vorenthalten. Der evangelische Oberkirchenrat stellte die amtlichen Mitwirkungen bei Feuerbestattungen frei; eine Verpflichtung des Geistlichen bestehe nicht, er kann seine Mitwirkung ablehnen. Unter allen Umständen muß seine amtliche Tätigkeit vor der Überführung des Sarges in den Verbrennungsapparat ihr Ende erreichen.

Über die beiden Richtungen im Zentrum und unter den deutschen Katholiken brachten die „Süddeutschen Monatshefte“ anfangs Dezember einen Brief Stegerwalds, des Generalsekretärs des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, vom 17. Oktober 1908 an den Verleger der „Kölnischen Volkszeitung“ F. A. Bachem, damals in Rom. Beide gehörten der Kölner Richtung an. Stegerwald berichtete über eine Aussprache mit dem Bischof Korum von Trier, der der Berliner Richtung angehörte. In deren Verlauf „ist uns erst klar geworden, welcher gewaltiger Gegensatz zwischen den schlaueren opportunistischen Kreisen — um das angefeindete Wort Modernismus nicht zu gebrauchen — und der doktrinar, weltfremden Richtung im deutschen Katholizismus besteht. Korum ist erbost, daß die von ihm vertretene Richtung als Schwärmerei behandelt wird und nirgends durchdringt. Er sagte: Wäre ich noch Professor in Straßburg, so würde ich einen rücksichtslosen Kampf gegen die ‚Kölnische Volkszeitung‘ führen. Ebenso, wie im Mittelalter die Kirche das Zunftwesen beherrschte, müssen auch heute die katholischen Grundsätze wieder maßgebend werden...“ Mit geistlichen Herren, die mit solchem Fanatismus die Welt in ein von unserer Anschauung abgrundtief verschiedenes System hineinzwängen zu können glauben, ist eine ehrliche Verständigung unmöglich...“

Albert Maria Weiß besprach in zwei Bänden „Lebens- und Gewissensfragen der Gegenwart“. Der demütige Dominikaner sagte: „Guter Gott, warum hast du deine Sache in so unwürdige Hände gelegt, daß die Sündhaftigkeit deines Dieners seinen bestgemeinten Worten einen so bitteren Beigeschmack verleihen mußte!“

Ansgar Albing (Mathies) gab eine zweite, gereinigte Auflage seiner politischen Glossen „Wir Katholiken und unsere Gegner“.

Feuerbestattung.

Stegerwald.



Was die andern inneren Ereignisse im Deutschen Reich betrifft, so fand am 11. Januar zu Berlin unter Vorsitz des Kultusministers die konstituierende Versammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften statt; der Aufnahmebeitrag war 20.000 Mark, der Jahresbeitrag 1000 Mark. Präsident wurde Geheimer Rat Harnack.

Im württembergischen Landtag, der am 13. Januar eröffnet wurde, saßen 25 Mitglieder vom Zentrum, 22 von der Volkspartei, 16 Sozialdemokraten, 16 vom Bauernbund und 12 Nationalliberale.

Eine Denkschrift über Kiautschou berichtete Ende Januar von steigender Blüte des Pachtgebiets. Auch die deutsch-chinesische Hochschule machte Fortschritte trotz der Unstimmigkeiten innerhalb des Lehrkörpers.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde am 7. März festgestellt, daß unter den größeren Ländern der Welt keines so viel für Kultus und Unterricht ausgab, nämlich 11·80 Mark pro Kopf, in England nur 7·30, in Frankreich 9·20 Mark.

Nach englischem Vorbild wurde am 9. März zu Berlin ein Verein gegen das Bestechungswesen in Handel und Gewerbe begründet.

Das „Jahrbuch der Millionäre“ des Regierungsrats a. D. Rudolf Martin zählte etwa 8300 preußische Millionäre auf; es wurde im März beschlagnahmt, erschien aber doch im November.

Über einen unerquicklichen Professorenstreit an der Universität Berlin verhandelte das preußische Abgeordnetenhaus 15. März; das Zentrum wies auf die offene Wunde des gelehrten Klippenwesens hin. Professor Bernhard wurde nämlich gegen den Willen der Universität berufen als Lehrer der Nationalökonomie.

Der Präsident des Reichstages feierte das vierzigjährige Bestehen des Hauses am 21. März durch folgende kurze Ansprache: „Meine Herren, so wie am 21. März 1871 der damalige Alterspräsident die erste, so habe ich heute nach vierzig Jahren die dreitausendvierhundertfünfundzwanzigste Sitzung des deutschen Reichstages eröffnet, was die Herren interessieren dürfte.“

Alt-  
schrift. Eine Petition empfahl die lateinische Schrift (Altschrift) für die ersten drei Schuljahre. Das beschlußunfähige Haus lehnte am 4. Mai mit 89 gegen 82 Stimmen ab. Die sogenannte lateinische Schrift (Antiqua) ist natürlich nicht minder deutsch als die gotische Frakturschrift und sicher für ein Weltvolk unbedingt notwendig.

Eine Versammlung des Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark (Hamburg, 9. Mai) protestierte gegen die preußische Dänenpolitik.

Der Zentrumsabgeordnete Graf Spee sagte am 18. Mai im preußischen Abgeordnetenhaus: „Unsere Stellung zur Ansiedlungspolitik (im Osten) ist von Anfang an eine ablehnende gewesen. Der Erfolg besteht nur in der Stärkung des Polentums. Das gilt auch vom Enteignungsgesetz und Parzellierungsgesetz.“

Der Alldeutsche Verband gab ein Verzeichnis der „nationalgesinnten“ Rechtsanwälte heraus. Mehrere Anwaltskammern forderten ihre Mitglieder auf, ihre Namen streichen zu lassen (23. Mai).

Der allgemeine deutsche Lehrerinnenverein tagte am 7. Juni zu Nürnberg; es wurde die staatsbürgerliche Erziehung der Mädchen als Aufgabe der Schule behandelt und eine Resolution gegen die Blumentage gefaßt.

Zur Erinnerung an die Eröffnung des ersten Turnplatzes in der Hasenheide bei Berlin fand am 18. Juni eine große Jahr-Jahrhundertfeier statt.

Eine türkische Studienkommission wurde am 20. Juni beim Reichskanzler empfangen.

Der Leutnant d. R. Freiherr v. Richthofen wurde wegen Tötung des Leutnants a. D. v. Gaffron im Duell zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt; hätte er das Duell vermeiden wollen, so hätte er sich als Offizier unmöglich gemacht. Logik des Rechts!

Für Befestigungsbauten auf Helgoland wurden im Sommer über siebenemhalb Millionen Mark aufgewendet.

Infolge mehrerer Vorkommnisse gab der Polizeipräsident v. Jago am 5. August bekannt, daß er jeden Schußmann, der zu spät von seiner Waffe Gebrauch mache, bestrafen werde.

Eine sozialdemokratische Massenkundgebung im Treptower Park bei Berlin protestierte am 3. September gegen die „infame Kriegsheke des Panzerplatten- und Kanonenkapitals“. — Dagegen protestierte der Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses, der die christlichen Gewerkschaften und die Verbände der katholischen und evangelischen Arbeiterverbände umfaßt, am 5. September zu Köln gegen die sozialdemokratischen Kundgebungen, die mit dem politischen Massenstreik im Fall einer kriegerischen Verwicklung spielten. Die „Sozialistischen Monatshefte“ verteidigten sich wegen der Anklagen im „Vorwärts“ über Hofgängerei und dergleichen; das sei ebenso seltsam wie gewisse Ritualvorschriften. — Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Jena 10. bis 16. September sagte Bebel unter anderm: „Vor sechs Jahren stand die russische Revolution zur Debatte. Die Hoffnungen sind nicht erfüllt worden. Ich habe mit meinem Pessimismus recht gehabt; aber es ist auch nicht richtig zu sagen, die russische Revolution sei jetzt total verpufft. Rußland hat jetzt ein anderes Volk als vorher (ebenso wie in Preußen 1848). Es hat eine Art Parlament, in dem sogar Sozialdemokraten sitzen.“ Die Genossin Rosa Luxemburg wurde wegen ihrer Indiskretionen getadelt. Bebel erklärte die Parole der Stimmenthaltung in den Stichwahlen für eine Dummheit.

Bei der Tagung des Deutsch-österreichisch-ungarisch-schweizerischen Verbandes für Binnenschiffahrt Berlin 19. September sagte Handelsminister Sydow: wenn nicht Grenzpfähle zwischen den Verbandsländern wären, würde man glauben, sich in einem großen Lande zu befinden. Der Verband wirkt völkerverbindend.

Edison telegraphierte am 7. Oktober berichtend nach Berlin: „Ich habe keine Äußerungen getan (wie die „Neuorker World“ behauptete), daß die deutschen industriellen Unternehmungen veraltet seien, sondern ganz im Gegenteil, daß sie sich in einem höchst entwickelten Stadium befinden. Allerdings habe ich gesagt, daß die Deutschen selbst zugegeben hätten, die kom-

merzielle Praxis ihrer Geschäftswelt stehe nicht auf so hoher Stufe wie die englische."

Bei der Tagung des Vereins für Sozialpolitik zu Nürnberg 9. Oktober bildeten das interessanteste Verhandlungsthema die Probleme der Arbeiterpsychologie auf Grundlage der Erhebungen des Vereins. Professor Sinzheimer (München) sagte: „Wir stoßen mit unsern Ergebnissen direkt gegen Behauptungen von K. Marx und widerlegen sie. Aber trotz aller festgestellter Differenzierungen (gelernte, ungelernte und angelernte Arbeiter) gibt es eine allgemeine Arbeiterklasse. Das Proletariat wird vom Bürgertum eben dadurch geschieden, daß das Bürgertum viel stärker differenziert ist. Die Lohnverhältnisse im Proletariat sind nicht so stark verschieden, die Konkurrenz ist kleiner. Im Schicksal des Proletariats gibt es etwas Gleichmachendes.“ Professor Alfred Weber (Heidelberg) sagte: „Der ökonomische Prozeß bringt durch die Spezialisierung der Arbeit die Möglichkeit, den Arbeiter emporzuheben. Aber nur eine kleine Oberschicht hat die Möglichkeit freiesten Berufs- und Stellenwahl.“

Unter dem Vorsitz des Generalfeldmarschalls Freiherrn von der Goltz organisierte sich die Vereinigung „Jungdeutschland“ (16. Okt.).

Bei der Enthüllung des Kaiser-Friedrich-Denkmals in Aachen 18. Oktober sagte Kaiser Wilhelm: „Wenn je ein Fürst in Aachen ein Denkmal verdient hat, so mein Vater. Von meiner Kindheit an habe ich beobachten können, mit welchem Interesse er sich dem Studium der deutschen Kaiser und ihren Traditionen hingab und wie er vom Glanz der alten Kaiserkrone erfüllt war. Er ließ mich in einem Prachtwerk blättern, in welchem die Kleinodien, Insignien, Gewänder, Waffen der Kaiser, die Krone selbst in bunten Farben dargestellt waren. (Es war das dem Kaiser Franz Josef gewidmete Werk von Bock.) Wie leuchteten ihm die Augen, wenn er von den Krönungsfeiern in Aachen, von Karl dem Großen erzählte. Stets schloß er damit: Das alles muß wiederkommen! . . .“

Eine große Zahl hervorragender Industrieller erließ am 9. November folgenden Aufruf: „Die Unterzeichneten stehen durch ihren Beruf in der deutschen Kolonial- und Weltwirtschaft und an der Spitze von Unternehmungen, deren Gedeihen abhängig ist von der politischen Machtstellung Deutschlands unter den Völkern. Angesichts der Verwirrung der öffentlichen Meinung über das Marokko- und Kongo-Abkommen halten sie es für ihre Pflicht, dagegen Stellung zu nehmen, daß diese Verträge zu einer Niederlage der deutschen Politik gestempelt werden . . . Sie richten an alle deutschen Männer den Ruf, die rückwärtsschauende Kritik zurückzustellen hinter der vorwärts gerichteten Tat und die Reihen zu schließen zur Weiterarbeit an Deutschlands weltwirtschaftlicher Zukunft.“ — Am 20. Dezember wurde Dr. Solfs zum Staatssekretär des Reichskolonialamts ernannt.



Die Verhandlungen über die neue elsäß-lothringische Verfassung machten im Verlaufe des Jahres entscheidende Fortschritte, trotz mancher Unterbrechungen. Der Kaiser gratulierte endlich am 31. Mai dem Kanzler zum glücklichen Zustandekommen dieses Gesetzes (und des andern über die Reichsversicherungsordnung). Wetterlé und einige zwanzig andere Nationalisten waren allerdings damit nicht zufrieden und erließen am 6. Juni einen Aufruf zur Bildung der elsäß-lothringischen Nationalpartei mit dem Ziele: Schaffung eines gleichberechtigten, selbständigen Staates Elsaß-Lothringen im Deutschen Reich. Bei den Wahlen zum ersten reichsländischen Parlament 22. Oktober siegte das Zentrum in 16, der Lothringer Block in 8, die Sozialdemokratie in 6, die Nationalisten in 2, die Liberalen in 1, Unabhängige in 2 Wahlkreisen. 25 Stichwahlen waren notwendig. Der Landtag wurde am 6. Dezember im Straßburger Kaiserpalast durch eine Thronrede des Statthalters Grafen v. Wedel eröffnet. Zum ersten Vorsitzenden wurde Dr. Richlin vom Zentrum gewählt.

Von den Toten des Jahres seien erwähnt: B. Suphan, der Direktor des Goethe-Schiller-Archivs in Weimar (durch Selbstmord), der Maler Fritz Uhde, Friedr. Spielhagen (82 Jahre alt), Adolf Wilbrandt, Felix Mottl, Reinhold Begas (81 Jahre), H. v. Poschinger, H. v. Tschudi.

Wegen Spionage wurden manche Verhaftungen vorgenommen und Urteile gefällt.

Das neue Zeppelin-Luftschiff „Deutschland“ wurde beim Antritt seiner ersten Fahrt, 16. Mai, vollständig zertrümmert. Ein Militärballon explodierte bei den Manövern.

Eine schöne Sammlung Leiblicher Bilder wurde für Köln um 1,050.000 Mark angekauft.

In der Versammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins zu München 14. Oktober sprach Professor Jul. Wolf (Breslau) über Großbritannien und Panamerika; dagegen müsse sich Mitteleuropa durch eine wirtschaftliche Allianz wehren. Als Ehrengast sprach Prinz Ludwig von Bayern für die Hebung des Schiffsahrtverkehrs auf der Donau.

Die Stimmung der Kriegsbereitschaft erhellt aus dem Gedicht von Joh. Trojan, das am 2. November in der „Illustrierten Zeitung“ erschien, Deutschlands Söhne auf dem Meer: „... Und wenn mit Schwert und Feuerschlingen auf Land und See entbrennt der Krieg, sei Gott mit euch! Laut woll' verkünden Kanonendonner euren Sieg, und nach der Heimat bringt zurück, was ihr erwarbt an Ruhm und Glück!...“ Die Zeitung brachte eine Marinenummer. B. Harms behandelte die Bedeutung der Marine für die wirtschaftliche und politische Zukunftsentwicklung Deutschlands, Ad. Wagner die volkswirtschaftliche Berechtigung der Lasten für Heer und Flotte, Körper den deutschen Flottenverein, Waldemar Zimmermann das Interesse der deutschen Arbeiterschaft an einer starken Flotte.

Kriegs-  
bereit-  
schaft.

Über die im Sommer dreimal bestandene Gefahr eines Seekriegs (Juli, August, September) orientieren die Zusammenstellungen und Karten in der „Illustrierten Zeitung“ 21. Dezember.

Den deutsch-französischen Gebietsaustausch am Kongo veranschaulicht die Karte in der „Illustrierten Zeitung“ 9. November.

Seit den Kaisermanövern von 1910 traten immer ausschließlicher die neuen feldgrauen Uniformen auf.

Das Taschenbuch der Kriegsschiffe kam im zwölften Jahrgang heraus mit 850 Schiffsbildern, Skizzen und Schattenrissen; herausgegeben von B. Weyer. Zugleich erschien als Ergänzung das „Jahrbuch über die Fortschritte auf allen Gebieten der Luftschiffahrt“. Die Erfolge der lenkbaren Ballons wie der Flugzeuge standen von nun an fest.

Die Bevölkerung im Deutschen Reich war von 24,833.396 im Jahre 1815 und von 36,113.644 im Jahre 1855 auf 64,903.423 gestiegen.

Histor.  
polit.  
Blätter.

In den „Historisch-politischen Blättern“ wird festgestellt (147, 55): „Die bildende Kunst befindet sich seit einem Jahrhundert infolge des radikalen Bruches mit der Tradition und der Lösung ihres Zusammenhangs mit dem Volksleben und der Volksempfindung in einer erst zum geringen Teile gemilderten Krise“ . . . „Die Kunst, welche zur freien Höhe gelangen will, bedarf des sicheren Weges des Gesetzes und der erprobten Führung der Tradition.“ — Ein Artikel widerlegt die „Staatsfeindschaft der katholischen Kirche“. — Ein Aufsatz über die Teufelsanbeter in Mesopotamien berichtet zum Schluß über den Vortrag, den Dr. Ewers in München November 1910 über den Satanskult hielt, worin er Satan als Prinzip des Fortschritts und der Kultur pries und zum Schluß Carduccis Hymne an den Satan unter allgemeinem Beifall rezitierte; „Es warf Martin Luther die Rutte von sich: auf, menschlicher Geist, und befreie dich! Erglänze und leuchte, von Flammen verziet; erhebe dich, Urstoff, Satan triumphiert. Wie der Sturmwind zieht er dahin mit Getöse: er ist es, o Völker, Satan der Große! Heil spendend läßt er dahin sich tragen auf dem ungezügelter feurigen Wagen. Heil dir, o Satan, und deiner Zunft, siegreiche rächende Kraft der Vernunft! Dir sei der Weihrauch dankopfernd geschwungen, du hast den Jehova der Priester bezwungen.“ Es folgen „nüchterne Erwägungen über das vierzigjährige Jubiläum der Kaiserproklamation in Versailles 18. Januar 1871“. — J. Schraml schrieb über den Modernisten-eid und die Freiheit der historischen Forschung, und erklärte ihn für notwendig, um die katholische Welt, namentlich das Priestertum, vor der Versuchung durch den Subjektivismus zu bewahren. — Weiters wird „der volle Sieg der Staatsomnipotenz und des Staatssozialismus im Unterrichtswesen“ beklagt. — „Tolstojs Weltanschauung und Pädagogik“ wird geprüft. — Eine psychologische Studie betrachtet „die Flucht der Katholiken in liberale Zeitungen“ vor dem „Druck des Klerikalismus“. — Die römische Frage wird neuerlich ernstlich gestellt. — Zuegers Wort von der Eröberung der Universitäten wird erwogen. — A. Pöhlmann setzt seine Stichproben „aus den Tagen der neuen Kultur“ fort (Reinhardts Odipus-Ausführungen). — Der im zweiundachtzigsten Lebensjahr zu Wien verstorbene Bildhauer Franz Christoph Erler erhält einen Nachruf. — N. Scheid gibt persönliche Erinnerungen an Alex. Baumgartner. — Es wird des schweizerischen Volksschriftstellers Pfarrer Xaver Herzog gedacht (1810—1883). —

Rudolf Freiherr v. Manudorff tritt „gegen die Entartung des Parlamentarismus“ auf. — A. M. v. Steinle berichtet über „Clemens Brentano redivivus“, das heißt, über die neu begonnene Gesamtausgabe. — „Das imperialistische Ideal und die nackte Wirklichkeit in Ostindien werden einander gegenübergestellt. — Sonst werden im 147. Band folgende neue Werke besprochen: Thomas Moore, der irische Freiheitskämpfer, von Alois Stockmann. Preußen und die römische Kurie; im Auftrag des königlich preussischen historischen Instituts nach den römischen Akten bearbeitet von Philipp Hilbrandt. 1. Band 1625—1740. Luther von Hartmann Grisar. Deutsche Wirtschaftsgeschichte bis zum Schluß der Karolingerperiode, von R. Th. v. Jnama-Sternegg. 2. Auflage. Patrologie von Otto Bardenhewer. 3. Auflage. Heinrich B. v. Andlaw, ein badischer Politiker und Vorkämpfer des Katholizismus, von Franz Dor. Lebenserinnerungen von Jul. v. Eckardt. Jahrbücher des Deutschen Reichs unter Heinrich IV. und V. von Gerold Meyer von Knonau. Vom Studium und vom Studenten, ein Almanach, herausgegeben vom Akademischen Verband für Literatur und Musik in Wien, 2. Auflage, Berlin 1910. — Die Schlappe der christlichsozialen Partei bei den Neuwahlen in Österreich gibt Gelegenheit zum neuen Programm: Katholisch-österreichisch! (Bd. 148). Den Angriffen auf den Dominikanerpater A. M. Weiß werden als beschämendes Beispiel die bekennnistapferen Reden des Kaisers Wilhelm II. gegenübergestellt, der zum Beispiel am 13. November 1910 an der Klosterpforte zu Beuron Beuron. sagte: „Von Anfang Meiner Regierung an war es Mir eine besondere Freude, die Benediktiner in ihren Bestrebungen zu unterstützen, da Ich beobachtet habe, daß sie überall, wo sie gewirkt, nicht nur die Religion aufrecht zu erhalten und zu stärken bestrebt waren, sondern auch als Kulturträger auf dem Gebiete des Kirchengesangs, von Kunst und Wissenschaft und in anderem sich hervorgetan haben, eine nicht zu unterschätzende Arbeit. Was Ich von Ihnen erwarte, ist, daß Sie in den Bahnen Ihrer Vorfahren weiterarbeiten und Mich unterstützen in Meinen Bestrebungen, dem Volk die Religion zu erhalten. Dies ist um so wichtiger, als das 20. Jahrhundert Gedanken ausgelöst hat, deren Bekämpfung nur mit Hilfe der Religion und mit Unterstützung des Himmels siegreich durchgeführt werden kann; das ist Meine feste Überzeugung! Die Krone, die Ich trage, kann hier nur dann einen Erfolg verbürgen, wenn sie sich gründet auf das Wort und die Persönlichkeit des Herrn. Als Symbol dafür habe ich das Kreuz in diese Kirche gestiftet, um damit zu beweisen, daß die Regierungen der christlichen Fürsten nur im Sinne des Herrn geführt werden können, und daß sie helfen sollen, den religiösen Sinn, der den Germanen angeboren ist, zu stärken und die Ehrfurcht vor Altar und Thron zu vermehren. Beide gehören zusammen und dürfen nicht getrennt werden. Darum fördere Ich von ganzem Herzen die Bestrebungen, die Sie verfolgen; wie bisher werde Ich Ihnen auch in Zukunft Meine Huld und Meinen Schutz bewahren.“ — Aber „der Kaiser wird im höchsten Grad erstaunt sein, wenn er erfährt, daß besonders der preussische Handelsminister sich scharf gemacht, damit die Jugend nicht zu viel Religion erhält. Die Beuroner Patres sind gerne bereit, dem Volke die Religion zu erhalten; aber die preussische Regierung stellt sich als Hindernis in den Weg.“ — Es wird das Wort des abgefallenen Priesters Jentsch im „Tag“ vom 9. bis 11. Juli zitiert über die „Schuld Roms“: „daß der Haß aller



Protestanten und der liberalen Katholiken gegen Rom wohlbegründet ist." — Brors gibt eine ausgezeichnete Charakteristik Niehsches. — J. Schraml kritisiert Foersters biologische Methode; sie sei „subjektivistisch und scheidet sich selbst um eine ganze Welt von der kirchlichen. Verschleierter Subjektivismus schadet mehr als offener.“ — Österreich wird an seinen Staatsgedanken erinnert: „Man hat in Österreich Österreich vergessen, da man nur mehr an Politik zu denken sich gewöhnte.“ . . . „Was kümmert es diese Führer, die Berufspolitiker, ob der Staat zugrunde zu gehen droht, wenn nur das Mittel ihres Macht Hungers, die Partei, aus dem Wahlkampf siegreich hervorging.“ Tisza sagte darüber mit Recht: „Das Parlament drückt die hervorragenden Söhne der Nation herab und verschafft dafür den politischen Analphabeten und Demagogen Geltung: das ist das österreichische Volksparlament.“ . . . „Der Weg zur Erhaltung der nationalen Eigenart ist nicht der Wahlschwindelnationalismus, sondern österreichische Politik . . . Man darf nicht entnationalisieren wollen; nein, so national wie nur möglich, aber auch so gerecht wie nur möglich! Denn, was ist ein Staat, eine Nation ohne Gerechtigkeit anders, als eine Räuberbande! . . . Die Königreiche und Länder in Österreich und ihre Existenz beweisen doch nicht, daß das Reich im Laufe der Zeit in diese Teile sich spaltete, sondern umgekehrt, daß es durch den Zusammenschluß dieser Teile entstand . . . Versuchte man, die nationalen Schranken (nationale Autonomie) gegeneinander aufzurichten, wie manche Vorschläge lauten, so wäre dies nicht nur technisch unmöglich, sondern ebenso antinational wie antiösterreichisch, denn in der Verbindung der Nationen miteinander liegt das Geheimnis ihrer Erhaltung, die Seele Österreichs.“ — Es wird ein Wort von Wilhelm Schmidt, dem gelehrten Herausgeber des „Anthropos“, zitiert (361): „Je älter und primitiver die Völker, desto einfacher und schlichter wohl, aber auch um so reiner und also innerlich höher sind alle Verhältnisse; schreitet die Entwicklung fort, desto mannigfacher, reicher, komplizierter, aber auch in den meisten Fällen innerlich verdorbener und niedriger gestaltet sich alles.“ — L. Schneller (Zürich) vergleicht deutschen und französischen Katholizismus, zitiert das Buch von Franz Josef Buß „Die Gemeinsamkeit der Rechte und der Interessen des Katholizismus in Frankreich und in Deutschland“ (1847); Buß war der erste christliche Demokrat Deutschlands, Präsident des ersten deutschen Katholikentags von 1848; das aufsteigende kirchliche Leben Frankreichs wird hervorgehoben. — Es folgt ein Bericht über die zweite Generalversammlung der englischen Katholiken zu Newcastle on Tyne, 4. bis 7. August. — Landgerichtsrat H. Tophoff schreibt „gegen Laiengerichte“. — F. W. Foerster (Zürich) entgegnet auf Schramls Vorwürfe (527) und dieser dupliziert (532). — R. Lübeck (Julda) berichtet über die orthodoxe serbische Kirche in Dalmatien. — Joh. Ranftl (Graz) widmet dem Germanisten Anton G. Schönbach ein Gedenkblatt. — Sehr wertvoll ist die Studie von Alfons M. v. Steinle über Klemens Brentanos „Romanzen vom Rosenkranz“, unter erstmaliger Benutzung des gesamten handschriftlichen Materials. — Ein Aufsatz handelt vom 1865 gegründeten Protestantenverein. — R. Lübeck behandelt „Das Werk des Kardinals Lavigerie in Jerusalem“. — Die Aussichten einer „Balkanconföderation“ werden erwogen. — Von den im 148. Band besprochenen Büchern erwähnen wir: Lily Braun, Memoiren einer Sozialistin, 1. Lehrjahre, 2. Kampfsjahre. Achter (Schluß-)Band der Rundschreiben Leos XIII.

Erinnerungen von E. Freiherrn v. Plener. Werner Sombart, Die Juden und das Wirtschaftsleben. Alb. M. Weiß, Lebens- und Gewissensfragen der Gegenwart. N. Jorga, Geschichte des rumänischen Volkes im Rahmen seiner Staatsbildung. Hans v. Holtelini, Forschungen und Beiträge zur Geschichte des Tiroler Aufstandes 1809 (nach französischen Quellen). B. Cathreins Moralphilosophie in fünfter Auflage. Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen. Emil Michaels Geschichte des deutschen Volks vom 13. Jahrhundert, 5. Band. Felix Theilhaber, Der Untergang der deutschen Juden. Grifars Luther, 2. Band. August Bebel, Aus meinem Leben, 2. Teil. Marie Herzfeld, Das Zeitalter der Renaissance, ausgewählte Quellen zur Geschichte der italienischen Kultur. Friedr. Nippold, führende Persönlichkeiten zur Zeit der Gründung des Deutschen Reiches.

Von Joh. Jak. Hansens „Lebensbildern hervorragender Katholiken des 19. Jahrhunderts“ erschien der sechste Band. Alois Stockmann gab Alex. Baumgartners „Goethe, sein Leben und seine Werke“ in dritter, neubearbeiteter Auflage heraus. Des Jesuiten Hartmann Grisar „Luther“ sollte eine psychologische Darstellung der Gesamtpersönlichkeit in unparteiischer Forscherarbeit geben. Das Werk wurde dem polemischen Luther Denisles entgegengestellt. In Worms wurden wieder die Lutherspiele von Otto Devrient aufgeführt (Jll. Btg., 28. Sept.).

Zum siebzigsten Geburtstag Georg Hirths (der sonst nicht immer unser Mann ist) wurde an dessen Leitspruch erinnert: „Den Enthaltamen gehört die Zukunft. Nicht sich ausleben! Sondern sich ausarbeiten!“

Neben seinen Monatsblättern „Wege nach Weimar“ gab Friedrich Lienhard den Roman aus der Revolutionszeit in Elsaß „Oberlin“. Im Harzer Bergtheater bei Thale wurde Lienhard's „Odysseus“ aufgeführt. Auf der Naturbühne der Waldoper des Ostseebades Rappot kam das Märchenpiel „Lobetanz“ von D. J. Bierbaum, Musik von Thuille, zur Aufführung (Jll. Btg., 10. Aug.).

Alfred Sterns Geschichte Europas von 1815 bis 1871 schritt bis zum sechsten Band vor (bis 1848); sie war in manchen Punkten gegen Treitschke gerichtet. Lily Braun schrieb den Schlüsselroman „Memoiren einer Sozialistin“. Helmolt bemerkt in einer Besprechung (Jll. Btg., 7. Dez.), die Generalstochter sei mehr Sozialaristokratin in ihrem Revisionismus. Wilh. Raabe hinterließ den unvollendeten Roman „Allershausen“.

Gerhart Hauptmann sank mit der Berliner Tragikomödie „Die Ratten“ nach nervösen Zickzackbahnen wieder ganz aus dem Mystizismus und dem Romantizismus in die Naturalistik zurück. Im Nymphenbad des königlichen Zwingers zu Dresden wurde Gellerts Schäferspiel „Sylvia“ von 1745 aufgeführt (Jll. Btg., 18. Mai). Ein Festspiel „Hermann und Dorothea“, von E. Klingner nach Goethes Dichtung, wurde in Bad Elster im Freien aufgeführt (Jll. Btg., 13. Juli). Drei Uraufführungen fanden im November statt: „Das Wunder des heiligen Terenz“ von Franz Adam Beyerlein, „Gudrun“ von Ernst Hardt und „Simson“ von Herbert Gulenberg. Grillparzers „Sappho“ wurde im Freilichttheater zu Aachen aufgeführt (Jll. Btg., 27. Juli). Im Hofe der Moritzburg zu Halle a. d. S. wurde das Verspiel „Hofnarr und Fürst“ aus dem Zyklus „Die Macht der Toten“ von Gustav Streicher gegeben (Jll. Btg., 24. Aug.). Die „Antigone“ wurde im Parl

Lien-  
hard.

Gerhart  
Haupt-  
mann.

des königlichen Schlosses zu Benrath bei Düsseldorf aufgeführt (All. Ztg., 29. Juni).

Richard Strauß brachte mit seiner Oper „Der Rosenkavalier“, Text von Hugo v. Hofmannsthal, eine neue Sensation. Das Musikmärchen „Königsfinder“ von Engelbert Humperdinck wurde zuerst in Newyork aufgeführt (28. Dez. 1910). Zum Dank für die Verleihung des philosophischen Dokortitels widmete Max Reger der philosophischen Fakultät der Universität Jena die Komposition des hundertsten Psalms.

R. Woermanns Geschichte der Kunst aller Zeiten und Völker war nach zwanzigjähriger Arbeit mit dem dritten Band abgeschlossen. Werner Weisbach schrieb die Geschichte des „Impressionismus“; ein Problem der Malerei in der Antike und Neuzeit.

Raffael Schuster-Woldan schuf die Wandgemälde für den Bundesratssitzungsaal im Reichstagsgebäude (All. Ztg., 23. Febr.).

Denk-  
mäler.

Die Welfenpartei errichtete ein pyramidenförmiges Denkmal für König Georg V. von Hannover auf dem Vogelhüttenberg bei Langenrehm, Harburg (All. Ztg., 12. Okt.). Das für Nürnberg bestimmte schöne Denkmal für König Ludwig II. als Hubertusritter war von Max Heilmayer (All. Ztg., 7. Dez.). Ferd. v. Müllers Reiterstandbild Ottos von Wittelsbach wurde vor dem Münchener Armeemuseum aufgestellt (All. Ztg., 23. März). Georg Wrba entwarf ein König-Albert-Denkmal für Bauzen (All. Ztg., 9. März). Das Kaiser-Friedrich-Denkmal von Hugo Lederer für Aachen war sehr klassisch gehalten (All. Ztg., 19. Okt.). Es wurde ein Preis ausgeschrieben für ein Bismarck-Nationaldenkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück; die Entwürfe von Hahn, Brankfy, Fischer und Kniebe, Bleeker und Kurz, Riemerschmid gibt die „Illustrierte Zeitung“ 9. Februar. Für dieses Bismarck-Nationaldenkmal wurde schließlich der Entwurf von W. Kreis gewählt; im Innern sollte die sitzende Kolossalfigur Bismarcks von Hugo Lederer aufgestellt werden (All. Ztg., 14. Dez.). W. Kreis entwarf noch ein Bismarck-Denkmal für den Weinberg bei Stettin, in der Art des Grabmals Theodorichs bei Ravenna (All. Ztg., 23. März).

Ad. Kürle schuf das für Windhuf bestimmte Denkmal zur Erinnerung an den Südwestafrikanischen Feldzug (All. Ztg., 1. Juni). In Gräfenhainichen wurde ein Denkmal Paul Gerhards von Friedr. Pfannschmidt aufgestellt (All. Ztg., 30. März). W. Wandschneiders Fritz-Reuter-Denkmal wurde in Stavenhagen enthüllt (All. Ztg., 6. Juli). Haberland widmete einen Brunnen mit Figuren von Emil Gauer für den Rüdesheimerplatz in Wilmersdorf bei Berlin (All. Ztg., 22. Juni). In Wilmersdorf bei Berlin wurde das Gänsefiesel von Runo v. Uechtriz als Brunnenfigur aufgestellt (All. Ztg., 8. Juni). In München wurde ein Jonasbrunnen von Hubert Neher aufgestellt (All. Ztg., 31. Aug.). Die Deutsche Fortschrittspartei errichtete einen Eugen-Richter-Turm bei Hagen in Westfalen. Eine Bismarck-Warte entwarf Bruno Schmitz für Berlin, Westend (All. Ztg., 15. Juni). Das neue Berliner Stadthaus war ein Werk Ludw. Hofmanns (All. Ztg., 9. Nov.). So orientalistisch als möglich geriet die neue Westend-Synagoge in Frankfurt a. M. von Franz Roeddele (All. Ztg., 4. Mai).

In Hagenbecks Tierpark in Stellingen bei Hamburg wurden Nachbildungen vorweltlicher Riesentiere aufgestellt (All. Ztg., 7. Sept.).



Ein neues starres Luftschiff „Schütte-Lanz“ wurde versucht (Ill. Ztg., 26. Okt.).

Paul Schreckhaase berichtete über die Pläne zur Landgewinnung an der Nordsee (Ill. Ztg., 5. Okt.).

In Österreich hatten zu Beginn des Jahres alle Theologen den Modernisteneid geleistet bis auf einen Professor des kanonischen Rechts in Wien. — Der päpstliche Nuntius Granito di Belmonte, mit dem das Wiener Auswärtige Amt seit Dezember 1908 alle Beziehungen abgebrochen hatte (wegen einer Indiskretion), wurde am 3. Januar endlich abberufen.

Der katholische Literaturstreit wurde durch ein Schreiben des Papstes Pius X. vom 16. Februar an die Mitglieder des Gralbunds in Wien, zu welchem, außer Franz Eichert, dem Redaktor der Monatschrift „Der Gral“, zunächst Eduard Hlatky, Karl Domanig, Adam Trabert, Sophie Görres, Georg Harrasser, Adolf Innerkofler, meine Wenigkeit usw. gehörten, abgeschlossen. Das für die Philosophie und Ästhetik wichtige Schreiben lautet: „Den geliebten Söhnen Franz Eichert und den übrigen Genossen aus der literarischen Gesellschaft ‚Gralbund‘ Papst Pius X. Geliebte Söhne, Gruß und Apostolischen Segen. Als ihr Uns neulich alle bis dahin erschienenen Bände eurer Zeitschrift ‚Der Gral‘ mit einem erläuternden Begleitschreiben überreichen ließt, habt ihr Uns einen ausgezeichneten Beweis kindlicher Liebe und Treue gegeben, über welchen wir außerordentlich erfreut waren. Ihr sollt wissen, daß ihr dadurch nicht bloß eurer ergebenen Gesinnung gegen den Apostolischen Stuhl, sondern auch Unserer Erwartung entsprochen habt; denn schon lange war es Unser Wunsch, daß sich Uns irgendeine Gelegenheit bieten möge, um zu erklären, wie sehr Uns euer Unternehmen gefalle und wie lieb Wir euch wegen eurer Verdienste haben. Denn seit dem Augenblick, da ihr jenen Bund geschlossen habt, haben Wir nicht aufgehört, den Verlauf eurer Angelegenheiten mit besonderem Interesse zu verfolgen; und Wir haben es bereitwillig anerkannt, daß es unter den Unsrigen Männer gibt, reich an Geist und in der Kunst hochgebildet, die nicht in solcher Weise die Literatur und vor allem die Poesie pflegen, daß sie aus übermäßiger Nachgiebigkeit gegen die Zeitströmung sich zu wenig auf ihr Eigenstes zu besinnen scheinen, sondern die sich wie im Leben so auch im Schreiben offen und unverhohlen als Katholiken erweisen. Denn ihr leugnet mit Recht, daß die Religion mit den Musen (mit der Poesie) in keiner Wechselbeziehung stehe, jene Religion, welche doch diese gesamte Kultur (humanitatem) hervorgebracht hat, jene Religion, welche den gesamten Menschen erfassen soll und das gesamte menschliche Leben beherrschen muß; ihr leugnet (die Meinung der Gegner), daß durch den Anhauch der Religion, welche doch das vollkommene, von keinen Schranken eingengte Ideal der Schönheit darbietet, der Geist der Dichter gelähmt werde, da er doch vielmehr durch die Religion emporpächst und beseuert wird. Wie nun das Schöne in Gott eins und dasselbe ist mit dem Wahren und Guten, gerade so besteht ihr ganz richtig auf der Behauptung, daß in der christlichen Poesie die künstlerische Unmut sich dem Abglanz der

Öster-  
reich.Gral-  
bund.

Wahrheit und der Sittlichkeit zu verbinden und ihm so zu dienen habe; und daß also aus diesen literarischen Arbeiten nicht so sehr eine spielerische Ergözung des Geistes, sondern eine fernhafte Frucht für den Nutzen des Volkes erstrebt werde. Deswegen verdient ihr Lob dafür, daß ihr das ruhmvolle, von den Vorfahren überlieferte Erbe nicht nur mit Sorgfalt hütet, sondern auch erfindsam vermehret; denn kein billiger Richter der Dinge wird leugnen, daß katholische Männer auf diesem Gebiet, wie überhaupt in allen wissenschaftlichen und literarischen Bestrebungen so sehr hervorgeleuchtet haben, daß sie mit den hervorragendsten Geistern der Vergangenheit ruhig verglichen werden können. Ihr daher, geliebte Söhne, fahret unbeirrt fort, wie ihr es tut, die Ehre der christlichen Kultur in der Literatur zu wahren; und empfanget als Unterpfand der göttlichen Hilfe und als Beweis Unserer väterlichen Zuneigung den Apostolischen Segen, den Wir euch liebevollst erteilen. Gegeben zu Rom beim hl. Petrus am 16. Februar 1911, im achten Jahre Unseres Pontifikats. Papst Pius X.“ — Diese päpstliche Rundgebung erfreute mich um so mehr, als sie so völlig mit meiner Philosophie übereinstimmte, wie die keines anderen Philosophen dieser Zeit. Nirgends sonst habe ich die gleiche Gleichstellung der drei höchsten Ideen wiedergefunden.

Aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens des Protestantentums nahm der Kaiser am 5. April eine Erinnerungsmedaille entgegen und versicherte die Abordnung der Protestanten seiner Fürsorge für ihre Konfession.

In Krakau starb am 8. September der Kardinal-Fürstbischof Puzyna, der beim letzten Konklave das Veto im Auftrag der Regierung gegen die Wahl Rampollas eingelegt hatte.

Bienert.

Freiherr v. Bienert hatte am 9. Januar ein drittes Ministerium gebildet, dem auch noch Stürgkh und Weiskirchner angehörten. Man konstatierte einen Rückgang des Deutschtums in Mähren, eine Zunahme des Deutschtums in Südtirol. Beim Kongreß italienischer Sozialisten in Trient 19. Februar wurde die internationale Minderheit ausgeschlossen. Der Kaiser sprach beim Delegationsdiner in Ofen die Hoffnung aus, daß Dalmatien bald seine Eisenbahnen bekomme. Er empfing den König von Bulgarien am 5. März in Schönbrunn. Die Bevölkerung Wiens betrug 2.030.803 Personen (gegen 1.674.000 im Jahr 1900). An Tschechen wurden 98.400 gezählt (gegen 102.970 im Jahr 1900).

Die Sozialdemokraten gingen in den neuen Wahlkampf gegen die Regierung Bienert, gegen die Verfassungsbrecher, gegen die Dreadnoughts und Dreadnoughtssteuern, gegen die Regierungsknechte und Ministerstreber, gegen die Lebensmittelsteuer und den Wohnungswucher. In der Tat brachten die Wahlen vom 13. Juni eine große Verschiebung. Die Christlich-sozialen erlitten eine empfindliche Niederlage. Infolgedessen trat Handelsminister Weiskirchner vom Ministerium zurück, wurde aber ins Herrenhaus berufen. Am 26. Juni trat auch Freiherr v. Bienert zurück, der seit 1908 als Ministerpräsident im Amt war, nachdem er vorher im Kabinett

Beck Minister des Innern gewesen. Sein Nachfolger wurde nun Freiherr v. Gautsch. Bei der Eröffnung des Reichsrats am 18. Juli kündigte <sup>Gautsch.</sup> die Thronrede unter anderm die Vorlage eines Sozialversicherungsgesetzes an sowie den Ausbau der Wohlfahrts- und Schutzgesetze für die arbeitenden Schichten, eine italienische Rechtsfakultät, eine dauernde Regelung der Verhältnisse in Böhmen. Zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses wurde Dr. Sylvester gewählt; unter den Vizepräsidenten war ein Pole, ein Italiener, ein Christlichsozialer, ein Sozialdemokrat (Pernerstorfer), ein Südslawe, ein Ruthene und ein Tscheche.

Der Thronfolger Franz Ferdinand begab sich Anfang September nach Kiel zum Besuch des Kaisers Wilhelm und nahm an der Flottenparade teil. Der Marinekommandant Graf Montecuccoli kam am 8. September nach Wilhelmshaven zur Besichtigung der dortigen Marineverhältnisse. General v. Aussenberg wurde am 19. September zum Kriegsminister ernannt.

Es kam Mitte September zu Teuerungsdemonstrationen in Wien. — Der Bezirksschulrat verfügte die Sperrung einer tschechischen Volksschule in Brigittenau, die widerrechtlich ohne behördliche Genehmigung eröffnet wurde (22. Sept.). — Der niederösterreichische Landtag beschloß am 29. September die Aufhebung des Zölibats der Lehrerinnen. — Ein dalmatinischer Sozialist Nikolaus Hegus feuerte am 5. Oktober im Reichsrat während einer aufreizenden Rede Adlers von der Galerie einen Schuß auf die Ministerbank ab; er wurde zu sieben Jahren Kerker verurteilt.

Im Schloß der Familie Parma zu Schwarzau in Niederösterreich fand am 21. Oktober die Vermählung des Erzherzogs Karl Franz <sup>Karl und Zita.</sup> Josef mit der Prinzessin Zita von Bourbon-Parma statt; es ist das spätere Kaiserpaar. — Erzherzog Ferdinand Karl verzichtete am 24. Oktober auf seine Vorrechte, um die Tochter des Hofrats Czuber, Professors an der Technischen Hochschule, zu heiraten.

Da die Ausgleichsversuche des Freiherrn v. Gautsch zwischen Deutschen und Tschechen scheiterten, reichte das Kabinett am 28. Oktober seine Entlassung ein. Der Kaiser berief den bisherigen Unterrichtsminister Grafen Stürgkh, Vertrauensmann der Christlichsozialen, zur Bildung <sup>Stürgkh.</sup> eines neuen Ministeriums 31. Oktober. Er hielt am 6. November seine Programmrede, betonte die Notwendigkeit einer Reform der Geschäftsordnung. Da an eine eigentliche Majorität noch nicht zu denken sei, werde die Regierung bestrebt sein, eine Majorität der sachlichen Arbeit herbeizuführen, die niemand ausschließe, der sich zur Mitwirkung berufen fühle. Es soll eine Regierung des inneren Friedens und praktischer Wohlfahrtsarbeit sein.

Lord Rosebery kam in besonderem Auftrag am 19. November nach Wien und hatte eine Audienz beim Kaiser.



Im Abgeordnetenhaus entstand am 29. November ein Handgemenge zwischen Deutschen und Tschechen, weil der Justizminister Hohenburger von Deutschböhmen gesprochen hatte. Er erklärte darauf, den Ausdruck nicht in einem staatsrechtlichen Sinn gebraucht zu haben, er wollte nur jenen Teil Böhmens bezeichnen, in dem vorwiegend Deutsche wohnen.

Conrad. Generalstabschef Conrad v. Hözendorf trat am 30. November zurück infolge von Differenzen mit Graf Aehrenthal über die Haltung gegenüber Italien.

Am 14. Dezember, bei der Beratung des Gesetzes über Ehescheidung, warfen einige Damen Zettel auf die Abgeordneten, auf denen gegen die Unauflösbarkeit der katholischen Ehe protestiert wurde: „Wir wollen keine Konkubinen sein . . . Über eine halbe Million geschiedener Frauen warten in Österreich auf das Recht der Wiederverheiratung und der Rechtsnachfolge ihrer Kinder.“ Das Gesetz wurde aber mit 198 gegen 177 Stimmen abgelehnt.

Auffenberg.

In den Delegationen Ende Dezember wies Kriegsminister v. Auffenberg nach, es sei noch nicht vorgekommen, daß ein Staat infolge Überanstrengung durch Militärausgaben zusammengebrochen sei, wohl aber durch das Gegenteil. „Man hätte die dreihundert Millionen, welche die Annexionskrisis gekostet hat, vermieden, wenn man die Armee in den Jahren vorher in den entsprechenden Zustand versetzt hätte. Wie wären wir von allen Seiten völlig umstellt gewesen, wenn nicht alle Welt geglaubt hätte, daß wir uns im Zustand militärischer Desorganisation befänden. Aber eine großzügig bewirkte Kriegsvorbereitung hat im Lauf eines Winters unsere Lage gebessert. Wir sind der zentralst gelegene Staat Europas. Wenn wir auch nie etwas von den andern haben wollen, so könnte doch der Fall vorkommen, daß die andern etwas von uns wollen, was wir ihnen nicht gut geben könnten.“

Der Tschechische Schulverein erhielt von Prager Damen 350.000 Kronen und von amerikanischen Tschechen 100.000 Kronen. Der tschechische Graf Adalbert Sternberg verkündigte, die 1817 von Hanka gefälschte Königshofer Liederhandschrift müsse von Amts wegen als echt erklärt werden. Aber der tschechische Professor Masaryk erklärte sie für unecht und kritisierte die Verteidigung der Echtheit durch seinen Kollegen Professor J. W. Pic so scharf, daß sich dieser am 19. Dezember aus Kränkung erschöpfte.

Nach dem Tode des neunzigjährigen Kardinals Fürsterzbischof Gruscha trat sein Koadjutor Nagl an seine Stelle (5. Aug.). — Einundfünfzigjährig starb der Komponist Gustav Mahler.

In den ungarischen Lehrerfeminarien wurde die deutsche Sprache als einzige fremde Sprache für sämtliche Klassen obligatorisch. — Zum allslawischen Turnerfest in Agram 12. bis 16. August erschienen über fünftausend Sokolisten aus Österreich-Ungarn, Serbien, Bulgarien, Rußland und Amerika. — Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses Alb. Berzeviczy demissionierte am 3. November, weil seine milde Auslegung der Geschäftsordnung die bereits viermonatige Obstruktion gegen die Wehrvorlage nicht brechen konnte. Diese ungarischen Widerstände waren zumeist schuld an der schwierigen Verteidigung der Monarchie zu Beginn des Weltkrieges. Dagegen schreit das

Blut von Hunderttausenden. — Die sozialdemokratische Partei Ungarns veranstaltete am 7. November einen Demonstrationsspaziergang von viertausend Personen für das allgemeine Wahlrecht.

Kaiser Wilhelm wurde zum Ehrendoktor der deutschen Universität in Prag ernannt; die Diplommappe gibt die „Illustrierte Zeitung“ 4. Mai. Das Diplom von Klausenburg 18. Mai.

Das Steiermärkische Landesmuseum Joanneum zu Graz feierte das hundertjährige Bestehen (Ill. Ztg., 23. Nov.).

Das Wiener „Vaterland“ teilte am 14. November 1911 mit: „<sup>„Vaterland.“</sup> Laut Beschluß des Vereines ‚Patria‘ wird die Tageszeitung ‚Das Vaterland‘ mit 31. Dezember 1911 ihr Erscheinen einstellen.“ Das Ereignis wurde von fast allen größeren Blättern Österreichs und des Auslandes kommentiert. Die „Historisch-politischen Blätter“ (149, 36) sahen darin ein Zeichen der Zeit: In der Geschichte jenes Blattes spiegelte sich ein Gutteil der österreichischen Verfassungsgeschichte; aus seinen Spalten haben Leo Thun, Belcredi für Österreich gesprochen. Über ein halbes Jahrhundert hat es patriotische und katholische Interessen vertreten. Selbst der Gegner senkte achtungsvoll den Degen, denn mit dem Namen des Blattes verband sich eine alte, große Tradition, ein Glanz, der herüberstrahlt aus dem vordualistischen Altösterreich, mit den Ideen einer konservativen Staatsordnung. Der Plan der Gründung des „Vaterlands“ wurde 1859 gefaßt. Am 21. August 1860 erschien die Probenummer, am 1. September begann das regelmäßige Erscheinen. 1862 trat ein Teil der Mitglieder des Unternehmens aus, weil ihnen das Blatt zu klerikal, reaktionär, ultramontan schien, das sei nicht konservativ. Diese Herren versanken dann zumeist im liberalen Strom. Unter der liberalen Professorenherrschaft Gistra-Herbst 1868 war das Blatt in vier Preßprozesse verwickelt. Das Jahr 1873 brachte durch das direkte Wahlrecht den Bruch mit der bisherigen Autonomie der Länder und damit das Aufblühen der nationalen Kämpfe; 1874 folgte die Kündigung des Konföderates. Der Kulturkampf hörte mit Laaffe auf. Das „Vaterland“ wurde von Leo Thun und dann von Graf Eckbert Belcredi geleitet. „Katholisch-österreichisch“ war der Grundsatz. Kardinal Schönborn sollte am 2. Dezember 1892 der Haltung des „Vaterlands“ volle Anerkennung. Es kam die demokratische Strömung, der Spalt in der katholischen Partei seit dem dritten allgemeinen Katholikentag in Linz 8. August 1892, die Gründung der „Reichspost“, der Streit um das Vogelshangische Programm. Luegers bedeutende Persönlichkeit hätte die neue Bewegung in positivere Richtungen geleitet, wenn ihn nicht Krankheit und Tod daran gehindert hätten. Es folgten aber die Diadochenkämpfe und die Wahlniederlage 1911. 1895 wurden als „christliche“ Blätter empfohlen: „Deutsches Volksblatt“, „Deutsche Zeitung“, „Neuigkeitensmeltblatt“, „Reichspost“, „Ostdeutsche Rundschau“. „Das Vaterland“, als zu katholisch, war nicht genannt. Es erwiderte: „Wir sind nicht ‚christlich‘ im negativen <sup>Christlich und katho-</sup> Sinne der hervorragendsten dieser Blätter, sondern wir sind gut und positiv katholisch. Wir haben die jüdische Presse, soweit sie das Volk zu forumpieren und zu mißbrauchen suchte, bekämpft, als von allen diesen christlichen Blättern noch keine Spur vorhanden war . . .“ In der folgenden Zeit bekämpfte „Das Vaterland“ das allgemeine Wahlrecht als Ausfluß des Dogmas der französischen Revolution und des Sozialismus. Die Sozialdemokratie erstarbte, die früheren Konservativen vereinigten sich mit den Christlichsozialen, um

sie doch zur stärksten Partei des Volkshauses zu machen. Die neue Redaktion des „Vaterlands“ (seit 1907) versuchte sich im Lavieren und verlor damit allen Boden. Die „Neue Freie Presse“ jubelte über das Verschwinden des „Vaterlands“. Katholikentag auf Katholikentag drang auf Hebung der katholischen Presse, seit 1905 hatte man einen katholischen Presseverein, den Piusverein, und das katholische „Vaterland“ mußte eingehen. Allerdings ein ernstes Zeichen der Zeit. Die „Reichspost“ widmete dem abscheidenden „Vaterland“ alles Lob und sah darin sogar ein edles Motiv: die Solidarität der Katholiken in der christlichsozialen Partei zu fördern. „Wenn ‚Das Vaterland‘ scheidet, soll das christliche Österreich nicht in der Verteidigung seiner Ideale ärmer, sondern gefestigter werden.“ Richtig bemerkte das „Neue Wiener Tagblatt“: „Jener Teil des Klerus und der Aristokratie, der das Blatt unterstützte, besteht in Österreich noch in gleicher Kraft und übt den gleichen Einfluß wie einst, und das Verschwinden seines publizistischen Organs bedeutet gewiß nicht die Verringerung seiner Einflusssphäre und seines politischen Gewichtes.“ Und die „Historisch-politischen Blätter“, denen ich diesen Überblick entnehme, schließen: „Das konservative Programm ist das Programm der konsequenten Katholiken, des konsequenten Österreichers. Es kann daher mit dem Verschwinden eines politischen Organes nicht aufgegeben sein; es hat Zukunft, seine Grundlagen sind Recht und Natur.“

Passionsspiele im Freien wurden in der Osterwoche zu Prag-Smichow aufgeführt (Öst. Ill. Ztg., 30. April).

Man feierte Liszts hundertsten Geburtstag: „Zur Hundertjahrfeier heut erweist die ganze Welt dir Ehrfurcht, Feuergeist, um dir mit Dank und Rühmen zu entgelten, daß du ihr aufergeschlossen neue Welten, bald lebensvoll, bald fromm improvisierend, in ungeahnte Stimmungssphären führend, vielholde Süße paarend mit der Kraft, mit heil'ger Weltflucht heiße Leidenschaft, mit wildem Jauchzen tränenschwere Trauer, mit Blütentänzen heft'ge Hagelschauer. Zigeuner, Weltmann und Abbe zugleich, schufst einen Thron du dir im Kunstbereich und fern von allem lauten Weltgetriebe ein Herzensheiligtum in unsrer Liebe.“ Anton Dorn dichtete: „Dein Leben selbst war eine Symphonie, Dämonisches und Göttliches verbunden hat sich in deinem reichen Geist gefunden, dem eine Gottheit auch die Kraft verlieh, mit seiner Töne Zaubermacht zu sagen, wie Menschenherzen fühlen, jauchzen, klagen.“ Tilgner's Lisztbüste stand in Odenburg (Ill. Ztg., 19. Okt.).

Man gedachte des hundertsten Todestages des Dichters Collin.

Zum siebzigsten Geburtstag des Architekten Otto Wagner brachte „Österreichs Illustrierte Zeitung“ ein Sonderheft mit dem Motto „Freies Wort der freien Kunst“ (Aug.).

Zum achtzigsten Geburtstag des Kaisers Franz Josef erschienen Briefe aus der „Kindheit des Kaisers“ von Luise v. Sturmfeeder, bearbeitet von A. Weimar; „Der Kaiser und Wien“, Ansprachen und Handschriften; „Wiener Bilder aus der Jugendzeit unseres Kaisers“ usw. Es erschien die Festschrift „Fünfundsiebzig Jahre Österreichischer Lloyd 1836—1911“. Von Ernst v. Pleners „Erinnerungen“ erschien der erste Band. Ed. v. Wertheimer beschrieb ausführlich das Leben und die Zeit des Grafen Julius Andrássy. Ivan Zolger behandelte den „Staatsrechtlichen Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn“. Ludwig v. Pržibram schrieb „Erinnerungen eines alten Öster-



reichers". P. Rosegger schrieb „Das Buch von den Kleinen, den Eltern zur Freude, den Liebenden zur Hoffnung, den Junggefellern zur Mahnung und den Weltweisen zur Lehre“.

Karl Schönherr's antikatholisches und unchristliches Tendenzdrama aus der sogenannten Gegenreformation „Glaube und Heimat“ zog im Triumph über alle liberalen Bühnen. Völlig mißverstanden ist die Toleranz der Habsburger, die den Andersgläubigen die Auswanderung erlaubte, was damals sonst nicht geduldet wurde. Schönherr mißverstand auch sonst völlig die historischen und staatsrechtlichen Voraussetzungen jener Zeit. Artur Schnitzlers Tragikomödie „Das weite Land“ benützte bekannte österreichische Typen (Dr. Christomannos). Rud. Hans Bartsch schrieb den Schubertroman „Schwammerl“. Otto Hauser schrieb den Roman „Altwien“.

Schönherr.

Konrad Mautner sammelte und illustrierte Bierzeiler, Pieder und Gasselreime aus Göhl am Grundlsee unter dem Titel „Steierisches Rapselwerk“. Erich v. Schrötter stellte unter dem Titel „Österreicher“ literarische Essays zusammen.

Die Ausstellung österreichischer Kunstgewerbe im Museum für Kunst und Industrie zu Wien zeigte die reinsten, folgerichtigste Entwicklung des modernen Stils (Jll. Ztg., 21. Dez.). Auf der internationalen Kunstausstellung in Rom imponierte der österreichische Pavillon durch seine absolute Modernität, ein Werk Jos. Hoffmanns (Öst. Jll. Ztg., 30. April). Ein Franz-Josefs-Denkmal von Rosandic und Kost wurde in Traù bei Spalato errichtet (Öst. Jll. Ztg., 26. März). Von reichsdeutschen Kurgästen wurde in Karlsbad ein Kaiser-Franz-Josef-Denkmal gestiftet. Der Entwurf war von Eugen Boermel (Jll. Ztg., 27. Juli). Rich. Placht schuf eine schöne Erinnerungsmedaille an den Besuch des Kaisers Franz Josef in Bosnien 1910 (Jll. Ztg., 9. Nov.). Eine Gedenktafel für Mozart wurde an der Pfarrkirche von Baden, eine für König Eduard VII. von England in den Kolonnaden von Marienbad enthüllt (Öst. Jll. Ztg., 27. Aug.). In Preßburg wurde ein Viszt-Denkmal errichtet, auch mit der Büste von Tilgner (Jll. Ztg., 14. Dez.). Das Gitter stellt die letzten Takte des Benedictus der Krönungsmesse dar. Ein Viszt-Rubinstein-Bülow-Denkmal für die neue Musikakademie in Wien wurde von L. Bösendorfer gestiftet (Jll. Ztg., 23. Nov.). Ein schönes Denkmal Walters von der Vogelweide für Dux entwarf Heinrich Scholz (Öst. Jll. Ztg., 5. Febr.). Manche verlegten in diese nordböhmisches Gegend die Heimat des Dichters. Ein Denkmal des Schauspielers J. Rainz als Hamlet mit dem Totenschädel von Jaray wurde im Meridianpark zu Wien aufgestellt (Jll. Ztg., 23. Nov.). Originell ist das Laurindenkmal in Bogen (Öst. Jll. Ztg., 7. Mai). Ein Stelzhamer-Denkmal von A. Gerhart entstand in Ried (Öst. Jll. Ztg., 4. Juni). Trefflich ist das von Ed. Teles modellierte Grabdenkmal für den Maler Munkacsy in Pest (Öst. Jll. Ztg., 3. Sept.). Strachowsky schuf das Havlicek-Denkmal für Prag (Öst. Jll. Ztg., 9. April). Heinrich Scholz schuf eine ausgezeichnete Plakette des Dichters Ed. Hlatky (Öst. Jll. Ztg., 5. Nov.). Von Anton Slavacek erschienen zwanzig farbige Bilder, die Donau mit ihren Burgen und Schlössern darstellend, ein meisterliches Heimatwerk. Die Maler Schram und Lebedzki schufen neue Wandgemälde für das Parlament in Wien (Öst. Jll. Ztg., Nov.).

Kunst.

Umlauf-Frankwell übertraf den Weltrekord der Schnelligkeit durch seinen Flug von Wien nach Pest in zwei Stunden, achtzehn Minuten. Inmitten des Aufschwungs der Aviatik erinnerte man an den eigentlichen Erfinder des Aeroplans, den österreichischen Ingenieur W. Kreyß.

**Italien.** In Italien erließ Ricciotti Garibaldi am 11. Februar einen Aufruf zu einer Freischarenlandung in Albanien. — Die irredentistische Vereinigung zum Schutze der Italianität des Gardasees beschloß ihre Auflösung, da es sich herausstellte, daß die deutschfeindlichen Bestrebungen den Fremdenverkehr schädigten. — Eine Untersuchung der Regierung stellte als Trost für die Massenauswanderung (634.000 im Jahr 1909) fest, daß jährlich über fünfhundert Millionen Lire Ersparnisse in die Heimat gesandt würden. Dazu kommen noch die von den rückkehrenden Auswanderern (jährlich 58 Prozent der Abreisenden) persönlich mitgebrachten und die in verschlossenen Kuverts durch die Post heimgesandten Bareträge.

Bei der Fünzigjahrfeier des Königreiches hielt der König am 27. März auf dem Kapitol im Senatsaal eine Rede, in der es unter anderem hieß: „Italien mit Rom als Hauptstadt bedeutet das ruhige Bestehen der Kirche neben dem Staat, der der Religion ebenso wie der Wissenschaft volle fruchtbare Freiheit verbürgt. Dieses Werk unserer Väter, der Befreier unseres Vaterlandes, erscheint nicht minder erhaben als das der beiden vorangehenden Zeitalter Roms. Die alte Größe war kraft des Geistes der Zeit universal, die neue ist der Ausdruck des Rechts; und wie jedes Recht, so ist das italienische Rom unverletzlich . . . Italien, das sich der Unabhängigkeit des ganzen Volkes geweiht hat, wird seine eigene Unabhängigkeit zu wahren wissen, die das Erbe seiner ganzen Geschichte ist. Es ist wie eine Vorbedeutung, daß von so vielen Kaisern auf diesem weltgeschichtlichen Hügel nur das vom ernstesten Lichte stoischer Tugend verklärte Bild Marc Aurels stehengeblieben ist, dieses heilige Gnadenbild, der Kultus des sittlichen und bürgerlichen Gesetzes, dem unser Vaterland treu bleiben will . . .“ (Welcher Schwefel!) Am 4. Juni wurde das pomp-hafte Nationaldenkmal für Viktor Emanuel II. enthüllt. — In seiner **Giolitti.** Programmrede vom 6. April versprach der Minister Giolitti den Grundsatz weitester Freiheit für die Beziehungen des Staates zur Kirche. — Im Gegensatz zu Giolitti bildete sich aber eine neue Partei mit Bekämpfung des Versicherungsmonopols und der Wahlreform zum Vorteil der Analphabeten, wie sie Giolitti wollte. — Am 20. September hielt Bürgermeister **Nathan.** Nathan wieder eine Brescherede, in der er den Tag als ein Fest des Menschenrechts bezeichnete und erklärte, das Rom vor 1870 sei in Finsternis und Aberglauben eingehüllt gewesen. Die neue Volkszählung ergab 34,686.653 Einwohner, eine Zunahme von über zwei Millionen seit 1901.

Das neue Universitätsgebäude in Neapel zeigte vorzügliche Giebelskulpturen; der Gründer der Universität war Kaiser Friedrich II. 1224 (Jll. Btg., 17. Aug.). Den hohlen Pomp demonstriert das Riesendenkmal des Viktor Emanuel II. auf dem Kapitol (Jll. Btg., 8. Juni). Der Grundstein war schon

1885 gelegt worden; die Kosten beliefen sich bisher auf mehr als siebenunddreißig Millionen und sollten sich noch weiters erhöhen. Für das Senatsgebäude in Rom malte Cesare Maccari Ciceros Rede gegen Catilina (Zill. Ztg., 19. Okt.).

Antonio Fogazzaro, der im neunundsechzigsten Lebensjahr starb, war neben Annunzio der gefeiertste italienische Dichter, sein Gegenpol; als gläubiger Katholik hatte er das Ende seines Lebens durch das Eintreten für einen irrtümlichen Reformkatholizismus verdüstert. Sein „Heiliger“ (1904) kam auf den Index. Er befreite sich durch seinen letzten Roman „Seila“ vom Verdacht des Unglaubens, aber ohne ganz zu befriedigen. Fogazzaro.

Für Frankreich war es merkwürdig, daß die Zahl der Stellungspflichtigen, die sich der Wehrpflicht entzogen, nicht weniger als 53.000 betrug und daß von diesen nach ihrer Einziehung 13.500 wieder flüchtig wurden. — Zum erstenmal seit 1870 beteiligte sich Frankreich offiziell in Deutschland, nämlich an der Hygiene-Ausstellung in Dresden. — Die Einfuhr aus Deutschland überstieg zum erstenmal die Ausfuhr nach Deutschland. — Es wurden Enthüllungen über die Royalistenverschwörung von 1899 veröffentlicht. — Minister Maurice Faure verteidigte in der Kammer am 17. Februar die Laienschule und erinnerte dabei an das oft zitierte Wort des katholischen Publizisten Louis Veuillot: „Wir verlangen von Ihnen die Freiheit im Namen Ihres Programmes und verweigern sie Ihnen im Namen des unsrigen.“ — Delcassé beruhigte das Land über die Flotte: „Wir haben zehn Jahre Sicherheit vor uns, wenn das Parlament das Flottenprogramm gutheißt und unsere Diplomatie unsere Freundschaften erhält“ (22. Febr.). — Aus Waldeck-Rousseaus Nachlaß wurde mitgeteilt, daß 1789 Frankreich 60.000 Mönche und Nonnen hatte, 1900 aber 127.000, im Jahr 1850 an Klostervermögen noch nicht 100 Millionen, 1880 aber 712 Millionen, 1900 gar eine Milliarde. Frankreich.

Der Abgeordnete Meunier beschwerte sich, daß die Mönche der aufgelösten Orden sich von den Bischöfen formell zu Weltgeistlichen machen ließen, dann aber die Ordensregeln beobachteten. Maloy führte aus, daß entgegen dem Gesetz von 1901 Jesuiten, Franziskaner, Dominikaner, Cudisten, Redemptoristen, Kapuziner ihre Organisation bewahren konnten, wenn sie nur ihren Hauptsitz und ihre Novizenhäuser ins Ausland verlegten. Auch das Unterrichts-gesetz von 1904 wurde umgangen, indem die geschlossenen geistlichen Schulen sich sofort in der Form von weltlichen Privatschulen wieder aufstuten. Den Beweis liefere die Statistik: 1902 gab es 2648 geistliche und 565 weltliche Privatschulen für Knaben; 1907 aber 9677 weltliche und 266 geistliche Schulen. Die Zahl der weltlichen Mädchenschulen betrug 1902 1740, die der geistlichen 11.000; 1907 war die Zahl der weltlichen Mädchenschulen auf 8619 gestiegen, die der geistlichen auf 1168 gefallen. Es sei ganz klar, daß die rüher Mönchsorden.



geistlichen Schulen sich einfach zum Schein in weltliche verwandelten, ohne daß sich am Personal und an der Unterrichtsmethode das geringste änderte. Deshalb wurde Premierminister Briand angegriffen und er trat Ende Februar zurück. Monis bildete ein neues Kabinett von radikalen und radikalsozialistischen Namen, und er versprach: „Wir werden ohne Schwäche die Gesetze über die Kongregationen anwenden und die über die Trennung von Kirche und Staat.“

Die Einwohnerzahl von Paris betrug 2,876.986, ein wenig mehr als 1906. Die Geburtenziffern zeigten eine trostlose Niedrigkeit. — Die Armee erhielt im April neue graugrüne Uniformen und Stoffhelme von altrömischer Form; die rote Hose und der Stürmer wurden abgeschafft.

Bei der Maifeier der Arbeiter kam es diesmal zu Zusammenstößen mit der Polizei und der Kavallerie; es kamen viele Verwundungen vor. — Beim Flugbewerb Paris—Madrid stürzte auf dem Pariser Flugplatz ein Aeroplan, tötete den Kriegsminister Bertheaux und verwundete den Ministerpräsidenten Monis. — Zu Rouen wurde am 4. Juni die Tausendjahrfeier der Normandie seit Erlangung der Herzogswürde kollos abgehalten. Viele Norweger waren anwesend. — Man entrüstete sich darüber, daß französische Bahnen Lokomotiven bei deutschen Fabriken bestellten. — Man glaubte eine Zunahme der Körpergröße der Dienstpflichtigen infolge des Turnens und Sports zu bemerken. — Ein arger Skandal war es, daß Leonardos berühmtes Gemälde „Mona Lisa“ am 22. August bei hellem Tag von einem Italiener aus dem Louvre gestohlen wurde. Es kam erst spät wieder zum Vorschein. — Gräfin Montignoso oder Frau Toselli, die ehemalige Kronprinzessin von Sachsen, begann im September die Geschichte ihres Lebens im „Matin“ zu veröffentlichen.

Infolge einer Pulverexplosion sank das Panzerschiff „Liberté“ im Hafen von Toulon, 25. September. Man schob den Fall auf das schlechte Pulver und auf dessen unzumessige Unterbringung. Eine Pulverkommission wurde eingesetzt.

Das Wahlergebnis in Elsaß-Lothringen wurde als ein deutscher Sieg anerkannt. — Eine antimilitaristische Bewegung machte sich unter den Arbeitern bemerkbar. — Die zunehmende Entvölkerung Frankreichs schuf den Patrioten immer größere Sorgen. — Unter den Bewerber um die Kriegsgedenkmünze von 1870 befanden sich auch 211 Preußen, 167 Bayern usw., die damals als Freiwillige unter französischen Fahnen gekämpft hatten. — Für die französische Botschaft in Rom wurde der Palazzo Farnese um 3,300.000 Franken angekauft.

In Belfort wurde ein Denkmal zur Erinnerung an die heldenmütige Verteidigung im Jahre 1870/71 enthüllt (Öst. Ill. Ztg., 10. Dez.). In der Kathedrale zu Meaux wurde ein Denkmal des Kanzelredners Bossuet († 1704) von Ernest Dubois aufgestellt (Ill. Ztg., 30. Nov.). Er war ein Anhänger der gallikanischen Freiheiten. Im Pariser Salon wurde auch ein realistisches Denkmal für abgestürzte Lustschiffer ausgestellt (Öst. Ill. Ztg., 11. Juni). Ähnlich realistisch ist das Pariser Monument zu Ehren des Motorkonstruktors Serpollet (Öst. Ill. Ztg., 2. Juli).

In Paris wurde das Bühnenwerk „Das Martyrium des hl. Sebastian“, Dichtung von Gabr. d'Annunzio, Musik von Claude Debussy, aufgeführt.

Das Leben des Konvertiten Albert Gutsch erschien (seit 1885) in neuer Auflage 1909. Wichtig waren H. Hausers (Dijon) „Études sur la Réforme Française“. Es erschien die Biographie des Dom Guéranger, Abt von Solesmes (1805—1875).

Der Franzose Georges Honyau schrieb das zweibändige ausgezeichnete Werk „Bismarck et l'Église; le Kulturkampf 1870—1878.“

Garros flog von Paris über Turin nach Rom.

Von Paris aus verbreitete sich vorübergehend der Hofenrock für Damen.

Der König von England hatte sich gegen eine Verleumdung zu England wehren, er habe 1890 in Malta die Tochter des Admirals Seymour geheiratet und dann, als er 1892 durch den Tod seines älteren Bruders Thronerbe wurde, sie und ihren Sprößling verlassen. — In London mußte ein Haus, in dem sich russische Anarchisten verbarrikadierten, durch 700 Polizisten und Soldaten belagert und in Brand gesteckt werden; die Anarchisten verbrannten mit dem Haus. — Redmond trat an die Spitze der irischen Parlamentspartei. — Die größte innerpolitische Aktion war die Reform des Oberhauses, die Einschränkung seines Vetorechts. Diese „Vetobill“ wurde im Unterhaus mit 362 gegen 241 Stimmen angenommen, Vetobill. aber vom Oberhaus so verändert, daß das Kabinett dem König am 30. Juni den Rat erteilte, so viele neue Peers zu ernennen, um auch dort eine Majorität für die Bill zu erhalten. Aber auch im Unterhaus tumultierte die konservative Opposition gegen die Bill am 24. Juli. Balfour rief: „Asquith hat dem König geraten, sich zum absoluten Diktator zu machen; er stellt sich und seine Partei über die Verfassung, maßt sich Vollmachten an, wie ein republikanischer Diktator.“ Endlich nahm aber doch das Oberhaus am 10. August, den Forderungen der liberalen Regierung weichend, die Bill mit 131 gegen 114 Stimmen an. Den Mitgliedern des Unterhauses wurden gleichzeitig Diäten im Betrag von 400 Pfund jährlich für jedes einzelne Mitglied bewilligt.

Das deutsche Kaiserpaar kam im Mai nach London zur Enthüllung des Denkmals für Königin Viktoria. Dabei sagte König Georg: „Es ist für mich und meine Familie eine Quelle tiefer Befriedigung, daß mein lieber Vetter, der Deutsche Kaiser, begleitet von der Kaiserin, bei dieser Feier anwesend ist. Er ist der älteste Enkel der Königin Viktoria . . . Starke Bande der Verwandtschaft und Freundschaft vereinigen unsere Throne, und mein Volk freut sich darüber . . .“ Die Krönung des Königspaares erfolgte am 22. Juni in der Westminsterabtei.

Im Unterhaus fand sich eine vorübergehende Majorität für das Frauenstimmrecht; die Abstimmung (5. Mai) blieb aber bedeutungslos. Es folgte am 17. Juni eine Kundgebung von 50.000 Suffragetten, die durch London marschierten, darunter 350 in den Masken berühmter Frauen aus der englischen Geschichte. Bedeutende Ausschreitungen fanden am 21. November statt,

als es bekannt wurde, die Regierung wolle nächstens das allgemeine Wahlrecht, aber nur für Männer, einführen.

Staatssekretär Grey bezeichnete am 23. Mai den neuen englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag als Grenzmarke in der Geschichte der Menschheit, als Beispiel und Ziel für jedes Land, fähig weiterer Ausdehnungen.

Reichs-  
kon-  
ferenz.

Auf der Reichskonferenz im Mai und Juni fanden die zentralistischen Gedanken wenig Anklang. Man wies auf den bedenklichen Umfang der britischen Auswanderung hin. Den Kolonien wurde Handelsfreiheit gewahrt; Asquith sagte: „In politischen Dingen sind England und die Dominions Herren im eigenen Haus und müssen es bleiben. Jeder sich selbst regierende Staat im Reiche muß die Wirtschaftspolitik treiben, die nach der Meinung der Majorität seiner Bürger zu den Bedürfnissen ihres eigenen Landes am besten paßt.“ Das Gesamtergebnis der Reichskonferenz wurde am 20. Juni trotz aller kundgegebenen Loyalität dahin zusammengefaßt, daß sie dem von Jos. Chamberlain geplanten Reichszollverein wohl endgültig den Boden für die Verwirklichung entzog.

Der Allianzvertrag mit Japan wurde am 13. Juli verlängert bis 1921. — Die Bestimmungen über Spionage wurden verschärft. — Am 18. August brach ein großer Streik der Eisenbahner aus; sein Erfolg waren 15 Todesfälle, 450 schwere Verwundungen, 300 Verhaftungen, 4 Millionen Mark Lohnverlust, 20 Millionen Mark entgangene Einnahmen im Personen- und Frachtenverkehr. Damit verbunden waren Ausschreitungen gegen die Juden. — Die erste Flugpost mittels Aeroplan wurde zwischen London und Windsor am 9. September eingerichtet. — Ein riesiges Militärluftschiff wurde vor seinem ersten Aufstieg am 24. September völlig zerstört. — Der Überdreadnought „Orion“ hatte 22.500 Tonnen und 27.000 Pferdestärkte; noch größer wurde der „König Georg“ (24.000 Tonnen). — Edward Grey leitete nun auch die Emanzipation der Kolonien von den bestehenden englischen Handelsverträgen ein (1. Nov.).

Das fertige Denkmal der Königin Viktoria in London von Thomas Brock bringt die „Illustrierte Zeitung“ 11. Mai. Es ist ein großer Tafelaufsatz ohne Monumentalität. Vor dem Kristallpalast in London wurde bereits ein Standbild König Georgs V. von Artur Rogers aufgestellt (Ill. Ztg., 28. Sept.).

Noch sei ein wichtiges Ereignis nachgetragen. Robert Hugh Benson, der Sohn des 1896 verstorbenen anglikanischen Erzbischofs von Canterbury, hatte 1903 zu Rom das katholische Glaubensbekenntnis abgelegt. Er wurde im folgenden Jahr zum Priester geweiht; seine Schriften, vor allem ein historischer Roman aus der Zeit Heinrichs VIII., bildeten den Schlüssel seines Seelenlebens. — James Mac Caffrey (Maynooth) schrieb die „History of the Catholic Church 1789—1908“.

Spanien.

Spanien sah in seiner Hilflosigkeit gegenüber Frankreich den Schritt Deutschlands in Marokko sehr gerne. — Im Innern erfolgten Zusammenstöße mit Karlisten. — In Kartagena und Alcira wurde am 19. September zur Abwechslung die Kommune ausgerufen.



Die portugiesische Republik ließ sich in Konflikte mit der Kirche ein. Der Papst erließ dagegen eine Enzyklika 21. Mai. Gegen monarchistische Verschwörungen wurde energisch vorgegangen. Die konstituierende Nationalversammlung wurde am 19. Juni eröffnet; 192 Abgeordnete waren anwesend. Es wurde die Abschaffung der Monarchie, die Verbannung der Dynastie Braganza dekretiert; die Regierungsform sollte die demokratische Republik sein. Zum Präsidenten der Versammlung wurde Anselmo Braamcamp gewählt. In Straßenkämpfen am 5. Juli zu Lissabon nahm das Militär für die Republik, die Matrosen für die Monarchie Partei. Zum Präsidenten der Republik wurde am 24. August der fünfundsiebzig Jahre alte Generalstaatsanwalt Manuel d'Arriaga gewählt. Die Regierung erklärte sich am 4. September als antiklerikal; die äußere Politik bleibe in Übereinstimmung mit der des verbündeten Englands. Die Zahl der politischen Gefangenen, darunter viele Priester und ehemalige Offiziere, stieg bis zum Oktober auf 7000.

Portugal.

In Brüssel demonstrierten am 12. Februar 5000 Flämänder für eine flämische Universität in Gent, da ihre 4½ Millionen Sprachgenossen in Belgien eine Hochschulbildung in ihrer Landessprache verlangen können. Demgemäß wurde auch in der Kammer am 24. März von Vertretern aller Parteien der Antrag gestellt, die Universität Gent vom Jahre 1916 an in eine flämische Hochschule zu verwandeln. — Wegen des neuen Schulgesetzes demonstrierten Sozialdemokraten und Liberale am 10. April gegen „Klöster und Klerikalismus“. Die Sozialisten erließen am 6. Mai ein Manifest gegen den Besuch Fallières; denn „die heutige französische Republik verbirgt unter einem republikanischen Mantel monarchistische Absichten. Sie läßt sich in ein marokkanisches Abenteuer ein, um die Geschäfte der Kapitalisten zu besorgen; sie erhöht die Militärlasten, unterdrückt die Miskundgebungen der Arbeiter, mit deren Blut sie sich rötet.“ — Man zählte in Belgien über 2000 Klöster. — Der Kriegsminister erklärte am 25. Juli im Senat, daß alles Erforderliche zur Landesverteidigung geschehen sei; die Festungen an der Maas böten im Falle eines Einmarsches fremder Truppen ernstliche Hindernisse. Das Heer sei 178.000 Mann stark; die allgemeine Dienstpflicht einzuführen, sei nicht möglich. — Neue Demonstrationen der Sozialisten und Liberalen am 15. August waren gegen das Pluralwahlrecht gerichtet. — Der Dichter Maurice Maeterlinck erhielt am 14. Oktober den Nobelpreis für Literatur. — Man war besorgt wegen angeblicher Absichten Deutschlands auf den belgischen Kongo (6. Nov.). — Das Urteil im Prozeß der Prinzessin Luise von Koburg (14. Nov.) war ein glänzendes Ehrenzeugnis für das Lebenswerk des verstorbenen Königs und seine Kongogründung.

Brüssel.

Die Regierung der Niederlande wollte sich in die innere Frage der Befestigung Blijssingens nicht hineinreden lassen. Fallières besuchte auch die Königin am 4. Juli.

Blijssingen.

Nich. Kisting entwarf das für die Kapellmatt in Schwyz bestimmte schweizerische Nationaldenkmal (Ill. Btg., 26. Jan.).

In Island erhielten die Frauen das gleiche aktive und passive Wahlrecht mit den Männern, ebenso den Zutritt zu allen Ämtern, auch den geistlichen.

Das neue schwedische Schulgesetz räumte von allen fremden Sprachen der deutschen den ersten Platz ein, da der Einfluß Frankreichs immer mehr abnehme und Deutschland in jeder Beziehung Schweden viel näher stehe. Industrie und Wissenschaften sprechen dafür.

F. Boberg entwarf das künftige Heim der Nobelstiftung für Stockholm (All. Ztg., 14. Dez.).

In Norwegen fand man, daß das Frauenstimmrecht fördernd auf die männliche Wahlbetätigung eingewirkt habe. Die Zahl der gewählten Frauen war verhältnismäßig sehr gering. — Wegen deutscher Flottenbesuche wurde man etwas nervös. Sigurd Jbsen übte eine scharfe Kritik am Traktat von 1907, worin vier Großmächte die Integrität Norwegens garantierten. Viel besser wäre es, Norwegen würde sich im Bund mit Schweden neutral erklären.

Kaiser Wilhelm widmete für Norwegen eine zwölf Meter hohe Fridthjofstatue, ein Werk von Max Unger, das 1912 zu Framnäs am Sognefjord aufgestellt werden sollte, wo sich die Gräber von Fridthjof und Ingeborg befinden (All. Ztg., 28. Sept.).

Rußland.

Die Stärke der Parteien in der russischen Duma war im Januar: 120 Oktobristen, 93 Nationalisten, 55 Rechte, 50 konstitutionelle Demokraten (Radetten), 40 Progressisten, 15 Sozialdemokraten, 14 Arbeiterpartei, 11 rechte Oktobristen, 11 Vertreter des polnischen Kolo, 9 Mohamedaner, 7 Vertreter der polnisch-weißrussischen Gruppe und 14 Parteilose. — Die Zahl der kriegsgerichtlichen Todesurteile gegen Zivilisten war noch immer beträchtlich. — Die Duma beschloß die Einführung des obligatorischen Elementarunterrichts. — Der Modernisteneid wurde nicht zugelassen. — Die Petersburger Studenten streikten und zwangen den Rektor zur Niederlegung seines Amtes. In Moskau wurden am 20. Februar 130 Studenten verhaftet, 55 ausgewiesen. — Am 27. Februar wurden sehr viele Studenten aller Universitäten relegiert. Der litauische Adel schloß sich auf dem Adelskongreß 27. Februar dem russischen an und gab seine bisher verfolgten großpolnischen Tendenzen auf. In der Judenfrage nahm der Adelskongreß eine sehr schroffe Stellung ein; er erklärte, daß die Juden bei der Revolution die führende Rolle gespielt hätten und nun die revolutionäre Propaganda noch fortsetzten. Man schlug vor, sie vom Heeres-, Staats- und Kommunaldienst, von der Advokatur und Gesetzgebung auszuschließen, ja sie als Ausländer zu behandeln.

Der Radettenführer Miljukow klagte am 15. März in der Duma die auswärtige Politik der Regierung an. Die Potsdamer Zusammenkunft seßle Rußlands Hände im nahen Osten und verweise es auf den fernen Orient, auf ein chinesisches Abenteuer. — Antijüdische Beschlüsse wurden von der Duma am 6. April gefaßt. — Der katholische Bischof Denissawitsch wurde von der Regierung seines Amtes entsetzt wegen angeblich gesetzwidriger Propaganda. — Es erging ein Gesetz gegen die Ansiedlung deutscher Kolonisten im Westgebiet. — Gegen die Nichtzulassung amerikanischer Juden schritt die amerikanische Regierung ein. — Die alkrussische Liga der Esperantisten wurde am 26. August als bedrohlich für die öffentliche Ruhe

und staatsgefährlich aufgehoben. — In Kiew wurde ein Attentat auf den Ministerpräsidenten Stolypin verübt, dem er am 18. September erlag. — Der Moskauer Kongreß der Psychiater und Neuropathologen wurde polizeilich geschlossen, weil ein Vortrag dem traurigen politischen Zustand Schuld gab an den vielen Gemütskrankungen und Selbstmorden. — In einem Anarchistenprozeß zu Jekaterinoslaw wurden am 9. Oktober strenge Urteile gefällt.

Dem Bauernbefreier Alexander II. wurde in Kiew ein Denkmal errichtet (Ost. Ill. Ztg., 24. Sept.). In Petersburg feierte man das hundertjährige Bestehen der großen Kasanschen Kathedrale (Ill. Ztg., 5. Okt.). Der Zar schenkte der holländischen Stadt Zaandam ein Denkmal Peters des Großen von der Hand des in Paris lebenden russischen Bildhauers Bernstam (Ill. Ztg., 18. Mai).

Ludw. Kulczycki's „Geschichte der russischen Revolution“ wurde aus dem Polnischen übersetzt von Anna Schapire-Neurath; 1. Band 1825 bis 1870.

Tolstois hinterlassenes Drama „Der lebende Leichnam“ war von starker Wirkung. Aus dem Ertragnis der Aufführungen wollte man Tolstois Gut Jasnaja Poljana ankaufen, um daraus ein Nationalheiligtum für Rußland zu machen. Tolstoi.

Man gestattete das Erscheinen der verbotenen Schriften Tolstois wenigstens in der Gesamtausgabe.

Rumänien nahm am 12. März die seit sechs Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit Griechenland wieder auf. Es wurde das fünfzigjährige Jubiläum der Universität Jassy und die Enthüllung eines Denkmals für Kogalniceanu gefeiert (10. Okt.). Die Thronrede vom 28. November stellte den glänzenden Stand der Finanzen fest, der in reichstem Maße die militärische Ausgestaltung gestatte. Ru-  
mänien.

Der serbische Kriegsminister Goikowitsch mußte seine Entlassung nehmen wegen eines ungehörigen Ausfalls gegen den deutschen Gesandten. Der auf den 2. Mai festgesetzte Empfang des Königs Peter durch Kaiser Franz Josef in Ofen wurde wegen Heiserkeit des Kaisers abgesagt; der wahre Grund war die maßlose Agitation der serbischen Presse gegen diesen Besuch. — Am zehnten allslawischen Journalistenkongreß in Belgrad 10. bis 15. Juli nahmen zum erstenmal alle slawischen Nationen teil. Gegen zehntausend slawische Zeitschriften waren ausgestellt. Allerdings kam der Gegensatz zwischen Polen und Russen sehr zur Geltung. — Ministerpräsident Milowanowitsch proklamierte am 11. Dezember in der Skupschтина die Formel: Der Balkan den Balkanstaaten! Das Wichtigste sei, daß die Balkanländer sich näherten. Serbien.

Bereits machte sich Montenegros Unruhe bemerkbar. Die Großmächte intervenierten am 6. April und verlangten Bewahrung der strikten Neutralität in den Unruhen in Albanien. Montenegro solle die Albanesen hindern, die Grenzen zu überschreiten und den Ausständischen keine Beihilfe zu leisten. Das geschah aber doch; daher wurde der türkische Gesandte abberufen. Eine am 30. März in Cetinje abgehaltene Ver- Monte-  
negro.



sammlung der Häuptlinge und Rebellenführer Albaniens überreichte im April dem König Nikita und dem französischen Gesandten als Vertreter aller Großmächte eine Denkschrift; darin verlangten die Albanesen die territoriale Integrität Albaniens, die Einführung der albanischen Amts- und Unterrichtssprache, die albanische Nationalität der Valis in den Vilajets Skutari, Janina, Monastir und Kossowo, größere Autonomie. Die Großmächte warnten Montenegro in einer Kollektivnote vom 17. Juni, die aufständischen Malissoren weiterhin zu unterstützen. Das geschah aber doch, und König Nikola gab sogar am 4. Juli dem diplomatischen Korps die Mobilisierung der Division von Podgoriza bekannt.

Das albanesische Zentralkomitee wandte sich auch am 1. Mai an die öffentliche Meinung in der Türkei und forderte, daß aus Albanien eine Provinz gebildet werde, daß die Regierung die Schulen unterhalte, daß die Soldaten in Friedenszeiten in den Grenzen Albaniens bleiben. Der Krieg zwischen der Türkei und Montenegro drohte jeden Augenblick auszubrechen.

Griechen-  
land.

In Griechenland setzte der Sprachenkampf fort. Die Klerikalen wandten sich gegen die Verfechter der Bulgärsprache als Hauptfeinde des Hellenismus; so besonders der ökumenische Patriarch in Konstantinopel. Die Liberalen behaupteten dagegen, die reine Sprache und das Altgriechische sei ein Mittel für den Klerus, das Volk zu verdummen. Auf Antrag des Ministerpräsidenten Venizelos sollte ein parlamentarischer Ausschuß untersuchen, ob tatsächlich eine ausländische Propaganda Griechen zu antinationalen Zwecken, nämlich zur Verbreitung der neugriechischen Volkssprache und Bekämpfung der Schriftsprache, besonders aber zur Übersetzung des Evangeliums benutze. — Der König der Hellenen, der Kronprinz und dessen Gemahlin besuchten das deutsche Kaiserpaar im Achilleion auf Korfu 11. April. Der Kanal von Korinth wurde am 9. Oktober für die Kriegsführenden abgesperrt.

Türkei.

In der türkischen Kammer erklärte der Großwesir den Zionismus für ein Phantasiegebilde (1. März). Daran knüpften die Jungtürken die Forderung, keine Konzentrierung von Juden in Palästina zu dulden. — Der Vertrag mit der Bagdadbahn-Gesellschaft über den letzten Teil des Baus von El Helis nach Bagdad wurde am 16. März genehmigt. Gleichzeitig wurde auch ein Vertrag über die Zweiglinie von Osmaniye über Alexandrette unterzeichnet. — Der Scheik ül Islam forderte am 18. April die türkischen Frauen auf, ihre Kleidung nicht zu europäisieren, sondern an den nationalen Überlieferungen festzuhalten. — Die Regierung genehmigte den Vertrag mit der amerikanischen Gesellschaft Colt & Chester über Eisenbahnbauten auf der Strecke von Charput nach Wan, von Charput nach Zumurtafik und nach Suleimaniye über Mosul und Kerkuk, auf 99 Jahre, mit dem Recht in einer 40-Kilometer-Zone längs der Bahnlinien zu schürfen (31. Mai). — Der Ministerrat gestattete am 15. August den Gebrauch des lateinischen Alphabets in den Volksschulen, aber der Koran sollte nur in

arabischer Schrift gelesen werden. — Die kretische Frage ruhte. Nach der Volkszählung betrug die Bevölkerung der Insel 336,171 Personen, von denen 307.832 Christen waren. — Der Sultan bedauerte in der Thronrede vom 14. Oktober, daß der unerwartete Angriff Italiens, der alle zivilisierten Völker in Staunen setzte, die friedlichen und fortschrittlichen Bemühungen der Türkei gelähmt habe. — In Istitip fand ein Blutbad zwischen Türken und Bulgaren statt, wobei eine Moschee zerstört wurde (7. Dez.). Der Scheik ül Islām trat mit andern Ministern zu Ende des Jahres zurück; man sagte ihm nach, daß er einem Freimaurerorden angehöre. Der neue Scheik ül Islām war von albanischer Abstammung: Abdurhaman Nefisî, Rabi von Ägypten.

In Ägypten vereinigte ein nationaler Kongreß zu Heliopolis nur Ägypten. Mohammedaner; die Kopten wurden mit ihren Ansprüchen als Minorität abgewiesen. Die Engländer gestanden ein, daß ihre Verwaltung den Eingeborenen gegenüber einen Mißerfolg bedeute. Im Tripoliskrieg äußerte sich die Sympathie Ägyptens für die Türkei. Die Regierung mußte freilich Neutralität wahren. Als bei dieser Gelegenheit die Frage der Annexion Ägyptens erhoben wurde, erklärten englische Stimmen derlei für inopportun: England wolle durch die Abbröckelung des Kalifats nicht die vielen Mohammedaner erregen, die unter Englands Zepher leben. England sagte im Vertrag von 1904 zu, den Status quo in Ägypten zu respektieren. Der Annexion müßten vorher alle Mächte zustimmen, was seine Schwierigkeiten hätte. Vor allem aber müßte dann England die ägyptische Staatsschuld von hundert Millionen Pfund und den Tribut an die Türkei von jährlich dreiviertel Millionen Pfund übernehmen. Ebenso würde die Abschaffung der gemischten Gerichte, der Kapitulationen, des Bakufs sowie die Absetzung des Khedivs Schwierigkeiten bereiten.

Die Volkszählung in Britisch-Indien ergab 315 Millionen. Ein viermonatiger Anarchistenprozeß kam am 20. April in Kalkutta zu Ende; die meisten Angeklagten wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Ein Hauptbelastungszeuge wurde bald darauf ermordet. König Georg kam im Dezember nach Delhi und ließ sich dort als Kaiser von Indien proklamieren; er legte dort den Grundstein zu einer neuen Hauptstadt.

Die Lage in Persien wurde verworrener als je, als der Eyschah Mohammed Ali, der aus Marienbad heimlich verschwunden war, ins Land kam (22. Juli). Er konnte sich allerdings nicht lange halten. Bei der Eifersucht Rußlands und Englands gewann der als Generalschahmeister Persiens amtierende Amerikaner Morgan Shuster die Oberhand und agitierte gegen beide Mächte. Darauf richtete Rußland ein Ultimatum an die Regierung und forderte Shusters sofortige Entlassung (30. Nov.). Da dies abgelehnt wurde, marschierten russische Truppen im Dezember auf Teheran los; aber auch englische Truppen wurden in Buschir gelandet. Die Regierung gab den Forderungen Rußlands nach.

China.

Die konstitutionelle Bewegung in China nahm eine antidynastische Färbung an. Die Bevölkerung begann, sich mit der Führung der auswärtigen Politik unzufrieden zu zeigen, besonders mit dem Nachgeben gegen Rußland. Der Aufstand breitete sich im Mai immer weiter aus; es war das Gerücht verbreitet, daß sich eine Pariser Konferenz mit der Aufteilung Chinas beschäftigen solle. Man rief nach dem verbannten Juanschikai als dem „starken Mann“, aber er lehnte noch ab. Die Rebellen des Südens erklärten sich indessen am 12. Oktober für die Republik und für den Arzt Sunjatsen als Präsidenten. Es erfolgte am 15. Oktober eine Proklamation der „Republik der Mitte“ an die Mächte. Die Mandschus sollten verjagt werden; das Volk wird aber alle Verträge und Privilegien an die Fremden anerkennen. Zugleich erging ein republikanischer Aufruf an die Offiziere, Soldaten und Beamten mit lockenden Versprechungen oder Todesdrohungen. Während die Rebellen bei Hankau am 19. Oktober entscheidend siegten, eröffnete Prinz Shih to die Nationalversammlung im Namen des fünfjährigen Kaisers. Man erwartete, daß die Provinzen einen Staatenbund nach amerikanischem Muster bilden wollten. Endlich erhielt Juanschikai am 27. Oktober als „Allerhöchstbevollmächtigter“ den Oberbefehl über alle gegen die Aufständischen kämpfenden Truppen. Aber einige Teile der Nordarmee meuterten, die Kriegsschiffe hissten die Revolutionsflagge. Während man um Nanking kämpfte, wurde Juanschikai am 7. November von der Nationalversammlung zum Ministerpräsidenten gewählt; er zog am 13. in Peking ein, umgeben von einer Schutzwache von 2000 Mann. Der Prinzregent leistete am 26. den Eid auf die Verfassung im Ahnentempel mit feierlicher Mitteilung der Zeilage an die Ahnen der Dynastie. Ein Edikt vom 7. Dezember gestattete allen Chinesen, sich den Zopf abzuschneiden. Indessen wählte aber die provisorische Nationalversammlung in Nanking den Dr. Sunjatsen zum Präsidenten der Republik, 29. Dezember. Die Botschafter der Mächte suchten zu vermitteln. Friedensverhandlungen in Shanghai führten noch vor Jahreschluß zu einem Waffenstillstand und zur wichtigen Vereinbarung, daß die Nationalversammlung endgültig über die zukünftige Regierungsform entscheiden werde. — Die Bevölkerung Chinas wurde auf 461 Millionen geschätzt. Ein kaiserliches Edikt vom 4. Oktober genehmigte die von der Zeremonienkammer ausgearbeitete Nationalhymne.

Japan.

Japan ging gegen seine Anarchisten strenge vor und verurteilte vierundzwanzig Personen wegen eines Mordversuches am Kaiser zum Tode (18. Jan.). Die Sensationsnachricht von einem Geheimvertrag Japans mit Mexiko wurde am 13. und 15. März dementiert. Es hieß, daß bereits 50.000 Japaner in Mexiko stünden. Die Gründung einer japanischen Genossenschaft für Spionage wurde am 13. August durch Mitteilung des Geheimdokuments enthüllt. Danach reichten die Aspirationen Japans über den ganzen asiatischen Kontinent, China,



Indien, Siam, Indochina, Birma. Die Büros standen mit der Regierung in Beziehung, die Kassen des Bundes bezogen ihre Einnahmen vom japanischen Generalstab und Auswärtigen Amt. Öffentlich wurde am 30. Oktober eine deutsch-japanische Gesellschaft gegründet zur Förderung der freundschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen.

Taft, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika empfahl 13. Januar, den werdenden Kanal von Panama mit Befestigungswerken und einer Garnison von Artillerie, Infanterie und Kavallerie zu versehen. — Das Repräsentantenhaus bewilligte am 8. Februar 30.000 Dollars für die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die erste deutsche Ansiedlung in German Town bei Philadelphia und drei Millionen am 25. Februar für die Befestigung des Panamakanals. Die Baukosten waren auf 45½ Millionen Dollars veranschlagt. Im März wurde an der mexikanischen Grenze mobilisiert, als „Warnung an Japan und Mexiko, da die Union in den Beziehungen beider, besonders in der Kolonisation von Teilen Mexikos durch die Japaner, einen Akt der Feindseligkeit sehe“. Taft erklärte die Konzentration von 30.000 Mann an der Grenze als Maßregel, um die Integrität Mexikos zu erhalten, die eine Lebensfrage für Nordamerika sei. Die Insurgenten dürften dort keine unabhängige Republik schaffen. — Der Zeitungsverleger Hearst begründete im August eine neue demokratische Fortschrittsliga. — Auf dem sechsten Konvent des deutsch-amerikanischen Nationalbundes zu Washington 8. Oktober wurde die deutschfeindliche Haltung eines großen Teiles der anglo-amerikanischen Presse beklagt, besonders in der Marokkofrage. — Auf einer Reise nach Kalifornien wurde auf den Zug des Präsidenten Taft ein Dynamitattentat geplant. — Die Session des Kongresses am 4. Dezember wurde durch eine Botschaft Tafts über die Trustfrage eingeleitet. Erst in den letzten Jahren habe sich die Hand des Gesetzes auf die großen ungesetzlichen Ringe gelegt. Es sei nicht beabsichtigt, die Anhäufung großer Kapitalien zwecks Herabsetzung der Produktionskosten und der Preise zu verhindern; das Antitrustgesetz richte sich nur gegen Vereinigung von Kapitalien zwecks Unterdrückung der Konkurrenz und Aufrichtung von Monopolen. Taft war für ein Ergänzungsgesetz, das die unlauteren Konkurrenzmethoden darlegt und straft. — Der Staatssekretär des Krieges erklärte die Kriegsbereitschaft der Union für höchst mangelhaft. — Taft kündigte den Handelsvertrag mit Rußland vom Jahr 1832 wegen der russischen Judenfeindschaft.

Die deutsch geborene Bevölkerung in der Union war seit zehn Jahren um über elf Prozent zurückgegangen. In der Stadt Newyork betrug der Rückgang an 45.000 Personen: eine Folge der schwächeren Einwanderung.

Die Einwanderung nach Kanada betrug 352.000 gegen 312.000 im Vorjahr. Davon kamen aus Großbritannien 142.000, aus der Union 125.000 und vom ganzen europäischen Kontinent 72.000. Die Bevölkerungs-

ziffer Kanadas, 7,081.869, blieb fast eine Million unter der erwarteten Zahl zurück.

Denk-  
mäler.

Die Deutschen schenken der Stadt Cincinnati ein Jahn-Denkmal. An den Ufern des Oregon in Amerika wurde das Kolossal-Denkmal für den „Roten Mann“ aufgestellt (Öst. Ill. Ztg., 20. Aug.). Die Bronzestatue Steubens war von doppelter Lebensgröße; der Sockel trug die Inschrift: „Dem Deutschen Kaiser und dem deutschen Volk gewidmet vom Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika als Wahrzeichen ununterbrochener Freundschaft. Nachbildung des Denkmals für General Fr. W. Aug. v. Steuben, geboren Magdeburg 1730, gestorben im Staate Newyork 1794, errichtet in Washington in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste im Freiheitskampf des amerikanischen Volkes. 1911.“ So sollte das Denkmal im Kommandanturgarten zu Potsdam aufgestellt werden (Ill. Ztg., 22. Juni).

Mexiko.

In Mexiko wurde ein internationales Institut für amerikanische Archäologie und Ethnologie gegründet. Preußen war bereit, Stipendiaten hinzusenden. — Die mexikanische Regierung protestierte gegen die Hilfe der Union, sie wolle sich selbst schützen gegen plündernde Banden, die zumeist von den Vereinigten Staaten ausgingen. In der Tat fand man unter den gefangenen Insurgenten viele Amerikaner. Wiederholt klagte der Präsident Porfirio Diaz die Amerikaner der Hauptschuld an der Revolution an. Er stand im einundachtzigsten Jahr und hatte dreißig Jahre lang diktatorisch regiert, um das Parteiwesen mit starker Hand niederzuhalten; nun trat er am 25. Mai zurück und reiste nach Spanien. Sogleich begannen die inneren Wirren alle Ordnung zu übersfluten. In Torreón wurden 274 Chinesen abgeschlachtet. Am 1. Oktober wurde Madero zum Präsidenten gewählt. Er überwältigte im November den Aufstand des Generals Zapata.

Arnoldi Zocchi in Rom schuf ein Columbus-Denkmal für Buenos Aires (Ill. Ztg., 22. Juni). Es sollte 1914 vollendet sein; die Verhältnisse waren kolossal.

Austra-  
lien.

Gegen das Herübergreifen der amerikanischen Trusts auf Australien veröffentlichte der Minister für Handel und Zölle des australischen Bundesgebietes eine Denkschrift: es sei längst offenes Geheimnis, daß amerikanische Vertreter nach Australien kommen, um ihre Unternehmungen auszudehnen; aber er werde nicht dulden, daß sich in Australien die skandalösen Gesellschaftsmethoden wiederholen, welche die Monopole in andern Teilen der Welt kennzeichnen. — Admiral Henderson berichtete über den Bau einer australischen Kriegsflotte. Hughes, der stellvertretende Premierminister der Commonwealth veröffentlichte im Mai einen gegen Japan gerichteten Artikel über die Notwendigkeit, Australien ausschließlich für die weiße Rasse zu reservieren, und er schloß: „Wir würden diese Politik beibehalten, selbst für den Fall, daß die Wohlfahrt des britischen Weltreiches dagegen

sprache." Die Gesamtbevölkerung des australischen Bundesgebietes zählte 4,431.409 Personen.

Von internationalen Kongressen dieses Jahres seien noch erwähnt: Neunte Weltkonferenz des christlichen Studentenweltbundes, Konstantinopel, Ende April. Institut für internationales Recht, Madrid 24. April. Pressekongreß, Rom 4. Mai. Hygiene-Ausstellung, Dresden 6. Mai. Gartenbau-Ausstellung, Florenz 7. Mai. Baumwollkongreß, Barcelona 7. Mai, Institut für Landwirtschaft, Rom 14. Mai. Kommission für Schaffung aeronautischer Karten, Brüssel 26. Mai. Fischereikongreß, Rom 1. Juni. Kongreß für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Darmstadt 7. Juni. Kautschuk-Ausstellung, London 27. Juni. Kongreß für Jugendgerichtshöfe, Paris 29. Juni. Versammlung der Eisen- und Stahlindustriellen, Brüssel 5. Juli. Tuberkulosekongreß, Rom 13. Juli. Sozialistenkongreß, Arbon 17. Juli. Kongreß der Bergarbeiter, London 24. Juli. Tierschutzkongreß, Kopenhagen 2. August. Kongreß für Pädologie, Brüssel 12. August. Carnegie-Stiftung zur Förderung des Friedens, Bern 14. August. Frauenkongreß, Stockholm 7. September. Monistenkongreß, Hamburg 9. September. Kongreß für Wohnungshygiene, Dresden 3. Oktober. Schifffahrtkongreß, Paris 9. Oktober. Opiumkonferenz, Haag 1. Dezember usw.

Kongresse.



# Die beiden Balkankriege 1912—1913.

## Das Jahr 1912.

Italien in Tripolis. Sunjatsen und Yuan-shikai in China. Aufstand in Albanien. Kreta. Balkanbund. China Republik. Die deutsche Flotte „Durus“. Aehrenthal †. Berchtold. Japan und Mexiko. Kaiserzusammenkunft in Baltischport. Herrscherwechsel in Japan. Poincaré in Rußland. Albanische Frage. Buchlan. Ausbruch des ersten Balkankriegs. Friede von Lausanne zwischen Italien und Türkei. Erneuerung des Dreibunds. Friedensverhandlungen und Botschafterkonferenzen zu London. Das russisch-chinesische Mongolei-Protokoll. Jesuitengesetz. Traub. Noeren. Die katholischen Arbeitervereine. Reichstagswahlen; Siege der Sozialdemokratie. Der Mittelstand. Duellfrage. Kaiserworte in Straßburg. Welsch und Hohenzollern. Regentenwechsel in Bayern. Bürgermeisterwechsel in Wien: Weiskirchner. Eucharistischer Kongreß in Wien. Somerville für Irland. Titanic-Katastrophe. Thronwechsel in Duremburg: Maria Adelheid. Thronwechsel in Dänemark: Christian X. Die vierte Duma. Völker des Balkans. Wilson Präsident.

Tripolis.

Der Krieg Italiens mit der Türkei wegen Tripolis und der dadurch geförderte Aufstand in Albanien, beides ging allmählich in jene Balkankriege über, die an der Schwelle des Weltkrieges standen. Wir wollen im folgenden wieder versuchen, die Ereignisse, die immer mannigfaltiger verschlungen werden, von Monat zu Monat in ihrem unaufhaltsamen Fortgang zur großen Weltkrise zu verfolgen. Ganz von selbst ergibt sich nun diese Methode und zeigt so augenscheinlich, wie alles einer einzigen Weltaktion, einem gemeinsamen Weltprozeß, einem Weltkrieg zueilt. Man wundert sich nachträglich, daß wir das damals noch nicht gesehen haben, noch nicht sehen wollten, obwohl die einfache und eindeutige Schrift der Tatsachen deutlich genug sprach. In diesen Jahren vor dem Weltkrieg wird das ganze Zeitmaß der Ereignisse, ihr Stil und Charakter ein ganz anderer als früher. Ich fordere die Leser auf, bei der folgenden möglichst chronologischen Zusammenstellung aller einzelnen Erscheinungen dieses unheimliche Vorwärtsdrängen der Geschehnisse und Strebungen wohl zu beachten, ohne sich durch die Fülle der notwendigen Einzelheiten verwirren zu lassen, die zu diesem Wirbel und Strudel zusammenströmen.

Die Italiener unterstützten ihre Unternehmung im Tripolitaniſchen durch Aktionen zur See im Roten Meer. Bereits machte ſich auch im Jänner der Terrorismus des geheimen Vereins „Schwarze Hand“ in ſerbiſchen Offizierskreiſen geltend. — Die chi-neſiſche Revolution nahm vorübergehend das politifche Hauptintereſſe in Anſpruch. Sunjaſſen trat am 1. Januar ſein Amt als Präſident der Republik in Nanſing an; er erließ am 6. ein Mani-feſt an alle befreundeten Nationen, darin er erklärte, die Republik werde alle früheren internationalen Verpflihtungen anerkennen, die Fremden und ihr Eigentum ſchützen, die Verwaltung und das Finanzweſen reformieren, religiöſe Toleranz üben und die Beſchränkungen des Handels abſchaffen; den Mandſchuſ, wenn ſie ſich friedlich verhielten, wurde Rechtsgleichheit und Schutz verſprochen. Die Mächte beſetzten allerdings zur Sicherheit die Bahn von Peſing nach dem Meer. Rußland erhob noch beſondere Ansprüche wegen der äußeren Mongolei. Eine Verſammlung von Mandſchuſ aller Klaſſen, 14. Januar, hielt es für geraten, ſich der Revolution anzuschließen und die Abdankung der Dynaſtie zu verlangen. Japan war eine Weile zweifelhaft, ob es die Monarchie oder die Republik in China begünſtigen ſolle. Yuanſchikai verſuchte es mit dem Vermittlungsvorſchlag, der Kaiſer ſolle nicht abdanken, ſondern das geiſtliche Oberhaupt Chinas bleiben. — In Perſien wich der Amerikaner Morgan Shuſter dem ruſſiſchen Druck und übergab ſein Generalkonſulatsamt an eine Kommiſſion, die aus einem Belgier und vier Perſern beſtand. — Das Deutſche Rote Kreuz ſchickte eine Expedition aus (10. Jan.) zur Pſlege der im italieniſch-türkifchen Krieg verwundeten und erkrankten Türken und Araber. — In Berlin bildete ſich ein Verband für internationale Verſtändigung (30. Jan.) auf „realpolitiſchem Boden“, politiſch neutral, um einer Wiederholung ſolcher Kriſen vorzubeugen, wie ſie bei den Marokkoverhandlungen vorfielen. — Auffallend waren die vielen Spionageprozeſſe in allen Staaten. — Auffallend war eine Meuterei eines ſchottiſchen Regiments; ſie wurde dadurch geſchlichtet, daß ein Offizier den beſten Boger der meuternden Soldaten zum Zweikampf herausforderte und beſiegte. — Lord Londſdale rühmte in einem Interview der „Daily News“ die Friedensliebe des Deutſchen Kaiſers (6. Jan.). Auch die „Nation“ tadelte Greys Voreingenommenheit gegen die reichsdeutſche Politik (14. Jan.). In England wie in Portugal wurde die Frage der Überlaſſung eines Teiles der portugieſiſchen Kolonien an Deutſchland beſprochen: „Das deutſch-afrikanifche Reich brauchte dann bloß einen Teil des Kongofreiſtaats, um quer durch den Kontinent von Meer zu Meer zu reichen.“ — Der Biſchof von Wincheſter Dr. Talbot ſprach am 30. Januar für Beſſerung des Verhältniſſes zu Deutſchland; dort herrſche ein tieſgehendes Gefühl erlittener Unbill; aber in Wirklichkeit ſtänden nicht fünf Prozent des engliſchen Volkes hinter der deutſcheindlichen Bewegung. Vernunft und Gefühl ſträuben ſich gegen einen Bruderkrieg; das Volk ſolle ſeine Diplomaten im Zaum halten. Ähnliche Tendenzen kamen auf öffentlichen Verſammlungen zu London, Glasgow und Bradford zum Wort. — In Frankreich trat an Stelle Cail-laux' das neue Miniſterium Poincaré mit Briand, Bourgeois, Millerand, Klotz, Delcaſſé, Steeg uſw. Es beeilte ſich, das Abkommen mit Spanien zu ſichern, das Frankreich zum Protektor Marokkos machte. — Rußland beeilte ſich, eine Schwarze-Meer-Flotte zu bauen. Das waren im Januar die Ereigniſſe von internationaler Bedeutung.

China

Perſien.

Ver-  
ſtändi-  
gung.Poin-  
caré.

Im Februar hatte die Pforte sich sowohl gegen die Italiener in Tripolis, Tripolitanien und am Roten Meer, wie gegen die albanischen Aufständischen zu wehren, aber auch gegen die bulgarischen Banden in Köprülü und gegen die allzu radikalen Lösungsversuche der kretischen Frage. Vor allem weigerte sie sich, auf Grund der italienischen Annexion von Tripolis Frieden zu schließen. — König Nikola von Montenegro, ungeduldig, loszuschlagen, beklagte sich, „daß wir Balkanstaaten verlorene Söhne Rußlands sind; daher ist der Plan eines Balkanbundes nur realisierbar, wenn Rußland kategorisch sagt, daß es dies wünscht.“ — Die amerikanische Union stellte am 9. Februar fest, daß sie gemeinsam mit dem Deutschen Reich gegen solche Mächte vorgehen werde, die eine Teilung Chinas versuchen sollten. Das war gegen Rußlands Absichten auf die Mandschurei gerichtet. — China vollzog seine Umwandlung zur Republik; das geschah mit Einwilligung der Dynastie (13. Febr.). Der Kaiser behielt den Titel eines Herrschers der Mandschurei, er war ja ein Mandschu; der Hof behielt Paläste; dem Kaiser verblieben die Ehren eines auswärtigen Fürsten, der China besucht; auch die Würde eines obersten Priesters. Sehr bemerkenswert ist das schöne Abdankungsedikt der Kaiserin-Mutter: „Seitdem die republikanische Armee ihre Bewegung begonnen hat, haben alle Provinzen ihr Sympathie erwiesen, und ganz China ist in Unordnung und das ganze Volk unglücklich. Ich habe Yuan-shikai befohlen, Delegierte zu entsenden, um mit den Vertretern der Republik zu verhandeln und die Lage zu erörtern. Diese Verhandlungen dauern seit zwei Monaten und noch ist kein klares Ergebnis erreicht. Der Süden und der Norden entfernen sich immer weiter voneinander, der Handel hat aufgehört, die Soldaten sind im Feld. Der Süden und die Mitte Chinas haben die Republik schon ausgerufen, und daraufhin haben die Heerführer des Nordens auch die Republik verlangt. Volk und Armee sind also republikanisch; es ist demnach der Himmel selbst, der China die Republik geben will. Um des Ruhmes einer einzigen Familie wegen will Ich nicht gegen den Willen eines ganzen Volkes ankämpfen. Ich habe die Lage der Welt beobachtet und die Meinung in Meinem Innern geprüft, und habe beschlossen, Mich mit dem Kaiser zurückzuziehen und dem Volke die ganze Macht anzubieten . . . Ich befinde Mich so ganz in Übereinstimmung mit unsern heiligen Büchern, die besagen, daß der Kaiser wissen muß, daß das Land für das Volk geschaffen ist und nicht für ihn. Yuan-shikai ist ein erfahrener Mann, der das alte und das neue Regiment kennt. Er kann den Norden mit dem Süden vereinigen. Am besten ist es, daß Ich ihm die Macht gebe, sich mit den republikanischen Heerführern auseinanderzusetzen. Hauptsächlich ist es wichtig, daß die große chinesische Republik die fünf großen Rassen:



Mandschu, Chinesen, Mongolen, Muselmanen und Tibetaner umfaßt und die Unverletzlichkeit des ganzen Gebietes feststellt. Das zukünftige China wird sich nennen: Die große Republik der Mitte der Zivilisation. Ich und der Kaiser ziehen Uns zurück und hoffen, die Sympathie und das Heil des Volkes zu bewahren. Ich nehme mit mir die Sicherheit, daß China dem Fortschritt entgegengeht und daß es immer mächtiger und ruhmreicher wird." Sunjatsen zog sich auch zurück und empfahl selbstlos die Wahl Quanschikais zum Präsidenten der Republik. Diese Wahl geschah denn auch am 15. Februar. Tags darauf schnitt sich Quanschikai seinen Zopf ab. Man nahm die europäische Zeitrechnung an. Man setzte dem Kaiserhaus eine Rente aus; das Palastpersonal sollte unverändert bleiben; der Kaiser sollte weiter die Tempelriten und den Opferdienst in den Mausoleen verrichten. Auch die prinzlichen und Adels-titel blieben bestehen. Die fünf Völkerstämme wurden einander gleichgestellt. Es bestand volle Religionsfreiheit. All dies wurde den Mächten und dem Haager Schiedsgericht amtlich mitgeteilt.

Quanschikai.

Die Mächte waren allzusehr mit sich selber beschäftigt. Der englische Kriegsminister Haldane begab sich Anfang Februar nach Berlin und hatte da Unterredungen mit den leitenden Männern über die Beziehungen beider Länder. Lord Churchill hielt am 9. Februar in Glasgow eine Rede, worin er den viel bemerkten Ausspruch tat, die Flotte sei für England eine Notwendigkeit, für die Deutschen mehr eine Art Luxus. Dies Wort wurde sofort in beiden Ländern scharf kritisiert. Der Führer der Opposition Bonar Law meinte zwar am 14. Februar im Unterhaus, die Worte seien wahr, die Stellung beider Nationen sei nicht dieselbe: „Vorausgesetzt, daß wir in einen Krieg mit Deutschland verwickelt werden, was, wie ich hoffe und glaube, nie geschehen wird, mögen wir wohl imstande sein, die deutsche Flotte zu zerstören, aber wir würden niemals ins Herz Deutschlands gelangen können. Wenn wir aber den Fall setzen, daß die deutsche Flotte die Herrschaft im Kanal zwei oder drei Wochen oder kürzere Zeit behält, würde die deutsche Armee, mit der wir in keiner Hinsicht in Wettbewerb treten können, uns vollständig niederschlagen.“ — Ministerpräsident Asquith gab zu, daß die traditionellen Gefühle der Freundschaft zwischen beiden Ländern während der letzten Monate ernstlich getrübt waren. — Im Oberhaus sagte Lord Lansdowne: „An die Regierung sind zahlreiche Aufforderungen ergangen, eine Verständigung mit Deutschland zu erreichen; aber zwischen England und Deutschland gibt es nicht wie zwischen England und Frankreich akute Fragen, die der Erledigung harren. Das ist deshalb nicht der Fall, weil England während der letzten zwanzig Jahre solche Fragen, sobald sie auftauchten, zur Zufriedenheit beider Regierungen erledigte.“ So hoffte man auch Gutes vom Besuch Lord Haldanes in Berlin. — Aber Sir Robert Cadfield schrieb am 20. Februar in der „Daily Mail“: „Das deutsche Volk ist überzeugt, daß sich England eigensinnig mitten auf Deutschlands Weg gepflanzt hat, um dessen Fortschreiten zu verhindern. Gegenteilige Beteuerungen sind wertlos; wirkliche Taten werden gefordert. Besuche von Freundschaftskomitees haben keine Wirkung. Greifbare Handlungen müssen

Luxus-  
flotte.Trübun-  
gen.

kommen, wie beispielsweise die Abtretung der Balfischbai. Manche Deutsche sehen in Edward Grey die unheilvolle Figur im englisch-deutschen Bild. Wenn wir dem Deutschen Reich beim Bau einer Bahn durch Kleinasien, beim Erwerb einer Kohlenstation in irgendeinem Winkel des Weltmeers, bei der Vergrößerung seines Kolonialbesitzes jedesmal hindernd in den Weg treten wollen, so müssen wir uns auf einen Konflikt gefaßt machen.“ — Dabei wurde anerkannt, daß Englands Interessen viel mehr mit denen Rußlands, zum Beispiel in Persien, zusammenstießen, wie Grey am 20. Februar im Unterhaus berichtete.

Auch Bethmann Hollweg äußerte sich am 16. Februar im Reichstag freundlich über Galdanes Besprechungen.

Der Tod des Grafen Lexa v. Aehrenthal 17. Februar und der Amtsantritt seines Nachfolgers Grafen Leopold Berchtold änderte nichts an den internationalen Beziehungen Österreichs. Berchtold tauschte sowohl mit dem deutschen Reichskanzler wie mit dem russischen Ministerpräsidenten Kokowzew freundliche Depeschen aus. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ widmete dem Toten einen sympathischen Nachruf; er war seit 1906 der Nachfolger des Grafen Goluchowski. Bethmann Hollweg betonte die „feste Bundesstreue“ beider Reiche.

In Frankreich wurde Anfang Februar ein Wort Karl Liebknechts bekannt: „Von den fünf Millionen Bürgern, die die Reservisten des deutschen Heeres bilden, ist die Hälfte aus unseren (sozialdemokratischen) Reihen hervorgegangen, die andern gehören der Mehrzahl nach zu uns. Die Regierung weiß das und ist darüber beunruhigt.“ — In der französischen Kammer besprach man am 13. Februar das Flottenprogramm: Frankreich würde sich einem Vorschlag auf Einschränkung der Rüstungen nicht verschließen; aber es sei bemerkenswert, daß Amerika, während es einen internationalen Schiedsgerichtsvertrag vorschläge, seine Tätigkeit im Flottenbau verdopple. Niemals habe England so viele Schiffe gebaut: 30 Kriegsschiffe habe es jetzt im Bau. Deutschland, Österreich, Italien entwickeln ihre Marine. Deshalb sei es nicht Frankreichs Aufgabe, mit der Abrüstung zu beginnen. Der Kriegsminister Millerand forderte auch den Bau von 15 Luftkreuzern verbesserten Systems, aber noch mehr den Bau der Flugzeuge; es können bereits 13 Luftgeschwader mit 208 Flugzeugen gebildet werden; gegen Ende des Jahres wird man deren 344 haben mit 30 Flugplätzen, 234 Offizierpiloten, 210 Beobachtern, 42 Mechanikern, 1100 Offizieren, 1600 Korporalen oder Sappeuren und 550 Soldaten. Als der Deputierte Brizon sagte: „Im Kriegsfall werden wir uns nicht zur See schlagen“, versetzte Bienaimé: „Wir werden Deutschland zur See schlagen und auf dem Meer erdroffeln!“ — Allerdings machten sich auch die Antimilitaristen geltend und störten die neu eingeführten Umzüge der Militärkapellen. Antimilitaristische Reden wurden auch beim Sozialistenkongreß in Lyon 17. Februar von Reir Gardie und dem Deutschen Müller gehalten. Der Präsident sagte, die Sozialisten werden nicht zulassen, daß die französisch-englische Entente zu einer antideutschen werde; die chauvinistischen Leidenschaften seien überall erloschen.

Ende Februar wurde die Annexion von Tripolis und Krenaisa in der italienischen Kammer bestätigt.

Graf  
Berchtold.

Am 15. März überreichte die italienische Regierung den Botschaftern der Großmächte eine Denkschrift über die Bedingungen eines Friedens mit der Türkei; sie bestand nur auf der italienischen Herrschaft in Libyen, anerkannte aber den Status quo am Balkan, die religiöse Hoheit des Kalifen, die religiöse Freiheit der muselmanischen Bevölkerung, Straßfreiheit der Kämpfer, Übernahme einer entsprechenden Quote der ottomanischen Schuld, Zahlung einer Abfindungssumme für die Staatsgüter in Libyen, Garantie des europäischen Besitzstandes der Türkei im Einvernehmen mit den anderen Mächten. Die Pforte erklärte am 17. März diese Vorschläge für unannehmbar. Indessen verschärfte sich die Lage in Saloniki, Smyrna, Langaſa, Eſtischener; der Fürst Andreas Kopassis von Samos wurde von einem Griechen am 23. März ermordet; an seine Stelle kam der Grieche Begleri. Zur Regelung der Grenzfrage mit Montenegro wurde eine türkische Kommission nach Cetinje gesandt.

Aus Rußland kamen im März Gerüchte von einer Dislokation der Truppen um Kiew und von einer teilweisen Mobilisation in den südwestlichen Provinzen; sie wurden aber amtlich dementiert.

Man erwartete viel Gutes von der Begegnung des Deutschen Kaisers mit dem König von Italien an Bord der „Hohenzollern“ vor Venedig 25. März.

Der Admiralitätslord Churchill hielt am 18. März im englischen Unterhaus eine Flottenrede, in der er sagte: „Wir berechnen unsere Flotten im Seekriege durch Subtraktion. Das ist sehr vorteilhaft für die stärkste Seemacht; es wird sich stets für uns lohnen, Schiff gegen Schiff jeder Klasse zu verlieren. Dieser Prozeß des Ausscheidens würde uns, wenn auch auf einem fürchterlichen Wege, zum sichern Sieg führen, zum Zustand absoluter Überlegenheit . . . Wenn Deutschland 1913 eine Pause im Schiffsbau macht und die vorgesehenen drei Großkampfschiffe nicht baut, so würde damit auch automatisch der Bau von fünf britischen Überdreadnoughts beseitigt sein. Das ist mehr, als die Deutschen in einem wirklichen Krieg erhoffen dürfen. Aber durch eine Verstärkung gewinnen sie nichts, durch eine Verminderung würden sie nichts verlieren.“ Allerdings fand Lord Beresford, die dem neuen Flottengesetz beigegebene Denkschrift sei eine indirekte Drohung und Herausforderung gegen Deutschland. Damit verfehle Churchill seinen Zweck.

Im Deutschen Reich war man von Churchills offener Rede nicht überrascht: „In beiden Ländern ist seit Monaten das Bewußtsein eingewurzelt, daß die Rivalität zu einer Lebens- und Sterbensfrage geworden ist. Die Zeiten des Versteckenspiels sind vorüber; Männer sprechen zu Männern.“ — Am 29. März kam der neue Ministerpräsident v. Hertling in der bayerischen Abgeordnetenversammlung auf die internationale Schiedsgerichtsbewegung zu sprechen: „Obwohl ich den Krieg für das schwerste Unglück halte, werde ich eine gewisse Skepsis nicht los. Gerade solche Staaten, die am eifrigsten nach

Flotten-  
frage.

Hertling.



dieser Richtung hin auftreten, unterstützen auch kriegerische Unternehmungen, wie Nordamerika gegen Mexiko. Das Deutsche Reich hat durch seine auf eine große Wehrmacht gestützte friedliche Politik mehr zur Erhaltung des Friedens beigetragen als die gewiß sehr gut gemeinten Friedensbestrebungen.“ — Der Deutsche Kaiser, Prinz August Wilhelm mit Gemahlin und Prinzessin Viktoria Luise waren am 23. März zum Besuch in Wien.

Über die französischen Flottenpläne sagte Delcassé am 29. März im Senat: „Frankreichs Lebensinteresse liegt im Mittelländischen Meer, das ein verhältnismäßig beschränktes Feld bildet.“ Sein Flottenprogramm wurde angenommen.

Der Senat der Vereinigten Staaten nahm am 7. März die Schiedsgerichtsverträge mit England und Frankreich mit Streichung so wesentlicher Klauseln an, daß sie jeden praktischen Zweck verloren. Auch Fragen, die mit der Monroe doktrin und der Einwanderung zusammenhängen, sollten ausgeschlossen sein von der schiedlichen Behandlung. Das war also ein reines Possenspiel. — Der Direktor des panamerikanischen Büros, Barrett, erklärte am 12. März, es existiere ein weitverzweigtes Komplott, das die Union zur Intervention in Mexiko zu drängen suche.

Die neue chinesische Republik konnte nicht Meutereien, Brandstiftungen und Zerstörungen verhindern. Auch ein anglikanischer Missionär wurde am 4. März von Soldaten erschossen. Es fehlte sehr an Geld. Yuan-schikai leistete am 10. März in Peking den Amtseid auf die Republik. Ein Manifest begnadigte alle Gefangenen, außer Mörder und Räuber, und erließ die geschuldeten Grundsteuern. Statt der einen absoluten Monarchie gab es nun fünf Rassen und acht Parteien: die Unionisten mit Yuan-schikai; die Geschworenen mit Sunjatsen; die Partei der chinesischen Unabhängigkeit mit dem Gelehrten Changpinlin; die Partei der Volksmacht mit General Liyunhung; die liberale Partei mit Wangchin; die Nationalisten mit Untsangyao und Utingfang; die Partei der freundschaftlichen Verständigung (Changchen); die Sozialisten mit dem Studenten Ringtaoghu. — Sunjatsen trat am 15. März zurück, indem er sich in feierlichem Aufzug nach dem Grab der Mings vor Nanjing begab und dem Geiste Hungwu, des Gründers der Ming-Dynastie (1368—1644), tiefbewegt ankündigte, daß die Chinesen wieder Herren des Landes seien nach dem Sturz der mandschurischen Eroberer. — Das Bankensyndikat der vier Mächte, Deutschland, England, Frankreich, Amerika, gewährte eine Anleihe unter Verpfändung der Ertragnisse der Kalganbahn. Dem schloß sich auch noch Rußland und Japan an.

über Persiens Schicksal verhandelten noch immerfort England und Rußland.

Anfangs April wurde der Sitz der provisorischen Regierung Chinas von Nanjing nach Peking verlegt. Ein Erlass Yuan-schikais vom 13. April beseitigte das Verbot der Heiraten zwischen Chinesen, Mandschuren, Mongolen, Turkestanen und Tibetanern, und ermahnte die weibliche Bevölkerung, die ver-

altete Gewohnheit der Fußverkrüppelung aufzugeben. Die Nationalversammlung wurde am 29. April in Peking eröffnet. Regelung des Finanzwesens, Steuerreform, das waren die Haupt Sorgen der jungen Republik.

Japan leugnete am 5. April amtlich, daß mit Mexiko Verhandlungen wegen Errichtung einer Flottenstation in der Magdalenenbai gepflogen worden seien; es habe sich nur um Erwerbung von Fischereirechten gehandelt ohne politische Absicht. Nordamerika blieb trotzdem auf seiner Hut und suchte Mexiko zu beeinflussen, keine Verpachtungen an Ausländer zu gewähren. Die Angelegenheit beschäftigte noch weiterhin den amerikanischen Senat.

Die Italiener eroberten am 8. April die Festung Medy in Yemen, bombardierten am 18. die Forts Rum Kaleh und Sedil Bahr am Eingang der Dardanellen, aber ohne große Wirkung. Darauf wurden die Dardanellen durch schwimmende Minen unfahrbar gemacht, wogegen allerdings die französischen und russischen Schiffsahrtsgesellschaften Einspruch erhoben. Am 20. April besetzten die Italiener Samos. Trotz der Vorschläge der Großmächte konnte sich die Pforte noch nicht zur Abtretung von Tripolis bequemen; das sei eine Existenzfrage für das ganze Reich. Das Unwesen der serbischen Banden lebte wieder auf; bulgarische Banden zogen zur Bestrafung der zum Patriarchismus übergetretenen makedonischen Bauern aus. Die Italiener eroberten die Stadt Livadia auf der Insel Astropalia (27. April). Am selben Tag wurde eine neue, von Deutschen gebaute Brücke von Stambul nach Galata eröffnet. Bei der Einweihung gedachte das Eröffnungsgebet mit rührenden Worten des Reiches und des in Nordafrika kämpfenden Heeres. Die in der kilikischen Ebene gelegene Teilstrecke der Bagdadbahn wurde dem Betrieb übergeben. Als Nachfolger des englischen Konteradmirals Williams wurde der Engländer Pimpus zum Marinebeirat ernannt.

Bagdadbahn.

Die russische Regierung entschuldigte sich bei der österreichischen wegen der gehässigen Haltung der bisher offiziellen „Nowoje Wremja (17. April), und der Minister des Auswärtigen Sazonow erklärte am 26. April in der Duma, die allgemeine Lage sei befriedigend, man solle den umlaufenden Kriegsgerüchten keinen Glauben schenken, dem Frieden drohe zunächst keine Gefahr, Rußland könne sich seiner Friedensarbeit hingeben; auch die Balkanstaaten werden sich vor politischen Abenteuern hüten.

Der Alldeutsche Verband äußerte sich in einer Resolution vom 14. April sehr unzufrieden über die Heeres- und Flottenvorlagen der Regierung; das Deutsche Reich müsse sich unbedingt zu Lande militärisch die erste Stelle sichern und gegen einen Überfall zur See sichern.

Bethmann Hollweg erklärte am 22. April bei Einführung der Reichswehrvorlagen im Reichstag, Deutschland mit seiner Lage im Herzen Europas brauche eine starke Wehrmacht als sicherste Friedensbürgschaft. „Kriegsmöglichkeiten können durch Abmachungen verringert, aber nicht

Bethmann.

ausgeschlossen werden. Die Beziehungen der Nationen breiten sich aus; dadurch werden die Friedensberührungspunkte vermehrt, aber zugleich treten auch im Konkurrenzkampf neue Konfliktmöglichkeiten hervor. Alarmierende Gerüchte stören Handel und Wandel. Ich habe die Überzeugung, daß keine Regierung einen Krieg mit uns wünscht; aber vielfach werden die Völker durch lärmende und fanatisierende Minderheiten in Kriege hineingetrieben. Diese Gefahr besteht heute mehr als früher, nachdem die Öffentlichkeit in der Volksstimmung, die Agitation zugenommen hat. . . Nach unserer Wehrkraft bemißt man auch im Frieden unsern Wert als Bundesgenossen.“ — Kriegsminister v. Heeringen verlangte zwei neue Armeekorps und die Vermehrung der Maschinengewehrkompanien. — Der Sozialdemokrat Haase schob die Kriegshezekerei auf die Schwerindustrie, den Flottenverein und Wehrverein. Spahn hielt die Verstärkung für ratsam, da Italien, der dritte im Bunde, durch seinen Krieg anderwärts beschäftigt sei. — Der fortschrittliche Müller (Meiningen) meinte: „Die unverantwortliche Hineinziehung der Völker Europas in einen völkerpsychologischen autosuggestiven Zustand macht eine gewaltsame Lösung dieser Spannung ganz unvermeidlich.“

Kriegs-  
hezekerei

Vor den Delegationen besprach Graf Berchtold am 30. April die auswärtige Politik nach dem Tode seines Amtsvorgängers Lehrenthal im Sinne vollster Kontinuität in allen Punkten.

In Bulgarien war man sehr entrüstet über Sazonows Friedensreden in der Duma. Man schrieb 29. April: „Wir begreifen, daß Rußland den Frieden will, weil es ihn braucht. Der Friede auf der Balkanhalbinsel kann aber nur dann gewahrt werden, wenn in Makedonien die europäische Kontrolle neu eingeführt wird.“ „Die Verzweiflung kann die makedonischen Bulgaren leicht in die Arme Österreichs werfen. Sazonows Rede ist ein schreiender Anachronismus.“ — Eine Reise des Sobranjepräsidenten Danew nach Belgrad und Livadia Anfang Mai wurde als ein Mittel zur Anbahnung eines Bündnisses ausgelegt, das der Stellung Rumäniens auf dem Balkan als des Mandataren des Dreibundes entgegentreten sollte.

Am 4. Mai bemächtigten sich die Italiener der Insel Rhodos. Die türkische Kammer entbot den Kämpfern ihren Gruß und Dank. In Albanien flammte der Aufstand mächtiger auf. In Junik bei Spek fand am 27. Mai ein Kongreß aller Albanesenführer statt und der Vertrauensmänner aller albanischen Bezirke.

Tirpitz.

Über die Kriegsaussichten in Europa sagte Tirpitz am 11. Mai: er denke zu hoch von der englischen Admiralität, als daß er ihr zutraue, daß sie einen deutschen Angriff auf die englische Flotte oder Küste überhaupt in den Kreis ihrer Betrachtungen hineinbeziehe; die deutsche Flotte habe lediglich defensiven Charakter. — Auch Churchill meinte am 19. Mai: „Es ist meine Überzeugung, daß ein Krieg in unserer Generation unmöglich ist, ja, daß die wildeste Einbildung keinen Krieg in absehbarer Zeit voraus-



sehen kann." Man vermutete, der Freiherr v. Marschall werde mit Grey eine verbesserte Form des englisch-deutschen Geheimvertrags von 1898 über die portugiesischen Kolonien vereinbaren; dabei werde die Suveränität Portugals nicht angetastet werden. Der scheidende deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich sagte beim Abschied 23. Mai: „Meine Aufgabe war es, vorzubereiten. Ich hoffe, daß es meinem Nachfolger beschieden sein wird, die Frucht reifen zu sehen.“

Im deutschen Reichstag kritisierte der Sozialdemokrat David am 18. Mai die zünftige Diplomatie, die sich nur aus dem degenerierten Adel ergänze. Er beklagte das Spannungsverhältnis mit England. „Der Fortgang des Herrn v. Marschall aus Konstantinopel scheint den Zusammenbruch der deutschen Politik in der Türkei zu bedeuten, ein Fiasko gegenüber dem englischen Einfluß. Es ist auffallend, daß Italien Inseln im Ägäischen Meer besetzt hat, ohne Einspruch Englands und Deutschlands. Zweifellos hat auch der Dreibund einen Stoß erlitten . . . Wenn sich Frankreich und England verständigen konnten, warum sollte das zwischen uns und England nicht möglich sein? Der Krieg ist ein Hohn auf Gottes Gebote . . .“ — Gegen Ende Mai war Graf Berchtold in Berlin; man erfuhr, daß es sich um die gemeinsame Balkanpolitik handle, damit der tripolitanische Krieg keinerlei Komplikationen hervorrufe. Man war beiderseits einig in den „Zielen einer konservativen Politik“.

Die Dardanellen wurden am 18. Mai wieder eröffnet; es warteten vor der Meerenge auf dieser Seite 173, auf der andern, der Bosporusseite, 258 Dampfer auf die Durchfahrt. — 400 ausgewiesene Italiener reisten am 1. Juni von Konstantinopel ab. — Die italienischen Truppen eroberten am 8. Juni die befestigte Oase Sansur, am 28. Juni die Höhen von Sidi Said, unterstützt vom Feuer der Kriegsschiffe. — Der Kampf gegen die aufständischen Albanesen wurde den Türken erschwert durch Desertionen im türkischen Heer aus politischen Gründen.

Der französische Kriegsminister Millerand äußerte sich am 11. Juni sehr zuversichtlich über die von ihm besichtigten Befestigungen an der Ostgrenze; man müsse aber Belfort, Verdun, Toul und Epinal noch mehr mit den Errungenschaften der Elektrizität ausstatten. — Ministerpräsident Poincaré sagte am 14. Juni in der Kammer: „Unsere Beziehungen zu Deutschland sind loyal, höflich und korrekt. Sollte sich in Marokko die geringste Schwierigkeit ergeben, so haben wir die Möglichkeit, ein Schiedsgericht anzurufen . . . Wenn die Entente cordiale mit England auch einer Urkunde ermangelt, so hat sie doch die Majorität beider Völker für sich . . . In uns selbst ruht der Kern unserer Kraft, und Bündnisse mit uns werden im Verhältnis unserer Stärke gesucht werden.“

Anfangs Juni trafen Asquith, Churchill, Ritchener und andere Vertreter der Admiralität in Malta zusammen, um die Frage der englischen Seegelung auf dem Mittelländischen Meer zu besprechen. Man bekam nämlich Angst, da man die ganze Flotte zur Deckung der Westküste von Frankreich und England zusammengezogen und die Gut des Mittelmeers

Darda-  
nellen.

Malta.

zumeist der französischen Flotte überlassen hatte. — Der abgehende deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich wurde am 18. Juni ehrenhalber von der Universität Cambridge zum Doktor der Rechte promoviert.

Es schien ein gutes Zeichen für den Balkanfrieden zu sein, daß das bulgarische Königspaar Anfang Juni Wien besuchte und vom Kaiser mit Auszeichnung empfangen wurde. Am 8. Juni kam auch König Nikola von Montenegro nach Wien. — In der Debatte über die Wehrvorlagen im österreichischen Abgeordnetenhaus 19. Juni verlangten die Deutschen die volle Ausgestaltung der Wehrmacht in engem Bund mit dem Deutschen Reich, und sie beklagten es, daß Ungarn die notwendige Entwicklung der Armee hinaus-schiebe. Die Wehrvorlage wurde am 25. Juni mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen.

Bul-  
garien.

König Ferdinand von Bulgarien war am 7. Juni auch in Potsdam; er dankte für die „Beweise der Sympathie eines Landes, dem ein großer Teil unserer Jugend jene Bildung verdankt, die in so hohem Maße dem fortschrittlichen Aufschwung Bulgariens zum Segen gereicht hat“. — Kaiser Wilhelm sprach am 18. Juni in Brunsbüttelkoog in Erwiderung auf eine Ansprache des Hamburger Bürgermeisters Dr. Burchard von den Kräften, die unter der deutschen Flagge zusammengefaßt werden. „Aber die Flagge muß in Ehren wehen, es darf nicht leichtsinnig ihr Tuch in den Winden entfaltet werden, nicht leichtsinnig darf sie aufgepflanzt werden, wo man nicht sicher ist, sie verteidigen zu können. Ich habe mich vom hanseatischen Grundsatz leiten lassen, der steht in markigen Lettern am Rathaus zu Lübeck: Das Fähnlein ist leicht an die Stange gebunden, aber es kostet viel, es mit Ehren wieder herunterzuholen.“

Deutsch-  
land  
Groß-  
mutter.

Bürgermeister Gannor von Newyork hielt am 10. Juni eine Rede zu Ehren der deutschen Flotte: „Die Angelsachsen sind die Mutter, die Deutschen die Großmutter Amerikas. Von diesen stammt alle Zivilisation. Amerika bewundert Deutschland, das seit Gründung des Reiches für die ganze Welt den Schritt angibt, besonders unter der Regierung des jetzigen Kaisers, den die Amerikaner auch als eine Art Amerikaner ansehen. Falls irgendwo in der Welt Eifersucht über die großen Fortschritte Deutschlands herrscht, in Newyork besteht sie nicht, auch nicht im übrigen Amerika. Amerika bewillkommt intelligente Rivalität in der ganzen Welt. Die Deutschen zählen zu den besten Bürgern des Landes und haben die angesehensten Stellungen inne.“

Im Juli eroberten die Italiener Mesurata im Tripolitaniſchen; sie erlitten aber arge Verluste beim Versuch, in die Dardanellen einzulaufen (19. Juli). — Die Rebellen in Nordalbanien machten Fortschritte und bemächtigten sich des Waffendepots in Pristina. Die Gegenaktion der Pforte litt an der inneren Uneinigkeit. Man warf manchen Offizieren vor, mit den Meuterern zu sympathisieren; die Armee bekümmerte sich mehr um Politik als um Disziplin, eine Offiziersliga veröffentlichte am 24. Juli ein Organisationsprogramm und richtete einen despektierlichen Brief an

die Kammer. Die militärischen Maßnahmen gegen Albanien wurden vom neuen türkischen Kabinett ganz eingestellt und sogar eine Amnestie versprochen. — Es war viel von den russischen Militärsubventionen die Rede, die Montenegro seit 1876 jährlich erhielt.

Eine Wendung in der europäischen Politik schien durch die Zusammenkunft des Zaren mit dem Deutschen Kaiser in Baltisch-  
 port 4. bis 6. Juli einzutreten. Es erschien darüber folgende amtliche Mitteilung: „Die Begegnung trug einen besonders herzlichen Charakter und bildete einen neuen Beweis für die Freundschaftsbeziehungen beider Herrscher. Der Gedankenaustausch, der auch zwischen den Staatsmännern stattgefunden hat, ergab aufs neue den festen Entschluß, die zwischen beiden Ländern bestehenden altherwürdigen Traditionen hochzuhalten . . . Es konnte sich weder um neue Abmachungen handeln, da hiezu ein besonderer Anlaß nicht vorlag, noch auch darum, irgendwelche Änderungen in der Gruppierung der europäischen Mächte herbeizuführen, deren Wert für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und des Friedens sich bereits erprobt hat. Die Begegnung kann daher allenthalben mit Genugtuung begrüßt werden; denn während sie einerseits die feste und dauernde Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland bezeugt, bedeutet sie anderseits auch einen berechneten Ausdruck der friedlichen Grundrichtungen, welche die Politik beider Reiche in gleichem Maße bestimmen.“ — Am 12. Juli wurde in Gegenwart des Zaren der Grundstein zum Kriegshafen von Reval gelegt. — Am 24. Juli wurde gemeldet, daß zwischen Rußland und der Mongolei ein Vertrag abgeschlossen wurde, der Rußland eine Art Protektorat gab und das Monopol zu Anleihen, Bergwerken, Eisenbahnen. Das Abkommen war besonders gegen eine Einnengung Chinas in die Angelegenheiten der selbständigen Mongolei gerichtet.

Bei einer Flottenparade vor den Mitgliedern des englischen Unterhauses zu Spithead waren am 9. Juli 238 Kriegsschiffe versammelt, darunter 15 Dreadnoughts und 3 Überdreadnoughts, zusammen im Wert von zweitausend Millionen Mark. — Edward Grey bezeichnete am 10. Juli im Unterhaus die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit Frankreich und Rußland als Kern der englischen Politik, daran sich die bestmöglichen Beziehungen mit den andern Ländern schließen. Er sprach von den Verhandlungen mit der Türkei über die Bagdad—Basra-Bahn. Über die Strecke von Bagdad zum Persischen Golf gebe es auch deutsche Pläne, über die man sich vereinbaren werde. — Marineminister Churchill begründete am 22. Juli neue Flottenforderungen als Folge des neuen deutschen Flottengesetzes, dessen Ziel nicht so sehr die Vermehrung der Linienfahrer als die Vermehrung der Schlachtbereitschaft der Schiffe aller Klassen sei. — Premierminister Asquith sagte am 25. Juli: „Unsere Freundschaften sind in keinem Sinn ausschließliche Freundschaften, denn das Interesse Großbritanniens ist der Friede der Welt.“ Zum Tode des Kaisers von Japan sagte Asquith

Zar und Kaiser.

Flottenparade.

Japan.



am 31. Juli: „Unter seiner Regierung ist Japan aus der unnahbar scheinenden Absonderung in den Vordergrund der Völkerfamilie getreten und eine große Militär- und Marinemacht geworden, die glänzende Leistungen von Ausdauer, Manneszucht und Heldennut vollbracht hat. Ich kann keinen Namen eines Herrschers nennen, in dessen Regierungszeit ein so unermesslicher und bedeutungsvoller Fortschritt sowohl für seine Untertanen als auch für die ganze Menschheit erreicht worden wäre. Seit zehn Jahren ist Japan mit uns durch einen Bündnisvertrag verbunden. Dieses Bündnis ist seitdem zweimal erneuert und erweitert worden, und nachdem es die Probe bestanden hat, ruht es heute auf festerer und wohl auch dauernderer Grundlage. Es ist ein Bündnis nicht zum Angriff oder zur Herausforderung, sondern für die Verteidigung gemeinsamer Interessen, zur Entwicklung der Ideale der Menschheit und zur Erhaltung des Friedens.“

Frankreichs Protektorat über Marokko wurde am 18. Juli Gej. Delcassé erklärte als Marineminister am 21. Juli, daß der Hafen von Ajaccio ein strategischer Punkt ersten Ranges und fester Stützpunkt für die Verproviantierung der Geschwader werden solle. Das war auch eine Folge des Marineabkommens mit England.

Poincaré und Sar.

Ein neues Ansehen nahm die europäische Politik an, als der französische Ministerpräsident Poincaré am 9. August zum Besuch des Zaren nach Kronstadt, Petersburg und Moskau fuhr. Amtlich wurde mitgeteilt, es hätten mehrere lange Unterredungen der Minister stattgefunden; die Übereinstimmung der Ansichten sei vollständig gewesen, das Bündnis bleibe eine wertvolle Garantie für die Erhaltung des Friedens und des europäischen Gleichgewichts. Auch Poincaré sagte bei seiner Rückkehr am 21. August in Dünkirk: „Dieses Bündnis wird durch unsere Entente cordiale mit England vervollständigt und erweitert. Sicherlich kann niemand in dieser friedlichen Gruppierung Provokation oder Angriffslust erblicken. Dank einer Politik der Klugheit, Kaltblütigkeit und Würde hat die Republik die Stellung Frankreichs in der Welt zu behaupten gewußt . . .“

Die französische Regierung gab am 1. August bekannt, daß Verhandlungen mit Rußland schwebten, die auf die Ergänzung des Bündnisses und der Militärkonvention durch ein Abkommen über das Zusammenwirken der beiden Flotten im Kriegsfall abzielen. Allerdings befand sich die russische Flotte damals in einem Zustand der Meuterei.

Albanien.

Graf Berchtold regte am 15. August einen Meinungsaustausch der Mächte an, um angesichts der Beunruhigung unter den Balkanregierungen und Völkern wegen der Zugeständnisse an die Albanesen die Balkanvölker von aggressiven Schritten gegen die Türkei zurückzuhalten. Die deutsche Reichsregierung billigte den Vorschlag Österreichs auf Einwirkung in Konstantinopel für Reformen in Albanien und versprach diplomatische Unterstützung. — Der türkische Thronfolger kam am 22. August inkognito nach Wien.

Die Pforte bewilligte am 3. August den aufständischen Albanesen die wichtigsten Forderungen: Rückgabe der Waffen, Recht des Waffentragens,

Entschädigungen, Amnestie, albanische Sprache für Schulen und Ämter, albanische Verwaltungsbeamte. Aber die Führer der Aufständischen verlangten am 10. August noch mehr: Steuerreform, Militärdienst nur in den rumelischen Provinzen außer im Kriegsfall, Ackerbauschulen, Vermehrung der Anstalten für den Kultusunterricht, Schulunterricht in mehreren Sprachen, Bau von Straßen und Eisenbahnen zur Hebung des Handels, Freiheit der Errichtung von Privatschulen usw. Der Kampf mit dem Militär und die Gemekel zwischen Christen und Mohammedanern gingen aber weiter. — Die Pforte erhielt noch am 31. August beruhigende Erklärungen von Bulgarien und Montenegro, daß eine Störung des Balkanfriedens nicht beabsichtigt sei.

Gegen Ende August begannen die Friedensverhandlungen zwischen Italien und der Türkei in der Schweiz, die bereits seit einiger Zeit im Gange waren, rascher fortzuschreiten. Hinderlich war der Sturz des jungtürkischen Kabinetts gewesen. Die Verhandlungen hatten anfangs nur den Charakter von „Pourparlers“; die italienischen Vertrauensmänner hatten kein offizielles Mandat, waren aber von ihrer Regierung instruiert. Italien erklärte, die Kriegsoperationen bis zum offiziellen Friedensschluß fortsetzen zu wollen.

Pour-  
parlers.

Der Balkankrieg rückte trotz aller Friedensversicherungen immer näher. Der bulgarische Unterrichtsminister Bobtschew sagte in einem Interview, wie der „Matin“ am 15. August berichtete: „Es besteht eine Verständigung zwischen Bulgarien und Serbien, aber keine Allianz. Serbien und Bulgarien haben gemeinsame Interessen und Bestrebungen; selbstverständlich wollen sie in übereinstimmung handeln. Dieser Zweck kann ohne Bindung erreicht werden, aber es ist unerläßlich, daß wir am Tag, dessen Morgenröte nahe ist und wo die orientalische Frage für immer gelöst werden wird, die Hände frei haben, unsere Rechte geltend zu machen. Vielleicht können schon in zwei oder drei Wochen wunderbare Veränderungen vor sich gehen; jede Stunde bringt uns der unvermeidlichen Lösung näher.“ Am 17. August wurden denn auch die beurlaubten Offiziere einberufen. — Graf Berchtold war am 24. August Gast des rumänischen Königs Karol in Sinaja.

Als die Vertreter der Großmächte in Montenegro zum Frieden mahnten, antwortete die Regierung am 26. August: Montenegro habe keine aggressiven Absichten, es wolle nur seine Grenzen gegen die Türken verteidigen; diese errichten Wacht Häuser und Verschanzungen auf montenegrinischem Boden und verletzen so die Integrität des Landes. Die Großmächte mögen doch dergleichen Ursachen des Konfliktes aus der Welt schaffen.

In China berief Yuanseichai den Australier Dr. F. S. Morrison zu seinem politischen Beirat (1. Aug.). Dr. Sunjatsen traf am 24. August in Peking ein, um mit Yuanseichai über die Differenzen zwischen Nord- und Südchina zu verhandeln. Es wurden republikanische Adelstitel geschaffen: Großgrande, erster, zweiter, dritter, vierter, fünfter Grande.

Japan.

Nach dem Tode des Kaisers von Japan Mutsuhito (29. Juli) trat sein einziger Sohn Yoshihito, das Kind einer Nebenfrau, an seine Stelle. Die Beisetzungsfeierlichkeiten fanden am 13. September statt. Prinz Heinrich von Preußen war an Bord des Kreuzers „Scharnhorst“ dazu eingetroffen. Nach der Zeremonie starben der berühmte General Nogi und seine Gemahlin nach altnationaler Sitte durch Selbstmord.

In China trat der französische General Brissou de Maille am 11. September seine Stelle als militärischer Berater an.

Buklan.

Ein zweitägiger Besuch des deutschen Reichskanzlers Bethmann Hollweg beim Grafen Berchtold in Buklau (7. bis 8. Sept.) gab nach dem amtlichen Bericht den beiden Staatsmännern Gelegenheit zu eingehenden Unterredungen über alle augenblicklich schwebenden Fragen, besonders die des nahen Ostens, wobei die volle Übereinstimmung erneut festgestellt wurde. Berchtold hatte am 24. September Gelegenheit, vor der ungarischen Delegation die auswärtige Politik darzulegen. Er verkannte nicht den Ernst der Lage auf dem Balkan, wo Albanesen, Türken, Montenegriner, Bulgaren und Griechen sich gereizt gegenüberstehen. Dazu kommt das Schwanken der türkischen Politik. Berchtold widersprach der Legende, als ob Aehrenthal sich mit der jüngtürkischen Politik, der des „Komitees für Einheit und Fortschritt im türkischen Verfassungsleben“, identifiziert habe. Er hob die Besprechungen mit Bethmann und die mit dem König von Rumänien hervor.

Der russische Minister Sazonow war vom 20. September an in London und Balmoral. Er wollte den Balkanstaaten gegenüber eine Gruppenpolitik empfehlen, während Edward Grey den Standpunkt verteidigte, das sei eine allgemeine europäische Angelegenheit und nicht die einer Gruppe von Mächten, die sich in einen Gegensatz zu einer andern Gruppe stellt. Auch beharrte man in England auf der Erhaltung Persiens als selbständigen Pufferstaates. — Zur großen Bestürzung der Engländer gelang es bei den Flottenmanövern am 24. bis 26. September zweimal dem Invasionsgeschwader, an der Ostküste Englands in Yorkshire und Berwick Truppen zu landen und so zu beweisen, daß eine Invasion nicht unmöglich sei.

Flotten-  
abkom-  
men.

Infolge des Abkommens mit der englischen Marine konnte Frankreich seine beiden atlantischen Geschwader am 12. September nach Toulon verlegen, zum alleinigen Schutz der Mittelmeerküste. In Brest blieben nur wenige Einheiten. Die meisten französischen Zeitungen feierten die russische Großfürstin Nikolai, geborne Prinzessin Anastasia von Montenegro, weil sie an der deutschen Grenze ihrer Sympathie für die revanchelustige Patriotenliga Ausdruck gegeben hatte. Aber der Abgeordnete M. Alard schrieb am 25. September in der „Humanité“: „Trocknen wir unsere Tränen der Rührung und lesen wir in der Finanzrubrik derselben Zeitungen diese bescheidenen Zeilen: man kündigt für Oktober eine russische



Anleihe von 1200 bis 1500 Millionen an. Das ist also das ganze Geheimnis der Reise des Herrn Poincaré nach Rußland usw. Wenn Frankreich früher angepumpt werden sollte, kam der Zar Nikolaus persönlich. Jetzt ist das nicht mehr nötig. Das Bündnis hat derartige Fortschritte gemacht, daß es ihm gegenwärtig genügt, sich einen französischen Minister nach Rußland kommen zu lassen oder einen russischen Großfürsten nach Frankreich zu schicken."

Während Italiener und Türken in der Schweiz über den Frieden verhandelten, begann man sich für den Balkankrieg zu rüsten. Die bulgarische Regierung richtete am 12. September an die Mächte ein Memorandum mit folgenden Reformvorschlägen: „Makedonien soll das Gebiet umfassen, auf das die in Würzburg vereinbarten Reformen anzuwenden sind. Es erhält eine Provinzialvertretung und eine nationale Miliz. An seine Spitze wird der Generalgouverneur gestellt, der mit Zustimmung der Mächte ernannt wird. Wenn dieser Vorschlag Aufnahme findet, wird die Krise sofort ein Ende haben. Andernfalls ist eine allgemeine Mobilmachung unvermeidlich, denn die Regierung kann nicht mehr zurück, da sie die militärischen Vorbereitungen zu weit getrieben und ohne Einwilligung der Kammer bedeutende Kredite für Kriegsanschaffungen ausgeworfen hat.“ Es folgte am 27. September eine Note an die Mächte mit der Erklärung, daß Bulgarien mobilisieren werde, wenn die Mächte der türkischen Mobilmachung nicht Einhalt tun. Da aber die bulgarische Regierung Kunde erhielt von der Zusammenziehung türkischer Truppenteile bei Adrianopel und an der Grenze, so ließ sie am 30. September abends die allgemeine Mobilisierung anordnen und gab gleichzeitig bekannt, daß die Verständigung mit Serbien, Griechenland und Montenegro rückhaltlos abgeschlossen sei. Aber in Konstantinopel war man trotz der Nachrichten über Mobilmachung in Bulgarien und Serbien noch am 1. Oktober fest davon überzeugt, daß es zu keinem Krieg auf dem Balkan kommen werde. Nur zur Vorsorge wurde die allgemeine Mobilisierung begonnen und Abdullah Pascha zum Kommandanten ernannt. Montenegro hatte schon am 30. September die Feindseligkeiten auf dem Skutarisee begonnen. Der serbische, bulgarische, griechische und montenegrinische Gesandte übergaben am 3. Oktober der Pforte ein gemeinsames Memorandum, in dem die Türkei aufgefordert wurde, den Gebieten von Altserbien, Makedonien, Albanien und Kreta innerhalb dreier Tage Autonomie zu gewähren. Diese Aufforderung wurde am 6. Oktober wiederholt und den Signatarmächten wurde eine Kollektivnote übergeben, in der mitgeteilt wurde, daß nach Ablauf weiterer drei Tage die Balkanmächte ihren Forderungen mit den Waffen Geltung verschaffen würden.

Die Pforte wandte sich nun an die Mächte und legte ihnen dar, daß die Mobilisierung der Balkanstaaten keine Berechtigung habe. Andererseits

Balkan-  
krieg.

habe die Überreiztheit der Balkanvölker auch einen Rückschlag hervorgerufen bei der ottomanischen Bevölkerung und Armee, und man sei hier bereit, die verbrecherische Herausforderung anzunehmen. Reformverordnungen vom 7. Oktober für Makedonien kamen zu spät. Am 8. Oktober erfolgte die Kriegserklärung Montenegros an die Pforte, um es „nun den Waffen zu überlassen, seinem Rechte und den durch Jahrhunderte verkannten Rechten seiner Brüder in der Türkei Geltung zu verschaffen“. Während die Montenegriner am 9. Oktober die Höhen von Planika eroberten, unterhandelten noch die andern Balkanstaaten. Auch König Viktor Emanuel warnte seinen Schwiegervater; dieser soll ihm aber geantwortet haben: „Du hast mehr als hunderttausend Mann nach Libyen geschickt, um ein Land zu erobern, das nicht dir gehört, und du möchtest mich verhindern, zu fordern, was die Türkei kraft des Berliner Vertrags mir seit vierunddreißig Jahren schuldet.“

Krieg.

Die Botschafter der fünf Großmächte überreichten der Pforte am 11. Oktober eine Note, in der sie davon Kenntnis nahmen, daß Reformen eingeführt werden sollten auf Grundlage des Gesetzes von 1880. Man werde darüber diskutieren, ohne daß damit dem territorialen Bestand des Ottomanischen Reiches Eintrag geschehen solle. Die Pforte antwortete am 14. Oktober, die früheren Reformversuche seien gescheitert an den fortwährenden Attentaten und Agitationen in diesen Provinzen. Die bulgarische Regierung verlangte am 13. Oktober Autonomie der Verwaltung der Provinzen, belgische oder Schweizer Generalgouverneure, aus Wahlen hervorgegangene Provinziallandtage, Landesgendarmarie, Milizen, freien Unterricht. Aber die Sache war bereits so weit gediehen, daß am 17. Oktober auch der Kriegszustand zwischen Serbien, Bulgarien, Griechenland und der Türkei eintrat. Entscheidend war die kriegsheizerische Tätigkeit des russischen Gesandten Hartwig in Serbien. Während die Montenegriner im Verlauf des Oktobers die Bergfestungen Detšitsch, Tusi und Bjelopolja gewannen, besetzten die Bulgaren Kurfale, Mustafa-Pascha, Kirfilisse (24. Okt.), die Serben Uesküb (26. Okt.). Am 27. Oktober vereinigten sich die montenegrinischen Truppen mit den Serben in Sjeniza im Sandschak Nowibasar. Am 29. Oktober begann die Beschießung von Adrianopel durch die Bulgaren. Am 29. und 30. Oktober zogen die Türken bei Lüle Burgas den kürzeren, am 30. nahmen die Serben die Stadt Spek ein. Der verbannte Exsultan Abdul Hamid wurde an Bord des deutschen Stationschiffes „Loreley“ von Saloniki nach Konstantinopel geschafft. Die Montenegriner erfuhren am 30. Oktober noch Rückschläge bei Verdica, Beltoja und Truschi in der Bojana-Ebene. Die Griechen erfreuten sich einstweilen hauptsächlich daran, 67 kretische Abgeordnete in Athen durch den Ministerpräsidenten Venizelos begrüßen zu können.

Der Ausbruch des Balkankrieges trug jedenfalls dazu bei, den Frieden zwischen Italien und der Türkei zu beschleunigen. Nachdem sich die Verhandlungen sechs Wochen hingezogen hatten, wurde der Präliminarfrieden in Duchy bei Lausanne am Genfersee am 15. Oktober unterzeichnet, am 18. Oktober erfolgte die Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrags. Italien verpflichtete sich, die besetzten Inseln im Ägäischen Meer freizugeben, die türkischen Truppen sollten Tripolitarien und die Kyrenaika räumen. Weitere Bestimmungen erfolgten über die Postanstalten, die Kapitulationen, die Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld durch Italien usw. — Im Königsschloß San Rossore bei Pisa kam am 21. Oktober Graf Berchtold mit dem Marquese von San Giuliano zur Besprechung der weiteren politischen Lage zusammen.

Frieden  
von  
Duchy.

Nicht ohne Bedeutung war es, daß am 7. Oktober in Kalkutta eine Versammlung von zwanzigtausend gebildeten Mohammedanern ihrer Sympathie für die Türkei Ausdruck gab und gegen das russische Vorgehen in Persien protestierte; England wurde aufgefordert, zugunsten der Befenner des Islams überall energisch aufzutreten, weil es sechzig Millionen mohammedanischer Untertanen in Indien habe.

Die Vertreter der elf Mächte, die das Friedensprotokoll nach dem Boyeraufstand unterzeichnet hatten, hielten in einer Protestnote vom 28. Oktober ihre Rechte an der damals verpfändeten Salzsteuer aufrecht. Durch einen Erlass der chinesischen Regierung vom 29. Oktober wurde der Dalai Lama wieder in seine früheren Würden und Titel eingesetzt.

Ende Oktober äußerte sich der russische Minister Sazonow über die neue Lage auf dem Balkan: „Vor Ausbruch des Krieges haben alle Großmächte gemeinsam beschlossen, eine Änderung des Status quo nicht zuzulassen. Aber die Siege der Balkanstaaten haben eine neue Lage geschaffen, mit der man rechnen muß. Die öffentliche Meinung Europas bringt zweifellos den siegreichen Verbündeten Sympathie entgegen. Das solidarische Vorgehen der Kabinette garantiert den europäischen Frieden aufs beste. Man kann nicht von einer Sonderpolitik des Dreibundes oder der Tripelentente sprechen. Auch die Friedensliebe des weisen r u m ä n i s c h e n Königs muß hervorgehoben werden. Das Mißvergnügen der slawischen Balkanstaaten über Rußland ist unbegründet. Etwas anderes als das Bestreben nach einer Lokalisierung des Krieges konnten die Balkanstaaten nicht erwarten. Das Entgegenkommen des Grafen Berchtold hat mir meine Aufgabe sehr erleichtert. Auch nach Beendigung des Krieges werden kaum ernstere Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten entstehen. In Wien sieht man bereits die neue Lage mit mehr Ruhe an. Niemand bestreitet das Vorhandensein wirtschaftlicher Interessen Österreichs auf dem Balkan; sie können ohne Beeinträchtigung der slawischen Interessen gewahrt werden.“

Übrigens hatte Rußland zu Beginn des Oktobers auch eine „Probemobilisierung“ veranstaltet und dadurch für Österreich eine ernste Situation geschaffen. An den Grenzen Österreichs, Deutschlands und Rumäniens war eine Truppenmacht von über 200.000 Mann aufgestellt, 16 Divisionen. Im ganzen verfügte Rußland über 70 Armeedivisionen, von denen 11 nicht in

Mobilisierung.



Betracht kamen, weil sie in Zentralasien zur Niederhaltung der dortigen Völkerschaften unentbehrlich waren; 31 Divisionen waren notwendig, um die revolutionären Bewegungen in Rußland niederzuhalten, sie waren auch für einen europäischen Krieg nicht entsprechend bewaffnet und reorganisiert. Mithin waren für einen Krieg an der Westgrenze nur 29 Divisionen verwendbar. So führte Prinz Ludwig Windischgrätz, Mitglied der ungarischen Delegation, am 6. Oktober in einem Artikel aus und schloß: „Österreich-Ungarns Armee ist infolge der Arbeit der letzten Jahre vollständig schlagfertig und schreckt weder vor blinden, noch vor scharfen Schüssen aus Rußland zurück.“ Graf Stürgkh erklärte am 29. Oktober im Abgeordnetenhaus: „Unser Auswärtiges Amt verfolgt keinerlei aggressive Ziele. Ich muß jedoch beifügen, daß das Prinzip der Erhaltung des Friedens in jedem Fall und um jeden Preis nicht die Grundlage der Politik einer noch so friedlichen Großmacht bilden kann.“

Im Deutschen Reich betrachtete Räderlen-Waechter zu Beginn des Monats Oktober die Lage auf dem Balkan noch sehr optimistisch, da doch die Staaten nur Reformen wollten, die Großmächte aber den Status quo garantiert hätten. Deutschland habe am wenigsten Anlaß zur Nervosität; die starke Erregung an der Börse liefere ein falsches Bild der Zustände und sei nur auf börsentechnische Zustände zurückzuführen. — Räderlen-Waechter eröffnete am 8. Oktober zu Berlin die internationale Ausstellungskonferenz mit einer französisch gehaltenen Rede: Deutschland ergreife als neutraler Staat die Initiative, weil das Reich bisher Weltausstellungen nicht veranstaltet hat. — Am 16. Oktober wurde der dreißigjährige Fürst Karl Max von Sichnowsky zum deutschen Botschafter in London ernannt; weder ihm noch dem Reich zum Glück.

Ministerpräsident Poincaré schlug am 5. Oktober eine Formel für das gemeinsame Vorgehen der Großmächte vor; Europa sollte unter allen Umständen den Status quo auf dem Balkan aufrechterhalten, aber daneben von der Pforte wirkliche und praktische Reformen verlangen. Die Formel war bald veraltet.

Die Pforte ersuchte am 3. November unter dem Eindruck ihrer militärischen Niederlage und ihres fluchtartigen Rückzuges hinter die Tschataldscha-Linie die Botschafter, in erster Linie die Frankreichs und Österreichs, um Vermittlung; sie wiederholte dieses Ersuchen um eine „Kollektivmediation zur unverzüglichen Beendigung der Feindseligkeiten und Festsetzung der Friedensbedingungen“ am 6. November. An diesem Tag erreichte die bulgarische Armee die Station Serres auf der Strecke Konstantinopel—Saloniki und zugleich wurde die Wasserleitung von Konstantinopel abgeschnitten. Am 8. November kapitulierte Saloniki; die griechischen Truppen zogen unter Kronprinz Konstantin am 11. November ein, wenige Stunden darauf die Bulgaren unter Kronprinz Boris und Prinz Ryrill. Am 13. November begann der Artilleriekampf an der Tschataldscha-Linie. Aber schon protestierten auch die Albanesen gegen die Ausrottung ihres Volkes in Kossowo durch die Serben: „Die Albanesen werden die Zerstückelung Albaniens nie zugeben,

sie werden eher den Tod erleiden. Drei Millionen Albanier rufen die Hilfe des zivilisierten Europas und der Diplomatie an für die Integrität und Freiheit Albaniens." — Da die Pforte nicht die Völker des Reiches gegeneinander aufheizen wollte, verzichtete das Scheich-ul-Islamat ausdrücklich darauf, den „Heiligen Krieg" zu verkünden. — Angesichts der Gefahr, daß Konstantinopel durch die siegreichen Angreifer besetzt werde, landeten die anwesenden ausländischen Kriegsschiffe ihre Mannschaften am 18. November. An diesem Tag besetzten die Serben Monastir nach heftigem Kampf. Der Balkanbund bot am 19. November Waffenstillstand an, wenn die Pforte sich verpflichtete, keine neuen Truppen zusammenzuziehen, wenn sie die Ischataldscha-Linie und die Festung Adrianopel räume. Der Pforte soll Konstantinopel mit einem kleinen Teil der europäischen Türkei verbleiben. Der Abschluß des Waffenstillstandes mit Bulgarien, Serbien und Montenegro erfolgte am 2. Dezember. Die Friedensverhandlungen sollten am 13. in London beginnen. Eine albanische Nationalversammlung verkündete am 29. November in Balona die Unabhängigkeit Albaniens und wählte eine provisorische Regierung mit Ismail Kemal Bey als Präsidenten. — Ein Versuch griechischer Kriegsschiffe, die Einfahrt in die Dardanellen noch zu erzwingen (17. Dez.), wurde von den türkischen Kanonen abgeschlagen. Mitte Dezember wurde auch die Legion Ricciotti Garibaldis bei einem Vorstoß gegen Janina fast ganz aufgerieben. — Die Pforte versuchte noch am 30. Dezember die Großmächte an ihre Erklärungen zu erinnern, daß sie den territorialen Status quo ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Feindseligkeiten aufrechterhalten würden, und wandte sich gegen die für sie unannehmbaren Ansprüche des Balkanbundes. König Ferdinand war am 18. Dezember nach Saloniki gereist, um den König der Hellenen zu besuchen. — Serbien hatte Alessio und Ochrida in der Hand, sollte sich aber auf Italiens und Österreichs Einspruch von Albanien fernhalten und den Vormarsch nach Durazzo einstellen. Die Insel Samos proklamierte am 29. November ihre Vereinigung mit Griechenland. — In Rumänien war man sehr darüber aufgeregt, daß das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht des Balkans durch eine bulgarische Vorherrschaft gestört werde. Dagegen protestierte eine Massenversammlung am 1. Dezember in Bukarest. König Karol sprach auch in der Thronrede vom 9. Dezember seine Erwartung aus, daß Rumäniens Interessen gebührende Berücksichtigung finden werden. „Rumänien wird als ein wichtiger Faktor des europäischen Konzerts angesehen, und bei der endgültigen Regelung der Balkanfragen wird sein Wort Gehör finden. Die Armee ist immerdar bereit, ihre Mission zu erfüllen."

Monastir.

Albanien.

Samos.

In einem außerordentlichen Ministerrat beim russischen Ministerpräsidenten Kozlowzew 13. November wurde festgestellt, daß Rußlands

Interessen mehr mit Bulgarien und Rumänien als mit Serbien verknüpft seien. Der Kriegsminister Suchomlinow widerlegte die Gerüchte, daß das russische Heer nicht kriegsfertig sei. Kokowzew erklärte am 18. Dezember in der Duma: „Die kriegerischen Tugenden und die Einmütigkeit der Balkanvölker erregen die Sympathie aller russischen Herzen. Als slawische und orthodoxe Großmacht, die unzählige Opfer gebracht hat, um ihre Rassen- und Glaubensbrüder zu schützen, kann Rußland nicht gleichgültig bleiben dem gegenüber, daß diese Völker Existenzbedingungen erlangen, die im Verhältnis stehen mit den vollbrachten Taten.“

Graf Berchtold erklärte am 6. November in der österreichischen Delegation: „Wir sind bereit, der durch die Siege der Balkanstaaten geschaffenen neuen Situation Rechnung zu tragen; anderseits aber haben wir das Recht, zu verlangen, daß die legitimen Interessen der Monarchie durch die Neuregelung der Dinge nicht Schaden leiden. Die maßvolle Haltung des uns eng befreundeten Rumänien war für den Verlauf der Ereignisse von Bedeutung.“ — Am Stilfser Joch arbeitete eine österreichisch-italienische Grenzregulierungskommission. — Die Kriegsflotte in Pola und die Donauflottille wurden am 12. November mobilisiert. Zu gleicher Zeit offenbarten militärische Vorbereitungen in Böhmen, Bosnien und Dalmatien den Ernst der Lage. — Berchtold nahm sich in einer Delegationsrede vom 18. November besonders Albaniens an: „Wenn die Existenz einer albanischen Nation angezweifelt wurde, so möchte ich dem gegenüber geltend machen, daß die Albanesen unter jahrhundertelangen ungünstigen Verhältnissen es verstanden haben, ihre nationalen Traditionen ungechwächt zu erhalten. Wenn wir ihnen die Möglichkeit bieten wollen, die Segnungen westeuropäischer Kultur in erhöhtem Maße sich anzueignen, so kann ich ein solches Vorhaben nicht als aussichtslos ansehen.“ — Österreich war mit Rußland darin einig, Serbiens Anspruch auf einen adriatischen Hafen zurückzuweisen; nur ein wirtschaftliches „Débouché“ in der Adria konnte ihm bewilligt werden.

Das ungewisse Schicksal des österreichischen Konsuls Prochaska in Prizrend beunruhigte lange Zeit die öffentliche Meinung; er kam endlich wohlbehalten und unverfehrt in Uesküb an und die serbische Regierung entschuldigte sich wegen dessen gewaltsamer Zurückhaltung.

Der italienische Minister des Außern San Giuliano war am 5. November zur Stärkung des Dreibundgedankens in Berlin. Der österreichische Generalstabschef v. Schemua konferierte ebenda am 22. November mit dem Generalstabschef v. Moltke. Der österreichische Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand kam am 22. November nach Springe zur Hofjagd. — Bethmann Hollweg besprach am 2. Dezember im Reichstag die auswärtige Lage in bundesgerneuem Sinn. Der Sozialdemokrat Ledebour sah nur lauter Mißgriffe der Reichsregierung und Mißerfolge. Seine Überschätzung der Macht der Internationale wurde vom Konservativen Grafen Ranitz zurückgewiesen; ebenso vom Nationalliberalen Baffermann; dieser sagte: „Auch wenn der Status quo nicht erneuert werden kann, auch wenn die Türkei Länder verliert, so liegt doch unser Interesse daran, die Türkei, die übrig bleibt, als lebensfähigen Körper zu erhalten. Das sind in erster Reihe wirtschaftliche Interessen, die uns diese Wege gehen lassen.“ Er billigte Bethmanns unzweideutige Erklärung, daß Deutschland immer hinter Österreich stehen werde, wenn es angegriffen würde. „Was vitale Interessen Österreichs

Alba-  
nien.

Dreibund.



sind, das haben die Österreicher zu beurteilen. Die Politik Österreichs kann nicht extravagant genannt werden. Wenn Österreich mit einem autonomen Albanien zufrieden ist und nur das Fernhalten Serbiens von einem befestigten Adriahafen verlangt, so ist es weit von der verderblichen Tätigkeit entfernt, die ihm Ledebour zuschrieb.“ Schulz (Bromberg) von der Reichspartei sagte: „Unsere Diplomatie ist besser als die Frankreichs, die doch eine bürgerliche Vertretung hat. Eine sozialdemokratische Diplomatie wäre noch schlimmer. Friedensresolutionen sind ein billiges Vergnügen. Berufen Sie doch einmal ein allgemeines Parlament aller Staaten mit Serben, Bulgaren, Montenegrinern, und überlassen Sie ihm die praktische Lösung der Balkanfrage. In drei Tagen hätten wir sicherlich eine schöne allgemeine Prügelei.“ Der Sozialdemokrat David meinte am 3. Dezember: „Wenn jetzt Österreich Serbien angreifen sollte, und Rußland kommt Serbien zu Hilfe, so sind wir auf Grund des Dreibundvertrags nicht verpflichtet, Österreich zu helfen. Das ist die einzige Friedensgarantie, die wir gegenüber der österreichischen Kriegspartei haben; diese Garantie wollen wir uns nicht nehmen lassen.“ Fürst Löwenstein meinte, zur Niederlage der Türkei habe das antireligiöse jungtürkische Regiment beigetragen; und er stellte die Frage an die Sozialdemokraten, ob sie einen Krieg durch eine Revolution verhindern wollten. Ihm antwortete Haase: „Schon Lassalle hat gesagt, Revolutionen können nicht herbeigeführt werden durch den Willen von Führern; sie entstehen eben und können nur in richtige Bahnen geleitet werden. Die Engländer glauben allerdings, durch den Massenstreik den Krieg verhindern zu können. Den Streik kann man doch nicht als Revolution bezeichnen; auch der Massenstreik ist ein gesetzliches Mittel. Wir sind in Deutschland nur der Auffassung, daß dieser erlaubte Streik ein untaugliches Mittel ist. Ein Streik nach Ausbruch des Krieges wäre nach unserer Meinung einfach eine Untat. Nach dem Ausbruch des Krieges ist soviel Hunger vorhanden, und diesen Hunger wollen wir nicht noch vermehren.“

Am 8. Dezember wurde der Dreibund mit Österreich und Italien ohne jede Änderung auf weitere sechs Jahre erneuert. Da der Vertrag bis 8. Juni 1914 Gültigkeit hatte, so wäre der Kündigungsstermin (für Italien) erst 1913 eingetreten. Die vorzeitige Erneuerung hing offenbar mit den Balkanereignissen zusammen.

Man warf dem Lord Roberts vor, er habe geraten, England solle stärker rüsten als Deutschland und es dann rücksichtslos bekriegen. Er widersprach dem am 6. November. Marineminister Churchill meinte, das Verhältnis zu Deutschland habe sich durch offene Aussprache verbessert, „obwohl wir immer wieder unsern Entschluß bekundet haben, unsre Suprematie zu wahren und zu beweisen, daß wir nicht überholt werden können“. — Als Gast der Royal Society sagte der neue deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky am 30. November; „Das stärkste Band zwischen den Völkern ist der gemeinsame Kampf gegen Unwissenheit und Elend. Darin werden England und Deutschland zusammenhalten.“ Fürst Karl Max Lichnowsky sollte das Verständigungswerk Wolff-Metternichs und des Freiherrn Marschall v. Bieberstein fortsetzen. Er hatte sich bisher mehr durch Aufsätze in Zeitschriften als durch praktische Politik hervorgetan, da er nach vorübergehendem diplomatischen Dienst seit 1904 nur der Verwaltung seines schlesischen Besitzes lebte. — Grey schlug den Großmächten eine Botschafterkonferenz vor zur

Klärung der östlichen Fragen. Churchill sah die Rettung im Zusammenwirken der beiden hochgeachteten, friedliebenden Monarchen von Österreich und Rußland. Die Idee der „Monarchie“ werde sich als eine Feste des europäischen Friedens erweisen (28. Nov.).

Frieden  
zu  
London. Die Friedensdelegierten hielten unter Greys Ehrenvorsitz am 16. Dezember zu London ihre erste Sitzung. Von Seite Griechenlands stellte sich Venizelos ein, obwohl noch kein Waffenstillstand bestand; daher mußte die Konferenz vertagt werden. — Die Konferenz der Botschafter der sechs Großmächte tagte daneben im Auswärtigen Amt seit 17. Dezember. Man empfahl am 20. Dezember, daß Albanien autonom werden solle; Serbien solle aber einen Handelszugang zum Adriatischen Meer garantiert erhalten. Alle diese Fragen waren bis zum Jahreschluß noch ungeklärt.

Poincaré nahm wiederholt Gelegenheit, Frankreichs Interesse an den Eisenbahnfragen und an den verpfändeten Einkünften der Türkei, an den französischen Schulen, Spitälern, Stiftungen zu betonen.

Alba-  
nien. Italien war aufgeregt über die Vorstöße der Griechen in Albanien, besonders in der Bucht von Valona und auf der dazugehörigen Insel Saseno; ebenso ungehalten war man darüber, daß die Serben sich in Durazzo häuslich einrichten wollten. — San Giuliano erläuterte am 18. Dezember in der Kammer die vorzeitige Erneuerung des Dreibundes; er bleibe der Angelpunkt der auswärtigen Politik Italiens. Von allen Balkanfragen sei die albanische Frage am wichtigsten für Italien; über ihre Lösung sei man mit Österreich einig.

Um noch einmal in den fernsten Osten zu blicken, so sei erwähnt, daß China sich weigerte, die Autonomie der Mongolei Rußland gegenüber anzuerkennen. Wenigstens trat deshalb der Außenminister Liangmengting zurück (13. Nov.) und überließ sein Amt dem Minister Lutschengshiang; dieser war Rußland gegenüber nachgiebiger. Das russisch-chinesische Mongolei-Protokoll vom 7. Dezember anerkannte die russischen Ansprüche wirtschaftlicher Art, aber doch auch eine formelle chinesische Souveränität.

In Britisch-Indien tadelte bei Eröffnung des Nationalkongresses in Bankipore (26. Dez.) der mohammedanische Präsident des Empfangskomitees in schärfster Weise Englands Haltung gegenüber der Türkei und die Intoleranz der englischen Minister gegen den Islam.

\* \* \*

Kirche. Aus dem Jahrbuch des Apostolischen Stuhles ergab sich, daß von den 63 Kardinälen 34 Italiener, 6 Österreicher, 6 Franzosen, 6 Spanier, 3 Reichsdeutsche, 3 Amerikaner, 2 Engländer, 1 Holländer, 1 Belgier, 1 Brasilianer und 1 Portugiese war. Unter den 210 Erzbistümern

waren 190 lateinischen, 20 orientalischen Ritus, von den 820 Bistümern 767 lateinisch und 53 orientalisches. Dazu kamen 155 Missionsbistümer, von denen 72 mit Franzosen, 24 mit Engländern, 19 mit Deutschen und 13 mit Amerikanern besetzt waren. Diplomatische Vertretungen fehlten in Frankreich, der Schweiz, Portugal und einigen südamerikanischen Staaten (Nicaragua, Ecuador, Venezuela, Paraguay, Uruguay, Haiti). — Am 16. März wurde die Sechzehnhundertjahrfeier zum Gedächtnis des Dekrets des Kaisers Konstantin (313) eingeleitet, durch welches das Christentum Staatsreligion wurde; damit hing die Errichtung eines kirchlichen Denkmals an der Mulvischen Brücke zusammen, wo Konstantin den Maxentius schlug. Es erschienen über das Fest viele Veröffentlichungen; es wurde in der ganzen katholischen Welt gefeiert. Die eigentliche Gedenkfeier des Sieges fand am 28. Oktober im Lateranpalaste statt.

Am lebhaftesten äußerten sich die religiösen Bewegungen im Deutschen Reich. Die Münchner „Krausgesellschaft“ richtete im Wahlkampf 9. Januar einen Aufruf an die deutschen Katholiken, der sich gegen den angeblichen „Mißbrauch der katholischen Religion für die rein politischen Zwecke des Zentrums“ wandte. Diese Gesellschaft propagierte nämlich ohne Erfolg einen bloß „religiösen Katholizismus“, der nichts mit dem wirklichen Leben zu tun haben sollte. Die Reichstagswahlen ergaben allerdings eine kleine Schwächung des Zentrums (von 103 auf 93 Sitze) und eine große Vermehrung der Sozialdemokraten (von 53 auf 110), wodurch die Majorität des schwarz-blauen Blockes anderen Kombinationen Platz machte. Darüber noch später.

Reli-  
gion.

Der Kampf zwischen der Kölner und der Berliner Richtung dauerte unter den deutschen Katholiken fort. Als in Breslau eine neue Zeitung „Das katholische Deutschland“ mit einer gegen die Kölner Richtung gewandten Tendenz begründet wurde, erklärte Kardinal Kopp am 23. Februar, er stehe der Gründung fern und vertrete keine Politik, die sich gegen das Zentrum richte. — Der „Osservatore Romano“ erhob am 27. Februar die Anklage, daß sich im Kölner Erzbistum politische, kirchliche und soziale Lehren bemerkbar machten, die den Lehren der Kirche widersprächen, und er ermahnte die deutschen Katholiken, sich mehr der Führung des Heiligen Stuhls und des Episkopats anzuvertrauen.

Kölner  
Richt-  
tung.

Ein in der Folge sehr angegriffener Erlaß des bayerischen Ministers v. Soden vom 11. März gab dem Jesuitengesetz des Reichs vom 4. Juli 1872 eine Auslegung, wonach Konferenzvorträge, auch wenn sie in kirchlichen Räumen stattfinden und sich die Gelegenheit zum Empfang der Sakramente damit verbindet, sowie priesterliche Handlungen zur vorübergehenden Aushilfe in der Seelsorge unter Abhängigkeit vom zuständigen Pfarramte den Jesuiten gestattet seien. Infolgedessen wurde das seit 9. Februar amtierende Ministerium Hertling wegen seines Klerikalismus angegriffen. — Bei der Beratung der Unterrichtsangelegenheiten im preußischen Abgeordnetenhaus zitierte der Nationalliberale Campe mit

Jesuiten.



Besorgnis das Wort Windthorst's: „Der Kulturkampf um die Schule steht uns noch bevor.“

**Traub.** Der protestantische Pfarrer Traub in Dortmund wurde nach vier-tägiger Verhandlung am 15. März im Disziplinarverfahren zur Strafver-sehung verurteilt. Zur Last gelegt wurden ihm Ausführungen in seiner Bro-schüre „Staatschristentum oder Volkskirche“, Artikel in der Wochenschrift „Christliche Freiheit“, Beleidigungen und Herabsetzung seiner vorgesetzten Dienstbehörde, des Konsistoriums der Provinz Westfalen. Dieser Fall wurde im preussischen Abgeordnetenhaus am 20. März besprochen. Kopsch sagte: „In alter Zeit hat man die Männer mit tief religiösem Empfinden gekreuzigt, dann verbrannt, jetzt erfolgt die Absetzung.“ Runze klagte: „In unserer Kirche wird den beiden Richtungen noch immer nicht die Gleichberechtigung gewährt. Orthodoxe Pfarrer werden von der Behörde den liberalen vor-gezogen. Dadurch wird ein Einfluß ausgeübt, der die Freiheit der Persön-lichkeit unterdrückt. Schließlich haben wir doch keine Priesterkirche oder Pastorenkirche, sondern eine Volkskirche. So sollte es wenigstens sein. Die Grundlage des Gedeihens der Kirche liegt darin, daß der Pfarrer das Ver-trauen seiner Gemeinde hat. Das war bei Traub der Fall.“ Auch ein ähn-licher Fall Heyn und ein Fall Siems wurden erwähnt. Hackenberg meinte: „Die evangelische Kirche hat die nie ganz restlos zu lösende Aufgabe, für ihre Diener die richtige Grenze zwischen Bindung und Freiheit zu ziehen. Nach evangelischer Auffassung stellt der Glaube des Geistlichen kein Rechtsverhältnis dar, sondern ist nur ein inneres Verhältnis des Einzelnen zu Gott. Ist das der Fall, dann kann eine Irrlehre nicht einen strafbaren Tatbestand darstellen.“

**Roeren.** Der Zentrumsabgeordnete Roeren, ein Vertreter der konfessionellen Anschauungen der „Osterdienstagskonferenz“, legte am 30. März seine Mandate für den Reichstag und Landtag nieder, da er nicht über die Meinungsverschiedenheit über den Charakter des Zentrums hinaus-kam; er hielt ihn für konfessionell, die Mehrheit der Zentrumsfraktion für nichtkonfessionell.

Der bayerische Jesuitenerlaß erregte noch sehr die Gemüter. Die „Frank-furter Zeitung“ berichtete am 23. April von wohlinformierter Seite, Freiherr v. Hertling habe den Erlaß als „Erb-schaft“ vom früheren Minister Behner übernommen und daher nicht umhin können, ihn zu publizieren. Der Fall gab auch Anlaß zu einer Interpellation im Reichstag (26. April). Ebenso regte man sich auf über Jesuitenmessen in Meß (14. Mai). — Der Prinz-regent von Bayern ernannte am 23. Mai den Stadtpfarrer in Nürnberg Jakob Hauck zum Erzbischof von Bamberg.

Die „Germania“ in Berlin veröffentlichte am 30. Mai eine Rund-gebung des Papstes für den „Verband katholischer Arbeiter-vereine“ in Berlin und gegen die Kölner Richtung der christlichen Gewerkschaften. Der Papst ließ den Berliner Arbeitervereinen sagen: „Ich kenne eure Grundsätze und Bestrebungen und besonders auch die Differenzen zwischen eurer Organisation und anderen. Euch lobe ich, euch billige ich, euch approbiere ich, und mit allen Kräften strebe ich an,

daß alle eure Grundsätze sich zu eigen machen mögen. Die andern reprobire ich: ich verdamme sie nicht, denn es ist nicht meine Sache zu verdammen; jedoch ihre Grundsätze, welche falsch sind, kann ich nicht ausprobieren. Wenn die wirtschaftliche Seite des Lebens von der Religion getrennt wird, so, daß sie nicht den ganzen Menschen und die ganze Organisation mit durchbringt, so müssen sich daraus traurige Folgen ergeben. Wenn man nämlich die Religion von einer Betätigung des Lebens ausschließt, zum Beispiel von den wissenschaftlichen Bestrebungen, so wird sie bald auch von andern auf das praktische Leben gerichteten Fragen ausgeschlossen werden, und so wird man bald zum Akonfessionalismus, das heißt zur Leugnung aller Religion auf schnellstem Wege gelangen. Deshalb kann ich derartige Organisationen nicht billigen. Man kann auch nicht das Individuum, das einzelne Mitglied von der Organisation trennen, so daß man sagt, die einzelnen Mitglieder unterstehen zwar der Autorität der Kirche, nicht aber die Organisation als solche. Das ist ganz unrichtig, unhaltbar und undenkbar. Die Kirche hat auch den Organisationen zu gebieten. Ich will, daß alle Präsidien und Mitglieder auf dieselbe Weise wie bisher fortfahren, nicht allein für das irdische, sondern auch für das geistige Wohl der Arbeiter zu wirken."

Der Kongreß des Deutschen Freidenkerbundes zu Würzburg 1. Juni erklärte sich bereit, mit dem Deutschen Monistenbund und dem Bunde Freireligiöser Gemeinden ein engeres Kartell zu gegenseitiger Förderung und gemeinsamer Aktion herbeizuführen.

Die päpstliche Nuntiatur in München veröffentlichte am 18. Juni in der „Augsburger Postzeitung“ folgende Mahnung an die christlichen Gewerkschaften: „Da die verdrießliche und schädliche Polemik bezüglich der Arbeiterorganisationen in Deutschland fortbauert, ist es der lebhafteste Wunsch des Heiligen Vaters, daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse, einstellen und es dem Heiligen Stuhl überlassen, diese wichtige Frage im Einverständnis mit den Bischöfen zu prüfen und dann angemessene Verhaltensmaßregeln zu geben. Der Heilige Vater hegt das vollste Vertrauen in die Ergebenheit der Söhne der Kirche in Deutschland, daß sie diesem seinem Wunsche nachkommen.“ Darauf bemerkte die „Kölnische Volkszeitung“ am 19. Juni: „Es versteht sich von selbst, daß wir dem Wunsche des Heiligen Vaters und der nunmehrigen Lage gerne Rechnung tragen in der sicheren Hoffnung, daß die Angelegenheit auf diesem Wege, nämlich auf dem Wege über die deutschen Bischöfe, auf den wir von Anfang an verwiesen haben, eine baldige Lösung finden wird, die dauernde Beruhigung schafft.“

Über den bayerischen Jesuitenerlaß entstand am 31. Juli in der Jesuitenbayerischen Reichsratskammer eine erregte Debatte. Graf Törring nannte die

Angelegenheit eine bedeutende Blamage für Bayern; die große Mehrheit des Volkes wolle nichts von der Rückkehr der Jesuiten wissen, nicht einmal der katholische Klerus. Die Hilfe, die die bayerische Regierung gegen die Jesuiten versagt habe, müsse jetzt vom Reich gefordert werden. Prinz Georg von Bayern, ein Enkel des Regenten, bekannte sich als Gegner des Jesuitengesetzes; Lörrings Vorgehen sei bedauerlich; die Selbständigkeit Bayerns müsse gewahrt werden. Die Ansichten waren sehr geteilt. Professor Schanz von Würzburg verurteilte das Vorgehen der Regierung von der taktischen Seite, Erzbischof Bettinger widersprach der Behauptung, als ob der Klerus gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes sei.

Katholiken-  
tag.

Der neunundfünfzigste Katholikentag fand am 11. bis 15. August in Aachen statt. Es wurde in der Gedächtnisrede auf Erzbischof Fischer von Köln der Kampf der Kölner und Berliner Richtung über die katholischen Gewerkschaften berührt: „Der Kardinal war sich bewußt, was vom Ausgang dieser Kämpfe für die ganze Entwicklung der sozialen Bewegung abhing, und er zögerte keinen Augenblick, sich schützend vor die zu stellen, die unter seinen Augen und mit seiner Billigung für die Organisationen tätig waren. In Ansprachen und Hirtenbriefen trat er den Angriffen entgegen, und zweimal machte er eigens die beschwerliche Reise nach Rom, 1908 und 1910, um Mißverständnisse zu zerstreuen und falsche Anklagen zu entkräften. Das hoffentlich letzte Auslodern dieser Kämpfe fiel in seine letzten Lebenstage. . .“ Über die Jesuitenfrage erfolgte die Resolution: „Der Katholikentag sieht im Jesuitengesetz eine schwere Rechtsverletzung und ein beklagenswertes gehässiges Ausnahmengesetz. Die Katholiken erblicken in dem Gesetz einen Eingriff in das innerste Leben der Kirche.“ Der Vorwurf, die Jesuiten störten den konfessionellen Frieden, wird zurückgewiesen, die Aufhebung des Gesetzes wird verlangt. Bischof Keppler von Rottenburg sprach über Papsttum und Autorität, sehr vermittelnd zwischen den Gegensätzen.

Eine Eingabe der bayerischen Bischöfe an den Bundesrat um Aufhebung des Jesuitengesetzes wurde am 19. August im „Bayerischen Kurier“ veröffentlicht. Der Episkopat konnte darauf hinweisen, daß sich der Reichstag in seiner Mehrheit wiederholt für die Aufhebung des Jesuitengesetzes ausgesprochen habe und daß diese nur am Widerstand des Bundesrates gescheitert sei. Also nicht die Volksvertreter, sondern die Regierungen fürchteten und scheuten die Jesuiten.

Traub.

Der Fall Traub kam wieder in Erinnerung, als dieser protestantische Pfarrer vom Evangelischen Oberkirchenrat im Disziplinarverfahren zur Entlassung aus dem Amt ohne Pension verurteilt wurde, weil er sich auch in seinem Verhalten außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, welche sein Amt erfordert, nicht würdig gezeigt habe. Das Urteil wurde am 7. September im „Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt“ veröffentlicht. Eine Versammlung der Kirchlichliberalen zu Berlin 11. September nahm aber eine Resolution an, in der die Verdienste Traubs um seine Gemeinde lebhaft gewürdigt wurden, die Haltung des Oberkirchenrats scharf getadelt



und die Hoffnung ausgedrückt wurde, daß Traub seiner Gemeinde in Dortmund erhalten bleibe.

Der (protestantische) Deutsche Pfarrertag in Stuttgart 12. September erklärte sich gegen Aufhebung des Jesuitengesetzes; er bat den Bundesrat und den Reichsrat, die Hand dazu nicht zu bieten, daß der Jesuitenorden seine für Mission, Schule und Staat gleich gefährliche Wirksamkeit in Deutschland wieder aufnehmen kann. Dagegen soll im Hinblick auf die drohende Gefahr für das Deutsche Reich die wertvolle Arbeit des Evangelischen Bundes und des Gustav-Adolf-Vereins eifrig gefördert werden.

Freiherr v. Hertling erklärte am 21. September im bayerischen Hertling. Reichsrat gegen einen Angriff, es sei seine wissenschaftliche Überzeugung, daß das Konkordat dem Religionsedikt vorgehe, doch sei er weit entfernt davon, an der beschworenen Verfassung zu rütteln, er denke sich nur die Beseitigung des Widerspruchs zwischen Konkordat und Religionsedikt als das ferne Ziel der Gesetzgebung, das auf verfassungsgemäßem Weg zu erreichen sei. — Der Ausschuß des „Antiultramontanen Reichsverbandes“ wies am 14. Oktober in Fortsetzung der Heße gegen den bayerischen Ministerpräsidenten darauf hin, daß Freiherr v. Hertling auch Vorsitzender der „Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland“ sei und als solcher an der soeben beendeten Tagung der Görresgesellschaft ostentativ teilgenommen habe.

Die Synode der „Altkatholiken“ Deutschlands zu Bonn 16. Oktober wählte den „Weibischof“ Moog aus Krefeld zum Nachfolger des in Ruhestand getretenen Bischofs Demmel.

Bei der Enthüllung des Colignydenkmals in Wilhelmshaven am Coligny. 19. Oktober feierte Kaiser Wilhelm den großen Hugenottenführer, seinen Ahnherrn: „Er war nicht nur ein Kriegsheld, sondern auch ein Glaubensheld. Als Führer der Hugenotten hielt er fest bis zum letzten Atemzuge die Treue seinem himmlischen König, und als er in der Schreckensnacht von St. Bartholomäus dahinsank, vom Mordstahl getroffen, gewann er noch seinen Verfolgern Respekt ab durch die Art, wie er im Sterben kühn mit dem Leben abschloß, ein Opfer seines Glaubens. So wurde er in jener Nacht, die stets ein Schandfleck des Christentums bleiben wird, ein Märtyrer, ebenso wie in späterer Zeit sein Schwiegersohn, der große Dranier, mein Ahnherr, die Treue bis zum Tode bewahrte, die alle Kriegsmänner zu pflegen berufen sind.“

Am 29. Oktober wurde zum Nachfolger des Kölner Erzbischofs Fischer († 30. Juli) der sechzigjährige Bischof von Münster Felix v. Hartmann gewählt, ein Anhänger der strengeren konfessionellen Richtung.

Der Tod des Kölner Metropolitens Antonius Fischer (30. Juli) kam unerwartet und ungelegen in Anbetracht des Konflikts zwischen der Kölner und Berliner Richtung; Fischer war ein Vertreter der inter-

konfessionellen christlichen Gewerkschaften und wollte, daß die katholischen Arbeiter mit den evangelischen in wirtschaftlichen Fragen zusammengingen. Der neugewählte Erzbischof von Köln, Felix v. Hartmann, gehörte weniger der Kölner als der Berliner Richtung an, doch besaß er sich einer rühmenswürdigen Vorsicht in diesen heiklen Dingen.

Eng-  
lita.

Anfang November wurde eine Enzyklika des Papstes an die deutschen Bischöfe über die christlichen Gewerkschaften bekannt, in der es unter anderm hieß: „Was die Arbeitergesellschaften anlangt, so sind jene am meisten zu billigen, die auf der Grundlage der katholischen Religion errichtet sind und der Kirche als Führerin offen folgen: das haben Wir selber mehrmals erklärt. Daraus folgt, daß derartige Vereinigungen katholischer Konfession bestimmt in katholischen Gegenden und außerdem dort, wo immer durch sie für die Bedürfnisse der Genossen gesorgt werden könnte, gegründet und mit aller Macht unterstützt werden müssen. Es wäre auf keine Weise zu billigen, gemischte Vereine begünstigen und verbreiten zu wollen, solche, die aus Katholiken und Nichtkatholiken zusammengesetzt würden. Die Integrität des Glaubens und der Gehorsam gegen die Vorschriften der katholischen Kirche können wegen derartiger Gesellschaften in Gefahr geraten. Daher spenden Wir allen rein katholischen Arbeitervereinigungen in Deutschland alles Lob und wünschen ihnen weiteres Wachstum. Wir leugnen nicht, daß es recht ist, wenn Katholiken zur Verbesserung der Lage der Arbeiter mit Nichtkatholiken für das gemeinsame Wohl unter Anwendung von Vorsicht arbeiten. Aber für diesen Zweck wollen Wir lieber, daß katholische und nichtkatholische Gesellschaften ein Bündnis, ein opportunes Kartell schließen. Nicht wenige von euch bitten Uns, Wir mögen euch erlauben, die sogenannten christlichen Syndikate, so wie sie heute in euren Diözesen gegründet sind, zu tolerieren, weil sie eine größere Anzahl von Arbeitern umfassen. Dieser Bitte meinen Wir, mit Rücksicht auf die eigentümliche Lage der katholischen Sache in Deutschland, nachgeben zu sollen, und erklären, es könne toleriert und den Katholiken erlaubt werden, daß sie sich auch an diesen gemischten Gesellschaften beteiligen, doch nur unter Anwendung geeigneter Vorsichtsmaßregeln. Und zwar müssen die katholischen Arbeiter, die sich an diesen Syndikaten beteiligen, auch in die katholischen Arbeitervereine eingeschrieben sein, wo ihnen der Schutz der Glaubensreinheit und der Erhaltung der Sitten durch die Führung des Klerus gesichert ist. . . Im übrigen soll niemand das Recht haben, diejenigen als des Glaubens verdächtig anzuklagen und zu bekämpfen, welche, obwohl sie in der Verteidigung der Lehren und Rechte der Kirche standhaft sind, doch mit richtiger Absicht den gemischten Syndikaten angehören wollen, da, wo es, nach den örtlichen Verhältnissen, der geistlichen Gewalt gut geschienen hat,

derartige Syndikate unter Vorsichtsmaßregeln zu erlauben; und ebenso sollen die rein katholischen Vereinigungen nicht aus Feindschaft verfolgt werden: diese Art ist im Gegenteil mit aller Macht zu unterstützen und weiter zu fördern, und man darf nicht die interkonfessionelle Art erzwingen wollen, unter dem Vorwande, alle Gesellschaft auf eine und dieselbe Form zu bringen."

Der Papst hatte allerdings Grund, darüber zu klagen, daß man seine Mahnungen nicht überall beherzige; so sagte er bald darauf in einer Ansprache an Abgeordnete des internationalen Kirchenvereins „Unio apostolica“ nach dem Bericht der „Germania“: Es scheint unglaublich und ist doch schmerzhaft, daß es Priester gibt, denen man diese Vorstellung machen muß; aber Wir sind nur zu sehr heutigentags in dieser harten, unglücklichen Lage, den Priestern sagen zu müssen: Liebet den Papst! Und wie muß man den Papst lieben? Nicht mit der Zunge, sondern in der Tat. Wer liebt, gehorcht. Wenn man den Papst liebt, streitet man nicht über das, was er anordnet, oder wie weit der Gehorsam zu gehen hat; dann sagt man nicht, daß er nicht klar genug gesprochen habe, man zieht seine Anordnungen nicht in Zweifel unter dem Vorwand, daß es nicht der Papst sei, der befehle, sondern seine Umgebung; man beschneidet nicht das Gebiet seiner Autorität, man zieht ihr nicht die Autorität anderer, auch noch so gelehrte Personen vor, die mit dem Papste nicht übereinstimmen, die, wenn sie auch gelehrt sind, doch nicht heilig sind, weil derjenige, der heilig ist, mit dem Papste nicht verschiedener Meinung sein kann . . ." Diese vom Papste beklagte Haltung mancher Katholiken hat allerdings der Sache der Kirche unendlichen Schaden gebracht. Papst.

Der reichsdeutsche Bundesrat erließ am 28. November einen Beschluß über die Ausführung des Jesuitengesetzes von 1872, Jesuiten. der dem bayerischen Erlaß in wesentlichen Dingen schroff widersprach, in andern eine Vermittlung bedeutete. Bethmann Hollweg erläuterte das Vorgehen im Reichstag 4. Dezember gegenüber dem Zentrum, das von der tiefen Erregung sprach, in die das katholische Volk durch diesen Bundesratsbeschluß versetzt worden sei. Der Reichskanzler sagte unter anderm: „Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß sich das evangelische Volksempfinden von jeher gegen die Tätigkeit der Jesuiten heftig gekehrt hat. Das ist kein Phantom oder eine Idiosynkrasie. Die streitbare Tätigkeit der Jesuiten in vergangenen Zeiten auf allen Gebieten, ihr internationaler Charakter, ihr Widerstreben gegen die Bildung des modernen Staatsgedankens haben den Orden wiederholt nicht nur in den protestantischen, sondern auch in rein katholischen Ländern mit den Staatsregierungen in Widerspruch gebracht . . . Deshalb muß ich meine warnende Stimme erheben, wenn jetzt im katholischen Teile Deutschlands der Bundesratsbeschluß als die Wiedereröffnung des Kulturkampfes dargestellt wird.“

Im Hinblick darauf, daß von neuem im Reichstag ein Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes eingebracht werden sollte, sprach die evangelische Landessynode in Braunschweig (18. Dez.) einmütig die feste Er-



wartung aus, daß die zuständigen gesetzgebenden Faktoren des Deutschen Reiches und des braunschweigischen Staates allen auf Beseitigung oder Abbröckelung des Jesuitengesetzes gerichteten Bestrebungen ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen werden. Sie tut das nicht aus Jesuitenangst, sondern getrieben durch die Rücksicht auf den konfessionellen Frieden, dessen erbittertster und gefährlichster Feind, wie die Geschichte zeigt, der Jesuitenorden ist."

Neuwahlen. Von den übrigen innerpolitischen Ereignissen des Deutschen Reiches ist das Wichtigste der Ausgang der Neuwahlen zum Reichstag: obwohl die Regierung ihre Wahlparole hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie erließ, die endlich einmal niedrigerungen werden mußte, da sie bei der Lösung aller staatlichen Aufgaben ihre Mitarbeit versage, so ergaben die Wahlen, besonders die Stichwahlen (25. Jan.), eine Vermehrung der sozialdemokratischen Partei um mehr als das Doppelte; sie stieg von 53 auf 110 Mandate und wurde so die stärkste Fraktion. Das Zentrum trat an zweite Stelle (93 Mandate), dann kamen die Nationalliberalen mit 45, die Konservativen mit 43, die Fortschrittliche Volkspartei mit 41 Mandaten; ferner Polen 18, Reichspartei 14, Wirtschaftliche Vereinigung 10, Elsäßer 5, Welsen 5, Reformpartei 3, 2 Lothringer, 1 Däne usw. Im neuen Reichstag waren drei Majoritäten möglich: eine liberal-sozialdemokratische (90 + 110); eine konservativ-kerikal-nationalliberale (70 + 93 + 44); eine aus Zentrum und Sozialdemokratie bestehende (93 + 110). — Die Wahlen zum bayerischen Landtag (5. Febr.) ergaben: Zentrum 87 (bisher 98), Konservative 7 (18), Liberale 31 (24), Sozialdemokraten 30 (21), Bauernbündler 8 (2). Das Zentrum hatte noch immer die absolute Majorität.

Die Thronrede zur ersten Session der dreizehnten Legislaturperiode des Reichstags versprach Ausdehnung der sozialen Fürsorge, Stärkung des Deutchtums im Ausland, Stärkung und Erhaltung der Wehrmacht (7. Febr.). Dr. Spahn wurde am 9. Februar zum Präsidenten gewählt, er legte aber nach Besprechung mit seinen Fraktionsgenossen das Präsidium schon am nächsten Tage nieder. Darauf wurde der Fortschrittler Kaempf gewählt. Erster Vizepräsident wurde der Sozialdemokrat Scheidemann.

Im Reichstag wies der Sozialdemokrat Frank am 15. Februar auf das Mißverhältnis zwischen abgegebenen Stimmen und erzielten Mandaten hin, auch auf die Ungleichheit der Wahlkreise; so wurde Graf Oppersdorf in Fraustadt mit 6700, ein Sozialdemokrat in Charlottenburg mit 163.000 Stimmen gewählt. Der Fortschrittliche v. Bayer meinte: „Wir sind das letzte Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. Nicht wir haben den roten Fahn auf dieses Haus gesetzt. Die Rechte ist nur der Schrittmacher der Sozialdemokratie mit ihrer egoistischen Politik.“ Seine Partei hatte aber in den Stichwahlen mit den Sozialdemokraten gestimmt. Darum warf Bethmann Hollweg dem Liberalismus vor, er sei nach links gerückt; er, der einst von Bennigsen und Richter geführt wurde, war bereit, dem Abgeordneten Bebel, der das Wort von der Todfeindschaft gegen den Staat geprägt hat, das höchste Amt zu übertragen, das der Reichstag zu vergeben hat. „Der

Zwiespalt der bürgerlichen Parteien hat die Sozialdemokratie so stark gemacht. Der große Haufe der sozialdemokratischen Stimmzettel dankt seine Entstehung dem Glauben an die Ungefährlichkeit der Sozialdemokratie. Das wissen die Sozialdemokraten. Die viereinviertel Millionen, die sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben haben, sind keineswegs Todfeinde des Staates. . . Ein Kanzler, der nur vom Kaiser und König von Preußen abhängig ist, ist das notwendige Gegengewicht gegen das freieste Wahlrecht, das Bismarck seinerzeit dem deutschen Volke unter ganz bestimmten Voraussetzungen gegeben hat. Das Anwachsen der Sozialdemokratie ist ein Grund mehr gegen die Verschiebung des Verhältnisses der Gewalten im Staate zueinander. Im Volke lebt eine Sehnsucht nach großen Aufgaben, nach Zielen, die zu erreichen es lohnt. Die großen Aufgaben liegen aber nicht in der Richtung der Demokratisierung des Reichs. Der Friede Europas ist niemals mehr gefährdet gewesen, als wenn in Deutschland die Straffheit der Organisation nachließ. . . Der Gegensatz zwischen konservativ und liberal kann nie ganz ausgeschaltet werden; beide Elemente sind für das Staatsleben notwendig.“

Bei der Taufe eines neuen Liniensschiffs auf den Namen „Prinzregent Luitpold“ verglich Kaiser Wilhelm am 17. Februar in Kiel das Reich mit einem Mosaikbild: „Von Ferne betrachtet, sieht man ein farbenprächtiges Gesamtbild; herantretend wird man gewahr, daß das Kunstwerk aus lauter einzelnen Steinchen zusammengesetzt ist, von verschiedener Form und Farbe, aus individuell in sich gefestigten kleinen Gebilden. So unser Reich, als mächtiges Ganzes wirkend, zusammengesetzt aus einzelnen Stämmen, stolz auf ihre Eigenart, treu anhängend ihren angestammten Fürstenhäusern, deren buntfarbigen Fähnlein sie jahrhundertlang gefolgt sind; festgeschart sind alle zum Schutze des deutschen Reichsspaniers.“

Da Scheidemann nicht zu Hofe gehen wollte und der Kaiser den Empfang des unvollständigen Reichstagspräsidiums am 17. Februar ablehnte, erfolgte am 8. März eine Neuwahl von drei Liberalen ohne Scheidemann (Raempf, Paasche, Dove), die auch am 21. März vom Kaiser empfangen wurden.

Scheidemann.

Indes wurde über die Ehen zwischen Weißen und Samoanegerinnen verhandelt, denn man wollte solche Mischehen in den Kolonien verbieten. Die Konservativen beharrten auf Ablehnung der Erbschaftsteuer, wiesen aber auf das Problem der Mittelstandspolitik, des Schutzes der selbständigen Existenzen hin. Hans v. Puttitz sprach gegen den Parlamentarismus; er bedeuete auch in England nur den Kampf zweier aristokratischer Parteien. Die Sozialisten (David) bestanden darauf, daß das theoretische Bekenntnis zur Republik gestattet sein müsse; siehe Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen, Seite 1. Der Kommunist Johannes Miquel konnte preussischer Staatsminister und Ritter des Schwarzen Adlers werden. Im übrigen habe Bebel erklärt: „Wir würden uns sehr freuen, wenn wir endlich ein wirkliches soziales Königtum hätten; wir würden es eifrigst unterstützen.“ — Der Sozialdemokrat Hoffmann wurde im preussischen Abgeordnetenhaus wegen Beschimpfung des Krieges zur Ordnung gerufen; er wandte ein, der Krieg sei weder ein Mitglied des Hauses noch der Regierung oder eine abwesende Persönlichkeit, die sich nicht verteidigen kann. — Staatssekretär Dr. Delbrück verteidigte im Reichstag 4. März die Syndikate, besonders das Eisensyndikat und das

Kohlensyndikat; „es wird unter Umständen auch eine Pflicht des Staates sein, in ein Syndikat einzutreten, wenn er das aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen für zweckmäßig hält.“

Hertling.

Als in Bayern Freiherr v. Hertling, der bisherige Führer des Zentrums, am 9. Februar das Ministerpräsidium übernahm, betrachtete man das als einen Übergang zum parlamentarischen Regime, weil bisher trotz der „klerikalen“ Mehrheit der Volksvertretung das Ministerium immer liberal war.

Freiherr v. Hertling hielt am 5. März in der bayerischen Abgeordnetenversammlung seine Programmrede; er wies die Auffassung zurück, als sei das neue Ministerium ein Übergang zum parlamentarischen Regime. Das Ministerium habe nur den Herrschermillen zu vertreten. Die Verfassung schließt es nicht aus, daß eine Regierung auch einmal gegen die Mehrheit des Parlaments regiert . . . Parteien sind berechtigt und eine bewegende Kraft; aber es muß eine Grenze geben gegenüber den Rücksichten auf das Ganze. Es mag in einer Republik Parteien geben, die auf eine Monarchie hinstreben; umgekehrt dürfe es in Bayern nicht gehen; hier müßte die Regierung Widerstand leisten. Die Autorität des Staates stützt sich zum größten Teil auf die Beamtenschaft. — Im Reichstag wurde die Zigeunerplage erörtert. — Dr. Delbrück erörterte eingehend die vielfachen Anregungen zugunsten des Mittelstandes. Der ländliche Mittelstand habe nicht so zu klagen wie der gewerbliche. Der Bauernstand hat sich gehoben unter dem Einfluß der Wirtschaftspolitik. „Wenn man früher von Mittelstandspolitik sprach, dachte man an den selbständigen Gewerbebetrieb. Der neue gewerbliche Mittelstand muß aber mit anderm Maßstabe gemessen werden; er umfaßt große Kategorien von Existenzen, die zwischen Unternehmern und Arbeitern stehen, Kategorien, die wir mit der Versicherung der Privatangestellten bedacht haben. Zurzeit ist die Frage der Konkurrenzklause für die Handlungsgehilfen Gegenstand der Erwägung im Reichsjustizamt. Am lebhaftesten wird die Frage des Erfinderrechts von den Privatangestellten diskutiert, im Zusammenhang mit dem Patentrecht . . . Ich komme zum selbständigen gewerblichen Mittelstand; ein Teil davon dringt in die Großbetriebe hinein, wodurch dem Mittelstand seine besten Kräfte verlorengehen. Auf der andern Seite gehen Teile des Mittelstandes an den vierten Stand verloren; diese Handwerker verlieren damit zwar ihre Selbständigkeit, aber sie erlangen eine gesicherte Existenz. Wir werden bestrebt sein müssen, zu versuchen, dem Handwerk soweit möglich alle Hilfsmittel zugänglich zu machen, die die Erfolge der Großbetriebe sichern, auf dem Gebiete des Kreditwesens und der Motoren. Nach der Statistik des deutschen Handwerksblatts gab es im Reich 1905 1,304.290 Handwerksbetriebe, 1907 1,378.833; das zeigt eine Zunahme um 70.000.“

Mittel-  
stand.

Beim Streik im Ruhrgebiet Mitte März wurde Entsendung von Militär nötig; die Frage wurde im Reichstag und im Abgeordnetenhaus besprochen. — Die bayerischen Liberalen klagten, daß das bayerische Staatsschiff mehr und mehr ins klerikale Fahrwasser geraten sei: „Man will das rote Meer meiden und steuert unaufhaltsam ins schwarze hinein.“

Uni-  
versität.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde die Frage des Ausbaus der Universitäten Münster und Marburg, die der Errichtung einer Universität Frankfurt besprochen. Der Konservative Freiherr v. Zedlitz meinte (15. März), der Besuch der Universität gehe weit über das Bedürfnis hinaus. So entsteht ein wissenschaftliches Proletariat, das dem Staate gefährlich ist. Aus



den gescheiterten Existenzen entnimmt die Sozialdemokratie ihre besten Kräfte. Die Überfüllung der Universitäten geht auf das Übermaß von humanistischen Gymnasien zurück; wir müssen deshalb zu einer mehr realistischen Vorbildung übergehen. Graf v. Carnier trat am 22. April gegen Herabsetzung der Forderungen an den Gymnasien auf: „Wenn in England so großer Wert auf Spiel und Sport gelegt wird, so brauchen wir das nicht nachzumachen. Wir haben England in vieler Beziehung überholt; nervösere Leute als in England gibt es doch nirgends auf der ganzen Welt.“

Über die Duellfrage sagte Erzberger am 24. April im Reichstag: „Jedenfalls ist die Kabinettsorder, wonach derjenige, der sich in Übereinstimmung mit dem göttlichen Gebot und den Gesetzen des Staats nicht duellieren will, nicht würdig sein soll, dem Offizierskorps anzugehören, ein Schlag ins Gesicht des katholischen Volkes.“ Kriegsminister v. Heeringen entgegnete: „Gegen die religiösen Gefühle hat man nichts; aber ein solcher Mann, der aus religiösen Grundsätzen ein Duell ablehnt, gehört nicht in die Gesellschaftskreise des Offizierskorps.“ — „Unerhört!“ rief Gröber aus, und das Zentrum brach in stürmische Entrüstungsrufe aus, es erfolgte eine langanhaltende Bewegung und Unruhe. Der Kriegsminister suchte am 30. April seine unerhörte Bemerkung abzuschwächen oder abzuleugnen, machte die Sache aber nur noch schlimmer, indem er sagte: „Die Duellverweigerung steht in einem so scharfen Widerspruch zu den in der Armee und in weiten Kreisen darüber hinaus tatsächlich herrschenden Anschauungen über die Wiederherstellung verletzter Ehre, daß Offiziere, die in gegebenen Fällen den Zweikampf verweigern, in einen Gegensatz zu Grundüberzeugungen ihrer Kameraden geraten, der nicht ertragen werden kann.“ Die Frage kam noch am 10. Mai zur Debatte ohne befriedigendes Ergebnis. Die Schuld eines „christlichen“ Staates, der ausdrücklich seinen Untergebenen befiehlt, Gottes und des Staates Gebot grundsätzlich zu übertreten, ist so ungeheuerlich, daß sie mit einem Glauben an Gottes strafende Gerechtigkeit nicht vereinbar erscheint. Aber Gottes Gerechtigkeit steht ob allem fest und kann nicht umgangen werden.

Man glaubte einen Rückgang des Anteils der Polen an der Gesamtbevölkerung Preußens feststellen zu können. Berlin zählte 1910 2,071.257 Einwohner, das zunächst stehende Köln 516.527, Breslau 512.105, Frankfurt a. M. 414.576.

Außer der Diamantenfrage besprach Dr. Solf am 2. Mai auch die Ehen zwischen Weißen und Eingebornen. Er warnte vor ähnlichen Zuständen wie in Amerika, wo die Negerfrage zumeist eine Mischlingsfrage ist. „Von elf Millionen Afrikanern in der Union ist nur ein verschwindend kleiner Bruchteil unvermischt. Mißverständene Humanität und Herabsteigen zu niederen Rassen rächen sich. Der Neger hat sich in den alten patriarchalischen Verhältnissen der Südstaaten besser gefühlt. Theoretisch ist er frei und kann Präsident werden, wenn er nicht vorher gelyncht wird. Sollen uns unsere Söhne schwarze Schwiegertöchter ins Haus bringen? Wir wollen Weiße bleiben. Das ist kein

Neger.

Herrenstandpunkt.“ — Nach äußerst erregten Szenen im preußischen Abgeordnetenhaus ließ der Präsident am 9. Mai den Sozialisten Vorchard durch Polizei gewaltsam entfernen.

Ein neues Besitzbefestigungsgesetz sollte zur Stärkung des Deutschtums in einigen Landesteilen Preußens der Regierung hundert Millionen Mark zur Verfügung stellen (3. Mai).

Kaiser-  
rede.

Eine gewaltige Erregung entstand über eine Äußerung des Kaisers, die er am 13. Mai in Straßburg bei einem Festmahl dem Bürgermeister Schwander gegenüber machte: „Hören Sie einmal, Sie haben uns bis jetzt hier nur von der guten Seite kennengelernt; ich kann Ihnen aber sagen, daß Sie uns auch von der andern Seite kennenlernen können. Wenn die Dinge so weitergehen, dann schlage ich Ihre Verfassung in Scherben, und wir verleiben Sie Preußen ein.“ Die erste Mitteilung darüber stand im Pariser „Matin“. Die „Kreuzzeitung“ meinte am 15. Mai: „Die Elsaß-Lothringer haben sich, wie zu erwarten war, für die Selbständigkeit nicht als reif erwiesen. Vielleicht bringt sie die ernste Mahnung des Kaisers nun doch noch zur Besinnung.“ Scheidemann sagte am 17. Mai im Reichstag: „Aufhören muß die Ohnmacht dieses Hauses. Sonst müssen Sie entschlosseneren Männern Platz machen, die bereit sind, nicht allzulange nach der Errichtung der Republik China auch Preußen-Deutschland zu einem modernen Staatswesen zu gestalten. Wir begrüßen es als ein schwerwiegendes Geständnis, daß von kompetenter Stelle aus die Einverleibung in Preußen angedroht wird als die schwerste Strafe für ein Volk wegen Widerspenstigkeit. Eine Strafe gleich dem Zuchthaus mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, eine Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, in die unterste Klasse der deutschen Reichsangehörigkeit, ins Preußenland . . . Es handelt sich wieder um eines jener umgekehrten Meisterstücke der Diplomatie . . . Wir wollen nicht, daß Preußen länger das deutsche Sibirien bleibt . . . Es darf nicht heißen, in Elsaß-Lothringen zurück, sondern: in Preußen vorwärts! Die stürmischen Auftritte im Abgeordnetenhaus, die ihren Höhepunkt im Eindringen der Polizei gefunden haben, sind die äußere Erscheinung eines zerrütteten, vollkommen unhaltbaren und unerträglichen Zustandes . . . Wir sind im Reichstag 110 Sozialdemokraten; will jemand die Dreistigkeit haben zu sagen, daß hier eine sachliche Verhandlung unmöglich ist? In neunzehn Bundesstaaten sitzen 188 sozialdemokratische Abgeordnete, nie hat sich dort etwas abgespielt wie im preußischen Landtag. In den Stadt- und Gemeindevertretungen sitzen 9000 Sozialdemokraten; ist hier etwas vorgekommen wie dort drüben? Sie sind gewarnt! Sperren Sie sich nicht gegen die Entwicklung! Die größte Schuld des Reichskanzlers ist, daß er die Nichtachtung des Volkes durch seine Reden fördert . . .“ Die Konservativen sagten, sie wären immer der Ansicht gewesen, daß die Gewährung der

Verfassung für Elsaß-Lothringen ein Fehler war. Der Nationalliberale van Calker wollte den Elsässern das „Souvenir“ gönnen, aber nicht die „Esperance“. Der Fortschrittliche Haas sagte, ganz Deutschland müsse gegen jenes kaiserliche Wort Verwahrung einlegen. „Wer freut sich darüber? Die französische Regierung, das französische Volk, die phantastischen Nationalisten in Elsaß-Lothringen. Den andern Elsässern wollen wir sagen: Laßt euch nicht erbittern durch dieses Wort des Kaisers! Hinter euch steht das deutsche Volk, dessen Wille in dieser Sache mächtiger ist als der des Kaisers.“ Schulz von der Reichspartei sagte: „Scheidemann hat uns gedroht mit dem Schicksal Chinas. Die Sozialdemokraten streben eine Verletzung der Verfassung an, nicht der Kaiser.“ Bei der Fortsetzung dieser Debatten am 22. Mai sagte Ledebour: „Der Reichskanzler hat über Indiskretionen gekammert; das war eine falsche, sentimentale Mache. Die Öffentlichkeit muß solche Äußerungen des Kaisers erfahren. Der Reichskanzler ist selbst zur Einsicht gekommen, daß sich diese Äußerung nicht verteidigen läßt, sonst würde er nicht mit so tiefbetrübtem Gesichte hier sitzen und nachdenken, was in aller Welt sich sagen ließe, um aus der Tinte herauszukommen, in die der hohe Herr hineingeraten ist. Herr van Calker behauptet, in England gibt's keine Majestätsbeleidigungen, weil die Engländer zu gentlemanlike dazu sind. Was wäre dort geschehen, wenn ein König solche Äußerungen tun würde? Entweder würde man den Thron in Scherben schlagen, oder man würde dafür sorgen, daß ein solcher König in Balmoral oder in einem stillen Schloß am Starnberger See ein zurückgezogenes Leben führen müßte, wie etwa Abdul Hamid. In England ist es aber unmöglich, daß ein Inhaber des Thrones sich so etwas erlaubt.“

Zuvor (15. Mai) wurde noch über den Posten von einer Million gesprochen, als Dotierung für deutsche Schulen im Ausland. Am meisten leiste in dieser Beziehung Italien mit 2·3 Millionen. Man empfahl den Süden von Chile für deutsche Ansiedlungen; die dortigen Kolonien erfreuten sich großer Blüte. — Im preußischen Herrenhaus forderte Professor Gentig Maßnahmen gegen Begünstigung ausländischen Wesens. Professor Seeßelberg wünschte eine Steuer für den Gebrauch fremder Sprachen an Häusern, Schildern, Zäden, Auslagen, Fenstern in Geschäfts- und Warenbezeichnungen, Anpreisungen und Ankündigungen. Minister v. Studt erklärte: „Der steigende Mißbrauch fremdsprachiger Ausdrücke in Großberlin erregt nicht nur in Deutschland Unwillen, sondern macht uns auch vor dem Ausland lächerlich. Im elsässischen Landtag beruft man sich für die Beibehaltung des Französischen in den Reichslanden auf das Beispiel Berlins.“ — Professor Hillebrandt trat im Herrenhaus am 21. Mai für das Griechische im Gymnasium ein.

In Frankfurt a. M. wurde der Osthafen eröffnet, der in drei Jahren mit einem Aufwand von 72 Millionen hergestellt wurde.

Als Prinz Georg Wilhelm von Cumberland am 20. Mai im Alter von 31 Jahren mit einem Automobil tödlich verunglückte, richtete Kaiser Wilhelm an den Vater ein Beileidstelegramm, das herzlich erwidert

Cumber-  
land.



wurde, auch entsandte er zwei seiner Söhne, um der Leiche die letzten Ehren zu erweisen — das erste Anzeichen einer Aussöhnung zwischen Welsen und Hohenzollern, dem bald weitere folgen sollten.

Hohen-  
zollern.

Bei der Fünfhundertjahrfeier des Einzugs der Hohenzollern in die Mark Brandenburg wurde zu Brandenburg am 30. Mai ein Reiterstandbild des Kurfürsten Friedrich I. enthüllt und das wiederhergestellte Rathaus eingeweiht. Der Kaiser hielt eine Rede über die deutsche Einigkeit auf brandenburgischer Basis und unter preussischer Führung. „Wir wollen nicht vergessen, daß es für den damaligen Landeshauptmann und späteren Kurfürsten gewiß ein schwerer Entschluß gewesen ist, aus dem sonnenreichen, in der Kultur fortgeschrittenen Süden die Aufgabe zu übernehmen, in dieses Land zu kommen. Es herrschte damals ein furchtbarer Zustand in dieser unglückseligen Mark, und wenn es ihm auch gelang, teilweise wieder Ordnung zu schaffen und die Reime zu neuem Blühen zu säen, so hat doch die Mark noch manchen schweren Sturm erleben müssen, bis schließlich der Große Kurfürst und der große König die fremden Völker vertrieb. Und als mein Großvater das Schwert geschliffen hatte, das notwendig war, um die deutsche Einheit zu erringen, da wurde zum zweitenmal im großen Maßstabe für das ganze deutsche Vaterland dasselbe Werk vollbracht, das einst für die Mark vollbracht worden war . . .“

In Bayern blieb die Feuerbestattung untersagt; im übrigen Reich wurde sie immer häufiger. Ebenso erklärte der Minister v. Soden, daß ausgesprochenen Sozialdemokraten die Bestätigung für ein Gemeindeamt in Bayern ausnahmslos versagt sei.

Beim Bundesschießen zu Frankfurt a. M., zugleich der Halbjahrhundertfeier des 1862 zu Gotha gegründeten Schützenbundes, appellierte Prinz Heinrich an die nationale Gesinnung (13. Juli). — Kaiser Wilhelm hielt bei der Hundertjahrfeier der Firma Krupp in Essen 8. August eine sehr anerkennende Rede. Gleichzeitig fand eine Schlagwetterexplosion bei Bochum statt, die 115 Bergarbeitern das Leben kostete. — Eine Gesellschaft deutsch-amerikanischer Lehrer bereiste Deutschland zum Studium der Schuleinrichtungen und wurde in Berlin am 11. August festlich empfangen. Prinz Heinrich reiste als Vertreter des Kaisers nach Japan zur Beisetzung des Mikado.

Revisio-  
nismus.

Der Revisionist Ed. Bernstein empfahl in den „Sozialistischen Monatsheften“ das Zusammengehen mit den liberalen Parteien, um die konservativ-kerikale Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses zu sprengen oder doch zu reduzieren. — Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Chemnitz 15. bis 21. September waren Vertreter aus Österreich, Ungarn, Belgien, Schweden, England, Frankreich und Rußland erschienen, ebenso zwei tschechische Separatisten. Branting von Schweden dankte für die Unterstützung im Generalstreik. Der Franzose Cachin sprach für den Weltfrieden. Die Mitgliederzahl der Partei betrug 970.112, gegen das Vorjahr eine Zunahme um 133.550 oder 15·9 Prozent. Eine Resolution sah die

Sozia-  
listen.

Notwendigkeit des Sozialismus im fortschreitenden Gegensatz der Bereicherung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung, sah den Grund der Teuerung in der Schutzzollpolitik, forderte Reform des Steuersystems, direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern, Sicherung der Koalitionsfreiheit, bekämpfte imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, proklamierte die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt. Der Imperialismus könne allerdings als Ausfluß der kapitalistischen Arbeitsweise nur mit dieser vollständig überwunden werden. Doch soll nichts unterlassen werden, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen, den Frieden zu hüten, dem Wetttrüsten ein Ende zu machen, das die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegentreibt. Der Parteitag fordert an Stelle heutigetägiger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und Beseitigung des Schutzzollsystems. Er empfiehlt den Ausbau der Organisation des klassenbewußten Proletariats, dessen Aufgabe es ist, den auf die höchste Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die soziale Gemeinschaft einzuführen. Gerhard Hildebrandt wurde wegen seines Buches „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und der Industriegesellschaft“ von der Partei in dritter Instanz ausgeschlossen.

Der vierte deutsche Bankiertag (München, 17. Sept.) hob die Bedeutung der Privatbankiere hervor. — Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler gründete am 25. September die „Deutsche Bücherei“ in Leipzig mit dem Zweck, die gesamte, von 1913 an erscheinende Literatur des Inlands und die im Ausland erscheinende deutsche Literatur zu sammeln, aufzubewahren, zur Verfügung zu halten und zu verzeichnen. — Nach vierjährigem Bestehen des Enteignungsparagraphen im Polengesetz wurde er nun (11. Okt.) zuerst gegen vier polnische Rittergüter angewandt. — Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde am 25. Oktober über die Fleischnot debattiert, am 2. Dezember wurden einige Verdeutschungen vorgenommen: so Tagung für Session, Ältestenrat für Seniorenkonvent, vollzogene Bildung für Konstituierung des Hauses, ständige Gäste für Hospitanten, Ausschüsse für Kommissionen, begründete für motivierte Tagesordnung; andere weitergehende Vorschläge wurden abgelehnt. — Im Reichstag begann die erfolglose Agitation für die Nichtfreigabe des „Parjival“ trotz des bevorstehenden Ablaufs der dreißigjährigen Schutzfrist nach Richard Wagners Tode; die Anträge wurden nur mit Heiterkeit aufgenommen (3. Dez.).

Prinzregent Luitpold von Bayern starb am 12. Dezember im zweiundneunzigsten Lebensjahr; er war ein Sohn König Ludwigs I., Regent seit 1886. Sein Nachfolger war sein ältester Sohn Ludwig, geboren 1845, vermählt mit der Erzherzogin Maria Theresia; er war bereits stark hervorgetreten durch echt bayerische Reden; sein ältester Sohn Rupprecht war dreißig Jahre alt. Der Deutsche Kaiser telegraphierte ihm Teilnahme und Freundschaftsversicherung: „Ich bin über-

zeugt, daß das innige Verhältnis zwischen Wittelsbach und Hohenzollern auch zwischen uns in guten und bösen Zeiten sich erproben wird." Man wünschte im bayerischen Volk schon längst die Aufhebung der Regentschaft, damit wieder ein wirklicher König das Land vertrate statt des wegen seiner Geisteskrankheit dauernd verhinderten Königs Otto; aber es blieb vorläufig bei der Beerdigung des neuen Prinzregenten (21. Dez.) und dieser bezeichnete es in einem Schreiben an Freiherrn v. Hertling als seinen „bestimmten Wunsch, daß zurzeit von irgendwelchen Maßnahmen zur Beendigung der Regentschaft abgesehen werden wolle". — Am 31. Dezember erschien die erste Nummer der „Bayerischen Staatszeitung".

Der Staatssekretär des Auswärtigen Alfred v. Kiderlen-Waechter starb am 30. Dezember im einundsechzigsten Lebensjahr an Herzschlag. Sonst waren unter den Toten des Jahres Rochus v. Liliencron (91 Jahre), der Dichter und Politiker Alb. Träger (82 Jahre), Hugo Scholto Graf Douglas, Begründer der Kallindustrie in Westeregeln (75 Jahre), Edwin Bormann (61 Jahre), der Kunsthistoriker R. Just (81 Jahre), der Theolog Paul Drews, der Philosoph Wilh. Wundt.

Auffallend zahlreich waren die Verhaftungen und Verurteilungen von Spionen, und zwar sowohl von ausländischen wie einheimischen. — Die Nacttänzerin Adorée Villany (eigentlich Erna Reich) trat im Münchener Lustspielhaus vor geladenem Publikum auf, wurde aber am 16. März aus Bayern ausgewiesen. — Über den Neubau des königlichen Opernhauses in Berlin wurde am 2. Mai im Abgeordnetenhaus gesprochen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach sagte: „Soweit die Kritik den künstlerischen Wert der bisherigen Arbeiten betrifft, kommt vielfach eine Enttäuschung zum Ausdruck. Es heißt, man hätte von den Architekten eine der Größe der Aufgabe mehr gerecht werdende Lösung erwarten können. Statt dessen sehe man in den sämtlichen Skizzen nichts von der Sprache unserer Zeit, man sehe nur althergebrachte, abgebrauchte Formen. Ich muß das zugeben, obwohl den Architekten nach dieser Richtung keinerlei Bindung auferlegt war. Offenbar haben sie sich von der Überzeugung leiten lassen, daß für eine Pflegestätte der Kunst Feierlichkeit und Würde sich nicht prägnanter zum Ausdruck bringen lassen als durch ein Zurückgreifen auf Stilformen, die im Laufe der Jahrhunderte und im Wechsel der Zeit sich siegreich behauptet haben, wenn es galt, einem Bauwerk kraftvolle, monumentale Gestalt zu geben. Ein schöpferischer Architekt wird auch in den Bahnen der historischen Auffassung soviel Neues, Eigenartiges und Persönliches hervorbringen können, daß ein Ganzes entsteht, das die Summe des künstlerischen Könnens der Gegenwart in sich verkörpert . . . Über den Wert eines öffentlichen Wettbewerbss gehen die Meinungen weit auseinander. Ich erinnere an das Bismarck-Denkmal bei Bingerbrück . . . Auch unsere ersten Künstler sind in der ästhetischen Frage durchaus abweichender Meinung voneinander . . .

Auf dem Neuphilologentag zu Frankfurt a. M. hielt Professor Sadler von der Universität Leeds einen Vortrag: „Was England der deutschen Bildung verdankt". — Die Dresdener wünschten in ihrer Stadt eine zweite sächsische Universität; die Regierung anerkannte nicht dies Bedürfnis angesichts der Überfüllung der gelehrten Berufe.



Amerikanischen Offizieren wurde gestattet, ein Jahr in Deutschland bei der Kavallerie Dienst zu tun.

Im Berliner Krematorium fand am 28. November die erste Einäscherung statt.

Der Kaiser wohnte der Taufe des „Imperator“ der Hamburg-Amerika-Linie bei, des größten Schiffes der Welt.

Das Reich unterstützte den Verein „Deutsche Versuchsanstalt für Luftschiffahrt. Manche Luftschiffe verunglückten, so ein Zeppelin, 17. Juni in Friedrichshaven, ein anderes explodierte samt der Luftschiffhalle in Düsseldorf 28. Juni. Eine gute Fahrt von zehn Stunden machte über der Nordsee das Luftschiff „Victoria Luise“ mit zwölf Passagieren 27. Juni, und der „Schütte-Lanz“ 27. Juli. Das Zeppelin-Luftschiff „Hansa“ fuhr im September von Hamburg nach Kopenhagen und zurück (Zll. Ztg., 26. Sept.).

Die Schlusssteinlegung am Völkerringdenkmal bei Leipzig fand am 13. Mai statt. Der Polier übergab den Hammer dem Vorsitzenden des Patriotenbundes Cl. Thieme mit den Worten: „Meister, unsere Arbeit ist getan!“ Und dieser sagte: „Nach altem Handwerksgebrauch der Bauleute krönen wir das Werk. Mit demselben Hammer, mit dem wir einst den Grundstein legten, mit derselben Gesinnung, die uns zur Tat begeisterte, und mit denselben Worten, die die Schläge am Grundstein begleiteten, sei auch der Schlussstein dem Denkmal eingefügt: Mit Gott für König und Vaterland, für Kaiser und Reich.“ Es folgte der Choral „Nun danket alle Gott!“

Hugo v. Hofmannsthal und Richard Strauß brachten die neue Sensation „Der Bürger als Edelmann“ (nach Molière) mit der eingeschobenen Oper „Ariadne auf Naxos“. Das gemeinsame Werk war „Max Reinhardt in Verehrung und Dankbarkeit gewidmet“. Es wird darin mit der Poesie und Musik Schindluber getrieben, bis zur Zerstörung jeder ästhetischen Wirkung. Diese negative Tendenz ist um so stärker, je stärker die Talente beider Künstler sind, die also mißbraucht wurden.

Es erschien eine Volksausgabe von Gerhart Hauptmanns gesammelten Werken. Er erhielt den Literaturpreis der Nobelstiftung. Der Friedens-Nobelpreis wurde in diesem kriegerischen Jahr nicht vergeben. — Auf dem kleinen Theater zu Lauchstedt wurde das sonderliche Drama von Gerhart Hauptmann „Gabriel Schillings Flucht“ aufgeführt. — Zur Feier des vierhundertjährigen Jubiläums der Nikolaischule zu Leipzig führten die Schüler im Goethe-theater zu Lauchstedt Schillers „Räuber“ auf (Zll. Ztg., 30. Mai). — In der Moritzburg zu Halle wurde das Fünfhundertjahr-Festspiel von D. Duehl „Der Salzgraf von Halle“ aufgeführt (Zll. Ztg., 27. Juni). Das Lustspiel „Fünf Frankfurter“ verherrlichte die Dynastie Rothschild.

Der „Semigotha“ wollte die Adelsgeschlechter jüdischer Abstammung verzeichnen.

Ein französischer Massenbesuch von 1200 Franzosen (mehr als 2000 hatten sich angemeldet, konnten aber nicht alle berücksichtigt werden) fand im August fünf Tage lang in Berlin statt.

Von England her verbreiteten sich auch nach Deutschland die „Hausboote“ (Zll. Ztg., 4. Juli).

Karl May, der vielgefeierte und noch heftiger befahdete Jugendschriftsteller starb im einundsiebzigsten Lebensjahr zu Radebeul bei Dresden. Er war einer der gelesensten Schriftsteller aller Zeiten; seine Werke waren in drei

Millionen Exemplaren verbreitet. Er gehört zweifellos zu den Erziehern der jetzt in die Wirksamkeit tretenden Generation; er hat Mut, deutsches Selbstbewußtsein, christliche Pflichten, menschliche Toleranz, sittlichen und religiösen Idealismus gepredigt. Als Künstler steht er einzig da mit seiner originellen und genialen Erfindung, sich selbst in einer langen Reihe von aufeinander hinweisenden Erzählungen konsequent zum Mittelpunkt der Handlung und des spannendsten Interesses zu machen, wie nicht minder in der Schöpfung von ebenso durchgehenden typischen Charakteren. Er hat die Jugend mit dem fernsten Westen wie mit dem Orient vertraut gemacht und ihr besonders das für unsere Zeit so wichtige Verständnis des Islams eröffnet. Seine Mängel und Verfehlungen kommen daneben nicht in Betracht. — Karl May's nachgelassene Memoiren „Mein Leben und Streben“ erschienen bald nach seinem Tod; er erzählte seine romantische Jugend, gab zu, daß er wiederholt im Gefängnis gewesen, zuletzt unschuldig wegen Brandstiftung zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Gefängnis kam er auf den Gedanken, Reiseerzählungen zu schreiben, deren Grundidee die Erziehung zum Edelmann sei.

Rathenau.

Walter Rathenau schrieb das Buch „Zur Kritik der Zeit“, interessant als Bekenntnis eines Großindustriellen. „Er leitet die Entstehung der neuzeitlichen Form unseres Gesellschaftskörpers und des neuzeitlichen Geistes aus dem Einsichthigwerden der früher in eine Ober- und Unterschicht getrennten Volkskörper und der Entgermanisierung (Verjudung) ab. Das Resultat ist die Mechanisierung der Welt, die aber, obgleich sie ihren Zenith noch nicht erreicht hat, doch schon den Tod im Herzen trägt. Ihr graut vor ihr selbst; ihre innersten Regungen klagen sie an und ringen nach Befreiung aus den Ketten unablässiger Zweckgedanken. Die Zeit hat ihre Sehnsucht, sie sucht aus dem Mechanismus herauszukommen, sie sucht ihre Seele, die sich verdüstert hat, und wird sie finden.“

Schleyer.

Als der Prälat Martin Schleyer im zweiundachtzigsten Lebensjahr zu Konstanz starb, war seine einst so weiterverbreitete Weltsprache „Volapük“ längst vom Esperanto überflügelt und fast ganz vergessen.

Zum Andenken an das siebenhundertjährige Bestehen des Anhaltischen Staates wurde zu Dessau ein Anhaltisches Heimatsfest veranstaltet (III. Jtg., 22. Aug.).

Zu Friedrichs II. zweihundertstem Geburtstag erschienen viele Fredericiana; so das Lebensbild des Königs und seiner Zeit von H. v. Petersdorff. H. Funck gab das Buch „Die schöne Seele; Schriften von Euf. Rath. v. Klettenberg“.

W. G. Windegg gab Briefe Schwind's heraus unter dem Titel „Künstlers Erdenwollen“.

Mit Otto Brahm starb der erfolgreiche Hauptagitator für Ibsen und Gerhart Hauptmann, der Gründer der freien Bühne in Berlin (nach dem Vorbild des Franzosen Antoine), der Vorkämpfer des Naturalismus, dann Leiter des Deutschen Theaters und des Lessingtheaters.

Das Phyletische Museum der Universität Jena sollte Haeckels Abstammungslehre illustrieren.

Histor. polit. Blätter.

In den „Historisch-politischen Blättern“ wird mit Recht das Wesen der Thomistischen Philosophie im Gegensatz zum modernen Denken aufgefaßt, als Gegensatz einer auf festen Begriffen ruhenden Wissenschaft zum Relativismus. — G. van Poppel berichtet von Jan van Ruysbroeck, dem

Wunderbaren, dem Mystiker. — Fr. Lauchert schreibt den Nekrolog über Alfons Bellesheim. — P. Daniel Feuling (Beuron) berichtet über den philosophischen Pragmatismus der Gegenwart, wie er von Nordamerika her seit 1878 durch Peirce als Philosophie des Praktischen propagiert wurde. — Tourneau betrachtet „Konfessionen und Mischehen in Preußen im Lichte der Statistik“. — H. Straubinger referiert über Rud. Guckens Stellung zum Christentum in dessen Schrift: „Können wir noch Christen sein?“ Das Christentum, für das Gucken eintritt, ist keines mehr, sondern nur die mit der Etikette des Christentums versehene, von Gucken konstruierte Religion des Geisteslebens. — Luzian Pfleger untersucht des Grafen Leopold zu Stolberg Konversionsgeschichte. — Aug. Rösler berichtet über die Schrift des Kartäusers Dionysius „De venustate mundi et pulchritudine Dei“ und den Schönheitsbegriff der Gegenwart. — Dem Aufsatz über „Korporativ-territoriale oder individualistisch-zentralistische Vertretung“ ist das Motto von Konstantin Franz vorgelegt: „Der Mittelpunkt alles politischen Überglaubens unserer Zeit ist in dem Repräsentativsystem zu suchen“. — Dom. Enshoff (St. Ottilien) erzählt von der religiösen Bewegung in Japan. — Die Ärgernisse im Kloster Ezenstochau werden der russischen Regierung Schuld gegeben. — W. Rosch berichtet über das deutsche Drama im Zeitalter der Romantik. — Zur „südslawischen Gefahr“ heißt es: „Die Lösung der kroatischen, der südslawischen Frage ist das österreichische Problem.“ — Im 149. Band sind unter anderem folgende Bücher der Zeit besprochen: Fritz Stier-Somlo, Wesen und Bedeutung der Politik. Oskar Klein-Hattingen, Geschichte des deutschen Liberalismus. Oskar Stillich, Der Liberalismus in seinen Grundzügen und seiner geschichtlichen Entwicklung. Politische Bibliothek (Diederichs, Jena): 1. G. F. Steffen, Die Demokratie in England. 2. G. G. Wells, Die Zukunft in Amerika. Lloyd George, Bessere Zeiten. Graham Wallas, Politik und menschliche Natur. G. F. Steffen, Der Weg zu sozialer Erkenntnis. Joh. B. Kitzling, Geschichte des Kulturkampfes, 1. Band. Hyazinth Holland, M. v. Schwind. G. Ant. Weber, Til Riemenschneider. Alb. Ruhn, der Maler P. Rudolf Blättler, ein moderner Fiesole. Franz K. Riefl, Der geschichtliche Christus und die moderne Philosophie. Obilo Wolff, Tempelmaße, das Gesetz der Proportion. H. Federer, Berge und Menschen. Rudolf Rocholl, ein Lebens- und Charakterbild auf Grund seines schriftlichen Nachlasses. Ludw. v. Pastor, Leben des Freiherrn Max v. Gagern 1810—1889. — Im 150. Band bespricht Karl Lübeck die bulgarische Unionsbewegung des Jahres 1860. — Dr. Krueckemeyer behandelt nochmals den „Streit um den Zentrumscharakter“ nach der gleichnamigen Schrift von K. Hoerber. Krueckemeyer anerkennt: „Das Zentrum ist eine politische Partei.“ Aber auch: „Das Zentrum ist anerkanntermaßen die politische Organisation der deutschen Katholiken. Die deutschen Katholiken haben das Zentrum ins Leben gerufen.“ — Es wird über den Mendelismus berichtet, die Vererbungslehre des Augustinerpaters Gregor Mendel, gestorben 1884 zu Brunn. — Ein Tscheche schreibt über die Palackyfeier in Prag und ihre Bedeutung. Am 1. Juli setzte das „aufgeweckte Volk“ seinem Aufwecker und Führer das größte Denkmal Prags. Palacky hat durch seine unhistorische Verherrlichung des Hus die religiösen Grundlagen des böhmischen Volkes tief untergraben und dadurch das Volk unglücklich gemacht. — Der Meinung, die Mittelstandspolitik sei eine aussichtslose Politik geworden, wird entschieden widersprochen, erstens vom Standpunkt der Wirtschaft, zweitens



der berufständischen Gliederung und korporativen Ordnung auf Grund einer organischen Auffassung der Gesellschaft, und drittens in praktisch-religiösem Hinblick, trotzdem Werner Sombart den Mittelstandsgruppen das Todesurteil spricht (Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 2. Aufl. 1909). Aber mit Recht sagt ein alter Spruch: „Wer lebt in seinem Vaterland ohn Reichtum und ohn Darben, in einem feinen Mittelstand, von seinen eignen Garben, wer niemand dient, hat nicht viel Knecht, lebt auch dabei fromm und gerecht in seinen Ehrenschranken, der hat Gott was zu danken.“ „Mittelstandspolitik treiben heißt, ethisch fundamentierte Sozialpolitik treiben. Es heißt, die ökonomische Verwirklichung der distributiven Gerechtigkeit erstreben; es heißt, nicht das Kapital und den Kapitalprofit, sondern den Menschen, den König der Wirtschaft, in das Zentrum dieser Politik stellen. Es heißt, nicht vor dem goldenen Mammon, sondern vor dem Christengotte, der selbst durch seinen Sohn die mittelständische, die Berufsarbeit geheiligt hat, sich anbetend auf die Knie werfen. Mag eine umfassend angelegte Mittelstandspolitik heute aussichtslos sein, wir werden für sie eintreten und kämpfen, weil wir nicht bloß Gegenwarts- sondern auch Zukunftsarbeit leisten wollen.“ — Mit Recht wird die Unwahrhaftigkeit in den ungarisch-kroatischen Verhältnissen aufgezeigt (452). — Hans Kofst betrachtet die Aussichten der zionistischen Bewegung. — Sophie Görres berichtet über die Ausstellung für kirchliche Kunst, die mit dem Eucharistischen Kongreß in Wien verbunden war. — Ein Aufsatz über die päpstliche Enzyklika „Singulari quadam“ zweifelt nicht, daß dadurch Wachstum und Entfaltung der rein konfessionellen Arbeiterorganisationen bedeutend gestärkt wird. — W. Kofst behandelt die deutsche Lyrik im Zeitalter der Romantik. — Ein Süddeutscher gibt uns einen Rückblick und Ausblick auf die Donaumonarchie, deren großartigste Manifestation er im Eucharistischen Kongreß sieht. — Bremer kritisiert den Interkonfessionalismus im öffentlichen Leben. — A. Wolpers schreibt vom „Kulturprogramm der Romantik und Richard Kralik“. — Von den besprochenen Büchern seien erwähnt: Hugo Obermaier, Der Mensch der Vorzeit. Auswahl von Kettlers Schriften in drei Bänden von Joh. Mumbauer. Josef Bachem, seine Familie und die Firma J. P. Bachem in Köln, die Rheinische und die Deutsche Volkshalle, die Kölnischen Blätter und die Kölnische Volkszeitung: zugleich ein Versuch der Geschichte der katholischen Presse und ein Beitrag zur Entwicklung der katholischen Bewegung in Deutschland, von Karl Bachem. Moriz Dreger, Josef Führich. Anton Gisler, Der Modernismus: 1. Der Amerikanismus. 2. Der Kampf um die Apologetik. 3. Der negative Weg der Modernisten zur neuen Religion: der Agnostizismus oder falsche Idealismus. 4. Grundlinien des echten Idealismus. 5. Der positive Weg der Modernisten zur neuen Religion: die Immanenzlehre. 6./7. Die Unhaltbarkeit der modernistischen Immanenzlehre. 8. Nach der Enzyklika Pascendi. Alois Stockmann, Alban Stolz und die Schwestern Ringseis. Wojciechowski, Peter Skarga Pawenski (Lemberg 1912), der polnische Reichstagsprediger. Enrika v. Handel-Mazzettis geistige Werdejahre, mit Einleitung von J. Eckart. Jos. Oberle, Großmacht Presse (wobei J. Lukas, Die Presse, ein Stück moderner Versimpelung, 1867, und Heinrich Wuttke, Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung, 1875, verglichen werden). Hugo Holzamer, Turm und Block. Ingeborg Magnussen, Meine Heimkehr, ein Bekenntnis. Anna Dorothea, Wie ich meinen Glauben verlor; das Bekenntnis einer Atheistin. Herders Lexikon der Pädagogik.

Der ausgezeichnete Maler Karl Haider starb wenig beachtet, da er seiner seltenen Echtheit wegen gegen die Aufdringlichkeit der modernen Tendenzen zurückstehen mußte. Seine Stärke war „Seele“. „Seine altmeisterliche, aller genialischen Gebärde abholde sorgsame Technik stand, wie die Segantinis, nur im Dienst der Stimmungsgestaltung. Die Motive der oberbayerischen Vorgebirge erhob er zu Trägern weisevoller Naturstimmungen. Ebenso die Menschen. Deutsch war seine Kunst, verwandt den großen alten deutschen Meistern“ (Ill. Ztg., 7. Nov.).

Die schönen Werke des Bildhauers Ferd. v. Miller zeigt zu seinem siebenzigsten Geburtstag die „Illustrierte Zeitung“ 30. Mai. — Von den Werken des verstorbenen Bildhauers Otto Lessing ist das ergreifendste die figurenreiche Kreuztragung (Ill. Ztg., 5. Dez.): Alle helfen Christus das Kreuz tragen.

Die neue Aula der Akademie der Künste in München von Friedr. v. Thiersch hatte als schönsten Schmuck die kostbaren Gobelins nach Raffael (Ill. Ztg., 19. Sept.). — Max Littmann baute die schönen neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart (Ill. Ztg., 5. Sept.).

Der erneuerte Meißner Dom wurde am 28. Oktober eingeweiht; gleichzeitig ein König-Albert-Denkmal (Ill. Ztg., 7. Nov.).

Der Entwurf Hans Grubes für den Neubau des königlichen Opernhauses in Berlin war in reinem griechischen (ionischen) Stil (Ill. Ztg., 14. März).

Den neuen endgültigen Entwurf zum Bismarck-Nationaldenkmal bei Bingen zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 31. Oktober. Klingers Beethoven, eigentlich für Wien bestimmt, dort aber abgelehnt, wurde in Leipzig aufgestellt. Ein Erzbild Gustav Adolfs in Hochrelief von Paul Juckoff wurde in der Kirche zu Meuchen angebracht bei Gelegenheit der Feier in Lüben und Meuchen (Ill. Ztg., 14. Nov.). Die Böhmen in Neukölln (Rixdorf) errichteten dem König Friedrich Wilhelm I. ein Denkmal von Alfred Reichel, zum Dank, daß er ihre Vorfahren dort angesiedelt hatte (Ost. Ill. Ztg., 27. Okt.). Für Hamburg schuf Otto Lessing einen kolossalen klobigen Luther (Ill. Ztg., 11. April). Vor dem Joachimsthalschen Gymnasium in Templin wurde ein Denkmal des Begründers der Anstalt, des Kurfürsten Joachim Friedrich von Brandenburg (1598—1608), aufgestellt (Ill. Ztg., 21. Nov.). Das Bismarck-Denkmal in Birmasens von R. Huber zeigte einen drachentötenden Ritter auf hohem Sockel mit Reliefbildnis (Ill. Ztg., 12. Sept.). Eigentümlich ist das Denkmal des Fürsten Karl Günter von Schwarzburg-Sondershausen von Klepzig und Bauche; der Fürst in Jägertracht steht auf und vor einer zyklischen Architektur (Ill. Ztg., 22. Aug.). A. Kraumanns Theodor-Körner-Denkmal für Breslau zeigt den Dichter im Gebete vor der Schlacht kniend (Ill. Ztg., 13. Juni). Joh. Hartmann schuf eine schöne Schiller-Herme für Leipzig (Ill. Ztg., 9. Mai). S. Mißfeldt schuf den Klaus-Groth-Brunnen in Kiel (Ill. Ztg., 10. Okt.). B. Bleeker schuf ein Denkmal für den 1911 verstorbenen Dichter W. Jensen auf der Fraueninsel im Chiemsee (Ill. Ztg., 3. Okt.). Der Heinebund stiftete ein Heine-Denkmal (von Paul Schönmann) für Halle, das erste in Preußen (Ill. Ztg., 22. Aug.). Ein Reliefbrunnen zu Ehren Schillers und Körners von M. Pießsch und J. Raffau wurde in Loschwitz bei Dresden enthüllt (Ill. Ztg., 23. Mai; Ost. Ill. Ztg.). Franz Brankky entwarf das Modell eines Römerbrunnens für Köln (Ill. Ztg., 22. Febr.). Auf der Saalburg bei Homburg wurde eine Nachbildung der vollständig ergänzten Mainzer Jupiterssäule aufgestellt (Ill. Ztg., 30. Mai). G. Eberlein modellierte den

Haider.

Denk-  
male.

Professor Rob. Koch, wie er in Afrika die Schlafkrankheit bekämpft (All. Ztg., 18. Jan.). Georg Hertling modellierte einen Hänsel-und-Gretel-Brunnen für Hannover (All. Ztg., 7. Nov.). Ein Bismarck-Turm wurde auf dem Rhaiteberg bei Konstanz errichtet (All. Ztg., 7. Nov.).

Das erste deutsche Freiluftmuseum wurde im Königsberger Tiergarten errichtet (All. Ztg., 19. Dez.).

In Nürnberg wurde dem berühmten Goldschmied Wenzel Jamnitzer eine Gedenktafel an seinem einstigen Wohnhaus gestiftet. Er war 1508 zu Wien geboren (Öst. All. Ztg., 23. Juni).

Öster-  
reich.

Infolge der Ernennung des (ungarischen) Grafen Berchtold zum Minister des Außern bot der gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Burian am 19. Februar seine Demission an, damit nicht zwei gemeinsame Ministerposten mit Ungarn besetzt wären. An Burians Stelle trat v. Bilinski, bisher Obmann des Polenklubs. — Über das hemmende Vorgehen der ungarischen Opposition äußerte sich der Kaiser in einem Schreiben vom 30. März an den Ministerpräsidenten Grafen Khuen-Hedervary, indem er das Festhalten an seinen konstitutionellen Herrscherrechten betonte; darauf gab die Opposition am 1. April nach. Aber am 16. April demissionierte das Kabinett wegen tiefgehender Differenzen mit dem Kriegsminister Auffenberg. Der bisherige Finanzminister Lukacs bildete ein neues Kabinett zumeist aus seinen bisherigen Kollegen (19. April). Er versprach (29. April) eine Reform des Wahlrechts im liberalen und demokratischen Sinn für die reiferen und national gesinnten Elemente. Einen Sprung ins Dunkle könne man nicht wagen; der Einfluß der Intelligenz und die staatliche Einheitlichkeit müßten unbedingt gewahrt werden. Er protestierte gegen die Einmischung der österreichischen Regierung in die ungarischen Verhältnisse. Die Maßregeln gegen Kroatien seien berechtigt, weil dort eine Richtung bestand, welche die Einheitlichkeit des ungarischen Staates gefährdete. — Die Arbeiter unternahmen am 23. Mai einen Demonstrationsstreik für das seit sechs Jahren versprochene Wahlrecht. Dabei wurden in Budapest 8 Personen getötet, 193 verwundet, davon 33 lebensgefährlich, 769 verhaftet. Unter wüsten Lärmzügen nahm das ungarische Abgeordnetenhaus am 4. Juni die Wehrevorlagen an. Dreißig ausgeschlossene Abgeordnete, die am 10. Juni wieder zur Sitzung erschienen waren, wurden durch die Polizei aus dem Saale geführt. — Ein bosnischer Student Uka Jutics schoß am 8. Juni in Agram auf den verhafteten Ban von Kroatien Ed. v. Cuvaj, ohne ihn zu treffen; es kamen aber zwei andere Personen dabei ums Leben; 53 bosnische Studenten wurden verhaftet. — Die ungarische Regierung hob am 26. Juli im Einvernehmen mit den Bischöfen die Autonomie des ungarländisch-serbischen Patriarchats auf. — Die Gemeinde Peshendorf in Siebenbürgen erhielt

Kroatien.



Ende September die „große Liebesgabe“ des Gustav-Adolf-Vereins im Betrag von 22.000 Mark. — Der Führer der Unabhängigkeitspartei Julius Justh verzichtete am 19. Oktober auf seine Geheimratswürde und wurde von der Liste gestrichen. — Neuerlich gab ein kroatischer Student Planinesak in Agram auf Cuvaj vier Revolverschüsse ab, ohne ihn zu treffen; er tötete sich dann selbst. — Kardinal Vaszary verzichtete am 8. November aus politischen Gründen auf seine kirchlichen und staatlichen Würden; sein Nachfolger wurde der Erzbischof von Kalocsa Dr. Csernoch. — Kriegsminister v. Aussenberg trat am 9. Dezember zurück; sein Nachfolger wurde Feldzeugmeister v. Krobatin. Conrad v. Hözendorf trat Conrad. wieder als Haupt des Generalstabes an die Stelle Schemuas. Aussenberg fiel den Ungarn zum Opfer. Conrads Wiedereintritt hing mit der Bewilligung seiner höheren Forderungen für die Heeresrüstungen zusammen (400 Millionen Kronen).

Bei den Gemeinderatswahlen in Wien machte sich ein Rückgang der christlichsozialen Stimmen bemerklich; übrigens blieb ihnen doch die erdrückende Majorität; sie verloren nur acht Mandate (3. Mai). — Fürstbischof Jeglic von Laibach mahnte seine Diözesangeistlichen am 4. Mai: „Es heißt nicht modern predigen, wenn man auf der Kanzel politisiert und Zeitungen vorliest. Modern predigen heißt predigen unter Rücksichtnahme auf die Zeitströmung dem Glauben und der Moral gemäß.“ — Berliner Stadtvertreter unter Führung des Oberbürgermeisters Kirschner wurden von der Wiener Gemeindevertretung am 29. Mai empfangen. Kirschner war am 30. in längerer Audienz beim Kaiser. — Die Ruthenen erlangten die Zusicherung einer Universität, womöglich in Lemberg (14. Juni). — Gelegentlich des allslawischen Sokolkongresses in Prag (30. Juni) fanden wieder Ausschreitungen gegen farbentragende deutsche Studenten statt. — Der Wiener Stadtrat beschloß am 10. Juli alle Direktoren der städtischen Unternehmungen zu beauftragen, künftighin nur deutschsprechende Personen, die sich zur deutschen Umgangssprache bekennen, anzustellen. — Die deutsch-tschechischen Ausgleichskonferenzen wurden am 26. Juli nach ununterbrochenen zehnmonatigen Verhandlungen bis zum Herbst vertagt. — Nach einer patriotischen Rede des Bürgermeisters Neumayer beschloß am 28. November der Wiener Gemeinderat folgende Loyalitätskundgebung: „Der Friede Österreich-Ungarns ist seit Ausbruch des Balkankrieges durch unberechtigte, maßlose Eroberungsgelüste bedroht, die in der Hoffnung auf die Uneinigkeit der Völker des Reiches Nahrung finden. Die Erbitterung des Volkes über vereinzelte unpatriotische Äußerungen und Handlungen wächst stündlich. Wohl ist der Friede das höchste Gut der Völker und seine Erhaltung großer Opfer wert. Aber das wirtschaftliche Gedeihen der Völker und der Segen der Arbeit werde nur solchen Staaten zuteil,

die den Frieden nicht durch ehrlose Schwäche, sondern gestützt auf das Bewußtsein ihrer gerechten Sache kraftvoll erhalten." Zu gleicher Zeit versammelten sich 2000 Personen im Arkadenhof des Rathauses, die nun mit den Mitgliedern des Gemeinderats unter Absingen patriotischer Lieder zum Deutschmeister-Denkmal zogen, wo Bürgermeister Neumayer nochmals eine Ansprache hielt. Im Abgeordnetenhaus bezog sich am 3. Dezember Groß auf die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers: „Treue um Treue sei unsere Losung.“ In Pilsen und Königgrätz kam es am 12. Dezember anlässlich des Abmarsches der Garnisonen an die Grenze zu lärmenden Protesten der Tschechen. — Das Abgeordnetenhaus nahm am 18. Dezember das Kriegsleistungsgesetz in zweiter Lesung an, obwohl der Obstruktionsredner Fressl sechzehn Stunden ununterbrochen sprach und damit den Rekord schlug; er hatte freilich angekündigt, vierundzwanzig Stunden lang sprechen zu wollen. — Infolge von Beschuldigungen durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Schuhmeier und heftiger Angriffe in der eigenen Partei trat Bürgermeister Dr. Neumayer am 19. Dezember zurück. Als sein Nachfolger wurde Dr. Richard Weiskirchner, der frühere Handelsminister, am 23. Dezember mit 126 von 155 Stimmen gewählt.

Weiskirchner.

Es starben in diesem Jahre der ehemalige Ackerbauminister und christlich-soziale Abgeordnete Dr. Alfred Ebenhoch, der frühere Burgtheaterdirektor Burckhard und der gegenwärtige Burgtheaterdirektor Alfred v. Berger, ferner der ehemalige Feldherr der rebellischen Magyaren Artur Görgei, der 1849 bei Vilagos vor den Russen die Waffen streckte, im fünfundneunzigsten Lebensjahr.

In Triest richtete die Regierung ein zweites Staatsgymnasium mit deutscher Unterrichtssprache ein. Sie kündigte wegen der Spionierungsgefahr die italienischen Finanzwachlokale in Riva und Ala. In Ala wurde eine Allgemeine Luftfahrzeugausstellung eröffnet (3. April). Die Memoiren des vor einigen Jahren verstorbenen Finanzministers Dr. Kaizl, eines Tschechen, wurden am 13. Juni wegen Majestätsbeleidigung beschlagnahmt.

Eucharistischer Kongreß.

Eine besondere Hervorhebung verlangt der Eucharistische Kongreß in Wien, der alle Veranstaltungen dieser Art weit übertraf. Der Vertreter des Papstes Kardinal Wilh. von Rossum war Gast des Kaisers in der Hofburg. Der Wiener Eucharistische Kongreß war der dreiundzwanzigste dieser Art und überbot weitaus alle vorhergehenden, die seit 1881 zur Feier des Altarsakraments und der katholischen Lehre von der Gegenwart Christi in der heiligen Eucharistie stattfanden; sie gingen aus Wallfahrten in Frankreich anfangs der siebziger Jahre hervor. 1884 war der Kongreß zu Freiburg, 1888 zu Paris, 1893 zu Jerusalem, 1898 Brüssel, 1905 Rom, 1907 Mex, 1908 London, 1909 Köln, 1910 Montreal in Kanada, 1911 Madrid. In Wien übernahm der Kaiser das Protektorat, und der Hof mit der ganzen Gesellschaft nahm daran teil. Alle Nationalitäten waren vertreten. Die Versammlungen in der Rotunde waren

von 10.000 bis 20.000 Personen besucht. Sektionsvorträge fanden in den verschiedenen Kirchen statt. An der großartigen Schlußprozession nahmen über 100.000 Männer teil. Auf der Plattform des Burgtors wurde eine Messe zelebriert. An den Kongreß schloß sich eine Wallfahrt nach Mariazell an.

Die Gesellschaft der Musikfreunde in Wien feierte ihr hundertjähriges Jubiläum und gab dazu eine Festschrift heraus.

Bei der Zweihundertjahrfeier des Fürstentums Viechtenstein wurde ein Festzug mit Festspiel veranstaltet (Zll. Btg., 25. Juli). Die Stadt Enns beging ihre Siebenjahrhundertfeier. Das Augustiner-Chorherrenstift Herzogenburg feierte das achthundertjährige Jubiläum seiner Gründung.

Die Esperantisten feierten das fünfundzwanzigjährige Bestehen der von Zamenhof erfundenen künstlichen Weltsprache. Der achte Esperanto-Weltkongreß in Krakau 11. bis 18. August sollte Vertreter von sechzig Nationen vereinigen.

Esperanto.

Der Niederösterreichische Gewerbeverein veranstaltete eine Demonstrationsversammlung zwecks Freigabe der Kolportage, die überall frei, nur in Österreich allein noch verboten war (Öst. Zll. Btg., 17. März).

Am 6. bis 9. Juni fand in Wien die fünfte Tagung des Deutschen Werkbundes statt, zur „Durchgeistigung der deutschen Arbeit“. Schöne Proben bietet die „Illustrierte Zeitung“ 4. Juli.

Ein Schubert-Museum wurde in Wien eröffnet (Zll. Btg., 27. Juni).

In Erl wurden wieder die Bauernpassionsspiele aufgeführt (Öst. Zll. Btg., 31. Juli). Fugel besorgte die Dekorationen, Egger-Vienz entwarf das Plakat (auch Zll. Btg., 2. Mai). In Görz wurde wieder das Böhmerwald-Passionsspiel aufgeführt (Zll. Btg., 15. Aug.). Wien feierte vom 21. Juni bis 1. Juli eine Musikfestwoche.

Pfarrer Norbert Hanrieder, der bedeutendste oberösterreichische Dialektdichter, starb zu Puchleinsdorf.

Hanrieder.

Es starb der bedeutendste tschechische Dichter der Gegenwart, Jaroslav Brchlický (eigentlich Emil Frida); tschechisch an ihm war nur die Sprache, sonst gar nichts.

Brchlický.

Österreich verlor den weitschauenden Politiker Alex. v. Peez, bekannt durch seine Schriften „Die Aufgaben der Deutschen in Österreich“, „Die amerikanische Konkurrenz“, „Erlebt — Erwandert“, „Englands Vorherrschaft“ (mit Paul Dehn). Er war ein Verfechter der Ideen Friedrich List's.

Professor Jakob Minor starb, ohne seine Studien über die Romantik abschließen zu können; auch sein „Schiller“ blieb unvollendet.

Oskar Walzel schrieb „Vom Geistesleben des 18. und 19. Jahrhunderts“, besonders von der Romantik. Peter Altenberg sammelte gelegentliche Äußerungen unter dem Titel „Neues Altes“. Guido v. List glaubte die alte Armanenweisheit mit ihren Runengeheimnissen entdeckt zu haben und sammelte um sich eine Schar von Gläubigen (Öst. Zll. Btg., 25. Febr.). Andere hielten das für Unsinn.

Es wurde ein Wettbewerb für ein Lueger-Denkmal ausgeschrieben (Öst. Zll. Btg., 15. Dez.). Ein Klemens-Hofbauer-Denkmal von Michael Sir wurde in Mariazell aufgestellt (Öst. Zll. Btg., 28. April und 18. Aug.).

Das Kaiserin-Elisabeth-Denkmal in Triest ist ein Werk Franz Seiferts (Öst. Zll. Btg., 22. Dez.). Zu diesem Anlaß gab das „Trieuster Tagblatt“

Denkmäler.



eine Festschrift heraus. Für das schweizerische Habsburgschießen spendete Kaiser Franz Josef eine Silbergruppe, Rudolf von Habsburg, der das Pferd mit dem Priester am Zügel führt (Öst. Ill. Ztg., 9. Juni). Ein schönes Lanner-Strauß-Denkmal von Hans Mauer wurde in Baden bei Wien enthüllt (Öst. Ill. Ztg., 13. Okt.), ein Kaiser-Franz-Josef-Denkmal von Fritz Weghaupt in Wiener-Neustadt (ebenda). Weghaupt schuf auch die Figur Otfers, des Begründers von Maria-Zell (27. Okt.). Th. Charlemont entwarf ein schönes Denkmal für Gluck, das vor dem neuen Konzerthaus aufgestellt werden sollte (Öst. Ill. Ztg., 28. Juli). Das treffliche Denkmal für Katharina Lanz, das Mädchen von Spinges, von Parschall wurde zu Buchenstein in Tirol enthüllt (Öst. Ill. Ztg., 30. Juni). Leider scheiterte Parschalls geniales Andreas-Hofer-Projekt für Wien. Ein Denkmal Rud. Alts von Scherpe wurde vor der Minoritenkirche in Wien aufgestellt (Öst. Ill. Ztg., 3. Nov.). Für Karlsbad modellierte Max Hiller ein Bronzerelief Peters des Großen, wie er dort 1712 einem Maurer die Kelle aus der Hand nahm und selbst mauerte (Ill. Ztg., 29. Aug.). In Zombor wurde ein Denkmal für Rakoczy II. errichtet, modelliert von Jul. Jantovits (Öst. Ill. Ztg., 21. April). Für die Ehrenhalle der Wiener Universität schuf Heinrich Scholz ein Denkmal Wilhelms v. Hartel (Ill. Ztg., 13. Juni). J. Lautenhayn modellierte ein Denkmal Anton Bruckners für den Arkadengang der Wiener Universität. Der berühmte Dondichter war Ehrendoktor der Universität. Dem Pfarrer Sebastian Kneipp wurde ein Denkmal von R. Wollek im Wiener Stadtpark errichtet (Ill. Ztg., 10. Okt.). In Bürglitz (Böhmen) wurde dem Geiger und Komponisten Ferd. Daub ein Denkmal von Sapit enthüllt (Öst. Ill. Ztg., 11. Aug.). Sehr gelungen ist die Stelzhamerbüste von Franz Zelezny (Öst. Ill. Ztg., Febr.).

Der Maler Gustav Klimt regte die Gründung eines Kunstbundes an, der vor allem der Kunst, nicht den Künstlern dienen sollte, wie alle bisherigen Künstlervereinigungen.

Italien.

Auf den König von Italien gab der Anarchist Antonio Dalba am 14. März zwei Schüsse ab; es wurde nur der begleitende Major Langh verwundet. — Professor Enrico Ferri trat am 12. April aus der sozialistischen Partei aus wegen ihres Protestes gegen die Annexion von Tripolis. — Die Luftschiffe schienen sich in Tripolis zu bewähren. — Durch ein neues Wahlgesetz sollte die Zahl der Wähler von drei auf mehr als acht Millionen erhöht werden, auch für Analphabeten. — Der Sozialistenkongreß 9. Juli schloß einige Abgeordnete aus der Partei aus, weil sie den König nach dem Mordanschlag zu seiner Rettung beglückwünschten und die Annexion von Tripolis billigten. — Der Minister des Außern San Giuliano stellte am 18. Dezember in der Kammer die vorzeitige Erneuerung des Dreibundes in volles Licht. „Im übrigen schafft der Besitz von Libyen, indem er den Wert des Dreibundes steigert, Interessenbeziehungen zwischen den drei großen Nationen, die berufen sind, Nordafrika zu zivilisieren: Italien, England und Frankreich.“ Die Ernennung des Generals Conrad v. Hötzendorf zum Generalstabschef stehe nach Mitteilung des Grafen Berchtold in keiner Beziehung zur auswärtigen Politik.

Der Feldzug in Tripolis offenbarte die Wichtigkeit der „vierten Waffe“, des Flugzeugs.

Der wieder aufgebaute Campanile in Venedig wurde in Gegenwart des Königs eingeweiht.

D'Annunzios „Sang an die Dardanellen“ wurde in ganz Italien verboten wegen der heftigen Angriffe auf Österreich. Der Ertrag der in Venedig erschienenen Schrift war den Hinterbliebenen von gefallenem Tripolis-kriegern zugedacht gewesen.

Frankreich konnte sich eines großen Mehrertrags der indirekten Steuern und Monopole über den Voranschlag hinaus erfreuen; er betrug 338 Millionen. — In der Armee entfaltete die „Action Française“ durch Zusendung von royalistischen Flugschriften und Aufrufen eine nicht geringe Tätigkeit. — Anlässlich der Enthüllung der Denkmäler für Königin Viktoria in Nizza und Edward VII. in Cannes fanden am 12. April große demonstrative Festlichkeiten statt. — Über die Meuterei der Truppen in Fez wurde eine Untersuchung eingeleitet. — Automobilbanditen beunruhigten Paris und Umgebung. Ihr letzter Schlupfwinkel wurde nach Belagerung und Sturm durch eine Melinitbombe gesprengt. — Die fünfhundertste Wiederkehr des Geburtstages der Jungfrau von Orleans (19. Mai) wurde von Royalisten und „Klerikalen“ als Parteifest im ganzen Lande gefeiert. — Die Statistik stellte bereits ein Überwiegen der Todesfälle über die Geburten fest; man beantragte dagegen Prämien für Mütter von vier Kindern, die durch Besteuerung der Junggesellen und kinderlosen Ehepaare oder solcher, die nur ein Kind haben, erlangt werden sollten. — Eine Sammlung für Militärflugzeuge blieb weit hinter den Erwartungen zurück. — Zur Feier des zweihundertsten Geburtstages J. J. Rousseaus bewilligte die Kammer 30.000 Franken. — Eine Studentenversammlung protestierte am 13. Juni gegen das massenhafte Eindringen ausländischer Elemente, die den französischen Studenten den Platz entzogen. — Nach einem Bericht des Finanzministers vom 22. Juni waren seit Durchführung des Gesetzes über die Trennung der Kirche vom Staat von den unter Sequester gestellten 68.551 kirchlichen Anstalten 47.425 vollständig liquidiert und den Wohltätigkeitsanstalten der Gemeinden und Departements bereits 335 Millionen zugestanden worden. — Der erste nationale Freidenferkongress in Ville 15. August sprach sich für die Nukleierung der Kultusgebäude als Eigentum des Volkes aus und befürwortete eine Kampforganisation gegen die „furchtbare Organisation der Klerikalen“ und für die endgültige Befreiung des französischen Volkes. — Die Menschenrechtsliga forderte die Regierung auf, sich der französischen Juden in Rußland anzunehmen; Poincaré antwortete ablehnend, da auch Amerika in dieser Sache nichts erreicht habe. — Nachdem Bourgeois die Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik ablehnte, kandidierte Ministerpräsident Poincaré (27. Dez.).

Frankreich.

Frankreich verlor in diesem Jahr den berühmten Mathematiker und Physiker Jules Henri Poincaré, einen Vetter des Politikers, den Komponisten Massenet und Paul Robin, den Vorkämpfer des Neomalthusianismus.

Die aus der Römerzeit stammende Arena von Paris wurde an ein Syndikat vermietet, um Theatervorstellungen zu veranstalten (Zll. Ztg., 11 Jan.).

Beim internationalen Wettfingen zu Paris gewann der Gesangsverein der Prager Lehrer unter 142 Männerchören den Großen Preis von 10.000 Franken.

J. Massenets Oper „Roma“ wurde in Monte Carlo zum erstenmal aufgeführt. Dem Text lag Parodis Schauspiel „Das besiegte Rom“ zugrunde, von Sarah Bernhardt hundertfach dargestellt; ein Sensationsdrama ohne Wert. Die lyrische Musikkragödie „Dejanira“ von Saint Saëns wurde auch in Dessau aufgeführt (Zll. Ztg., 11. Jan.).

Armand Dayots „Renaissance en France“ war ein Bilderwerk von dokumentarem Wert, eine Fortsetzung von „Louis XIV.“, „Régence“, „Révolution“, „Napoleon“, „Restauration“, „1830—1848“, „Zweites Kaiserreich“, „Invasion und Kommune“.

An Stelle der gestohlenen Gioconda wollte man ein eben für 150.000 Franken angekauftcs Frauenbildnis von Corot aufhängen.

Für das Pariser Pantheon schuf Alb. Bartholomé ein Rousseau-Denkmal (Zll. Ztg., 11. Apr.). Dem portugiesischen Dichter Camoens wurde zu Paris ein Denkmal errichtet (Zll. Ztg., 20 Juni). Der Futurismus grassierte in der französischen Malerei (Ost. Zll. Ztg., 14. April). Die italienischen und französischen Futuristen stellten in Hamburg aus. Ihr Programm war: „Wir wollen die aggressive Bewegung, die fiebrige Schlaflosigkeit, den gymnastischen Schritt, den gefährvollen Sprung, die Ohrfeige und den Faustschlag preisen . . .“

England.

Die englische Regierung konnte nicht länger zögern, mit einer Homerule-Bill für Irland Ernst zu machen. Danach sollte das neu zu schaffende irische Parlament volle Kontrolle über Zölle und Abgaben erhalten. Zwischen Irland und England soll aber Freihandel bestehen. Irland soll für die Dauer von fünfzehn Jahren einen Zuschuß seitens des Reichs erhalten, danach aber mit einem Prozentsatz seiner Einnahmen zur Deckung der Reichsausgaben herangezogen werden. Das neue irische Parlament soll aus zwei Häusern bestehen: einer gesetzgebenden Versammlung und einem gesetzgebenden Rat. Doch bleibt Irland auch weiterhin im Reichsparlament vertreten, aber mit verminderter Abgeordnetenzahl. Gesetzgebung über Marine, Heer, Miliz, auswärtige Politik, Münzwesen, Dockanlagen, Küstenbeleuchtung fällt nicht ins Gebiet des irischen Parlaments. Minister Churchill wollte darüber am 8. Februar in Belfast reden, aber die „Unionisten“, die Gegner von Homerule, hatten ihm alle großen Säle vorweggenommen; so mußte er im Freien sprechen. Er sagte, die Zukunft des britischen Reiches liege im Übergang zum föderativen Staat, wie er in Deutschland und Amerika erfolgreich bestehe. Sollte das irische Parlament, wie man in Ulster behauptet, die protestantische Minderheit vergewaltigen, so werde die britische Regierung



und das Reichsparlament solche Gesetze inhibieren. Den Gedanken der völligen Trennung Irlands wies er als unmöglich zurück. — Im englischen Unterhaus wurde die Frage erörtert, ob zuerst Home-rule oder die Reform des Oberhauses erledigt werden solle.

Premierminister Asquith brachte wirklich am 11. April im Unterhaus die „Government of Ireland Bill“ ein; danach sollte das Haus der Gemeinen aus 164 Mitgliedern bestehen, von denen 59 das protestantische Ulster vertraten. Der Senat zählt 40 Mitglieder und wird zunächst von der Reichsregierung für eine bestimmte Zahl von Jahren ernannt, doch werden diese Mitglieder in einem gewissen Turnus ausscheiden und ihre Plätze durch Mitglieder, die von der irischen Exekutive zu ernennen sind, ausgefüllt werden. Für den Schutz der religiösen Gleichberechtigung werden besondere Bestimmungen getroffen. Der Lordleutnant von Irland, der an der Spitze der irischen Exekutive steht, wird die Vollmacht haben, gegen jedes Gesetz auf Anweisung der Reichsregierung sein Veto einzulegen oder dessen Geltung aufzuschieben. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Senat und Gemeinen werden die beiden Häuser eine gemeinsame Sitzung abhalten, gemeinschaftlich beraten und abstimmen. Irland wird nur 42 Vertreter im englischen Parlament haben. In der irischen Verwaltung bestand damals ein Defizit von ein- einhalb Millionen Pfund. — Nach dreitägiger Generaldebatte wurde die erste Lesung dieser Home-rulebill mit 360 gegen 266 Stimmen am 16. April angenommen. Der irische Nationalkonvent zu Dublin stimmte ihr am 23. April mit Begeisterung zu. Aber in Londonderry fand am 21. September eine Protestversammlung der Protestanten gegen Home-rule unter Vorsitz des Herzogs von Abercorn statt und darauf auf den Straßen ein blutiger Zusammenstoß mit den Nationalisten. Auch in Liverpool beteiligten sich an einer Demonstration gegen Home-rule am 23. September hunderttausend Personen. Auch im Unterhaus kam es am 12. November zu stürmischen Szenen. Der Unionist Bull nannte Asquith einen Verräter und wurde, da er sich weigerte, den Ausdruck zurückzunehmen, aus dem Hause gewiesen. Ein Unionist warf ein Buch nach den Ministern, das Churchill am Kinn traf. Asquith wurde mit Papier beworfen, und es wäre beinahe zu Schlägen gekommen. Doch erfolgte am 18. November ein Kompromiß.

Daneben lief die Agitation für das Frauenwahlrecht. Am 1. März durchzogen die Wahlweiber die Straßen Londons und zertrümmerten die Ladenfenster sowie die Fensterscheiben des Regierungsgebäudes in Downing Street. Wegen Ruhestörungen vor dem Parlamentsgebäude wurden am 4. März zweihundert Frauenrechtlerinnen verhaftet. Statt der bisherigen einfachen Gefängnisstrafen wurde auch auf Zwangsarbeit erkannt. Bei einer von Studenten organisierten Gegendemonstration am 7. März wurden viele Suffragetten tödlich angegriffen. Zwei Wahlweiber, die am 18. Juli während des Besuches des Premier Asquith in Dublin versucht hatten, das königliche Theater in Brand zu stecken, wurden am 7. August zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Eine Wahlrechtsreformvorlage wurde am 17. Juni im Unterhaus eingebracht; sie sollte das Pluralwahlsystem und die Vertretung der Universitäten abschaffen. Jeder sollte stimmberechtigt sein, der sechs Monate lang ununterbrochen seinen Wohnsitz im Wahlkreis gehabt oder dort seinen Beruf

Frauen-  
wahl.

ausgeübt habe. Auch die Wahlkreise sollten neu eingeteilt werden. Gegenwärtig besaßen etwa vier Millionen Männer kein Stimmrecht; durch das neue Gesetz würden zwei bis zweieinhalb Millionen Stimmen hinzukommen. Bei noch weiterer Ausdehnung wären etwa zehneinhalb Millionen Frauen stimmberechtigt geworden.

Ende Februar und anfangs März breitete sich ein Kohlenstreik über ganz England aus, so daß über eine Million Grubenarbeiter feierten, 400.000 andere Arbeiter beschäftigungslos wurden. In fünf Wochen verloren die Bergarbeiter fast zweihundert Millionen Mark. Ein Mißerfolg war auch der zehnwöchige Streik der Hafenarbeiter in London, der am 27. Juli endete.

**Titanic.** Der Riesendampfer „Titanic“ (45.000 Tonnen) der englischen „White-Star-Line“ stieß am 14. April auf seiner ersten Fahrt von Southampton nach Newyork nahe bei Neufundland mit einem Eisberg zusammen und versank. Gerettet wurden durch den Dampfer „Carpathia“ 202 Passagiere erster Klasse, 115 zweiter, 178 vom Zwischendeck, 210 Offiziere und Mannschaften, insgesamt 705 Personen von den 2340, die sich an Bord befanden. Es ertranken 120 Personen erster, 205 zweiter Klasse, 572 Zwischendecker und 730 Offiziere und Mannschaften, also insgesamt 1635. Unter den Ertrunkenen waren einige Milliardäre, auch der englische Pazifist W. Stead. Will. Thomas Stead hatte in einer Novelle „Zwischen der Alten und der Neuen Welt“ das jetzt eingetretene Unglück visionär vorausgesehen und beschrieben. Unter den untergegangenen Werten befand sich der Blaue Diamant, der Hopediamant, der allen Trägern Unglück brachte (Marie Antoinette, Abdul Hamid); ihn hatte kürzlich eine junge lebenslustige Amerikanerin angekauft, die mit ihm unterging. Zu rühmen ist der Selbstenmut so vieler Unglücklichen angesichts des Todes. Die Musikkapelle spielte untergehend den Choral „Näher, mein Gott, zu dir . . .“ — Die White-Star-Line beabsichtigte damit den Rekord der Cunard-Linie von fünf Tagen elfeinhalb Stunden zu brechen. Das Schiff hatte einen Wert von dreißig Millionen Mark.

Eine langwierige Untersuchung in London ergab nach sechsunddreißig Sitzungen am 3. Juli folgendes Urteil: „Welche Vorsichtsmaßregeln das Handelsamt auch hätte anordnen mögen, die Verwegenheit der Titanic-Offiziere hätte sie alle zunichte gemacht. Es ist zu hoffen, daß kein Schiff je wieder ein so völlig unnötiges Risiko laufen werde, und daß jeder Kapitän sich bewußt werde, daß die paar Tage oder Stunden, die länger zu einer Reise von England nach Amerika gebraucht würden, wenig zu bedeuten hätten gegenüber der ungeheuren Gefahr der rücksichtslosen Raserei über den Ozean, besonders wenn Warnungen vorliegen.“ Als besondere Fehler in der Führung der „Titanic“ bezeichnete der Vorsitzende des Untersuchungskomitees Lord Mersey den Mangel eines genügenden Ausgucks und die unverminderte Schnelligkeit. Dem Kapitän der „California“ wurde vorgeworfen, daß er die Gefahrssignale der „Titanic“ unbeachtet ließ.

**Casement.** Der britische Generalkonsul Sir Roger Casement (später berühmt durch seinen tragischen Fall im Weltkrieg), der 1910 vom Auswärtigen Amt damit beauftragt wurde, über die haarsträubende Behandlung der eingebornen Indianer in den Gummiwäldern der „Peruvian Amazon Company“ eine Untersuchung anzustellen, gab seinen Bericht in einem Blaubuch 15. Juli.

England trat von der Brüsseler Zuckerkonvention zurück. — Man war empört über das amerikanische Panamakanalgesetz. Amerika hatte zuerst allen

Staaten unparteiische Meistbegünstigung zugesagt, nun aber sprach es sich selber von jeder unter den Vertrag fallenden Verpflichtung gänzlich frei. Dagegen protestierte die englische Regierung am 14. November.

Die Admiralität erwarb ein Luftschiff von der Berliner Parfavalgesellschaft. Ein großer Militärluftkreuzer „Beta“ ging vollständig in Trümmer.

Lord Lister, der Begründer der antiseptischen Wundbehandlung, starb im fünfundsachtzigsten Jahr, W. Booth, der General der Heilsarmee, im dreundschtzigsten Jahr; der Deutsche Kaiser ließ an seinem Sarg einen Kranz aus weißen Lilien niederlegen.

Das englische Varieté wurde durch einen Besuch des englischen Königs-paares im Palasttheater zu London am 1. Juli offiziell als gesellschaftsfähig anerkannt; der Raum war bei diesem Anlaß mit drei Millionen Rosen dekoriert.

Ein sehr absonderlicher geflügelter Genius, modelliert von Jakob Epstein, wurde auf Oskar Wildes Grab in Paris aufgestellt (Est. Ill. Ztg., 23. Juni).

Henry Morton Stanleys Selbstbiographie „Mein Leben“ wurde von Gust. Meyrink und Alchim Klosterlein übersetzt.

Ganz naturalistisch ist das Weihnachtsbild von Balfour Kerr (Ill. Ztg., 12. Dez.). Mann und Frau sitzen in der tiefen Dämmerung und im Schnee auf einer Bank, er als Zimmermann durch das Bündel mit dem Beil bezeichnet, das neben ihm liegt, das Lodenhüttlein auf dem Kopf; an ihn schmiegt sich frierend ein Weib, das nur durch einen dünnen Heiligenschein als Maria gekennzeichnet ist.

In Spanien bildete sich eine republikanische Partei unter dem Namen Spanien der Reformisten; man wollte, wie ihr Gründer Melquiades Alvarez sagte, dem Mittelstand aufhelfen und Gewähr bieten gegen revolutionäre Unordnung und sozialen Umsturz, auch für Schutz der Religion bei Anstrengung der Trennung von Kirche und Staat. — José Ferrandiz, ein früherer Geistlicher und Verfasser eines deutschen Werkes über „Das heutige Spanien“, wurde wegen eines Artikels über den katholischen Philosophen Balmeß zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch gegen viele Abgeordnete der äußersten Linken wurden Strafprozesse wegen antikirchlicher Artikel eingeleitet. — Am 13. Oktober wurde der Pyrenäendurchstich des Semportberges bei Canfranc vollendet; er kürzte den Weg Madrid—Paris um hundert Kilometer ab. — Ministerpräsident Canalejas wurde am 12. November vom Anarchisten Serrato erschossen; dieser tötete sich sofort selbst. — Über das Marokko-abkommen mit Frankreich urteilte der frühere Minister Gasset (16. Dez.): „Anstatt Millionen nach Marokko zu schicken, wäre es besser, neue Schulen zu gründen, die Landwirtschaft zu verbessern, Straßen anzulegen. Mella erklärte am 18. Dezember in der Kammer, England bereite den Spaniern so viele Hindernisse, daß sich diese andere Bündnisse und Freundschaften suchen müssen. Spanien spiele an der Meerenge die traurige Rolle eines Türhüters von England. Lerroux meinte, man müsse Ceuta in ein Gibraltar umwandeln und mit Portugal ein Bündnis schließen.

Die Republik Portugal kämpfte gegen Priester, streifende Arbeiter, Royalisten und mit sich selbst in politischen Zwistigkeiten. Die Regierung leugnete, daß geheime Verträge mit England oder Deutschland über portugiesische Besitzungen bestünden. Die Gesandtschaft beim Vatikan wurde aufgehoben. Der Familie Braganza wurde gestattet, von ihrem beweglichen Privateigentum wieder Besitz zu ergreifen. Im Juni bildete sich ein ganz

Portu-  
gal.



unparlamentarisches Kabinett. Ein monarchistischer Putsch im Norden, zu dem Aufständische aus Spanien herüberkamen, mißlang im Juli. Die Streitfälle über den Rückkauf der Kirchengüter wurden dem internationalen Schiedsgericht im Haag überlassen.

Belgien.

Die Neuwahlen zur belgischen Kammer im Juni ergaben 101 Klerikale, 44 Liberale, 39 Sozialdemokraten, 2 christliche Demokraten. Die Erregung der antiklerikalen wallonischen Landesteile machte sich in Krawallen Luft, bei denen Barrikaden gebaut und Leute getötet, verletzt und verhaftet wurden, so in Lüttich, Gent, Arlo, Charleroy. Ein Wallonenkongreß in Charleroy 20. Oktober erklärte sich gegen eine getrennte Verwaltung der flämischen und wallonischen Landesteile, um die Einheit Belgiens nicht zu schädigen. Der neue Ministerpräsident Brocquevilles sprach am 12. November in der Kammer die Befürchtung aus, daß in einem eventuellen Krieg zwischen Frankreich, dem Deutschen Reich und England die belgische Neutralität bedroht sei. Er empfahl deshalb Militärreformen zur Verbesserung der Landesverteidigung. Das Heer wurde verdoppelt.

Edgar Tinel, der berühmte belgische Dondichter, starb zu Brüssel als Direktor des königlichen Konservatoriums, der Nachfolger Gevaerts, ein strenggläubiger Katholik, konservativ als Künstler. Das Märchenpiel „Der blaue Vogel“ von Maeterlinck, Musik von Humperdinck, wurde auch in Wien aufgeführt als Weihnachtsmärchen.

Luxemburg.

Nach dem Tode des Großherzogs Wilhelm von Luxemburg 25. Februar folgte ihm seine 1894 geborene Tochter Maria Adelheid unter der Regentschaft ihrer Mutter. Sie wurde aber bereits am 14. Juni nach Vollendung ihres achtzehnten Lebensjahres für großjährig erklärt und übernahm nun selbst die Regierung. Sie erklärte in der Thronrede am 18. Juni: „Das Großherzogtum verdankt sein Gedeihen den internationalen Verträgen, die seine Unabhängigkeit und Neutralität verbürgen. Im Recht liegt Unsere Kraft. In Erfüllung Unserer Pflichten wollen wir so handeln, daß niemals der geringste Zweifel über die Geradheit und Aufrichtigkeit Unserer Absichten obwaltet. . . Sproß aus dem Stamme Nassau, werde Ich treu bleiben dem Wahlspruch Unseres Hauses: Je maintiendrai!“ — Die Neutralität Luxemburgs war auch dadurch tatsächlich garantiert, daß es weder strategische Anlagen noch Truppen besitzen durfte.

Schweiz.

In der Schweiz ergab am 4. Februar die Volksabstimmung über das Bundesgesetz über die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit und Unfall 284.000 Stimmen dafür und 236.000 dagegen, also merkwürdigerweise fast keine Differenz. — Der Bundesrat hielt im Februar die Beschaffung von Geschützmaterial und Maschinengewehren um fünfzehn Millionen Franken für nötig. — Der Züricher Kantonsrat beschloß, daß Lehrerinnen, die sich verheiraten wollen, vom Amte zurücktreten müssen. — Im Juni forderte der Nationalrat einunddreißiginhalf Millionen für Heereserfordernisse. — Der Deutsche Kaiser nahm an den Septembermanövern teil. Er sagte am 6. September in Bern beim Festmahl: „Nach dem Willen der Vorsehung hat sich inmitten der vier benachbarten Großmächte die schweizerische Eidgenossenschaft als wohlgeordneter, allen friedlichen Bestrebungen zugewandter,

auf seine Unabhängigkeit stolzer, neutraler Bundesstaat entwickelt . . . Ein großer Teil der Schweiz hält am deutschen Geistes- und Gemütsleben fest, und der Austausch ideeller wie materieller Güter ist in der Tat ebenso umfangreich wie natürlich. Sie verehren wie wir in Schiller einen Ihrer Nationaldichter, anderseits sind die Werke Ihrer Geistesheroen, wie Gottfried Keller und R. F. Meyer, Gemeingut auch unseres Volkes geworden . . . Seit fünfundzwanzig Jahren bin ich stets ein guter Freund der Schweiz gewesen, und so soll es, was an Mir liegt, auch bleiben." Im Depechenwechsel zum Abschied freute sich der Bundesrat, daß die militärischen Leistungen des Kaisers wohlwollende Anerkennung gefunden hatten. Auch sonst äußerte der Kaiser gelegentlich sein und seiner Generale Urteil, daß die eidgenössische Armee vollständig befähigt sei, die Grenzen der Schweiz zu schützen. Fragen der aktuellen Politik wurden nicht besprochen.

Bei Gelegenheit des Kaiserbesuchs in der Schweiz untersuchte Professor Walter Burckhardt (Bern) die staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern (Jll. Ztg., 12. Sept.). Der Kaiser schenkte dem Bundesrat zum Andenken eine kostbare Standuhr aus der königlichen Porzellanmanufaktur zu Berlin (ebenda).

Zu den Rousseau-Festen in Genf wurde das Singspiel „Der Dorf-wahrsager“ von Rousseau im Freien aufgeführt (Jll. Ztg., 11. Juli).

Der König von Dänemark, Friedrich VIII., starb auf der Reise in Hamburg im neunundsechzigsten Jahr am 14. Mai. Sein Nachfolger war Christian X., geboren 1870, vermählt mit Alexandrine von Mecklenburg, einer Schwester der deutschen Kronprinzessin. Der Deutsche Kronprinz und Kronprinzessin Cécilie wohnten der Beisetzung im Dom zu Roskilde bei.

Dänemark, Norwegen und Schweden deklarierten am 21. Dezember zu Stockholm ihre gemeinsame Neutralität. — Der schwedische Dichter August Strindberg starb, 63 Jahre alt, zu Stockholm. R. Eldh entwarf ihm ein Denkmal (Öst. Jll. Ztg., 3. März).

Das norwegische Odelsthing nahm am 18. Jänner den Gesetzentwurf an, wonach Frauen unter den gleichen Bedingungen wie Männer Staatsämter erhalten können, ausgenommen Ministerposten, geistliche, diplomatische, konsular- und militärische Ämter. — Als der Ministerpräsident Konow am 8. Februar in einer Rede für die Einführung der Bauernsprache, des Landsmaal, als Landessprache statt der geltenden norwegisch-dänischen Reichssprache eintrat, reichten drei Minister ihre Entlassung ein. Der Sozialdemokratische Parteitag in Christiania 10. April proklamierte Neutralität in dieser das ganze Land erregenden Sprachenfrage. — Norwegen war stolz auf seinen Landsmann Amundsen, den Entdecker des Südpols; man eröffnete nun eine Nationalsubskription zur Durchführung einer großen Nordpolexpedition. — Ein Björnson-Denkmal von Munthe Evendsen wurde in Christiania enthüllt (Öst. Jll. Ztg., 17. März).

Der russische Ministerpräsident Kowzew verteidigte gegen Rußland. Angriffe in der Duma am 14. März die Regierung und den Zarismus „am Vorabende des Jubiläums des Befreiungskrieges von 1812 und der dreihundertjährigen Regierung des Hauses Romanow“. — Für den Bau

einer Schwarzen-See-Flotte forderte die Regierung elfeinhalb Millionen Rubel. — Im Prozeß gegen die armenische Revolutionspartei erfolgten am 2. April gegen 146 Angeklagte Verurteilungen und (94) Freisprechungen. — Die Einführung des allgemeinen Volksschulunterrichts wurde wieder hinausgeschoben. — Die Zahl der aus dem ganzen Reich in den letzten zwölf Jahren ausgewanderten Juden betrug 765.531 oder vierzig Prozent der gesamten Auswanderung. — Am 7. September wurde die Zentenarfeier der Schlacht bei Borodino abgehalten. — Ein Denkmal Alexanders III. († 1894) wurde zu Moskau enthüllt (Ill. Ztg., 20. Juni). — Der Wahlauftrag der Kadetten (10. Sept.) klagte, daß die großen Verheißungen des Oktobermanifestes nicht verwirklicht worden seien, da überall der Ausnahmezustand herrsche. Die Reichsduma wurde am 12. September aufgelöst. Das Ergebnis der Wahlen zur vierten Duma war unter 444 Abgeordneten nach der amtlichen Liste: Rechte 63, Nationalisten 90, Zentrum 34, Oktobristen 95, Muselmanen 7, Polen 15, Fortschrittler 45, Kadetten 59, Arbeiterpartei 10, Sozialisten 15, Wilde 9. Andere Zählungen weichen davon ab. Die Geistlichkeit war durch 49 Mitglieder vertreten. Die rechten Parteien hatten gewonnen, die linken verloren. Die vierte Reichsduma wurde am 28. November eröffnet. — Bedenklich waren die Meutereien und Verschwörungen in Heer und Flotte. Infolge davon tötete sich der Admiral Tschagin, Kommandant der kaiserlichen Yacht „Standart“. Der Thronfolger soll da verwundet worden sein. Die amtliche Erklärung über seine Krankheit vom 4. November klingt sehr rätselhaft.

Zu Taurroggen ließ Graf Yorck von Wartenburg seinem Urgroßvater ein Denkmal setzen, zur Erinnerung an die in der Poscherumer Mühle geschlossene Konvention. — Der Witwe Tolstoi verließ der Zar eine Pension von 10.000 Rubel. — „Österreichs Illustrierte Zeitung“ (17. März) bringt eine Abbildung der verborgen gehaltenen polnischen Krone.

Serbien. Österreich protestierte dagegen, daß sich der König von Serbien bei einem Besuch kroatischer Studenten als „König der Südslawen“ anrufen ließ. Der Magistrat von Belgrad ließ das vom Prinzen Eugen seinerzeit errichtete Haus zerstören, um jede Spur österreichischer Besetzung zu beseitigen.

Dem Begründer des modernen Rumäniens, dem Fürsten Alexander Johann Cuşa, wurde zu Jassy ein Denkmal errichtet (Öst. Ill. Ztg., 23. Juni).

Balkanvölker. Über das Völkergewimmel der Balkanhalbinsel berichtete die „Frankfurter Zeitung“ 10. November, man zähle etwa zwanzig Nationalitäten. „Wir nehmen sieben Hauptgruppen an: Türken, Griechen, Bulgaren, Serben, Rumänen, Albaner, Zinzaren oder Kuzowalachen. Also Slawen und Gräko-latinen. Bei den Türken unterscheidet man eigentliche Türken, Turkmänen und Tataren; bei den Serben eigentliche Serben, Bosniaken, Tschernagorzen (Montenegriner), Uskoken usw. Außerdem wohnen auf der Balkanhalbinsel Bruchteile von Russen, Polen, Deutschen, Magyaren, Juden, Arabern, Armeniern, Tscherkessen, Zigeunern. Die Türken wohnen nicht geschlossen,



sondern zerstreut, und sie ziehen sich langsam nach Konstantinopel und Kleinasien zurück. Von den 6,130.000 Einwohnern des bisherigen türkischen Gebiets in Europa waren nur noch 1,360.000 Türken, also ein Fünftel. Unvermischte Griechen wohnen in den südlichen Teilen Albaniens (Epirus) und Makedoniens, an den Küsten des Ägäischen und des Schwarzen Meeres bis hinauf zur Mündung der Donau, auf den Inseln des Ägäischen Meeres und an den Küsten Kleinasiens. Die Bevölkerungszahl des Königreichs beträgt gegenwärtig 2,632.000; die Zahl der Griechen überhaupt dürfte etwa acht Millionen betragen. Die Bulgaren wohnen ziemlich geschlossen im heutigen Königreich sowie in einem großen Teil von Makedonien; im Westen greifen sie nach Serbien und Albanien über, im Süden sind sie mit Albanern, Türken und Griechen gemischt. Von den 1,531.000 Einwohnern Makedoniens sind 410.000 christliche und 46.000 mohammedanische Bulgaren (Pomaken), 350.000 Albaner, 28.000 Türken, 145.000 Griechen, 120.000 Serben, 95.000 Zinzaren, 48.000 spanische Juden (zumeist in Saloniki). Der Rest besteht aus Zigeunern und Fremden. Man sieht, daß aus Makedonien nicht leicht ein lebensfähiger autonomer Staat zu bilden ist. Am übelsten sind die Serben daran; sie füllen nicht einmal ihr eigenes Königreich aus, das sie im Südosten mit Bulgaren und Albanern, im Nordosten mit Rumänen teilen müssen. Die Hauptmasse ihres Stammes wohnt in Bosnien, Montenegro, Türkei, Ungarn. Das Königreich Serbien zählt 2,930.000 Einwohner; die Zahl der in der bisherigen Türkei wohnenden Serben wird von ihnen auf 1,340.000 angegeben. Die Albaner, auch Skiptaren und Arnauten genannt, Nachkommen der alten Pelasger, sollen etwa einunddreiviertel Millionen zählen; im Norden sind sie mit Serben, im Osten mit Bulgaren, im Süden mit Griechen vermischt; in Süditalien leben etwa 100.000 Albaner; Crispi war albanischer Abstammung. Die Zinzaren, auch Makedo- oder Kuzowalachen genannt, sind den Rumänen verwandt; ihren Namen haben sie davon, daß sie die Zahl fünf nicht „tschintsch“ wie die Rumänen, sondern „zinz“ aussprechen. Sie zählen etwa 300.000 Köpfe und sind mit Albanern und Griechen gemischt. Von den Rumänen wohnen südlich der Donau, in Serbien und Bulgarien, höchstens noch 200.000. Nach den türkischen Schätzungen zählte Konstantinopel 1885 rund 874.000 Einwohner, darunter 385.000 Türken, 153.000 Griechen, 156.000 Armenier, 45.000 Juden, 5000 Bulgaren und 130.000 Fremde, davon 50.000 aus dem griechischen Königreich. Neuere Schätzungen geben die Zahl der Einwohner samt Vororten auf 1,129.000 an, darunter 557.000 Mohammedaner, 275.000 Griechen, 105.000 Armenier, 45.000 Juden, 7200 Bulgaren, 140.000 Fremde. Am Rückgang der Armenier ist das Blutbad schuld, das Abdul Hamid 1896 und 1897 unter ihnen anrichten ließ.

Über die höchst verwickelten Bevölkerungsverhältnisse auf dem Balkan orientierte auch Albrecht Wirth (Zll. Ztg., 5. Dez.).

Von der Bagdadbahn wurde gegen Ende des Jahres die neue Strecke von Aleppo nach Radjou im Amanusgebirge und von Aleppo nach Djerabulus am Euphrat eröffnet in einer Länge von 200 Kilometern.

Über die Wiederbewässerung Babyloniens schrieb Rud. Tholens in der „Illustrierten Zeitung“ 2. Mai.

General Ritchener eröffnete am 27. Februar im Sudan die 375 Kilometer lange Bahnlinie Chartum—Dbeid. Zur Vervollendung der fast 8000 Kilo-

Bagdad-  
bahn.

meter langen Linie vom Kap nach Kairo fehlten nur noch die 800 Kilometer zwischen El Obeid und Stanley Ville im Kongo. Am 23. Dezember wurden in Assuan die großen Stauwerke zur weiteren Ausbreitung der regelmäßigen Nilüberschwemmungen eröffnet.

Amerita.

Die Vereinigten Staaten waren voll vom Wahlkampf um die Präsidentschaft. Offizieller Kandidat der republikanischen Partei war der derzeitige Präsident William Howard Taft; offizieller Kandidat der demokratischen Partei war der ehemalige Professor Dr. Thomas Woodrow Wilson, Gouverneur von New Jersey. Theodor Roosevelt kandidierte selbständig als Vertreter der von ihm neugegründeten Nationalen Fortschrittspartei. Präsident Taft beschuldigte Roosevelt, er habe sein feierliches Versprechen, nicht mehr zu kandidieren, gebrochen; das läßt für die Zukunft schließen, daß Roosevelt lebenslänglich Präsident sein wolle. An den Präsidentschaftswahlen waren 26,999.151 Bürger berechtigt; davon waren hier geborne Weiße von amerikanischer Abstammung 48·9 Prozent, von ausländischer Abstammung 16·7 Prozent, im Ausland geborne Weiße 24·6 Prozent, Neger 9·1 Prozent, andere 0·7 Prozent. Das Programm der republikanischen Partei hielt am Schutzoll fest, empfahl jedoch Herabsetzung einiger Einfuhrzölle und gelegentliche Tarifrevision, einen neuen Vertrag mit Rußland zum Schutz amerikanischer (jüdischer) Staatsbürger, Ausbau der Kriegs- und Handelsflotte, Fortsetzung der Antitrust-gesetzgebung. — Roosevelt stellte sich an die Spitze einer neuen sogenannten Fortschrittspartei, da es sich gezeigt habe, wie wenig das Volk unter den jetzigen Verhältnissen regiere. Das Volk, nicht die gesetzgebenden Versammlungen sollen über die Grundzüge der Politik entscheiden und die Kontrolle über jeden Zweig des Staatsdienstes haben. In Bezug auf die Trusts empfahl er die Schaffung eines nationalen Industrieausschusses zur Kontrolle der großen Unternehmungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Er empfahl Lohnkommissionen zur Festsetzung von Minimallöhnen und sonst zum Vorteil der Arbeiter, auch das Frauenstimmrecht. Ferner den Schutzoll mit gewissen Einschränkungen, Achtstundentag usw. Aber alle Forderungen waren mit solchen Voraussetzungen aufgestellt, daß sie sich wieder aufhoben und anscheinend nur dem Stimmenfang dienen sollten; das gilt von allen andern amerikanischen Programmen. Roosevelt wurde am 15. Oktober in Milwaukee von einem Arbeiter angeschossen; nach seiner Genesung verkündete er am 31. Oktober in Newyork unter heftigen Angriffen auf seine Gegner seine idealen ethischen Grundsätze. „Jetzt bietet sich dem amerikanischen Volk die Gelegenheit, sich jener Rechte zu versichern, um die es von den beiden alten Parteien gebracht wurde. Wir wollen die goldenen Lehren der Bergpredigt auf die Tagesfragen unseres Zeitalters anwenden, statt uns an verknöcherte Formen

zu halten. Nehmen wir die jetzige Gelegenheit nicht wahr, so wird der selbstsüchtige Individualismus zu einer Gefahr für das amerikanische Volksleben werden, denn unsere Nation wird in zwei sich bekämpfende Teile zerfallen, die Klasse der Besitzenden und die der Besitzlosen; deshalb müssen wir den berufsmäßigen Politikern und den alten Parteien die Macht entreißen, die sie dem Volke gestohlen haben und die in unsere Hände gehört."

Wilson siegte am 7. November in 40 von 48 Staaten. An Volksstimmen erhielt er 6,157.000 Stimmen, Roosevelt 3,928.000, Taft 3,376.000, Debs 674.000 und Saphin 161.000 Stimmen. Wilson.

Das politische Leben in den Vereinigten Staaten stand noch immer unter dem Zeichen der beiden großen Parteien der Republikaner und der Demokraten. Jene sind zentralistischer, diese föderalistischer, so vertraten die Republikaner im Sezessionskrieg die Sache des Nordens. Aber seitdem haben sich die Programme verrückt und vermengt. Man stritt schon längst nicht mehr um Grundsätze, sondern nur um die Macht, um die freie Verfügung über Hunderttausende von Ämtern und damit über Milliarden von Dollars. Dr. Thomas Woodrow Wilson war erst seit kurzem, seit Januar 1911 Governor des Staates Neu Jersey. Er war früher Professor der Jurisprudenz, Geschichte, Nationalökonomie, Politik an verschiedenen Universitäten, war dreifacher Doktor, der Philosophie, der Literatur und der Rechte. Er schrieb über den „Staat“ (1889), eine „Geschichte des amerikanischen Volkes“ (1902) und war mit deutschem Geistesleben vertraut. Geboren war er 1856 als Pfarrerssohn in Staunton (Virginia). „Woodrow“ war der Familienname seiner Mutter. In ihm trat also zuerst ein Südstaatler an die Spitze der Union. Auffallend war auch die ungeheure Majorität, mit der er gewählt wurde und die fast ohne Beispiel war: 442 Stimmen gegen 77 (Roosevelt) und 12 (Taft). Er hatte Ermäßigung des Hochschutzzolls und Kampf gegen die preissteigernden Ringe, Monopole, Syndikate versprochen, aber vielleicht nur um zu täuschen. Denn er schwächte sofort sein Programm ab. Die Folge schien vielmehr zu beweisen, daß er durchaus in Abhängigkeit der Ringe stand.

Wilson war bereits 1892 hervorgetreten, als sich eine gewaltige Bewegung für die Beseitigung des Schutzzolls erhob, dank welcher der Wortführer dieser Bewegung, der frühere Präsident Cleveland, neuerlich zum Staatsoberhaupt gewählt werden konnte. Damals trat Wilson als einer der schärfsten Gegner des Hochschutzzollsystems auf und predigte Freihandelsgrundsätze. Später milderte er seine extremen Forderungen und setzte die Annahme der „Wilsonbill“ von 1894 durch, eine Herabsetzung der Zölle und freie Einfuhr von Rohmaterialien. Aber der schutzzöllnerische Senat erhöhte wieder manche Sätze. Wilson war auch dafür, die Shermanakte von 1890 mit den Strafen gegen Trusts streng in Kraft zu setzen. Schutzzoll und Trusts hingen ja zusammen; demgegenüber redete Wilson einer radikalen Demokratisierung der ganzen Verwaltung das Wort. So versteht man auch das von der innern Wahlpolitik auf die äußere angewendete propagandistische Schlagwort von der Demokratie im Weltkrieg.



Taft.

Präsident Taft eröffnete noch den Kongreß am 3. Dezember mit einer Botschaft. Er mahnte zur Einigkeit und Stetigkeit in der äußeren Politik, die weit über Parteikonflikte gestellt werden solle. Er bedauerte, daß der Kongreß die Schiedsverträge mit England und Frankreich nicht ratifiziere. Er nahm nach Abschluß seines Amtes die ihm angebotene juristische Professur an der Yale-Universität an.

Bright.

Als das Gebäude der „Equitable Life Assurance Company“ in Newyork am 9. Jänner abbrannte, lagen unter den Trümmern Aktien im Wert von 4000 Millionen Mark. — Die Regierung verfügte am 10. Februar den Bau einer Festung auf der Insel Flamenco am Eingang des Panamakanals in den Stillen Ozean. — Ein Rundschreiben der Regierung vom 13. Februar erklärte, daß sie eine Intervention in Mexiko nicht beabsichtige. — Die Regierung klagte am 30. März fünf Dampferlinien, darunter die Hamburger, weil sie durch ein Kartell die freie Konkurrenz im asiatischen Verkehr beschränkten. — Das Bundesgericht widerrief die Erteilung der Bürgerrechte an einen Sozialisten, weil er den Verfassungsseid nicht in gutem Glauben geleistet habe (Seattle 11. Mai). — Wegen eines Negeraufstandes auf Cuba landeten dort amerikanische Soldaten. — Der Flieger Wilbur Bright, der 1903 die ersten Drachensflüge mit Motor ausführte, starb 45 Jahre alt. — In Newyork fuhren zwei feindliche Banden in Autos durch die Stadt und erschossen ihre Gegner, wo sie sie fanden (5. Juni). — Zum Neubau des Germanischen Museums der Harvard Universität wurde am 8. Juni der Grundstein gelegt. — Das zum Flug über den Ozean bestimmte Luftschiff „Akron“, das zwei Millionen Mark gekostet hatte, explodierte schon bei der Probefahrt 2. Juli und tötete den Erbauer und die Besatzung. — Das Mandat des Senators Lorimer von Illinois, eines Werkzeugs des Fleischtrusts, wurde nach zweijähriger Untersuchung mit 56 gegen 28 Stimmen für ungültig erklärt, weil durch Bestechung erlangt (13. Juli). War das der einzige Fall? — Der Senat nahm am 2. August in geheimer Sitzung die Resolution Lodge an, daß die Regierung die Monroedoktrin von neuem bekräftigen möge. — Man baute einen Dreadnought für fünfzehn Millionen Dollars. — Auf Vorstellung Englands und anderer Staaten änderte der Kongreß die Panamakanalbill dahin ab, daß nur die in der Küstenschifffahrt verkehrenden amerikanischen Schiffe Gebührenfreiheit genießen sollten. — Bedenklich war der relative Rückgang der Viehzucht. — Drei Neger wurden in Shreveport, Louisiana, am 29. November gehängt. — Eine greuliche Sache war die Ermordung des Spielhöllenbesizers Hermann Rosenthal, angestiftet von der Newyorker Polizei, weil er dem Staatsanwalt Mitteilung von dem Tribut machte, den die Spieler an die Polizei zu zahlen hatten; der Hauptzeuge in diesem Prozeß wurde auch erschossen. Polizeileutnant Charles Becker wurde am 25. Oktober zum Tod verurteilt, weil er die Erschießung Rosenthals durch Verbrecher veranlaßt hatte, Davidsohn, der Mörder des Zeugen, wurde zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt. Vier Mitschuldige am Morde Rosenthals wurden noch am 19. November von den Geschworenen zum Tode verurteilt. — Eine Bill vom 18. Dezember schloß Analphabeten von der Einwanderung aus; sie war gegen die Südtaliener gerichtet; dagegen wurden Juden auf jeden Fall zugelassen.

An dem Sängervettstreit des Nordöstlichen Sängerbunds von Amerika zu Philadelphia, 29. Juni bis 4. Juli, beteiligten sich dreiundvierzig deutsch-

amerikanische Gesangsvereine. Gebrüder Stollwerck in Köln stifteten den Ehrenpreis (Ill. Ztg., 18. Juli).

J. Otto Schweizer entwarf das Denkmal zur Erinnerung an die Gründung der ersten dauernden deutschen Niederlassung auf amerikanischem Boden 6. Oktober 1683 im jetzigen Germantown-Philadelphia (Ill. Ztg., 5. Sept.).

Colorado Taft schuf ein Denkmal des Kolumbus für Washington. Von den Kosten, 200.000 Dollars, zeichnete Roosevelt die Hälfte (Ill. Ztg., 13. Juni). Ein gutes Richard-Wagner-Denkmal von Hermann Maxen wurde in Cleveland (Ohio) errichtet (Ill. Ztg., 14. März).

Im letzten Jahr waren für 140 Millionen Mark Kunstwerke nach Amerika eingeführt worden.

Rob. E. Peary schilderte in einem Buch die „Entdeckung des Nordpols“, ohne den vollen Beweis seiner Behauptung erbringen zu können.

Kanada wurde aufgefordert, dem Mutterlande in kritischen Zeiten Kanada. zu helfen; doch vermied man die Festsetzung eines bestimmten Beitrags. In Quebec (Kanada) wurde ein Denkmal dem Begründer der Stadt, Samuel de Champlain, errichtet (Est. Ill. Ztg., 9. Juni).

Mexiko vermehrte sich wiederholt gegen eine Einmischung der Ver- Mexiko. einigten Staaten.

Zu Santiago de Chile wurde ein Kolossalbrunnen von G. Eberlein aufgestellt, eine Stiftung der Deutschen Chiles für ihr neues Vaterland zur Jahrhundertfeier der Unabhängigkeit (Ill. Ztg., 17. Okt.).

Das australische Bundesparlament nahm am 1. Oktober das Mutterschaftsprämiengesetz an, wonach jeder Wöchnerin hundert Mark aus der Staatskasse ausbezahlt werden sollten.

Bei allen englandfeindlichen Demonstrationen in Indien wurde ein Indien. Bild der Göttin der Revolution herumgetragen. (Est. Ill. Ztg., 28. Juli).

Auf dem Tafelberg bei Kapstadt wurde ein imposantes Denkmal für Cecil Rhodes, den Gründer von Rhodesia, aufgestellt (Ill. Ztg., 24. Oktober).

Kaiser Mutsuhito von Japan starb am 29. Juli. Er war 1852 Japan. als Sohn des Kaisers Komei († 1867) geboren und das hunderteinundzwanzigste Haupt der seit 2572 Jahren (angeblich) regierenden Dynastie. Als 1867 der letzte Shogun Keiki Tokugawa die Herrschaft, die seit 682 Jahren den Shogunen zugefallen war, an den Mikado Mutsuhito zurückgab, begann eine große Regenerationsperiode. Der Mikado verlegte 1868 seine Residenz von Kioto nach Tokio, vermählte sich 1869, empfing die Vertreter der fremden Mächte, schuf den Feudalstaat um zum bürokratischen Beamtenstaat mit zentralisierter Regierung, nahm in allem europäische Einrichtungen zum Muster, gab 1889 dem Land eine Repräsentativverfassung; führte durch den Krieg gegen China 1894/95 und die Teilnahme am Boxerkrieg 1900 Japan in die Reihe der Weltmächte, schloß 1902 den Bündnisvertrag mit England, führte 1904/05 den siegreichen Krieg gegen Rußland, schloß 1907 eine Konvention mit Frankreich und eine mit Rußland, führte 1910 die Annexion Koreas durch, ein seit zwei Jahrtausenden erstrebtes Ziel. Der neue Kaiser Harunomiya Yoshihito war 1879 geboren.

Prof. Hisao Saito in Tokio schrieb die „Geschichte Japans“ von der frühesten Sagenzeit bis zur Einverleibung Koreas 1910.

Eudermanns „Heimat“ wurde von Japanern in Tokio in europäischem Kostüm aufgeführt; die Bilder sind sehr kurios (Ill. Ztg., 25. Juli).

Man wollte auch die chinesische Schrift reformieren. Statt der alten etwa 40.000 Hieroglyphen erfand man ein modernes Alphabet von 42 Zeichen, 23 Vokale, 19 Konsonanten, mit Benützung des lateinischen, griechischen und russischen Alphabets.

### Das Jahr 1913.

**Londoner Friedensverhandlungen und Botschafterkonferenzen. Die Schöpfung Albaniens. Der Balkan den Balkanvölkern. Ermordung König Georgs von Griechenland; König Konstantin XII. Der Flottenfeiertag. Die dreijährige Dienstzeit in Frankreich. Wehrgesetz und Vermögensabgabe im Deutschen Reich. Vermählung des welfischen Erben mit der Hohenzollernprinzessin; die Welfen in Braunschweig. Poincarés Reisen. Londoner Friede. Zweiter Balkankrieg und Bukarester Friede. Der Haager Friedenspalast. Deutsche Militärmission in der Türkei. Die Jahrhundertfeier der Befreiungskriege. Der Zentrumsstreit. Homerule und Ulster-Frage. Suffragetten. Juanschikai. Die mongolische Frage. Wilsons Programm.**

Die Beobachtung, die wir bei den vorhergehenden Jahren, zumeist beim letzten Jahr, gemacht haben, steigert sich nun zur überwältigenden Erkenntnis, wie nämlich die Ströme und Quellen des Weltgeschehens sich immer mehr zu einem riesigen Wasserfall vereinigen, der alles mit sich hinreißt zu jenem Abgrund des Weltkriegs, aus dem sich schäumend und sprudelnd eine neue Welt, eine neue Staatenordnung gebären soll. Außerlich betrachtet, gehen die Ereignisse vom schwierigen und langwierigen Londoner Friedensschluß zwischen den Kämpfern des ersten Balkankrieges über in den zweiten Balkankrieg, der sich in neuer Gruppierung der Mächte für kurze Zeit austobt, um nach wenigen Wochen im Bukarester Frieden einen neuen Ruhepunkt zu finden. Aber unter der Decke dieser äußeren Ereignisse glimmt noch viel gefährlicher der zwischen allen Staaten aufgehäufte Zündstoff weiter; eine ganze Fülle von ungelösten Gegensätzen drängt bewußt und unbewußt, geradezu oder auf Umwegen zur Entscheidung, und es wird zur schicksalsvollen Tragik, daß selbst alle Friedenssorge, alle Kriegsfurcht den Krieg anscheinend immer näher bannt, immer unabwendbarer macht. Die Schilderung dieses unerhörten Zustandes muß gerade für den Betrachter, der die Unerhörtheit des Geschehenen erkennt, fast als eine unüberwindliche Aufgabe betrachtet werden. Aber wir wollen und müssen sie doch versuchen in der Voraussetzung, daß der Geist des Lesers hier mitarbeiten muß, um in der Aufnahme aller Einzelheiten die geistige Einheit des Ganzen zu errahnen.

**London.** Wir begeben uns also im Geiste zuerst nach London, um dort den Friedensverhandlungen und Botschafterkonferenzen beizuwohnen. Die Vertreter der kriegsführenden Balkanstaaten verhandeln über die Friedensbedingungen, die Botschafter der Großmächte über allgemeine Fragen,



besonders über Albanien. Schon ist der türkische Vertreter Reschid Pascha bereit, alle Gebiete westlich des Wilajets Adrianopel abzutreten und die Autonomie Albaniens anzuerkennen. Aber Venizelos beharrt im Namen der Verbündeten auf der vollen Unabhängigkeit Albaniens, auf der Abtretung der ägäischen Inseln und Kretas, auf Abtretung Adrianopels. Eine aus drei Arnauten bestehende Abordnung ist am 2. Januar in London eingetroffen, um über die staatsrechtliche Ordnung Albaniens zu verhandeln. Aber bereits macht auch das bisher unbeteiligte Rumänien seine Ansprüche geltend; es verlangt von den Siegern als Entschädigung fast die ganze bulgarische Dobrudscha (3. Jan.). Die Verschiedenheiten der Anschauungen erweisen sich als so groß, daß am 6. Januar die Friedenskonferenz ihre Sitzungen suspendieren muß. Man redet der Pforte zu, nachzugeben; Adrianopel sei nur zur Hälfte eine türkische Stadt, die andere Hälfte setzt sich zu ungefähr gleichen Teilen aus Bulgaren, Armeniern und Juden zusammen; danach wohnen also in Adrianopel mit seinen 70.000 Einwohnern mindestens 10.000 Bulgaren; im ganzen Wilajet sind die Türken entschieden in der Minderzahl gegen die Orthodoxen. Die Botschafter der sechs Großmächte in London redigieren eine Note, die sie am 17. Januar in Konstantinopel überreichen lassen; sie besagt: „In dem Wunsche, der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorzubeugen, glauben die Mächte die Aufmerksamkeit der ottomanischen Regierung auf die schwere Verantwortung lenken zu sollen, die sie auf sich nehmen würde, wenn sie entgegen den Ratschlägen der Mächte die Wiederherstellung des Friedens verhindern wollte. Sie würde es nur sich selber zuzuschreiben haben, wenn die Fortsetzung des Krieges zur Folge haben sollte, das Schicksal der Hauptstadt in Frage zu stellen und vielleicht die Feindseligkeiten auf die asiatischen Provinzen auszudehnen . . . Wie die Dinge liegen, wird die ottomanische Regierung nach dem Friedensschluß den Beistand der Großmächte bedürfen, um die Schäden des Krieges wieder gutzumachen. Darauf wird sie aber nur rechnen dürfen, wenn sie den Ratschlägen der Mächte folgen wird. Diese sind, der Abtretung Adrianopels zuzustimmen und den Mächten die Sorge über das Schicksal der Inseln zu überlassen.“ Rußland drohte noch besonders, daß es im Falle der Wiederaufnahme des Krieges die Neutralität nicht bewahren könne. So berief denn die Pforte am 22. einen „Diwan der Ältesten“, der nach alter Sitte aus hohen Staatsbeamten, Ulema und Gelehrten, 70 an der Zahl, bestand. Nach kurzer Beratung wurde mit allen gegen eine Stimme der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Hohe Pforte Frieden schließen möge. Das führte aber am 23. zu einer förmlichen Revolution. Mit roten Fähnchen bewegte sich ein Zug von etwa 1500 Demonstranten zur Pforte und rief: „Wir wollen keinen schändlichen Frieden!“ Der Freiheitsheld Oberst Enver Bey

Alba-  
nien.Bot-  
schafter.

begab sich ungehindert direkt ins Kabinett des Großwesirs Kiamil und zwang ihm seine Demission ab. Als sich darauf der Kriegsminister widersetzte, schoß er ihn über den Haufen; auch einige andere Beamte wurden im Tumult getötet. Enver verkündete dann der Menge, daß Mahmud Scheffet zum Großwesir und Fzzet Pascha zum Generalissimus ernannt sei. Man rief: „Hoch die Freiheit und das Komitee! Nieder mit den Tyrannen!“ Das neue Kabinett zog auch einige Christen mit heran, aber keine ausgesprochenen Jungtürken. Ein Manifest der Partei „Einheit und Fortschritt“ klagte freilich das frühere Kabinett des Hochverrats an. Man dürfe unter keinen Umständen die heiligen Rechte auf die europäische Türkei preisgeben, man müsse alle Opfer bringen, um Rumelien zu behaupten.

Die Antwortnote der neuen Regierung an die sechs Großmächte besagte unter anderem: „Da <sup>Adria-</sup>nopel eine Stadt ist, die vermöge ihres besonderen Charakters in untrennbarem Zusammenhang mit dem Türkischen Reich steht, hat das bloße Gerücht einer Abtretung eine derartige Erregung hervorgerufen, daß sie die Demission der früheren Regierung herbeigeführt hat. Nichtsdestoweniger ist die kaiserliche Regierung geneigt, sich dem Wunsche der Mächte hinsichtlich jenes Teils Adrianopels zu fügen, der am rechten Ufer der Mariza liegt, während der am linken Ufer gelegene Stadtteil mit seinen Moscheen, Mausoleen und religiösen Denkmälern der Türkei verbleibt. Was die Ägäischen Inseln betrifft, so ist ein Teil für die Verteidigung der Hauptstadt unerlässlich, der andere ebenso für die Sicherheit Kleinasiens . . .“ Diese ungenügende Antwort hatte die Kündigung des Waffenstillstandes zur Folge (30. Jan.).

Serbien erklärte sich bereit, seine Truppen nach Friedensschluß von der adriatischen Küste zurückzuziehen, auch wurde in Prizrend und Mitrowiza der österreichischen Regierung Genugtuung geleistet wegen des zurückgehaltenen Konsuls Brohaska. Griechenland hatte trotz des Waffenstillstandes der übrigen Balkanstaaten und der Teilnahme an der Londoner Friedenskonferenz die Feindseligkeiten gegen die Türkei nicht unterbrochen; es kam zu einem Seegefecht bei Tenedos 18. Januar. Der russische Vorschlag einer Neutralisierung des Athosgebietes fand die Zustimmung der andern Balkanstaaten; Rußland sollte das Protektorat über die Klöster gemeinsam mit diesen haben.

Übel wurde es in Österreich vermerkt, daß die bulgarische Presse den Rumänen den Rat gab, ihre nationalistischen Forderungen gegen Österreich-Ungarn geltend zu machen, wo in Siebenbürgen, Südungarn und Bukowina noch Millionen unbefreiter Rumänen wohnten. Die Bulgaren taten es, um Rumaniens Ansprüche auf bulgarisches Gebiet abzulenken. Die Rumänen hörten es in jedem Fall gerne und man sagte dem französischen Gesandten in Bukarest nach, er stecke auch dahinter. Überhaupt hatte sich Österreich über das Übelwollen des Balkanbundes zu beklagen.

Die kritischen Verhältnisse zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich wurden verschärft durch einige Vorträge des elsässischen Abbs <sup>Wetterlé.</sup> C. Wetterlé in verschiedenen Städten Frankreichs, wobei er seine antideutschen Gesinnungen nicht verbarg. So sagte er am 8. Januar zu Rouen, die Elsäßer seien vielleicht auf dem Wege, als Reichsländer schließlich die volle Freiheit zu erlangen, falls nicht — Hier machte er eine Pause, welche die Versammlung

von 3000 Personen wohl verstand und stürmisch beklatschte. Die Sache wurde am 16. Januar im elsässischen Landtag besprochen und Wetterlé verteidigte sein Vorgehen. Die deutsche Regierung löste am 23. Januar das „Souvenir Alsacien-Lorrain“ auf, weil es die Tendenzen des „Souvenir français“ einfach übernommen hatte.

Wie sehr man eine französische Offensive befürchtete, zeigt der Artikel mit Karte des Oberstleutnant Hübner in der „Illustrierten Zeitung“ 16. Januar.

Das sind die internationalen Geschehnisse des Monats Januar. Zu Beginn des Februar vertagte sich sowohl die Friedenskonferenz wie die Botschaftervereinigung in London. Die Botschafter kamen aber wieder am 12. Februar zusammen und empfingen am 14. den österreichisch-russischen Vorschlag hinsichtlich der Grenzen des in Aussicht genommenen autonomen Staates Albanien. Bulgarien stellte für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen am 24. Februar folgende Forderungen: Die neue Grenze muß näher bei Konstantinopel liegen; die Türkei muß eine Kriegsentschädigung zahlen; sie muß am fünfzehnten Tag nach der Eröffnung der Verhandlungen mit der Abrüstung beginnen. Italien wollte die besetzten Inseln nicht zurückgeben, ehe die türkischen Truppen ganz aus Afrika zurückgezogen würden. Die Äbte der sieben griechischen Klöster auf Athos protestierten gegen den russischen Plan einer Autonomie; sie wollten an Griechenland angegliedert werden. Bulgarien begann am 3. Februar wieder die Beschießung von Adrianopel. Die beiden Töchter des Königs Ferdinand von Bulgarien, Gudoxia und Nadeschda, fünfzehn und vierzehn Jahre alt, richteten einen Hilferuf an die deutsche Jugend (10. Febr.): „Gott hat die Waffen der christlichen Balkanvölker gesegnet; aber unter welch schweren Opfern wurde der Sieg errungen. Tausende von Kindern stehen als Waisen da, ohne Brot, ohne Kleidung. Für diese unglücklichen Kleinen rufen wir eure Mildtätigkeit an, ihr kleinen deutschen Brüder und Schwestern!“ Rumänien erbat die Vermittlung der Mächte im Streitfall mit Bulgarien. Die Serben halfen den Montenegrinern, Skutari zu erobern. Ein serbisches Hilfskorps von 30.000 Mann fuhr über Saloniki auf griechischen Schiffen nach den Adria Häfen von Durazzo, San Giovanni di Medua und Antivari. Übrigens nahmen auch die Türken wieder kräftig die Feindseligkeiten auf.

Im Westen und in Mitteleuropa war man sich der steigenden Gefahr eines Weltkriegs wohl bewußt; so beschloß am 3. Februar der Reichsverband deutscher Städte, sich an den Reichskanzler zu wenden mit der Versicherung, man sei bereit, selbst große finanzielle Opfer zu bringen, damit das Vaterland sein Schwert zugunsten des europäischen Friedens in die Wagschale zu werfen vermag. Der Verband forderte eine großzügige, dem Ernst der Gegenwart entsprechende Heeresvorlage. In diesem Verband waren nur Städte unter 25.000 Einwohnern vertreten. Eine Verstärkung der Wehrmacht deutete der Kaiser in einer Rede zu Königsberg am 5. Februar an. Tirpiß wies Tirpiß.

Alba-  
nien.

Ein Skutari.



im Reichstag am 6. Februar wohl auf den rein defensiven Charakter des deutschen Flottengesetzes hin, und der neue Staatssekretär Gottlieb v. Jagow, der seit 5. Januar an die Stelle Riederlen-Waechters getreten war, hob die gemeinsamen Interessen Englands und des Deutschen Reichs hervor: „Ein Prophet bin ich nicht, aber ich hoffe, daß wir auf diesem Boden auch weiter mit England arbeiten und vielleicht ernten können.“ Tirpitz meinte, daß ein Verhältnis von zehn zu sechzehn zwischen der deutschen und der englischen Schlachtslotte für die nächsten Jahre annehmbar sei. Infolgedessen sprach man schon in England von einer „englisch-deutschen Entente“, der man entgegengehe. Man war sich dabei der maritimen Überlegenheit bewußt. Im Jahre 1916 werde Deutschland 26, England 43 Großkampfschiffe besitzen. Auch meinte man, daß England gegen einen Stoß ins Herz, eine Invasion, gesichert genug sei. Tirpitz berichtete dem Reichstag noch am 19. Februar über den Bau von Luftschiffen und Luftschiffhallen.

Entspannung. Es wurde mit Recht als sehr bedeutungsvoll angesehen, daß Kaiser Franz Josef anfangs Februar den Prinzen Gottfried von Hohenlohe mit einem Handschreiben an den Zaren schickte. Es handelte sich, wie man bald erfuhr, um einen gut aufgenommenen Vorschlag gegenseitiger Demobilisierung und Entspannung, besonders an den Grenzen. Die offiziöse „Rossija“ bemerkte darüber am 14. Februar: „Das politische Programm Rußlands wurzelt in der tiefen Überzeugung, daß die Balkanhalbinsel von den Balkanstaaten beherrscht werden müsse, und daß mit der allgemeinen Anerkennung dieses Prinzips und mit seiner realen Anwendung auf die Entscheidung der politischen Fragen Ursachen zu Reibungen mit Österreich von selbst wegfallen.“ Anders dachten freilich die Panlawisten (eigentlich Panrussisten), die am 9. Februar zu Petersburg unter dem Vorsitz des Generals Skugarewsski zusammenkamen. Die beim Bankett vereinigten zweihundert Teilnehmer wünschten den Herrschern der Balkanstaaten telegraphisch zu ihrem Kampf Erfolg. Graf Bobrinski erklärte dabei, daß ihm die „Hohenlohe-Woche“ Besorgnisse einflöße. Er formulierte eine Resolution, daß Rußland sich in seiner Balkanpolitik weder von unfruchtbarem Pazifismus noch vom Bestreben leiten lassen dürfe, die Lösung historischer Probleme etwa aus Furcht vor revolutionären Unruhen hinauszuschieben. Die russische Regierung schwankte freilich sehr, ob sie diese panslawistischen Bankette fördern oder verbieten solle.

Die nationalistische Presse Frankreichs wollte, den Friedensversicherungen eines Tirpitz zu glauben; man wolle nur die britischen Beunruhigungen beschwichtigen, den Hader zur See beenden, um Deutschlands Hauptanstrengung auf die festländischen Aufgaben zu konzentrieren, um einen blitzähnlichen Angriff gegen Frankreich vorzubereiten. „Wir müssen deshalb unser Heer in den Stand setzen, den furchtbaren Stoß auszuhalten, der vielleicht nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.“ Der Marineminister stellte fest, Frankreich werde zur See 1917 eine geringe Überlegenheit über Österreich und Italien haben. Sobald es die Umstände erlaubten, würden die französischen

Geschwader auch wieder in den nördlichen Gewässern erscheinen. Der seit 17. Januar auf sieben Jahre neugewählte Präsident der Republik Poincaré, früherer Ministerpräsident und Freund des Zaren, konnte als Vorläufer des Krieges gelten. Sein Ministerpräsident Briand verlas am 20. Februar Poincarés Antrittsbotschaft, die im Zitat gipfelte: „Eine Nation kann mit Erfolg nur friedfertig bleiben unter der einen Bedingung, daß sie immer bereit zum Krieg ist.“ Graf de Mun trat am 22. Februar mit Nachdruck für Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ein, wodurch die Armee um 200.000 Mann vermehrt würde. Auf den Einwand, daß durch die Heranziehung der gesamten französischen Jugend zum dreijährigen Dienst die französische Geistesarbeit eine schwere Schädigung erleiden müsse, könne nur erwidert werden, daß kein Diplom soviel wert sei wie das Heil des Vaterlandes.

Poincaré.

Als der italienische Minister San Giuliano sich am 22. Februar in der Kammer sehr dreibundsfreundlich äußerte, war man in Frankreich enttäuscht. Ein Blatt schrieb: „Wir sind jetzt weit entfernt von der französisch-italienischen Extratour, von der einst Fürst Billow sprach. Der Lieblingswalzer San Giulianos ist ein österreichischer oder deutscher.“ Der Kriegsminister verlangte am 24. Februar 72 Millionen für Luftschiffahrtszwecke und Festungsgeschütze von einer Reichweite von 14 Kilometern. Der Zar begrüßte seinen „erhabenen guten Freund“ Poincaré am 25. Februar mit dem Andreasorden: „Dieses Bündnis, das dem Herzen der beiden großen Nationen entspricht und durch ein zwanzigjähriges fruchtbares Bestehen geheiligt ist, bildet die Grundlage der auswärtigen Politik meiner Regierung. Damit dieses Bündnis alle Früchte trage, erscheinen mir ein beständiges Zusammenarbeiten und eine stete Fühlungnahme unerlässlich.“ Und Poincaré dankte ebenso demonstrativ seinem „teuren erhabenen Freund“.

San Giuliano faßte die Lage also zusammen: „Die lange Aufrechterhaltung der provisorischen Formel vom Status quo auf dem Balkan hat heute die definitive Formel ermöglicht: Der Balkan den Balkanvölkern. Das ist eine Lösung, die sowohl den Interessen und den liberalen Prinzipien Italiens als auch dem allgemeinen Interesse des europäischen Friedens entspricht.“

Ein Albanerkongreß tagte vom 2. bis 4. März in Triest. In Albanien. den Reden wurde betont, daß die Albaner ihr Los getrost den beiden Großstaaten überlassen können, die das größte Interesse für Albanien bewiesen haben, nämlich Österreich und Italien. Am Schluß wurde auch Deutschland als Freund Albaniens anerkannt. In einer Resolution wurde darauf hingewiesen, daß Albanien ohne große Städte keine Entwicklungsfähigkeit haben werde.

Einen Überblick über die Lage gab der englische Premier Asquith am 10. März im Unterhaus: „Die Großmächte sahen sich gezwungen, zum Krieg Stellung zu nehmen, weil er den durch den Berliner Vertrag begründeten Status berührte. Die Beratungen der Botschafter in London haben bereits eine Verständigung erzielt über die Schaffung eines autonomen Albaniens und über einen wirtschaftlichen Zugang Serbiens zur Adria durch eine internationale Eisenbahn. Die Grenzen

Asquith.

Albaniens sind allerdings noch nicht festgestellt. Die Gruppierung der Mächte ist unverändert geblieben. Wir halten an unsern Freundschaften fest. Die Beziehungen zwischen beiden Mächtegruppen sind herzlicher geworden. Das ist ein angenehmer Zug der jüngsten Geschichte. In dieser Angelegenheit haben wir in einmütigem Wunsche mit Deutschland zusammengearbeitet." Ein Oppositioneller, Hugh Cecil, erklärte freilich, es komme ihm vor, als ob die auswärtige Politik Englands aggressiv oder doch abenteuerlich sei. Man glaube allgemein, daß England unter bestimmten Umständen verpflichtet sei, eine bedeutende Macht zur Vornahme von Operationen nach dem Kontinent zu entsenden. Hier unterbrach Asquith den Redner und erklärte, das sei nicht wahr.

Richtig-  
novosly. Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky sprach auf dem Bankett des Vereines der Handelskammern am 12. März über die Beziehungen zwischen Handelsverkehr und Diplomatie; beide seien von Anfang an eng verbunden, fast zusammen entstanden. Groß sei ihr gegenseitiger Einfluß. Er erinnerte an die alte Hanse. England und Deutschland sind gegenseitig ihre besten Kunden. Handelskonkurrenz braucht keine Verstimmung zur Folge zu haben; das zeigt Amerika. — Der Marineminister Churchill gab zu, ein deutsches Paraval-Luftschiff bestellt zu haben, aber ohne das Recht, diesen Typ nachzumachen. — Edward Grey berichtete am 25. März über die weiteren Beschlüsse der Botschaftervereinigung; man hat Serbien und Montenegro aufgefodert, ihre Feindseligkeiten auf albanischem Gebiet einzustellen. Die Belagerung Skutari sei unnützes Gemekel und verbrecherische Torheit.

König Nikola von Montenegro erklärte freilich kategorisch, Skutari sei eine Lebensfrage für sein Land; er müsse es unbedingt haben.

„Der Austausch von Handschreiben, der zwischen Kaiser Franz Josef und dem Zaren Nikolaus stattfand, erbrachte (nach offizieller Feststellung) einen neuerlichen Beweis dafür, daß die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel dem Gefühl der Freundschaft zwischen den beiden Herrschern keinerlei Eintrag getan haben und daß die Erhaltung des Friedens fortgesetzt das Ziel ihrer Bemühungen bildet. Die beiden Regierungen sind sohin zu dem Schluß gelangt, daß gewisse, rein defensive Maßnahmen, die in den Grenzprovinzen der beiden Reiche getroffen worden sind, durch die Umstände nicht mehr geboten erscheinen. Somit ist nunmehr die Reduzierung der österreichisch-ungarischen Bestände in Galizien auf ein normales Maß beschlossen, und ebenso wird die Entlassung der russischen Reservemannschaften verfügt werden.“ So wurde am 11. März in gegenseitigem Einverständnis verlautbart. Leider mußte die österreichische Regierung tags darauf gegen einen unloyalen russischen Zusatz protestieren. Mit diesen Leuten europäisch zu verkehren, war eben unmöglich.

Gegenüber den eklatanten Verstößen gegen das Völkerrecht von seiten Montenegros forderte Österreich am 20. März sehr entschieden: Freier Abzug der Nichtkombattanten aus Skutari; Aufklärung der bestialischen Gr-



mordung des Pfarrers Pater Balic. Einstellung der Zwangsübertritte zur Orthodogie in Albanien; Genugtuung für die Gewalttaten gegen die Besatzung des Dampfers Skodra in San Giovanni di Medua. Montenegro gab diesen Forderungen am 25. März nach. Die Stürme auf Skutari blieben erfolglos, auch nachdem der Oberbefehl auf einen serbischen General überging.

Indessen eroberten die Griechen Janina; der Kronprinz Konstantin Janina. zog am 7. März in die Festung ein. Er wurde bald darauf 18. März König, als sein Vater Georg in Saloniki von einem irrsinnigen Griechen erschossen wurde. Konstantin, 1868 geboren, war seit 1889 mit Prinzessin Sophie von Preußen, Schwester des Deutschen Kaisers, verheiratet; der kronprinzliche Sohn dieses Paares war Georg, geboren 1890. Konstantin sollte nach dem Wunsch der Griechen Konstantin Konstantin XII. der Zwölfte genannt werden, da der letzte Kaiser von Byzanz Konstantin der Elfte war. Der getötete König Georg war 1845 zu Kopenhagen als zweiter Sohn König Christians IX. von Dänemark geboren; er wurde auf englische Anregung 1863 als Nachfolger des gestürzten Königs Otto zum König der Hellenen gewählt und veränderte seinen ursprünglichen Namen Wilhelm in Georg; er war mit der russischen Großfürstin Olga vermählt.

Aus König Georgs politischem Testament wurde folgende Bitte an seinen Sohn Konstantin bekannt: „Liebe dein teures kleines Vaterland und diene ihm wie dem Volke. Habe Vertrauen zu ihm. Sei mutig, aber auch geduldig, denn du regierst ein südliches Volk, dessen Zorn und Erbitterung leicht entflammt sind, das dann in einem solchen Augenblick Dinge sagen oder tun kann, die es wahrscheinlich am nächsten Tage vergessen wird. Der König muß es vorziehen, lieber selbst innerlich zu leiden, als daß Volk und Land leide.“ Daran konnte Konstantin im Weltkrieg denken.

Die verbündeten Balkanstaaten waren bereit, die Vermittlung der Großmächte anzunehmen, wenn die Türkei Adrianopel und Skutari abtrete, ebenso die Inseln im Ägäischen Meer, wenn sie bezüglich Kreta ihr vollständiges Desinteressement erkläre und eine Kriegsschädigung zahle. Diese von Bulgarien am 14. März überreichten Bedingungen wurden von den Mächten am 22. März dahin beantwortet, daß an Stelle einer Kriegsschädigung Verhandlungen über das Schicksal der ottomanischen Staatsschuld zu treten hätten. Der ottomanischen Regierung wurden am 31. März von den Mächten folgende Bedingungen vorgeschlagen: Grenze auf der Linie zwischen Enos und Midia. Die albanische Frage und die der Inseln des Ägäischen Meeres wird der Entscheidung der Mächte überlassen. Die Türkei gibt Kreta auf. Eine internationale Kommission in Paris wird das Finanzielle regeln. — Der Fall von Adrianopel 26. März schien den Frieden zu erleichtern.

Italien war im März mit neuen Kämpfen in Tripolitanien und der Kyrenaika vollauf beschäftigt.

Frank-  
reich.

In Frankreich hielt die Regierung die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit für notwendig, denn die orientalischen Ereignisse hätten das Gleichgewicht Europas erschüttert und alle Großmächte schickten sich an, die Folgen daraus zu ziehen. Dem widersprachen die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag zu Brest 23. März: Die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit würde sicher von aller Welt als Beweis einer nationalistischen und chauvinistischen Politik angesehen werden. Einführung von Milizen durch allgemeine Volksbewaffnung sei das Richtige und damit Herabsetzung, nicht Verlängerung des Kasernenaufenthalts. Ferner Entwicklung und Befestigung des internationalen Schiedsgerichts. Zwei große Nationen wie die deutsche und französische müßten durch ehrliches Einvernehmen das Signal zu einer gleichzeitigen Abrüstung geben. Die sozialistische Partei beider Länder verurteilt jede Revanche.

Flotten-  
frage.

Im englischen Unterhaus sprach Churchill am 26. März über die Flottenrivalität mit Deutschland. „Warum sollten wir alle nicht für ein Jahr im Schiffsbau einen Feiertag eintreten lassen? Diese Frage habe ich im vorigen Jahr gestellt, ich wiederhole heuer den Vorschlag. Er schließt keine Änderung in der relativen Stärke der Flotten in sich ein, er bedingt nicht das Aufgeben irgendeines Planes der Flottenorganisation oder Flottenvermehrung, er widerstreitet keinem System eines Flottengesetzes. Es ist so einfach, daß es zu keinen Mißverständnissen führen kann. Es ist kein Appell der Schwäche, sondern der Stärke des in der Front streitenden, den wir an alle Nationen richten, an keine mit größerer Aufrichtigkeit als an unsern großen Nachbar jenseits der Nordsee. Unsere Beziehungen haben sich gebessert. England und Deutschland haben die Überzeugung gewonnen, daß es beider Wunsch ist, den Frieden zu bewahren . . .“

Heeres-  
verstär-  
kung.

Indessen hatten die leitenden Minister aller deutschen Bundesstaaten die Notwendigkeit der Heeresverstärkung einmütig anerkannt und der einmaligen Abgabe vom Vermögen zur Deckung der einmaligen Kosten dieser Heeresvorlage allgemein zugestimmt. Dieselbe wurde am 28. März durch eine Extraausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bekanntgemacht und begründet. Es handelte sich eigentlich nur um den Ausbau der gesetzlichen allgemeinen Wehrpflicht, die bisher nicht ganz ausgenützt worden war. Am 30. März erfolgte die Vorlage der Steuern zur Deckung der ganzen Heeresvermehrung. Das waren lange vorbereitete Dinge, die durch keine Improvisation unterbrochen werden konnten.

Frie-  
dens-  
bedin-  
gungen.

Die verbündeten Balkanstaaten nahmen am 5. April die von den Großmächten vorgeschlagenen Friedensbedingungen an mit einigen Vorbehalten; so forderten sie die Abtretung der Ägäischen Inseln unbedingt, sie wollten die Grenzen Albaniens selbst mitbestimmen, sie wollten nicht ganz auf eine Kriegsentschädigung verzichten. Darauf antworteten wieder die Großmächte am 8. April in entgegenkommender Weise und empfahlen vor allem Einstellung der Feindseligkeiten. Aber Montenegro

war vor allem darauf erpicht, Skutari weiter zu belagern und zu erobern und wollte sich nicht abfinden lassen. In der Tat mußte die türkische Garnison Skutaris am 23. April kapitulieren; es geschah mit allen Ehren unter Bewilligung freien Abzugs mit Waffen und Geschützen; Essad Pascha zog mit seinen Truppen in der Richtung auf Tirana ab. Es stellte sich heraus, daß Essad den Montenegrinern Albanien bis zum Drinfluß zugestanden habe. Essad war das Oberhaupt des angesehenen albanischen Geschlechtes der Doptan von Tirana; er hatte sich bei Ausbruch der türkischen Revolution 1908 den Jungtürken angeschlossen, war Parlamentsmitglied als Vertreter Durazzos, trat in die Reihen der albanischen Partei der Kammer und wurde dann Kommandant von Janina. Auch in Skutari vertrat Essad den nationalen albanischen Standpunkt und kam deshalb in Streit mit Hassan Riza Pascha; er wollte diesen zum Abzug überreden, Hassan Riza lehnte dies ab und wurde kurz darauf, wie es hieß, von Malissoren erschossen, worauf Essad am 2. April das Kommando übernahm. Essad bildete nun nach seinem Abzug aus Skutari eine Regierung in Tirana und proklamierte dort die Autonomie Albaniens unter türkischem Protektorat.

Bereits zeigte sich der Bruch im Balkanbund. Die serbische Regierung verlangte am 16. April eine Revision des Bündnisvertrages mit Bulgarien, weil Serbien in weit höherem Maße, als es seinen Verpflichtungen entsprach, zu den Erfolgen des Feldzuges gegen die Türkei beigetragen habe.

Ohne Essads zweideutige Haltung wäre Skutari nicht gefallen; Essad. die Festung war noch verteidigungsfähig. Eine Abteilung der österreichischen Kriegsflotte war am 2. April vor Mrkojevici zwischen Antivari und Dulcigno erschienen, und am 10. April erklärten die Großmächte die Blockade der Küste zwischen dem Hafen von Antivari und der Mündung des Drinflusses. Die Blockade wurde später bis zum Hafen von Durazzo ausgedehnt. Der Kommandierende der internationalen Flotte war der englische Vizeadmiral Cecil Burney. Obwohl am 11. April die Serben vor Skutari abgezogen waren, harrten die Montenegriner aus. König Nikola ließ sich auch durch ein Communiqué der russischen Regierung vom 10. April nicht abschrecken, obwohl darin Rußland seine schützende Hand von Montenegro abziehen schien und Skutari als albanisch erklärte. Als Skutari dennoch fiel, wurde der König von seinen serbischen, bulgarischen und griechischen Bundesgenossen beglückwünscht, und auch in Petersburg fanden Dankgottesdienst und Freudenkundgebungen statt.

König Nikola von Montenegro legte in einer Proklamation an die Einwohner von Skutari am 29. April die historischen Rechte des Serbentums und Montenegros insbesondere auf Skutari dar; er versprach Gewährung voller religiöser und persönlicher Freiheit, Beachtung der überlieferten Rechte



und Gebräuche. In der Presse ließ die montenegrinische Regierung Ende April die Handlungsweise Gjsads erklären. Erbprinz Danilo habe dem Gjsad bei Beginn der Verhandlungen eine Depesche des turko-albanischen Komitees überreicht mit der Aufforderung, Albanien für die Türkei und den Koran zu retten. Gjsads Absicht sei es nun, ein Königreich unter Oberhoheit des Sultans zu bilden und die Balkanverbündeten durch Abtretungen zu gewinnen. Er stehe an der Spitze von 27.000 Mann mit reichlicher Artillerie. Montenegro und Serbien hätten ihn noch mit Munition und 5000 seinerzeit kriegsgefangenen Türken unterstützt. Er sei vorbereitet darauf, in Albanien starken Zuzug zu erhalten, und den Ränken fremder Mächte entgegenzutreten.

Indessen reiste das Haupt der provisorischen Regierung Albaniens, Ismail Kemal, mit zwei Beiräten und dem jungen Herzog von Montpensier, der als Anwärter auf den albanischen Thron galt, über Rom nach Wien, London usw. Sonst galt als Kandidat der Tripelentente auch der Prinz Wilhelm von Schweden.

Das Verhältnis zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich wurde durch einige Grenzzwischenfälle nicht eben verbessert. Ein verrückter Zeppelin landete am 3. April bei Luneville auf dem Manöverfeld. Deutsche Kaufleute wurden am 14. April in Nancy skandalös behandelt. — In französischen Militärfreien wurde geklagt, daß der Nachwuchs im Offizierskorps immer mangelhafter werde.

Wehr-  
vorlage.

Im Deutschen Reich mußten französische deutschfeindliche Preßerzeugnisse verboten werden, so der „Matin“, das Buch „Sourire d'Alsace“ von Bislin (2. April). Die neue Wehrvorlage wurde am 7. April im Reichstag eingebracht; Bethmann Hollweg sagte zur Einbegleitung: „Kein Mensch weiß, ob und wann uns ein Krieg beschieden sein wird. Aber soweit menschliche Voraussicht reicht, wird kein europäischer Krieg entbrennen, in den nicht auch wir verwickelt sein werden. Dann werden wir um unsere Existenz zu kämpfen haben. Vom Anfang des Balkankrieges an ist es das Bestreben aller Großmächte gewesen, den Krieg zu lokalisieren. Keine Großmacht hat an den territorialen Veränderungen auf dem Balkan teilhaben wollen. Trotzdem hat lange Zeit eine Spannung bestanden, welche Rußland und Österreich zu außergewöhnlichen militärischen Maßregeln veranlaßte. Europa wird dem englischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Dank wissen für den Geist der Versöhnlichkeit, womit er bei den Londoner Botschafterbesprechungen die Gegensätze zu vermitteln verstand. Für die Zukunft ist entscheidend, daß an die Stelle der europäischen Türkei mit ihrem passiv gewordenen staatlichen Leben Staaten getreten sind, die eine ganz außerordentliche Lebenskraft dokumentieren. Trotzdem bleibt eins unzweifelhaft, sollte es einmal zu einer europäischen Konflagration kommen, die Slawen und Germanen einander gegenüberstellt, so bedeutet es für die Germanen einen Nachteil, daß eine Stelle im System der Gegengewichte, welche bisher von der europäischen Türkei eingenommen wurde, jetzt zum Teil von südslawischen

Staaten besetzt worden ist. Mit der Regierung Rußlands stehen wir in freundschaftlichen Beziehungen. Aber es ist bekannt, daß die panslawistischen Strömungen, die schon Bismarck beunruhigt haben, mächtig gefördert wurden. Unsere Beziehungen zur französischen Regierung sind gut. Aber jenseits der Vogesen besteht eine chauvinistische Literatur. Dem französischen Geist erscheint wie dem panslawistischen die Niederlage der Türken als Niederlage der Deutschen. Der Anschluß der Balkanstaaten an die Tripelentente wird im voraus eskomptiert mit einem Seitenblick auf Elsaß. Bei alledem ist ja viel Illusion, aber in der Illusion hat Frankreich schon einmal den Kampf mit uns begonnen. Mit Rußland können wir überhaupt nicht wettrüsten. Jetzt will Frankreich sich weiter verstärken durch die dreijährige Dienstzeit . . . Wir machen die Vorlage nicht, weil wir Krieg, sondern weil wir Frieden haben wollen und weil wir, wenn Krieg kommt, Sieger bleiben wollen . . . Minister Churchill hat neulich das Stärkeverhältnis zwischen der englischen und der deutschen Flotte beleuchtet und dabei den Gedanken wiederholt, daß zur Verminderung der Rüstkosten die Schiffswerften der großen Mächte von Zeit zu Zeit ein Jahr lang Feiertag machen möchten. Er hat diesen Vorschlag speziell an uns Deutsche gerichtet und zwar für 1914 oder 1915. Die Marinesachverständigen beiderseits haben auf die Schwierigkeiten dieses Problems hingewiesen, auch ist mir nicht bekannt, daß der Gedanke in England besonderen Anklang gefunden hätte. Wir werden also abwarten können, ob die englische Regierung mit konkreten Vorschlägen hervortreten sollte. Aber die Tatsache bedeutet doch einen großen Fortschritt. Es gab eine Zeit, wo jedes Wort, das einen Vergleich der englischen und der deutschen Marine galt, zu einer Flottenheize führte, die diese Beziehungen vergiftete . . . Die Wehrfähigkeit des Volkes ist letzten Endes doch der Prüfstein seiner Kraft. Helfen Sie, daß die allgemeine Wehrpflicht, der Deutschland seine Wiedergeburt verdankt, uns unverkürzt erhalten bleibt. Die Geschichte kennt kein Volk, das zugrundegegangen wäre dadurch, daß es sich in seiner Wehrhaftmachung erschöpfte, wohl aber sehr viele, die verkommen sind, weil sie aus Luxus und Wohlleben ihre Wehrhaftigkeit vernachlässigt haben."

Spahn, der Zentrumsführer, stimmte dem Reichskanzler zu, daß sich Spann. die Machtverhältnisse zu unsern Ungunsten verschoben hätten durch die Niederlage der Türkei. Italien ist in Tripolis gebunden, Österreich durch den Balkanbund festgehalten; er bedauerte aber, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung unter der neuen Vorlage leiden werde. Die allgemeine Wehrpflicht liege darin, daß ein Prozent des Volkes unter Waffen steht; dies wird jetzt überschritten. — Gegenüber dem Einspruch der Sozialdemokraten behauptete Liebert, die Vorlage bedeute eine Verjüngung des Volkes; die Leute kommen aus den Bergwerken und Fabriken zwei Jahre in die frische Luft und haben gesunde Be-

Arbeiter.

Im-  
perialis-  
mus.

wegung. Er zitierte Windthorst's Wort vor dreißig Jahren während des früheren Balkankriegs um Plewna: „Im Balkanstreit handelt es sich um die große und für alle Zukunft bedeutsame Frage, ob das germanische oder das slawische Element die Welt beherrschen soll, und das germanische Interesse drückt sich in dem Interesse Österreichs aus.“ — Auch Behrens wandte gegen die Sozialdemokraten ein: „Mehr denn zwölf Millionen Deutsche, zumeist Arbeiter mit ihren Angehörigen, ernähren sich im Deutschen Reich durch die Verarbeitung von Rohstoffen aus dem Ausland und arbeiten für den Weltmarkt. Dadurch ist das Interesse vieler Millionen deutscher Arbeiter unlöslich mit den Vorgängen in aller Welt verbunden. Der Balkankrieg hat ihnen Arbeitsstörungen und Lohndruck gebracht. Die politischen Vorgänge in Marokko, Südamerika, Persien, Asien berühren aufs engste die Interessen der deutschen Arbeiter. Die Zeit ist vorbei, da es uns nichts anging, wie der Dichter sagt, wann hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen. Jetzt geht's uns und unsre Arbeiter an. Drum muß das Reich stark sein. . . In einem Punkt möchte ich dem Vorredner v. Liebert widersprechen. Er meinte, der liebe Gott sei mit den größten Bataillonen. Das ist vor der Geschichte nicht haltbar. Der Geist entscheidet, der in Heer und Volk vorhanden ist, der rechte Geist der Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, Opferfreudigkeit. Manche Erscheinungen, großstädtische Überkultur, Geburtenrückgang, lassen doch ein nicht ganz befriedigendes Bild in unserm Volke sichtbar werden. Die Abkehr vom mammonistischen und materialistischen Geist unserer Zeit, eine moralische Erneuerung ist ebenso erforderlich wie die Heeresvorlage.“ — Auch B a s s e r m a n n betonte die Verschlechterung der Lage des Dreibundes. „Ein Grund liegt im Imperialismus. Mit der Wende des Jahrhunderts setzt diese Bewegung in den Völkern besonders stark ein. Wirtschaftliche Gründe, Bevölkerungszunahme drängen dazu, Betätigung auf überseeischem Gebiet zu suchen, und da dieser imperialistische Zug unserer Zeit gleichzeitig bei vielen Völkern auftritt, gibt er der Zeit die Signatur. Daß diese imperialistischen Bewegungen nichts zu tun haben mit dynastischen Interessen, Cäsarenwahn und mit dem Ehrgeiz und Wunsch der Herrscher, ihr Gebiet zu erweitern, ist erwiesen. Wir haben spät mit Kolonialpolitik angefangen. Unsere Bilanz ist keine aktive. Gewachsen sind die Konten für Soldaten und Steuern. Hierin liegt ein Konfliktstoff. Kolonialprodukte brauchen wir; es ist nur die Frage, ob sie aus deutschen, englischen, französischen, belgischen Kolonien kommen, und da ist es besser, daß sie aus deutschen Kolonien kommen.“ — Müller (Meiningen) klagte die Militärverwaltung an, sie habe sich von den Ereignissen im Südosten Europas völlig überraschen lassen. — Der Sozialist S c h e i d e m a n n sagte, in den letzten zwölf Jahren seien auf dem Schlachtfelde der Arbeit 1,585.000 deutsche Arbeiter so schwer verwundet worden, daß sie mehr als dreizehn Wochen krank darnieder lagen, tausende sind für ihr ganzes Leben zu Krüppeln geworden, 107.566 sind auf dem Schlachtfeld der Arbeit getötet worden. — Erzberger bemerkte: „Früher vollzog sich die russische Mobilmachung langsam, sie brauchte zwei bis drei Monate. Durch die neuen Organisationen kann sie mindestens vier bis sechs Wochen früher abgeschlossen werden. Also der frühere Vorsprung, den eine deutsche Armee bei einem Kampfe nach zwei Fronten hatte und der so weit zu denken war, daß wir nach zwei Seiten Sieger werden konnten, ist dadurch heruntergedrückt worden. Das sind für uns höchst unangenehme Tatsachen.“ —



Der Sozialist Frank meinte, man dürfe die russische Heeresmacht nicht überschätzen; sie sei zudem stark in Ostasien festgehalten. „Etwa 300.000 russische Arbeiter werden im Frieden in Preußen beschäftigt. Glaubt man wirklich, die preußische Regierung werde diese 300.000 Reservisten im Ernstfall nach Hause lassen?“ — Staatssekretär v. Jagow wies am 14. April den Vorwurf zurück, daß die Diplomatie versagt habe: „Rüstungen können wir vielleicht beobachten, die Frage aber, wann und ob ein Krieg ausbricht, ist ein Ratespiel.“ Der revisionistische Sozialist Bernstein verglich die jetzigen Vorgänge mit dem „verrufenen“ Wiener Kongreß von 1815, wo man die Völker ohne Rücksicht auf ihren Willen und Wunsch verschachtelte, ohne Rücksicht auf die natürlichen Beziehungen in den Verhältnissen der Völker, auf ihre in nationalen Entwicklungen und Bestrebungen liegenden Zusammenhänge; aber er sprach schließlich sehr doktrinär über die Ansprüche der Balkanvölker, über die Türkei und Armenien. — Dr. Liebknecht sprach in einer Zeit, da in der „Kreuzzeitung“ ein Regierungsrat schreiben konnte: „Herr, gib uns wieder Krieg!“ und die „Konservative Korrespondenz“: „Ein Krieg käme uns gerade recht“, da Herr von der Goltz in Potsdam bei einer Vordesfeier erklärte: „wir brauchen keine Tugendbolde“, über eine Wurzel der Kriegsgefahren, nämlich die Praktiken und Schleichwege der Militärlieferanten. — Sehr befriedigt war man im Deutschen Reich von der guten Art, mit der die Zepelin-Affäre von Luneville durch die französischen Behörden erledigt wurde.

Bernstein.

Bei der zweiten Hauptversammlung des deutschen Wehrvereins, 18. Mai Leipzig, war eine Mitgliederzahl von 78.000, beziehungsweise über 200.000 erreicht. Der Vorsitzende, General Reim, stellte als das Ziel des Wehrvereins hin, dafür sorgen zu wollen, daß kein fremder Kriegsmann mehr deutschen Boden betreten darf; Deutschlands Heer müsse so stark sein, daß es den Krieg in Feindesland tragen könne.

Wehrverein.

Die Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise, der einzigen Tochter des Kaiserpaars, mit dem Herzog Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg, dem Enkel des letzten Königs von Hannover, war nicht nur bedeutsam als Versöhnungsakt der Welfen und Hohenzollern, sondern auch als Anlaß einer glänzenden Vereinigung fürstlicher Hochzeitsgäste in Berlin. Außer den Eltern des Bräutigams, dem Herzogspaar von Cumberland, kam auch das englische Königspaar und der russische Zar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb zur offiziellen Begrüßung am 20. Mai: „Gilt ihre Anwesenheit auch nur einem Familienfeste, so bildet doch die damit bekundete Herzlichkeit der persönlichen Beziehungen unter den drei Monarchen ein wertvolles Imponderabile für die Sicherheit des wechselseitig ungestörten Fortschritts der großen Kulturenationen Europas.“

Welfenhochzeit.

Unter diesen friedlichen Auspizien gelang auch im Verlauf des Monats Mai die Verständigung auf der Friedenskonferenz in London. Österreich drängte auf der Botschafterreunion zum Abschluß: einfache Flottendemonstrationen hätten sich als nutzlos erwiesen; Montenegro müsse gezwungen werden, Skutari zu räumen. Die Friedensbedingungen wurden von den Botschaftern am 5. Mai entworfen und am 20. Mai neuerlich

Friedenskonferenz.

besprochen. Die Botschafter betonten, daß die Balkanstaaten mit der Unterzeichnung des Vorfriedens lediglich den Frieden mit der Türkei unterzeichneten und nicht ihr Recht berührten, mit den Mächten die Fragen zu erörtern, die diesen zur Entscheidung vorbehalten seien. Grey half in Einzelunterredungen mit den Delegierten kräftig nach und so konnte denn der Präliminarfriede am 30. Mai unterzeichnet werden. Schon vorher wich Montenegro dem Druck Europas und räumte Skutari. Eine Landungsabteilung des internationalen Geschwaders zog am 14. Mai in die Stadt ein unter dem Kommando des englischen Admirals Burney und zugleich wurde die internationale Blockade aufgehoben.

Zweiter  
Krieg.

Der kommende zweite Balkankrieg wurde schon vor dem definitiven ersten Friedensschluß angedeutet durch einen Artikel des serbischen Regierungsorgans „Samouprawa“ vom 27. Mai. Darin wurde geklagt, daß Serbien trotz seiner verdoppelten Anstrengungen nur 85.000 Quadratkilometer, Bulgarien aber, das nicht einmal seine vertragsmäßigen Verpflichtungen erfüllt habe, 150.000 Quadratkilometer erhalten solle. Man stehe an einem schicksalschweren Scheidewege. In der serbischen Skupschtina wurde daher am 28. Mai eine Revision des Bündnisses mit Bulgarien besprochen. Ministerpräsident Pasic klagte, daß die Großmächte über Gebiete, die zum alten Serbenreiche gehörten und für Serbiens politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit unbedingt notwendig gewesen wären, anders verfügt hätten. Ebenso drückend ist die Schaffung eines Staates Albanien, der Serbien vom Adriatischen Meer abschließt. Mit dem endlichen Abschluß des Friedens mit der Türkei sind keineswegs alle Fragen gelöst. Es gilt, die richtigen Grenzen zwischen den Balkanstaaten zu regeln. Die Grenzen Albaniens, wie sie die Großmächte festgesetzt haben, sind ethnographische, die am wenigsten maßgebend sind, wenn es sich darum handelt, aus gebirgigen und schwer zugänglichen Gebieten einen Staat zu bilden. Die Differenzen zwischen Serbien und Bulgarien drehen sich um die Frage, ob der ursprüngliche Vertrag noch gilt oder durch die Ereignisse überholt ist. Nach dem Vertrag hatte Serbien ein Anrecht auf das Küstengebiet am Adriatischen Meer. Infolge Einschreitens der Großmächte opferte es diesen Anspruch den Interessen seines Bundesgenossen. Es hat somit Anspruch auf Ersatz für seinen Verlust. Ein zweiter Grund zur Änderung des Vertrags liegt darin, daß der Friede nach dem Waffenstillstand möglich gewesen wäre, wenn Bulgarien nicht Adrianopel und das weiter östlich gelegene Gebiet für sich gefordert hätte. Obgleich also der Hauptzweck des Krieges damals schon erreicht war, so brachte Serbien dem Bundesgenossen Opfer, die vertragsmäßig nicht vorgesehen waren, damit Bulgarien auch noch Adrianopel und Thrazien erhalte. Dafür glaubt Serbien ein Recht auf einen Ersatz erworben zu haben. Die

Großmächte haben Serbien eine durch den Vertrag vorgesehene Eroberung (Albanien) weggenommen; sie haben aber Bulgarien eine laut Vertrag nicht beanspruchte Eroberung zu machen erlaubt. Hierdurch ist das Verhältnis zwischen den Bundesgenossen verschoben worden und der Bündnisvertrag von Grund aus geändert. Dazu kommt noch folgendes. Bulgarien war durch den Bundesvertrag und die Militärkonvention verpflichtet, 100.000 Kombattanten auf den Kriegsschauplatz am Wardar zu entsenden. Jedoch kurz vor dem Krieg am 23. August und 15. September verlangte Bulgarien dieser Verpflichtung enthoben zu werden. Serbien stimmte zu, mußte aber infolgedessen sein eigenes Heer auf 400.000 Mann erhöhen. Im Verlaufe des Krieges zeigte sich, daß Bulgarien selbst nach Transferrierung seiner Wardararmee an die Mariza nicht genügend Kräfte hatte, um die Türkei zu besiegen und den Frieden zu erzwingen. Deshalb mußte Bulgarien Hilfe von Serbien verlangen. Dadurch erlangte Serbien offenbar das Recht, bei der Verteilung des eroberten Gebietes berücksichtigt zu werden. Die Teilung des Gebietes kann nicht nach streng ethnographischen Grundsätzen durchgeführt werden, weil Makedonien ethnographisch so gemischt ist, daß man auf Grund ethnographischer Scheidung keine lebensfähigen Balkanstaaten schaffen könnte. „Die Grenze muß daher so gezogen werden, daß sie unseren wirtschaftlichen und Staatsinteressen entspricht. Überdies ist zu bedenken, daß alle diese makedonischen Gebiete einst serbisch waren, daß sie von den Türken erobert und jetzt von den Serben zurück-erobert worden sind.“

In der russischen Duma wurde am 27. Mai die Vermehrung der Heeresausgaben besprochen; da sie in den nächsten Jahren um 679 Millionen über die durch die Voranschläge gezogenen Grenzen hinausgehen würden, sei eine außerordentliche Beanspruchung des Vermögens des Landes nötig nach dem Beispiele des Deutschen Reiches.

In Frankreich brachte der Kriegsminister am 19. Mai in der Kammer eine Neuforderung von 440 Millionen ein. Die mit der Einführung der dreijährigen Dienstzeit zusammenhängenden Fragen wurden am 20. besprochen. Am 21. wurde in der Kammer festgestellt, daß Frankreich im Fall eines Krieges zu Beginn der Operationen nur auf seine eigenen Kräfte zählen dürfe. Im Senat wurde am 26. Mai die Befürchtung ausgesprochen, die Tripelentente habe im Balkankonflikt dem Dreibunde gegenüber schlecht abgeschnitten. Man fürchtete, daß Deutschland, England und Rußland sich ohne Rücksicht auf Frankreich große Vorteile in Kleinasien gesichert haben. Der Minister des Äußern Pichon berichtete über die Verhandlungen: es bestünden nur mehr Einwürfe Griechenlands gegen die Abgrenzung Albaniens im Süden. „Hierdurch sind Griechenland und Italien in Gegensatz zu einander gebracht worden . . . Die Konzession der Bagdadbahn ist Deutschland gegeben worden, dazu können wir nichts, aber in den benachbarten Gegenden werden wir unsern Rechten Geltung verschaffen.“



Bagdad-  
bahn.

Über die Bagdadbahn berichtete auch Edward Grey am 29. Mai im englischen Unterhaus: „Wir haben mit der türkischen Regierung ein Übereinkommen entworfen, daß die Bagdadbahn nicht über Basra hinaus gebaut werden sollte ohne unsere Zustimmung. Damit ist das englische Interesse völlig gewahrt; England wird eben nie zustimmen, daß die Bahn über Basra hinausgehe. England wird wegen seiner Interessen an der Strecke Bagdad—Basra im Verwaltungsrat der Bagdadbahn durch zwei Stimmen vertreten sein.“ — Staatssekretär v. Jagow ging auf diese Frage auch im deutschen Reichstag ein und erklärte: „Die Bestimmung des englisch-türkischen Abkommens, wonach die Bagdadbahn in Basra endigen soll, beruht auf der Voraussetzung, daß der Schat-el-Arab von Basra bis zum Persischen Golf schiffbar gemacht wird und dauernd in diesem Zustand erhalten werden muß.“

Im österreichischen Abgeordnetenhaus sprach Ministerpräsident Graf Stürgkh am 20. Mai über die Lage, besonders über die großen Kosten für die militärische Bereitschaft: „Wir konnten die welthistorischen Ereignisse auf dem Balkan nicht einfach als gleichgültige Zuschauer verfolgen. Wenn es uns auch erspart blieb, aktiv einzugreifen, war uns doch durch die vernünftige Wahrnehmung unserer elementarsten Interessen die Rolle eines wohlgerüsteten Zuschauers auferlegt. Die Nachteile, die sich aus solchen Rüstungsaufgaben für die ökonomischen Interessen ergeben, sind, so schmerzlich sie auch empfunden werden mögen, so gut wie nichts gegen die Unermeßlichkeit des Schadens, gegen die katastrophalen Verheerungen auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, die aus Vernachlässigung der Rüstungen erwachsen können . . .“ Im Sinne des programmatischen Satzes „Der Balkan den Balkanvölkern“ hat sich Österreich die Schaffung eines selbständigen Albaniens zum Ziel gesteckt, wie bereits durch frühere Vereinbarung mit Italien vorausgesehen war. Hierdurch erscheint das vitale Interesse der Monarchie an der Erhaltung der bisherigen Machtverhältnisse an der Adria sichergestellt.“ — Der Südslawe Korosyno erklärte, die Zukunft des Reiches liege auf dem Balkan und der Adria. Die Südslaven gravitierten nicht nach außen, sondern verlangten nur die gleichen Rechte wie die andern Völker. Ihre letzte Hoffnung sei die Dynastie, welche stark genug, gestützt auf ein verlässliches Heer, dem Dualismus ein Ende bereiten könne. — Neben den vielen Spionage- und Landesverratsprozessen, die zu diesen Zeiten in allen Ländern grassierten, fiel am meisten der Selbstmord des Obersten Redl auf, 29. Mai, der „dienstliche Behelfe reservierter Natur“ an Agenten einer fremden Macht (Rußland) verkauft hatte.

Friedens-  
delegat-  
ion.

Die Schlusssitzung der Friedensdelegierten in London fand am 9. Juni statt. Man war über die Grenzen noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis gekommen und beschloß daher, den Friedensvertrag vom 30. Mai durch einzelne Akte zwischen den beteiligten Regierungen abzuschließen. Aber gerade hier lag die Schwierigkeit und der Keim eines neuen Krieges. Rußland lud deshalb am 17. Juni die vier Ministerpräsidenten der verbündeten Balkanstaaten offiziell nach Petersburg

vor das Schiedsgericht des Zaren. Griechenland, Serbien, Montenegro nahmen die Einladung an, während Bulgarien ausweichend antwortete, eine Begegnung sei erst nach vorheriger Abrüstung möglich. Der Zar hielt aber die Sache des Friedens für so gesichert, daß er am gleichen 17. Juni ein sehr anerkennendes Schreiben an den Minister des Auswärtigen Sazonow erließ, worin er mit Genugtuung der Berliner Zusammenkunft mit den Herrschern von Deutschland und England gedachte und dem Minister für seine erfolgreichen Bemühungen um den Frieden dankte.

Der König Ferdinand von Bulgarien schob in seiner Antwort an den Zaren die Schuld der Mißheiligkeiten auf die Verbündeten. „Wir können nicht den Gefühlen der Erbitterung entgegentreten, die bei meinem ganzen Volke nach unerhörten Anstrengungen und ruhmreichen Siegen die Versuche unserer Verbündeten hervorrufen, die ihm, dem Rechte und dem beschworenen Glauben zum Hohn, die Früchte dieser Siege entreißen wollen. Bulgarien hat nicht nur Rechte auf Makedonien, es hat auch Pflichten gegen die Bevölkerung, die stets bulgarisch war und es bleiben will. Dies ist durch Jahre hindurch von Rußland selbst anerkannt worden.“ — Gegenüber den Beschuldigungen Serbiens antwortete eine bulgarische Note vom 19. Juni: „Es steht außer Zweifel, daß Bulgarien, indem es die türkische Hauptmacht bei Bile Burgas und Bunar-Hissar zerschmetterte, mehr als seine Vertragspflicht getan hat.“ Auch alle übrigen Vorwürfe und Einwürfe wurden widerlegt. Bulgarien könne nichts dafür, daß Serbien den Mächten die Bildung eines albanischen Staates zugestanden habe; die Weiterführung des Krieges sei einverständlich mit Serbien erfolgt. — Eine serbische Note vom 21. Juni bestand auf bedingungsloser Demobilisierung und Unterwerfung unter das Schiedsgericht des Zaren; und die russische Regierung setzte am 23. Juni den vier Balkanstaaten eine Frist von vier Tagen, um ihre Denkschriften für die Vorbereitung des Schiedsgerichts einzureichen. Am selben Tag hatte aber schon Serbien eine Note an Bulgarien gerichtet über Revision des Bündnisvertrags. Serbien verlangte einen Gebietszuwachs über das vertragsmäßig zugestandene Gebiet, als Entschädigung für die Vertragspflichten, welche Bulgarien hätte erfüllen sollen, aber nicht erfüllt hat, als Entschädigung für alle Opfer, die Serbien für Bulgarien übernommen hat, ohne durch den Vertrag dazu verpflichtet zu sein, als Entschädigung für das Gebiet, das Bulgarien im Osten mehr erhalten hat, als Entschädigung für das ihm vertragsmäßig zugestandene Küstengebiet am Adriatischen Meer, das Serbien nicht bekommen hat. Auf Grund dieser Sachlage kündigte Serbien das Bündnis mit Bulgarien am 24. Juni. Feindseligkeiten hatten schon seit Beginn des Monats stellenweise begonnen.

Feindseligkeiten.

Die griechische Regierung warnte noch am 23. Juni Bulgarien und stellte dessen Sündenregister zusammen.

Rumänien verhielt sich noch abwartend. Der Minister des Innern Take Jonescu rühmte am 23. Juni: „Die Haltung der Regierung hat Rumänien drei Vorteile gesichert; sie hat ihm den Frieden erhalten, Silistria gewonnen, Rumäniens moralische Kraft vermehrt. Ich bin nicht ein Anhänger des Friedens um jeden Preis, und wenn es sich um eine Frage der Ehre

oder des Lebensinteresses handelt, werde ich nicht der letzte sein, von der Nation Geld und Blutopfer zu verlangen."

Die Türkei war durch innere Unruhen verhindert, sich entscheidend zu betätigen. Der Großwesir Mahmud Schewket wurde am 11. Juni ermordet; er war das Opfer einer Verschwörung, die Rîa mil Pascha wieder ans Ruder bringen wollte.

Frankreich war ganz mit der Frage der dreijährigen Dienstzeit beschäftigt. Ein Radikaler, Chantemps, meinte allerdings am 2. Juni, die dreijährige Dienstzeit würde die wirtschaftlichen Zustände des Landes zerrütten, die jungen Franzosen seien zu heroischen Opfern bereit, aber das Leben in der Kaserne widerstehe ihnen; das Ausland sehe im Gesekentwurf eine Herausforderung. Der Sozialist Mugagneur rief: „Gambetta hat mit einem improvisierten Heer die Ehre Frankreichs gerettet." Ihm wurde erwidert: „Allerdings, aber mit einer geschulten Armee hätte er Frankreich vor der Niederlage bewahrt." Man sprach von der Unzulänglichkeit des russischen Eisenbahnnetzes und deshalb von einem Bankrott des Bündnisses (12. Juni). Bei dem Mangel an Leutnants und Unterleutnants, der augenblicklich 1400 betrug, wurde deren Ausbildung beschleunigt. Ministerpräsident Barthou versicherte, daß das verbündete Rußland gleichfalls die nötigen Anstrengungen mache, die Armee für alle Eventualitäten bereitzumachen. Darob große freudige Bewegung. Kriegsminister Stienné erklärte am 18. Juni, Deutschland denke an einen plötzlichen Angriff und an einen Massenangriff, indem es die beiden jüngsten Reserveklassen den aktiven Beständen eingliedere. Die deutschen Strategen hätten für die erste große Schlacht 1.300.000 Mann vorgesehen. Methodisch werde die Offensive mit bedeutenden Truppenmassen vorbereitet. Frankreich dürfe nicht zerstreute Armeen in den Rachen des Wolfs jagen, wie es Louis Napoleon getan. Zugleich wurde von der Verbesserung der strategischen Bahnlinien in Rußland berichtet. Besorgte Stimmen äußerten sich über den zunehmenden Antimilitarismus. Die Zahl der Deserteure stieg von 23.370 im Jahr 1909 auf 76.723 im Jahr 1911, eine Folge des Einflusses der Anarchisten in den Arbeitervereinigungen.

Poincaré.

Eine große Bedeutung wurde dem Besuche Poincarés in London 24. Juni beigemessen. Die englische Regierungspresse betonte freilich, daß die „Entente cordiale“ Deutschland gegenüber keinen exklusiven Charakter habe. Man meinte, die doppelte Gruppenbildung des Dreiverbandes und des Dreibundes hindere nicht die Erhaltung einer Harmonie, sondern fördere sie. „Der beste Dienst, den wir Frankreich erweisen können, besteht darin, die Kluft zwischen ihm und Deutschland zu überbrücken." Freundschaften zwischen demokratischen Nationen wie der englischen und der französischen (hieß es) bedürfen von Zeit zu Zeit einer öffentlichen Bekundung und Beglaubigung. Es fiel auf, daß in den Reden bei der Zusammenkunft weder auf Rußland noch auf maritime oder militärische Dinge Bezug genommen wurde. Hieraus folge, daß die Entente keine militärische Übereinkunft sei wie der Dreibund oder Zweibund. Die Hauptfrage, über die man einig sei und die auch alle andern Nationen beherrsche, ist der allgemeine Friede.



Im deutschen Reichstag sagte Erzberger am 11. Juni, es sei auffallend, in welch großem Gegensatz die deutsche Sozialdemokratie zur französischen steht in der Beurteilung der Heeresvorlage. Die deutsche hält sie für ungeheuerlich, die französische für so unbedeutend, daß sie die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich nicht rechtfertige. Der Sozialist Scheidemann sagte am 28. Juni: „Unser Haß gegen das militaristische System ist aus wahrer Bruderliebe und Vaterlandsiebe geboren.“ Kriegsminister v. Heeringen sprach nochmals am 28. Juni für die Militärvorlage und die Forderung von sechs neuen Kavallerieregimentern. Die Annahme der Wehr- und Deckungsvorlagen erfolgte am 30. Juni. Bethmann Hollweg schloß das große Werk mit den Worten: „Die schweren Opfer, die die Staaten und die Einzelnen bringen, werden getragen für die höchsten Güter der Nation. Dem Frieden und der Ehre des Landes sichern wir in der gesamten wehrfähigen Mannschaft Deutschlands eine feste Schutzwehr. Mit der Betätigung des Entschlusses, für die Sicherheit des Reiches Gut und Blut herzugeben, können wir hellen Blickes und mit gestärkter Zuversicht auf Frieden und, wenn es sein müßte, auf siegreiche Abwehr in die Zukunft sehen.“ Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb: „Nicht umsonst sind die Erinnerungen unserer Geschichte aufgerufen worden. Sie haben überall den Entschluß gekräftigt, auch in der Hergabe materieller Güter es den Vätern nachzutun.“ Die sozialistische „Leipziger Volkszeitung“ war mit der Haltung der Partei unzufrieden: „Durch die Zustimmung zum Wehrbeitrag hat die Fraktion ohne den geringsten Zwang Mittel für Rüstungszwecke bewilligt, was wir für einen schweren Fehler halten.“ Der Partei gefiel die Vermögensabgabe, nicht aber ihre Verwendung.

Bethmann.

Mit Beginn des Monats Juli entbrannte der zweite Balkankrieg. Bulgarien sah sich den drei anderen Verbündeten des Balkanbundes und außerdem noch Rumänien und der Türkei gegenüber. Diesem Angriff von allen Seiten konnte es nur wenige Tage standhalten und war bald genötigt, einen ungünstigen Frieden einzugehen. Die Ereignisse verliefen in folgender Weise. Die Griechen entwaffneten die neben ihnen in Saloniki stationierende bulgarische Garnison, ohne den bulgarischen Kommandanten vorher zu benachrichtigen, und schafften sie als Gefangene nach Griechenland. Bulgarien protestierte am 4. Juli, verlangte Freilassung der Soldaten, Wiedergabe der abgenommenen Waffen, Wiederherstellung der Lage, wie sie vorher war, Ersatz des Schadens usw. — Am 5. Juli forderte die vom Ministerpräsidenten Venizelos in der griechischen Kammer verlesene königliche Botschaft das Volk zum Kampf gegen den damaligen Verbündeten auf, der, während Griechenland und die andern Bundesgenossen eine gerechte Verteilung der befreiten Gebiete verlangten, versucht habe, unter Zurückweisung eines Übereinkommens und Schiedsspruches sich fast die gesamten Früchte des gemeinsamen Sieges anzueignen. — Die serbische Kriegserklärung war vom 8. Juli; sie besagte: „Meine teuren Serben, das ist eingetroffen, was Ich niemals erwartet habe. Die Bulgaren, unsere Brüder durch Blutsverwandtschaft

Zweiter Krieg.

und Religion und unsere Verbündeten, haben mit Schwerthieben den Vertrag durchhauen und die Freundschaft und Brüderlichkeit zerstört. Seit acht Tagen kämpft man auf dem Dotsche Polje, in Makedonien und an den alten Grenzen unseres Vaterlandes in blutigen Schlachten und vergießt Bruderblut. Die Bulgaren haben der Welt ein verächtliches Beispiel der Undankbarkeit und Habgier gegeben. Man will uns unsere Eroberungen, die Wiege unserer Vorfäter, das Land der Nemanjitsch, das ihr mit eurem Blut getränkt, befreit und wieder erobert habt, entreißen. Verteidigen wir uns und unsern griechischen Mitkämpfer in dieser Gefahr. Die edlen montenegrinischen Falken kämpfen an unserer Seite . . ." — In Rumänien begannen Straßenkundgebungen am 3. Juli; sie waren zum Teil auch gegen Österreich gerichtet. Bis zum zweiten Mobilmachungstage, 7. Juli, meldeten sich statt 400.000 Mann 610.000. Am 11. Juli besetzten die Rumänen Silistria ohne Widerstand; die kleine bulgarische Besatzung ergab sich. Die Griechen siegten am 10. Juli bei Demirtzisar am Verbenderpaß und besetzten Kawala. Die Regierung ließ Berichte über „bulgarische Greuel“ verbreiten: Verbrennung von 700 Griechen in Kilkitsch am 4. und 5. d. M., Verbrennung der Einwohner von Planiza und Rainovo am 4. und 6., Massakrierung der Bewohner von Nigrita und Bogdanza am 6. und 7., Ermürgung von 100 Bewohnern von Demir-Hissar mit dem Bischof und zwei Priestern, Schändung ihrer Frauen am 8. und 9., Massakrierung von 200 Notabeln von Serres am 10. und 11., Plünderung und Verbrennung von Doxana und Tötung ihrer Bewohner am 14. durch die flüchtende bulgarische Armee. Die auf siebenzig Munitionswagen entführten Habseligkeiten fielen nach der Einnahme von Drama wieder in die Hände der Griechen; Entführung von 27 griechischen Notabeln aus Kawala mit dem Bischof am 12. d. M. Auch das ökumenische Patriarchat in Konstantinopel übermittelte am 18. Juli den Botschaftern einen Protest gegen die Greuelthaten der Bulgaren. — Die Türken griffen nun auch entscheidend in den Kampf ein; die Pforte richtete am 20. Juli an die Mächte eine Mitteilung, sie sehe sich infolge der gegenwärtigen Lage genötigt, die Linie Maritza—Adrianopel zu besetzen, um die Sicherheit Konstantinopels zu verbürgen. Die türkische Armee besetzte am 21. Süle Burgas, am 22. Adrianopel.

Ver-  
ständi-  
gung.

Nun mußte Bulgarien schnell nachgeben. Es verständigte sich schon am 21. Juli mit Rumänien auf Grundlage folgender Bedingungen: 1. Die Grenze Turtukhai—Dobritsch—Balschik. 2. Verbleiben der rumänischen Armee in Bulgarien bis zum Friedensschluß. Zugleich verpflichtete sich Bulgarien, den Krieg gegen Serbien und Griechenland nicht fortzusetzen. — Die neue bulgarische Regierung Radoslawow (an Stelle Danew's) erklärte am 22. Juli in der Sobranje: „Unsere Mission bestand

darin, das Königreich durch einen ehrenvollen Frieden aus der Krise zu befreien. Wir sind überzeugt, daß die natürliche Harmonie zwischen Rumänien und Bulgarien, die auf gemeinsamer Vergangenheit und gemeinsamen Interessen beruht, trotz der letzten Mißverständnisse ihren Ausdruck in einer festbegründeten politischen Freundschaft finden könnte. Dafür hat Bulgarien alle notwendigen Opfer gebracht. Nachdem die Regierung mit Rumänien Verhandlungen eingeleitet hat, tritt sie nunmehr mit Serbien und Griechenland in Verhandlungen ein. Auf Einladung der russischen Regierung haben wir zwei Delegierte entsandt, welche die Friedensverhandlungen beginnen werden. . . Leider setzen die serbischen und griechischen Truppen ihre Angriffe gegen unsere Linien fort." Die Verhandlungen mit Rumänien begannen am 26. Juli in Bukarest. An diesem Tag kamen auch die serbischen und griechischen Delegierten. Der Waffenstillstand begann erst am 30. Juli.

In der französischen Kammer wurde das Gesetz über die dreijährige Dienstpflicht mit 339 gegen 223 Stimmen am 7. Juli angenommen.

Auf der Botschafterreunion in London wurde die Frage des albanischen Statuts am 29. Juli endgültig geregelt: Albanien soll von einem Fürsten regiert werden, der innerhalb sechs Monaten ernannt wird. Inzwischen wird Albanien durch eine internationale Kommission verwaltet werden, bestehend aus einem Vertreter Albaniens und je einem Vertreter jeder Macht. Diese Kommission soll die Grundzüge der Gemeindeverwaltung kennen lernen und den Mächten Vorschläge für die künftige Organisation machen. Die Gendarmerie sollte von schwedischen Offizieren befehligt werden. Da aber Schweden nicht genug Offiziere hatte, wandte man sich später an Holland.

Albanien.

Walter Quinnes fragte am 31. Juli im Unterhaus, wie sich Grey zu dem nackten Eroberungskrieg der Balkanstaaten stelle und zum Nationalitätsprinzip. Grey erwiderte: Die Haltung der Mächte ist durch Rücksichten auf eigenes Interesse und den gemeinsamen Friedenswunsch beeinflusst; Vernunft und Völkerrecht sind da nicht allein maßgebend.

Der Besuch des italienischen Königspaares in Kiel 5. Juli gab Gelegenheit zu Erörterungen über die Lage am Balkan. — Mit Frankreich schloß das Deutsche Reich am 26. Juli ein Abkommen für den Verkehr von Kraftfahrzeugen an der Grenze und das Überfliegen fremden Gebiets.

Der zweite Balkankrieg wurde Anfang August durch den Bukarester Frieden abgeschlossen. Die Verbündeten verlangten 1. als Grenze den Lauf der Struma, beginnend an der alten bulgarisch-türkischen Grenze bis zum Sarbdere, Tschengelgebirge, Tragarz, Mešta, Kufa, Sipkova, Daliboska, Kuslar, Morgaszan, Mekova, Tokadschida, Kordschala, Kaplat-tepe, Galierstepe, endend am Ägäischen Meer drei Kilometer östlich von Makri. Strumiza fiel an Bulgarien, Kawala an Griechenland. 2. Bul-

Bukarester Frieden.



garien entsagte allen Ansprüchen auf alle Inseln im Ägäischen Meer. 3. Entschädigung der Einwohner. 4. Garantie für Freiheit in Schule und Kirche der griechischen Gemeinden Thrakiens. — Der endgültige Abschluß erfolgte am 10. August einerseits zwischen Bulgarien, anderseits Griechenland, Montenegro, Rumänien, Serbien. Die Grenzen wurden noch näher bestimmt und bezeichnet. Die Grenze zwischen Rumänien und Bulgarien sollte von der Donau oberhalb von Turtukhai ausgehen und am Schwarzen Meer südlich von Ekrene endigen. Bulgarien sollte in längstens zwei Jahren die Befestigungen von Rustschuk, Schumla und um Baltschik schleifen. Die Grenze zwischen Serbien und Bulgarien wird vom Pataricaberg an der alten Grenze ausgehen, der alten türkisch-bulgarischen Grenze und der Wasserscheide zwischen dem Wardar und der Struma folgen, mit Ausnahme des oberen Strumizatales, das bei Serbien bleibt, und wird beim Beleschgebirge endigen, wo sich die bulgarisch-griechische Grenze anschließt. Die Grenze zwischen Griechenland und Bulgarien wird von der neuen serbisch-bulgarischen Grenze ausgehen, auf dem Kamme des Beleschgebirges verlaufen und an der Mündung des Mestaflusses in das Ägäische Meer endigen.

König Karol von Rumänien telegraphierte am 9. August an Kaiser Wilhelm: „Nach Überwindung von bedeutenden Schwierigkeiten ist der Friedensabschluß gesichert, der dank Dir ein definitiver bleibt. In diesem für Meine Regierung so bedeutungsvollen Augenblick weilen Meine Gedanken bei Dir und danke Ich vom ganzen Herzen für Deine treue Freundschaft und Deine warme Sympathie, die Du Mir in diesen ersten Zeiten ganz besonders entgegenbrachtst.“ Der Zar beglückwünschte telegraphisch den König von Rumänien am 11. August „anlässlich der Wiederherstellung des Friedens am Balkan. Dieses wohlthuende Ergebnis ist zugleich ein unzweifelhafter Erfolg Rumäniens . . .“

König Peter von Serbien erließ am 11. August folgende Kundgebung: „Helden, gestern ist zu Bukarest der Friede geschlossen worden. Unsere neue Grenze gegen Bulgarien schließt außer dem im Kriege gegen die Türkei eroberten Gebiet auch den wertvollen Teil Makedoniens ein, in dem sich Egri-Palanka, Kratovo, Kotschana, Jstip, Petschewo, Tsarevo Selo und Doiran befinden, mit einem bedeutenden Teil des Doiranees. Helden! ihr habt erreicht, daß Serbien einen Jahrhunderte alten Wunsch erfüllt hat. Es hat Rache für Kossowo (1389) genommen und den Flecken von Slivniza (1885) abgewaschen.“

König Ferdinand von Bulgarien wandte sich am 11. August mit folgenden Worten an sein Heer: „Soldaten! in dem Augenblick, wo ihr an den heimatlichen Herd hättet zurückkehren sollen, traf uns ein neuer Schlag. Unsere Verbündeten, mit welchen wir ganz bestimmte Verträge hatten, verrieten uns und wollten uns das entreißen, was durch das Blut von Zehntausenden von Helden erkaufte war. Kein vaterlandsliebender Bulgare konnte freiwillig und kampfslos auf Monastir, Ochrida, Dibra, Perlepe, Saloniki, Serres verzichten, wo unsere Blutsbrüder leben. Herausgefordert

von unseren früheren Verbündeten, mußten wir wider Willen einen schweren Kampf von neuem beginnen. Er wäre von Erfolg gekrönt gewesen, wenn nicht eine Reihe unvorhergesehener politischer Zwischenfälle unsere Kraft gelähmt hätte. Von allen Seiten bedrängt, sahen Wir Uns gezwungen, den Frieden von Bukarest zu unterzeichnen, da unser Vaterland nicht imstande war, mit allen seinen fünf Nachbarn zu kämpfen, ohne Gefahr zu laufen, alles zu verlieren. Erschöpft und ermüdet, aber nicht besiegt, mußten wir unsere glorreichen Fahnen für bessere Tage zusammenfalten.“

König Konstantin kehrte am 19. August nach Athen zurück, begrüßt als „Konstantin der Große, Konstantin der Bulgarentöter“. Das Kriegsgericht in Saloniki verurteilte Türken und bulgarische Komitatschis wegen „Greuel“ zum Tode. Die internationale Kommission in Saloniki zur Untersuchung der „Bulgarengreuel“ stellte mit Ende des Monats ihre Tätigkeit ein.

Serbien wurde von den Gesandten der Großmächte am 19. August in einem gemeinsamen Schritt aufgefordert, seine Truppen aus Albanien zurückzuziehen. Zugleich wurde der Belgrader Regierung der Beschluß der Londoner Botschafterkonferenz über den Schutz der konfessionellen und nationalen Minderheiten in den unter die serbische Herrschaft gelangten bisher türkischen Gebiete in Erinnerung gebracht.

Am strengsten waren die sechs Großmächte gegen die Türkei, der sie am 7. August eine Note zustellten mit der Mahnung, die Grenzen gemäß dem Londoner Vertrag zu respektieren und auf Adrianopel zu verzichten. Die Türkei antwortete mit einem Hinweis auf die Bulgarengreuel in Thrakien und die Notwendigkeit, die Bevölkerung auch jenseits der Londoner Grenzlinie zu sichern. Darüber schwebten noch Verhandlungen.

Adria-  
nopel.

Als im August der Haager Friedenspalast vollendet und eingeweiht wurde, telegraphierte der Zar am 29. August an die Königin der Niederlande seine herzlichsten Glückwünsche, daß dieses Gebäude, „das bestimmt ist, den Gedanken des internationalen Schiedsgerichts zu versinnbildlichen, zum Werk des Friedens beitragen möge, das Wir jederzeit am Herzen lag, und daß es ein neues Band zwischen den Nationen bilden möge, indem es ihnen als ein Mittelpunkt dient, um die Meinungsverschiedenheiten, die sie trennen, zum Ausgleich zu bringen.“

Im französischen Senat wurde das Gesetz über die dreijährige Dienstpflicht am 7. August mit 244 gegen 36 Stimmen angenommen.

Im englischen Unterhaus pries Edward Grey am 12. August die feste Begründung des europäischen Konzerts durch die Londoner Botschaftervereinigung. „Die Verständigung über Albanien und die Ägäischen Inseln ist erreicht. Keine der Großmächte wird eine der Inseln für sich behalten.“

Der Friedensvertrag zwischen Bulgarien und der Türkei wurde zu Konstantinopel am 29. September unterzeichnet. Die neue Grenze begann bei Stjanna an der Mündung des Resvaja, ging zehn Kilometer bis Malko Ternowo, stieg dann zur alten bulgarischen Grenze in Railibar auf und folgte ihr bis Sondjak, wandte sich dann nach Lewki, ging einen Kilometer östlich von Mustafa-Pascha vorüber und lief weiter über Mandra zur Marizamündung. Adrianopel wurde also wieder

Adria-  
nopel.

in vollstem Maße türkisch. In den von Bulgarien besetzten Gebieten sollten die Mohammedaner erst nach vier Jahren als bulgarische Untertanen betrachtet werden; inzwischen konnten sie ihre Güter verkaufen und nach der Türkei auswandern. — Essad Pascha telegraphierte am 30. September an den türkischen Kriegsminister, er habe nie aufgehört, sich als osmanischer General zu fühlen und für die Autonomie Albaniens unter der Suveränität des Sultans zu wirken.

Bul-  
garien.

Bulgarien empfand es am schmerzlichsten, daß es 7525 Quadratkilometer bestes Ackerland, die Kornkammer Bulgariens, mit einer Bevölkerung von 286.000 Seelen, zumeist Bulgaren, an Rumänien verlor, ohne jeden Rechtsgrund. Nach dem Krieg zählte Bulgarien 4,700.150 Einwohner (um etwa 400.000 mehr), Serbien 4,167.207 Einwohner (um über eine Million mehr), Griechenland 4,251.952 Einwohner (um über 1½ Millionen mehr), Montenegro 515.000 Seelen (um über 200.000 mehr), Albanien 880.000 Seelen, Rumänien 7,509.000 (um 274.000 mehr). Die Europäische Türkei zählte 725.000 ohne Konstantinopel, das 1,200.000 Einwohner hatte.

Ungelöst blieb eine serbisch-montenegrinische Grenzfrage. Beide Staaten beanspruchten Prizren; darüber sollten als Schiedsrichter die Könige von Griechenland und Serbien entscheiden.

Die Albanier erstürmten am 30. September die Stadt Ochrida und steckten sie in Brand; die serbische Garnison mußte sich nach Monastir zurückziehen. Auch mit Montenegro bestanden immerwährend albaniische Feindseligkeiten.

Kon-  
stantin.

Als König Konstantin von Griechenland am 8. September in Berlin war, überreichte ihm Kaiser Wilhelm den Feldmarschallstab; der König dankte für die große Ehre: „Ich stehe nicht an, laut und öffentlich auszusprechen, daß unsere Siege nach der Tapferkeit meiner Griechen den Grundsätzen über Krieg und Kriegsführung zu danken sind, welche ich und meine Herren hier in Berlin in der Truppe und in der Kriegsakademie uns angeeignet haben.“ Diese Worte fielen in Frankreich unangenehm auf. Der Vertreter der griechischen Armee bei den französischen Manövern General Danglis sagte darüber zu einem Pariser Interviewer: „Mein Suverän wollte betonen, daß er die Methoden des Vorschießens beider Flügel zur Einschließung der türkischen Heeresmassen in Deutschland gelernt hat. Im Krieg gegen die Bulgaren war die altgriechische Taktik des enthusiastischen Draufgehens entscheidend. Diese Taktik hat der französischen Militärmission sehr gefallen.“ In Athen schwächte man den unangenehmen Vorfall dadurch ab, daß man noch ausdrücklich Frankreich alle Anerkennung für seine Verdienste um die griechische Sache zollte; die Worte des Königs hätten sich keineswegs gegen Frankreich gerichtet. König Konstantin kam übrigens am 20. September auch nach Paris und hatte Gelegenheit, verbindliche Trinksprüche mit dem Präsidenten Poincaré auszutauschen. Er dankte für die Freundschaft, welche die



edle französische Nation immer für Griechenland befundet hat vom ersten Befreiungskampf und dem Erwachen zur Unabhängigkeit bis zu den letzten ruhmreichen Kämpfen: „Die Regierung der Republik hat die Freundlichkeit gehabt, Griechenland eine aus Offizieren aller Waffen zusammengesetzte Mission zu bewilligen, die unter der Leitung des Generals Cydoux mit Sachverständniß, Arbeitseifer und hinreißender Begeisterung an ihre Aufgabe gegangen ist und der meine Huldigung zu bezeugen mir besonders angenehm ist . . .“ Von Paris reiste König Konstantin am 24. September nach London.

Über die französischen Septembermanöver erschienen sehr abfällige Kritiken. Es hieß, daß auch der Generalstabschef Joffre und sein Vertreter Castelnau davon einen ungünstigen Eindruck gewannen. Es fehlte an der Ausbildung, der Ausrüstung und der Befehligung. Es wurden denn auch in der Folge manche Korpskommandanten und andere Generale entlassen. — Der Kongreß der französischen Laienjugend 24. September nahm nach einer Rede Gustave Hervés eine pazifistische Tagesordnung an: „Der Kongreß weist jeden Gedanken des Revanchekrieges von sich und ladet die Sozialisten und Radikalsozialisten Frankreichs und Deutschlands oder noch allgemeiner alle rechtschaffenen Leute beider Länder ein, an dem großen Werk der französisch-deutschen Versöhnung durch freundschaftliche Regelung der elsässischen Frage mitzuarbeiten.“

Bei einer Parade in Athen 11. Oktober verlas König Konstantin Athen. folgende Proklamation: „Offiziere, Soldaten! Ein Jahr ist verflossen, seit ihr zu den Waffen gerufen wurdet, um die Rechte und die Ehre Griechenlands zu verteidigen. Während dieses Jahres habt ihr die Grenzen des hellenischen Staates in einem Maße erweitert, das alle Hoffnungen überstiegen hat, und auf dem Altar des Vaterlandes alles geopfert. Nach so vielen Mühen könntet ihr jetzt mit Recht ausruhen, aber Ich bedarf euer noch, um das zu sichern, was ihr mit so vielen Opfern erworben habt.“ — Alle Klöster auf dem Berg Athos proklamierten am 17. Oktober die Annexion des ganzen Berges Athos durch Griechenland.

An den albanischen Grenzen fanden immerwährend Kämpfe statt. Österreich warnte deshalb Serbien am 2. Oktober, die Londoner Beschlüsse über Albanien zu mißachten. Das blieb nicht ohne Wirkung. Serbien entschuldigte sich aber mit Bandeneinfällen von Albanien her. Am 15. Oktober schlossen sich auch Italien und das Deutsche Reich der Warnung an Serbien an. Die Haltung der serbischen Regierung schwankte bald hierhin, bald dorthin. In der Thronrede vom 17. Oktober gedachte König Peter des erfolgreichen Krieges, der Eröffnung des Zugangs zur Adria und zum Ägäischen Meer, der Verdoppelung des Staatsgebietes. Aber gerade als Serbien des neuen Friedens am meisten bedurft hätte, sei es in seiner kulturellen Arbeit von Albanien aus beunruhigt worden. Das neubegründete Albanien verstehe seine Nachbarpflichten nicht. — Die serbische Regierung erwiderte am 18. Oktober auf Österreichs neue ultimatumartige Forderungen: wenn an die Stelle der das albanische Gebiet räumenden serbischen Truppen Streitkräfte aller sechs Großmächte kämen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, so dürfte diese Lösung in Wien wohl noch weniger behagen. Erst am 20. Oktober zog

Serbien seine Forderung, strategische Punkte in Albanien besetzt zu halten, vorbehaltlos zurück.

Der frühere Minister Danew wurde in Bulgarien heftig beschuldigt, die Katastrophe verursacht zu haben, weil er es verabsäumt hatte, durch Befriedigung Rumäniens und der Türkei für eine Rückendeckung Bulgariens zu sorgen. Das Regierungsblatt „Eho de Bulgarie“ schrieb am 29. Oktober über den unerträglichen Zustand der bulgarischen Bevölkerung in Makedonien: sie ist aller Rechte beraubt, die selbst von den Türken respektiert wurden. Diese Unduldsamkeit und Unterdrückung hält das Land in einem gefährlichen Gemütszustand.

Alba-  
nien.

Im Schutz des neugegründeten Albaniens gegen die slawischen und griechischen Nachbarn war Italien ganz mit Österreich einig. Der serbische Ministerpräsident Pašić begab sich denn auch am 5. Oktober nach Wien, um die bisherigen Bedenken gegen die Haltung Serbiens zu zerstreuen; aber es waren noch, wie gesagt, ernste Mahnungen notwendig. Eine neue Wehrevorlage wurde auch in Österreich notwendig. Eine österreichische Regierungsstimme sah die Hindernisse einer Annäherung an Rußland erstens im Mißfallen der russischen Autokratie an der Freiheit der slawischen Völker in Österreich, die zu stark mit der russischen Unterdrückung kontrastiere, um nicht namentlich in polnischen und kleinrussischen Gebieten Gärungen zu erregen; ferner im Gegensatz zwischen Rußland und Deutschland in den kleinasiatischen Fragen. Das zukünftige russische Expansionsbestreben in Armenien werfe seinen Schatten schon voraus und veranlasse Rußland, Deutschland so viel Schwierigkeiten als möglich zu bereiten. Nur ein stärker in Ostasien beschäftigtes Rußland wünsche gelegentlich einen diplomatischen Waffenstillstand mit den mitteleuropäischen Mächten. — Als sehr bedeutsam wurde der Besuch des Kaisers Wilhelm beim österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand im Schloß Konopišt in Böhmen 23. Oktober und bei Kaiser Franz Josef in Schönbrunn 26. Oktober betrachtet.

Kono-  
pišt.

Natio-  
nalver-  
mögen.

Nicht nur die Waffen, sondern auch das Nationalvermögen der Staaten begann man genauer zu vergleichen. Dr. Helfferich, Direktor der Deutschen Bank, erörterte die Entwicklung des Volkswohlstandes während der letzten fünf und zwanzig Jahre und kam zum Ergebnis, daß das Volksvermögen des Deutschen Reichs 290 bis 320 Milliarden Mark, das Englands 230 bis 260 Milliarden Mark, das Frankreichs 232 Milliarden Mark, das der Vereinigten Staaten 500 Milliarden Mark betrage; so komme durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland 4500 bis 4900 Mark, in England 5100 bis 5800 Mark, in Frankreich 5924 Mark, in den Vereinigten Staaten 5500 Mark. Die Stuttgarter Handelskammer wies gleichzeitig (3. Okt.) darauf hin, daß der nationalistische Pressesfeldzug gegen die deutsche Industrie (auch in Frankreich) auf Machinationen der englischen Konkurrenz zurückzuführen sei, die den deutschen Fabrikaten weder in Qualität noch Preisen habe nachkommen können. Es wurden Proskriptionslisten deutscher Firmen aufgestellt. Der Deutsche Handelstag ersuchte den Reichs-

kanzler, davon Kenntnis zu nehmen und geeignete Schritte zu tun. — Sehr verbindlich äußerte sich der neue amerikanische Botschafter J. W. Gerard am 8. Oktober bei einem Festessen des in Berlin neugegründeten amerikanischen Luncheonklubs: der deutsche Botschafterposten sei der wichtigste, den der Präsident der Vereinigten Staaten zu vergeben habe.

Über die Lage auf dem Balkan schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 19. Oktober: „Die Begründung eines selbständigen Staates Albanien beruht auf einem europäischen Beschluß. Sämtliche Mächte sind daran interessiert. Ein besonderes Interesse haben Österreich und Italien. Die internationale Kontrollkommission hat ihre Arbeiten bereits begonnen, mit einer baldigen Wirksamkeit der internationalen Gendarmerie ist bestimmt zu rechnen. Daß Serbien nach dem reichen Gebietszuwachs, der ihm zugefallen ist, weiterer territorialer Erwerbungen nicht bedarf, ist auch von serbischer Seite ausgesprochen worden.“ — In Albanien herrschte innere Uneinigkeit und immerwährender Grenzkrieg gegen die Nachbarn. Der Präsident der provisorischen Regierung Albaniens Ismael Kemal Bey residierte in Balona; ihm gegenüber stand Essad Pascha, der in Durazzo eine Gegenregierung bildete. Ismael Kemal richtete am 28. Oktober an alle sechs Großmächte eine Note, worin er um baldige Einsetzung eines Fürsten und Feststellung der Grenzen Albaniens ersuchte, da nur auf diese Weise das schwergeprüfte Volk zur Ruhe kommen könne. Bereits Anfang Oktober stand die Kandidatur des Prinzen Wilhelm von Wied fest; er nahm sie am 3. November an. Er war 1876 geboren, preußischer Rittmeister, seit 1906 mit Prinzessin Sophie von Schönburg-Waldenburg vermählt, Vater einer 1909 geborenen Tochter. Die Großmächte garantierten die Integrität des Landes und versprachen bei dessen Organisation und Verwaltung ihre kräftige finanzielle Unterstützung.

Die Stimmung in England schwankte zwischen Friedenswünschen und England. Kriegshegen. Während am 3. Oktober die Minister und Admirale zu Cromarty in Nordschottland zu einer geheimen Beratung versammelt waren, ankerte zu gleicher Zeit im Hafen die stärkste englische Kriegsslotte, die jemals in einem nördlichen Hafen konzentriert war. Der Lord-Mayor von London David Venetie hielt am 7. Oktober bei einem Festessen des Vereins deutscher Reserveoffiziere eine Friedensrede. Man müsse den Frieden zu erhalten suchen, es sei denn, daß die Welt zu klein geworden wäre, um Raum für ein britisches und ein deutsches Reich zu haben. — Churchill sagte am 9. Oktober zu Dundee: „Während die britische Seemacht Fortschritte gemacht hat, haben sich unsere Beziehungen zum mächtigen Deutschen Reich ständig gebessert. Für die Nationen der Welt droht die Gefahr, daß zwischen ihnen Feindschaft entstehe, viel mehr von einer Panik als von der ruhigen Sicherheit ihrer Stärke.“ — Der Stapellauf des dreißigsten britischen Dreadnoughts 16. Oktober gab den Zeitungen Anlaß zu wenig hoffnungsfreudigen Betrachtungen. Das neue Riesenschiff kostete 47 Millionen Mark. Die Marinefachverständigen warfen die Frage auf, ob diese gigantischen Kriegsschiffe den

Alba-  
nien.



Flotten-  
frage.

Erwartungen entsprechen, während die Unterseebote und Torpedoboote sich mehr denn je entwickeln. Das neue Schiff „Queen Elizabeth“ war mit fünfzehnzölligen Geschützen ausgestattet; noch vor einem Jahrzehnt wurden solche gewaltige Geschütze als untauglich verurteilt. Auch die Einführung von Petroleumfeuer schien ebenso kostspielig wie riskant. — Über den deutsch-englischen Rüstungsfeiertag sagte Winston Churchill am 18. Oktober in Manchester: „Der Vorschlag ist ganz einfach; wir würden im nächsten Jahr, abgesehen von den kanadischen Schiffen oder ihrem Äquivalent, ferner abgesehen von allem, was durch neue Entwicklungen erforderlich werden könnte (!), vier große Schiffe gegen zwei von Deutschland auf Kiel legen. Nun sagen wir in aller Freundschaft und Aufrichtigkeit zum großen deutschen Nachbar: Wenn ihr den Beginn des Baues eurer zwei Schiffe um zwölf Monate aufschiebt, würden wir es auch tun. Das würde einen Feiertag für ein ganzes Jahr ergeben, soweit große Schiffe in Betracht kommen. Deutschland würde sechs, wir fast zwölf Millionen sparen, die relative Stärke beider Länder bliebe unverändert. Das wäre freilich nur möglich, wenn auch die andern Mächte so handelten; aber wenn wir vorangehen, wäre Aussicht auf Erfolg für die beiden Dreiverbände und auch für Amerika und Japan. Ich bin für Gegengründe der großen Waffenfirmen unzugänglich.“

Tirpiz.

Darauf antwortete der deutsche Großadmiral v. Tirpiz in einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten des „Daily Chronicle“: „Wir führen das Flottengesetz ohne Verzögerung bis zum Ende durch. Die deutsche Flotte hat eine rein defensive Aufgabe; ihr liegt die Sicherheit des Reiches und seines Handels ob. Außerdem setzt sie Deutschland in den Stand, in den Angelegenheiten der Welt ein Wort mitzureden. Ich komme nicht aus der Vermunderung heraus, daß die deutsche Flotte als eine Gefahr oder als eine Drohung aufgefaßt wird. Alle Nationen bauen zurzeit große Flotten. Sollte da Deutschland als eine europäische Macht keine Flotte zu seinem Schutze haben? Ich bestehe darauf, daß Deutschland das Gefühl absoluter Sicherheit haben muß. Das Deutsche Reich wird es nicht wieder dazu kommen lassen, daß es den Kampfplatz für die Völker Europas abgibt. . .“ — Man war übrigens auf dem Weg zu einer deutsch-englischen Kolonialverständigung; geplant war „die Einrichtung von Interessensphären in Afrika zwecks wirtschaftlicher Durchdringung, ohne daß damit unbedingt und unverzüglich ein formaler Besitzwechsel verbunden zu sein braucht“. Das bezog sich zunächst auf die portugiesischen Kolonien.

Bégout.

Als am 25. Oktober bei Berlin der französische Flieger Bégout seine Sturz- und Kurvenflüge ausführte, wiesen Fachmänner darauf hin, daß solche artistische Zugstücke den Zielen der Flugtechnik fernliegen und die Entweihung der für militärische Zwecke durch eine Nationalspende geförderten Sache bedeuten. Viele deutsche Flieger machten übrigens dieselben Kunststücke.

In Frankreich freute man sich über die Flugschrift des deutschen Professors Otfried Nippold gegen den deutschen Chauvinismus. Der „Temps“, der darüber schrieb, meinte (6. Okt.): „Frankreich und Deutschland hätten während der letzten Jahre mehr als ein Mißverständnis zum Kriegsfall emporheben können und haben dies doch weislich unterlassen. Derzeit ist es wahrscheinlich nicht nötig, für den französischen Revanchegeanken oder die deutschen Hegemonieabsichten das Waffenglück zu erproben. Beide Völker sollten die wichtigen wirtschaftlichen Angelegenheiten durch gegenseitige Zugeständnisse zu fördern suchen.“

über die politischen Folgen der Reise Poincarés nach Spanien (7. Oktober) äußerte sich der spanische Ministerpräsident Romanones: „Ich bin kein Freund abgebrauchter Phrasen, wie der von der Rassen-gemeinschaft und der unteilbaren Sympathie der lateinischen Völker. Halten wir uns an die einfachen Tatsachen.“ Das wirkte in Frankreich als kalter Wasserstrahl. Poincaré und der König von Spanien äußerten sich in ihren Trinksprüchen auch sehr zurückhaltend über die beabsichtigte Angliederung Spaniens an die Entente. Darüber sagte am 8. Oktober ein französisches Regierungsorgan: „Wir müssen uns mit dem Gedanken befreunden, daß der Bierverband vorläufig zu den Luftschlössern gehört. Das Zaudern Spaniens, in seiner Mittelmeerpolitik dem französischen Einfluß zu folgen, ist auf England zurückzuführen, das sich nur vom eigenen Interesse leiten läßt: Gibraltar als Schlüssel der Levante und des Weges nach Indien in uneingeschränktem Besitz zu behalten. England, das jetzt im Dreiverbände den Ton angibt und nebenher in Madrid Wind und Sonne macht, befürchtet vom Eintritt Spaniens in den französisch-englisch-russischen Konzern eine Wertverminderung seiner führenden Politik. Es hat dies alles wohl erwogen. Frankreich braucht nicht zu bedauern, daß augenblicklich ein Bündnis mit Spanien nicht existiert, denn wegen ihrer sehr wichtigen muslimanischen Interessen käme die Republik bei einer allzu großen Intimität mit der durchaus katholischen Macht Spaniens nicht auf ihre Rechnung.“ — Am 10. Oktober wurden vor Cartagena an Bord des französischen Panzerschiffes „Diderot“ Trinksprüche zwischen Poincaré und König Alfons gewechselt. Poincaré sagte: „Die französischen Offiziere und Mannschaften sind glücklich, mit ihren spanischen und englischen Kameraden sich verbrüdern zu können in diesem Mittelmeer, an dessen Küsten die Zivilisationsbestrebungen Frankreichs und Spaniens sich berühren, wo in fortdauernder Interessengemeinschaft Frankreich und Spanien ihre friedlichen Bemühungen fortsetzen.“ Ferner sagte der Präsident: „Ich bin auch durch die Aufmerksamkeit des Königs von England sehr gerührt worden, der es ermöglichte, daß französische mit englischen und spanischen Kameraden im Mittelmeer fraternisierten, wo zwei Zivilisationen sich noch mehr durchdringen können und wo die friedliche Union Frankreichs und Spaniens ungeheure Vorteile haben wird.“ König Alfons antwortete: „Das Werk, nicht der Eroberung, sondern der Zivilisation und des Friedens, welchem die spanischen Soldaten und Seeleute ebenso wie ihre französischen Waffenbrüder ihre Kräfte jenseits der Meerenge auf jenem afrikanischen Boden weihen, den sie so oft mit ihrem edlen Blute getränkt haben, wird sicher dazu dienen, an jedem Tage die Bande, welche unsere beiden überall benachbarten Völker einigen, enger zu ziehen und ein bereits herzliches Einverständnis immer intimer und fruchtbarer zu machen . . .“ König und

Poin-  
caré.Gibral-  
tar.

Präsident richteten ein gemeinsames Telegramm an den König von England: „Wir vereinigen uns, um Eurer Majestät dafür zu danken, daß Sie den ‚Invincible‘ in die Gewässer von Cartagena entsandt haben . . .“ Offiziös wurde in Paris am 14. Oktober angedeutet: „Die Unterredungen in Madrid betrafen die Zusammenstimmung der Anstrengungen Frankreichs und Spaniens in Marokko und die allgemeine Politik beider Staaten im Mittelländischen Meer und einem Teil des Atlantischen Ozeans . . . Irgendein förmliches Bündnis ist weder unterzeichnet noch ins Auge gefaßt worden.“

Sasonow. Der russische Minister des Außern Sasonow war am 16. Oktober in Paris; er gab in Unterredungen mit den leitenden Staatsmännern seiner Genugtuung Ausdruck über „den zwischen den Großmächten aufrecht erhaltenen Kontakt, durch den mancherlei Verwicklungen hintangehalten wurden. Die europäische Diplomatie hat seit einem Jahr ein gemeinsames Ziel verfolgt und das Ergebnis ist geeignet, überall Voreingenommenheiten zu zerstreuen.“ — Poincaré erregte allerdings durch seine pomphaften Reisen durch die Provinzen den Unwillen und das Mißtrauen der Radikalen; sie sahen das als Vorbereitungen zur Begründung der persönlichen Gewalt an. So faßte der radikale Parteitag zu Pau am 17. Oktober folgende Tagesordnung: „Der Kongreß empfiehlt der wachsamsten Beachtung der Partei alle die Kundgebungen und Vorbereitungen einer persönlichen Politik, die das Ansehen der Parlamente zu vermindern und die Rückkehr aller Reaktionen gegen die weltlichen, demokratischen und gesellschaftlichen Eroberungen der republikanischen Partei zu begünstigen drohen.“ Der Parteitag sprach sich gegen die fremden Anleihen und die geheimen Verträge aus, sprach aber jenen Parlamentariern, die sich zur französisch-deutschen Verständigungskonferenz nach Bern begeben hatten, seine Zustimmung aus.

Sembat. Gegen Ende Oktober erschien das Buch des Deputierten Marcel Sembat, Mitgliedes der Partei der vereinigten Sozialisten: „Macht einen König, wo nicht, macht den Frieden!“ Aber die Republik gedeiht nur im Frieden. Zum Frieden haben sich die Franzosen entschieden, als sie die republikanische Staatsform wählten. Für die Kriegspolitik ist kein Wähler zu haben. Das Bündnis mit Rußland, die Entente mit England beruhen auf dem Status quo. Deutschland verlangt nichts anderes. Warum also nicht ein französisch-deutsches Einvernehmen, da beide Länder genau dasselbe wollen? Von einem Bundesvertrag erwartete Sembat das Heil für beide Nationen, für Frankreich namentlich eine Auffrischung der Lebenskraft durch einen Zuzug germanischen Blutes. Er drängte zur Entscheidung und warnte vor Halbheit; blieben die Verhandlungen auf halbem Wege stecken, so würde der Friede noch mehr gefährdet als durch die jetzige Kriegspolitik der Chauvinisten.

Am 10. November trafen in Valona die von der holländischen Regierung zur Organisation der albanischen Gendarmerie entsandten Militärs ein: Oberst Weer und Major Thomson. Die Kandidatur des Prinzen zu Wied



erlangte allmählich die internationale Billigung der Großmächte. Die großbritannische Regierung wandte sich an die andern Mächte, um wegen einer internationalen Anleihe in der Höhe von 1,200.000 Mark zu unterhandeln; es sollte damit das Glend in Albanien gelindert werden; auf jede der Mächte entfielen 200.000 Mark; einstweilen schloß England dem albanischen Staat 100.000 Mark vor. Indessen vollendete auch die internationale Kommission die Abgrenzung Südalbanien.

Am 14. November wurde in Athen das griechisch-türkische Friedensprotokoll unterzeichnet; es handelte sich hauptsächlich um den Schutz der Mohammedaner in den griechisch gewordenen Gebieten. Griechenland plante den Bau von zwei Dreadnoughts und vieler anderer Schiffstypen um dreihundert Millionen.

König Nikola von Montenegro erließ am 23. November wieder einen unzufriedenen Aufruf über die Ausführung des Bukarester Friedens: „Die neuen Gebiete sind, obwohl sie zu unsern Opfern in keinem Verhältnis stehen, und obwohl wir gezwungen waren, das uns durch die Tradition heilige Skutari sowie das eroberte Küstengebiet im Interesse des europäischen Friedens und unter dem Druck der Mächte aufzugeben, immerhin bedeutend. Unser Neuwerb gestattet uns, auf eine glänzende Zukunft zu vertrauen. Es wird die Sorge meiner Regierung sein, den Untertanen in den neuen Gebieten die Sicherheit der Person und des Eigentums zu verbürgen und ihnen die Wohltaten einer guten Justiz, eines modernen Unterrichts sowie der Religions- und Gewissensfreiheit zu sichern. Der traditionelle Grundsatz meines Hauses, jeden als Bruder zu behandeln, wes Glaubens er immer sei, wird streng geachtet werden.“

Auch Serbien war unzufrieden, besonders mit der Haltung Österreich-Ungarns. Das Blatt „Stampa“ forderte am 11. November die serbischen Kaufleute auf, einen völligen Boykott gegen österreichische Waren zu üben und sich zu diesem Zweck mit den Griechen, Montenegrinern und Rumänen ins Einvernehmen zu setzen.

Bulgariens Mißstimmung war erklärlich. Ministerpräsident Radofflawow erklärte am 16. November: „Die Regierung hat den Frieden von Bukarest unter den Vorbehalten für ein gerechtes Gleichgewicht auf dem Balkan angenommen. Jetzt wie damals betrachtet die Regierung diese Vorbehalte als vom Friedensvertrag untrennbar. Sie wird auf friedlichem Wege unter Anwendung diplomatischer Mittel alle ihre Bemühungen darauf richten, daß der Bukarester Vertrag solche Verbesserungen erhalte, welche die Ruhe auf der Balkanhalbinsel und den Fortschritt der Balkanvölker sichern würden und gleichzeitig mit den Interessen des europäischen Friedens vereinbar wären. Der Konstantinopeler Frieden wird durch einen Handelsvertrag ergänzt werden.“ — Man warf sich gegenseitig die Katastrophe vor. Danew wälzte in einer Versammlung der Progressisten alle Schuld auf das Hauptquartier, das ohne sein Wissen die Angriffe gegen Serben und Griechen eröffnet habe, während er noch im Vertrauen auf Rußland an einer friedlichen Politik bis ans Ende festhalten wollte. Dagegen meinte der Finanzminister Tontschew, die Ursache des Unglücks sei das verfehlte Bündnis mit Serbien gewesen. Und Ghenadiew, der Minister des Äußern, sagte: „Als im September 1912 die Türkei mobilisierte, erklärte der Generalstab,

Friede  
von  
Athen.

Nikola.

Serbien.

Bul-  
garien.

er verbürge sich für den Sieg, der Krieg müsse aber kurz sein. Die Regierung ließ aber die Londoner Friedensverhandlungen in die Länge ziehen, sie mußte aus der glänzenden Siegeslage keinen Nutzen zu ziehen, begann den zweiten Krieg, obwohl die Generale davon abrieten. Volk und Armee haben ihre Pflicht getan, die Diplomatie hat alle Fehler begangen. Die jetzige Regierung hat gerettet, was zu retten war."

Eine neue deutsche Militärmission kam im November in die Liman  
v.  
Sanders. Türkei unter Generalleutnant Liman v. Sanders; auch die Militärschulen kamen unter Leitung deutscher Offiziere. Die Mitglieder der Militärmission wurden über das ganze Reich verteilt, zum Teil als Regimentskommandanten. — Nach jahrelangen Verhandlungen wurde am 17. November das Schlußprotokoll über die türkisch-persische Grenzregulierung in Konstantinopel unterzeichnet, wobei auch die Botschafter Rußlands und Englands mitwirkten. — Als das armenische Patriarchat die Pforte ersuchte, dem armenischen Volk in der Deputiertenkammer eine seiner Größe entsprechende Vertretung zu gewähren, lehnte der Kultusminister das Gesuch ab, denn die Kammer vertrete alle Ottomanen und nicht die einzelne Nationalität; jeder Abgeordnete sei Vertreter der ganzen ottomanischen Nation (21. Nov.). — Die militärischen Behörden von Konstantinopel unterdrückten die drei dort erscheinenden griechischen Zeitungen „Tachydromos“, „Hemera“ und „Anofato“.

Wegen der Militärmission in der Türkei wurde Deutschland ungewöhnlich scharf von der „Nowoje Wremja“ angegriffen (26. Nov.), weil es dadurch tatsächlich Herr von Konstantinopel geworden sei und seine Eroberung der Türkei besiegle. In ähnlichem Sinn äußerte sich die französische Presse: von einem deutschen Machtwort werde künftig Öffnung oder Sperrung der Dardanellen abhängen, ebenso das ganze ottomanische Finanzwesen; das Oberhaupt der Gläubigen stelle sich damit unter den Schutz des deutschen Adlers. Andererseits bezeichnete die französische Regierungspresse als Endziel der in Berlin neu eingeleiteten deutsch-französischen Verhandlungen die völlige Beseitigung der Interessengegensätze Deutschlands und Frankreichs in der asiatischen Türkei. Die durchaus korrekten Beziehungen der beiden Staaten berechtigten (nach der Meinung des „Temps“) zu der Hoffnung, daß diese für die Erhaltung des Weltfriedens höchst bedeutsamen Unterhandlungen bald einen befriedigenden Abschluß finden werden.

Krisis. Edward Grey sagte in einer Versammlung zu Newcastle 6. November, Europa habe eine Krisis überwunden; der Balkankrieg sei nicht gut für den Handel gewesen; aber wie groß wäre die Störung erst gewesen, wenn der Krieg sich auf die Großmächte ausgedehnt hätte. — Lloyd George meinte in einer Rede vom 8. November zu Middlesborough, es wäre besser für die Großmächte, wenn sie ihre Ausgaben für die Rüstungen in die Nordsee würfen, statt sie für die fürchterlichen Maschinen und Werkzeuge zur Menschenschlächtereie zu verwenden. Ein Land allein könne das nicht tun, aber alle zusammen könnten es, wenn

sie sich von gewissen Zeitungen frei machten. Wenn man dies Geld für soziale Reformen verwendete, könnte ein neues England entstehen. — Aber am selben Tag agitierte Lord Roberts für die allgemeine Wehrpflicht. Er sagte, die diesjährigen Flottenmanöver hätten die Möglichkeit eines feindlichen Überfalls erwiesen. Es war dem angreifenden Admiral gelungen, während der ersten vier Kriegstage vier wichtige Häfen und Stützpunkte an der Ostsee zu erobern und fünfzigtausend Mann an Land zu bringen. Daraufhin wurde von der Admiralität am fünften Manövertag ein dreitägiger Waffenstillstand angeordnet. Nachdem noch einen Tag mit unentschiedenem Erfolg gekämpft worden war, wurde die Übung plötzlich abgebrochen. Der angreifende Admiral soll namentlich durch die geglückten Attacken seiner Unterseeboote die Lage völlig beherrscht haben. Hätten die Übungen auch nur einen Tag länger angedauert, so wäre selbst jedem Unkundigen klar geworden, daß die Seeverteidigung Englands niedergekämpft war. Diese letzteren Einzelheiten wurden von den Zeitungen ergänzt.

Der Marineminister Churchill sagte am 10. November beim Lord-mayorsbankett in der Guildhall: „Unsere Seemacht hat eine größere Entwicklung genommen, sowohl absolut wie relativ. Es ist aber nicht anzunehmen, daß gegenwärtig ein Nachlassen unserer Bemühungen möglich ist, noch dürfen Sie glauben, daß eine Verminderung der Last, die wir tragen und die jedes andere Land erdrücken würde, in unmittelbarer Zukunft wahrscheinlich ist. Die Stärke und die ungebrochene Entwicklung der deutschen Marine und der Umstand, daß viele große und kleine Mächte auf der ganzen Welt gleichzeitig moderne, große Kriegsschiffe bauen, werden zweifellos von uns Ausgaben und Anstrengungen verlangen, die größer sind, als wir sie uns jemals zuvor in Friedenszeiten auferlegt haben. Was aber notwendig ist, muß getan werden . . . Auch in den Regionen der Luft hat die britische Marine keinen Wettbewerb zu fürchten. Die dauernde Sicherheit des Landes kann nicht durch Waffengewalt aufrechterhalten werden, wenn wir nicht imstande sind, uns zur ersten Nation auf dem Gebiet der Luftschiffahrt zu machen. Andere Länder haben damit früher begonnen, das angeborene Genie der Franzosen, die unbezwingbare Ausdauer der Deutschen haben auf diesem Gebiet Ergebnisse gezeitigt, denen wir gegenwärtig nicht gleichkommen können. Um diese Stellung zu erreichen, müssen wir uns entschließen, Jahr für Jahr Geld aufzuwenden, und Monat für Monat kostbare Menschenleben zu opfern. Sodann werden wir zweifellos im Luftkrieg jene Vollendung erreichen, welche für die Seestärke und die Sicherheit der Nation unentbehrlich ist.“

Erzherzog Franz Ferdinand und Gemahlin statteten am 17. November dem englischen Königspaar zu Windsor einen Besuch ab. — Kaiser Franz Josef empfing den König Ferdinand von Bulgarien am 6. November in Schönbrunn. — Prinz Wilhelm von Wied hatte am 9. November zu Wien mit dem Grafen Berchtold eine Unterredung. — Beim Empfang der Delegationen zu Wien 19. November sagte der Kaiser:

Franz  
Ferdinand.



Berchtold.

„Angesichts der großen Bedeutung, welche das Adriatische Meer, als einziges Ausfallstor unseres maritimen Handels für die Monarchie besitzt, hat meine Regierung ihr besonderes Augenmerk auf die Lösung der albanischen Frage gerichtet. Im vollen Einvernehmen mit der verbündeten italienischen Regierung haben wir die Gründung eines unabhängigen Fürstentums Albanien auf der Londoner Botschafterkonferenz in Anregung gebracht und hierbei die Zustimmung und Unterstützung der Mächte für unsere Bestrebungen gewinnen können . . . In treuester Pflichterfüllung hat meine bewaffnete Macht die als Folge der ernststen Ereignisse am Balkan an sie gestellte mühevollen Aufgabe unter schwierigen Verhältnissen durchgeführt. Gestützt auf die Schlagfertigkeit des Heeres, der Kriegsmarine und der beiden Landwehren, war es meiner Regierung möglich, den von ihr erstrebten Zielen mit friedlichen Mitteln Geltung zu verschaffen . . .“ — Im Anschluß daran berichtete Graf Berchtold über die auswärtige Politik Österreichs. Er hob unter anderm auch „die nach dem ungünstigen Ergebnisse des Balkankrieges bewiesene Vitalität des osmanischen Reiches“ hervor, die sich in der Wiedergewinnung des östlichen Thrakiens mit Adrianopel äußerte, und erhoffte eine Periode der Konsolidierung und des Aufschwunges für die Türkei. — Der oppositionelle Graf Michael Karolyi sah das Verhältnis der Monarchie zu den Balkanstaaten weniger optimistisch an als Graf Berchtold. Graf Tizza trat der Meinung Karolyis entgegen, daß der Kredit Österreich-Ungarns erschüttert sei und daß man den Dreibund verlassen müsse; das spreche Karolyi den französischen Börsenblättern nach. Auch Berchtold fand am 27. November Gelegenheit, seine Politik zu verteidigen.

Der König der Belgier war am 5. November Gast des Deutschen Kaisers. — Die englischen Städte Glasgow und Edinburgh erneuerten am 8. November ihre Einladungen an die Stadt Berlin und andere deutsche Städte zum Besuch von Schottland.

Kotlowzow.

Vom 17. bis 20. November war der russische Ministerpräsident Kotlowzow in Berlin. Er äußerte sich dort über Albanien, das Schmerzenskind der europäischen Politik. Man müsse an den Londoner Beschlüssen festhalten. Einzelne Großmächte dürften nicht aus dem gemeinschaftlichen Rahmen heraustreten und auf eigene Hand Balkanpolitik treiben. Darum habe das Vorgehen Österreichs, dem sich später auch Italien anschloß, in Rußland nicht auf unbedingte Zustimmung zählen können. Europa leidet seit mehr als zwei Jahren an Krisen, welche die Nervosität der Gesellschaft ins Ungemessene steigern und geeignet sind, Europa in ein politisches Irrenhaus zu verwandeln. Casablanca, Agadir, die marokkanischen Komplikationen, der Tripoliskrieg, die beiden Balkankriege waren eine Kette von Erschütterungen, die den Geschäftsmann einschnürten. „Die österreichisch-russischen Beziehungen waren bei meiner Abreise aus Rußland vielfach besser als in den vorhergehenden Jahren. Seit jener Zeit, es sind genau sechs Wochen, habe ich nur in Paris in einer Unterredung mit dem österreichischen Botschafter Grafen Szeczen über diese

Dinge gesprochen, was zu einer Klärung nicht unwesentlich beitrug. Hierbei konnte festgestellt werden, daß Serbien bei seiner beabsichtigten Festsetzung in albanischem Gebiet auf russische Unterstützung zu keiner Zeit rechnen konnte und daß gerade auch aus diesem Grund ein vereinzelttes Vorgehen der Donaumonarchie von der russischen Politik als nicht genügend begründet angesehen werden mußte." — Zu den Vertretern der russischen Presse in Berlin sagte K o k o w z o w: „Man beschuldigt uns, daß wir die slawische Idee verraten hätten; aber die Ereignisse haben unsern politischen Kurs gerechtfertigt. Im letzten gemeinsamen Vorgehen Österreichs und Italiens sind wir auf Seiten Serbiens gestanden, denn Serbien hat während der ganzen Zeit des Balkankrieges durch nichts eine solche Intervention der beiden Staaten hervorgerufen. Wesentlich für Rußland ist die Frage der armenischen Reform. Die Geduld der Armenier ist auf eine harte Probe gestellt." K o k o w z o w konstatierte das Einvernehmen der europäischen Mächte, im einzelnen Rußlands und Deutschlands, in den vorliegenden Fragen. Seine Dienstreise hatte ausschließlich finanziellen Charakter. Es handelte sich dabei nicht um eine Staatsanleihe, denn die Reichsrentei habe einen freien Vorrat von einer halben Milliarde Rubel, sondern um den Eisenbahnbau, wobei Privatbahnen neben Staatsbahnen einhergehen müssen. In Paris sei ein Abkommen zustande gekommen; denn für große wirtschaftliche Operationen Rußlands komme gegenwärtig nur der Pariser Geldmarkt in Betracht. Das Übereinkommen würde allerdings erst realisiert werden können, nachdem die innere französische Milliardenanleihe untergebracht sei. — Dem deutschen Reichstag wurde ein Spionagegesetz vorgelegt, da der bestehende Schutz zur Geheimhaltung der militärischen Geheimnisse nicht ausreichte.

Die deutsche Militärmission in der Türkei beunruhigte auch im Dezember die Großmächte der Entente. Die Botschafter wünschten darüber vom Großwesir Aufklärungen; er antwortete am 15. Dezember: „Der deutschen Militärmission liegt kein politischer Zweck zugrunde. Sie ist beauftragt, sich mit der Reorganisation der militärischen Bildungsanstalten und des ersten Armeekorps, das eine Art Modellkorps werden soll, zu befassen. Die Obhut über die Meerenge wird in die Aufgabe der Mission nicht einbezogen." Der Führer der Mission General Liman v. Sanders überbrachte am selben Tag dem Sultan die Grüße des Deutschen Kaisers. Das Kriegsministerium machte bekannt, daß General Liman v. Sanders für fünf Jahre in türkische Dienste genommen worden sei; er werde auch Mitglied des Kriegsrates sein. Zum Ausgleich wurden dem englischen Marinebeirat Admiral Limpus Pascha und den andern Offizieren der englischen Marinemission hohe Auszeichnungen verliehen. Midhat Schukri Bey, der Generalsekretär des „Komitees für Einheit und Fortschritt", erklärte am 29. Dezember: „Wir haben die deutsche Militärmission angestellt, weil die Deutschen seit dreißig Jahren unsere militärischen Lehrer sind. Wir hätten uns schwer an jemand anders wenden können, denn wir hätten alles umstürzen müssen und uns überflüssigerweise die Deutschen vollständig entfremdet. Wir machen die Deutschen übrigens nicht verantwortlich für

Türkei.

unser Unglück im ersten Balkankrieg; wir allein sind an unsern Niederlagen schuld. Wir hätten siegen können, wenn wir den Ratschlägen und Weisungen v. d. Goltz' immer treu gefolgt wären. Wir hatten zu Beginn des Krieges keinen Intendant- und Sanitätsdienst, weil wir die Mittel dazu nicht hergaben. Wir haben das erste Armeekorps den Deutschen übergeben, um aus ihm die Politik herauszutreiben, weil ein deutscher General am leichtesten dem politischen Einfluß entgehen wird."

Griechen-  
land.

Griechenland stellte eine französische Militärmission unter General Eyndoux an. Die griechische Regierung protestierte dagegen, daß die epirotisch-albanische Grenzfrage getrennt von der Inselfrage gelöst werde, und verlangte, daß die Großmächte beides gleichzeitig regeln sollten; sonst werde man Epirus nicht räumen. In Saloniki schifften sich am 30. Dezember über vierhundert Freiwillige nach Prevesa ein, um an den Kämpfen in Epirus teilzunehmen.

Nach dem rumänischen Grünbuch vom 2. Dezember hielt Rußland noch während der Londoner Verhandlungen und bis zum Ausbruch des zweiten Balkankriegs seine schützende Hand über Bulgarien und drohte für den Fall einer Besetzung der bulgarischen Dobrudscha durch Rumänien ganz offen mit Krieg. Österreich und Deutschland unterstützten damals die Forderungen Rumäniens, warnten aber vor militärischen Schritten, da sonst ein europäischer Krieg unvermeidlich würde. Während des ganzen Krieges war eine Verständigung zwischen Bulgarien und Rumänien möglich, doch war Danew unachgiebig, da er augenscheinlich auf Rußlands Unterstützung pochte. — Rumänien suchte durch Ausgestaltung der Eisenbahnen die neue Lage auszunützen.

Rußland dementierte am 2. Dezember die Meldung über eine im Frühjahr 1912 zwischen Rußland und den slawischen Staaten gegen Österreich, die Türkei und Rumänien abgeschlossene Militärkonvention und die andere Nachricht, Rußland habe Rumänien im Krieg gegen Bulgarien mit Kriegsmaterial unterstützt. Ein beabsichtigter Protest gegen die deutsche Militärmission in der Türkei wurde im letzten Augenblick infolge Bedenken Englands aufgegeben.

Irreden-  
tismus.

In der italienischen Kammer sagte der republikanische Abgeordnete Barzilai am 4. Dezember: „Die Politik der österreichisch-italienischen Beziehungen gleicht einem Gebäude, das beständig repariert werden muß. Wenn man unter Irredentismus eine den Forderungen des Landes und den wirklichen Verhältnissen Europas unangemessene Abenteuerpolitik und die Absicht versteht, einen großen europäischen Krieg für die Eroberung der italienischen Provinzen Österreichs anzufangen, so ist das im Programm keiner Partei und keines Politikers enthalten. Wenn man aber als Irredentismus die volle Interessen- und Gefühlsolidarität und die Pflicht wirksamer und ständiger Hilfe gegen den Versuch, die Bevölkerung dieser Provinzen aus den Reihen der italienischen Nation zu streichen, bezeichnet, dann sollte dies das Programm des ganzen Landes sein.“ Er ging auf die einzelnen Klagepunkte ein: Defret des Prinzen Hohenlohe, Zusammenstöße der Studenten in Graz, Slawisierung Dalmatiens, Istriens und Triests, albanische Frage. Überall Argwohn, keine Zuneigung. Ihm erwiderte der Minister des Außern San Giuliano am 16. Dezember: „Italien wird die von Nation und Parlament gebilligte Politik fortsetzen, keine Politik des Größenwahns oder des Imperialismus. Italien



wird in den Tagen der Wohlfahrt und der Macht die Versprechungen halten, die es Europa in den fernen Tagen des Kampfes und des Schmerzes gemacht hat; es wird in Europa, im Mittelmeer, in der Welt ein Element der Ordnung, des Gleichgewichts und des Friedens sein.“ Er anerkannte auch Österreichs freundliche Haltung in der ganzen Tripolisfrage.

Der Senator Charles Humbert kritisierte sehr scharf die französische Armee (14. Dez.); man habe sich in allem von Deutschland weit überflügeln lassen. „Um das Gleichgewicht wiederherzustellen, um im Notfall die offensive Macht unserer Nachbarn aufzuhalten, müßte das Kriegsdepartement sofort 1200 Millionen ausgeben, ganz abgesehen von den 700 Millionen, die für die erste Durchführung der dreijährigen Dienstzeit unentbehrlich sind“, usw. — Der bekannte Romanchriftsteller Pierre Loti suchte den Minister Monis von der beabsichtigten Schleifung der Befestigungswerke des Hafens Rochefort abzubringen. Er meinte: „Wenn wir darauf rechnen, daß die britische Flotte helfen werde, Rochefort oder irgendeinen andern atlantischen Hafen zu verteidigen, so können wir gleich als selbständige Seemacht abtanken.“ — Der englische Marineminister Winston Churchill traf am 20. Dezember in Paris ein. — Der Direktor des Militärflugwesens General Bernard setzte am 31. Dezember auseinander, das Militärflugwesen müsse so ausgestaltet werden, daß die Flugzeuge als Angriffswaffe zur Unterstützung der Artillerie und Kavallerie dienen könnten. Die französischen Flugzeuge seien dazu bestimmt, die feindlichen Luftkreuzer zu zerstören, aus denen man ein Schreckgespenst machen wolle. Es sei klar, daß die Luftkreuzer in einem Krieg in kurzer Zeit zerstört sein würden. Gegenwärtig ist nur eine kleine Zahl auserlesener Flieger imstand, vom Flugzeug aus Schüsse abzugeben; von nun an sollen alle Militärflyer in dieser Hinsicht praktisch ausgebildet werden.

Loti.

Edward Grey unterbreitete den europäischen Mächten am 17. Dezember den Vorschlag, daß die von Griechenland besetzten Ägäischen Inseln größtenteils im Eigentum des Königreichs verbleiben, während die von Italien okkupierten Inseln der Türkei herausgegeben werden sollen. Griechenland muß sich eine Kompensation in Epirus gefallen lassen. Der Vorschlag wurde von den Dreibundmächten mit einigen Vorbehalten angenommen. Es fiel auf, daß die Londoner Hafenbehörde an zwei deutsche Firmen für Erweiterungsbauten am Albertdock Aufträge für Schleusentore, Zug- und Drehbrücken und dergleichen vergab, weil die deutschen Firmen, die im Wettbewerb mit den englischen standen, ihre Angebote um fast 26 Prozent unter dem niedrigsten englischen Angebot berechneten.

Inseln.

Im deutschen Reichstag wurde am 9. Dezember Rußlands Abkommen mit China besprochen und die englische Petroleumkonzession in der Türkei, ebenso die deutsche Militärmission in der Türkei.

\* \* \*

Was die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches betrifft, so wurde zu Beginn des Jahres die Reform der südwestafrikanischen Diamantenabgaben angestrebt. — Der vierte Parteitag der preußischen Sozialdemokratie 6. bis 8. Januar zu Berlin wurde von

Deutsch-  
land.

einem Vertreter der englischen Arbeiterpartei begrüßt; man beschäftigte sich mit dem preußischen Wahlrecht und warf dem Zentrum „niederträchtigsten Verrat“, „vollendete Infamie und Heuchelei“ in dieser Sache vor. — Die Polen feierten am 22. Januar in Posen den fünfzigsten Gedenktag der Revolution durch Trauermessen. Ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler in der preußischen Enteignungsfrage wurde vom Reichstag am 30. Januar mit 213 Stimmen des Zentrums, der Polen, der Sozialdemokraten und der Elsäßer gegen 97 Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen bei 43 Stimmenthaltungen der Fortschrittlichen Volkspartei angenommen. Der Pole Korfanty sagte am 31. Januar: „Unser Boykott ist nichts anderes als die Antwort auf den Boykott des Staates gegen unsere ganze Nation. Wenn ein Beamter es wagt, mit einem Polen zu verkehren, wird er bestraft. Wir erfüllen unsere Pflichten gegen den Staat, aber das genügt Ihnen nicht. Wir sollen unsern nationalen Volkscharakter aufgeben, das tun wir nicht.“ Auch Gronowski vom Zentrum sagte am 3. Februar: „Wir sind der Ansicht, daß das Enteignungsgesetz nichts weiter ist als eine Anleihe beim sozialdemokratischen Parteiprogramm.“ Dr. Liebknecht entgegnete: „Die Wurzeln der Sozialdemokratie liegen in der ganzen Gesellschaftsordnung, deshalb können wir nicht ent wurzelt werden. Unsere Arbeit wird uns noch erleichtert durch Ihre politische Rückständigkeit. Das Zentrum ist im Moment die große Sphinx; sie möchte Bethmann Hollweg los werden, obwohl man von ihm sagen kann, kein Engel ist so rein, oder besser, so schwarz.“

Es begann seit 4. Februar wieder im Reichstag die Agitation zugunsten des Baireuther Privilegs der „Parsifal“-Aufführung. Man schlug vergeblich das Gesetz vor: „Ist ein erschienenenes dramatisches Werk bis zum Ablauf der gesetzlichen Fristen auf ausdrückliche Verfügung des Urhebers der bühnenmäßigen Aufführung entzogen geblieben, so erlischt die ausschließliche Befugnis des Urhebers mit Ablauf der Schutzfrist nicht.“

Belanglos war der Zwischenfall eines falschen Alarms der Truppen in Straßburg 5. Februar.

Kaiser-  
rede.

Der Kaiser mahnte am 5. Februar in Königsberg: „Die Ereignisse vor hundert Jahren mahnen uns eindringlich, daß nicht kriegerische Vorbeeren, nicht Wohlstand, Macht und Ansehen am letzten Ende das Schicksal und die Zukunft eines Volkes sichern, sondern allein die sittliche Kraft, die ihm innewohnt. Ohne sie hätte unser Volk vor hundert Jahren die schwere Prüfung nicht bestehen können. Die Wurzeln dieser Kraft ruhten in der Gottesfurcht, der Pflichttreue und der Liebe zu König und Vaterland.“ — Und am 9. Februar bei der Jahrhundertfeier der Erhebung des preußischen Volkes zum Freiheitskrieg an der Berliner Universität hielt der Kaiser folgende Ansprache an die Studenten: „Kommilitonen! Ich habe in Königsberg darauf hingewiesen, daß der Kern der erhebenden

Zeit darin zu suchen war, daß das preußische Volk seine sittliche Lebensanschauung, begründet auf der Religion, wiedergefunden hat. Das heutige Geschlecht, das für Transzendentes geringere Fähigkeiten zeigt und dem das Wort Religion Schwierigkeiten bereitet, bedarf wohl eines Hinweises, wie es zum alten Glauben seiner Väter kommen kann. Denken wir daran, daß kurz nach dem Hintritt des großen Königs das Preußenvolk diesen Glauben verloren hatte. Ausländisches Wesen griff um sich, und als die Belastungsprobe des Jahres 1806 kam, brachen die Stützen, ein Zusammenbruch fand statt, wie ihn die Welt kaum je gesehen hatte und der die Herzen verzagen ließ. War das Menschentat? Dies war Gottesgericht! Und ebenso hinterher. Es ist ein wunderbares Ding um die Wiedergeburt eines Menschen, aber die Wiedergeburt einer ganzen Nation, das ist so gewaltig, daß es wert ist, im Herzen behalten und nicht vergessen zu werden. Das war nicht der Menschen Tat, das war Gottes Tat! So erhob sich, im Glauben an Gott, ein unterdrücktes, zerstückeltes Volk, ein Wunder, wie es noch nicht dagewesen, und warf alles vor sich her... Aus diesen greifbaren, sichtbaren Tatsachen der Vergangenheit kann sich die deutsche Jugend den im Feuer bewährten Schild des Glaubens schmieden, der nie in der Waffenrüstung eines Deutschen fehlen darf."

Eine wichtige Sache war die Verlobung der einzigen Tochter des Kaisers, Prinzessin Viktoria Luise, mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland, dem Erben der welfischen Ansprüche auf Braunschweig und Hannover, 10. Februar. Er war sechsundzwanzig, sie zwanzig Jahre alt. Dies bedeutete die Versöhnung der beiden Häuser und die wenigstens teilweise Anerkennung der Rechte des Welfenhauses. Die „Deutsche Volkszeitung“, das Hauptorgan der hannoverschen Partei, bemerkte dazu: „Wir begrüßen dies mit Freude, möchten uns jedoch jeder weiteren Bemerkung einstweilen enthalten.“ Andere Stimmen sprachen von einem „Markstein in der deutschen Geschichte. Einem langen Zwist ist ein freudiges Ende gesetzt. Die politische Wirkung der Tatsache wird groß sein; nach außen moralisch, im Innern praktisch. Die Festigkeit des Reiches gewinnt. Die braunschweigische Frage ist gelöst.“ „Es muß immer wieder betont werden, daß die welfische Frage keine höfische oder rein dynastische ist, sondern vor allem eine staatsrechtliche und nationale von größter politischer Bedeutung. Es wäre Illusion, wollte man annehmen, daß durch die persönliche Verbindung der beiden Herrscherhäuser auch die welfische Frage erledigt sei... Bismarck hat wiederholt betont, daß ein Verzicht der welfischen Thronprätendenten ihm nicht genügen könne.“ — Der Herzog von Cumberland, der Vater des Bräutigams, schrieb am 12. Februar an den Führer der Welfen in Hannover, Freiherrn v. Schele-



Schelenburg: „Lieber Schele, es beglückt mich, Ihnen und den treuen Hannoveranern die freudige Botschaft machen zu können . . . Wir flehen zu Gott, daß der Bund dieser deutschen Fürstenkinder, der aus eigenster Neigung entsprungen und mit dem Segen der Eltern geschlossen, nun gedeihen möge zum Segen der Verlobten und unserer beiden Häuser.“ — Die welfische Partei stellte gegenüber den in der Presse verbreiteten Gerüchten sofort fest, daß ein Anlaß zur Einstellung ihrer politischen Tätigkeit nicht vorliege. „Wir werden nach wie vor in niedersächsischer Zähigkeit und in stets anhaltendem Vertrauen den Kampf für die unverjährbaren Rechte des Hauses Braunschweig-Lüneburg und des hannoverschen Volkes fortführen.“ — Das Brautpaar traf am 13. Februar von Karlsruhe, wo die Verlobung gefeiert wurde, im Berliner Schloß ein. Prinz Ernst August schied aus dem bayerischen Dienst als Oberleutnant und wurde im brandenburgischen Husarenregiment am 15. Februar vereidigt.

Am 11. Februar wurde eine orientalische Kommission an der Berliner Akademie begründet (Delitzsch, Erman, Lüders, Ed. Meyer, F. W. K. Müller, Sachau, W. Schulze). Im Reichstag wurde über den Kampf gegen den Schmutz und Schund im Schrifttum und in der Kunst gesprochen. Müller (Meiningen) machte auf die Feststellung des Moabiter Gefängnisdirektors Finfelensburg aufmerksam, wonach in Deutschland jede zwölfte Person, und zwar jeder sechste Mann und jedes fünfundzwanzigste Weib wegen Verbrechens oder Vergehens gegen die Reichsgesetze bestraft worden ist. — Die Luftfahrzeuggesellschaft, welche einen „Parseval“ für England baute, schloß einen Vertrag, nach welchem England die Erlaubnis erhielt, auch „Parsevals“ zu bauen, gegen Bezahlung einer bestimmten Summe. — Die Konferenz des deutschen Buch- und Lehrmittelhandels zu Leipzig sprach sich im Einvernehmen mit der Regierung für Organisation des Exports deutscher Lehrmittel nach China aus (13. März).

Fidei-  
kommission. Im Reichstag wurde am 2. April die Frage der Familienfideikommissionen erörtert. Gothein leugnete, daß diese Institution im alten deutschen Recht begründet sei; die Wissenschaft lehre, daß mit der Verleihungsurkunde den betreffenden Geschlechtern gleichsam ein Totenschein für das baldige Erlöschen des Geschlechtes ausgehändigt werde. Von den Grafengeschlechtern in Deutschland und Österreich, die 1870 lebten, stammen nur 13, also ein Prozent aus der Zeit vor 1250. Aus der Zeit seit 1650 stammen aber 80 Prozent. Die durchschnittliche Lebensdauer eines Grafengeschlechtes (diese sind die Hauptträger der Fideikommissionen) ist nach Hermann Kleine nicht über 200 Jahre. Spahn bemerkte bei dieser Gelegenheit: „Meine politischen Freunde (Zentrum) stehen auf dem Standpunkt, daß Großgrundbesitz, Mittel- und Kleingrundbesitz in natürlichem sachgemäßen Verhältnis zueinander stehen sollen.“ — Die Hamburger Handelskammer äußerte sich am 8. April gegen die Gründung einer Hamburger Universität; es liege kein Bedürfnis dazu vor. Hamburg soll die Förderung seines Welthandels betreiben. — Am 14. April sprach man im Reichstag über den Ausbau des Orientalischen Seminars, das 1887 geschaffen wurde, als sich herausstellte, daß kein Deutscher in Berlin mit einem türkischen Prinzen in seiner Muttersprache reden konnte. Das Seminar sollte zu einer „deutschen Auslandshochschule“ ausgebildet werden.

Sehr bemerkenswert waren die Worte, die der deutsche Kronprinz im April dem Bilderwerk „Deutschland in Waffen“ zum Geleit vorausschickte: „Seit dem letzten großen Kriege hat Deutschland eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs hinter sich, die fast etwas Beängstigendes an sich hat. Der Wohlstand ist in allen Kreisen unseres Volkes derart gestiegen, daß die Ansprüche an die Lebenshaltung und der Luxus sich üppig entwickelt haben. Die Schattenseiten dieser allzu raschen Entwicklung treten vielfach peinlich und drohend hervor. Schon hat die Bewertung des Geldes bei uns ein Gewicht gewonnen, das man nur mit Sorge beobachten kann. Die tüchtige Leistung als solche gilt heutzutage leider häufig schon weniger als das Vermögen, das einer ererbt oder errafft hat. Und auf welche Weise das Vermögen verdient worden ist, danach wird oft schon kaum mehr gefragt. Diese Sucht nach dem Besitz möglichst großer Geldmittel droht alte und ehrwürdige Begriffe zu verschieben. Dinge, die früher nicht als anständig galten, werden stillschweigend geduldet; dem hitzigen Gelderwerb wird alles geopfert. Die alten Ideale, ja selbst Ehre und Ansehen der Nation können in Mitleidenenschaft gezogen werden; denn zum ungestörten Geldverdienen braucht man Frieden, Frieden um jeden Preis. Und doch lehrt uns das Studium der Geschichte, daß noch immer alle diejenigen Staaten, bei denen rein kaufmännische Interessen in Entscheidungsstunden den Ausschlag gaben, elend zugrunde gegangen sind . . . Mögen wir den Luxus, den wir als Kinder unserer in der Technik so fortgeschrittenen, an praktischen Erfindungen so reichen Zeit genießen, als angenehme Beigabe betrachten, die an sich keine selbständige Berechtigung hat, als ein Überflüssiges, das wir lachend in die Ecke werfen in dem Augenblick, wenn der Kaiser uns ruft und wenn wir die Hände frei haben müssen für das Schwert!“

Auf dem dritten Kongreß des Deutschen Weltsprachebundes in Dessau 10. bis 13. Mai wurde folgende Resolution gefaßt: „Der Bund erblickt in dem von ihm vertretenen Hilfssprachensystem *Ido* ein weiterentwickeltes *Esperanto*. Er drückt sein Bedauern darüber aus, daß sich das *Esperanto* der ihm seinerzeit gebotenen Entwicklung entzogen hat. Er fordert alle Weltsprachefreunde auf, sich der Notwendigkeit der Entwicklung nicht zu verschließen. Die im *Ido* befolgten sprachtechnischen Leitlinien stellen die notwendige und hinreichende Bedingung einer willkürfreien und daher einheitlichen Weltsprache dar.“

Die Vermählung des Herzogs Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg mit der Prinzessin Viktoria Luise fand am 24. Mai zu Berlin statt, wie wir schon berichtet haben. Über die Hoffnungen hannoverscher Welfen schrieb am 4. Juni die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Hannover ist und bleibt ein Bestandteil des preußischen Staates, und kein preußischer König, keine preußische Staatsregierung, keine preußische

Volksvvertretung wird jemals die Hand dazu bieten, daß daran geändert wird. Es heißt aber auch die Gefinnung des Herzogs von Cumberland und des Prinzen Ernst August, seines Sohnes, von Grund aus verkennen, wenn die Meinung zu verbreiten gesucht wird, als wünschten diese Fürsten die soeben geschlossene Verbindung des Welfischen Hauses mit dem Hause Hohenzollern zur Grundlage von Versuchen zu machen, die auf die Wiederherstellung des Königreichs Hannover oder auch nur auf eine Änderung der preußischen Grenzen zugunsten Braunschweigs hinauslaufen. Ein hannoversches Blatt hat diesen Verdächtigungen die Krone aufgesetzt, indem es behauptet, auch die Gemahlin des Prinzen Ernst August, die Tochter des Kaisers, werde nunmehr für die Wiederherstellung des Königreichs Hannover eintreten. Jedes Wort der Zurückweisung wäre hier zu viel. Das feierliche Wort des Prinzen, das er im Einverständnis mit seinem Vater abgegeben hat, bürgt über jeden Zweifel hinaus dafür, daß er nichts tun und nichts unterstützen wird, was eine Änderung des preußischen Besitzstandes im Auge hat. Anders steht es mit der Ordnung der braunschweigischen Verhältnisse. Auf Anregung der braunschweigischen Regierung wird der Bundesrat im Laufe des Herbstes prüfen, ob der Thronbesteigung des Prinzen Ernst August in Braunschweig noch Bedenken entgegenstehen. Mit Hannover hat das nichts zu tun; denn eine hannoversche Frage gibt es nicht." — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte am 19. Juni ein Schreiben des Prinzen Ernst August vom 20. April an den Reichskanzler, worin es unter anderm hieß: „Der Übernahme der Regierung in Braunschweig durch ein Mitglied unseres Hauses standen bisher Beschlüsse des Bundesrates entgegen. Die bekannten, meine Person betreffenden jüngsten Ereignisse, insonderheit meine Verlobung mit der Prinzessin von Preußen, haben die den Beschlüssen des Bundesrats zugrunde liegende Sach- und Rechtslage geändert. Mit Zustimmung meines Vaters habe ich meine Anstellung als Offizier im preußischen Heere nachgesucht und Seiner Majestät dem Kaiser und Könige Treue und Gehorsam eidlich gelobt. Darin liegt das Versprechen, daß ich nichts tun und nichts unterstützen werde, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Besitzstand Preußens zu verändern. Diese Sach- und Rechtslage wird in Verbindung mit dem Verzicht meines Vaters auf den Braunschweigischen Thron nach meiner Überzeugung die Aufhebung der früheren Beschlüsse des Bundesrats rechtfertigen.“ — Darauf erfolgte eine Kundgebung der welfischen Partei durch Freiherrn v. Schele in der „Deutschen Volkszeitung“ vom 23. Juni: „In dem Schreiben des Prinzen Ernst August ist ein staatsrechtlicher Verzicht auf die hannoverschen Rechte des welfischen Fürstenhauses nicht enthalten. Es entfällt somit für die deutsch-hannoversche Partei jeder Grund zur Beunruhigung. Sie ist sich



jedoch der Verpflichtung voll bewußt, welche eine etwaige Thronbesteigung Seiner königlichen Hoheit des Prinzen in Braunschweig ihr auferlegen würde. Sie wird den Erwartungen entsprechen, welche der Herzog von Cumberland 1906 zum Ausdruck gebracht hat, indem er die Zuvorsicht aussprach, daß die Hannoveraner alles unterlassen würden, was geeignet wäre, die Stellung seines Sohnes als Herzog von Braunschweig zu erschweren."

Man feierte Mitte Juni das fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum des Kaisers Wilhelm. Er dankte dafür am 20. Juni. Nachträglich wurde auch festgestellt, daß Präsident Poincaré auch am 15. ein Glückwunschtelegramm geschickt hatte, das sofort beantwortet wurde.

Zum fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläum des Kaisers Wilhelm II. veröffentlichte der erste Historiker Deutschlands Karl Lamprecht den „Versuch zu einer Charakteristik“ in der „Illustrierten Zeitung“ 5. Juni. Er bezeichnet es schließlich als die Hauptaufgabe der Politik, den Weg zu finden zu einer Einordnung des vierten Standes. Er sieht wohl den inneren Zersetzungsprozeß der sozialdemokratischen Lehre fortschreiten; vor allem aber liegt seine Hoffnung in dem aufkommenden Idealismus beim vierten Stand. „Man knüpfe da an, und Wunder werden sich erleben lassen.“ Alles hofft er vom Kaiser: „Er ist Herrscher und so ist er die Schicksalsperson und der Vertrauensmann unseres Volkes.“

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei gab im Jahresbericht Soziales. Ende Juli bekannt, daß die Organisation im abgelaufenen Jahr, was die Mitgliederzahl anlangt, nicht die erwarteten Fortschritte gemacht habe. Die Zahl stieg von 970.112 auf 982.820, wobei die weiblichen Mitglieder (10.744) zumeist beteiligt waren. Die Zunahme betrug seit 1906 jährlich 38, 10·7, 7·8, 13·6, 16·1 Prozent, 1912 15·9, aber 1913 nur 1·3 Prozent, was an Stagnation grenzte. Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse hatte etwas abgenommen, sie sank von 1.478.042 Lesern auf 1.465.212. Die Jugendbewegung hatte sich entwickelt. August Bebel starb am 13. August in der Schweiz, 73 Jahre alt. Der „Vorwärts“ schrieb: „Das Proletariat erblickte in diesem silberhaarigen Greise mit dem glühenden Temperament sein eigenes über sich selbst hinausgewachsenes Ich.“ Die „Kreuzzeitung“: „Er war ein ehrlicher Schwärmer.“ Dagegen die „Post“: „Bebel hat es fertig gebracht, alle Liebe, alle Dankbarkeit, alle Achtung und Verehrung für sein Volk und Vaterland aus seinem Herzen zu reißen und in einer Weise sein eigenes Blut und Land zu begeistern, wie es vor ihm wohl kaum einer getan hat.“

Das Deutsche Reich lehnte am 16. August die Einladung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Beteiligung an der Weltausstellung in San Franzisko ab, nachdem eine Umfrage ergab, daß sich die deutsche Industrie und die sonstigen wirtschaftlichen Kreise in überwältigender Mehrheit keinen Nutzen von einer Beschickung versprachen.

An der Erinnerungsfeier der Befreiungskriege in der Gedächtnishalle zu Kehlheim nahm auch der Kaiser teil (25. August). Prinzregent Ludwig hieß ihn willkommen und sagte: „Diese hehre Halle, den deutschen Befreiungskämpfern von Bayerns König Ludwig I. gewidmet, ist so recht Kehlheim.

der Ort, um das Gedächtnis jener opferreichen Zeiten zu begehen. Seine Gedanken und Absichten bei Errichtung dieses Denkmals hat der königliche Erbauer zusammengefaßt in die Worte: Möchten die Deutschen nie vergessen, was den Befreiungskampf notwendig gemacht und wodurch sie gesiegt! Diese Mahnung glänzt uns als Inschrift aus den Marmorfriesen der Halle entgegen, und mit diesen Worten hat König Ludwig auch am fünfzigsten Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig die Mitkämpfer der Befreiungskriege begrüßt, die er zur Einweihung des Baues noch um sich versammeln konnte. Deutschlands Uneinigkeit und Zerrissenheit als Ursache seines tiefen Falles, der Deutschen Vereinigung und festes Zusammenhalten als Voraussetzung ihrer Wiedererhebung, das ist es, was die heutige Feier uns vor Augen führen soll...! Kaiser Wilhelm jagte beim Festmahl: „Es war, als rauschte der eherne Flügelschlag deutscher Geschichte über uns...“ — Am 28. August zog das Kaiserpaar in Breslau ein zu den dortigen Jahrhundertfeierlichkeiten und zum Besuch der Jahrhundertausstellung. — Am 1. September war der Prinz von Wales Gast des Deutschen Kaisers in Berlin. — Vom 31. August bis 5. September nahm der Herzog der Abruzzan an den deutschen Herbstmanövern und Flottenübungen bei Helgoland teil. Zur Jahrhundertfeier der Schlacht von Dennewitz auf dem Gedenkhallenberg zu Niedergörsdorf hielt Fürst Bülow am 6. September eine Festrede.

Soziales.

Der Sozialdemokratische Parteitag zu Jena 14. bis 20. September sprach sich über den Generalstreik aus. Eduard Bernstein sagte: „Ich stimme der Resolution des Parteivorstandes zu, weil ich der Meinung bin, daß wir unter den Verhältnissen, die sich in Deutschland entwickelt haben, nicht in der Lage sind, weiterzugehen. Wir dürfen uns nicht einer romantischen Stimmung gegenüber dem, was gelingen kann und nicht, hingeben. In Belgien herrschen ganz andere Verhältnisse. Wir müssen mit uns zu Räte gehen, ob wir in eine Bewegung eintreten sollen, von der wir wohl wissen, wie wir hineinkommen, aber nicht, wie wir wieder hinauskommen. Wann sollen wir mit dem Massenstreik aufhören? Bis das allgemeine Wahlrecht in Preußen bewilligt ist? Da könnte man gleich sagen, wir hören erst auf, wenn die rote Fahne auf das königliche Schloß gepflanzt ist. Der preussische Staat gibt nicht Reformen auf einen Hieb. Wir müssen ihm erst das Knie auf die Brust setzen. Soweit sind wir aber noch nicht, deshalb dürfen wir uns nicht wegen Teilreform in ein Abenteuer einlassen. Wir haben zuviel geschaffen, um es aufs Spiel zu setzen.“ Klags sagte als Mann der Werkstatt: „Die Arbeiter sind überzeugt, daß es noch ganz anderer und besserer Organisation bedarf, um einmal die Waffe des Massenstreiks und vielleicht noch ganz andere Waffen zur Anwendung zu bringen.“ Rosa Luxemburg beschuldigte Scheidemann der Demagogie. Frank meinte über die Militärvorlagen: „Täuschen wir uns darüber nicht, daß die Massen der Arbeiter nicht solche Antimilitaristen sind, wie wir es wohl möchten. In den Grenzbezirken fürchten sich die Arbeiter vor dem Feind.“ Hoch sagte unter Beifall, Unruhe und Lachen: „Wir haben verschiedene Richtungen in der Partei, und das ist ein Segen. Aber dann soll

man auch den Mut haben auszusprechen, daß die Mehrheit in der Fraktion den Kampf gegen die Militärvorlage als aussichtslos aufgegeben hat, während wir der Ansicht sind, daß eine Minderheit im Volk, die die Welt erobern will, den Kampf gegen das, was sie für verwerflich hält, mit aller Kraft führen muß, auch wenn der Kampf schwer ist." Rosa Luxemburg meinte noch: „Mit den letzten Besitzsteuern ist in unsern Reihen ein Summ erhoben worden von einer neuen Epoche, die mit der Besteuerung der Besitzenden anheben sollte. Die Arbeiter müssen glauben, es beginne die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. Wenn der Parteitag sich auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses stellt, muß er auch dazu kommen, daß, wenn der Krieg ausbricht und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können, die Fraktion für die Bewilligung der Kriegskosten eintreten müsse. Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr.“ (Die Partei hatte bekanntlich gegen die Heeresvermehrung, aber für die damit zusammenhängende Vermögenssteuer gestimmt.)

Kaiser Wilhelm lehnte am 22. September das Kaiserdenkmal für die Moselbrücke zu Trier ab, weil er zu seinen Lebzeiten nicht in einem öffentlichen Denkmal dargestellt zu sein wünschte.

Man sprach von Quertreibereien der hannoverschen Welfenpartei, weil der welfische Reichstagsabgeordnete Colshorn am 27. September bei der Geburtstagsfeier für den Herzog von Cumberland sagte: „Wir wissen, daß Prinz Ernst August nie verzichtet hat und nie verzichten wird. Die nationalliberale Partei hat eine Eingabe an den Bundesrat gemacht, den Prinzen von Hannover zu bewegen, öffentlich und in aller Form Verzicht auf Hannover zu leisten. Damit verlangt sie nichts anderes wie Landesverrat. Der Eid des Prinzen zu den preußischen Fahnen hat nichts zu sagen. Der Fahneneid verpflichtet nicht fürs Leben, sondern für die Zeit, in der man wirklich Soldat ist. Wir haben den Kampf siebenundvierzig Jahre lang durchgeführt und wir werden noch weitere siebenundvierzig Jahre weiterarbeiten.“ Dazu bemerkte amtlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 8. Oktober: „Diese Versuche stehen in scharfem Gegensatz zur Auffassung des Prinzen selbst, wie uns aus Omunden von zuständiger Seite mitgeteilt wird. Der Prinz ist der Meinung, daß seine Äußerungen über das im Fahneneid liegende Versprechen so klar und bestimmt seien, daß niemand das Recht habe, an seinen Worten zu deuteln und zu rütteln. Es sei für ihn unverständlich, wie jemand daran zweifeln könne, daß dieses Versprechen auch in Geltung bleibe, sobald er deutscher Bundesfürst geworden sei, da es eine Verpflichtung enthalte, die sich für einen deutschen Bundesfürsten von selbst ergebe, und daß er sich daher an sein Versprechen für immer gebunden fühle.“ Am demselben Tag kam der Prinz aus Omunden nach Potsdam. — Aber auch der deutsche Kronprinz gab in einem Schreiben an den Reichskanzler seinen Bedenken gegen die Thronbesteigung des Prinzen ohne ausdrücklichen Verzicht auf Hannover Ausdruck. Der Reichskanzler legte in



seiner Antwort die Gründe dar, die für die Haltung der preußischen Regierung maßgebend waren.

Der Antrag der preußischen Regierung vom 16. Oktober an den Bundesrat zur braunschweigischen Thronfolgerfrage lautete: „Nachdem Prinz Ernst August sowohl durch den Fahneneid als auch in seinem Schreiben an den Reichskanzler Garantien dafür geboten hat, daß er die vermeintlichen Rechte seines Vaters, des Herzogs von Cumberland, auf Hannover zu keiner Zeit geltend machen werde, hält die preußische Regierung in Übereinstimmung mit der braunschweigischen Landesregierung eine über diese Rundgebung hinausgehende ausdrückliche Verzichtleistung des Prinzen auf Hannover nicht für geboten. Statt ihrer hat der Prinz am Tage seiner Thronbesteigung in einer feierlichen Erklärung die Reichsverfassung anzuerkennen, die im Artikel 6 die Zugehörigkeit Hannovers zu Preußen ausdrücklich festsetzt. Dieser Erklärung des zukünftigen regierenden Herzogs hat eine Ausstellung der nach braunschweigischem Recht erforderlichen Reversalien (Verpflichtung auf die Verfassung und die Gesetze des Landes) durch ihn voranzugehen.“ — Aber die Nationalliberalen faßten dennoch am 19. Oktober eine Resolution, in der sie „noch in letzter Stunde ihre warnende Stimme zu erheben“ suchten. „Die letzten Wochen haben gezeigt, daß trotz der Verbindung zwischen den Häusern der Hohenzollern und Welfen die staatsgefährliche welfische Agitation fortbauert und sogar noch gestärkt worden ist.“ — Im Bundesrat wurde festgestellt, daß die vom Herzog von Cumberland 1907 beabsichtigte Gründung einer Linie, auf die er seinen Anspruch auf Hannover übertragen wollte, unterblieben ist; durch den Tod seines ältesten Sohnes sei diese Absicht ganz vereitelt worden. So nahm denn der Bundesrat den preußischen Antrag am 27. Oktober einstimmig an. Die braunschweigische Landesversammlung begrüßte am 29. Oktober mit Freuden den Beschluß, „welcher die Wiederübernahme der Regierungsgewalt im Herzogtum durch das angestammte, in vielhundertjähriger Geschichte mit dem Lande verbundene welfische Herrscherhaus gewährleistet. Die Landesversammlung spricht die Erwartung aus, daß der im ganzen Lande mit Jubel begrüßte Regierungsantritt des Prinzen unter Gottes Schutz nicht nur dem Herzogtum zum Segen gereiche, sondern auch dem Deutschen Reich, und daß in der Bevölkerung Bestrebungen keinen Boden gewinnen werden, welche das gute Verhältnis zum Bundesstaate Preußen trüben könnten.“ Dann wurde die Verzichtsurkunde des Herzogs von Cumberland auf Braunschweig vom Staatsminister Hartwig verlesen. „Weitere Erklärungen zu erwarten, ist nicht tunlich.“

Das Welfenblatt „Deutsche Volkszeitung“ schrieb: „Die Welfen werden die 1906 ausgesprochene Zuversicht des Herzogs von Cumberland, die Han-

noveraner würden alles unterlassen, was die Stellung seines Sohnes in Braunschweig erschweren könne, nicht enttäuschen. Man wird zwar auch ferner auf der Wacht stehen für deutsches Recht und deutsche Treue, für das monarchistische Prinzip und den wahren Reichsgedanken, aber der braunschweigische Landesherr wird außerhalb der politischen Kämpfe des Tages bleiben." — Ebenso erklärte der Welfe Langwost am 16. November zu Linden, daß sich an der Kampfstellung der welfischen Partei nichts geändert habe; nur der Herzog von Braunschweig scheide aus der Agitation. Die Taktik werde verändert werden, es gehe aber in alter Weise vorwärts für Hannovers Recht und Freiheit. Ein Telegramm an den Herzog von Cumberland besagte: „Viele Hunderte blicken frohbewegten Herzens nach der Stadt des Löwens und harren in felsenfester Treue der Stunde, da das Recht auch in Hannover seinen Siegeslauf nimmt.“ Aber Bethmann Hollweg sagte am 10. Dezember im Reichstag: „Hannover ist und bleibt eine preußische Provinz.“ Herzog Ernst August und seine Gemahlin waren schon am 13. November in Braunschweig feierlich eingezogen.

Für die Zulassung ausländischer Studenten an den preußischen Universitäten wurden Höchstziffern festgesetzt. In Berlin wurde allen russischen Studenten mitgeteilt, daß Reimmatrikulationen nicht vorgenommen werden (29. Sept.). — Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte am 1. Oktober Schriftstücke über den Eitelhandel. — Zu Berlin fand am 7. Oktober ein Kongreß für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft statt.

Am 16. Oktober erfolgten Gilbotenläufe von 35.000 Turnern über 7000 Kilometer, die von allen Gauen des deutschen Vaterlandes dem Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig zueilten. Die feierliche Weihe des großartigen Denkmals fand am 18. Oktober statt in Gegenwart des Kaisers, des Erzherzogs Franz Ferdinand von Österreich, des Großfürsten Kyryll von Rußland, des Prinzen Wilhelm von Schweden und vieler deutscher Fürstlichkeiten und Vertreter der Freistädte und der Heere. Aus Österreich erschien Freiherr Conrad v. Hötzendorf, Kriegsminister Robatin und die Kommandanten der Regimenter, die an der Leipziger Schlacht hervorragenden Anteil genommen; ebenso Vertreter des russischen und schwedischen Heeres, ferner Vertreter der Familien Yorck von Wartenburg, Blücher von Wahlstatt, Bülow von Dennewitz, Schwarzenberg, Radetzky, Biansky, Folliot de Creneville, Nostitz, Kienack und Hardegg. Nach der Besichtigung des Völkerschlacht-denkmals erfolgte die des Denkmals für Fürst Karl Schwarzenberg, dem Führer der verbündeten Heere. Am selben Tag fand auf dem Kreuzberg zu Berlin eine Jubelfeier statt. Am Tage darauf wurde zu Leipzig der Grundstein der Deutschen Bücherei gelegt.

Der Deutsche Bund abstinenten Frauen errichtete am Fuße des Völkerschlacht-denkmals ein Reformgasthaus (All. Ztg., 18. Sept.).

Börries v. Münchhausen besang das Denkmal: „Um dieses Denkmals Riesenkrone stehn zwölf felsenwachsame Männer auf der Wache, die Tage kommen, und die Tage gehn, mit Sonnenglut, mit Donnerwutgefrache; ihr

Völkerschlacht-  
denkmal.

Haupt, um das so viele Winde wehn, ist unbeweglich, denkt nicht Raub, nicht Rache; gleichmütig trotzig sehn sie übers Reich und sind an Wuchs und Wehr und Waffen gleich. . . Dank, dank dir, Gott, für jenes Eisenjahr, ja Dank auch noch für unsrer Knechtschaft Ketten! Wir hätten ohne das, was früher war, auch später nicht vermocht den Hort zu retten; wir wurden gleich einander, wie die Schar da droben über dieses Schlachtfelds Stätten, an Stolz und Wunden und an Deutschtum gleich, ein einzig Volk, ein Kaiser und ein Reich!" (All. Ztg., 16. Okt.). Die Architektur von Bruno Schmitz war durch die monumentale Plastik Franz Mehners reich belebt. Vor dem Denkmal war ein Teich; auf der andern Seite sollte eine 250 Meter lange Kampfbahn sein. Die Errichtung des Denkmals war hauptsächlich der Tätigkeit des Vorsitzenden des Patriotenbundes Clemens Thieme zu danken. Die „Illustrierte Zeitung“ zeigt auch ältere Projekte. — Am Sterbehause des Fürsten Schwarzenberg in Leipzig wurde eine Gedenktafel von der Gemeinde Wien gestiftet. Die russische Gedächtniskirche in Leipzig wurde am 17. Oktober eingeweiht (All. Ztg., 23. Okt.). Es fehlte nicht an Rückblicken auf die Völkerschlachtfeier vor fünfzig Jahren. Für die gefallenen Österreicher wurde bei Wachau ein Denkmal enthüllt (All. Ztg., 6. Nov.).

Es fiel unangenehm auf, daß Deutsche in Posen ihre Güter an Polen veräußerten.

Ein Museum für ostasiatische Kunst wurde am 24. Oktober zu Köln eröffnet.

Nachdem die bayerische Staatsregierung bereits am 13. Oktober die Umwandlung der Regentschaft auf dem Weg einer Verfassungsänderung als den richtigen Weg empfohlen hatte und dem Landtag am 28. Oktober eine diesbezügliche Vorlage übermittelte, die am 30. mit allen Stimmen gegen die der Sozialisten und Demokraten angenommen wurde, erfolgte am 8. November die Eidesleistung des bisherigen Prinzregenten als König Ludwig III. Er verlas folgende Ansprache: „. . . Es ist zu beklagen, daß nicht rechtzeitig durch entsprechende Maßnahme der Entstehung eines Zustandes vorgebeugt wurde, der als auf die Dauer unvereinbar mit dem monarchischen Gedanken und dem Staatswohl zu erachten ist. . . Es hat mich mit Befriedigung erfüllt, daß es gelungen ist, in verfassungsmäßiger Form die Wiederherstellung des Zustandes zu ermöglichen, der dem Gedanken der Erbmonarchie, dem Geiste der bayerischen Verfassung und dem Empfinden des Volkes in gleicher Weise entspricht. . .“ Durch einen eigenen Erlass wurden dem unheilbar geisteskranken König Otto der Titel und die Ehrenrechte gewahrt.

Die fortgesetzten Versuche der Einführung einer modernen Verfassung in Mecklenburg scheiterten wieder am Widerstand der Ritterschaft (9. Nov.).

**Babern.** Ein unbedeutender Anlaß in Babern führte zu gewaltiger Erregung im ganzen Reich; der Leutnant Freiherr v. Forstner hatte die Elsäßer „Wackes“ genannt, was im Mund eines Nichtelsäffers ungehörig klang; es kam infolgedessen zu erregten Straßenkundgebungen in Babern

König  
von  
Babern.



4. bis 10. November und trotz beschwichtigender Maßregeln zu neuem Unfug am 26. Nov. Der Gemeinderat protestierte am 28. telegraphisch beim Kaiser, Statthalter, Reichskanzler und Kriegsminister, die elsäß-lothringischen Bürgermeister kamen am 2. Dezember zu einer Rundgebung zusammen. Drei Interpellationen wurden vom 3. Dezember an im Reichstag verhandelt; die Sache wurde von den meisten Parteien maßlos überschätzt; selbst das Zentrum (Fehrenbach) sprach von „Finis Germaniae“, von einem dies ater für das Deutsche Reich. Bethmann Hollweg erhielt schließlich am 4. Dezember ein Mißtrauensvotum mit 293 gegen 54 Stimmen. Der Sozialdemokrat Scheidemann wunderte sich, daß Bethmann am 9. Dezember wieder in den Reichstag kam, als ob gar nichts geschehen wäre; er hätte demissionieren müssen, schon aus Selbstachtung. Bethmann erwiderte, Scheidemann setze einen Zustand verfassungsrechtlicher Verhältnisse voraus, der nicht existiere. Das Votum bezweckte lediglich festzustellen, wie die Mehrheit des Reichstages denke.

Bei den Versammlungen der sozialdemokratischen Wahlvereine in Berlin 20. November bezweifelte Düwell, ob es möglich sein werde, die Organisation zu heben und den alten Feuereifer zu entfachen. Hegewald glaubte, daß an den einzelnen zu viele Anforderungen gestellt würden, ein Gefühl der Überfättigung sei vorhanden. Die Massenstreikdebatten wären besser unterblieben. Es bestehe eine allgemeine Müdigkeit. Gegen mehrere Arbeiterfängerschöre wurden Vorwürfe gerichtet, daß der Parteigeist in ihnen nicht zum Rechte komme. Man gab der wirtschaftlichen Depression Schuld am Mitgliederrückgang. Es gebe in den Fabriken auch viele Indifferenten. Viele schreckt auch der oligarchische Ton in den Organisationen ab. An Stelle Bebel's wurde am 11. Dezember Scheidemann zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt.

In zwei Nordmarkversammlungen zu Flensburg 15. Dezember wurden Resolutionen zum Kampf gegen das Vordringen des Dänentums gefaßt.

Um hier noch die religiösen Vorkommnisse zusammenzufassen, sei zuerst die Interpellation Fehrenbach's vom 10. Januar erwähnt über das Verbot eines Jesuitenvortrags durch die badische Regierung. — In Württemberg wurde am 11. Januar der Zentrumsführer v. Kiene zum Vizepräsidenten der Kammer gewählt. — Die Konservativen im preussischen Abgeordnetenhaus wünschten wohl die Mithilfe des Zentrums im Kampf gegen die Sozialdemokratie zum Schutz von Thron und Altar, bedauerten aber, daß man in der Jesuitenfrage ein so geringes Verständnis für die Empfindungen der protestantischen Mitbürger habe, denn in allen deutschen Protestanten, welcher Richtung sie auch angehören, ist tief eingewurzelt die Überzeugung, daß der Jesuitenorden eine Kampforganisation gegen den Protestantismus ist. Man erblickt daher in der Aufhebung des Jesuitengesetzes eine Kampfansage, in der Wiedereinführung der Jesuiten

Reli-  
giöses.Jesuiten-  
frage.

eine Kampfdrohung, was hinwieder im Protestantismus die Kampf Stimmung auf der ganzen Linie erregt. Es wäre deshalb das beste, wenn der jetzige Zustand bliebe, wie er ist, wenn das Gesetz unter billiger, nicht schikanöser Durchführung aufrechterhalten würde im Interesse des konfessionellen Friedens. So meinte Jedliß am 13. Januar. — Der Pole Seyda klagte, daß die Regierung seit sechs Jahren den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen unbesetzt lasse: „Wir empfinden das als Zurücksetzung und gröbliche Benachteiligung der Rechte der katholischen Kirche.“ — Gronowski (Zentrum) klagte am 3. Februar im preußischen Abgeordnetenhaus: „Das Ministerium des Innern ist katholikenfrei, und von fünfhundert Landräten sind nur einige sechzig katholisch. Besonders ungünstig stellt sich in dieser Beziehung Schlesien.“ Der vom Zentrum eingebrachte Gesetzesentwurf betreffend die Aufhebung des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872 wurde am 19. Februar im Reichstag angenommen. Spahn bemerkte, daß dies bereits viermal seit 1882 geschehen sei, aber immer habe der Bundesrat seine Einwilligung verweigert. Er verwies auf Duhrs „Geschichte der Jesuiten“, um zu beweisen, daß die Bedenken aus evangelischen Kreisen unbegründet seien. — Der Sozialist Hoffmann sagte: „Es ertönt in unserer Zeit der Ruf nach Sammlung aller gläubigen Christen zum Kampf gegen den Umsturz und Unglauben. Dieser Ruf ist eines der unehrlichsten politischen Kampfmittel der Gegenwart. Protestanten und Katholiken kommen im Zeichen des Kreuzes niemals zusammen. Ich erinnere an die Enzykliken, an die Auslassungen des Evangelischen Bundes und des Oberkirchenrats. Wir Sozialdemokraten wollen den Kampf gegen den Klerikalismus, den Jesuitismus und gegen das Zentrum. Aber es muß ein offener und ehrlicher Kampf sein. Einem Gegner die Hände binden und ihn dann zum Zweikampf herausfordern, das ist kein ritterlicher Kampf.“ Dagegen sprachen die Nationalliberalen: „Die Aufhebung des Jesuitengesetzes ist für uns schlechthin unannehmbar. Mum (Wirtschaftliche Vereinigung) sagte: „Die konfessionellen Verhältnisse zeigen Stetigkeit. Das Verhältnis von 62 Evangelischen zu 36 Katholiken ist im Reich mit kleinen Schwankungen — die ersten zwanzig Jahre zugunsten der Evangelischen, die letzten zwanzig Jahre zugunsten der Katholiken — unverändert geblieben. Diese Bevölkerungsschichtung, wie sie nur noch Holland hat, legt dem deutschen Volk eine überaus schwere Aufgabe auf. Das Jesuitengesetz ist aus einer Freimaurerpetition heraus entstanden.“ Der Elässer Haegy gestand, daß die Jesuiten im Reichsland seit jeher segensreich wirkten.

Der wegen Irrlehre abgesetzte Pfarrer Jatho starb zweiundsechzig Jahre alt zu Köln 11. März. — Der Herausgeber der katholischen Wochenschrift „Allgemeine Rundschau“, Armin Kaufen, starb achtundfünfzig Jahre alt zu München 15. März.

Erzbischof Hartmann richtete am 14. April an den Klerus seiner Kölner Diözese ein Hirtenschreiben, darin er die Geistlichen dringend ermahnte, sich eng an den Papst anzuschließen, und sich dagegen wandte, daß päpstliche Anordnungen kritisiert werden.

Bethmann Hollweg verteidigte am 16. April im Reichstag den Kaiser gegen den Sozialisten Gradnauer. Der Kaiser hatte am 10. März vor den versammelten Landwehroffizieren aufgerufen zum Kampf gegen die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit. „Wollen Sie etwa bestreiten, daß solche Mächte bei uns an der Arbeit sind? Müssen wir nicht täglich in der sozialdemokratischen Presse Verhöhnungen des Gottesglaubens lesen? Da wundern Sie sich, daß dem gegenüber der Kaiser an die sittlichen Kräfte, an den Gottesglauben, an die göttliche Zuversicht erinnerte, die vor hundert Jahren die Grundlagen waren für die Wiedergeburt des deutschen Volkes?“ — Der Ausschuß des Antikultramontanen Reichsverbands erließ am 25. April eine Kundgebung zu den preussischen Wahlen gegen das Zentrum, das nicht nur als konfessionell, Zentrum. sondern als ultramontan bezeichnet wurde. — Der vierundzwanzigste Evangelisch-soziale Kongreß zu Hamburg 14. Mai befaßte sich mit der Versicherungs-gesetzgebung, der Steuer-gesetzgebung, der wirtschaftlichen und handelspolitischen Geltung eines mehrkräftigen Staates in der Welt. — Der Prediger der freireligiösen Gemeinde in Mannheim, Max Maurenbrecher, trat mit seiner Gattin aus der sozialdemokratischen Partei aus wegen der militärischen und außenpolitischen Fragen.

Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Metz 17. bis 19. August schickte an den Papst ein Huldigungstelegramm folgenden Inhalts: „Erfüllt von der Erinnerung an Konstantins glorreiche Tat, welche der Kirche die Freiheit der Entwicklung gab und der Menschheit dadurch die größte Wohltat erwies, sprechen die Katholiken Deutschlands den innigen Wunsch aus, daß bald die unwürdigen Fesseln fallen mögen, die heute so vielfach der heiligen Kirche auferlegt sind, und erslehen für den Stellvertreter Christi auf Erden volle Freiheit in der Verwaltung seines heiligen Amtes.“ Ein anderes Telegramm ging an den Kaiser ab. Bischof Koppes von Luxemburg schilderte die bedrängte Lage der katholischen Kirche in Luxemburg, hervorgerufen durch die zur Herrschaft gelangte Freimaurerei; deshalb habe er sich veranlaßt gesehen, den Religionsunterricht in der Schule zu verbieten, da die Kirche hinausgedrängt wurde. Erzberger sprach für die Heidenmission: in China breche eine neue Periode der Missionsarbeit an. In Asien wird die Frage entschieden, ob die Länder mit vielen hundert Millionen Einwohnern in Zukunft ein katholisches oder ein neuheidnisches Gesicht tragen sollen. Dieser Völkeradvent muß im Interesse des Christentums ausgenutzt werden. Richen wies auf den deutschen Verein vom Heiligen Lande hin; das Reich des Islams krache in allen Fugen, deshalb muß der Katholizismus hier den gebührenden Anteil nehmen.

Kon-  
stantin-  
jubi-  
läum.



Prote-  
stanten.

Der Deutsche Protestantentag zu Berlin 15. Oktober wollte Pflege deutsch=protestantischer Frömmigkeit als Erbe Schleiermachers, Fichtes, Steins, Arndts, Lessings und Herders, Aufhebung des Apostolikumszwangs im ganzen Reich, Gleichberechtigung der verschiedenen theologischen Richtungen, volle Freiheit der wissenschaftlichen Forschung für Lehrer und Schüler, Mitarbeit an den ideellen und sozialen Aufgaben des Volkslebens, Bekämpfung des Ultramontanismus. „Wir haben ein offenes Auge für die Frage der Lösung der Kirche vom Staat und bekämpfen jeden Gewissenszwang in Schule und Heer, Wissenschaft und Kirche. Wir glauben, daß der Geist Jesu stark genug ist, um seine uner schöpften Kräfte neu in den Dienst der Gegenwart zu stellen, der Seele zum Frieden und dem Volke zum Heil . . . Wir verwahren uns gegen die Versuche der preußischen Orthodorie, andere Landeskirchen in ihrem evangelischen Charakter zu verdächtigen, weil sie dem apostolischen Glaubensbekenntnis nicht die beherrschende Stellung in ihren gottesdienstlichen Handlungen einräumen, wie das Preußen seit 1895 getan hat. Wir erinnern heute daran, daß 1813 in Preußen die Verpflichtung auf die symbolischen Bücher der Kirche aufgehoben wurde.“

Dreiss.

Der Bischof von Regensburg unterjagte in einem Erlaß vom 27. Oktober an die Katholiken die Teilnahme an einem Vortrag, den Professor Drews am 7. November im Kaufmännischen Verein über die „Geschichtigkeit Jesu“ halten sollte, und er verbot den Katholiken die fernere Zugehörigkeit zu diesem kaufmännischen Verein. — Zur Propaganda für den Austritt aus der evangelischen Landeskirche fanden in Berlin am 20. November zwölf Volksversammlungen statt, in denen 4209 Kirchenaustrittserklärungen abgegeben wurden. — Der bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Hertling mußte sich am 29. November gegen die Vorwürfe des Ultramontanismus verteidigen, weil er auch Präsident der Görresgesellschaft war. Scharf wandte er sich gegen die Auslegung des Begriffs ultramontan als antinational. Bis Ende Dezember erfolgten in Berlin über 25.000 Austritte aus der Evangelischen Landeskirche.

Die deutsche Auswanderung war von 200.000 Köpfen jährlich in den Achtzigerjahren auf 20.000 gesunken; denn der heimische Arbeiterbedarf war so groß, daß er durch etwa eine Million fremder Arbeiter aus Russisch-Polen, Böhmen, Galizien und Italien ergänzt werden mußte.

Auffallend häufig waren die Prozesse wegen Spionage und Verrats militärischer Geheimnisse.

Häufig hörte man von zerstörten Luftschiffen.

Stadion.

Das „Deutsche Stadion“ wurde zu Berlin 8. Juni in Gegenwart des Kaiserpaars unter Mitwirkung von dreißigtausend deutschen Turnern und Sportsleuten eröffnet. Der Kaiser dankte für die Huldigungen des deutschen Sports am folgenden Tag: „Wessen Herz schlägt nicht höher angesichts der schmucken Turner, Schwimmer, Läufer, Ringer, Ruderer, Radfahrer, der frischen Knaben und Mädchen des Jungdeutschlandbundes und der Pfadfindertrupps . . .?“ Bei der Regatta zu Brunsbüttelkoog sprach

der Kaiser seine Freude darüber aus, daß Deutschland mehr Ruderklubs habe, als ganz Europa zusammen. „Das ist ein Erfolg, auf den Ich stolz bin; wie Ich zur Regierung kam, waren es acht Schulen, die sich am Rudersport beteiligten, jetzt sind es dreihundert. Das gibt uns eine Jugend, wie wir sie brauchen, keine Übermenschen, aber gesunde Menschen mit gesunden Gliedern und gesunden sittlichen Anschauungen. Mein Wunsch ist, daß die nächsten fünfundzwanzig Jahre dieselbe aufsteigende Kurve innegehalten werde. Das kann nur geschehen, wenn der Himmel es zuläßt, daß wir uns des Friedens erfreuen wie bisher.“

Als der höchste Funkenturm Deutschlands bei Riloese, Provinz Hannover, am 4. Dezember durch einen Sturm zerstört wurde, mußten die drahtlosen Ferngesprächsversuche mit Amerika eine Weile eingestellt werden.

Die Berliner Sezession löste sich am 6. Juni auf, weil der Präsident Paul Cassirer allzusehr die Präsidentschaft mit Kunsthändlerturn verquickte.

Das bezeichnendste kulturgeschichtliche Ereignis, bezeichnend für den Geist unmittelbar vor dem Weltkrieg, war das „Festspiel“ Gerhart Hauptmanns für die nationale Jahrhundertfeier in Breslau. Die Ausstellungsleitung hatte sich mit Recht nicht damit begnügt, den Theaterapparat von Schlesiens Hauptstadt in üblicher Weise zu einer Reihe von Festvorstellungen zu veranlassen, sondern sie hatte die monumentale riesenhafte Festhalle in den Mittelpunkt des Festspielgedankens gestellt. Am 31. Mai trat das bis dahin vorsichtig den Augen der Kritik verborgengehaltene Bühnenwerk zum erstenmal vor über fünftausend Zuschauern ins Leben. Seit den Baireuther Julitagen von 1882 wurde kein Kunstwerk mit so hochgespannten Hoffnungen erwartet. Die Enttäuschung war so furchtbar, daß man sich fragte: Wie konnte ein mit dem Arsenal theatralischer Wirkungsmöglichkeiten so wohlvertrauter, aber dem Wesen germanischen Idealismus durch seine grellfarbigen Wirklichkeits Schilderungen und seine Traumwelten unüberbrückbar getrennter Dramatiker die Vieserung eines patriotischen Festspieles annehmen? Und wie konnte die Ausstellungsleitung ein solches Festspiel gerade von Hauptmann erwarten? Das Buch erschien kurz vor der Aufführung; es war mit einer Zeichnung von Ernst Stern geschmückt: Napoleon I. als Mariottenfigur. Man merkte, daß der Dichter ein wenig von Goethes Epimenides-Festspiel von 1815 beeinflusst war, auch vom Faust wegen der „deutschen Reime“, wie es auf dem Titelblatt hieß. Der Kritiker der „Illustrierten Zeitung“ (12. Juni) Otto Sonne, dem ich der Objektivität wegen wörtlich folge, findet, daß hier weltgeschichtliche Fragmente kaleidoskopartig durcheinander wirbeln, deren Schluß ein mit Friedens- und Liebesbalsam gesalbter Kosmopolitismus bildet, der den gar seltsam anmutet, der etwa gekommen war, um im Bühnenbild das poetisch verklärte Erwachen, Erstarren, Ringen und Siegen der deutschen Nation vor hundert Jahren zu schauen. Von all diesen Erwartungen geht keine in Erfüllung. Durste dies Endergebnis eigentlich wundernehmen? Wohl kaum. Der laute Erfolg der Uraufführung wurde in erster Linie nicht dem Dichter, sondern dem geschickten Regisseur Max Reinhardt zugeschrieben. — Soweit der zeitgenössische Kritiker. Indem ich nun nach fünf Jahren das Textbuch wieder aufschlage, staune ich noch mehr über die Frivolität dieses Unternehmens, das ein unglückweisagendes Vorspiel zum Weltkrieg bedeutet. G. Hauptmann will eine „mimische Ironie“ geben nach dem Vorbild des hellenistischen Mimendichters Phylition aus der

Zeit des Augustus, des Weltverächters, der am Gelächter gestorben sein soll; darum nennt Hauptmann sich oder seinen Vertreter im Spiel „Philistiades“ und will mit „tragischer Helben Todesröcheln“ „sardonisches Kinderlächeln“ vermischen. Er zieht seine Marionetten aus einem Ranzen. „Tatsächlich beruht das heutige Stück auf Blutbädern und Schlachtenmusik, graufigen Simmelsammelsurien.“ „Der Direktor“, worunter Gott Vater gemeint ist, hat am meisten Gefallen an der Puppe Napoleon, denn sie „trägt mein eigenes Künstlerzeichen; es sollte eigentlich etwas werden, dergleichen noch nie gewesen auf Erden. Er reiste mit seiner eigenen Truppe, er war eine kolossale Puppe, jede Bühne ward ihm zuletzt zu enge, er brachte die ganze Welt ins Gebränge, und schließlich kam ich selbst in Gefahr, obgleich ich doch sein Direktor war. Da setzte ich ihn auf die schwarze Liste und warf ihn zurück in die Puppenliste. Er tat mir leid, doch es mußte geschehn, wollte die Firma nicht untergehn.“ Wie unwürdig ist dies Gleichnis durchgeführt, wenn man damit Calderons „Großes Welttheater“ vergleicht! Der Direktor muß sich sehr respektlose Worte von Philistiades sagen lassen, und eine Pythia, die dann zu sprechen beginnt, leugnet geradezu blasphemisch, daß der Christengott der wahre sei, „denn immer ist das Kind noch nicht geboren, das du (Europa) seit zweitausend Jahren schon geboren wähnst. Noch nicht geboren ist Europens Friedensfürst, nicht der Erlöser, ob man viele Tempel auch ihm schon geweiht; wer anderes spricht, spricht lügenhaft, denn wäre dieser Sohn des höchsten Gottes dort, wo sie ihm huldbigen: wie hätte Krampf und stille Wut und Krankheit weiter so der Mutter Leib verfehrt? Nein, dieser Friedensfürst, dem sie Lob singen, er hat immer nur des Krieges wilden Brand entfacht, und seine Diener sammelten solche Martern aus, wie sie kein Teufel je erdacht in Fleisch und Blut! Das graue Altertum kennt solche Qualen nicht. Allein ich sehe dümmern fern des Friedens Tag, so sehr die giftige Pestilenz auch heute noch, und finstrier Wahnsinn, toben in Europens Blut.“ Das mußten sich die christlichen Deutschen von ihrem Dichter offen und unverhüllt ins Gesicht schmeißen lassen! Es folgt dann eine Verhöhnung des Gedankens des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation: „ein Gedanke umfassend und weit umgreifend, doch leider an das Unmögliche streifend.“ Der alte Fritz sagt vom deutschen Adler: „Hätte ich Deutschland nicht geweckt, wäre dieser längst verreckt.“ Es folgen kurze Szenen oder eigentlich lebende Bilder aus der Französischen Revolution und der Napoleonszeit, und dazwischen hinein sprechen allerlei benannte und unbenannte Personen jener Zeiten ihre Sprüchlein, so außer Hegel usw. auch ein „Krypto-Nichtgentleman“ (Kryptojesuit?). Am stärksten tritt John Bull auf und wirbt mit Gold für eine englisch-preussische Allianz gegen Napoleon. Dafür ist auch Hauptmann-Philistiades, und er tritt hier ganz aus dem Stück heraus mit einem politischen, erzprotestantischen Programm, er nennt „den Preußenthron den Vollstrecker der Reformation: das war und ist seine heilige Mission. Und jenen John Bull mit seinen Guineen, den brauchte er gar nicht so scheel ansehen, denn Preußen und England, das ist Protestant und Protestant. Das ist die gesunde Zweiseit der gesunden geistigen Freiheit! Und wenn sie das je vergessen, so wird sie der höllische Satan fressen, zum Frühstück verschlucken und verdauen und die Gewissensfreiheit hat das Nachschauen. Lobt jemand die Revolution? Hier ist mehr: die ewige Reformation. Darauf sollten sich Preußen und England



vereidigen und der Menschheit heiligste Güter verteidigen. Euch Preußen, Volk oder Königen, sei bewußt das bedeutsame Wort des berühmten Sallust: Wir sollen von dem nicht seitab schwanken, dem wir Dasein und Größe verdanken.“ Also im paritätischen Preußen, in der zur größeren Hälfte katholischen Provinz Schlesiens proklamiert Hauptmann eine ewige Reformation, die noch dazu mehr sein soll als Revolution; er will, daß sich Preußen mit England gegen den deutschen Katholizismus verbünde, und das zu einer Zeit, da wir katholischen Dichter von unsern katholischen Kritikern aus Rücksicht auf den konfessionellen Frieden verhindert wurden, friedsame katholische Poesie zu treiben statt allgemein nationaler interkonfessioneller. Weiter läßt Hauptmann Fichte von seinen „berühmten Reden an die undeutsche Nation“ sprechen; dann hält der alte Blücher, weiters Napoleon Ansprachen. Ein Bild zeigt Napoleon als Zeus auf dem Thron, zeigt den winterlichen Rückzug aus Rußland. Eine der klagenden Mütter wird allmählich zur „Mutter Deutschland“, Priesterin und Göttin zugleich, zur deutschen Athene mit der Agis, zu „Athene Deutschland“ mit großen Worten, die also schließen: „Ich gebiete euch dreierlei: Macht Deutschland von der Fremdherrschaft frei! Sorget, daß Deutschland einig sei! Und seid selber frei! Seid selber frei!“ Es folgt eine wirksame Volksszene für Reinhardts Regie; aber sofort ironisiert all das Philistiades: „Ich komme euch schwerlich recht gelegen mitten hinein in den Freiheitswaffenregen. Mir gefiel dieser Aufschwung ungeheuer: ich liebe das plutonische und olympische Urfeuer.“ Aber: „Kunst ist Abbreviatur.“ Er erzählt nun humoristisch von Napoleons Fall und Gefangenschaft. Als er Athene Deutschland noch immer dort stehen sieht, ist ihm das nicht behaglich: „Denn, wenn sie weiter so steht und ragt, so siegt zuletzt die heilige Klarheit. Wo bleibt dann die Welt und meine Narrheit? Das Drama der Menschheit beruht auf Verwirrungen.“ Athene Deutschland betritt aber nun den reinen Gipfel des Olymps, die klare Heimat seliger Götter. Sie erkennt ihres Daseins, ihrer Waffen Sinn: „Die Tat des Friedens ist es, nicht die Tat des Kriegs.“ „Missetat ist des Krieges nackter Mord. Sie rußt Krieger eines anderen Krieges, Ringer mit dem Wahn.“ Nun eint sich über Klüfte hin so Mensch zu Mensch, wie Volk zu Volk. Uns trennen Sprachen nicht, nicht Götter. Was trennt, ist Irrtum, Unwissenheit, nackte Not des Hungers. Groß ist der Schöpfer. Groß zeugt sie immer neu, die Welt. Laßt uns Groß feiern! Darum gilt der fleischgewordenen Liebe dieses Fest, die sich auswirkt im Geist. Und also folgt mir in des deutschen Domes Liebesnacht.“ Unter Glockenklang und Orgelspiel verschwindet der Zug im Innern eines gotischen Domes. Blücher schilt darüber: „Was war das für ein Friedensbimmelbammeln? Wat soll mich denn den Friedensstirli? Ich bin for Infanterie und Kavallerie.“ Aber der Direktor verweist ihn als abgespielte Puppe in die Kiste: „Was leben bleiben soll, das sei dein Wort, ich schenk' es Deutschland, brenn' es in sein Herz — nicht deine Kriegslust, aber — dein Vorwärts!“ — Das Ganze war zweifellos das Werk einer starken Persönlichkeit, aber Schritt für Schritt die Zerstörung der Poesie, die Antipoesie, das frevelhafteste Spiel mit der Kunst. Der Eindruck war denn auch so negativ, daß die Aufführungen zum nationalen Skandal wurden und bald abgesetzt werden mußten.

Einige katholische Blätter hoben als Gegensatz dazu meine vor einigen Jahren erschienene siebenteilige Dramenreihe „Die Revolution“ hervor.

Darüber und über Ähnliches berichte ich in der Frankfurter zeitgemäßen Broschüre „Der Zusammenbruch von 1918“ (1922).

Histo-  
r. polit.  
Blätter. In den „Historisch-politischen Blättern“ schrieb P. Sinthern über „Luthers Sendungsidee und Harnacks Schema für eine katholische Lutherdarstellung“. Er zeigte, daß Luther in seinem Wirken mehr als Zerstörer denn als Begründer religiöser Werte zu betrachten sei und daß ihn daher seine persönliche Religiosität nicht zu einer wahren religiösen Größe macht. — Reinhold Steig berichtet über Lulu Brentano, die Märchenerzählerin und Freundin der Brüder Grimm. — Über das Alter des Armenischen ergreift Hugo Obermaier das Wort. — Über den Abt R. Kornmann und die kirchliche Restauration nach der Aufklärungszeit berichtet Ant. Döberl. — August Rösler lobt den „Glücklichen Mittelstand“. — Sehr bedeutsam und bedenklich ist die Betrachtung „Hundert Jahre nach dem Sturz Napoleons“ mit der Klage, daß das Programm der Freiheitskriege „Hin zu Gott“ ins Gegenteil umgeschlagen ist „Weg von Gott“. — Tourneau behandelt „das übernatürliche und das natürliche (historische) Recht der Kirche auf die Schule“, Hans Rost den „Geburtenrückgang“. Die Statistik spricht hier für die Katholiken. — Adam Gottron setzt die Entstehungszeit von Dantes „Monarchia“ ums Jahr 1310. „Die Grundlagen zur Commedia sind gelegt, und nun hebt das große Lied an.“ — Ein Diplomat legt seine Auffassung über die Römische Frage nieder; er schließt: „Die Römische Frage ist keine bloß italienische, sondern eine katholische Frage, welche die Katholiken der ganzen Welt angeht.“ — Ein „Süddeutscher“ stellt pessimistische Betrachtungen an über den „Anfang vom Ende“; er macht Vergleiche mit dem kaiserlichen Rom seit Commodus, das immer mehr eine reine Militärmonarchie wurde; dazu kam der Staatssozialismus. Das gegenwärtige Wettrennen der europäischen Völker sei eine Folge der expansiven preußischen Politik, unter der besonders Süddeutschland leide. Er sagt sehr pessimistisch voraus: „Wenn der kommende Kampf nicht zu einem vollständigen Siege führt, wird er uns finanziell ruinieren; neue Vermögensabgaben werden dann so unmöglich sein wie neue Anleihen und neue Steuererhöhungen. So wird der Schlußakt der preußischen Politik des Erfolges das blutige Drama entweder zu einem erhebenden Schauspiele oder zu einem weltgeschichtlichen, mit dem Unglücke ganzer Völker endenden Trauerspiele gestalten.“ — Neundörfer fragt: „Kann der Protestantismus eine Trennung von Kirche und Staat vertragen?“ Er weist auf das Wort von Reinhard Mumm im „Tag“ hin: „Nur in der Scheidung von rechts und links in zwei (protestantische) Religionsgesellschaften liegt die Lösung.“ — Auf Grund brieflicher Mitteilungen wird über die Universität der deutschen Jesuiten in Tokio berichtet. — Dieser 151. Band bespricht folgende Bücher: Der Goldgrund der Weltgeschichte zur Wiedergeburt katholischer Geschichtsschreibung von Albert v. Ruville. — Friedrich Lauchert, Die italienischen literarischen Gegner Luthers. — Die kritische Gesamtausgabe von Dr. Martin Luthers Tischreden 1531—1546, erster Band: Tischreden aus der ersten Hälfte der Dreißigerjahre. — Oskar Criste, Erzherzog Karl von Österreich. — Heinrich v. Stephan, Ideen in der Geschichte, dritte Auflage. — Die Briefsammlung des seligen Canisius, von Otto Braunsberger. — R. Lamprecht, Einführung in das historische Denken. — Bernhard Duhr, Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge, zweiter Band. Erste Hälfte des 17. Jahrhunderts. — Kruecke-

meyer, Zentrum und Katholizismus“ (Verlag der internationalen Verlagsbuchhandlung Meffis, Amsterdam 1913), mit den Kapiteln: Wir müssen aus dem Turm heraus! Was ist eine konfessionelle Partei? Professor Martin Spahn und „das deutsche Zentrum“. Programmatische Auseinandersetzungen. Die Osterdienstagskonferenz. Professor Martin Spahns „Glossen zur katholischen Literaturbewegung“. „Köln, eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus“. Kardinal Ropp an Fräulein v. Schalscha. Montanus und Schmölber. „Marodeure“ im Zentrum. Die Kandidatur Spahn. „Die wiederhergestellte Einigkeit“. „Unsaubere Machenschaften“. „Zur Vorgeschichte der Zentrumspartei“. „Lebens- und Gewissensfragen“. Eine weitere Resolution des Augustinusvereins. Der antikultramontane Reichsverband. Graf Oppersdorff und „Österreichs katholisches Sonntagsblatt“. Die katholische Aktion. „Die Machenschaften gegen die deutschen Katholiken.“ Ein Artikel der Kreuzzeitung. Erneute Stellungnahme des Augustinusvereins. Zentrum und Konservative. Mandatsniederlegung des Abgeordneten Roeren. — Friedrich Ojanam, der Gründer des Vinzenzvereins. Ein Leben der Liebe. Von Heinrich Auer. — Baron R. Puttkamer, Die Mißerfolge in der Polenpolitik. — Dr. George Bull, Warum ich katholisch wurde. Übersetzt von Friedr. Maurer. — Der 152. Band der „Historisch-politischen Blätter“ handelt unter anderem von der „Auflösung der schismatischen Kirche“ infolge der Balkanereignisse. — Johann Ranftl würdigt eingehend den Meister Michael Pachser. — Die patriotische Gesinnung des hl. Augustinus wird festgestellt. — Urban Zurburg berichtet über „Irrungen und Irrfahrten eines altkatholischen Bischofs“, des Engländer Arnold Harris Mathew. — Hans Rost schreibt „von der Kulturkraft des Katholizismus“. — St. Schindele schildert G. Freiherr v. Hertling als Philosoph zum siebzigsten Geburtstag. — Der Zwiespalt zwischen „Polnisch-katholisch“ und „Deutsch-katholisch“ wird beklagt. — W. Rosch gibt eine Übersicht über die deutsche lyrische und epische Dichtung seit der Reichsgründung. Darin eine Stelle über mich S. 664. — Ant. Döberl gibt einen Beitrag zur Geschichte des Goskreises aus den Papieren des ersten katholischen Journalisten J. B. v. Pfeilschifter. — Joh. Ranftl schreibt über Baldessare Castiglione und seinen „Cortegiano“. — Ant. Baumstark behandelt den Kampf um die Orienthypothese in der Geschichte der christlichen Kunst nach Strzygowski. — Ausführlich wird berichtet über die Generalversammlung der österreichischen Geographischen Gesellschaft in Salzburg, bei der ich den Festvortrag über Onno Klopp hielt und wobei es auch zu einer Art Friedensschluß der beiden Richtungen der katholischen Literaturbewegung kam (861). — Ewald Reinhard zieht wieder Hallers „Restauration der Staatswissenschaft“ hervor. — Von besprochenen Büchern seien genannt: Die Biographie Louis Veuillots von E. Tavernier, Paris 1913. — Mein Büchlein über „Johannes Scheffler“ (Angelus Silesius) als Scheffler. katholischer Apologet und Polemiker, in welchem ich zuerst die von allen Literaturhistorikern unbenuzt gelassenen prosaischen Schriften des berühmten Konvertiten und Dichters zu seiner Charakteristik herangezogen habe. Obwohl das Buch fast nur aus Zitaten aus den Werken dieses alten Autors aus dem 17. Jahrhundert besteht, wurde doch dessen Vertrieb im Jahr 1916 verboten, um den konfessionellen Frieden nicht zu stören. — Th. v. Liebenaus Thomas Murner bildete einen Teil der Ergänzungen zu Janssens Geschichte des deutschen Volkes, herausgegeben von L. v. Pastor. — Lepins „Jesus-



Christ, sa vie et son œuvre“ befaßte sich auch mit der Chronologie (27 bis 30). — Fritz Gerlich, Geschichte und Theorie des Kapitalismus. — Die italienische Biographie des Professors Contardo Ferrini, des „modernen Heiligen“, war von C. Pellegrini. — Albrecht Dürers schriftlicher Nachlaß wurde von G. Ant. Weber herausgegeben. — Adolf Stöckers Lebens- und Zeitgeschichte war von Dietrich v. Derken. — Von P. Pesch' Nationalökonomie erschien der dritte Band. — J. Nießen, Mariologie des heiligen Hieronymus. — Der langjährige Zentrumsabgeordnete und Osterdienstagsmann Roeren schrieb über „Zentrum und Kölner Richtung“ mit folgenden Kapiteln: Die einzelnen Richtungen. Osterdienstagskonferenz. Kernpunkt des Streits. Politische Partei und Weltanschauung. Politische Partei und konfessionelle Exklusivität. Allgemeinchristliche Weltanschauung. Das Zentrum auf katholischer Basis gegründet. Stellung der nichtkatholischen Kreise gegenüber dem Zentrumsstreit. Roeren erhob dagegen Einspruch, daß man die Kölner Richtung mit dem Zentrum identifiziere. — Als Antwort darauf erschien eine Schrift von Julius Bachem: „Das Zentrum, wie es war, ist und bleibt.“ Der Rezensent dieser Schrift, Krueckemeyer, trägt viele Zeugnisse über den religiösen Ursprung des Zentrums bei, ohne den programmatisch-politischen Charakter zu bestreiten. Jedenfalls haben die Gegner des Zentrums dieses nicht als katholisch im religiösen Sinn, sondern als qualifiziert klerikal oder ultramontan angegriffen, zum Unterschied von den bloß religiösen Katholiken, die keine Zentrumswähler waren. Sie bekämpften den „politischen“ Katholizismus. — Von Grisars „Luther“ erschien der dritte Band, der Schluß mit Schilderung der Verdüsterung, der Nachtseiten des Seelenlebens, ohne die „vorteilhaften Züge“ zu verschweigen. — Herm. Hofmann schilderte Bismarck 1890—1898 im Verkehr mit den „Hamburger Nachrichten“. — In der „Weltgeschichte in Charakterbildern“ erschien Kampers Karl der Große und blieb nicht ganz unbestritten.

Zur Tausendjahrfeier der Stadt Kassel wurde ein kulturhistorischer Festzug veranstaltet (Zll. Ztg., 2. Okt.). Ein Heimatfestspiel wurde zu Heilsberg aufgeführt (Zll. Ztg., 28. Aug.). Ein Jahrhundertfestspiel „1812“ von D. v. d. Pfordten wurde zu Rudolstadt von Damen und Herren der Gesellschaft aufgeführt. In Bonn wurden „Rheinisch-Historische Festspiele“ veranstaltet (Zll. Ztg., 24. Juli). Zum Vierundvierzigsten deutschen Anthropologenkongreß in Nürnberg (4. bis 9. Aug.) wurde ein Festspiel von Frau Helene v. Forster aufgeführt (Zll. Ztg., 4. Sept.). Eine neue Reinhardt-Sensation war C. Bollmöllers Pantomime „Das Mirakel“ mit Musik von Humperdinck (Zll. Ztg., 11. Sept.). Dalcroze veranstaltete rhythmisch-musikalische Schulfeste in Hellaerau (Zll. Ztg., 26. Juni). Das symbolistisch-geistliche Stück „Verkündigung“ von Paul Claudel wurde von der Dalcrozeschule in Hellaerau zum erstenmal aufgeführt (Zll. Ztg., 9. Okt.). Zur Feier des dreihundertsebjährigen Stiftungsfestes der Fürsten- und Landesschule St. Afra in Meißen wurde von Schülern die „Alkestis“ des Euripides griechisch aufgeführt, mit Musik von Marshall Hall (Melbourne). Das vor drei Jahren in Ägypten aufgefundenen Satyrdrama des Sophokles „Die Spürhunde“ wurde in Bearbeitung von R. Robert in Lauchstedt und von den Straubinger Gymnasiasten in Übersetzung von Lederer aufgeführt. Hans Schulze dramatisierte Wildes „Dorian Grey“ mit allen Grauslichkeiten.

Zu Fr. W. Webers hundertstem Geburtstag gedachte man seines Spruches:

„Die Welt ist voll von Gottesseggen; willst du ihn haben, er ist dein; du brauchst nur Hand und Fuß zu regen, du brauchst nur fromm und klug zu sein.“ — Der Romanschriftsteller Frenssen beging seinen fünfzigsten Geburtstag. Er hat sich ein Jahr darauf durch sein skandalöses Epos „Bismarck“, das er zurückziehen mußte, arg geschadet: sich und der deutschen Nation.

Der Literaturhistoriker Richard Weltrich starb im neunundsechzigsten Jahr zu München; Erich Schmidt starb im sechzigsten Jahr zu Berlin. Ein Reliefporträt Erich Schmidts hatte Adolf Hildebrand geschaffen (Zll. Ztg., 12. Juni).

Dem Prinzregenten Luitpold wurde zu München ein klassisches Reiterdenkmal von Adolf Hildebrand enthüllt (Zll. Ztg., 2. Okt.). Max Heilmayers Denkmal des Königs Ludwig II. wurde in Nürnberg enthüllt (Zll. Ztg., 4. Sept.). Ludwig Manzel schuf ein Kaiser-Friedrich-Denkmal für Stettin (Zll. Ztg., 23. Okt.). Das von B. Seifert modellierte Denkmal für Graf Bülow v. Dennewitz wurde in Gegenwart des Fürsten Bülow enthüllt (Zll. Ztg., 11. Sept.). In Königsberg wurde das Denkmal des Grafen Yorck (von W. Rosenberg modelliert) aufgestellt. Gneisenau erhielt ein Denkmal in Posen (Zll. Ztg., 30. Okt.). Ph. Th. v. Gosen schuf das Denkmal des Litzowschen Freikorps in Jöbten (Zll. Ztg., 4. Sept.). Ein Kolonialkriegerdenkmal wurde zu Dresden errichtet (Zll. Ztg., 23. Okt.). G. Waders schuf das Richard-Wagner-Denkmal für München (Zll. Ztg., 15. Mai). Zum hundertsten Geburtstag gab die „Illustrierte Zeitung“ eine Wagner-Nummer. Bleeker modellierte die Wagner-Büste für die Walhalla (Zll. Ztg., 22. Mai). Oskar Krüger entwarf das Jahn-Denkmal für die Stadt Mittenwalde in der Mark (Zll. Ztg., 21. Aug.). Zum hundertsten Geburtstag wurde dem Dichter Hebbel in Wesselsburen eine Denkmalbüste enthüllt (Ost. Zll. Ztg., 18. Mai). Dem humoristischen Dichter-Maler W. Busch wurde in Wiedensahl ein Denkmal errichtet (Zll. Ztg., 25. Sept.). Das Denkmal für Justus Liebig in Darmstadt war ein Werk von Heinrich Jobst (Zll. Ztg., 13. Nov.). Georg Kolbe schuf ein absonderliches Heine-Denkmal für Frankfurt (Zll. Ztg., 18. Dez.). Ein Luther-Brunnen von Paul Juckoff-Skopan wurde in Mansfeld enthüllt (Zll. Ztg., 13. Nov.). Geschmackslos war das Doktor-Eisenbart-Denkmal Gustav Eberleins für Hannoverj-Gmünd (Ost. Zll. Ztg., 16. Nov.). Im Hamburger Schauspielhaus wurde eine Büste Alfred v. Bergers von Romanus Andresen aufgestellt (Ost. Zll. Ztg., 7. Sept.). Kaiser Wilhelm erwarb für das Achilleion auf Korfu die Figur „Anmut“ von Fritz Heinemann (Zll. Ztg., 26. Juni). Die zwölf Meter hohe Frithjof-Statue war von Max Unger (Ost. Zll. Ztg., 13. Juli). Hermann Hofaeus schuf die monumentale Figur der Justitia für das neue Justizgebäude in Essen (Zll. Ztg., 19. Juli).

Franz Stuck's bestes Werk wurde eine reitende Amazone, die in Köln aufgestellt werden sollte (Zll. Ztg., 11. Dez.). Ein weitläufiger Märchenbrunnen wurde am Friedrichshain zu Berlin errichtet; es ist nur zu bedauern, daß der abschließende architektonische Bogen lediglich dekorative Bedeutung hat und nicht, wie die richtige Ästhetik und die Menschenfreundlichkeit verlangt, zu einer gedeckten Wandelhalle ausgestaltet ist. Conwiller schuf ein Brunnen-Denkmal zu Düsseldorf zu Ehren der Großen- und Montanindustrie (Zll. Ztg., 8. Mai). In Bremerhaven wurde der Klabautermannbrunnen von Pagels und Hagedorn aufgestellt (Zll. Ztg., 2. Jan.). Ein Brunnen-Denkmal in Essen stellte die Sage des Frohenhäuser Gänsereiters dar (Zll. Ztg., 25. Dez.). Einen Fritz-Reuter-Brunnen schuf Ewald Holz für Rostock (Zll. Ztg., 22. Mai).

Denk-  
maler.

Plastik.

Eine greuliche Sache ist das Gemälde des Schweizers Ferd. Hodler für das neue Rathaus in Hannover „Der Schwur der Bürgerschaft zur Sache der Reformation“ (Ill. Ztg., 26. Juni).

Bauten.

Über die Internationale Bauausstellung in Leipzig 1913 bringt die „Illustrierte Zeitung“ 22. Mai reiches Material. So auch über Heimatschutz im Bauwesen, die Gartenstadtbewegung, den Verbandibund, die Bauberatung. Zum Ableben des Münchener Architekten Gabriel v. Seidl brachte die „Illustrierte Zeitung“ 1. Mai seine Hauptschöpfungen. Das Stettiner Stadtmuseum von Meyer zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 29. Mai.

Eine Gedächtniskirche für die in der Leipziger Völkerschlacht gefallenen zweiundzwanzigtausend russischen Krieger wurde nach dem Entwurf des russischen Architekten Wladimir Pokrowsky in Leipzig errichtet. Das Modell und den Grundstein zeigt die „Illustrierte Zeitung“ 2. Januar. Die neue Festhalle in Breslau von Berg faßte fünftausend Personen (Ill. Ztg., 6. März). An sie schlossen sich die Ausstellungsgebäude. Eine katholische St.-Bernhardus-Kirche entstand in Karlsruhe (Ill. Ztg., 27. Nov.). Das aus dem Jahr 1536 stammende, durch G. B. di Quadro erbaute Rathaus in Posen wurde prächtig wiederhergestellt (Ill. Ztg., 28. Aug.). Das originelle neue Polizeigebäude in München war ein Werk von Th. Fischer (Ill. Ztg., 11. Dez.). Der schöne Entwurf Martin Dülfers für das neue Stadttheater in Grefeld erhielt den ersten Preis (Ill. Ztg., 18. Dez.). Die Hohenzollernburg Alenberg bei Roth unweit Nürnberg wurde aus freiwilligen Spenden angekauft und dem Kaiser zum Jubiläum geschenkt, um dort ein Veteranenheim zu errichten (Ill. Ztg., 19. Juni). Der vielumstrittene romanische Kreuzgang zu Würzburg, die Grabstätte Walters von der Vogelweide, deren Verkauf nach Berlin eine lebhafte Preßfehde entfachte, sollte nun doch infolge einer edlen Entscheidung des Kaisers in Würzburg verbleiben, allerdings nur als Museumsgegenstand (Ill. Ztg., 24. Juli).

In Eberswalde wurde ein bedeutender Goldfund gemacht, aus der mittleren Hallstattkultur, etwa dem 7. bis 8. Jahrhundert v. Chr. Diese sogenannte Lausitzer Kultur wurde den Semnonen, dem Kernvolk der Sueben, zugeschrieben (Ill. Ztg., 12. Juni). Der 1880 zu Mainz gefundene Goldschmuck der Kaiserin Gisela († 1043) ging in den Besitz des Deutschen Kaisers über (Ill. Ztg., 4. Dez.).

Öster-  
reich-  
Ungarn.

Als der ungarische Wahlgesetzentwurf im Jänner bekannt wurde, mit seinen vier Klassen, beschloß eine Versammlung von Vertrauensmännern der Sozialdemokratie den politischen Massenstreik als Protest dagegen. Das ungarische Abgeordnetenhaus trat am 22. Januar nach mehrwöchiger Unterbrechung unter polizeilichen Schutzmaßregeln wieder zusammen.

Zweihundert deutsche Mitglieder der katholischen Kirchengemeinde von Hermannstadt beschlossen ihren Austritt aus der katholischen Kirche, weil ihnen keine genügende Beteiligung an der Verwaltung der Gemeinde eingeräumt wurde; gleichzeitig drückten sie dem Bischof Grafen Mailath und dem Dechanten Prinzen Hohenlohe-Waldenburg ihr Mißtrauen aus.

Nach dem Tod des Kardinal-Fürsterzbischofs von Wien Franz Xaver Nagl, der am 4. Februar siebenundfünfzig Jahre alt starb, wurde als



sein Nachfolger Propst Piffel von Klosterneuburg am 28. März vom Kaiser Piffel. ernannt und bald darauf vom Papst bestätigt.

Der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete Franz Schumeier wurde am 10. Februar von einem Arbeiter Paul Kunschak erschossen, aus Rache, weil er durch die sozialdemokratische Organisation aus seiner Arbeitsstelle vertrieben worden war. Darauf wurde am 17. Februar auf Grund einer Verständigung der Münchener Polizei der Tischlergehilfe Franz Freiburger verhaftet, weil er auf den christlichsozialen Abgeordneten Leopold Kunschak, den Bruder des Mörders, um Schumeier zu rächen, ein Mordattentat plante. Paul Kunschak wurde im Oktober zum Tod verurteilt, aber zu zwanzig Jahren schweren Kerfers begnadigt.

Bei einem tschechischen Agitator in Reichenberg fand die Polizei eine Böhmen. große Anzahl panslawistischer Medaillen mit aufreizenden Inschriften gegen Österreich, mit Schleifen in serbischen und bulgarischen Farben. Auch gedruckte Flugblätter in tschechischer Sprache, die in gleicher aufreizender Absicht an Tschechen in der ganzen Welt versandt wurden, fanden sich in großer Menge. Das war freilich mehr Spielerei. Aber in den Prager Verhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen zeigte sich im Lauf des April, daß die beiderseitigen Standpunkte zu sehr auseinandergingen und die angestrebte Einigung unmöglich war. Ministerpräsident Graf Stürgkh bedauerte am 20. Mai im Abgeordnetenhaus, daß in Böhmen ein Ausgleich nicht zustande gekommen war. Das sei eine finanzielle Kalamität für Böhmen selbst, deren man möglicherweise nur mit ernstern Mitteln Herr werden könne. Die Erschließung neuer finanzieller Hilfsquellen sei notwendig und dringlich. Dr. Groß meinte, die Erfolge der Balkanslawen hätten auch das Stammesbewußtsein der Südslawen der Monarchie gesteigert. Ein panslawistischer Staat könnte die Zufluchtstätte für den Panslawismus und zentrifugale Tendenzen werden. In beiden Häusern des Parlaments erfolgten Kundgebungen zum fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläum des Deutschen Kaisers (Juni). Der böhmische Landtag, 1908 gewählt und infolge der deutschen Obstruktion von Anfang an arbeitsunfähig, wurde am 26. Juli aufgelöst.

Zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza und dem Markgrafen Georg Pallavicini fand am 20. August ein Säbelduell statt, bei dem beide Duellanten leicht am Kopf verletzt wurden, worauf sie sich versöhnten; der Anlaß war belanglos.

Der italienische Bürgermeister von Trient Graf Mancini wurde am 1. September zum zweitenmal vom Kaiser nicht bestätigt.

Die neuen deutsch-tschechischen Ausgleichskonferenzen scheiterten gleich am ersten Tag (15. Okt.). — Der Direktor Altmann der Filiale der Canadian Pacific Railway sowie drei Beamte, David Capella, Vincius Capella und David Fischer wurden wegen Verleitung von Militärpflichtigen zur Auswanderung verhaftet (16. Okt.). — Der niederösterreichische

Cartwright.

Landtag, nahm am 20. Oktober wieder die noch nicht sanktionierte Lex Kolisko an über Festlegung der deutschen Unterrichtssprache an den Volks- und Bürgerschulen Niederösterreichs. — Der durch sein zweifelhaftes Interview berühmt gewordene englische Botschafter Sir Fairfax Cartwright wurde im Oktober abberufen. — Im zisleithanischen Abgeordnetenhaus wurde der Tscheche Stranfsky zur Ordnung gerufen wegen seiner Ausfälle gegen die Krone und die „vertrottelte“ Stadt Wien. Der Italienisch-Liberale Titacco beschwerte sich über die unmenschliche Behandlung der Reichsitaliener in Triest. In Agram wurde am 27. Dezember der Landtag nach zweijähriger Pause wieder eröffnet. In Galizien fand zu Ende des Jahres die Verhandlung gegen Alexander Rabahuf und hundertachtzig andere ruthenische Verschwörer statt. Sie hatten im Einverständnis mit dem Grafen Wladimir Bobrinsky, Präsidenten des Volkswohlfahrtsvereines des russischen Volksbundes, ferner im Einvernehmen mit einigen Czernowitzer Einwohnern die von orthodoxen Ruthenen bewohnten Landgebiete unter russische Herrschaft bringen wollen, hatten zu diesem Zweck auch in ungarischen Komitaten Flugschriften und Blätter verbreitet, in denen der russische Nationalgedanke und die orthodoxe Kirche gepriesen, die griechisch-unierte Kirche geschmäht und zum Haß gegen Ungarn aufgereizt wurde. Eine ungarische Kanonensabrik wurde in Raab errichtet. Zahlreiche Spionageprozesse wurden verhandelt.

Foerster.

Professor Fr. W. Foerster wurde aus Zürich als Professor der Pädagogik nach Wien an die Universität berufen (März).

Der frühere Professor und Minister Jos. Unger starb zu Wien fünf- undachtzig Jahre alt, der Orientalist Herm. Bamberg (Bamberger) im einundachtzigsten Jahr zu Pest.

Am 12. Mai wurde die bereits seit Jahrzehnten von Österreich-Ungarn militärisch besetzte, aber noch von einem türkischen Gouverneur verwaltete Donauinsel Ada Kaleh für Ungarn annektiert.

Man feierte den zweihundertsten Gedenktag der Pragmatischen Sanktion (19. April 1713); die große Staatsaktion kam allerdings erst zehn Jahre später ganz zur Vollendung, als alle Länder, zuletzt Ungarn, durch feierliche Erklärungen die bisher bestehende lose Personalunion zu einer unteilbaren und unkündbaren Realunion machten mit der Verpflichtung zu gemeinsamem Heeres- und zusammenhängendem Finanzwesen.

In Österreich-Ungarn widmeten sich 30,100.000 Personen der Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei, Forstwirtschaft und Fischerei, 8,410.000 der Industrie, 3,316.000 dem Handel, Verkehr und der Versicherung, 3,060.000 waren Beamte, Geistliche, Lehrer, Pensionisten, 544.500 gehörten dem aktiven Militär, der Polizei und Gendarmerie an, 742.500 dem Berg- und Hüttenwesen, 940.000 dem Baugewerbe, 1,138.500 dem häuslichen Dienst, und 1,249.000 waren ohne Beruf.

Zeppelin unternahm nun auch den lange angesagten Flug nach Wien; eine Medaille von K. Göz hielt die Erinnerung fest (Öst. Ill. Ztg., 27. Juli). Ottokar Graf Czernin ging als Gesandter nach Bukarest.

Das Augustiner-Chorherrenstift Vorau in Steiermark feierte sein siebenhundertfünfzigjähriges Jubiläum.

Man begann immer mehr Wert zu legen auf die körperliche Ausbildung der Mittelschüler im Dienst der Wehrkrafsterziehung. Ebenso stark verbreitete sich die Pfadfinderbewegung seit Englands Vorgang 1909.

Die Jahrhundertfeier der Leipziger Völkerschlacht wurde in Wien vor dem Schwarzenberg-Denkmal begangen; an Schwarzenbergs Geburtshaus in Wien wurde eine Gedenktafel enthüllt (Öst. Ill. Ztg., 26. Okt.). Man erinnerte an Metternichs wesentliches Verdienst in der Vorbereitung der Freiheitskriege; auch daran, daß das eigentliche Wiener Denkmal der Schlacht von Leipzig das monumentale Burgtor und der Thesenstempel war. — Bei Branna in Böhmen wurde ein Denkmal enthüllt zur Erinnerung an die am 19. August 1813 durch die alliierten Monarchen abgehaltene Heerschau über die Truppen des Feldmarschalls Karl von Schwarzenberg. Auf dem Schlachtfeld bei Kulm wurde ein Gedenkturnm errichtet (Ill. Ztg., 28. Aug., und Öst. Ill. Ztg., 31. Aug.). — Jos. Rassin schuf ein Denkmal der Freiheitskriege für Hermagor in Kärnten (Öst. Ill. Ztg., 31. Aug.). — Ein Denkmal der „Batterie der Toten“ wurde bei Königgrätz errichtet (Öst. Ill. Ztg., 29. Juni).

Denk-  
mäler.

Auf Hermanns Modell für ein Kaisermonument in Massersdorf reicht ein Mädchen dem Kaiser einen Blumenstrauß (Öst. Ill. Ztg., 30. Nov.). Benf schuf ein Kaiserstandbild für Mödling (Öst. Ill. Ztg., 24. Aug.). Das Bild „Der Kaiser im Gebet“ von Scolik war ein Ausschnitt aus einer Photographie bei der Fronleichnamtsfeier 1910 (Öst. Ill. Ztg., 17. Aug.). Für das Elisabethheim in der Blindengasse zu Wien schuf Johannes Benf ein Denkmal der Kaiserin (Öst. Ill. Ztg., 30. Nov.). Edm. Teles modellierte ein Königin-Elisabeth-Denkmal für Pest (Öst. Ill. Ztg., 29. Juni). Rud. Marshall modellierte eine schöne Medaille zur Vermählung des Erzherzogs Karl Franz Josef mit Prinzessin Zita von Bourbon-Parma (Ill. Ztg., 19. Juni). Trentinis Denkmal für Erzherzog Albrecht, den Sieger von Custozza, wurde in Arco enthüllt (Ill. Ztg., 20. März). Hans Schwathe schuf ein Denkmal des Kardinals Gruscha für den Stephansdom (Öst. Ill. Ztg., 14. Dez.). Zerritsch schuf ein Denkmal des Erzherzogs Wilhelm für Traiskirchen (Öst. Ill. Ztg., 15. Juni).

Dem polnisch-österreichischen Staatsmann Franz Smolka wurde ein Denkmal in Lemberg errichtet (Öst. Ill. Ztg., 21. Dez.). Dem Freiheitsmann Hans Rudlich wurde ein Denkmal zu Braunau in Böhmen gewidmet (Öst. Ill. Ztg., 13. Juli). Dem Erbauer der Alpenbahnen C. Wurmb errichteten die Ingenieure Österreichs ein Denkmal zu Salzburg (Ill. Ztg., 23. Okt.). Dem Begründer der Postsparkasse Georg Coch wurde vor dem neuen Gebäude ein Denkmal errichtet; es war von Hans Scherpe, der Bau von Otto Wagner (Öst. Ill. Ztg., 8. Juni). Für das Stiegenhaus des neuen Wiener Konzerthauses schuf Edm. Hellmer eine schöne Reliefgruppe (Ill. Ztg., 6. Nov.). Der Maler und Bildhauer Jos. Engelhart schuf ein vorzügliches Denkmal für den Altwiener Maler Waldmüller in Wien (Ill. Ztg., 9. Okt., und Öst. Ill. Ztg., Okt.). Ebenso vortrefflich war Franz Mehnerts Kaiser Josef für Teplitz (ebenda).

Dem heiligen Klemens Maria Hofbauer wurde an der Wiener Minoritenkirche ein Denkmal von Virgil Rainer errichtet. Hofbauer war an dieser Kirche



von 1808 bis 1813 tätig, er wurde als „Apostel von Wien“ 1909 heilig gesprochen.

Zu Wels in Oberösterreich wurde dem Hans Sachs eine Gedenktafel gewidmet; der Nürnberger Dichter war neunzehnjährig als Schuhknecht hieher gekommen und hatte da seine ersten Gedichte von den Mäusen empfangen, wie er erzählt (Jll. Ztg., 4. Dez.). Dem tschechischen Dichter Julius Zeyer († 1901) wurde im Chotekpark zu Prag ein sehr romantisches Denkmal errichtet, ein Werk von J. Mauder (Öst. Jll. Ztg., 12. Okt.). Reinhold Felderhoff modellierte ein Brahms-Denkmal für Jischl (Öst. Jll. Ztg., 6. April). Ein Verdi-Denkmal wurde in Trient errichtet (Öst. Jll. Ztg., 20. Juli). In Primiero (Südtirol) wurde dem geistigen Urheber des Suezkanals Negrelli an seinem Geburtshaus eine Gedenktafel enthüllt (Öst. Jll. Ztg., 21. Sept.). Er war österreichischer Offizier. R. Philipps Entwurf eines Adalbert-Stifter-Denkmal's wurde zur Ausführung bestimmt (Öst. Jll. Ztg., 26. Okt.). Hans Schwaathe schuf das vorzügliche Denkmal für den Turnvater Jahn in Troppau (Öst. Jll. Ztg., 29. Juni). Ein neuer monumentaler Bildhauer erstand im Wiener Hans Humplik (Öst. Jll. Ztg., 13. Juli). Schrott-Vorst modellierte eine Ottokar-Kernstock-Platette zu dessen fünfundsiezigsten Geburtstag (Öst. Jll. Ztg., 27. Juli). Zum siebzigsten Geburtstag Roseggers führte Hans Brandstetter eine Büste in Marmor, Franz Zelezny eine Büste in Holz aus (Öst. Jll. Ztg., 27. Juli). — Peter Rosegger vereinigte das Beste aus seinen halbhundert Bänden kurz vor dem Abschluß seines siebzigsten Lebensjahres in der Anthologie „Mein Lied“ mit dem Schlußvers: „Die irdene Schale ist nun leer, ich hab mich restlos euch gegeben, ich legte mich in euer Leben, dem Tode bleibt nichts übrig mehr.“ Rosegger schrieb an einen Kritiker: „Auf meine Persönlichkeit dürfen Sie nach meinen Schriften, soviel diese auch Intimes enthalten mögen, nicht schließen; es ist Wahrheit und Dichtung.“

Im Wiener Rathaus wurde zur Weihnachtsfeier von Schülerinnen das Festspiel „Im Untersberg“ dargestellt (Jll. Ztg., 25. Dez.).

Im Prater wurde eine reichhaltige Adriaausstellung veranstaltet.

Bauten.

Die von Kirstein vollendete Kaiserjubiläumskirche auf dem Erzherzog-Karl-Platz in Wien wurde am 2. November eingeweiht (Jll. Ztg., 13. Nov.). Zur Eucharistischen Gedächtniskirche in Wien wurde am 14. September der Grundstein gelegt. Es fand die Schlußsteinlegung des Lainzer Jubiläumsspitals der Gemeinde Wien statt; ausgezeichnet ist der für den Park von Jos. Heu geschaffene Brunnen mit Karl Zueger als Roland (Öst. Jll. Ztg., 25. Mai).

Das seit 1908 aufgestellte niederösterreichische Landesmuseum in der Wallnerstraße zu Wien erreichte nun eine gewisse Vollendung (Öst. Jll. Ztg., 9. März). — Zum Zeichen der Anhänglichkeit für ihre Heimat, ihren Kaiser und ihren Glauben bauten die an der Wasserkante in Harburg a. d. Elbe lebenden katholischen Österreicher eine Franz-Josef-Kirche (Öst. Jll. Ztg., 21. Dez.). — Eugen Fasbender führte Camillo Sittes Gedanken über Städtebau in einem eigenen Werke aus „Grundzüge des modernen Städtebaus“.

Der Ingenieur W. Krefz, Vorkämpfer der Flugtechnik, Konstruktor des ersten Drachensfliegers, starb zu Wien. Ihm wurde auf dem Zentralfriedhof ein Denkmal errichtet (Öst. Jll. Ztg., 9. Nov.).

Operette.

Für die österreichische Kultur war die Operette allzusehr kennzeichnend. Franz Lehár war der weltberühmteste Mitteleuropäer, dessen Werke in allen

fünf Weltteilen in allen Sprachen gesungen wurden. Wir wollen gegen die Kunstgattung der Operette nicht zu kritisch sein, aber der allzu heiteren Seite der Kunst müßte etwas mehr eine ernste Seite entsprechen. Nun war aber gerade in den letzten Jahren das Schlagwort ausgegeben worden, daß die Tragödie sich überlebt habe. Die Kunst war in allen Ländern auf die Tiefe des Kabarett, des Tingeltangels herabgesunken, sie hatte es verlernt, dem Volke, dem Staate, der Gemeinde das zu sagen, was not tat, was gesagt werden mußte, was nur die Kunst völlig herauszusagen und anschaulich darzustellen konnte: die Ideen, den Sinn des ganzen Lebens.

Italien rühmte sich seiner glänzenden Finanzen; allerdings beruhte ihr Glanz darauf, daß wenig für das Land geschah. An der Schweizer Grenze wurden neue Forts gebaut. Die Beendigung des libyschen Feldzugs wurde am 19. Januar in Rom durch Paraden und Illumination gefeiert. Wegen entdeckter Riesenunterschleife beim Bau des römischen Justizpalastes wurden zwei Ingenieure verhaftet (12. Febr.). Der sechste Dreadnought „Duilio“ lief am 24. April vom Stapel. In der Kammer erfolgte am 3. Dezember eine republikanische Kundgebung; der Abgeordnete Gaudenzi rief: „Nieder mit Savoyen!“ Das ganze Haus antwortete: „Es lebe der König!“ Im Dezember wurde der Dieb der „Mona Lisa“ in Florenz verhaftet; es war der Dekorationsmaler Vinc. Perugia, der im August 1911 im Louvre arbeitete, das Bild aus dem Rahmen herauschnitt und es nun verwerten wollte. — Zu Rom starb im dreiundsiebzigsten Jahr der Literaturhistoriker und Dichter Graf Angelo de Gubernatis, Professor an der Universität.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und dem Vatikan wurden wieder aufgenommen.

Die deutsche evangelische Kirche in Rom war in romanischem Stil von Franz Schwechten erbaut (Ill. Ztg., 14. Aug.).

In der päpstlichen Schweizergarde gab es Unruhen, weil Oberst Repond die bisher rein dekorative Wachttruppe militärisch gründlich durchbilden wollte.

In Parma wurde ein Denkmal für Verdi errichtet (Ill. Ztg., 24. April), ein Werk von Kimenes. In Mailand wurde ein Verdi-Denkmal von Butti enthüllt (Ill. Ztg., 11. Sept.). In Ostia wurden schöne Altertümer ausgegraben (Ill. Ztg., 18. Dez.). — Scherzhaft nannte man die zukünftig zu erwartende neue künstlerische Richtung nach der der Futuristen die der Imperimentisten.

In Frankreich konstituierte sich unter dem neuen Präsidenten Poincaré ein Ministerium Briand. Als dies aber in der Wahlreformfrage eine Niederlage erlitt, bildete Barthou im März ein neues Kabinett. In einen Skandal der Spielkasinos waren auch Parlamentarier verwickelt. Soldatenunruhen entstanden in mehreren Städten wegen der im Mai beabsichtigten Einbehaltung des zweiten Jahrgangs über den Oktober hinaus.

Ein in Boulogne gelandeter deutscher Fliegeroffizier durfte ohne weitere Behinderung nach Deutschland mit der Eisenbahn zurückkehren (1. Okt.). Der Marineminister Baudin verbot dem Geseß von 1905 gemäß sonntägliche Gottesdienste auf Kriegsschiffen (25. Okt.). Der Staatshaushalt wies im November ein Defizit von 794 Millionen auf, infolge der Mehrkosten für Marokko und für die dreijährige Dienstzeit. Paul de Cassaignac forderte im November den deutschen Leutnant Freiherrn v. Forstner vergeblich zum Duell heraus. Das Ministerium Barthou stürzte am 2. Dezember über eine belanglose Steuerfrage. Doumergue bildete ein neues Kabinett mit sehr linksseitigem Programm. Wegen seines 1909 erlassenen Hirtenbriefes gegen die weltliche Volksschule wurde der Erzbischof von Reims Kardinal Luçon zur Zahlung von fünfhundert Franken verurteilt. Die Abtretungen Spaniens in Marokko waren eine Entschädigung für die Opfer, die Frankreich dem Deutschen Reiche gebracht hatte. — Im achtundachtzigsten Jahr starb Emil Ollivier, der bekannte Minister vom Jahr 1870.

Der Rückgang in der Volksvermehrung wurde zum Teil auch der unhygienischen Frauenkleidung schuldgegeben.

Um diese Zeit begann jene auffallende revolutionäre Damenmode, die für den Weltkrieg bezeichnend wurde.

Goethes „Faust“ wurde zum erstenmal in Paris am 20. Dezember 1912 aufgeführt (Ill. Btg., 9. Jan. 1913).

Dem Aviatiker Santos-Dumont wurde zu Paris ein Denkmal errichtet (Ost. Ill. Btg., 9. Nov.).

In Fécamps feierte man das Jubiläum des Benediktinerlikörs, den der Mönch Vincelli 1510 erfunden hatte (Ill. Btg., 28. Aug.). Mitglieder des Direktoriums waren jetzt die Erben des Rezepts (Le Grand), der Erzbischof von Rouen und der Bischof von Bayeux.

Als Frauen für französische Fremdenlegionäre importierte man indochinesische Mädchen.

Die Mitglieder der chinesischen Gesandtschaft in Paris brachten am 1. Januar zum erstenmal in europäischer Tracht ihre Neujahrswünsche dem Präsidenten dar; sie nahmen sich gar nicht übel aus (Ill. Btg., 9. Jan.).

England.

Für England war die irische Frage so sehr die Hauptsache, daß man sagen kann, die Unmöglichkeit ihrer gesetzlichen Lösung hat England aus Verzweiflung in den Krieg getrieben. Ein unionistischer Zusatzantrag, wonach das Homerule-Gesetz für das protestantische Ulsterg Gebiet keine Geltung haben sollte, wurde am 1. Januar im Unterhaus mit 294 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Bonar Law erklärte, wenn man das Homerule den Leuten von Ulster aufzwingen wollte, würde er sie selbst in ihrem Widerstand unterstützen. Bei den weiteren Debatten wurde die Einführung der Proporzwahl für den irischen Senat und in gewissen

Home-  
rule.



Bezirken auch für das irische Unterhaus beschlossen. Der oppositionelle Konservative Balfour beantragte am 15. Januar Ablehnung des Gesetzes, weil die Haltung der Liberalen gegen Ulster unmöglich aufrecht zu erhalten sei. Asquith verteidigte Homerule, um die Forderung der großen Mehrheit Irlands zu befriedigen. Die unionistisch gesinnten Ulsterleute werden wohl davor geschützt werden, daß ihnen Unrecht geschieht; aber die Bewilligung ihrer separatistischen Forderung wäre verhängnisvoll für ein demokratisches Regierungssystem. Asquith erinnerte dann Balfour daran, daß dessen üble Voraussetzungen betreffs der Folgen der Gewährung der Selbstverwaltung in Transvaal sich als falsch erwiesen hätten. „Wenn man ein großes Reich aufbaut, muß man etwas wagen. Wir fanden bisher unsern Lohn in der Erfahrung, daß die Loyalität und Anhänglichkeit der Glieder des Reichs durch Gewährung der Selbstverwaltung stärker geworden ist.“ — Dies alles half nichts, da das Oberhaus am 30. Januar die Homerulebill mit 326 gegen 69 Stimmen ablehnte. — Bei Neuwahlen in Irland (Londonderry) kam es am 31. Januar zu Zusammenstößen. In neuer Parlamentssitzung wurde die Homerulebill im Unterhaus am 10. Juni mit 368 gegen 270 Stimmen angenommen, in dritter Lesung am 7. Juli mit 352 gegen 243 Stimmen; im Oberhaus wurde sie aber am 15. Juli mit 302 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Die Ulsterleute rüsteten sich zum offenen Widerstand und bildeten eine provisorische Regierung. 500 Ulsterdelegierte versammelten sich am 24. September in Belfast bei verschlossenen Türen. Es wurden die Maßnahmen gegen die etwaigen Beschlüsse des geplanten Parlaments in Dublin beraten, denen man Widerstand leisten müsse. Man stiftete eine Garantiesumme von einer Million Pfund Sterling, wovon die Mitglieder des Ulster-Freiwilligenkorps entschädigt werden sollten; auch ein Finanzkomitee wurde eingesetzt. Vierzehn Bataillone der Freiwilligen von Ulster paradierten am 27. September zu Belfast vor ihrem „Ministerpräsidenten“ Sir Edward Carson. Diese völlig anarchischen Zustände in beiden Lagern Irlands wirkten sehr bedenklich auf die Revolutionären in Britisch-Indien, wie Lord Crewe, der Staatssekretär für Indien, am 23. Oktober in einer Rede zu Ipswich mitteilte. Diese unzufriedenen Indier machten sich alle von den Ulsterrebelln vorgebrachten Gründe gegen die Einführung des Homerulegesetzes zu eigen, um ihre Landsleute gegen die britische Herrschaft aufzuheizen. Die Indier wollten dem Beispiel der Ulsterleute folgen und die eingebornen Truppen auffordern, den Engländern den Dienst zu versagen und sich bei Meutereien auf ihre Seite zu stellen. — Aber die Rebellion der Ulsterleute schritt immer weiter fort. In einer Versammlung zu Belfast von über 6000 Geschäftsleuten, die ein Kapital von 100 Millionen Pfund vertraten, wurde am 4. November einstimmig die Resolution

Ulster.

angenommen, daß man die Zahlung sämtlicher Steuern verweigere, sobald irgendein Versuch zur Anwendung der Homerulebill gemacht würde; auch wurde die Sympathie mit der Organisation der Freiwilligen für Ulster ausgedrückt. — Staatssekretär Grey sprach am 4. Dezember zu Bradford über die Gefahr der Kämpfe in der Homerulefrage; die Gefahr einer Friedensstörung im Innern sei größer als die Gefährdung des äußeren Friedens. Die Regierung ergriff Maßnahmen gegen die Drohung der Ulsterleute mit bewaffnetem Widerstand. Ein Erlaß vom 5. Dezember verbot die Einfuhr von Waffen und Munition nach Irland und den Transport solcher Artikel längs der Küste. — Anderseits hatten sich zu Dublin am 25. November über 10.000 Rekruten in einer Massenversammlung für die nationalistische irische Armee anwerben lassen, die der irische Parlamentarier **Redmond** gegen die Ulsterleute führen wollte, sobald diese ihre angedrohte Erhebung gegen Homerule ins Werk setzten. So stand man also auf beiden Seiten zum Bürgerkrieg bereit.

Red-  
mond.

Suffra-  
getten.

Ohne größere Bedeutung, aber peinlich genug war der fortgesetzte Unfug der Wahlweiber; diese Suffragetten warfen entzündliche Stoffe in die Briefkästen, durchschnitten die Telegraphenleitungen, sprengten das neuerbaute Landhaus des Schatzkanzlers **Lloyd George** durch eine Bombe in die Luft, wofür Frau **Pankhurst** in flammender Rede die Verantwortung übernahm. Sie brannten Stationen der Eisenbahnen bis auf den Grund nieder, zerstörten das Landhaus der Witwe des Generals **White**, des Verteidigers von **Lady-smith**, durch Feuer, verprügelten den Premierminister **Asquith** beim Golfspiel, steckten die Tribüne einer Rennbahn in Brand, zerstörten das kostbare Rasthaus im Alexandrapark zu Manchester durch eine Bombe und verübten andere Lausbühereien. Frau **Pankhurst** wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, ebenso **Clara Givern** und **Ritty Marion**. Die Frauenwahlrechtsvorlage wurde am 6. Mai im Unterhaus mit 266 gegen 219 Stimmen abgelehnt.

Eine Bill über die Trennung von Kirche und Staat in Wales wurde am 5. Februar im Unterhaus mit 347 gegen 240 Stimmen angenommen, im Oberhaus mit 252 gegen 51 Stimmen am 14. Februar abgelehnt.

Im Unterhaus kam es am 1. April zu einem Skandal, weil dem Schatzkanzler **Lloyd George** in der Marconi-Affäre Teilnahme an unrechtmäßigen und unanständigen Spekulationen vorgeworfen wurde. **Lloyd George** mußte mit Bedauern zugestehen, daß Geschäfte in Marconi-Aktien gemacht und in der Debatte nicht erwähnt wurden; doch wurden die Minister vom Vorwurf der Bestechlichkeit freigesprochen.

Auch England lehnte es ab, sich im Jahr 1915 an der Weltausstellung von San Franzisko zur Feier der Eröffnung des Panamakanals zu beteiligen (31. Juli).

Groß-  
grund-  
besitz.

**Lloyd George** kündigte in einer Rede zu Bedford am 11. Oktober den Feldzug der Regierung gegen den Großgrundbesitz an: „Die Regierung hat den Wunsch, das Volk aus dem Elend zu erheben, und die Zeit ist gekommen, gegen die große Macht der Grundherren vorzugehen.“ Die Verhältnisse der Landarbeiter seien unendlich; der größte Teil des Landes

befinde sich in den Händen weniger Leute, die das Land zur Wüdnis machen und schlimmer haufen als ein fremder Eindringling in erobertem Land. Jedes Land in Europa ist sich klar darüber, daß es für Verteidigungszwecke das allerwichtigste sei, eine zahlreiche und kräftige Bevölkerung auf der Scholle zu haben. Die Statistik zeigt, daß in England der Prozentsatz des kultivierten Landes geringer ist als in irgendeinem andern Land Europas. Die niedrigen Löhne und die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter sind eine Schande für das reiche und mächtige Land. Man muß die besten Arbeitskräfte durch Sicherung auskömmlicher Löhne und einer besseren Lage auf das Land ziehen . . .

Otto Beit stellte der Universität in Cambridge eine Summe zur Verfügung, um damit eine Bibliothek deutscher Bücher zu begründen.

Der Naturforscher J. Lubbock, nun Lord Avebury, starb im achtzigsten Jahr.

Der Orden vom Bad, gestiftet 1399 durch König Heinrich IV., dessen letztes Kapitel 1812 abgehalten wurde, erfuhr eine Wiederbelebung. Ursprünglich war er dem Dienste der Kirche geweiht; die Ritter sollten für Reinheit in Wort und Tat sechten unter dem Motto „Ich dien“.

Die Ernennung eines neuen Poeta laureatus an Stelle des verstorbenen Alfred Austin stieß auf noch größeren Widerspruch als vor siebzehn Jahren nach dem Tode Tennysons.

Der englische Naturforscher Wallace starb im einundneunzigsten Lebensjahr; er war ein Gegner des mechanistischen Darwinismus, aber nicht der Entwicklung der Arten, die er schon vor Darwin darlegte. Er war auch Spiritist.

In Spanien rief das liberale Ministerium Romanones alle Kleriker Spanien. unter die Fahnen und dispensierte alle Kinder, deren Eltern es wünschten, vom Religionsunterricht. — Die Juden des Balkan, die sogenannten Spaniolen, bewarben sich nun wieder zahlreich um die spanische Nationalität. — Ein Anarchist aus Barcelona schoß am 13. April auf den König. — Der Berliner Orientalist Yahuda, Dozent an der dortigen Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums, wurde am 20. Oktober mit der Abhaltung von Vorträgen und Übungen über Hebraica, besonders spanischer Art, beauftragt. Man hatte dabei zunächst die marokkanischen Juden im Auge. Es war das erste Zeichen amtlichen Interesses seit der Vertreibung der Juden aus Spanien. — Der abtretende Marineminister Amalja Jimino veröffentlichte Ende Oktober eine Studie über Spaniens Rolle im Mittelmeer. Spanien müsse, um wieder ein politischer Wert in der europäischen Politik zu werden, seine Kriegsflotte ausbauen. Es habe sich im letzten Vierteljahrhundert zu sehr vereinzelt. Selbst das starke England war gezwungen, aus seiner glänzenden Isolation herauszutreten und vor acht Jahren Frankreichs nützliche Freundschaft zu suchen. Spaniens Flottenmacht müsse sich auf die Flottenbasen von Ferrol, Cadix, Cartagena und Balearen stützen. Sechs Dreadnoughts mehr im Mittelmeer würden



Spanien zum Zünglein an der Wage der Mächte machen, wenn Frankreich dort 17, Italien 10 und Österreich 7 derartige Kriegsschiffe hätten.

Belgien.

Als in der belgischen Kammer der katholische Abgeordnete aus Flandern, Gielen, am 6. Februar sagte, Frankreich sei eine verfaulte Republik, protestierte der Präsident, erhob sich und rief: „Es lebe Frankreich!“ Am 14. Februar machte der Ministerpräsident in geheimer Sitzung die Mitteilung, daß die internationale Lage sehr unklar sei, an der Ost- und Südgrenze Belgiens seien starke französische und deutsche Truppenkörper zusammengezogen. Belgien müsse also in der Lage sein, nötigenfalls sein Gebiet vor einem Durchmarsch fremder Truppen zu sichern. Öffentlich erklärte er sodann, daß Belgien keineswegs auf Grund irgendwelcher Intervention von außen her an die Militärreform gehe, sondern in voller Freiheit und aus eigener Initiative. Antwerpen benötige bei einer Ausdehnung seines Festungsgürtels auf 120 Kilometer Länge 90.000 Mann Garnison, Lüttich und Namur 22.500 und 17.500 Mann. Die Feldarmee müsse bei einer Schlachtenfrontlänge von 65 Kilometern auf 175.000 Mann angesetzt werden, um jene drei Städte decken zu können. Im ganzen rechnete man mit einer Kriegsstärke von 340.000 Mann, die den Armeen der beiden Dreiverbände gegenüber eine wertvolle Friedensgarantie darstellen könne. — Die interparlamentarische Union sprach am 18. März zu Brüssel ihre Genugtuung darüber aus, daß es den großen Mächten gelang, den Balkankrieg zu beschränken. — Die Konferenz für die deutsch-französische Annäherung beschloß in Gent am 27. September, für das nächste Frühjahr nach Brüssel einen Kongreß einzuberufen für Publizisten beider Länder. Es sollte über die Gründung eines deutsch-französischen Pressebüros beraten werden, das ein der Aufklärung dienendes Blatt herausgeben soll. — In Belgien waren 1910 in 3607 Klöstern 58.351 Mönche und Nonnen untergebracht; das bedeutete im Vergleich zum Jahr 1900 einen Zuwachs von 60 Prozent; wenn man 8 Millionen Einwohner zählt, ergab sich auf 28 Einwohner ein Mönch oder eine Nonne; dabei waren die Weltgeistlichen nicht mitgezählt. Allerdings muß man bedenken, daß in Belgien die aus Frankreich und dem Deutschen Reich vertriebenen Kongregationen Gastfreundschaft genossen. — Das Defizit der Genter Weltausstellung betrug drei Millionen. — In Belgien hatte die Parteibezeichnung „Klerikal“ nichts Abträgliches; man rief bei Wahlsachen die „Bourgeois Cléricaux“ auf. — Ein großartiges Denkmal wurde den Brüdern Hubert und Jan van Eyck in Gent errichtet, den Begründern der altflandrischen Malerei, ein Werk von Georges Verhaegh (Est. Ill. Jtg., 12. Okt.).

Nieder-  
lande.

In der niederländischen Kammer wurde über die Verstärkung der Küstenverteidigung verhandelt (23. April). Der Haager Friedenspalast wurde am 28. August, dem hundertjährigen Gedenktag der Er-

ringung der nationalen Unabhängigkeit, festlich eingeweiht. Dabei wurde hauptsächlich das Verdienst des anwesenden Carnegie hervorgehoben, der eineinhalb Millionen Dollars zum Bau gestiftet hatte. Die Pläne zum Haager Friedenspalast rührten von L. M. Gondonnier in Lille her, sein Entwurf wurde aber vom holländischen Ingenieur J. A. G. v. d. Steuer dem holländischen Stil entsprechend modifiziert (All. Ztg., 7. Aug.). Ein Schiedsgericht sollte über die Frage des von Portugal konfiszierten Eigentums französischer, englischer und spanischer Kongregationen entscheiden. — Zwei holländische Offiziere wurden ausersehen, die albanische Gendarmerie zu organisieren (21. Okt.).

Wagners „Parfifal“ wurde, nach Neuyork und Amsterdam, nun auch in Zürich aufgeführt, gemäß dem Wortlaut der urheberrechtlichen Bestimmungen. — Ein internationales Reformationsdenkmal wurde zu Genf errichtet (All. Ztg., 2. Jan.).

Im dänischen Folkething wurde die preußische Nordmarkenpolitik scharf besprochen (23. Okt.).

Sowohl in Stockholm wie in Berlin bildeten sich deutsch-schwedische und schwedisch-deutsche Vereinigungen. — In einem Prozeß wurde das russische Spionagenetz in Schweden nachgewiesen. Es entstand das Gerücht, daß die Prinzessin Wilhelm von Schweden, eine Tochter des Großfürsten Paul, in die Spionageaffäre verwickelt sei, weil ihre Ehe getrennt wurde, nachdem sie seit zwei Monaten bei ihrem Vater in Paris weilte.

Den Nobelpreis erhielt der indische Dichter Rabindranath Tagore und die Gelehrten Richet, Kamerlingh Onnes, Alfred Werner. — Gegen die Art der Verteilung der Nobelpreise wurde von einem Freund des Verstorbenen in Stockholm protestiert; die Preise sollten nach Nobels Absicht keine Auszeichnungen sein, sondern praktische Ziele fördern.

Durch einstimmigen Beschluß des norwegischen Storthings erhielten die Frauen gleiches politisches Wahlrecht wie die Männer (29. Juni). Bei der Einweihung des von ihm gestifteten Fridthjof-Standbilds zu Balestrand hielt Kaiser Wilhelm an König Haakon am 31. Juli folgende Ansprache: „Um Erholung von schwerer Arbeit zu finden, wandte ich mein Schiff nach Norden. Mit germanischer Gastlichkeit nahm mich das norwegische Volk auf. Es drängt mich, meiner Dankbarkeit ein sichtbares Zeichen zu verleihen. Das fand ich im herrlichen Sagenkreis des Nordens. Bele, Ingeborgs Vater, und Fridthjof stehen nun vollendet da. Der Recke soll ein Wahrzeichen sein für Skandinavier, Deutsche, Angelsachsen und alle indogermanischen Völker. Wie er so dasteht, schwertfroh auf sein Schwert Angurwadel gestützt, in männlicher Zuversicht und unerschrockenem Selbstgefühl, so soll er alle Indogermanen daran erinnern, daß sie eines Stammes, eines Blutes sind, daß ihnen durch Gottes Gnade vergönnt gewesen ist, Großes für die Entwicklung der Welt zu leisten, und daß sie treu zusammenhalten sollen, um auch in Zukunft die großen Aufgaben, die Gott ihnen stellen wird, zum Segen der ganzen Menschheit gemeinsam zu lösen.“ König Haakon erwiderte: „Unsere Freude über das Denkmal wird durch unsere Hochschätzung des Gebers sehr erhöht. Seit 1888 besuchen Eure Majestät jährlich Norwegen. Es ist das Jubiläumsjahr Eurer Majestät. Es ist Eurer Majestät in diesen Regierungsjahren gelungen, zu

Schwe-  
den.

Tagore.

Fridth-  
jof.

beweisen, wie der Charakter eines Monarchen auf eine ganze Nation einwirken und diese zum Patriotismus, zur Selbstaufopferung und Pflichterfüllung anspornen kann.“

Rußland. In Rußland suchten sich die Juden durch Bestechungen und gefälschte Zeugnisse das Recht zu verschaffen, außerhalb der Ansiedlungszone zu wohnen. In einem großen Prozeß gegen 280 Beschuldigte wurden 201 Juden verurteilt, außerdem auch die bestochenen Ärzte und Beamten. — Die russische Regierung kaufte in Frankreich Batterien und Maschinengewehre für die Mongolei. — Die Festlichkeiten aus Anlaß des Romanow-Jubiläums fanden am 9. März mit einem großen Bankett im Winterpalast ihren Abschluß. Die Romanow-Feier brachte eine Amnestie, durch die auch Maxim Gorki begnadigt wurde. — Eine panslawistische Versammlung zu Petersburg 7. April protestierte gegen die angebliche Vergewaltigung der Orthodoxen in Österreich-Ungarn. Man forderte ein russisches Protektorat über die Orthodoxen in Galizien und der Bukowina. — Eine Abordnung des Dalailamas brachte am 9. April dem Zaren Geschenke. — Im Oktober wurde eine Probemobilisierung im zentralasiatischen Syr-Darja-Gebiet angeordnet. — Ein Ritualmordprozeß in Kiew erregte die Parteien. Der Angeklagte wurde am 10. November freigesprochen. — Nach langer Diskussion wurde in der Duma am 11. November ein Antrag der Kadetten über bürgerliche Gleichberechtigung der Juden mit 152 gegen 92 Stimmen abgelehnt. — Der Reichsrat lehnte am 10. Dezember mit 94 gegen 74 Stimmen die Zulassung der polnischen Sprache während der Sitzungen der Stadtverwaltungen Polens ab. — Durch Eröffnung des westlichen Teils der Amurbahn am 19. Dezember zu Blagowetschensk war der direkte Bahnverkehr bis Petersburg hergestellt.

Dem russischen General in den Schlachten von 1813, Fürst Barclay de Tolly, wurde zu Riga ein Denkmal gesetzt (Zll. Btg., 6. Nov.). — Dem Admiral Mafarow, der 1904 mit seinem Flaggschiff „Petropawlowsk“ im japanischen Krieg umkam, wurde zu Kronstadt ein Denkmal errichtet (Zll. Btg., 14. Aug.).

Das neue Gebäude der deutschen Botschaft in Petersburg war von Peter Behrens. Es wurde bei Beginn des Weltkriegs zerstört. Die Russen nahmen von Anfang an Anstoß an den nackten Pferdeknechten auf dem Giebel (Zll. Btg., 13. Febr.).

Türkei. In der Türkei wurde die fünfundzwanzig Kilometer lange Bahn Haiffa—Akfa eröffnet. Durch die Vollendung des ersten Staudamms am Euphrat war die erste Etappe des gewaltigen Planes vollbracht, durch den der englische Ingenieur W. Willcocks für Mesopotamien die Fruchtbarkeit des einstigen „Garten Eden“ wiedergewinnen wollte. — Die Nationalistenpartei in Ägypten löste sich auf.

Die Hedschasbahn befand sich bereits von Damaskus bis Medina in Betrieb.



Durch den erhöhten Standamm des Nils war der Untergang der alt-ägyptischen Bauten der Insel Philae besiegelt; sie standen ganz unter Wasser (Jll. Jtg., 9. Jan.).

In der Südafrikanischen Union fühlten sich die Inder durch die neuen Verwaltungsbestimmungen, die ihnen die Freizügigkeit innerhalb der Südafrikanischen Union nahmen, in ihren Rechten als britische Staatsbürger beeinträchtigt. Ihre Zahl betrug in Natal 130.000, in Transvaal 10.000, in der Kapkolonie 3000. Ihre Gegenmaßregeln halfen ihnen nicht. Aufständische Inder setzten Zuckerrohrplantagen in Britisch-Südafrika in Brand und es kam mit der Polizei zu blutigen Zusammenstößen. — Gegen die geplante Einverleibung Rhodesias in die Südafrikanische Union protestierten die dortigen Engländer wegen ihrer Antipathie gegen Burenpolitik und Burensprache.

Südafrika.

Die Mohammedaner in Britisch-Ostindien hielten mit ihren Sympathien für die Türkei während des Balkankrieges nicht zurück. Vizekönig Lord Hardinge betonte daher im gesetzgebenden Rat am 17. September die Absicht der britischen Regierung, die Türkei zu erhalten; aber er fügte „ein Wort freundschaftlicher Mahnung an die Mohammedaner Indiens“ hinzu. Sie möchten nicht vergessen, daß sie einen Teil des großen Reiches bildeten, und möchten dem Gedanken der Einheit des Islams keine unverständige Auslegung geben. Ende September wurde der Polizeichef in Kalkutta, der die Aufgabe hatte, aufrührerischen Umtrieben nachzuspüren, auf offener Straße erschossen; die Täter entkamen. Bald darauf wurde der Polizeiinspektor durch eine Bombe getötet; der Täter entkam. — Am 10. November wurde das mohammedanische religiöse Fest Bartrid in Kalkutta in ungewöhnlicher Weise begangen. Während sonst die Menge der Teilnehmer nur wenige Tausend betrug, hatten sich diesmal weit über 100.000 Personen auf dem Maidon, dem großen Platz Kalkuttas, eingefunden. Wanderredner und politische Agitatoren hielten aufreizende Reden, in denen die Heiligtumsverletzung von Campur, wo Hunde in die Moschee liefen, eine wichtige Rolle spielte. In englischen Kreisen war man überrascht von dieser revolutionären Bewegung, die von jüngeren mohammedanischen Führern ausging. Auch die üble Behandlung der Inder in Südafrika erregte Proteste in großen Versammlungen, so daß die indische Regierung in London auf den Ernst der Angelegenheit aufmerksam machen mußte. Beim Besuch des Vizekönigs in Kalkutta im Dezember mußten die größten Vorsichtsmaßregeln angewendet werden; das Volk bekam den Vizekönig gar nicht zu sehen.

Ostindien.

Ein Überblick über die Welt des Islam ergab 14½ Millionen Islamiten in Europa, 59 Millionen in Afrika, 165 Millionen in Asien. Davon waren vor dem Balkankrieg 174 Millionen unter christlicher Herrschaft, 34 Millionen unter nichtchristlicher Fremdherrschaft, 17 Millionen unter mohammedanischer Herrschaft, 14 Millionen unter türkischer Herr-

Islam.

schaft. Die Schiiten betragen 12 Millionen (in Persien); alle andern waren Sunniten. In Bezug auf die Sprache redeten 63 Millionen indische Sprachen (Urdu, Bengali, Puschtu, Gudscherati), 45 Millionen arabisch, 36 Millionen malayisch, 32 Millionen afrikanische Sprachen, 31 Millionen chinesisch, 15 Millionen türkisch, 9 Millionen persisch und 8 Millionen slawisch. Es war vorauszu sehen, daß ein völliger Zusammenbruch der Türkei die ganze islamitische Welt im tiefsten erregen würde.

Persien.

Persien bewilligte Rußland eine Eisenbahnkonzession gegen Gewährung eines Vorschusses. Drei schwedische Offiziere sollten die Teheraner Polizei organisieren. England verlangte von Persien das Recht einer Art Protektorat am Persischen Golf. In Dschulfa an der Brücke über den Grenzfluß Araxes begann im November der erste Eisenbahnbau auf persischem Boden.

China.

China hatte infolge der Unregelmäßigkeiten der Goldzahlung mit Ausschreitungen der Soldaten zu schaffen. Ein Vertrag zwischen Tibet und der Mongolei enthielt unter anderm die gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit und Maßregeln zur Förderung des Handels und des Buddhismus. Eine Konferenz westlicher Mongolenfürsten wollte Ende Januar die Unabhängigkeit der Mongolei nicht anerkennen und erbat sich von Juanschikai Schutz. Die Sechsmächte-Anleihe an China erfolgte nicht ohne Schwierigkeiten. Amerika trat davon zurück. Das Vordringen der Engländer in Tibet beunruhigte die chinesische Regierung. Am 8. April wurde das erste chinesische Parlament eröffnet; anwesend waren etwa 500 Volksvertreter von im ganzen 596 und 177 Senatoren von im ganzen 274. Die Fünfmächte-Anleihe wurde vom Parlament verworfen. Die Frage der Autonomie der Mongolei erregte Weiterungen mit Rußland. Einige Provinzen sagten sich im Juli von der Peking-Regierung los, Juanschikai unterdrückte aber die Rebellion und auch die sozialistische Partei, die mit ausländischen Sozialisten und Anarchisten Verbindungen unterhielt. — Ein deutscher Schulinspektor wurde im September nach China geschickt, um das deutsche Schulwesen dort zu fördern und der deutschen Sprache im chinesischen Unterrichtswesen eine gute Stellung zu sichern. Vom Parlament wurde am 6. Oktober Juanschikai mit 507 Stimmen auf fünf Jahre zum Präsidenten der chinesischen Republik förmlich gewählt, Liyuanhung wurde Vizepräsident. Juanschikai hatte aber gegen eine Opposition und gegen Verschwörungen sich zu wehren. Der Konstitutionsausschuß der Republik beschloß die Annahme des Konfuzianismus als Grundlage der ethischen Lehren bei der Festsetzung des nationalen Erziehungssystems. — Ein Erlaß Juanschikais vom 27. November faßte die seit 2000 Jahren geübte Konfuziusverehrung in Formen, die der Neuzeit angepaßt waren. — Durch das russisch-chinesische Abkommen vom 5. November wurde die Autonomie der äußeren Mongolei unter

der Suzeränität Chinas anerkannt. Rußland hatte Ende 1912 mit dem Gutuchtu von Urga einen Vertrag geschlossen, der die äußere Mongolei ganz in die Hände des Zarenreiches spielte. China behielt nur formelle Rechte. — Mit Hilfe englischer Instruktooren sollte eine chinesische Flotte gegründet werden. — In der südwestlichen Provinz Yunnan erhob sich eine Meuterei im Namen Sunjatsens (8. Dez.). — Neue deutsche Bahnbauten wurden gegen Ende des Jahres durch Abkommen geregelt.

Dem „chinesischen Bismarck“ Li Hung Tschang wurde in Shanghai ein treffliches Denkmal errichtet (Ost. Zll. Ztg., 5. Jan.).

Den im Boxeraufstand gefallenen europäischen Soldaten wurde in Tientsin ein ritterliches Denkmal enthüllt (Ost. Zll. Ztg., 18. Mai).

In Japan (Tokio) küßten bei den Unruhen vom 10. Februar gegen Japan. das Ministerium Katsuna 71 Personen ihr Leben ein. Katsuna trat zurück. — Der Chinese Sunjatsen wurde in Tokio am 17. Februar enthusiastisch empfangen. — Japan machte in Washington Vorstellungen wegen des Gesetzesentwurfs in Kalifornien, der den Japanern den Erwerb von Grund und Boden verbieten sollte (9. April). — Ein Konflikt mit China wurde beigelegt. Am 24. November wurde ein deutsches Studentenheim in Tokio eingeweiht. Die engen Beziehungen Japans zu Mexiko zeigten sich, als am 1. Dezember eine mexikanische Sondergesandtschaft in Tokio eintraf, um der japanischen Regierung den Dank für ihre Teilnahme an der mexikanischen Jahrhundertfeier auszusprechen. Sie verhandelte aber auch wegen Ankaufs von Waffen und Munition. Dem Führer der Gesandtschaft wurde sogar ein Fackelzug gebracht, und man betonte die alten freundschaftlichen Beziehungen beider Länder und ihre gemeinsamen Aufgaben auf dem Gebiete wirtschaftlicher Fortentwicklung am Stillen Ozean.

In Tokio wurde Goethes „Faust“ in japanischer Übersetzung aufgeführt und mit Begeisterung aufgenommen.

Die Gegenstände des ostasiatischen Museums in Köln zeigten wieder so ganz die Abhängigkeit der chinesischen und japanischen Kunst von der griechischen Antike und die parallele Fortentwicklung mit dem Abendland (Zll. Ztg., 13. Nov.).

Indem wir von Japan nach Amerika übergehen, finden wir in Amerika. Kalifornien 45.000 Japaner, die ein Grundeigentum im Wert von mehr als einer Million Dollars besaßen und zum Teil mit Chinesen assoziiert waren. — Die Bundesregierung ging manchmal gemäß dem Antitrustgesetz gegen Gesellschaften vor. Gegen die Lynchjustiz an Schwarzen war sie machtlos. — Am 22. Februar wurde bei Newyork auf der höchsten Spitze von Staten Island der Grundstein zu einem den Indianern gewidmeten Denkmal gelegt; 33 Häuptlinge der Indianerstämme waren zur Feier erschienen. Der Rote Falke, Erbhäuptling der Ogalla-Sioux,



sagte: „Ich kann nicht den Wegen der Bleichgesichter folgen, aber meine Kinder und meine Enkel haben ihren Lebensweg nach diesen eingerichtet. Ich bin zufrieden damit, denn ich weiß, daß der große Geist das Land unsern weißen Brüdern gegeben hat. Unser Wesen gehört der Vergangenheit an. Als Zeichen dafür, daß ich und meine Freunde die neue Ordnung der Dinge ohne Groll anerkennen, sind wir hiehergekommen, und ich entrolle auf diesem Plaze das Sternenbanner, das wir so oft in der Hand der Soldaten gesehen haben, die gegen uns geschickt wurden. Ich reiche dem großen weißen Vater meine Hand.“ Damit ergriff der alte Häuptling die Hand des Präsidenten Taft. Das Denkmal war vom reichen Rodman Wanamaker, „einer sterbenden Rasse“, wie er sich ausdrückte, gestiftet worden. Gegen diesen Ausdruck erhob das Indianeramt in Washington Einspruch, denn die Indianer, hieß es, zeigten jetzt keine Abnahme mehr, sondern eine Zunahme. Im Jahr 1890 betrug die Gesamtzahl der Rothhäute in den Vereinigten Staaten 243.000, 1900 270.000 und vor zwei Jahren 305.000.

Nika-  
ragua.

Langwierige Verhandlungen wurden mit N i k a r a g u a gepflogen, um sich zu versichern, daß dieser Staat durch sein Gebiet keinen Konkurrenzkanal zum Panamakanal baue. Nikaragua ließ sich das teuer bezahlen. Die Vollendung des Panamakanals durch Sprengung des letzten Dammes zwischen beiden Ozeanen vollzog der seit 4. März regierende neue Präsident Woodrow Wilson am 10. Oktober. Der Bau hatte bis jetzt über 314 Millionen Dollars gekostet; man erwartete, daß die Gesamtkosten bis zum vollen Ausbau die Summe von 375 Millionen nicht überschreiten würden. 17 Millionen verwendete man auf sanitäre Maßnahmen, 3 Millionen auf die Befestigung; den ursprünglichen französischen Interessenten wurden 40 Millionen, der Republik Panama 10 Millionen bezahlt. Der Republik Nikaragua zahlte man nun 2 Millionen für das Abfederungsrecht.

Bryan.

Beim Streif der Straßenbahner in Buffalo wurde auf das Militär geschossen (9. April). — Zu Newyork wurde dem Deutschen Karl Schurz ein Denkmal am 10. Mai enthüllt. — In Kalifornien wurde das Gesetz über Ausschluß von Ausländern vom Landerwerb am 19. Mai perfekt. Daraufhin verzichtete Japan auf weitere Verhandlungen mit Amerika über diese Frage und überließ es den japanischen Ansiedlern, bei den Gerichten Klage zu erheben. — Senator Stillwell wurde am 28. Mai wegen Bestechlichkeit in Verbindung mit der Börsegesetzgebung verurteilt. — Staatssekretär Bryan wurde von Blättern aller Parteien angegriffen, weil er völlig würdelos in Zirkuszelten zugleich mit andern Veranstaltungen Vorlesungen hielt. — Als Deutschland die Beteiligung an der Weltausstellung in San Francisco ablehnte, suchten vergebens die deutschen Verbände in Amerika in einer Depesche an Kaiser Wilhelm vom 17. September einzuwirken; sie betonten die angesehene Stellung der Deutschen in Amerika. Auch der Bürgermeister von San Francisco telegraphierte noch einmal vergebens an den Berliner Oberbürgermeister Bermuth 24. September.

Wilson sprach am 27. Oktober die Erwartung aus, daß die Entwicklung des Landes nach Eröffnung des Panamakanals ein bedeutender Faktor sein werde, um das romanische Amerika von seiner Abhängigkeit von fremdem Kapital zu befreien.

Beim russischen Botschafter in Washington legten am 8. November vierzig Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe aller Kirchen Protest ein gegen den Ritualmordprozeß.

Präsident Wilson verlas am 2. Dezember vor dem Kongreß die übliche Jahresbotschaft. Er betonte, daß die Regierung Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen habe mit einunddreißig Nationen, die vier Fünftel der Bevölkerung der Welt repräsentieren. „Für die Entscheidung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Nationen ist nur ein Maßstab möglich, der sich aus zwei Grundsätzen ergibt: unsere eigene Ehre und die Verpflichtungen, die wir hinsichtlich des Friedens in der Welt haben.“ Wilson trat dann eindringlich für die Reform des Bankwesens ein. Was das Großgeschäft betreffe, so müsse zwar die Bildung von Privatmonopolen wirksamer verhindert werden, das Sherman-Antitrustgesetz könne man aber bestehen lassen, nur müsse man die streitigen Punkte durch genauere Gesetzgebung vermindern.

Mit großer Schärfe wandte sich Wilson gegen General Huerta, den Präsidenten der mexikanischen Republik, und gegen seine angemaßte Autorität. Aber Huerta wurde von anderen Regierungen anerkannt und erhielt ein Handschreiben des Deutschen Kaisers. Allerdings waren die Unruhen und Gewalttätigkeiten aller Parteien in Mexiko maßlos.

Die Abgeordneten des von Steuben geschaffenen Regiments „Minute Men“ trugen noch die von ihm eingeführte frederizianische Uniform mit dem Dreimaster und erschienen so in Potsdam bei Steubens Denkmal (All. Ztg., 11. Sept.).

Das Goethe-Denkmal von Herm. Hahn (München) für Chicago zeigt den jungen Goethe als Genius mit einem Adler (All. Ztg., 2. Okt.). Das Hahn-Denkmal von F. Cauer für St. Louis war von einem Turner und einer Turnerin flankiert (All. Ztg., 25. Dez.). Das Denkmal für Karl Schurz war von K. Bitter, einem gebornen Österreicher (All. Ztg., 29. Mai).

Theodor Roosevelt gab seine Memoiren heraus: „Fünfzig Jahre meines Lebens“.

Für Kanada, das „Land der Zukunft“, wurde in Europa riesige Reklame gemacht (All. Ztg.).

Roosevelt machte eine Reise nach Südamerika und agitierte in einem Vortrag zu Rio Janeiro lebhaft für die Ausdehnung der Monroe-doktrin auf den ganzen amerikanischen Kontinent. — Die Regierung von San Paulo plante die Schaffung einer großen japanischen Kolonie zur Hebung der Reiskultur. In Rio Janeiro wurde eine Kautschukaussstellung veranstaltet.

Trotz erbitterter Obstruktionsversuche der Opposition ging in Kanada ein Flottengesetz durch, wonach für 35 Millionen Dollar drei Dreadnoughts als Beitrag für die britische Reichsflotte gebaut werden sollten.

Die zukünftige Bundeshauptstadt von Australien wurde Canberra getauft (12. März).

Kongresse.

Von internationalen Kongressen seien erwähnt: der zu Paris 3. Februar über den Saccharinhandel. Berlin 26. März: Musikpädagogik. 3. April, Rom: Geographischer Kongreß. Kopenhagen 13. Mai: Elfte internationale Seerechtskonferenz. Paris 4. Juni: Internationale Finanzkommission. Budapest 16. Juni: Kongreß für Frauenstimmrecht. Haag 4. Juli: Opiumkonferenz. Bern 20. August: Arbeiterschutzkonferenz. Paris 20. August: Carnegie-Friedensstiftung. Haag 20. August: Zwanzigster Friedenskongreß (unheilvoller Einfluß der Rüstungsindustrie). Newyork 29. August: Schulhygienie. Haag 5. September: Interparlamentarische Konferenz. Köln 9. September: Altkatholischer Kongreß (15 Bischöfe). Wien 12. September: Rettungswesen. Frankfurt 25. September: Luftschiffahrt. Mailand Ende September: Fünfzehnter Anti-alkoholkongreß. Madrid 1. Oktober: Internationales Recht. Nürnberg 5. Oktober: Verband für internationale Verständigung. Berlin 23. Oktober: Tuberkulosekonferenz. Paris 24. Oktober: Zeitkonferenz. Brüssel 15. November: Handelsstatistik. Berlin 16. November: Sexualforschung. Bern 17. November: Weltnaturschutz. Paris 20. November: Zollwesen. Brüssel 17. Dezember: Zuckerkonferenz. London 19. Dezember: Sicherheit des Lebens auf dem Meer.



# Alphabetisches Register.

Bearbeitet von Rudolf Sobotta.

## A.

Aachen (Aachener Konzil)  
12, 86, 117 ff, 126, 128,  
245, 247, 346, 398, 500,  
555, 558, 614, 619, 620,  
668.  
Aalandsinseln 325.  
Aalesund 260.  
Aaron (bibl. Person) 442.  
Abazzia 249.  
Abbe Ernst Karl 291.  
Abdel Malek 273.  
Abdul Afis 434.  
— Samid 476, 658, 677,  
694, 699.  
Abdullah Pascha 657.  
Abdurhaman Reffib 637.  
Abel (bibl. Person) 85.  
— Pater 298.  
Abels L. W. 508.  
Abenberg 764.  
Abendmahl, hl. 235, 246,  
336.  
Abercorn, Herzog von 693.  
Abessinien 56, 285, 313,  
326, 405.  
Abo 97.  
Aboba-Priska 410.  
Abolitionisten 361.  
Abraham (biblische Person.)  
152, 184, 193.  
— a Sancta Clara 255,  
291, 501, 508, 556.  
Abruzzen, Herzog von 461,  
602, 748.  
Abşalon 563.  
Abſolutismus 176.  
Abſtinz- und Mäßigkeitſ-  
bewegung 90, 127, 188,  
351, 450, 554 f., 561,  
751, 782.  
Achilleion auf Korfu 410,  
477, 504, 565, 636, 763.  
Achilles 504, 564, 565.  
Ackerbau (ſiehe unt. Bauern-  
ſtand).  
Acton, Lord 397, 451.

Ada Kaleh 766.  
Adam (bibl. Person) 352,  
503.  
Adamkissi 213.  
Adams J. W. 85.  
— John Du. 459.  
Adana 516, 580.  
Adelswesen (Aristokrati-  
ſches) 8, 76, 137, 177,  
267, 324, 388, 389, 400,  
514, 540, 550, 574 f., 582,  
619, 626, 634, 645, 651,  
655, 673, 681.  
Aden 152, 161.  
Adicke Erich 395.  
Adler Friedrich 44.  
— Georg 40.  
— Viktor 355, 402, 437,  
457 f., 576, 623.  
„Adlerflug“ von Lauf J. 75.  
Adolf Friedrich, Groß-  
herzog 493.  
— von Luxemburg 305.  
Adrianopel 476, 580, 657,  
658, 661, 705, 706, 707,  
711, 718, 724, 727 f., 738.  
Adriatiſches Meer 95, 111,  
142, 161, 313, 321, 416,  
460, 519, 604, 662, 663,  
664, 706, 707, 709, 718,  
720, 721, 729, 738, 768.  
Aehrenthal, Graf v. 321,  
370, 415 f., 418, 425 f.,  
427, 430, 438, 457, 484,  
486 f., 523, 533, 534, 537,  
568, 586, 624, 646, 650,  
656.  
Affenmenſchen 12.  
Afghaniſtan 8, 13, 160, 168,  
225, 271, 275, 411, 421,  
517, 520, 539.  
Afrika 7—12, 19, 27, 28, 34,  
37, 60—63, 65, 68, 95,  
97, 100, 102—105, 107,  
146, 151, 155, 168, 194,  
206, 211, 218, 229, 238,  
277, 285, 309, 326, 327,  
342, 365, 386, 415, 431,

455, 460, 488, 490, 517,  
522, 533, 580, 589, 590,  
591, 600, 643, 649, 675,  
686, 690, 707, 732, 733,  
777, 778.  
Agadir 539, 589, 591, 592,  
595, 597, 599, 604, 738.  
Agäiſches Meer 161, 519,  
651, 659, 699, 705, 706,  
711, 712, 725, 726, 727,  
729, 741.  
Agathe von Ratibor und  
Corvey 543.  
Agdſchakent 223.  
Agis 759.  
Agiardi, Cardinal 534.  
Agnostic Annual 190.  
Agnostizismus 447, 448, 684.  
Agram 138, 415, 467, 487,  
538, 624, 686, 687, 766.  
Agrarier (ſiehe unt. Grund-  
beſitz).  
Agypten 40, 60, 100, 158, 193,  
225, 226, 259, 315 f., 326,  
328, 398, 411, 464, 471,  
516 f., 520, 522, 527, 573,  
575, 576, 580, 637, 762,  
776 f.  
Ahnenkultus 10.  
Aischylos 198, 262.  
Ajaccio 145, 654.  
Akaba 315 f.  
Akademien 30, 32, 35, 36,  
55, 120, 134, 135, 178,  
180, 184, 197, 209, 223,  
231, 234, 240, 264, 301,  
344, 349, 405, 411, 413,  
449, 457, 462, 518, 521,  
523, 526, 565, 617, 627,  
685, 728, 744.  
„Akademische Monatshefte“  
177.  
Akka 776.  
„Akron“, Luftſchiff 702.  
Akropolis 262.  
Ala 688.  
Alarcon Pedro Antonio de  
150.

- Mard M. 656f.  
 Mascha 262.  
 Albanien, 60, 95, 139, 142, 161, 306, 314, 317, 322, 410, 416, 435, 515, 516, 533, 579, 602, 628, 635f., 637, 642, 644, 650, 651, 652, 654f., 656, 657, 660f., 662, 663, 664, 698, 699, 705, 707, 709, 710f., 712ff., 718f., 720, 721, 725, 727, 728, 729f., 731, 734f., 738, 739, 740, 775.  
 Albert, der Gute, von Eng-  
 land 61.  
 — Eugen b' 42.  
 — Fr. 512.  
 — König von Belgien 514, 533, 576, 620.  
 — Konrad 563.  
 — Prinz von Wales (siehe unter „Wales, Prinz von“).  
 — von Sachsen 37, 129f., 685.  
 Albertario, Don Davide 124.  
 Albertdock 741.  
 Alberti 72f.  
 Albertinum 246.  
 Albrechtslofer Georg 196.  
 Albi 146.  
 Albing Ansgar 351, 500, 501, 611.  
 Albrecht II., Kaiser 485.  
 — E. 398.  
 — Erzherzog 767.  
 — Prinz von Preußen 117, 347.  
 Alchymie 190.  
 Alcira 632.  
 Albringen 52.  
 Alexandri Basil 326.  
 Alençon 512.  
 Aleppo 515, 533, 699.  
 Alessio 661.  
 Alexander der Große 6.  
 — II., Zar 306, 410, 436, 635.  
 — III., Zar 93, 698.  
 — Joh. Eusa, Fürst 698.  
 „Alexander in Babylon“ 299.  
 „Alexander“ von Gobineau 94.  
 Alexander Karageorgie-  
 witsch, Kronprinz von  
 Serbien 166, 472.  
 — Obrenowitsch, König v.  
 Serbien 59, 165—168, 326, 520.  
 Alexandra, Königin 61, 462, 337, 344, 348, 351, 352, 353, 359, 359, 360, 364, 371, 380, 394, 395, 396, 404, 407, 408, 411, 412, 413, 439, 449, 451f., 460, 461, 462, 463, 466, 498, 499, 501, 503, 512, 525, 553, 556ff., 563, 564, 567, 570, 574, 576, 579.  
 „Allgemeiner deutscher Lite-  
 ratur-Kalender“ 352.  
 „Allgemeiner Tiroler An-  
 zeiger“ 562.  
 Allio 288.  
 Allouard 335.  
 Almadovar, Herzog von 310.  
 Alpar 360.  
 Alpen 141, 150, 259, 287, 442, 567, 767.  
 Alt, Rudolf v. 300, 459, 690.  
 Altdorf 97.  
 Altenberg Peter 689.  
 „Altershäufen“ von Raabe 619.  
 Altertumsforschung (Ar-  
 chäologen) 12, 60, 90, 91, 115, 152, 213, 216, 254, 262, 288, 301, 303, 306, 308, 329, 336, 397, 410, 411, 418, 450, 464, 501, 502, 540, 572, 588, 640, 758, 769, 777.  
 „Alt-Heidelberg“ 134.  
 Alttholizismus 52, 68, 90, 120, 126, 139, 259, 286, 324, 344, 364, 380, 452, 669, 761, 782.  
 Altmann 765.  
 Altona 44, 84.  
 Alttötting 247, 546.  
 Altrahlstedt 565.  
 „Altwin“ von Hauser 627.  
 Alvarez Melquader 695.  
 Alvor Peter 329.  
 Amadeus, Prinz von Sa-  
 voyen 144.  
 Amanus-Gebirge 516, 699.  
 Amazonen 763.  
 „America-Germanica“, 17, 215.  
 Amerika 12, 16, 17, 37, 58, 95, 100f., 104f., 106, 108f., 110, 132, 135, 147, 152ff., 157, 159, 181, 189, 192, 194, 213, 214—216, 218, 222, 241, 261ff., 294, 307ff., 315, 319, 362ff., 389, 411f., 452, 458, 464 bis 466, 509, 518, 521, 523, 526, 533, 534, 540,

547, 554, 556, 580, 582 ff.,  
585, 587, 588, 589, 615,  
624, 632, 634, 636, 637,  
638, 639 f., 643, 646, 648,  
652, 664, 665, 675, 678,  
681, 683, 684, 689, 691,  
694 f., 700 ff., 710, 716,  
731, 757, 778, 779 ff.  
Amici's Edm. de 96.  
Amiens 512.  
Ammann J. J. 91.  
Ammon Otto 124.  
Amnestien 323, 408, 422,  
648, 653, 655, 765, 776.  
Amphiktyonen 371.  
Amra 91, 360.  
Amraphel 152.  
Amsterdamm 28, 59, 260, 408,  
489, 576, 761, 775.  
Amu Daria 13.  
Amundsen 697.  
Amur 463, 578, 776.  
Anam 25.  
Anando (siehe auch Menfi)  
499.  
Anarchismus (vgl. Attentat,  
Aufstände und Revolutionäres) 13, 55 ff.,  
58, 74, 80, 96, 99, 101,  
117, 137, 153, 174, 223,  
236, 259, 260, 280, 300,  
302, 305, 326, 361, 373,  
381, 412, 415, 445, 865,  
466, 488 ff., 497, 512, 515,  
575, 577, 580, 582, 609,  
631, 935, 637, 638, 690,  
695, 722, 771, 773, 778.  
Anastasia von Montenegro  
656.  
Anatolien 162, 580.  
Anatomisches 82.  
Ancona 416.  
An der Bahn-Hochbrunn,  
P. Hartmann 141.  
Andlaw Heinrich B. v. 617.  
Andrassy 107, 160, 198, 356,  
357, 361, 404, 436, 457,  
626.  
Andreazorden 709.  
André, Min. 92, 145, 406.  
Andrée 208.  
Andrejew 223.  
Andresen Romanus 763.  
Andria 56.  
Andrieu, Cardinal 512.  
Angelsachsen (vgl. England)  
20, 470, 484, 652, 775.  
Anglikanismus 36, 62, 106,  
123, 207, 228, 286, 309,  
407, 451, 478, 632, 648.  
Angora 152.  
Angra-Pequenna 490.

Angurwadel 757.  
Anhalt 384, 682.  
Anna, hl. 546.  
Annaberg 43.  
Annapolis 411.  
Annerion 4, 9, 12, 101, 158,  
214, 215, 272, 286, 308,  
320, 414, 245 ff., 428 f.,  
430, 435, 436, 437, 438,  
439, 464, 467, 469, 472 f.,  
474, 475, 483, 486 f., 500,  
537 f., 582, 601—605,  
624, 637, 644, 646, 690,  
703, 729, 766.  
Anninger 300.  
„Anofato“ 736.  
Anselm von Canterbury, hl.  
510.  
„Anthropos“ 618.  
„Antigone“ 619 f.  
Antife 17, 31, 34, 39, 52,  
132, 141, 196, 243, 289,  
449, 563, 620, 779.  
Antillen 151.  
Antiqua 612.  
Antisemitismus 75, 107, 177,  
191, 192, 250, 383, 498,  
552, 567, 606, 607.  
Antiseptische Wundbehand-  
lung (vergl. Medizin)  
361, 695.  
Antivari 520, 707, 713.  
Antoine 682.  
Antonius und Cleopatra  
405.  
Antrieb 127.  
Antwerpen 305, 329, 362,  
407, 514, 576, 774.  
Anzengruber Ludw. 300, 458.  
Anzer, Bischof 2, 26, 65,  
121, 155, 206.  
Aosta, Herzog von (siehe  
unter Amadeus, Prinz).  
Apachen in Paris 303, 556,  
573.  
Apollo 151, 331.  
Apologetik 36, 378, 560,  
684, 761.  
„Apologetische Rundschau“  
608.  
Apostasie (Abfall vom Glauben)  
88, 90, 94, 124, 139,  
190, 240, 364, 764.  
Appia 211.  
Apponyi, Graf 248, 251,  
356, 358, 404, 458.  
Aquileia 360, 508, 570.  
Arabien 91, 225, 306, 515,  
579, 603, 637, 643, 698,  
778.  
Arab 255, 507, 508.  
Araxes 778.

Arbeiterangelegenheiten  
(vgl. Sozialpolitik und  
Versicherungen) 10, 13 f.,  
15, 29, 33, 36, 46, 48,  
49, 73, 74, 94, 96, 97,  
98, 101, 119, 120, 126,  
127 f., 142, 153, 176,  
180 ff., 188, 206, 212,  
215, 223, 227, 236, 237,  
239, 245, 258, 260, 263,  
266, 267 f., 271, 279 ff.,  
296, 299, 303, 304, 305,  
308, 312, 322, 324, 325,  
327, 328, 334, 338 f.,  
340 f., 343, 356, 357,  
370, 385, 390 f., 392, 402,  
406, 407, 410, 413, 464,  
465, 483, 490, 491, 492,  
498, 502, 505, 509, 512,  
513, 516, 521, 524, 540,  
541, 543, 547, 551, 552,  
553, 554, 555, 561, 564,  
573, 580, 583, 588, 591,  
596, 613, 614, 615, 623,  
630, 633, 634, 666 f., 668,  
669 ff., 674, 679, 684, 686,  
689, 694, 695, 696, 698,  
700, 716, 717, 722, 742,  
748 f., 753, 756, 765,  
772 f., 782.  
„Arbeiterwille“ 403.  
Arbon 86, 641.  
Archangel 285.  
Architekturen und Archi-  
tekten (vgl. Baumerie)  
17, 44, 130, 164, 196,  
197, 308, 398, 405, 466,  
503, 626, 680, 685, 752,  
763, 764.  
Arco 509, 767.  
Ardenne 462.  
Arendt 339.  
Arezzo 259.  
Argentinien 58, 154, 308,  
391, 466, 584, 585.  
„Ariadne auf Naxos“ 681.  
Arianismus 413.  
Aristo 122.  
Aristophanes 326.  
Aristoteles 448, 449, 558.  
Arizona 262, 518.  
Arkadien 151.  
Arlo 696.  
Armanen 689.  
„Arme Heinrich“ von Haupt-  
mann 134, 458.  
„Arme Margarete“ von  
E. Gandel-Mazzetti 570.  
Armenien 37, 152, 261, 267,  
270, 298, 428, 515, 516,  
698, 699, 705, 717, 730,  
736, 739.



Armenwesen (vgl. Wohl-  
tätigkeit) 95, 96, 266,  
327, 603.

Arminius (siehe Hermann  
der Cherusker).

„Army and Navy Gazette“  
222.

Arnaud M. 210.

Arnauten 699, 705,

Arndt C. M. 756.

Arndts, Professor 298.

Arnold Hans 86.

— Robert F. 40.

— Thomas 121.

Aronz, Dr. 32, 541.

Aronson M. 293.

Artaria 90.

Artus, König 458.

Art 255.

Aschabad 213.

Aschaffenburg 399.

Asow 514.

Asien 1—7, 8, 9, 17, 26, 87,

100, 105, 107, 108, 148,

152, 155, 156, 157, 158,

161, 162, 164, 175, 176,

181, 194, 212, 213 f., 215,

217—225, 226, 228, 242,

252, 260, 263, 265—271,

309, 327, 411, 413, 466,

517 f., 519, 565, 577, 582,

603, 638 f., 660, 702, 705,

716, 717, 730, 736, 752,

755, 776, 777, 779.

Asinari di Vernezzo 510.

Astaniar 67.

Aspern 500, 506, 508, 571.

Asquith, englischer Premier

417, 420, 428, 434, 470,

471, 474, 524, 532, 574,

590, 591, 600, 631, 632,

645, 651, 653 f., 693, 709,

710, 772.

Asse 85.

Assuan 700.

Assumptionisten-Orden 16,

37.

Assyrien 184, 213, 349, 453.

Asiapowo 578.

Astor 308.

Astronomie 190.

Astronomie 68, 135, 291,

458, 563, 574.

Astropalia 649.

Atheismus 234, 447, 684.

Athen 99, 100, 262, 317,

326, 370, 520, 523, 658,

727, 728, 729, 735.

Atchos, Berg 706, 707, 729.

Atlanta (Georgien) 363.

Atlantischer Ozean 96, 109,

146, 412, 540, 589, 600.

Attentate (siehe auch An-  
archismus und Revolu-  
tionäres) 54 f., 56, 58, 74,  
79, 99, 101, 148, 149, 153,  
165—168, 212, 223, 236,  
259, 260, 267, 302, 306,  
324 f., 328, 361, 406, 410,  
456, 461, 489, 513, 514 f.,  
517 f., 560, 572, 574, 575,  
580, 581, 635, 638, 639,  
647, 648, 658, 686, 687,  
690, 695, 700, 702, 706,  
711, 713, 722, 734, 741,  
765, 772, 773, 777.

Attersee 572.

Attila (siehe unter Göl).

Aubert Andreas 501.

Aubry 603.

Auer, Abgeordneter 19.

— Heinrich 563, 761.

— Ludwig 397.

Auerbach Berthold 458.

Auersperg, Fürst 297, 357.

— Graf (siehe unter Grün

Anastasijs).

„Auferstehung“ von Tolstoi

13.

Außenberg, General 623,

624, 686, 687.

Auflände (vgl. Revolu-  
tionäres) 1—7, 8 f., 10,

14, 18, 63, 64, 65, 100,

105 f., 137, 142, 148, 149,

150, 152, 155, 166, 167,

178, 206, 212, 218, 223,

229, 250, 261, 262, 266

bis 271, 285, 296, 306,

307, 309, 322 f., 326, 327,

329, 406, 408, 410, 411,

412, 413, 439, 451, 457,

464, 465, 466, 471, 473,

476, 488 f., 497, 505, 506,

508, 516, 517 f., 547, 548,

575, 578, 579, 580 f., 582,

583, 584, 623, 633, 635,

638, 640, 642, 644, 650,

651, 652, 654 f., 659, 687,

696, 702, 708, 722, 769,

771 f., 777, 779, 781.

„Auf Storchow“ 151.

Augagneur 722.

Augsburg 78, 196, 550,

606.

„Augsburger Abendzei-  
tung“ 551.

„Augsburger Allgemeine

Zeitung“ 452, 453, 454,

„Augsburger Postzeitung“

667.

August, Herzog 246.

— Wilhelm, Prinz 443 f.,

648.

Augusta, Kaiserin (Fried-  
rich III.) 67, 129, 189,  
196, 247, 353, 410, 579.

Augustin, Der liebe 459.

Augustiner-Orden 683, 689,  
767.

Augustinus, hl. 146, 288,  
381, 448, 452, 461, 494,  
561, 761.

Augustus, Kaiser 758.

„Au milieu du chemin“ 17.

Aurelius 451.

Auffig 88.

Ausstellungen (Weltausstel-  
lung) 13 ff., 25, 33, 36, 43,

53, 61, 81, 84, 85, 86, 90,

91, 101, 155, 198, 211, 213,

240, 246, 247, 262, 263,

292, 293, 305, 335 f., 350,

352, 353, 398, 408, 412,

420, 454, 463, 482, 500,

503, 509, 513, 521, 523,

533, 534, 554, 565, 571,

576, 581, 584, 597, 600,

527, 629, 641, 660, 684,

688, 747, 748, 757, 764,

768, 772, 774, 780, 781.

Austin Alfred 773.

Australien 12, 101, 155, 308,

391, 466, 580, 582, 640,

655, 703, 782.

Auswanderer (vgl. auch  
Siedlungswesen) 11, 90,

94, 98, 101, 103, 153, 207,

211, 215, 236, 262, 263,

295, 303, 307, 309, 357,

390, 407, 411, 464, 466,

469, 518, 549, 553, 582,

584, 627, 628, 632, 639,

698, 702, 703, 728, 756,

765, 780.

Automobilismus 16, 44, 86,

91, 93, 230, 272, 294,

354, 450.

„Autorité“ 93.

„Avanti“ 142, 165.

Avenary, Lord 532, 773.

Avenarius 197.

Awafumovic Zoman 66.

Azteken 584.

### B.

Baader Fr. 124.

Baar Ernst 352.

Babel 560, 563.

„Babel und Bibel“ von  
Delisch 126, 184 f., 193,

213.

„Babel und Bibel“ von  
Karl May 395.

Babismus 213.

- Babylon 152, 185, 193, 213, 240, 244, 349, 500, 563, 699.
- Bach J. 206.
- Joh. Seb. 453, 454.
- Bachem, Dr. 69, 73, 115, 233, 235 f., 281.
- Fr. K. 611.
- Karl 343, 560, 684.
- Jos. 684.
- J. P. 684.
- Julius 290, 342, 343, 345, 350, 501, 560, 762.
- Bachmann Herm. 53.
- Bacon 228.
- Bad, Orden vom 773.
- Baden-Baden 32, 253, 347, 348, 384, 506, 547, 617, 753.
- Baden bei Wien 205, 627, 690.
- Badeni 569.
- „Badischer Landsmann“ 347.
- Baernreither 202, 415, 538.
- Baensch-Drugulin 197.
- Baumer Clem. 398.
- Baeyer Ad. v. 306.
- Bagdad (Eisenbahn nach Bagdad) 60, 147, 152, 161, 162, 213, 261, 328, 367, 394, 411, 418, 464, 515 f., 519, 523, 533, 538, 539, 585, 587, 649, 653, 699, 719 f.
- Bahr Herm. 83, 253, 404, 570.
- Baikalsee 98, 220.
- Baillob 368.
- Bailly P. 16.
- Bainville J. 210.
- Bafau 247.
- Baku 266, 267, 270.
- Batum 271.
- Balde 240.
- Balbur 43.
- Balearen 773.
- Balestrand 775.
- Balfour 105, 160, 162, 222, 271, 272, 275, 276, 328, 407, 474, 525, 631, 771.
- Balkanhalbinsel 87, 100, 142, 144, 148, 149, 156, 165, 173, 217, 249, 261, 306, 314, 315, 317, 318, 369, 370, 410, 414 ff., 418, 421, 428, 436, 437, 438, 469, 483, 515, 516, 520 ff., 524, 533, 534, 538, 557, 578, 585, 586, 600, 602, 604, 618, 642, 644, 647, 649, 650, 651, 652, 654, 655, 656, 657 ff., 660, 661 f., 663 f., 698 f., 704 f., 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713 f., 715, 716, 717 f., 719, 720, 723 ff., 726 f., 731, 735, 738, 761, 765, 773.
- „Balkanste Carica“ von Nikita von Montenegro 579.
- Ballestrem, Graf 176, 341.
- Galley Brandenburg 393.
- Ballin 389.
- Balling 582.
- Balmes 695.
- Balmoral 656, 677.
- Baltimore 171, 213, 308.
- Baltische Flotte 222.
- Baltische Provinzen 325.
- Baltisches Meer 416.
- Baltischport 653.
- Baltisch 724, 726.
- Balzac 462.
- Bamberg 252, 386, 444, 450, 565, 666.
- Bamberger 359, 766.
- „Banadietrich“ 564.
- Bande G. 246.
- Bancroft 194.
- Band Maritz 570.
- Banffy 51, 295, 355.
- Bantgasse (Wien) 357.
- Bantipore 664.
- Bankwesen (Finanzfragen, Börse, Währungsfragen, Aktiengesellschaften ufm.) 27, 49, 52, 63, 86, 89, 123 f., 126, 127, 149, 160, 161, 162, 175, 178, 179, 181, 190, 202, 215, 222, 227, 234, 238, 248, 249, 261, 269, 274, 279, 280 f., 284 f., 288, 306, 308, 311, 312, 314, 322, 325, 327, 334, 336, 340, 341, 347, 355, 363, 367, 390, 392, 394, 404, 406, 411, 412, 418, 439, 441, 443, 460, 464, 465, 467, 469, 471, 475, 479 ff., 483, 489, 491, 505, 507, 513, 515, 516, 518, 519, 534, 540, 542 f., 554, 566, 569, 578, 580, 582 f., 585, 594, 612, 635, 637, 639, 640, 643, 648, 649, 653, 656 f., 659, 660, 679, 686, 688, 691, 692, 702, 712, 723, 730, 731, 734, 735, 736, 738, 739, 760, 762, 765, 766, 769, 770, 771, 772, 778, 779, 780, 781, 782.
- Baptisten 324.
- Barabas, Abg. 200.
- Barbarabrunnen (Koblenz) 399.
- Barcelona 58, 150, 488, 489, 641, 773.
- Barclay, Fürst de Tolly 776.
- Bardenhewer 122, 617.
- Barett 648.
- Bari 416.
- Barfrid 777.
- Barmen 43, 44, 131.
- Barmherzige Brüder 146.
- Barnabiten 191.
- Barock 44, 293.
- Barrés M. 210.
- Barrias E. G. 147.
- Barry W. 352.
- Bartels Adolf 41, 195, 351.
- Pfarrer 387.
- Wanda v. 81.
- Barthelemy Edm. 210.
- Bartholomae Ehr. 290 f.
- Bartholomäusnacht 292, 669.
- Bartholomé Alb. 17, 94, 692.
- Barthou, Minister 722, 769.
- Bartsch R. G. 672.
- Barzilai 435, 740.
- Barzileri, Abg. 313 f.
- Basch Bist. 209.
- Baschiren 324.
- Basel 96, 254, 259, 498.
- Basra 211, 653, 720.
- Bassermann, Abg. 73, 235, 319 ff., 432, 479 f., 492, 497, 554, 596, 604, 662, 716.
- Bassermann-Jordan Ernst 291.
- Basstardtschrift 85.
- Batum 266.
- Bauch Gustav 252.
- Bauke G. 399.
- Baudi Besme E. v. 58.
- Baudin 770.
- Baudissin 236.
- Bauer Ludwig 290.
- Professor 335.
- Bauernfeld 458.
- Bauernstand (Ackerbau) 13, 33, 48, 76, 113, 115, 149, 169, 213, 261, 267, 382, 322, 323, 324, 325, 329, 402, 410, 412, 418, 458, 460, 480, 567, 612, 635, 649, 655, 672, 674, 689, 697.
- Baumann Julius 191, 349.
- Baumbach Rud. 291.
- „Baumeister Solneß“ von Jbsen 351.

Baumgarten M. 351, 396.  
 Baumgartner, P. Alexander  
 80, 123, 289 f., 298, 337,  
 449, 616, 619,

Baumstark 761.

Baumhorn Leopold 205.

Bauhen 620.

Bauwerke, Baukunst, Bau-  
 stile 44, 52, 130, 247,  
 254, 292, 293 f., 362, 405,  
 453 f., 462, 514, 565, 571,  
 727, 764, 766, 767, 774 f.,  
 776, 777.

Bayern 3, 18, 21 ff., 26, 34,  
 39, 40, 43, 69, 72, 78, 117,  
 119, 120, 125, 177, 188,  
 190, 198, 206, 232, 234,  
 239, 243, 282, 343, 344,  
 347, 348, 444, 445, 485 f.,  
 492, 493, 504, 531, 542,  
 546, 549, 550, 554, 555,  
 557, 560, 576, 630, 647,  
 665, 666, 667 f., 669, 671,  
 672, 674, 678, 679 f., 685,  
 744, 747 f., 752, 756, 757.

Bayeux 770.

Bayonne 511.

Bayreuth 7, 84, 453, 503,  
 742.

„Bayrische Staatszeitung“  
 680.

„Bayrischer Courier“ 187,  
 375, 594, 610, 668.

„Bayrisches Vaterland“  
 586.

Bebel 19, 22, 23, 26, 28,  
 31, 65 f., 74 f., 126, 127,  
 178 f., 181 ff., 228 f.,  
 236 f., 238 f., 260, 272,  
 276, 278, 280, 304, 313,  
 316, 339, 340 f., 384 f.,  
 389, 390, 391, 492, 547,  
 560, 599, 613, 619, 672,  
 673, 747, 753.

Bechelaren 255.

Bechterew W. v. 213.

Beck, Frh. v. 357, 401 f.,  
 403, 404, 456, 457, 623.

Becker Charles 702.

— Felix 563.

Beckmeyer 210.

Bedford 772.

Beerbohm-Tree 513.

Beermann 413.

Beethoven 130, 197, 205,  
 246, 255, 293, 350, 359,  
 459, 462, 463, 513, 570,  
 685.

Begas G. 30, 67.

— Karl 131, 246 f., 353.

— Reinh. 131, 292, 353,  
 398, 615.

Behr Hugo 131.

Behrens Peter 716, 776.

Beichte (Ohrenbeichte) 87.

Beirut 604.

Beißel G. 286, 500.

Beit Alfred 58.

Belcredi 139, 350, 625.

Bele 775.

Beleschgebirge 726.

Belfast 692, 771.

Belfort 630, 651.

Belgien 58, 97, 151, 203,  
 211 f., 260, 264, 305, 310,

329, 337, 392, 361, 396,

407, 408, 463, 486, 494,

511, 513 f., 526, 533, 576,

594, 633, 643, 658, 664,

678, 696, 716, 738, 748,

774.

Belgrad 99, 148, 166, 261,

370, 410, 429, 471, 515,

516, 538, 578, 635, 650,

698, 727.

Bell 495.

Bellairs 328.

Bellesheim, Prälat 118, 121,

123, 451, 683.

Belmonte, Granito del 621.

Belom, Gen. v. 194, 211.

Belt 538, 555.

Beltoja 658.

Beluschistan 520, 539.

Benadir 405.

Bender 441.

Benedek 90.

„Benedek“ von Feldwegg

300.

Benediktiner-Orden 69, 94,

96, 125, 163, 190, 282,

287, 298, 394, 397, 450,

451, 526, 531, 545, 574,

617, 770.

Bengalen 328 f., 407, 580,

581, 778.

Benghasi 603.

„Ben Hur“ von L. Wallace

308.

Benigni 610.

Benk Johannes 91, 360,

459, 517, 767.

Bennett 336.

Benoit-Danapier L. 303.

Benrath R. 287, 620.

Benson Hugh 632.

Bentham 191.

Bérard Victor 36.

Berchtesgaden 457.

Berchtold, Graf 646, 650,

651, 654, 655, 656, 659,

662, 686, 690, 737, 738.

Berdicta 658.

Berdrow W. 86.

Beresford 478, 589, 598,  
 600, 647.

Berg Leo 123, 764.

Bergbau (Rohlenbergwerke

usw.) 22, 33, 46, 49, 104,

126, 227, 276, 279, 305,

328, 540, 565, 641, 653,

678, 694, 715, 766.

Bergdamava 229.

Bergen 97.

Berger Alfred v. 252, 570,

688, 763.

Bergschneckenfelsen 398.

Berlebek 247.

Berlier 58.

Berlin (Berliner Kongreß)

2, 7, 12, 19, 20 f., 23,

26, 27, 28, 30, 32, 33,

34, 35, 38, 40, 42, 43,

45, 47, 66, 72, 73, 75,

77, 78, 81, 83, 85, 86, 90,

93, 108, 110, 111, 112,

114, 120, 121, 128, 131,

132, 135, 151, 153, 167,

174, 167, 177, 178, 188,

195, 196, 197, 204, 208,

211, 231, 234, 236, 237,

239, 240, 243, 246, 247,

248, 261, 275 f., 279, 280,

281, 284, 285, 286, 292,

293, 294, 302, 306, 319,

322, 326, 335 f., 343, 344,

346, 347, 348, 351, 352,

353, 354, 365, 367, 370,

388, 392, 394, 395, 398,

399, 402, 407, 415, 416,

419, 424, 426 f., 428, 429,

430, 434, 436, 437, 438,

439, 441, 442, 446, 448,

450, 453 f., 455, 461, 463,

468, 469, 470, 471, 472,

473, 474, 475, 478, 483,

487, 489, 490, 491, 494,

496, 500, 504, 505, 507,

513, 521, 523, 526, 534,

537, 539, 541, 542, 547,

549, 551, 552 f., 554, 555,

557, 561, 564, 565, 566,

586, 590, 591, 593, 594,

595, 601, 609, 611, 612,

613, 617, 619, 620, 643,

645, 651, 658, 660, 662,

665, 666 f., 668, 669 ff.,

675, 677, 578, 680, 681,

682, 685, 687, 695, 697,

709, 717, 721, 728, 731,

732, 736, 738, 739, 741 f.,

744, 745, 748, 751, 753,

756, 757, 763, 764, 773,

775, 780, 782.

„Berlin“, Schiff 597.

„Berliner Tageblatt“ 470.



## Bermuda 206.

Bern 58, 96, 150, 203, 211,  
242, 259, 260, 314, 380,  
408, 513, 641, 696, 697,  
734, 782.

Bernard, Gen. 741.

Bernau 553.

Bernauer Franz 196.

Bernette David 731.

Bernhard, Hl. 764.

— Professor 612.

Bernhardt Sarah 17, 207,  
692.

Bernoulli C. A. 396.

Bernstamm L. 406, 635.

Bernstein 18, 74 f., 126, 178,  
238, 334, 385, 678, 717,  
748.

Bernstorff 518.

Bernus Alex. v. 563.

Berteaux 630.

Berthold 178.

Bertche, Prof. 501, 556.

Bertz Ed. 86.

Berwald Hugo 247.

Berwick 372, 656.

Berzenczy Alb. 624.

Besant Anna 228.

Betz Bernh. 82, 452.

„Beta“, Luftschiff 695.

Bethel-Anstalt 553.

Bethge H. 557.

Bethmann Hollweg Theob.

280 f., 339 f., 386, 392,

393, 481, 487, 488, 506 f.,

520, 523, 541 f., 543,

544 f., 548, 587 f., 596,

597, 599, 604, 607, 646,

649 f., 656, 662, 671,

672 f., 714 f., 723, 742,

749 ff., 753, 755.

Bettelheim Anton 91, 195,  
205, 458, 570.

— Cabillon Helene v. 53,  
451.

Bettinger, Rarb. 557, 668.

Bettowski 459.

Betzold A. 193.

Beuron (Beuron—Kunst) 52,

163, 206, 259, 350, 451,

531, 545, 617, 683.

Bewer Max 395, 452 f.

Beyerlein F. A. 195, 236,  
619.

Beyle-Stendhal 335.

Beyrer Ed. 86.

Bezerebi Jul. 364.

Bhagavagita 290.

„Bhikku Nyanatiloka“ 576.

Bialystok 268, 324.

Bianchini 318.

Biansky 751.

Biarriz 560.

Bibel (Bibelstellen, Evan-  
gelien) und Bibelgesell-  
schaften 13, 30, 39, 63,  
92, 99, 100, 125, 152,  
184 f., 187, 190, 193,  
210, 213, 227, 258, 262,  
282 f., 288, 291, 303,  
304 f., 345, 352, 359,  
376 ff., 380, 381, 386,  
387, 448, 451, 461, 504,  
510, 511, 528, 532, 563,  
605, 606, 609, 679, 700.

Bibliotheken, Bücher, Buch-  
handel usw. 53, 64, 70,  
72, 82, 85, 90, 99, 100,  
113, 133, 147, 197, 215,  
242, 259, 299, 308, 343,  
347, 359, 744, 751, 761,  
773.

Bieberstein, Marschall v.  
663.

Biedermeierstil 292.

Biehlinger F. 253.

Bielefeld 23, 398.

Bienaimé 646.

Bienert, Baron 357, 403,

438, 457 f., 505, 566, 622.

Bierbaum, D. J. 43, 83,

198, 396, 555, 619.

Biermann Georg 563.

Bigaglia P. 52.

Bildhauerei 17, 76, 85 f.,

96, 141, 196, 206, 305,

361, 459, 504, 508, 577,

616, 635, 685, 767, 768.

Bilinski von 686.

Billing Hermann 293.

Bilse 236.

Binder-Kriegstein 195.

Bingen 685.

Bingerbrück 620, 680.

Binns G. B. 413.

Binz G. 133.

Biologie 10.

Bion Walter 211.

Birma 25, 639.

Birmingham 163.

Birnsof Paul 326.

Bischofshausen C., Frh. v.

80.

Bisenta 145.

Biserta 95.

Bismarck Herbert 39, 67.

— Otto 24, 28, 39, 43,

66 f., 78, 82, 85 f., 107,

108, 114, 127, 130, 131,

132, 133, 134, 157,

159 f., 175, 178, 182,

194, 196, 197, 226, 233,

238, 243, 244, 245, 255,

280, 290, 292, 293, 313,

320 f., 338, 346, 347,  
353, 384, 388, 396, 398,  
433, 443, 452 f., 455,  
458, 479, 480, 482, 490,  
494, 502, 504, 540, 541,  
555, 565, 599, 608, 620,  
631, 673, 680, 685, 686,  
715, 743, 762, 763, 779.

Bismarck-Archipel 240.

Bistolfi L. 336.

Bistritz-Golstein 213.

Bitter, Dr. 493, 494, 498,  
584, 781.

Bitterauf Th. 53, 348.

Bitterlich Hans 43, 255, 405.

Bittrich Max 291.

Bjelopolje 658.

Bjoerfoc 268.

Björnson 97, 151, 697.

Blagowetschenok 776,

Blafe B. 11.

Blankenburg i. Th. 37.

Blankenese 504.

Blachford Rob. 521.

Blättler Rudolf 683.

„Blaue Vogel, Der“ von  
M. Maeterlinck 696.

Blawatzky G. P. 190.

Blecker 620, 685, 763.

Bleibtren Karl 244, 329.

Blennerhassett Lady Char-  
lotte 192, 228, 450.

Bleriot 413, 512.

Blindengasse (Wien) 767.

Blöch Joh. v. 150.

Bloemfontain 8, 517.

Blockaden 154, 470, 526,  
604, 713, 718.

Blowitz 207.

Blöher 122.

Blücher v. Wahlstatt 751,  
759.

Blum Hans 452, 555.

Blume 556.

Blümelhuber Michel 460.

Boberg G. 634.

Bobischew 655.

Bobrikow 223.

Bobrinsky 708, 766.

Bochum 184, 247, 504, 565,  
678.

Bock 614.

Böcklin 29, 97, 293, 252.

Bode B. 133, 291, 353,  
504, 555.

Bodelschwingh Friedr. v.  
553.

Bodensee 86, 455, 506.

Boeglin Eugen 556.

Boer L. J. de 82.

Boermel C. 85, 196, 627,  
751 f.

- Boeschépe 329.  
 Boese Joh. 504.  
 Bogdanowits 212.  
 Bogdanza 724.  
 Bohlen, Frh. v. 346.  
 Böhm-Bawerk 45.  
 Böhme M. 352.  
 Böhmen 11, 21, 46, 47, 48,  
   49, 53, 88, 138, 139, 140,  
   202, 204, 207, 253, 255,  
   296, 300, 356, 358, 400,  
   449, 457, 491, 502, 505,  
   506, 509, 566, 623, 624,  
   627, 662, 683, 685, 690,  
   730, 756, 765, 767.  
 Böhrner 38.  
 Böhmert 73.  
 Böhmmerwald 205, 458, 689.  
 Böhmisch-Brod 571.  
 Bohrer A. 246.  
 Bölsche W. 134, 290.  
 Boissière Sulpic 41.  
 Bojano-Ebene 658.  
 Bojanowski Eleonore 285.  
 Bolse W. 44.  
 Bolingbroke Heinrich (siehe  
   unter Heinrich IV.).  
 Bollanbisten 396.  
 Bologna 142, 205, 241, 490.  
 Bolkmann, Prof. Ludwig  
   359.  
 Bomba 603.  
 Bonar Law 645, 770.  
 Bonheur Rosa 94.  
 Bonifatius, hl. 22, 76, 288,  
   564.  
 Bonn 71, 75, 119, 120, 196,  
   289, 293, 379, 380, 451,  
   496, 669, 762.  
 Bonnal, General 66.  
 Bonomelli 337.  
 Bonus Artur 241, 243, 396.  
 Booth William 452, 695.  
 Borchard Felix 336, 676.  
 Bordeaux 146, 512.  
 Boreksh C. 133.  
 Borgehe 259.  
 Boris, Kronprinz von Bul-  
   garien 660.  
 Bortum 555.  
 Bormann Ed. 680.  
   — W. 285, 563.  
 Borodino 698.  
 Bories von Münchhausen  
   Bösendorfer S. 627.  
 Bosnien 62, 90, 166, 248,  
   410, 414, 422, 425 ff.,  
   428 ff., 435 f., 437, 438,  
   463, 464, 497, 468, 469,  
   472 f., 484, 487, 500,  
   507, 566, 627, 662, 686,  
   698, 699.  
 Bosporus 538, 651.  
 Boffe G. 518.  
 Boffert A. 92, 303.  
 Boffuet 501, 630.  
 Boston 109, 263, 268.  
 Botha, General 8, 102, 104,  
   112, 145.  
 Böttcher Willibald 131.  
 Bouillon, Pater J. 154.  
 Boulogne 770.  
 Bourbon, Haus 389, 623,  
   767.  
 Bourgeois 313, 643, 691.  
 Bourne 308.  
 Bourriere, Pastor 94.  
 Boutmy 286.  
 Bowen 308.  
 Bogen 583.  
 Boyer 1—7, 25, 64, 218,  
   659, 703, 779.  
 Boykotte 97, 296, 309, 340,  
   404, 429, 430, 437, 469,  
   579, 735.  
 Bozen 52, 627.  
 Braamcamp Anselm 633.  
 Bracciano 461.  
 Bradford (Bratforth) 643,  
   772.  
 Bradl Jak. 196.  
 Braganza, Haus 575, 633,  
   695.  
 Brahms Otto 682.  
 Brahminen 580.  
 Brahms 205, 454, 459, 768.  
 Braig 119, 121, 125, 501.  
 Braila 410.  
 Brand Adolf 389.  
 Brandenburg 3, 21, 22,  
   114, 280, 346, 540, 678,  
   744.  
   — Hohenzollern (f. Hohen-  
   zollern, Dyn.).  
 Brandenburger Thor 196.  
 Brandes G. 287.  
   — Matthews 363.  
   — 151.  
 Brandl Moïse 204, 398.  
 Brandstätter Hans 53, 255,  
   405, 459, 768.  
 Brandt M. 303.  
 Brandts 495.  
 Branting 678.  
 Brankly 620, 685.  
 Brasilien 19, 53, 94, 158,  
   573, 584, 664.  
 Braß, Dr. 501.  
 Braun Ferd. 290.  
   — Vily 128, 618, 619.  
   — Professor 86, 122, 124.  
 Braunan 767.  
 Braunsberger Otto 760.  
 Braunsche System 44.  
 Braunschweig 74, 85, 129,  
   131, 247, 347, 393, 446,  
   529, 671 f., 743, 746 f.,  
   750 f.,  
   — Lüneburg, Haus 744.  
 Brausewetter 558.  
 „Braut von Messina“ 408.  
 Breasted J. S. 575.  
 Brecht Walter 290.  
 Bredow 135.  
 Bregenz 506.  
 Breitenbach 680.  
 Bremen 24, 74, 188, 191,  
   238, 272, 274, 288, 293,  
   343, 345, 352, 353, 384,  
   443, 478, 503, 555, 587,  
   591.  
 Bremer 684.  
 Bremerhaven 23, 26, 108,  
   763.  
 „Bremer Stadtmusikanten“  
   44.  
 Brenet 141.  
 Brenner D. 135.  
 Brentano Clemens 37, 453,  
   562 f., 617, 618.  
   — Franz 73.  
   — Fanny 364, 458, 556.  
   — Lujo 760.  
   — Lujo 497.  
 Bresci Angelo Gaetano 56.  
 Brescia 510.  
 Breslau 42, 43, 72, 85, 127,  
   280, 397, 441, 489, 495,  
   504, 552, 559, 561, 562,  
   565, 608, 615, 665, 675,  
   685, 748, 757, 764.  
 Bresnik von Sydacoff 307.  
 Breß 275, 656, 712.  
 Bretonen (Bretagna) 63,  
   146, 190, 208, 209.  
 Bretten 197.  
 Brever Peter 43, 504.  
 Breymann A. 304.  
 Breyfig Kurt 41, 82, 132.  
 Briand 332 f., 340, 373 f.,  
   485, 512, 573 f., 630,  
   643, 709, 769.  
 „Briefe, die ihn nicht er-  
   reichten“ 195.  
 Brieg 361, 504.  
 Briege W. v. 130.  
 Brigittenau (Wien) 623.  
 Brindisi 416, 477.  
 Briffon de Maille 650.  
 Brigen 90, 508.  
 Brizlegg 205, 507.  
 Brizon Gr. 646.  
 Brod Thomas 303, 632.  
 Brochhaus 307.  
 Brochhausen Elsa 404.  
 Broqueville 696.

- Brohm 396.  
 Broicher Charlotte 207.  
 Bromberg 113, 196, 663.  
 Bromme W. 341.  
 Bronikowski Oppeln 413.  
 Brooklyn 56.  
 Brocks, Sibney 533 f.  
 Brosz 618.  
 Browning Robert 228.  
 Brück Heinrich 80, 451.  
 — Rettor 387.  
 — Riefling 501.  
 Brücken und Brückenbau  
 85, 196, 219, 230, 247,  
 353, 565, 649, 741.  
 Bruckner Anton 690.  
 Brugg 408.  
 Brügge 407, 408.  
 — Ernst 223.  
 Bruinier 37.  
 Bruneau 565.  
 Brunetiere Ferd. 397.  
 Brunnhilde 502.  
 Brunnhuber Rob. 280.  
 Brünning 558.  
 Brünn 571, 683.  
 Brunnen und Brunnenbau  
 85, 86, 96, 131, 140, 196 f.,  
 205, 247, 293, 300, 399,  
 405, 455, 459, 508, 565,  
 620, 685, 703, 763, 768.  
 Brunnhofer 408.  
 Bruno Giordano 38, 56,  
 82, 190, 259, 405, 572.  
 Brunsbüttelfog 231, 652,  
 756 f.  
 Brüssel 58, 151, 203, 305,  
 362, 407, 452, 489, 514,  
 533, 576, 578, 633, 641,  
 688, 694, 696, 774, 782.  
 Brütt Adolf 85, 247, 504.  
 Bryan 11, 465, 780.  
 Buber Martin 563.  
 Buchara 13, 148.  
 Buchdruckereien (siehe auch  
 Verleger) 70.  
 Buchenau Artur 290.  
 Buchenstein 255, 690.  
 Buchholz 85.  
 Buchlau 486, 487, 656.  
 Buchner 11, 500.  
 Budapest (siehe unter Ofen-  
 Pest).  
 Budde 280.  
 Buddha 41, 81, 99, 133,  
 134, 190, 324, 325, 349,  
 499, 534, 576, 581, 606,  
 778.  
 „Buddha“ von Gornstein  
 42.  
 Budweis 47.  
 Buenos Aires 466, 584, 640.  
 Buffalo 101, 780.  
 Bugenhausen Joh. 131.  
 Buharest 59, 100, 149, 317,  
 661, 704, 706, 725, 726,  
 727, 735, 767.  
 Buhovina 139, 356, 358,  
 706, 776.  
 Bulgarien 59, 88, 148, 149,  
 152, 158, 174, 203, 261,  
 306, 324, 326, 369, 410,  
 416, 422, 425, 427, 428,  
 429, 434, 436, 437, 439,  
 456, 467, 469, 476, 515,  
 520, 522 f., 526, 531, 538,  
 578, 579, 622, 624, 637,  
 644, 649, 650, 652, 655,  
 656, 657 ff., 660, 661,  
 662, 663, 683, 698, 699,  
 705, 706, 707, 711, 713,  
 718 f., 721, 723 ff., 726,  
 735 f., 740, 765.  
 Bull, Dr. 639, 761.  
 Bulle S. 247.  
 Buller, Gen. 7, 8.  
 „Bulletin, de l'École  
 française d'Extrême  
 Orient“ 224.  
 Bülow G. 3 f., 19, 24, 25 f.,  
 27 f., 65, 66 f., 73, 97,  
 106 f., 108, 110, 111,  
 112 f., 114 f., 135, 137,  
 141, 156 f., 158, 159 f.,  
 174, 175 f., 181 ff., 185,  
 194, 227, 228 f., 233, 236,  
 238 f., 273, 275 f., 278,  
 279, 302 f., 319 ff., 338,  
 340, 341, 342, 345, 346 f.,  
 349, 366, 368, f., 370, 382,  
 383 ff., 386, 388, 389 f.,  
 392, 417 f., 424, 430,  
 433, 436, 439 ff., 442,  
 443, 460, 468, 473, 474 f.,  
 478 ff., 481 ff., 486, 492,  
 510, 544, 547, 555, 599,  
 627, 709, 748, 763.  
 — von Dennenitz 751, 763.  
 Bulthaupt 42.  
 Bulggin 268.  
 Bumilla 603.  
 Bumiller 78.  
 Bunar Giffar 721.  
 Bund Hugo 243.  
 Bündnisse 92 f., 105, 110 ff.,  
 123, 141, 145, 148, 149,  
 151, 157, 160, 161, 163,  
 174, 175, 192, 210, 211,  
 226, 230, 239, 248, 253,  
 258, 270, 274, 275, 276,  
 277, 278, 280, 312, 313,  
 314, 316 f., 319, 321, 328,  
 362, 368, 369, 372, 415,  
 419 f., 422, 427, 441, 464,  
 469, 470, 471, 472 f., 477,  
 479, 486, 506, 515, 516,  
 519 ff., 524, 533, 534,  
 537, 538, 539, 543, 566,  
 571, 578, 579, 580, 584,  
 585, 598, 601, 604, 618,  
 632, 638, 644, 646, 650,  
 651, 654, 657, 661, 662,  
 695, 703, 706, 709, 711,  
 712, 713, 714, 715, 718 f.,  
 721, 722, 723 ff., 726 f.,  
 733, 734, 735, 738.  
 Burgert 84.  
 Burjen Georg v. 39.  
 — Marie v. 39, 207.  
 Busl Marie v. 446.  
 Burchard, Bürgermeister  
 491.  
 — Dr. 652.  
 Burchardt Walter 697.  
 Burchard Max 254, 588.  
 Burchard Konr. 82.  
 Burenwolf 1, 4, 7—12, 16,  
 19, 27 f., 59, 60—63, 96,  
 102—105, 106, 112, 145,  
 151, 153, 190, 206, 264,  
 309, 319, 431, 432, 440,  
 580, 777.  
 Burg (Wien) 571, 639, 767.  
 — A. de 64.  
 Burgen und Schläffer 205,  
 254, 316, 565, 627.  
 „Bürger und Edelmann“  
 680.  
 Bürgerkriege 323, 332, 434,  
 476, 584, 598, 771 f..  
 Burgers, Präsident 10.  
 Burgeß 319.  
 Burggraf J. 286.  
 Burgurlu 261, 418.  
 Burian 248, 318, 322, 426,  
 686.  
 Burlage 343.  
 Burnamb C. 211.  
 Burne Jones 304.  
 Burney Adam 718.  
 — Cecil 713.  
 Burrell 329.  
 Busan 91, 299.  
 Busch Wilh. 130, 565, 736.  
 — Jirtus 530.  
 Buscher Al. 247.  
 Busching P. 525.  
 Buschir 637.  
 Buschleute 229.  
 Busse Karl 245.  
 Busst 259.  
 Busz Fr. J. 618.  
 Butler Clark 397.  
 — Samuel 63.  
 Butros, Pascha Wali 580.  
 Buttstedt R. 247.



Butti 769.  
 Büttner Herm. 193.  
 Byzantin. Zeitschrift" 82.  
 Byzanz 605. 711.

## C.

- Cachin 678.  
 Cäcilie, hl. 564.  
 — von Mecklenburg-Schwerin 232, 285, 697.  
 Cadix 773.  
 Caffrey James Macdonald 632.  
 Caillaux 589, 600, 643.  
 Cafe walf 216.  
 Calais 512, 592.  
 Calandra Dav. 144.  
 Calderon 36, 304, 758.  
 „California“, Schiff 694.  
 Calfer v. 677.  
 Call 45.  
 Calvin (siehe unter Kalvin).  
 Cambon 589.  
 Cambridge 109, 263, 287, 304, 513, 652, 773.  
 Camoens 692.  
 Campagna 58.  
 Campbell-Bannermann 278, 313, 318, 366, 372, 420.  
 Campe 504.  
 — v. 608, 665 f.  
 Camporeale, Prinzessin von 24.  
 Campur 777.  
 Canadian Pacific Railway 765.  
 Canalejas 574, 695.  
 Canberra 782.  
 Canciani Alfons 141, 255, 405, 508.  
 Canfranc 695.  
 Canisius Petrus, sel. 528, 529, 530, 563, 760.  
 Cannes 560, 691.  
 Cannstadt 565.  
 Canon Hans 300.  
 Canonisationen (siehe unter Kanonisation).  
 Canova del Castillo 236.  
 Canterbury 532, 632.  
 Capella David 765.  
 — Pinus 765.  
 Capistran Johann 288.  
 Capodistria 571.  
 Capri 38, 127.  
 Capriwi 24, 133.  
 Carbauns Hermann 121 f., 397, 559, 560, 561.  
 Carducci Gioiue 405, 616.  
 Carlisle W. 63.  
 Carlos, König von Portugal (siehe unter Karl I. von Portugal).  
 Carlyle 10, 11, 39, 207, 244.  
 Carmer, Graf v. 675.  
 Carnegie 101, 197, 215, 308, 412, 641, 775, 782.  
 Carnot, Präsident 15, 93, 236.  
 Carola, Königin von Sachsen 134.  
 Carp Peter 59.  
 „Carpathia“, Schiff 694.  
 Carlson, Sir Edw. 771.  
 Cartagena 368, 407, 733, 734, 773.  
 Carthy Michael Mac. 63.  
 Carteret John, Grand 335.  
 Cartwright, Sir Fairfax 592 f., 766.  
 Casablanca 370, 432 f., 478, 485, 539, 738.  
 Cäsarea Philippi 386.  
 Caselmann A. 40.  
 Casement, Sir Roger 694.  
 Casena 267.  
 Caserio 55.  
 Cassaignac Paul de 770.  
 Cassierer Paul 757.  
 Castell Toblino 83.  
 Castelli 584.  
 Castelnau 726.  
 Castiglione Baldeffare 761.  
 Castle Gb. 140.  
 Cathrein B. 619.  
 Catilina 629.  
 Cauer Emil 620.  
 — F. 781.  
 Cavour 121.  
 Cech Swatopluk 458.  
 Cecil Hugh 710.  
 Ceglinjki 538.  
 Ceska Th. 213.  
 Celli A. 58.  
 „Century Magazine“ 432.  
 Cervantes 259, 285, 304, 461.  
 Cetinje 166, 579, 635 f., 647.  
 Ceuta 695.  
 Ceylon 206.  
 Chailley J. 490.  
 Chaldäa 327.  
 Chalons 276, 485.  
 Chamberlain 8, 9, 11, 58, 62, 82, 102, 103 f., 106, 122, 163 f., 197, 206, 207, 440, 470, 599, 622.  
 — Auster 206, 226.  
 Chambery 574.  
 Chambord, Schloß 406.  
 Champagnerzeugung 574.  
 Champlain Samuel de 703.  
 Changchen 648.  
 Changpilin 648.  
 „Chantecler“ von Rostand 574, 584.  
 Chantemps 722.  
 Charlow 98, 149.  
 Charlemont Th. 571, 690.  
 Charleroy 696.  
 Charles Antonin 211.  
 Charlottenburg 129, 207, 293, 672.  
 Charmiz Richard 404.  
 Chäronea 306.  
 Charpentier Alex. 147.  
 Charput 636.  
 Chartismus 18.  
 Chartum 699.  
 Chateaubriand 192.  
 Chatterton 53.  
 Chavez 576.  
 Chemie und Chemiker 34, 224, 410, 449.  
 Chemnitz 86, 678.  
 Cherbourg 485.  
 Cherlon 212.  
 „Cherubinischer Wandersmann“ von Aug. Silezius 290.  
 Cheffer 580.  
 Chevalier Ulysse 144.  
 Chiara Luigi 206.  
 Chiatonne Ant. 150.  
 Chicago 109, 191, 215, 263, 307, 363, 518, 583, 584, 781.  
 Chiemeer 685.  
 Chihli 327.  
 Chile 58, 154, 308, 677, 703.  
 „Chimera“ 149.  
 China 1—7, 9, 11 f., 24 ff., 28, 51, 55, 58, 60, 61, 64, 65, 67, 68, 86, 97, 100, 101, 105, 108, 121, 148, 152 f., 154, 155, 162 f., 173, 195, 206, 213, 214, 217—224, 225, 228, 264, 265—271, 309, 320, 326 f., 408, 411, 432, 465, 466, 470, 517, 518, 521, 563, 581 f., 584, 612, 634, 638, 640, 643, 644 f., 648 f., 653, 655, 656, 659, 664, 676, 677, 703, 704, 741, 744, 755, 770, 778 f.  
 Chiromantie 17.  
 Chlopy 199.  
 Chotef, Gräfin (siehe unter Sophie Hohenberg, Fürstin).  
 Chotefpark 768.  
 Christentum (siehe auch unter Katholizismus, Protestantismus usw.).

- 84, 95, 115, 117, 119,  
123 f., 126, 132, 134, 143,  
144, 147, 154, 164, 168,  
174, 186, 187 f., 190 f.,  
210, 213, 224, 239, 240,  
242, 245, 260, 267, 269,  
281, 282, 283, 286, 288,  
289, 302, 303, 304, 307,  
343, 344, 348, 349, 350,  
370 f., 376, 377, 380, 387,  
391, 392, 393, 395, 396,  
397, 398, 411, 418, 421,  
432, 437, 445, 446, 449,  
451, 452, 463, 498, 499,  
500, 502, 503, 510, 511,  
515, 516, 528, 530, 534,  
536, 545, 546, 549, 550,  
551, 552, 558 f., 561, 563,  
568, 579, 607, 609, 610,  
613, 617, 618, 625, 637,  
641, 655, 665, 666 f.,  
669 f., 675, 682, 683, 699,  
706, 707, 755, 758, 762.
- Christenverfolgungen (siehe  
auch unter Märtyrer)  
1—7, 64.
- Christian IX. von Dänemark  
362, 711.
- X. von Dänemark 397.
- Christiania 203, 362, 583,  
697.
- „Christinens Heimreise“  
von Hofmannsthal 570.
- „Christliche Freiheit“ 666.
- „Christliche Volksbühne“ 37.
- „Christliche Welt“ 283.
- Christlich-sozial (Österreich)  
24, 45, 46, 49, 120, 124,  
177, 202, 237, 249, 250,  
287, 296, 297, 343, 355,  
356 f., 399 f., 401, 403,  
449, 456, 505, 506, 507,  
561, 567 f., 577, 594, 617,  
622, 623, 625 f., 627, 687,  
688, 765.
- Christomannos, Dr. 627.
- „Christus im Olymp“ von  
Klinger 130.
- „Christus in Bethanien“  
565.
- Chrysostomus Johannes  
452.
- Churchill, Minister 645, 647,  
650, 651, 653, 663, 664,  
692, 693, 710, 712, 715,  
731, 732, 737, 741.
- Chwolson 349.
- Ciancabilla 55 f.
- Cicero 264, 629.
- Silicien 516.
- Cilli 137.
- Cincinnati 285, 640.
- Cipriani 55.
- Civilen (siehe unter Zivil-  
ehen).
- Civiletti P. 308.
- Clark Frederic Horace 518.
- Clary Carlos 52.
- Claffen Walter 288.
- Claf 240.
- Claudel Paul 762.
- Clemenceau 330, 332, 334,  
368, 370, 373, 406, 463,  
475, 484, 485, 512.
- Clemens W. Hofbauer (siehe  
unter Hofbauer Cl. W.).
- Clemens von Alexandria  
452.
- Clermond-Ferrand 94, 209.
- Cleveland, Präsident 701.
- Provinz 364, 703.
- Clobenz, Hauptman 16.
- Cluny 574.
- Coch Josef 767.
- Cochin Aug. 303.
- Cochläus 71.
- „Coenobium“ 461.
- Cohn Jonas 133.
- Cohut Adolf 562.
- Colies G. 513.
- Coligny, Admiral Gaspard  
de 292, 669.
- Luise 292.
- Colin 626.
- Collona, Fürst 259.
- Colon 214.
- Colshorn 749.
- Colt & Chester 636.
- Columbia 154, 214 f., 262.
- Columbus (siehe unter Ro-  
lumbus).
- Combes 145, 146, 208 f.,  
255, 256 f.
- Comenius-Gesellschaft 135.
- Commer C. 374 f., 397, 398.
- Commodus, Kaiser 760.
- Comte 191.
- Comtesse 513.
- Condorcet 191.
- Conrad, Bischof 509.
- Heinrich 563.
- v. Höhendorf 359, 624,  
687, 690, 751.
- Conrat Ilse 205.
- Conte Scapinelli C. 570.
- Convillier 763.
- Convens 247.
- Coof 518.
- Coolidge Archibald Cary  
584.
- Coquelin 147.
- Cordonnier L. M. 362, 775.
- Corelli, Miß Marie 190.
- Corf 397.
- Cormons 205.
- Corneille 335.
- Cornelminster 125 f.
- Cornelius Sans 286.
- Cornwall 96.
- Corot 692.
- „Correspondance de Rome“  
609 f.
- „Corriere della Sera“ 313.
- „Corrispondenza Romana“  
375.
- „Cortegiano“ 761.
- „Cosmopolis“ 17.
- Costarica 58.
- Cossmann P. N. 247.
- Coudenhope-Kalergi, Graf  
— Heinrich 359.
- Courrière 315.
- Courtney W. L. 210.
- Courtrai 151.
- Couturat 264.
- Cramer-Klett v. 343.
- Cranborne 158.
- Crane Walter 64, 84.
- Crefeld 764.
- Creighton 286.
- Crenneville Graf 556.
- Crewe, Lord 525, 771.
- Crispi 56, 67 f., 301, 572, 699.
- Crisfe Oskar 760.
- Croce Benedetto 144, 301.
- „Croix“ 16.
- Cromarty 731.
- Cromwell 80, 179.
- Cronau Rud. 585.
- Cronberg 64, 131, 318 f.
- Cronje, General 8.
- Csatat 255.
- Csernoch, Fürstprimas 687.
- Cuba 702.
- Cues Nikolaus von 349.
- Cuitlahuac 584.
- „Cultura sociale“ 124.
- Cumberland, Herzog von  
129, 347, 393, 717, 743 f.,  
746 f., 749 ff.
- Cunardlinie 106, 207, 262,  
694.
- Cüppers 352.
- Curie, Ehepaar (Pierre u.  
Marie) 211, 258, 335.
- Curtis 466.
- Curzon 225.
- Curzon-Wallie W. 513.
- Cusiozza 767.
- Cutrera M. 144.
- Cuvay Ed. v. 686, 687.
- Cuxhaven 44, 86, 285, 318,  
491, 555.
- „Cyrano von Bergerac“ 147.
- Cyrenaika (siehe unter Ky-  
renaika).

Gzenstochau 268, 459, 683.  
 Gzernin Ottokar 767.  
 Gzernowit 360, 405, 458,  
 571, 766.  
 Gzobel 191.  
 Gzolgosz 101.  
 Gzuber, Hofrat 623.

## D.

Daenell C. 349.  
 Daens 305.  
 Dahn Felix 244, 289.  
 „Daily Chronicle“ 732.  
 „Daily Graphic“ 311.  
 „Daily Mail“ 365, 645.  
 „Daily News“ 643.  
 „Daily Telegraph“ 5, 430,  
 440, 482.  
 Daimler Gottlieb 44.  
 Daktyskopie 205.  
 Dalba Antonio 690.  
 Dalcroze 762.  
 Dalei Rama 12, 98, 224,  
 225, 325, 581, 659, 776.  
 Daliboska 725.  
 Dallwitz 609.  
 Dalmamutha 9.  
 Dalmatien 139, 250, 356,  
 358, 426, 466, 570, 618,  
 622, 623, 662, 740.  
 „Dalmatinische Reise“ von  
 G. Bahr 570.  
 Dalton G. 560.  
 Damasche Adolf 123, 195.  
 Damasius 59, 161, 261, 520,  
 776.  
 Damlowski 13.  
 Dampfmuß 518.  
 Dänemark 61, 97, 112, 151,  
 177, 203, 212, 238, 260,  
 261, 287, 305, 306, 309,  
 362, 383, 391, 393, 396,  
 408, 419, 490, 496, 526,  
 547, 612, 672, 697, 711,  
 753, 775.  
 Danew 650, 724, 730, 735,  
 740.  
 Danglitz, General 728.  
 Daniel (biblische Person)  
 193.  
 Danilo, Erbprinz 714.  
 Dankmar G. L. 349.  
 D'Annunzio Gabriele 96,  
 144, 244, 259, 292, 460,  
 572, 629, 630, 691.  
 Dante Alighiere 38, 79, 141,  
 449, 461, 508, 561, 568,  
 760.  
 „Dante“ von Cardou 192.  
 Dantscher Th. v. 90.  
 Danzenberg 68 f.

Danzig 68, 113, 115, 180,  
 196, 231, 491.  
 Dardanellen 152, 428, 487,  
 604, 649, 651, 652, 661,  
 736.  
 Dar-es-Salam 66, 214, 455.  
 Darmstadt 85, 197, 293, 341,  
 353, 382, 454, 564, 641,  
 763.  
 D'Arriago Manuel 633.  
 Darwin und Darwinismus  
 10, 81, 134, 194, 207, 299,  
 349, 445, 513, 773.  
 Dasbach 186, 241, 284.  
 „Das 20. Jahrhundert“ 184.  
 Daudet Ernst 303.  
 Daun 53, 132.  
 David, Abgeordneter 126,  
 651, 663, 673.  
 — J. J. 360.  
 — König 463.  
 Davidsohn 702.  
 Dayot Armand 692.  
 Dayton 216.  
 Deaf 357.  
 Debs 701.  
 Debussy 565, 630.  
 Decourtin 559, 572 f.  
 Deeleman Marinus 204.  
 Degener 290.  
 Dehio 131.  
 Dehmel R. 198, 210, 335,  
 503, 564.  
 Dehn Paul 17, 78, 152, 154,  
 194, 215, 263, 289, 452,  
 689.  
 Deibel Franz 291.  
 Deinhard L. 228.  
 „Dejanira“ 692.  
 Delagoabai 58.  
 Delarey 8, 102, 104, 112,  
 145.  
 Delatorre 490.  
 „Delaware“, Schiff 589.  
 Delbrück 19, 290, 340, 346,  
 540, 555, 596, 673 f.  
 Delcassé 144 f., 226, 256,  
 257, 274, 275, 276, 277,  
 414 f., 586, 594, 629, 643,  
 648, 654.  
 Delehaye Hippolyte 396.  
 Delhi 580, 637.  
 Delitzsch 126, 184 f., 193, 213,  
 240, 452, 744.  
 Delmar Arel 75.  
 Delmont Th. 397, 558.  
 Delphi 213.  
 Delville John 463.  
 „Demetrius“ 34.  
 Demir Hissar 724.  
 Demirtiofar 724.  
 Demmel, Bischof 669.

Demmel Josef 344.  
 Denifle 241, 252, 287, 298,  
 344, 350, 351, 619.  
 Denissawitsch 635.  
 Dent D. 290.  
 Denkmäler, Statuen und  
 Büsten 7, 12, 15, 16, 21,  
 23, 43 f., 52 f., 58, 59, 64,  
 66 f., 76, 85 f., 91, 94, 97,  
 108, 115, 129, 130 f., 135,  
 141, 144, 145, 147, 150,  
 158, 164, 180, 189, 196 f.,  
 198, 205, 209, 211, 212,  
 213, 214, 231 f., 235,  
 246 f., 252, 255, 258, 259,  
 260, 263, 272, 284, 292,  
 293, 299, 300, 301, 303,  
 304, 305, 306, 308, 309,  
 326, 335, 336, 347, 353,  
 360 f., 364, 375 f., 387,  
 398 f., 405, 406, 410, 413,  
 442, 443, 453, 454, 459,  
 461, 462, 466, 485, 488,  
 504, 507, 508 f., 511, 512,  
 513, 515, 517, 544, 555,  
 557, 565, 569, 570, 571,  
 572, 574, 577, 579, 582,  
 583, 584, 601, 611, 614,  
 620, 627, 628 f., 630, 631,  
 632, 633, 634, 635, 639,  
 640, 665, 669, 678, 680,  
 681, 683, 685 f., 688,  
 689 f., 691, 692, 695, 697,  
 698, 703, 748, 749, 751 f.,  
 763, 767, 768, 769, 770,  
 774, 775 f., 779 f., 781.  
 Dennewitz 748.  
 Dentler 500, 562.  
 Derbenderpaß 724.  
 „De Redemptore“ 57.  
 „Der Heilige u. die Tiere“  
 von Widmann 305.  
 „Der Messias“ von Raim  
 193.  
 Derna 603.  
 Dernburg Bernhard 341,  
 382, 384, 396, 490, 542,  
 543, 553, 554.  
 Derré 462.  
 Derschatta, Minister 137,  
 202, 357.  
 Descartes 264, 290.  
 Deschanel 435.  
 Desio 369, 460.  
 Dessau 682, 692, 745.  
 Desjair Max 243.  
 D'Estournelles de Constant  
 490, 586.  
 Detmold 247.  
 Detroit Julius 349.  
 Detroit 466.  
 Detschitsch 658.



Deutsch v. d. Meurthe Heinrich 16.

„Deutsch-Archdeacon-Preis“ 462.

„Deutsche Arbeit“ 53, 139.

„Deutsche evangelische Kirchenzeitung“ 121.

„Deutsche Monatsblätter“ 351.

„Deutsche Revue“ 274, 440.

Deutsche Volkspartei 48 f.

„Deutsche Volkszeitung“ 743, 746 f., 750 f.

„Deutsche Worte“ 46.

„Deutsche Zeitung“ 625.

„Deutsche Zeitung für die französische Jugend“ 335.

Deutscher Bund 49.

„Deutscher Orden“ 117, 138, 184, 204, 299, 545 f., 568.

„Deutscher Schulverein“ 569.

„Deutsches Adelsblatt“ 55.

„Deutsches Protestantenblatt“ 32.

„Deutsches Recht“ von Enrica v. Handel-Mazzetti 458.

„Deutsches Volksblatt“ (Stuttgart) 562.

— (Wien) 400, 403, 567, 625.

Deutschland und Deutsch-

tum in Österreich und anderswo 2—7, 10, 11,

12, 13, 16, 17—45, 46, 47,

48 f., 50, 51, 52, 53, 55,

58, 59, 60, 61, 62, 63,

64—86, 87, 88, 89, 93, 94,

96, 97 f., 99, 100, 105,

106—135, 136, 137, 138,

139, 140, 141, 144, 147 f.,

150, 151, 154 f., 156 f.,

158 ff., 161 ff., 164, 170 f.,

172, 175—198, 199 f., 202,

203, 207, 208, 209, 210,

212, 213, 215, 220, 222 f.,

226, 227, 228—247, 248,

249 f., 251 f., 253, 254,

255, 258, 259, 260, 262,

263, 266, 267, 268, 270,

271 ff., 274 ff., 279—294,

382—399, 403, 406, 407,

408, 409, 410, 411, 413,

414 f., 416 f., 418, 419 f.,

421, 422 ff., 427, 428,

429 ff., 434, 435, 436,

439 f., 441—455, 457, 458,

461, 462, 464, 466, 467 ff.,

470 f., 472 f., 474 f., 477

bis 483, 484, 485 f., 487 f.,

490—505, 506, 507, 509,

510, 512, 513, 514, 516,

517, 518, 519 f., 521 ff.,

524, 525, 526 f., 528 ff.,

531, 532, 533 f., 537,

538 f., 540—566, 567,

568, 569, 570, 571, 572,

573, 574, 575, 576, 577,

578, 579, 580, 581, 583,

584, 585 f., 587 f., 589 ff.,

594—597, 598 ff., 601,

603, 604, 606—621, 622,

623 f., 625, 627, 628, 629,

630, 631, 632, 633, 634,

635, 636, 639, 640, 643,

644, 645 f., 647 f., 649 ff.,

653, 654, 656, 659, 660,

662 f., 664, 665, 667, 669,

670—686, 687, 688, 689,

692, 695, 696 f., 698, 701,

702 f., 706 ff., 709, 710,

711, 712, 714—717, 719,

720, 721, 722, 723, 725,

728, 729, 730 f., 732, 734,

736 f., 738, 739 f., 741 bis

764, 765, 766, 769, 770,

773, 774, 775, 776, 778,

779, 780, 781.

„Deutschland“, Schiff 386,

615.

Deutschmeister-Denkmal

360, 688.

Deutschnational 45, 46, 49,

51, 52, 137, 399, 402, 457,

506, 566, 593.

Deutsch-Ostafrika 309, 348.

Deutsch-Südwestafrika 285,

309, 341 f., 385, 386, 411,

439, 554, 589, 620, 741,

Deutinger W. 344, 500.

Devrient Otto 619.

Dewet (De Wet) 8, 9, 63,

104, 106, 112, 145.

Dewey, Admiral 215.

De Witt 495.

Diakonissen 343, 553.

Diamantensunde 741.

Diaz Porfirio 584, 640.

Dibra 726.

Dicen Edw. 398.

„Dichterstimmen“ 36.

Dichtkunst (siehe unter Li-

teratur).

„Diderot“, Schiff 733.

Diederich 215, 259, 261, 683.

Diehl K. 128.

„Die lebenden Jackeln des Nero“ 149.

Diels 396 f., 452.

Diez Rob. 197.

Dijon 631.

Dillon 483, 588, 598.

D'Indy 565.

Dionysius Areopagita 36.

— Kartäuser 683.

Diplomaten und Diplo-

matie (Gesandtschaften

und Botschaften) 1, 2 ff.,

7, 12, 19, 27, 35, 36, 59,

64, 90, 100, 106, 110 f.,

112, 130, 145, 155, 158,

159, 189, 218 ff., 224, 225,

226, 252, 259, 261, 266,

268—271, 274 f., 276,

278, 285, 301, 308, 309,

310 ff., 317, 327, 333 f.,

388, 404, 418, 420, 429,

430, 435, 437, 438, 454,

461, 468, 473, 482, 484,

486, 510, 514, 517, 518,

521, 524, 530, 537, 538,

563, 576, 578, 581, 582,

586, 589, 592, 593, 598,

603, 604, 608, 621, 629,

630, 635, 636, 643, 647,

651, 652, 654, 658, 660,

663 f., 665, 676, 695, 697,

705, 707, 709, 710, 714,

717 f., 724, 725, 727, 730,

731, 734, 735, 736, 738,

739, 760, 766, 767, 769,

770, 776, 779, 781.

Disraeli 244.

Ditton-Hall 337.

Dittrich 550, 608.

Dix Artur 78.

Dixon 215.

Djafovar 90, 298.

Djerabulus 699.

Dniپر 98, 212.

Döbeln 72.

Döberitz 164, 421.

Döberl Anton 760, 761.

Döbling (Wien) 459.

Dobritsch 724 f.

Dobrubsha 213, 705, 740.

Doepler C. 245.

Doggerbank 222.

Dogmatisches (vgl. auch

Theologie) 39, 96, 98,

100, 122, 126, 168, 186,

235, 241, 288, 298, 376,

386, 444, 445, 448, 449,

452, 456, 528, 535, 536,

537, 605, 606, 609.

- Dohm Hedwig 195, 570.  
 Doiran 726.  
 Dolansky 53.  
 Döllinger 38, 452, 502.  
 „Domani“ 314.  
 Domanig Karl 298, 352, 500, 556, 621.  
 Dombau, Kirchen- und Kapellenbau und -aus-  
 schmückungen 52, 60, 91,  
 101, 117, 119, 131, 149,  
 154, 186, 197, 214, 228,  
 235, 246, 247, 294, 300,  
 326, 397, 398, 405, 410,  
 454, 459, 500, 508, 546,  
 565, 571, 578, 579, 635,  
 685, 752, 764, 768.  
 Dominikaner-Orden 141,  
 394, 610, 611, 617, 629.  
 Don Bosco 351.  
 „Don Juan“ 300.  
 „Don Quijote“ 259, 304.  
 Donat v., Major 144.  
 Donath A. 253.  
 — Julius 508.  
 Donau 90, 149, 205, 300,  
 320, 416, 428, 537, 565,  
 578, 615, 627, 662, 684,  
 699, 726, 739, 766.  
 Donaueschingen 432, 440,  
 565.  
 Dönhoff, Graf 24.  
 Donndorf Adolf 85, 131.  
 Donner Rafael 361.  
 Dönniges Helene v. 503.  
 Döpler d. J. 59.  
 Dopmeyer 43.  
 Dor Franz 617.  
 „Dorfwahrsager“ von  
 Rousseau 697.  
 „Dorian Gray“ von Oscar  
 Wilde 762.  
 Dormition der hl. Jung-  
 frau in Jerusalem 60,  
 326, 579.  
 Dorothea Anna 684.  
 Dorpat 223.  
 Dörpfeld W. 213.  
 Dorrenbach 196.  
 Dörner Hans 500.  
 Dortmund 120, 247, 390,  
 495, 562, 610, 611, 666,  
 669.  
 Douglas, Graf 234.  
 Doumergue 770.  
 Dove Wfr. 39, 132, 673.  
 Dover 512.  
 Dowie, Dr. Joh. Alex. 216.  
 Downing Street 693.  
 Dowson 292.  
 Doyle Conan 106, 352.  
 Dozana 724.  
 Draga Maschin 56, 100,  
 165—168.  
 Dragodoktrin 371.  
 Drafon 147.  
 Drama, Stadt 724.  
 Dramatif, Dramaturgie  
 (vgl. auch Theater und  
 Opern) 30, 37, 41, 97,  
 134, 151, 195, 207 f., 213,  
 228, 240, 242, 253, 254,  
 300, 303 f., 329, 350, 351,  
 352, 360, 397, 453, 458,  
 460, 502, 513, 556, 557,  
 564, 570, 574, 579, 584,  
 619 f., 627, 630, 635, 681,  
 683, 692, 742, 757 ff., 762,  
 769.  
 Dreadnought 327, 367, 407,  
 423, 474, 475, 478, 483,  
 484, 526, 622, 632, 647,  
 653, 702, 731 f., 735, 769,  
 773 f., 781.  
 Drechsler Jr. 44.  
 Dreger Max 684.  
 Dreibund (Deutschland—  
 Österreich—Italien) 47,  
 49 f., 58, 66, 67, 89, 92,  
 95, 98, 106 f., 110 ff., 137,  
 141 f., 144 f., 151, 157,  
 158 ff., 163, 174, 175, 206,  
 248, 249, 253, 278, 314,  
 316, 317 f., 320 f., 368 f.,  
 410, 416, 428, 430, 435,  
 436, 468, 470, 477, 486,  
 487, 488, 523, 539, 572,  
 579, 585, 595, 599, 600,  
 601, 604, 650, 651, 659,  
 662, 663, 664, 690, 709,  
 716, 719, 722, 738, 741.  
 Dreifaltigkeit, hl. 39, 98.  
 „Dreizehn Linden“ 83.  
 Drerup C. 242.  
 Dresden 84, 94, 133, 178,  
 183, 197, 198, 246, 293,  
 294, 348, 353, 361, 398,  
 399, 413, 443, 454, 455,  
 547, 565, 594, 619, 629,  
 641, 680, 681, 685, 763.  
 — -Striesen 38.  
 Dreßler W. 243.  
 Drenes 556.  
 Drenß Artur 39, 288, 345,  
 491, 549, 553, 756.  
 — Paul 680.  
 Dreyer Franz 353.  
 Dreyer 188, 396.  
 Dreyfuß 123, 147, 209, 210,  
 257, 334.  
 Driant, Major 406.  
 Driesch G. 193, 349.  
 Driesmans Heinrich 35,  
 132, 191, 243.  
 Drinß 713.  
 Drischler Josef 43.  
 Drontheim 362.  
 Droste-Hülshoff 244, 245.  
 Drübeck 346.  
 Druidenfries 304.  
 Drußen 515.  
 Dryander 116, 186.  
 Drygalsti, v. 189.  
 Dschanet, Dase 336.  
 Dschawid Bey 516.  
 Dschingischan 26.  
 Dschulfs 778.  
 Dualismus (Österreich—  
 Ungarn) 500, 568, 625,  
 720.  
 Dublin 62, 106, 407, 693,  
 771, 772.  
 Duboc 191.  
 Dubois Ernst 565, 630.  
 Dubost 586.  
 DUCHOBORZEN 99.  
 Duellwesen 51, 52, 78, 80,  
 202, 239, 345, 388, 406,  
 540 f., 549, 613, 675, 765,  
 770.  
 Dufaux G. und A. 304.  
 Dugard M. 451.  
 Duhr B. 121, 397, 754, 760.  
 „Duilio“, Schiff 769.  
 Duisburg 293.  
 Dulcigno 416, 713.  
 Dülfer Martin 764.  
 Dülfer Martin 247.  
 Dumas Alexander d. J. 335.  
 Dumba Nikolaus 54.  
 Du Moulin-Edard, Pro-  
 fessor 186.  
 Dünaaburg 212.  
 Dunant Henry 96, 576.  
 Duncan Isidora 147, 196,  
 294.  
 Dundee 731.  
 Dunger 41.  
 Dünkirchen 92, 654.  
 Dupois Doom 362.  
 Du Prel R. 190.  
 Durand Marguerita 146.  
 Durant, Freiherr v. 116,  
 186.  
 Durazzo 661, 664, 713, 717,  
 731.  
 Dürck Karl 292.  
 Dürer Wfr. 245, 353, 762.  
 Düringer Adelbert 349,  
 396 f.  
 Duse 96.  
 Düsseldorf 12, 126, 129, 190,  
 247, 332, 446, 498, 562,  
 594, 620, 681, 763.  
 Dutchman 263.  
 Düwell 753.

Dux 627.

Dvorak, Professor 298.

Dvorak Anton 253.

Dyrovff Ad. 344, 394.

Dzieduszycki 357, 416.

## E.

Ebenhoch Alfred 402, 688.

Eberhard im Barte 196.

Eberle Josef, Dr. 684.

Eberlein 23, 30, 35, 43, 131,

196, 197, 246, 259, 353,

466, 584, 685 f., 705, 763.

Ebernburg 564.

Eberstein B. 326.

Eberswalde 764.

Ebner F. 63.

— Eichenbach Marie 53,

91.

„Echo de Bulgarie“ 730.

Echteler Jos., 353.

Echtermeyer R. 131, 399.

Echternach 126.

Eck 39.

Eckardt Joh. 562.

— Jul. 617.

Eckart G. 684.

Eckhart, Meister 259.

Eckenstein, v. 352.

Eckermann 291.

„Eclair“ 527, 589.

Ecuador 58, 665.

Edda 258.

Eddy Mary Baker Glover

154 f., 191.

Eden, Garten 776.

Edinburgh 285, 738.

„Edinburgh Review“ 63.

Edison 154, 449, 613 f.

„Editae saepe“ 527 ff.

Edward (Eduard) VII. von

England 64 f., 67, 103,

104 f., 108, 117, 161 f., 168,

172, 192, 222, 223, 230,

251, 274 f., 276, 277, 310,

313, 318 f., 368, 370, 420 f.,

423, 425, 439, 459, 463,

469 f., 475, 484, 524 ff.,

560, 585, 587, 627, 691.

Eelbo Bruno 564.

Efron 307.

Eger 458, 505.

Eggenburg 296.

Egger-Eienz 508, 571, 689.

Eggert Ed. 563, 565.

Egidy 191.

Egri 726.

Ehebündnisse 50 f., 87, 97,

189, 227, 232, 259, 277,

285, 302, 345 f., 361, 406,

443, 489, 500, 550, 572,

623, 648, 673, 675 f., 703,

717, 743 f., 745 f., 767, 775.

Ehen, gemischte 69, 72, 683.

Ehemen 30, 43, 68, 135,

138, 144, 155, 178, 189,

204, 304, 307, 335, 359,

363, 403, 407, 408, 450,

493, 501, 563, 568, 624,

691.

„Ehre“ 84.

Ehrenberg Richard 128.

Ehrhardt Alb. 79, 120 f.,

122 f., 124, 125, 140, 168,

209, 283, 302, 395, 398,

446 f., 450, 451, 499.

— Aug. 94.

Eibl Hans 351.

Eichendorff 397, 504, 565,

570.

Eichert Franz 36, 191, 240,

298, 621.

Eichwald 52.

Eide (Eidablegungen) 186,

227, 272, 306, 379, 442,

445, 476, 491, 507, 514,

528, 532, 534 ff., 553, 558,

572, 575, 579, 606, 607 f.,

616, 621, 634, 638, 680,

702, 746, 749, 750, 752.

Eiffelturm 17.

Eif Hugo 395.

Einem, v. 237, 272, 345, 389.

„Einer Mutter Sohn“ 352.

Einig 122.

„Einfame Menschen“ von

Hauptmann 351.

Eisenach 131, 186, 247, 282,

493, 504.

Eisenbahnen und Bau der-

selben 13, 16, 23 f., 45,

60, 66, 98, 99, 100, 147,

149, 152, 161, 162, 190,

211, 213, 219, 220, 237,

252, 261, 262, 267, 268,

270, 271, 275, 280, 295,

297, 322, 325, 328, 334,

367, 369, 385, 386, 401,

404, 408, 411, 412, 415 f.,

418, 419, 423, 426, 427,

428, 442, 457, 462, 463,

464, 465, 488, 489, 491,

506, 509, 513, 515 f., 517,

518, 520, 521, 523, 533,

534, 538, 539, 542, 570,

573, 574, 578, 580, 581,

582, 585, 587, 603, 622,

630, 632, 636, 643, 646,

648, 649, 653, 655, 664,

699 f., 709, 719 f., 722, 739,

740, 767, 770, 772, 776,

778, 779.

Eisenbart, Doktor 554, 763.

Eisernes Tor 578.

Eisleben 22.

Eisler Rud. 290.

Eitel Friedrich, Prinz 158,

295, 393, 579.

Etfelhard D. 558.

„Etfelhard“ von Scheffel 150.

Etfene 726.

Elba 406.

Elbe 23, 86, 161, 519, 566.

Elberfeld 44, 489, 554.

Elbh R. 697.

„Elektra“ von Hoffmanns-

thal (Strauß) 204, 503.

Elektrizität und elektrische

Bahnen 40, 63, 86, 135,

154, 557, 651.

El Helif 464, 516, 636.

„Eliane“ von Michalovich

458.

Elias 151.

„Elias der Wiederhersteller“

216.

Elisabeth, hl. 187, 245, 405.

— Kaiserin 64, 91, 141, 150,

205, 236, 255, 300, 360,

405, 410, 459, 571, 689,

767.

Elisabethpromenade (Wien)

459.

Elisabethspital 53.

Elisenhöhe bei Bingerbrück

620.

Ellinger G. 193.

Elm 280.

Elzass-Lothringen 15, 33, 71,

93, 115, 134, 157, 161,

177, 192, 209, 287, 343,

353, 383, 421, 442, 480,

488, 573, 592, 615, 619,

630, 672, 676 f., 706 f., 715,

729, 742, 752 f., 754.

Elster, Bad 619.

— Ernst 351.

— Gottlieb 196, 504.

Emaus bei Prag 298.

Emden 111.

Emerson 191, 215, 244, 451.

Emmaus 398.

Empirestil 198, 292, 454.

Emser v.

Ende A. v. 215, 308.

Endres J. A. 344, 499.

Engadin 462.

Engel Ed. 352, 397, 453.

— Leop. 397.

Engelhard J. 459, 508 f., 767.

— W. 131.

Engelhardt 124 f.

— Kapitän 534.

Engels 18, 390.

Enger 196.



Engert, Dr. 380, 449.

England 2, 3, 4, 5, 6, 7—12,  
 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24,  
 26, 27, 28, 33, 35, 36, 37,  
 41, 46, 51, 55, 60—64,  
 65, 57, 68, 78, 79, 80,  
 89, 94, 95, 97, 99, 100,  
 101—108, 110, 112, 117,  
 121, 123, 135, 141, 142,  
 148, 149, 150, 151, 152,  
 153, 154, 155, 156 f., 158,  
 160 ff., 167, 171, 172 f.,  
 174 f., 176, 188, 191, 192,  
 195, 201, 203, 206—208,  
 210, 211, 212, 213, 214,  
 217, 218, 220, 221, 222,  
 223, 224—228, 229, 230 f.,  
 239, 242, 244, 249, 258,  
 259, 262, 264, 265, 266,  
 269, 270, 271 ff., 275,  
 276 ff., 280, 286, 288,  
 290, 297, 303 f., 306, 307,  
 308, 309, 310 ff., 313, 314,  
 315 f., 318 f., 321, 322, 324,  
 325, 326 ff., 335, 337, 342,  
 361, 363, 364, 365—367,  
 368, 369, 370, 372, 388,  
 391, 394, 396, 397, 398,  
 399, 404, 405, 406, 407,  
 408, 411, 413, 416 f., 418,  
 419, 420 ff., 423, 424, 425,  
 427 f., 429, 430 ff., 433,  
 434, 435, 436, 439 ff., 460,  
 461 f., 463, 464, 466, 468,  
 469 ff., 473, 474, 475, 476,  
 478, 479, 483, 484 f., 487,  
 488, 504, 513, 514, 515,  
 516 f., 519 f., 521, 522,  
 523 ff., 526, 527, 528, 532,  
 533 f., 538, 539, 540, 543,  
 547, 555, 556, 560, 561,  
 563, 569, 574 f., 576, 577,  
 580 f., 583, 584, 586, 587,  
 588 ff., 591 ff., 594, 597  
 bis 599, 600, 601, 604,  
 605, 612, 614, 615, 618,  
 627, 631 f., 633, 637, 639,  
 643, 645 f., 647, 648, 649,  
 650 ff., 653 f., 656, 659,  
 663, 664, 665, 673, 675,  
 677, 678, 680, 681, 683,  
 689, 690, 692—695, 696,  
 702, 703, 708, 709 f., 711,  
 712, 713, 715, 716, 717,  
 718, 119 f., 721, 722, 727,  
 730, 731 f., 733, 734, 735,  
 736 f., 738, 739, 740, 741,  
 742, 744, 758 f., 761, 766,  
 767, 770—773, 775, 776,  
 777, 778, 779, 781.

Enns 689.

Enos 711.

Enshoff Dom. 683.

Entdeckungen, Erfindungen  
 und Erforschungen 10,  
 13, 16, 43, 44, 63, 70, 86,  
 91, 100, 131, 141, 149,  
 154, 172, 189, 198, 205,  
 211, 224, 258, 260, 291,  
 293, 309, 335, 339, 361,  
 410, 449 f., 455, 509, 518,  
 532, 574, 577, 588, 613 f.,  
 674, 697, 702, 703, 745,  
 768, 770.

Enteignungsgesetz 742.

Entente cordiale 168, 174 f.,  
 225, 276, 278, 319, 321,  
 420, 441, 585, 587, 591,  
 596, 600, 646, 651, 654,  
 659, 714, 715, 719, 722,  
 733, 734, 739.

Enver Bey 705 f.

Enzykliken (Breven, Bullen  
 usw.) 57, 80, 95, 125,  
 171 f., 301, 330, 373,  
 377 ff., 403, 444, 446 ff.,  
 449 f., 451, 452, 460, 510,  
 527—582, 534, 536, 545,  
 553, 557, 558, 561, 562,  
 573, 605, 607 f., 610, 633,  
 670 f., 684, 754.

Enzyklopädisten 55.

Eötvös 357.

Epernay 574.

Ephesos 91.

„Epimenides“, Festspiel von  
 Goethe 757.

Epinal 651.

Epirus 699, 740, 741.

Epifani 55.

Epler F. 86.

Epstein Jakob 695.

Erben W. 252.

Erbschaftsgesetze 491, 492,  
 673, 679.

Erdbeben 363, 413, 460.

„Erde“ von Schönherr R.  
 458.

„Erdgeist“ von Wedekind  
 195.

Erechtheion 262.

Gregli 161, 261.

Erfurt 38, 280, 611.

Erläut. (Wase, Manifesta-  
 tionen usw.) 2, 9, 18, 33,  
 47, 50, 51, 54, 56, 103,  
 104, 132, 138, 146, 150,  
 152, 155, 166 f., 173 f., 185,  
 189, 199, 207, 219, 221,  
 223, 232, 249, 256, 266,  
 267, 268, 269, 271, 297,  
 306, 315, 322, 323, 325,  
 326, 332 f., 341, 355, 361,  
 380, 409, 410, 425 f., 433,

439, 463, 464 f., 472, 476 f.,  
 493, 507, 509, 520, 538,  
 575, 621 f., 633, 636, 638,  
 543, 644 f., 648 f., 659, 665,  
 667, 671, 686, 698, 706,  
 713 f., 726 f., 729, 735, 752,  
 756, 772, 778.

Erl 689.

Erler Franz 508, 616.

Erlwein Hans 565.

Erman 744.

„Ermenrich“ von Manz 564.

Ermland 113.

Ernst (Aasmus Semper) 352.

— August von Braun-  
 schweig 492, 717, 743 f.,  
 745 ff., 749 ff.

— H. von Koburg 133, 197.  
 — Otto 42.

— Paul 502.

— von Lippe 232.

Eros 759.

Ertl Emil 300.

Erzberger M. 123, 285, 341,  
 383, 386, 542, 543, 554,  
 562, 596, 675, 716, 723,  
 755.

Erschbach Hans 83.

Erschbacher Josef 345.

Esterich 194, 288.

— Mela 501.

Etschgehier 152.

Etschener 647.

„Es lebe das Leben“ 84.

Esmarch 293.

Esperanto 213, 264, 362, 398,  
 413, 556, 634 f., 682, 689,  
 745.

Eftad Pascha 713, 714, 728,  
 731.

Effen a. d. R. 19, 33, 127 f.,  
 280, 281, 343, 346, 391,  
 399, 524, 678, 763.

Effer 119, 125.

Effer 329.

Esterhazy Valentin 303.

Etiland 324.

Eßlingen 246.

Etienne, Minister 722.

Etrich Jgo 572.

Etsch 555.

Ettersberg 86.

Ettlinger 454.

Ettmar Rorbinian 41.

Egel (Uttila) 4, 6, 53, 255,  
 295, 571.

Eucharistiner 52.

Eucharistische Kongresse 462,  
 494, 582, 684, 688 f., 768.

Eucken Rud. 38 f., 81, 146,  
 240, 287 f., 290, 349, 446 f.,  
 462, 683.

- Eudisten 629.  
 Eudogia, Prinzessin von Bulgarien 707.  
 Eugen, Erzherzog 91, 117.  
 — Prinz 244, 336, 360, 698.  
 Eulenberg Herbert 498 f., 619.  
 Eulenburg, Fürst 388, 442 f., 491.  
 Euphrat 161, 516, 519, 523, 534, 699, 776.  
 Euripides 133, 762.  
 Europa 1—59, 60—100, 102—152, 153, 155, 156 bis 213, 216, 217—262, 265—307, 308, 310—362, 363, 365—410, 414—464, 466, 467—516, 519—580, 582, 584, 585—637, 642 bis 700, 703, 707—776, 779, 781.  
 Eva (bibl. Person) 352.  
 Evangelien (siehe unter Bibel).  
 „Evangelische Kirchenzeitung“ 139.  
 Evans Artur 60.  
 — E. P., 132.  
 Everding 353.  
 Evers 83.  
 Ewald Oskar 291.  
 Ewers, Dr. 616.  
 Exkommunikationen 57, 99, 100, 169, 182, 380, 449, 509, 511, 550, 606.  
 Exlibris 131.  
 Exodus 213.  
 Eyck Hubert und Jan van 774.  
 Eyndour 729, 740.  
 Eyßler 83.  
 Eyth M. v. 35.
- F.**  
 Faber Hans 260.  
 — W. B. 597 f., 600.  
 Fabricius, Oberst 355.  
 — R. D. 455.  
 „Facel“ 122.  
 Fadruß Joh. 141.  
 Faguet Emil 351.  
 Faj Abdolf 241.  
 Fairbank 526.  
 Falb Rud. 509.  
 Falkenberg Otto 557.  
 Falconieri 301.  
 Falguière M. 258.  
 Falf 247.  
 Falte Konrad 195, 291.  
 Falkenberg Heinrich 204.  
 Falkenheim Hugo 134, 396.  
 Fallières 311 f., 313, 329, 420, 485, 512, 524, 532 f., 633.  
 Familie, heilige 300.  
 Fanous 464.  
 Farnian Henry 413, 462, 512.  
 Farnese, Villa 630.  
 Faschoda 16.  
 Fastenrath 83, 504.  
 Fassbender Eugen 768.  
 Faucon 15.  
 Faulhaber, Bischof 610.  
 Faure Gabriel 97, 565.  
 Faure Maurice 93, 629.  
 „Faust“ von Goethe 757, 770, 779.  
 „Faust des Patriotismus und des Friedens“ 1.  
 Faverau 97.  
 Faymonville R. 245, 500.  
 Fayum 152.  
 Fécamp 770.  
 Fechner G. Th. 40, 191, 194, 559.  
 Federer (Philaethes) 240, 683.  
 Federn R. 301.  
 Fehrbellin 129.  
 Fehrenbach, Abgeordneter 385, 387, 753.  
 Feierfeil W. 397.  
 Feilgenhauer 58.  
 Feiltsch 347.  
 Feiluel B. 195.  
 Fejervary 295 f., 356.  
 Feldegg F. v. 300.  
 Felderhoff Reinhold 768.  
 Feldkirch 337.  
 Felibres 17.  
 Fellner 44, 247, 410.  
 Felner Karl 352.  
 „Fenriswolf“ von Strobl 204.  
 Ferdinand II., Kaiser 507.  
 — von Bulgarien 406, 425, 464, 515, 522, 532, 578, 652, 661, 707, 721, 726, 737.  
 — Karl, Erzherzog 623.  
 Fernforn 293, 361, 405, 459, 509.  
 Ferrandiz Jose 695.  
 Ferrari 336.  
 Ferrer Francisco 489 f., 497 f., 501, 548.  
 Ferri Enrico 690.  
 Ferrini Contardo 762.  
 Ferrol 773.  
 Ferry Jules 574.  
 Fessan 522.  
 Feste, Veranstaltungen, Jubiläen und Gedächtnisfeiern 17 ff., 20 f., 22 f., 32, 34, 36, 37, 38, 41, 43, 51, 52, 53, 56, 63, 75, 84, 90, 91, 97, 108, 115, 116, 118, 119, 126, 128, 130, 135, 138, 140, 143, 144, 145, 150, 168, 190, 192, 193, 195, 196, 197, 198, 204, 205, 212, 215, 224, 227, 236, 240, 242 f., 244, 245, 246, 247, 250, 252, 253, 255, 259, 285 f., 287, 289, 291, 297, 299, 304, 305, 319, 329, 335, 345, 348, 353, 359, 360, 361, 362, 387, 402, 405, 408, 419, 444, 452 f., 456, 458, 459, 460, 463, 464, 486, 490, 500, 502, 503, 505, 506, 507 f., 510, 513, 514, 518, 527, 536, 537, 554, 560, 564, 565, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 577, 578, 584, 613, 616, 619, 608, 624, 625, 626, 628, 630, 635, 656, 665, 678, 681, 682, 683, 685, 689, 691, 697, 698, 703, 742, 747 f., 749, 751 f., 757 f., 762 f., 768, 770, 776, 777, 779.  
 Fester Rich. 241.  
 „Festspiel“ von G. Hauptmann 759 ff.  
 Festungen und Befestigungen 16, 96, 115, 150, 220 f., 225, 255, 260, 305, 307, 362, 391, 398, 407, 408, 412, 442, 463, 513, 522, 524, 576, 577, 592, 613, 633, 639, 649, 651, 658, 661, 663, 702, 709, 711, 713, 726, 741, 769, 774.  
 Festzüge 574.  
 Feuchtersleben 360.  
 „Feuersnot“, Oper 84.  
 Feuling, P. Daniel 683.  
 Fey, M. Clara 450.  
 Fez 155, 273, 274, 275, 278, 414, 589, 598, 604, 691.  
 Fichte 276, 289, 290, 756, 759.  
 Ficker Joh. 353.  
 Fidelis, P. (Freiherr v. Stolzingen) 69.  
 Fidus (siehe auch unter Höppener) 86.  
 Fiedler 402.  
 Fiesole 683.

„Figaro“ 169, 246, 482.

Figig 144.

Finanzfragen (siehe unter Bank- und Börsenwesen).

„Fingerzeige“ von Wilde 208.

Finke S. 96, 555.

Finkelenburg 744.

Finnische Schären 268.

Finnland 11, 13, 94, 97, 98, 183, 212, 223, 267, 271, 307, 324, 325, 391, 410, 478, 484, 568, 597, 578.

Finot Jean 191.

Finsen, Professor 260, 577.

Fisle Walter 197.

Firth of Forth 160, 592.

Fischart 43.

Fischbeck 530.

Fischer, Abg. 75, 347.

— Arnold 82.

— David 765.

— Edm. 390, 620.

— Geistlicher 281.

— Kardinal 186, 187, 282, 379, 380, 526, 231f., 548f., 552f., 562, 609, 611, 668, 669f.

— Runo 81, 134, 190.

— Th. M. G. 228, 764.

— Wilhelm 253.

Fischereien 222, 225, 291, 371, 576, 641, 649, 766.

Fischer, Sir John 425, 532.

Fitzgerald 274.

Fitzmaurice, Lord 416.

„Flachsmann als Erzieher“ 42.

Flaggenfrage (Fahnen und Wimpel und Wappen) 21, 88, 470, 652.

Flämen 58, 97, 151, 260, 449, 514, 576, 633, 696.

Flamenco 702.

Flammation Camille 574.

Flandern 190, 774.

Claritonhaus in Newyork 154.

Flaubert 406.

Flensburg-Mürwid 554, 753.

Flinder Petric 60.

Florenz 641, 769.

Föderalismus in Österreich 48f.

Foerster Fr. W. 59, 397, 553, 556, 560, 618, 766.

Fogazzaro 96, 301, 302, 337, 351, 380, 629.

Folliot de Creneville 751.

Fonck Leop., S. J., 359, 510.

Fontainebleau 16, 94.

Fontane Theodor 291, 399, 564, 565.

Fonteyne 305.

Forbes 337.

Forel A. 90, 291.

Forgatsch 538.

Formosa 25.

Forscht 357.

Forsier Helene v. 762.

Forsier R. 80, 246.

— Nicksche Elisabeth 349.

Forsitner Freiherr v. 752f., 770.

Fortis 314, 336.

Fortuna 399.

Fortuny Mario 572.

Foscarini 601.

Fournier Aug. 53, 252.

„Fra Giovanni Angelico da Fiesole“ von Weiffel 286.

Framnäs 634.

France Anatol 512.

Franch, Abgeordneter 541, 550, 672, 717, 748.

— Cesar 565.

Francois-Bafe 206.

Frank Fr. 80.

Frank Herm. 81.

Franken 150, 204, 348, 595.

Frankenstein L. 502.

Frankfurt a. M. 64, 88, 180f., 188, 196, 198, 244, 354, 382, 435, 454, 455, 491,

505, 551, 565, 620, 674, 675, 677, 678, 680, 763, 782.

— a. d. Oder 504.

„Frankfurter Generalanzeiger“ 5.

„Frankfurter zeitgemäße Broschüren“ 760.

„Frankfurter Zeitung“ 666, 698f., 751.

Frankreich 2, 3, 5, 6, 9, 11, 12, 13—17, 19, 36, 37,

38, 52, 55, 56, 58, 66, 73, 80, 84, 89, 90, 91 bis

94, 95, 96, 97, 99, 100, 105, 107, 111, 115, 123,

124, 125, 126, 140, 141f., 144—147, 148, 149, 150,

151, 152, 155, 156, 157, 158, 159, 161, 162, 163,

165, 167, 168, 170, 171, 174f., 176, 177, 181, 188,

190, 192, 196, 203, 206, 207, 208—211, 220, 223,

225f., 227, 228, 230, 234, 235, 237, 238, 239, 241,

244, 245, 249, 253, 255 bis 258, 260, 262, 264,

266, 268, 269, 271, 272, 273f., 275f., 276ff., 280,

285, 287, 289f., 292, 297, 300, 301—303, 308, 309,

310ff., 313, 314, 315, 319, 320, 321, 325, 326, 328,

329—336, 337, 340, 342, 358, 362, 365, 366, 367f.,

369, 370, 372, 373ff., 379, 390f., 394, 396, 397, 398,

405, 406, 408, 411, 413, 414f., 418, 419, 420, 421,

423, 424, 428, 429, 430, 431, 432, 433f., 435, 440,

445, 455, 461, 462, 466, 468, 469ff., 473, 474, 475,

476, 478, 484, 485, 488, 489, 490f., 494, 505, 507,

510—513, 514, 515, 520, 521, 522, 523, 524, 525,

526, 527, 532f., 534, 538, 539, 543, 545, 555, 557,

561, 563, 565, 568, 569, 572, 573f., 576, 578, 580,

585, 587, 588ff., 591, 592, 593, 594f., 596, 597, 598,

599f., 601, 604, 612, 616, 618, 619, 629—631, 632,

633, 634, 636, 643, 645, 646, 648, 649, 651f., 653,

654, 656f., 660, 663, 664, 665, 677, 678, 681, 682

bis 684, 688, 690, 691f., 695, 696, 702, 793, 706f.,

708f., 712, 714, 715, 716, 717, 719, 722, 723, 725,

727, 728f., 730, 732, 733f., 736, 737, 738, 740, 741,

769f., 773, 774, 775, 776, 780.

Frank Konstantin 683.

Franz Adolf 193.

— von Alissi, hl. 141, 254, 288, 348.

— I. von Österreich 506.

— Ferdinand, Erzherzog 40f., 87, 136, 137, 487,

569, 623, 662, 730, 737, 751.

— Josef I., Kaiser 20f., 46, 50, 52, 88, 90, 111, 138,

144, 199f., 251, 255, 576, 294f., 297, 316, 321f.,

360, 370, 400f., 405, 418, 419f., 423, 425ff., 430

442, 456, 457, 458, 459, 475, 477, 484, 506, 507,

508, 526, 534, 554, 560, 566, 571, 614, 622, 623,

626, 627, 635, 652, 686, 688, 690, 708, 710, 730,

737f., 765, 767, 768.



- Franz Robert 196.  
 Franzensbad 300, 361.  
 Franziskanerorden 96, 106,  
 141, 242, 629.  
 Franzis 123.  
 Franzos R. C. 134.  
 Frapan-Afonian Ise 245.  
 Frascati 301.  
 „Frau Minne“ von Falke  
 291.  
 Frauenbewegung 51, 80,  
 128, 146, 155, 181, 227,  
 239, 241, 243, 327, 343,  
 398, 451, 461, 491, 492,  
 513, 551, 560, 561, 562,  
 575, 576, 631 f., 633, 634,  
 636, 641, 693 f., 697, 700,  
 770, 772, 775, 782.  
 Fraueninsel 685.  
 Frankfurt 672.  
 Fred W. 106.  
 Frederic Leon 463.  
 Free Christian Church 228.  
 Freese Ernst 454.  
 Freiburger Franz 765.  
 Freiburg i. Br. 33, 106, 125,  
 196, 263, 351, 492, 608.  
 — in der Schweiz 36, 494,  
 536, 688.  
 „Freie deutsche Blätter“ 78.  
 Freilichttheater 564.  
 Freiligrath 244.  
 Freimaurer 16, 38, 80, 139 f.,  
 191, 301, 381, 397, 403,  
 489, 490, 534, 536, 545,  
 562, 637, 667, 691, 754,  
 755.  
 Freising 493.  
 Freimwaldau 509.  
 Fremd A. 196.  
 „Fremdenblatt“ 169, 250,  
 316, 422, 468, 484.  
 Fremdenlegion 434, 478,  
 770.  
 Fremdenverkehr 628.  
 Frenck 592.  
 Frenssen Gust. 134, 288, 352,  
 763.  
 Fresl, Abgeordneter 688.  
 Freud Siegm. 53.  
 Freudenthal N. 40, 243.  
 Frey Adolf 59.  
 Freyburg a. d. Unstrut 565.  
 Freytag Gustav 39, 244, 293.  
 Fricker 82.  
 Frida Emil 689.  
 Fridell Egon 243.  
 Fridthjof 634, 763, 775 f.  
 Fried A. G. 99.  
 Friedensbewegung (Frie-  
 denscongreffe) 2, 6, 7, 8,  
 12, 13, 14, 17, 20, 21,  
 23, 25 f., 54, 56, 57, 59,  
 62, 64, 67, 68, 70, 76,  
 93, 99, 101, 102 ff., 105,  
 106, 107, 109, 110 f., 118,  
 131, 137, 145, 148, 149,  
 150, 154, 155, 156 f., 158,  
 160, 161, 162, 164, 166,  
 168, 174, 200, 203, 219,  
 220, 223, 226, 230, 239,  
 241, 249, 262, 263, 266  
 bis 271, 273, 274, 275 f.,  
 277, 278, 296, 297, 307,  
 308, 313, 315, 316 f., 318,  
 319, 320, 325, 328, 362,  
 363, 365, 366, 367, 368,  
 370, 371, 372, 393, 395,  
 401, 407, 417, 418, 419,  
 420, 421, 423, 424, 428,  
 429, 430, 434, 435, 436,  
 437 f., 449, 456, 464, 469 f.,  
 471, 473, 475, 477, 484,  
 485, 486, 488, 489, 490,  
 491, 498, 506, 514, 521,  
 522 f., 524, 525, 527, 532,  
 533, 537, 538, 544, 561,  
 566, 577, 583, 586, 587,  
 588, 590, 591, 592, 594,  
 595, 596, 597, 598, 599,  
 604, 612, 636, 637, 638,  
 641, 643, 644, 647, 648,  
 649 f., 652, 653, 655, 657,  
 659, 660, 661, 663, 664,  
 673, 678, 679, 681, 687 f.,  
 696 f., 704 ff., 707, 708,  
 709, 710, 711, 712, 715,  
 717 f., 719, 720, 721, 722,  
 723, 724 ff., 727, 729, 731,  
 733, 734, 735, 736, 737,  
 738, 741, 745, 756, 757,  
 758, 759, 764, 765, 766,  
 767, 772, 774 f., 781, 782.  
 Friedhöfe 17, 19, 91, 94, 131,  
 359, 454, 459, 504.  
 Friedjung G. 90, 359, 451,  
 458, 487, 538.  
 Friedlaender 133.  
 Friedland 570.  
 Friedmott-Basel 97.  
 Friedrich August von Sach-  
 sen 232.  
 — Barbarossa 76, 164, 230,  
 247, 628.  
 — von Brandenburg (der  
 Große Kurfürst) 67,  
 71, 75, 123, 129, 131,  
 504.  
 — I. 130, 678.  
 — VIII. von Dänemark 362,  
 697.  
 — Erzherzog 50, 298.  
 — Franz von Mecklenburg-  
 Schwerin 189.  
 Friedrich II. der Große 43,  
 81, 106, 108, 109 f., 115,  
 128, 132, 158, 164, 196,  
 243, 246, 263, 321, 346,  
 553, 583, 682, 743, 758,  
 781.  
 — III., Deutscher Kaiser 19,  
 20, 85, 115, 131, 189,  
 196, 231 f., 236, 247, 272,  
 293, 455, 501, 504, 614,  
 620, 763.  
 — Professor 452, 502.  
 — der Weise 85.  
 — Wilhelm I. 69, 685.  
 — — IV. 69, 619.  
 — — Kronprinz 20 f., 75 f.,  
 158, 232, 285, 302, 388,  
 455, 543 f., 589, 596, 697,  
 745, 749.  
 — — Prinz 543.  
 Friedrichshafen 455, 504,  
 505, 506, 681.  
 Friedrichshain 763.  
 Friedrichshof 319, 423.  
 Friedrichsruh 130.  
 Friendly Societies 176.  
 Frimmel Th. v. 359.  
 Frizen, Bischof 113, 548.  
 Frohenhäuser Gänseleiter  
 763.  
 Frohme 280.  
 Frohsdorf 575.  
 Fronleichnamsfest 208, 767.  
 Frommann 39.  
 Frommel D. 345.  
 „Frühlingsmärchenpiel“  
 von Pop 454.  
 Frühwirth P. Andreas 394,  
 557, 610.  
 Frundsberg 196.  
 Fuchs 122.  
 — Joh. 348.  
 — R. 242, 253, 287, 299,  
 350.  
 Fugel 689.  
 Fugger 128.  
 Fühlich Jos. 684.  
 „Fuhrmann Henschel“ von  
 Hauptmann G. 458.  
 Fulda 33, 353, 606, 618.  
 Fullerton James 12.  
 Füllfeder 309.  
 „Fulton“ 100, 518.  
 Fumis 579.  
 Funt G. 682.  
 „Fünf Frankfurter“ von  
 Kössler 681.  
 Funt Franz A. v. 79, 82,  
 394.  
 Funte 137.  
 Fürst Max 350, 560.  
 Fürstenau 353.

Fürstenberg, Fürst von 432.  
Furtwängler 211, 398.  
Futurismus 572, 692, 769.

## G.

Gabillon Ludwig 53.  
Gablonz 571.  
„Gabriel Schillings Flucht“ 681.  
Gach 405.  
Gaeta 368.  
Gaffron, v. 613.  
Gagern Max v. 683.  
Galata 649.  
Galen, P. Augustin, Graf 298, 343, 403.  
Galerstepe 725.  
Galiläa 302.  
Galizien 49, 139, 199, 202, 249, 250, 356, 358, 359, 451, 456, 568, 577, 583, 710, 756, 766, 776.  
Galizyn, Fürst 212.  
— Fürstin 556.  
Galle C. G. 135.  
Galli 435.  
Gallien, Gallikanismus 208, 332, 574, 630.  
„Gallischer Geist“ 17.  
Gambetta 226, 244, 462, 722.  
Ganghofer Ludwig 352.  
Gans v. Putlitz 673.  
„Gänseleier“ 620.  
Gapon G., Pope 266, 322.  
Garbe Rich. 290.  
Gardasee 521, 628.  
Gardiner Samuel Rawson 121.  
Gardone 38.  
Garibaldi 130, 191, 352, 405, 457, 572.  
— Ricciotti 628, 661.  
Garin P. 348.  
Garner R. R. 100.  
Garrison William Lloyd 12.  
Garros 631.  
Gärtnerereien 766.  
Gasquet, Abt 397.  
Gasset, Minister 695.  
Gassner J. 350.  
Gast Peter 81, 349.  
Gastein 506.  
„Gathas des Avesta“, Zaratustras Verspredigten 291.  
Gaudenzi 769.  
„Gauß“, Schiff 189.  
Gautich 251, 294, 295, 296, 297, 311, 354, 355 f., 604, 623.

Gava Julius 397.  
Gavazzi 191.  
Gagnor 652.  
Gebert R. 394, 395, 449, 451.  
Gebhart Otto 503.  
Gebhardt Ed. 132, 246, 504, 565.  
Gedon 492.  
Geffken J. 452.  
Geffries 583.  
Geheime Gesellschaften (vergleiche auch Freimaurerei) 1, 63, 331, 491, 580.  
— Offenbarung 563.  
Geibel 83, 244, 245, 399.  
Geiger Alb. 215.  
„Geistige Werdejahre“ von E. von Handel-Mazzetti 684.  
Gelfrat (Gelphrat) 39, 243.  
Gellert 619.  
Gelzer Heinrich 450.  
Genée Rud. 564.  
Genelli 286.  
Genf und Genfer See 150, 166, 304, 361, 368, 513, 516, 576, 659, 697, 775.  
Genfer Konvention 96.  
Gent 633, 696, 774.  
Genua 6, 490.  
Genz Friedrich v. 90.  
Geographie 305, 641, 782.  
Georg, hl. 565.  
— V. von England 524, 589, 631, 632, 637, 695, 717, 733 f., 737.  
— V. von Hannover 620.  
— König von Griechenland 711.  
— Prinz von Bayern 549, 579, 668.  
— Prinz von Griechenland (später Konstantin XII. von Griechenland) 261, 711.  
— Prinz von Serbien 166, 472.  
— von Sachsen 130, 189, 232.  
George Stephan 245, 292.  
— W. 100.  
— Wilhelm von Brandenburg 23.  
— Wilhelm von Cumberland 677.  
Georgewitsch Wladan 306.  
Georgi, Dr. 439, 568.  
Georgien 363.  
Georgsbrunnen in Dresden 293.  
Gerard J. W. 731.

Gerhardt Paul 353, 620.  
Gerhart A. 627.  
Gerichte, Schiedsgerichte und Gerichtswesen (vergleiche auch Prozesse) 34, 47, 77, 81, 103, 151, 190, 202, 203, 205, 209, 211, 223, 226, 227, 228, 230 f., 232, 248, 256, 257, 266, 270, 284, 305, 307 f., 311, 314, 340, 347, 358, 371, 372, 398, 400, 409, 412, 413, 424, 434, 449, 460, 465, 466, 472, 478, 487, 489 f., 491, 505, 510, 511, 514, 517, 521, 526, 535, 563, 577, 583, 587, 588, 606, 610, 611, 618, 632, 634, 637, 641, 645, 646, 647, 648, 651, 682, 693, 695, 696, 702, 721, 727, 744, 763, 775, 780, 781.  
Gerlach Ludwig 123, 241.  
— Verlag 91, 141, 500.  
Gerlich Fritz 762.  
German Town 639.  
Germanentum 35, 43, 76, 118, 129, 135, 145, 147, 150, 196, 263, 287, 289, 293, 299, 300, 315, 318, 819, 349, 364, 381, 396, 425, 455, 470, 503, 512, 556, 577, 618, 619, 682, 702, 712, 714 f., 716, 734, 757, 775.  
„Germania“ 22, 389 f., 482, 495, 545, 546, 553, 561, 562, 666, 671.  
Germanismus 555.  
Germantown-Philadelphia 703.  
Gerome Leon 258.  
Gerontius (siehe unter Kraus Franz X.).  
Gerster 141.  
Gerstung Ferd. 284.  
Gervais 435.  
Gervinus G. W. 289.  
Gesang, Gesangsvereine und Lieder (vergleiche Musik) 188 f., 234, 364, 491, 526, 627, 692, 702 f., 753.  
Geschichte, Geschichtschreibung und Weltgeschichtliches 6, 23, 24, 32, 34, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 51, 52, 53, 55, 60, 62, 63, 71, 72, 80, 82, 90, 94, 96, 99, 100, 103, 107, 112, 115, 118, 121, 122,

- 125, 128, 132, 133, 135,  
136, 137, 150, 152, 160,  
161, 167, 169, 172, 177,  
181, 184, 190, 192, 193,  
194, 195, 203, 204, 207,  
208, 210, 213, 235, 240,  
241, 242, 243, 244, 252 f.,  
254, 263, 284, 286, 287,  
288, 289 f., 291, 296, 297,  
299, 303, 307, 309, 319,  
336 f., 339, 348, 349 f.,  
352, 353, 354, 359, 364,  
365, 373, 376 f., 378, 388,  
390, 392, 395, 396, 397,  
410, 413, 436, 441, 443,  
449 f., 451, 452, 453, 458,  
473, 483, 485, 486, 487,  
492, 499, 500, 501, 502,  
516, 528, 532, 534, 535,  
536, 545, 551, 556, 557,  
558, 560, 563, 567, 569,  
570, 573, 574, 575, 582,  
584, 592, 610, 611, 614,  
616, 617, 619, 620, 625,  
627, 628, 631, 632, 635,  
671, 672, 680, 683, 684,  
701, 703, 708, 710, 715,  
716, 723, 743, 745, 747,  
748, 750, 754, 756, 757,  
760, 761, 762, 763, 769.
- Gefetze und Gesetzgebung**  
(Jesuitengesetz usw.) 15,  
22, 29 ff., 33, 35, 36,  
47 f., 49, 50 f., 57, 62,  
68, 69, 72, 80, 86, 89,  
90, 94, 96, 97, 98, 101,  
113, 114, 116, 119, 124,  
127 f., 128, 143, 146, 147,  
152, 153, 165, 171, 176,  
180, 181, 185, 187, 199,  
201, 204, 207, 208, 213,  
225, 232 f., 236, 237, 252,  
255 ff., 268, 276, 279, 296,  
301 f., 303, 308, 327, 329,  
bis 334, 338, 345, 347, 354,  
355, 356, 357, 359, 361,  
362, 363, 367, 372, 373,  
385, 392, 393, 394, 402,  
404, 407, 409, 411, 437,  
438, 441, 445, 457, 464,  
465, 469, 470, 471, 474,  
479 f., 481, 487, 489, 490,  
496, 501, 505, 506, 507,  
508, 511, 512, 513, 516,  
518, 532, 549, 553, 554,  
555, 564, 566, 569, 573,  
577, 580 f., 583, 588, 592,  
597, 600, 611, 612, 615,  
623, 624, 628, 629 f., 633,  
634, 639, 647, 653, 658,  
665, 666, 667 f., 669,  
671 f., 674, 675, 676, 679,  
688, 690, 691, 692, 693 f.,  
696, 697, 700, 703, 708,  
712, 722, 725, 727, 732,  
739, 742, 744, 750, 753,  
755, 764, 770 ff., 777,  
779, 780, 781.
- Gesmann Alb.** 402, 456,  
507.
- Gevaert** 696.
- Gewerkschaftsbewegungen**  
142, 260, 279, 280, 340,  
392, 491, 499, 509, 513,  
543, 552 f., 561, 576, 591,  
611, 613, 666, 667, 668,  
669 ff.
- Geyger E. M.** 86.
- Göhl** 405.
- Ghadames, Dase** 585.
- Ghega** 252.
- Ghenabiew** 735 f.
- Ghifa, Prinz Alb.** 306.
- Gibraltar** 58, 63, 145 161,  
211, 225, 229, 273, 310,  
577, 695, 733.
- Gielen** 774.
- Gieswein** 588.
- Gießberts, Abgeordneter**  
509.
- Gießen** 448.
- Gietmann** 36.
- Gilm** 140, 253.
- Giobbio Ad.** 36.
- Gioberti B.** 79, 124.
- Gioconda** 692.
- Giollitti** 313, 314, 336, 436,  
460, 510, 628.
- Giorgi di** 261.
- Giovannelli** 45.
- Giron, Sprachlehrer** 189.
- Gisela, Kaiserin** 764.
- Gisra** 625.
- Gisler Ant.** 684.
- Givene Klara** 722.
- Gladstone** 242, 303, 483,  
590.
- Glasgow** 10, 206, 271, 366,  
343, 645, 738.
- „Glaube und Heimat“ von**  
**Schönherr** 570, 627.
- Glebocki** 184.
- Glossy R.** 204, 205, 252.
- Gluck** 690.
- Glyptothek** 362.
- Gmünd (Hannover)** 763.
- Gmunden** 139, 232, 749.
- Gnad Ernst** 252.
- Gnadenthal** 553.
- Gnaud-Rühne Elisabeth**  
241.
- Gneisenau** 196, 763.
- Gnefen** 284, 345, 491, 754.
- Gnosiz** 193.
- Gobineau** 82, 94, 211, 413.
- Göbblis** 91.
- Göbel J.** 263, 291.
- Goeschen G. J.** 228.
- **Verlag** 194, 286, 461.
- **Viscount** 228, 286.
- Goethe** 30, 32, 36, 41, 42,  
43, 52 f., 63, 67, 76,  
108, 121, 131, 132, 133,  
140, 141, 150, 184, 197,  
207, 210, 246, 259, 291,  
348, 353, 361, 382, 394,  
399, 407, 453, 454, 461,  
489, 498, 557, 564, 570,  
584, 615, 619, 681, 757,  
770, 779, 781.
- Goeze Leop. K.** 287.
- **Walter** 38, 288.
- Goeze Martin** 454.
- Gogol** 515.
- Göhre** 178, 180, 243, 341,  
502.
- Goltzowitsch** 635.
- Goldenes Altes** 408.
- Goldfunde** 764.
- Goldscheid** 194.
- Goldschmied Ludwig** 349.
- Goltzer** 244.
- Golz Bogumil** 291.
- **von der** 195, 432, 478,  
516, 563, 580, 584, 614,  
717, 740.
- Goluchowski** 47, 87, 110,  
137, 138, 160, 170, 174,  
249, 313, 316, 317, 318,  
321, 354, 358, 646.
- Gomorrha** 31.
- Gomperz Theodor** 299.
- Gordon-Bennett** 336, 455.
- Görgey Artur** 688.
- Gorilla** 490.
- Gorki Maxim** 99, 213, 223,  
266, 291, 776.
- Görlich** 85, 128, 131.
- Görres Franz** 193.
- **Guido** 287.
- **Josef** (auch **Görres-**  
**Gesellschaft**) 96, 133, 193,  
290, 493, 501, 553, 669,  
756.
- **Sophie** 621, 684.
- Gortschakow** 436.
- Görz** 205, 358.
- Goschen, Sir W.** 461.
- Goslen Ph. Th. v.** 763.
- Goslar** 78, 131, 282.
- Gostudarstwenaja-Doma**  
268.
- „Gösta Berling“ von Sel-**  
**ma Lagerlöf** 59.
- Göthel** 627.
- Gospler v.** 26, 66.



Guten 305.  
 Gotha 72, 86, 247, 678.  
 Gothein Eberhard 398, 744.  
 Gotif 52, 130, 140, 155, 228,  
 247, 293, 612, 759.

Gotland 611.  
 „Gott sei des Baren Schutz“  
 148.

Gotte, Kardinal 92.  
 „Götterdämmerung“ 462.  
 „Gottesminne“ 192.  
 Gottfried von Straßburg  
 244.

Göttingen 349.  
 „Göttliche Komödie“ von  
 Dante 760.

Gotttron Adam 760.  
 Gottsched 82, 133.  
 Götz Joh: 85, 264, 565.  
 — R. 767.

Götz-Kraft v. Stilgebauer  
 245, 352.

Goudrian, Minister van  
 362.

Goyau Georges 303, 451.  
 Grab, hl. 117.

Grabbe 42.  
 Grabmann M. 350.

Grabner 300.  
 Gracian Balthasar 350.

Grabizka 205, 356, 358.  
 Gradnauer 108, 755.

Graetz Leo 348.  
 Gräf Hans Berh. 133, 291,  
 398.

Gräfenhainichen 620.  
 Gralbund und „Der Gral“  
 392, 502, 503, 556, 621 f.

Grandenath 192.  
 Grandpre 303.

Graphologie 135.  
 Grasberger Hans 299, 509.

Grabmann R. 69, 70, 87.  
 Graudenz 491.

Graubinger 444.  
 Graue Paul 345.

Grauer G. 192.  
 Grauert Hermann 344, 351,  
 449, 563.

Graul R. 130.  
 Graus Joh. 396.

Graz 51, 53, 139, 253, 255,  
 297, 403, 405, 415, 456,  
 459, 618, 625, 740.

Greenaway, Rote 64.  
 Gregor IX. 605.

Greif Martin 134, 191,  
 244, 398, 405, 500, 503.

Greinz S. 140.  
 Greuze 150 f.

Grey, Lord 315, 328, 372,  
 417, 420, 422, 428, 468,

474, 483, 587, 588 f., 597,  
 598, 632, 643, 646, 651,  
 653, 656, 663 f., 710, 718,  
 720, 725, 727, 736, 741,  
 772.

Griechenland und griech.  
 Kirche 11, 31, 33, 37,  
 41, 60, 133, 151 f., 174,  
 203, 204, 206, 247, 253,  
 254, 261, 262, 289, 302,  
 306, 317, 326, 369, 371,  
 428, 477, 515, 516, 520,  
 524, 526, 564, 579, 605,  
 635, 636, 647, 656, 657 f.,  
 660, 661, 664, 677, 685,  
 698, 699, 704, 706, 707,  
 711, 713, 719, 721, 723 f.,  
 726, 727, 728 f., 730, 735,  
 736, 740, 741, 762, 766,  
 779.

Grill Jul. 288.

Grillparzer Franz 94, 140,  
 405, 458, 570, 619.

Grimm Hermann 82, 397,  
 760.

— Jakob 195, 760.  
 — Wilhelm 82, 760.

Grimma 41.  
 Grimme Fr. W. 36.

Grisar G. 122 f., 190, 337,  
 617, 119, 762.

Grisebach Ed. 290.  
 „Grifelda“ von Hauptmann  
 503.

Gröber, Abg. 31, 70, 235,  
 283, 385, 387, 441, 497,  
 541, 548, 606 f., 675.

Grollmann 455.

Gronowski 742, 754.

Groos R. 556.

Groß, Abgeordneter 202,  
 688, 765.

— Major 455.

— Samuel Eberley 584.

„Großes Welttheater“ von  
 Calderon 758.

„Großfindaer Zeitung“  
 136.

„Großmacht Presse“ von  
 Josef Eberle 684.

Grotensend G. Fr. 126.

Groth Ernst 195, 244.

Grotze Hugo 99, 152, 213,  
 557, 579.

Grotthuß, Freiherr v. 291,  
 501.

Grube Max 198.

Gruber S. 80, 685.

Grün Anastasius 140, 360.

Gründungs-, Großgrund-

besitz, Grundrecht, Agrar-

rier usw. 8, 32, 113 f.,

183, 195, 202, 268, 295,  
 323, 324, 345, 402, 409,  
 410, 441, 485, 577, 579,  
 612, 744, 772 f., 779, 780.

Grundlsee 627.

Grunewald 294, 568.

Grünwald Matthias 243.

Grupp 123, 124, 349, 500.

Gruscha, Kardinal 624, 767.

Grütli 96.

Grüttesien 294.

Gruß St. 564.

Gubernatis Angelo de 769.

„Gudrun“ 619.

Gudschera 778.

Gueranger, Dom. 631.

Guericke Otto v. 399.

Guerrero 83, 293.

Guglia Eugen 90, 508.

Guhr Rich. 455, 503.

Guicciardini 314, 522, 600,  
 601.

Gundelach 86, 399.

Günter, Professor 380.

— S. 396.

Günther Christian 134.

„Guntram“ 84.

Gurf 569.

Gurlitt Cornelius 84, 130,  
 398.

Gussenbauer 300.

Gustav Adolf und Gustav-

Adolf-Verein 22 f., 38,

94, 398, 408, 442, 450,

454, 611, 669, 685, 687.

— V. von Schmieden 408.

Gußmann W. 500.

Gutenber 36, 43, 53, 197.

Guthlin A. 303.

Gutschkow 578.

Guts-Muts“ 131.

Gußkow R. 40.

Gußmann Carlos 585.

Guyau 191.

Gwinner, v. 542 f.

Gyngste 225.

Gyjis 35.

Gyßling 530.

## S.

Haag und Haager Schieds-

gerichte 13, 19, 27, 59,

153, 154, 157, 175, 203,

211, 222, 230 f., 260, 261,

305, 315, 328, 362, 366,

367, 368 f., 371, 372, 408,

424, 478, 514, 576, 583,

588, 591, 641, 645, 696,

727, 774 f., 782.

Haarlem 59.

Haas Hans 224, 411, 677.

- Haase 650, 663.  
 Haberl Fr. K. 564.  
 Haberland 620.  
 Habich Ludw. 293, 353.  
 Habzburg, Dynastie 21, 136,  
 170, 230, 242, 252, 318,  
 320, 404, 469, 501, 524,  
 627, 690.  
 Hachette 335.  
 Hackenberg 32, 529 f., 666.  
 Hadfield, Sir Robert 645.  
 Haefel 12, 40, 70, 191, 228,  
 234, 348, 349, 395, 497,  
 501, 682.  
 Haegn 754.  
 Hafenbau und Häfen 23,  
 86, 111, 129, 145, 149,  
 161, 173, 217, 218, 220,  
 257, 275, 307, 313, 326,  
 328, 367, 370, 371, 407,  
 412, 416, 418, 440, 503,  
 515, 519, 526, 539, 578,  
 589, 595, 603, 630, 653,  
 654, 662, 663, 677, 694,  
 713, 741.  
 Hafner Dietrich 214.  
 Hagberg Emil 44.  
 Hagedorn 763.  
 Hagemann K. 228.  
 Hagen in Westfalen 237,  
 620.  
 — von Tronje 293.  
 Hagenbeck 620.  
 Hahn Germ. 131, 565, 584,  
 620, 781.  
 — J. 353.  
 — Hahn Jda 291.  
 Haidar Pascha 152.  
 Haidegger 36.  
 Haider Karl 353, 684.  
 Haifa (Haiffa) 552, 776.  
 Hainberg 255.  
 Haiti 466, 665.  
 Hafatisten 73.  
 Hafton VI. (Haafon) 306,  
 775 f.  
 Halberstadt 37.  
 Haldane, Lord 366, 468, 592,  
 597, 645, 646.  
 Halikarnas 44.  
 Hall, Marschal 762.  
 Halle a. d. E. 85, 116, 126,  
 135, 196, 197, 243, 345,  
 398, 451, 610, 619, 681,  
 685.  
 Galler 210, 761.  
 Gallenscher Komet 563.  
 Gallstatt 90, 764.  
 Galm Friedrich 140, 350,  
 360.  
 Gals Franz 59.  
 Gammann G. M. 556.
- Hamburg 23, 24, 44, 67, 84,  
 110, 121, 130, 134, 135,  
 161, 164, 194, 222, 230,  
 247, 294, 303, 339, 353,  
 389, 390, 418, 440, 443,  
 454, 478, 491, 498, 503,  
 504, 519, 553, 575, 594,  
 612, 620, 641, 652, 681,  
 685, 692, 697, 702, 744,  
 755, 763.  
 Hamburg = Amerika = Linie  
 24.  
 „Hamburger Korrespon-  
 dent“ 481.  
 „Hamburger Nachrichten“  
 24, 346, 396, 762.  
 Hamel Richard 43.  
 Hamerling Robert 255, 300.  
 Hamlet 147, 212, 627.  
 Hamm, Oberlandesgerichts-  
 rat 550.  
 Hammer, Dechant 496.  
 Hammerstein, v. 236.  
 Hammondsport 466.  
 Hammurabi, König 152,  
 184, 193, 252.  
 Hanbury Dan. 521.  
 „Hand aus Eisenstoffs“ 1.  
 Handel, Gewerbe, Industrie  
 und Verkehr 4, 5, 9, 13,  
 22, 24, 26, 27, 32, 35, 46,  
 48, 58, 65, 74, 78, 86, 98,  
 99, 101, 113, 114, 120,  
 154, 158, 159, 162 f., 167,  
 173, 180, 181, 183, 184,  
 201, 206, 207, 211, 214,  
 215, 220, 221, 224, 230,  
 236, 237, 238, 265, 270,  
 277, 278, 279, 285, 295,  
 297, 302, 307, 310 ff., 321,  
 324, 325, 334, 338, 340,  
 347, 349, 355, 356, 365,  
 370, 371, 385, 391, 392,  
 394, 400, 402, 408, 411,  
 412, 423, 431, 434, 437,  
 461, 465, 466, 468, 469,  
 472, 491, 505, 513, 518,  
 526, 551, 554, 563, 569,  
 575, 578, 579, 581, 582,  
 584, 585, 587, 589, 594,  
 595, 596, 612, 613, 614,  
 617, 632, 634, 639, 640,  
 641, 643, 644, 650, 655,  
 664, 674, 679, 682, 688,  
 692, 694, 700, 701, 710,  
 714, 730 f., 732, 735, 736,  
 738, 744, 755, 766, 778,  
 782.  
 Handel, Freiherr v. 250.  
 — Mazzetti Enrica v. 140,  
 300, 352, 458, 570, 573,  
 684.
- „Handorafel“ von Schopen-  
 hauer 350.  
 Handwerk 32, 33, 48, 113,  
 114, 184, 212, 236, 237,  
 282, 554, 580, 674, 681.  
 Hanka 624.  
 Hantau 638.  
 Hanneberg 126.  
 „Hannele“ von Hauptmann  
 458.  
 Hannover 43, 67, 86, 131,  
 347, 399, 565, 686, 717,  
 743 f., 745 ff., 749 ff., 757,  
 763, 764.  
 Hanoi 224.  
 Hanotaur Gabriel 365, 599.  
 Hanrieder Norbert 140, 689.  
 „Hans Kohlhase“ von  
 Holzer 254.  
 Hans Wurst 458.  
 „Hansa“, Luftschiff 681.  
 Hansabund 67, 349, 652,  
 710.  
 „Hänsel- und- Gretel“ =  
 Brunnen in Hannover  
 686.  
 Hansen Joh. Jak. 99, 571,  
 619.  
 Hansjakob -79.  
 Hanslik Ed. 253.  
 Harburg a. d. Elbe 620, 768.  
 Harcourt 425.  
 Hardegg 751.  
 Harden Maximilian 178,  
 180, 197, 388 f., 440, 441,  
 442 f., 490, 564, 594 f.  
 Hardenberg 33.  
 Harding 421.  
 Hardinge, Lord 777.  
 Hardt Ernst 453, 619.  
 Harms B. 615.  
 Harnack Ad. 38, 70, 72, 79,  
 120, 126, 128, 185, 186,  
 193, 194, 210, 235, 241,  
 345, 347, 392, 395, 447,  
 612, 760.  
 Harrasser, P. Georg, S. J.  
 621.  
 Hart Heinrich 40, 351, 352.  
 — Julius 40, 242.  
 Hartel Max 45.  
 — W. v. 135, 205, 296, 690.  
 Hartleben O. G. 42, 133, 352,  
 453, 458.  
 Hartmann Alma v. 193.  
 — Arnold 197.  
 — Ed. v. 82, 134, 191, 349,  
 396.  
 — Felix 669, 670.  
 — Joh. 43, 685.  
 — Kardinal 755.  
 — Ludo M. 139, 299.

Hartmann Martin 398.  
 — Pfarrer 89.  
 — R. Julius 252.  
 Hartwig, Minister 750.  
 — Th. 198, 578, 658.  
 Harvard-Universität 109,  
 164, 702.  
 Harz und Harzgebiet 84,  
 131, 564, 619.  
 Hase Karl 44.  
 Hasenheide 613.  
 Haspinger 459.  
 Hassan Riza Pascha 713.  
 Hassé 28.  
 Hassel Paul 290.  
 Hassfeld, Fürst 433, 553.  
 Hauberisser Georg 91.  
 Haut Alb. 447.  
 — Jakob 666.  
 Hauff Wilh. 84.  
 Haupt Paul 213.  
 Hauptmann Gerhart 42, 59,  
 84, 134, 195, 228, 303 f.,  
 350, 351, 392, 453, 458,  
 503, 619, 681, 682, 757 ff.  
 Haus Jos. 571.  
 Hauser H. 631.  
 — D. 100, 260, 405, 458,  
 627.  
 Haushofer Max 240, 244,  
 245, 285.  
 Hausmann Fritz 565.  
 — Konrad 492.  
 Hausrath Adolf 287, 350.  
 Hautin 192.  
 Haulviller Ernst 240.  
 Havel 85.  
 Havenstein Martin 349.  
 Haverkamp 565.  
 Havlicek 627.  
 Havre 56.  
 Hawai 215, 262, 411, 466.  
 Hay 153, 214.  
 Haydn Josef 246, 507 f.  
 „Hazant“ 298 f.  
 Hearst 639.  
 Hebbel Friedr. 195, 244, 763.  
 Hebel J. P. 565.  
 Hebriden, Neue 225.  
 Heder Max 286.  
 Heckethorn Ch. W. 63.  
 Heddesdorf 131.  
 Hedschas 776.  
 Heemstede Leo Tepe van 36.  
 Heer J. C. 352.  
 Heeringen, General v. 540,  
 607, 650, 675, 723.  
 Hegel 81, 134, 276, 288, 326,  
 348, 758.  
 Hegele Max 571.  
 Heger J. 155.  
 Hegewald 753.

Heidelberg 84 f., 121, 131,  
 132, 141, 245, 247, 291,  
 448, 614.  
 Heidentum 80, 125, 144,  
 184, 244, 302, 349, 360,  
 389, 576, 755.  
 Heigel R. Th. 132, 413.  
 Heilborn C. 83.  
 Heilbronn 491, 564.  
 Heilbrunn Ernst 133.  
 Heiligengrabe 69.  
 Heilmayer Max 620, 763.  
 Heilmeyer Alex. 195.  
 Heilsarmee 329, 452, 695.  
 Heilsberg 762.  
 Heim, Dr. 279, 282.  
 „Heimat“ 17, 41.  
 „Heimat“ von Sudermann  
 703.  
 „Heimgarten“ von Rosegger  
 53, 204.  
 Hein Mos Raimund 253.  
 Heine, Abgeordneter 19,  
 29 f., 75, 126, 127, 179,  
 180, 280, 433, 542.  
 — Heinrich 12, 53, 351, 504,  
 685, 763.  
 Heinecke Reinh. 395.  
 Heinemann Fritz 763.  
 Heiner Franz 72, 241, 287,  
 351.  
 Heinrich der Jänker 243.  
 — II., Deutscher Kaiser 500.  
 — IV., Deutscher Kaiser 617.  
 — V., Deutscher Kaiser 617.  
 — IV. von England 117,  
 773.  
 — VIII. von England 259,  
 632.  
 — Herzog 39.  
 — König 196.  
 — Prinz-Gemahl (Nieder-  
 lande) 59, 66, 97.  
 — Prinz von Preußen  
 108 ff., 189, 211, 244, 306,  
 488, 589, 656, 678.  
 — von Mecklenburg-  
 Schwerin (siehe unter  
 Heinrich, Prinz-Gemahl  
 der Niederlande).  
 — von Osterdingen 245.  
 Heinke 70.  
 Heinze (Lex) 29 f., 498.  
 Heinzel Rich. 299, 359.  
 Heinkelmann W. 348.  
 „Heinzelmannchen“=  
 Brunnen in Köln 44.  
 Heiseler S. 228.  
 Heising Bernhard 131.  
 Hela 68.  
 Heldenberg bei Weßdorf  
 508.

Helene, Prinzessin von Ser-  
 bien 166.  
 Helfert Jos. Alexander v.  
 53, 252, 569.  
 Helfferich, Dr. 730.  
 Helgoland 44, 86, 396, 555,  
 613, 748.  
 Heliopolis 637.  
 Hellen Ed. v. b. 285.  
 Hellenentum 60, 82, 141,  
 155, 193, 204, 228, 371,  
 500, 501, 579, 636, 661,  
 711, 729, 757.  
 Hellerau 762.  
 Hellmer Edmund 44, 52, 91,  
 247, 300, 410, 459, 767.  
 Hellraeth 375.  
 Helmolt 40, 194, 289, 337,  
 395, 501, 563, 619.  
 Helmstadt 485.  
 Helsingfors 324.  
 Helsingör 212.  
 „Hemera“ 736.  
 Henderson Admiral 640.  
 Hendrich S. 84, 131, 132,  
 197, 503.  
 Henlein Peter 131, 293.  
 Hennecke Edgar 288.  
 Hennig Martin 344.  
 Henry Viktor 258.  
 Hensel Luise 565.  
 — Paul 39.  
 Gentig, Professor 677.  
 Geraklit 133, 240.  
 Herbert Marie 36, 240.  
 Herbst, Minister 625.  
 Herder Gottfried 192, 564,  
 756.  
 — Buchverlag 242, 501,  
 502, 684.  
 Hereros 229.  
 Herford 131.  
 Herkomer 43, 294, 353, 354.  
 Herkulanum 336.  
 Herkules 196.  
 Hermagor 767.  
 Hermann 767.  
 — der Cherusker 76.  
 „Hermann und Dorothea“  
 von Klingner 619.  
 „Hermann und Dorothea“  
 von Saar 140.  
 Hermannstadt 764.  
 Hermes 291.  
 Herodes 147.  
 Herold Th. 83, 530, 548.  
 Herrenhuter 88.  
 Hermann Emanuel 141.  
 — W. 447.  
 Herschel 495.  
 Hertenstein 564.  
 Herter Ernst 12, 85, 455



Hertling, Bildhauer (Georg) 686.  
 —. Zentrumsabgeordneter 37, 124, 282, 312, 342, 385, 480, 481, 487, 495, 497, 499, 545, 558 f., 596, 610, 647, 665, 666, 669, 674, 680, 756, 761.  
 Hertszlet W. L. 289.  
 Herz W. 196.  
 Herzberg 43.  
 Herne Gustav 390 f., 573, 729.  
 Herwegh 244.  
 Herwig Franz 562.  
 Herz Hermann 500.  
 Herzegowina 248, 410, 422, 425 ff., 428 ff., 435, 438, 469, 472 f., 566.  
 „Herzeloide“ 352.  
 Herzfeld Marie 619.  
 Herzl Th. 53, 140, 211, 299.  
 Herzog R. 352.  
 —. Kaver 616.  
 Herzogenburg 689.  
 Hesse Lucian 352; 572.  
 Heffen 288.  
 Hesse-Wartegg 516, 584.  
 Heffer-Denkmal (Wien) 459.  
 Heisch Alb. 631.  
 Hezendorf (Wien) 508.  
 Heu Josef 205, 768.  
 Heusler Andreas 245.  
 Hezenprozesse 562.  
 Herentanzplatz im Harz 84.  
 Hensch Ed. 501.  
 Heydebrand v. 432, 480 f., 590, 596, 597, 607.  
 Heydeck, General v. 42.  
 Heyking, v. 291, 352.  
 Heyn 666.  
 Heyse Paul 30, 42, 53, 84, 188, 245, 352, 564, 576.  
 „Hiballa“ von Webefind 291.  
 Hibding Hermann 131.  
 Hieronymus, Kirchenlehrer 452, 762.  
 Higbliffe 440.  
 Hildebrand Adolf 195, 196, 293, 399, 500, 504, 763.  
 Hildebrandt Edm. 353.  
 —. Gerh. 679.  
 Hildezheim 43, 421.  
 Hildrecht Rich. 224.  
 „Hilfe“ 388.  
 Hilgenreiner 139, 403.  
 Hilgers J. 258, 394.  
 Hillebrandt, Professor 677.  
 Hiller Max 509, 690.  
 „Hilligenlei“ von Frenssen 288, 352.

Hilmi Pascha 469.  
 Hilprecht Herm. 213.  
 Hildebrandt Philipp 617.  
 Hilty E. 97, 563.  
 Himmel, Oberst 298.  
 Himmelfahrtskirche in Jerusalem 579.  
 Hinds 303.  
 Hindenburg, Paul v. We-  
 neckendorff und v. 189 f.  
 Hindus 328 f.  
 Hinneberg Paul 289, 398,  
 446, 502, 555.  
 Hinzpeter 399.  
 Hiptmair 122.  
 Hirn Josef 501.  
 Hirschvogelsaal in Nürn-  
 berg 294.  
 Hirt Joh. 293.  
 Hirtenbriefe 120, 182, 332,  
 444, 445, 511, 512, 531,  
 548 f., 552, 668, 755, 770.  
 Hirth Friedrich 60, 154, 213.  
 —. Georg 619.  
 „Historisch-politische  
 Blätter“ 36 f., 72, 80 f.,  
 120 ff., 123—125, 139,  
 190—192, 195, 240 bis  
 242, 286 f., 298, 299, 343,  
 350 f., 396 ff., 403, 449 bis  
 451, 499—501, 558—563,  
 567 f., 616—619, 625, 626,  
 682, 760—762.  
 Hittmair Rud. 397.  
 Hize 73.  
 Hlatky Eduard 254, 621,  
 627.  
 Hlavacek Anton 627.  
 Hoboken, West 55, 56.  
 Hoch 748 f.  
 Hochenburger 624.  
 „Hochland“ 192, 282, 300,  
 337, 501, 553, 561, 562.  
 Hoch Paul 403.  
 —. St. 360.  
 Hohenberg, Freiherr v. 547 f.  
 Hodler Ferd. 764.  
 Hoeber R. 683.  
 Hoensbroech Paul v. 37, 71,  
 80, 81, 122, 134, 186, 241,  
 284, 288, 386.  
 —. Geldern 498.  
 —. Haag 444.  
 Hoerschelmann Werner v.  
 411.  
 Hoersch, Professor 498.  
 Hofbauer Clemens Maria  
 509, 556, 689, 767 f.  
 Hofburg (Wien) 299.  
 Hofer Andreas 405, 458,  
 571, 690.  
 Höfbling S. 193.

Hoffmann, Abgeordneter  
 122, 126, 543, 673, 754.  
 —. G. 195.  
 —. Heinrich 85, 565.  
 —. Josef 627.  
 —. Lehrer 548.  
 Hoffmannsthal Hugo v. 42,  
 204, 300, 404, 558, 570,  
 620, 681.  
 Hoffnungstal 553.  
 Höfler Alois 81, 299.  
 Hofmann Ed. v. Aspern-  
 burg 205, 360.  
 —. Herm. 762.  
 —. Jak. 86, 399.  
 —. Ludwig 620.  
 Hofmiller J. 41, 290.  
 „Hofnarr und Fürst“ 619.  
 Hogau 407.  
 „Hohe Warte“ 299.  
 Hohenau, Graf 389, 441.  
 Hohenberg, Fürstin Sophie  
 (Chotek) 50 f.  
 Hohenlohe Gottfried 708.  
 —. Kanzler 22, 24, 31, 71,  
 78, 133, 346, 351.  
 —. Rangenburg, Prinz zu  
 341, 532, 740.  
 —. Schillingsfürst, Prinz  
 Konrad 356.  
 —. Waldenburg, Prinz 764.  
 Hohenstaufen, Dynastie 66,  
 230.  
 Hohensteynburg 130.  
 Hohenstiel 354.  
 Hohenzollern, Dynastie 3,  
 21, 66, 75, 116, 137, 188,  
 283, 295, 389, 398, 408,  
 524, 543, 562, 678, 680,  
 717, 746 f., 750, 764.  
 „Hohenzollern“ von Del-  
 mar 75.  
 —. Schiff 108, 229, 230, 259,  
 432, 647.  
 Hohkönigsburg 85, 442.  
 Hölbe R. 247.  
 Holbein 353.  
 Hole William 432.  
 Hölz Wenzel 502.  
 Holland Hyazinth 683.  
 Holle, Minister 386.  
 Hollo 88.  
 Holsterhausen 549.  
 Holttenau 43.  
 Holtmann Robert 204.  
 Hölty 86.  
 Holz Ewald 764.  
 Holzmann Heinr. Jul. 449.  
 Holy Prokop 571.  
 Holzamer Hugo 684.  
 Holzammer 72.  
 Holzer Rudolf 254.

Holzhausen P. 82.  
 Hölzte Herm. 291.  
 Holzer Eugen 42, 82.  
 „Hom, der falsche Prophet“  
 349, 397, 603.  
 Homburg 129, 131, 230, 246,  
 423, 454, 685.  
 Homer 84, 90, 184, 213, 242,  
 254, 306, 461, 503.  
 Homerule 105, 207, 227,  
 692 f., 770 ff.  
 Hommel, Professor 453.  
 Hompel, Dr. ten 375, 562.  
 Honau 84.  
 Hönigswald Rich. 193.  
 Honduras 58, 413.  
 Hongkong 25, 466.  
 Honolulu 411, 418.  
 Hope-Diamant 694.  
 Hopman, Professor 562.  
 Hoppener Hugo 197.  
 Hoppensiedt, Major 395.  
 Horic 509.  
 Hörig 205, 458, 689.  
 Hornau 198.  
 Horneffer Aug. 349.  
 Hornstein Ferd. 42.  
 — Rob. 42.  
 Hörrach 565.  
 Horst Julius v. 359.  
 Hofäus (Hofaeus) 246, 399,  
 504, 763.  
 Hospize 579.  
 Hottentotten 229, 411, 492.  
 Houben Heinrich G. 133.  
 Houtin 258, 337.  
 Howard G. Elliott 304.  
 Howitt-Binder 106.  
 Hovau Georges 631.  
 Hron 52.  
 Hruszewskij Mich. 410.  
 Huan-Tung 466.  
 Hübbe-Schleiden 86.  
 Huber R. 565, 685.  
 Hubertus, hl. 459, 620.  
 Hubertusbrunnen in Mün-  
 chen 399.  
 Hübner J. A. v. 252.  
 — Oberst 707.  
 Such Riccardo 41, 133, 193,  
 352.  
 Hudson 518.  
 Huerta, General 781.  
 Hüffer Herm. 289, 351.  
 Hugenoiten 241, 669.  
 Hughes 640.  
 Hugo Viktor 17, 135, 145,  
 147, 461.  
 Huizilopochtli 12.  
 Hull 222, 302.  
 „Humanité“ 334, 589, 656 f.  
 Humbert, Abg. 406, 741.

Humbert, König 15, 54 f.,  
 56, 57, 111, 236, 572.  
 Humboldt Alexander v. 584.  
 Humperdinck Engelbert 620,  
 696, 762.  
 Humplif Hans 768.  
 Hundrieser 43, 196, 211.  
 Hungersnöte 8, 20, 408.  
 Hungwu 648.  
 Hunnen 4, 25, 26.  
 Hunt 11.  
 Huzgen G. 397.  
 Hussen Hilmi Pascha 477.  
 — Huzni 476.  
 Huß Joh. 52, 195, 458, 505,  
 571, 683.  
 Hüttemann Ad. 36.  
 Hutten Ulrich v. 190.  
 Hüttig Gottfried 43.  
 Hutuchlu 779.  
 Hur Joh. 450.  
 Huxsmans Joris R. 406.  
 Hymnen 67, 125, 148, 205,  
 254, 556, 616, 638.  
 Hyndmans 576.  
 Hypnotismus 190.

### J.

Jacob Eugen 288.  
 — G. 262.  
 Jacobson J. P. 260, 287,  
 292.  
 — R. 362.  
 Jacobenz 90.  
 Jagben, Jagd- und Forst-  
 wirtschaft und Jagdhaus-  
 stellung 534, 571, 662,  
 766.  
 Jagellonen, Dynastie 568 f.,  
 571.  
 Jäger, Dr. 254.  
 Jägerndorf 505.  
 Jagow v. 541 f., 613, 708,  
 717, 720.  
 Jahn G. 39.  
 — Fr. L., „der Turnvater“  
 353, 565, 613, 640, 763,  
 768, 781.  
 Jaime de Bourbon, Don  
 575.  
 Jakob (biblische Person) 132.  
 — II. von England 560.  
 Jakobowski Ludwig 41.  
 Jakubec Jan 458.  
 Jalu 220.  
 Jamsaika 413.  
 James Ed. 263.  
 — W. 556.  
 Jameson, Dr. 8, 58, 225, 580.  
 Jamestown 412.  
 Jaminzer Wenzel 686.

Janina 636, 661, 711, 713.  
 Janitscharen 147.  
 Jani Angelo 454.  
 Jantovits Jul. 690.  
 Jansen, Pfarrer 446.  
 Jansenismus 558.  
 Jansen W. 563.  
 Janssen Johann 37, 38, 240,  
 526, 761.  
 — Peter 197.  
 Japan 2, 6, 9, 11, 12, 25,  
 64, 65, 100, 101, 105, 108,  
 148, 155, 156, 162 f., 173 f.,  
 175, 214, 217—224, 225,  
 228 f., 241, 244, 260, 265  
 bis 271, 272, 275, 276,  
 285, 309, 319, 320, 326,  
 327, 342, 363, 366, 367,  
 372, 411, 412, 413, 432,  
 464, 465, 466, 475, 478,  
 485, 498, 517, 518, 521,  
 525, 533, 537, 539, 559,  
 571, 572, 576, 577, 581 f.,  
 583, 584, 587, 632, 638 f.,  
 640, 643, 648, 649, 653 f.,  
 656, 678, 683, 703, 732,  
 779, 780, 781.  
 Japan as it was“ 224.  
 Jaques-Dalcroze Emil 576.  
 Jaray 627.  
 Jarde 286.  
 Jasnaja Poljana 578, 635.  
 Jassay Heinrich 293.  
 Jassy 326, 635, 698.  
 „Jatakam“ 349.  
 Jatho, Pastor 380, 455, 606,  
 607, 608, 609, 610, 754.  
 Jaurès, Abgeordneter 157,  
 209, 226, 257, 260, 274,  
 275 f., 277, 334, 374, 384,  
 414, 435, 471, 488, 573,  
 586, 589, 600.  
 Java 12.  
 Jberien 58.  
 Ibrahim Pascha 152.  
 Jbsen Genrit 42, 59, 151,  
 244, 306, 350, 352, 362,  
 396, 397, 451, 461, 564,  
 577, 682.  
 — Sigurd 634.  
 „Jbo“ (Wellsprache) 556 f.,  
 745.  
 „Jbuna“ 195.  
 Jeglic, Fürstbischof 687.  
 Jehly, Dr. Georg 396.  
 Jekaterinoflaw 267, 635.  
 Jelisawetpol 223.  
 Jena 44, 232, 237, 247, 252,  
 280, 335, 344, 346, 348,  
 385, 450, 595, 613, 620,  
 682, 683, 748 f.  
 „Jena“, Schiff 406.

- „Jena oder Sedan“ von  
Beyerlein 195.  
Jennen 504.  
Jensen W. 685.  
Jentsch R. 124, 501, 617 f.  
Jerusalem 60, 117, 282, 298,  
326, 393, 410, 552, 579,  
618, 688.  
— W. 195, 556. —  
Jesaias (Jsaia) 244, 288.  
„Jesse und Maria“ von  
E. Handel-Mazzetti 300,  
573.  
Jesser, Abgeordneter 491.  
Jesuiten (S. J.) 36, 37, 68,  
71, 81, 96, 116, 119, 124,  
125, 134, 185, 186, 187,  
232 f., 234, 241, 246, 283,  
284, 288, 290, 292, 329,  
337, 350, 360, 386, 395,  
397, 498, 510, 553, 558,  
560, 563, 575, 576, 582,  
619, 629, 665, 666, 667 f.,  
669, 671 f., 753 f., 758,  
760.  
Jesus Christus 13, 23, 32,  
38, 41, 57, 70, 76, 98,  
116, 117, 118, 123, 126,  
135, 141, 143, 171, 184,  
185, 186, 187 f., 190 f., 193,  
197, 210, 211, 228, 234,  
254, 259, 260, 281, 283,  
284, 288, 292, 300, 304,  
308, 334, 345, 352, 353,  
359, 360, 376 f., 381, 382,  
386, 387, 395, 396, 398,  
448, 450, 451, 452, 502,  
510, 527, 531, 535, 549,  
562, 609, 683, 684, 685,  
688, 755, 756, 758, 761 f.  
Jglau 360.  
Ignatius, hl. 125.  
Jimino Amalja 773.  
Jstinos 151.  
„Il Domani d'Italia“ 124,  
143.  
„Ilias“ 306, 564.  
Illinois 465, 702.  
Illner Walter 398.  
„Illustrierte Zeitung“ 7, 10,  
12, 13, 15, 17, 23, 35,  
38, 41, 42, 43 f., 52, 53,  
56, 59, 60, 63, 64, 67,  
73, 75, 78, 84, 85, 91,  
94, 96, 97, 99, 100, 101,  
106, 120, 130, 131, 132,  
134, 140, 141, 144, 147,  
149, 150, 152, 154, 190,  
196 f., 203, 205, 206, 211,  
212, 213, 214, 215, 216,  
228, 246, 247, 252, 255,  
258, 259, 260, 262, 263,  
264, 286, 289 f., 291, 292,  
293, 294, 300, 301, 303,  
304, 306, 308, 309, 326,  
335, 336, 352, 353, 354,  
360, 361, 362, 364, 398,  
399, 405, 406, 408, 410,  
411, 413, 452, 453, 454 f.,  
458, 459, 460, 461, 462,  
463, 464, 466, 501, 502,  
503, 504, 508, 509, 513,  
515, 516, 553, 554, 563,  
564, 565, 566, 567, 571,  
572, 574, 576, 577, 578,  
579, 582, 584, 615, 616,  
619, 620, 621, 625, 626,  
627, 628, 629, 630, 632,  
633, 634, 635, 640, 681,  
682, 685, 686, 689, 690,  
692, 695, 697, 698, 699,  
703, 707, 747, 751, 752,  
757, 762, 763, 764, 767,  
768, 769, 770, 775, 776,  
777, 779, 781.  
Jlyrien 95.  
„Il Rinnovamento“ 380.  
„Il Santo“ von Fogazzaro  
301, 337, 629.  
Jmbriani 203.  
Jmola 142.  
„Imperator“, Schiff 681.  
Imperialistisches 12, 19, 36,  
61, 63, 218, 303, 318,  
342, 413, 525, 580, 617,  
679, 716, 740.  
Jnama-Sternegg R. Th. v.  
617.  
„Indépendance Belge“ 58.  
„Independent Labour  
Party“ 576.  
Jnder (vgl. Jensur) 182,  
258, 301, 337, 342, 375,  
376, 380, 394, 536, 561,  
629.  
Jndiana 412.  
Jndianer 12, 143, 262, 384,  
543, 694, 779 f.  
Jndianapolis 412.  
Jndien 8, 9, 20, 36, 37, 61,  
70, 160, 162, 163, 173,  
206, 213, 218, 224, 225,  
228, 275, 328 f., 351, 372,  
407, 411, 422 f., 434, 451,  
463, 466, 471, 498, 513,  
517 f., 520, 563, 574, 580 f.,  
605, 617, 637, 639, 659,  
664, 703, 733, 770, 771,  
775, 777 f.  
Jndochina 639.  
Jndogermanen 204, 252,  
460.  
„Jndomitable“, Schiff 366.  
Jngeborg 634, 775.  
Jnsa 308.  
Jnn 247.  
Jnnertöfler, P. Adolf 556,  
621.  
Jnniger, Dr. 500.  
Jnnozenz X. 605.  
— Metropolit 166 f.  
Jnnsbuch 51, 71, 190, 202,  
250, 258, 354, 359, 403,  
456, 506, 509, 510, 562,  
569.  
„J. R. R. J.“ von P. Hofeg-  
ger 254.  
„Jnsel der Pinguine“ 512.  
„Instaurare omnia in  
Christo“ 171 f.  
Jnterlagen 361.  
„Internationale Literatur-  
Berichte“ 17.  
„Internationale Wochen-  
schrift“ 446, 450, 452.  
Internationalismus 13, 14,  
15, 27, 33, 35, 37, 51,  
55, 56, 73, 74, 78, 81,  
85, 96, 101, 106, 110,  
116, 126, 133, 148, 151,  
153, 157, 160, 172, 175,  
178, 188, 198, 201, 203,  
205, 209, 211, 213, 222,  
228, 230, 236, 239, 252,  
259, 260, 261, 263, 264,  
276, 277, 278, 294, 304,  
305, 308, 310, 311, 312,  
314, 318, 319, 326, 327,  
328, 336, 339, 354, 361,  
364, 366, 368, 371, 385,  
388, 389, 390, 391, 392,  
395, 398, 414, 416, 419,  
421, 424, 427, 437, 439,  
449, 450, 455, 458, 460,  
461, 470, 472, 473, 488,  
489, 500, 502, 505, 508,  
512, 513, 514, 517, 521,  
525, 526, 527, 533, 539,  
544, 555, 563, 566, 573,  
576, 577, 581, 588, 591,  
597, 605, 622, 627, 640,  
641, 643, 646, 647, 660,  
662, 671, 679, 692, 696,  
707, 709, 711, 712, 713,  
718, 725, 727, 731, 735,  
761, 769, 774, 775, 782.  
„Jnvincible“, Schiff 734.  
Jochim III. Patriarch 99.  
— von Brandenburg 454,  
685.  
Jochimstäl 685.  
Joanneum 625.  
Johst Heinrich 763.  
Joffre 591, 729.  
Johann Albrecht von Med-  
lenburg 393, 587.



Johann, Erzherzog 53.  
 — Salvator, Erzherzog 569.  
 — von Sachsen, König 134, 191 f., 619.  
 — Sigismund, Kurfürst von Brandenburg 193.  
 Johannes Bapt. de la Salle, hl. 450.  
 — der Evangelist, hl. 454, 563.  
 — der Täufer, hl. 500.  
 Johannesburg 8, 10.  
 „Johannesfeuer“ 42.  
 Johannistal (Berlin) 566.  
 Johanniter-Orden 117, 393.  
 Johannsen, Dr. 501.  
 John Bull 758.  
 — Professor 243.  
 Johnson, Boyer 583.  
 Johnson, Senatsprocurator 267.  
 Johnston Harry 161, 519 f.  
 Josai Moriz 253, 254.  
 Joly L. 396.  
 Jonaßbrunnen (München) 620.  
 Jonischer Stil 255, 353, 365.  
 Jonsfön Cinar, Bildhauer 577.  
 Jontschufu 155.  
 Jordan Max 293, 364.  
 — Wilh. 244 f.  
 Jorga A. 619.  
 Jörgensen Johann 260, 286.  
 „Jörn Uhl“ 134.  
 Josef (bibl. Person) 193.  
 — II. 141, 204, 397, 571, 767.  
 Joubert, General 8.  
 „Journal“ 332.  
 — (Pest) 430.  
 „Journal des Débats“ 274, 482.  
 Jpek 650, 658.  
 Jpswich 771.  
 Jreland 79.  
 „Irish Reform Association“ 227.  
 Jreland 8, 11, 36, 62, 63, 103, 105 f., 123, 154, 195, 206, 207, 227, 242, 303, 307, 327, 350, 396, 407, 471, 513, 516, 575, 577, 580, 584, 598, 617, 631, 692 f., 770 ff.  
 Jro 505.  
 Jreudenta 174, 203, 296, 506, 510, 540, 569, 628, 740.  
 Jschta, Dr. 52.  
 Jschl 276, 370, 423, 458, 484, 534, 571, 768.

Jsel, Berg 506.  
 Jsis 191.  
 Jslam (Mohammedaner) 60, 82, 98, 190, 289, 309, 323, 325, 328 f., 332, 341, 351, 396, 398, 418, 422, 469, 471, 476 f., 488, 498, 515, 516, 520, 534, 540, 557, 563, 565, 579, 580, 581, 593, 601, 634, 637, 645, 647, 655, 659, 664, 682, 698, 699, 728, 733, 735, 736, 755, 777 f.  
 Jsland 253, 633.  
 Jslu Jr. 94.  
 Jsmail Kemal Bey 661, 714, 731.  
 Jstip 637, 726.  
 Jstria (Jstrien) 356, 358, 571, 740.  
 Jsmolff A. P. v. 326, 370, 418, 421, 428, 430, 436, 437, 438, 460, 463, 468, 471, 483, 486, 527.  
 Jtalien 2, 11, 12, 20, 24, 35, 47, 52, 54—57, 58, 63, 68, 69 f., 73, 79, 80, 92, 95 f., 98, 105, 107, 108, 110, 111 f., 127, 139, 141 bis 144, 145, 148, 150, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 163, 165, 169, 174, 175, 188, 191, 195, 198, 202, 203, 205 f., 220, 223, 229 f., 239, 241, 242, 247, 249, 250, 252, 256, 258 f., 261, 276, 278, 292, 296, 301, 307, 310, 311, 312, 313 f., 317 f., 319 f., 322, 326, 336 f., 343, 356, 358, 361, 368 f., 391, 396, 399, 405 f., 410, 416, 418, 428, 429, 434, 435 f., 440, 445, 457, 460 f., 468, 471, 474, 477, 482, 486, 488, 500, 501, 506, 510, 515, 519, 520, 521 f., 523, 525, 526, 534, 537, 539, 540, 545, 558, 564, 568, 569, 572, 578, 579, 584, 585, 586, 588, 592, 597, 600, bis 605, 608, 619, 622, 623, 624, 628 f., 630, 637, 642, 643, 644, 646 f., 649, 650, 651, 652, 655, 657, 659, 661, 662, 663, 664, 677, 688, 690 f., 692, 699, 702, 707, 708, 709, 711, 715, 719, 720, 725, 729, 730, 731, 738, 739, 740 f., 756, 760, 762, 765, 766, 769, 774.

Jthata 359.  
 Jto, Fürst 517, 582.  
 Jtschok 214.  
 Jtschuan 173.  
 Jthoe 564.  
 Juanschifai (auch Juan-schifai) 327, 517, 638, 643, 644 f., 648 f., 655, 778.  
 Juckoff-Skapan Paul 196, 398, 685, 763.  
 „Judas Ende“ 84.  
 Judas Iskariot 84.  
 Judentum 11, 13, 16, 32, 36, 39, 49, 75, 77, 81, 82, 106, 123 f., 133, 134 f., 140, 153, 177, 184, 207, 211, 212, 213, 215, 223, 243, 244, 263, 267, 271, 280 f., 288, 296, 303, 324, 325, 328, 345, 351, 364, 388, 395, 397, 403, 410, 450, 451, 515, 516, 534, 548, 549, 551 f., 553, 563, 577, 593, 606 f., 619, 625, 632, 634, 636, 639, 681, 682, 691, 698, 699, 700, 702, 705, 773, 776.  
 Juficz Ufa 686.  
 Julian der Apostat 70.  
 Juliana, Prinzessin 514.  
 Julius Cäsar 176.  
 Jurntalik 636.  
 Jung Emil 344.  
 „Junge Medardus“ von A. Schnitzler 570.  
 „Jungfrau von Orleans“ 42, 509, 691.  
 Jungtschechen 45, 48, 49, 566.  
 Jungtürken 100, 421 ff., 429, 435, 437, 475, 515, 580, 636, 655, 656, 663, 706, 713.  
 Junif 650.  
 Jupiter 191, 685.  
 Juristen und Jus (vgl. Gerichtsweisen und Prozesse) 348, 381, 580, 612, 641, 701, 702, 744, 782.  
 Just R. 680.  
 Justh Julius 687.  
 Justinius 452.  
 Jzset Pascha 706.

## R.

Rabalynt Alex. 766.  
 Rabarets 769.  
 Radjou 699.  
 Raemmel Otto 452.  
 Raempt 672, 673.  
 Raerst Julius 501.

Raffern 16, 103, 105.  
 Raffan 47, 242 f.  
 Raßn, Fürstbischof 251, 569.  
 Raigim 265.  
 Railibar 727.  
 Raim Franz 193.  
 „Rain“ 42.  
 Rain Alb. 569 f.  
 Raindl A. 43 f.  
 — R. J. 359.  
 Rainz Josef 627.  
 Rairo 95, 471, 517, 580, 700.  
 „Kaiser Karls Geißel“ von  
 Hauptmann 453.  
 „Kaiserin Augusta Vikto-  
 ria“, Schiff 294.  
 Kaiserjubiläumskirche an  
 der Donau (Wien) 52.  
 Kaizl, Dr. 688.  
 Kalb Ernst 288.  
 Kalender 123, 254, 300, 352,  
 388, 570.  
 Kalgan 517, 648.  
 Kalifornien 364, 411, 518,  
 584, 639, 779, 780.  
 Kalisch 148.  
 Kaltsburg 360.  
 Kallutta 581, 637, 659, 777.  
 Kallos 205.  
 Kalmücken 324.  
 Kalocsa 687.  
 Kalthofer 193.  
 Kalthoff Alb. 288, 345.  
 Kalvin 70, 208, 353, 502,  
 513, 570.  
 „Kambola“, Unterseeboot  
 514.  
 Kameron 131, 320, 341, 595.  
 Kammer 572.  
 Kamper 762.  
 Kanada 11, 83, 101, 154,  
 163 f., 168, 303, 413, 464,  
 466, 580, 582, 639 f., 688,  
 703, 732, 781.  
 Kanäle und Kanalbau 11,  
 23, 34, 74, 90, 101, 104 f.,  
 146, 149, 153, 157, 205,  
 212, 214 f., 216, 225, 236,  
 237, 262, 263, 277, 295,  
 308, 315, 363, 366, 394,  
 466, 491, 517, 580, 639,  
 694, 702, 768, 772, 780,  
 781.  
 Randt Rich. 306.  
 Raniß Felix 261, 662.  
 Rannengießer 36.  
 Ranonisation 58, 509, 527.  
 Rant Immanuel 38 f., 81,  
 146, 184, 193, 207, 242 f.,  
 276, 339, 346, 349, 381,  
 395, 445, 448, 461, 563.  
 Rapellmatt 633.

Rapfenberg 459.  
 Raplastepe 725.  
 Rapland 89 f., 102, 517,  
 580, 700, 777.  
 Rapp Jul. 570.  
 Rappstein Th. 344.  
 Rappus 37.  
 Rapstadt 155, 703.  
 Rapua 179.  
 Rapuzinerorden 123, 558,  
 629.  
 Karageorgewitsch, Dynastie  
 149, 165—168.  
 Karanesebes 360.  
 Karell Ludw. 45.  
 Karl Alexander, Großher-  
 zog von Sachsen 453,  
 504.  
 — August, Herzog 398.  
 — Borromäus, hl., und  
 Borromäus = Enzyklika  
 508, 527 ff., 530, 536,  
 545, 553, 558, 605, 608,  
 610.  
 — von Dänemark (siehe  
 Saton VI.).  
 — Erzherzog 760, 768.  
 — der Große 6, 118, 140,  
 168, 184, 204, 243, 288,  
 346, 360, 564, 595, 614,  
 762.  
 — Günter, Fürst von  
 Schwarzburg-Sonders-  
 hausen 685.  
 — König von Rumänien  
 655, 661, 726.  
 — Ludwig, Erzherzog 360.  
 — V. 442.  
 — VI. 135.  
 — I. von Portugal (Car-  
 los) 161, 560.  
 — I. von Österreich (erst  
 Karl Franz Josef, Erz-  
 herzog) 80, 360, 404,  
 623, 767.  
 — III., Herzog von Parma  
 406.  
 Karlisten 58, 407, 575, 632.  
 Karlsbad 276, 463, 509, 627,  
 690.  
 Karlskirche (Wien) 360.  
 Karlsruhe 182, 230, 293,  
 442, 491, 503, 744, 764.  
 Karlweis 91.  
 „Karneval“ 574.  
 Kärnten 52, 139, 358, 569, 767.  
 Karolinen-Inseln 168.  
 Karolinger, Dynast. 34, 617.  
 Karolus 483.  
 — Michael 738.  
 Karpathen 359.  
 Karpow 515.

Kartagena 632.  
 Kartäuserorden 683.  
 Karthago 145, 152, 411.  
 Kasan 271, 635.  
 Kaspiisches Meer 258.  
 Kassel 353, 578, 762.  
 Kasin Josef 53, 205, 255,  
 300, 508, 767.  
 Kassner Rud. 11, 290.  
 Kastilien 96, 150.  
 Kataba 161.  
 Katakomben 258.  
 Katalonien 58, 96, 149,  
 304, 407, 489, 555.  
 Katharina II. 553.  
 — von Aragonien 259.  
 Katholischer Schulverein 87.  
 Katholizismus 1 ff., 10, 22,  
 23, 24, 26, 31, 33, 35,  
 36, 37, 38 f., 49, 52, 54,  
 57, 62, 63, 67 ff., 71, 73,  
 78 f., 80, 81, 83, 87 f., 89,  
 90, 91 f., 94, 95, 96, 112 f.,  
 114, 115 ff., 118 f., 120,  
 121, 122 f., 124 ff., 127,  
 136, 139 f., 142, 143, 144,  
 146, 148, 154, 168—172,  
 177, 184, 185 ff., 190 f.,  
 192, 193, 194, 205, 208 f.,  
 210, 211, 214, 216, 227,  
 232 f., 234 f., 237, 240,  
 241, 242, 243, 245, 250,  
 252, 253, 254, 255 ff.,  
 258, 260, 281 f., 283 f.,  
 286 ff., 290, 292, 296,  
 298, 301 ff., 309, 323,  
 326, 327, 328, 329 bis  
 334, 336, 337, 342, 343 f.,  
 347, 350, 351, 359, 361,  
 364, 373—382, 384, 385,  
 386 f., 392, 393, 394, 395,  
 396, 397, 398, 399 f., 403,  
 407, 432, 444 ff., 447 ff.,  
 450, 451, 456, 460, 462,  
 481, 482, 493 ff., 496 ff.,  
 499, 500, 501, 506, 509,  
 510, 511, 512, 513, 514,  
 528 ff., 531, 532, 534 ff.,  
 537, 543, 545, 546, 548 ff.,  
 552 f., 556, 557, 558 ff.,  
 561 f., 563, 567, 568,  
 572 f., 575, 579, 605,  
 606, 607 ff., 610, 611,  
 613, 616, 617, 618, 619,  
 621 f., 624, 625 f., 627,  
 628, 629, 632, 633, 634,  
 636, 665, 666 f., 668,  
 669 ff., 674, 675, 683,  
 684, 688 f., 695, 696,  
 733, 753 ff., 756, 759,  
 760, 761, 762, 764, 768,  
 774.

- Rathrein 87, 136, 357, 506.  
 Ratſcher L. 63.  
 Ratſchthaler 569.  
 Ratſuna 779.  
 Rattenbuſch J. 309.  
 Rattowiz 548.  
 Raſenſtein 238.  
 Rauffungen Rich. 361, 405, 571.  
 Raufmann, Abgeordeter 550, 560.  
 — Angelica 405.  
 — Hugo 196.  
 — R. M. 608.  
 Raufafus 62, 98, 99, 212, 213, 223, 267, 271, 324.  
 Raulbar 290.  
 Raufus-Dieſch R. G. 352.  
 Raufen Armin 754.  
 Rauser J. 300.  
 Raufſchitſch 51.  
 Rautſch 126, 178, 179, 183, 239, 391.  
 Raub 580.  
 Ramala 724, 725.  
 Rapferling G. v. 211, 349.  
 Reim Franz 91.  
 — General 717.  
 Reiper, Profeſſor 517.  
 Reir Hardie 327, 516, 576, 646.  
 Reith Cheſterton G. 559.  
 Reilheim 747 f.  
 Rellen, Miß Helene 263, 364.  
 Reller Gottfried 150, 304, 305, 697.  
 — Jordan 150.  
 — Paul 244, 291 f., 352, 453, 500.  
 Rellner R. A. G. 350, 451.  
 — Leon. 299, 563.  
 Relten 53, 62, 303, 349, 398.  
 Relvin, Lord 63.  
 Rempen 86.  
 Rempin Emilg 96 f.  
 Rempten 131, 293.  
 Rentenich Gottfried 309.  
 Rentuch 412.  
 Reppler, Biſchof 120 f., 125, 245, 349, 380, 397, 501, 559, 668.  
 Rerfuf 636.  
 Rerner v. Marilaun Anton 459.  
 Rernſtock Ottokar 121, 204, 254, 501, 758.  
 Kerr Balfour 695.  
 Kerſchbaumer Anton 287.  
 Kerſchenſteiner G. 246, 292, 348.  
 Ketteler, Biſchof 36, 610, 684.  
 — deutſcher Gefandter in Peking 2, 26, 64, 131, 214.  
 Kettle, Abgeordneter 516.  
 Key Ellen 212, 335.  
 Keyſerling Alex. v. 194.  
 Rhevenhüller 374.  
 Rhuen Th. 255, 459, 508.  
 — Hedervary 199, 200, 566, 568, 569, 686.  
 Riamal Paſcha 423, 467, 706, 722.  
 Riautſchau 4, 25, 26, 612.  
 Riederlen-Wächter 533, 539, 589, 596, 597, 604, 660, 680, 708.  
 Riefl Jr. K. 192, 394, 395, 397, 451, 683.  
 Riel 4, 23, 29, 67, 164, 189, 215, 230, 306, 319, 354, 425, 480, 490, 493, 496, 555, 623, 673, 685, 725.  
 Riemen Emil 246, 247.  
 Riemen 565.  
 Rienaft A. 90.  
 Riene, von 753.  
 Rieſerwetter R. 190.  
 Riepling Rich. 633.  
 Riem 98, 212, 271, 410, 577, 635, 647, 776.  
 Riitiſche Ebene 649.  
 Riitiſch 724.  
 Riller R. 399.  
 Rindermann 124.  
 Kinematographie 446, 561.  
 Ringtaoghu 648.  
 Rintel Gottfried 353.  
 Rinter M. 450 f.  
 Rioto 703.  
 Ripling Rudyard 63.  
 Kirchbach Wolfgang 42, 125.  
 Kirchſen Jr. M. 291.  
 Kirchengelichte 13, 44, 116, 168, 193.  
 Kirchenheim 121.  
 Kirchenmuſik und -geſang 80, 287, 564, 617.  
 Kirchenſtaat 256 f., 536, 537, 616, 628, 760.  
 Kirchenväter 605.  
 Kirchheim (Verlag) 82, 210, 344.  
 Kirin 162.  
 Kirche J. 500.  
 Kirſchliſſe 658.  
 Kirſchmann A. 132.  
 Kirſchner 478.  
 — Bürgermeiſter 542, 687.  
 Kirſchſtein 326.  
 Kirſtein 768.  
 Kiſling Joh. B. 683.  
 Kiſſchener, Lord 8, 9, 60, 102, 103, 348, 582, 651, 699.  
 Kiſſchinem 212.  
 Kittler Ph. 565.  
 Kißbühl 508.  
 Kjellen 161, 520.  
 Klabaſtermann 763.  
 Kladderadafch 18.  
 Klagenfurt 81, 354.  
 Kläger Emil 459.  
 Klajns 748.  
 Klafpa 90.  
 Klara, hl. 512.  
 Klafen Franz 120, 347.  
 Klaſſiker, Klaſſiſizismus 31, 198, 210, 240, 286, 289.  
 Klauſen 459.  
 Klauſenburg 141, 569, 625.  
 Klaus-Groth-Brunnen 685.  
 Klaußmann A. D. 133.  
 Klabahn 364.  
 Kleefattel J. 247.  
 Kleidermoden und Trachten 45, 85, 132, 197 f., 631, 636, 770.  
 Klein May 196, 357, 403.  
 Kleinaſien 13, 19, 158, 162, 254, 423, 516, 534, 646, 699, 706, 719, 730.  
 Kleine Hermann 744.  
 Klein-Gattingen Otto 683.  
 Kleinpeter 299.  
 Kleiſchmidt Beda 563.  
 Kleiſt 504.  
 Klementine von Belgien 572.  
 Kleipzig 685.  
 Klettenberg J. R. 682.  
 Kleve 504.  
 Kley Ernſt 351.  
 Klimſch Jr. 353.  
 Klimt Guſtav 53, 300, 690.  
 Klingemann Karl 502 f.  
 Klinger May 86, 130, 131, 198, 246, 263, 293, 454, 503, 685.  
 Klingner G. 619.  
 Klimt W. G. 564.  
 Kiofac 90, 202.  
 Kloos 292.  
 Klopp Onno 122, 192, 203, 242, 761.  
 Klopſtock 335.  
 Klöſter und Klöſterauſhebungen 16, 32, 89, 91 f., 94, 96, 113, 119, 163, 208, 234, 255, 397, 489, 500, 512, 575, 576, 629 f., 633, 683, 706, 707, 729, 774.



Klosterlein Achim 695.  
 Klosterneuburg 298, 765.  
 Klob Erich 502.  
 Klob Edm. 509.  
 — Germ. 205, 360, 643.  
 — Rub. 360.  
 Kluck Alex. 347.  
 Kneib Philipp 451.  
 Kneipp Sebastian 78, 196, 690.  
 Kniebe 620.  
 Knioßberg 85.  
 Knöpfler 79.  
 Knorr Th. 228.  
 Knopfos 60, 213.  
 Kobell 42.  
 Koblenz 283, 354, 399, 494.  
 Koburg, Dynastie 61.  
 Koch 79.  
 — David 196, 353.  
 — Gaudentius 241.  
 — Hugo 120, 500.  
 — Max 245.  
 — Robert 306, 686.  
 Kochanowski Jan 396.  
 Kochel 44.  
 Koerber, Dr. v. 45, 46, 47 f., 87, 88, 136, 138, 201, 202, 249 ff.  
 Kogalniceanu 635.  
 Kohler F. 286.  
 Köhler Walter 288, 448, 450.  
 Kohlhaas Michael 254.  
 Kohlrausch Rob. 572.  
 Kolumjew 463, 646, 661 f., 697, 738 f.  
 Kolb, P. Viktor 298.  
 Kolbe Georg 763.  
 Kolberg 196.  
 Kolisko (Lex) 566, 766.  
 „Kollektivismus“ 82, 142.  
 Kolmar 424, 443.  
 Kolmer Gustav 299, 508, 569.  
 Köln (Kölner Richtung) 27, 39, 44, 60, 83, 86, 186 f., 190, 196, 197, 246, 279, 282, 379, 380, 444, 493, 494, 504, 505, 526, 548, 552, 561, 562, 565, 608, 609 f., 611, 613, 615, 665, 666 f., 668, 669 f., 675, 684, 685, 688, 696, 697, 703, 752, 754, 755, 761, 762, 763, 779, 782.  
 „Kölner Volkszeitung“ 22 f., 32, 33, 55, 67 f., 177, 187, 285, 341, 382, 482, 493, 494, 536, 543, 550, 552, 610, 611, 667, 684.  
 „Kölner Zeitung“ 366, 528, 594

Kolonialwesen 7—12, 19, 33, 60—63, 65, 74, 87, 93 f., 96, 102—105, 107, 114, 151, 153, 155, 157, 160, 163, 164, 180, 194, 206, 213, 225, 228, 229, 255, 264, 267, 278, 285, 302, 303, 309, 321, 324, 329, 338, 341 f., 365, 366, 382, 383, 385, 386, 391, 392, 394, 405, 416, 418, 425, 442, 452, 461, 464, 483, 484, 490, 514, 542, 543, 553 f., 575, 577 f., 588 ff., 595, 596, 597, 599, 601, 602, 614, 632, 634, 639, 643, 646, 651, 673, 675 f., 677, 716, 732, 763, 777, 781.  
 Kolumbia 158, 262, 413.  
 Kolumbus 361, 640, 703.  
 Romei, Kaiser 703.  
 Rometen 563.  
 „Romma Johanneum“ 287, 288.  
 Kommunismus (Kommunistisches Manifest) 18, 40, 133, 194, 305, 632, 673, 692.  
 Romotau 571.  
 Romura 268.  
 Ronfuzius 26, 778.  
 Rongostaat 58, 211, 227, 260, 305, 362, 463, 514, 593, 594, 595, 614, 616, 633, 643, 700.  
 Kongresse, Konferenzen, Tagungen und Versammlungen 12, 13, 14, 15, 19, 23 f., 27, 31 f., 33, 35, 37, 38, 45, 48, 51, 52, 56, 58, 59, 62, 74 f., 78, 80, 89, 90, 94, 96, 97, 101, 119, 120, 123, 126 ff., 138, 142, 151, 153, 160, 177, 178 ff., 186, 188, 190, 202, 203, 205, 211, 234 f., 237, 238, 241, 251, 252, 254, 259, 260, 262, 263, 267, 270, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 289, 296, 298, 304, 305, 307, 310 ff., 315, 318, 319, 320, 321, 325, 328, 336, 340 f., 343 f., 348, 358, 361, 362, 363, 366, 367, 368 f., 371, 372, 379, 386 f., 390 ff., 393, 397, 403, 412, 413, 415, 424, 428, 429 f., 435, 437 ff., 443, 446, 451, 456, 458, 461,

462, 463, 464, 465, 470, 474, 475, 483, 484, 490, 492 f., 493 ff., 496 ff., 506, 507, 513, 514, 516, 517, 526, 527, 533, 534, 537, 543, 547, 550 f., 552, 559, 560, 561, 562, 569, 573, 576, 577, 578, 582, 583, 584, 588, 594, 606, 608, 610, 613, 618, 622, 625, 626, 632, 634, 635, 637, 638, 639, 641, 646, 650, 660, 663 f., 665, 666, 667, 668, 678 f., 680, 684, 687, 688 f., 690, 691, 704 f., 706, 707, 709, 712, 714, 717 f., 720, 725 f., 727, 729, 730 f., 734, 735, 736, 738, 741 f., 744, 745, 748 f., 751, 755, 756, 761, 762, 765, 774, 782.  
 Ronia 152, 261.  
 König Ed. 126.  
 „König Georg“, Schiff 632.  
 „König Laurin“ von Wildenbruch 134.  
 König Richard 454.  
 Königgrätz 452, 486, 688, 767.  
 „Königin Serena“ 500.  
 Königinhofer Handschrift 53, 458, 624.  
 Königsberg 38, 75, 85, 113, 543, 544, 686, 707, 742, 763.  
 „Königsfinder“ 620.  
 Konig 32, 77.  
 Konklave 169 ff., 192, 258, 509, 622.  
 Konfordate 92, 146, 208, 256 f., 331, 374, 625, 669.  
 Konopischt 730.  
 Konow, Minister 697.  
 Konrad Michael G. 352.  
 — Prinz von Bayern 579.  
 „Konserwative Korrespondenz“ 542, 717.  
 Konstantin der Große 665, 755.  
 — XI. von Griechenland 711.  
 — XII. von Griechenland 690, 711, 727, 728 f.  
 Konstantinopel 59, 99, 111, 154, 158, 159, 161, 167, 173, 174, 217, 262, 315, 317, 326, 359, 422, 469, 472, 476, 519, 520, 532, 549, 579, 580, 603, 636, 641, 649, 651, 654, 657, 658, 660, 661, 699, 705, 707, 724, 727, 728, 735, 736.

- Konstanz 278, 682, 686.  
 Konstanza 268, 515.  
 Konversionen 123, 203, 359,  
 361, 559, 610, 631, 632,  
 683, 761.  
 Konywski 357.  
 Konzile 80, 124, 182, 192,  
 235, 265, 605.  
 Kopassis Andreas, Fürst  
 647.  
 Kopenhagen 97, 212, 260,  
 305, 362, 408, 576, 577,  
 641, 681, 711, 782.  
 Köpenig, Hauptmann v. 351.  
 Kopf Josef v. 206.  
 Kopp, Kardinal 169, 282,  
 495, 552, 561 f., 608 f.,  
 665, 761.  
 Koppes, Bischof 755.  
 Köprüli 644.  
 Kopsch 666.  
 Kopten 464, 637.  
 Koran 476, 636 f., 714.  
 Kordecki 459.  
 Kordjchala 725.  
 Korea 10, 64, 105, 173,  
 175, 214, 217, 224, 268,  
 269 f., 277, 327, 411, 466,  
 517, 533, 582, 703.  
 Korfanty 742.  
 Korfu 410, 504, 565, 636,  
 763.  
 Korinther Stil 255, 636,  
 685.  
 Körner Theodor 86, 685.  
 Kornmann, Abt R. 760.  
 Korosyo, Abgeordneter 720.  
 „Korrespondenzblatt für  
 den katholischen Klerus  
 Österreichs“ 204.  
 Korrodi Ed. 396, 397.  
 Korrika 145, 512.  
 Korum, Bischof 185 f., 611.  
 Kosaken 324.  
 Kosch Wilh. 300, 398, 405,  
 570, 683, 684, 761.  
 Kosciuszko 413, 583.  
 Kosel Herm. Cl. 140.  
 Koser Reinhold 243.  
 Kossowo 636, 660, 726.  
 Kossuth Franz 294, 316,  
 354, 404, 507.  
 — Ludwig 89, 141, 364,  
 507, 508, 566.  
 Kost 627.  
 Köster, Admiral 231, 477 f.,  
 526.  
 Kotschana 726.  
 Kottbus 454.  
 Kogebue 210.  
 Kowalewski, Professor 323,  
 348.  
 Koweit 100, 162.  
 Kraatz, Pfarrer 610.  
 Krähwinkel 492.  
 Kraitburg 503.  
 Krain 139, 250, 356, 358.  
 Krafau 288, 568, 571, 622,  
 689.  
 Kralik Rich. 18, 29, 30, 32,  
 37, 39, 42, 52, 63, 80,  
 84, 91, 94, 99, 107, 122,  
 132, 133, 139, 140, 141,  
 149, 151, 172, 195, 196,  
 204, 213, 241, 243, 244,  
 252 f., 254, 259, 286 f.,  
 288, 298, 300, 305, 308,  
 343, 346, 348, 350, 351,  
 352, 360, 381, 387, 392,  
 397, 410, 450, 451 f., 453,  
 454, 499, 501 f., 555, 556,  
 557, 558, 559, 562, 568,  
 569, 570, 621, 622, 684,  
 757 f., 759 f., 761.  
 — „Allgemeine Geschichte  
 der neuesten Zeit“,  
 I. bis V. Band“ 1, 18,  
 28, 139, 451 f., 557.  
 — „Biographie von Truga“  
 287.  
 — „Der heilige Leopold“  
 287.  
 — „Der Zusammenbruch“  
 (Frankfurt, zeitgemäße  
 Broschüre) 760.  
 — „Deutsches Götter- und  
 Heldenbuch“ 80, 140,  
 254.  
 — „Dichtertrank“ 360.  
 — „Ein Jahr katholischer  
 Literaturbewegung“  
 499, 558.  
 — „Goldene Legende“ 140.  
 — „Gralsage“ 352.  
 — „Heimaterzählungen“  
 570.  
 — „Homeros“ 450.  
 — „Hugo von Burdiga“,  
 91.  
 — „Jesu Leben und Wert“  
 287.  
 — „Johannes Scheffler“  
 761.  
 — „Karl Lueger und der  
 christliche Sozialismus“  
 568.  
 — „Katholische Literatur-  
 bewegung der Gegen-  
 wart“ 499.  
 — „Kulturarbeiten“ 133.  
 — „Kulturstudien“ 132, 287.  
 — „Medelike“ 252.  
 — „Revolution“ 759 f.  
 — „Weihnachtspiel“ 37.  
 Kralik, „Weltgeschichte nach  
 Menschenaltern“ 204.  
 — „Weltweisheit“ 381.  
 Kralik mit Auer Ludm.  
 „Hausbrot“ 397.  
 Kramar Udalrich 134.  
 Kramarsch 111, 138, 248,  
 249, 296 f., 311, 317 f.,  
 537 f., 566, 586.  
 Kramer Arnold 293.  
 Krapottin, Fürst P. 13, 299,  
 326.  
 Krapp Lorenz 123, 151,  
 240, 260, 500.  
 Kratovo 726.  
 Kratt 257.  
 Kraumann 503, 565, 685.  
 Kraus Franz Xaver 35,  
 78 f., 119, 121, 124, 125,  
 192, 196, 240, 379, 451,  
 452, 557, 608, 665.  
 Krause 191.  
 Krauske Marie 405.  
 Krauß Franz 247, 351.  
 — Friedrich 359.  
 Krebs 563.  
 Krefeld 669.  
 Kreis W. 620.  
 Kreiten 36, 37.  
 Krens 287.  
 Kremfier 51.  
 Krefß Wilh. 91, 627, 768.  
 Kreta 60, 261, 306, 428,  
 477, 515, 522, 523, 537,  
 579, 637, 644, 657, 658,  
 705, 711.  
 Kreschmar 207.  
 Kreuzberg 751.  
 Kreuzenstein, Burg 205, 316.  
 „Kreuzerschule“ 291.  
 „Kreuzzeitung“ 18, 195,  
 552, 597, 676, 717, 747,  
 761.  
 Kreuzzüge 6, 348, 349.  
 Krieg, amerik. Befreiungs-  
 132, 583, 640, 701, 703.  
 — Balkan- (erster und  
 zweiter) 642, 655, 657 ff.,  
 660 f., 662, 663, 687,  
 704 ff., 707, 711, 712 f.,  
 714, 716, 718 f., 720 ff.,  
 723 ff., 726 f., 729, 735 f.,  
 738, 739, 740, 774, 777.  
 — Befreiungs- (1809 bis  
 1813) 348, 508, 571, 619,  
 697, 742 f., 747 f., 751 f.,  
 755, 757 ff., 760, 762,  
 764, 767, 776.  
 — Buren und Engländer  
 1, 7—12, 16, 19, 27 f.,  
 36, 59, 60—63, 97,  
 102—105, 106, 151, 164,

- 173, 206, 207, 210, 217, 227, 431, 432, 433, 470, 599.
- Krieg, Deutsch-Französischer (1870/71) 62, 129, 166, 238, 272, 302, 485 f., 563, 592, 596, 629, 630, 745, 770.
- Dreißigjähriger 424.
- (1866) 350, 360, 485, 537, 548.
- Europäisch-Chinesischer 1—7, 11 f., 25, 64, 703.
- Italienisch-Türkischer 600—605, 637, 642, 643, 649, 652 f., 655, 657, 659, 691, 711, 769.
- Krim= 601.
- 1914—1918 (siehe unter Weltkrieg).
- Russisch-Japanischer 64, 148, 173, 175, 217—224, 228, 239, 249, 265—271, 272, 418, 515, 537, 703, 776.
- Krieger Cornelius 36.
- S. 135.
- Kriegswesen (vgl. Militärisches und Marinismus) 1—12, 46, 53, 61 f., 65, 68, 78, 92, 102—105, 106, 107, 132, 134, 145, 149, 153, 157, 161, 167, 173, 207, 217—224, 226, 228, 229, 236, 237, 239, 245, 260, 261, 264, 272, 274, 275, 277, 278, 300, 309, 311, 312, 318, 319, 347, 348, 350, 363, 365, 368, 371, 390, 391, 395, 399, 406, 410, 411, 412, 413, 414, 417, 418, 429, 432, 433, 436, 438, 440, 456, 462, 464, 467, 468 f., 471 f., 475, 477, 484, 488, 498, 508, 510, 513, 515 f., 518, 520, 521, 522, 544, 568, 576, 585 f., 589, 592, 594, 596, 597, 598, 599, 601, 604, 613, 615, 616, 620, 624, 633, 636, 639, 645, 646, 647 f., 649 f., 651, 654, 655, 657 f., 660, 662, 663, 673, 681, 696, 703, 704, 709, 711, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 722, 723, 725, 728 f., 731, 732, 734, 740, 741, 742, 749, 760, 774.
- Kriehuber J. 91.
- Kriemhild 571.
- Krim 267.
- Kristoffy 295.
- „Kritische Waffengänge“ 351.
- „Kritisches Jahrbuch“ 352.
- Križinger 63.
- Kroatien 11, 90, 95, 136, 138, 199, 200, 248, 251, 296, 298, 399, 404, 456, 469, 487, 683, 684, 686, 687, 698.
- Krobatin 687, 751.
- Kröcher 157.
- Kroell H. 40.
- Kronfeld 459.
- Kronstadt (Rußland) 271, 324, 654, 776.
- (Siebenbürgen) 285, 508.
- Krönungen 62, 75, 80, 105, 124, 227, 243, 261, 362, 528, 532, 589, 614, 616, 631, 698.
- „Krönungsmesse“ von List 627.
- Kroße S. A. 242, 350, 451.
- Kroßigt Hans v. 39.
- Krüden Oskar v. 53.
- Krueckemayr 350, 397, 500, 559, 683, 760 f., 762.
- Krug, Abt 259.
- Don Bonifaz M. 561.
- Krüger Oskar 763.
- Paul, Präsident 8, 9, 16, 27 f., 59, 65, 211, 264, 439, 475.
- Krumau 507.
- Krumbacher 559.
- Krupp Artur 571.
- Bertha 346.
- Firma 19, 176, 678.
- Friedrich Alfred 127 f., 399.
- Kuang Tzu, Kaiser 466.
- Kuba 11, 101, 153, 466.
- Kudlich Herm. 767.
- Kudrun 210.
- Kuffstein 205, 255, 297, 359.
- Kugler F. K. 560, 563.
- Kuh Emil 304.
- Kuhhirtendenkmal in Bochum 504.
- Kuhlenbeck 513.
- Kuhn Alb. 36, 121, 207, 208, 298, 399, 404, 456, 469, 487, 683, 684, 686, 687, 698.
- Kühnemann Eugen 133, 500, 501, 683.
- Kuill John 513.
- Kufa 725.
- Kula 583.
- Kulezycski 635.
- Kulerfi 555.
- Kulm 767.
- 286, 398, 452.
- „Kultur“ 350.
- Kulturkampf 15, 68, 70, 80, 91 f., 94, 96, 123, 124, 137, 185, 208 f., 247, 252, 329—334, 384, 385, 399 f., 448, 456, 481, 482, 496, 497, 498, 502, 548, 560, 607, 608, 610, 631, 666, 671, 683.
- Kumaleh 649.
- Rundmann R. 140, 255, 459.
- Runigunde, Kaiserin 500.
- Rünsberg Sophie 563.
- Runschal Leopold, Abg. 765.
- Paul 765.
- Kunst (siehe auch Bildhauerei, Dramatik, Malerei, Musik usw.) 10, 11, 15, 17, 25, 29 f., 36, 37, 41, 53, 67, 69, 72, 76, 81, 83 f., 90, 106, 111, 113, 119, 120, 121, 124, 128 f., 150, 163, 168 f., 188 f., 195 f., 206, 224, 231 f., 233, 240, 241, 246, 254, 259, 283, 289, 292, 293, 298, 299, 300, 301, 303, 309, 319, 343, 347, 349 f., 351, 352 f., 387, 396, 397, 398, 446, 451, 452, 453 f., 459, 463, 492, 493, 500, 403, 521, 523, 532, 533, 543, 555, 558, 560, 563, 565, 569, 572 f., 575, 582, 616, 617, 620, 625, 626 f., 680, 682, 684, 685, 690, 703, 744, 751, 752, 757, 759, 761, 769, 779.
- Künstl 287, 288.
- „Kunstwart“ 241, 291, 560.
- Küppers Alb. 196.
- Kurdistan 271, 515.
- Kurfale 658.
- Kurland 268, 339.
- Kürle A. 620.
- Kürnberger Ferdinand 299.
- Kuropatkin 221, 259, 265, 515.
- Kürschner 352.
- Kurz Erwin 455, 620.
- Folde 503.
- Kuslar 725.
- Küstenland 139.
- Küster, Professor 609.
- Küstrin 180.
- Küßnacht 304.
- Küttenuer Benno 84.
- Kuweit 152, 587.
- Kupper 151.
- Kyrenaita (Cyrenaita) 522, 585, 588, 602, 603, 646, 659, 711.



Kyrill, Großfürst 751.

— Prinz von Bulgarien 660.

## L.

Laband 175, 499.

Lachmann Seb. 304.

Lacroma Paul M. 570.

Ladenburg Alb. 243.

Ladiner 299.

„Lady Windermeres  
Fächer“, von Wilde 208.

Ladysmith 8, 772.

Laeiz 454.

Lafayette 16.

La Ferte Milon 574.

„La Fronde“ 146.

Lagarde 79.

Lagerlöf Selma 36, 58 f.,  
151, 260, 286, 514.

Lahore 581.

Lalbach 255, 296, 687.

Laligon 17.

Lainz 768.

Lair M. 123.

La Manche, Kanal (Armel-  
kanal) 274, 276, 366, 587,  
645.

Lamarc 349.

Lambädorff 143, 160, 174.

„La methode de la théo-  
logie“ 146.Lamprecht R. 132, 194, 242,  
289, 452, 563, 747, 760:

Lancaster 425.

Lancoronski R. 360.

Landersdorfer 500.

Landsberg 345.

Landsmaal 697.

Landsteiner Karl 242.

Landwirtschaftliches (vgl.  
auch Bauernstand) 22,  
31 f., 33, 74, 86, 113, 126,  
135, 177, 195, 236, 279,  
337 f., 339, 360, 363, 386,  
390, 400, 409, 479, 480,  
551, 553, 555, 569, 641,  
695, 715, 766, 772 f.

Langasa 647.

Lange Edmund 352.

— Friedrich 348.

— Konrad 133 f.

Langenstern 620.

Langh, Major 690.

Langley S. P. 216.

Langlois 362.

Langmesser August 304.

Langobarden 134.

Langmoß 751.

Lannex, Anarchist 56.

— Josef 91, 300, 361, 699.

Lansdowne, Lord 224, 228,  
275, 525, 645.

„Lanterne“ 539, 594.

Lanz Katharina 690.

Lanza, Graf 110.

Lao 511.

Lapponi 337.

„La questione sociale“ 55.

Larich Rud. 301.

Lasa 432.

Lassaulx Ernst v. 243.

Lassalle Ferdinand 244, 390,  
503, 663.

Lassen. Chr. 126.

Lasswitz Kurd 40.

Lateiner (Lateinische Rasse  
und Sprache 33, 41, 58,  
94, 123, 142, 205, 214,  
235, 258, 264, 276, 285,  
327, 344, 368, 465, 484,  
556, 579, 605, 612, 636,  
665, 698, 704, 733.„Lateinische Renaissance“  
17.

„Lateinischer Genius“ 17.

Lateran 301, 665.

Latham 512.

Lattmann 594.

Laub Ferd. 690.

Lauchert Fr. 683, 760.

Lauchstedt 681, 762.

Laufenec Wald. 571.

Lauff Josef 75, 352.

Launay Andries 327.

Laurens J. P. 462.

Laurin, König 205, 627.

Lausanne 311, 513, 659.

Lautberg 343.

Lausitz 131, 764.

Lauterbach R. 364.

Lauterberg 455.

Lavigerie 618.

Laviße Ernest 592.

Lazarus, Der arme 504.

— M. 243, 349, 553.

— Rahda 349.

Leau 264.

Lebaudy 211, 336.

„Lebende Leichnam, Der“,  
von Tolstoi 635.  
„Lebensrätsel“ von Klink  
564.

Lebiedzi 627.

Decanuet R. P. 122, 398.

Lecy, W. Edw. Hartpole  
195, 207.Lebehour (Sozialist), Abge-  
ordneter 73, 491 f., 544 f.,  
662, 663, 677.Lederer Hugo 43, 130, 353,  
620, 762.

Ledochowski 80, 406.

Lee Sidney 63, 272.

Leeds 561, 680.

Lefavre Albert 253.

Lefebvre Leon 303.

Lefebvre Hippolyt 303.

Le Gattienne Richard 191.

Lehar Franz 768 f.

Lehmann Alfr. 121, 130.

— Max 132.

Lehnert Adolf 247.

Leib Wilh. 43, 132, 398,  
503, 615.

Leibniz 32, 192, 264, 448.

Leicester 470.

Leichenverbrennung (Feuer-  
bestattung) 85, 131, 188,  
247, 551, 609, 611, 678,  
681.

Leicht Alfr. 243, 349.

Leiden 212, 362.

„Leila“ 629.

Leipzig 24, 43, 44, 81, 86,  
155, 204, 213, 224, 246,  
263, 293, 306, 352, 353,439, 447, 452, 454, 455,  
491, 492, 503, 505, 540,  
570, 571, 679, 681, 685,717, 744, 748, 751, 752,  
764, 767.„Leipziger Volkszeitung“ 33,  
723.

Leisef Georg 405, 571.

Leistikow Walt. 454.

Leitha 201.

Leitmeritz 88.

Leitner Franz 397.

— Gottfr. R. 53.

Leirner D. v. 39, 344.

Lemaître Jules 574.

Le Manz (Lemanz) 466, 512.

Lemberg 138, 255, 296, 298,  
459, 566, 568, 571, 684,  
687, 767.

Lemmermayer Friz 253.

Lemp Eleonore 286.

Lenard Ph. 306.

Lenau Nikolaus 53, 140, 244,  
246, 255.

Lenbach Franz 30, 246, 353.

Lenewitsch 265.

Lenoir Etienne 16.

Lenox 308.

Lenzing Hed. 562.

Lenz Desid. 52, 163, 259,  
451.

— Max 121.

Leo XIII. 38 f., 57, 69 f., 95,  
116, 118, 121, 142 ff., 163,  
168—171, 206, 233, 241,  
258, 284, 288, 301, 329,  
337, 378, 379, 381, 529,  
560, 605, 618.

- Leo-Gesellschaft 36, 81, 204, 350, 761.  
 Leoncavallo 133, 247.  
 Leopold der Heilige 298.  
 — I., Kaiser 75, 135.  
 — II. von Belgien 260, 514.  
 — Salvator, Erzherzog 141.  
 Lepel 212.  
 Lepicier 337.  
 Lepin 761 f.  
 Lepine 490.  
 Lepse Ferd. 196.  
 Lerour P. 191.  
 Le Roy = Laburie, Major 146.  
 Lerour 695.  
 Leslie Riley A. 460.  
 Lessing G. C. (Klassiker) 41, 682, 756.  
 — Otto 43, 131, 196, 246, 685.  
 — Th. 349.  
 Letten (Letland) 271, 322, 324.  
 Leuchner Karl 390.  
 Leute Jos. 562.  
 Levante 161, 520, 733.  
 Lewalter Johann 308.  
 Lewandowski 413, 571.  
 Lewicki G. 454.  
 Lewski 727.  
 Leyden, Gräfin v. (siehe Blennerhassett).  
 Leyen, Fr. v. d. 289.  
 Lexika 36, 140, 243, 290, 342, 343, 501, 563, 684.  
 Lhassa 224, 225, 581.  
 Lhokty G. 243.  
 Liangmengting 665.  
 Liau-Ebene 220.  
 Liautung 220, 270.  
 Liauyang 221.  
 Liberalismus (National-liberalismus) 9, 32, 35, 46, 62, 72, 74, 79, 95, 96, 105, 106, 112, 122 f., 124, 125, 159, 164, 165, 177, 178, 185, 186, 192, 225, 226, 233, 237, 239, 248, 278, 279, 280, 281, 282, 288, 290, 328, 332, 337, 347, 352, 357, 365, 367, 380, 383, 384, 385, 389, 391, 394, 399 f., 404, 407, 432, 433, 437, 444, 451, 456, 477, 479, 480, 481, 485, 489, 490, 492, 497, 498, 501, 529, 534, 547, 551, 552, 554, 556, 558, 549, 567, 568, 574, 575, 576, 606, 608, 609, 612, 615, 616, 618, 625, 627, 631, 633, 636, 648, 662, 665, 666, 668, 672, 673, 674, 677, 678, 683, 686, 696, 709, 742, 749, 750, 754, 766, 771, 773.  
 Liberia 587.  
 „Liberté“, Schiff 630.  
 Libreville 591.  
 Libyen 647, 658, 690, 769.  
 Richnowsky, Fürst Karl Max v. 660, 663, 710.  
 Licht Hugo 293.  
 Dichtenberger 209, 462.  
 Lichttherapie 198, 260.  
 Lichtwerk 84.  
 Liebau 268, 285.  
 Liebe Georg 243.  
 Liebenau Th. v. 761.  
 Lieber August 26, 191.  
 Liebermann v. Sonnenberg 30, 107, 197, 545, 570.  
 Liebert 596, 604, 715.  
 „Liebesbriefe“ 59.  
 Liebig Justus 763.  
 Liebflecht, Dr. R. 182, 341, 391 f., 542, 646, 717, 742.  
 — W. 33.  
 Liebmann Otto 242.  
 Liechtenstein, Prinz Alois von 296, 359, 438, 507, 619.  
 — Burg 254.  
 — Fürstentum 74, 198, 689.  
 Lienhard Fritz 41, 82, 84, 134, 195, 245, 285, 352, 499.  
 Ligeti Mik. 361, 459.  
 Li-Hung-Tsang 7, 779.  
 Lilien G. M. 195.  
 Lilienbach Will v. 413.  
 Liliencron Detlev v. 83, 134, 253, 503, 565.  
 — Rod. v. 680.  
 Lilienstein Heinrich 292, 557.  
 Lilitz 503.  
 Lille 362, 691, 775.  
 Lillhammer's 261.  
 Liman Paul 82.  
 Limesch-Museum 34.  
 Limpus-Pascha 649, 739.  
 Lincoln 413.  
 Linden 751.  
 Lindequist 543, 554, 595, 596.  
 Lindmeyr B. 39.  
 Lindner Th. 82, 135, 136 f., 450.  
 Lindsay Martin 412.  
 „Lingua komun“ 413.  
 Linné 264.  
 Ling 91, 124, 202, 205, 354, 459, 506, 509, 625.  
 Lionardo da Vinci 133, 326, 336, 504, 555, 630.  
 Lipp Franz 56.  
 Lipp's Th. 134, 289.  
 Lissabon 161, 192, 304, 575, 633.  
 List Friedrich 255, 359, 520, 689.  
 — Guido 689.  
 Lister, Lord 695.  
 Listz Franz 40, 86, 131, 196, 253, 294, 518, 570, 626, 627.  
 Litauen 11, 138, 271, 324, 554, 634.  
 „Literarische Warte“ 83.  
 Literatur (vgl. Dramatik, Lyrik, Epik) 13, 17, 30 f., 36, 39, 40 ff., 53 f., 58 f., 62, 63, 67, 68, 70, 80, 81, 82, 83 ff., 90, 91, 94, 98 f., 100, 106, 121 f., 123, 133 f., 140, 141, 147, 150, 152, 188, 191 ff., 195 ff., 204, 205, 206, 207 f., 209, 223 f., 240, 241, 244 ff., 252 ff., 262, 283, 285 ff., 287 ff., 291 ff., 298, 303, 326, 347, 350 ff., 360, 362, 387, 394, 396 ff., 446, 449, 451, 453 ff., 458, 461, 499 ff., 512, 520, 532, 533, 548, 556, 557, 559 ff., 563, 572 f., 578, 617, 619 f., 621 f., 626 f., 633, 635, 679, 681 f., 684, 701, 715, 744, 760, 761, 762, 763, 769.  
 Literaturstreit 83.  
 Litographie 91, 147.  
 Littmann Max 565, 685.  
 Litzmann B. 134.  
 Livadia 649, 650.  
 Liverpool 693.  
 Livland 268, 325, 326.  
 Liyuanghung 778.  
 Liyuanghung 648.  
 Lloyd George 461, 513, 521, 574, 590, 591, 598, 683, 736 f., 772 f.  
 Lobach Walter 246.  
 Lobetal 553.  
 „Lobetan's“ 619.  
 Lobkowitz, Prinz 248.  
 Lobmeyr 141.  
 Lochner Norman 329.  
 Lodge Oliver 207, 228, 702.  
 Lodz 266, 267, 325.  
 Lobe, General v. 118, 119.  
 Loening, Professor 116.  
 Loefche G. 570.  
 Löhnig, Professor 186.

Lohr Anton 84, 335.

Loie Fuller 83.

Loire 124.

Loisy, Abbé 210, 258, 460, 511 f., 559.

Lola Montez 502.

Lombroso C. 210.

London 9, 10, 55, 60, 61, 63, 64, 97, 106, 123, 133, 137, 161, 167, 168, 175, 203, 207, 228, 244, 277, 278, 286, 303, 304, 318, 319, 328, 329, 365, 366, 370, 399, 430, 451, 461, 462, 470, 471, 472, 473, 475, 478, 482, 484, 494, 513, 517, 519, 527, 538, 540, 560, 581, 588, 589, 591, 594, 597, 599, 600, 601, 631, 632, 641, 643, 656, 660, 661, 664, 688, 693, 694, 695, 704, 706, 707, 709, 714, 717, 720, 722, 725, 727, 729, 731, 736, 738, 740, 741, 777, 782.

Londonderry 693, 771.

Longchamps 511.

Lonsdale, Lord 643.

Lonyay, Graf 51.

Looshorn Joh. 450.

L'Opinion 421, 512.

Loreley 12.

„Loreley“, Schiff 658.

Lorenz Max 39, 84.

— Ottomar 132, 190, 252 f.

— Rob. 354.

— Rud. 564.

Loreto 350, 397.

Lorimer 702.

Lorinser Franz 451.

Lorsing 353.

„Los von Rom“-Bewegung 36, 37, 38, 46, 49, 69, 70, 80, 87, 88, 120, 124, 138, 140, 191, 296, 318, 359, 568, 569.

Loschwitz 685.

Loferth 559.

Los-Inseln 225.

Loßsen W. 123.

Lothar Rud. 503, 557, 570.

Loti Pierre 741.

Loubet, Präsident 14, 15, 16, 92 f., 144, 148, 162, 168, 175, 230, 256, 274, 313.

Louise Henriette, Kurfürstin 246, 292.

— Königin 43, 85, 545.

— von Losana, Prinzessin von Sachsen (Koburg) 178, 189, 633.

Louijana 702

Lourdes, Maria= 208, 560.

Louvre 630, 769.

Loum 151.

Löwe, Dr. G. 552.

Löwen 260.

Löwenstein, Prinz 78, 387, 663.

Lubben 353.

Lubbock 773.

Lübeck R. 618, 683.

— (Stadt) 23, 24, 75, 196, 547, 652.

Lublinski Samuel 502.

Lucanus 188.

Lucas 504.

Lucca Pauline 458.

Lucheni, Anarchist 55.

„Lucien Leuwen“ 94.

Lucius Seb. 454.

Luçon, Cardinal 770.

Lüderitz 490.

Lüderß 744.

Ludwig der Bayer 293.

— der Fromme 595.

— I. von Bayern 679, 747.

— II. von Bayern 352, 503, 565, 620, 763.

— III. von Bayern (erst Prinz Ludwig) 21 f., 23, 65, 485, 506, 542 f., 546, 615, 679, 747 f., 752.

— XIV. von Frankreich 692.

— Salvator, Erzherzog 359.

Ludwigsburg 565.

Lueger, Dr. Karl 45, 202, 203, 250, 296, 298, 356 f., 402, 404, 475, 486, 506, 507, 508, 566—568, 616, 625, 689, 768.

Lüer D. 86, 399.

Lustschiffahrt 13, 16 f., 44, 77, 86, 91, 94, 97, 106, 135, 141, 147, 154, 211, 216, 255, 259, 264, 272, 294, 304, 336, 354, 394, 399, 413, 455, 459, 461, 462, 466, 475, 504 f., 506, 509, 512, 513, 522, 524, 534, 555, 561, 566, 572, 575, 576, 584, 587, 615, 616, 621, 627, 630, 631, 632, 641, 646, 681, 688, 690, 691, 695, 702, 708, 709, 710, 714, 717, 725, 732, 737, 741, 744, 756, 767, 768, 770, 782.

Lugano 576.

Luit R. 253.

Luitpold, Prinzregent von Bayern 71, 84, 85, 119, 175, 196, 293, 492, 523, 679, 763.

Lufacz 566, 686.

Lufacz, hl. 381.

— J. 40, 684.

— Bruderschaft 106.

Lufsch 565.

Lülle Burgas 658, 721, 724.

Luncheon-Klub 731.

Lund 97, 563.

Luneville und Luneviller Friede 133, 714, 717.

Lunjewitsa, Leutnant 100.

Lunois Alex. 147.

Lunß 459.

Lunß 52.

Lusamgärtchen (Würzburg) 453 f.

Luther Martin 22 f., 37, 39, 43, 51, 70, 72, 97, 185, 187, 193, 208, 235, 241, 245, 252, 276, 282, 287, 292, 309, 344, 350, 352, 395, 453, 498 f., 528 f., 568, 570, 606, 616, 617, 619, 685, 760, 762, 763. „Lutherische Rundschau“ 235.

Luttschengshiang 664.

Lüttich 260, 305, 696, 774.

Lützen 398, 685.

Lützow 196, 763.

Luz Jos. Aug. 299.

Luxemburg, Großherzogtum 27, 446, 463, 514, 576, 696, 755.

— Rosa 280, 613, 748, 749.

— Garten (Paris) 335, 511.

Luzern 150, 235, 386.

Luzzatti 572.

Ly Andreas 327.

Lynar, Graf 389, 441.

Lynch, Oberst 62, 206.

Lynch-Company 516.

Lynchjustiz 96, 100, 153, 262, 363, 583, 584, 675, 702, 779.

Lynkeus 53.

Lyon 56, 208, 255, 302, 558, 646.

Lyrik 36.

## M.

Maas (Fluß) 129, 362, 633.

Maccari Cesare 629.

Macchiavelli 99.

Macdonald Ramsey 417, 591, 598.

Maß Franz 90, 193, 299, 359.

Machal 53.

„Nacht der Finsternis“ von L. Tolstoi 99.



- „Macht der Toten“ 619.  
 Mac J. 563.  
 Mackay, Freiherr v. 557.  
 Macenna 587.  
 Mackensen, General v. 432.  
 Mac Kintley 8, 11, 12, 34, 74, 101, 236.  
 Mac Kinnon Wood 587.  
 Macleod Fiona 304.  
 Madagastar 225.  
 Madero 640.  
 Madersperger Josef 205.  
 „Madonna, Die“ 58.  
 Madrid 58, 137, 211, 278, 314, 630, 641, 688, 695, 733, 734, 782.  
 Maeterlind Maurice 42, 97, 151, 212, 408, 576, 633, 696.  
 Maffersdorf 767.  
 Maffia 57, 142, 144.  
 Magdalenenbai 649.  
 Magdeburg 85, 384, 399, 547, 640.  
 Magnetismus 190, 564.  
 „Magnifikat“ 381.  
 Magnussen Harro 85, 197, 399.  
 — Ingeborg 684.  
 Magr Josef 353.  
 Magyaren (Sprache und Rasse) 51, 89, 135 ff., 159, 198 f., 201 f., 251 f., 253, 254, 294, 295, 296, 298 f., 320, 356, 404, 477, 507, 688, 698.  
 „Magyaroszag“ 357.  
 Mahdi 348.  
 Mahler Gustav 91, 624.  
 Mahmud Schewket Pascha 476, 706, 722.  
 Mähren 11, 46, 48, 139, 140, 202, 213, 296, 300, 356, 358, 622.  
 Maidon 777.  
 Mailand 55, 56, 124, 142, 336, 380, 460, 490, 527, 572, 769, 782.  
 Mailath, Graf 764.  
 Mainberg 348.  
 Mainz 23, 43, 82, 123, 230, 247, 298, 455, 496, 610, 685, 764.  
 Maison Rudolf 82, 247.  
 Mairner Peter 509.  
 Majhaugen 261.  
 Majola 336.  
 Makarov, Admiral 220, 776.  
 Makart 456.  
 Makedonien 54, 59, 88, 148, 149, 152, 158, 159, 160, 161, 205, 261, 306, 314, 317, 321, 326, 336, 369, 370 f., 372, 415, 416, 417 f., 421 f., 423, 426, 435, 523, 533, 540, 578, 579, 580, 649, 650, 657, 658, 699, 719, 721, 724, 726, 730.  
 Makri 725.  
 Malatesta 55.  
 Malagen 778.  
 Malecot 455.  
 Maler Teobert 216.  
 — und Gemälde 7, 11, 15, 43, 52, 53, 59, 60, 71, 86, 91, 94, 97, 132, 141, 144, 149, 195 f., 197, 206, 211, 220, 245, 246, 250, 258, 287, 292, 293, 294, 300, 344, 353, 398, 405, 451, 454, 459, 461, 462, 503, 508, 509, 555, 560, 565, 571, 575, 615, 620, 627, 630, 683, 685, 690, 692, 695, 763, 764, 767, 769, 774.  
 Maligoli Olindo 63.  
 Malit, Abg. 438, 505.  
 Malisforen 636, 713.  
 Malto Ternoovo 727.  
 Mallarmé 292.  
 Maloy 629.  
 Malta 55, 63, 145, 207, 229, 315, 477, 603, 631, 651.  
 Matheferorden 393.  
 Mathusianismus 692.  
 Matzahn-Gülz v. 544.  
 Matkan auf Matkow 493.  
 Mat, Insel 62.  
 Mancel R. 574.  
 Manchester 247, 732, 772.  
 Mancé, Graf 765.  
 Mandra 727.  
 Mandry, v. 82.  
 Mandschu, Dynastie 2, 638, 644 f., 648.  
 Mandschurei u. Mandschu in China 12, 64, 66, 98, 105, 148, 152, 155, 161, 162 f., 173, 175, 181, 183, 217—224, 242, 265, 268, 270, 408, 517, 521, 533, 537, 582, 643, 644, 645, 648.  
 Manet Ed. 15, 565.  
 Mantemicz Henriette 459.  
 Mann C. 564.  
 Mandndorff Rud. v. 617.  
 Mannesmann, Gebrüder 539, 600.  
 Mannheim 43, 85, 119, 131, 188, 197, 247, 340, 565, 755.  
 Mannheimer 123.  
 Männlich J. Chr. v. 560.  
 Mandöber und Paraden 127, 173, 187, 199, 366, 421, 483, 484, 491, 493, 506, 580, 589, 592, 615, 616, 623, 653, 656, 696, 714, 728, 729, 737, 748, 769.  
 Mansfeld 22 f., 540, 763.  
 Manston 264.  
 Mantouffell Otto v. 39, 390.  
 Manuel, König von Portugal 461.  
 Manz Otto 564.  
 Manzel Ludwig 763.  
 Manzell am Bodensee 44.  
 Mara, La 40.  
 Marbach 135.  
 Marburg (Deutschland) 197, 353, 447, 609, 674.  
 Marc Aurel 461, 628.  
 Marchet, Minister 357, 400, 403, 456.  
 Marcks Erich 502.  
 Marconi 96, 144, 207, 449, 514, 772.  
 Marcus Otto 398.  
 Marbut 193.  
 Margareten (Wien) 571.  
 Margherita, Königin 54, 57.  
 Margo Ed. 508.  
 Maria Adelheid von Luxemburg 696.  
 — Anna von Luxemburg 463.  
 — Antoinette 303, 694.  
 — Bernardina, Schwester 123.  
 — de la Paz, Prinzessin 123.  
 — Lubovika, Kaiserin 570.  
 — Luise, Erzherzogin 335.  
 — Königin von Bulgarien 406.  
 — Stuart 450.  
 — Theresia von Bayern 679.  
 „Maria von Magdalena“ von Heyse 84, 188, 576.  
 Maria-Saach 69, 163.  
 — Zell 459, 571, 689, 690.  
 „Maria Heimgang“, Kirche 60.  
 Marie, Königin von Hannover 393 f.  
 Marienbad 251, 370, 459, 484, 533, 560, 592, 593, 627, 637.  
 Marienberg 345.  
 Marienbrücke (Wien) 509.  
 Marienburg 117, 138, 491, 545 f.

Marienfelde 135, 190.

Marienfirche am Berge  
Sion 60.

Marine (Handels- u. Kriegs-  
marine) 2 f., 4, 5, 9, 18,  
19, 22, 23, 26, 61 f., 64,  
65, 92, 94, 97, 100, 101,  
105, 106, 108, 111, 145,  
153, 154, 157, 158, 160 f.,  
162, 164, 167, 173, 180,  
181, 207, 212, 215, 218,  
220, 221, 222 f., 226 f.,  
230, 231, 244, 249, 260,  
261, 262, 263, 264, 265,  
268, 269, 270 ff., 273, 274,  
275, 276 ff., 285, 293, 301,  
305, 306, 308, 315, 317,  
318, 319, 320, 324, 325,  
327 f., 346, 347, 363,  
365, 366 ff., 368, 371, 386,  
394, 406, 407, 408, 411,  
412, 416 f., 422, 423,  
424 f., 431, 432, 434, 439,  
442, 461, 463, 464, 465,  
466, 470 f., 474 f., 477 f.,  
483, 484, 485, 488, 489,  
492, 510, 512, 514, 515,  
516, 518, 520, 521, 523,  
524, 526 f., 532, 534, 537,  
539, 540, 554 f., 558, 565,  
575, 576, 577, 581, 582,  
584, 586, 587, 588, 589,  
591, 592, 593, 594, 598,  
601, 602, 615, 616, 623,  
629, 630, 633, 634, 638,  
640, 643, 645, 646, 647 f.,  
649, 650, 651 f., 653, 654,  
656, 658, 661, 662, 663,  
673, 692, 698, 700, 706,  
707, 708 f., 710, 712, 713,  
715, 717, 718, 722, 731 f.,  
733, 734, 735, 736, 737,  
738, 739, 741, 748, 770,  
773 f., 776, 779, 781, 782.

Marinis, de 435.

Marion Ritty 772.

Mariza 706, 719, 724, 727.

Mark Anton 91.

„Märkische Volkszeitung“  
482 f.

Markovic Binzar 166.

Markowitsch, Professor 487.

Marfus 205.

Marmarameer 152.

Maro Francis 260.

Maroffo 19, 58, 144, 149,  
155, 161, 209, 211, 225,  
240, 242, 257 f., 271,  
273 ff., 276 ff., 310 ff.,  
313, 314, 321, 365, 367 f.,  
370, 407, 411, 414 f., 419,  
433 f., 435, 440, 441, 470,

475, 485, 487, 488, 489,  
539, 540, 585, 588, 589 f.,  
591, 592, 593, 594, 595,  
596, 597, 598, 599, 600,  
601, 604, 614, 632, 633,  
639, 643, 651, 654, 695,  
716, 734, 738, 770, 773.

Maroniten 515.

Marqueste 574.

Marrstetich 367.

Marja Toburk 603.

Marshall, Freiherr v. 432,  
651.

— Godfried 556.

— Rud. 42, 144, 252, 767.

— W. 100.

Marseille 5, 16, 56, 215.

Marşor Paul 42.

Martorsteig May 291.

Martin A. 348.

— hl. 405.

— Rud. 394, 439 ff., 470,  
479, 612.

Martinelli 300.

Martinique 153.

Martiz 452.

Martyr Justinus 240.

Martyrer 240, 451.

„Martyrium des hl. Se-  
bastian“ 630.

Marulic Marco 90.

Mary v. Teck (Königin von  
England) 524.

Maryland 583.

Mary, Dr. 551.

— (und Marismus) 18,  
23, 237, 239, 299, 390,  
395, 576, 614.

— Oberlandesgerichtsrat  
446.

„März“ 381 f.

Masaryk, Professor 46, 140,  
403, 538, 624.

Maffaua 95.

Maffenet 692.

Maffon Julie 123.

Mafuren 73, 113, 554.

Mataja 505.

Materialismus 40, 63, 122,  
191, 228, 288, 366, 395,  
716.

Mathematik 41, 231, 255,  
462, 692.

Mathew Arnold Harris 761.

Mathies 397, 449, 450, 611.

„Matin“ 258, 313 f., 527,  
630, 655, 676, 714.

Matsch Franz 459.

Matthäus, hl. 444.

Matthias, König 141.

Matthies Paul de 536.

Matzen 466, 703.

Mauchamp 367.

Mauder J. 768.

Mauer Hans 690.

Maupassant 335.

Maura, Minister 489.

Maurenbrecher May 755.

Maurer 761.

Mausbach 283, 446, 448,  
551.

Maußer Otto 556.

Mauthner Fritz 82.

Mautner Konrad 627.

„May Havelaar“ 59.

May von Sachsen 536 f.,  
605.

Mayentius 665.

Mayimian I. 205, 245,  
291, 297.

— II. 204.

— von Mexiko 90, 101,  
204, 565.

Mayimilianbrücke (Mün-  
chen) 363.

May Karl 80, 121 f., 292,  
395, 397, 559 f., 681 f.

— Willibald 304.

Mayer Ed. v. 133, 349.

— Joh. Georg 36.

— Jul. 556.

— Verlag 243.

Mayne Harry 190.

Maynooth 632.

Mayr Alb. 82, 152.

— Georg v. 15, 563.

— Julius 398.

— Michael 403.

Mayrhofer Joh. 350, 396,  
397, 451.

Mazzini 336.

Meaur 630.

Mecktlid von Magdeburg  
501.

Meckenburg 184, 442, 446,  
493, 540, 752.

— Schwerin 212, 232, 350.

Medici (Haus) 397, 398.

Medina 776.

Medizinisches (Heilfunde  
und Ärzte) 40, 41, 51,  
70, 78, 90, 132, 154, 211,  
242, 243, 245, 267, 300,  
324, 361, 381, 449, 504,  
507, 577, 580, 695.

Medy 649.

Megebe 352.

Mehemed V. 476 f.

Mehlhorn Paul 395.

Mehmed II. 262.

„Mehr Freude“ von Repp-  
ler 501.

Mehring 178, 180.

Meier Bruno 291.

- Meier-Graefe Julius 293.  
 — Lübbe W. 252.  
 „Mein Himmelreich“ von  
 Rosegger 140.  
 „Mein Leben und Streben“  
 von R. May 682.  
 „Mein Lied“ von Rosegger  
 768.  
 „Meine Hamburger Dra-  
 maturgie“ von A. Ber-  
 ger 570.  
 Meinecke Friedrich 71.  
 — Julie 156.  
 Meinungen 291, 345, 650,  
 716, 744.  
 „Meinrad Helmpeters  
 denkwürdiges Jahr“  
 von Enrica von Handel-  
 Mazzetti 140.  
 „Meister Eckhart“ 193.  
 Meister Rich. 351.  
 „Meister von Palmyra“  
 von Wilbrandt 134.  
 Meißner 33, 131, 198, 454,  
 685, 762.  
 Meißner Max 43.  
 Meffa 261.  
 Mesova 725.  
 Melanchthon 197, 570.  
 Melanie, hl. 350.  
 Melbourne 762.  
 Mella 695.  
 Memel 387.  
 Memmingen 291.  
 „Memoiren einer Sozialis-  
 tin“ 619.  
 Mendel Gregor 683.  
 — P. 228.  
 — P. J. G. 571.  
 Mendelejew 224, 410.  
 Mendelssohn 41.  
 — Felix 502.  
 Menelik, König 56.  
 Meneval, Baron 335.  
 Menger Anton 203 f., 359,  
 571.  
 — Karl 359.  
 — Max 359.  
 Menges J. 86.  
 Menschikow 222.  
 Menzi A. v. 557.  
 — von Klarbach 499, 564,  
 570.  
 Menzel Adolf 292, 300.  
 — Karl 38.  
 Menzer Paul 243.  
 Mephistopheles 291.  
 Meran 205, 405, 458.  
 Mercier 260.  
 Mercersowitsch 224, 326.  
 Mergentheim 287.  
 Meridianpark (Wien) 627.
- Merker Paul 397.  
 Merkle 556.  
 Merkles S. 344.  
 Merkur 291, 293.  
 Merry del Val 171, 375 f.,  
 572.  
 Merseburg 187, 196.  
 Mersey, Lord 694.  
 Merzina 516.  
 Mesopotamien 161, 213,  
 464, 519, 605, 616, 776.  
 Messert Franz 121.  
 Messis 761.  
 Messina 460.  
 Meßta 725, 726.  
 Mesurata 652.  
 Meszlenn 396.  
 „Meteor“ 108.  
 Meteorologie 54.  
 Methodisten 526, 562.  
 Methuen, Lord 102.  
 Metternich 210, 286, 500,  
 767.  
 Metz 92, 186, 380, 435, 494,  
 534, 666, 688, 755.  
 Metzner Franz 405, 459,  
 752, 767.  
 Metzsch von 178.  
 Meuschen 685.  
 Meudon 211.  
 Meunier Konstantin 94,  
 305, 335 f., 629.  
 Meurer Christian 448.  
 Mexiko 12, 58, 90, 101,  
 216, 262, 308, 413, 458,  
 465, 518, 584, 638, 639,  
 640, 648, 649, 702, 703,  
 779, 781.  
 Meyenberg, Professor 235,  
 386, 500.  
 Meyer Betty 211.  
 — Ed. 450, 501, 744.  
 — Ernst 82.  
 — Heinrich 41.  
 — Konrad Ferd. 59, 211,  
 304, 360, 697, 764.  
 — Professor 387.  
 — Rich. M. 40, 244, 394,  
 396.  
 — von Rnonau Gerold 617.  
 — Senfey 191, 563.  
 — Förster W. 134.  
 — Steglitz G. 196, 246,  
 293, 565.  
 Meyerfeld Max 304, 575.  
 Meyers 446.  
 Meynert Th. 300.  
 Meyer Melchior 191.  
 Meyrie Gustav 574, 695.  
 Meyjenbug Malvida von  
 195, 349.  
 Michael Emil 38, 241, 619.
- „Michael Kramer“ von  
 Hauptmann 84.  
 Michelangelo 31, 41, 246,  
 292, 397, 398.  
 Michelet Vicée 335.  
 Michetti Fr. R. 461.  
 Mickiewicz 255.  
 Middleborough 736.  
 Midhat Schukri 739 f.  
 Midia 711.  
 Michlich 91, 360.  
 Mielle Rob. 84.  
 Mignot, Erzbischof 146.  
 Mihalovich 458.  
 „Mitaja“, Schiff 269.  
 Mitellicz-Adelsky Joh. v.  
 504.  
 Mikrostop 291.  
 Milano 144.  
 Milde B. G. 140.  
 Milet 464.  
 Militärisches 2, 4, 5, 6, 7,  
 8, 9, 11, 12, 16, 18, 19,  
 23, 24 f., 26, 28 f., 32,  
 46, 47, 51, 53, 58, 59,  
 60, 61 f., 64, 66, 68, 69,  
 80, 92 f., 97, 98, 102 ff.,  
 105, 107, 110, 113, 118,  
 120, 127, 129, 133, 135,  
 145, 146, 149, 157, 158,  
 160 f., 163, 164, 166,  
 167 f., 173, 180, 182,  
 183, 190, 195, 199 ff.,  
 203, 208, 209, 211, 214,  
 218, 220, 221, 222, 224 f.,  
 226, 229, 234, 256 f., 238,  
 239, 247, 248, 249, 258,  
 259, 260, 261, 262, 265—  
 271, 272, 294, 295 f.,  
 298, 302, 303, 306, 309,  
 318, 320, 322, 327, 329 f.,  
 335, 336, 340, 347, 354 f.,  
 357 f., 359, 361, 362, 363,  
 365, 366, 367, 368, 370,  
 388 f., 390, 391 f., 401,  
 404, 406, 408, 410, 412,  
 413, 414, 420, 421 ff.,  
 424, 426 f., 428, 429, 430,  
 432, 434, 435, 437, 439,  
 440, 455, 456, 461, 463,  
 464, 465, 468, 469, 471,  
 472, 474, 475, 476, 478,  
 484, 488, 489, 491, 492,  
 493, 504, 506, 508, 509,  
 510, 512, 513, 515, 516,  
 517, 518, 520, 521, 522,  
 524, 526, 533, 534, 537,  
 538, 540 f., 558, 566, 568,  
 573, 575, 578, 579, 580,  
 581, 582, 583, 584, 586 f.,  
 589, 591 ff., 594, 598,  
 600, 601, 603, 606, 607,



- 610, 613, 615, 616, 620,  
624, 630, 631, 632, 633,  
635, 636, 638, 639, 643,  
644, 645, 646, 647 f.,  
649 f., 651, 652 f., 654 f.,  
656, 657, 658, 659 f.,  
661, 662, 663, 672, 674,  
675, 679, 681, 687, 688,  
691, 692, 695, 696, 697,  
698, 702, 706, 707, 708,  
709, 710, 712, 713, 714,  
715, 716, 717, 719, 720,  
721, 722, 723, 724, 726,  
727, 729, 731, 732, 733,  
734, 735 f., 738, 739 f.,  
741, 742, 745, 746, 748 f.,  
751, 752 f., 755, 756, 760,  
763, 764, 765, 766, 769,  
771 f., 774, 775, 776, 778,  
779, 780, 781, 782.  
Miliha, Großfürstin 166.  
Miljutow 418, 514, 634.  
Millais 11.  
Miller Ferd. 196, 293, 565,  
620, 685.  
Millerand 13 f., 15, 176,  
257, 512, 574, 643, 646,  
651.  
Millevoye 161.  
Müllöcker C. 141.  
Milner 102, 328, 422.  
Milow Stephan 360.  
Milowanowitsch 471, 635.  
Milwaukee 700.  
Mindelheim 196.  
Minerva 140, 335.  
Ming 648.  
Mingbetti 24, 121.  
Minfus 17.  
Minnegefang 259, 555.  
Minoische Kultur 306.  
Minor 205, 689.  
Minoriten 336, 690, 767 f.  
Minoz, König 213.  
Minto, Carl of 328 f.  
Miquel 33, 114, 673.  
Mirabelli 435.  
„Mirafel“ von Vollmöller  
762.  
Mirbach, Frh. v. 234, 235.  
Mirri, General 57.  
Mitsch, Oberst 167.  
Missionen (katholische und  
protestantische) 1, 2, 4,  
7, 16, 25, 26, 36, 65,  
80, 94, 108, 146, 212,  
214, 233, 240, 261, 285,  
309, 327, 341, 345, 387,  
490, 553, 559, 575, 648,  
665, 669, 755.  
Mistral Frederic 335, 574.  
Mißfeldt S. 685.  
Mitau 271.  
Mitrafanoff 149.  
Mitrowiça 90, 415, 416,  
706.  
Mittelalter 36, 38, 40, 63,  
115, 116, 121, 122, 130,  
164, 182, 190, 193, 240,  
254, 260, 287, 288, 291,  
309, 342, 343, 353, 384,  
392, 395, 398, 450, 499,  
500, 528, 558, 563, 579,  
611.  
Mitteländisches Meer 40,  
107, 145, 146, 229, 259,  
273, 301, 313, 349, 368,  
369, 408, 522, 587, 601,  
648, 651 f., 656, 733,  
734, 741, 773 f.,  
Mittelmächte (Mitteleuro-  
pa) 34, 64, 67, 98, 110,  
147, 217, 240, 251, 310,  
419, 468, 485 f., 507,  
519 ff., 523, 579, 585,  
615, 707, 730, 768.  
Mittelstaedt, Dr. A. 245.  
Mittenwalde in der Mark  
763.  
Mitterhofer Peter 509.  
Mittweida 177.  
Moabit 547, 548, 744.  
Möbius, P. J. 134, 349, 397.  
Modernismus und Moder-  
nisteneid 372—382, 392,  
397, 444, 445, 446 ff.,  
450, 451, 452, 460, 493,  
500, 501, 509 f., 511,  
527 ff., 534 ff., 553, 557,  
558, 559 f., 561, 572 f.,  
606, 607 ff., 610, 611,  
616, 621, 634, 684.  
Möbbling 252, 254, 300, 767.  
Moedebeck, Major 413.  
Mohamed Ali 411, 637.  
Mohammed der Eroberer  
580.  
Möhl Jr. 123.  
Mohl Ottmar v. 224.  
Moldau (Rumänien) 261,  
324.  
Molde 169.  
Molden B. 78.  
Molee Elias 413.  
Molenaar, Dr. 413.  
Molière 461, 681.  
Molitor Raphael 37, 287.  
Molkenbuhr 492.  
Mollath 517.  
Möller Heinrich 44.  
Moltke 6, 43, 66, 131, 197,  
244, 278, 284, 292, 293,  
347, 348, 353, 490, 530,  
565, 662.  
Moltke Helmut v. 347, 386.  
— Runo 388, 389.  
Mommjen Th. 30, 70 f.,  
117, 122, 126, 194, 244,  
246, 504.  
„Mona Lisa“ 630, 769.  
Monaco 461.  
Monastir 516, 636, 661,  
726, 728.  
Moncalieri 572.  
Monet Claude 15.  
Mongolen und Mongolei  
218, 224, 325, 582, 643,  
645, 648, 653, 664, 776,  
778 f.  
Monis 589, 630, 741.  
Monismus 40, 348, 349,  
451, 499, 546 f., 549, 641,  
667.  
„Monna Vanna“ von Maer-  
terlinck 151.  
Monreodottrin 101, 105,  
153, 214, 215, 263, 308,  
319, 584, 648, 702, 781.  
Monfalsvat 556.  
Mont Pelée 153.  
Montagnini 333 f.  
Montalembert 78, 122, 303.  
Montanus 761.  
Monte Carlo 147, 692.  
— Cassino 163, 206, 258,  
282, 451, 561.  
— Pincio 259.  
Montecuccoli 623.  
Montenegro 54, 59, 100,  
166, 211, 306, 410, 426,  
428, 429, 430, 438, 460,  
467, 469, 474, 520, 577,  
578 f., 635 f., 647, 653,  
655, 656, 657 ff., 661, 663,  
698, 699, 707, 710 f.,  
712 ff., 717, 718, 721,  
724 f., 726, 728, 735.  
Montesquieu 291.  
Montignoso 630.  
Montmartre 83.  
Montpensier, Herzog von  
714.  
Montreal 582, 688.  
Montreux 150.  
Monken 362.  
Monza 54.  
Moog 669.  
Moore Thomas 617.  
Moos 459.  
Mordwinen 324.  
Morel 597.  
Morello 301.  
Morenga 411.  
Morgan 207.  
Morganatische Ehen 50 f.  
Morgari 165.

- Morgarten 260.  
 Morgazan 725.  
 „Morgenröthe“, Zeitung 55.  
 Morgenstern Chr. 83.  
 Morike 190, 244.  
 Morin G. 211.  
 Moritz Karl 454.  
 Moritzburg (Halle) 619, 681.  
 Morland Jacques 210.  
 Morley John 242, 434.  
 Mormonen 363 f.  
 „Morning Post“ 9, 175.  
 Morre Karl 405.  
 Morris 84.  
 Morrison, Dr. J. C. 655.  
 Morrisonia 12.  
 Mörs 130 f., 246.  
 Mosel 749.  
 Moser Josef 205, 405.  
 — Rich. 571.  
 Moses 41, 69, 132, 184,  
 246, 252, 442.  
 Mostau 266, 267, 270, 271,  
 322, 325, 464, 483, 515,  
 577, 634, 635, 654, 698.  
 Moskowiten (vgl. Rußland).  
 Mossul (Mosul) 464, 636.  
 Mottl Felix 615.  
 Motu proprio 379 f.  
 Mounet-Sully 335.  
 Mozaffer-eddin, Schah 411.  
 Mozart 197, 246, 255, 300,  
 350, 359, 399, 453, 564,  
 570 f., 627.  
 Mrkojević 713.  
 Mrugoro 66.  
 M'schatta 261.  
 Muck Matth. 204, 252.  
 Mücke 37.  
 Mucke Friedr. 395.  
 Muhamed Abil 289.  
 Mühlberg 370, 510.  
 Muiden 162, 173, 221, 265,  
 468.  
 Muley Hafid 414, 419, 434.  
 Mulford 191.  
 Mullah Abdullah Aschur  
 100, 142.  
 Mühlenhof G. 304.  
 Müller Fr. G. 244.  
 Müller Adam 210.  
 — Armin 367.  
 — David S. 252.  
 — F. W. 744.  
 — G. 453.  
 — Jwan v. 285.  
 — Johannes, Dr. 78, 243,  
 288, 348.  
 — Josef 78, 79, 120, 124,  
 125, 192, 394.  
 — R. 193.  
 — Max 100, 264.  
 Müller-Meiningen 30, 342,  
 390, 646, 650, 716, 744.  
 Multatuli 59.  
 Mulvische Brücke 665.  
 Mumbauer 559, 684.  
 Mumm, Abg. 754, 760.  
 Mun, Graf de 709.  
 Münch W. 398.  
 Münch-Bellinghausen (siehe  
 unter Gahn Friedrich).  
 München 6, 30, 34, 35, 37,  
 42, 43, 44, 75, 78, 80,  
 81, 83, 84, 120, 126, 176,  
 179, 186, 196, 198, 245,  
 247, 279, 285, 286, 287,  
 291, 292, 293, 294, 306,  
 344, 347, 348, 352, 353,  
 354, 382, 394, 399, 413,  
 442, 443, 445, 448, 449,  
 451, 452, 453, 454, 492,  
 500, 501, 502, 504, 523,  
 536, 542, 553, 555, 556,  
 557, 565, 576, 614, 615,  
 616, 620, 665, 667, 679,  
 680, 685, 754, 763, 764,  
 765, 781.  
 — Gladbach 451.  
 Münchengrätz 48.  
 „Münchhausen“ von Zien-  
 hard 84.  
 „Münchner Medizinische  
 Wochenschrift“ 132.  
 „Münchner Neueste Nach-  
 richten“ 593.  
 Munder Franz 289.  
 Mundolingue 413.  
 Munkacz 53, 361, 627.  
 Münster 44, 120, 131, 240,  
 375, 387, 498, 555, 606,  
 669, 674.  
 Münsterberg Hugo 263, 398.  
 — Oskar 309, 582.  
 Münz Bernh. 564.  
 — Sigm., Dr. 592 f.  
 Muret M. 210.  
 Murmanfüste 149.  
 Murner Thomas 761.  
 Murri, Abbate Romolo 124,  
 143, 205, 380, 460.  
 Murwid 565.  
 Mürzsteg 173, 174, 321,  
 369, 370 f., 416, 418, 421,  
 657.  
 Mürzschlag 37, 52.  
 Museen und Galerien 29,  
 34, 76, 84, 90, 113, 128,  
 133, 135, 150, 198, 213,  
 231, 236, 247, 255, 261,  
 348, 360, 398, 408, 452,  
 453 f., 461, 462, 492, 503,  
 504, 508, 509, 513, 543,  
 620, 625, 627, 682, 686,  
 689, 702, 752, 764, 768,  
 779.  
 Musik und Musiker und  
 Konzerte (vgl. auch  
 Opern und Kirchen-  
 musik) 36, 41, 90, 91,  
 97, 129, 132, 141, 147,  
 188 f., 253, 263, 290, 294,  
 365, 396, 405, 459, 503,  
 508, 555, 564, 565, 571,  
 575, 617, 619, 620, 626,  
 627, 630, 689, 690, 692,  
 694, 696, 762, 767, 768 f.,  
 782.  
 Musik Mois 213, 360.  
 Musket 574.  
 Mustafa Kamel Pascha  
 580, 658, 727.  
 Muth Karl 123, 192, 240,  
 556, 559, 560.  
 — Rich. v. 254.  
 Mutter Rich. 72, 195, 245.  
 Mutsuhito 656, 703.  
 Mycielski J. v. 122.  
 Mykene 60, 90, 144, 242.  
 Mytilis 11, 36, 96, 125, 134,  
 193, 243, 254, 259, 261,  
 301, 304, 381, 406, 449,  
 450, 499, 500, 502, 558,  
 563, 619, 683.  
 Mytilene 94.

## N.

- „Nachtschl“ von M. Gorki  
 213.  
 Nadschda, Prinzessin 707.  
 Nagl Franz X., Cardinal  
 556, 624, 764.  
 Nagl-Seidler 91.  
 Nähmaschinenfabrikation  
 205, 308.  
 Nains 539.  
 Najmayer Marie v. 300.  
 Namur 774.  
 Nancy 368, 534, 714.  
 Nanjing 581, 638, 643, 648.  
 Napoleon I. 17, 107, 173,  
 176, 252, 335, 406, 534,  
 542, 563, 570, 588, 692,  
 757, 758, 759, 760.  
 — III. 238, 722.  
 — Prinz (siehe unter Viktor  
 Napoleon).  
 „Napoleon“ von Grabbe 42.  
 Narbonne 146.  
 Narziß 247.  
 Nafi 405, 460.  
 Nasr el Nuss 581.  
 Nassau 34, 305.  
 — Graf 442.  
 — Hans 696.  
 Nassreddin, Schah 214.

Natal 328, 517, 777.

Nathan, Bürgermeister 536,  
540, 562, 628.

„Nation“ 386, 643, 650.

Nationalismus und Ratio-

nalitäten 3, 4, 6, 8, 15,

22, 25, 28, 31, 33, 34,

36, 37, 45, 46 ff., 51, 52,

54, 62, 67, 73, 74, 75 f.,

78, 82, 85, 88, 92, 93,

97, 99, 101, 104, 105, 106,

108 f., 110 f., 112 f., 114,

117, 121, 122, 124, 136 f.,

138, 139, 145, 147, 150,

151, 152 f., 154, 157, 158,

159, 160, 161, 166, 173,

176, 177, 190, 198 ff., 201,

202 f., 204, 205, 209, 210,

214, 215, 219, 222, 225,

227, 229, 230, 231, 232,

235, 237, 239, 244, 247,

248, 249 f., 251, 253, 254,

256, 258, 259, 262, 263,

269, 270, 271, 273, 274,

277, 278, 282, 285, 286 f.,

295, 296, 297, 298 f., 301,

302, 307, 310, 311, 315,

317, 318, 320, 321, 322,

323, 324, 325, 327, 332,

340, 342, 348, 350, 355,

356, 357, 358 f., 363, 365 f.,

369, 370 f., 379, 382, 383,

384, 385, 387, 389, 390 f.,

392, 395, 398, 399 f., 401,

404, 405, 407, 408, 409,

410, 412, 413, 417, 419,

420, 424, 429, 432, 433,

434, 435, 436, 437, 438,

439, 440 f., 452, 455, 456,

458, 460, 461, 463, 465,

468, 469, 470, 471, 474,

478, 479 f., 483, 484, 486,

491, 493 f., 497, 498, 505,

506, 516 f., 519, 521, 522,

523, 525, 527, 529, 531,

533, 543, 544, 547, 549,

552, 553, 554, 555, 559,

561, 563, 566, 567, 568,

569, 573, 576, 579, 580,

583, 584, 590, 591, 593,

596, 597, 598, 599, 600,

603, 604, 606, 608, 610,

612, 615, 618, 620, 625,

628, 633, 634, 635, 636,

637, 638, 639, 643, 645,

648, 649, 656, 657, 661,

662, 664, 665, 672, 677,

678, 679, 685, 686, 688,

689, 690, 691, 693, 697,

698 f., 700 f., 706, 708, 709,

712, 713, 717, 722, 723,

725, 727, 729, 730, 731,

732, 734, 736, 737, 740,

742, 743, 745, 749, 750,

754, 756, 757, 758, 759,

762, 763, 766, 771 f., 773,

775, 776, 781.

Nationalliberal 28, 32.

Nationalsozial 24.

„Nationalzeitung“ 554.

Natorp Paul 193, 349.

Natter Heinrich 85.

Naturalistisches 30, 74, 134,

144, 147, 194, 197, 240,

260, 406, 453, 499, 619,

682, 695.

Naturforscher, Naturwissen-

schafiliches und Natur-

schutz 32, 34, 41, 86, 135,

231, 243, 303, 339, 348,

379, 395, 399, 446, 451,

454, 459, 507, 571, 773,

782.

Naumann Friedrich 24, 40,

74, 386, 388, 397.

— Wiflor 122.

Naumburg 293.

Nautifaa 63, 84.

Nazarener (Maler) 71, 141,

509.

Nazareth 553.

Neapel 95, 229, 259, 336,

572, 601, 628.

Nedar 135, 196.

Nedar Moriz 53, 140.

Neger 100, 143, 215, 262,

287, 363, 465, 488, 583,

587, 596, 673, 675 f., 700,

702, 779.

Negrelli 768.

Neher W. 287.

Neklanfage 204.

Nefromantie 190.

Nelidom 371.

Nelspruit 9.

Nemanjitsch 724.

Nemethy 86, 255.

Neptun (Planet) 135.

Neruda Jan 458.

Nesfle W. 133.

Nestroy Johann 91.

Nettelbeck 196.

Nether Hubert 247, 399, 620.

Neubauer Jos. R. v. 569.

„Neue Freie Presse“ 400,

403, 486, 548, 592, 593,

626.

„Neue Staatslehre“ 203 f.

„Neue Zeit“ 126, 178.

„Neues Wiener Tagblatt“

626.

„Neueste Nachrichten“ 74.

Neufundland 96, 225, 303,

576, 694.

„Neuigkeits-Weltblatt“ 625.

Neujahrsfest 770.

Neuköln 685.

Neumann Franz v. 52, 140.

— R. Eugen 134.

— W. 52.

Neumayer, Dr. Josef 567,

687 f.

Neundorfer 760.

Neuötting 247.

Neupommern 240.

Neuruppin 399.

Neusüdmales 155.

Neutitschein 141.

Neutropolitik 11, 19, 27, 28,

46, 97, 151, 161, 219,

220, 227, 228, 305, 362,

371, 408, 432, 436, 521,

522, 539, 589, 634, 635,

637, 643, 660, 696, 697,

705, 706.

Neutrebbin 246.

Neuwied 131.

Neuporf (New York) 11,

12, 56, 100, 108 f.,

154, 215, 216, 237,

247, 308, 364, 412, 413,

458, 466, 500, 518, 534,

583, 584, 620, 639, 640,

652, 694, 700, 702, 775,

779, 780, 782.

„Neuporfer Staatszeitung“

109.

Nemald J. 500.

Newcastle 736.

— on Tyne 618.

New Jersey 700, 701.

Newman 35, 36, 225, 462.

Nemski-Kirche (Sofia) 578.

„New York Herald“ 158.

„New York World“ 613.

Nibelungenlied und Nibe-

lungenfage 39, 85, 197,

243, 244, 255, 293, 299,

405, 473 f., 503.

Niceta 500.

Niebergörzdorf 748.

Niederlande (Holland) 9,

27, 28, 37, 59, 66, 97,

102, 119, 151, 154, 203,

204, 211, 227, 260, 287,

309, 310, 337, 362, 371,

391, 396, 407, 408, 419,

432, 446, 451, 466, 514,

522, 534, 547, 576, 633,

635, 664, 725, 727, 734,

754, 774 f.

Niederösterreich 46, 89, 139,

202, 203, 249, 250, 296,

299, 356, 358, 359, 402,

406, 506, 507, 566, 572,

576, 623, 689, 765 f., 768.



- Niemann Aug. 244.  
 — Gottfr. 352.  
 Nießen J. 762.  
 Niezsche 10, 41, 42, 43, 81,  
 131, 134, 190f., 196, 198,  
 210, 243, 244, 287, 335,  
 349, 396f., 452, 461, 502,  
 562, 618.  
 Niger 225.  
 Nigrita 724.  
 Nihilismus 300.  
 Nifaragua 11, 58, 101, 109,  
 153, 214, 413, 584, 665,  
 780.  
 Nite 140.  
 Nikita (Nikola) von Monte-  
 negro 166, 410, 533, 578f.,  
 636, 644, 652, 710, 713f.,  
 735.  
 Nikolai, Großfürst 656.  
 Nikolaischule (Leipzig) 681.  
 Nikolaus II. (vgl. auch Ba-  
 rismus) 15, 92f., 144, 147,  
 165, 173, 222, 268, 269,  
 307, 370, 484, 657, 710.  
 — Nikolajewitsch, Groß-  
 fürst, 149, 152.  
 Nil 100, 306, 700, 777.  
 Nimführ Raim. 44, 135.  
 Nimmwegen 97.  
 „Nineteenth Century“ 227.  
 „Ninive und Babylon“ 193.  
 Nippold Friedrich 193, 344,  
 619.  
 — Otfried 732.  
 Nippur 213.  
 Nisch 515.  
 Nischyn Nowgorod 268.  
 Niutschwang 162, 164.  
 Nizsa 462, 691.  
 Njegus Nikolaus 623.  
 Noah (bibl. Person) 349,  
 397, 500.  
 Nobel und Nobelpreis 59,  
 97, 306, 371, 462, 514,  
 564, 583, 586, 633, 634,  
 681, 775.  
 Nogi, General 656.  
 Nonneburg 341.  
 Norber, Erzbischof 33.  
 Norbert, Abt 387.  
 Nord Alexis 466.  
 Nordau Max 210, 498.  
 „Norddeutsche Allgemeine  
 Zeitung“ 19, 67, 109, 116,  
 163, 168, 169, 170f., 272,  
 274, 314, 315, 318f., 342,  
 383, 421, 427, 431, 433,  
 440, 478, 486, 527, 591,  
 593, 646, 712, 717, 723,  
 731, 745f., 749.  
 Norddeutscher Bund 22.  
 „Norddeutscher Lloyd“ 24,  
 110, 442.  
 Norden Jr. 303.  
 Norderney 120.  
 Nordhausen 85.  
 Nordlingen 22.  
 Nordostseefanal 277.  
 Nordpol 518, 703.  
 Nordpolforschung 189.  
 Nordsee 21, 160, 161, 222,  
 272, 274, 277, 416, 419,  
 488, 519, 522, 587, 621,  
 681, 712, 736.  
 Norfolk, Herzog von 10, 95,  
 227.  
 Normandie 574, 630.  
 Normannen 149.  
 Norwegen 37, 53, 59, 97,  
 169, 203, 260, 261, 305f.,  
 309, 362, 391, 397, 408,  
 419, 432, 514, 526, 582,  
 584, 605, 630, 634, 697,  
 775f.  
 Noske 390, 391.  
 Noßitz-Riened R. v. 36, 449,  
 499, 751.  
 Noten und Ultimatus 589,  
 601f., 604, 657, 658, 659,  
 705, 706, 721, 727, 729,  
 731.  
 Nothnagel Herm. 405.  
 Notre Dame 209.  
 Novaggio 576.  
 Novak Arne 458.  
 Novalis 83, 106, 133, 243,  
 291.  
 Novibazar (Sandschak) 415,  
 416, 419, 426f., 428, 429,  
 430, 436, 469, 658.  
 Novicom J. 99.  
 Novilatin 413.  
 „Nowoje Wremja“ 173, 222,  
 270, 238f., 649, 736.  
 Nuntiaren und Nuntien  
 332f., 374, 394, 456, 526,  
 557, 575, 610, 621, 667.  
 Nuovo Roman 413.  
 Nürnberg 67, 69, 85, 131,  
 135, 150, 195, 279, 287,  
 293, 294, 354, 442, 504,  
 547, 551, 558, 613, 614,  
 620, 666, 686, 762, 763,  
 764, 768, 782.  
 Nyiri 201, 355.  
 Nymphenbad in Dresden  
 619.  
 O.  
 Obdach 509.  
 Obeid El 699, 700.  
 Oberammergeau 37, 41, 291,  
 556, 560, 564.  
 Oberkassel 353.  
 Oberlin“ 619.  
 Obermaier Hugo 684, 760.  
 Oberösterreich 139, 254,  
 299, 356, 358, 397, 460,  
 506, 689, 768.  
 Oberplan 361.  
 Obervellach 300.  
 Obolensky, Fürst 149, 223.  
 Obrenowitsch, Dynastie 165,  
 306.  
 Ochrida 661, 726, 728.  
 Ockelmann Rob. 454.  
 O'Connell Daniel 397.  
 Odenburg 626.  
 Oder 90.  
 Odeffa 98, 173, 268, 271,  
 324, 578.  
 „Oedipus“ 353, 404, 558, 616.  
 „Oedipus auf Kolonos“ 41.  
 „Odyffee“ 63.  
 „Odyffeus“ 619.  
 Oehl W. 556.  
 Oerley Rob. 91.  
 Oerzen Dietrich v. 762.  
 Oesteren Jr. W. v. 360.  
 Ofen-Pest (Budapest) 52,  
 53, 135, 137, 140, 141,  
 160, 200, 203, 249, 255,  
 294, 295, 300, 321f., 355,  
 359, 360, 361, 364, 402,  
 404, 405, 425, 426, 430,  
 457, 459, 508, 568, 622,  
 627, 635, 686, 766, 767,  
 782.  
 Offenbach (Stadt) 247.  
 Offermann 52.  
 Ogalla-Siouxi 779f.  
 Ogden Armour 583.  
 Ohio 216, 703.  
 Ohmann 255, 405.  
 Ohorn Anton 626.  
 Ohr W. 243.  
 Okultismus 190, 349, 499,  
 557, 558, 563, 564.  
 Oklahoma 262.  
 Oktoberfest in München 565.  
 Okuma, Graf 411.  
 Olang 571.  
 Olberg 410.  
 Olbrich 454.  
 Oldenburg 232.  
 — A. S. 413.  
 Ole Bull 97.  
 Olga, Großfürstin 711.  
 Olivetaner 52.  
 Olivier, Burenführer 8.  
 — Emil 770.  
 Olmütz 91, 251, 432, 595.  
 Olrid Hans 563.  
 Olten 259, 361.  
 Olymp 759.

Olympische Spiele 326, 461.  
 „Olympischer Frühling“ 305.  
 Omar el Karab 580.  
 Ompteda 352.  
 Oncken W. 348, 560.  
 Onnes Kamerlingh 775.  
 Operetten 141, 768 ff.  
 Opern 42, 84, 247, 294, 453, 458, 462, 508, 512, 543, 554, 564, 620, 680, 685, 692.  
 Opernhaus in Wien 300.  
 Ophelia 212.  
 Opitz Ambros 449.  
 Opium 517, 641, 782.  
 Oppeln-Bronikowsky 41, 462.  
 Oppenheimer, Dr. Franz 498, 552.  
 — Felix v. 303.  
 Oppert 207.  
 Oppersdorff, Graf 551, 562, 672, 761.  
 Oppert Julius 126, 303.  
 Optik 462.  
 Orange 17.  
 Oranien (Haus) 66, 398 f., 408.  
 Oranienfreistaat 8, 102 ff., 264, 517.  
 Orano D. 301.  
 „Orden des Heiligen Gra-  
 bes“ 282.  
 Orden, geistliche, und Kon-  
 gregationen 15, 16, 32,  
 37, 52, 68, 69, 81, 90,  
 91 f., 96, 116, 117, 146,  
 150, 208 f., 232, 255 ff.,  
 281, 283, 328 ff., 337,  
 343, 361, 393, 394, 395,  
 446, 450, 451, 462, 534 f.,  
 545 f., 548, 550, 558, 568,  
 574, 575, 605, 610, 617,  
 629 f., 671 f., 683, 689,  
 753 f., 767, 770, 774, 775.  
 — weltliche 77, 313, 334,  
 455, 673, 709, 773.  
 Oregon 518, 640.  
 Orel Anton 556.  
 Orientalismus und Orient-  
 politik 15, 26, 111, 141,  
 158, 159, 173, 217, 249,  
 256, 261, 288, 309, 330,  
 359, 395, 398, 408, 415,  
 427, 431, 473, 482, 483,  
 499, 502, 516, 519 f., 523,  
 524, 536, 537, 563, 578,  
 587, 634, 655, 659, 664,  
 665, 682, 712, 744, 761,  
 766, 773.  
 Origenes 452.

„Orion“, Schiff 632.  
 Orleans, Herzog von (Or-  
 leanisten) 511, 573.  
 Orpheus 244.  
 Orth Johann 569.  
 Orthodorie 98 f., 100, 166 f.,  
 267, 286, 323, 408, 462,  
 618, 662, 705, 711, 761,  
 766, 776.  
 Oskar von Schweden 151,  
 408.  
 Osmantje 636.  
 Osnabrück 69 f.  
 „Osservatore Cattolica“ 124.  
 „Osservatore Romano“ 10,  
 57, 124, 143, 172, 337,  
 373, 374, 528 f., 530, 665.  
 „Ostdeutsche Rundschau“  
 250, 625.  
 „Österreichische Illustrierte  
 Zeitung“ 405, 413, 454,  
 456, 458, 459, 460, 462,  
 466, 504, 507, 508 f., 512,  
 513, 517, 546, 565, 570,  
 571, 572, 574, 578, 579,  
 584, 626, 627, 630, 635,  
 640, 685, 686, 689, 690,  
 692, 695, 697, 698, 703,  
 763, 767, 768, 774, 779.  
 „Österreichische Rundschau“  
 252, 487.  
 Österreich-Ungarn 2, 11, 12,  
 13, 19, 21, 27, 35, 36, 37,  
 38, 45—54, 72, 78, 80, 86  
 bis 91, 94, 95, 96, 107,  
 110, 111, 115, 117, 123,  
 124, 130, 135—141, 142,  
 148, 149, 151, 158, 159,  
 160, 161, 167, 169 f., 188,  
 190, 191, 198—205, 206,  
 217, 223, 237, 238, 240,  
 248—255, 258, 261, 272,  
 278, 286, 291, 294—301,  
 307, 309, 310, 311, 312,  
 313, 314, 315, 316 f.,  
 320, 323, 325, 326, 336,  
 346, 348, 354—361, 369,  
 370, 372, 374, 391, 396,  
 397, 399—405, 406, 410,  
 415 f., 418, 419 f., 421,  
 423, 425 ff., 428 ff., 434,  
 435 ff., 437 f., 440, 451,  
 452, 456—460, 463, 464,  
 467 ff., 471 ff., 475, 479,  
 483, 484, 485 f., 487, 490,  
 491, 500, 505—509, 510,  
 515, 517, 519 f., 524, 534,  
 537 f., 540, 544, 545, 547,  
 548, 556, 559, 560, 561,  
 566—572, 575, 576, 578,  
 580, 583, 584, 586, 590,  
 592, 600, 604, 613, 617,

618, 621—627, 646, 649,  
 650, 652, 654, 659, 660,  
 661, 662 f., 664, 678, 683,  
 686—690, 691, 698, 706,  
 707, 708, 709, 710 f., 713,  
 714, 715, 716, 717, 720,  
 724, 729 f., 731, 735,  
 737 ff., 740, 741, 744,  
 751, 752, 760, 761, 764  
 bis 769, 774, 776, 781.  
 Osterwald, Prof. 364.  
 Oligoten 134, 253.  
 Ostia 769.  
 Ostini F. v. 565.  
 Ostmark 72, 140.  
 Ostromellen 655, 706.  
 Ostsee und Ostseeprovinzen  
 21, 98, 160, 161, 212,  
 271, 276, 277, 324, 326,  
 408, 419, 519, 564, 619,  
 737.  
 Ostwald 243, 396, 413, 514,  
 557.  
 Ostwald Hugo 285.  
 Otero 83.  
 Otter 690.  
 Ottawa 154.  
 Ottenthal G. v. 252.  
 Otto III. 555.  
 — Erzherzog 360.  
 — König von Bayern 680,  
 752.  
 — von Griechenland 711.  
 — von Wittelsbach 353,  
 620.  
 Ottofkar, Markgraf von  
 Brandenburg 69.  
 Ottonen, Dynastie der 66.  
 Duchy 659.  
 Deutsche Polje 724.  
 Overbeck 31, 106, 206, 396.  
 Ow Anton, Freiherr v. 349,  
 397, 500.  
 Owen Robert 304.  
 Oxford 36, 63, 79, 155, 242,  
 303 f., 251, 372, 407, 592.  
 Ozanam 761.

## P.

Paardeberg 8.  
 Paasche 389, 606, 673.  
 Pacaf 46, 357.  
 Pacher Michael 761.  
 Pachtkos 326.  
 Paderborn 565.  
 Paderemsky 568 f., 571.  
 Pädagogik 39, 123, 134,  
 140, 204, 450, 553, 616,  
 684, 766, 782.  
 „Pageant zu Warmick“ 407.  
 Pagels 763.

- Palacky 51, 683.  
 Palanfa 726.  
 Palästina 140, 158, 211,  
 213, 364, 494, 498, 551,  
 636, 755.  
 Palästra 133, 291.  
 Palermo 144, 301, 308.  
 Palestina 564.  
 Palic, Pater 711.  
 Palizzolo 142.  
 Pallas Athene 140, 353,  
 759.  
 Pallavicini 467, 765.  
 „Pall-Mall-Gazette“ 598 f.  
 Palma 153.  
 Palten S. v. d. 123.  
 Pamirgebiet 265.  
 Panama und Panamafan-  
 dal (Panamafanal) 11,  
 101, 105 f., 153, 157,  
 214 f., 216, 262, 263, 308,  
 363, 366, 466, 584, 639,  
 694, 702, 772, 780, 781.  
 Pangritz Mar 13.  
 Pant, Dr. 38.  
 Panthurst 772.  
 Panneau 459.  
 Pantheismus 286, 290, 447,  
 458, 535, 559.  
 „Panther“, Kanonenboot  
 589, 597.  
 Paoli Betty 451.  
 Papin 353.  
 Pappenheim v. 522 f.  
 Paprikow 529.  
 Pappitum 16, 31, 35, 36,  
 37, 38 f., 51, 52, 54, 55,  
 57 f., 67, 69 f., 79, 81,  
 92, 95, 116, 118, 119,  
 121, 122, 123, 124, 126,  
 132, 142 ff., 162, 163,  
 168—172, 186, 187, 190,  
 205 f., 209, 234, 235, 240,  
 252, 255 ff., 258 f., 282,  
 283, 296, 298, 301, 305,  
 309, 325, 327, 330—334,  
 343, 344, 350, 351, 373  
 bis 382, 387, 398, 445,  
 446 ff., 449 f., 452, 456,  
 460 f., 462, 494, 499,  
 509 f., 511 f., 523, 526,  
 527—532, 534 ff., 545,  
 551, 552 f., 558, 560, 561,  
 562, 563, 564, 572 f., 605,  
 606, 607 ff., 610, 616,  
 617, 618, 621 f., 628, 633,  
 664 f., 666 f., 670 f., 684,  
 688, 755, 765, 769.  
 Papyrus 152.  
 Paracelsus Theophrastus  
 140, 252, 349.  
 Paraguay 665.  
 Bardini, Monsignore 552.  
 Paris 10, 12, 13, 15, 16, 17,  
 25, 27, 36, 55, 56, 80, 83,  
 84, 85, 90, 91, 93, 94,  
 100, 123, 145, 146, 147,  
 162, 166, 168, 169, 175,  
 198, 203, 207, 208, 209,  
 211, 213, 228, 252, 253,  
 255, 258, 264, 274, 276,  
 302, 303, 304, 311, 319,  
 333, 334, 335, 336, 353,  
 367, 374, 406, 413, 421,  
 462, 472, 475, 482, 489,  
 490, 512, 513, 523, 524,  
 527, 532, 533, 538, 556,  
 571, 573, 574, 591, 592,  
 594, 601, 630, 631, 635,  
 638, 641, 676, 688, 691,  
 692, 695, 711, 728, 729,  
 734, 738, 739, 741, 761,  
 770, 775, 782.  
 Paris Gaston 915, 210.  
 Pariser 262 f., 407.  
 Parpfrieder 508.  
 Parlamentarischer 9, 14, 16,  
 19, 25, 26, 27, 29, 31,  
 32, 33, 34, 42, 45, 46,  
 47 ff., 50, 51 f., 61, 62,  
 65 f., 68, 73, 74, 77, 78,  
 86 ff., 90, 91, 95, 96, 101,  
 102, 103 f., 106, 107, 108,  
 110, 114, 115, 117, 126,  
 127, 129, 135 f., 137 f.,  
 140, 141 f., 144, 146, 151,  
 155, 156, 157, 158, 160 f.,  
 162, 165, 167, 168, 170,  
 174, 175, 176, 177, 178,  
 179, 181, 184, 185, 186,  
 188, 197, 198 f., 200, 201,  
 202, 203, 206, 207, 209,  
 225, 226, 227, 228 f., 232,  
 234, 235 f., 237, 238, 240,  
 247, 248 f., 250 f., 255 ff.,  
 258, 260, 266, 270, 272,  
 273, 275, 277 ff., 280,  
 281 f., 283, 286 f., 294 f.,  
 297, 299, 301 f., 303,  
 305 f., 307, 308, 311,  
 312, 313, 315, 316 ff.,  
 319 ff., 322 ff., 327 f., 329 f.,  
 334, 336, 337 ff., 341 ff.,  
 345, 346 f., 354 ff., 357 f.,  
 362, 366, 367, 368, 369,  
 370, 373 f., 382 ff., 386,  
 389 f., 391 f., 392 f., 394,  
 397, 400 ff., 404, 407,  
 408 f., 414 ff., 417 f., 420,  
 422, 424, 426 f., 428, 432,  
 435, 436, 437 f., 440, 441 f.,  
 443, 444, 452, 454, 456,  
 457 f., 461, 463, 464, 467,  
 468, 470, 473, 474, 475,  
 476, 479 f., 481, 483, 487,  
 488, 490, 491, 497, 501,  
 505 f., 507, 508, 510, 511,  
 512, 513, 514 f., 516, 517,  
 518, 520, 522, 523, 524,  
 525, 526, 527, 529, 530,  
 531, 532, 533, 537, 539,  
 540, 541 f., 543, 544 f.,  
 548, 549, 550, 553, 554,  
 555, 561, 566, 568, 569,  
 572, 574, 575, 577, 578,  
 579, 580, 581, 582, 583,  
 586, 587 f., 590, 591, 593,  
 596, 597, 598, 599, 600,  
 603, 604, 605, 606, 607,  
 608, 609, 612, 613, 615,  
 617, 618, 620, 622 ff.,  
 626, 627, 629, 631, 633,  
 634, 636, 638, 639, 645,  
 646, 647, 648, 649 f., 651,  
 652, 653, 658, 660, 662,  
 664, 665, 666, 667, 668,  
 669, 671, 672 f., 673,  
 674 f., 676, 678, 679, 680,  
 684, 686, 688, 690, 692,  
 693 f., 695 f., 697, 698,  
 702, 703, 707, 708, 709,  
 712, 713, 714, 718, 719,  
 720, 723, 724 f., 727, 734,  
 736, 737 f., 739, 740, 741,  
 742, 744, 749, 751, 752,  
 753 f., 755, 764, 765, 766,  
 769, 770 f., 772, 774, 775,  
 776, 778, 781, 782.  
 Parma (Haus) 406, 623, 769.  
 Parodi 692.  
 Parfchalk Josef 255, 405,  
 571, 690.  
 Parfeval, Major v. (und  
 „Parfeval“, Luftschiff)  
 354, 455, 505, 509, 695,  
 710, 744.  
 „Parfival“ von Richard  
 Wagner 679, 742, 775.  
 Parthenon 141, 151 f.  
 Pasadena 584.  
 Paschal 461.  
 „Pascendi dominici gre-  
 gis“ 377 ff., 449, 450,  
 451, 535, 557, 562, 573,  
 608, 684.  
 Pasic, Minister 410, 718,  
 730.  
 Pasolini Pier Desiderio  
 336 ff.  
 Passionspiele 36, 37, 41,  
 205, 458, 556, 560, 564,  
 626, 689.  
 Passy Jr. 151, 424.  
 Pasteur 13, 258.  
 Pastor Ludwig 35, 36 f., 38,  
 71, 123, 240 f., 683, 761.



- Pastor Willy 194.  
 Pataticaberg 726.  
 Patentrecht 674.  
 Pater Walter 106.  
 Patin W. 500.  
 „Patria“ 625.  
 Pattai, Dr. Rob. 506, 507.  
 Patterson 55.  
 Pau 734.  
 Paul V., Papst 259.  
 — Großfürst 775.  
 Paulsen Friedrich 234, 349,  
 380, 398, 441, 448.  
 Paulus, hl. 197, 344, 375,  
 376, 579, 605.  
 — Nikolaus 450, 562.  
 Pauly Aug. 134, 247, 349,  
 353.  
 Pavelescu 410.  
 Pawenski Peter Skarga 684.  
 Pawlowic 166.  
 Payer v. 672.  
 Pazifismus 563, 597, 708,  
 729.  
 Pazmany 36.  
 Peabody F. G. 304, 364.  
 Peano, Prof. 264.  
 Peary 518, 703.  
 Pech Gabriel 574.  
 Pechenard 80.  
 Pecht Friedrich 196.  
 Pedro, Kaiser von Brasilien  
 53.  
 Peez Alex. v. 35, 44, 140,  
 240, 289, 359, 498, 689.  
 Pégoud 732.  
 Peirce 683.  
 Peitsang 6.  
 Peking 2, 3, 4, 6, 7, 25,  
 27, 64, 68, 100, 131,  
 155, 214, 220, 224, 517,  
 587, 638, 643, 648, 649,  
 655, 778.  
 Peladon 210.  
 Pelasgar 699.  
 „Pelleas und Melisande“  
 von Maeterlinck 97.  
 Bellegrino 192, 572, 762.  
 Pelletan 145, 158.  
 Pelletan 16.  
 Pelzer Aug. 260.  
 Pena 584.  
 Pennacilio 336.  
 Penzler Joh. 194, 394, 396.  
 Perci 225.  
 Percy 274.  
 Père-Lachaise 17, 94.  
 Pergamon-Museum 76, 262.  
 Perignon, Dom 574.  
 Perifles 66.  
 Perkmann J. 125.  
 Perlepe 726.  
 Bernerstorfer Engelbert 46,  
 524, 623.  
 Perntner J. M. 122.  
 Perozi 141.  
 Perrault 574.  
 Perry John 106.  
 „Perse, Die“, von Aeschylus  
 198.  
 Persien und persischer Golf  
 10, 12, 13, 56, 98, 100, 105,  
 107, 126, 152, 158, 161,  
 162, 164, 173, 213, 217,  
 224, 225, 267, 270, 327,  
 328, 369, 372, 411, 418,  
 421, 434, 463, 464, 466,  
 471, 484, 517, 538, 539,  
 540, 577, 581, 585, 587,  
 605, 637, 643, 646, 648,  
 653, 656, 659, 716, 720,  
 736, 778.  
 Peru 58, 216, 308.  
 Perugia 534.  
 — Bingen 769.  
 „Peruvian Amazon Com-  
 pany“ 694.  
 Pesch Heinrich 290.  
 — P. 762.  
 Peschendorf 686 f.  
 Peschta 402.  
 Pest (Seuche) 246.  
 Peter der Große 514, 578,  
 635, 696.  
 — von Serbien 166, 261,  
 524, 586, 635, 726, 729.  
 Peterhof 98.  
 Petermann Reinh. G. 508.  
 Peters Karl 348.  
 Petersburg 12, 111, 136,  
 144, 148, 149, 166, 167,  
 174, 212, 219, 223, 224,  
 228, 266, 267, 271, 315,  
 321, 325, 410, 419, 428,  
 430, 463, 469, 472, 524,  
 532, 539, 577, 578, 634,  
 635, 654, 708, 713, 720,  
 776.  
 Petersdorff Herm. v. 348,  
 682.  
 Peterfen Julius 290.  
 Peterskirche (Hudelsberg)  
 131.  
 — in Rom 57, 154, 563.  
 Petöfi 508, 570.  
 Petrarca 259.  
 „Petropawlowsk“, Schiff  
 220, 229, 776.  
 Petrunewitsch 323.  
 Petrus, hl. 38, 116, 118,  
 228, 323, 377, 381, 445,  
 535, 605, 662.  
 Petry Dominikus 351, 449.  
 Pettschili 7, 26.  
 Petschomo 726.  
 Bettenhofer Max v. 82, 353,  
 504.  
 Pechendorfer L. 294.  
 Pechet Christian 133.  
 Pechold Gertrude v. 228.  
 Pech Ordeiz 96.  
 Pechfuß R. 459.  
 Pechzei 250.  
 Pfadfinderwesen 756, 767.  
 Pfannkuche A. 134.  
 Pfannmüller 452.  
 Pfannschmidt Fr. 43, 353.  
 — Paul 620.  
 Pfeiffer Ernst 247.  
 Pfeilschifter J. B. v. 761.  
 Pfenneberger 556.  
 Pfeischner Robert 255.  
 Pfister Alb. 40, 364.  
 Pfizner S. 133, 247.  
 — W. 82.  
 Pfleger Lucian 683.  
 Pfeleiderer D. 134, 288, 345.  
 Pfugt-Gartung 502.  
 Pfohl Ferd. 453.  
 Pfordten D. v. d. 762.  
 Pforr 106.  
 Pfungst Artur 81.  
 Phädra 147.  
 Pharmazie 51.  
 Phigalia 151.  
 Philadelphia 109, 518, 582,  
 583, 639, 702 f.  
 Phikae 100, 777.  
 Philipp II. 489.  
 — R. 768.  
 — von Orleans 511.  
 Philippi 481.  
 Philippinen 101, 153, 215,  
 364, 411, 412, 466.  
 Philippson Martin 501.  
 Philistion 757 f.  
 Phillips G. 240.  
 Philosophie und Philo-  
 sophen 10, 19, 28, 37,  
 38 f., 40, 41, 53, 71, 81,  
 82, 86, 99, 128, 133, 134,  
 172, 193, 195, 207, 210,  
 215, 228, 242 f., 244, 253,  
 254, 285, 286, 288, 289,  
 290, 299 f., 303, 339, 348,  
 349, 351, 352, 359, 364,  
 365, 367, 368 f., 381, 395,  
 396 f., 398, 413, 447, 448,  
 451, 458, 462, 499, 502,  
 526, 535, 573, 608, 619,  
 620, 621, 622, 641, 680,  
 682, 683, 695, 701, 761.  
 „Phonetische Weltchrift“  
 309.  
 Phonographen 53, 100, 154,  
 198.

- Photographie 86, 198, 259, 294, 459, 767.  
 Phyletisches Museum 682.  
 Physik und Physiker 34, 41, 207, 335, 339, 353, 359, 449, 563 f., 692.  
 Pianori Villa 406.  
 Pic J. B. 624.  
 „Piccolo monde antico“ von Fogazzaro 96.  
 „Piccolo monde moderno“ 96.  
 Piccolomini Aneas Silvio 204.  
 „Piccolomini“ von Schiller 286.  
 Pickler Adolf 299, 360, 509.  
 — Alois 37, 80, 536.  
 Pichon 367, 374, 415, 527, 539, 574, 719.  
 Picquart 368.  
 Piedboeuf Lambert 86.  
 Piemont 336.  
 Pientaf 45.  
 Piepen 495.  
 Pietich J. 351.  
 Pietschmann 40.  
 Piehsch M. 685.  
 Piffel, Kard. Dr. Gust. 765.  
 Pifftraden Jos. 459.  
 Pilgrim, Bischof 39, 243.  
 Pillau 23.  
 Pillemont D. v. 253.  
 Pilsen 47, 688.  
 Pilz Emil 289.  
 Pinatothek 555.  
 Piot 15.  
 Piper Otto 44, 205.  
 „Pippa geht vorüber“ von Browning 228.  
 Piräus 523.  
 Pirmafens 565, 685.  
 Pirna 178.  
 Pirquet 203.  
 Pifa 659.  
 Piffaro Camille 15.  
 Pitolfi 509.  
 Pitreich 248, 357 f.  
 Pitt 277.  
 Pittsburg 412.  
 Pius IX., Papst 122, 241, 381.  
 — X., Papst 169—172, 287, 329, 330 ff., 351, 374 bis 382, 386, 397, 403, 445, 447 ff., 450, 460, 509 f., 527—532, 536 f., 564, 572 f., 621 f.  
 „Pius-Verein“ 298, 403, 626.  
 Placht Rich. 627.  
 Plantinofat 687.  
 Planiza 658, 724.  
 Plank R. Chr. 289.  
 Plastik 454, 459.  
 Platzmann, Professor 375.  
 Platen Aug. v. 42.  
 „Plattform“ 11.  
 Plato 36, 40, 183, 193, 448, 449, 461, 463, 563.  
 Plathhoff-Dejeune 408.  
 Plauen 593.  
 Plehwe 223.  
 Plener v. 203, 524, 619, 626.  
 Plewna 149, 410, 716.  
 Plutarch 39.  
 Pluto 759.  
 Plymouth 227.  
 Bobjedonofzew 99, 267, 408.  
 Pucci Franz 42, 396.  
 Podgoriza 636.  
 Pöchlarn 255, 299.  
 Poestion J. C. 53, 253.  
 Pohle 120.  
 Pöhlmann Rob. 82, 132.  
 Poincaré Jules Henry (Physiker) 535, 462, 692.  
 — Präsident von Frankreich 462, 643, 651, 654, 657, 660, 664, 691, 692, 709, 722, 728 f., 733 f., 747, 769.  
 Pokrowski Wladimir 764.  
 Pola 255, 477, 662.  
 Polarforschung (siehe unter Nordpolforschung und Südpol).  
 Pole 45.  
 Polen 11, 33, 40, 49, 62, 72, 73, 75, 98, 112 ff., 117, 122, 126, 137, 138, 139, 147 f., 149, 158, 169, 177, 184, 192, 212, 222, 235 f., 238, 239 f., 245, 248, 250, 251, 267, 268, 271, 284, 287, 307, 315, 320, 322, 323, 324, 337, 342, 345, 356, 358, 382, 383, 385, 392 f., 394, 396, 399, 401, 403, 408, 409, 410, 441, 450, 456, 480, 481, 482, 492, 495, 429, 530, 538, 540, 548, 549, 555, 568, 569, 577, 583, 612, 623, 634, 635, 672, 675, 679, 684, 686, 698, 730, 742, 752, 754, 756, 761, 767, 776..  
 „Politiken“ 212.  
 Polizeiwesen 31, 34, 55, 56, 105, 146, 184, 188, 205, 208, 236, 260, 263, 266, 267, 271, 288, 294, 306, 311, 312, 313, 314, 322, 325, 329, 347, 355, 357, 367, 422, 456, 457, 461, 464, 471, 481, 487, 490, 502, 511, 512, 514, 515, 538, 539, 541, 542, 547, 548, 578, 581, 582, 585, 613, 630, 635, 676, 686, 702, 764, 765, 766, 777, 778.  
 Polizeihunde 294.  
 Pöhlmann Ansgar 36, 37, 80, 191, 192, 241, 287, 350, 394, 450, 451, 500, 559 f., 561, 616.  
 Polonji 404.  
 Polygamie 363 f.  
 Pomaken 699.  
 Pomern 544.  
 Bongracz Siegfried 508.  
 Pontinische Sümpfe 144.  
 Popiel Anton 255.  
 Pöplau 386.  
 Popp J. 344, 395.  
 Poppel G. v. 682 f.  
 Popper (siehe Lynfeus).  
 Porich, Abgeordneter 69, 232 f., 343, 393, 495, 548.  
 Port Arthur 25, 98, 161, 164, 173, 218, 220 ff., 224, 265, 268, 270, 463.  
 Portsmouth 268 f., 276, 328.  
 Portugal 9, 96, 150, 155, 161 f., 203, 310, 461, 526, 545, 560, 561, 575, 633, 643, 651, 664, 665, 692, 695 f., 732, 775.  
 Posa, Marquis 489.  
 Posadowski, Graf 116, 338 f., 385, 386, 394, 491.  
 Poscheruner Mühle 698.  
 Poschinger G. v. 39, 194, 502, 615.  
 Posen 33, 72, 73, 113, 114, 115, 184, 197, 236, 284, 345, 353, 491, 498, 565, 742, 752, 763, 764.  
 „Post“ 747.  
 Postwesen 13, 34, 35, 43, 73, 78, 96, 100, 141, 142, 151, 162, 211, 260, 261, 271, 308, 325, 336, 371, 428, 465, 469, 470, 505, 513, 579, 628, 632, 659, 767, 772.  
 „Potemkin“, Schiff 268.  
 „Potuan“ 93.  
 Potocfi 456, 571.  
 Potsdam 66, 68, 85, 111, 131, 247, 478, 533, 538, 539, 543, 585, 587, 591, 634, 640, 652, 717, 749, 781.

Pögleinsdorf (Wien).

Prade 357.

Präraffaeliten 11, 106, 147, 304, 351, 397.

„Praeterita“ 228.

Prag 37, 46, 88, 90, 139, 195, 248, 250, 285, 297, 298, 299, 397, 403, 405, 456, 457, 458, 505, 506, 507, 568, 624, 625, 626, 627, 683, 687, 692, 765, 768.

Pragmatische Sanktion 50, 252, 358, 401, 766.

Praschek 402.

Praschma, Graf 446.

Prater (Wien) 570, 768.

Prato 56.

Preller Friedrich 246, 293. — Hermann 246.

Presbiter 352.

Presbyterianer 214, 227, 379.

Preßburg 405, 627.

Preßel B. v. 152.

Preßense 435, 511.

Pretoria 8, 9, 102, 264, 309.

Preuß Hans 395.

Preußen 4, 12, 21, 23, 24, 27, 30, 32, 33, 35, 41, 67, 68, 69, 72, 74, 75, 77, 80, 88, 90, 96, 111, 112, 113, 114f., 116, 120, 122, 129, 130, 133, 138, 144, 147, 164, 177, 180, 184, 185, 186, 187, 188, 189f., 193, 195, 198, 210, 232f., 234, 235f., 237, 239, 243, 247, 272, 279, 280, 281, 282f., 309, 318, 320, 337, 338f., 340, 341, 347, 348, 360, 386, 387, 388, 389, 392, 393, 433, 441, 443, 444, 446, 450, 454, 468, 479, 481, 486, 490, 491, 492, 493f., 495f., 498, 500, 529, 530, 531, 540, 542f., 544f., 547f., 550, 555, 560, 566, 568, 577, 579, 588, 607, 608, 609, 612, 613, 617, 619, 630, 640, 665f., 673, 674f., 676, 677, 678, 679, 683, 685, 717, 731, 741, 742f., 745f., 748, 749f., 751, 753, 754, 755, 756, 758f., 760, 775.

„Preussische Jahrbücher“ 346, 351, 442.

Prevesa 602, 740.

Prezzolini 558.

Priegnitz 69.

Priegnitz Vinzenz 361, 405, 509.

Primiero 768.

Prinetti 95, 141 f.

Prinsloo 8, 9.

„Prinzipien der Psycho-  
logie“ von Spenar 207.„Prinzregent Luitpold“,  
Schiff 673.

„Priscillian“ 287.

Priszen 728.

Pristina 652.

Prizwalf 22.

Prizrend 662, 706.

Prohaska, Konsul 662, 706,

Proelß Joh. 352.

Profesch-Osten 53.

Protop Aug. 300.

Protsch J. R. 90.

Prost Joh. 291.

Protestantismus (beider  
Bekenntnisse) 1, 22f., 26,  
32, 33, 37f., 39, 52, 63,  
69, 70, 71, 72, 74, 75,  
80f., 88, 90, 94, 112,  
114, 116f., 118, 120, 121,  
125, 139f., 144, 146, 163,  
171, 184, 185, 186f., 190,  
191, 192, 193, 208, 209,  
210, 227, 232f., 234, 235,  
237, 240, 241, 242, 243,  
245, 252, 254, 281, 282,  
283f., 286, 287, 288, 292,  
298, 300, 302, 309, 323,  
332, 343, 344, 345, 350,  
359, 364, 377, 380, 381,  
387, 390, 393, 394, 395,  
397, 398, 403, 446, 447f.,  
450, 451, 452, 454, 481,  
482, 491, 493f., 498, 499,  
500f., 509, 528f., 531,  
545, 548, 550, 551, 553,  
558, 559, 560, 568, 579,  
582, 605, 606, 607, 608,  
609, 610f., 613, 618, 622,  
666, 668f., 670, 671f.,  
753f., 755, 756, 758f.,  
760, 769, 770.Provence 15, 17, 83, 150,  
335, 574.Prozeße 29, 32, 34, 54, 55, 57,  
73, 101, 138, 142, 153,  
178, 190, 206, 227, 255,  
257, 259, 260, 268, 270,  
284, 295, 325, 330, 334,  
345, 388f., 392, 405, 410,  
440, 441, 442f., 460, 463,  
467, 471, 487, 489f., 491,  
511, 512, 513, 514, 517,  
538, 555, 574, 578, 580,  
581, 613, 625, 633, 634,635, 637, 638, 643, 682,  
689, 695, 698, 702, 720,  
744, 756, 765, 766, 772,  
775, 776, 781.

Prügelstrafe 280.

Pruß Hans 80, 133, 195,  
243, 244.

Przemysl (Libussage) 204.

Przibram Ludw. v. 626f.

Psalmen (siehe auch Bibel-  
stellen) 123, 185, 405,  
620.

Psenner L. 556.

Pudor Heinrich 82.

Puertorico 466.

Pulastj 583.

Pulß Otto 450.

Punier 152.

Puppenspiele 42.

Pürgitz 690.

Purischewitsch 577, 578.

Puschtu 778.

Pustertal 571.

Putzig G. v. 75.

Puttkammer R. 761.

Puzleinsdorf 689.

Puzyna, Kardinal 622.

Pygmaen 556.

Pyramiden 262.

Pyrenäen 695.

Pythia 758.

## Q.

Quäfer 521.

Quardo, G. B. di 764.

Quebec 464, 703.

Queßlinburg 131, 398.

„Queen Elizabeth“, Schiff  
732.

Quehl D. 681.

Queretaro 101.

Queros A. 304.

Quimper 209.

Quinneß Walter 725.

Quintville 56.

Quirinal 256, 301, 343, 601.

„Quo vadis?“ von Siem-  
fiewicz 307.

## R.

Raab 606, 766.

Raabe Wilhelm 83, 555, 619.

Rabach 60.

Rabergh, Bischof 97.

Racconigi 488.

Raché Paul 215.

Rachahl Felix 502.

Racine 574.

Rade M. 298.

Racowiża 503.



- Rade Mawantitsch 149.  
 Radebeul 681.  
 Radešty 458, 508, 751.  
 Radfahren 272.  
 Radium 211, 258, 335.  
 Radnai Bela 255, 361.  
 Radosławow 724, 735.  
 Radowiz Josef M. v. 290, 311.  
 Rady J. B. 288.  
 Raffael 685.  
 Raich J. M. 288.  
 Raiffeisen 131.  
 Rainer Virgill 767.  
 Rainovo 724.  
 Rakocz 359, 690.  
 Ramdohr Walter 564.  
 Ramel 511.  
 Rammelmeyer 508.  
 Rampolla, Kardinal 10, 142, 168, 169, 350, 622.  
 Ranft Joh. 36, 80, 121, 190, 242, 287, 351, 396, 397, 451, 500, 618, 761.  
 Ranisch W. 245.  
 Rante 195, 575.  
 Rapallo 369.  
 Rappagnetto (siehe d'Annunzio).  
 Raschdorff Julius 292.  
 Rasmussen Emil 288.  
 Raffau J. 683.  
 Rastignac 301.  
 Rathaus in Reichenberg 140.  
 — in Wien 459, 534, 538, 688, 768.  
 Rathauſty Hans 91, 205.  
 Rathenau Walter 134f., 682.  
 Ratibor 504.  
 „Ratten“ von Hauptmann 619.  
 Razel J. 82, 84f.  
 Rauchberg, Professor 139.  
 Räuber“, „Die 681.  
 Rautensfeld B. v. 326.  
 Ravel 565.  
 Ravenna 52, 620.  
 Ravensburg 135.  
 Rawlinson 126, 303.  
 Reading 304.  
 Rechtschreibung, deutsche 41, 78, 135, 198, 363.  
 Reclus Clifée 305.  
 Redemptoristenorden 629.  
 Redl, Oberst 720.  
 Redmond John 227, 327, 407, 631, 772.  
 — W. 433, 435.  
 Rees J. 228.  
 — Katharina Felicia van 10.  
 Reformation 22f., 32, 51, 63, 70, 71, 72, 115, 116, 119, 122, 186, 187, 235, 240, 241, 242, 243, 245, 343, 345, 350, 372, 398, 462, 498f., 527ff., 531, 545, 556, 558, 559, 570, 610, 627, 758f., 764, 775.  
 Regensburg 234, 443, 564, 756.  
 Regier Max 620.  
 Reggio 460.  
 Regher 10.  
 „Regierungsbote“ 148.  
 Regnier de 292.  
 Reich Erna 680.  
 Reichardsbrunn 197.  
 Reichel Alfred 685.  
 — Eugen 82, 133.  
 — Wolfgang 90.  
 Reichenbach i. B. 43.  
 Reichenberg 140, 765.  
 — R. v. 563f.  
 Reichensperger Aug. 35.  
 „Reichsanzeiger“ 176.  
 „Reichsbote“ 66, 545.  
 „Reichspost“ 449, 487, 625, 626.  
 Reichstadt 430, 436.  
 — Herzog von 17, 147, 192, 204.  
 Reid 160.  
 „Reigen“ von A. Schnitzler 396.  
 Reims 92, 93, 208, 255, 512, 770.  
 Rein J. J. 309.  
 Reinbeck Emilie 53.  
 Reinhard Ewald 761.  
 Reinhardt, Baumeister 84.  
 — Max 558, 561, 616, 681, 757, 759, 762.  
 Reis Philipp 198.  
 Reiz 151.  
 Reliquien 119, 125f.  
 Rembrandt 353, 362.  
 Remesiana 500.  
 Remolino M. 364.  
 „Renaissance“, Zeitung 78, 120.  
 Renan Ernst 209, 211, 244, 461, 511.  
 Renard 60, 579.  
 Renäſſanz 31, 36, 96, 106, 190, 192, 193, 195, 242, 243, 302, 304, 351, 394, 450, 555, 563, 619, 692.  
 Renaud Th. 42.  
 Renner, Brüder (Luftschiffer) 509.  
 — Karl, Abgeordneter 538.  
 Renner Rudolf (Springer) 51, 204, 404.  
 Rennes 334.  
 Repond, Oberst 769.  
 „Rerum novarum“ 80.  
 Reſchad (siehe Mehemed V.).  
 Reſchid Paſcha 705.  
 Reſpighi, Kardinal 142f., 337.  
 Reſvaja 727.  
 Rethel 503.  
 Rettungsweſen 782.  
 Reuſch Jr. 43, 293.  
 Reuß, Prinzessin von 464.  
 Reuter Friß 504, 620, 763.  
 Reutersches Bureau 593.  
 Reval 147, 271, 324, 421, 577, 653.  
 Revanche, franzöſiſche 435, 488, 591, 712.  
 Review 190.  
 Réville Alb. 210.  
 Revisionismus (des Bernſtein) 178ff., 203, 237f., 239, 280, 385, 390, 492, 541, 619, 678, 717, 729, 732.  
 Revolution, franzöſ. (1789) 157, 177, 256, 303, 372, 574, 625, 758.  
 Revolutionäres (Republikanismus, Radikalismus) 11, 13, 19, 25, 27, 49, 56, 61, 66, 68, 88, 91, 92, 95, 100, 102ff., 109, 110, 116, 128, 142, 143, 149, 153, 158, 165—168, 171, 174, 176, 177, 179, 181, 183, 195, 203, 208, 209, 210, 214, 236, 253, 260, 262, 263, 266—271, 278, 280, 297, 301f., 307, 308, 313, 317, 322ff., 330f., 333, 338, 340, 364, 385, 389, 391, 404, 407, 410, 415, 421f., 432, 435, 436, 439ff., 442, 465, 466, 467, 470, 471, 475f., 493, 497, 511, 512, 514, 515, 517, 520, 527, 543, 544, 545, 548, 561, 568, 573, 575, 580, 583, 613, 619, 631, 633, 634, 635, 638, 639, 640, 643, 644f., 648, 649, 655, 660, 663, 673, 674, 676, 691, 692, 695, 698, 700, 701, 703, 705f., 708, 709, 713, 722, 729, 733, 734, 740, 742, 759, 769, 770, 771, 774, 777, 778, 780, 781.

- „Revue des Deux Mondes“ 337.  
 „Revue Européenne“ 17.  
 „Revue Franco-Allemande“ 17.  
 „Revuo internacio“ 213.  
 Rezel 45.  
 Rheiteberg 686.  
 Rhein (Rheinland, Rheinpfalz) 75, 86, 124, 130, 190, 206, 227, 230, 241, 247, 255, 280, 308, 380, 502, 556, 606, 684, 762.  
 „Rheingold“ 512.  
 Rheinlande 17.  
 Rheinsberg 196.  
 Rhodes Cecil 58, 155, 703.  
 Rhodessa 703, 777.  
 Rhodos 650.  
 Richard Löwenherz 172 f.  
 Richen 755.  
 Richet 775.  
 Richlin, Dr. 615.  
 Richter Elise, Dr. 405.  
 — Eugen, Abgeordneter, 19, 114, 157, 620, 672.  
 — Helene 53.  
 — Ludwig 196.  
 — Raoul 349.  
 Richthofen, Freiherr v. 541, 613.  
 Rickert 554.  
 Ried 627.  
 Rieder S. 198.  
 Rieger 192.  
 Riegl Alois 141, 292, 299.  
 Riehl Alois 458.  
 Riemenhneider Til 683.  
 Riemerschmid 620.  
 Rienc 751.  
 Ries Teresa Feodorowna 361.  
 Riese 169.  
 Riesengebirge 85, 131.  
 Rieß Max 290.  
 Rietschel Ernst 247.  
 Riezler Sigmund 40, 78, 499.  
 Rifaat Pascha 476.  
 Riffert Jul. 352.  
 Riffabylon 489.  
 Riga 212, 266, 268, 271, 285, 325, 578, 776.  
 Rigele Alois 405.  
 Rilvefe 757.  
 Rimbaud 292.  
 Ringsels Bettina 501.  
 — Emilie 449, 684.  
 — Joh. N. v., Dr. 501.  
 Rinn S. 193.  
 „Rinnovamento“ 460.  
 Rio de Janeiro 363, 781.  
 Rio François 303.  
 Rita da Cascia 58.  
 Rittershaus 43.  
 Rittertum 393.  
 Rittmeyer H. 260.  
 Ritualmord 32, 36, 80, 776, 781.  
 Riva 688.  
 Riviera 274.  
 Rixdorf (und „Rixdorfer Auslobung“) 284, 685.  
 Robert R. 762.  
 — von Parma 406.  
 Roberts, Lord 8, 9, 328, 422 f., 431, 483, 586, 587, 663, 737.  
 Robilant Carlo Nicolis di 58, 435.  
 Robin Paul 692.  
 Rochefort 741.  
 Rocholl H. 243, 683.  
 Rodfeller 583.  
 Röcken 41.  
 Rocky Mountains 302.  
 Rod Ed. 17.  
 Rodbertus 290.  
 Rodin Aug. 211, 258, 335, 462.  
 Roedde Fr. 620.  
 Roeren 29, 30, 73, 77, 234, 341, 345, 384, 490, 496, 548, 552, 666, 761, 762.  
 Roeshilde 697.  
 Roethe Gustav 348, 526, 556.  
 Rogalla v. Bieberstein 500, 561.  
 Rogers Artur 632.  
 Rogg, Erzbischof 323.  
 Rohling 80.  
 Rohrbach Paul 135, 161, 520, 554.  
 Rokoto 155, 292.  
 Roland (der Sage) 130, 131, 197, 353, 571, 768.  
 „Roland von Berlin“ 247.  
 Rolier-Bieder 292.  
 Rollett Herm. 253.  
 Rollo 630.  
 Rom 2, 17, 52, 54, 55, 56, 57, 58, 69, 81, 84, 95, 96, 106, 108, 118, 121, 127, 131, 141, 144, 151, 154, 162, 163, 165, 169, 174, 181, 190, 194, 195, 203, 205, 206, 210, 243, 256, 257, 258, 259, 301, 309, 336, 337, 350, 351, 352, 364, 369, 375, 389, 394, 405, 448, 456, 460, 461, 472, 490, 494, 497, 523, 526, 536, 537, 539, 540, 545, 551, 552, 562, 572, 586, 606, 611, 617, 618, 622, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 640, 641, 668, 688, 714, 760, 769, 782.  
 Rom, altes, und Römer 34, 36, 261, 293, 301, 327, 336 f., 408, 411, 570, 600, 630, 685, 692.  
 „Roma e l'Oriente“ 605.  
 „Roma“, Oper 692.  
 Romanen, Sprache und Rasse 213, 247, 254, 349, 353 f., 380 f., 399, 449, 453, 454, 559, 565, 764, 781.  
 Romanischer Stil (Baustil) 52.  
 Romanische Schule 17.  
 Romanones 733, 773.  
 Romanow (Haus) 697, 776.  
 Romantif 35, 39, 41, 53, 83, 84, 106, 122, 133, 134, 147, 193, 243, 245, 253, 260, 291, 292, 300, 304, 319, 351, 352, 353, 392, 395, 396, 432, 450, 453, 499, 501, 509, 557, 564, 574, 619, 682, 683, 684, 689, 748, 768, 769.  
 „Romanzen vom Rosenfranz“ 618.  
 „Romeo und Julia“ 572.  
 „Römische Elegien“ 259.  
 Römische Recht 19.  
 „Römisches Reich deutscher Nation“ 4, 34, 76, 116, 118, 486, 758.  
 Rona J. 91, 360.  
 Roon 197.  
 Roosevelt, Präsident 68, 101, 108 f., 153, 154, 156 f., 158, 171, 214 f., 262 f., 265 f., 269, 279, 307 f., 319, 362 f., 411, 412, 464 f., 518, 526, 527, 555 f., 580, 583, 700 f., 703, 781.  
 Röper 615.  
 „Rosa Bernd“ 195.  
 Rosadi G. 259.  
 Rosandic 627.  
 Roschdestwensky, Admiral 222, 265, 302, 325.  
 Roscher 452.  
 Roseberg, Lord 62, 160, 207, 483, 623.  
 Rosegger Peter 37, 52, 53, 80, 135, 139 f., 191, 192, 204, 254, 255, 453, 459, 569, 627, 768.  
 Rosen 268.  
 Rosenberg W. 763.

Rosenfeld Morris 195.  
 Rosenhagen 563.  
 „Rosenkavalier“ von Rich.  
 Strauß 620.  
 Rosenkranz, hl. 508.  
 „Rosenmontag“ 42, 458.  
 Rosenthal Herm. 702.  
 — Luitpold 453f.  
 Rosereau 147.  
 Rösche 73.  
 Rosin 73.  
 Rösler Artur 508.  
 — Aug. 122, 397, 398, 683,  
 760.  
 — Karl 681.  
 — Paul 124.  
 „Rösmershölm“ von Jbsen  
 — 351.  
 Rosmini 79, 344, 394.  
 Rosner R. 254.  
 Roskau (Wien) 459.  
 Rossfetti Dante Gabr. 11,  
 292, 397.  
 Rossi Belegri 79.  
 „Rossja“ 463, 708.  
 Rossini, Kardinal van 688.  
 Rost Hans 123, 191, 351,  
 450, 451, 499f., 501, 561,  
 684, 760, 761.  
 Rostand Edm. 17, 147, 574,  
 584.  
 Rostock 348, 491, 763.  
 Rostow 149, 271.  
 „Roter Falte“ 779f.  
 „Roter Lampenschirm“ 1.  
 „Rotes Kreuz“ 576, 643.  
 Rotes Meer 142, 442, 643,  
 644.  
 Roth 764.  
 Rothschild (Haus) 128, 513,  
 681.  
 Rottenburg 120, 125, 668,  
 Röttger R. 291, 292, 452.  
 Rottmanner M. 450.  
 — Obilo 192, 286, 394, 450,  
 500.  
 Rottweil 337.  
 Rotunde (Wien) 678f.  
 Rouen 406, 630, 706, 770.  
 Rousseau 574, 691, 692, 697.  
 Rouvier 279, 302, 441.  
 „Royal Society“ 663.  
 Roze A. 512.  
 „Rübezahl“ 131, 197.  
 Rubinstein 627.  
 Rucher 513.  
 Rüdert 100, 244.  
 Ruderport (Regatten) 285,  
 491, 756f.  
 Rüdesheim 620.  
 Rudolf von Habsburg 405,  
 571, 690.

Rudolf II., Kaiser 507.  
 — Kronprinz 51, 361, 459.  
 Rudolstadt 762.  
 Ruemann (Rümann) W. v.  
 85, 197, 293, 353, 504.  
 Ruesth Ans. 348.  
 Ruge Sophus 99.  
 Ruhland 556.  
 Ruhrgebiet 279, 674.  
 Ruland W. 261.  
 Rumänien 36, 59, 100, 149,  
 153, 174, 183, 199, 200,  
 203, 251, 268, 306, 317,  
 326, 356, 358, 359, 391,  
 399, 404, 410, 416, 425,  
 464, 507, 515, 579, 619,  
 635, 650, 655, 656, 659,  
 661, 662, 698, 699, 705,  
 706, 707, 721f., 723, 724f.,  
 726, 728, 730, 735, 740.  
 Rumpelt Alex. 144.  
 Runge 501.  
 Runze 666.  
 Rupprecht, Kronprinz von  
 Bayern 3, 394, 589, 679.  
 Ruskin John 11, 64, 84,  
 106, 207, 228, 244, 500,  
 575.  
 Ruffel 105.  
 Russisch 726.  
 Rußland 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9,  
 10, 12f., 15, 17, 37, 64,  
 66, 68, 78, 87, 92f., 97  
 bis 99, 100, 111, 115,  
 123, 144, 147—149, 150,  
 151, 152, 155, 156, 157,  
 158, 159, 160, 161, 162f.,  
 164, 165—168, 173f., 175,  
 181, 188, 190, 211, 212  
 bis 214, 215, 217—225,  
 226, 227, 228f., 236, 238,  
 239, 242, 244, 248, 249,  
 259, 260, 261, 263, 265  
 bis 271, 272, 275, 276,  
 278f., 280, 285, 286, 293,  
 297, 300, 302, 307, 309,  
 310, 312f., 314, 315, 316,  
 317, 318, 319, 320, 321,  
 322—326, 336, 339, 340,  
 341, 346, 347, 361, 366,  
 367, 368, 369, 370, 371,  
 372, 391, 396, 406, 408  
 bis 410, 411, 415f., 418,  
 419, 420f., 423, 425, 428,  
 429, 430, 431, 432, 434,  
 436f., 439, 440, 456, 461,  
 463f., 466, 467, 468f., 471,  
 474, 475, 476, 483f., 486f.,  
 488, 491, 498, 512, 514f.,  
 517, 520, 521, 522, 523,  
 524, 525, 527, 533, 537,  
 538f., 540, 552, 553, 568,

569, 574, 577f., 581f., 583,  
 585, 586, 598, 604, 613,  
 624, 631, 634f., 637, 638,  
 639, 643, 644, 646, 647,  
 648, 649, 650, 653, 654,  
 656f., 659f., 661f., 663,  
 664, 678, 683, 688, 691,  
 697f., 700, 703, 704, 705,  
 706, 707, 708, 710, 711,  
 713, 714, 715, 716, 717,  
 719, 720f., 722, 725, 730,  
 733, 734, 735, 736, 738f.,  
 740, 741, 751, 752, 756,  
 759, 764, 766, 775, 776,  
 778f., 781.  
 Ruthenen 11, 13, 99, 139,  
 202, 248, 250, 251, 287,  
 296, 356, 358, 391, 399,  
 402, 410, 450, 451, 456,  
 538, 568, 623, 687, 766.  
 Rutland 329.  
 Rutteli Mario 96.  
 Ruß G. 353.  
 Ruville v. 559, 610, 760.  
 Ruysbroeck Jan van 682f.  
 S.  
 Saalburg 34, 44, 685.  
 Saar Ferdinand v. 140,  
 300, 359f.  
 Saaz 90.  
 Sabatier 79, 191, 334.  
 Sabor 384.  
 Sacharin 126, 782.  
 Sachalin (Insel) 268, 269.  
 Sachau 744.  
 Sachs Hans 768.  
 — Julius 466.  
 Sachsen 18, 69, 72, 119,  
 129f., 135f., 137, 177,  
 178, 188, 189, 198, 199,  
 204, 234, 404, 491, 497,  
 508, 530, 536, 540, 541,  
 553, 630, 680, 744.  
 Sachsenpiegel 133.  
 Sachse 459.  
 Säckingen 86.  
 Sadler, Professor 680.  
 Sadoma 40.  
 Sagen (Sagenbildungen),  
 Geschichten, Legenden  
 und Märchen, besonders  
 deutsche Götter- und  
 Heldenagen 6, 197, 204,  
 245, 247, 253, 286, 304,  
 396, 397, 450, 453, 458,  
 503, 564, 703, 763, 775f.  
 Sagmeister Rob. 571.  
 Saguntiner 304.  
 Sahara 16.  
 Saharet, Madame 83.



- Said Pascha 476.  
 Sailer S. M. 499.  
 Saint-Cyr 16.  
 — Louis 109, 240, 262, 263, 781.  
 — Marceaux R. de 260, 335, 513.  
 — Privat 129.  
 — Rémy, Oberleutnant 146.  
 — Saëns 692.  
 Saintsimon (Saintsimonismus) 204, 395.  
 Saitaphernes 211.  
 Saito Hisio, Professor 703.  
 Saittschick Rob. 195.  
 Saladin, Sultan 59.  
 Salier, Geschlecht der 66.  
 Salisbury, Lord 8, 10, 61, 62, 599.  
 Salis-Marshlins Meta v. 337.  
 Salle Johann Bapt. de la, hl. 58.  
 Sallust 759.  
 „Salome“ von D. Wilde (R. Strauß) 63, 207, 294, 453.  
 Salomon Ludwig 195.  
 Saloniki 142, 213, 306, 415, 476, 477, 483, 515, 586, 604, 647, 658, 660, 661, 699, 707, 711, 723, 726, 727, 740.  
 Salscha v. 552, 561.  
 Salson Jr. 56.  
 Salten Felix 570.  
 Salzburg 91, 139, 204, 252, 298, 356, 358, 506, 507, 534, 562, 569, 761, 767.  
 Salzer A. 204.  
 „Salzgraf von Halle“ 681.  
 Samara 267.  
 Samo 204.  
 Samoa 151, 673.  
 Samos 464, 516, 647, 649, 661.  
 Samouprava 718.  
 Samson Himmeltjerna S. v. 149, 155.  
 San Domingo 306, 411.  
 — Francisco 363, 582, 747, 772, 780.  
 — Giovanni di Medua 416, 707, 711.  
 — Girolamo 95.  
 — Giuliano, Marquis di 314, 534, 540, 601, 659, 662, 664, 690, 709, 740 f.  
 — Marco 142.  
 Sancta Sanctorum (Rom) 337.  
 Sand George 335.  
 Sanders Liman v. 736, 739.  
 Sandschat Serres 152, 660, 724, 726.  
 „Sang an die Dardanellen“ 691.  
 St. Afra 198, 762.  
 „St. Bonifatius“ und „St. Bonifatius-Verein“ 298, 343, 403, 495, 531.  
 St. Gallen 150, 247, 304.  
 — Gotthard 150, 513.  
 — Hubertus 196.  
 — Moriz 462.  
 — Ottilien 386, 683.  
 — Paul 240.  
 — Böllen 123.  
 — Antons-Kirche, Wien 52.  
 — Benediktus-Medaille 259.  
 — Josefs = Bücherbruderschaft 81.  
 — Josefs-Platz, Waldbhut 347.  
 — Magnus-Brunnen 293.  
 — Paulus-Hospiz, Jerusalem 326.  
 — Stephans-Kirche, Wien 140 f., 254, 767.  
 Sansfouci 86.  
 Sansur, Dase 651.  
 Santa Maria dell' Anima 36.  
 — Marino 143.  
 — Paulo 781.  
 — Roffore 659.  
 — Salvador 413.  
 Santiago de Chile 703.  
 Sántiz 150.  
 Santos-Dumont 17, 94, 147, 211, 336, 449, 770.  
 Saphin 701.  
 Sapit 690.  
 „Sappho“ 152, 293, 619.  
 Saragoffa 513.  
 Sarajewo 415.  
 Sarbdere 725.  
 Sardinien 12.  
 Sardou 192, 758.  
 Sarepta (Heim) 553.  
 Sarto, Kardinal (siehe unter Papst Pius X.).  
 Saseno 664.  
 Sassonow 483 f., 538, 649, 650, 656, 659, 721, 734.  
 Sähnitz 514.  
 „Satsuma“, Schiff 411.  
 Sattel G. 500.  
 Sattler J. 85.  
 Sauer Aug. 133, 299, 570.  
 — Bruno 99.  
 Sauer J. 302, 451.  
 Sauter Conf. 561.  
 Savigny, Professor 210, 498.  
 Savits Josza 453.  
 Savonarola 36.  
 Savonen (Haus) 96, 336, 769.  
 — Provinz 333, 573.  
 Say R. v. 516.  
 Sayn-Wittgenstein 40.  
 Scala, Professor 52.  
 — Rud. v. 359.  
 Scapinelli, Conte 352, 404.  
 Scartazzini 79.  
 Schabaz 149.  
 Schachleitner, P. Alban 298.  
 Schachner Franz 300.  
 Schacho 221.  
 Schack, Graf 454, 492.  
 Schädler 65, 70, 119 f., 175, 176 f., 186 f., 188, 234, 240, 252, 386.  
 Schäfer Alois 536.  
 — Dietrich 114, 398.  
 — R. 454.  
 Schäfte 82, 243, 290.  
 Schall-Burger 102.  
 Schalscha 761.  
 Schandau 491.  
 Schanghai (Schanghai) 26, 517, 638, 779.  
 Schantung 2, 4, 26, 155, 206.  
 Schanz Georg, Professor 445, 668.  
 — Paul 72.  
 Schaper Fritz 43, 85, 196, 292, 293, 407, 461.  
 Schapire-Neurath A. 635.  
 „Scharnhorst“, Schiff 656.  
 Schat-el-Arab 720.  
 Schaudt Emil 130.  
 Schauerhammer 213.  
 Schaumann 223.  
 Scheele, Bischof 611.  
 Scheer 361.  
 Scheffel Witt. v. 83, 86, 150, 352.  
 Scheffen, Pastor 72.  
 Scheich-ul-Islam 469, 476, 477, 520, 636, 637, 661.  
 Scheicher, Prälat Dr. Josef 89.  
 Scheid R. 616.  
 Scheidemann 672, 673, 676 f., 716, 723, 748, 753.  
 Scheimpflug 459.  
 Schelde 513.  
 Schele-Schelenberg, Fürst 743 f., 746 f.

- Schell Hermann 78, 79,  
 124, 125, 184, 190, 192,  
 193, 302, 344, 374 ff., 380,  
 387, 394, 395, 397, 449,  
 451, 557.  
 Schelling 242.  
 Schemann 94.  
 Schemua v. 662, 687, 726.  
 Schenk 91.  
 Scherenberg Ernst 35, 286.  
 Scherer-Voccard Theodor  
 36, 190.  
 Schermann L. 213.  
 — Th. 450.  
 Scherpe Hans 300, 459,  
 690, 767.  
 Scheu J. 405.  
 — Robert 90.  
 Scheurer-Kestner 511.  
 Scheven Katharina 361.  
 Schiedermair L. 91.  
 Schiemann Th. 195, 290.  
 Schiermann Wolf 241.  
 Schies Hermann 504.  
 „Schiff, Das“, von d' An-  
 nuzio 460.  
 Schiff Jakob 583.  
 Schiffahrt (Donaudampf-  
 schiffahrt) 21, 34, 35,  
 110, 135, 173, 188, 190,  
 207, 225, 228, 294, 371,  
 411, 412, 413, 442, 461,  
 470, 514, 516, 518, 523,  
 566, 591, 594, 600, 613,  
 615, 641, 649, 681, 694,  
 702.  
 Schitten 581, 778.  
 Schikaneder 584.  
 „Schilbbürger“ von Lien-  
 hard 352.  
 Schill 504.  
 Schiller Friedr. v. 30, 34,  
 42, 67, 76, 82, 97, 130,  
 133, 135, 150, 285 f.,  
 289, 335, 362, 405, 453,  
 454, 458, 461, 466, 504,  
 509, 543, 615, 681, 685,  
 689, 697.  
 — Major a. D. 286.  
 — Herm. 72, 121.  
 — Pfarrer 558.  
 Schilling Joh. 85, 300.  
 — D. 499.  
 Schinkowitz Otmaz 509.  
 Schimmelpfeng 547.  
 Schimoniaski 214, 244.  
 Schindele St. 761.  
 Schindl Walpurga 204.  
 Schio Almerico da, Graf  
 336.  
 Schipfapaß 149.  
 Schippel, Abg. 19, 385.  
 Schitomir 267.  
 Schlaf Johann 396, 413,  
 499.  
 Schlecht Jos. 141.  
 Schlegel Dorothea 291.  
 — Friedr. 289, 450, 559,  
 562.  
 „Schleier der goldenen  
 Glocke“ 1.  
 Schleiermacher 756.  
 Schlemihl Peter 83.  
 Schlenther Paul 40, 151.  
 Schlessen 38, 42, 46, 72, 73,  
 113, 114, 128, 139, 184,  
 202, 249, 342, 345, 346,  
 356, 358, 663, 754, 757,  
 759.  
 Schleswig-Holstein 85, 277,  
 393, 490, 496, 537.  
 Schlettstadt 85, 442.  
 Schleußner W. 351.  
 Schleyer Martin 682.  
 Schlieffen, Graf 468.  
 Schliemann Novalski de  
 Vilia 90, 213.  
 Schlitter Hans 204.  
 Schlossar A. 53.  
 „Schluck und Jau“ von  
 G. Hauptmann 42.  
 Schmedding, Abgeordneter  
 375.  
 Schmid B. 349.  
 — Josef 42.  
 — Ulrich 348.  
 Schmidlin J. 559.  
 Schmidt Erich 91, 526, 556,  
 763.  
 — Expedit 195, 397, 560.  
 — Gust. 578.  
 — Hugo 509.  
 — Joh. Kapf. 348.  
 — Leutnant 325.  
 — Maximilian 504.  
 — Rob. 492.  
 — Th. 335.  
 — Wilhelm, S. V. D. 556,  
 618.  
 — Raffel Gustav 246, 354.  
 Schmidtbonn W. 564.  
 Schmiemann 504.  
 Schmit G. v. Lavera 204.  
 Schmitt Eugen 193, 243.  
 Schmitz Bruno 85, 131, 620,  
 752.  
 — Oskar (Isle Adam) 335.  
 — du Moulin (Muham-  
 med Abdil) 289.  
 Schmölde 559, 761.  
 Schmoller, Professor 19, 73,  
 121, 177, 186, 204, 237 f.,  
 279, 290, 382, 441, 452,  
 543, 548.  
 Schmuggel (Waren Schmug-  
 gel) 13.  
 Schneeberg 91.  
 Schneider Arno Jose 254.  
 — Friedr. 243, 349 f.  
 — Oberkonsistorialrat 343.  
 — Sascha 43, 197, 246, 292.  
 — Sigmund 509, 571.  
 Schneidewin Max 82, 299.  
 Schneller L. 618.  
 Schnitzer, Dr. 184, 442, 562.  
 — Jgn. 570.  
 — Jos. 448, 498.  
 Schnitzler Artur 83, 287,  
 396, 458, 570, 627.  
 Schnürer Franz 83, 234,  
 502.  
 — G. 348, 449.  
 Schoen 418, 427, 457, 523.  
 Scholastik 79, 379, 381, 448.  
 Schölermann W. 106, 263.  
 Scholz Heinr. 627, 690.  
 — W. v. 134.  
 Schönbach Anton G. 37,  
 618.  
 Schönborn, Kardinal 625.  
 Schönbrunn, Wien 475, 569,  
 622, 730, 737.  
 Schönbrunner 52.  
 Schönburg, Fürst 318.  
 Schönmann Paul 685.  
 Schönerer Georg 46, 137,  
 160, 399.  
 Schönherr Karl 140, 458,  
 570, 627.  
 Schönthan J. 197.  
 Schönungen 348.  
 Schopen, Kaplan 493, 552.  
 Schopenhauer 82, 134, 210,  
 290, 299 f., 303, 349, 350,  
 461.  
 Schorer, Professor 387.  
 Schorlemer-Mst, Freiherr  
 v. 131, 460.  
 Schott A. 352.  
 — Walter 196.  
 Schotten (Wien) 398.  
 Schottland 62, 123, 227,  
 307, 462, 574, 580, 643,  
 731, 738.  
 Schrader Eberhard 126,  
 453.  
 Schram 459, 627.  
 Schraml J. 560, 562, 616,  
 618.  
 Schraube Adolf 349.  
 Schrauf R. 254.  
 Schreckhaase Paul 621.  
 Schreiber Th. 58.  
 Schreiberhau 197.  
 Schreibmaschine (Fabrika-  
 tion) 309, 509.

Schreitmüller 85.  
 Schreuer H. 204.  
 Schrenpogg G. 399.  
 Schrenvogel Jos. 204.  
 Schriftzeichen (Buchstaben) 612, 704.  
 Schrimm 113.  
 Schroeder J. 560.  
 — Leopold v. 99.  
 Schrörs 133, 379, 380.  
 Schrott-Vorst 768.  
 — Joh. 454.  
 Schrötter Erich 627.  
 Schubert G. 140.  
 — Franz 91, 255, 627, 689.  
 — Goldern 558.  
 Schubring 120.  
 Schuchardt Hugo 82, 264.  
 Schüding Walter 563.  
 Schüddetopf R. 453.  
 Schulek Friedr. 360.  
 Schullern Heinr. v. 242.  
 Schulte W. 397.  
 Schultheiß J. G. 90.  
 Schultheß Barbara 388, 564.  
 Schulk Emil 557 f., 663.  
 — Franz 133.  
 Schulze Ernst 40, 130.  
 — Theodor 81.  
 — Raumburg 132.  
 Schulze Hans Rud. 503, 762.  
 — W. 677, 744.  
 Schumacher Philipp 441.  
 Schumann Rob. 43, 564, 574.  
 Schumeyer Franz, Abgeordneter 90, 688, 765.  
 Schunter J. 499.  
 Schurz H. 82.  
 Schurz Karl 364, 398, 584, 780, 781.  
 Schuster-Waldau Raffael 197, 620.  
 „Schütte-Lanz“ (Luftschiff) 621, 681.  
 Schütz Ernst 352.  
 Schützenweisen 458, 508, 678, 690.  
 Schwab Ch. M. 154.  
 — Gottfr. 293.  
 Schwaben 99, 206, 213, 441.  
 Schwab Moriz 191.  
 Schwalmher Länze 308.  
 „Schwammerl“ von R. H. Bartsch 627.  
 Schwander, Bürgermeister 676.  
 Schwarz H. 288.  
 Schwarzau 623.  
 „Schwarze Hand“ 643.

Schwarzenberg, Fürst 507, 751, 752, 767.  
 „Schwarzer Adler-Orden“ 75, 455, 673.  
 Schwarzes Meer 212, 258, 268, 270, 325, 437, 515, 643, 698, 699, 726.  
 Schwarzwald 292.  
 Schwatke 509, 767, 768.  
 Schwechten Franz 353, 454, 565, 769.  
 Schweden 10, 23, 37, 59, 97, 151, 161, 203, 212, 261, 305 f., 307, 309, 310, 390, 391, 396, 408, 419, 442, 452, 454, 514, 520, 577, 584, 605, 611, 634, 678, 697, 725, 751, 775, 778.  
 Schweifer Joh. Ev. 559.  
 Schweiz 36, 37, 55, 59, 96 f., 130, 150 f., 181, 188, 203, 211, 259 f., 264, 287, 304, 309, 311, 314, 361 f., 367, 390, 396, 406, 408, 418, 468, 494, 513, 536, 572, 576, 613, 616, 633, 655, 657, 658, 665, 690, 696 f., 747, 764, 769.  
 Schweizer J. Otto 703.  
 Schweizergardisten (päpstliche) 769.  
 Schwenninger Ernst 132.  
 Schwerdtner 361, 509.  
 Schwerin 85.  
 Schwering Julius 37, 375.  
 Scherzef R. 91, 141.  
 Schwind Moriz 246, 509, 682, 683.  
 Schwyn 633.  
 Scientismus (Science Christian) 154 f., 191.  
 Scolik 767.  
 Scotus Viator 404.  
 Seattle 702.  
 Sebastopol 224, 271.  
 Secard 574.  
 Secau 122.  
 Secret 190.  
 Sedan 127, 406, 435, 454.  
 Sedil Bahr 649.  
 Seeber Josef 242.  
 Seeburg 241.  
 Seelig H. 293 f.  
 Seeliger Max 565.  
 Seemüller Jos. 359.  
 Seefelberg, Professor 677.  
 Seffner R. 43, 44, 454.  
 Segantini 91, 141, 205, 287, 336, 462, 503, 509, 570, 685.

Segelsport 230.  
 Segiz 443.  
 Sehring B. 84.  
 Seib Wilh. 405, 459.  
 Seidel Paul 398.  
 Seidenberger J. B. 191, 344.  
 Seidl Armin 100.  
 — Artur 81.  
 — G. 44, 764.  
 — Heinr. 197.  
 — Joh. Gabr. 253.  
 Seidler Gust. 290.  
 Seifert Franz 91, 205, 300, 361, 508, 689.  
 — B. 763.  
 Seignobos Ch. 574.  
 Seiler Friedr. 41.  
 — P. 343 f.  
 Seiling Max 40.  
 Seilliere Ernest 211, 335, 413.  
 Seine 373.  
 Seiz Anton 563.  
 — Julius 196.  
 — Ludwig 242, 451.  
 Sette des großen Messers 1.  
 Seligsprechungen (vgl. Canonisationen) 509.  
 Sell R. 240, 451, 560.  
 — Professor 37 f.  
 Sellin Ernst 288.  
 Sembat Marcel 734.  
 Sembin 515.  
 Sembratowicz Roman 13.  
 „Semele“ 42.  
 „Semigotha“ 681.  
 Semmelweis Jgn. Ph. 361.  
 Semmering 252, 370.  
 Semnonen 764.  
 Semper Adamus 352.  
 — Arnau 504.  
 — Gottfr. 299, 504.  
 Semportberg 695.  
 Sendenberg 452.  
 Senegambien 225, 488.  
 Senker B. 122.  
 Sepp Joh. R. 126, 502, 559.  
 Serbien 59, 100, 138, 148, 149, 165—168, 174, 199, 203, 248, 261, 306, 317, 318, 321, 326, 369, 391, 399, 410, 416, 428 f., 430, 438, 456, 463, 467, 468 f., 470, 471 ff., 487, 515, 520, 524, 533, 578, 586, 524, 635, 643, 649, 655, 657 ff., 660, 661, 662, 663, 664, 686, 698, 699, 706, 707, 709, 710, 711, 713, 714, 718 f., 721, 723 ff., 726, 727, 728, 729 f., 731, 735, 736, 765.



- Serbo-Kroaten 251, 356, 438.  
 Seremanin, siehe Wasitisch.  
 Serenji, Graf 566.  
 Sergei, Großfürst 267.  
 Sergi G. M. 210, 258, 460.  
 Sering 19.  
 Serpollet 630.  
 Serrato 695.  
 Serres (siehe Sandschat Serres).  
 Servaes Franz 141, 205.  
 Sektat 414.  
 Seume 571.  
 Sevores 94.  
 Sewett Artur 242.  
 Senda, Abgeordneter 754.  
 Seymour, Admiral 2, 5, 631.  
 Sezession 61, 91, 141, 211, 240, 350.  
 Shafespeare 30, 63, 133, 179, 184, 196, 212, 228, 246, 329, 451, 453, 461, 572.  
 Shafleton, Lord 513.  
 Shanghai (siehe unter Schanghai).  
 Sheehan 352.  
 Shelley 11.  
 Sherlock Holmes 352.  
 Sherman 465, 701, 781.  
 Shikto 638.  
 Sholto Hugo, Graf Douglas 680.  
 Shogunen (Haus der) 703.  
 Shreveport 702.  
 Shuster Morgan 637, 643.  
 Siam 145, 225, 257, 411, 517, 639.  
 Sibirien 13, 98, 99, 149, 161, 165, 220, 324, 516, 676.  
 Sicard Jr. 335.  
 Sickenberger Josef 550.  
 — Otto, Dr. 240, 449, 550.  
 Sickingen Franz von 564.  
 Sidi Said 651.  
 Siebenbürgen 51, 135 f., 160, 508, 686 f., 706.  
 „Sieben Sakramente“ 206.  
 Siebler 677.  
 Sieblungswesen (vgl. Auswanderung) 498, 552, 612, 634.  
 Siegen 43, 120.  
 Siegesallee 21, 76, 85.  
 Siegfried (der Sage) 293.  
 „Siegfried“ von R. Wagner 147, 149, 300.  
 Siemens 34.  
 Siemiradzki G. v. 149.  
 Siemas 666.  
 Sientkiewicz G. 80, 306, 307.  
 Siffader J. 571.  
 Sigismund, Kaiser 21.  
 Sigair Peter 571.  
 Sigwalt, Professor 335.  
 Sifing Franz 502.  
 Silberer Viktor 509.  
 Silefius Angelus 193, 290, 761.  
 Silistria 721, 724.  
 Sillon 561.  
 Sils Maria 562.  
 Simmel Georg 289.  
 Simon Helene 304.  
 Simonji Iwan v. 299 f.  
 „Simplizissimus“ 83, 232, 237.  
 Simphon 304, 361, 576.  
 Simrock 196.  
 Sims 540.  
 „Simson“ 563, 619.  
 Sinai (und Sinai-Halbinsel) 213, 315.  
 Sinaita 655.  
 Sinding Stephan 97.  
 Sindoni Turillo 406.  
 Singer, Abg. 240, 432.  
 — (Nähmaschinenfabrikant) 308.  
 „Singulari quadam“ 684.  
 Sinologie 154, 213.  
 Sinthern B. 760.  
 Sinzheimer Professor 614.  
 Sipido 58.  
 Siptova 725.  
 Sisley 15.  
 Sitte Camillo 768.  
 Six Mich. 689.  
 Sixtinische Kapelle 123, 292.  
 Sizilien 142, 572.  
 Sjenika 658.  
 Skanderbeg 306.  
 Skandinavien 151, 413, 775.  
 Skiptaren 699.  
 Sklaverei 13, 35, 65, 95, 100, 229, 463, 563, 581.  
 „Skodra“, Schiff 711.  
 Skugarewitski 708.  
 Skutari (und Skutari-See) 636, 657, 707, 710, 711, 713, 717, 718, 735.  
 „Slawa“, Schiff 577.  
 Slawismus (Panlawismus) 13, 95, 98, 139, 148, 203, 249, 270, 315, 318, 356, 358, 399, 416, 438, 456, 463, 483, 484, 487, 491, 522, 538, 566, 567, 577, 578, 623, 624, 635, 659, 662, 683, 687, 698, 708, 714 f., 716, 720, 730, 739, 740, 765, 776, 778.  
 Slawonien 11, 200, 469.  
 Slonika 726.  
 Slovaken 11, 199, 251.  
 „Slovenski Jug“ 487.  
 Slowenen 137, 139, 248, 296, 356, 399, 403, 456, 569.  
 Smichow bei Prag 626.  
 Smith Adam 452.  
 — General 153.  
 — Josef 363 f.  
 Smolian Artur 503.  
 Smolka Franz 767.  
 Smyrna 306, 604, 647.  
 Snorri 258.  
 „Social Statics“ von Spencer 207.  
 Soden von 665, 678.  
 Sodoma 31.  
 Sofia 59, 148, 306, 370, 411, 427, 516, 578.  
 Spagneffjord 634.  
 „Sohn der Hagar“ 453.  
 „Sohnen G. 41, 195.  
 Sotolverein 240.  
 Sokrates 249, 452.  
 „Sokrates der Sturmgefell“ von Sudermann 195.  
 Solesmes 94, 564, 631.  
 Solf, Dr. 614, 675 f.  
 Solferino 510.  
 Soltau W. 126, 349.  
 Sombari Werner 121, 190, 507, 619, 684.  
 Somerlad Th. 288.  
 Sommer Aug. 196 f.  
 Sondjak 727.  
 Sonne Otto 503, 757.  
 Sonnino (italienischer Minister) 336, 488, 510.  
 Sonntag Arnulf 253.  
 „Sonntagblatt“ 761.  
 „Sonnenwandel“ von Karl Schönherr 140.  
 Sophie, Gräfin 204.  
 — von Hohenberg 487.  
 — von Preußen (Königin von Griechenland) 711.  
 — von Schönbürg-Waldenburg 731.  
 Sophientirche (New York) 154.  
 Sophistik 244.  
 Sophokles 204, 762.  
 Sörensen 36, 242, 350.  
 „Sokroft“ Th. v. 83, 133.  
 Söul 214, 218.  
 „Sourire d'Alsace“ 714.  
 Southampton 329, 694.  
 „Souvenir Alsacien-Lorrain“ 707.  
 „Souvenir français“ 707.

- Sozialdemokratie 4, 8, 10,  
13, 14, 15, 18 f., 23 f.,  
29 f., 31, 32, 33, 36, 37,  
40, 46, 48, 49, 51, 55,  
65 f., 73, 74 f., 92, 93,  
95, 96, 97, 108, 119,  
120, 121, 126 ff., 142, 144,  
151, 157, 161, 165, 176,  
177 ff., 192, 203, 209,  
222, 223, 226, 228, 233,  
235 ff., 239 f., 250, 257,  
259, 260, 262 f., 271,  
274, 275 f., 278 ff., 296,  
297, 302, 304, 311, 321,  
322, 323, 324, 325, 333,  
334, 336, 337 ff., 340 f.,  
342, 347, 355 f., 359,  
361, 366, 382, 383,  
384, 390 ff., 395, 399,  
400, 401, 402, 403, 404,  
405, 406, 409, 410, 412,  
414, 429, 432, 433, 435,  
437, 441 f., 443, 452, 457,  
480, 481, 488, 489 f.,  
491 f., 497, 498, 505,  
506, 507, 511, 512, 513,  
515, 521, 524, 538, 540,  
541 f., 543, 544, 547,  
548, 549, 550, 554, 564,  
573, 574, 575, 576, 577,  
591, 594, 596, 607, 612,  
613, 615, 618, 619, 622,  
623, 625 f., 630, 633, 634,  
641, 646, 648, 650, 651,  
662, 663, 665, 672 f., 675,  
676, 677, 678 f., 688, 690,  
696, 697, 698, 702, 712,  
715, 716, 717, 722, 723,  
729, 734, 741 f., 747,  
748 f., 752, 754, 755, 764,  
765, 778.
- „Sozialistische Monats-  
hefte“ 126, 178, 390,  
541, 613, 678.
- Sozialpolitik (Soziologie)  
10, 11, 14, 15, 18 f., 40,  
49, 73 f., 80, 81, 82, 86,  
120, 121, 123, 124, 127 f.,  
142 f., 144, 154, 175 f.,  
180 ff., 187, 191, 192,  
193, 194, 195, 204, 213,  
236, 237, 241, 260, 279,  
282, 283, 289, 290, 291,  
295 f., 301, 303, 337 ff.,  
341, 344, 356, 359, 372,  
385, 386, 390, 392, 394,  
395, 397, 400, 401, 402,  
451, 456, 457, 485, 490,  
491, 499, 507, 518, 540,  
552, 553, 556, 557, 562,  
563, 567, 569, 610, 614,  
616, 623, 665, 668, 672,  
673, 683, 684, 737, 755,  
756, 760.
- Spahn Martin 70, 71, 115,  
121, 123, 288, 341, 383,  
384, 387, 394, 395, 352,  
500, 551, 561, 562, 650,  
672, 715, 744, 754, 761.
- Peter 386, 389, 479 f.,  
487, 551.
- Spalaſſowitsch 487.
- Spalato 627.
- Spandau 178.
- Spanien 37, 58, 63, 96,  
98, 149 f., 151, 154, 155,  
156, 161, 168, 170, 188,  
203, 211, 223, 236, 257,  
259, 273, 276, 288, 302,  
304, 310, 311, 312, 313,  
314, 337, 350, 361, 367,  
368, 369, 370, 372, 391,  
397, 407, 414, 434, 485,  
488 ff., 526, 539, 545,  
548, 575, 584, 590, 591,  
593, 632, 640, 643, 664,  
695, 696, 699, 733 f.,  
769, 770, 773 f., 775.
- Sparenberg 23.
- Spartassen 405, 459, 569,  
594, 767.
- „Spaziergang“ von Seume  
571.
- Speck v. Sternburg 159.
- Spee Diels Friedr. 121, 612.
- Speidel Ludwig 570.
- Speier (Spener) 44, 74,  
235, 247, 509, 610.
- Speil Ferd. 450.
- „Spektator“ 226.
- Spelterini 259.
- Spencer Herbert 10, 79,  
191, 207, 407.
- Jones 123.
- Stanley 106.
- Spender Harold 440.
- Spens-Booden 45.
- „Sphinx“ 190.
- Spicker Gideon 193.
- Spielhagen Friedr. 615.
- Spielhöllen 769.
- Spillmann Josef 556.
- Spinges 690.
- „Spinges, Mädchen von“  
255.
- Spinoza 40, 59, 243, 458,  
461.
- Spionskop 7.
- Spirago 79.
- Spiritismus 58, 190, 337,  
388, 773.
- Spitz Cassian 285.
- Spitäler 53, 93, 579, 664,  
768.
- Spithead 483, 653.
- Spitta Friedr. 235.
- Spittal a. d. Drau 506.
- Spitteler R. 305.
- Spitzbergen 582.
- Spizza 429.
- Spöhr W. 59, 197.
- Sportweifen 82, 135, 230,  
326, 455, 569, 630, 675,  
756.
- Sprachenfragen 13, 32, 33 f.,  
40, 41, 45, 46, 47 ff., 51,  
53, 58, 62 f., 82, 87, 89,  
90, 94, 97, 100, 113 f.,  
135, 137, 138, 146, 147 f.,  
149, 150, 151, 152, 154,  
155, 195, 197, 198 f.,  
200 ff., 203, 205, 207, 209,  
210, 213, 214, 235 f., 248,  
249 ff., 260, 264, 270 f.,  
287, 294 ff., 309, 345, 355,  
357 ff., 362, 392 f., 394,  
398, 401, 402, 404, 410,  
411, 436, 449, 452, 457,  
496, 505, 507, 508, 514,  
533, 548, 554, 555, 566,  
568, 576, 624, 633, 634,  
636, 655, 677, 688, 697,  
745, 765, 766, 769, 776,  
778.
- Springe 569, 662.
- Springer Rud. 51, 139.
- Springfield 465.
- Springprojektion 126.
- „Spürhunde“ von Sopho-  
kles 762.
- Spüjagin 149, 236.
- Stablewski 345.
- Stacy 244.
- Stadler, Erzbischof 427.
- May 560.
- Stadthagen 280.
- Stadtpark (Wien) 205, 300,  
690.
- „Stampa“ 735.
- „Standard“ 365 f., 424.
- Standard-Dil-Truſt 412,  
464.
- „Standard“, Nacht 698.
- Stanley Henry Morton 695.
- Villa 700.
- Stappen Ch. van der 463.
- Stara A. 37.
- Starczynski 401.
- Starnberger 677.
- Staffen Franz 503.
- Staten Island 779.
- Statistisches 11, 12, 15, 16,  
38, 46, 47, 62, 72, 77, 88,  
89, 90, 94, 96, 98, 99,  
100, 113, 123, 125, 138,  
139, 141, 154, 155 f., 177,

- 192, 202, 203, 207, 208 f.,  
221, 237, 239, 242, 251 f.,  
264, 283, 287, 294, 296,  
307, 309, 319, 323 f., 335,  
340 f., 344, 348, 352, 356,  
358, 364, 370, 392, 396,  
399 f., 407, 409, 413, 435,  
478, 483, 493, 495, 512,  
514, 521, 526, 551, 552,  
553, 554, 561, 563, 568,  
577, 582, 583, 584, 589,  
605, 612, 616, 622, 629,  
630, 632, 633, 634, 637,  
639 f., 641, 642, 647, 664 f.,  
674, 675, 678, 683, 691,  
698 f., 700, 701, 704, 705,  
722, 728, 730, 744, 747,  
754, 756, 760, 766, 774,  
777 f., 780, 782.
- Staub R. J. 451.  
Staubinger Gd. 247.  
Staudenmaier Fr. A. 37.  
Staufer A. 132.  
Staunton 701.  
Stavnhagen 504, 620.  
Stead W. J. 154, 172, 191,  
366, 407, 694.  
Stegg 643.  
Steffen Gustaf F. 10, 683.  
Stegewald 611.  
Steichen M. 224.  
Steiermark 46, 53, 121,  
139 f., 356, 358, 394, 405,  
406, 459, 509, 625, 627,  
767.  
Steig Reinh. 760.  
Stein 8, 9, 102.  
Stein, Abgeordneter 318.  
— Adolf 468.  
— Bernh. 556.  
— Erzbischof von 343.  
— Frau v. 454.  
— Freiherr v. 33, 87, 132,  
756.  
— Ludwig 40, 242, 290.  
Steinberger Alfons 134.  
Steindl Emmerich 140.  
Steinhausen G. 240, 503.  
— W. 353.  
„Steinhof“ (Wien) 405.  
Steinhuber 337.  
„Steinklopperhaus“ (Anzen-  
gruber) 300.  
Steinle Afr. M. v. 563,  
617, 618.  
— Gd. v. 344, 562 f.  
Steinmann A. 563.  
— Ernst 123, 292, 397.  
Steinmetz B. M. 350.  
— General v. 39.  
— S. Rud. 395.  
Steinwender 51 f.
- Stellingen 620.  
Stelzhammer Franz 140,  
459, 627, 690.  
Stendhals 94.  
Stephan Heinr. v. 760.  
— König 360.  
Stephanie, Kronprinzessin  
51.  
Stephansbrunnen (Karls-  
ruhe) 293.  
Stephanskirche (Pest) 300.  
Stern Adolf 352.  
— Alfred 132, 619.  
— Ernst 757.  
Sternberg 34.  
— Adalbert 505, 624.  
„Sternengebot“ von Sieg-  
fried Wagner 453.  
Sternfeld Rich. 286.  
Sterzing 296.  
Stettin 34, 68, 135, 620,  
763, 764.  
Steuben 583, 584, 640, 781.  
Steuer J. A. G. v. d. 775.  
Steuern (Steuergesetze) 48,  
65, 103 f., 146, 151, 181,  
266, 284, 295 f., 312, 322,  
325, 327, 334, 357, 362,  
363, 391, 412, 422, 443,  
478 ff., 482, 485, 487, 491,  
492, 497, 511, 514, 515,  
542, 557 f., 566, 574, 622,  
648, 649, 655, 659, 673,  
677, 679, 691, 692, 712,  
716, 749, 755, 760, 770,  
772.  
Steyr 460, 570.  
Stieber R. 191.  
Stier Hubert 130, 565.  
— Somlo Fritz 683.  
Stifter Adalbert 91, 253,  
287, 299, 300, 361, 459,  
768.  
Stiftungen und Preise (Sti-  
pendien) 11, 22 f., 32,  
41, 59, 97, 101, 135, 155,  
200, 294, 306, 371, 410,  
450, 452, 458, 462, 491,  
503, 504, 508, 514, 564,  
569, 579, 583, 586, 620,  
633, 634, 641, 664, 681,  
689, 703, 762, 764, 775,  
782.  
Stiglmayr J. 450.  
Stilfser Joch 662.  
Stilgebauer Edw. 245, 352.  
Stiller Ocean 411, 412, 431,  
432, 465, 702, 779.  
Stillich Oskar 683.  
Stillwell, Senator 780.  
„Stimmen aus Maria-  
Laach“ 37, 337.
- Stipberger G. 450.  
Stirner Max 348.  
Stjanna 727.  
Stöcker 24, 38, 120, 187,  
237, 239, 339, 762.  
Stoderau 569.  
Stockholm 59, 306, 408,  
452, 458, 462, 514, 577,  
634, 641, 697, 775.  
Stockmann Alois 196, 617,  
619, 684.  
Stoering Curt 43.  
Stoepel, General 265, 463.  
Stolberg, Graf 487, 685.  
Stolböl 261.  
Stollreither G. 560.  
Stollwerck 703.  
Stolz 544.  
Stolypin 324, 409, 577, 635.  
Stolz Alban 556, 684.  
Stölzel 566.  
Stölzle Remigius 80, 243,  
451, 499.  
Stoneheng 304, 329.  
Storck R. 133, 350, 570.  
Storm Th. 194, 244.  
Stöpler E. 335.  
Strachowitsch 627.  
Stralsund 504.  
Stranitzky 458.  
Stranitzky, Abgeordneter 766.  
— Christine v. 450.  
Straffer Alb. 91.  
— Artur 405, 459.  
Straßburg 33, 43, 44, 70,  
71, 94, 115, 133, 144,  
184, 187, 235, 246, 283,  
290, 423, 492, 548, 551,  
555, 611, 615, 676, 742.  
Straubing 21, 762.  
Straubinger S. 683.  
Strauß David Friedrich  
452, 502, 565.  
— Johann, Vater 91, 300,  
690.  
— Sohn 91, 459.  
— Oskar 83.  
— Rich. 83, 84, 294, 453,  
503, 620, 681.  
Streicher Gust. 619.  
Streits und Ausstände 15,  
33, 46, 142, 205, 211,  
215, 258, 259, 266, 268,  
271, 279 f., 305, 306, 307,  
324, 334, 336, 340, 341,  
361, 385, 392, 404, 406,  
441, 456, 471, 488, 507,  
511, 514, 540, 547, 573,  
574, 576, 581, 582, 613,  
632, 634, 663, 674, 678,  
686, 694, 695, 748, 753,  
764, 780.



- Streiter Rich. 133 f.  
 Strindberg Aug. 697.  
 Strobi Alois 360, 361.  
 — Karl S. 133, 140, 141, 204, 253.  
 Strohmayr 90, 298.  
 Struma 725, 726.  
 Strumiža 725, 726.  
 Strunz Franz 140.  
 Struwelpeter 85, 565.  
 Strzygowski 141, 254, 262, 500, 761.  
 Stuart (Haus) 389.  
 Stubbs W. 242.  
 Stubenring (Wien) 571.  
 Stübel 65.  
 Stud Franz 43, 246, 292, 763.  
 Studenten (=Verbindungen) 11, 51, 52, 56, 73, 89, 97, 98, 100, 115, 123, 131, 135, 149, 155, 164 f., 177, 180, 193, 206, 215, 223, 232, 239, 246, 248, 250, 262, 266, 267, 282, 286, 288, 298, 302, 303, 306, 324, 326, 327, 344, 347, 351, 363, 364, 379, 403, 410, 444, 445, 449, 451, 456, 457, 462, 471, 476, 491, 505, 506, 510 f., 513, 517, 527, 543 f., 568, 569, 573, 578, 580, 617, 634, 641, 648, 686, 687, 691, 693, 698, 740, 742 f., 751, 779.  
 Studt 185, 186, 386, 677.  
 Stuhlmannbrunnen 44.  
 Stundisten 98.  
 Stürzsch (öster. Minister) 622, 623, 660, 720, 765.  
 Sturm Paul 196.  
 „Stürmer“ 134.  
 Sturmsfeder Luise v. 626.  
 Stuttgart 85, 196, 247, 275, 293, 382, 390, 395, 458, 505, 562, 669, 685, 730.  
 Suchomel 509.  
 Suchomlinow 662.  
 Sudan 60, 100, 142, 527, 699.  
 „Süddeutsche Monatshefte“ 449, 611.  
 „Süddeutsche Reichsforrespondenz“ 421.  
 Südekum 238, 276.  
 Sudermann 30, 42, 84, 195, 242, 392, 396, 703.  
 Sudhoff 140.  
 Südpolarforschung 78, 697.  
 Suez (und Suezkanal) 225, 315, 366, 517, 768.  
 „Sugambria“ 232.  
 Sulaiman al-Bistanis 306.  
 Suleimanich 636.  
 Sulzer-Gebing Emil 300.  
 Sulina 149.  
 Sully-Proudhomme 97, 406.  
 Sultania, Fort 603.  
 Sulzbach 543.  
 Sumarokow 430.  
 Sündflut 196.  
 Sunjatsen 638, 643, 645, 648, 655, 779.  
 Sunniten 778.  
 Suphan B. 615.  
 Surreznes 462, 511.  
 Suryn G. W. 563.  
 Süßerfic 403, 438.  
 „Süße Mädel, Das“ 458.  
 Süßenguth 84.  
 Suter 86.  
 Suttner Berta v. 198, 306, 500.  
 Svendsen Munthe 697.  
 Swaeborg 324.  
 Swedenborg Immanuel 261.  
 Swinburne 292.  
 Swinemünde 119, 175, 370, 455.  
 Swoboda Heinrich 360.  
 Sybel G. 133, 245, 289, 560.  
 Sydnor 613.  
 Syllabus 122, 241, 287, 342, 376 f., 381, 386 f., 448.  
 Sylt 555.  
 Sylvestor, Dr. 623.  
 „Sylvia“ von Gellert 619.  
 Symbolismus 447.  
 Synagogen 247, 620.  
 Synopticus 51.  
 Syrakus 601, 602.  
 Syr-Darja-Gebiet 776.  
 Syrien 605.  
 Szamowolszky 405.  
 Szapary L. 199.  
 Szecezen 738 f.  
 Szegebin 205.  
 Szell 49 f., 89, 136 f., 138, 198, 199.  
 Szögeny, Graf 110.  
 Szombathy 572.  
 S.  
 Saaffe 625.  
 Sabah 315.  
 Sabathandel (=monopol) 412, 480.  
 Säbris 517, 581.  
 Sacydromos 736.  
 Sadolini 301.  
 Saef 3.  
 Tafelberg bei Kapstadt 703.  
 Taft, Bildhauer 703.  
 — G. W., Präsident 465, 518, 521, 582, 584, 587, 639, 700, 701, 702, 780.  
 „Tag“ 365, 617, 760.  
 „Tagebuch einer Verlorenen“ 352.  
 „Tagebuch“, von Hermann Bahr 570.  
 „Tägliche Rundschau“ 71, 163.  
 Tagore Rabindranath 775.  
 Taine G. 302 f., 440, 557.  
 Tafahira 268.  
 Tafe Jonescu 721 f.  
 Tatu 220.  
 Tatuforts 2, 7.  
 Talat Bey 604.  
 Talbot, Dr. 643.  
 Talleyrand 482.  
 Talmud 345.  
 Tamerlan 26.  
 Tamm, Dr. 329.  
 Tanera 195.  
 Tanager 58, 211, 273, 274, 275, 278, 367, 411, 475.  
 Tannenbergs 138, 568.  
 Tannhäuser 560.  
 „Tanztrio der Narr“ 453.  
 Tanzkunst (Tänzerinnen) 83, 147, 196, 216, 308, 574, 680.  
 Tarbes 211.  
 Tarifa 211.  
 Taroli 80.  
 Tartaren 267, 270, 324, 698.  
 Tarvis 508.  
 Tarschew 436.  
 Tatjana a. d. Pola 578.  
 Tattenbach, Graf 275.  
 Taube Helene v. 194.  
 — D. v. 288.  
 Tauerngebirge 297, 506, 509.  
 Taurus 318 f.  
 Taurroggen 698.  
 Taurus 418, 516.  
 Tautenhayn J. J. 203, 690.  
 Tavernier G. 761.  
 Technik 18, 34, 41, 77, 82, 98, 128, 184, 207, 218, 231, 259, 303, 348, 363, 388, 446, 505, 509, 565, 623, 745, 768.  
 „Tedeum“ 500.  
 Teget 455.  
 Tegner R. 577.  
 Teheran 327, 418, 466, 637, 778.  
 Teles Ed. 627, 767.

- Telegraphie (drahtlose; Funfentelegraphie) 10, 44, 86, 96, 144, 188, 207, 224, 271, 319, 367, 465, 488, 518, 757.  
 Teleologie 381.  
 Telepathie 190.  
 Telephon 198, 465, 488.  
 Temes 251.  
 Tempelritterorden 117.  
 Templin 685.  
 „Temps“ 367, 587, 600, 732, 736.  
 Tenedos 706.  
 Tennyson 773.  
 Teodorowicz Josef 298.  
 Teplitz 52, 570, 571, 767.  
 Terenzhandschriften 212.  
 Teschen 91, 249.  
 Tets van Goudriaan 371.  
 Teufelsanbeter 616.  
 Teutoburger Wald 503.  
 Deutsch Traugott 508.  
 Tewes Fr. 291.  
 Tewiss Pascha 476 f.  
 Thale 619.  
 „The Christian Daimyos“ 224.  
 „The Leopards-Spot“, von Dixon 215.  
 „The modern Jew“ 123.  
 Theater, Varietés (siehe auch Literatur und Dramatif) 17, 30, 37, 42, 44, 53, 77, 81, 82, 83, 84, 94, 130, 133, 135, 147, 151, 188, 195, 204, 207 f., 211, 212, 213, 215, 247, 253, 285, 291, 294, 304, 335, 352, 394, 396, 408, 410, 446, 453, 454, 458, 460, 462, 503, 542, 558, 564, 565, 570, 572, 579, 582, 583, 619 f., 627, 630, 681, 682, 685, 688, 692, 693, 695, 757 f., 762, 764, 769.  
 Thèbes, de 17.  
 Thedy Max 292.  
 Theilhaber Felix 619.  
 Themse 63.  
 Theodorich der Große 6, 620.  
 Theologie (katholische und protestantische) 32, 33, 36, 39, 71, 72, 116, 123, 124, 126, 144, 185, 186, 187, 190, 203, 235, 261, 281, 288, 337, 344, 365, 374, 377, 378, 380, 381, 398, 444 f., 446, 447, 449, 460, 476, 529, 531, 534, 551, 553, 559, 573, 606, 607, 609, 621, 680, 756.  
 Theosophie 81, 86, 190, 228, 244.  
 Theseustempel (Wien) 99, 767.  
 Thiel Ernst 452, 507.  
 Thieme Cl. 681, 752.  
 — Ulrich 563.  
 Thierbach 565.  
 Thierich Friedrich v. 685.  
 Tholens Rud. 699.  
 Thoma Hans 43, 132, 197, 292, 500, 503.  
 Thomas von Aquin 81, 264, 379, 475, 682.  
 — von Kempen 86.  
 Thomismus 260.  
 Thomson, Major 734.  
 — W., siehe Kelvin.  
 Thorn 228, 247, 491.  
 Thornycroft Hamo 303.  
 Thrazien (Thracien) 718, 726, 727, 738.  
 Thronreden 25, 54, 86 f., 104 f., 141, 149, 174, 284 f., 321 f., 323, 383, 392, 400 f., 402, 437, 510, 517, 537, 569, 615, 623, 635, 637, 661, 672, 696, 729.  
 Thuille 619.  
 Thun Alfons 121.  
 — Leo 53, 625.  
 — Salm, Gräfin 508.  
 Thureau-Dangin 36, 351.  
 Thurn 300.  
 Tiberias 552.  
 Tiberius, Kaiser 181.  
 Tibet 12, 98, 223, 224 f., 272, 325, 327, 539, 561, 645, 648, 778.  
 Tiede Hans 292.  
 Tiedt Fr. 353.  
 Tiedemann Ad. v. 348, 349.  
 Tiefurt 564.  
 Tiele-Windler, Graf 441.  
 Tienstin 2, 7, 89, 220, 309, 517, 779.  
 Tierchutzverein (Tierzucht) 641, 766.  
 Tiflis 212, 266, 271.  
 Tigris 516, 523, 534.  
 Tilden-Truist 308.  
 Tilgner 626, 627.  
 Till Gulenspiegel 293.  
 Tille Alex., Professor 10.  
 Tilly 26, 186.  
 Tilsit 43.  
 „Times“ 172, 207, 272, 273, 417.  
 Tinel Edgar 696.  
 Tirana 713.  
 Tirnowa 425.  
 Tirol 139, 141, 204, 205, 241, 242, 250, 252, 253, 296, 299, 356, 358, 396, 428, 499, 500, 501, 506, 508, 509, 619, 622, 690, 768.  
 Tirsitz, Großadmiral v. 278, 475, 523, 650, 707 f., 732.  
 „Tischreden“ M. Luthers 760.  
 Tissa, Minister 200 f., 248, 251, 294, 566, 618, 738, 765.  
 Titacco 766.  
 „Titanic“, Schiff 694.  
 Tittoni 206, 249, 258, 301, 313, 314, 322, 369, 370, 416, 435, 457, 460.  
 Tivoli 552.  
 Tizian 353.  
 Tobias (bibl. Person) 197.  
 „Tod des Lintagiles“ 42.  
 Tode Henry 43.  
 Tokadschiba 725.  
 Tokio 224, 266, 269, 327, 582, 703, 760, 779.  
 Tokugawa Shogan Keiiti 703.  
 Toleranzvertrag 69, 72, 80, 187, 332 f., 342, 497, 549.  
 Tolstoi Leo 13, 98 f., 149, 212 f., 264, 326, 451, 461, 463, 544, 578, 616, 635, 698.  
 — d. J. 222, 578.  
 Tomanovic 460.  
 Tongking (Tonking) 25, 62, 224.  
 Tönntes Ferd. 134, 490.  
 Tönning 293.  
 Tontschew 735.  
 Tophoff H. 618.  
 Topographie 569.  
 Topton von Tirana 713.  
 „Tor und der Tod“ 42.  
 Tornius 326, 564.  
 Torpedos 152, 218, 222, 249, 264, 412, 478, 527, 732.  
 Torreon 640.  
 Torres Guido 290.  
 Torrefani Karl 53.  
 Törring, Graf 667 f.  
 Tosca 147.  
 Toselli 630.  
 Toskana, Erzherzogin von 130.  
 „Totenstadt“ von d'Annunzio 144.  
 Dou 651.

Toulon 92, 98, 145, 512, 594, 630, 656.  
 Toulouse 15, 379.  
 Tourneau 683, 760.  
 Touté 209.  
 Tovoie 352.  
 Trabert Adam 561, 621.  
 Traeger Alb. 42, 680.  
 Trafalgar 277, 483.  
 Dragarz 725.  
 Traiskirchen 767.  
 Trajan, Kaiser 213, 410.  
 Transvaal (siehe auch unter Buren) 7—12, 19, 28, 102 ff., 225, 264, 326, 516, 517, 771, 777.  
 Trappistenorden 146.  
 Trau 627.  
 Traub, Pfarrer 495, 611, 666, 668 f.  
 „Traum des Kaisers“ von Gräfin Chun-Salm 508.  
 Traun 560.  
 Trautmannsdorf Ferd., Graf 204.  
 Trave 23.  
 Treguier 211.  
 Treitschle 39, 247, 395, 504, 619.  
 Trentino 56, 435, 767.  
 Trepow 266.  
 Dreptower Park 542, 613.  
 Treuinsels, Abt 88.  
 „Tribuna“ 313, 368.  
 Trient 506, 622, 765, 768.  
 Trier 185 f., 284, 478, 611, 749.  
 Triefst 137, 202, 296, 320, 356, 358, 490, 568, 688, 689, 709, 740, 766.  
 „Trierster Tagblatt“ 689 f.  
 Trimborn 70, 78, 490.  
 Trinitarierorden 15, 52.  
 Tripolis (Tripolitani) 95, 141 f., 144, 301, 314, 320, 336, 369, 516, 522, 540, 580, 585, 586, 588, 592, 600—605, 637, 642, 643, 644, 646, 649, 651, 652, 659, 690, 691, 711, 715, 738, 741.  
 Trismegistos 291.  
 „Tritian und Isolda“ 244, 291, 453.  
 Troja 213.  
 „Troja und Ilion“ 213.  
 Trojan J. 197, 615.  
 Trölsch C. 398, 448.  
 „Trompeter von Säckingen“ 86.  
 Troppau 133, 249, 768.  
 Trott zu Solz v. 609.

Trubeksoj 266.  
 Trufchi 658.  
 Trufts 215, 263, 308, 362, 396, 412, 464 f., 517, 518, 554, 582, 583, 639, 640, 700, 701, 702, 779, 781.  
 Truxa S. M. 36, 287.  
 Tsareno Selo 726.  
 Tschagin, Admiral 698.  
 Tschafert 451.  
 Tscharutschunden 517 f.  
 Tschatalbscha 660, 661.  
 Tschachen 45, 46, 47 f., 49, 52, 53, 87, 88, 90, 111, 136, 137, 138, 139, 145, 192, 201 ff., 240, 248, 249, 250, 253, 285, 294, 296, 298, 311, 337, 356, 358 f., 399, 400, 401, 402, 403, 437, 456, 457 f., 463, 490, 502, 505 f., 507, 566, 568, 569, 576, 577, 586, 622, 623 f., 678, 683, 687, 688, 689, 765, 766, 768.  
 Tschchow 99, 223.  
 Tschemulpo 173, 218.  
 Tschengelgebirge 725.  
 Tschertessen 698.  
 Tschernagorzen 698.  
 Tschetschenzen 324.  
 Tschiragan 520.  
 Tschirschki 27.  
 Tschosen, Kolonie 582.  
 Tschudi S. v. 352 f., 555, 615.  
 Tschu-hung-teng 1.  
 Tschun, Prinz, 64, 68.  
 Tschwaschen 324.  
 Tschefi, Kaiserin 466.  
 Tschingtau 7, 517.  
 Tschungli-Yamen 2, 4, 7.  
 Tschschima 265, 278, 325, 327.  
 Tuallon Louis 293, 565.  
 Tuan, Prinz 4, 7.  
 Tuberkulose 641, 782.  
 Tübingen 196, 380, 394, 343.  
 Tuch Josef 459.  
 Tugela 7.  
 Tuilleries 574, 592.  
 Tultscha 149.  
 Tunis 278, 310, 512, 520, 580, 685, 601.  
 Tunnel (und Tunnelbau) 58, 211, 304, 361, 366, 581, 695.  
 „Turandot“ 42.  
 Turcha Gustav 252, 286.  
 Turin 56, 58, 123, 144, 259, 264, 336, 490, 631.  
 Türkei 12, 59, 60, 93 f., 95, 98, 100, 142, 147, 148, 152, 158, 161, 162, 174,

226, 248, 249, 253, 261, 271, 282, 301, 306, 315 f., 317, 322, 326, 350, 365, 370, 372, 391, 396, 402, 415, 416, 418, 421 ff., 425 ff., 428, 329, 430, 434, 435, 436 ff., 439, 463, 467 ff., 471, 472, 473, 475 ff., 478, 484, 508, 515 f., 519, 520, 522, 523, 524, 525, 533, 534, 537, 538, 540, 578, 580, 581, 585, 587, 588, 592, 600 bis 606, 613, 635 ff., 642, 643, 644, 647, 649, 650, 651, 652, 654, 655, 656, 657 ff., 660 f., 662, 663, 664, 698 f., 705 f., 707, 713, 714, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727 f., 730, 735 f., 738, 739 f., 741, 744, 766, 776 ff.  
 Türkenchanzpark (Wien) 405.  
 Turkestan 224, 265, 534, 577.  
 Turkmänen 698.  
 Turmann Max 80.  
 „Türmer“ 17, 193, 291, 582, 648.  
 „Türmschwalben“, von D. Kernstock 501.  
 Turmweien 56, 240, 460, 493, 565, 613, 624, 630, 751, 756, 767, 768.  
 Türrpe Paul 44.  
 Turtuthai 724, 726.  
 Tusi 658.  
 Tweebosch 102.  
 Tweedmouth 366 f., 416 f., 432.  
 Tweefountain 63.  
 Tycho (Wommsen) 194.  
 Typhuserkrankungen 229.  
 Tyrell, P. Georg 35, 329, 380, 460, 462.  
 U.  
 „Über die Kraft“ 97.  
 Uchtomski 484.  
 Udschda 367.  
 Uechritz Runo v. 196, 197, 309, 620.  
 Ufa 212.  
 Uganda 527.  
 Ugron 49, 51, 89.  
 Uhde Fritz v. 86, 197, 246, 293, 353, 395, 398, 503, 615.  
 Uhl Jörn 253.  
 Uhle Max 216.



Uhren (=Fabrikation) 131,  
291, 293, 462.

Ukraine (siehe auch unter  
Ruthenen) 99, 324, 399,  
410.

Ulbricht Edm. 563.

Ulstein 502.

Ulm 354.

Ulfster 692, 693, 772 ff.

Umfried D. 395.

Umlaufi-Frankwell 627.

Unbefleckte Empfängnis  
Mariä, Dogma von der  
(siehe auch unter Dog-  
matik) 99, 168.

„Und Pippa tanzt“ von  
G. Hauptmann 228, 351.

Undine 205.

Unfehlbarkeits-Dogma (vgl.  
auch Dogmatik) 298.

Ungarn 36, 47, 48, 49, 50 f.,  
52, 53, 88, 89, 90, 135  
bis 141, 159 f., 170, 174,  
198—205, 248—251, 262,  
286, 294—301, 307, 309,  
316, 317, 318, 320, 322,  
354—361, 364, 369, 401,  
402, 404, 406, 415, 438,  
456—460, 467, 473, 477,  
485, 500, 501, 507, 508,  
566, 567, 568, 569 f., 588,  
613, 624 f., 626, 652, 656,  
660, 678, 684, 686 f., 699,  
796, 764, 765, 766.

Unger Josef 400, 766.

— May 634, 763.

„Unità Cattolica“ 124.

Universitäten (vgl. Akade-  
mien, Studenten) 10, 18,  
32, 33, 34, 51, 52, 53,  
63, 70 f., 72, 74, 75 f., 77,  
94, 96, 106, 109, 113,  
117, 120, 122, 123, 125,  
126, 129, 132, 139, 149 f.,  
154, 164, 187, 188, 195,  
197, 202, 206, 207, 213,  
231, 282, 234 f., 245, 248,  
250, 251, 252, 253, 254,  
260, 263, 281, 285, 296,  
300, 301, 303 f., 308, 335,  
348, 359, 363, 364, 372,  
379, 380, 387, 394, 395,  
397, 403, 443, 444 f., 447,  
450, 451, 452, 456, 457,  
471, 489, 491, 492, 503,  
504, 505, 510 f., 512, 513,  
517, 523, 526, 527, 543 f.,  
553, 554, 568, 569, 576,  
577, 580, 606, 607 f., 609,  
612, 616, 620, 623, 625,  
628, 633, 634, 635, 652,  
674, 675, 680, 682, 687,

690, 693, 701, 707, 742,  
744, 751, 760, 766, 769,  
773.

Unfen 459.

Unold 34.

„Unter der Linde“ von D.  
Kernstock 501.

Unterrichtswesen 15, 16,  
33 f., 38, 39, 40, 41, 46,  
53, 62, 64, 69, 73, 91, 93,  
98, 99, 101, 106, 112,  
113, 125, 136, 137, 141,  
146, 148, 150, 152, 155,  
177, 184, 185, 202, 203,  
205, 208 f., 210, 213, 234 f.,  
239, 243, 248, 251, 255 f.,  
266, 279, 294, 325, 327,  
328, 343, 345, 357, 361,  
363, 373, 387, 391, 392,  
394, 397, 403, 404, 409,  
410, 411, 422, 437, 441,  
443, 444, 445, 446, 451,  
466, 467, 491, 493, 496,  
506, 507, 510, 512, 548,  
550, 551, 555, 565, 566,  
569, 573, 575, 577, 612,  
613, 616, 623, 624, 629 f.,  
633, 634, 636, 655, 658,  
664, 665 f., 669, 677, 678,  
688, 695, 698, 726, 735,  
755, 756, 760, 766, 770,  
773, 778, 782.

„Untersberg“—768.

Unterseeboote 100, 135, 249,  
264, 354, 478, 483, 514,  
522, 527, 732, 737.

Unfangyao 648.

„Unverfälschte deutsche  
Worte“ 46.

Upanishaden = Philosophie  
99.

Uphues Josef 131, 293.

Ural 302.

Urania (Bien) 571.

Urdu 778.

Urga 779.

Urheberrecht 742, 775.

„Urteil des Paris“ 86.

Uruguay 58, 665.

Urville 353.

Ustoten 698.

üstüb 415, 658, 662.

Utingfang 648.

Utrecht 117.

Uvac 416.

## V.

Vaihinger Hans 134, 243.

Vaillant 576.

Vaj von Baja und zu Lus-  
tod 584.

Valencia 361.

Valadolid 361.

Valle, Maquise del 575.

Valona 661, 664, 731, 734.

Valparaiso 363.

Vamberg Germ. 766.

— Ludwig 359.

Van der Velde G. 198,  
212.

Vancouver 413.

Vancsa May 299.

Vandal Alb. 15.

Vandalen 26.

Vanderbilt 12, 181.

Vanderlip Frank H. 215.

Vanutelli, Kardinal 344,  
494, 582.

Varna 326.

Varzin 131.

Vasitsch Wladimir 538.

Vasjary, Kardinal 687.

„Vater unser“ von Firlé  
197.

Väter vom Heiligen Geist  
575.

„Vaterland“ 124, 403, 538,  
592 f., 625 f.

Vatikan (=Konzil) 33, 56, 80,  
124, 150, 163, 168, 192,  
206, 256, 257, 259, 284,  
301, 329, 330, 343, 374,  
460, 530, 531, 537, 572,  
608, 695, 769.

Vauban 16.

Vaughan, Baronin 514.

— Bernhard 560, 562, 582.

— Kardinal 78, 79, 95.

Vauvernagues 335.

Vega 255.

Vegleri 647.

Veit Otto 773.

— Philipp 71.

Veith Eduard 300.

Venedig 52, 141, 142, 169,  
317, 351, 416, 460, 461,  
647, 691.

Venezuela 68, 105, 154, 156 f.,  
158, 159, 160, 211, 260,  
308, 466, 665.

Veniseños 520, 524, 579, 636,  
658, 664, 705, 723.

Ventura 380.

Venturi Adolfo 58.

— Tacchi 501.

Venus 572.

„Venus von Melos“ 31.

„Venus von Penzing“ 205.

Verband George 774.

Vercingetaris 209.

Verdi 308, 768, 769.

Verdun 462, 651.

Vere Aubreynde 350.

Vereine, Vereinigungen und Gesellschaften 30, 31 f., 33, 36, 37, 37, 45, 53, 55, 69, 73, 78, 83, 90, 91 f., 96, 113, 115, 120, 121, 146, 171, 173, 180, 188, 190, 205, 207, 215, 227, 234, 237, 240, 243, 251, 252, 255, 266, 275, 298, 343, 345, 350 f., 360, 364, 373, 390, 391, 392, 393, 394, 410, 446, 450, 452, 460, 466, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 507, 510 f., 516, 520, 523, 526, 548, 549, 551, 557, 560, 561, 564, 569, 578, 609, 611, 612, 613, 614, 618, 626, 650, 665, 666 f., 669, 670 f., 679, 681, 684, 685, 687, 689, 690, 695, 703, 717, 731, 745, 751, 753, 755, 761, 766, 775.

Vereinigte Staaten von Nordamerika 2, 8, 11 f., 19, 24, 34, 55 f., 58, 61, 68, 78, 79, 80, 95, 100 f., 104 f., 108 ff., 123, 143, 151, 152—155, 156, 158, 164 f., 171, 188, 203, 214 ff., 220, 260, 262 f., 265 f., 268 ff., 276, 285, 287, 290, 304, 307 bis 309, 310, 312, 315, 319, 320, 342, 362 ff., 368, 371, 391, 396, 411 f., 432, 434, 450, 464 f., 485, 514, 517, 518, 521, 526, 533, 534, 546, 547, 576, 582 ff., 588, 639 f., 644, 648, 649, 683, 692, 700 ff., 730, 731, 732, 747, 779 ff.

Veremundus (siehe unter Ruth Karl).

Verfassungsfragen (Konstitution), Verfassungs- freireiheiten 8, 11, 22, 26, 47 ff., 50, 52, 54, 73, 87, 88, 112, 114, 139, 153, 165, 166, 175 f., 178, 181, 183, 199, 201, 202, 203, 204, 207, 232, 234, 236, 248, 251, 267 bis 271, 289, 294 ff., 299, 305 f., 308, 309, 319, 322 bis 326, 327, 328 f., 338, 354 f., 356, 377, 411, 420, 421 ff., 425 ff., 433, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 448, 456, 457, 464, 466, 471, 472, 476 f., 493, 496, 508, 510, 514, 516, 517,

524, 525, 528, 531, 533, 540, 550, 566, 568, 569, 574, 577, 578, 579, 580, 586, 615, 622, 624 f., 626, 627, 631, 633, 636, 638, 644 f., 656, 657, 669, 674, 676 f., 702, 703, 725, 746, 749 ff., 752, 753, 766, 771, 778.

Verhaeren 292.

„Verkündigung“ von Claud Paul 762.

Verlaine Paul 147, 292.

Verleger (Verlag, siehe auch unter Buchhandel) 453, 461, 611, 639, 684, 761.

Verne Jules 303, 512.

Verney 292.

Verona 572.

Verfaillés 616.

Versicherungen (Alters- und Invaliditäts-) 14, 51, 87, 181, 257, 266, 296, 334, 402, 457, 475, 521, 615, 623, 628, 696, 755, 766.

Versorgungshäuser 328.

„Versunkene Glocke“ von Hauptmann 59, 351.

Verträge (siehe auch unter Bündnisse) 8, 11, 12, 13, 15, 20 f., 22, 24, 25, 26, 51, 54, 58, 64, 66, 97, 101, 104 f., 107, 108, 110 ff., 137, 145, 148, 153, 157, 158, 161, 162, 173, 174, 181, 201, 203, 214, 219, 220, 221, 225, 226, 230 f., 236, 238, 239, 244, 257 f., 260, 262, 268 ff., 274, 278, 279, 285, 297, 308, 312, 317 f., 321, 322, 326 f., 330, 355, 357, 369, 370 f., 372, 373, 385, 393, 402, 408, 411, 414 f., 416, 418, 419, 422, 424, 426 f., 428, 429, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 441, 466, 468, 469, 470, 472, 473, 474, 475, 475, 478, 483, 484, 485, 515, 517, 521, 522, 524, 526, 533, 537, 539, 542, 563, 575, 578, 580, 581 f., 585 f., 587, 588, 589, 590, 591, 595, 596 f., 599 f., 601, 614, 632, 636, 637, 938, 639, 646, 648, 651, 653, 654, 658, 659, 663, 695, 696, 700, 702, 703, 709, 713, 718 f., 720, 721, 723, 725, 726, 727, 734, 735, 736, 744, 778 f., 781.

Besuv 313, 314.

Betorecht 169 f., 258, 499, 509, 622.

Better, Professor 150.

Beuillot Louis 37, 81, 242, 629, 761.

Biareggio 406.

Biebig Alara 245, 352.

„Bier Evangelien“ von E. Zola 147.

Bierend L. 215.

Bierordt Heinrich 292.

Bierwaldbittersee 455.

Bigo 222, 259.

Bignon Paul 123.

Bistor B. 41.

— Emanuel II. von Italien 54, 130, 163, 336, 626.

— III. von Italien 54, 175, 229, 259, 316, 460, 647, 658, 690, 725.

— Napoleon, Prinz 511, 572.

Viktoria Eugenia von Battenberg (Königin von Spanien) 361.

— Louise, Prinzessin 648, 717, 743 f., 744 ff.

„Viktoria Louise“ (Luftschiff) 681.

Viktoria, Königin von England 60 f., 64, 303, 431, 433, 563, 631, 632, 691.

— von Baden 408.

Vilagos 688.

Villany Andorée 680.

Ville de Paris 462.

Ville franche 145.

Vincelli 770.

Vincennes 211.

Vinci, Lionardo da (siehe unter Lionardo da Vinci).

Vindobona 301.

Vindonissa 408.

Vinzenzverein 761.

Virchow Rudolf 32, 86, 132, 353.

Virginia 701.

Vischer Fr. Th. 396.

Visoli 55.

Vitalismus 193, 194.

Vivian 328.

Viviane 512.

Blissingen 576, 587, 633.

„Voce della Verità“ 124, 169.

Vogel Hugo 503.

— Ludwig 106.

Vogelshüttenberg 620.

Vogelsang Karl 556, 625.

Vogesen 442, 491, 573, 715.

Vogt Friedr. 83.

- Volapük (Weltsprache) 213, 682.  
 Völderndorff D. v. 133.  
 „Völker Europas, mahret eure heiligsten Güter“ 5.  
 Völkerrechtliches 4, 5, 25, 26, 28, 49, 52, 116, 159, 219, 220, 274, 330, 374, 419, 475, 539, 604, 710, 725.  
 Völkerchlacht bei Leipzig 131, 681, 748, 751 f., 764, 767.  
 Völkerwanderung 82.  
 Volkman Artur 293, 504.  
 „Volksbühne, Deutsche“ 82.  
 Volksfeste (siehe auch unter Feste und Jubiläen) 252.  
 Volksgarten (Wien) 255, 405.  
 Volksgefang (Volkslieder) 10, 133, 188 f., 242, 308, 323, 350, 397.  
 Volksheim (Wien) 301.  
 Volkshochschulen 35.  
 Volkshymne 505.  
 Volksschauspiele 352.  
 „Volksschauspiele aus dem Böhmerwald“ 91, 507.  
 Volksspiele (Jugendspiele) 243.  
 Volkstümliche Festzüge 456.  
 Volkstümliches 141, 195, 255, 348, 397.  
 „Volkswart“ 446.  
 Volkswirtschaftliches 4, 13, 14, 34, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 52, 67, 73, 88, 101, 103, 108, 125, 126, 128, 137, 142, 147, 151, 153, 161, 179 f., 198, 201, 203 f., 208, 221, 226, 236, 237, 240, 251, 251, 255, 263, 273, 288, 289, 290, 308, 311, 312, 316, 319, 321, 326 f., 328, 338, 340, 343, 344, 348, 357, 382, 387, 400, 401, 402, 407, 412, 415, 416, 434, 450, 451, 456, 457 f., 469, 470, 473, 474, 478, 480, 491, 492, 520, 523, 537, 538, 545, 554, 556, 577, 601, 602, 603, 614, 615, 617, 619, 632, 641, 659, 661, 662, 664, 667, 670, 672, 674, 683 f., 687, 697, 709, 716, 718, 719, 720, 722, 732, 739, 745, 747, 753, 755, 779.  
 Volkszählungen (vgl. Statistisches) 11, 47, 94, 554, 583, 628, 637.  
 Vollmar 23, 31, 51, 75, 127, 156, 176, 179, 180, 238, 321, 391.  
 Vollmöller C. 762.  
 Volpers R. 684.  
 Voltelini Hans v. 619.  
 Von der Lann 43.  
 „Von der Lann“ (Schiff) 589.  
 Vonus Artur 396.  
 Vorarlberg 139, 285, 356, 358, 405, 506.  
 Vorau 767.  
 Vormärz 18.  
 Vörösmarty 205, 459.  
 „Vorwärts“ 4, 24 f., 33, 55, 75, 127 f., 177, 178, 180 f., 238, 280, 311, 339, 340, 383, 589, 613, 747.  
 Voß Richard 454.  
 Voßler R. 144.  
 Vrchlicky Jaroslav 458, 689.  
 Vries Hugo de 364.  
 „Vulkan“ 135.  
 Vulpinos (siehe Renaud).
- W.**
- Waadt 150.  
 Waal Anton de 84, 352, 500.  
 Wachau 752.  
 Wachler Ernst 82, 195, 564.  
 „Wacht am Rhein“ 457, 505, 566.  
 Wadenroder 106.  
 Wader 387.  
 Wadernell 192, 204.  
 Wadai 60, 516, 522.  
 Waderé S. 293, 763.  
 Waegener C. 246.  
 Währungsfragen (siehe auch Bankwesen und Finanzfragen) 178.  
 Wagner Adolf 34, 73, 290, 507, 615.  
 — Hermann 152.  
 — Klaus 348.  
 — Otto 405, 626, 767.  
 — Professor 19.  
 — Richard 84, 86, 131, 133, 147, 149, 196, 198, 243, 244, 253, 286, 291, 293, 329, 349, 352, 453, 461, 503, 512, 679, 703, 742, 763, 775.  
 — Siegfried 290, 453, 564.  
 Wagram 508.  
 Wahl, General 148.  
 Wahlen und Wahlrechtsbewegungen 24, 34, 46, 48, 49, 51, 88, 89, 124, 126, 151, 155, 165, 177 ff., 184, 188, 192, 204, 208, 251, 257, 262 f., 295 ff., 309, 322 f., 327, 337, 338 ff., 341, 342, 346, 355 ff., 365, 382 ff., 386, 390 f., 392, 397, 399 ff., 402, 404, 407, 409, 422, 441 f., 457, 461, 465, 481, 486, 490, 498, 513, 540, 541 f., 543, 551, 561, 566, 568, 569, 573, 575, 576, 547, 580, 583, 613, 615, 617, 618, 622 f., 625, 628, 630, 631 f., 633, 634, 658, 665, 672 f., 686, 687, 690, 693 f., 696, 698, 700 f., 742, 748, 753, 755, 764, 769, 770 f., 774, 775, 782.  
 „Wahrheit“ von C. Zola 147, 210.  
 Wahrmond Ludwig, Professor 124 f., 359, 404, 456, 499.  
 Waisenhäuser 93.  
 Walachei, Walachen, Rußomalachen 90, 306, 317, 326, 515, 698, 699.  
 Waldeck-Roussau 15, 16, 37, 92, 209, 574, 629.  
 Walden P. 243.  
 Waldersee, Graf 6, 7, 26, 66, 67.  
 Waldmüller 767.  
 Waldshut 347.  
 Wales, Albert Prinz von (später Eduard VII von England) 58, 60 f., 108, 251, 748.  
 — Provinz 62, 227, 276, 772.  
 Walfischbai 646.  
 Walhalla 245, 348, 443, 455, 565, 763.  
 Wallace Lewis 308.  
 — Naturforscher 773.  
 Wallas Graham 683.  
 „Wallenstein“ von Schiller 286, 440, 458.  
 Wallfahrten und Professionen 57, 95, 298, 510, 560, 572, 688, 689.  
 Wallis 150.  
 Wallnerstraße in Wien 768.  
 Wallonen 696.  
 Wallot 398.  
 Walpurgishalle 84, 131.  
 Walster 571.  
 Walter F. 122.  
 — von der Vogelweide 76, 82, 454, 529, 555, 627, 764.  
 — W. 350.



- Walzel Oskar 689.  
 Wan 636.  
 Wanamater Rodmann 780.  
 Wandel, General 597.  
 Wandtschneider W. 504, 620.  
 Wangchin 648.  
 Wangeroog 555.  
 Warburg 551 f.  
 — Hörter 551.  
 Ward Wilfried 63, 500.  
 Wardar 719, 726.  
 Warschau 149, 212, 213, 222,  
 266, 267, 268, 306, 324 f.,  
 410, 577.  
 Wartburg 120, 187, 245,  
 254, 352, 453, 478, 500.  
 Wasgau 134.  
 Washington Georg 108,  
 364, 584.  
 — Stadt 11, 101, 108, 110,  
 159, 189, 215, 216, 263,  
 336, 362, 413, 465, 466,  
 583, 584, 639, 640, 703,  
 779, 780, 781.  
 Wasmann Erich 134, 242,  
 288, 395, 450.  
 Wasserab R. 192.  
 Wassermann Jakob 299.  
 Waterloo 258.  
 Watervallboden 8.  
 Weber Mfr. 507, 614.  
 — Beda 192, 204, 405.  
 — Bischof 344.  
 — C. und S. 335.  
 — Fr. W. 37, 83, 762 f.  
 — G. M. 683, 762.  
 — Otto 349.  
 Webereien 56.  
 Weferle, Minister 251, 316,  
 356, 357, 369, 401, 404,  
 467, 507, 566.  
 Weddo von Glümer Hans  
 504.  
 Wedesind Franz 83, 195,  
 291.  
 Wedel, Graf 295, 432,  
 615.  
 — Gräfin 555.  
 Weer, Oberst 734.  
 „Wege nach Weimar“ 619.  
 Weghaupt Fritz 690.  
 Wehner, Minister 234, 347,  
 444, 445, 531, 666.  
 Wehofer Thomas 141.  
 Wehrpflicht (vgl. Militäri-  
 sches) 8, 98, 158, 198, 202,  
 209, 257, 328, 390, 483,  
 513, 586, 624 f., 629, 633,  
 686, 709, 712, 714, 715,  
 717, 719, 722, 723, 725,  
 727, 730, 737, 741, 770.  
 Weig Joh. 557.  
 Weigl Rob. 141, 205, 255.  
 Weihaiwei 25.  
 Weihnachtstfest 352, 564, 695,  
 696, 768.  
 Weihnachtsspiele, schlesische  
 42, 83.  
 Weimar 86, 131, 195, 196,  
 198, 246, 289, 398, 452,  
 464, 565, 615.  
 Weinart A. 626.  
 Weinbau 406.  
 Weinberg 213.  
 — bei Stettin 620.  
 Weinl Heinrich 193.  
 Weingart 32.  
 Weingartner 454.  
 Weininger Otto 204, 253,  
 397.  
 Weirich Ignaz 85.  
 Weisbach Werner 620.  
 Weisengrün Paul 290.  
 Weiskirchner Richard, Dr.  
 355, 401, 404, 505, 506,  
 507, 566, 622, 688.  
 Weiskmann August 134.  
 Weiß A. M. 190, 449, 610,  
 611, 617, 619.  
 — J. 83, 290.  
 „Weiße Väter“ 146.  
 Weissenburg 488.  
 Weißer Berg 507.  
 „Weite Land, Das“ von  
 Schnitzler 627.  
 Weizenböck 140.  
 Welsen 177, 192, 232, 342,  
 481, 547, 620, 672, 678,  
 717, 743 f., 745 ff., 749 ff.  
 Wellmann Walter 584.  
 Wells G. G. 683.  
 Wels 768.  
 „Weltenmorgen“ von G.  
 Haffty 254.  
 Weltkrieg (1914—1918) 1,  
 13, 18, 19, 51, 54, 105,  
 108, 110, 132, 148, 149,  
 156, 161, 165, 168, 212,  
 217, 228, 244, 270, 271,  
 281, 359, 365, 366, 372,  
 388, 403, 414, 519 f., 525,  
 526, 585, 599, 624 f., 642,  
 694, 701, 704, 707, 709,  
 711, 714, 757, 770, 776.  
 Welfersheimb 45, 311, 313,  
 317.  
 Weltrich 244, 285, 291, 763.  
 Weltsprachen (Ido, Esper-  
 anto) 264, 309, 362, 413,  
 689, 745.  
 Wenden 305, 325, 554.  
 „Wenn wir Toten erwa-  
 chen“ von G. Jbsen 59.  
 Wenzelsplatz (Prag) 506.  
 Werhőczy Stephan 508.  
 Werandibund 764.  
 Wertschagin Wassily 220.  
 Wermuth, Oberbürgermei-  
 ster 780.  
 Werner Mfr. 775.  
 — Johann 292.  
 — Richard M. 195.  
 Wernicke 191.  
 Wernigerode 346.  
 Wernz Franz K. 337.  
 Wertheimer Ed. 192, 204,  
 626.  
 Wesel 119.  
 Wesendonck Mathilde 243.  
 Wessing S. 131, 196, 246.  
 Wesslburen 763.  
 Westeregeln 680.  
 Westfalen und Westfälischer  
 Friede 44, 73, 124, 125,  
 196, 280, 387, 549, 606,  
 620, 666.  
 Westminster 79, 631.  
 Wet Christian de (siehe  
 unter Domet).  
 Wette Herm. 243.  
 „Wette, Die“ von Goethe  
 570.  
 Wetterlé, Abbé 555, 573,  
 615, 706 f.  
 Wettertschießen 54.  
 „Wetterwart“ 352.  
 Wettrennen, -laufen und  
 -fliegen, Wettspiele 230,  
 294, 336, 455, 503, 692.  
 Wettstein, Professor 301.  
 Wegdorf 508.  
 Weglar 24, 565.  
 Weweler R. 503.  
 Weyer B. 616.  
 Weyr Rud. 300, 360, 459.  
 Whistler 575.  
 White Andrew Dickson 68,  
 123, 308.  
 — General 772.  
 White-Star-Line 694.  
 Whitman Sidney 424.  
 — Walter 263, 413.  
 Widewater 216.  
 Widmann J. B. 289, 304 f.  
 — C. 395.  
 Widor 565.  
 Wiedenfaßl 763.  
 Wieland Konst. 606.  
 Wien (und Wiener Kon-  
 gress) 2, 12, 15, 37, 42,  
 43, 45, 46, 52 f., 86, 90,  
 91, 106, 107, 117, 122,  
 124, 136, 137, 139, 140,  
 141, 144, 148, 149, 151,  
 160, 167, 169, 172 f., 174,  
 199 f., 203, 204, 205,

- 248 f., 250, 251, 252, 253, 254, 255, 294, 297, 298, 299, 300, 301, 304, 306, 316, 336, 350, 353, 354, 356, 358, 359, 360, 361, 370, 374, 393, 398, 400, 402, 403, 404, 405, 415, 418, 421, 422, 427, 436, 449, 456, 457, 458, 459, 472, 477, 483, 484, 486, 487, 505, 506, 507, 508, 509, 520, 523, 526, 534, 540, 544, 548, 556, 560, 562, 566 ff., 568, 569, 570, 571, 576, 591, 592, 593, 616, 621, 622, 623, 625, 626, 627, 648, 652, 654, 659, 684, 685, 686, 687, 688 f., 690, 696, 714, 717, 729, 730, 737, 752, 764, 766, 767 f., 782.
- Wienburg Ludolf 133.
- Wiener Leo 398.
- „Wiener Zeitung“ 48, 205.
- Wiener-Neustadt 690.
- Neustädter Steinfeld 572.
- Wienstein Fr. 36.
- Wiesbaden 35, 131, 293, 393, 442, 504, 527, 594.
- Wiese Mar 399.
- Wight 372.
- Wilamowitz-Moellendorf 34, 41, 289.
- Wilbert R. 300.
- Wilbrandt 134, 290, 458, 615.
- Wilczek, Graf 40, 316.
- Wilke Oskar 63, 207 f., 228, 294, 304, 453, 575, 695, 762.
- Wildenbruch 30, 134, 245, 352, 458, 565.
- Wilfert R. 361.
- Wilhelm I., Deutscher Kaiser 18, 20, 43, 76, 85, 127, 130, 132 f., 164, 176, 180, 184, 190, 196, 247, 283, 289, 293, 394, 398, 433, 544, 546, 612, 619.
- II., Deutscher Kaiser 2 f., 4 ff., 17 ff., 20 f., 22 f., 25, 26 f., 28 f., 32, 34, 55, 59, 61, 64, 66, 67, 68, 69, 71, 72, 74, 75 ff., 85, 92, 108, 109, 111, 112, 115, 117 ff., 120, 121, 127 ff., 130 f., 133, 136, 138, 141, 147, 148, 155, 158 ff., 161, 163, 164 f., 168, 171, 175 f., 180, 184 f., 186, 187 ff., 193, 194, 199 ff., 208, 210, 212, 223, 226, 229 ff., 236, 240, 244, 247, 259, 260, 261, 263, 268, 272 f., 276, 277 f., 282, 283, 284 f., 289, 292, 304, 305, 313, 315, 316 f., 318 f., 320, 326, 335, 336, 337, 340, 341, 345 ff., 362, 363, 365, 366, 370, 372, 377, 383, 387 f., 389, 390, 393, 394, 398, 399, 408, 410, 416 f., 419 f., 421, 423 f., 430 ff., 433, 439 f., 442, 443 f., 455, 460, 468, 469 f., 474 f., 477, 478, 479, 481, 482 f., 484, 487, 488, 491, 492, 499, 504, 505, 506, 510, 514, 519, 520, 521, 522, 526, 527, 530, 533 f., 540, 544 ff., 550, 554 f., 565, 567, 569, 576, 579, 583, 584, 589, 593, 594, 599, 602, 606, 614, 615, 617, 623, 625, 631, 634, 636, 640, 643, 647, 648, 652, 653, 669, 673, 676 f., 678, 679 f., 681, 695, 696 f., 707, 711, 717, 721, 726, 728, 730, 738, 739, 742 ff., 747 f., 749, 751, 755, 756 f., 763, 764, 765, 775, 780, 781.
- „Wilhelm II.“, Schiff 135.
- Wilhelm III. von Oranien 399.
- Herzog 767.
- M. 154, 216.
- Wilhelm, Prinz von Dänemark (siehe unter Georg von Griechenland).
- Prinz von Schweden 714, 751, 775.
- Zell 97, 362.
- von Braunschweig 247.
- von Luxemburg 305, 696.
- von Oranien 292, 442, 669.
- von Wied (Neuwied) 731, 734 f., 737.
- von Württemberg 405.
- „Wilhelm Meisters theatralische Sendung“ 564.
- Wilhelmi Rud. 348.
- Wilhelmine, Königin der Niederlande 59, 66, 97, 227, 522.
- Wilhelmsdorf 553.
- Wilhelmshaven 2 f., 4 f., 27, 293, 346, 555, 623, 669.
- Wilhelmshöhe 370.
- Willcocks W. 327, 776.
- Willendorf 572.
- Willerforce 62.
- Williams 649.
- Willibrord, hl. 119.
- Willmann Otto 37, 191, 344.
- Wilm Werner 289.
- Wilmersdorf 620.
- Wilna 148, 323.
- Wilpert Jos. 144, 258.
- Wilson Woodrow 19, 700, 701, 780, 781.
- Wilzen- und Welsungenfage 140.
- Winchester 643.
- Windsler Hugo 39, 193.
- Windegg W. G. 682.
- Windthorst 121, 397, 481, 666, 716.
- Windhuf 620.
- Windischgrätz Ludwig 660.
- Windsor 372, 632, 737.
- Winkler Georg 405.
- Winter Ernst 32.
- Georg 299.
- Winterhalden 195.
- Wirth Albrecht 82, 100, 452, 460, 464, 499, 502, 563, 699.
- Wisconsin 364.
- Wismar 212.
- „Wiskottens, Die“ 352.
- Wissenschaftliches (vgl. Theologie, Philosophie, Medizin u. Zus.) 13, 30, 31, 32, 36, 38, 40, 53, 54, 55, 69, 70 f., 74, 79, 81, 89, 113, 115, 116 f., 118, 119, 120, 121, 122, 124, 128, 129, 135, 141, 144, 146, 149, 154, 172, 184, 185, 187, 191, 210, 215, 531, 234, 235, 241, 255, 258, 260, 279, 289, 301, 319, 329, 335, 337, 348, 349, 375, 376, 377 f., 380 f., 387, 388, 403, 444, 445, 447, 448, 450, 456, 483, 501, 508, 510, 515, 523, 535, 563, 465, 569, 583, 606, 607, 608, 610, 612, 616, 617, 622, 628, 634, 639, 667, 669, 674, 682, 744, 751, 756, 761, 773.
- Wiskmann Hermann 455.
- Witboi Hendrik 229.
- Wittes B. L. 194, 264, 404.
- Wittkop 191.
- Witt de 343.
- Dr. 283.
- Witte Leopold 72, 81.
- v. 98, 268.
- Wittel v. 45.

Wittkefind 196.  
 Wittelsbach, Dynastie 119,  
 353, 680.  
 „Wittelsbach“, Schiff 3, 22.  
 Wittenberg 126, 187.  
 Wittmer G. 135.  
 Wladikawka 271.  
 Wladimirof 98, 212, 221,  
 265.  
 Wlafficz 89.  
 Wodan 85, 131, 191.  
 Woermann 197, 620.  
 Woerner Roman 577.  
 Wohltätigkeitsanstalten u.  
 -veranstaltungen 215,  
 261, 459, 566, 575, 622,  
 623, 691, 767.  
 Wohnungswesen 287, 501,  
 524, 543, 622, 641.  
 Wojciechowski 684.  
 Wolf, Abg. 46, 88, 138.  
 — Hugo 205.  
 — Julius 615.  
 — Karl 458.  
 Wolfenbüttel 246.  
 Wolff A. R. 579.  
 — James 133.  
 — Julius 245.  
 — Odilo 683.  
 — Metternich 521, 651,  
 652, 663.  
 Wölflin Heinrich 353.  
 „Wolgangs Römerfahrt“  
 352.  
 Wolfram von Eschenbach  
 502.  
 Wolfsgruber Celestin 299.  
 Wolga 324.  
 Wolgast 292.  
 Wolhynien 267, 577 f.  
 Wolfan Rudolf 204.  
 „Wolken“ des Aristophanes  
 326.  
 Wolke R. B. 300, 690.  
 Wolzelle (Wien) 571.  
 Wolzogen Ernst v. 83, 84,  
 503.  
 — Hans v. 83, 195.  
 Woodrow Wilson (siehe  
 unter Wilson).  
 Wörishofen 196.  
 Worms 235, 255, 293, 619.  
 Würndle 52.  
 Wörterbücher 40, 122, 133,  
 195.  
 Wortley Stuart 440.  
 Wotjaten 324.  
 Wotke R. 140.  
 Wrale 501.  
 Wranna 767.  
 Wrba G. 131, 293, 353, 455,  
 620.

Wrede Richard 195.  
 Wreschen 73, 112, 113.  
 Wright Irville 216, 466.  
 — Wilbur 216, 466, 702.  
 Bucher 11.  
 Wülcker R. 63.  
 „Wunder des Antichrist“ 58.  
 „Wunder des hl. Antonius“  
 von Maeterlinck 212.  
 „Wunder des hl. Terenz“  
 619.  
 Wundt Wilh. 234, 680.  
 Wünsch B. 555.  
 Wünsche August 288, 345.  
 Wurm Alois 556, 561.  
 Wurmb C. 767.  
 Württemberg 78, 123, 198,  
 287, 337, 505, 506, 606,  
 612, 753.  
 Wurzbach Wolfgang 91.  
 Würzburg 124, 196, 248,  
 380, 386 f., 445, 448, 451,  
 453 f., 667, 668, 764.  
 Wurzgen 565.  
 Wuti, Kaiser 60.  
 Wuttke Heinrich 684.  
 Wymann Ed. 450.  
 Wysztyten 68.

## X.

Xenos (siehe unter Kraus  
 Fr. X.).  
 Ximenes 769.

## Y.

Yacco Sada 155.  
 Yahuda 773.  
 Yale 702.  
 Yalta 267.  
 Yalu 241.  
 Ybi R. 300.  
 Yemen 152, 306, 516, 649.  
 Yi hong 214.  
 Yokohama 269.  
 Yorck, Graf von Warten-  
 burg 698, 751.  
 York, General v. 348, 717,  
 763.  
 Yorkshire 656.  
 Yoshihito Harunomina,  
 Kaiser 656, 703.  
 Young Wilson 242.  
 Younghusband, Oberst 224,  
 225, 272.  
 Yu 2.  
 Yuanschikaj (siehe unter  
 Yuanschikaj).  
 Yvetot 591.

## Z.

Zaandam 635.  
 Zabern 752 f.  
 Zahn, Professor 343.  
 Zajec J. 255.  
 Zala Georg 361.  
 Zamenhof, Dr. L. 213, 264,  
 689.  
 Zängerle R. C. 122.  
 Zapata, General 640.  
 Zapp 299.  
 Zarathustra 41, 503.  
 Zarismus 68, 92 f., 98, 99,  
 144, 147 f., 165, 166, 173,  
 212, 219, 221, 222, 223,  
 232, 266 f., 268, 269, 270,  
 271, 306, 315, 316, 322 f.,  
 325, 340, 370, 408, 421,  
 428, 463, 478, 483, 484,  
 485, 488, 491, 513, 522,  
 524, 533, 538, 635, 653,  
 654, 657, 697, 698, 708,  
 709, 717, 721, 726, 727,  
 776, 779.  
 Zarstojce Selo 408.  
 Zauche 685.  
 Zajet 401.  
 Zdzichowski Marian 288.  
 Zechstein 554.  
 Zedlitz, Freiherr v. 550, 674,  
 754.  
 Zeichenkunst 64, 205, 292.  
 Zeitrechnung 645.  
 Zeitungen (Zeitungstim-  
 men) 4, 5, 7, 9, 10, 12,  
 18, 22, 23, 24 f., 28, 33,  
 55, 61, 62, 63, 64, 66,  
 71, 74, 81, 89, 93, 95,  
 98, 100, 107, 109, 112,  
 113, 114, 115, 119, 120,  
 126, 142, 146, 147 f., 149,  
 155, 159, 163, 169, 170 f.,  
 172, 178, 182, 189, 190,  
 192, 195, 198, 212, 220,  
 222, 223, 238, 239, 241,  
 252, 266, 269, 274, 275,  
 276, 277, 280, 284, 296,  
 298, 313, 318, 319, 321,  
 322, 324, 328, 337, 341,  
 343, 346, 368 f., 370, 372,  
 375, 380, 383, 386, 390,  
 391, 397, 407, 408, 410,  
 411, 412, 422, 430, 432,  
 433, 439, 440 f., 444, 449,  
 451 f., 463, 464, 468,  
 471 f., 478, 479, 481, 483,  
 488, 491, 492, 495, 497,  
 509, 512, 515, 517, 527,  
 530, 538, 541, 544, 547,  
 551, 552, 557, 573, 581,  
 585, 590, 591, 593, 595,



- 597, 600, 601, 610, 616,  
625f., 635, 639, 641, 656f.,  
665, 667, 674, 684, 706,  
708, 709, 714, 722, 730,  
731, 733, 736, 737, 738,  
739, 743f., 759, 764, 774,  
780.  
Belezny 690, 768.  
Bell Th. 82.  
Beller 234.  
Benidze 516.  
Benfur 62, 77, 143, 188,  
335, 534, 570, 635, 761.  
Bentralfriedhof (Wien) 205,  
360, 459, 571, 768.  
Bentrum (Deutschland) 22,  
26, 29, 32, 33, 65, 68,  
69, 71, 72, 73, 77, 78,  
79, 80, 87, 112, 113, 114,  
115, 116, 117, 119f., 126,  
127, 136, 175, 176, 177,  
184, 185, 187, 192, 232f.,  
234, 235, 236, 250, 279,  
281f., 284, 298, 312, 341,  
342, 343, 345, 350, 351,  
382f., 385, 389, 393,  
397, 399, 444, 468, 474,  
479f., 487, 491, 492,  
493f., 496f., 530, 531,  
541, 543, 547f., 549f.,  
551, 552, 554, 555, 557,  
559, 561, 562, 606, 608,  
609, 611, 612, 615, 665,  
666, 671, 672, 674, 675,  
683, 715, 742, 744, 753f.,  
755, 761, 762.  
Bepelin C. v. 578.  
Bepelin, Graf 44, 77, 94,  
294, 354, 399, 413, 450,  
455, 461, 504f., 506,  
555, 615, 681, 714, 717,  
767.  
Berbst 290.  
Berritsch Fr. 300, 767.  
Bettin 280.  
Betsche Ed. 140.  
Beus 133, 759.  
Beyer Julius 253, 768.  
Benfig 295.  
Bia-ebdin-Effendi 477.  
Bichy Joh. 136.  
Ziegler G. C. 395.  
— R. W. 126.  
— Theobald 80, 452.  
Zieler Gustav 135.  
Ziez 280.  
Zigeuner 626, 674, 698,  
699.  
Ziller Ernst 99.  
Zilliacus Kami 307.  
Zimmer Heinrich 398.  
Zimmermann A. 397, 498.  
— Waldemar 615.  
Zinswesen (siehe auch Bank-  
wesen) 502.  
Zinzaren 698, 699.  
Zinzendorf Ludwig v. 38.  
Zionismus (siehe auch unter  
Judentum) 106, 140,  
211, 216, 299, 399, 457,  
498, 551f., 636, 684.  
Zionskirche (Jerusalem) 579.  
Zislin 714.  
Zisterzienserorden 69.  
Zita von Bourbon-Parma  
(Kaiserin von Oesterreich)  
406, 623, 767.  
Zittau 43.  
Zivilehen 361.  
Zivilisation 3, 6, 25, 34,  
61, 145, 147, 156, 162,  
214, 220, 266, 277, 333f.,  
368, 391, 418, 424, 434,  
436, 514, 583, 591, 604,  
637, 645, 652, 661, 733.  
Zizza 261.  
Zlamal Julius 360.  
Zo Henry 303.  
Zobien 763.  
Zochti Arnoldi 306, 640.  
Zola Emile 42, 147, 210,  
462, 511.  
Zolger Ivan 626.  
Zollbat 287, 449, 623, 696.  
Zollwesen (Zollkriege) 23,  
108, 127, 153, 159, 162,  
163f., 168, 206, 225, 226,  
312, 315, 317, 326, 356,  
357, 385, 404, 470, 474,  
480, 513, 554, 582, 604,  
632, 640, 679, 692, 700,  
701, 782.  
Zombor 690.  
Zoologischer Garten in  
Berlin 196, 246, 247,  
542, 565.  
Zoosmann Rich. 561.  
Zorpot 564, 619.  
Zorka, Fürstin von Monte-  
negro 166.  
„Zorn des Achilles“ 564.  
Zossen 135, 190.  
Zschoffe, Weihbischof 298.  
Zuaven 434.  
Zubeil 178.  
Zugersee 455.  
Zuidersee 97.  
„Zukunft“ 52, 178, 180, 388.  
Zündholz (Industrie) 177.  
Zurburg Urban 761.  
Zürich (Züricher See) 59,  
152, 211, 247, 259, 304,  
361, 450, 564, 618, 696,  
766, 775.  
Zusammenkünfte (siehe auch  
Konferenzen) 20, 47, 92f.,  
98, 108f., 111f., 147,  
148, 161f., 165, 199f.,  
212, 229f., 251, 259, 268,  
274, 276, 305, 311f., 313,  
316f., 318f., 320, 362,  
368, 369, 370, 372, 407,  
419f., 423, 425, 442, 459,  
460, 469f., 474f., 478,  
479, 484, 487, 488, 513,  
522, 524, 532f., 538, 569,  
585, 623, 634, 635, 648,  
652, 653, 654, 721, 730,  
733f., 737.  
Zverina F. 205.  
Zwed Albert 502.  
Zweibund (Deutschland und  
Oesterreich, siehe auch  
Mittelmächte) 110, 722.  
Zwidau 43.  
„Zwinger Gärtlein“ von D.  
Kernstock 121, 501.  
Zwingli 454.  
„Zwischen der Alten und  
der Neuen Welt“ 694.  
„Zwischenpiel“ von Artur  
Schützler 458.  
Zwymann Runo 245.













